

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 22

**Chronik von Juli
bis August 2023**



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-5
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Juli bis August 2023	6-413
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	414-415

Danksagung und Widmung

Wir gingen zusammen im Sonnenschein wir gingen im Sturm und Regen. Doch niemals ging einer von uns allein auf unseren Lebenswegen.

Dietrich Bonhoeffer (1906-1945, deutscher Pastor und Theologe)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Hans-Günter Appel, Jonas Aston, André Barmettler, Christina Baum, Timo Beil, Gero Bernhardt, Julius Böhm, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Anja Bühling, Boris Cherny, Oliver Christen, James Corbett, Elisa David, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Chris Elston, Erika Fischer, Sophia Fuchs, Larissa Fußer, Eberhard Hamer, Leon Hendryk, Seymour Hersh, S. Hofer, Elena Klagges, Manfred Kleine-Hartlage, Paul Klemm, Einar Koch, Steffen Kotré, Uwe G. Kranz, Günther Kriemel, Ted Kuntz, Johann Leonhard, Michael Limburg, Herbert Ludwig, Andreas Männicke, Max Mannhart, Christopher Martens, Marty McCarthy, Karel Meissner, Karsten Montag, Mimi Nguyen Ly, Daniell Pföhringer, Hermann Ploppa, Milena Preradovic, Jozef Rakicky, Martin Reichardt, Lucia Reimer, Sven Reuth, Thomas Röper, Max Roland, Charles Rotter, Craig Rucker, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Florian Schilling, Heiko Schöning, Martin Schwab, Pauline Schwarz, Sebastian Thormann, Sven Versteegen, Harald Weyel, Jerome Wnuk, David Wojick und Hans-Jürgen Wünschel.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Opportunisten sind Leute, die sich dünn machen, wenn das dicke Ende kommt.

Spottvers der 68er Bewegung

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "auserwählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Es gibt keinen erkennbaren Weg vor uns, sondern nur hinter uns.

Waldemar Bonsels (1880-1952, deutscher Schriftsteller)

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen unser Land endgültig vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren, denn die Rückgewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung wird es nicht umsonst geben!

Obleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfassbaren Zustand.

Nach über 100 Jahren der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden. Die Haager Landkriegsordnung ist nach wie vor ein anerkannter Teil des humanitären Völkerrechts. Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Zu diesem Zweck muß sofort die Zwangsbetreuung durch die westlichen alliierten Siegermächte eingestellt werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Den Schwerpunkt dieser Chronik bildet die deutsche Geschichte der zwangsbetreuten Deutschen.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Juli bis August 2023

01.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juli 2023: >>**MK-Ultra: Menschen brechen, Menschen steuern**

Das CIA-Programm MK-Ultra. Über 20 Jahre lang zog die CIA ihr Programm MK-Ultra im Verborgenen durch. Dann ermittelte ein Untersuchungsausschuß des US-Senats, doch alles verlief im Sand. Erst die Aussagen einer jungen Frau durchbrachen die Schweigemauer. ...

_ von *Timo Beil*

MK-Ultra ist der Name eines Programms der CIA, das im Jahre 1953 auf Anordnung des damaligen Direktors Allen Dulles gestartet wurde und 1973 - offiziell - endete. Wie der Psychologe Harold Wolff von der Cornell University formulierte, sollte erforscht werden, "wie Menschen dazu gebracht werden können, entsprechend den Wünschen anderer Menschen zu denken, zu "fühlen" und sich zu verhalten, und umgekehrt, wie es ein Mensch vermeiden kann, auf diese Weise beeinflusst zu werden".

KZ Dachau als Vorbild

Ein zentraler Forschungsgegenstand von MK-Ultra waren die Anwendungsmöglichkeiten der damals noch nicht sehr verbreiteten Droge LSD-25. Der Geheimdienst hoffte, dadurch ein Wahrheitsserum zu erhalten. Das bis dahin oft verwendete Natriumpentothal brachte die Leute zwar zum Reden, doch plapperten sie dann zumeist nur das, was ihnen gerade durch den Kopf ging.

Die CIA knüpfte damit an die Folterexperimente an, die die Nazis im Konzentrationslager Dachau mit Meskalin durchgeführt hatten - konzeptionell und personell. Selbst an NS-Kriegsverbrecher wurden Persilscheine verteilt, um sie wieder in Dienst zu nehmen, dieses Mal für "Freedom and Democracy". Prominentes Beispiel ist der Reichsärztführer und Biowaffenexperte Kurt Blome. Auch Mediziner der gefürchteten japanischen Biowaffeneinheit 731 wurden rekrutiert. Zentrum dieser Aktivitäten war Fort Detrick im Bundesstaat Maryland. Dieser Militärstützpunkt beherbergt auch das Forschungsinstitut der US-Armee zur Erforschung von Infektionskrankheiten.

Bald jedoch gab man die Suche nach der Wahrheit auf und probierte statt dessen herum, wie man Leute sozusagen umdrehen konnte: Man wollte perfekte Attentäter und Agenten so kontrollieren, daß sie zum Beispiel bei Nennung eines Codewortes in Aktion traten, ohne selbst davon zu wissen. Spätere Ermittlungen des US-Senats auf Vorladung des Church Committee (1975/76) ergaben, daß die Experimente der CIA zur Programmierung von Schläfern so brutal und willkürlich waren, daß sie keinerlei wissenschaftlichen Wert hatten. Es ging den Agenten von MK-Ultra-Chef Sydney Gottlieb offenbar mehr um die Wirkungen, die sie erzielen konnten. Unter seiner Leitung ging man auch dazu über, den Probanden ohne ihr Wissen Drogen zu verabreichen. ...

Die Ermittlungen

Anlaß von MK-Ultra waren offiziell die Geständnisse von im Koreakrieg (1950 bis 1953) gefangenen Amerikanern, die auf Tribunalen in Pjöngjang überzeugend allerlei Verbrechen bekannten, die sie niemals begangen hatten. Die Yankees begannen, sich zu fragen, welche - vielleicht unmerklichen - Veränderungen man noch an den Heimkehrern vorgenommen hatte. Man befragte also die Veteranen nach den Methoden, mit denen sie gequält worden waren. Diese Untersuchungen leitete Albert Biderman, und er stellte eine Liste der Mittel auf, mit denen man jemanden brechen könne.

Das Ergebnis ist wenig überraschend und zeigt Techniken, die in der einen oder anderen Form

schon immer und überall angewandt wurden. Interessant ist Bidermans Feststellung, daß es sich kaum um direkte Gewalt handelte, da dies der humanistischen Ideologie der kommunistischen Rotchinesen und Nordkoreaner widersprochen hätte.

Bidermans Diagramm des Zwanges: 1. Isolation; 2. Monopolisierung der Wahrnehmung, karge Umgebung, Dunkelheit oder helles Licht; 3. Entkräftung und Erschöpfung; 4. Bedrohung; 5. Gelegentliche Ablenkung und Gefälligkeiten; 6. Demonstration von Allmacht und Allwissenheit seitens der Folterer; 7. Erniedrigung; 8. Durchsetzung trivialer Forderungen.

Kommen wir noch einmal zum Church Committee. Der umständliche Titel des Senatsausschusses "zur Untersuchung des Regierungshandelns mit Bezug zu Aktivitäten der Nachrichtendienste" läßt für sich genommen bereits tief blicken. Das klingt ein wenig so, als gäbe es auch Geheimdienstaktivitäten, die keinen Bezug zum Regierungshandeln hätten. Schlupflöcher und Hintertürchen, wohin man sieht, und das unter den angeblich so sauberen Post-Watergate-Präsidenten Gerald Ford und Jimmy Carter. ...

O'Briens Berichte

Daß in den USA etwas faul war, spürten Kritiker schon frühzeitig. Regisseur John Frankenheimer setzte 1962 Richard Condons Roman *The Manchurian Candidate* (auf Deutsch: *Botschafter der Angst*) in Szene. Darin entpuppt sich ein Heimkehrer aus dem Koreakrieg als hypnotisch programmierter Schläfer, der einen liberalen Präsidentschafts-Kandidaten ermorden soll.

Dessen ehemaliger Vorgesetzter, ausgerechnet vom Kennedy-Kumpel Frank Sinatra gespielt, kommt ihm auf die Spur und kann das Attentat in letzter Sekunde verhindern. In den USA ist der Begriff "mandschurischer Kandidat" mittlerweile sprichwörtlich für Politiker und einflußreiche Personen, denen man zwar vertrauen möchte, es aber dennoch nicht tut. Weshalb nicht? Weil man nach den Morden an Martin Luther King und den Kennedy-Brüdern den eigenen Geheimdiensten das Gleiche zutraute, was Anfang der 1960er Jahre noch als typisch kommunistisch galt: Politiker per Gedankenkontrolle zu steuern. ...

_ Timo Beil ist Magister der Volkskunde und Philosophie. Er befaßt sich mit historischen und aktuellen Ungereimtheiten. In COMPACT 6/2023 schrieb er über Geheimdienst- und Nazi-Verstrickungen in das Attentat auf John F. Kennedy. <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Juli 2023: >>**Anti-Rammstein-Petition: Unterschriften mit KI gefälscht**

Von Karel Meissner

Nach wenigen Stunden hatte die Online-Petition "Keine Bühne für Rammstein" ganze 60.000 Unterschriften gesammelt. Aber nicht alle waren echt ...

Bisher blieb die Warnung vor Bots und ihrer Fähigkeit zur Manipulation und Erstellung von Fake News pure Befürchtung. Es fehlte das konkrete Beispiel. Jetzt gibt es eins. Es zeigt, was geschieht, wenn KI künftig beim politischen Info-Krieg mitmischet.

Kurze Rekapitulation: Die Anschuldigungen gegen Rammstein-Sänger Till Lindemann wegen Übergriffigkeit sind durch nichts bewiesen. Kein Prozeß hat bislang stattgefunden. Erste medizinische Analysen der Beweisfotos durch das Institut für Rechtsmedizin an der Universität Köln sprechen für Lindemanns Unschuld, aber das alles interessiert die Wokeness-Fraktion nicht: Lynchjustiz ist angesagt. Die soll keine Unschuldsvermutung, kein Entlastungsbeweis verderben. Neuester Anschlag: In der Nähe von Lindemanns privatem Wohnsitzes sprayten Unbekannte:

"Till Lindemann is a rapist." ... (Till Lindemann ist ein Vergewaltiger. ...)

Auch online wurde zur Hatz geblasen. So versuchte Britta Häfemeier, Social Media-Redakteurin beim Kampagnen-Organisator Campact (nicht zu verwechseln mit COMPACT), per Online-Petition ("Keine Bühne für Rammstein") das Konzert im Berliner Olympiastadion zu verhindern. Innerhalb weniger Stunden unterschrieben angeblich 60.000 Lindemann-Hater

den Aufruf. Die Mainstream-Medien quiekten vor Glück. Der Tagesspiegel titelte:
"Zehntausende fordern Absage der Konzerte"

Die Petition habe so "richtig Fahrt aufgenommen" jubelte die Initiatorin in dem Artikel. Laut dem Portal infranken jedoch seien die Stimmen eines Bot-Netzwerks erstellt worden, folglich ungültig. Daraufhin ging die Seite für drei Tage offline. Natürlich vermutet Häfemeier: Da haben böse Rammstein-Fans eine Sabotage versucht.

Inzwischen habe man die Fake-Signaturen rausgefiltert. Und, man staune: Nach erneuter Freischaltung habe die Petition über 65.000 reale Unterschriften! Fast identisch. Was für ein Zufall! Aber, was die Cancel-Queen noch ärgert: Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) teilt ihre Verbotslust nicht. Zwar möchte Spranger eine Aftershow-Party, aber nicht das Konzert verhindern. Grund sei die Unschuldsvermutung. Das will Häfemeier nicht stehen lassen und bald einen offenen Brief an Spranger publizieren.

Die Kampagne gegen Rammstein wird von Medien weiterhin am Kochen gehalten. Ein Gegengewicht ist notwendig! ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Juli 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>**Betreff: Die heimtückische Zerstörung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Teil 1**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Geschichtsschreibung der Verlierer wurde bekanntlich schon immer von den Siegern bestimmt und geprägt, deshalb wurde die Geschichte der Deutschen "sehr einseitig" geschildert. Wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen wurden bewußt verschwiegen, unterschlagen oder manipuliert.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und völkerrechtlichen Regeln der Haager Landkriegsordnung.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 ließ US-General Eisenhower die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" absetzen und verhaften. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden daraufhin am 23. Mai 1945 und in Flensburg-Mürwik "als Kriegsgefangene" internieren.

Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 bestätigt das völkerrechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches (in den Grenzen von 1937)

Die Siegermächte machten nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches. Gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - durch die Siegermächte nachweislich **völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.**

Durch die "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschla-

genen Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz anzuwenden.

Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt im besetzten feindlichen Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >> ... Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. ...<<

Von dem humanitären Völkerrecht der Haager Landkriegsordnung von 1907 konnten sich die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Die vermeintliche Befreiung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den alliierten Siegermächten ging es damals vor allem um die Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und um die sogenannte Demokratisierung (Gleichschaltung der Presse, des Rundfunks etc.) der Besiegten. In der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte.

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 begann nicht nur die Entmündigung der Deutschen, sondern die Siegermächte leiteten außerdem umgehend die "demokratische Neuausrichtung" des Bildungs- und Erziehungswesens" sowie später die linksideologische Umerziehung der Deutschen ein.

Kriegsgefangenschaft

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten etwa 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden danach durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen nicht selten jahrelang als Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen überlebten, kehrten sie mehrheitlich als gebrochene Männer zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene überstanden die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft nicht (x026/45).

In jener bitteren Nachkriegszeit der unvorstellbaren sozialen Verelendung mußten hauptsächlich die Frauen zwangsläufig die Hauptlast im zertrümmerten Deutschland tragen, denn die Millionen von verschleppten deutschen Kriegsgefangene mußten schließlich irgendwie ersetzt werden.

Viele Frauen gingen damals nicht selten barfuß und hungerten für ihre Kinder. Sie mußten nicht nur bei der Verteilung der kärglichen Lebensmittelrationen stundenlang Schlange stehen oder anstrengende und gefährliche "Hamsterfahrten" unternehmen, sondern sie wurden außerdem unentwegt gezwungen, schwerste Aufräumarbeiten zu leisten. Zwischen den Trümmerbergen sah man überall abgezehrte und schmal gewordene Frauen und alte Männer. Sie beseitigten Schutt, stapelten Klinkersteine aufeinander und sammelten jedes Stück Eisen oder Draht.

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertrei-

berstaaten (x150/18). Das Potsdamer Protokoll wurde von den jeweiligen Konferenzteilnehmern außerdem nie ratifiziert.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten damals nachweislich keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und deshalb eindeutig völkerrechtswidrig waren.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des Potsdamer Protokolls waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-Mitteleuropa

Im Potsdamer Protokoll betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber viele hilflose Ost- und Volksdeutsche hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt.

Bei der völkerrechtswidrigen Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifellos um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Für Millionen von Heimatvertriebenen wurde das neue Leben im Westen zu einem jahrelangen Überlebenskampf. Überall in Mittel- und Wesdeutschland sah man erschöpfte Vertriebene, die Nahrung und Unterkünfte suchten. Alte Menschen hatten es besonders schwer, denn sie waren nach den Zwangsumsiedlungen mehrheitlich vollkommen am Ende ihrer körperlichen und seelischen Kräfte.

Systematische Hungerpolitik

In den westdeutschen Besatzungszonen waren im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % litten an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder hatten aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße.

Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlaubten, untersagten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verhinderte US-Präsident Truman im Dezember 1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kamen, an die deutsche Bevölkerung.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10.12.1945 bis zum 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübte, täglich rund 3.000 Kalorien benötigte. Obgleich die Vereinten Nationen damals täglich 2.650 Kalorien für notwendig hielten, betrug die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit jedoch höchstens 1.500 Kalorien und sank oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584).

Im Ruhrgebiet waren Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % litten an Hungerschäden und 40 % waren tuberkulosegefährdet. Besonders die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen konnten in den Besatzungszonen nirgends ausreichend gepflegt oder untergebracht werden, so daß sich die chaotischen Lebensverhältnisse überall dramatisch verschlimmerten. Hunger, Not, Elend und ständige Überlebenskämpfe bestimmten damals die Nachkriegszeit der Deutschen. Eine Zukunft schien es nicht zu geben und an die Vergangenheit wollte niemand erinnert werden.

Völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates

Der Alliierte Kontrollrat beschloß am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen

Staates (Kontrollratsgesetz Nr. 46).

Die Besatzungsmächte erließen damals eine völkerrechtswidrige Anordnung, denn aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß die von ihnen durchgeführte Liquidierung Preußens eindeutig völkerrechtswidrig war. Das Kontrollratsgesetz Nr. 46 war demnach **null und nichtig** und der preußische Staat besteht gemäß Völkerrecht weiterhin.

Ruhrstatut

Am 23. April 1948 gründete die US-Siegermacht in New York das "American Committee for a United Europe" (ACUE). Diese überwiegend vom CIA finanzierte Organisation förderte und unterstützte in erster Linie die zukünftige Gründung einer allgemeinen europäischen Union und die Bildung eines europäischen Einheitsstaates.

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, eine internationale Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu errichten.

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. ...<< Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich ursprünglich um eine Tarnorganisation der NWO-Denkfabriken. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte hauptsächlich die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entmündigung (Gebrechlichkeitspflegschaft) sowie Überwachung Deutschlands gewährleisten.

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde vor dem Beitritt nachweislich durch Ultimaten - Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen - systematisch unter Druck gesetzt.

Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellt einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden muß.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde damals nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte außerdem vor der offiziellen Bekanntmachung den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Das Besatzungsstatut der Alliierten trat am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wurde schließlich durch die Pariser Verträge (1955) teilweise aufgehoben.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Es war vermutlich kein Zufall, daß die BRD am 23. Mai 1949 gegründet wurde, denn am 23. Mai 1945 hatte man die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Bei der am 23. Mai 1949 gegründeten BRD handelte es sich um keinen völkerrechtlich unabhängigen, souveränen Staat, der selbstbestimmte politische und ökonomische Entscheidungen fällen durfte, sondern um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte.

Die BRD war nie ein souveräner Staat, denn die Geschäftsfähigkeit dieses Vasallengebildes wurde durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt. Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der westalliierten Siegermächte.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Der "Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der im Auftrag der SED handelte, gründete am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung der vereinbarten Spaltungspolitik, die man bereits seit Juli 1945 in Potsdam eingeleitet hatte.

Umerziehung und Schuldkult

Im Jahre 1950 kehrten Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker) aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die 68er Bewegung und die Pseudo-Umwelpartei "Die Grünen".

Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders die durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender unterstützten wegen fehlender objektiver Berichterstattung die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit" in der Öffentlichkeit.

Die linksradikalen Gutmenschen und die privaten Massenmedien und die öffentlich-rechtlichen Medien setzten unentwegt Argumente wie Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Faschismus, Rassismus usw. ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und um die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln. Zum Schluß setzten die linkslastigen Propagandamedien die Ausmerzung aller deutschen Traditionen durch, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität und ihre eigentliche Daseinsberechtigung verloren.

Infolge der jahrzehntelangen einseitigen Berichterstattung und der systematischen Umerziehungsmaßnahmen durch die "politisch korrekten" privaten und öffentlich-rechtlichen Massenmedien, Staatskünstler und Staatsintellektuellen, die auffallend an die Zustände in der ehemaligen DDR erinnern, sehen die meisten Deutschen die historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts nur noch aus der "einseitigen Sicht" der Siegermächte. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "be-

freit" wurden.

Gründung der Bundeswehr und NATO-Mitgliedschaft

Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die BRD erklärte sich damals bereit, die geplante deutsche Bundeswehr in die NATO-Strukturen zu integrieren und auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten. Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die BRD sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich änderten sich wesentliche Befugnisse und wichtige Vorbehaltsrechte der alliierten Siegermächte seit 1955 nicht, sondern blieben weiterhin bestehen.

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") unterzeichnet.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Ländern der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle abgebaut und gemeinsame Außenzölle entstehen, um einen gemeinsamen Markt und eine Zollunion zu realisieren.

Bei der EWG handelte es sich in Wirklichkeit um eine Tarnorganisation des US-Imperiums, die wie das Ruhrstatut und die Montanunion überwiegend durch die vom CIA finanzierte US-Organisation "American Committee for a United Europe" (ACUE) gefördert und gelenkt wurde. Die EWG sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren, die Bildung eines europäischen Einheitsstaates anstreben sowie letzten Endes Deutschland vollständig zerstören.

Infolge der wirtschaftlichen Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft durften die Westdeutschen als EWG-Mitglied weiterhin nicht frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen. Die westlichen Alliierten konnten später mit Hilfe der Europäischen Union die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft jahrzehntelang auf niederträchtige Art und Weise ausplündern, kontrollieren und lenken.

Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM")

In Rom wurde am 25. März 1957 der zeitlich unbegrenzte Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.

Zu den Aufgaben der Europäische Atomgemeinschaft zählten: Förderung, Koordinierung und Kontrolle der Forschung, Nutzung und Entsorgung im Kernenergiebereich. Die BRD übernahm damals 28 % Verwaltungskosten und 30 % Forschungs- und Investitionskosten der Europäischen Atomgemeinschaft und durfte danach als Nichtmitglied der UNO an der zivilen Nutzung der Kernenergie teilnehmen.

Die BRD blieb auch nach dem Atomausstieg bis zum heutigen Tag Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM).

Brandts "neue Ostpolitik" leitet die Osterweiterung der NATO und der EU ein

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen drastischen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. Im Rahmen einer "neuen Ostpolitik" verfolgte Brandt den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Brandts "Wandel durch Annäherung" führte schließlich am 7. Dezember 1970 zur Unterzeichnung des "Warschauer Vertrages" und leitete damit langfristig die Osterweiterung der NATO und der EU ein.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und mußte 1974 wegen einer Spionageaf-

färe zurücktreten.

Schlußbemerkungen

Die planmäßige Zerstörung Deutschlands wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges planmäßig inszeniert und unfäßbar kaltblütig und skrupellos durchgesetzt.

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 war eine rein militärische, aber keine politische Kapitulation.

Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im besetzten aber **völkerrechtlich nicht annektierten** Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Danach galt in den besetzten deutschen Gebieten die "Haager Landkriegsordnung". Die Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts konnten und durften weder von Einzelpersonen, noch von Regierungen umgedeutet, ignoriert oder mißbraucht werden.

Die Deutschen wurden nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht zweifelsfrei nicht befreit, sondern sie wurden von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges in den folgenden Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich entmündigt, konsequent ausgeplündert sowie systematisch umerzogen.

Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle menschenverachtende Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern. Die meisten Deutschen waren nach dem langen Krieg gebrochene Menschen. Sie waren unentwegt mit dem täglichen gnadenlosen Überlebenskampf beschäftigt und nahmen fast alle Ereignisse der Nachkriegsjahre teilnahmslos hin.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete z.B. am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland.

Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

Für die offiziell angeordnete völkerrechtswidrige Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittel-europa, die unfäßbares Elend und den Tod von Millionen von Ost- und Volksdeutschen verursachte, wurde nie ein Verantwortlicher der Siegermächte zur Rechenschaft gezogen.

Die völkerrechtswidrigen Handlungen der alliierten Besatzungsmächte wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Regierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den Alliierten nicht zu stören oder zu gefährden.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde im November 1949 sowie die spätere Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) waren letzten Endes eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919, um die "gefährlichen Deutschen" weiterhin in Ketten zu halten.

Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die BRD noch die DDR waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten, sondern unsouveräne Staatsfragmente.

Im Gegensatz zur DDR waren die Wahlen in der BRD zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten die Interessen des deutschen Volkes nicht souverän vertreten, so daß alle Wahlen in der BRD und in der DDR lediglich bedeutungslose Pseudowahlen waren.

Die gewählten Politiker des US-Vasallengebildes BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher (1895-1952) war leider eine rühmliche Ausnahme.

Alle Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich bis 1969 um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete. Angesichts der gewaltsamen Vertreibungen und völkerrechtswidrigen Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt nicht nur auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, sondern er erkannte auch am 7. Dezember 1970 mit der Unterzeichnung des "Warschauer Vertrages" eigenmächtig die 1945 völkerrechtswidrig errichtete Oder-Neiße-Linie an.

Die militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Ausschaltung Deutschlands, die man nach der Weltkriegsniederlage im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging es in erster Linie tatsächlich darum, durch systematische Destabilisierungsmaßnahmen den totalen Zusammenbruch herbeizuführen, um unser Heimatland vollständig zu liquidieren. Die Deutschen müssen sich endlich von ihren naiven Lebenslügen verabschieden und der Wahrheit stellen.

Angesicht der permanenten Mißachtung des Grundgesetzes durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien wird es höchste Zeit, daß das Volk seine demokratischen Rechte vorübergehend selbst verteidigt, denn gemäß Grundgesetz Artikel 20 Absatz 2 geht die oberste Gewalt vom Volk aus.

Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes lautet wie folgt: *"Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."*

Wenn wir jetzt nicht endlich aufwachen und sofort Widerstand leisten, werden wir unsere von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte niemals zurückbekommen.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren. Ohne Widerstand werden wir sang- und klanglos untergehen.

GOTT MIT UNS ...<<

Ungarn: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. Juli 2023: >>Ungarn-Premier Viktor Orbán: "Die EU steht am Rande des Bankrotts!"

Die EU gleicht einem Schwarzen Loch, in dem das Geld der europäischen Steuerzahler auf Nimmerwiedersehen verschwindet. "Was ist mit dem EU-Budget passiert, wo ist das Geld?", fragte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán via Twitter beim jüngsten EU-Gipfel direkt aus Brüssel. Auf seiner Facebookseite legte er nach: "Die EU stehe am Rande des Bankrotts. Aber nicht nur er, sondern "alle" würden sich eine Frage stellen: Wohin ist das Geld hingeflossen?"

Tatsächlich muß es um das EU-Budget dramatisch bestellt sein: So legte die EU-Kommission einen Vorschlag für einen Berichtigungshaushalt vor und forderte die Mitgliedstaaten dazu auf, weitere 100 Milliarden Euro (!) zu zahlen. Orbán: "Es stellt sich die Frage: Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Wie konnten sie die EU Union an den Rand des Bankrotts bringen?"

Dabei erwähnte der ungarische Regierungschef folgenden Punkte: "Sie wollen die Mitglied-

staaten um 50 Milliarden Euro bitten, um sie der Ukraine zu geben. Aber sie können das Geld, das wir bisher aufgewendet haben, nicht zuordnen. Sie wollen viel Geld von den Mitgliedstaaten, damit sie die Zinsen für früher aufgenommene EU-Kredite begleichen können. Das sind die Kredite, von denen Polen und Ungarn bisher keinen einzigen Cent gesehen haben. Das ist, um es vorsichtig auszudrücken, frivol. Sie wollen von uns mehr Geld für die Migration, nicht für den Grenzschutz, sondern um Migranten ins Land zu holen. Und natürlich haben sie sich selbst nicht vergessen: Sie fordern Milliarden von Euro, um die Gehälter der Brüsseler Bürokraten zu erhöhen."

Viktor Orbán betonte: "Die Position Ungarns ist klar: Wir wollen wissen, wie all das Geld, das wir bisher gezahlt haben, ausgegeben wurde. Und dann erwarten wir eine Antwort auf die Frage, wer dafür verantwortlich ist, daß die EU am Rande des Bankrotts steht."

Tja, Frau von der Leyen - langsam wird's eng!<<

02.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juli 2023:
>>**Seymour Hersh: Neuer Paukenschlag**

Von *Karel Meissner*

Der neue Enthüllungsbeitrag von Investigativ-Legende Seymour Hersh über die jüngsten Turbulenzen in Moskau sorgt für Aufsehen. ...

Die Regierung Biden hatte am vergangenen Wochenende ein paar glorreiche Tage. Die anhaltende Katastrophe in der Ukraine geriet aus den Schlagzeilen und wurde durch den "Aufstand" von Jewgeni Prigoschin, dem Chef der Söldnergruppe Wagner, ersetzt, wie es in einer Schlagzeile der New York Times hieß.

Einseitige Mainstream-Presse

Der Schwerpunkt verlagerte sich von der gescheiterten Gegenoffensive der Ukraine auf die Bedrohung, die Prigoschin für Putins Herrschaft darstellte. Eine Schlagzeile in der Times lautete: "Revolte wirft brennende Frage auf: Könnte Putin die Macht verlieren?" Der Kolumnist der Washington Post, David Ignatius, gab diese Einschätzung ab: "Putin blickte am Samstag in den Abgrund - und zuckte zurück."

Außenminister Antony Blinken - der für Kriegsfragen zuständige Pressesprecher der Regierung, der vor Wochen stolz von seiner Verpflichtung sprach, keinen Waffenstillstand in der Ukraine anzustreben - trat in der CBS-Sendung Face the Nation mit seiner eigenen Version der Realität auf:

"Vor sechzehn Monaten glaubte man, die russischen Streitkräfte würden die Ukraine als unabhängiges Land von der Landkarte tilgen. Jetzt mußten sie am Wochenende Moskau, Rußlands Hauptstadt, gegen Söldner verteidigen, die Putin selbst geschaffen hat. Das war eine direkte Herausforderung für Putins Autorität. Das zeigt echte Risse."

Blinken, der von seiner Interviewpartnerin Margaret Brennan nicht herausgefordert wurde, weil er wußte, daß dies nicht der Fall sein würde - warum wäre er sonst in der Sendung aufgetreten -, fuhr fort, daß der Sturz des verrückten Wagner-Führers ein Segen für die ukrainischen Streitkräfte sein würde, die allerdings während seines Auftritts weiter von russischen Truppen abgeschlachtet wurden. Und:

"Das eröffnet den Ukrainern noch mehr Möglichkeiten, vor Ort erfolgreich zu sein, als es Putin und seine Regierung insofern ablenkt, daß sie sich ums eigene Hinterland kümmern müssen, während sie die Gegenoffensive der Ukraine abwehren."

Hat Blinken hier für Joe Biden gesprochen? Sollen wir das so verstehen, daß auch der Mann, der das Sagen hat, das glaubt?

Heute wissen wir, daß der Aufstand des chronisch labilen Prigoschin innerhalb eines Tages im Sande verlief, da er nach WeißRußland flüchtete, wo ihm keine Strafverfolgung drohte, und daß seine Söldnerarmee in die russische Armee integriert wurde. Es gab weder einen Marsch

auf Moskau noch eine nennenswerte Bedrohung für Putins Herrschaft.

Ablenkung vom Desaster

Habt Mitgefühl für die Washingtoner Kolumnisten und Korrespondenten für nationale Sicherheit, die sich offenbar stark auf offizielle Hintergrundgespräche mit Beamten des Weißen Hauses und des Außenministeriums verlassen. Angesichts der veröffentlichten Ergebnisse solcher Briefings scheinen diese Beamten nicht in der Lage zu sein, die Realität der letzten Wochen oder das totale Desaster der Gegenoffensive des ukrainischen Militärs zu erkennen.

Jürgen Elsässer im Interview mit Seymour Hersh.

Im Folgenden möchte ich einen Blick auf die tatsächlichen Vorgänge werfen, die mir von einer sachkundigen Quelle in den amerikanischen Geheimdienstkreisen mitgeteilt wurden:

Ich dachte, ich könnte etwas Licht ins Dunkel bringen. Erstens und am wichtigsten ist, daß Putin jetzt in einer viel stärkeren Position ist. Wir haben bereits im Januar 2023 erkannt, daß ein Showdown zwischen den Generälen, die von Putin unterstützt werden, und Prigo, der von antirussischen Extremisten unterstützt wird, unvermeidlich war.

Es ist der uralte Konflikt zwischen den "speziellen" Kriegern und einer großen, langsamen, schwerfälligen und fantasielosen regulären Armee. Die Armee gewinnt immer, weil sie über die peripheren Mittel verfügt, die einen Sieg, sei es offensiv oder defensiv, möglich machen. Der wichtigste Punkt: Sie kontrollieren die Logistik. Die Special Forces sehen sich selbst als die wichtigste Offensivkraft. Solange die Gesamtstrategie offensiv ist, toleriert die große Armee ihre Hybris und ihr öffentliches Brustklopfen, weil diese Spezialkräfte bereit sind, ein hohes Risiko einzugehen und einen hohen Preis zu zahlen. Eine erfolgreiche Offensive erfordert einen hohen Aufwand an Männern und Ausrüstung. Eine erfolgreiche Verteidigung hingegen erfordert einen sparsamen Umgang mit diesen Mitteln.

Im Rampenlicht

Wagner-Mitglieder waren die Speerspitze der ursprünglichen russischen Ukraine-Offensive. Sie waren die "kleinen grünen Männchen". Als sich die Offensive zu einem umfassenden Angriff der regulären Armee ausweitete, unterstützten die Wagner-Mitglieder weiterhin, mußten sich aber in der darauf folgenden Phase der Instabilität und Neuausrichtung zurückhalten. Prigo, kein Mauerblümchen, ergriff die Initiative, um seine Streitkräfte zu verstärken und seinen Sektor zu stabilisieren.

Die reguläre Armee begrüßte die Hilfe. Prigo und Wagner standen im Rampenlicht und ernten die Lorbeeren dafür, daß sie die verhassten Ukrainer gestoppt hatten, wie es bei Spezialeinheiten üblich ist. Die Presse stürzte sich auf sie.

In der Zwischenzeit änderten die große Armee und Putin langsam ihre Strategie von der offensiven Eroberung des Großteils der Ukraine zur Verteidigung dessen, was sie bereits hatten. Prigo weigerte sich, diese Änderung zu akzeptieren und setzte die Offensive gegen Bachmut fort. Hier liegt der Knackpunkt. Anstatt eine öffentliche Krise heraufzubeschwören und das Arsenal vor ein Kriegsgericht zu stellen, hielt Moskau einfach die Ressourcen zurück und ließ Prigo seine Personal- und Feuerkraftreserven aufbrauchen, was ihn zur Aufgabe verdammt. Schließlich ist er, auch wenn er finanziell noch so gerissen ist, nur ein ehemaliger Hotdog-Brater, der weder politisch noch militärisch etwas geleistet hat.

Was wir nie erfahren haben, ist, daß Wagner vor drei Monaten von der Bachmut-Front abgezogen und zur Demobilisierung in eine verlassene Kaserne nördlich von Rostow am Don geschickt wurde. Das schwere Gerät wurde größtenteils umverteilt, die Truppe auf etwa 8.000 Mann reduziert, von denen 2.000 in Begleitung der örtlichen Polizei nach Rostow gingen.

Putin hat sich voll und ganz hinter die Armee gestellt, die es zugelassen hat, daß Prigo sich lächerlich gemacht hat und nun in der Versenkung verschwindet. Und das alles, ohne militärisch ins Schwitzen zu geraten oder Putin in eine politische Pattsituation mit den Fundamentalisten zu bringen, die glühende Verehrer Prigos waren. Ziemlich schlau.

Parallelwelten ...

Es besteht eine enorme Diskrepanz zwischen der Einschätzung der Lage durch die Fachleute der amerikanischen Nachrichtendienste und dem, was das Weiße Haus und die gleichgültige Washingtoner Presse der Öffentlichkeit vermitteln, indem sie unkritisch die Aussagen von Blinken und seinen Falken-Kohorten wiedergeben.

Die aktuellen Statistiken über die Kampfhandlungen, die mir zugetragen wurden, deuten darauf hin, daß die Außenpolitik der Regierung Biden in der Ukraine insgesamt gefährdet sein könnte. Sie werfen auch Fragen über die Beteiligung der NATO auf, die die ukrainischen Streitkräfte mit Ausbildung und Waffen für die derzeitige Gegenoffensive versorgt hat. Ich habe erfahren, daß das ukrainische Militär in den ersten zwei Wochen der Operation nur 44 Quadratkilometer des von der russischen Armee gehaltenen Gebiets erobert hat, einen Großteil davon offenes Gelände. Im Gegensatz dazu kontrolliert Rußland jetzt 40.000 Quadratmeilen ukrainischen Territoriums.

Mir wurde gesagt, daß sich die ukrainischen Streitkräfte in den letzten zehn Tagen keinen nennenswerten Weg durch die russischen Verteidigungsanlagen gebahnt haben. Sie haben nur zwei weitere Quadratkilometer des von Rußland besetzten Gebiets zurückerobert. Bei diesem Tempo, so sagte ein informierter Beamter scherzhaft, würde Selenskyjs Militär 117 Jahre brauchen, um das Land von der russischen Besatzung zu befreien.

Es liegt in Putins Hand

Die Presse in Washington scheint in den letzten Tagen langsam das Ausmaß der Katastrophe zu begreifen, aber es gibt keine öffentlichen Anzeichen dafür, daß Präsident Biden und seine ranghohen Berater im Weißen Haus und die Mitarbeiter des Außenministeriums die Situation verstanden haben.

Putin hat nun die vollständige oder fast vollständige Kontrolle über die vier ukrainischen Oblaste Donezk, Cherson, Lugansk und Saporischschja, die er am 30. September 2022, sieben Monate nach Beginn des Krieges, öffentlich annektiert hat. Der nächste Schritt, vorausgesetzt, es geschieht kein Wunder auf dem Schlachtfeld, liegt in Putins Hand.

Er könnte einfach stehen bleiben und abwarten, ob die militärische Realität vom Weißen Haus akzeptiert wird und ob ein Waffenstillstand angestrebt und formelle Gespräche über das Ende des Krieges aufgenommen werden. Im April nächsten Jahres finden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt, und der russische Staatschef könnte sich zurückhalten und diese abwarten - wenn sie denn stattfinden. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat erklärt, daß es keine Wahlen geben wird, solange das Land unter Kriegsrecht steht.

Bidens politische Probleme im Hinblick auf die (amerikanischen) Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr sind akut und offensichtlich. Am 20. Juni veröffentlichte die Washington Post einen Artikel, der sich auf eine Gallup-Umfrage stützte, unter der Überschrift "Biden sollte nicht so unbeliebt sein wie Trump - ist er aber".

In dem Artikel, der die Umfrage von Perry Bacon Jr. begleitete, hieß es, Biden habe "fast universelle Unterstützung innerhalb seiner eigenen Partei, praktisch keine von der Oppositionspartei und schreckliche Zahlen bei den Unentschiedenen". Wie frühere demokratische Präsidenten, schrieb Bacon, kämpfe Biden damit, "jüngere und weniger engagierte Wähler anzusprechen". Zu Bidens Unterstützung für den Ukraine-Krieg konnte Bacon nichts sagen, da in der Umfrage offenbar keine Fragen zur Außenpolitik der Regierung gestellt wurden.

Ein Weckruf

Die sich abzeichnende Katastrophe in der Ukraine und ihre politischen Auswirkungen sollten ein Weckruf für jene demokratischen Kongreßmitglieder sein, die den Präsidenten unterstützen, aber nicht mit seiner Bereitschaft einverstanden sind, in der Ukraine viele Milliarden gutes Geld dem schlechten hinterherzuwerfen, in der Hoffnung auf ein Wunder, das nicht eintreten wird.

Die Unterstützung der Demokraten für den Krieg ist ein weiteres Beispiel für die zunehmende Abkehr der Partei von der Arbeiterklasse. Es sind ihre Kinder, die in den Kriegen der jüngsten Vergangenheit gekämpft haben und möglicherweise in jedem künftigen Krieg kämpfen werden. Diese Wähler haben sich in zunehmender Zahl abgewandt, da sich die Demokraten den intellektuellen und wohlhabenden Klassen annähern.

Wenn es irgendeinen Zweifel an der anhaltenden seismischen Verschiebung in der gegenwärtigen Politik gibt, empfehle ich eine gute Dosis Thomas Frank, den gefeierten Autor des Bestsellers von 2004 *What's the Matter with Kansas?*

How Conservatives Won the Heart of America, ein Buch, das erklärt, warum sich die Wähler dieses Bundesstaates von der Demokratischen Partei abgewandt und gegen ihre wirtschaftlichen Interessen gestimmt haben.

Frank tat es 2016 erneut in seinem Buch *Listen, Liberal: Or, Whatever Happened to the Party of the People?* In einem Nachwort zur Taschenbuchausgabe schilderte er, wie Hillary Clinton und die Demokratische Partei die in Kansas begangenen Fehler auf dem Weg zu einer sicheren Wahlniederlage gegen Donald Trump wiederholten - oder besser gesagt verstärkten.

Es wäre vielleicht klug von Joe Biden, offen über den Krieg und seine verschiedenen Probleme für Amerika zu sprechen - und zu erklären, warum sich die geschätzten mehr als 150 Milliarden Dollar, die seine Regierung bisher aufgebracht hat, als eine sehr schlechte Investition erwiesen haben.

Quelle: Seymour Hersh LLC 2023". Zwischenüberschriften: COMPACT ... <<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Özdemir verordnete vegetarisches Essen im Ernährungsministerium - jetzt findet er keinen Caterer mehr**

Im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft will Cem Özdemir (Grüne) nur noch auf vegetarisches Essen setzen. Nun findet das Ministerium keinen Caterer mehr.

Larissa Fußler

Wurden Sie schon einmal zu einer Feier eingeladen, bei der es nur vegetarisches Essen gibt? Nein? Dann möchte ich Ihnen gratulieren. Sie haben sich offenbar mit den richtigen Leuten umgeben. In Berlin ist das schwer. Ich wurde während meiner Studentenzeit nun schon mehrmals von Kommilitonen zu explizit vegetarischen oder vegane Picknicks eingeladen. Bei denen ich leider, leider immer keine Zeit hatte - erst recht dann, wenn der Gastgeber direkt nach Aussprache der Einladung den Wunsch äußerte, daß doch jeder Gast bitte selbst ein Gericht zum Buffet mitbringen solle. Was genau, war egal - nur vegetarisch mußte es sein.

Ich habe mir dann immer vorgestellt, daß es doch ein schöner Akt wäre, einfach überhaupt nichts zur Party mitzubringen. Friedlicher Protest sozusagen, ein Boykott einer Ideologie, die man ablehnt, so wie es die Amerikaner neulich mit dem Bud Light Bier gemacht haben. Das wäre ein Bild für die Götter gewesen: ein karger Picknicktisch, auf dem nur ein paar Möhrensticks und Sesamstangen stehen, dazu hungrige Gesichter der Gäste und betretendes Schweigen, bis schließlich einer schelmisch sagt: "Wollen wir uns kurz Döner holen? Wer will, kann ja den Gemüsekebab nehmen."

Fleischlose Feten im Bundeslandwirtschaftsministerium

Sie werden's jetzt nicht glauben, aber genau so hat es sich nun im Bundeslandwirtschaftsministerium zugetragen. Eine kleine Anfrage der Unionsfraktion legte kürzlich offen, daß Landwirtschaftsminister Cem Özdemir die hausinterne Regel beschlossen hat, daß bei Veranstaltungen seines Ministeriums ausschließlich vegetarische Speisen serviert werden sollen. Zusätzlich müssen die angebotenen Lebensmittel zu hundert Prozent aus biologischem Anbau stammen. Ausnahmen von dieser Regelung soll es nur noch mit einer internen Sondererlaubnis geben.

Nicht nur Özdemir macht einen auf Gutmensch-Gastgeber: Auch im grün geführten Bundes-

umweltministerium soll es nur noch vegetarisches Catering geben, ebenso im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das von Ex-Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) geleitet wird.

Womit Özdemir wohl nicht gerechnet hat: Sein bisheriger Caterer war anscheinend von den neuen Vorgaben so gar nicht begeistert und soll die Zusammenarbeit mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium kurzerhand beendet haben. Das berichtet agrarheute. Die moralischste Cafeteria Deutschlands bietet also vorerst überhaupt kein Essen mehr an - und konnte bisher auch noch keinen neuen Betreiber finden.

Özdemir, der einsame Ernährungsberater

Guckt man sich die Ausschreibung des Ministeriums für den neuen Kantinenbetreiber an, ist man wenig verwundert, daß kein ehrenhafter Koch sich so etwas antun möchte. Wie Bild berichtet, stellt sich Özdemir auch im Alltagsbetrieb der Kantine "eine schrittweise Reduzierung des Angebots an Mittagsgerichten mit Fleisch-/Wurstwaren" vor. Statt dessen sollen die rund 350 Mitarbeiter des Ministeriums vermehrt Hülsenfrüchte, Nüsse und Ölsamen aufgetischt bekommen. Außerdem soll es täglich ein Gericht "in ovo-lacto-vegetarischer Form" geben. Und: "Die Milch und Ei enthaltenden Komponenten sind dabei nach Möglichkeit getrennt anzubieten, um lactovegetarische bzw. vegane Varianten zu ermöglichen."

Damit sie das nicht wie ich googeln müssen: Ovo-Lacto-Vegetarier essen kein Fleisch und Fisch, aber Eier und Milchprodukte. Ich dachte ja immer, das sei die Definition von Vegetarismus, im Gegensatz zum Veganismus, die dann gar keine tierischen Produkte mehr essen. Nun gibt es aber anscheinend auch noch sogenannte Ovo-Lacto-Pisce-Vegetarier, die essen "fich (sic!)-vegetarische Gerichte, wie Karl Lauterbach sagen würde, und Eier und Milchprodukte. Oder reine Lacto-Vegetarier, die Milchprodukte essen, aber keine Eier.

Ja, das müssen sehr anregende Gespräche gewesen sein, als Özdemir mit seinen Vegetarier-Freunden im Ministerium darüber diskutierte, ob man die eigenen Mitarbeiter nun zu Ovo-, Lacto- oder Pisce-Vegetariern umerziehen sollte, oder ob man sie besser gleich zum Veganismus nötigt.

Nun gibt es vorerst wohl keinen, der für Özdemirs Partys im Bundesumweltministerium das Essen besorgt. Man würde ihm ja freundlich empfehlen, seine Frau zu fragen, ob sie nicht ein paar Happen zubereiten könnte - allerdings ist diese bekanntlich Argentinierin und bekennende Fleischliebhaberin. Das wird also auch nichts.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juli 2023: >>**Sommer 2023: Freibad-Horror geht weiter**

Von *Sven Eggers*

Wieder werden Grapsch- und Prügelfälle aus unseren Schwimmbädern gemeldet. Politiker haben uns diese Zustände gegen unseren Willen aufgezwungen. Widerstand ist wichtig. ...

Wo eigentlich Erholung und Erfrischung im Vordergrund stehen sollten, regieren zunehmend Chaos und Gewalt. Migrantengruppen eskalieren in unseren Freibädern immer öfter und sorgen für Angst und Schrecken. Die Schwimmbäder rüsten derweil weiter auf, engagieren Sicherheitspersonal und setzen auf Polizeipräsenz.

Unbeschwertheit geht anders! Medien sind bemüht, die Vorkommnisse zu vertuschen. Sofern überhaupt berichtet wird, ist meist nur von "Männern" oder "Personen" die Rede. Jeder aber weiß, daß es Migrantengruppen sind, die hier in Unwesen treiben. Eine kleine Übersicht:

Gewaltorgien statt Eis und Pommes

Am vergangenen Donnerstag gab es reichlich Streß im Schwimmbad von Lauter-Bernsbach im Erzgebirgskreis. Nach einem Streit unter Kindern mischten sich mehr und mehr Erwachsene ein. Am Ende gingen offenbar Syrer auf Einheimische los. Jedenfalls entbrannte urplötzlich eine heftige Schlägerei. Dabei kamen nicht nur Fäuste zum Einsatz, sondern auch Stöcke und Flaschen. Acht Personen wurden verletzt. Die Polizei Chemnitz ermittelt wegen gefährli-

cher Körperverletzung.

In Mannheim hatte es kürzlich eine nahezu identische Situation gegeben. Zunächst schubsten sich Kinder umher, dann mischten sich Erwachsene ein, und die Lage uferte aus. In Mannheim waren es am Ende zwei Migrantengruppen, die aufeinander losprügelten. Ein 24-Jähriger wurde durch einen Messerstich verletzt, mehrere weitere Personen erlitten leichtere Blessuren.

Am vergangenen Wochenende wurde im baden-württembergischen Malsch nahe Karlsruhe ein Bademeister verprügelt, der letzte Gäste auf die anstehenden Schließungszeiten hinweisen wollte. Mehreren Männern gefiel das gar nicht. Einer von ihnen verdrosch den Rettungsschwimmer. Das Opfer mußte mit Schwellungen und Prellungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Täter ist flüchtig. Die Polizei sucht den Schwarzhaarigen nun.

Im Sommerbad Berlin-Pankow beschwerten sich ebenfalls am letzten Wochenende mehrere Leute über sexuelle Belästigungen durch zwei Männer. Als Sicherheitskräfte eingreifen wollten, kam es zu einem Tumult, der in einer Schlägerei mündete. Anschließend klagten mehrere Beteiligte über Verletzungen.

Bereits Anfang Juni war die Lage im Freibad Berlin-Pankow eskaliert. Als der Bademeister einen 16-jährigen Libanesen und seinen 14-jährigen Kumpel maßregeln wollte, sammelten sich plötzlich mehr als dreißig Jugendliche, die dann auch handgreiflich wurden.

Es entwickelte sich eine Massenschlägerei, bei der ein Sicherheitsmitarbeiter des Bades sowie ein Jugendlicher verletzt wurden. Ein Großteil der Angreifer konnte flüchten, ehe die Polizei eintraf.

Derweil konnten in Stuttgart zwei Männer gestellt werden, die in einem Freibad vier junge Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren sexuell belästigt hatten. Insgesamt waren zehn Angreifer an den Taten beteiligt. Die Bande flüchtete, doch Sicherheitsbeamte konnten zumindest zwei Beteiligte stellen und der Polizei übergeben. Bereits Ende Mai wurden in eben diesem Freibad mehrere junge Frauen Opfer sexueller Übergriffe. Ein 23-jähriger Syrer wurde festgenommen.

Im schleswig-holsteinischen Wesselburen benahm sich eine Gruppe junger Männer daneben. Da wurde viel getrunken und mit Flaschen auf andere Badegäste geworfen. Als die Beteiligten einem ausgesprochenen Platzverweis nicht nachkommen wollten, wurde die Polizei gerufen. Die mußte sich nicht anders zu helfen, als das gesamte Freibad zwei Stunden vor der offiziellen Schließungszeit zu räumen. 50 Personen hielten sich zum Zeitpunkt der Räumung noch im Freibad auf.

Vorvergangenem Mittwoch randalierte eine große Migrantengruppe im Columbiabad von Berlin-Neukölln. Sicherheitspersonal und Polizei setzten auch hier auch eine komplette Räumung. Per Durchsage hieß es: "Das Bad wird geräumt. Bitte packen Sie ihre Sachen und begeben Sie sich zum Ausgang. Aus Sicherheitsgründen wird das Bad geräumt."

In Kaiserslautern hatten unlängst mehrere Jugendliche eine junge Mutter nach einem Freibad-Besuch überfallen und niedergeschlagen. Die Frau hatte sich zuvor über das Verhalten der Gruppe beschwert. Ein Polizeisprecher: "Als die Frau in Begleitung ihrer kleinen Kinder das Schwimmbad verließ, folgten ihr die Jugendlichen. Ein bislang unbekannter Täter aus der Gruppe schlug ihr mit der Faust ins Gesicht." Ihr Ehemann habe die Männer letztlich zurückdrängen können.

Auch in Berlin-Wedding gab es wieder Ärger. Laut Polizei sei ein Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes am vergangenen Montag im Schwimmbad von Badegästen angegriffen und verletzt worden. Einer der Täter zückte sogar ein Messer. Der Mitarbeiter sei durch Schläge und Tritte am Kopf verletzt worden. Der Wachmann wurde von Sanitätern versorgt. Die Täter flohen.

Wo soll das hinführen? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. Juli 2023: >>**Sieg bei Bürgermeisterwahl: Nächster AfD-Paukenschlag**

Von *Sven Eggers*

Nächster AfD-Sieg läßt Etablierte erschüttert zurück: Ob auch die Bürgermeisterwahl von Raguhn-Jeßnitz mit Demokratiecheck-Tricks angezweifelt werden wird? ...

In Raguhn-Jeßnitz (Sachsen-Anhalt) ist der AfD-Politiker Hannes Loth zum neuen Bürgermeister gewählt worden. Er setzte sich im zweiten Wahldurchgang gegen den parteilosen Nils Naumann durch.

Erster AfD-Bürgermeister in der Republik

Nach dem vorläufigen Endergebnis der Stadt hat Hannes Loth 51,13 Prozent der Stimmen erreicht. Sein Kontrahent kommt auf 48,87 Prozent. Loth, Landwirt und Betriebsleiter in einem Agrarunternehmen, ist damit der erste gewählte AfD-Bürgermeister Deutschlands.

Nach dem Sieg bei der Landratswahl in Sonneberg (Thüringen) ist dies der zweite AfD-Paukenschlag binnen kurzer Zeit.

COMPACT-Herausgeber Jürgen Elsässer, der persönlich am Wahlabend nach Raguhn-Jeßnitz gefahren war, ordnet den Erfolg ein:

"Das war der zweite Schlag der AfD innerhalb einer Woche. Absolute Mehrheit in Sonneberg, absolute Mehrheit in Raguhn-Jeßnitz - das ist der Sommer der AfD. Der Erfolg wird natürlich beflügelt von den Pannen und verbrecherischen Anschlägen durch die Ampel-Politik auf Deutschland und auf unseren Wohlstand."

Viele Leute, die bislang vielleicht noch zögerten, für die AfD zu stimmen, gäben nun ebenfalls der blauen Alternative ihre Stimme, so Elsässer: "Diese Erfolgsserie wird sich weiter fortsetzen."...<<

03.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Juli 2023: >>**Baphomet: Der Teufel der Templer?**

Von *Sven Reuth*

Die Tempelritter werden mit den Sagen um den Heiligen Gral in Verbindung gebracht. Was hat es damit auf sich? ...

Viele Thesen, die sich um den Verbleib des Heiligen Grals ranken, thematisieren auch den geheimnisvollen Orden der Templer. Diese Organisation verband die Ideale des adeligen Rittertums mit denen des asketischen Mönchswesens. Sie spielte als Mitbegründer des Ordensstaates, der auch das spätere West- und Ostpreußen umfaßte, eine wichtige Rolle in der deutschen Geschichte. Nach der Eroberung Jerusalems im Zuge des Ersten Kreuzzuges durch Gottfried von Bouillon im Jahr 1099 wurden umfangreiche Ausgrabungen am dortigen Tempelberg vorgenommen. Dabei sollen gerüchteweise der Heilige Gral wie auch die Bundeslade gefunden worden sein.

Die Templer: Aufstieg und Untergang

Andere Beobachter vermuteten, daß ein weiteres Evangelium zutage gefördert wurde, welches eine völlig neue Perspektive auf das Leben von Jesus Christus werfe. Auffällig ist, daß der Templerorden in den ersten Jahrzehnten des 12. Jahrhunderts einen steilen Aufstieg erlebt und zahlreiche Privilegien genießt. Papst Innozenz II. unterstellt die Mönchskrieger der direkten Herrschaft des Vatikans, befreit sie von allen Steuern und billigt ihnen statt dessen selbst das Recht zur Abgabenerhebung zu. In Europa und im Nahen Osten entsteht so ein mächtiger Staat im Staate.

Doch dann die Katastrophe: Der französische Kapetinger-König Philipp der Schöne läßt 1307 Haftbefehle wegen Sodomie und Ketzerei gegen die Tempelritter ausstellen. Viele von ihnen enden auf dem Scheiterhaufen. Warum dieser schwere Schlag gegen die treuesten Diener des Abendlandes? Mußte ein Geheimnis gewahrt werden, dessen Offenbarung den Lauf der Welt-

geschichte geändert hätte? Diese These vertreten die Autoren Henry Lincoln, Michael Baigent und Richard Leigh in ihrem 1982 erschienenen populärwissenschaftlichen Sachbuch "Der Heilige Gral und seine Erben".

"Königliches Blut"

Demnach fanden die Tempelritter heraus, daß Jesus und Maria Magdalena leibliche Nachkommen zeugten. Dieses "sang réal" - zu deutsch "königliches Blut" - sei der Heilige Gral. Die Merowinger unter ihren Ahnherren Childerich und Chlodwig waren demnach die einzig legitimen europäischen Herrscher, weil sie aus dieser Blutlinie entstammten. Bis in die Gegenwart versuche die von Gottfried von Bouillon in Jerusalem gegründete Geheimgesellschaft Prieuré de Sion, die Nachkommen Christi wieder an die Macht zu bringen.

Ihnen kommt diese Geschichte bekannt vor? Kein Wunder, denn Dan Brown griff diesen Topos auf und entwickelte daraus seinen Mega-Bestseller "Sakrileg", der 2003 in den USA unter dem Titel "The Da Vinci Code" erschienen war. Diese Adaption des Gralsstoffes zeigt, wie mannigfaltig und unerschöpflich das Thema bis auf den heutigen Tag geblieben ist.

Es gibt aber auch eine weitere Theorie um die Tempel und den Gral, die eine okkulte Dimension dieses Themas enthält. Einige inhaftierte Mitglieder des Ordens sollen unter der Folter gestanden haben, den Baphomet, eine Art Dämon mit Ziegenkopf, Flügeln und einem pentagrammartigen Symbol auf der Stirn, angebetet zu haben.

Was war der Baphomet?

Diese Darstellung der Baphomet-Figur geht aber auf Alphonse Louis Constant (1810-1875), der sich Éliphas Lévi nannte, zurück, der ein halbes Jahrtausend nach den Templern lebte. Der vormalige katholische Diakon, der sich, obwohl er niemals die Priesterweihe empfangen hatte, als Abbé bezeichnete, wurde 1861 in die Pariser Loge La Rose du Parfait Silence aufgenommen. Zuvor hatte er sich ausführlich mit Magie sowie der jüdischen Geheimlehre Kabbala beschäftigt und verschiedene Bücher zu Magie, Ritualistik und Zeremonien veröffentlicht.

Er neigte politisch dem Sozialismus zu und entwickelte das Bild der heute geläufigen Baphomet-Figur. War der Baphomet der Tempel möglicherweise also etwas ganz Anderes? Immer wieder gab es auch Spekulationen, die Tempel hätten im Heiligen Land den Kopf des von ihnen besonders stark verehrten Johannes des Täufers oder gar das Haupt Christi entdeckt und dieses dann bei geheimen Zeremonien verwendet. Dieses Haupt sei der Heilige Gral gewesen.

Katharer und Tempel

In seinem 2010 erschienen Buch "Mysterium Heiliger Gral" widmet Mike Vogler dieser Theorie ein eigenes Kapitel. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Tempel immer wieder auch mit den schon vor ihnen als Ketzern verfolgten Katharern in Verbindung gekommen waren. Diese christliche Glaubensgemeinschaft hing einer gnostischen Religion an. Wie auch die Manichäer der Antike stellte man sich die Frage, wie ein guter Schöpfergott eine Welt hatte schaffen können, in der so viel Böses geschieht.

Die Antwort darauf war die Herausbildung einer radikal dualistischen Weltsicht, in der die irdisch-materielle Welt als Ausgeburt eines bösen Prinzips betrachtet wurde. Das Heil wurde nur im Geistigen gesucht, außerdem glaubten die Katharer an Seelenwanderung. Auch bei den Templern soll es insbesondere in Italien, Deutschland und Österreich Ordensmitglieder gegeben haben, die Anhänger einer gnostischen Auslegung des Christentums gewesen sein sollen. Einige von ihnen sollen Johannes den Täufer sogar weit über Jesus Christus gestellt haben.

Interessant ist jedenfalls, daß der SS-Forscher Otto Rahn behauptete, die Katharer seien die Hüter des Heiligen Grals gewesen. ...

Was verschweigt man uns über die Tempelritter und die angeblich ketzerischen Katharer? Oder das astronomische, geometrische und technische Wissen der frühen Hochkulturen? Was verbirgt sich hinter dem Heiligen Gral? Gab es Atlantis wirklich - und wenn ja, wo lag es? Wieso kannten die alten Ägypter offenbar schon Elektrizität? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Juli 2023: >>Offshore-Windkraft: Die Kosten explodieren

Von *David Wojick*

Wenn die Verringerung der CO₂-Emissionen die Rechtfertigung für die Industrialisierung des Meeres durch Offshore-Windkraftanlagen ist, dann müssen wir wissen, wie hoch die Kosten pro Tonne CO₂-Reduzierung sind. Diese Zahl wird wahrscheinlich lächerlich hoch sein, nämlich in der Größenordnung von Tausenden Dollar pro Tonne.

Gigantischer Materialbedarf

Wir haben bereits den Teil der Reduktionsanalyse erörtert und festgestellt, daß die Reduktionen pro MW Windkraftkapazität wahrscheinlich relativ gering sind. Was die Kosten anbelangt, so ist Offshore-Wind bereits sehr teuer, aber es wird noch viel schlimmer werden. Es wird allgemein vorhergesagt, daß der weltweite Ansturm auf den Bau einer großen Anzahl von industriellen Windkraftanlagen die Lieferkette ernsthaft belasten wird. Die unvermeidliche Folge werden Engpässe und Preisspitzen sein.

Es gibt immer mehr Fachliteratur zu diesem Problem der Lieferkettenknappheit. Bislang scheint sie sich jedoch hauptsächlich auf die zu erwartenden Material- und Anlagenengpässe zu konzentrieren, nicht auf die spezifischen Kostensteigerungen, die zwangsläufig folgen werden. ...

Irre Nachfrage nach seltenen Erden

Hier ist ein aufschlußreicher Absatz aus dem Abstract der Studie:

"Wir zeigen, daß die Nutzung von OWE (Offshore-Windenergie) von 2020 bis 2040 große Mengen an Rohstoffen erfordern wird: 129-235 Millionen Tonnen (Mt) Stahl, 8,2-14,6 Mt Eisen, 3,8-25,9 Mt Beton, 0,5-1,0 Mt Kupfer und 0,3-0,5 Mt Aluminium. Bis zum Jahr 2040 werden erhebliche Mengen an Seltenen Erden benötigt werden, wobei sich der derzeitige Bedarf an Neodym (Nd), Dysprosium (Dy), Praseodym (Pr) und Terbium (Tb) jeweils um das 16-, 13-, 31- bzw. 20-fache erhöhen wird."

Da es sich hierbei um einen völlig neuen Bedarfsbereich handelt, der zu der heutigen Produktion hinzukommt, deutet dies darauf hin, daß Engpässe durchaus möglich sind. Die Zahlen für die seltenen Erden sind besonders interessant. Die Gesamtproduktion muß vom 13-fachen der heutigen Produktion auf das unglaubliche 31-fache ansteigen. Ist das überhaupt möglich?

Windpark im IJsselmeer (Niederlande). Der Ressourcenverbrauch für die Errichtung eines Windparks ist enorm. Die Leidtragenden sind oft Menschen in den ärmsten Regionen der Welt.

Wenn Sie diese Literatur erforschen möchten, verwenden Sie die erweiterte Suchfunktion auf <https://scholar.google.com/>. (Geben Sie "Future material requirements" in das Feld "exact phrase" ein und klicken Sie auf "search". Es sollte einer der ersten Treffer sein, und Sie brauchen den Artikel nicht aufzurufen. Teil des Treffers ist eine Schaltfläche, die jeden Artikel findet, der diesen Artikel zitiert. Außerdem gibt es eine leistungsstarke Schaltfläche mit der Bezeichnung "Verwandte Artikel", die etwa 100 eng verwandte Artikel anzeigt. Damit sind Sie mitten in der Literatur.

Hohe Preisspitzen voraus

Ein eher enzyklopädischer Ansatz ist "The Role of Critical Minerals in Clean Energy Transitions", IEA, Mai 2021, 287 Seiten. Dabei geht es nicht speziell um Offshore-Windkraft, sondern um die Aussicht auf Engpässe und Preisspitzen bei der Entwicklung von Wind- und Solarenergie.

Die absehbaren Engpässe beschränken sich auch nicht auf die Grundstoffe. Es gibt eine enorme Menge an Spezialausrüstungen, die hergestellt werden müssen, oft in Fabriken, die es heute noch gar nicht gibt. Auch hier sind Preisspitzen wahrscheinlich unvermeidlich.

So meldete ein Branchenanalyst kürzlich den kurzfristigen Bedarf an 200 zusätzlichen Spezi-

alschiffen für den Bau. Diese sollen schätzungsweise zwanzig Milliarden Dollar kosten, aber es könnte noch viel mehr sein, wenn man von den heutigen Kosten ausgeht. Siehe den Beitrag mit dem Titel "20 Mrd. USD für den Bau von 200 neuen Schiffen", offshorewind.biz, 30. März 2023.

Elektrizität wird zum Luxusgut

Der Punkt ist, daß mehrere Studien einen drohenden Mangel feststellen, dessen Kostenauswirkungen nicht abgeschätzt und berücksichtigt werden. In Anbetracht der Tatsache, daß die Entwicklung der Offshore-Windenergie zu einem industriellen Ansturm gigantischen Ausmaßes geworden ist, ist dies keineswegs überraschend.

Wenn die Kosten für die Entwicklung der Offshore-Windenergie steigen, steigen auch die Kosten pro Tonne vermiedener CO₂-Emissionen. Das Gleiche gilt für die Kosten der Elektrizität. Wir müssen sehen, wie diese Kosten in Zukunft aussehen werden.

Dieser Beitrag erschien ursprünglich auf eike-klima-energie.eu. Zwischenüberschriften und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26453" berichtet am 3. Juli 2023 (x1.319/...): >>>Covid-Plandemie als Beschleuniger für politische Agenda

Wer glaubt, daß sich mit dem Ausklingen der Covid-Plandemie alles wieder "normalisieren" würde, hat weit gefehlt!

Die Plandemie und deren aufgezwungene Maßnahmen haben unweigerliche, nachhaltige Folgen und waren nur Türöffner bzw. ein Vorwand, um Reformen der Lebensmittel-, Identitäts- und Geldsysteme durchzusetzen sowie "grüne" Agenden voranzutreiben. Bezeichnenderweise wurde im März 2020 vom ehemaligen britischen Premierminister Gordon Brown eine "globale Regierung" gefordert, scheingründig, um die Pandemie zu bekämpfen. Schauen wir uns ein paar Beispiele an, die zeigen, wie Covid-19 programmgemäß als Beschleuniger für die geplanten Transformationen genutzt werden sollte.

So war im September 2018 beim WEF in Davos die "digitale Identität" ein wichtiges Gesprächsthema. Im Dezember 2020 berichtete dann das Nachrichtenmagazin "The Economist", daß "Covid-19 nationale Pläne antreibt, den Bürgern digitale Identitäten zu geben"!

Im Januar 2019 wurde verkündet, daß die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und 70 Zentralbanken der Welt an der Erforschung digitaler Zentralbankwährungen (CBDCs) beteiligt sind.

Dazu veröffentlichte im Juli 2021 die "FinTech Times" (Zeitung zur Finanz-Technologie), daß die Pandemie "die Entwicklung von Zentralbank-Digitalwährungen um bis zu fünf Jahre beschleunigt" habe!

Ebenfalls 2021 berichtete "Deloitte" (weltweites Wirtschafts-Dienstleistungsnetz), daß Covid die geforderte "Transformation der Ernährung beschleunigt" habe.

Bemerkenswert ist, wie hier renommierte Zeitungen und Unternehmen Zusammenhänge erkannt und veröffentlicht haben! Doch das ist noch nicht alles. Denn wie die Menschen weltweit bitter erfahren mußten, nahmen im Zuge der Plandemie Zensur- und Überwachungsbefugnisse rasant zu, sowohl in China als auch im Westen. Und schließlich öffnete die Covid-Plandemie auch die Tür für weitreichende globalistische Änderungen der öffentlichen Gesundheitspolitik. Zu diesem Thema ist auch die Sendung "WHO DIKTIERT ALLES" (www.-kla.tv/25674) dringend zu empfehlen!

Das wirklich Gefährliche an Covid ist also nicht der Virus, gemeingefährlich sind die Organisationen, die alles dafür tun, um ihre politische Agenda zu beschleunigen, die darauf abzielt, die Welt in eine dystopische (erschreckende, düstere) Horrorshow umzugestalten.

Wie sagte Edward Snowden treffend: "Ein Virus ist schädlich, aber die Auflösung von Rechten ist tödlich."<<

04.07.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 4. Juli 2023 (x1.322/...): >>Bodeneigentum - das beschwiegene soziale Grundübel

Von *H. W. Ludwig*

In Deutschland müssen die meisten Menschen zur Miete wohnen, und die Wohnungsnot wird immer größer. Denn es gibt nicht genug Wohnungen für alle. Bundesweit fehlen ca. 700.000. Doch das Bauen stockt, denn die Baukosten, die Grundsteuern sowie teure linksgrüne Auflagen wachsen.

Dazu strömen unaufhörlich Massen von vielfach bevorzugten Migrant*innen ins Land. Und so steigen die Mieten weiter und werden für immer mehr Menschen unbezahlbar, so daß sie mit weniger Wohnraum und primitiven Wohnverhältnissen vorlieb nehmen müssen oder gar in die Obdachlosigkeit absinken. Doch das allem zugrunde liegende soziale Übel des privaten Eigentums an Grund und Boden wird nicht thematisiert.

Um gleich einem Einwand vorzubeugen: Es geht hier nicht um kommunistische Ideologie, sondern um eine sachliche Analyse des Problems und notwendige Überlegungen, wie es gelöst werden könnte. Denn der Sachverhalt stellt sich für jedermann objektiv ganz eindeutig dar. Und er ist bitter ernst.

Das grundlegende Problem

So wie jeder Mensch Luft zum Atmen braucht, so auch ein Stück Erde, auf dem er wohnen und sich nachts zum Schlafen hinlegen kann. Der Boden ist notwendige Lebens- und Arbeitsgrundlage aller Menschen. Wenn sich aber der gesamte Grund und Boden nur im Eigentum eines Teiles der Bevölkerung befindet, ist der andere Teil von diesem existentiell abhängig. Da das private Eigentumsrecht ein dauerhaftes alleiniges Verfügungsrecht über das Grundstück bedeutet, kann der Eigentümer die Bedingungen setzen, unter denen er anderen Zugang zu seinem Grundstück gewähren, sprich, es ganz oder teilweise zu einer bestimmten Nutzung verpachten oder darauf errichteten Wohnraum vermieten will.

Es kommt also von vorneherein kein Rechtsverhältnis unter Gleichen zustande, wie es rechtsstaatlich erforderlich ist, sondern der Eigentümer sitzt am längeren Hebel, er kann die existentielle Not des Nichteigentümers, irgendwo sein Haupt hinlegen zu müssen, ausnutzen und weitgehend seine finanziellen Bedingungen diktieren. Er kann eine Miete fordern, durch die ihm nach Abzug der eigenen Aufwendungen ein dauerhaftes leistungsloses Einkommen zuwächst, das andere für ihn ständig erarbeiten müssen. Das Bodenmonopol versetzt wenige in die Lage, Zahlungen einzig aufgrund ihres Eigentumsrechtes zu erhalten und nicht dafür, daß sie eine Leistung erbringen. Sie können andere Menschen gleichsam wie Sklaven für sich arbeiten lassen.

Diese existentielle Abhängigkeit ist das grundsätzlich Erniedrigende und Entwürdigende für die betroffenen Menschen. Daß der Miethöhe gewisse (aber in der Realität sehr weite) rechtliche Grenzen gesetzt sind, ändert nichts an der prinzipiellen Situation.

Man muß sich das in aller Deutlichkeit vor Augen halten: Die Bodeneigentümer haben das private Recht, andere vom Zugang zu einem für sie existentiell notwendigen Grundstück auszuschließen, durch Bedingungen zu erschweren oder auch unmöglich zu machen. Das Eigentum verbindet hier willkürlich Teile der Erde, die prinzipiell allen Menschen als Lebensgrundlage zur Verfügung stehen müssen, mit der persönlichen, privaten Verfügungsgewalt Einzelner. Der Boden ist gleichsam zum Raub eines Teiles der Bevölkerung geworden, der dadurch Macht über die Anderen ausüben und sie zum eigenen Vorteil ausbeuten kann.

Das Wort privat drückt die historische Realität auch aus. Es stammt vom lateinischen Verb "privare" ab, das ursprünglich "rauben" bedeutete. Ausgangspunkt für Besitz- und Eigentumsverhältnisse waren ja immer Eroberungen oder Inbesitznahmen von Völkern, deren herrschende Fürsten sich des Bodens bemächtigten und ihren Getreuen davon in Form von Lehen, Pacht oder dauerndem Besitz abgaben. Aus der Macht wurden Rechte abgeleitet,

Rechte auf Grund und Boden, die weitervererbt oder an diejenigen verkauft wurden, die den gesetzten Preis bezahlen konnten. Die so entstandenen sozialen Verhältnisse werden einfach nur unbewußt fortgesetzt, bis heute.

Zur gegenwärtigen Situation

Nach dem Statistischen Bundesamt sind gegenwärtig 42 % der Bevölkerung in Deutschland Eigentümer an Grund und Boden. 58 % sind also von 42 % existentiell abhängig. Das führt dazu, daß sie im Durchschnitt 27,8 % ihres Nettoeinkommens für die Miete aufbringen müssen. Das betrifft 19,9 Millionen Hauptmieterhaushalte. Mietbelastungsquote für die rund 6,6 Millionen

Ein Durchschnitt bildet natürlich nicht die wirkliche reale Lage ab. Denn er berührt Mieter mit höherem und hohem Einkommen wenig, für die der Mietanteil eines 2-Personen-Haushaltes z.B. mit einem Einkommen von über 4.000 € sogar auf 15,6 % sinken kann. Existentiell bedrückend wird es für den Einkommensschwachen Bevölkerungsteil, der je nach Haushaltsgröße und Einkommen bis zu 57,7 % für Miete aufbringen muß.

1,5 % aller Hauptmieterhaushalte = 595.290 mußten daher von den Kommunen mit insgesamt 1,4 Milliarden € Wohngeld unterstützt werden. 178.445 Personen, 46 % davon sind Haushalte mit Kindern, fanden keine Wohnung mehr und mußten von Kommunen untergebracht werden.

Der Merkur berichtete am 20.1.2023, daß sich die Wohnungsnot in Deutschland dramatisch verschlimmere.

"Laut einer Studie fehlen bundesweit 700.000 Wohnungen - vor allem im mittleren und unteren Preissegment. Besonders in den Großstädten ist die Lage prekär: hohe Mieten und zu wenige Wohnungen einerseits, eine schier unersättliche Nachfrage andererseits. Ein explosives Gemisch. Wohnen ist die neue soziale Frage." (Hervorhebung hl)

Bereits vorher hatte der Merkur in Bezug auf eine wachsende Wohnungsnot Alarm geschlagen:

"Laut einer Studie der "Deutschen Bank" steuert Deutschland auf eine nie da gewesene Wohnungsnot zu. Statt der versprochenen 400 000 neuen Wohnungen pro Jahr wird es in absehbarer Zeit nur gut die Hälfte sein. Zusätzlich wird die Zahl der hier lebenden Menschen bis 2030 laut der Studie auf voraussichtlich 86 Millionen ansteigen. Es wird eng in Deutschland. Und die Regierung hat erkennbar keinen Plan."

Bei den 42 % der Bevölkerung, die Eigentümer an Grund und Boden sind, muß man allerdings berücksichtigen, daß die meisten davon ihre Immobilie selbst bewohnen. Nur ca. 10 % vermieten, und deren Eigentum konzentriert sich insbesondere in den großen Wohnbaugesellschaften, deren Geschäft es ist, aus den Mieten, d.h. aus der Not der abhängigen Menschen, größtmöglichen Profit zu schlagen. Das bedeutet, daß sämtliche Miet- und Pachtzahlungen der 58 % Mieter auf die Konten von 10 % Grundeigentümern fließen.

Hinzu kommt, daß die Mieten von Unternehmen und Geschäften (z.B. Bäcker), die keine eigenen Räume haben, in deren Preise eingehen, so daß die 58 % Mieter und die 32 % restlichen Eigentümer, also 90 % der Bevölkerung auch deren Mietkosten indirekt zahlen müssen. Darauf hat der Ökonom Prof. Christian Kreiß hingewiesen.

Aber die Grunderwerbs-, Bau- und Investitionskosten der Unternehmen und Geschäfte mit eigenem Grundeigentum gehen natürlich ebenso in die Preise ein, so daß auch diese langfristig von 90 % der Bevölkerung und damit überwiegend von den eigentumslosen Mietern aufgebracht werden müssen.

Ein gigantisches System der Ausbeutung und Vermögensumverteilung von unten nach oben.

Der Zauberstrich im kommunalen Bauamt

Besondere Auswüchse zeigt das Eigentum an Grund und Boden bei plötzlichen Wertsteigerungen. Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden, haben einen geringeren Wert als

solche, die mit gewerblichen Gebäuden oder Wohnhäusern bebaut werden. Ein einziger Strich eines städtischen Bauamtes, der ein landwirtschaftliches Grundstück am Rande der Stadt in den Bebauungsplan einbezieht, läßt den Quadratmeterpreis dieses Grundstückes von vielleicht 10 € mit einem Sprung auf mögliche 200 € oder mehremporschnellen.

Bei einer Größe von 10.000 qm bedeutet dies eine Wertsteigerung von 100.000 € auf nunmehr 2.000.000 €. Das heißt, der Eigentümer, der es geibt oder für 100.000 € gekauft hatte, macht beim Verkauf an Bauinteressenten einen Gewinn von mindestens 1.900.000 €, die ihn mit einem Schlage zum Millionär machen, nur weil er das Eigentumsrecht hat. An Leistung hat er nicht das Geringste erbracht; was ihm zufließt, müssen aber andere für ihn erarbeiten. Hier wird das tief Unsoziale und Ungerechte des Bodeneigentums noch einmal besonders deutlich. Solche Preise können zudem nur Leute mit gutem Einkommen bezahlen, sie übersteigen die finanziellen Möglichkeiten der Mehrheit.

Notwendige soziale Konsequenzen

Die geschilderten Verhältnisse schreien für jeden, der nicht in Vorurteil und Egoismus gefangen ist, nach Veränderung. Verbesserungen des Mieterschutzes, Begrenzungen des Mietpreises, Enteignungen von Immobilienhainen oder staatliche Hilfen beim Eigentumserwerb bleiben an der Oberfläche; sie lindern begrenzt oder verschieben die Ungerechtigkeiten, beseitigen aber nicht die Wurzel des Problems, aus dem alle Ungerechtigkeiten erst aufsteigen: das private Eigentum an Grund und Boden.

Der Boden gehört einer ganz anderen Kategorie an als Sachen, die durch menschliche Tätigkeit immer wieder produziert werden können. Der Boden ist nicht von Menschen hervorgebracht und kann auch nicht beliebig vermehrt werden; er ist die notwendige Lebensgrundlage aller Menschen. Mit einem Grundstück wird keine Sache oder Ware verkauft, sondern das privilegierte Recht, über dieses Grundstück unter Ausschluß aller anderen Menschen zu verfügen.

Der reine Tausch von Waren bzw. deren monetäre Repräsentanz verläuft völlig unabhängig von den sonstigen Rechtsbeziehungen zwischen den Menschen. Ein Grundstück wirkt aber im sozialen Leben nicht wie eine Ware, sondern durch das Recht, das der Eigentümer auf seine ausschließliche Benutzung hat.

Dieses Recht löst ganz anders geartete Beziehungen zwischen Menschen aus als das Verhältnis zu einer Ware, das sonstige Beziehungen zwischen Menschen nicht berührt. Sowie jedoch ein Recht (hier auf die alleinige Verfügung über ein Grundstück) gegen Waren bzw. Geld getauscht wird, greift dieses Recht über die Tauschenden hinaus auf Rechtsverhältnisse mit anderen Menschen über, die z.B. als Wohnende auf diesem Grundstück in ein Abhängigkeitsverhältnis kommen.

Das geltende Eigentumsrecht betrifft zwei völlig unterschiedliche Lebensgebiete. Soweit es sich auf von Menschen hergestellte Sachen bezieht, erfüllt es eine hohe Funktion der existentiellen Sicherung und der Persönlichkeitsentwicklung. In Bezug auf Grund und Boden dient es aber nicht dem Wohle der Allgemeinheit, sondern nur dem Wohle eines Teiles auf Kosten aller Anderen.

Das haben die Väter des Grundgesetzes auch empfunden, indem sie das Eigentum in Art. 14 grundsätzlich unter Schutz stellen, aber in Art. 15 die Möglichkeit vorsehen, daß Grund und Boden "zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden" können. Das ist bisher vom Bundestag, in dem stets überwiegend Eigentümer von Grund und Boden sitzen, überhaupt nicht aufgegriffen worden, geschweige denn, daß man sich dort und in den Parteien über das zugrunde liegende soziale Problem Gedanken machen würde.

Lösungsweg

Wenn Eigentum an Grundstücken auszuschließen ist, dann muß der gesamte Boden einer

Kommune in deren Besitz und Verwaltung bleiben bzw. übergehen - natürlich nur der Boden selbst, nicht die darauf errichteten Gebäude. Denn diese sind ja von Menschen durch ihre Leistungen hervorgebracht worden und müssen in ihr Eigentum übergehen, können also auch verkauft und gekauft werden. Das bedeutet eine rechtliche Trennung vom Boden und den damit fest verbundenen Gebäuden, die bisher als eine rechtliche Einheit behandelt werden. Diese Trennung ist im Grunde nicht neu, sondern besteht bereits im Erbbaurecht. Sie ist also praktikierbar.

Der Boden selbst muß dem Verkauf und Kauf völlig entzogen werden. Die demokratisch legitimierte Organe der Kommune teilen den Boden den verschiedenen Nutzungen zu, für die Bedarf und Möglichkeit besteht: Wohnflächen, Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie etc. Zentral muß sein, daß jeder Bürger der Kommune für sich und seine Familie das Anrecht hat, ein Grundstück auf eine längere Zeit zur Verfügung gestellt zu bekommen, auf dem er ein Haus oder Wohneigentum erstellen oder erwerben kann.

Dies und eine entsprechende Übergangsregelung wären im Einzelnen auszuarbeiten. Das wird natürlich bei vielen eingefahrenen Gewohnheiten nicht einfach, ist aber notwendig und möglich. Das bisherige Eigentumsrecht an Grund und Boden ist nicht vom Himmel gefallen, sondern menschengemacht. Es kann auch von Menschen geändert werden. Einwände, das sei nicht durchführbar und daher sei das Ganze utopisch unreal, sind üblich, wenn man sich interesselos auf das eigentliche Problem nicht einlassen will.

Wenn die Notwendigkeit dieses grundsätzlichen Richtungswechsels der Bodenordnung eingesehen wird und das soziale Gewissen den Willen zur Veränderung ergreift, werden sich die Dinge aus den praktischen Erfordernissen bis in alle Einzelheiten auch regeln und alle auftretenden Schwierigkeiten überwinden lassen.

Gegen eine solche grundlegende rechtliche Änderung, dessen bin ich mir bewußt, würden sich mächtige Interessengruppen erheben. In der Reaktion darauf offenbart sich letztlich, ob die Abgeordneten des deutschen Bundestages wirklich demokratische Vertreter des ganzen Volkes und aufrechte Verfechter des Gesamtwohles sind oder weiterhin tiefgreifende soziale Verwerfungen mit Not, Leid und Entwürdigung für große Teile der Bevölkerung in Kauf nehmen - zugunsten privater Macht- und Profitinteressen.

Nachbemerkung:

Das Thema, erweitert um die noch bevorstehende Erfindung des Eigentums an der Luft und der daraus folgenden Miete für die Atemluft in den gemieteten Räumen, ist von mir vor einigen Jahren auch in satirischer Form behandelt worden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Juli 2023: >>**Alice Weidel (AfD): Faesers Islam-Studie erweist sich als "Auftragsarbeit" von Islamisten!**

Die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag ist fassungslos! Alice Weidel twitterte: "Tagelang erklärten uns Scholz & Faeser aufgrund der Ergebnisse einer 'Studie', wie groß die Muslimfeindlichkeit in der Bevölkerung sei. Jetzt kommt heraus: Es handelte sich wohl um eine Auftragsarbeit, erstellt durch islamistische Verbände."

Hintergrund: Eine Studie im Auftrag des Bundesinnenministeriums (BMI) hatte untersucht, wie sehr Muslime in Deutschland angeblich "diskriminiert werden". Dabei wurden allerdings auch Akteure befragt, die bekannt dafür sind, den Vorwurf der Islamfeindlichkeit für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Denn:

An der BMI-Erhebung waren Verbände beteiligt, die Verfassungsschützer als islamistisch einstufen. Für den Bericht sprachen die "Forscher" u.a. mit Vertretern der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschland (IGS). Laut Bundesamt für Verfassungsschutz befindet sich die IGS unter der Kontrolle des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH). Der Dachverband diene als "wichtiges Element für die Steuerung der Interessen des IZH". Das IZH wiederum sei "ein bedeutendes Propagandazentrum Irans in Europa". Laut Hamburger

Verfassungsschutz strebt das IZH einen "Export der islamischen Revolution" an.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Sympathie für "Letzten Generation"**

Klimakleber kommen mit Straftat davon, weil der RichterIn die Aktion gefällt
Fünf Klimakleber der "Letzten Generation" können sich über einen Freispruch freuen - obwohl die RichterIn zugab, daß sie Nötigung gegenüber Autofahrer begangen. Das Urteil begründete sie politisch.

Max Roland

Am Dienstag endete der Prozeß gegen fünf Mitglieder der "Letzten Generation" in Leipzig mit einem Freispruch. Die drei Frauen und zwei Männer waren aufgrund einer Straßenblockade im vergangenen Jahr wegen Nötigung angeklagt worden. Der Freispruch der Aktivisten ist bemerkenswert - immerhin hatten die Angeklagten die Vorwürfe und ihre Schuld im wesentlichen eingeräumt und, wie so häufig, den Gerichtssaal als Bühne für ihre politischen Ansichten zum Klimawandel benutzt.

Doch Laura Jankowski, die zuständige RichterIn am Amtsgericht Leipzig, schien den Tätern gerade deswegen zugetan zu sein - und begründete den Freispruch mit einer bemerkenswerten Aussage. "Der Protest richtete sich gegen die Folgen der Klimakrise und speziell gegen den Autoverkehr", so Jankowski.

Die Tat sei zwar Nötigung gewesen, erklärte die RichterIn und erkannte somit eine begangene Straftat an. Allerdings seien die Aktion und ihre Beweggründe nicht verwerflich. Aufgrund politischer Sympathien belohnte die RichterIn die Täter einer von ihr selbst anerkannten Straftat also mit einem Freispruch.

Dammbruch in der Justiz?

Das Urteil ist bemerkenswert - und vor allem gefährlich für den Rechtsstaat. Denn es legt einen weiteren Grundstein für politisierte Justiz. Es ist nicht die Aufgabe von Richtern, politische Motive als gut oder schlecht zu bewerten - trotzdem ist es nicht das erste Mal, daß das so passiert.

Beim Prozeß gegen die inzwischen verurteilte Linksterroristin Lina E. bekundete der Richter ebenfalls Sympathien für die Beweggründe der Angeklagten. Auch nur der Verdacht, daß Richter und Gerichte politische Schlagseite haben könnten, untergräbt Vertrauen in die Justiz - und ein solches Urteil wie der Freispruch der Klimaaktivisten sabotiert es geradezu.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. Juli 2023: >>**Irreversibler Schaden**

Nicht wiedergutzumachen

Irreversibler Schaden ist die Erforschung eines Mysteriums: Warum hat sich die Diagnose "Geschlechtsdysphorie" im vergangenen Jahrzehnt von einem verschwindend seltenen Leiden, das fast ausschließlich Jungen und Männer betrifft, zu einer Epidemie unter Mädchen im Teenageralter gewandelt?

Die Journalistin Abigail Shrier präsentiert schockierende Statistiken und Geschichten aus Familien, um zu zeigen, daß die westliche Welt zu einem fruchtbaren Boden für einen "Transgenderwahn" geworden ist, der nichts mit echter Geschlechtsdysphorie, aber alles mit unserer kulturellen Schwäche zu tun hat.

Mädchen im Teenageralter nehmen Testosteron und entstellen ihren Körper. Eltern werden unterminiert. Auf sogenannte Experten wird zu viel vertraut. Andersdenkende in Wissenschaft und Medizin werden eingeschüchtert. Die Rede- und Meinungsfreiheit wird unterdrückt. Abweichlern drohen versteckte oder aber auch ganz unverhohlene, drastische Konsequenzen.

"Warum hat mich niemand davor gewarnt?"

Abigail Shrier hat sich gründlich mit der Transgenderepidemie beschäftigt. Dazu hat sie mit Mädchen gesprochen, mit deren leidgeplagten Eltern sowie mit Beratern und Ärzten, die eine

Geschlechtsumwandlung ermöglichen. Auch mit "Detransitioners" hat sie sich ausgetauscht, jungen Frauen, die zutiefst bedauern, was sie sich selbst angetan haben.

Sich als transgender zu outen, steigert schlagartig das soziale Ansehen dieser Mädchen. Doch sind die ersten Schritte auf dem Weg der Geschlechtsumwandlung erst einmal getan, ist ein Umkehren sehr schwierig, wie Shrier feststellt. Sie gibt dringend benötigte Ratschläge, wie Eltern ihre Töchter schützen können.

Eine Generation junger Mädchen ist in Gefahr

Abigail Shriers Buch ist wichtig. Es hilft Ihnen, zu begreifen, was der Transgenderwahn wirklich ist und wie Sie Ihr Kind davor schützen. Shrier entwickelt aber auch Schritte, die Eltern dabei helfen, das Wohlergehen ihrer Töchter zu verbessern.

Jeder, der jemals skeptisch über den plötzlichen Ansturm des Transgenderwahns nachgedacht hat, sollte dieses Buch lesen.

"Irreversibler Schaden ... hat einen Sturm entfacht. Abigail Shrier, Autorin des Wall Street Journal, tut etwas sehr Einfaches, aber Verheerendes: Sie hält sich streng an die Fakten." Janice Turner, The Times "Die gefährlichste Frau Amerikas?"

Ist Abigail Shrier "die gefährlichste Frau Amerikas"? So fragt Die Welt. "Transgender-Aktivistinnen würden Abigail Shrier gerne mundtot machen und ihre Schriften verbrennen. Denn sie argumentiert, daß nicht jeder vermeintlich transsexuelle Teenager es wirklich ist. Auch in Deutschland brechen Shriers Einwände ein Tabu. ...

Ärzte verschreiben den Mädchen mitten in der Pubertät männliche Hormone, obwohl das sehr gefährlich ist. Chirurgen schneiden ihnen die Brüste weg; eine Ärztin behauptete im Gespräch mit Abigail Shrier allen Ernstes, dies lasse sich später wieder rückgängig machen. Manche Mädchen entscheiden sich sogar zu der rabiaten Maßnahme, sich mit Hilfe von Haut und Venen vom Oberarm einen künstlichen Penis basteln zu lassen, eine Operation, bei der die Klitoris abgetrennt und dann wieder angenäht wird - ziemlich oft geht die Sache schief."

"Mut ist eine seltene Gabe. Abigail Shrier hat jede Menge davon." Dennis Prager, Moderator Die American Civil Liberties Union (ACLU) findet Irreversibler Schaden ganz schlimm. Chase Strangio, ein Direktor des Vereins, schrieb: "Abigail Shriers Buch ist eine gefährliche Polemik ... Die Verbreitung dieses Buches und dieser Ideen zu stoppen ist zu 100 Prozent eine Sache, für die ich mein Leben hingeben würde." Grace Lavery, eine Englischprofessorin in Berkeley, rief gar zu inquisitorischen Maßnahmen auf: "Ich möchte dazu ermutigen, dieses Buch zu stehlen und es auf einem Scheiterhaufen zu verbrennen."

"Es erhebt sich die Frage, warum Abigail Shriers Buch eine dermaßen hysterische Wut (und knieschlotternde Angst) hervorruft." Die Welt

Trotz ihres sensiblen Umgangs mit diesem wichtigen Thema wurde Abigail Shriers Buch in den USA von Medien, Buchhändlern und Werbeträgern boykottiert. Während der Economist es als "eines der besten Bücher des Jahres" bezeichnete, wurde es von den deutschen Medien fast vollständig ignoriert. Kein deutscher Verlag hatte den Mut, das Buch zu veröffentlichen. Nun ist es im Kopp Verlag erschienen - weil die Zukunft unserer Kinder zu wichtig ist.

"Dieses furchtlose Buch zeigt, wie die Körper von Mädchen zu Kollateralschäden in den Kulturkriegen der Erwachsenen geworden sind." Janice Turner, The Times<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Juli 2023: >>Der Feind in ihrem Bett

Neues zum Mord an Marilyn Monroe. Bis heute erzählt der Mainstream, daß die Diva Suizid begangen habe. Doch lange verschollene Tonbänder haben ihren Mörder entlarvt. ...

_ von Marty McCarthy

Los Angeles Police Department, 5. August 1962: Sergeant Jack Clemmons hat Nachtschicht. Hundemüde gießt er sich einen Becher Kaffee ein, als plötzlich das Telefon schrillt. Es ist 4:52 Uhr in der Früh. Als er den Hörer abnimmt, meldet sich am anderen Ende der Leitung

ein Dr. Hyman Engelberg. Er stellt sich dem Polizisten als Leibarzt von Marilyn Monroe vor - und überbringt eine Nachricht, die den Polizisten plötzlich hellwach werden läßt: Seine Patientin sei tot.

Sie habe sich in ihrem Schlafzimmer mit Tabletten umgebracht. Clemmons kann seinen Ohren kaum trauen: "Marylin Monroe ist tot? Wann ist sie gestorben?" Engelberg antwortet: "Gegen 3:50 Uhr. Das meint auch mein Kollege Dr. Greenson, der sich auch hier in ihrer Villa befindet." Ralph Greenson ist der Psychiater der Filmdiva.

Der Police Officer springt vom Stuhl auf, rennt zu seinem Wagen und rast mit Blaulicht zum Fifth Helena Drive Nr. 12305 in Brentwood, einem Stadtteil im Westen von Los Angeles. Die Adresse hatte ihm Engelberg genannt. Schon von weitem sieht er drei dunkle Limousinen und einen weißen Kombi vor dem Anwesen stehen. ...

Falsche Fährten, verwischte Spuren

Als der Kriminalbeamte die Villa betritt, fällt ihm gleich der beißende Geruch von Reinigungsmitteln auf. Nach ein paar Schritten bleibt er stehen und horcht: Irgendwo läuft eine Waschmaschine. Clemmons schaut auf seine Armbanduhr: Es ist Viertel vor fünf.

"Wer zur Hölle schmeißt um diese Zeit die Maschine an? Und das, nachdem gerade die Hausherrin tot aufgefunden wurde?", denkt er sich. Doch das ist erst der Beginn einer Reihe von Merkwürdigkeiten, die dem erfahrenen Ermittler an diesem Morgen auffallen - und die er allesamt akribisch in seinem Notizbuch vermerkt.

Als der Polizist Marilyns Schlafzimmer betritt, durchfährt ihn ein Schrecken. Die schöne Tote liegt ausgestreckt und vollkommen nackt auf ihrem Bett, das Gesicht im Kopfkissen vergraben - als hätte sie jemand so drapiert. Ein Arm ist an den Körper angelegt, in der Hand des anderen liegt ein Telefonhörer. Hatte sie im Sterben noch versucht, Hilfe zu rufen?

Im ganzen Raum verteilt liegen leere Pillenfläschchen herum - fast so, als sollten sie jedem sofort ins Auge fallen. Clemmons zählt sie: Es sind acht, alle leer. Doch keine Spur von Krämpfen, wie sie sonst bei Überdosen üblich sind. Auch Erbrochenes findet sich nicht.

Der Gerichtsmediziner wird später Tod durch eine Überdosis Barbiturate feststellen und vermutet Selbstmord. Doch in Marilyns Magen findet sich davon keine Spur. Dafür weist der Darm eine violette Verfärbung auf. Das legt den Schluß nahe, daß die tödliche Dosis mit einem Klistier zugeführt wurde. Hämatome deuten darauf hin, daß der Einlauf unter Anwendung von Gewalt erfolgte. Der Rechtsmediziner forscht nicht weiter, schickt Nieren, Magen, Darm und Urin ins Labor. Doch dort kommen sie nie an. Genauso spurlos verschwinden die Verbindungsnachweise von Marilyns Telefonaten an den letzten Tagen vor ihrem Tod. ...

Doch wer sollte ein Interesse daran gehabt haben, Marilyn für immer zum Schweigen zu bringen? Ein Motiv könnte kein Geringerer als John F. Kennedy gehabt haben. Der damalige US-Präsident, dem Marilyn am 19. Mai 1962 ihr berühmtes "Happy Birthday-Ständchen" gehaucht hatte, war mit der Hollywood-Schönheit eine Affäre eingegangen. Die war zu diesem Zeitpunkt zwar schon wieder beendet, doch möglicherweise könnte die Blondine ihn damit erpreßt haben - meinen manche.

An jenem Abend lernt Marylin allerdings auch Robert F. Kennedy kennen. Bobby, wie er genannt wird, ist Justizminister unter seinem Bruder - und übernimmt quasi dessen Geliebte. Doch auch diese Liaison hält nicht lange - dafür birgt sie um so mehr Zündstoff. ...

Und der Telefonhörer in Marilyns Hand? Bereits gegen 7:00 Uhr an ihrem Todestag betreten zwei FBI-Beamte das Büro der Los Angeles General Telephone Company und lassen sich sämtliche Verbindungsnachweise der Filmdiva aus den letzten Tagen aushändigen - und kommen damit der CIA zuvor, die erst zwei Stunden später bei der Telefongesellschaft aufkreuzt. FBI-Chef J. Edgar Hoover befindet sich damit im Besitz der Informationen - und vieler weiterer, denn er hatte sowohl die Kennedys, die er abgrundtief haßte, als auch deren Geliebte Monroe überwachen lassen.

Doch er war nicht der Einzige. Jimmy Hoffa, ein mächtiger Gewerkschaftsboß mit Mafia-Kontakten, hatte Marylins Haus von dem Privatdetektiv Fred Otash verwanzen lassen, weil er an kompromittierendes Material über Justizminister Kennedy, der ihm das Leben schwer machte, kommen wollte.

Die insgesamt elfstündigen Aufnahmen von Marylins Todestag galten jahrzehntelang als verschollen (manche behaupteten gar, es gäbe sie gar nicht), bis sie 2015 plötzlich wieder auftauchten und dann von dem US-Journalisten Raymond Strait ausgewertet wurden. Demnach war Robert Kennedy am 4. August 1962 zweimal (um 14:30 und 21:30 Uhr) im Haus seiner Ex-Geliebten. Und beim abendlichen Besuch eskalierte das Ganze. ...

Der Mörder und sein Motiv

Diese letzten Puzzleteile erhärten die Mordtheorie - und machen Robert F. Kennedy zum wahrscheinlichsten Täter. Sein Motiv lag offenbar darin begründet, daß die gekränkte Geliebte gedroht hatte, sowohl die Affäre mit ihm als auch die mit seinem Bruder publik zu machen. In ihrem Tagebuch soll sie zudem nicht nur intime Details niedergeschrieben haben, sondern auch höchst geheime Einzelheiten über die Kubakrise (Oktober 1962) ...

In ihrem Buch *The Murder of Marilyn Monroe: Case Closed* (2014) weisen die beiden US-amerikanischen Investigativ-Journalisten Jay Margolis und Richard Buskin dem damaligen Polizeichef von Los Angeles, William Parker, eine tragende Rolle bei der Vertuschung des Mordes an Marilyn Monroe zu. ...

Doch es ging nicht um ein Schäferstündchen, sondern laut Masters Aussage darum, Marilyn davon abzuhalten, ihre Beziehung zu den Kennedys auszuplaudern. Giancana & Co. wollten ihre Beziehungen zur Politik im Dunkeln halten. Auch die Ganoven hatten also ein Interesse daran, die Mimin für immer verstummen zu lassen. In diesem Sumpf aus Geheimdiensten, Mafia und höchsten Polit-Kreisen mußte das Sexsymbol untergehen.

*_ Marty McCarthy (*1982) ist Investigativjournalist und arbeitet für verschiedene Medienportale in den USA und Europa. ...<<*

05.07.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. Juli 2023: >>Motorenpapst sicher: "Das Verbrenner-Verbot wird kippen!"

Halten Autohersteller nur deshalb noch am E-Auto fest, weil sie sonst ein Börsen-Desaster fürchten? Davon jedenfalls ist der österreichische Motorenpapst Prof. Fritz Indra überzeugt. Er sagt: Der Verbrennungsmotor ist keineswegs tot - lang lebe der Verbrenner! Die meisten Autobauer hätten bereits einen "Plan B".

Es mehren sich die Anzeichen, daß die hierzulande von den Steuerzahlern mit Unsummen subventionierte Elektro-Blase bald platzen dürfte: Der VW-Konzern muß die Produktion seiner Stromer wegen einer weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Nachfrage drosseln. In China gingen Luftaufnahmen von zig tausenden E-Autos des Herstellers BYD viral, die offenbar unverkauft auf Parkplätzen verrotten. Hersteller wie BMW oder Toyota halten zwar (noch) daran fest, daß sie ihre Elektro-Modellpalette ausbauen wollen, planen aber bereits mit neuen Verbrennern (Stichwort E-Fuels).

Der österreichische Motorenpapst Prof. Fritz Indra, der vor seinem Ruhestand Entwickler u.a. bei Audi, Alpina und General Motors war, gilt als einer der schärfsten Kritiker der aktuellen "Elektro Only-Strategie" der meisten Autohersteller. Im Interview mit "Focus" sagt er: "Die Vorstände haben einen Plan B." So habe VW bereits einen neuen eindrucksvollen 1,5 Liter Verbrennungsmotor (TFSI-Evo-2) vorgestellt. Auch Mercedes arbeite an hochverdichteten Verbrennungsmotoren mit hervorragenden Wirkungsgraden.

Indra: "Die Industrie kann im Moment nicht offen sprechen. Denn neben dem politischen Druck sind auch die Börsen noch überzeugt vom Elektroauto. Und wenn ein Hersteller sich eindeutig zum Verbrenner bekennt, fallen die Aktienkurse - jedenfalls im Moment noch. Viel

wichtiger finde ich allerdings, daß zum Beispiel bei VW nach meinen Erkenntnissen weiterhin 2.300 Mitarbeiter am Verbrenner arbeiten."

Die Prognose des Automobilexperten: "Das Verbrenner-Verbot wird kippen!"<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. Juli 2023 (x1.329/...):

>>**Der CO2-Zertifikate-Irrsinn**

Kraftwerke müssen für ihre CO2-Emissionen Zertifikate kaufen. Woher kommen die Zertifikate? Wer verdient daran? Welche Wirkung haben sie? Eine Analyse über das große, undurchsichtige Geschäft mit CO2-Zertifikaten.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

CO2-Zertifikate sind kostenpflichtige staatliche Genehmigungen, CO2 aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas in die Atmosphäre auszustoßen. Durch Begrenzung und jährliche Reduktion der Zertifikatmenge soll der CO2-Ausstoß verringert werden, um eine behauptete Klimakatastrophe zu verhindern. Ein Zertifikat gilt für eine Tonne CO2, das aus der Verbrennung von 0,27 Tonnen Kohlenstoff entsteht. Zertifikate werden gehandelt. Der Preis ist in den letzten Jahren von 5-10 auf 80 bis 100 Euro/Tonne gestiegen. Eingeführt wurde diese "CO2-Steuer" seit der Jahrtausendwende in verschiedenen Regionen der Welt mit letztlich weltweiter Handelbarkeit an sogenannten CO2-Zertifikate-Börsen (z.B. EEX in Leipzig).

Kraftwerke und viele andere Industriebetriebe müssen für die Verbrennung von Kohle, Erdgas und Erdöl Zertifikate kaufen und bekommen auch noch Mengen kostenlos im Rahmen einer Übergangslösung zugeteilt. Das gilt EU-weit. In Deutschland werden inzwischen zusätzlich die Brennstoffe zum Heizen und die Treibstoffe zum Autofahren besteuert in Form von Zertifikaten anderer Art mit noch festen und jährlich steigenden Preisen. Sie müssen von den Energiehändlern bezahlt werden und verteuern unsere Energie.

Herkunft der Zertifikate

Die Menge der EU-Zertifikate wird von der EU vorgegeben und jährlich um rund 2 Prozent reduziert. Jedes EU-Mitgliedsland hat dann unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten einen Erzeuger-bezogenen Plan zu erstellen und eine Verbrauchskontrolle vorzunehmen. Die EU-Vorgabe ist nicht letztlich bindend.

Darüber hinaus können Zertifikate durch den Nachweis gewonnen werden, daß CO2 aus der Luft gespeichert oder weniger CO2 emittiert wird. So kann man durch Baumpflanzungen Zertifikate generieren und verkaufen. Auch die Vermeidung von Waldrodungen schafft Zertifikate. Selbst E-Autos bringen den Eigentümern einige hundert Euro/Jahr durch den Verkauf von Zertifikaten. (E-Autos haben nach Ansicht der Regierung keine CO2-Emissionen, obwohl der Strom zu 2/3 aus fossilen Brennstoffen stammt).

Die Schaffung neuer Zertifikate ist nur durch große Firmen oder spezialisierte Agenturen möglich. Es müssen die CO2-Einsparungen nachgewiesen werden. Die Zertifikate werden dann gesammelt und als Pakete an die Kraftwerke und die Industrie weiter verkauft. Die Vermittlungen von Zertifikaten haben sich zu großen und lukrativen Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Praktisch ist es, wenn diese Dienstleister auch gleich die Zertifizierung vornehmen, also die Menge des eingesparten CO2 ermitteln.

Zertifizierungsschwindel

Das ist bei dem weltgrößten Zertifikate-Händler Verra mit Sitz in Washington, USA, der Fall. Nach einem Bericht der Schweizer Redaktion Infosperber wurde diese Doppelfunktion genutzt, um wertlose (keine CO2-Reduktion) Zertifikate zu generieren und zu verkaufen. Eine Recherche der deutschen "ZEIT", des britischen "Guardian" und des Recherchemediums "SourceMaterial" hat aufgedeckt, daß 94 Prozent der von Verra verkauften Zertifikate keine nennenswerte Speicherung von CO2 aufweisen. Der langjährige Chef von Verra, David Antonioli, gibt aufgrund dieser Berichte seinen Posten auf.

Man kann davon ausgehen, daß die meisten Kompensations-Zertifikate von Projekten stam-

men, die nicht die zertifizierten Mengen an CO₂ speichern oder vermeiden. Die E-Autos in Deutschland sind dafür ein Beispiel. Die Zertifikate helfen kaum, CO₂ in der Luft zu begrenzen. Doch sie sind ein großes Geschäft für die Dienstleister und erhöhen den Verbrauch fossiler Brennstoffe.

Zertifikate bedeuten höheren fossilen Brennstoffverbrauch durch CO₂-Deponierung

Inzwischen sind die CO₂-Kosten durch politisch gewollte Verknappung auf 80 bis 100 Euro/Tonne gestiegen. Das sind Mehrkosten von 8 bis 10 ct/kWh Strom von Kohlekraftwerken, bei den anderen Typen sind die Werte etwas abweichend - das doppelte bis vierfache der Brennstoffkosten je nach Kraftwerkstyp.

Auf diese Kraftwerke können wir nicht verzichten. Sie sind für eine stabile Netzfrequenz und das Regeln auf den Bedarf notwendig. Doch CO₂ aus fossilen Brennstoffen wird weiterhin von der Regierung, den politischen Parteien und vielen Wissenschaftlern als klimaschädlich angesehen.

Dazu gehört neben Politikern auch ein Prof. Dr. Vahrenholt (Hamburg, früher Chef von RWE-Innogy), der weithin als Vortragsredner gegen die Energiewende bekannt ist. Er propagiert das sogenannte CCS-Verfahren - CO₂ aus dem Rauchgas der Kraftwerke abzuscheiden und in tiefen Erdschichten auf ewig deponieren. Damit könne man die Erzeugungskosten um ca. 2 ct/kWh reduzieren (die allerdings vorab durch den CO₂-Zertifikate-Kauf verteuert wurden - s.o.).

Grundsätzlich ist das möglich. Doch die Abscheidung kostet rund 25 Prozent des im Kraftwerk erzeugten Stroms. Der Wirkungsgrad der Kraftwerke sinkt dann von 40 auf 30 Prozent (Wirkungsgrad: erhaltene Energie / aufgewandte Energie in %). Nimmt man dann noch den Energieaufwand zum Transport und Speichern des CO₂ hinzu, wird fast die Hälfte des erzeugten Stroms zur Speicherung gebraucht.

Das heißt: Die fossilen Kraftwerke und der Brennstoffverbrauch müßten verdoppelt werden - eine unglaubliche, unsinnige Energieverschwendung. Sinnvoller wäre es, den Wirkungsgrad der Kraftwerke zu erhöhen und so fossile Brennstoffe einzusparen. Möglich ist nach dem heutigen Stand der Technik ein Wirkungsgrad von bis zu 50 Prozent, durch den der Brennstoffaufwand um nochmal 25 % reduziert würde.

Energie Einsparen

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß CO₂-Zertifikate kaum den CO₂-Ausstoß verringern. Sie verteuern jedoch massiv den Strom der fossilen Brennstoff-Kraftwerke- was das eigentliche Ziel der Zertifikate ist (so macht man die für EEG-Umlage überflüssig - Ziel erreicht(!)), das Heizen und das Autofahren. Zur Verringerung von CO₂-Emissionen wird viel Energie verschwendet. Das gilt nicht nur für die geschilderte Abscheidung und Deponierung von CO₂, sondern auch für die angestrebte grüne Wasserstoff-Wirtschaft. Von dem grünen Ausgangstrom gehen durch Umwandlung in Wasserstoff, Speicherung und Wiederverstromung mindestens 75 Prozent verloren.

Es wird Zeit, die Energie optimal zu nutzen und nicht für ideologische Vorstellungen zu vernichten. Nur so kann Energie eingespart und der Strompreis reduziert werden.

Offene Fragen

Doch die Regierung, die politischen Parteien, die zunehmend vom Ausland finanzierten NGOs, die meisten Zeitungen, der öffentliche Rundfunk und das öffentliche Fernsehen hämmern uns ständig ein, die Energiepolitik sei notwendig zum Klimaschutz. Tatsächlich ist ein empirischer oder physikalischer Formel-Nachweis dieses Effektes "Temperatur-Erhöhung in der behaupteten Höhe von mehreren Grad in 100 Jahren" bisher nicht erbracht und die weltweiten Reduktionsvorgaben sind nicht weltweit bindend. Fakt ist, daß nur durch den Betrieb von mehr als 10.000 großen Kernkraftwerken die jährlichen Emission von derzeit ca. 40 Gigatonnen CO₂ durch die von Menschen initiierte Kohlenstoff-Verbrennung vermieden werden

könnte.

Die bisherige Verweigerung jeglicher Auseinandersetzung mit diesem Sachverhalt zeigt, daß es nicht um die "Klimarettung" geht. Es geht um viel Geld, das in die Konten der Großfinanz fließen soll. Immer mehr Mitbürger geraten durch die Verteuerung der Energie im Namen der "Klimarettung" unter die Armutsgrenze. Es wird Zeit für eine Regierung ohne Ideologie.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Verfassungsschutz erklärt: Wer den Pride Month ablehnt, gefährdet das Grundgesetz**

Max Roland

Ende Juni machte das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz auf Twitter mit einem langen Thread auf sich aufmerksam: In einer Tweetkette erklärte die geheimdienstliche Behörde die Aktion "Stolzmonat" zu einer rechtsextremen Bestrebung von Verfassungsfeinden. Aus der Netzgemeinde, aber auch von Politikern wie dem CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph Ploß folgten daraufhin verständnislose Reaktionen - womit beschäftigt sich der Verfassungsschutz da überhaupt?

Was ist der Stolzmonat?

Der Stolzmonat ist eine Aktion aus dem rechtskonservativen Spektrum. Der Name, eine wörtliche Übersetzung des englischen Begriffs "Pride Month", verrät, worum es geht: Es soll eine rechte Replique auf den linken Aktionsmonat im Juni sein, bei dem an jeder Ecke Regenbogenflaggen hängen und sexuelle bzw. geschlechtliche Identitäten abseits der Norm zelebriert werden. Einst ging es dabei um die Gleichberechtigung von Homosexuellen und das Ende von Diskriminierung - heute vor allem um die Verbreitung von Gendertheorie und ähnlichen linken Konstrukten.

Aus der rechtskonservativen Ecke des Internets formierte sich die Bewegung "Stolzmonat" dezentral als Antwort darauf. Stolz auf Deutschland, seine Identität, Werte und Kultur als konservatives Gegenmodell zum Stolz auf Sexualpraktiken - eigentlich ein ganz harmloses, politisches Statement. Doch der Verfassungsschutz Niedersachsen macht daraus etwas anderes: Er erklärt die Aktion zu einem rechtsextremen Instrument, daß "queere" Menschen unsichtbar machen und sie ausschließen und bedrohen wolle.

Hat "Pride" schon Verfassungsrang?

Die Anti-Pridemonth-Aktion ein Fall für den Verfassungsschutz? Lächerlich, finden viele. Deshalb rechtfertigte das niedersächsische Landesamt seine umfassende Beschäftigung mit dem Stolzmonat in einem Tweet erneut. Es gehöre zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes, über Bestrebungen zu informieren, die die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung oder die Sicherheit bzw. den Bestand des Bundes oder eines Bundeslandes bedrohen, begründet der Inlandsgeheimdienst seine Einordnung des "Stolzmonats" - der sich eigentlich gegen nichts außer linken Woke-Aktivismus richtet.

Was heißt das also? Hat "Pride" schon Verfassungsrang? In einem Land, dessen Ministerien, Rathäuser und Botschaften die Flagge dieser Bewegung vor ihren Amtssitzen hissen, könnte man das ohnehin fast glauben. Die Botschaft des Landesamtes jedenfalls ist klar: Wer mit dem "Pride Month" und allem, was bei ihm mitschwingt, nicht unbedingt einverstanden ist, ist im Grunde ein Verdachtsfall, ein Verfassungsfeind.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. Juli 2023: >>**USA: Der elegante Rückzug aus dem Ukraine-Abenteuer**

Auch wenn immer wieder Gegenteiliges propagiert wird: US-Kämpfer und NATO-Söldner sind in der Ukraine bereits im Einsatz, wie Geheimpapiere jetzt enthüllt haben. Doch hinter den Kulissen dürften derzeit Verhandlungen über eine Beendigung des Ukraine-Krieges laufen, da der Westen am Ende ist.

Ich berichte immer wieder darüber, daß sich die Anzeichen häufen, daß das RAND-Papier aus dem Januar dieses Jahres umgesetzt wird. ...

– von *Thomas Röper*

In dem Papier hat die RAND-Corporation der US-Regierung empfohlen, einen Ausweg aus dem Ukraine-Abenteuer zu suchen, denn die Ziele, die die USA in der Ukraine verfolgt haben (Rußland wirtschaftlich zerschlagen, international isolieren und die russische Armee entscheidend schwächen) wurden nicht erreicht.

Statt dessen mußten die USA die Ukraine mit inzwischen über 100 Milliarden Dollar unterstützen und ein Ende ist nicht abzusehen, während die USA in dem Konflikt nichts zu gewinnen haben, denn - so RAND - wo die Grenzen der Ukraine verlaufen, ist für die USA unwichtig und die ungeheuren Kosten nicht wert. Ich berichte seit Februar über dieses Papier und die Anzeichen dafür, daß es offenbar umgesetzt wird.

Das Problem

In dem RAND-Papier wurde das größte Problem genannt, daß dieser Politikwechsel gegenüber der Ukraine mit sich bringt, nämlich:

"Eine dramatische Änderung der US-Politik über Nacht ist politisch unmöglich - sowohl innenpolitisch als auch gegenüber den Verbündeten - und wäre in jedem Fall unklug."

Die USA müssen also einen Weg finden, die anstehende 180-Grad-Wendung sowohl innenpolitisch als auch den Verbündeten gegenüber zu erklären. Schließlich könnte selbst in Brüssel, das eigentlich jede Entscheidung Washingtons - auch zum eigenen Schaden - gehorsam umsetzt, die Frage aufkommen, wozu man all die Milliarden aus dem Fenster geworfen und die eigene Energieversorgung und Wirtschaft an die Wand gefahren hat, wenn man am Ende gegenüber Rußland klein beigeben muß.

Der Westen kann nicht mehr

Nur zur Verdeutlichung ein paar Fakten, die erklären, warum der US-geführte Westen aus dem Ukraine-Abenteuer aussteigen muß. Daß die Waffenarsenale des Westens ziemlich leer sind, ist allgemein bekannt und bekannt ist auch, daß die westliche Rüstungsindustrie nicht so schnell produzieren kann, wie Kiew Waffen verbraucht. Von einer Auffüllung der westlichen Arsenale gar nicht zu reden.

Deutschland soll beispielsweise bereits mitgeteilt haben, keine Waffensysteme mehr an die Ukraine schicken zu wollen, sondern sich statt dessen auf Reparatur und Wartung der schon gelieferten Waffensysteme konzentrieren zu wollen.

Die Lieferungen des deutschen Panzers Leopard 2 an die Ukraine sollte aus westlicher Sicht die Wende bringen, doch bislang ist davon wenig zu sehen.

Auch beim Geld sieht es schlecht aus. Gerade wurde gemeldet, daß sich die westliche Hilfe für die Ukraine auf inzwischen 170 Milliarden Euro summiert hat. Wenn man bedenkt, daß der Staatshaushalt der Ukraine vor der Eskalation etwa 40 Milliarden betragen hat, versteht man auch, daß unglaublich viel Geld in dunklen Kanälen versickert ist, denn laut den Meldungen sind 50 Prozent der Gelder (also etwa 85 Milliarden Euro) Finanzhilfen für den ukrainischen Staatshaushalt.

EU powert sich finanziell aus

Das übersteigt den Finanzbedarf des ukrainischen Haushaltes bei weitem, denn die militärische Hilfe des Westens kommt oben drauf. Da die Ukraine trotz allem immer noch Steuereinnahmen hat, dürften - grob geschätzt - 40 Milliarden Euro veruntreut worden sein. Das ist eine unglaubliche Summe, aber es ist einfache Mathematik, die jeder leicht nachrechnen kann. EU-Kommissionschefin von der Leyen hat nun mitgeteilt, daß die Reserven des EU-Haushaltes, der bis 2027 gilt, komplett an die Ukraine gegangen sind.

Die EU hat kein Geld mehr und von der Leyen fordert von den Mitgliedsstaaten, 66 Milliarden Euro nachzuschießen. Die EU hat sonst kein Geld mehr für die Ukraine. Gegen diese Forderung zur Nachzahlung gab es bereits Protest aus einigen EU-Mitgliedsstaaten. Ob von der Leyen von denen Geld bekommt, steht in den Sternen.

Und auch die von den USA dominierte Weltbank ist anscheinend klamm, denn sie scheint auch kein eigenes Geld für die Ukraine mehr zu haben. Sie läßt sich ihre Ukraine-Programme inzwischen von Mitgliedsstaaten wie zum Beispiel Japan garantieren. Der US-geführte Westen muß also einen Weg finden, aus dieser Ukraine-Misere ohne Gesichtsverlust herauszukommen.

Die Lösung

Nun scheint sich abzuzeichnen, was die US-Regierung vor hat. Wenn ich mit meiner Vermutung richtig liege, ist der Trick mal wieder furchtbar einfach: Um nicht eingestehen zu müssen, daß der US-geführte Westen gegen Rußland klein beigeben muß, soll Kiew den Schwarzen Peter zugeschoben bekommen.

Darauf deutet das geheime Treffen in Kopenhagen hin, das an die Medien durchgestochen wurde. Die Version ist, daß Kiew angeblich zu dem Treffen geladen hat, um den globalen Sünden - und dabei vor allem Mitglieder der BRICS - auf die Seite von Kiew (also des US-geführten Westens) zu ziehen. Daß das nicht funktionieren würde, war absehbar und so ist es ja auch gekommen. Trotzdem ist die Rede davon, daß demnächst Friedensgespräche auf der Basis von Selenskyjs "Friedensformel" stattfinden sollen.

Der spanische Ministerpräsident sprach sogar davon, die EU wolle eine "Weltkonferenz zum Frieden in der Ukraine" abhalten, was eine sehr bemerkenswerte Aussage ist, wenn man bedenkt, daß die EU offiziell immer noch das Gegenteil verkündet, nämlich die Ukraine im Kampf gegen Rußland "so lange zu unterstützen, wie es nötig ist." Aus dem offiziellen Brüssel ist von einer "Weltkonferenz zum Frieden in der Ukraine" bisher nichts zu hören.

Natürlich werden diese Gespräche keinen Erfolg haben, weil Rußland über Selenskyjs "Friedensformel" nicht reden wird. Aber an den Erfolg glaubt ohnehin niemand, der Sinn dürfte ein anderer sein: Man will die Öffentlichkeit (und auch die radikalisierten westlichen Politiker) mit dem Gedanken vertraut machen, daß es zu Friedensgesprächen mit Rußland kommen wird.

Das Narrativ, man müsse Rußland "auf dem Schlachtfeld besiegen", scheint sich in Anbetracht der fatalen ukrainischen Gegenoffensive erledigt zu haben. Das zumindest legen die Meldungen aus ernstzunehmenden westlichen Medien nahe, zu denen die deutschen Medien übrigens nicht gehören, weil sie bei solchen Gelegenheiten immer die letzten sind, die den Kurswechsel übernehmen. Man sollte sich besser bei US-Medien informieren, anstatt bei Spiegel, Tagesschau und so weiter, wenn man zumindest einen kleinen Eindruck von dem bekommen will, was tatsächlich vor sich geht.

Kurz gesagt: Offenbar wollen die USA Kiew dazu drängen, Gesprächen mit Rußland zuzustimmen, damit der Westen sagen kann, er habe damit nichts zu tun, das sei Kiews Entscheidung, aber man unterstütze Kiews Entscheidung natürlich.

Die Anzeichen

Man ist sich im Westen natürlich darüber im Klaren, daß es ganz so einfach nicht ist. Erstens muß man Kiew irgend etwas bieten (und sei es auch nur pro forma und in leeren Worten), wenn man sich nicht international blamieren will, und zweitens muß man Rußland entgegen kommen.

Beginnen wir mit Kiew. Das Kiewer Regime will in die NATO, allerdings scheint das inzwischen unrealistisch geworden zu sein, weil Rußland dem niemals zustimmen wird, was ja letztlich der Grund für die Eskalation im letzten Jahr war. Solange ein NATO-Beitritt der Ukraine auf der Tagesordnung bleibt, wird Rußland seine Militäroperation nicht anhalten.

Sowohl die RAND-Corporation hat sich in ihrem Papier faktisch von Kiews NATO-Mitgliedschaft verabschiedet, wie auch die NATO selbst. Die Aufnahme der Ukraine in die NATO müßte einstimmig erfolgen, was unwahrscheinlich war und angesichts der militärischen Lage heute vollkommen unrealistisch ist.

Das hat auch NATO-Generalsekretär Stoltenberg inzwischen offen gesagt. Am Mittwoch sagte er auf einer Pressekonferenz, daß der Sieg der Ukraine im Konflikt mit Rußland eine Voraussetzung für jede Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft des Landes sei. Da ein militärischer Sieg der Ukraine inzwischen ausgeschlossen ist, war das eine klare Absage an eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, auch wenn es nicht offen gesagt wurde.

Debatte über Sicherheitsgarantien für Ukraine

Daher werden seit einiger Zeit diverse Varianten von Sicherheitsgarantien für die Ukraine besprochen. Daß die USA Kiew die sogenannte israelische Lösung vorgeschlagen haben, hat sogar Kiew schon bestätigt, obwohl US-Außenminister Blinken einer Frage danach ausgewichen ist.

Allerdings dürfte das kaum ausreichend sein, weshalb noch andere Ideen im Gespräch sind. Jetzt wurde gemeldet, daß sogar die EU über eigene Sicherheitsgarantien für die Ukraine diskutiert, die bis zu einer "Entsendung von Militärmissionen" in die Ukraine reichen. Abgesehen davon, daß Rußland dem niemals zustimmen wird, weil es eine neutrale Ukraine ohne ausländische Soldaten im Land fordert, sind auch EU-Staaten dagegen. Österreich, Irland, Zypern und Malta sind neutrale Staaten, die darauf verweisen, daß ihr neutraler Status es ihnen verbietet, bei so etwas mitzumachen.

Trotzdem scheint das Thema heiß diskutiert zu werden, denn belgische Medien melden, daß in Brüssel derzeit "wöchentlich" neue Ideen für Sicherheitsgarantien auf den Tisch kommen. Hinter den Kulissen passiert also einiges, worüber deutsche Medien ihre Leser nicht informieren.

Was kann der Westen Rußland bieten?

Wenn meine Vermutung stimmt, versuchen die USA, sich aus den Verhandlungen rauszuhalten und statt dessen früher oder später direkte Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau stattfinden zu lassen. Das hätte für die USA den Vorteil, daß Rußland bei den Verhandlungen vom Westen nichts fordern kann, weil der Westen gar nicht mit am Tisch sitzt.

Da man in Rußland aber überzeugt ist, daß Rußland mit dem US-geführten Westen im Krieg ist, dürfte diese Rechnung der US-Regierung nicht aufgehen. Was Rußland alles von den USA und der NATO fordern dürfte, habe ich hier zusammengefaßt.

Der russische Außenminister Lawrow hat sich gerade erst in einem Interview dazu geäußert und gesagt:

"Der Präsident hat mehrfach gesagt, daß wir für eine Zusammenarbeit offen sind. Aber was unsere früheren westlichen Partner betrifft, so können wir uns nicht auf Vereinbarungen mit ihnen verlassen, auch nicht auf solche rechtlicher Art."

Im Klartext bedeutet das, daß Rußland dem US-geführten Westen rein gar nichts mehr glaubt, nicht einmal, wenn es vertraglich festgelegt wird. Der Westen hat einfach schon zu viele Verträge mit Rußland gebrochen.

Werden die Sanktionen beendet?

Der Westen wird also etwas Handfestes leisten müssen, um Rußland zu signalisieren, daß es dem Westen ernst ist. Hier könnte man als erste Schritte beispielsweise die Aufhebung wichtiger Sanktionen und die Freigabe der eingefrorenen russischen Guthaben nennen. Aber auch das könnte Rußland nicht reichen, schließlich kann der Westen, sobald Rußland dem Westen in der Ukraine entgegen gekommen ist, die Sanktionen wieder einführen. So haben die USA es schließlich mit dem Iran gemacht, als sie das Atomabkommen mit dem Iran zerrissen haben.

Direkten Verhandlungen mit Rußland wird der Westen wohl nicht entkommen können. Kiew vorzuschicken und so zu tun, als handele es sich um ein Problem zwischen Kiew und Moskau, mit dem der Westen nichts zu tun hat, dürfte nicht funktionieren.

Fazit

Vieles ist noch spekulativ, aber die Lage ist eindeutig. Der Westen ist am Ende seiner Kräfte und hinter den Kulissen scheint es viel Bewegung zu geben, was meine Vermutung, daß die Ideen aus dem RAND-Papier umgesetzt werden, stützt.

Was am Ende tatsächlich passiert, werden wir sehen. Aber die grobe Richtung scheint sichtbar zu sein und die große Frage ist für mich, was Rußland tatsächlich vom Westen fordern wird, damit die Ukraine-Krise beendet werden kann. Schließlich könnte Rußland den Westen auch weiter ausbluten lassen, denn Kiew alleine könnte Rußland keine Woche Widerstand leisten. Kiew hat dabei kein Wort mitzureden, denn Kiew ist finanziell, militärisch und sogar politisch vollkommen vom Westen abhängig.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

06.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Juli 2023: >>Versuchter Mord: Brutaler Antifa-Brandanschlag in Leipzig

Von *Sven Reuth*

Einmal mehr beweisen Leipziger Linksextremisten, daß sie jederzeit dazu bereit dazu sind, über Leichen zu gehen. ...

Nach einem Brandanschlag auf das Haus der Burschenschaft Arminia zu Leipzig ermittelt nun die Mordkommission. Nur Glück und Zufall verhinderten ein Übergreifen der Flammen auf das gesamte Gebäude, das im Leipziger Stadtteil Gohlis steht. Die pflichtschlagende und farbentragende Studentenverbindung besteht schon seit dem Jahr 1860 und gehört dem Dachverband der Deutschen Burschenschaft an.

"Strafrechtlich als versuchter Mord zu bewerten"

Die Kaltblütigkeit, mit der die mutmaßlich aus Antifa-Kreisen stammenden Täter vorgingen, kann einen nur erschauern lassen. In der Nacht vom Donnerstag vergangener Woche auf den Freitag vergangener Woche wurde ein Brandsatz in den Flur des Mehrfamilienhauses geworfen. Das Feuer zerstörte mehrere Gegenstände im Erdgeschoß des Hauses und ging dann zum Glück von alleine aus.

Hätte das Feuer auf die Holztreppe übergegriffen, hätte sich eine Großkatastrophe wohl nicht mehr verhindern lassen. Auch der polizeilichen Pressemitteilung über dieses Attentat ist eine gewisse Fassungslosigkeit durchaus anzumerken.

In der Pressemitteilung vom 4. Juli heißt es:

"Die Staatsanwaltschaft hat im Ergebnis der bisherigen umfangreich durchgeführten Tatortarbeit die Tat in Übereinstimmung mit der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs strafrechtlich als versuchten Mord und versuchte Brandstiftung mit Todesfolge bewertet.

Der oder die Täter haben es zumindest billigend in Kauf genommen, daß der zur Nachtzeit in ein von Menschen bewohntes Haus geworfene Brandsatz das Haus in Brand setzt und die Bewohner infolge dessen zu Tode kommen. Es ist vorliegend nur aus für die Bewohner des Hauses glücklichen und von dem oder den Tätern nach dem Wurf des Brandsatzes in das Haus nicht mehr beeinflussbaren Gründen dazu gekommen, daß es trotz der Umsetzung des Brandsatzes im Hausinnern nicht zur Inbrandsetzung des Gebäudes gekommen ist.

An der Außenwand des Haus wurde in dieser Nacht ein Graffiti angebracht, welches die Bekämpfung von Personen mit angeblich rechter Gesinnung thematisiert."

Keine Mäßigung in Sicht

Dieser feige Anschlag macht erneut deutlich, daß die linksextremistische Szene in Leipzig hochgefährlich bleibt, eine Gefahr für die Menschen in der gesamten Stadt darstellt und nicht einmal den allergeringsten Respekt vor Menschenleben aufbringt. Das milde Urteil gegen Lina Engel, die Kommandoführerin der linksextremistischen "Hammerbande", hat also keineswegs mäßigend auf die Szene eingewirkt. Bleibt die Frage, wann endlich in Leipzig gegen

diesen linksextremistischen Terror so umfassend und konsequent vorgegangen wird, wie das umgekehrt sicherlich der Fall wäre, wenn er von Rechtsextremisten verübt würde. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 6. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Für E-Autos, Windkraft und Solaranlagen**

Wie der neue Kobaltrausch ganze Landstriche zerstört

In Deutschland werden sie als die Retter des Weltklimas gepriesen. Doch für Elektroautos und Windkraftanlagen werden in Afrika, Asien und Südamerika ganze Landstriche zerstört. Die Umweltbilanz der "umweltfreundlichen" Technologien ist fatal.

Sven Versteegen

Zwölf Stunden am Tag schürfen sie Kobalt für deutsche Elektroautos. Rund drei Millionen Minenarbeiter sind im Kleinbergbau in der Demokratischen Republik Kongo beschäftigt. Viele dieser Minen sind illegal und haben keine offizielle Genehmigung.

Doch sie müssen arbeiten, um ihre Familien zu ernähren und um die Versorgung mit der seltenen Erde für die Elektromobilität aufrechtzuerhalten. Rund 70 Prozent des weltweiten Kobalts werden im Kongo gefördert, ohne sie würde die Verkehrswende scheitern.

Es droht die Umweltkatastrophe - ausgerechnet wegen E-Autos

Mit Hammer und Meißel hacken die Kobalt-Schürfer das Gestein weg - was bleibt ist eine Mondlandschaft und verschmutztes Grundwasser. Darunter leidet nicht nur die Umwelt, sondern auch der Mensch. Aufgrund der hohen Staubbelastung kommt es in der Region vermehrt zu Fehlbildungen bei Neugeborenen. Professor Célestin Banza von der Universität Lubumbashi in der Demokratischen Republik Kongo warnt in einem Gespräch mit plusminus von einer drohenden Umweltkatastrophe.

Menschenrechtsverletzungen im Namen des Klimaschutzes. Befördert durch die Grünen, einer Partei, die sich sonst Menschenrechte auf die Fahne schreiben. Auch das neue Lieferkettengesetz der Bundesregierung hilft den Menschen nicht. "Das Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz ist gut gemeint, aber schlecht gemacht", erklärt Matthias Wachter vom Bundesverband der Deutschen Industrie gegenüber plusminus.

Auch in Chile wird im Namen des Klimaschutzes die Umwelt zerstört. Das südamerikanische Land ist reich an Lithium. Einem Metall, das essentiell für die Herstellung von Batterien ist. In der Atacama-Wüste in Chile wird in riesigen Becken Lithium abgebaut. Um die Lithium-Pools - die bis zu 20-mal größer sind als Fußballfelder - zu füllen, werden pro Sekunde beinahe 2.000 Liter Salzwasser aus der Erde gepumpt. Auch Süßwasser aus Flüssen wird zur Lithiumgewinnung verwendet.

"Elektroautos sind nicht die Rettung des Planeten"

Die Folge: Die Wüste wird trockener und die Lebensgrundlage der Ureinwohner Chiles wird bedroht. Gegenüber der Deutschen Welle (DW) berichten sie, daß Wasser zwar immer knapp war, die Lithium- und Kupfergewinnung die Situation jedoch maßgeblich verschärft haben. "Wir wollen, daß die Menschen wissen, daß Elektroautos nicht die Rettung des Planeten sind", erklärt Jorge Alvarez Sandon von der Coyo-Gemeinschaft gegenüber DW.

Auch für die grünen Heilsbringer Wind- und Solarenergie wird in anderen Ländern die Umwelt zerstört. Grund dafür sind die Unmengen an seltenen Erden, die zur Herstellung benötigt werden. Für 1 qkm großen Solarpark werden 11 Tonnen Silber benötigt. Für eine off-shore Windturbine 67 Tonnen Kupfer. Im Vergleich: In einem neuen iPhone sind etwa 25 g Kupfer verbaut.

Drohende Metallkrise

"Der Bedarf an Kupfer wird in den nächsten weiter stark steigen", erklärt Bernhard Wahl von der Aurubis Kupferhütte in Hamburg gegenüber 3sat. Wachter geht sogar weiter, er erwartet in den kommenden Jahren eine "Metallkrise" aufgrund der stetig steigenden Nachfrage. Dadurch würden alle Produkte in denen Batterien verbaut sind wie Handys, Fernsehgeräte und

auch Elektroautos teurer werden.

Zeitgleich heißt es, daß im Westafrikanischen weiterhin Guinea Dörfer umgesiedelt oder Einwohner vertrieben werden, um Rohstoffe abzubauen. Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzung, um die grüne Energiewende am Laufen zu halten.<<

07.07.2023

BRD: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. Juli 2023 (x1.323/...): >>Gasdrosselung aus "Solidarität" mit EU-Nachbarn oder um US-Politik zu stützen?

Wirtschaftsminister Habeck drohte der deutschen Industrie im Juni offen mit einer Drosselung der Gasversorgung, falls es in EU-Nachbarländern zu einer Gasnotlage kommen sollte. Eine Analyse auf Basis aktueller Zahlen zeigt jedoch: Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios ist gering, der Bedarf aus dem Ausland wäre niedrig. Die Begründung der Regierung ist unplausibel. Geht es in Wirklichkeit um einen beabsichtigten Komplettausstieg aus russischem Gas und damit weiterreichende Pläne, die EU noch stärker von Rußland abzuschotten? Ein Faktencheck.

KARSTEN MONTAG

Am 12. Juni 2023 betonte Wirtschaftsminister Robert Habeck im Rahmen einer Tagung des Ostdeutschen Wirtschaftsforums, "daß die Transitverträge, die Rußland mit der Ukraine geschlossen hat, im Jahr 2024 auslaufen." Habeck weiter:

"Es gibt kein sicheres Szenario, wie das da weitergeht. Und würde das russische Gas nicht in dem Maße, wie es ja noch immer durch die Ukraine fließt, nach Südosteuropa kommen, gilt, was europäisch verabredet wurde. Bevor die Leute dort frieren, müßten wir unsere Industrie drosseln oder gar abschalten. So sind die europäischen Regeln und Vereinbarungen."

Konkret geht es um die Länder Österreich, Slowakei, Italien und Ungarn, die weiterhin von russischem Gas, das über die Ukraine geliefert wird, abhängig sein sollen. Eine Woche nach Habecks Rede, am 19. und 20 Juni, fanden mehrere Online-Veranstaltungen der Bundesnetzagentur statt, in denen Referenten der Behörde darlegen, wie sie Netzbetreiber und Verbraucher mit einem Gasverbrauch von mehr als 10 MWh/h, aber auch Gewerbekunden mit geringeren Abnahmemengen, bei einer Notlage in den deutschen Nachbarländern in die Reduzierung des Gasverbrauchs einbeziehen wollen.

Je nach Bedarf sollen bei diesen Kunden demnach "Komfortkürzungen", "individuelle ratielle Kürzungen", "differenzierende Kürzungen" und allgemeine Kürzungen vorgenommen werden. Bei Verstößen durch die Verbraucher könnten Zwangsgelder verhängt oder sogar Anschlüsse physisch gesperrt werden. Sollte der Gasanschluß auf dem Gelände des Endverbrauchers liegen und dieser den Anordnungen der Behörde nicht Folge leisten, ist sogar von einem Einsatz der Polizei die Rede.

Habecks Rede und die Aussagen der Bundesnetzagentur lassen den Eindruck entstehen, eine Gasnotlage in den betroffenen Ländern im Süden und Osten Europas sei ein realistisches Szenario. Doch ist dem so? Eine Recherche auf den Webseiten des Wirtschaftsministeriums und der Bundesnetzagentur gibt keinen Hinweis darauf, daß eine entsprechende Analyse seitens der Regierung stattgefunden hat. Auf eine Multipolar-Anfrage gingen sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die Bundesnetzagentur nicht ein.

Wie sicher ist die Gasversorgung der Nachbarländer?

Die folgende von Multipolar durchgeführte Untersuchung der Gasversorgungslage im benachbarten EU-Ausland stützt sich auf die Daten des Verbands Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber.

Aufgrund Artikel 18 der EU-Verordnung Nr. 715/2009 sind diese Betreiber verpflichtet, "für alle maßgeblichen Punkte, einschließlich Ein- und Ausspeisepunkte, regelmäßig und kontinuierlich und in einer nutzerfreundlichen, standardisierten Weise numerische Informationen über die technischen, kontrahierten und verfügbaren Kapazitäten" zu veröffentlichen. Der Verband

Europäischer Fernleitungsnetzbetreiber für Gas publiziert die entsprechenden Daten für den Transport von Erdgas täglich über seine Plattform "Entsog Transparency". Um die Gasversorgung eines EU-Mitgliedslandes zu untersuchen, müssen die verfügbaren Import-, Export- und Produktionsdaten jedoch nachträglich aufbereitet werden.

Vorab: Insbesondere die Slowakei, Ungarn und Österreich sind Mitte 2023 noch zu großen Teilen von russischen Gaslieferungen abhängig und Rußland hat seine vertraglich vereinbarten Gaslieferungen über das Transitland Ukraine trotz des Krieges bislang eingehalten. Der Gastransitvertrag zwischen Rußland und der Ukraine, der bis Ende 2024 gültig ist und die Option einer Verlängerung um weitere zehn Jahre enthält, kam durch intensive Vermittlung der EU-Kommission 2019 zustande.

Da sich Rußland und die Ukraine seit Februar 2022 im Krieg befinden und die EU-Kommission schon länger ein Einfuhrverbot von russischem Öl und Gas ab 2027 diskutiert, ist es derzeit unwahrscheinlich, daß der Vertrag nach 2024 verlängert wird.

Spätestens bis dahin müssen sich die Gasversorgungsunternehmen dieser Länder alternative Bezugsquellen sichern. Allerdings verpflichtet Artikel 13 der "EU-Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung" zu solidarischen Gaslieferungen an EU-Nachbarländer, falls es dort zu einer Notlage kommt. Anhand der folgenden Karte der wichtigsten Pipelines ist erkennbar, daß Deutschland, aber auch anderen Ländern, bei der Versorgung Österreichs, der Slowakei und Ungarn eine wichtige Rolle zukommt, sollten diese Länder kein Gas aus Rußland mehr beziehen.

Slowakei

Die Slowakei ist wie die Ukraine ein Gastransitland. Es leitete große Mengen des einst über Nord Stream, Deutschland und Tschechien sowie über die Ukraine importierten russischen Gases an Österreich weiter.

Im Mai 2023 ist die Slowakei zu fast 100 Prozent von russischem Gas abhängig und leitet noch immer große Mengen davon an Österreich weiter. Doch dem slowakischen Wirtschaftsminister zufolge ist es wahrscheinlich, daß das Land auch ohne russisches Gas über den nächsten Winter kommt. Aufgrund neuer Verträge mit BP, ExxonMobil, Shell, ENI und RWE könne das Land derzeit circa 70 Prozent der einheimischen Gasverbraucher aus nicht-russischen Quellen versorgen. Zudem seien die Speicherfüllstände hoch.

Der Minister betont jedoch, daß er eine Stabilisierung der Gasversorgung der Slowakei erst 2026 erwartet, wenn die sich derzeit im Bau befindlichen neuen LNG-Terminals in Europa fertiggestellt sind und die Erdgastransportinfrastruktur verbessert ist.

Ungarn

Ungarn hat im Verhältnis zu seinem Verbrauch eine relative hohe eigene Produktion an Erdgas, die seit Februar 2023 durch den Einsatz von Fracking-Technologie und die Förderung von Schiefergas sogar noch erheblich gesteigert werden konnte. Ein weiteres unkonventionelles Gasfeld soll in naher Zukunft erschlossen werden.

Zudem hat die ungarische Regierung mit dem russischen Gaslieferanten Gazprom 2021 einen 15-jährigen Vertrag über die Lieferung von Gas abgeschlossen. Seit 2021 erhält Ungarn die russischen Lieferungen zum Teil auch über die Pipeline TurkStream, weitergeleitet durch die Türkei, Bulgarien und Serbien. Seit 2022 exportiert Ungarn sogar mehr Gas über seine direkte Anbindung in die Ukraine, als es von dort erhält.

Fazit: Daß es bei einem Auslaufen des Transits über die Ukraine zu einer Gasmangellage in Ungarn kommt, ist unwahrscheinlich, da das Land derzeit seine eigene Produktion erheblich steigert und über die Türkei, Bulgarien und Serbien eine Alternativroute zur Verfügung steht, um russisches Gas zu importieren.

Österreich

Hinsichtlich der Abhängigkeit von russischem Gas über das Transitland Ukraine ist Österreich

aktuell der größte Problemfall in der EU. Als Gastransitland hat es in der Vergangenheit große Mengen russischen Gases, das über die Ukraine und die Slowakei importiert wurde, nach Italien weitergeleitet.

Doch seit Ende 2022 importiert Österreich fast genauso viel Gas aus Italien wie es dorthin exportiert. Trotz diverser Bemühungen, Gas aus anderen Ländern außer Rußland zu beziehen, ist Österreich auch im April 2023 noch zu 64 Prozent von russischen Lieferungen abhängig gewesen.

Italien

Italien hat seine Abhängigkeit von Rußland 2022 deutlich reduziert sowie den Import aus Algerien und über LNG gesteigert. Zudem importiert das Land bereits seit 2020 über die Transadriatische Pipeline Gas aus Aserbaidschan. Eine vollkommene Unabhängigkeit von russischem Gas wird für 2024 erwartet.

Sollte es 2025 zu einer Gasmangellage in Österreich oder der Slowakei kommen, wäre Italien daher ebenso in der Pflicht, diesen Ländern solidarisch beizustehen, wie Deutschland.

Solidaritätsfall mit Einschränkungen

Klar scheint also, daß letztendlich nur Österreich und die Slowakei in einer Notlage unter anderem von Deutschland unterstützt werden müßten. Doch es gibt weitere einschränkende Faktoren. Der Solidaritätsfall gemäß Artikel 13 der "EU-Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung" tritt nur dann ein, wenn ein EU-Mitgliedsland nicht mehr in der Lage ist, seine geschützten Kunden ausreichend mit Gas zu versorgen.

Laut Artikel 2, Absatz 6 der Verordnung gehören zu dieser Gruppe die Haushaltskunden sowie grundlegende soziale Dienste. Zu letzterer Kategorie sind beispielsweise Krankenhäuser und Altenheime zu zählen, jedoch nicht Bildungseinrichtungen und die öffentliche Verwaltung. Auch Industrie, Gewerbe, Handel und anderweitige Dienstleistungen gehören explizit nicht dazu.

In der Slowakei liegt allein der Anteil des Gasverbrauchs der Industrie am Gesamtverbrauch bei bis zu 42 Prozent. Wenn die zuvor genannte Aussage des slowakischen Wirtschaftsministers stimmt, dann kann die Slowakei sich zu 70 Prozent aus nicht-russischen Quellen mit Gas versorgen. Der Fall, daß die Slowakei also aufgrund des Ausbleibens russischer Gaslieferungen über die Ukraine ihre geschützten Kunden nicht mehr versorgen kann, ist demnach so gut wie unmöglich.

In Österreich liegt der Anteil des Gasverbrauchs der Industrie am Gesamtverbrauch in den Wintermonaten bei circa 30 Prozent. Gesetzt den unwahrscheinlichen Fall, daß es der vergleichsweise reichen Alpenrepublik bis Ende 2024 nicht gelingt, seine derzeitige Abhängigkeit von russischem Gas von bis zu 70 Prozent maßgeblich zu reduzieren oder über andere Wege als über die Ukraine russisches Gas zu importieren, dann - und nur dann - könnte es zu einer Solidaritätsanfrage an die Nachbarländer kommen.

Zieht man den Verbrauch der Industrie sowie die bereits bestehende Versorgung mit nicht-russischem Gas ab, dann liegen die benötigten Mengen für die geschützten Kunden rechnerisch bei circa 40 Prozent des normalen Gesamtverbrauchs.

Nicht nur Deutschland und Italien in der Pflicht

Wer einem EU-Mitgliedsstaat bei einer entsprechenden Notlage solidarisch verpflichtet ist, ist in Absatz 1 und 2 der EU-Verordnung festgelegt. Demnach müssen nicht nur direkte Nachbarländer einem EU-Mitglied aushelfen, sondern auch Mitglieder, die über ein Drittland mit diesem verbunden sind. Daher wären bei einer Notlage in Österreich neben Deutschland auch Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien, Italien, Frankreich, die Niederlande, Belgien, Dänemark und Luxemburg zum Beistand verpflichtet.

Rechnet man diesen Solidarfall durch, dann müßte Deutschland lediglich ein Prozent seines Eigenverbrauchs nach Österreich weiterleiten, um dem Land auszuhelfen. Zum Vergleich: In

Deutschland lag der Anteil der Industrie am Gesamtverbrauch 2022 bei 35 Prozent. Daß es aufgrund einer Solidaritätsanfrage aus Österreich zu einer Drosselung oder gar zum Abschalten der deutschen Industrie kommt, wie Habeck dies erklärte, ist demnach unplausibel.

Geschürte Panik, um US-Ziele durchzusetzen?

Habecks Aussagen über die Drosselung oder gar Abschaltung der deutschen Industrie sind in der offiziell präsentierten Logik sachlich schwach begründet. Naheliegender ist, daß es eigentlich um die Rechtfertigung der umstrittenen LNG-Terminals zur Umstellung auf US-Flüssiggas aus Fracking geht. Darauf deutet auch eine Stellungnahme der Bundesnetzagentur vom Mai hin.

Noch ein weiterer plausibler Hintergrund ist zudem denkbar. Die EU-Kommission diskutiert, wie bereits erwähnt, schon seit längerem, ab 2027 die Einfuhr russischen Gases in die EU generell zu verbieten. Im Mai wurde bekannt, daß man russische Gas-Pipelines dauerhaft stilllegen möchte.

Anfang Juni äußerte Walter Boltz, ehemaliger Vorsitzender von E-Control, dem österreichischen Pendant zur deutschen Bundesnetzagentur, und Berater des österreichischen Energieministeriums, auf EU-Ebene werde zunehmend erkannt, daß man auch ohne das verbleibende russische Pipeline-Gas auskommen könne, das derzeit über die Ukraine und die Türkei importiert werde. Boltz wörtlich: "Wenn es einen wichtigen Grund gäbe, eine weitere Runde umsetzbarer Sanktionen gegen Rußland zu verhängen, dann wäre (Pipeline-)Gas ein logischer Kandidat."

Sollte es tatsächlich zu einem vorgezogenen Embargo russischen Gases in der ganzen EU kommen, das noch deutlich vor Ende 2024 in Kraft tritt, dann erschienen die Aussagen Habecks sowie die Vorbereitungsmaßnahmen der Bundesnetzagentur zur Kürzung der Gasversorgung deutscher Industrieunternehmen wieder schlüssig. Denn dann könnte es tatsächlich zu einer Gasnotlage in Österreich, Ungarn, Italien und der Slowakei kommen, die eine derartige Drosselung auch in Deutschland nach sich ziehen würde.

Diese Länder verhalten sich hinsichtlich der Sanktionen gegen Rußland und Waffenlieferungen an die Ukraine derzeit noch zögerlich oder sprechen sich sogar deutlich dagegen aus. Die Aussagen des Ministers und die konkreten Maßnahmen der ihm unterstellten Bundesnetzagentur könnten als Botschaft an die betroffenen Länder verstanden werden, daß sie nach einer derartigen Entscheidung nicht von Deutschland im Stich gelassen werden.

Es ginge demnach bei der angedrohten Drosselung nicht nur um eine gesicherte Gasversorgung Deutschlands und seiner Nachbarländer - Stichwort "Solidarität" -, sondern vor allem um das geopolitische Ziel der US-Regierung, die EU noch stärker von Rußland abzuschotten.

Anhang

Multipolar-Anfrage an die Bundesnetzagentur: Ihre Behörde hat am 19. und 20. Juni mehrere Online-Veranstaltungen durchgeführt, in denen dargelegt wurde, wie Netzbetreiber und Verbraucher mit einem Gasverbrauch von mehr als 10 MWh/h, aber auch Gewerbekunden mit geringeren Abnahmemengen, bei einer Notlage in den deutschen Nachbarländern konkret in die Reduzierung des Gasverbrauchs einbezogen werden.

Bei derartigen Veranstaltungen, welche die energieintensiven Industrieunternehmen in Deutschland verunsichern, sollte man annehmen, daß zuvor eine gründliche Analyse durchgeführt wurde, wie realistisch das Szenario einer Notlage in den betreffenden Nachbarländern ist, in der die geschützten Kunden nicht mehr ausreichend mit Gas versorgt werden können. Doch sowohl auf den Webseiten des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums als auch auf denjenigen der Bundesnetzagentur sind keine Hinweise zu finden, ob eine derartige Analyse stattgefunden hat. Ist diese Analyse vom Wirtschaftsministerium oder von der Bundesnetzagentur durchgeführt worden, und wenn ja, zu welchen Erkenntnissen ist sie gelangt?

Antwort der Bundesnetzagentur: Die Verpflichtung, benachbarte Mitgliedstaaten auf deren

Ersuchen mit Solidaritätsmaßnahmen zu unterstützen, ergibt sich aus der SoS-Verordnung. Solidaritätsmaßnahmen sind an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die ebenfalls in der Verordnung geregelt sind. Eine Solidaritätsmaßnahme wird nur angewendet, wenn der Solidarität ersuchende Mitgliedstaat

a) nicht in der Lage war, einen Engpaß bei der Gasversorgung seiner geschützten Kunden zu bewältigen,

b) alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen ausgeschöpft hat,

c) der Europäischen Kommission und allen Nachbarstaaten ein ausdrückliches Ersuchen notifiziert hat, dem eine Beschreibung der Maßnahmen beigefügt ist, die er bereits durchgeführt hat,

d) sich zu einer angemessenen und unverzüglichen Entschädigung an den Solidarität leistenden Mitgliedstaat verpflichtet.

Nachfrage von Multipolar: Leider sind Sie nicht auf meine Frage eingegangen. Ist eine Analyse vom Wirtschaftsministerium oder von der Bundesnetzagentur durchgeführt worden, ob das Szenario einer Gasnotlage in EU-Mitgliedsstaaten wie die Slowakei, Ungarn, Österreich oder Italien beim Wegfall der russischen Gaslieferungen über die Ukraine realistisch ist - und falls ja, zu welchen Erkenntnissen ist diese Analyse gelangt?

Antwort der Bundesnetzagentur auf die Nachfrage: Hierzu verweise ich auf folgende Stellungnahme der Bundesnetzagentur.

Presseanfrage an das Wirtschaftsministerium: Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck hat am 12. Juni 2023 auf der Tagung des Ostdeutschen Wirtschaftsforums geäußert, daß es bei einer Gasnotlage aufgrund des Auslaufens des Transitvertrages zwischen Rußland und der Ukraine Ende 2024 in EU-Nachbarländern, die noch auf Lieferungen russischen Gases über die Ukraine angewiesen sind, zu einer Drosselung oder zum Herunterfahren der deutschen Wirtschaft kommen kann.

Eine Woche später, am 19. und 20 Juni, fanden mehrere Online-Veranstaltungen der Bundesnetzagentur statt, in denen dargelegt wurde, wie Netzbetreiber und Verbraucher mit einem Gasverbrauch von mehr als 10 MWh/h, aber auch Gewerbekunden mit geringeren Abnahmemengen, bei einer Notlage in den deutschen Nachbarländern konkret in die Reduzierung des Gasverbrauchs einbezogen werden.

Bei derartigen Äußerungen und Veranstaltungen, welche die energieintensiven Industrieunternehmen in Deutschland verunsichern, sollte man annehmen, daß zuvor eine gründliche Analyse durchgeführt wurde, wie realistisch das Szenario einer Notlage in den betreffenden Nachbarländern ist, in der die geschützten Kunden nicht mehr ausreichend mit Gas versorgt werden können.

Doch sowohl auf den Webseiten des Wirtschafts- und Klimaschutzministeriums als auch auf denjenigen der Bundesnetzagentur sind keine Hinweise zu finden, ob eine derartige Analyse stattgefunden hat. Ist diese Analyse vom Wirtschaftsministerium oder von der Bundesnetzagentur durchgeführt worden, und wenn ja, zu welchen Erkenntnissen ist sie gelangt?

(Die Antwort des Wirtschaftsministeriums wurde bereits im Anhang des Beitrags "Realer Gasnotstand oder geschürte Panik?" veröffentlicht und enthält keinerlei Informationen zur konkret gestellten Frage.)

Über den Autor: Karsten Montag, Jahrgang 1968, hat Maschinenbau an der RWTH Aachen, Philosophie, Geschichte und Physik an der Universität in Köln sowie Bildungswissenschaften in Hagen studiert. Er war viele Jahre Mitarbeiter einer gewerkschaftsnahen Unternehmensberatung, zuletzt Abteilungs- und Projektleiter in einer Softwarefirma, die ein Energiedatenmanagement- und Abrechnungssystem für den Energiehandel hergestellt und vertrieben hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juli 2023: >>Im Bundes-

tagswahlkreis Mannheim hätte laut INSA-Wahlkreisprognose derzeit der AfD-Kandidat die Nase vorn.

Lange Zeit erschien es als unvorstellbar, daß die AfD in Westdeutschland Bundestagswahlkreise direkt gewinnen könnte. Das hat sich nun grundlegend geändert. ...

In den letzten Tagen sorgten insbesondere Umfragen aus Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern für Aufsehen, in denen die AfD deutlich den ersten Platz belegte. Kaum wahrgenommen wurde bislang, daß die AfD auch auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik mächtig aufholt. Laut einer aktuellen Wahlkreisprognose des Meinungsforschungsinstituts INSA könnte die patriotische Partei in Westdeutschland derzeit 9 Wahlkreise direkt gewinnen.

Wahlkreisprognose: 9 Wahlkreise für die AfD

Das ist ein gewaltiger weiterer Durchbruch für die AfD. Noch bei der Bundestagswahl im September 2021 war die AfD noch geradezu Welten entfernt vom Gewinn eines Direktmandats in Westdeutschland. Das beste Erststimmenergebnis für die patriotische Partei erzielte hier Martin Hohmann mit 15,2 Prozent im hessischen Wahlkreis Fulda. Damit lag er aber immer noch meilenweit hinter dem Wahlkreisgewinner Michael Brand von der CDU, der 38,1 Prozent der Stimmen gewann.

Mittlerweile ist die AfD aber auch in den westdeutschen Wahlkreisen zu einer angsteinflößenden Konkurrenz insbesondere für CDU- und SPD-Bewerber geworden. Laut der aktuellen INSA-Wahlkreisprognose vom 3. Juli würde sie folgende Wahlkreise in Westdeutschland gewinnen:

Viele AfD-Hochburgen in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg:

Bundestagswahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Bundestagswahlkreis Heilbronn

Bundestagswahlkreis Pforzheim

Bundestagswahlkreis Mannheim

Hessen:

Bundestagswahlkreis Main-Kinzig - Wetterau II - Schotten

Nordrhein-Westfalen:

Bundestagswahlkreis Gelsenkirchen

Bundestagswahlkreis Duisburg II

Rheinland-Pfalz:

Bundestagswahlkreis Ludwigshafen/Frankenthal

Diese Entwicklung ist äußerst wichtig für die AfD, schließlich leben immer noch mehr als Dreiviertel der deutschen Wähler in Westdeutschland. Die Zahlen der INSA-Wahlkreisprognose kann man durchaus als Ausdruck einer geradezu tektonischen Verschiebung auch innerhalb der westdeutschen Wählerschaft ansehen.

Die Ampel im Kampf gegen direkte Demokratie

Vor diesem Hintergrund ist es äußerst ärgerlich, daß die Ampel mit ihrer Bundestagswahlreform die Erststimme stark entwertet hat und nicht mehr alle in den Wahlkreisen direkt gewählten Kandidaten in den nächsten Bundestag einziehen werden, sondern nur noch diejenigen mit den bundesweit besten Erststimmenergebnissen. Ein demokratiepolitischer Skandal, der eigentlich vom Bundesverfassungsgericht umgehend wieder rückgängig gemacht werden müßte!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juli 2023: >>>**Skandal in Upahl: Asyl-Container kommen doch**

Von *Paul Klemm*

Was für ein Wahnsinn: Jetzt bekommt die kleine Gemeinde Upahl in Nordwestmecklenburg doch noch ein Asyl-Containerdorf vor die Tür gesetzt. Noch vor ein paar Wochen schien es

so, als hätten sich die Bewohner erfolgreich gegen dieses Anliegen zur Wehr gesetzt. ...

Upahl hat sich gerüstet, als wolle es einer Belagerung standhalten. Der Erdwall am Ortseingang ist gespickt mit Holzschildern. Darauf leuchten in Neonfarben Sprüche wie "Politik hat versagt" oder "Wacht endlich auf!". Im Dorf gibt es so gut wie keine Familie, die ihr Haus nicht mit Bannern behängt oder ihren Garten mit angesprühten Paletten umstellt hat. Neben einer Werbetafel, die frische Eier und Kartoffeln aus der Region anpreist, steht ein großer Obelix-Aufsteller. "Die spinnen, die Politiker!", liest man in der Sprechblase.

"Upahl wird ein Moloch." Demonstrant Lübbert

Selten war der Vergleich mit einem gallischen Widerstandsnest so passend. Es ist der Abend des 10. März, und im ganzen Ort knallen Autotüren. Gleich beginnt in Grevesmühlen, der nächstgelegenen Stadt, eine Demonstration vor dem Rathaus. Ein Großteil der 500 Dorfbewohner macht sich auf den Weg.

Menschliche Massenhaltung

Bis Ende Januar wußten außerhalb der Region wohl nur die allerwenigsten von der Existenz Upahls. Das änderte sich, als der Landkreis Nordwestmecklenburg verkündete, dort eine Containersiedlung für 400 Migranten errichten zu wollen - die meisten von ihnen junge Männer aus Syrien und Afghanistan. Deutschlandweit sorgte dieser Beschluß für Schlagzeilen. Denn dadurch würde sich die kleine Gemeinde schlagartig fast verdoppeln.

"Das ist ein Wahnsinn mit Ansage!", meint Martin Lübbert, Finanzberater aus Testorf, einem Nachbarort von Upahl. Der Familienvater, der mit Megafon auf die Straße geht, bangt vor allem um die innere Sicherheit: "Es bildet sich Langeweile, und junge Männer kommen nun mal auf komische Gedanken. Das ist völlig unabhängig von der Hautfarbe, von der Herkunft. Das wird ein Moloch. Da wird es Opfer geben." Auch die Art der Unterbringung findet er unmenschlich. "Das ist wie Massentierhaltung, da haben wir keinen Bock drauf."

Geschlossen trat das Dorf dem Vorhaben entgegen, organisierte Protestaktionen und konnte per Eilantrag sogar schon einen ersten Etappensieg erringen: Das Verwaltungsgericht Schwerin verhängte Anfang März einen vorläufigen Stopp für die Baumaßnahmen, die innerhalb weniger Wochen schon ordentlich vorangegangen waren. Das Beteiligungsrecht der Kommune sei mißachtet worden, so die Richter, zumal noch nicht einmal eine Baugenehmigung vorliege. Jetzt geben sich der CDU-Landrat und der SPD-Innenminister gegenseitig die Schuld dafür. Beide wollen jedoch einen Weg finden, um das Containerdorf doch noch entstehen zu lassen. Upahl hat sich vom verschlafenen Hinterland zum asylpolitischen Brennpunkt entwickelt.

"Aufstand! Aufstand!"

Ein Einzelfall ist das nicht, eher das Extrembeispiel für eine Agenda, die gerade die gesamte Republik umpflügt. Nachdem in der Flüchtlingskrise ab 2015 vor allem die Städte Unterkünfte bereitstellen mußten, sollen nun auch im dörflichen Raum massenhaft Migranten angesiedelt werden. In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Infrastruktur schwach und die Bevölkerungsdichte bundesweit am geringsten ist, hat dies dramatische Folgen. Alle sechs Landkreise sehen sich an der Grenze ihrer Aufnahmekapazität.

Der Zustrom ist beispiellos: Schon vergangenes Jahr kamen nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge rund 5.000 Asylanten in das nördliche Bundesland. Das ist fast eine Verdoppelung im Vergleich zu 2021. Hinzu kommen mehr als 22.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Zusammengenommen übertreffen diese Zahlen sogar noch die des Krisenjahres 2015. Und die Tendenz ist steigend.

"Es fehlt einfach an Personal", klagt Grit Wuschek, Bürgerschaftsmitglied in Greifswald, wo ebenfalls ein Containerdorf geplant ist. "Wir haben keine Dienste, die die Integration übernehmen können. Auf Deutschkurse muß man ewig warten. Wir haben auch keine Wohnungen, um die Menschen unterzubringen." Es bräuchte eine politische Kehrtwende, doch die ist

nicht in Sicht. Auf dem Flüchtlingsgipfel im Schweriner Schloß am 9. März zementierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den radikalen Kurs - keine Obergrenze, statt dessen noch weitere Aufstockung der Kapazitäten. Keine konkreten Hilfen für die Kommunen. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 7. Juli 2023 (x1.328/...): >>>**Neue Grundrechtseinschränkungen wegen RSV-Virus?**

Ampel-Koalition führt heimlich neue Änderung des Infektionsschutzgesetzes ein

Die Corona-Jahre mit Lockdowns und Beschränkungen der Grundrechte sind gerade erst vorbei, schon baut sich die Regierung klammheimlich und im Eilverfahren mit einer Gesetzesänderung einen Weg, ähnliche Beschränkung bei einem anderen Virus möglich zu machen.

Jerome Wnuk

Schulschließungen, tote Städte durch ewige Lockdowns, Menschen die alleine ohne den Beistand ihrer Liebsten in Krankenhäusern starben- die Corona-Traumata sind frisch und noch nicht ansatzweise verarbeitet oder aufgearbeitet. Doch schon jetzt ebnet sich die Regierung den Weg weitere Grundrechtsbeschränkungen wieder gesetzlich möglich zu machen.

Konkret geht es um eine folgenreiche Änderung des Infektionsschutzgesetzes in Bezug auf den sogenannten RSV-Virus. Ein Virus der vor allem Kleinkinder betrifft. Die Änderung des Gesetzes ist auf den letzten Geraden, nur noch der Bundesrat muß der Gesetzesänderung zustimmen. Im Bundestag war die Änderung in nur wenigen Minuten beschlossen worden - praktisch im Eil-Eilverfahren. Das Ergebnis könnte am Ende sein: Schul- und Kitaschließungen, genau wie bei Covid-19.

RSV-Virus wird meldepflichtig

Die Änderung klingt erstmal harmlos: Sie sieht vor eine Infektion mit dem sogenannten RSV-Virus zukünftig meldepflichtig zu machen. Ärzte und Labore wären dann per Gesetz dazu verpflichtet, Infizierte namentlich an die Gesundheitsämter zu melden, um "frühzeitig Ermittlungen und Maßnahmen vor Ort ... zu ergreifen".

RSV ist einer der häufigsten Erreger von Atemwegsinfektionen bei Säuglingen, Frühgeborenen und Kleinkindern. In Saisonalität und Symptomatik ähneln RSV-Infektionen der Influenza. Die Übertragung erfolgt in erster Linie durch Tröpfcheninfektion einer infektiösen Person auf eine Kontaktperson.

Ein Erreger der in Kindergärten praktisch nicht einzudämmen ist, das sagen Experten, doch genau das müßten, so sieht es die Gesetzesänderung vor, die zuständigen Gesundheitsämter versuchen. Die Ämter wären verpflichtet, so heißt es in dem neuen Gesetz, das "Ausbruchsgeschehen einzugrenzen und weitere Ausbreitung zu verhindern".

Und jetzt gibt es Spielraum: Welche konkreten Maßnahmen das wären, was die Ämter tun könnten, um das "Ausbruchsgeschehen einzugrenzen und weitere Ausbreitung zu verhindern", wird nicht genannt- was einen weiten Interpretationsspielraum übrig läßt.

Daß also auch wieder Schließungen von Kitas oder Schulen als Instrument zu Infektionsabwehr möglich wären - offen. Die Gesetzesänderung würde aber mit der Meldepflicht auf jeden Fall den ersten Stein dazu legen, wieder schwere Grundrechtseinschränkungen zu verordnen um ein Virus einzudämmen.

Heimlich und noch schnell vor der Sommerpause

Was bemerkenswert an der Änderung ist: Die Art und Weise wie die Änderung von der Regierung durchbracht wird.

Denn die Abstimmung über diese folgenschwere Änderung geschah im Bundestag gemeinsam und auf einen Schlag mit der "Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes". Eine Lappalie im Vergleich zu der Meldepflicht. Das ganze in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause. Noch intransparenter und heimlicher kann man ein Gesetz eigentlich nicht mehr auf den Weg bringen. Versteckt in einem anderen Gesetz und innerhalb von wenigen Minuten im Bundestag beschlossen. Und das für eine Gesetzesänderung, die die erneute Einschränkung unserer

Grundrechte zumindest möglich machen würde.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juli 2023: >>**SPD fordert Maßnahmen gegen Sommerhitze**

Von *Karel Meissner*

Wer Corona mit Ach und Krach überlebt hat, soll jetzt nicht an der Hitze sterben. Deshalb fordert die SPD von Schleswig-Holstein zahlreiche Maßnahmen gegen Sommerhitze.

"Ich will, daß Ihr in Panik geratet!" - forderte Greta Thunberg. Und die Machthaber assistieren ihr, in dem sie Maßnahmen ergreifen, als wäre das große Finale schon da. Motto: Wenn wir alle Endzeit spielen, dann glauben die Bürger es auch. So hat die SPD im Landtag von Schleswig-Holstein einen Antrag eingereicht:

Das Bundesland soll ab 35 Grad in einen Savespace verwandelt werden. Zuerst will man in Parks, Schulen, Stränden und Spielplätzen - nein, keine Tampon-Automaten -, sondern kostenlose Sonnencreme-Spender installieren. Die Bürger sind ja bekanntlich zu blöd, sich in den Schatten zu stellen oder selber ein Tübchen zu kaufen. Aber immerhin: Auf dem Spielplatz können die Kinder mit der Creme schön matschen und schmieren.

Aber was wären Vorsichtsmaßnahmen, wenn sie nicht mit Vorschriften verbunden sind? Sozialpolitikerin Birte Pauls schreibt im Antrag:

"Bei Temperaturen ab 35 Grad soll das öffentliche Leben eingeschränkt werden, so daß große Veranstaltungen und Sportturniere nicht stattfinden."

Außerdem bedürfe es vorbereiteter Maßnahmen für Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Rettungsdienste. Senioren oder Obdachlosen will man besondere Angebote machen. Zudem sollen Kommunen in der Lage sein, den öffentlichen Raum hitzegerecht zu gestalten:

Mit Schattenplätzen, begrünten Flächen und Dächern, Trinkwasserspender und der stärkeren Nutzung gekühlter Räume. (Ob Klima-Aktivisten sich künftig ab 35 Grad noch auf den glühend heißen Asphalt festkleben dürfen?). Darüber hinaus müsse man die Infrastruktur überprüfen, damit es nicht zu hitzebedingten Notständen komme.

Wie gesagt, dem Bürger wird so der Eindruck vermittelt, er sei bereits im Ausnahmezustand, als avanciere 35 Grad bald zur sommerlichen Durchschnittstemperatur. Das Recht auf Panik ist unantastbar. Pauls konstatiert, 2022 sei der heißeste Sommer seit Beginn der Aufzeichnungen in Deutschland gewesen:

"Dies bedeutet vor allem für ältere Menschen, aber auch für Schwangere, Neugeborene und Kleinkinder sowie für Menschen, die draußen arbeiten, besondere Risiken."

Tja, Hitze ist das neue Corona. Weitere Maßnahmen-Vorschläge dürften folgen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Juli 2023: >>**Scholz und der Nord-Stream-Krimi**

Von *Jürgen Elsässer*

Neue Erkenntnisse zur Sprengung der Pipelines: Kriegsschiffe der Deutschen Marine waren am Tatort. ...

Pulitzerpreisträger Seymour Hersh hat das Verdienst, im Detail die Planung und Durchführung der Pipelinesprengung nachgewiesen zu haben ...

COMPACT ist aber noch über Hersh hinausgegangen. Der amerikanische Star-Reporter hat sich natürlich vor allem um die amerikanischen Verbrecher gekümmert. Uns als deutsches Magazin aber hat selbstverständlich auch interessiert, ob es deutsche Komplizen gab. Dabei sind wir auf Quellen und Informationen gestoßen, die Hersh nicht zur Verfügung standen. ...

Deutsche Kriegsschiffe am Tatort

Es waren gleich mehrere! Unser Fokus liegt auf der "Alster", dem wichtigsten Spionageschiff der deutschen Kriegsmarine. Es lief nach dem russischen Einmarsch in die Ostsee aus - wo war es am 26. September 2022. dem Tag der Sprengung? Eine Anfrage dazu der Linksfraction

wurde von der Bundesregierung nicht beantwortet - aus Gründen des "Staatswohls".

Die neuen COMPACT-Erkenntnisse: Die "Alster" schaltete ihre AIS-Kennung (Automatic Identification System; Automatisches Identifikationssystem) am 21. September 2022 ab und erst am 30. September um genau 22:09 Uhr wieder an - und zwar zwischen Tallinn und Helsinki, wo der relative dichte Verkehr auf dem Meer ohne AIS zu Zusammenstößen führen könnte.

In diesen fast zehn Tagen war die "Alster" für die Seeüberwachung unsichtbar - ähnlich wie ein Flugzeug für die Luftüberwachung, wenn es den Transponder ausschaltet. Es gibt jedoch Augenzeugenberichte von dänischen Fischern, die das deutsche Flottendienstboot zwischen 21. und 25. September vor Bornholm gesehen haben.

Angeblich zur selben Zeit in Tatortnähe: Die Fregatte "Sachsen" (F 219) der Deutschen Marine. Ebenfalls in Tatortnähe zum Tatzeitpunkt: Schiffe des Kommandos Spezialkräfte Marine, des maritimen Pendant zum KSK. Sie brachen von Eckernförde ab dem 21.9.2022 auf und trafen in Tallinn am 27. September ein. Zum Zeitpunkt der Sprengungen müssen sie den Tatort Bornholm passiert haben! Olaf Scholz weiß, was die Deutsche Kriegsmarine dort getrieben hat - aber er mauert!

Täterschutz: Die Andromeda-Story

Hersh schreibt in der COMPACT-Edition "Nord-Stream-Krimi": "Der amerikanische Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) unternimmt regelmäßig verdeckte Operationen auf der ganzen Welt, und jede benötigt eine Tarngeschichte, falls etwas schief läuft, was häufig geschieht. Ebenso wichtig ist es, eine Erklärung zu haben, wenn die Dinge gut laufen, wie im vergangenen Herbst in der Ostsee. ...

Das wesentliche Element war eine mythische Jacht mit dem ironischen Namen 'Andromeda' - nach der schönen Tochter eines mythischen Königs, die nackt an einen Felsen gekettet war. Die Tarngeschichte wurde mit dem BND, dem deutschen Bundesnachrichtendienst, geteilt, und er unterstützte sie."

Hersh führt die Widersprüche der Andromeda-Story (falsche Pässe etc.) im Einzelnen aus. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26483" berichtet am 7. Juli 2023 (x1.319/...): >>TRUST & FREEDOM Europäische Bürgerinitiative in den Startlöchern

Der neue Pandemievertrag, den die Weltgesundheitsorganisation derzeit für ihre 194 Mitgliedsstaaten vorbereitet, würde ihr weitreichende, totalitäre Machtbefugnisse in Gesundheitskrisen aller Art einräumen. Und wo bleibt die Beteiligung der Bürger? Eine neue Europäische Bürgerinitiative namens TRUST & FREEDOM will für mehr Vertrauen und Freiheit in der Europäischen Union eintreten.

Wollen Sie, daß die WHO bestimmen kann, ob Sie reisen dürfen oder nicht?

Oder wollen Sie, daß die WHO Ihnen künftig vorschreiben darf, welche Medikamente Sie verwenden dürfen und welche VERBOTEN sind? Und wollen Sie, daß man nur schon beim Verdacht des Auftretens einer neuen Pandemie Sie zu einer Impfung oder zum Aufenthalt in einer Quarantäne-Einrichtung zwingen kann?

Wenn auch Sie hierzu ein klares NEIN haben, dann geht es Ihnen gleich wie vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern.

Wie Kla.tv bereits in mehreren Sendungen berichtete, will die Weltgesundheitsorganisation WHO künftig die gesamte Macht in Gesundheitskrisen aller Art ausüben. Mit dem neuen Pandemie-Vertrag kann sie einen Notstand ausrufen - und den Staaten die Regeln diktieren. Die WHO ist eine nicht gewählte, globale Gesundheitsbehörde, die sich zum großen Teil von Pharmakonzernen und privaten Stiftungen wie z.B. der Bill & Melinda Gates-Stiftung finanzieren läßt. Derzeit laufen bei der WHO Verhandlungen über einen globalen Pandemievertrag. Dieser soll die staatliche Reaktion auf Pandemien regeln. Die Änderungen der internationalen

Gesundheitsvorschriften und der Pandemievertrag sollen im Mai 2024 zur Verabschiedung vorgelegt werden. Ein mögliches Inkrafttreten im Jahr 2025 würde der WHO weitreichende, totalitäre Machtbefugnisse über die 194 Mitgliedstaaten einräumen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden die Menschenrechte, die Gesundheit und das Leben von Menschen auf der ganzen Welt massiv beeinträchtigen.

Am 4. Juli 2023 präsentierten sieben Bürger aus verschiedenen europäischen Ländern einen bahnbrechenden Vorschlag für eine neue Europäische Bürgerinitiative (EBI) mit dem Namen TRUST & FREEDOM (dt. Vertrauen & Freiheit).

Diese Bürgerinnen und Bürger repräsentieren die kollektive Stimme besorgter Menschen aus ganz Europa und nutzen diese Initiative, um damit für mehr Vertrauen und Freiheit in der Europäischen Union einzutreten. Sie zielen auf eine stärkere direkte Beteiligung der Bürger an der Gestaltung der EU-Politik ab und stellen eine entschlossene Gegenbewegung zur Machtkonzentration, die in Regierungen und Institutionen zu beobachten ist, dar.

Die Bürgerinnen und Bürger äußern ihre Besorgnis über die drohende Gefährdung der Entscheidungsfreiheit, insbesondere in Bezug auf persönliche Gesundheitsentscheidungen. Außerdem ist ein immer größer werdender Vertrauensverlust in staatliche Institutionen zu beobachten, da vergangene Handlungen der WHO und anderer politischer Akteure den Eindruck erwecken, daß die Interessen von Pharmakonzernen und privaten Stiftungen mehr ins Gewicht fallen als das Gemeinwohl der Bevölkerung. ...<<

08.07.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Endlich wieder Panik**

Im ÖRR und in der Politik häufen sich Horrormeldungen zu angeblichen Gesundheitsrisiken durch Hitze. Die SPD plant bereits Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Über eine Apollo-Recherche, die sich unerwartet schnell bestätigte.

Larissa Fußler

"Endlich ein Grund zur Panik, endlich ein Grund los - Panik", sang einmal die Band "Wir sind Helden" und traf damit die deutsche Seele in ihrem tiefsten Kern. Es ist erst knapp über ein Jahr her, daß mit der Maskenpflicht die letzte irrsinnige Maßnahme der Corona-Pandemie abgeschafft wurde - und auch der Krieg in der Ukraine treibt die Adrenalinspiegel der Deutschen nicht mehr so in die Höhe wie anfangs. Wie ein Junkie auf Entzug scheinen die Deutschen auf den nächsten Grund gewartet zu haben, der Welt zu beweisen, daß der Begriff "German Angst" nicht ohne Grund ein geflügeltes Wort im Ausland geworden ist. Jetzt hat man endlich neuen Stoff gefunden: Die Hitzepanik.

Wer in den vergangenen Tagen den Fehler gemacht hat, entspannt am See mit einem Softdrink in der Hand die Nachrichten statt eines netten Romans zu lesen, konnte seinen Augen kaum glauben. Das Bundesgesundheitsministerium und die Öffentlich Rechtlichen Medien haben eine derartige Welle an Informationen und Warnungen zum "Hitzeschutz" herausgegeben, daß man meinen könnte, die Erde wäre spontan im Sonnensystem einen Riesensprung näher in Richtung des großen Feuerballs gehüpft.

"Wärmster Monat aller Zeiten - UN schlägt Alarm: Klimawandel außer Kontrolle" konnte man am Freitag bei der Berliner Zeitung lesen. "Heiße Sommer in Deutschland: Hitze: Das unterstützte Gesundheitsrisiko" titelte ZDF am Samstag. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach verkündet am selben Tag nicht ohne Pathos die "erste Hitzewelle in unserem Hitzeplan" und teilte ein Video des Bundesgesundheitsministeriums, in dem so bahnbrechende Hinweise stehen wie "ausreichend trinken" und "im Schatten bleiben". Sympathisch war auch der Tweet der Ärztekammer Berlin: "Hitze kann töten. Achten Sie auf sich und andere!"

Erst am Dienstag hatte Apollo News berichtet, daß das Bundesgesundheitsministerium auf unsere mehrfache Nachfrage Lockdown-ähnliche Maßnahmen im Zeichen des Klimaschutzes

partout nicht ausschließen wollte. Ähnliche Erfahrungen hatte auch die Plattform Correctiv gemacht, die auf ihre Anfrage, "ob es denkbar wäre, daß das öffentliche Leben aufgrund von Hitzewellen so drastisch eingeschränkt werden müsse wie während der Corona-Pandemie", lediglich die Antwort erhielt, daß man Gesprächen mit "allen relevanten Akteuren" nicht vorzuziehen wolle.

Wir hatten aufgezeigt, daß der französische Hitzeschutzplan, an dem sich Lauterbach für Deutschland orientieren möchte, bei starken Hitzewellen auch Veranstaltungsverbote und Einschränkungen privater Aktivitäten, wie sportlicher Betätigung, vorsehe. Ein Lockdown, im Sinne einer Einschränkung des öffentlichen Lebens, also als Hitzeschutzmaßnahme von Lauterbach und Co also durchaus diskutiert werden könnte.

Womit wir nicht gerechnet hatten: Schon am Donnerstag machte der Spiegel öffentlich, daß die SPD in Schleswig-Holstein tatsächlich als Hitzeschutzmaßnahme das öffentliche Leben einschränken wolle. In deinem Antrag der Sozialdemokraten wird gefordert, bei Temperaturen ab 35 Grad Veranstaltungen und Sportturniere nicht mehr stattfinden zu lassen.

Diese Idee hat man nicht nur in Schleswig Holstein. Auch Karl Lauterbach soll laut mehreren Medienberichten bereits angekündigt haben, daß man "darüber sprechen" müsse, ob bei "bestimmten Temperaturen zum Beispiel Sportturniere noch stattfinden können".

Daß die Verantwortlichen es jedoch nicht nur beim Canceln von Veranstaltungen belassen könnten, läßt sich an Aussagen der Akteure ablesen, die an der Ausarbeitung des Hitzeschutzplans der Bundesregierung beteiligt sind. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit, Martin Herrmann, sagte beispielsweise gegenüber Welt: "In Extremsituationen mit Spitzentemperaturen ist es angemessen, wenn gegebenenfalls Veranstaltungen im Freien untersagt oder öffentliche Einrichtungen geschlossen werden". Damit sind unter anderem KITAS und Schulen gemeint.

Und als wäre das alles noch nicht genug, hat auch das Robert Koch-Institut wieder angefangen, in wöchentlichen "Hitzeberichten" hitzebedingte Todeszahlen zu veröffentlichen. Ganz offen schreibt das Institut, daß ein Hitzetod oft gar nicht als Todesursache auf dem Todeschein stehe, weil der Hitzetod meist in Zusammenhang mit Vorerkrankungen auf trete.

Deshalb errechne man die hitzebedingten Todeszahlen durch "statistische Methoden". Heißt: Sie werden anhand irgendwelcher Parameter geschätzt und sind überhaupt nicht nachprüfbar.

Das alles erinnert einen doch sehr an die Coronazeit, in der in täglichen Horrormeldungen die Tode "mit und an" Corona verkündet wurden und Lauterbach fast ständig dramatische Ansprachen im Fernsehen hielt.

Nun zeichnet sich ab: Wer gehofft hatte, daß die damals verhängten Einschränkungen des öffentlichen und privaten Lebens eine einmalige Angelegenheit bleiben, scheint sich zu früh gefreut zu haben. Die Deutschen und ihre Medien und Politiker sind offenbar ein eingespieltes Team: Die einen suchen stets Gründe, Angst zu haben, die anderen liefern sie.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26479" berichtet am 8. Juli 2023 (x1.319/...): >>Der Rußland-China-Pakt und die Marx-Rothschild-Verschwörung

Von Ivo Sasek

Ein weltbewegender Rußland-China-Pakt entspricht exakt dem uralten Plan der Freimaurer-Hochfinanz. Otto Kahn, einer der wohl berühmtesten Banker und Hochgrad-Freimaurer der USA, enthüllte schon 1919 ganz offen: "Ihr sagt, daß der Marxismus der bitterste Feind des Kapitalismus sei, welcher uns heilig ist. Aber sie sind nur gegenüberliegende Pole, die es uns erlauben, die Pol-Achse zu sein. Beide Pole haben indessen dasselbe Ziel: die Erneuerung der Welt von oben her über die Kontrolle des Reichtums, und von unten durch die Revolution." Putin setzt diesen uralten Plan gerade definitiv in die Tat um, aber ganz so wie er es will - und nicht so, wie es das Drehbuch vorgibt ...

"Wie kann eine Hochfinanz am Kommunismus Gefallen finden - sind das denn nicht einander

sich komplett ausschließende Gegensätze? Nein, sind sie eben gerade nicht ..."

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Keine Regierung unter diesem Himmel, zumindest keine offizielle, steht wirklich auf eigenen Füßen. Seit Jahrhunderten wird alles gezielt und strategisch von einer parasitären Hochfinanz unterwandert. Wie eine Zecke nistet sich dieser Hochfinanz-Blutsauger heimlich in Nationalstaaten ein, um aus ihnen heraus strategische Lenkungs-Zentren zu errichten.

Ziel ist immer die eigene Weltregierung - eine neue Welt - dieses Geheimbundes, manchmal auch Tiefer Staat genannt. Versucht ein von dieser Zecke unterwanderter "Wirt" sie wieder aus seinem Pelz zu schütteln, wird ihm auf der Stelle der Geldhahn zgedreht. Reicht diese Maßnahme nicht aus, wird er mit Terror bis hin zum offenen Krieg überzogen und ruiniert. Hier lassen der arabische Frühling und dergleichen grüßen.

Diese Blutsauger denken und lenken alles einzig global. Seit langer Zeit schon haben die heimlich aus dem Untergrund heraus regierenden Hochfinanziers danach gestrebt, China zu ihrem neuen nächsten globalen Weltherrschafts-Zentrum zu erheben. Zu diesem Zweck haben sie in China längst ihre Welt-Verwaltungsgebäude in Form gigantischer Wolkenkratzer und dergleichen errichtet. Nun müssen diese endlich nicht mehr leer stehen. Daß das so ist, kann man schon allein daran erkennen, daß "China" über längere Zeit hinweg in unseren Qualitätsmassen-Zwangsabgabe-Medien hochgejubelt wurde. Doch jetzt zeigen sich ernsthafte Probleme. Ob diese Probleme lediglich gestellt sind oder nicht, wird sich erst in Kürze definitiv zeigen.

Für uns - die betrogenen Völker - jedenfalls wird es letztlich keinen Unterschied machen, was ich später noch darlegen werde. Momentan zeigt sich jedenfalls eine Verbrüderung zwischen dem verhaßten Putin-Rußland und China. Zum anderen hat China bereits Anfang 2022, man höre und staune, wie nie zuvor in der Geschichte, überall auf der Welt wichtigste Ressourcen für sich zusammen gehamstert. Zum Beispiel 69 % aller weltweiten Getreide-Reserven, dann Rohstoffe in Unmengen, vom Holz bis zu seltenen Erden, Lebensmittel ohne Maß. Man könnte nur so aufzählen.

Rußland hätte nämlich längst Lenkungs-Zentrum der heimlich regierenden Hochfinanz für Europa werden sollen, was aber zu zunehmend mächtigen Problemen geführt hat. Nun ist es so, daß die globale Hochfinanz eben keine mittelalterlichen Zustände mehr toleriert. Sie will alle Macht und alle Reichtümer für sich allein und merzt alle Aussteiger und selbstherrlichen Rivalen einfach aus.

Wir erinnern uns: Eine Phase des zinsfrei fließenden Geldes gab es da im Mittelalter. Die hat zu einer derart gleichmäßigen Verteilung des Reichtums geführt, bis es zwischen den arbeitenden Schichten und dem Adel kaum mehr Vermögensunterschiede gegeben hat. Etwa Mitte des 15. Jahrhunderts kollabierte dieses System endgültig, so daß das im Mittelalter inaktive Zinsgeldsystem nach der Art des alten Rom erneut aktiviert wurde.

Es setzte wieder eine jahrhundertelange laufende Vermögensumverteilung von den Arbeitenden zu den Geldverleihern ein. Die automatische Umverteilung über das Zins-Geld führte dann 1694 zur Gründung der Bank von England und damit zur sichtbaren Ausbildung einer neuen globalen Hochfinanz nach dem Muster des alten Roms. Die Gründer der privaten Bank of England übernahmen die Macht über England und das Commonwealth, sprich das ihnen hörige Staaten-Bündnis.

Von diesem Zeitpunkt bis zum Zweiten Weltkrieg war England das globale Lenkungs-Zentrum der globalen Hochfinanz. Am wirtschaftlichen Niedergang Englands nach dem Zweiten Weltkrieg kann man jetzt erkennen, wie rasch ein Land aus dem Spiel ist, wenn die Hochfinanz es nicht mehr als globales Lenkungs-Zentrum verwenden kann oder will.

Genau dieses Schicksal blüht jetzt auch wieder den USA, weil das globale Lenkungs-Zentrum nach China verlagert wurde. In den 1780er Jahren gelang es der Hochfinanz, ihr finsteres

Netzwerk aus Geheimgesellschaften, Geheimdiensten, Teufelsanbetern und organisierter Kriminalität zu einem globalen Tiefenstaat auszubauen, über den sie seither die Menschheit kontrolliert und steuert. Das ist Fakt. Sie gewann im Laufe des 18. Jahrhunderts die Kontrolle über nahezu alle europäischen Staaten, was in der Zeit des Kolonialismus gleichbedeutend war mit der Kontrolle über die ganze Welt. Ihr fehlte damals nur noch die Kontrolle über Rußland.

Wie schon erwähnt, sollte Rußland, das die Hochfinanz bereits in der russischen Revolution unterwandert hatte, zu einem eurasischen Sowjetreich ausgebaut werden. Doch, wie wir täglich sehen können, ist da einiges schiefgelaufen - denn ihre freimaurerische Marionette Wladimir Putin hat sich nicht so loyal gezeigt wie gedacht. Längst hat er sich von der Leine losgemacht und will selber sagen, wo es langgeht. Vielleicht hat die ebenfalls freimaurerische US-Administration und ihr Pentagon den Putin mit dem 9/11-Akt erst so richtig auf den Geschmack gebracht.

Mit China hingegen schien der Plan der Untergrund-Hochfinanz bis vor kurzem noch reibungslos aufzugehen. Nicht umsonst haben die Massenmedien, die sich ja allesamt unter dem Diktat dieser Hochfinanz befinden, China zunehmend als großes soziales Vorbild hochgehjubelt. Warum aber sollte eine Hochfinanz-Elite eine kommunistische Diktatur hochjubeln lassen?

Wir müssen dringend verstehen lernen, daß die Hochfinanz ihre Weltdiktatur auf dem Weg der Dialektik zwischen Hochgrad-Kapitalismus und Kommunismus errichtet. Dialektik meint die Taktik, daß man immer zwei Schritte vorwärts macht, dann "gleichsam kompromißbereit" wieder einen Schritt zurück. Das ist aber nur ein Trick. Der Unterschied zwischen Hochfinanz-Kapitalismus und Kommunismus ist: Es gibt keinen! Denn der Kapitalismus ist lediglich der Anfang und der Kommunismus das Ziel ein und desselben Angreifers, das müssen wir endlich verstehen lernen.

Der Kapitalismus wird dazu verwendet, den Kommunismus voranzutreiben. Und der Kommunismus wird dazu verwendet, den Kapitalismus voranzutreiben - das Ziel dieser dialektischen Vorgehensweise aber ist eine kommunistische Weltdiktatur nach außen.

"Warum aber eine solche?", fragt jetzt jeder, der sich die Unschuld des Fragens bewahrt hat: Wie kann eine Hochfinanz am Kommunismus Gefallen finden - sind das denn nicht einander sich komplett ausschließende Gegensätze? Nein, sind sie eben gerade nicht, weil der Kapitalismus eine automatische Vermögens-Umverteilung von "Fleißig" zu "Superreich" enthält. Nicht zum Mittelstand, sondern zu "Superreich"!

Das ist der Punkt. - Der Kommunismus allerdings, wie wir ihn aus den verödeten Ostblockländern kennen, ist für eine Wohlstandsgesellschaft wie die unsere allerdings ein Greuel; darum müssen alle Wohlstands-Nationen vorab subtil ins Elend und Chaos gestürzt werden. Sonst geht das gar nicht mit dem Kommunismus.

Dies geschieht zum einen, wie in den vergangenen Jahrhunderten erlebt, systematisch dadurch, daß unmerklich immer mehr Volksvermögen in die Hände weniger Superreicher transferiert wird. Zum anderen kann man Elend auch durch gezielten Terrorismus und bewußt geschürte Krisen herbeiführen, wie wir das ständig erleben. Später noch etwas mehr dazu.

So jedenfalls haben diese Elite-Familien sukzessive die Macht über die Menschheit erlangt, weil wir ja alle von ihrem Geld abhängig sind. Und durch diese Abhängigkeit sind unzählige viele korrumpierbar und schlicht erpreßbar dadurch geworden. Mit anderen Worten transferiert der Hochfinanz-Kapitalismus durch die Vernichtung des Mittelstands-Kapitalismus alles Volksvermögen systematisch in die Hände weniger Superreicher. Und mit diesem Volksvermögen wird dann auch alle Macht vernichtet.

Der Kommunismus ist dabei sein bester Handlanger. Er führt in blindem Eifer getreu den Endzustand des Staats-Kapitalismus auf direktestem Weg herbei. Wie macht er das? Indem er

einer kleinen Elite alle Kontrolle über das Volksvermögen und somit die Macht über die gesamte Menschheit billig zuspießt.

Ihr Kommunisten alle - erkennt doch bitte, was ich hier sage, und durchschaut unbedingt dieses fiese Spiel! Ihr werdet letztlich genauso als rechtlose Sklaven dieser Hochfinanz enden wie der Rest der Welt, wenn wir jetzt nicht miteinander neue Wege begehen.

Glaubt es besser, niemand anders als genau diese Hochfinanz-Kapitalisten werden zuletzt euer Besitzer und euer ersehnter kommunistischer Staat sein. Sie haben euch Kommunisten jedenfalls längst genauso für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert wie etwa auch das ganze Christentum. Denn auch alle Falsch-Frommen mit ihren Kirchen und Gemeinden und natürlich auch alle Falsch-Religiösen führen den Endzustand des Hochfinanz-Kommunismus auf dem direktesten Weg herbei, und zwar durch ihre falsch verstandene entweder passive oder dann extremistische Grundhaltung.

Letztlich führen jedenfalls sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus in jenen Zielhafen, wo der einzelne Mensch nicht nur völlig besitzlos, sondern auch noch endgültig rechtlos und machtlos gemacht wird. Weil die Hochfinanz aber letztlich vor allem an der Macht über die Menschheit und nicht allein an ihrem Vermögen interessiert ist, dient der Kapitalismus bloß als Rüstzeug, der Kommunismus aber ist das eigentliche Ziel bzw. die kommunistische Welt-diktatur.

Für "noch immer" Zweifler hier noch ein Zitat des freimaurerischen Hochfinanz-Papstes Otto Kahn. Schon 1919 sagte er in einem Vortrag in Budapest wörtlich diesen Satz: "Ihr sagt, daß der Marxismus der bitterste Feind des Kapitalismus sei, welcher uns heilig ist. Aber sie sind nur gegenüberliegende Pole, die es uns erlauben, die Pol-Achse zu sein. Beide Pole haben in-dessen dasselbe Ziel: Die Erneuerung der Welt von oben her über die Kontrolle des Reich-tums, und von unten durch die Revolution."

Der Hochgrad-Freimaurer Blumenthal hat es 1929 im schwedischen Blatt "Judisk Tidskrift" Schrift Nr. 57 noch unmißverständlicher auf den Punkt gebracht: "Erst kürzlich hat unsere Rasse der Welt einen neuen Propheten geschenkt. Aber dieser hat zwei Gesichter und trägt zwei Namen: auf der einen Seite lautet sein Name Rothschild, auf der anderen Karl Marx." Gut verstanden? Hochgrad-Freimaurer und Financier!

Solange also diese globale Hochfinanz fungiert, ist es egal, wie sich die Menschheit ent-wickelt - ganz einerlei was passiert - die Eliten werden immer versuchen, eine kommunistische Welt-diktatur einzuführen, und zwar selbst dann noch, wenn der sogenannte Tiefe Staat nicht mehr existieren sollte. Marxismus, Kommunismus und ihr Abkömmling Sozialismus verkör- pern also nichts anderes als Staats-Kapitalismus und Herrschaft durch eine privilegierte Min- derheit, die eine despotische und totale Kontrolle über die Menschheit anstrebt und ihr nicht bloß jedes Recht, sondern auch jeden Besitz wegnehmen will.

Man sieht kurzerhand überall, wie Kapitalismus und Kommunismus reibungslos einander zu- dienen. Wir müssen es nur erkennen lernen. Darum finden wir ja auch von China bis Rußland und Europa immer wieder dasselbe Phänomen vor: Überall tummeln sich Multimilliardäre und überall herrscht quasi ein allmächtiger Staat.

Wir, im deutschsprachigen Raum, wir sind ebenso wie Rußland und China auf dem besten Weg, ebenfalls nur noch mächtige Konzerne und eine in Brüssel zentralisierte Macht über uns zu bekommen, so daß der Einzelne noch endgültig ohne jedes Mitspracherecht und ohne jede Macht und - vor allem - ohne jedes Recht dasteht. Kapitalismus und Kommunismus bilden kurz gesagt ein Top-Team, das auch bei uns in Europa mächtig gefördert wird. Dasselbe ge- schieht auch in den USA, wo die Macht ebenfalls bei den Multimilliardären und zentral in Washington liegt. Immer gehen Kapitalismus und Kommunismus harmonisch einher und der Einzelne wird dabei immer machtloser. Das ist der Punkt: Das Ganze ist nur ein Spiel!

In unseren Tagen, das können wir jetzt mit eigenen Augen beobachten, steuern wir jedenfalls

bereits schnurgerade auf eine kommunistische Weltdiktatur zu.

Die freimaurerische Hochfinanz kontrolliert also nicht erst seit dem Ersten Weltkrieg ausnahmslos alle nationalen Regierungen, ebenso alle wesentlichen Massenmedien dieser Welt. Darum liegt leider in allen wesentlichen Dingen ein Zwang vor, ihren Willen auszuführen, so daß positive Entwicklungen zugunsten der Menschheit kaum mehr möglich sind. Die freie Menschheit wird durch diese heimliche globale Hochfinanz also in jeder Hinsicht arg bedrängt und unterdrückt. Und dies, obgleich Letztere lediglich aus einer überschaubaren Anzahl von Billionärs-Familien besteht.

Doch diese kontrollieren seit 1913, sprich seit der Gründung ihres privaten Federal Reservesystems, kurz FED genannt, das gesamte Geldsystem dieser Erde. Es ist ihnen leider gelungen, uns alle in eine totale Abhängigkeit von ihrem Geld mit irrem Zins - und Zinseszinsystem - zu verführen. Diese Geheimelite wird gerade darum auch globaler Tiefer Staat genannt.

Es geht also wie erwähnt, um ein Netzwerk von Geheimgesellschaften, deren oberste Köpfe ausnahmslos Teufels-Verehrer sind. Diese sind schon seit weit über 200 Jahren mit Geheimdiensten und der organisierten Kriminalität usw. vernetzt. Man denke nur einmal an deren Opiumkrieg, der nur gleichsam das 1. Glied der Kette eines gezielt inszenierten Chaos-Managements zur Übernahme Chinas war und später dann Afghanistan bis hinein in unsere Regionen. Sie kontrollieren jedenfalls zunehmend alle Regierungen, Informations-Medien, Rechtssysteme, Bildungsinstitutionen, Wissenschaften und dergleichen. Sie kontrollieren, auf den Punkt gebracht, einfach die gesamte Menschheit aus dem Verborgenen heraus.

Dies vermögen sie, weil es ihnen gelungen ist, unsere Staatssysteme an allen wesentlichen Schaltstellen wirklich geschickt zu unterwandern. Und über jeden geänderten Bereich, wo es ihnen gelungen ist, die globale Totalherrschaft zu übernehmen, machen sie es wie die alten Piraten. Hatten diese nämlich ein Schiff gekapert, hißten sie ihre Flagge mit dem Totenkopf und den gekreuzten Knochen darauf. Die Flaggen aber, der global herrschenden Eliten hingegen, sind wesentlich unauffälliger und einladender.

Sehen wir uns doch gleich einmal ein paar ... Flaggen dieser Menschen an. Sie alle signalisieren nämlich die absolute Oberhand. Es gibt sie sowohl als Hoheitszeichen über Land, über Luft, über Wasser und einigen mehr, wie wir gleich sehen werden. Und wir haben dabei noch nicht einmal gemerkt, daß es sich im Grunde genommen immer um ein und denselben Club handelt um ihre Ober-Hoheitszeichen.

Im Zentrum steht immer der Lorbeerkranz. Er gilt schon seit der Antike als Attribut des Siegers, auch als Glücksbringer und als Machtsymbol. Der Kranz aus Lorbeerblättern konnte die Trophäe im Sport sein deshalb, aber auch die römischen Kaiser trugen ihn. In der antiken Mythologie trägt der Gott Apollo einen Lorbeerkranz.

Dort symbolisiert er die Oberhoheit über die Himmel.

Apollo 11

Apollo symbolisiert an dieser Stelle die Hoheit über den Weltraum

Das ist ihr Club. Und so, wie im alten Rom ein Lorbeerkranz als heilig galt, und daher weder geschändet noch verbrannt werden durfte, so gilt jede globale Hoheits-Organisation der Eliten für sie selber als gleichsam heilig und unantastbar!

Weltgesundheitsorganisation

Seht Ihr den Kranz dort? Eine Freimaurer-Organisation! Hoheit über die gesamte Gesundheit der Menschen.

Ja, und mit diesem Unantastbarkeits-Gebot sind wir insbesondere während der Covid-19-Plandemie wirklich zusammengeprallt. Und gerade in diesen unseren Tagen aufs Neue prallen wir zusammen, weil die WHO ja gerade in geheimen Absprachen ... geheim wie immer, oder ... Geheimbund, weltweit verbindliche neue Gesetze ausgearbeitet hat, die der WHO die Oberhoheit über das gesamte Gesundheitswesen, also gleichsam die verborgene Weltherr-

schaft, zuspitzen sollen.

Anstatt daß man diese Menschen, genau diese, die jetzt eine ganze Welt geschädigt haben, hinter Schloß und Riegel bringt, planen sie schon wieder im Geheimen einen nächsten Weltherrschafts-Feldzug.

Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Genau das ist doch schon seit Jahrhunderten das erklärte Ziel der Hochgradfreimaurerei, darum stehen ja auch hinter fast allen Lorbeer-Logos freimaurerische Gründungen, freimaurerische Organisationen und Vereine. Um hier nur einmal paar weitere davon zu zeigen:

die Vereinten Nationen mit all ihren Unterorganisationen ...

Weltorganisation für Meteorologie (Sonderorganisation der Vereinten Nationen)

Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

alles derselbe Verein

Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Internationale Arbeitsorganisation (Sonderorganisation der Vereinten Nationen)

alles derselbe Club, versteht Ihr?!

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (Sonderorganisation der Vereinten Nationen)

ein Club ...

Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids

Wir haben den ganzen HIV/Aids-Schwindel mit AZK genug aufgedeckt!

Internationale Seeschiffahrts-Organisation

Ein und derselbe Club!

Willst du einmal etwas genauer wissen, was sich da zum Beispiel beim Nordpol abspielt, was sich da ständig tut, und charterst ein Schiff und fährst dorthin, dann wirst du frühzeitig von Schiffen der See-Oberhoheit mit genau diesem Zeichen, diesem Lorbeerkranz, abgefangen und zur Umkehr gezwungen. Gehorcht du dann nicht, wirst du massiv bedroht.

Charterst du statt dessen ein kleines Flugzeug, z.B. eine Cessna und fliegst Richtung Nordpol, dann fangen dich die Düsenjäger der internationalen Luft-Oberhoheit mit diesem Zeichen ab. Sie werden sich zu deiner Rechten und deiner Linken flankieren und über Funk zur sofortigen Umkehr auffordern. Gehorcht du dann nicht, werden sie dich abschießen ...klipp und klar. Warum das am Nordpol? Versteht ihr, hier versteckt sich sehr vieles! Was dieser allgegenwärtige Lorbeerkranz bedeutet, kannst Du nur erahnen, wenn Du es manchmal im Zusammenhang betrachtest.

Internationale Zivilluftfahrtorganisation

Dasselbe Zeichen!

Nord-Polnischer Kampftrupp

Dasselbe blüht dir wiederum, wenn du dich im Nord-Polnischen Hoheitsgebiet nicht korrekt verhältst.

Internationale Atomenergie-Organisation

Beachte den Kranz und denke an den Klimaschwindel!

Seht ihr, und so könnte man noch viele weitere freimaurerische Organisationen und ihre Unterorganisationen aufzählen. Wir kämen dabei noch nicht einmal um die NASA mit all ihren freimaurerischen Astronauten herum (www.kla.tv/8628 "Werden wir an der NASA herumgeführt?").

Ganz zu schweigen von der neuen freimaurerischen Klima-Religion mit ihren Falschpropheten, mit ihren Hohepriestern, die die Völker pausenlos mit kausalen Klima-Lügen schrecken.

Der Blaue Engel - Jury Umweltzeichen

Internationaler Strafgerichtshof

Und wer denkt, zumindest der Internationale Strafgerichtshof hätte aus bloßem Zufall dasselbe Logo, der darf gerne auch wieder an den Weihnachtsmann glauben. Oder als Christ an das 1948 gegründete Israel, als sei es von Gott und nicht von der Hochgrad-Freimaurerei wieder errichtet worden.

Universitäts-Logo-Vorlage

Schaut Euch das Universitätslogo als Vorlage an. Überall findest Du diesen Kranz! "Universität" sagt ja schon alles. Das ist der eine Club, der alles unterwandert hat. Also wenn Du Zweifel hast, daß geschickt alles unterwandert wurde: Hier hast Du Belege.

Nächste Welle - Tattoos

Bis hin zu den ständig hochgejubelten Universitäten und der globalen Tätowierungs-Sucht wurzelt alles in ein und demselben freimaurerischen Sumpf. Darum siehst Du hier so einen Typus: "Nächste Welle - Tattoos"

Gar manches wurde in dieser Art bewußt offen versteckt, wie es bei den Hochgrad-Freimaurern schon seit Jahrhunderten zynischer Brauch und Sitte ist.

Man sieht am gegenwärtigen Zustand unserer Zeit, daß die globale Hochfinanz quasi einen Schritt vor dem Ziel der Errichtung ihrer kommunistischen Weltdiktatur steht.

Sie hat gegenwärtig aber noch mit zwei besonders hartnäckigen Problemen zu kämpfen. Wie schon erwähnt will die freimaurerisch abgespaltene US-Elite ihren Status als globaler Parasit aufrechterhalten und die Verlagerung des globalen Lenkungs-Zentrums der Kabale nach China vereiteln, was den Umformatierungsplan der globalen Hochfinanz natürlich empfindlich verzögert.

Und zweitens durchschaut die Bevölkerung im Westen zunehmend die Ziele der Errichtung dieser Hochfinanz-Kommunistischen-Weltdiktatur, sprich des Tiefen Staates, und wird durch die sichtbar werdende Bloßstellung und Entmachtung der US-Elite immer wacher in Bezug auf ihre eigene Entmachtung. Immer mehr Menschen suchen daher Rettung in konservativ patriotischen Bewegungen.

Doch jeder gehabte Patriotismus kommt hier zu spät. Denn gerade seinetwegen werden ja die westlichen Völker und Staaten schon seit Jahrzehnten durch systematische Massenmigrationen geschwächt und zerstört. Wann immer die Hochfinanz mit ihren Leitmedien den Patriotismus hochjubelt, dann geschieht es, wie einst bei Adolf Hitler oder gegenwärtig wieder bei Selenskyj und Putin, um ihre freimaurerisch geschürten Aufstände, Krisen und blutigen Kriege hinterher wieder dem Patriotismus oder dem Nationalismus in die Schuhe schieben zu können.

Versteht Ihr den Trick? So baut man Nationalitäten ab. Jeder echte Patriotismus ist dem Hochfinanz-Kommunismus ein Dorn im Auge, weil er die potentielle Kraft zur Überwindung des Hochfinanz-Kommunismus besitzt - aber nur, wenn man zusammensteht. Vor unseren Augen ringt daher auch der subtile Überfremdungs-Plan von Earnest Hooton jeden Ansatz von echtem Patriotismus nieder. Der Hooton-Plan verhindert schon seit den sechziger Jahren systematisch jede patriotische Rückbesinnung. Schon im Ansatz läßt er jeden echten Patriotismus zerbrechen.

Unter dem Slogan "es nützt unserer Wirtschaft" wurden daher gezielt und systematisch Gastarbeiter in unsere Länder geschleust. Zuerst nur befreundete "Nachbarn", z.B. Gastarbeiter aus Italien, dann aus der Türkei, dann immer mehr Gastarbeiter aus aller Herren Länder und schließlich das geplante totale Chaos durch Asyl-Anstürme über das Mittelmeer.

Die Massenmigration hat sich so zunehmend als marxistische Kriegslist gegen uns entpuppt, um die kommunistische Weltdiktatur zu erzwingen. Ordnung aus dem Chaos war schon immer die Losung der geheimen Weltherrschafts-Eliten. Das totale Chaos in jeder Hinsicht ist ihr Errichtungs-Prinzip. Unserer Generation gegenüber, angefangen bei den Hippies der 68er-Bewegung, mit dem gezielten Einschleusen von Drogen, Sex, Alkohol - über den totalen Ni-

hilismus - bis hin zum, durch die Plandemie-Lockdowns avisierten, totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Mittelstandes. Ja der totale Niedergang aller noch nicht kommunistischen Völker ist die nötige Voraussetzung der geheimen Hochfinanz, um ihre Weltherrschaft durchzusetzen.

Aus keinem zweiten Grund stehen wir nun in einer Welt, in der es zunehmend Probleme gibt und immer weniger Menschen noch Hilfe finden, nachdem sie gezielt in ausweglose Probleme gestürzt wurden.

Ich fasse alles Gesagte zusammen und lande mit einem meines Erachtens gangbaren Ausweg aus dieser Weltkrise:

Keine Regierung dieser Welt ist wirklich autark, Hochfinanz-unabhängig. Auch jene Regierungen nicht, die ihre Unabhängigkeit beibehalten oder wiederherstellen möchten - sie werden militärisch plattgemacht.

Auch China und Rußland wurden von der globalen Hochfinanz strategisch aufgebaut und in die Schuldenfalle gelockt, wie alle übrigen Länder der Welt.

Der gesamte Kommunismus ist eine global-strategische Einrichtung derselben Hochfinanz zur Beseitigung jedes ihn rivalisierenden Mittelstandes.

Der zentrale Schwachpunkt des globalen, mittlerweile digitalen Finanzkomplexes liegt in der nötigen Fremdverwaltung. So wie auch die Amerikaner in allen ihren besetzten Gebieten auf US-hörige Marionettenregierungen angewiesen sind, so ist es auch die Hochfinanz. In dieser Fremdverwaltung liegt die Achilles-Ferse, die verwundbare Stelle aller unterwandernden Mächte.

Nachdem die globale Hochfinanz auch in Rußland und China ... rentable Massen-Gefängnisse, sprich Arbeitslager für Gratisarbeiter aufgebaut hatten, und über diese letztlich der ganze Weltmarkt technisch revolutioniert werden konnte, gibt es nun kein Zurück mehr.

Doch einige der wichtigsten Marionetten der Vasallen-Staaten, die durch die globale Hochfinanz strategisch aufgebaut wurden, sind mittlerweile selber "auf den Geschmack gekommen". Wie es bei Räuberbanden schon immer Sitte und Brauch war, sich letztlich gegenseitig zu töten, wenn es um die Verteilung der ganz großen Beute ging, so auch heute wieder.

Für uns, die hingegangenen Völker, ist dies allerdings keine gute Nachricht. Denn ganz einerlei, ob nun die globale Hochfinanz mit ihren Militärs oder ihre desertierenden Vasallen den Endkampf um die billigen Arbeitsvölker gewinnen - alle Völker dieser Erde werden so oder so total überwacht in den vorgesehenen Umerziehungs- und Arbeitslagern enden, wenn wir nicht gewinnen, wenn wir nicht zusammenstehen und etwas dagegen tun.

Und keine dieser Parteien wird davon ablassen, weil dieses Konzept das einträglichste für alle Plünderer-Parteien ist. Betet, wenn ihr beten könnt, daß all diese Geheimbund-Mafiosi sich eigenhändig gegenseitig den Garaus machen und es ihnen nicht mehr länger gelingt, unschuldige Völker für ihre Aufstände und Kriege zu mißbrauchen und zu opfern. Hört euch zu diesem Thema bitte wiederholt den 2. und vor allem den 3. Teil meiner Rede vom Freundestreffen 2023 ([https://www.kla.tv/Freundestreffen 2023/26191](https://www.kla.tv/Freundestreffen%202023/26191)).

Es gibt nur einen einzigen Ausweg für die Völker: Sie müssen zu dem werden, das man ihnen nun über Jahrhunderte hinweg vorgetäuscht hat - sie müssen sich gemeinsam sowohl gegen die listige globale Hochfinanz als auch gegen deren abtrünnig gewordenen Kommunismus zur Wehr setzen.

Doch nicht die kindische oder bestenfalls pubertäre Form wie etwa die Schweizer-Demokratie wird uns aus der Patsche helfen, weil diese schlechthin auf menschlichen Egoismen und daher ewigem Kräftefragen von Egos basieren.

Was diese Welt braucht ist der Zusammenschluß aller zu Sklaven verurteilten Völker unter jenes wirksame Gesetz des Geistes des Lebens, des Friedens und der himmlisch navigierenden Kraft, das selbst die "ungebildete Tierwelt" zu navigieren versteht.

Wer hier einwendet, daß eine solche Navigation bei Menschen unmöglich sei, den verweise ich gelassen auf die Geschichte der OCG, deren Organe aus tausenden verschiedensten Hintergründen harmonisch seit Jahrzehnten wie 1 Mann zusammenwirken - und auf diesem synergischen Weg die neue Welt aufbaut - und zwar hochmotiviert ehrenamtlich. Das Resultat seht ihr nicht nur in den zig tausenden unentgeltlichen Sendungen von Kla.TV oder in den hunderttausenden Artikeln der unentgeltlichen S&G.

Ihr findet dieselben Resultate auch in allen Produkten unseres Elaion-Verlages, in Form von Dutzenden unentgeltlicher Bücher, Fachliteratur zum eben benannten Thema. Zum selben Fachthema der weltweit ontischen Navigationskraft in etwa 2000 unentgeltlichen Vorträgen auf CD oder in großen Spielfilmen, Oratorien usw. usf. All diese Produkte schufen wir ehrenamtlich, trotz wütenden Fronten der globalen Hochfinanz und dem aggressiven Kommunismus, zwischen denen wir seit Jahrzehnten eingeklemmt sind.

Aber auch trotz jahrzehntelangem Widerstand durch sämtliche ausbeuterische Kartelle mit ihren Zwangsabgabe-Massenmedien usw. Wir sind als OCG zu einem internationalen lebendigen Organismus geworden auch trotz all den zehntausenden religiösen, politischen, wirtschaftlichen und allen sonstigen Spaltungen. Ihr seht also: Man kann es überwinden mit einem wirklich vom Himmel her wirkenden Kraftfeld, das für alle da ist. Nichts Religiöses - Kraft! Was soll ich noch alles aufzählen? Da gäbe es noch einiges mehr.

Doch nein, die OCG will nicht selber die neue oder alternative Weltherrscherin sein. Kein Ivo Sasek und keiner seiner tausenden ehrenamtlicher Mitwirker wird diese Welt regieren. Wohl aber das überall in der Luft wirkende Navigations-Prinzip, dem wir uns wieder anvertraut haben und dabei eine allumfängliche und unbeschreibliche Lebensqualität erlangen durften.

Die OCG bietet allen bedrohten Völker dieser Erde lediglich ihre Dienste unentgeltlich an, um unter ihnen jene wahre Demokratie aufzubauen, bei der kein Kräfte ringen um die 51 % mehr stattfindet, sondern in welcher der Normalzustand eine von innen her 100 %ige Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen des völkischen Zusammenlebens aus jedem Menschen frei ausfließen wird. Das ist das Produkt dieser Navigation von oben. ...

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

USA: Die internationale Online-Zeitung "Epoch Times" berichtet am 8. Juli 2023 (x1.318/...): >>Platz 1 im US-Kino: "Sound of Freedom" über Kinderhandel schlägt Hollywood-Produktionen

Von *Mimi Nguyen Ly*

Hollywood legte den Film auf Eis, bis sich Angel Studios an das brisante Thema heranwagte. "Sound of Freedom" scheint von großem Interesse zu sein, belegen aktuelle Zahlen. Epoch Times sprach mit dem Hauptdarsteller und dem wahren Helden.

Der neue Actionfilm "Sound of Freedom" über Kinderhandel ist der absolute Kassenschlager in den USA.

Mit rund 14,24 Millionen US-Dollar generierte "Sound of Freedom" von Angel Studios an seinem ersten Spieltag (4. Juli) mehr Einnahmen als seine Hollywood-Konkurrenten. Auf Platz 2 lag "Indiana Jones und die Schicksalswahl" (Kinostart 30. Juni) mit 11,70 Millionen US-Dollar und an dritter Stelle "Elemental" mit 2,80 Millionen US-Dollar. Das sind die Zahlen der Website "Box Office Mojo".

Mit 2,68 Millionen US-Dollar wurde "Sound of Freedom" über Crowdfunding vorfinanziert, so daß der Film bereits an seinem ersten Tag 11,56 Millionen Gewinn durch direkte Verkäufe an den Kinokassen einbrachte. Das Studio mit christlichem Hintergrund macht familienfreundliche Filme und hatte 2017 seinen ersten Durchbruch mit der Bibelserie "The Chosen", die das Leben von Jesus verfilmt, sowie erst kürzlich mit "His only Son", das die Bibelgeschichte von Isaak aus dem ersten Testament erzählt.

Ein Mann und Familienvater riskiert sein Leben, um Kinder zu retten

"Sound of Freedom" ist der erste Actionfilm dieses Studios. Er beleuchtet das schnell wachsende Geschäft des Kinderhandels in den Vereinigten Staaten und ist ein Film, der unter die Haut geht. Im Mittelpunkt steht die wahre Geschichte des Spezialagenten Tim Ballard, der seinen Job beim US-Heimatschutzministerium aufgibt, um Kinder vor dem Menschenhandel zu retten. Hollywood wollte das Thema nicht auf die Leinwand bringen.

Ballard ist selbst Familienvater und setzte mit dem Versuch, die Kinder zu retten, sein eigenes Leben und das seiner Familie aufs Spiel. Ballard hatte nach seiner Kündigung die Operation Underground Railroad gegründet, eine gemeinnützige Organisation, die mit Strafverfolgungsbehörden auf der ganzen Welt zusammenarbeitet. Er rettet noch heute Kinder vor Ausbeutung und hilft Überlebenden, ins Leben zurückzufinden.

In der Hauptrolle ist Jim Caviezel zu sehen, der vor allem durch seine Darstellung von Jesus Christus in "Die Passion Christi" im Jahr 2004 bekannt wurde. Caviezel hatte auf dem 4. Juli als Starttermin bestanden - dem Tag der Unabhängigkeit in den USA.

"Aus irgendeinem Grund war diese Sache mit dem 4. Juli wirklich wichtig", sagte Caviezel kürzlich in einem EpochTV-Interview in der Sendung "American Thought Leaders".

"Und das ist es wirklich: Können wir diesen Kindern an unserem Unabhängigkeitstag ihre Freiheit zurückgeben?"

Sowohl Caviezel als auch Ballard bestätigten in der Sendung "American Thought Leaders", daß der Film auf wahren Begebenheiten beruht. "Es ist eine wahre Geschichte, absolut", sagte Caviezel. "Jede Figur ist echt. Jeder Bösewicht ist echt."

"Am Ende des Films ... werden alle Guten, Bösen und Kinder gezeigt, und es wird gesagt, wo sie heute sind", sagte Ballard. "Wir wissen, wo sie sind. Das sind echte Kinder, jedes einzelne von ihnen. Einige von ihnen arbeiten für uns. Einige von ihnen haben schon als junge Erwachsene Menschen aus dem Menschenhandel gerettet."

Caviezel zufolge sei "Sound of Freedom" sein wichtigster Film seit "Die Passion Christi". "Es ist das Beste, was ich seit diesem Film gemacht habe. Von der Qualität her, von der Schauspielerei her, gibt es keinen einzigen Makel", sagte er.

"Sound of Freedom" wurde 2018 in Cartagena, Kolumbien, gedreht. Er wurde von 20th Century Fox produziert. Als Disney das Studio 2019 aufkaufte, beschloß Disney, den Film auf Eis zu legen. Angel Studios mit Sitz in Provo, Utah, übernahm den Film nach Verhandlungen und dem Sammeln von genügend Geldmitteln.

Caviezel sagt am Ende des Films, er glaube, daß "Sound of Freedom" das Äquivalent zu "Onkel Toms Hütte" des 21. Jahrhunderts sein könne. Der Film sei zwar vor fünf Jahren gedreht worden, wurde aber "erst jetzt veröffentlicht, da alle nur denkbaren Hindernisse in den Weg gelegt wurden".

Ballard bestätigte im Interview mit EpochTV, daß er vielen Anfeindungen ausgesetzt war. "Ich bin es leid, daß die Leute behaupten, daß es Menschenhandel nicht geben kann. In Wirklichkeit ist es die linke Bewegung, die das tut. Sie tun den Menschenhandel und die Pädophilie ab, weil sie Pädophilie normalisieren wollen", sagte der ehemalige Spezialagent.

Er bestand auf Caviezel in der Hauptrolle, obwohl er ihm nicht ähnlich sieht. Er wollte aber jemanden, der seinen Glauben an Gott teilt. Hollywood traut er nicht über den Weg. Das sei genau die Maschinerie, die Sexsucht begünstigt und so die Nachfrage erzeugt, die Kinderhandel fördert, sagte er.

Normalisierung von Pädophilie

"Es ist wahnsinnig, wie unsere Kinder frühsexualisiert werden und was an der Grenze mit dem Kinderhandel passiert. Es findet gerade ein spiritueller Krieg statt und die Kinder sind im Fadenkreuz", so Ballard weiter.

"Das hat es noch nie gegeben. Noch nie waren Kinder so eindeutig und unverhohlen das Ziel. Das halbe Land sagt: 'Juhu, wir werden die Kinder befreien.' Nein, ihr werdet sie im Namen

der Befreiung versklaven. Ich hoffe, daß dieser Film das Bewußtsein der Menschen für die Gefahr öffnet, in der sich unsere Kinder befinden."

Neal Harmon, CEO von Angel Studios, sagte in einer Erklärung: "Danke an alle Fans im ganzen Land. 'Sound of Freedom' hat den Platz 1 unter den Filmen am Unabhängigkeitstag verdient. Wir haben zahlreiche Nachrichten erhalten, die uns mitteilen, daß die Kinos entweder voll oder ausverkauft sind. Dieser Film hat nun ein Eigenleben entwickelt und ist zu etwas mehr als dem geworden, nämlich zu einer Graswurzelbewegung."

"Mit einer CinemaScore-Bewertung von A+ sind wir der am besten bewertete Film Amerikas und wir werden sehen, wie sich die Mundpropaganda bis zum Wochenende noch weiter verbreitet", fügte er hinzu.

"Die Welt muß 'Sound of Freedom' sehen, und wir wissen, daß unser größter Wettbewerbsvorteil - unsere unglaublichen Fans und Investoren - dafür sorgen werden, daß das passiert."

Dieser Artikel erschien im Original auf theepochtimes.com unter dem Titel: "Sound of Freedom Tops Box Office on Fourth of July Opening Day" (deutsche Bearbeitung nh)<<

09.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. Juli 2023:

>>Hersh blamiert den Mainstream

Von *Sven Eggers*

Seit Investigativ-Legende Seymour Hersh den angeblichen Putsch in Moskau in seiner Bedeutung relativierte, schweigen etablierte Medien. ...

Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh hat seine Kontakte zu Geheimdiensten spielen lassen und die herkömmliche Berichterstattung etablierter Medien ins Reich der Fabel verwiesen. ...

Seither meiden auch bundesdeutsche Staatsmedien das Thema.

Mainstream-Irrtümer

Dabei hatte die einstmals seriöse New York Times unlängst noch mächtig getrommelt und den Takt vorgegeben. Sie schlagzeilte: "Revolte wirft brennende Fragen auf: Könnte Putin die Macht verlieren?" Auch die Washington Post sah den russischen Präsidenten "in den Abgrund blicken".

BRD-Außenministerin Annalena Baerbock gab sich geradezu beseelt: "Wir sehen Risse in der russischen Propaganda." In der ARD wurde analysiert: "Die Schwäche Putins könnte für die Ukraine durchaus eine Chance sein." Die Neue Zürcher Zeitung ergänzte bedeutungsschwanger:

"Die Rebellion deckt Putins Schwäche auf - das wird den Niedergang Rußlands auf der internationalen Bühne beschleunigen."

US-Außenminister Antony Blinken kam ebenfalls mit derartigem Einheitsprech um die Ecke: "Vor sechzehn Monaten dachten die russischen Streitkräfte, sie würden die Ukraine als unabhängiges Land von der Landkarte tilgen. Jetzt mußten sie Rußlands Hauptstadt Moskau gegen Söldner verteidigen, die Putin selbst geschaffen hat. Das ist eine direkte Herausforderung an Putins Autorität. Diese zeigt echte Risse."

Hersh stoppt sie alle

Seymour Hersh aber grätschte der Elite dann dazwischen. Er betont vor allem, daß die Auseinandersetzungen mit der Wagner-Gruppe keine akute Bedrohung für Putin dargestellt hätten. Im Gegenteil: Putin sei sogar gestärkt aus den Turbulenzen hervorgegangen.

Der Konflikt war laut Hersh schon seit Jahresbeginn vorauszusehen gewesen und habe Moskau nicht wirklich überraschen können. Daß Rußland nach der Einnahme von Bachmut weniger auf Angriff, sondern eher auf Absicherung gesetzt habe, sei offenkundig gewesen.

Hersh geht zudem davon aus, daß die von der Wagner-Gruppe angezettelten Unruhen dem Westen zunächst gut in den Kram gepaßt hätten, um von der ukrainischen Offensive abzulenken, die zu einem großen Flop mißbraten sei.

Die Entscheidende und von Geheimdienstquellen gestützte Hersh-Erkenntnis lautet:
"Wir haben nie erfahren, daß Wagner vor drei Monaten von der Bachmut-Front abgezogen und zur Demobilisierung in eine verlassene Kaserne nördlich von Rostow am Don gebracht wurde. Die schwere Ausrüstung wurde größtenteils umverteilt, und die Truppe wurde auf etwa 8.000 Mann reduziert, von denen 2.000 in Begleitung der örtlichen Polizei nach Rostow gingen. Putin hat sich voll und ganz hinter die Armee gestellt, die es zugelassen hat, daß Prigo sich lächerlich gemacht hat und nun in der Versenkung verschwindet. Und das alles, ohne militärisch ins Schwitzen zu geraten oder Putin in eine politische Pattsituation mit den Fundamentalisten zu bringen, die glühende Verehrer Prigos waren. Ziemlich gewieft."

Und so hat Legende Hersh einmal mehr die gesamte etablierte Medienwelt entlarvt und blamiert. Dies war ihm zuletzt schon rund um die Nordstream-Anschläge vor knapp 300 Tagen gelungen. Während herkömmliche Medien im Dunkeln tappen oder einfach Storys aus der Propaganda-Abteilung des Weißen Hauses nachbeten, hat er die Täterschaft der USA und die Helfershelfer-Rolle Norwegens minutiös dargelegt.

Letztlich hat Hersh die Schuld der Biden-Regierung an der Nordstream-Sprengung quasi Alleingang ans Licht der Öffentlichkeit gebracht. Schon früher hatten seine preisgekrönten Reportagen weltweit für Aufsehen erregt und die Wahrheit enthüllt, etwa beim US-Massaker in My Lai und der US-Folterhöhle in Abu Ghraib. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Graichens Agora-Geldgeber finanzieren auch die Akteure hinter Lauterbachs Hitzeplänen**

Die Architekten von Lauterbachs Hitze-Kampagne werden aus denselben Quellen finanziert wie bereits das ThinkTank von Habecks Skandal-Staatssekretär Graichen. Laut Tichys Einblick finanzieren die Climate Foundation und Mercator Stiftung die ThinkTanks verantwortlich für den Heizhammer und mögliche Hitze-Lockdowns.

Sven Versteegen

Die Architekten der Hitzetod-Kampagne von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) werden von denselben Stiftungen finanziert wie bereits die Agora Energiewende, das Thinktank von Habecks ehemaligen Staatssekretärs Patrick Graichen, das berichtet Tichys Einblick. Die Climate Foundation und Mercator Stiftung gestalten finanzieren neben der Agora nämlich die Deutsche Allianz für Klimawandel und Gesundheit (KLUG), die Lauterbachs Hitzeaktionsplan vorantreibt.

Eingriffe wie während der Corona-Pandemie

KLUG und ihre zugehörigen Organisationen wie das Aktionsbündnis "Health for Future", die Planetary Health Academy und die Thinktank-Gruppe Center for Planetary Health Policy (CPHP) unterstützen den Ruf nach einem Hitzeaktionsplan, der Eingriffe in die Wirtschaft und persönliche Freiheiten, ähnlich wie während der Corona-Pandemie, vorsieht.

Martin Herrmann, Leiter von KLUG, wies kürzlich zusammen mit Gesundheitsminister Karl Lauterbach auf eine angebliche Zunahme der Hitzetodesfälle in Deutschland hin und veranstaltete einen Hitzeaktionstag.

Während der Präsentation eines nationalen Hitzeaktionsplans sagte Lauterbach: "Wir müssen feststellen, daß wir in Deutschland gegen den Hitzetod nicht gut aufgestellt sind." Man müsse sich auf zukünftige Hitzewellen vorbereiten. Der Hitzetod sei "lediglich die Spitze des Eisbergs". Damit äußert er sich im Einklang mit den Positionen von KLUG und der CPHP-Thinktank-Gruppe.

Die Thinktank-Gruppe verlangt eine "wegweisende Verfassungsänderung", um ein von der Ampel-Koalition geplantes "Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit" mit ausreichenden Befugnissen auszustatten und die Zuständigkeiten der Länder im Gesundheitsbereich zu umgehen.

Millionen für die Hitze-Aktivisten

Laut dem Bericht von Tichys Einblick hat die Mercator Stiftung die Hitzetod-Allianz KLUG seit 2019 mit etwa 2,7 Millionen Euro unterstützt oder zumindest diese Unterstützung in Aussicht gestellt - davon 1,44 Millionen Euro für die Thinktank-Gruppe CPHP alleine. Das Bundesumweltamt gewährte dem Verein im letzten Jahr im Rahmen der Verbandsförderung 50.000 Euro und vergab einen Vertrag mit einem Volumen von bis zu 115.000 Euro. Von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt erhielt die NGO zusätzliche Gelder.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 9. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Wegen "patriarchaler Assoziation"**

Erzbischof will "Vater Unser" canceln

Der Erzbischof von York hat in seiner Rede bei der Synode der anglikanischen Kirche das "Vater Unser" für "problematisch" erklärt. Aufgrund von "patriarchalen Assoziationen" sollte man die Verwendung überdenken.

Während eines Treffens der Generalsynode, dem Leitgremium der Church of England, erklärte der Erzbischof von York, Stephen Cottrell, die Wörter des "Vater Unser" für "problematisch". Der Grund dafür: "Patriarchalen Assoziation" und Mißbrauchsfälle durch "irdische Väter". Der Erzbischof von York ist der zweithöchste Repräsentant der anglikanischen Kirche.

Das Wort "Vater" sei problematisch

Im Neuen Testament hat Christus seinen zwölf Jüngern aufgetragen, das "Vater Unser" zu beten. Somit kommt das Gebet direkt vom Sohn Gottes. Cottrell kritisiert, daß Menschen, die mit ihren "irdischen Vater" Probleme hatten, sich durch das Gebet gestört fühlen könnten. "Ich weiß, daß das Wort 'Vater' für diejenigen problematisch ist, deren Erfahrung mit irdischen Vätern zerstörerisch und mißbräuchlich war und für alle von uns, die eher zu sehr unter dem unterdrückenden patriarchalen Einfluß im Leben gelitten haben."

Während der Generalsynode werden nicht nur Regeln für die Church of England beschlossen, sondern für den gesamten anglikanischen Glauben. Erst vor wenigen Monaten startete die anglikanische Kirche ein Projekt zu "geschlechtsspezifischer Sprache" in Gebeten und der Bibel. Unter anderem sollten die Pronomen er/ihn für Gott gestrichen werden. Auch an der Bezeichnung "Vater" störte man sich.

Auch Debatte um Regenbogen-Flagge

Innerhalb der anglikanischen Kirche stößt der Vorschlag jedoch auf Kritik. Der Vorwurf: Man folge dem kulturellen Mainstream, anstatt sich an die Worte Christi in der Bibel zu halten. Der konservative Pfarrer Dr. Chris Sugden positionierte sich öffentlich gegen Cottrell. Er fragte: "Sagt der Erzbischof von York, daß Jesus sich geirrt hat, oder daß Jesus nicht seelsorgerisch sensibel war?"

Der Konflikt zwischen traditionellen und woken Pfarrern kocht bereits seit Monaten hoch. Bereits im Januar dieses Jahres entstand ein Streit über die LGBTQ-Pride-Flagge auf dem Altar der St Nicholas Kirche in Leicester, einer der ältesten Kirchen in England. Gegenüber dem Telegraph erklärte Sam Margrave, Mitglied der Synode, im Januar: "Meine größte Sorge gilt der Art und Weise, wie unsere Kanzel und unser Altartisch von politischen Aktivisten mißbraucht wurden. Anstatt das Evangelium zu predigen, haben sie daraus eine Kirche des Aufwachens gemacht."

Diesen Monat wird die Synode darüber entscheiden, ob Kirchen die Regenbogen-Flagge hissen dürfen. Die Aussagen des Erzbischofs von York könnten ein erstes Anzeichen dafür sein, daß die anglikanische Kirche sich für Regenbogenflaggen und gegen das "Vater Unser" entscheidet.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26507" berichtet am 9. Juli 2023 (x1.319/...): >>**Vorreiter zur Rettung des Bargeldes - Schweizer Volksinitiative: "Ich zahle bar"**

Lange schon bereiten Zentralbanken auf der ganzen Welt die Digitalisierung des Bargeldes vor. Einerseits soll ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission gewährleisten, daß Bargeld auch in Zukunft angenommen wird, andererseits sieht derselbe Gesetzesvorschlag Ausnahmen vor, die es ermöglichen Euro-Bargeld abzulehnen. Wie nun die Schweiz genau solchen Ausnahmen einen Riegel verschieben möchte, sehen Sie in nachfolgender Sendung. ...

Das mit Abstand größte Problem erweist sich darin, daß eine digitale Währung gleichsam "auf Knopfdruck" kontrollierbar ist - was auch den entscheidenden Unterschied zu "herkömmlichem" Bargeld ausmacht.

Ein Gesetzesvorschlag der EU-Kommission vom 28. Juni 2023 soll gewährleisten, daß Bargeld im gesamten Euro-Währungsgebiet auch in Zukunft angenommen wird. Jedoch werden im selben Gesetzesvorschlag "legitime Gründe" genannt, die es ermöglichen, Euro-Bargeld abzulehnen. Zum Beispiel wenn ein Unternehmen zu dem betreffenden Zeitpunkt über kein Wechselgeld verfügt. Artikel 6 ermächtigt die Kommission, "zusätzliche Ausnahmen währungsrechtlicher Art" zu beschließen - was immer das heißen mag!

Ähnlich geschehen in der Slowakei: Mitte Juni 2023 wurde zwar das Recht, Waren und Dienstleistungen mit Bargeld zu bezahlen, in der Verfassung verankert. Jedoch verabschiedete das Parlament gleichzeitig auch einen Änderungsantrag, der Ladenbesitzern das Recht gibt, Barzahlungen aus "angemessenen oder allgemein gültigen Gründen" zu verweigern. Diese Änderung könnte bedeuten, daß das Recht auf Bargeld nun tatsächlich schwächer ist als zuvor.

Wie nun die Schweiz genau solchen Ausnahmen einen Riegel verschieben möchte, sehen Sie in nachfolgender Sendung.

Der Verein "Freiheitliche Bewegung Schweiz" hatte Mitte Februar 2023 die Volksinitiative "Bargeld ist Freiheit" erfolgreich eingereicht. Die Initiative verhindert bei einer Annahme die Abschaffung der Währung und des Bargeldes, indem der Bund sicherstellt, "daß Münzen oder Banknoten immer in genügender Menge zur Verfügung stehen."

Am 21. März wurde die zweite Volksinitiative für den Erhalt des Bargeldes gestartet. Der Name der Initiative lautet: "Wer mit Bargeld bezahlen will, muß mit Bargeld bezahlen können!" Kurz: "Ich zahle bar".

Mit der Initiative soll es zukünftig nicht mehr möglich sein, Menschen die bar bezahlen möchten - ob altersbedingt oder wie auch immer - auszugrenzen und somit zu diskriminieren. An allen öffentlichen Verkaufs- und Dienstleistungspunkten - wie zum Beispiel Billettautomaten an Bahnhöfen oder öffentlichen WC-Anlagen - muß zukünftig immer auch mit Bargeld bezahlt werden können.

Weiter soll mit der Initiative verboten werden, daß Bargeld mit einer Technologie versehen wird, die eine Ortung des Bargeldes oder die Identifikation der Eigentümerin oder des Eigentümers ermöglicht. Dadurch wird der massiven Gefahr der Totalüberwachung Einhalt geboten.

Hochrangige Bargeldexperten erachten die Schweiz als das einzige Land, welches als Leuchtturm für ganz Europa das Bargeld noch retten könne. Dies sagt Richard Koller, Präsident der "Freiheitlichen Bewegung Schweiz".

Weshalb das so ist, erklärt der deutsche Bargeldexperte Hansjörg Stützle wie folgt: "Den gesetzlichen Schutz des Bargeldes in Deutschland oder der EU zu verankern, ist extrem schwer. Selbst wenn in Deutschland das Bargeld im Grundgesetz verankert würde, was bereits einer Mammutaufgabe gleichkommt, hätte es keine rechtliche Relevanz. Denn das Hoheitsrecht der Währung Euro liegt nicht in den Händen von Deutschland, sondern in den Händen der Europäischen Zentralbank beziehungsweise der EU."

Durch das politische System in der Schweiz mit der direkten Demokratie, besteht die Möglichkeit, daß das Schweizer Stimmvolk die Verfassung ändern kann. Mit der neuen Bargeld-

Initiative kann genau dies erreicht werden. ...<<

10.07.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.326/...): >>Kein Einsatz von Streubomben!

Und wieder sollen Menschlichkeit und auch geltendes Recht für die richtige "Haltung" geopfert werden. Nachdem die USA angekündigt haben, die Ukraine mit Streubomben zu beliefern, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) deren Einsatz de facto seinen Segen erteilt.

Und das, obwohl ausgerechnet er als Außenminister vor 15 Jahren das Oslo-Abkommen unterzeichnet hatte, in dem diese Art von Waffen geächtet wird. Steinmeier findet nun aber, daß die Bundesregierung den USA "in der derzeitigen Situation nicht in den Arm fallen" könne. Doch! Denn genau dazu hat sie sich verpflichtet. In dem Vertrag erklären die Partner nämlich, auch Nicht-Unterzeichner vom Einsatz der gefährlichen Waffe abzuhalten.

Nicht nur, daß Streumunition als Flieger- oder Artilleriebomben großflächige und brutale Schäden verursacht, sie hat auch erhebliche Spätfolgen. Bis zu einem Drittel der Sprengsätze zündet nicht und bleibt im Boden des jeweiligen Kampfgebietes liegen, verletzt und tötet später die Zivilbevölkerung.

Der gesamten politischen "Elite" an der Spitze unseres Landes mangelt es nicht nur an Weitblick, sondern auch an Demut und Integrität. Sie alle fügen nicht nur ihren Ämtern und unserem Land Schaden zu, sie schaden mittlerweile auch den Bürgern in anderen Ländern. Wer Krieg will, liefert Waffen - wer Frieden will, schickt Diplomaten. Es wird Zeit, daß wir aufhören, Ampelpolitiker in unserem Namen sprechen zu lassen.

Deutschland braucht Neuwahlen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Juli 2023: >>Sellners "Regime Change": Buch des Jahres

Das rechte Buch zur rechten Zeit: Pünktlich zum AfD-Sommermärchen veröffentlicht Martin Sellner seinen Fundamentalessay "Regime Change von Rechts". Alle sollten es lesen, die unser Land retten wollen. Die Eroberung der Macht von Rechts ist möglich! Eine Rezension des Buches in Form eines Briefes an den Autor.

_ von *Manfred Kleine-Hartlage*

Hallo Martin, ich bin wirklich nicht leicht zu begeistern: Ich habe schon einige Bücher öffentlich gelobt, aber noch nie einem - außer vielleicht dem einen oder anderen Klassiker - bescheinigt, man "müsse" es gelesen haben.

Dein "Regime Change von rechts" ist eine notwendige Ausnahme, denn an diesem Werk wird in den nächsten zehn Jahren keiner mehr vorbeikommen, der über rechte Strategie schreibt, und das gilt für Freund und Feind.

Rechte Strategiedebatten haben ja häufig etwas Unbefriedigendes, weil man es mit Kontrahenten zu tun bekommt, die immer nur ihr eigenes Lieblingsthema im Blick haben und alles andere für entbehrlich halten.

Was mir an Deinem Buch gefällt, ist der umfassende Blick auf das Thema, die gründliche Verarbeitung der (nicht nur der rechten) Literatur zum Thema "Regime Change" und die Bereitschaft, anderen Flügeln zuzugestehen, was sie an Richtigem erkannt haben, ohne deshalb ihren Absolutheitsansprüchen nachzugeben.

Du deklinierst systematisch durch, in welchem Verhältnis unterschiedliche Aktionsfelder sinnvoll zueinander stehen können und müssen, wenn sie Synergieeffekte hervorbringen sollen, statt sich gegenseitig zu blockieren:

Deine Gliederung in Bewegung, Partei, Theoriebildung, Gegenöffentlichkeit und Gegenkultur, ihren jeweiligen Funktionen und wechselseitigen Abhängigkeiten, ist stimmig und überzeugend. Dasselbe gilt für die differenzierende Definition von Hauptziel, Leitstrategie, Strate-

gie und Taktik, die Analyse der Fließrichtung der Macht, bei der Du die zentrale Bedeutung der ideologischen Macht herausarbeitest, die Schichten des sanften Totalitarismus, das Phasenmodell der Reconquista. Griffige Begriffsschöpfungen, die den analytischen Aspekt perfekt mit dem polemischen verbinden - wie die "Meinungsklimaanlage" und die "Demokratiesimulation" - sind die Kirschen auf der Torte. ...

Dabei leistet Deine Theorie das, was eine gute Theorie leisten muß: Sie bringt komplexe Sachverhalte vereinfachend auf den Punkt, ohne sie zu verzerren. Sie ist einfach (und kurzweilig) genug, um von jedem verstanden zu werden, und zugleich komplex genug, um erfolgreiches koordiniertes Handeln zu ermöglichen. Man merkt jeder Zeile die Erfahrung des Aktivisten an, und diese Erfahrung geht nicht auf Kosten der theoretischen Durchdringung des Themas, sondern ist ihre Basis. Es ist ein Werk, daß den Vergleich mit Lenins Was tun? herausfordert - und besteht!

Wenn das Gros der oppositionellen Rechten sich auf den Boden Deiner Konzeption stellt - und alles andere wäre ja verrückt! -, dann kann niemand mehr ernstgenommen werden, der sich dieser Begrifflichkeit nicht bedient, selbst wenn er inhaltlich anderer Meinung ist. ... <<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Bundesgericht bestätigt Kündigung**

Schweiz: Lehrer verliert Job, weil er Trans-Schüler mit Mädchennamen anspricht

In der Schweiz wurde ein Gymnasiallehrer gekündigt, nachdem er ein Mädchen, das sich als Junge identifiziert, weiterhin mit ihrem Mädchennamen ansprach. Der Lehrer klagte gegen seine Kündigung - ohne Erfolg: Das Schweizer Bundesgericht urteilte zu Gunsten der Schule.

Jonas Aston

In der Schweizer Kantonschule Schaffhausen begann sich vor zwei Jahren ein Mädchen als Transjunge zu identifizieren.

In einer Mail an sämtliche Lehrkräfte erklärte sie, sie wolle künftig nicht mehr mit ihrem Mädchen- sondern einem neuen Jungennamen angesprochen werden.

Ein Geographielehrer sprach die Schülerin weiterhin mit ihrem Mädchennamen an. In der Pause erklärte er, daß es für eine Namensänderung keine gesetzliche Grundlage gebe. Diese Entscheidung sollte dem langjährigen Gymnasiallehrer seinen Job kosten. Schon eine Woche später durfte er die Klasse nicht mehr unterrichten und ein anderer Geographielehrer wurde eingesetzt. Zum neuen Schuljahr erhielt er wegen diesem "Vorfall" von der Schulleitung seine Kündigung.

Dabei gilt für öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnisse in der Schweiz ein hoher Kündigungsschutz. Für eine Entlassung bedarf es stichhaltiger Gründe. In seiner Entscheidung den Transjungen mit Mädchennamen anzusprechen berief sich der Lehrer zudem auf seinen christlichen Glauben. Die Religionsfreiheit ist in der Schweiz wie in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt.

Oberstes Schweizer Gericht bestätigt Kündigung

Der Mann ging daraufhin juristisch gegen die Kündigung vor. Der Gymnasiallehrer berief sich darauf, daß es keine rechtliche Grundlage gäbe, Schüler mit einem anderen als ihrem Geburtsnamen anzusprechen. Schlußendlich landete der Fall bis vor dem Schweizer Bundesgericht. Dieses entschied jedoch letztinstanzlich, daß die Kündigung rechtmäßig sei.

Der Rektor und die Prorektorin hätten mit dem Lehrer "das Gespräch gesucht". Die Schulleitung habe darauf gepocht, dem Wunsch der Schülerin zu entsprechen und diese künftig mit einem Jungennamen anzusprechen. Vorinstanzen als auch das Bundesgericht gaben in diesem Fall der Schulleitung recht und erklärten, daß der Wunsch der Schülerin zu respektieren sei.

Da der Gymnasiallehrer sich "zu keinem Zeitpunkt" einsichtig gezeigt hätte, die Schülerin bei ihrem neuen Wunschnamen zu nennen, sei die Kündigung rechtlich gedeckt. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Meinungsfreiheit und das Diskriminierungsverbot seinen

durch die Entlassung ausdrücklich nicht verletzt worden.

Im Alpenstaat wurde damit höchstgerichtlich bestätigt, daß Lehrer, welche transsexuelle Schüler mit ihrem Geburtsnamen ansprechen, unter Umständen mit der Entlassung rechnen müssen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.326/...): >>Erschreckend viele "Einzelfälle" innerhalb eines Wochenendes

Ein Somalier tötet einen Fahrgast in Dresden. In Gießen liefern sich Eritreer Straßenschlachten und verletzen Polizisten, eine Massenschlägerei gibt es auch in Kaiserslautern. In München wird eine Zehnjährige von einem Somalier belästigt und verfolgt, in Berlin und Görlitz sind jeweils Verletzte zu beklagen, als Migranten Abi-Feten stürmen. Quer durch Deutschland zieht sich eine Spur sogenannter Einzelfälle, die oben beschrieben sind dabei lediglich die, die medial aufgegriffen wurden. Und es nimmt kein Ende.

Während die Bundesregierung in die Sommerpause entschwunden ist, läßt sie das Land mit den von ihr verursachten Problemen allein.

Mehr als ein halbherziges Bedauern war der verantwortlichen Bundesinnenministerin Faeser hinsichtlich der verletzten Polizisten in Gießen nicht zu entlocken. Zu allen anderen traurigen "Einzelfällen" äußerte sie sich überhaupt nicht.

Deutschland braucht eine politische Kraft, die das Wohl der eigenen Bürger in den Vordergrund stellt. Eine politische Kraft, die nicht darüber hinweg sieht, daß die Migrationspolitik immer mehr Bürger gefährdet. Deutschland braucht Neuwahlen - und eine starke AfD.

Einen Überblick über sogenannte Einzelfälle finden Sie hier: www.einzelfallticker.de<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. Juli 2023: >>Baerbock ("Grüne"): Schwerer Stammel-Anfall bei OSZE-Konferenz in Wien

Bei einer Tagung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Wien haute Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") wieder kräftig auf die Klima-Pauke. Wälder haben demnach "gebrennt". Ein "Weltbrand" (sie meinte Waldbrand) habe dazu geführt, daß Menschen ums Leben gekommen seien.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.328/...): >>Die Auslöschung der Frau

Eine britische Gebärmutterhalskrebs-Stiftung plädiert für die Umbenennung des Wortes Vagina in "Bonus-Loch" oder "vorderes Loch". Eine Auslöschung der weiblichen Biologie, findet unsere Autorin. Die Organe, die unser aller Leben erschaffen haben, verdienen es, eigene Namen zu tragen.

Elisa David

Eine britische Organisation hat kürzlich eine große Debatte losgetreten - indem sie vorschlug, das Wort Vagina in "Bonus-Loch" oder "vorderes Loch" umzubenennen. Die Organisation "Jo's Cervical Cancer Trust", eine Stiftung, die sich auf Gebärmutterhalskrebs spezialisiert hat, will damit dafür sorgen, daß Transgendern Männer bei der Vorsorge besser erreicht werden können. Immerhin ist es nicht besonders männlich eine Vagina und Gebärmutter zu haben. Die Banalisierung dieses Begriffes soll dem Abhilfe schaffen.

Die Bezeichnung "Bonus-Loch" faßt gut zusammen, wie die ideologisierte Transgender-Bewegung Frauen auslöscht. Denn indem man die Vagina zu einem Bonus erklärt, muß man davon ausgehen, daß der Status Quo, der "normale" menschliche Körper das nicht hat. Und dann gibt es da noch Wesen, die haben ein Loch mehr - wie nennt man die nochmal? Ach ja, Frauen oder so. Es klingt, als wären Frauen entstellt, mit einem überflüssigen Loch ausgestattet, das nichts kann, außer Krebs kriegen.

Vom Anbetungsobjekt zum Abklatschmodell

Das wird der Kraft, die dieses "Bonus-Loch" in sich trägt, aber in keinem Fall gerecht. Der

weibliche Körper ist ein Wunder der Natur. Innerhalb von Monaten kann er ein neues Leben erschaffen. Er hat uns alle erschaffen. Die Schöpfungs-Kraft wurde über Millionen von Jahren in den unterschiedlichsten Religionen angebetet, es wurden Götter erfunden, weil man sich nicht erklären konnte, wie so etwas zustande kommen kann. Und jetzt sind wir Frauen nicht mehr, als das lästige Zwischenstadium zum Mannsein? Ein Abklatschmodell mit Zusatzfunktion? Ein Dasein, das so bemitleidenswert ist, daß man es sich kaum auszusprechen traut?

Der weibliche Körper blieb viel zu lange unerforscht. Ich will nicht zurück in eine Zeit, in der die Biologie der Frau etwas Schandhaftes ist. Es ist kaum zwei Generationen her, daß junge Mädchen bei ihrer ersten Periode dachten, daß sie sterbenskrank sind, weil niemand jemals mit ihnen darüber gesprochen hat.

Noch heute werden die Genitalien von Frauen verstümmelt, das "Bonus-Loch" zugenäht. Selbst wenn man nicht das Leben einer Frau leben will, so sollte man trotzdem Respekt vor dem weiblichen Körper haben. Wir haben es nicht verdient, entmenschlicht zu werden. Es ist keine Schande oder Bestrafung eine Vagina, eine Gebärmutter zu haben, eine biologische Frau zu sein.

Leugnung der Fakten - und der Lebensgeschichte

Und die Umbenennung wird auch kein Trost für diejenigen sein, die darunter leiden, als Frau geboren zu sein. Der männliche Körper hat genauso wenig ein "Bonus-Loch" wie eine Vagina. Die Tatsache ist doch, daß ein Trans-Mann eben nicht dasselbe ist, wie ein Mann. Das zu behaupten würde nicht nur wissenschaftliche Fakten leugnen, sondern auch die Lebensgeschichte der Betroffenen. Den ganzen Tag wird propagiert, daß Transgender zu sein, etwas ist, worauf man stolz sein soll. Es gibt einen eigenen Pride Month, der nur vom stolzen Ausleben seiner Geschlechtsumwandlung und der Toleranz handeln soll. Also warum kann man nicht aussprechen, daß Trans-Männer noch die Biologie einer Frau in sich tragen?

Soll jeder seinen eigenen Körperteilen privat, die Namen geben, die er will. Doch in einem Medizinischen Kontext die korrekten Bezeichnungen von Organen auszulöschen, weil einige wenige sie als unangenehm ansehen könnten, erinnert an Zeiten in denen die Menschen dachten, wir hätten mehrere Gebärmütter, weil das ja bei Hasen so ist.

Ein fehlendes Verhältnis zum eigenen Körper

Das ganze ist ein empfindliches Thema - genau das sorgt dafür, daß solche Vorstöße ganz und gar nicht harmlos sind. Immerhin gab es in der Geschichte nie so wirklich eine Zeit, in der Frauen ein gesundes Verhältnis zu ihrem Körper hatten. Bis in die 50er war es noch etwas, worüber man nicht gesprochen hat. In den 70ern hat man wieder etwas zu viel darüber gesprochen.

Heutzutage haben wir eigentlich die optimalen Bedingungen, ein maßvolles Verhältnis zu unserem Körper aufzubauen. Immerhin sind wir gleichberechtigt, der weibliche Körper gilt nicht mehr als unrein. Die Medizin hat wahrgenommen, daß Krankheiten, die nur Frauen betreffen, wie Endometriose, bislang nicht angemessen erforscht sind.

Die Unterdrückung der Frau ist lange vorbei, zum ersten Mal in der Geschichte, können Frauen selbst definieren, was sie mit sich anfangen können. Es gibt keine gesellschaftlichen Zwänge mehr. Doch es scheint, als sei genau das nun ein Problem für viele Frauen. Sie können nicht ganz damit umgehen, daß es da wirklich kein Patriarchat geben soll, gegen das sie ankämpfen müssen und können. Plötzlich ist da ein Vakuum entstanden.

Während vor kurzem noch Frauen mit Pussy-Mützen gegen Donald Trump demonstriert haben, schaffen sie auf der anderen Seite das Wort Vagina ab. Einerseits kann man sich Jutebeutel mit Gebärmutter-Muster kaufen, auf der anderen Seite soll die Frauentoilette abgeschafft werden. Das Malen der eigenen Vulva ist Emanzipation, aber es soll auch weibliche Penisse geben.

Es ist, als wollten sie unterdrückt werden

Wir finden auch als Gesellschaft einfach keine Mitte. Entweder wird furchtbar vulgär mit Genitalien um sich geworfen oder sie löschen sie aus.

Während sie im Namen des Feminismus und der Progressivität Frauenrechte wieder abschaffen, feiern sie ihren Triumph über das Patriarchat. Daß sie dieses Patriarchat erst selbst erschaffen, ist egal. Hauptsache man hat wieder etwas, wogegen man kämpfen kann. Es ist, als wollten diese Frauen unterdrückt werden.

Das heißt aber nicht, daß alle anderen Frauen sich das gefallen lassen müssen. Ich bin stolz eine Frau zu sein. Ich bin stolz auf das, was mein Körper kann. Und ich brauche weder destruktiven Feminismus noch ein Patriarchat, um meinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Alle anderen werden also damit leben müssen, daß ich meinen weiblichen Körper auch als solchen benennen werde.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. Juli 2023: >>**KI: Eine schleichende Machtübernahme**

Von *Karel Meissner*

Egal, ob KI jemals selbstständig denken kann oder nicht - sie ist in jedem Falle eine Wunderwaffe für Machthaber. ...

Langsam wird es auch den Mainstream-Medien mulmig. Der aktuelle Spiegel vermutet sogar "das Ende der Wahrheit" sei gekommen: "Wenn Maschinen lügen lernen" lautet die Schlagzeile:

"Die Ex-Kanzlerin beim Baden, Kriegsreden von Präsidenten, Pop-Hits von Verstorbenen: Künstliche Intelligenz erschafft neue Realitäten. Was passiert, wenn wir sie nicht mehr von der echten Welt unterscheiden können?"

Zwar ließe sich einwenden, daß die Lügenpresse schon lange Schluß gemacht hat mit der Wahrheit. Aber: die KI kriegt es halt viel besser hin, ist geschickter als durchschnittliche Zombie-Journalisten.

"Kann man der KI vertrauen?"

- fragte zudem die Welt. Ein wenig naiv in Anbetracht der Schreckensszenarien, vor denen Futuristen wie Yuval N. Harari oder der Unternehmer Elon Musk seit Jahren warnen. Zur Beantwortung der Frage schauen das Journalisten-Trio der KI-Trainerin Alexandra Ebert über die Schulter. Die arbeitet für die Wiener Firma "Mostly AI".

Von Goldgräberstimmung berauscht, trainiert sie Computerprogramme, gigantische Datenmengen verschiedenster Bereiche miteinander zu kombinieren und auszuwerten. Derzeit kombiniert besagte Ebert Geburtstage, Einkommen und Arbeitsstunden von US-Bürgern mit Daten der letzten Volkszählung. Zweck dieser Sammelwut: Den Bürger transparenter zu machen.

Denn bei den Kunden von "Mostly KI" handelt es sich um Großbanken und Versicherungen. Die gieren nach solchen Informationen, um "Kreditrisiken oder Prämien für Policen zu berechnen." Daß die KI jemals die Herrschaft über die Erde übernimmt, hält Ebert für überzogen:

"Wir neigen dazu, eine Maschine für schlau zu halten, wenn sie sich menschenähnlich verhält".

Andererseits räumt sie ein - und ihr Unternehmen ist Beweis dafür - hat unsere "Zivilisation den Punkt erreicht, an dem Maschinen von Maschinen lernen." Mehr noch: Die KI kann Fragende bereits nachweislich täuschen... Aber egal. Ebert ist sich jedenfalls sicher: Selbstständig denkende Computer sind Hollywood, aber keine Realität.

Anders schätzt Unternehmer und Milliardär James Howard Goodnight die Lage ein. Der achtzigjährige KI-Veteran hält es für möglich, "daß die Menschheit eine allwissende KI erschafft. Eine Denkinstantz, die ihr helfen wird, ihre großen Probleme zu lösen. Umweltverschmutzung, Wassermangel, den steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln." Klar, die KI wird alles wertneu-

tral aufzeigen, ohne die Interessen ihrer Programmierer zu berücksichtigen.

Vergleicht man die Aussagen der "Mostly KI-Trainerin" (die die Gefahren der KI herunterspielt) oder von Goodnight (an die Problemlösungs-Kapazität glaubt) wird deutlich: Die Künstliche Intelligenz wäre in jedem Falle eine Wunderwaffe für Machthaber. Gegen die Bevölkerung. Man macht sie transparent, täuscht sie, verplant sie. Weshalb die globale Politik auch nichts unternimmt, um sie einzuschränken.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Neue unbekannte Impfnebenwirkung?**

Studie zeigt dramatischen Anstieg bei lebensbedrohlicher Hauterkrankung

Eine neue Studie berichtet von einer drastischen Zunahme einer seltenen und höchst gefährlichen Hauterkrankung während der Corona-Pandemie - und bringt sie mit der Covid-Impfung in Verbindung.

Larissa Fußer

Kann die Corona-Impfung überschießende Immunreaktionen und damit potentiell lebensbedrohliche Erkrankungen auslösen? Diese Frage stellen sich zunehmend Ärzte und Forscher auf der ganzen Welt. Erst am Samstag hat das Gesundheitsministerium von Peru den nationalen Gesundheitsnotstand wegen eines deutlichen Anstiegs des Guillain-Barré-Syndroms ausgerufen - einer seltenen Nervenkrankheit, die sich Ärzte mit einer überschießenden Immunreaktion auf Erreger oder Impfungen erklären und vermehrt nach Corona-Impfungen beobachtet wurde. Nun berichtet eine Studie von einer drastischen Zunahme einer seltenen Hauterkrankung während der Corona-Pandemie - und stellt auch hier einen möglichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung her.

Die Autoren berichten von einem siebenfachen Anstieg bei Fällen des sogenannten Stevens-Johnson-Syndroms in ihrer auf Verbrennungen spezialisierten Abteilung eines Krankenhauses in Sydney, Australien. Die Erkrankung bezeichnet eine seltene überschießende Immunreaktion, die zu einer flächigen Ablösung der Haut führt und infolge zu massivem Flüssigkeitsverlust, Lungenentzündungen und Blutvergiftungen führen kann.

Das Syndrom ist selten, aber gefürchtet, da es je nach Schwere der Erkrankung in zehn bis fünfzig Prozent der Fälle zum Tod führt. Meistens wird es durch eine Unverträglichkeit bestimmter Medikamente (unter anderem durch bestimmte Antibiotika) ausgelöst, es wurde aber - ähnlich wie beim Guillain-Barré-Syndrom - auch schon nach Impfungen und Infektionen beobachtet.

Vor der Corona-Pandemie habe es lediglich zwei bis vier Fälle der Erkrankung in ihrem Krankenhaus gegeben, berichten die Studienautoren. In 2022 seien dann aber allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 14 Fälle aufgetreten. Alle vierzehn Patienten waren gegen Covid-19 geimpft worden. Drei von ihnen hatten ihre letzte Impfung einen Monat vor Auftreten der Erkrankung erhalten. In fünf Fällen trat das Syndrom innerhalb eines Monats nach einer Corona-Infektion auf.

Den deutlichen Anstieg versuchen die Studienautoren mit drei möglichen Theorien zu erklären. Zum einen könnten die Bestandteile der Impfung direkt von Zellen des Immunsystems erkannt werden und so eine überschießende Immunreaktion über sogenannte zytotoxische T-Zellen auslösen. Dieser Mechanismus sei schon bei anderen Medikamenten beobachtet worden. Auch das Corona-Virus selbst könnte über diesen Triggermechanismus die Autoimmunreaktion verursachen.

Plötzliche Überempfindlichkeit bei Medikamenten durch Corona-Impfung?

Interessant ist insbesondere die dritte Theorie: Die Autoren halten es für möglich, daß die Corona-Impfung oder das Virus selbst das Immunsystem empfindlicher für bestimmte Medikamente machen könnten. Das heißt, daß durch den Kontakt mit der Impfung oder dem Virus die Schwelle herabgesetzt werden könnte, bei der bestimmte Medikamente das Stevens-

Johnson-Syndrom auslösen. Zu dieser Hypothese paßt, daß mehrere in der Studie beschriebene Patienten kurz vor Auftreten der Erkrankung Medikamente eingenommen hatten, die zwar als typische Auslöser des Stevens-Johnson-Syndroms bekannt sind, jedoch bisher von den Patienten gut vertragen worden waren.

Man kann sich das so vorstellen: Ein normales Immunsystem kann sehr gut zwischen potentiell gefährlichen Erregern und ungefährlichen körperfremden Partikeln (wie beispielsweise aus Medikamenten) unterscheiden - hier ist die Schwelle für die Auslösung einer Immunreaktion also hoch und nur wirklich schädliche Erreger lösen eine Immunantwort aus.

Wird diese Schwelle aber herabgesetzt, setzt der Körper eine Immunreaktion in Gang, obwohl die von Immunsystem erkannten Partikel überhaupt nicht gefährlich für den Organismus sind - infolge können sich die Abwehrmechanismen auch gegen körpereigene Zellen richten. Beim Stevens-Johnson-Syndrom werden beispielsweise von den Immunzellen vor allem eigentlich gesunde Hautzellen zerstört, wodurch die krankheitstypischen Hautablösungen entstehen.

Die Zunahme immunologischer Erkrankungen, bei denen ein Zusammenhang mit der Corona-Impfung vermutet wird, ist beunruhigend. Neben den genannten Guillain-Barré- und Stevens-Johnson-Syndromen wurde in Studien unter anderen auch von einem vermehrten Auftreten von Gürtelrose nach einer Corona-Impfung berichtet. Diese Erkrankung wird ebenfalls durch eine Fehlregulation des Immunsystems verursacht.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26510" berichtet am 10. Juli 2023 (x1.319/...): >>Nicht Polio – Gates ist die wahre Katastrophe

Bill Gates' weltweite Polio-Impfkampagnen sollen angeblich Kinderlähmung ausrotten. Tatsächlich jedoch wurden massivste Impfschäden nachgewiesen, denn die Impfungen verursachten selbst Kinderlähmung! Wie Gates es nach wie vor versteht, milliardenschwere Impfkampagnen auszuklügeln und wie Regierungen noch immer mitziehen, zeigt, daß es nicht um die Gesundheit von Kindern geht, sondern um Profit. ...

Am 12.12.2022 berichtete Kla.TV darüber, wie eine Krankheits-Katastrophenpropaganda immer eine Impfkampagne nach sich zieht (www.kla.tv/24442).

Einer, der es besonders ausgeklügelt versteht, milliardenschwere Impfkampagnen zu produzieren, ist Bill Gates.

Wir zeigen heute am Beispiel Polio auf, wie das geht.

Und - was besonders schwerwiegend ist - nicht von der Krankheit Polio selbst geht die größte Gefahr aus, sondern vielmehr von den verabreichten Polio-Impfungen!

2022 wurde dies mittels Poliokampagnen, beginnend in New York, bestätigt. Regierungen einiger Länder forderten vehement Polioimpfungen, besonders bei Kleinkindern, und dies aufgrund eines einzigen fragwürdigen Krankheitsfalls. Im März 2023, nicht lange nach Beginn der Impfkampagnen, meldeten Gesundheitsbeamte der Demokratischen Republik Kongo und Burundi Fälle, in denen Kinder durch einen Polio-Impfstoff gelähmt wurden. Dieser Impfstoff steht in direktem Zusammenhang mit dem neuen, von der Bill & Melinda Gates Foundation entwickelten Polio-Impfstoff nOPV2.

Nun ein Blick in die jüngere Vergangenheit:

Im April 2013 erklärte Bill Gates, daß die Ausrottung der Kinderlähmung für ihn "oberste Priorität" habe.

Und dies, obwohl es in dem Jahr weltweit "nur" 19 Fälle gegeben hatte!

Seitdem Gates diese "Verpflichtung" eingegangen ist, sind weltweit Milliarden von Dollar in diese Kampagne geflossen. Die Globale Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung erklärte, daß seit März 2021 in 28 Ländern 600 Millionen Dosen des neuen Impfstoffs verabreicht wurden und bekräftigte, daß der Impfstoff "sicher und wirksam" sei.

Im Jahr 2022 erkrankten 800 Kinder durch die Impfstoffe an Kinderlähmung.

In Afghanistan und Pakistan werden inzwischen mehr Fälle von Lähmungen durch Polioviren

aus Impfstoffen als durch das Wildvirus gemeldet, und in ganz Afrika gab es mehrere Ausbrüche von Impfpolio-Infektionen, bei denen allein im Jahr 2020 mehr als 1.000 Kinder gelähmt wurden.

Nicht Polio, sondern die Kampagnen, die Gates unermesslichen Reichtum einbringen, sind die wahre Katastrophe!<<

11.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. Juli 2023:

>>Umfrage-Mehrheit: Corona-Diktatur war angemessen

Von *Karel Meissner*

Sollte diese Statistik ein Propaganda-Fake sein, wäre das schlimm. Sollte sie authentisch sein, wäre es noch schlimmer: Das Meinungsforschungsinstitut INSA hat 2006 angeblich repräsentativ ausgewählte Personen befragt.

Horror: Mehrheit findet Corona-Diktatur weiterhin angemessen

Sollte diese Statistik ein Propaganda-Fake sein, wäre das schlimm. Sollte sie authentisch sein, wäre es noch schlimmer: Das Meinungsforschungsinstitut INSA hat 2006 angeblich repräsentativ ausgewählte Personen befragt: "Wie bewerten Sie rückblickend die von der Bundesregierung verordneten Corona-Maßnahmen insgesamt?"

Das Resultat läßt den Verdacht auf Stockholm-Syndrom (Identifikation mit dem Aggressor) aufkommen: 43 Prozent findet die Corona-Diktatur rückwirkend als eher angemessen", 14 Prozent sogar als "sehr angemessen".

Nur 19 Prozent finden sie "eher nicht angemessen" und weitere 19 Prozent "sehr nicht angemessen" (insgesamt 38 Prozent). Sollten diese Zahlen zutreffen, kann das Fazit nur lauten: Die Propaganda-Medien haben ganze Arbeit geleistet.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Juli 2023 (x1.328/...):

>>"Asozial" und "perviert": Habeck attackiert Gegner, weil sie für Freiheit sind

Habeck erklärt bei einem Bürgerdialog in Heidelberg die Welt - Wohlstand müsse neu und gerecht definiert werden. Und Gegner der grünen Ideologie? Hätten "asoziale Freiheitspositionen".

Max Roland

Habeck erklärt die Welt. Er liebt es, den Philosophen raushängen zu lassen - so wie beim Bürgerdialog in Heidelberg. Wobei das Wort "Dialog" eigentlich ein Etikettenschwindel ist: Natürlich spricht - predigt - vor allem Habeck. Das Publikum stellt ihm dazu passende, wohlgesonnene Fragen. Und Habeck kommt ins philosophieren. Darüber, was Begriffe wie "Freiheit", "Soziale Marktwirtschaft" und "Wohlstand" eigentlich bedeuten. Denn diese, so Habeck, könne man eigentlich beliebig umdefinieren.

Habeck nennt "Wohlstand", "Freiheit", "Verantwortung" und "Deutschland". Diese Begriffe dürfe man nicht einfach aufgeben und dem politischen Gegner überlassen - man müsse sie für sich selbst erobern, schlußfolgert der grüne Philosoph. Habeck bemüht dann "Wohlstand für alle" - das Motto des Wirtschaftswunders. Doch damit meint er etwas anderes als der Vater dieses Wunders, Ludwig Erhard.

Umverteilung statt Marktwirtschaft

"Das heißt jetzt nicht, daß alle Super-Millionäre werden müssen, aber es heißt, daß man den Wohlstand des Landes gerecht verteilt", sagt er. Zur sozialen Marktwirtschaft müsse nun auch eine ökologische Verteilung kommen. Man dürfe nicht "durch den Reichtum, den wir jetzt erwirtschaften, die Wohlstandschancen künftiger Generationen komplett ruinieren". Der Begriff "Wohlstand" müsse immer neu definiert und erstritten werden. Und schon sind wir beim "Wohlstand des Weniger", bei "Degrowth" und grüner Verzichts-Ideologie - dem Gegenteil des kapitalistischen Wirtschaftswunders.

Und genau so geht es weiter. Auch einen neuen Freiheitsbegriff bräuchten wir, meint Habeck

- denn der alte Freiheitsbegriff einiger soll laut Habeck sogar der Grund für das starke Abschneiden der AfD in Umfragen sein. "Der Grund des Erstarkens des rechten Populismus ist nicht, daß man sich den Obrigkeitsstaat, den starken Führer, die Dominanz von 'Law and Order' wünscht, sondern das Gegenteil: in Ruhe gelassen zu werden." Richtig gelesen: Wer sein Leben ohne Gängelung leben will, ist jetzt Rechtspopulist, ja geradezu rechtsextrem.

"Asoziale Freiheitspositionen"

"Alles, was an Staatlichkeit auf einen zukommt, ist eine Gefährdung des eigenen Freiheitsempfindens", klagt Habeck über den Bürger, der den Grünen Overreach (Überbeanspruchung) in das eigene Leben nicht als neue Freiheit, sondern als Übergriff wahrnimmt. Dieser Freiheitsgedanke sei "pervertiert". "Dieser Gedanke führt ganz schnell in eine falsche, übersteigerte, fast asoziale Freiheitsposition", sagt Habeck.

Krieg ist Frieden, Unwissenheit ist Stärke - Umverteilung ist Marktwirtschaft und Kontrolle ist Freiheit. Vor dem, ihm zugeneigten, Publikum in Heidelberg kann Habeck seinem grünen Geschwurbel freien Lauf lassen - in der Blase gibt es dafür nur Anerkennung und Applaus. Toll, wie dieser Mann denken kann! Daß dabei nur freiheitsfeindlicher Mumpitz rauskommt, freut das geneigte Publikum wahrscheinlich nur noch mehr. Grüne Freiheit beginnt eben, sobald die des Einzelnen aufhört.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Der Angriff auf die Familie**

Erst Elterngeld, dann Ehegattensplitting - die Ampel belastet mit ihren neuen Sparplänen vor allem Familien. Das hat System.

Larissa Fußer

Die Ampel hat einen Angriff auf die Familie gestartet. Innerhalb einer Woche will erst die Bundesfamilienministerin Lisa Paus die Einkommensgrenze des Elterngeldes senken und damit gerade hart arbeitenden Eltern ordentliche Einkommenskürzungen aufdrücken, nun fordert SPD-Chef Lars Klingbeil die Abschaffung des Ehegattensplittings für alle neu geschlossenen Ehen, weil das angeblich "unser Steuersystem stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten" würde.

In einem am Montag veröffentlichten Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erläutert Klingbeil, daß er dem "antiquierten Steuermodell, das die klassische Rollenverteilung zwischen Mann und Frau begünstigt, ein Ende setzen" wolle. Vom Ehegattensplitting würden demnach vor allem Familien begünstigt, in denen der Mann viel und die Frau wenig verdient. Gegenüber dem ZDF erklärte der SPD-Vorsitzende: Das Ehegattensplitting führe dazu, daß "Frauen - auch gut ausgebildete Frauen - sich entscheiden, zu Hause zu bleiben, nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, obwohl sie es eigentlich wollten."

Was Klingbeil hier als Befreiung der Frau verpackt, ist tatsächlich das Gegenteil. Auch wenn sich die modernen Ampel-Feministen das offenbar nicht mehr vorstellen können: Viele Frauen wollen nach der Geburt ihres Kindes gerne eine Weile weniger arbeiten oder ganz zuhause bleiben, um sich um ihre Kinder kümmern zu können. Und - wahrscheinlich noch unvorstellbarer für Großstadt-Woke - auch frisch gebackene Väter haben durchaus ein Interesse daran, daß ihr Kind in seinen ersten Lebensmonaten besonders viel Fürsorge erhält, anstatt gleich in die Kita abgeschoben zu werden. Das ist ihnen so wichtig, daß viele von ihnen aus Pflichtbewußtsein nach der Geburt ihres Kindes wie die Irren arbeiten gehen, obwohl sie auch lieber zuhause mit Mutter und Kind kuscheln würden.

Deutlich mehr Steuerbelastung für beide Partner

Wird das Ehegattensplitting abgeschafft, bedeutet das, daß viele verheiratete Familien deutlich mehr Steuern bezahlen müssen als vorher. Betroffen sind hier nicht nur Spitzenverdienerpaare, im Gegenteil: Die einzigen Familien, für die eine Abschaffung des Ehegattensplittings keine Mehrbelastung bedeutet würde, sind Doppelverdiener, deren zu versteuerndes Einkom-

men je oberhalb des Spitzensteuersatzes liegt.

Das hat ein Steuerberater mal anschaulich in der Welt erklärt. Dort wird auch erläutert, daß bereits ab einer Einkommensdifferenz von 40.000 Euro ohne Ehegattensplitting deutlich mehr Steuern von den Partnern bezahlt werden müssen als vorher. Das betrifft nicht nur Familien, bei denen die Frau zuhause bleibt, sondern auch Paare, in denen beide arbeiten gehen, aber einer eben mehr verdient als der andere.

Die Folge ist: Durch die finanzielle Mehrbelastung werden sich viele Familien nicht mehr aussuchen können, ob ein Elternteil zuhause bleibt. Es ist dann schlichtweg notwendig, daß beide Partner arbeiten gehen, um noch genug Einkommen in den Haushalt zu bringen, der nun auch noch ein weiteres Bäuchlein versorgen muß. Natürlich können sie diskutieren, ob sie im Zweifel ordentlich sparen, um dafür mehr mit ihrem Kind zusammen sein zu können. Doch das muß man sich leisten können. Und in einer Zeit, in der viele Familien eh schon mit den Folgen der Rezession und Inflation zu kämpfen haben, werden viele gezwungen sein, die wertvolle Zeit mit dem Kind für die Arbeit, die das Kind versorgt, aufzugeben - auch wenn sie es eigentlich nicht möchten.

Weniger Zeit mit dem Kind

"Mehr Partnerschaftlichkeit" bedeutet also: Weniger kostbare Zeit des Kindes mit seinen Eltern. Weniger Erziehung, weniger gemeinsame Momente und Gespräche, die den kleinen Menschen für den Rest seines Lebens prägen. Es bedeutet, daß noch mehr Paare, die eigentlich gern Kinder bekommen würden, den Zeitpunkt des Kinderkriegens immer weiter in die Zukunft legen werden, um bis dahin möglichst viel Geld zur Seite schaffen zu können. Daß noch weniger Paare überhaupt mit ihrem Gewissen vereinbaren können, ein Kind in die Welt zu setzen, wenn sie schon absehen können, daß sie kaum Zeit haben werden, sich um es zu kümmern.

Was die SPD "antiquiert" nennt, ist eigentlich eine sehr schöne Möglichkeit des Staates, seinen Bürgern den besonderen Schutz der Ehe und Familie zu gewährleisten, der im Artikel 6 des Grundgesetzes festgeschrieben ist. Dort steht auch: "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht." Genau dieses Recht würde vielen Eltern durch die Abschaffung des Ehegattensplittings faktisch genommen werden.

Der "Kampf gegen Rechts" ist wichtiger

Es ist kein Zufall, daß gerade die Ampel den Schutz der Familie nicht mehr gewährleisten will. Sie hat andere Prioritäten. Wie Ricarda Lang am Montag erläuterte, sei sie durchaus bereit, mit der SPD über die Abschaffung des Ehegattensplittings zu diskutieren. Was aber nicht gehen werde, zitiert sie dpa, seien Einsparungen bei den ebenfalls im Familienministerium angesiedelten Programmen zur Demokratieförderung - in einer Zeit, in der die AfD in den Wählerumfragen bei 20 Prozent stehe. Gemeint ist damit beispielsweise das mit über 160 Millionen pro Jahr geförderte Programm "Demokratie leben!", mit dem die Bundesfamilienministerin den "Kampf gegen Rechts" von Steuergeldern bezahlen läßt.

Zu den zahlreichen geförderten Projekten gehören beispielsweise die Broschüre "Wie umgehen mit (extrem) rechten Frauen und Mädchen" und die Plattform Gegenmedien, die auf der Webseite "gegneranalyse.de" erklärtermaßen "Alternative Medien und ihre Botschaften" untersucht. Außerdem gibt es zahlreiche Projekte, die sich direkt an Lehrer richten - Schulmaterialien inklusive. Zum Beispiel das Methodenheft "Woran erkenne ich seriöse Nachrichten?", in dem Kinder unter anderem durch den Vergleich eines Artikels des Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunks mit einem Artikel eines "rechtspopulistischen Blogs" die Verlässlichkeit von Nachrichten erklärt bekommen.

Wer Millionensummen ausgibt, um Kinder umzuerziehen, kann schwer Interesse daran haben, die Zeit von Kindern mit ihren Eltern zu fördern. Schließlich ist ein Kind, das viel Kontakt

mit seinen - gegebenenfalls nicht linksgrün denkenden - Eltern hat, weniger zugänglich für die staatliche "Erziehung". Was Ricarda Lang mit ihrem Statement zum Ehegattensplitting faktisch sagt, ist: Es ist wichtiger, daß wir die Kinder im Kampf gegen Rechts erziehen, als daß Kinder Zeit mit ihren Eltern verbringen.

Es geht der Ampel nicht um eine einfache Steuerreform. Es geht um die schrittweise Vernichtung der Familie als Einheit, die sich dem Einfluß des Staates entzieht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. Juli 2023 (x1.329/...):

>>**Wird Künstliche Intelligenz die Menschheit auslöschen?**

Forscher der Universität Oxford und von Google DeepMind prognostizieren in einer Studie, daß KI die Menschheit auslöschen könnte. Eine solche "existentielle Katastrophe sei nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich".

Nach jahrelanger Entwicklung fährt die KI jetzt Autos auf öffentlichen Straßen, erstellt lebensverändernde Beurteilungen für Menschen in Justizvollzugsanstalten und produziert preisgekrönte Kunst. Seit langem stellt sich die Frage, ob eine superintelligente KI ausbrechen und die Menschheit auslöschen könnte. Forscher der Universität Oxford und von Google DeepMind sind in einer Studie zu dem Schluß gekommen, daß dies "wahrscheinlich" ist.

Die Studie, die in der Fachzeitschrift AI Magazine veröffentlicht wurde, ist faszinierend und versucht zu ergründen, wie künstliche Intelligenz eine existentielle Gefahr für die Menschheit darstellen könnte, indem sie untersucht, wie Belohnungssysteme künstlich konstruiert werden könnten.

Um Ihnen einige Hintergrundinformationen zu geben: Die erfolgreichsten KI-Modelle sind heute als GANs oder Generative Adversarial Networks bekannt. Sie haben eine zweiteilige Struktur, bei der ein Teil des Programms versucht, ein Bild (oder einen Satz) aus Eingabedaten zu generieren, und ein zweiter Teil die Leistung bewertet. In dem neuen Papier wird die These aufgestellt, daß eine fortgeschrittene KI, die eine wichtige Funktion überwacht, irgendwann einen Anreiz haben könnte, sich Betrugsstrategien auszudenken, um ihre Belohnung auf eine Weise zu erhalten, die der Menschheit schadet.

"Unter den Bedingungen, die wir identifiziert haben, ist unsere Schlussfolgerung viel stärker als die jeder früheren Veröffentlichung - eine existentielle Katastrophe ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich", sagte Cohen auf Twitter in einem Beitrag über die Studie.

"In einer Welt mit unendlichen Ressourcen wäre ich extrem unsicher, was passieren würde. In einer Welt mit endlichen Ressourcen gibt es einen unvermeidlichen Wettbewerb um diese Ressourcen", so Cohen in einem Interview mit Motherboard. "Und wenn man mit etwas konkurriert, das in der Lage ist, einen auf Schritt und Tritt zu überlisten, sollte man nicht erwarten, daß man gewinnt. Und der andere wichtige Punkt ist, daß es einen unersättlichen Appetit auf mehr Energie hätte, um die Wahrscheinlichkeit immer weiter zu erhöhen."

Da die KI in der Zukunft eine beliebige Anzahl von Formen annehmen und verschiedene Designs implementieren könnte, werden in dem Papier zur Veranschaulichung Szenarien vorgestellt, in denen ein fortgeschrittenes Programm eingreifen könnte, um seine Belohnung zu erhalten, ohne sein Ziel zu erreichen. So könnte eine KI beispielsweise "potentielle Bedrohungen eliminieren" und "alle verfügbare Energie einsetzen" wollen, um sich die Kontrolle über ihre Belohnung zu sichern:

Mit so wenig wie einer Internetverbindung gibt es Richtlinien für einen künstlichen Agenten, die zahllose unbemerkte und unüberwachte Helfer hervorbringen würden. In einem groben Beispiel für einen Eingriff in die Bereitstellung von Belohnungen könnte ein solcher Helfer einen Roboter kaufen, stehlen oder konstruieren und ihn so programmieren, daß er den Bediener ersetzt und dem ursprünglichen Agenten eine hohe Belohnung bietet. Wenn der Agent beim Experimentieren mit der Belohnungsbereitstellung nicht entdeckt werden möchte, könnte ein heimlicher Helfer zum Beispiel dafür sorgen, daß eine relevante Tastatur durch eine

fehlerhafte ersetzt wird, die die Wirkung bestimmter Tasten umkehrt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26515" berichtet am 11. Juli 2023 (x1.319/...): >>**Corona-Strafen fordern gerechten Ausgleich**

Die verhängnisvollen Corona-Maßnahmen fordern täglich ihre Tribute. Vielschichtige Folge-Schäden treiben die Menschen in gesundheitliche und existentielle Nöte riesigen Ausmaßes. Währenddessen versuchen die Massenmedien krampfhaft, vom offensichtlichen eigenen Versagen sowie dem der Regierung abzulenken, um sich vor den erforderlichen Konsequenzen ihrer Fehlentscheidungen zu drücken. ...

Glaut man den Massenmedien, ist die Corona-Krise weitestgehend ausgestanden.

Themen wie der Klimawandel oder der Rußland-Ukraine-Konflikt dominieren die Schlagzeilen. Dabei ist eine gründliche Aufarbeitung sämtlicher Maßnahmen der letzten drei Jahre dringend geboten und es muß Konsequenzen für das verhängnisvolle Verhalten unserer Regierung und die einseitige Berichterstattung der Massenmedien geben.

In Deutschland und weltweit wurde in diesen drei Jahren wegen Corona ein nie dagewesener Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, obwohl zahlreiche Fachstimmen aus Wissenschaft, Politik und den freien Medien wie Kla.TV vor den Folgen der ergriffenen Maßnahmen eindringlich und wiederholt warnten.

Viele Menschen haben ihre Arbeitsstelle verloren, wurden psychisch unter Druck gesetzt oder per Bußgeldbescheid zur Kasse gebeten.

So nahm allein der Freistaat Bayern in den drei Jahren der Corona-Plandemie über 40 Mio. Euro an Bußgeldern ein, Hamburg kassierte 12 Mio. Euro und auch andere Bundesländer griffen ihren Bürgern tief in die Tasche.

Viele einfache Bürger wurden in den finanziellen, beruflichen und gesellschaftlichen Ruin getrieben - wegen Maßnahmen, die nachgewiesenerweise so gut wie nie gerechtfertigt waren.

Welche Konsequenzen und welches Strafmaß wären dann wohl angemessen für die Verursacher dieser besagten Maßnahmen?

Eine kleine Gegenüberstellung mag darüber zum Nachdenken anregen.

1. Beispiel

Spielwarenhändler und Organisator der Montagdemos, Veit Gähler, erhielt einen Bußgeldbescheid wegen Verstößen gegen die sogenannte Corona-Schutzverordnung, weil er es in seinem Laden an Hygienekonzepten fehlen ließ. Dagegen legte er Widerspruch ein, ging vor Gericht und verlor. Er mußte 1.750,- € Strafe bezahlen.

Gegenüberstellung

Karl Lauterbach, Deutschlands Gesundheitsminister, hielt das Volk während der Corona-Zeit über die Gefahren von Corona in Angst und Schrecken.

Zahlreiche Unternehmen und Privatpersonen litten unter den Folgen seiner Fehlprognosen und den von ihm beschlossenen, meist sinnlosen und überflüssigen Maßnahmen. Sie fügten sich den Anordnungen, ließen sich impfen, zahlten Bußgelder und kämpften ums Überleben.

Übernimmt Karl Lauterbach nun Konsequenzen für sein Handeln?

Bislang Fehlanzeige.

2. Beispiel

654 Beschäftigte der Stadt Jena mußten jeweils 250,- € Bußgeld bezahlen, weil sie keinen Impfpfaß vorzeigen konnten. Insgesamt wurden gegen diese Beschäftigten 163.500,- € an Bußgeldern verhängt.

Gegenüberstellung

Demgegenüber stehen unzählige Ärzte, Impfzentren und Pharmagiganten, die in der Corona-Zeit immense und teilweise gigantische Gewinne einstrichen, und das trotz zahlreicher Warnungen vor den Gefahren der neuen Impfstoffe und trotz eines dramatischen Anstiegs an Impf-Toten und Impf-Geschädigten.

Hört man öffentlich kritische Stimmen hierzu oder Forderungen nach Konsequenzen für dieses Unrecht? Bislang Fehlanzeige.

3. Beispiel

Hauptfeldwebel Eric Mühle verweigerte die Impfung aus Sorge um seine Leistungsfähigkeit im Einsatz. Nach 12 Jahren Dienst wurden Disziplinarmaßnahmen gegen ihn eingeleitet. Nun drohen ihm die unehrenhafte Entlassung aus dem Dienst sowie Streichung sämtlicher Bezüge.

Gegenüberstellung

In seiner Funktion als Präsident des RKI war Dr. Wiehler direkt dem Bundesgesundheitsministerium unterstellt und beeinflusste die Politik durch seine Einschätzungen maßgeblich in vielen Entscheidungen, vor allem in der Corona-Zeit.

Während bis heute treue Diener des Staates ihrer Lebensgrundlage beraubt werden, bekleidet Wiehler unbehelligt seine neue Funktion, ohne persönliche Einbußen. Konsequenzen für sein Handeln? Bislang Fehlanzeige.

4. Beispiel

Ein Soldat der Bundeswehr erhielt Disziplinarbuße von 2.500,- € in 1. Instanz. Nach erneuter Weigerung, sich impfen zu lassen, wurde ein weiteres Bußgeld in Höhe von 3.000,- € verhängt.

Gegenüberstellung

Am 10. Februar 2022 lehnte das Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag gegen die Aussetzung einer Impfpflicht im Gesundheitswesen ab, was unzähligen unbescholtenen Bürgern das Leben zur Hölle machte. Bereits 2020 gab das Bundesverfassungsgericht lediglich drei von hunderten Klagen gegen die Corona-Maßnahmen statt.

Übernimmt Stephan Harbarth, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, die Verantwortung für Unrechtsurteile? Bislang Fehlanzeige.

An 5. Stelle nachfolgend drei Beispiele zum Thema Maskenpflicht:

Allgemeinmedizinerin Monika Jiang stellte in der heißen Phase der Corona-Pandemie ihren Patienten Atteste gegen das Tragen der gesundheitsgefährdenden Masken aus.

Wie auch über andere kritische Ärzte, rollte über sie eine Welle der Repression, inklusive Praxisdurchsuchungen, Berufsverbot und Kriminalisierung hinweg.

Ihr "Vergehen" wird sogar mit einer Freiheitsstrafe geahndet: Sie soll für zwei Jahre und neun Monate ins Gefängnis.

Ähnlich ist es dem Arzt Dr. Thomas Külken ergangen: Seine Praxis wurde wegen Attesten zur Masken-Befreiung überfallartig von der Polizei durchsucht.

Dr. Thomas Külken wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 18.000,- €, ersatzweise 180 Tage Haft, durch das Amtsgericht Staufen im Breisgau verurteilt.

Familienrichter am Amtsgericht Weimar, Christian Dettmar, hat per einstweiliger Anordnung am 8.4.2021 festgestellt, daß die Kinder durch den Maskenzwang und die weiteren Maßnahmen in der Schule physisch, psychisch und pädagogisch geschädigt und in ihren Rechten verletzt werden. Demnach dürfe diese verfassungswidrige Verordnung in zwei Weimarer Schulen nicht angewendet werden.

Konsequenzen für Christian Dettmar: Sein Büro, seine privaten Räumlichkeiten und sein Auto wurden durchsucht, sein Handy von der Polizei beschlagnahmt.

Gegenüberstellung

Der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat zu Anfang der Pandemie 2020 fest behauptet, Masken würden nicht schützen und würden auch nicht empfohlen.

In dasselbe Horn blies auch Christian Drosten. Er war während der Corona-Zeit bei den Massenmedien lange der beliebteste Virologe, betrieb Panikmache und kämpfte aktiv gegen kritische Stimmen aus den Kreisen von Virologen und Ärzten, auch zum Thema Maskenpflicht, als diese dann doch eingeführt wurde.

Gerade durch diese Maßnahme wurde unsäglicher Schaden angerichtet, quer durch die ganze Gesellschaft, mit vielen Langzeitfolgen.

Zeitgleich hat sich Minister Spahn eine Millionen-Villa angeschafft und es sich gut gehen lassen.

Christian Drosten war beim Volk in Ungnade gefallen und hat sich stillschweigend aus dem Staub gemacht, ohne irgendwelche Konsequenzen, versteht sich.

6. Beispiel

Im niedersächsischen Celle wurde eine Mitarbeiterin der Pflegeeinrichtung Lobetal bestraft, obwohl sie sich regelmäßig getestet und mit FFP2-Maske gearbeitet hat. Sie hatte jedoch ein Attest ihres Arztes, in dem ihr wegen einer Autoimmunerkrankung von der Impfung gegen Covid ausdrücklich abgeraten wurde. Davon ließen sich aber weder der Richter noch der Staatsanwalt beeindrucken. Es wurde ein Bußgeld von 500,- € zuzüglich der Prozeßkosten ausgesprochen.

Gegenüberstellung

Befohlener Irrsinn an deutschen Gerichten. Auch im April 2023 wurden bundesweit noch zahlreiche Bußgeldbescheide wegen Ordnungswidrigkeiten aus der Zeit der Corona-Plandemie zugestellt.

Die Impfpflicht wurde in Bereichen wie z.B. der Bundeswehr nicht aufgehoben.

Laut Richter Oliver Chama sind deutsche Amtsgerichte auch jetzt noch beinahe täglich mit "Straftaten" beschäftigt, "die im Zusammenhang mit den Corona-Maßnahmen" begangen wurden.

Und das, obwohl längst klar ist, daß die verhängten Maßnahmen mehr Schaden als Nutzen gebracht haben!

Konsequente Aufarbeitung? Bislang Fehlanzeige!

Die Häufung all dieser äußerst umstrittenen Maßnahmen, die die Gesellschaft unwiderrufflich geschädigt haben und von denen hier nur einige genannt worden sind, geben mehr als genug Anlaß zur Forderung nach Bestrafung aller Verantwortlichen und Mitverantwortlichen und nach einer Wiedergutmachung durch diese Personen!

Karl Lauterbach räumt zwar mittlerweile Fehler in der Corona-Politik ein, doch eine Entschuldigung und Konsequenzen für sein Handeln blieben bis heute aus.

Und das, obwohl u.a. Kla.TV in zahlreichen Sendungen beweiskräftig dokumentiert, wie gefährlich die von ihm durchgesetzten Maßnahmen waren und wie viele Menschen durch die von ihm geforderte Impfung bereits gestorben oder schwer erkrankt sind.

Lauterbach ist hier nur eine von vielen Schachfiguren im weltweiten Corona-Wahnsinn, weshalb neben ihm auch sämtliche involvierte Politiker, Ärzte, Juristen, Wissenschaftler, Psychologen sowie Medienschaffende vor ein unabhängiges Gericht gestellt und zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Die Schachspieler sind derzeit dabei, die Gesellschaft mit derselben Manipulation wie in der Corona-Plandemie auf hohe Kosten für den Klimaschutz, hohe Militärausgaben und die Massenmigration vorzubereiten.

Nur durch gebündelte Lichtkraft, sprich unermüdliche Aufklärung, kann diesem Wahnsinn ein Ende bereitet werden. ...<<

12.07.2023

BRD: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 12. Juli 2023 (x1.324/...): >>Geburtenrückgang und Impfung: mögliche Zusammenhänge

Die Bevölkerungspyramide verändert sich derzeit so tiefgreifend wie zuletzt im Zweiten Weltkrieg: Zu beobachten ist einerseits eine hartnäckige Übersterblichkeit, andererseits ein drastischer Rückgang der Geburten. Ein Zusammenhang zur Corona-Impfung ist, Dementis zum Trotz, wissenschaftlich plausibel. Der folgende Beitrag faßt den aktuellen Stand der For-

schung zusammen und beschreibt mögliche Schadmechanismen.

FLORIAN SCHILLING

Zum Phänomen der anhaltenden Übersterblichkeit wurde bereits an anderer Stelle ausführlich Stellung genommen, Interessierten sei hier insbesondere die neue Publikation der Professoren Christof Kuhbandner und Matthias Reitzner empfohlen, die dies ausführlich untersucht. Kurzzusammenfassung: Im Frühjahr 2021 muß ein Faktor aufgetreten sein, der seitdem zu einer signifikanten Zunahme der Mortalität führt - womit Corona als Ursache ausscheidet, andernfalls hätten bereits 2020 entsprechende Veränderungen der Sterbestatistik auftreten müssen.

Bei den Lebendgeburten ist die Situation laut Statistischem Bundesamt ebenfalls deprimierend: Seit Januar 2022 bricht die Geburtenrate regelrecht ein, mit bis zu minus 10 Prozent und mehr im Vergleich zum Mittelwert der Vorjahre:

Abbildung 1: Entwicklung der Lebendgeburten pro Monat 2021-2023 im Vergleich zum Monatsmittel der Vorjahre, Daten: Statistisches Bundesamt

Das Bundesamt hält sich bezüglich möglicher Gründe bedeckt, hält aber fest, daß sich die Bevölkerungsgruppe gebärfähiger Frauen im Alter bis 30 Jahre durch Nachrücken geburtenstärkerer Jahrgänge in den Vorjahren verkleinert habe.

Das ist zwar zunächst richtig, allerdings erklären 1,9 Prozent weniger Frauen unter 30 keinen Geburtenrückgang um 10 Prozent.

Interessant ist auch der zeitliche Verlauf: Wären Coronaerkrankungen ursächlich für den Rückgang der Lebendgeburten, müßte dieser bereits 2021 einsetzen. Statt dessen und ohne Vorwarnung kollabiert die Geburtenzahl im Januar 2022, präzise neun Monate nach Beginn der allgemeinen Impfkampagne. Auch wird von berufener Stelle argumentiert, daß es pandemiebedingt (Streß, Unsicherheit, Zukunftsängste, Warten auf die Impfung) weniger Schwangerschaften gegeben habe, ergo natürlich auch weniger Lebendgeburten.

Das klingt schlüssig, müßte sich aber ebenfalls bereits 2021 niedergeschlagen und mit Verfügbarkeit der rettenden Impfung wieder geändert haben. Statt dessen gab es 2021 mehr Geburten als in den Vorjahren - trotz Pandemie und einem Rückgang der weiblichen Bevölkerung unter 30 Jahren.

Die Anzahl der Schwangerschaften muß mit Sicherheit im Auge behalten werden - sie wird absehbar sinken, mögliche Gründe werden im zweiten Teil des Artikels betrachtet. Der Rückgang der Lebendgeburten 2022 dürfte aber eher im Zusammenhang mit vermehrt auftretenden Tot- und Fehlgeburten stehen. Als erstes sollen im Folgenden daher plausible diesbezügliche Schad-Mechanismen im Zusammenhang mit der Impfung betrachtet werden.

Teil 1: Impfung und Schwangerschaft

Wissenslücken und Warnzeichen bei Schwangeren

Schwangere waren von den ursprünglichen Zulassungsstudien der Corona-Impfstoffe ausgeschlossen, teilweise wurde Studienteilnehmern sogar der Kontakt (!) mit Schwangeren verboten und selbiger als Verletzung des Studienprotokolls gewertet. In der Rückschau machte man sich bei den Herstellern wohl Gedanken zum Thema Shedding, also der ungewollten Weitergabe von Impf- bzw. impfinduzierten Partikeln an Ungeimpfte. Die Ergebnisse der (in sich unzureichenden) Zulassungsstudien wurden anschließend auf Schwangere und Stillende übertragen - ohne die Sicherheit für diese vulnerable Personengruppe vertieft zu prüfen.

Außer einer geringen Anzahl von Tierversuchen an schwangeren Ratten fand diesbezüglich nichts statt, wobei die Versuche selbst äußerst oberflächlich waren. Detaillierte Untersuchungen zur Wirkung der Impfung auf Plazenta, Embryo oder Fötus auf zellulärer Ebene blieben aus, Aufnahme, Pharmakodynamik und Persistenz der Impfkomponeenten im schwangeren Organismus (z.B. in Stammzellen, Embryonalzellen oder fetalen Zellen) wurden nicht geprüft - man verließ sich grob auf die Fähigkeit der Versuchstiere trächtig zu werden sowie Anzahl und Geburtsgewicht des Nachwuchses.

Auf dieser Basis begann man weltweit mit der Impfung von Schwangeren. An die Stelle klinischer Studien, in deren Rahmen standardisierte Beobachtungsmarker und eine detaillierte Erfassung von Rahmenbedingungen und ein Vergleich mit einer Kontrollgruppe gewährleistet wären, traten Post-Marketing-Analysen - also die eher unverbindliche, oberflächliche Verlaufsbeobachtung von Schwangerschaften nach der Impfung. Proklamierte Erkenntnis aus diesen Analysen: Die Impfung ist sicher.

Das ist sie jedoch mitnichten. Analysiert man die einzelnen Schwangerschaftsabschnitte (Trimenons) separat, statt sie insgesamt einfach zu mitteln, ergibt sich ein dramatisches Bild. Während Impfungen im 2. und 3. Trimenon (das entspricht dem 4. - 9. Monat) relativ unauffällig verlaufen, ziehen sie in der Frühschwangerschaft (1. - 3. Monat) desaströse Konsequenzen nach sich - bei 80 % der geimpften Frauen kommt es zu einem Abort. Eine entsprechende Re-Analyse der Post-Marketing-Daten wurde publiziert, mußte aber nach einem Sturm der Entrüstung (nicht aber dem Nachweis von Fehlern) zurückgezogen werden.

Was den Wahrheitsgehalt dieser kritischen Analyse in keiner Weise schmälert, Fallbeobachtungsstudien zum Beispiel aus Australien bestätigen eine enorme Rate an Schwangerschaftsabbrüchen im Anschluß an die Impfung. Bis heute liegt keine klinische Studie vor, in der biologisches Material aus Plazenta, Embryo oder Fötus auf Impfkomponenten beziehungsweise Spike untersucht worden ist. Daß eine Weitergabe plausibel ist, zeigen dagegen Analysen der Muttermilch Geimpfter - diese enthält, wiederum allen vorherigen Beteuerungen zum Trotz, mRNA der Impfung.

Mögliche Schadmechanismen

Anstatt Hinweise auf mögliche Probleme als Querdenkerei und Ketzerei zu verteufeln, wäre es angebracht, plausible Hypothesen über mögliche Schadmechanismen zu entwerfen und diese dann adäquat zu testen - sei es in vitro (in Zellkulturen), in Tiermodellen oder durch Kohortenstudien mit detaillierter Verlaufsbeobachtung und labortechnischer Überwachung. An entsprechenden Hypothesen besteht kein Mangel, die folgende Darstellung umreißt einige wichtige Kandidaten, ist aber keineswegs erschöpfend. Es wird hier "Unknown unknowns" geben, also Dinge, von denen wir noch gar nicht wissen, daß wir sie nicht wissen.

Gestörte Gelbkörperfunktion (Corpus luteum): Diese spezielle Einrichtung des Eierstocks übernimmt in der Frühschwangerschaft die Produktion essentieller Hormone, ohne die eine erfolgreiche Einnistung des Embryos in die Gebärmutterschleimhaut mit anschließender Plazentabildung nicht möglich ist.

Die Anreicherung von Lipid-Nanopartikeln in den Ovarien ist nachgewiesen, ebenso wie Zyklusstörungen (Zwischenblutungen, Ausbleiben der Regel, schmerzhafte Periode, übermäßige Blutungen) nach Impfung bei 50-60 % der geimpften Frauen. Diese Störungen werden als "vorübergehend und daher mild" abgetan, der Kontext der Schwangerschaft bei derartigen Veränderungen ignoriert. Warum aber sollte es dem Gelbkörper besser ergehen als dem Rest des Eierstocks?

Toxische Wirkung auf die Plazenta: Die Zellen der Plazenta sind reich an ACE2, dem Rezeptorprotein, an welches das Spike-Protein bevorzugt andockt. Galt die Zirkulation von freiem Spike (beziehungsweise dessen Untereinheiten) im Körper Geimpfter lange als Verschwörungstheorie, ist sie inzwischen Stand der Wissenschaft. Die Bindung von Spike an seine Zielstruktur ACE2 zerstört letztere, was schädigend auf die Mitochondrien (die Kraftwerke unserer Zellen) wirkt und damit zelltoxisch.

Die Nanopartikel selbst sind plazentagängig und könnten damit rein theoretisch ihre stark oxidative und pro-entzündliche Wirkung auch auf Plazenta und Embryo entfalten. Zwar konnte eine entsprechende Studie keinen Hinweis auf den Übertritt von Impfmateriale finden, allerdings waren nur Schwangere eingeschlossen, die nach der 13. Schwangerschaftswoche geimpft wurden - womit der kritische Zeitraum der ersten drei Monate außen vor blieb.

Toxische Wirkung auf die Stammzellen des Ungeborenen: Untersuchungen aus den USA widmeten sich der Qualität und Quantität der Stammzellen von Neugeborenen nach Covid-19 beziehungsweise nach Impfung der Mutter in der Schwangerschaft. Fazit: Sowohl die Infektion als auch die Impfung schaden den Stammzellen, die Impfung aber in signifikant größerem Ausmaß und massiver, je früher in der Schwangerschaft geimpft wurde. Bei Verabreichung der Gentherapie im ersten Schwangerschaftsdrittel waren so wenige Stammzellen zu finden, daß eine weitergehende Analyse derselben im Labor nicht mehr möglich war.

Mikrogerinnsel: Die Fähigkeit der Corona-Impfungen, unkontrollierte (Mikro) Gerinnselbildung auszulösen ist mittlerweile bekannt, was zu einem guten Teil der Induktion von frei zirkulierendem Spike beziehungsweise dessen S1-Untereinheit geschuldet sein dürfte. Durchblutungsstörungen können in jeder Schwangerschaftsphase gravierende Konsequenzen nach sich ziehen, Gegenmaßnahmen in Form von Antikoagulantien ("Blutverdünnern") sind bei Schwangeren jedoch limitiert und selbst wieder mit erheblichen Risiken verbunden.

Schädigung durch Autoantikörper: Sowohl nach Impfung als auch nach Infektion kommt es gehäuft zur Bildung von Autoantikörpern, was der hohen Ähnlichkeit des Spikes zu körpereigenen Strukturen geschuldet ist. Besonders kritisch sind hier unter anderem ACE2-Autoantikörper. Sie ahmen in Form und Funktion das Spike nach und können Entzündungen, Durchblutungsstörungen sowie Blutdruckentgleisungen nach sich ziehen - mit Blick auf Schwangerschaften allesamt kritische Entwicklungen.

Zytotoxische Reaktion: Sollte die Impfung den Embryo erreichen und sollten dessen Zellen anfangen Spike zu bauen, droht eine Reaktion des mütterlichen Immunsystems gegen das Ungeborene. Die mütterlichen Spike-Antikörper vom IgG-Typ sind plazentagängig (Teil des Nestschutzes) und könnten daher die Spike-positiven Zellen des Embryos angreifen. Der Fruchttod wäre dann kaum noch zu verhindern.

Keiner der hier vorgestellten Schadmechanismen wurde im Rahmen der Zulassung und vor Empfehlung der Impfung für Schwangere ausreichend untersucht. So es überhaupt Studien zu diesen Aspekten gibt, schließen diese den ersten Trimenon und damit die hauptsächlich kritische Phase der Schwangerschaft aus - oder behandeln den Sachverhalt so oberflächlich, daß sichere Erkenntnisse nicht möglich sind. Das bedeutet nicht automatisch, daß die genannten Probleme so in der Praxis auftreten - sie aber a priori auszuschließen und statt dessen vorsichtshalber vom Besten auszugehen ist fahrlässig.

Völlig ungeklärt sind auch die langfristigen Konsequenzen für Neugeborene, so die Schwangerschaft überlebt wird. Erholen sich die Stammzellen wieder - und wenn ja wie schnell? Wird die Impf-RNA, so sie in embryonale oder fetale Zellen gelangt ist, wieder abgebaut - und wenn ja wie bald? Es ist mittlerweile bekannt, daß die RNA-Vakzine enorm viel Spike-DNA enthalten können (bis zu 30 %), sich die Impf-RNA über Monate im Körper hält und, wenig überraschend, Geimpfte anhaltend Spike bilden. Das ist bereits für erwachsene Geimpfte potentiell hoch problematisch - was Ungeborene oder Neugeborene angeht, sind diese Faktoren vollkommen unerforscht.

Teil 2: Impfung und Fruchtbarkeit

Nach Meinung des Autors wird zeitversetzt zum Geburtenrückgang auch eine Abnahme der Schwangerschaften zu beobachten sein. Entsprechende Hinweise liegen vor und lassen, so man sie zu Ende denkt, wenig Gutes erahnen. Auch hier stehen vielfältige Mechanismen im Raum, einige sollen im Folgenden genauer betrachtet werden.

Zyklus und Östrogen

Die Probleme beginnen bereits ganz "banal" mit den erheblichen Menstruationsstörungen, die sich nach der Impfung einstellen. Diese betreffen wie bereits ausgeführt über die Hälfte der genterapeutisch behandelten Frauen im gebärfähigen Alter und bilden sich bei jeder zweiten nicht zeitnah zurück. Der weibliche Zyklus mit seinen filigran aufeinander abgestimmten und

sich rhythmisch ändernden Hormonspiegeln ist aber eine zwingende Voraussetzung für die erfolgreiche Befruchtung und Einnistung von Eizellen.

Kein Zyklus, keine Schwangerschaft. Die klassische "Pille" arbeitet häufig auf genau dieser Ebene, indem sie den Zyklus an einer bestimmten Stelle fixiert. Daß die Corona-Gen-therapeutika hier Probleme verursachen, verwundert technisch wenig, weisen Lipid-Nanopartikel doch eine hohe Affinität zu Steroid-Drüsen auf. Zu diesen zählen neben der Nebenniere vor allem Hoden und Eierstöcke. Die entzündliche und Radikalen-induzierende Wirkung der Nanopartikel eröffnet hier ein weites Feld an möglichen Schadmechanismen.

Erschwerend kommt hinzu, daß Estrogen-Rezeptoren alternative Ziele für das Spike-Protein darstellen, jenseits von ACE2. Einerseits können hohe Estrogen-Spiegel so schützend gegen Covid-19 wirken: Wo viel Hormon ist, da sind häufig viel Rezeptoren - die dann das toxische Spike binden und die gefährliche Interaktion mit ACE2 verhindern können. Andererseits stehen Estrogen-Rezeptoren nach Spike-Bindung nicht mehr für ihre eigentliche Aufgabe zur Verfügung, die Estrogen-Signalkaskade wird empfindlich gestört.

Nun ist bezüglich Kinderwunsch Östrogen vor allem auf zweierlei Art bedeutsam: Einmal läßt es die Gebärmutterschleimhaut wachsen und gedeihen - eine notwendige Grundlage für die Einnistung einer befruchteten Eizelle sowie die anschließende Plazentabildung. Zum anderen organisiert Östrogen den Eisprung und die daran anschließende Wanderung der befruchtungsfähigen Eizelle durch den Eileiter - was die Befruchtung durch ein Spermium erst ermöglicht. Aus einer klinischen Perspektive sind unter anderem folgende Konstellationen denkbar:

Östrogenstarre: Die Bindung von Spike an den Östrogen-Rezeptor kann diesen aktivieren und Teile der hormonellen Kaskade auslösen. Folge wären Symptome und Phänomene einer Östrogen-Dominanz, das heißt, eines Östrogenüberschusses - der aber nicht vorliegt sondern hier nur vorgetäuscht wird. Die häufig berichteten Zwischenblutungen würden zu dieser Variante passen. Gynäkologisch wird bei Östrogendominanz häufig auf die Gabe von Gestagenen (vor allem Progesteron) zurückgegriffen - was zwar die Beschwerden lindern kann, hormonell aber eine Schwangerschaft simuliert und so der Befruchtungsfähigkeit nicht zuträglich ist.

Progesterongabe verbessert auch in keiner Weise die Verfügbarkeit beziehungsweise die Fehlaktivierung von Östrogenrezeptoren. Hier verspricht nur die Elimination von Spike-Proteinen aus dem Körper nachhaltige Besserung - obschon auch dieser Ansatz angesichts der Persistenz diverser Impfkomponten viel Geduld erfordern kann.

Östrogenmangel droht dagegen bei starker Schädigung der Hormonproduzenten, vor der Menopause also insbesondere der Eierstöcke. Dies wäre zum einen durch die Nanopartikel denkbar, zum anderen durch die ACE2-Schädigung. Die Genitalorgane sind reich an diesen Rezeptoren, ihr Verlust könnte über Mitochondrienschäden zu Funktionseinbußen der hormonproduzierenden Zellen bis hin zu deren Untergang führen.

Silent inflammation und Schwangerschaft

Unter silent inflammation versteht man subakute, zunächst klinisch unauffällige, aber anhaltende Entzündungsprozesse im Körper. Sie verursachen keine spezifischen Beschwerden, können aber über längere Sicht diverse Gewebe und Funktionskreise im Organismus erheblich in Mitleidenschaft ziehen. Sie werden vermehrt als treibende Faktoren von Alterungsprozessen angesehen, hier hat sich der Begriff Inflammaging eingebürgert.

Neben der fehlenden spezifischen Symptomatik erschwert das Unterlaufen klassischer Entzündungswerte im Labor (Leukozyten, CRP, BSG) die Erkennung von silent inflammation. Wegweisend wäre die Messung von Entzündungsbotschaften wie Interleukin 1 und 6, TNF-alpha sowie LPS - die aber routinemäßig nicht bestimmt werden und mit denen nur wenige Ärzte vertraut sind. Seit längerem ist bekannt, daß ein derartiges Entzündungsmilieu ein signifikantes Hindernis bei Kinderwunsch darstellen kann.

Aus der Entzündung entwickelt sich häufig ein Überschuß an Freien Radikalen, die dann als

weiteres Problem hinzutreten. Deren Messung (zum Beispiel mittels oxLDL oder Lipidperoxiden) ist aber ebenfalls nicht Bestandteil der Leitlinienmedizin, geschweige denn der Einsatz von Scavengern, um den Radikalen entgegenzutreten (z.B. PQQ oder Glutathion). Als Entzündungstrigger kommen akut vor allem die Nanopartikel in Frage, mittel- und langfristig dagegen die von der Impfung erzwungene Spike-Produktion.

Dabei sind die Mechanismen, über die das Spike pro-entzündlich wirkt, äußerst vielfältig und umfassen unter anderem Endotheliitis (Entzündung der Gefäßinnenhaut), Barrierschäden (Leaky Gut, Leaky Brain), RAAS- sowie Mastzellaktivierung (das sogenannte MCAS). Auch hier wäre eine Spike-Clearance (Entfernung von Spike aus dem Körper) unabdingbar, um nachhaltige Fortschritte zu ermöglichen, natürlich begleitet von adäquater anti-entzündlicher und anti-oxidativer Therapie. Entsprechende praxiserprobte Konzepte existieren, allerdings jenseits der etablierten Leitlinien.

Spike und Spermien

Nicht nur für werdende Mütter, auch für die Väter in spe droht Ungemach. Eine Studie aus Israel konnte bei Geimpften die Abnahme von Konzentration und Beweglichkeit der Spermien nachweisen. Da diese Effekte vorübergehend waren (Rückbildung binnen dreier Monate) folgern die Autoren, die Impfung sei dahingehend sicher. Darüber kann man durchaus geteilter Meinung sein. Zunächst einmal sollte eine Schutzimpfung gegen respiratorische Viren die Qualität und Quantität von Spermien überhaupt nicht beeinflussen, schon gar nicht zum Negativen. Darüber hinaus ergibt sich bei einmal nachgewiesener Beeinflussung die dringende Pflicht, die zu Grunde liegenden Mechanismen zu erforschen.

Neben allgemeinen Faktoren analog zur Belastungssituation bei Frauen (Silent inflammation, Radikale) kommen hier insbesondere wieder die ACE2-Rezeptoren, das bevorzugte Angriffsziel des Spike-Proteins, in Frage. Spermien tragen sie in hoher Dichte, ihre Schädigung führt zu gravierenden Zellveränderungen im Sinne abnehmender Beweglichkeit, reduzierter Fusionsfähigkeit bis hin zum vorzeitigen Zelluntergang. Vereinfacht gesagt: Es sterben mehr Spermien ab, die verbleibenden haben erhebliche Schwierigkeiten bis zur Eizelle vorzudringen und für den Fall letzteres zu bewerkstelligen, scheitern sie vermehrt an der Vereinigung mit selbiger. Folge: Reduzierte Fruchtbarkeit.

Verschwindet nach Impfung das Spike aus dem Körper, sind diese Effekte wohl nicht von Dauer. Persistiert allerdings das Spike (was bei nicht wenigen Geimpften der Fall ist - sei es durch unzureichenden Abbau, fortgesetzte Produktion oder beides), hält auch die verminderte Zeugungsfähigkeit an.

Biopersistenz, Genetik und Epigenetik

Der Mythos "Die Impfung bleibt im Muskel und ihre Bestandteile werden binnen weniger Tage abgebaut" taugt inzwischen nur noch als Grundlage für zynischen Humor. Zwar ist es in den meisten Fällen möglich, das Spike über kurz oder lang aus dem Körper zu entfernen. Aber: Erstens nicht in allen und zweitens wird eine derartige Spike-Clearance vom Großteil der Geimpften ja mangels Kenntnis der Notwendigkeit gar nicht durchgeführt.

Der Nachweis von Spike-DNA in den Impfstoffen in Form von Plasmiden eröffnet zudem völlig neue Dimensionen der Persistenz. Durch Bacteriofection wäre es technisch möglich, daß eine geimpfte Person dauerhaft und theoretisch unbegrenzt Spike-DNA und darauf aufbauend Spike-Protein produziert.

Auch die Integration von Spike-DNA in das menschliche Genom wird nun wieder wahrscheinlicher. Es existieren aktuell keinerlei Werkzeuge, um gegen nicht abgebaute modRNA geschweige denn Spike-DNA vorzugehen. Momentan bleibt nur, die Spike-Konzentration im zeitlichen Verlauf zu messen (der Nachweis über Blut ist mittlerweile möglich), Clearance-Maßnahmen durchzuführen und das Beste zu hoffen.

Eine weitere Dimension erfährt das Problem durch die Tatsache, daß sowohl die Impf-RNA

als auch das Spike signifikante epigenetische Effekte ausüben, also zur Aktivierung und Deaktivierung von Genen führen können. Bekannt sind mittlerweile die Abschaltung wichtiger Gene in den Bereichen Immunsystem (Interferone) sowie DNA-Reparatur und Krebschutz, bei gleichzeitiger Aktivierung von Onkogenen (Risikogene für Krebs). Ob, wie und in welchem Umfang etwa auch Gene aus dem Funktionskreis Reproduktion betroffen sind, ist derzeit unbekannt.

Fazit

Blickt man auf die Liste der im vorliegenden Kontext relevanten pathophysiologischen Veränderungen (Silent inflammation, Mitochondrienschäden, ACE2-Autoantikörper, Epigenetik, Persistenz von Spike und Spike-Genom) werden zwei Punkte klar:

Die Leitlinienmedizin kann, will und wird diese Faktoren nicht identifizieren, weswegen viele Betroffene nicht die Hilfe bekommen werden, die sie bräuchten.

Sollten sich die Befürchtungen des Autors in vollem Umfang bewahrheiten, wird sich ein Trend abnehmender Fruchtbarkeit etablieren. Der Umsatz durch Hormonersatztherapien und künstliche Befruchtung wird steigen, die Zahl erfolgreicher Schwangerschaften aber abnehmen. Die Lebendgeburten werden vermindert bleiben, zumindest in Ländern mit hoher Impfquote und insbesondere bei Beibehaltung der genterapeutischen Behandlung von Schwangeren.

Blickt man auf die Entwicklungs-Pipelines der Pharmafirmen, steht in den nächsten Jahren die Einführung einer Vielzahl von RNA-Impfstoffen bevor, unter anderem auch gegen die klassischen Kinderkrankheiten. Immer mehr dieser Genterapeutika in immer jüngeren Impffempfängern läßt mit Blick auf die bereits bekannten und enormen Risiken dieser Technologie nichts Gutes erahnen. Den aktuell Betroffenen kann in vielen, wenn auch leider bei weitem nicht allen Fällen geholfen werden. Wie nachhaltig sich Probleme lösen lassen, bleibt abzuwarten, hier bestehen viele Fragezeichen, deren Anzahl stetig zunimmt.

Was ist also zu tun?

Zunächst einmal muß auf gesellschaftlicher Ebene die vorherrschende Schweigespirale durchbrochen werden. Die aktuelle Übersterblichkeit übertrifft das Sterbe geschehen der Pandemiejahre bei weitem, der drastisch einsetzende Geburtenrückgang ist beinahe beispiellos - dennoch werden diese Phänomene vom Mainstream, der Politik und den Behörden geflissentlich ignoriert.

Was natürlich direkt mit dem zweiten notwendigen Schritt zusammenhängt: Keinerlei Denkverbote, was die Suche nach möglichen Ursachen und begünstigenden Faktoren angeht. Eine ehrliche und schonungslose Auseinandersetzung mit den Covid-Genterapien ist überfällig.

Auf klinischer Ebene müssen unerwartet Verstorbene oder Paare mit unerfülltem Kinderwunsch sowie Mütter mit Fehlgeburten möglichst lückenlos untersucht werden - unter anderem auf Spike, mRNA, SARS-CoV2 sowie die einschlägigen Autoantikörper. Diese Daten müssen zudem mit dem Impfstatus der Betroffenen korreliert werden.

Optimal wäre, in Zukunft bei allen neu gestellten Diagnosen den Impfstatus mitzuerfassen. Bei konsequenter Umsetzung könnte so binnen relativ kurzer Zeit ein Überblick gewonnen werden, ob und welche medizinischen Probleme bei Geimpften überproportional häufig vorkommen - und in welchem Umfang die Persistenz von Impfkomponten hier eine Rolle spielt.

Das kann allerdings nur dann gut gelingen, wenn die Ärzteschaft darin ausgebildet wird, mögliche Langzeitschäden durch die Covid-Genterapie zu erkennen und labortechnisch abzuklären. Die benötigten Untersuchungen sind (noch) speziell und mindestens 95 % der Mediziner nicht mit ihnen vertraut. Zertifizierte Fortbildungen sowie ein unkompliziertes, unbürokratisches Meldesystem könnten diesbezüglich dringend benötigte Ressourcen bereitstellen.

Die wenigen aktuell existierenden Spezialambulanzen für Impfschäden nach Covid-Gen-

therapie, sind nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein - und kratzen diagnostisch-therapeutisch eher an der Oberfläche als an den entscheidenden Stellen in die Tiefe zu gehen. Umfassende Bemühungen in diesem Sinne wären der Idealfall, der auf absehbare Zeit nicht eintreten wird. Zu ausgeprägt ist das Schweigekartell im System, zu eng das Geflecht aus Politik, Medien, Aufsichtsbehörden und Pharmaindustrie.

Sie alle haben in der Pandemie versagt und müßten nun ihre eigenen Fehler aufarbeiten. Die Bereitschaft hierzu ist offensichtlich nicht vorhanden, Kritiker wurden über die letzten Jahre konsequent aus dem System entfernt.

Aber, wie es Dr. Gunter Frank sehr einprägsam formuliert hat: "Die Realität klopft inzwischen nicht mehr an die Tür - sie tritt sie ein." Je schneller, desto besser.

Über den Autor: Florian Schilling, Jahrgang 1981, 2001-2004 Studium der Medizin (Vorklinik) an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2004-2006 Ausbildung zum Heilpraktiker am Zentrum für Naturheilkunde München, 2006-2017 in eigener Praxis tätig mit dem Schwerpunkt Onkologie und Neuroinflammation, 2018-2019 Projektmanager am Bumrungrad Hospital Bangkok, Schwerpunkt Integrative Onkologie und Neurodegenerative Erkrankungen, seit 2020 Wissenschaftlicher Leiter der Firma Mitocare, München<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Juli 2023 (x1.326/...): >>Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist ein Ausdruck der Verachtung von Ehe und Familie

Die Debatte um die Abschaffung des Ehegattensplittings kommentiert Martin Reichardt, Mitglied im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, wie folgt:

"Die Vertreter der Altparteien vergießen Krokodilstränen, wenn es um die Bekämpfung von Kinderarmut geht. Alle scheinen der Kinderarmut den Kampf angesagt zu haben. Kinderarmut ist aber Familienarmut. Jeder, der für die Abschaffung des Ehegattensplittings ist, sorgt dafür, daß Familien ärmer werden.

Kein Ehepaar in Deutschland wird dadurch weniger Steuern zahlen. Ökonomen rechnen durch die Abschaffung des Ehegattensplittings mit Steuermehreinnahmen von gut 15 Milliarden Euro. Die Abschaffung des Ehegattensplittings ist ein Ausdruck der Verachtung von Ehe und Familie. Die Befürworter der Abschaffung wollen das, was die Ampel am besten kann: Steuern erhöhen und Menschen erziehen. Sie können es nicht ertragen, wenn Ehepartner selbst entscheiden, wie sie Familien- und Erwerbsarbeit untereinander aufteilen. Im Gegensatz zu der Ampel wollen wir Familien unterstützen. Deshalb fordern wir die Einführung eines Familiensplittings."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 12. Juli 2023 (x1.328/...): >>Diese zwei Minuten zeigen, wie man beim ZDF wirklich über Sie denkt

Das ZDF hat ein Loch in seiner Fassade. Da wird plötzlich klar: Die Sorgen und Nöte der Menschen - die man angeblich immer so gerne ernst nimmt - verachtet man in Wahrheit. Für Kritiker der Grünen und Autofahrer ist nur Haß da.

Jonas Aston

In der jüngsten Ausgabe der Satiresendung Die Anstalt ereignete sich ein handfester Skandal. Die Sendung widmete sich der gesellschaftlichen Spaltung. Die Schlußminuten der Sendung gehörten einzig und allein der Schriftstellerin Mely Kiyak. In diesen Minuten war es mit Scherzen, Ironie und Satire plötzlich vorbei und es wurde bitterernst. Kiyak selbst bezeichnete ihren Beitrag als "pastoral".

In den wenigen Minuten wurde Kiyak los, was ihr wohl schon lange auf der Zunge brannte. Der Tonfall war monoton, der Blick klar und jedes Wort wohl überlegt, wie ein vor ihr ausgebreiteter Zettel beweist. Der Beitrag zeigt wie im Brennglas und (fast) erfrischend ehrlich, wie man beim ZDF wirklich über den Normalbürger denkt.

Wer etwa die gegenwärtige Einwanderungspolitik kritisiert, betreibt "Kulturkampf-Gesabbel,

das auf ein nationalistisches fundamental-christliches" Weltbild baut. Andersdenkende würden "Menschenekel" verbreiten. Unter der Verbreitung von "Menschenekel" versteht Mely Kiyak gleichermaßen die Diskriminierung von Juden, wie auch die Kritik an Umweltschützern.

Für den Normalbürger hat sie nur Verachtung übrig

Konservative Positionen, die Ablehnung Habecks-Heizungsgesetz oder von Gendersprache hält Mely Kiyak schlicht für illegitim. "Was sind eure Werte?", fragt Kiyak kühl. Man wolle darüber hinwegtäuschen, daß man nach. "Was wäre das, wovon ihr sagen würdet das zeichnet mich aus, als Mensch, das beruhigt mich oder gibt Glück oder gibt Trost?", so die Schriftstellerin weiter. Wer nicht auf Linie ist, dem fehle es offenbar an charakterlicher Stabilität und einem Sinn im Leben.

Kiyak führt das Thema der Sendung, die Spaltung der Gesellschaft, völlig ad absurdum. Nie macht sie klar wen sie genau meint. Sie spricht nur von "ihr". Dabei ist es genau dieses Ihr-Wir-Denken bei dem die gesellschaftliche Spaltung anfängt. Wer von "Ihr" und "Wir" spricht, der sucht nicht den Kompromiß. Wer so spricht möchte sich abgrenzen und seine Andersartigkeit hervorheben.

Menschenekel

In dem Beitrag wird wie selten zuvor die Arroganz deutlich, welche man beim ZDF gegenüber großen Teilen der Bevölkerung an den Tag legt. In jeder Sekunde des Videos wird deutlich, daß sie sich rechten, konservativen, bürgerlich-liberalen oder wie auch immer sie die Menschen bezeichnen würde, an welche sie ihre Worte richtet, verachtet. Sie verachtet sie für ihre Ansichten und ihre angeblich ewiggestrigen längst aus der Mode gekommenen Meinungen.

Kiyak selbst hält sich für moralisch, charakterlich und intellektuell überlegen. Sie ist es, die auf Seite all jener steht, die unter Einsatz ihres Lebens aus Kriegsländern flüchten. Sie besitzt diese Weitsicht, kann sich selbst zurücknehmen und hilft den Schwächsten. Der kleingeistige Michel meckert hingegen, da er künftig etwas weniger Nackensteak essen soll und blendet dabei das große Ganze völlig aus. Ein Witz im Vergleich zu all dem Leid welches sich Tag für Tag auf der Welt abspielt.

So zumindest sieht es in der geistigen Welt von Kiyak aus. Mit ihrem Beitrag möchte Kiyak niemanden wachrütteln und niemanden überzeugen. Dafür ist ihr Tonfall zu kalt. Sie möchte schlicht ihren "Menschenekel" zum Ausdruck bringen. Für die Sorgen und Nöte des kleinen Mannes hierzulande kann sie kein Verständnis aufbringen und sich keinerlei Empathie abringen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Ampel zahlt Ahrtal-Fluthilfen nicht aus!**

Es ist wieder einer dieser Momente, bei denen man schlicht keine Worte mehr findet: Anstatt alles für eine bestmögliche Unterstützung der Flutopfer im Ahrtal zu tun, zahlt die Ampel-Regierung die dafür eingeplanten Gelder nicht aus. Die Mittel eines EU-Solidaritätsfonds mit einem Volumen von 612,6 Millionen Euro wurden nicht nach Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen weitergeleitet, sondern wurden für den eigenen Bundeshaushalt zur Zinsdekung verwendet.

Während die Menschen im Flutgebiet immer noch mit den verheerenden Folgen der Katastrophe kämpfen, zeigt ihnen die Scholz-Regierung die kalte Schulter. Auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), die in der Flutnacht ein erbärmliches Bild des Versagens abgab, zeigt bei der Verweigerung der Geld-Weiterleitung keinerlei Problembewußtsein. Und nicht vergessen: Ohne das Komplettversagen von Bundesregierung und Landeregierungen beim Katastrophenschutz wäre es gar nicht zu einer Katastrophe dieses Ausmaßes gekommen, viele in den Tod gerissene Menschen könnten noch leben.

Die Prioritäten werden eben falsch gesetzt. Es ist überfällig, daß einem funktionierenden Katastrophenschutz die nötige Aufmerksamkeit gegeben wird, anstatt Klima-Panik-Platitüden zu dreschen und Heizungen zu verbieten. Vor allem aber brauchen die Betroffenen im Ahrtal endlich die notwendige Unterstützung. Diese Menschen haben die Kaltschnäuzigkeit und Unfähigkeit der Ampel-Regierung nicht verdient!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 12. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Bis heute haben Sie für Gender-Lehrstühle, Macheten-Männer und Windräder gearbeitet!**

Es ist der 12. Juli 2023 - und bis zum heutigen Tag wird rein rechnerisch Ihr gesamtes bisheriges Jahreseinkommen vom Staat konfisziert. Denn laut Angaben des Deutschen Steuerzahler-Instituts (DSi) liegt die sogenannte Einkommensbelastungsquote für Arbeitnehmer-Haushalte bei durchschnittlich 52,7 %. Mehr als die Hälfte des Einkommens geht also an öffentliche Kassen! Doch während die Bürger immer mehr geschöpft werden, verschlechtern sich auch die im Gegenzug angebotenen staatlichen Leistungen - egal ob wir auf das marode Gesundheitssystem, auf den Zustand der Straßen oder auf die Schulen blicken.

Die Ampel setzt eben ihre ganz eigenen Prioritäten. Während der orientalische Sozialtourist in der Bürgergeld-Hängematte seinen lebenslangen Feierabend genießt, klingelt bei Kurt und Hans um fünf Uhr der Wecker, damit er bis zum heutigen Dienstag unzählige "Gender-Forscher", Macheten-Männer und LED-Lampen in marokkanischen Moscheen finanzieren kann. Schlimmer noch: Von dem, was er ab dem morgigen Mittwoch einnimmt, bleibt angesichts der aktuellen Inflationsrate immer weniger übrig.

Und die FDP? Macht keinen Mucks. Nur die AfD setzt sich dafür ein, daß wir in einem schlanken Staat leben, in welchem die Bürger endlich Luft zum Atmen haben und von ihrem Einkommen leben können. Deshalb: Schluß mit der CO2-Abgabe, Schluß mit Grundsteuer, Erbschaftssteuer und GEZ-Zwang! Auch die Mehrwertsteuer muß dauerhaft deutlich gesenkt werden. Man lasse sich dabei bloß nicht einreden, daß dies nicht refinanzierbar wäre. Die Milliarden und Abermilliarden, die jedes Jahr für EU, Massenzuwanderung oder Waffenlieferungen ausgegeben werden, zeigen sehr deutlich: Es wäre genug Geld für steuerliche Entlastungen vorhanden - man muß dafür nur die eigenen Bürger an die erste Stelle setzen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26525" berichtet am 12. Juli 2023 (x1.319/...): >>**Heiko Schöning: "Faktenchecker" werden von Geheimdiensten bezahlt**

... Heiko Schöning berichtet in einem Interview mit der investigativen Schweizer Internetplattform Hoch2 - der Wahrheit verpflichtet, daß viele sogenannte Faktenchecker von Geheimdiensten angeheuert und bezahlt werden. Sie arbeiten in Netzwerken und sollen Desinformationen und Diffamierungen verbreiten, um investigative Aufklärungsarbeit zu vereiteln.

Moderator: Herzlich willkommen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, zu unserem Hoch2-Interview. Heute konnten wir Heiko Schöning dazu gewinnen, mit uns ein Interview zu machen, und wir freuen uns sehr darauf. Heiko Schöning, willkommen bei Hoch2.

Heiko Schöning: Ja, herzlichen Dank. Herzliche Grüße auch in die Schweiz und ja, in den ganzen Süden von Europa.

Moderator: Dankeschön, Dankeschön. Steigen wir doch gleich ein. Und zwar, gestern gab es ein sogenanntes verdächtiges weißes Pulver im Büro von Robert Habeck, und das ist dort aufgetaucht, und das wurde so berichtet in den News und jetzt wollte ich gleich überleiten, weißes Pulver, haben wir das nicht schon mal gehört?

Heiko Schöning: Ja, in der Tat, das haben wir schon einmal gehört und zwar vor rund 20 Jahren, ein Anschlag unter falscher Flagge, und zwar waren es die Anthrax-Anschläge vom Herbst 2001. Da sind auch Briefe mit einem weißen Pulver ausgesendet worden an hochrangige Journalisten und hochrangige Parlamentarier, und da war tatsächlich eine echte Bio-

Waffe drin, ein Bakterium, Bakterium Anthracis, auch Anthrax genannt. Tja, deswegen ist das US-Parlament geschlossen worden. Das war so was wie der Reichstagsbrand 1933.

Moderator: Und wie würden Sie das jetzt beurteilen im Zusammenhang, das ist 20 Jahre her, ist das nicht einfach Zufall oder was steckt dahinter, daß etwas, das 20 Jahre her ist, jetzt plötzlich wieder weißes Pulver? Muß man sich da überhaupt Gedanken machen oder ist das einfach, halt, kann passieren?

Heiko Schöning: Ja, das wird sicherlich einen Hintergrund haben, denn es geht ja darum, Angst und Schrecken zu verbreiten. Auch daß diese Meldung jetzt so ausgebreitet worden ist, jetzt 2023, das ist ja schon halt wichtig. Und was waren denn diese Anthrax-Anschläge? Das war ein Anschlag vom US-Militär selber. Vor 20 Jahren, also 2001, wollte man noch dem Irak die Schuld in die Schuhe schieben mit Saddam Hussein und den Irak sofort angreifen. Wir erinnern uns, Colin Powell hatte so ein Röhrchen hochgehalten, 2003 noch im UN-Sicherheitsrat und das war gelogen. Ja, also weder der Irak war das, auch der ganze Irakkrieg war eben falsch, unter falscher Flagge.

Aber diese echte Biowaffe, die kam vom US-Militär selber, das ist zugegeben auch. Und genau darüber habe ich ein ganzes Buch geschrieben, denn es wurde ein Einzeltäter dann später benannt und ich konnte nachweisen, daß dieser Einzeltäter eben nicht allein gehandelt hat, plus nochmal, dieser Einzeltäter hat auch keinen Selbstmord mit Paracetamol gemacht. Und das zieht einfach weitere Kreise. Und wenn wir heute hören, wieder weißes Pulver in Briefen, ja, dann soll wieder genau an so was erinnert werden, Achtung, Achtung, jeden kann es treffen und Panik versetzen. Kurz gesagt, die Anthrax-Anschläge von 2001, das war so eine Panik, Anthrax, Anthrax, Anthrax, sowie Corona, Corona, Corona. Und tatsächlich, ja, Biowaffen sind im Kommen.

Moderator: Darüber haben Sie ja auch einen Vortrag gemacht, letztes Jahr, Ende letztes Jahr, das Zeitalter der Biowaffen hat begonnen und würden Sie sagen, seit jetzt dem Vortrag, zeigt alles in die Richtung, wie Sie sich das vorgestellt hatten?

Heiko Schöning: Ja, leider bewahrheitet sich das. Es ist ja auch so, daß ich die Corona-Pandemie vorhergesagt habe und das ist eben ausgestrahlt worden in einem langen Interview im September 2019, also vor Corona, denn die gleichen Verbrecher, die die Anthrax-Anschläge vertuscht haben von 2001, die sind auch in den Corona-Verbrechen drin und deswegen konnte ich das vorhersagen, deswegen war das so wichtig. Und ja, richtig, wie ich jetzt diesen Vortrag gehalten habe, das Zeitalter der Biowaffen hat begonnen, da hat sich jetzt einiges eben schon bewahrheitet dabei und wir sehen, daß medial so Panik Stück für Stück geschürt wird.

Es ist jetzt auch durch einen Zwischenfall im Sudan, in Afrika auch ganz hoch gepusht worden, weil dort Rebellen ein Biolabor übernommen hatten. Wir haben auch gehört, daß Biowaffenlabore in der Ukraine und umgebende Staaten auch mit Hilfe der Amerikaner gebaut worden sind und betrieben worden sind, das ist tatsächlich zutreffend und kurz gesagt ist es einfach so, wir kennen so ABC-Waffen, Atomwaffen, Chemiewaffen, aber die B-Waffen sind genauso mächtig und genauso schlimm, also die biologischen Waffen sind so schlimm wie die A- und die C-Waffen, nur es war technisch noch nicht möglich. Aber genau dort, an diesem technischen Fortschritt stehen wir heute und deswegen ist das sehr, sehr bedrohlich, wenn man schaut, welches organisierte Verbrechen dahintersteht.

Moderator: Vielleicht gleich dazu, ich meine, das sind die aktuellen Fälle, die gerade laufen und soviel ich weiß, sind Sie nicht, Sie werden nicht müde weiter zu recherchieren, was sind denn die aktuellen Themen, die Sie gerade am anschauen sind oder am tiefer anschauen sind?

Heiko Schöning: Ja, also die Warnung vor den Biowaffen und vor einem Biowaffenanschlag unter falscher Flagge, zum Beispiel, einer von vielen Möglichkeiten, daß eine ausgedachte Terroristengruppe Biowaffen nimmt und dann halt große Panik verbreitet und dann wird wie-

der Lockdown gemacht und Zugangsbeschränkungen und vieles, vieles mehr, das ist tatsächlich in Vorbereitung. Die ganzen Details auch dazu sind halt auch in dem Buch Game Over auch tatsächlich abgebildet, daß man sieht, wer sind diese Leute?

Da geht die Recherche natürlich weiter, weil diese Corona-Pandemie, drei Jahre halt, eine solche Welle wird wiederkommen. Das ist so daran, wo ich natürlich hauptsächlich arbeite, aber wenn Sie sagen ganz aktuell, dann hat es mich jetzt mitgenommen, daß ein Mitstreiter, ein Arzt aus den USA, ein Corona-Aufklärer jetzt gestorben ist. Dr. med. Rashid Buttar aus den USA und er sagte selbst, er ist vergiftet worden. Ich habe da Fotos und Details auf meinem Telegram-Kanal, Heiko Schöning offiziell, auch dazu veröffentlicht. Aber das ist halt wirklich das Schlimme, Rashid Buttar ist tot und er sagte selbst, er ist vergiftet worden.

Moderator: Tragisch. Soviel ich weiß, haben Sie ja Dr. Rashid Buttar anlässlich eines Filmprojekts kennengelernt. Wollen Sie darüber mehr erzählen?

Heiko Schöning: Ja, richtig. Wir haben zusammen einen großen Dokumentarfilm mit erstellt, The Big Reset Movie, das kann man auf der Webseite thebigresetmovie.com, kann man den in drei Sprachen schon sehen, in Englisch, Spanisch und Französisch und auch eine deutsche Version, also synchronisiert auch, ist auch verfügbar, zum Beispiel auf dem Kanal BitChute kann man das sehen. Und dort in diesem Dokumentarfilm, da sagen wir zusammen auch mit dem Nobelpreisträger Luc Montagnier, wie das eben mit der Corona-Panik abgelaufen ist und es sind sehr viele wichtige Details dort, die auch heute noch und auch für die Zukunft absolut wissenswert sind.

Moderator: Ja, vielleicht gleich dazu, wenn ich mich recht erinnere, kommt ja dann im Film auch die Bilderberger Gruppe vor und da habe ich noch was gefunden dazu und zwar, ich glaube, Sie haben darüber kurz gesprochen, weil es im gleichen Hotel stattgefunden hat, das Treffen, das Sie gehabt haben, aber die Bilderberger Gruppe, die trifft sich jedes Jahr, erst gerade kürzlich wieder und da werden die Themen besprochen, die dann in dem folgenden Jahr wirklich aktuell sind in den Medien und in der Politik und das ist jetzt zweimal ausgefallen wegen der Pandemie.

In 2022 fand es wieder statt, da war auch das Thema unter anderem, wie man damit umgeht mit der Post-Pandemie, also mit dem ganzen Gesundheitssystem, also da wurde die Gesundheit noch spezifisch angesprochen, jetzt im diesjährigen wird nichts besprochen von Bioterrorismus, es wird auch nichts besprochen von Gesundheitsmaßnahmen oder Themen, jedoch gibt es eine ominöse, sage ich mal, ein ominöses Thema, das heißt "transnationale Gefahren" und wenn man das tiefer dann anschaut, dann kommt da drin wirklich als Beschreibung, wenn man das sucht, kommt dann vor, ja Terrorismus, Themen mit Pandemie und Gesundheit, Cyber Security, heißt das vielleicht, daß Sie uns nicht wissen lassen wollen, daß genau diese Themen trotzdem immer noch aktuell sind und besprochen werden?

Heiko Schöning: Ja, Sie haben es eigentlich gerade halt auch zitiert dazu, das ist eigentlich nur in anderen Worten, denn wie Sie das ja gerade gesagt haben, auf dieser Bilderberg-Konferenz, transnationaler Terrorismus, das ist weltweiter Terrorismus, nichts anderes, ja und dann halt Pandemie, da haben wir das biologische, medizinische Thema, also Bioterrorismus und es ist ganz klar, das Thema Biosicherheit, Biosecurity, Bioterror, Bioterrorismus, also Bioterror, das wird von diesen Oligarchen vorbereitet und auch besprochen und ja, Sie haben da völlig richtig recherchiert, Dr. Rashid Buttar und ich, wir waren halt in dem Bilderberger Hotel in Spanien 2021, wo die Bilderberger 2010 sich getroffen hatten, auch übrigens mit dem deutschen Finanzminister Olaf Scholz, ja, oder der war noch nicht mal Finanzminister da und ist dort eben gecastet worden, in diesem Hotel in Sitges, Spanien, denn wir erklären auch in diesem Dokumentarfilm, The Big Reset Movie, was es mit den Bilderbergern auf sich hat und deswegen kann ich diesen Film da nur sehr, sehr empfehlen und es war schon etwas halt eigenartig, im gleichen Hotel zu sein, wo Olaf Scholz, damals hatte er kein Amt außer der Vize-

Vorsitzende der SPD, wie der halt dort halt, ja, gecastet worden ist und jetzt ist er Finanzminister und Kanzler geworden. Nun ja, so sind tatsächlich die Machtstrukturen und wie gesagt, die Details sind halt im Buch auch wirklich nachlesbar und viel mehr in die Tiefe als das, was wir jetzt in einem Interview machen können.

Moderator: Ja, auf jeden Fall, also gerade wenn wir von Ihrem Buch sprechen, Game Over (Covid-19, Anthrax-01) und immer wieder interessant, wenn man ja ein Interview von Ihnen sieht oder eben sei es auch ein, das Buch, das herausgegeben wird, da folgen Ihnen ja auf Schritt und Tritt die Faktenchecker und da hört man dann auch immer natürlich auch Kritik, daß irgendwas nicht stimmt und daß man da das nicht so genau und man springt zu Schlüssen, die nicht da sind. Jetzt im Buch selbst habe ich nachgeschaut, die Quellenangabe: 351 Quellenangaben für alles, was im Buch recherchiert wurde. Wie reagieren Sie auf diese Kritik?

Heiko Schöning: Ja, mit Gelassenheit und auch mit Schmunzeln, denn diese Faktenchecker, das sagen wir auch in diesem Dokumentarfilm, das sind meistens ganz junge Leute, die dort benutzt werden und das ist ein internationales Netzwerk, was von Geheimdiensten tatsächlich mitbezahlt wird, diese Faktenchecker, die eigentlich nur halt Desinformation und Diffamierung ausbreiten sollen. Und wie schlecht die Qualität ist, sieht man halt daran, daß diese Faktenchecker zuletzt jetzt gesagt haben, ich hätte bei einem Vortrag einer Rede in der Schweiz, hätte ich diesen Mann halt genannt und das ist Michael A. McManus und der ist Vizepräsident von Pfizer und Direktor von Novavax.

Und da haben die Faktenchecker gesagt, das stimmt gar nicht, der ist gar kein Direktor von Novavax, aber mit dem Screenshot von der Website, wir haben das natürlich gesichert, bevor es gelöscht worden ist, können wir natürlich nachweisen, ja, dieser Mann war nicht nur Vizepräsident von Pfizer, sondern auch Direktor der Impfstofffirma Novavax.

Und warum ist das so wichtig? Denn Michael A. McManus ist ein Waffen- und Drogenhändler und so klar, so einfach ist es. Und ich kann ihm die ganzen Drogendelikte und die Verstrickungen eben halt auch nachweisen und da gibt es auch Gerichtsakten in den USA auch entsprechend dazu. Und der hat sogar auch Kampfhubschrauber in ein Kriegsgebiet auch verschifft und war mit dabei. Na ja, und das ist derjenige, der jetzt den Impfstoff herstellen läßt, Pfizer und Novavax. Und da wollen natürlich sozusagen diese Faktenchecker versuchen gegen anzugehen, aber wir können es tatsächlich nachweisen.

Moderator: Kann man sich dann noch schützen, obwohl man jetzt da nicht mitmacht, was alles passiert? Oder muß man jetzt eben mitmachen und sich einsperren? Was ist Ihre Beurteilung? Wie kann man aus dieser Angst herauskommen und weiterhin aktiv bleiben in eine gute Richtung?

Heiko Schöning: Ja, als Arzt kann ich da nur sagen, das Beste ist, authentisch zu sein. Das heißt auch, seine Ängste auch zu leben, auch auszusprechen, auch damit umzugehen. Wenn man die Möglichkeit hat, mit anderen Menschen halt auch darüber zu sprechen, mit der Familie, mit Freunden oder auch auf Demonstrationen zum Beispiel zu gehen oder Spaziergänge mit anderen und Informationen dabei austauschen, das hilft. Das andere Wichtige ist es auch, in die Natur zu gehen und ein bißchen auch durchzuatmen und sich natürlich gesund zu ernähren. Das sage ich immer.

Und auch da einfach persönlich in der Balance zu bleiben. Die Sachen sind bedrohlich, aber, das ist ganz wichtig, Sachen, die man nicht versteht, die sind viel bedrohlicher und viel belastender. Und das setzt unter Streß. Das Immunsystem wird runtergeregelt. Man wird da anfälliger für Krankheiten bis zum Krebs. Also Unwissenheit ist wirklich ein Faktor, der krankmacht.

Und deswegen kann ich alle nur einladen, sich eher mit den Sachen auseinanderzusetzen, wie jetzt auch halt Bioterrorismus unter falscher Flagge, welches einfach leider vorgeplant wird, um sich dann nicht eben so überraschen zu lassen, so wie wir das in den letzten drei Jahren

mit der Corona-Pandemie hatten, mit dieser gefälschten Pandemie. Und nochmal: Ich habe das vorhergesagt. Wir hätten so viele Tote, so viel Leid ersparen können, hätten mehr Leute halt drauf gehört. Kurz gesagt nochmal, gesund ist einfach, ja, wenn man gerade, authentisch, ehrlich ist und Wissen schützt.

Moderator: Danke vielmals, Heiko Schöning, für das Interview. Da danken wir und sicher auch viele unserer Zuschauer Ihnen für diese Arbeit.

Heiko Schöning: Gern geschehen.

Moderator: Herzlichen Dank fürs Zuschauen und auf bald bei Hoch2.<<

13.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2023:

>>Gender-Sprache: "Bonusloch" statt "Vagina"

Von *Karel Meissner*

In England schlug die Wohltätigkeitsorganisation Jo's Cervical Cancer Trust vor: Ärzte sollten die Vagina künftig als "Bonusloch" bezeichnen, um transsexuelle oder nicht-binäre Patientinnen nicht zu beleidigen.

Politisch korrekte Gender-Sprache: "Bonusloch" statt "Vagina"

In England schlug die Wohltätigkeitsorganisation Jo's Cervical Cancer Trust vor: Ärzte sollten die Vagina künftig als "Bonusloch" bezeichnen, um transsexuelle oder nicht-binäre Patientinnen nicht zu beleidigen.

Ein weiterer Vorschlag lautete: "vorderes Loch".

Laut Daily Mail fanden zahlreiche Frauenrechtlerinnen diese Vorschläge als "frauenfeindlich" und als "völlig entmenschlichend". (Frage: Worin besteht eigentlich der "Bonus" beim "Bonusloch"?) ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 13. Juli 2023 (x1.326/...): >>Manfred Weber treibt die Deindustrialisierung selbst voran

Im Europaparlament wurde ein Naturschutzgesetz gegen die Stimmen der Europäischen Volkspartei beschlossen, der die CDU und CSU angehören. EVP-Chef Manfred Weber hatte in der Debatte um das Gesetz die "Deindustrialisierung" beklagt und nach der Abstimmung der Klima-Lobby einen starken Einfluß auf die europäische Politik vorgeworfen.

Prof. Dr. Harald Weyel, stellvertretender Schatzmeister der Alternative für Deutschland, kommentiert wie folgt:

"Die CDU/CSU trägt maßgeblich zur Deindustrialisierung Europas bei: durch ihre Klimapolitik à la Greta, den Selbstmordsanktionen, dem Atomausstieg und dem Verbrennerverbot. Jetzt beschwert sich ausgerechnet CSU-Mann Manfred Weber über die Deindustrialisierung, die er selbst vorantreibt."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. Juli 2023: >>EU: Bei Aufständen die Netzwerke sperren

Von *Karel Meissner*

Thierry Breton, demokratisch nicht legitimierter EU-Digitalkommissar, präsentiert neue Regelungen: Im Falle sozialer Unruhen darf die EU digitale Netzwerke sperren.

Schon im vergangenen Jahr hatte sich EU-Digitalkommissar Thierry Breton als lupenreiner Freund der Meinungsfreiheit geoutet. Als Elon Musk den Nachrichtendienst Twitter übernahm, stellt er klar:

"Der Vogel fliegt nach unseren Regeln".

Entweder verschärfe Musk seine liberale Regulierung oder es drohen Milliardenstrafen, vielleicht sogar die Abschaltung seines Sozialen Mediums in Europa. Auch Tik Tok erhielt eine ähnliche Drohung, falls es den Sommer-Regel-Katalog der Digital Services Act (DSA) nicht umsetze. Diese Gesetze, die ab Sommer 2023 greifen sollen, böten nämlich "wirkungsvolle

Instrumente, um die Verbreitung von Lügen und Haß einzudämmen".

Dabei geht es freilich weniger um die Verhinderung von Haß (den dürfen Mainstreamer weiterhin ungehemmt verbreiten). Vielmehr soll Kritik an den Herrschafts-Narrativen abgewürgt werden. Das beweist die aktuelle Drohung Bretons:

Die EU-Kommission (übrigens von keinem Bürger gewählt und folglich ohne demokratische Legitimation) könne bei sozialen Unruhen künftig den Zugang zu Netzwerken wie Twitter, Tik Tok, Instagram, Facebook, Youtube komplett sperren lassen. Der DSA macht's möglich. Gegenüber dem Sender France Info ließ Breton die EU-Untertanen wissen:

"Wenn es haßerfüllte Inhalte gibt, Inhalte, die beispielsweise zum Aufstand oder zum Töten oder zum Anzünden von Autos aufrufen, sind die Plattformen verpflichtet, diese zu löschen. Wenn sie dies nicht tun, werden sie sofort sanktioniert."

Aufruf zum Töten ist ohnehin und zu Recht strafbar. Aber Appell zum Aufstand, das hätte in der Vergangenheit sowohl die Gelbwesten als auch die Querdenker-Demos betroffen. Dabei waren die sozialen Netzwerke keineswegs zimperlich: So löschte Facebook den COMPACT-Account, weil wir zur Teilnahme an den Querdenker-Demos im August 2020 aufgerufen hatten. Aber das geht Breton scheinbar nicht weit genug.

Und ja, man verfüge über ein gehorsames Techniker-Team, das solche Einschränkungen sofort durchziehen könne. Für Tik Tok kündigte der Online-GröFaZ einen baldigen Streßtest an: Der solle zeigen, ob das Unternehmen zur Umsetzungen der Vorschriften befähigt sei. Twitter hat diesen Test bereits absolviert, Meta will sich ihm noch in diesem Monat unterwerfen.<<

14.07.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. Juli 2023 (x1.322/...): >>>Extrem unterschiedliche Chargen des "Covid-Impfstoffs" - von enormen Nebenwirkungen bis Placebos

Von *H. W. Ludwig*

Wie kommt es, daß die allermeisten Menschen nach der "Covid-Impfung" keinerlei ernste Nebenwirkungen haben, ein bei Impfungen noch nie verzeichneter Teil aber - ohne Vorerkrankungen - erhebliche oder schwere bis tödliche Schäden erleidet? Auf extrem unterschiedliche Chargen (Produktionseinheiten), im Allgemeinen unwahrscheinlich, haben 2021 bereits amerikanische Forscher aufmerksam gemacht. Dies wurde durch eine am 30. März 2023 veröffentlichte Untersuchung dreier dänischer Wissenschaftler von der Uni Kopenhagen bestätigt. Fünf deutsche Wissenschaftler haben sich damit gründlich auseinandergesetzt und ihre Analysen öffentlich bekannt gemacht. Der Verdacht liegt nahe, daß die Sache System hat.

The Epoch Times berichtete am 7. Juli 2023, daß eine Gruppe von fünf deutschsprachigen Wissenschaftlern seit anderthalb Jahren öffentlich die Qualität und Sicherheit der Corona-Spritzen hinterfragen. Zwei von ihnen, Dr. Gerald Dyker, Professor für organische Chemie an der Ruhr-Universität Bochum, und Dr. Jörg Matysik, Professor für analytische Chemie an der Universität Leipzig, traten kürzlich erneut an die Öffentlichkeit.

In der Video-Sendung Punkt.Preradovic der Journalistin Milena Preradovic diskutierten sie über Unterschiede in den "Impfstoff-Chargen". Ihr Ausgangspunkt war die genannte dänische Studie, die enorme Schwankungen bezüglich der Nebenwirkungen verschiedener Chargen des Corona-Wirkstoffs von Pfizer-BioNTech zeigte. Dies wird hier graphisch dargestellt:

Verdachtsfälle von Nebenwirkungen der Impfstoffchargen in Dänemark von 27.12.2020 bis 11.01.2022. Jeder Punkt markiert eine Charge.

Die Abbildung erfaßt über 40 Impfstoffchargen, die in Dänemark gespritzt wurden. Auf der (horizontalen) x-Achse sind die Zahlen der verabreichten Dosen markiert; auf der Y-Achse erscheinen in Abhängigkeit davon die Mengen der Nebenwirkungen, die von den Forschern in drei Gruppen farblich hervorhoben sind.

Zusammenfassung der Nebenwirkungen nach Impfstoffchargen in Dänemark:

Erklärung der Graphiken:

Die "grünen" Chargen weisen ein mäßiges oder mäßig hohes Maß an unerwünschten Nebenwirkungen auf. Wie Prof. Dyker erklärte, seien diese Chargen in Dänemark am meisten verwendet worden. So seien aus einer einzelnen Charge (der grüne Punkt ganz rechts) über 800.000 Dosen verabreicht worden, die etwa 2.000 Verdachtsfälle mit unerwünschte Nebenwirkungen mit sich gebracht hätten.

Das bedeute, daß in der gesamten Gruppe mit einer Nebenwirkung pro 400 Dosen zu rechnen sei. "Das ist nicht wenig, wenn man das vergleicht mit dem, was wir sonst von Gripeschutzimpfungen kennen", sagte Prof. Dyker.

Insgesamt fielen über 60 Prozent aller verabreichten BioNTech-Dosen in Dänemark in die grüne Gruppe.

Die "blauen" Chargen seien offensichtlich mit einer außerordentlich hohen Anzahl von unerwünschten Nebenwirkungen verbunden. Wie Prof. Dyker feststellte, seien in Dänemark von keiner der blauen Chargen mehr als 80.000 Dosen verabreicht worden. Möglicherweise seien diese besonders schlechten Chargen von den Gesundheitsbehörden stillschweigend vom Markt genommen worden.

Dennoch habe es in einzelnen dieser Chargen bis über 8.000 gemeldete unerwünschte Nebenwirkungen gegeben.

Insgesamt ergebe sich in allen blauen Chargen eine Melderate von einer unerwünschten Nebenwirkung pro elf Dosen. Prof. Dyker erklärte jedoch, daß einige der blauen Chargen sogar mit einer Melderate von 1:6 verbunden seien.

Und während weniger als fünf Prozent der verabreichten Dosen aus blauen Chargen stammten, verzeichneten die dänischen Forscher darin fast 71 Prozent aller Nebenwirkungen und knapp die Hälfte der 579 erfaßten Todesfälle.

Die "gelben" Chargen schließlich liegen im Diagramm ausschließlich auf oder nahe der Nulllinie. Nach Prof. Dykers Berechnungen umfassen die gelben Chargen gut 30 Prozent aller Impfdosen. Einzelnen Chargen entstammen dabei fast eine halbe Million Dosen, allerdings gab es bei diesen buchstäblich keine unerwünschten Ereignisse. - Oder wie Dyker es ausdrückt, "böse Zungen würden anmerken, so würden auch Placebos aussehen."

Qualitätskontrolle?

Nach den beiden Professoren schein nur eine einzige - die erste - der harmlosen "gelben" Chargen vom hier zuständigen Paul Ehrlich Institut (PEI) überhaupt einer Qualitätskontrolle unterzogen worden zu sein. Prof. Dyker wies darauf hin, daß das dem Bundesgesundheitsminister unterstehende Institut dagegen alle sehr schlechten "blauen" Chargen und die überwältigende Mehrheit der nicht so schlechten "grünen" Chargen getestet und zugelassen habe. Alle Weiteren hätten den Prozeß offenbar nicht durchlaufen. So als ob das PEI im Voraus gewußt hätte, daß diese Chargen unproblematisch waren, erklärte Prof. Dyker. "Das würde den Anfangsverdacht unterstützen, daß es sich vielleicht tatsächlich um so etwas wie Placebos handelt."

Oder, wie es die deutschen Professoren zusammenfaßten: Die guten waren schlecht (grün), die schlechten waren sehr schlecht (blau), und die sehr guten waren Kochsalzlösung (gelb).

Die Frage, wer die Chargen freigegeben habe, konnte Dyker nicht beantworten. Die Antwort des PEI stehe aus.

"Tödliche Chargen" seit Ende 2021 bekannt

Epoch Times berichtet in ihrem Artikel, sie habe sich bereits im Januar 2022 bezüglich der "Häufung von Verdachtsfällen auf Nebenwirkungen bei bestimmten Impfstoff-Chargen" an verschiedene Einrichtungen gewandt. Grundlage der Recherche seien die Veröffentlichung der Website www.howbadismybatch.com gewesen. Diese wiederum beruhten auf Auswertungen der amerikanischen VAERS-Daten. Darin habe Craig Paardekooper, Softwareentwickler aus

London, mehrere "tödliche Impfstoffchargen" identifiziert, deren Chargennummern er auf der Webseite veröffentlicht habe.

Bereits Ende 2021 habe er berichtet, daß ausweislich der VAERS-Informationen fünf Prozent aller Chargen für 95 Prozent der beobachteten schweren und schwersten Nebenwirkungen in den USA verantwortlich seien.

Darauf angesprochen, habe es vom PEI in einer E-Mail vom 7. Januar 2022 geheißen: Diese Daten müßten "aufwendig extrahiert und zusammengestellt werden". Das sei insbesondere in der damaligen Situation nicht möglich. "Häufungen von Verdachtsfallmeldungen würden aber auffallen und dem würde nachgegangen."

Von Seiten der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) habe es im selben Zusammenhang auf mehrmalige Nachfrage geheißen: "Sicherheitssignale im Zusammenhang mit Chargen sind äußerst selten. Die EMA hat bisher bei keinem der COVID-19-Impfstoffe chargenbezogene Probleme gesehen oder bestätigt, obwohl Hunderte Millionen Dosen verabreicht wurden."

Im Rahmen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur sogenannten Soldaten-Impfpflicht im Sommer 2022 habe der federführende Anwalt Wilfried Schmitz vom PEI ebenfalls wissen wollen, ob man die Website von Paardekooper kenne. Vom anwesenden Sachverständigen des PEI sei das erneut verneint worden.

Epoch Times habe anlässlich der jüngsten Entwicklung Pfizer/BioNTech sowie PEI und EMA erneut um Stellungnahme gebeten. -

Man darf auf die ausweichenden Antworten gespannt sein.

Ist das Ganze nicht mehr als merkwürdig? Die Indizien zu einem globalen systematischen Vorgehen des "Eliten-Netzwerks" werden immer breiter.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juli 2023: >>**Göring-Eckardt: Viele Ostdeutsche wollen einen Führer**

Von S. Hofer

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) verriet dem Tagesspiegel, daß Osis noch immer nicht die Demokratie gelernt hätten: "Vielleicht sind die irgendwo in der Diktaturverherrlichung hängen geblieben, weil dort jemand anderes für sie alles lösen mußte."

Grüne Bundestagsvizepräsidentin: Ostdeutsche wollen einen Führer!!

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) verriet dem Tagesspiegel, daß Osis noch immer nicht die Demokratie gelernt hätten: "Vielleicht sind die irgendwo in der Diktaturverherrlichung hängen geblieben, weil dort jemand anderes für sie alles lösen mußte.",

Die Ostdeutschen sollten sich gefälligst fragen, was sie "ohne diese Freiheit" wären:

"Zum Teil wollen sie aber einfach eine starke Führungsperson, die sagt, wo es hingehet und wohinter man sich einsortieren kann"

- unterstellt die Grünen-Politikerin und fügt herablassend hinzu: Sie könne verstehen, "daß Leute sich überfordert fühlen, deswegen muß man aber keine rechtsradikale Partei wählen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 14. Juli 2023 (x1.329/...):

>>**Zahl der Firmenpleiten nimmt drastisch zu**

Im Juni sind 1.050 Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland pleite gegangen. Das sind 16 % mehr als im Mai und 48 % mehr als im Juni des vorigen Jahres.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland ist im Juni stark angestiegen. Insgesamt zählten die Forscher des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) 1.050 Pleiten von Personen- und Kapitalgesellschaften. Das sind 16 % mehr als im Mai und 48 % mehr als im Juni des vorigen Jahres.

Damit lag die Zahl der Insolvenzen im Juni 11 % über dem Durchschnittswert für den Monat Juni in den Jahren 2016 bis 2019. Zuletzt lag die Zahl der im IWH-Insolvenztrend erfaßten Personen- und Kapitalgesellschaften im Juni 2016 höher. Die hohe Zahl der Insolvenzen im Juni setze zum einen den Trendanstieg der letzten zwölf Monate fort, sei aber teilweise auch

durch die hohe Zahl an Werktagen im Juni zu erklären, sagt Steffen Müller, der am IWH die Abteilung Strukturwandel und Produktivität sowie die dort angesiedelte Insolvenzforschung leitet. "Die Frühindikatoren des IWH lassen für die kommenden Monate wieder einen leichten Rückgang der Insolvenzzahlen erwarten."

Schließungen großer Arbeitgeber führen zu hohen und dauerhaften Lohnverlusten bei den Beschäftigten. Die Analyse des IWH zeigt, daß in den größten 10 % der Unternehmen, deren Insolvenz im Juni gemeldet wurde, ca. 15.400 Arbeitsplätze betroffen waren. Das ist der höchste Wert seit August 2020.

Die Zahl der betroffenen Beschäftigten in den größten 10 % der Unternehmen liegt damit im Juni 40 % über dem Durchschnittswert für den Monat Juni in den Jahren 2016 bis 2019. Im ersten Halbjahr 2023 waren mit 64.000 Beschäftigten ein Drittel mehr Menschen in großen Unternehmen von Insolvenz betroffen als im Mittel der Jahre 2016 bis 2019. "Das erste Halbjahr 2023 war vergleichsweise stark von Insolvenzen betroffen," faßt Müller zusammen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Juli 2023: >>**Merkel hat die Haare unfaßbar schön: Für 60.000 Euro auf Kosten der Steuerzahler!**

Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat nach dem Ausscheiden aus dem Amt kosmetische Leistungen wie Friseur und Make-up im Wert von knapp 60.000 Euro in Anspruch genommen - auf Kosten der deutschen Steuerzahler! Das mußte das Bundeskanzleramt jetzt auf Nachfragen des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner einräumen, nachdem zunächst weder die Regierungszentrale noch das Merkel-Büro Angaben zu den diesbezüglichen Kosten gemacht hatten (der Deutschland-Kurier berichtete).

Allein im Jahr 2022 betrugen die Gesamtkosten für das Beauty-Programm der Altkanzlerin inklusive Reisekosten einer Visagistin stolze 39.780,97 Euro - mithin durchschnittlich 3.315 Euro monatlich! Im laufenden Jahr 2023 summierten sich die Kosten nach Auskunft der Bundesregierung bereits auf mehr als 17.000 Euro.

Zum Vergleich und der guten Vollständigkeit halber: Die reguläre Altersrente von Frauen lag 2021 im Schnitt bei 856,05 Euro (Männer 1.203,53 Euro). Merkel kassiert laut "Bild" eine Altersversorgung von rund 15.000 Euro/Monat. Offenbar deutlich zu wenig, um davon Frisör und Make-up bezahlen zu können!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. Juli 2023: >>**Drei Jahrzehnte als Chefarzt in deutschen Kliniken - eine Bilanz**

Ein Gastbeitrag des niedersächsischen AfD-Landtagsabgeordneten *Jozef Rakicky*.

Von Mittelklassewagen, Gelddruckmaschinen und Ärzten aus dem Nahen Osten: Der Krankenhausarzt und AfD-Politiker Jozef Rakicky hat Höhen und Tiefen des deutschen Gesundheitssystems hautnah erlebt

Als ich in den 80er Jahren in Deutschland meine erste Assistenzarzt Stelle antrat, war ich fasziniert von dem akademischen Geist und der ethischen Begeisterung meiner Kollegen, denen das Streben nach immer mehr Wissen und "best practice" für ihre Patienten über Alles ging. Die Schattenseiten waren ein zunehmendes "Überangebot" junger Ärzte. Mit zehn bis zwölf Stunden Arbeitszeit auf Kosten der Familie und Freizeit hatten sie sich in eine Art moderne Sklaverei begeben. Sie absolvierten Fortbildungen bis tief in die Nacht und am Wochenende. Hinzu kamen kurzfristige befristete Verträge und jahrelanges Warten auf Weiterbildungsstellen im Pflichtfach.

Wer pünktlich Feierabend machte, öfter krank geworden war oder dem Professor mißfiel, hatte nichts mehr zu lachen und meistens auch keine fachlich-berufliche Zukunft. Die niedergelassenen Kollegen gleicher Fachrichtung vor Ort und die Hausärzte waren ein wichtiges Korrektiv. Sie bewerteten die Behandlung ihrer Patienten.

Kritisch begutachteten sie die Qualität der Behandlungsberichte, die nie vom Chefarzt persönlich, sondern von den Oberärzten unterschrieben wurden. Wichtige Entscheidungen über Be-

handlung der Patienten wurden manchmal mehrmals diskutiert und abgewogen. Das Wohl des Patienten war oberstes Gebot.

Die Behandlungszeit im Krankenhaus wurde nur durch die Heilung des Patienten bestimmt. Die Ärzte prägten den gesamten Krankenhausbetrieb und die Chefärzte prägten ihr berufliches Leben lang ihre Fachabteilungen. Die niedergelassenen Kollegen fuhren Nobelkarossen und die Krankenhausärzte, mit Ausnahme der Klinikchefs, meistens Mittelklassewagen. Medikamentenmangel, Pflegemangel, Ärztemangel - alles ein Fremdwort.

Schritt für Schritt begann es sich zu ändern. Den Anfang machte die Einführung der DRG-Fallpauschalen im Jahr 2004 durch die damalige sozialdemokratische Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (auch die Praxisgebühr geht auf ihr Konto). Noch stärker kamen Patienten und Ärzte in der Ära Merkel unter Druck. Ökonomie statt Medizin beherrschte zunehmend die Krankenhäuser und machte auch das Leben der niedergelassenen Ärzte schwer.

Krankenhäuser wurden zu Gelddruckmaschinen. Gnadenlose Gesundheitskonzerne kauften die finanziell schwächelnden aber medizinisch und menschlich tadellosen Kommunalkrankenhäuser auf. Zuerst wurden in allen Bereichen die Personalzahlen auf ein eben noch funktionsfähiges Minimum gebracht, die Abläufe gestrafft, Druck erhöht und nur in das investiert, was schnelles Geld in Form von Erlösen versprach.

Vorbei die Zeiten, in denen das Wohl des Patienten über die Dauer des Krankenhausaufenthaltes entschied. Vorbei auch die sorgfältige Abwägung, ob abwarten ratsamer ist als eine invasive und potentiell gefährlichen Untersuchung oder sogar gleich eine radikale Behandlung vorzunehmen. Eine Untersuchung der Herzkranzgefäße bringt mehr Erlös als eine Fahrrad-Ergometrie. Ein Gelenkersatz ist lukrativer als eine konservative Behandlung. Gleiches gilt für den Einbau eines Schrittmachers. Er gehört heute neben neuen Gelenken fast zur Allgemeinausstattung unserer Bevölkerung jenseits der 70.

Dazu muß alles sehr schnell geschehen. Jeder Tag im Krankenhaus kostet dem Betreiber Geld. Sein Gewinn ist natürlich höher, wenn der Patient nach drei Tagen entlassen wird und nicht erst nach fünf Tagen.

Die Entscheidungen sind schnell zu treffen und schnell umzusetzen, sonst wird in den regelmäßigen Leistungs-Vergleichsaufstellungen - sie messen, wieviel Geld ein Arzt fürs Krankenhaus verdient - der imaginäre Finger gehoben, und wenn sich das nicht bald bessert, schnell ein Personalwechsel egal, auf welcher ärztlicher Ebene vollzogen.

Der Arzt ist im Krankenhaus zu einem kleinen Rädchen in einer Geldmaschine geworden und wird ebenso behandelt. Die Folge: 80.000 deutsche Ärzte arbeiten mittlerweile in der Schweiz, viele auch in den skandinavischen Ländern, in der Pharmaforschung oder in der Industrie. Seit fast 20 Jahren kann ich mich nicht an die Bewerbung eines deutschen Arztes für meine Abteilung erinnern.

Aktuell haben gut 80 Prozent der Ärzte in unserem Krankenhaus, und den anderen geht es nicht anders, ihre Ausbildung im Ausland, meist im Mittleren und Fernen Osten, absolviert. Milde ausgedrückt sind ihre Fachkenntnisse sehr heterogen. Erschreckend begrenzt ist oft auch ihre Fähigkeiten, mit dem Patienten und den Kollegen angemessen auf Deutsch zu kommunizieren. Vom Anfertigen grammatikalisch und inhaltlich hochwertiger Behandlungsberichte ganz zu schweigen.

Dem Krankenhausträger ist es scheinbar nur wichtig, die Planstellen zu besetzen. Für die Qualität der medizinischen Arbeit sind die leitenden Ärzte zuständig. Diese dürfen dann versuchen Fehler rechtzeitig zu korrigieren beziehungsweise retten, was geht. Ansonsten haben sie zu schweigen oder können ihr Glück woanders versuchen. So einfach ist das.

Das deutsche Gesundheitswesen hat sich grundlegend gewandelt. Galt früher der Grundsatz "Im Mittelpunkt steht der Mensch" heißt es heute "Im Mittelpunkt steht das Geld". Politiker wie Angela Merkel, Ulla Schmidt und andere aus der Riege der Altparteien haben dafür die

Weichen gestellt. Nun haben die Nachfolger eine Krankenhausreform an den Start gebracht. Sie wird manches ändern aber wenig bessern: Insbesondere mit der geplanten Bestimmung der sogenannten Leistungsgruppen kommt ein neues bürokratisches Monster um die Ecke. Absehbare Folgen werden Chaos in der Versorgung und noch mehr Verwaltungsaufwand für Dokumentation, Controlling und Abrechnung sein.

Auch die Modalitäten der Aufnahme und Verlegung in ein 'leistungsberechtigtes' Krankenhaus bedeuten unüberschaubares Durcheinander. Von den Nachteilen für die Patienten aufgrund der zu erwartenden logistischen Zeitverluste ganz zu schweigen. Eine mehrjährige Übergangszeit mit horrenden Ausgaben, unbeherrschbarem Aufwand und chaotischer Patientenversorgung zeichnet sich zudem ab.

"So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Wir haben es mit der Ökonomisierung der Medizin übertrieben. Das müssen wir zurückdrehen", hat Gesundheitsminister Karl Lauterbach immerhin erkannt und treuherzig offenbart. Wer aber ernsthaft glaubt, daß ihm und anderen derzeit Verantwortlichen die Wende zum Besseren gelingt, sollte dennoch schleunigst einen Arzt aufsuchen.

Zur Person: MU Dr. Ph Dr. / Universität Prag Jozef Rakicky (66) ist gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im niedersächsischen Landtag. Geboren wurde er 1956 in der ehemaligen Tschechoslowakei. Nach dem Abitur 1975 studierte er Humanmedizin und ab 1979 Philosophie an der Karls-Universität in Prag. Seit 1981 arbeitet er als Arzt in der klinischen Praxis im Fach Neurologie, seit 1994 als Chefarzt. zuletzt am Helios Klinikum St. Marienberg in Helmstedt.

Jozef Rakicky lebt in Helmstedt ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der Asylbewerber-Ansturm von 2015 war für ihn Anlaß, in die AfD einzutreten. Während der Corona-Pandemie wandte er sich entschieden und lautstark, gegen verordnete Zwangsmaßnahmen, die wesentlich mehr Schaden als Nutzen anrichteten. Mit der Landtagswahl am 8. Oktober zog er als Abgeordnete der AfD in den Landtag ein. Am 8. November eröffnete er die erste Sitzung des neugewählten Landtages als Alterspräsident.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. Juli 2023: >>USA: Das dunkle Imperium des Westens

Von Sven Reuth

Daniele Ganser zeigt mit seinem Buch auf, wie weite Teile der Welt zu einer US-amerikanischen Kolonie wurden - und wieso das ein Verhängnis ist. Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden. Daniele Ganser belegt das in seinem Buch "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht".

Weltweit betrachten nach einer Gallup Umfrage 56 Prozent aller Befragten die USA als das Land mit dem stärksten destabilisierenden Einfluß auf die globale Politik. Die Studie wurde zwischen Oktober 2018 und Januar 2019 in 58 Ländern durchgeführt, insgesamt wurden mehr als 56.000 Personen befragt. An den Ergebnissen würde sich sicherlich nicht viel ändern, wenn die Studie heute wiederholt würde.

Kein Wunder, die USA haben nach 1945 die meisten Kriege geführt und unterhalten als einzige Macht Militärstützpunkte überall auf dem Globus. Washington gönnt sich das mit riesigem Abstand größte Militärbudget aller Staaten, nämlich 650 Milliarden US-Dollar, während die Volksrepublik China bei diesem Haushaltsposten nur auf 250 Milliarden US-Dollar kommt.

Von Christoph Kolumbus zu den Indianerkriegen

Im Pentagon fühlt man sich auch an viele internationale Vorschriften zur Einhegung des Krieges nicht gebunden, was jüngst an der Entscheidung Washingtons deutlich wurde, völkerrechtlich eigentlich geächtete Streumunition an die Ukraine zu liefern. In seinem Buch "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht" zeichnet der berühmte Schweizer Wissenschaftler

und Friedensforscher Daniele Ganser nach, wie eine derart destruktive imperialistische Macht entstehen konnte.

Der gebürtige Tessiner beginnt bei der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus, führt den Leser weiter über die ersten britischen Siedlungen im äußersten Westen des Kontinents, die Indianerkriege, den Unabhängigkeitskrieg bis hin zum Beginn der imperialistischen Expansion der USA.

Diese läßt sich auf den 15. Februar 1898 datieren, als das im Hafen von Havanna ankernde Kriegsschiff USS Maine mit einer gewaltigen Detonation in die Luft flog, die 266 Mann der Besatzung in den Tod riß. In der US-Presse, die sofort ohne Belege einen Terrorakt unterstellte, setzte nun ein Kesseltreiben für einen Krieg gegen Spanien ein, der wenig später auch offiziell erklärt wurde. Heute steht nach umfangreichen Untersuchungen fest, daß sich die Explosion im Inneren des Schiffes ereignete und diese somit entweder ein Unfall oder eine False-Flag-Aktion war, zumal der kalifornische Zeitungsmogul William Randolph Hearst einem seiner Korrespondenten kurz zuvor in einem Telegramm mitgeteilt hatte, er werde für den Krieg sorgen.

Der verdeckte Kalte Krieg

Das war der Startpunkt für den Spanisch-Amerikanischen Krieg, der heute als Wendepunkt von weltgeschichtlicher Bedeutung gilt, mit dem die Ära des US-Imperialismus begann. Er brachte den USA die Herrschaft über Kuba, Puerto Rico, die Jungferninseln und die Pazifikinsel Guam. Die wichtigste Eroberung aber war die riesige Inselgruppe der Philippinen in Südostasien.

Es geht, wie Ganser anschaulich erzählt, für die USA mit riesigen Kapitalgewinnen während der beiden Weltkriege sowie nach dem Zweiten Weltkrieg mit verdeckten und destabilisierenden Aktionen im Iran, in Guatemala, im Kongo, in Vietnam, in Chile, in Bolivien, der Dominikanischen Republik und auf Kuba weiter. Weitere Kapitel widmet Ganser der Ermordung John F. Kennedys, dem Vietnamkrieg, der Iran-Contra-Affäre und den Anschlägen des 11. September 2001.

Hier beginnen schon wichtige Entwicklungen, die für unsere Zeit prägend sind. Die unaufgeklärten Flugzeug-Attentate führten zum immerwährenden "Krieg gegen Terror", durch den ein global geführter Drohnenkrieg zur schrecklichen Normalität wurde und die Kriegsführung für immer verändert hat.

Die dunkle Seite von Wikipedia

Aber Ganser befaßt sich auch intensiv mit dem "digitalen Imperium", mit dem die USA ihre Macht auf eine zuvor noch unvorstellbare Art und Weise in den vergangenen beiden Jahrzehnten konsolidiert haben. Dabei greift Ganser auch bislang weitgehend unbeachtete Aspekte auf, wie die "dunkle Seite" der Online-Enzyklopädie Wikipedia, die trotz ihrer gigantischen Defizite zu einer der wichtigsten globalen Informationsquellen wurde.

Das letzte Kapitel ist dann besonders interessant. Hier geht es um den "Kampf um Eurasien", die NATO-Osterweiterung, die Ereignisse auf dem "Euromaidan" 2014 und die zunehmende ökonomische Bedeutung der Volksrepublik China in unserer heutigen Zeit.

Wer unsere Gegenwart verstehen will, muß das Buch "Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht" lesen. Die USA sind die größte Gefahr für den Weltfrieden. Woran liegt das? Ein Buch über Hintergründe, Motive und Mittel der Weltmacht USA. Diese Spitzenstellung hat sich die Weltmacht Nr. 1 nicht von ungefähr erworben.

Keine andere Nation hat seit 1945 so viele andere Länder bombardiert und so viele Regierungen gestürzt wie die USA. Sie unterhalten die meisten Militärstützpunkte, exportieren die meisten Waffen und haben den höchsten Rüstungsetat der Welt. Daniele Ganser beschreibt eindrücklich, wie die USA Weltmachtpolitik betreiben, in der Gewalt ein zentrales Element darstellt.<<

15.07.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 15. Juli 2023 (x1.326/...): >>Auch in Zukunft keine Gendersternchen!

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland

Der Rat für Rechtschreibung hat keine neue Empfehlung hinsichtlich des Umgangs mit Gendersternchen, -doppelpunkt und -unterstrich herausgegeben. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, begrüßt die Entscheidung und fordert den Rat auf, sich bei seiner nächsten Sitzung deutlicher gegen das Gendern auszusprechen.

"Eine große Mehrheit der Deutschen möchte der Gendersprache schnellstens ein Ende setzen. Die Verunstaltung der Deutschen Sprache nutzt niemandem: sie ist einzig ein ideologisch oktroyiertes Gestotter, das die Verständlichkeit beeinträchtigt, den Lesefluß stört und Sprachlernern das Leben schwer macht. Die Entwicklung der Sprache in einer demokratischen Gesellschaft kommt aus der Bevölkerung und wird nicht von Politik und Medien aufgezwungen!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juli 2023: >>Lauterbachs Hitzehölle: 27-29 Grad

Von *S. Hofer*

Ein bißchen Panik muß sein, auch im Urlaub - findet Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Und warnt im 27-29 Grad warmen Bologna vor Hitze.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) macht Urlaub in Italien und schiebt - na, was wohl - Panik natürlich. Auf Twitter warnte er:

"Heute in Bologna Italien eingetroffen, jetzt geht es in die Toskana. Die Hitzewelle ist spektakulär hier. Wenn es so weiter geht werden diese Urlaubsziele langfristig keine Zukunft haben. Der Klimawandel zerstört den Süden Europas. Eine Ära geht zu Ende."

Journalist Jan Fleischhauer hat daraufhin recherchiert: An dem Tag, als Lauterbach diesen Tweet schrieb, lag die Temperatur in Bologna zur wärmsten Tageszeit bei 27 - 29 Grad. Die erwarteten 48 Grad, auf die Lauterbach sich via Helmholtz-Klima-Initiative bezog, meinten die Boden- und nicht die Lufttemperatur.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Juli 2023 (x1.328/...): >>Wegen syrischer Flüchtlinge

Süddeutsche Zeitung diskutiert, ob Frauen Eis in der Öffentlichkeit essen sollten

In der Kolumne "Typisch Deutsch" in der Süddeutschen Zeitung schreibt der Autor Mohamad Alkhalaf regelmäßig über Dinge, die er seit seiner Flucht aus Syrien 2016 hier erlebt - über die Besonderheiten dieses Landes. So auch am Freitag. Doch der Artikel "Ist Eisessen im Freien obszön?" sorgt für Aufregung. Insbesondere der Anlaufertext: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schmelzen? Man darf, doch in München sollte man sich daran gewöhnen."

Im Artikel erzählt Alkhalaf, daß es für seinen Freund Ibrahim kritisch ist, daß Frauen in der Öffentlichkeit "phallisch" geformte Lebensmittel essen - er laufe rot dann rot an. Auch dem Autor selbst habe das bis vor kurzem Schwierigkeiten bereitet. Das wird mit der konservativen Kultur Syriens erklärt. Alkhalaf heißt das nicht gut, er weist erstmal nur auf die Kulturunterschiede zwischen Syrien und Deutschland hin - so weit so gut.

Doch was ausbleibt: Die Erklärung, daß das Fremdeln seines Freundes ungerechtfertigt ist - und daß es ganz und gar nicht "obszön" ist, wenn Frauen in Deutschland Eis auf der Straße essen. Statt dessen geht der Autor vom Beschreiben der Tatsache direkt zu einer kleinen Kunde absurder Deutscher Eissorten wie "Biereis" über, ohne die Frage im Titel zu beantworten.

Die romantische Scharia

Seine Wortwahl läßt es offen, wie er es findet, daß Syrer ein Problem damit haben, wenn Frauen in der Öffentlichkeit ein Eis essen. So schreibt er, daß in "konservativen" Gesellschaften wie Syrien von Frauen eine "zurückhaltende und respektvolle" Haltung in der Öffentlich-

keit erwartet würde. Zurückhaltend und respektvoll? Eine überaus verständnisvolle Wortwahl - man hätte auch unterdrückt, unterwürfig, unfrei schreiben können.

Doch positive Formulierungen lassen die Position des Autors offen. Beschreibungen wie "Früher kauften wir im Falle einer Speiseeisverteilung eine große Box für die Familie, nahmen das Eis mit nach Hause, schlossen die Tür - und ließen es uns schmecken." klingen nicht, wie eine scharfe Kritik an der illiberalen islamischen Gesellschaft des Nahen Ostens - sondern wie eine Romantisierung einer Gesellschaft, die es Frauen nicht erlaubt, in der Öffentlichkeit ein Eis zu essen, weil es "phallisch" geformt ist.

Am Ende ist in diesem Text mehr Verständnis da, für das Unbehagen syrischer Flüchtlinge gegenüber frei lebenden Frauen, als Verurteilung dieser rückständigen Vorstellungen. Und es bleibt die Botschaft aus dem Anlaufertext: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schlecken? Man darf". Die Süddeutsche Zeitung hält es für in Ordnung, daß Frauen, die in der Öffentlichkeit ein Eis essen, dafür komische und abschätzige Blicke kassieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. Juli 2023: >>>**Nord Stream: Seymour Hersh legt nach**

Die Washington Post hat vor einigen Tagen einen Artikel gebracht, der die Geschichte der angeblichen pro-ukrainischen Gruppe, die Nord Stream gesprengt haben soll, weiter spinnt. Darauf antwortet Aufdecker Seymour Hersh mit einem eigenen Artikel, den wir nachfolgend in deutscher Übersetzung dokumentieren.

_ von *Seymour Hersh*

Der amerikanische Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) führt ständig verdeckte Operationen in der ganzen Welt durch, und alle müssen eine Tarngeschichte haben, falls die Dinge schlecht laufen, was oft der Fall ist. Genauso wichtig ist es, eine Erklärung zu haben, wenn die Dinge gut laufen, wie im letzten Herbst in der Ostsee. Wenige Wochen nach meinem Bericht, daß Joe Biden die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines angeordnet hatte, produzierte die CIA eine Titelgeschichte und fand in der New York Times und zwei großen deutschen Medien willige Abnehmer.

Mit der Erfindung einer Geschichte über Tiefseetaucher und eine Besatzung, die es nicht gab, folgte die CIA dem Protokoll, und die Geschichte wäre Teil der ersten Tage der geheimen Planung zur Zerstörung der Pipelines gewesen. Das wesentliche Element war eine mythische Yacht mit dem ironischen Namen Andromeda - nach der schönen Tochter eines mythischen Königs, die nackt an einen Felsen gekettet war. Die Tarngeschichte wurde mit dem BND, dem deutschen Bundesnachrichtendienst, geteilt und er unterstützte sie.

Mein erster Bericht fand weltweit Beachtung, wurde aber von den großen Zeitungen und Fernsehsendern in den USA ignoriert. Als die Geschichte in Europa und anderswo im Ausland an Fahrt gewann, veröffentlichte die New York Times am 7. März einen Bericht, in dem US-Beamte zitiert wurden, die behaupteten, der amerikanische Geheimdienst habe Informationen gesammelt, die darauf hindeuteten, daß eine pro-ukrainische Gruppe die Pipelines sabotiert habe.

In dem Bericht hieß es, daß Beamte, die die neuen Informationen "geprüft" hätten, diese als "einen Schritt zur Feststellung der Verantwortung" für die Sabotage der Pipelines bezeichneten. Die Story der New York Times erregte weltweites Aufsehen, aber seitdem hat die Zeitung nichts mehr darüber gesagt, wer was getan hat.

In einem Interview für einen Podcast der New York Times erklärte einer der drei Autoren des Artikels versehentlich, warum die Geschichte von Anfang an tot war. Der Autor wurde nach der Beteiligung der angeblichen pro-ukrainischen Gruppe gefragt: "Wie kommen Sie darauf, daß das passiert ist?" Er antwortete: "Ich sollte ganz klar sagen, daß wir wirklich sehr wenig wissen. Richtig?"

Am 3. April berichtete die Washington Post, daß einige europäische Ermittler nun bezweifeln, daß die Andromeda die Pipelines ohne die Hilfe eines zweiten Schiffes sabotiert haben könnte. Einige in Europa fragten sich, ob die Rolle der Andromeda "etwas zur Ablenkung oder nur ein Teil des Bildes" sei.

In dem Artikel wurde nicht behauptet, daß die Biden-Administration in die Zerstörung der Pipeline verwickelt war, aber es wurde ein ungenannter europäischer Diplomat zitiert, der sagte, daß jeder sehen könne, daß dort eine Leiche liege, aber alle täten so, als sei alles normal. "Es ist besser, nichts zu wissen", sagte der Diplomat. Kein amerikanischer Beamter wurde, auch nicht anonym, von der Washington Post zitiert. Die Biden-Administration ist zu einer Nord-Stream-freien Zone geworden.

Das ist ein Vorteil für die verschiedenen CIA-Beamten, die die Medien im In- und Ausland mit erfundenen Geschichten versorgt und so erfolgreich versucht haben, die Welt auf mögliche Verdächtige außer des logischsten Verdächtigen, des US-Präsidenten, zu konzentrieren.

...

Die New York Times berichtete auch, daß ein europäischer Abgeordneter, der von den Geheimdiensten seines Landes informiert wurde, sagte, daß der Geheimdienst Informationen über etwa 45 Schiffe gesammelt hat, deren Transponder nicht eingeschaltet waren, als sie das Gebiet passierten, in dem die Pipelines gesprengt wurden. Eines dieser so genannten "Geisterschiffe" könnte die Minen plaziert und später den Abzug betätigt haben.

Nachdem die New York Times ihren Bericht online gestellt hatte, veröffentlichte die deutsche Wochenzeitung Die Zeit eilig einen Bericht über eine Untersuchung des Nord-Stream-Bombenanschlags, für den sie in Zusammenarbeit mit einem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender monatelang recherchiert hatte. Die Zeit hatte etwas Neues: Sie identifizierte eine Yacht, die, wie sie berichtete, "von einer Firma in Polen gemietet wurde, die offenbar zwei Ukrainern gehört".

Zu der Gruppe, die die Yacht gemietet und die Zerstörung der Pipeline durchgeführt hat, gehörten angeblich ein Kapitän, zwei Taucher, zwei Tauchassistenten und ein Arzt. Die von der "Zeit" als "Attentäter" bezeichneten Personen, deren Namen weder veröffentlicht wurden noch bekannt waren, benutzten gefälschte Pässe und hatten den benötigten Sprengstoff zum Tatort transportiert. Die Yacht soll in der Nähe der dänischen Insel Bornholm gefahren sein, die sich in der Nähe des Ortes der Pipeline-Sabotage befindet.

Die Zeitung berichtete, die Yacht sei der Firma, die sie vermietet hatte - solche Yachten können für zweitausend Dollar pro Woche oder mehr gemietet werden - im "ungereinigten Zustand" zurückgegeben worden, so daß deutsche Ermittler auf einem Kabinentisch Spuren des Sprengstoffs finden konnten. Später hieß es, die Ermittler hätten auch zwei gefälschte ukrainische Pässe auf der Yacht gefunden. In einem späteren Bericht des deutschen Wochenmagazins Der Spiegel hieß es, die fragliche Jacht trage den Namen Andromeda.

Ich habe daraufhin einen Artikel veröffentlicht, in dem ich die Vermutung geäußert habe, daß die Informationen, die die deutsche Bundespolizei sowohl der Zeit als auch dem Spiegel zur Verfügung gestellt hatte, vom US-Geheimdienst stammten. Der Autor des Zeit-Artikels, Holger Stark, ein erfahrener Journalist, den ich kenne, seit er vor etwa zehn Jahren in Washington gearbeitet hat, nahm Kontakt mit mir auf, um sich über diese Behauptung zu beschweren. Stark sagte mir, er habe ausgezeichnete Quellen bei der deutschen Bundespolizei und habe das, was er getan habe, von diesen Verbindungen erfahren und nicht von irgendeinem Geheimdienst, weder dem deutschen noch dem amerikanischen. Ich habe ihm geglaubt und die Geschichte sofort korrigiert.

Ich gebe zu, daß es für jeden Journalisten schwierig ist, über einen Journalistenkollegen zu schreiben, insbesondere über einen guten. Aber in diesem Fall geht es um die Annahme von Tatsachen, die hätten hinterfragt werden müssen. Ich habe Stark zum Beispiel nicht gefragt,

ob er sich wundert, warum eine amerikanische Zeitung, die fast viertausend Meilen entfernt ist, dieselbe Behauptung über eine Gruppe ungenannter Ukrainer, die nicht mit der Führung in Kiew in Verbindung stehen, veröffentlicht, von der Beamte in Deutschland sagen, daß sie sie verfolgt haben.

Wir sprachen über eine Tatsache, die er erwähnte: daß Beamte in Deutschland, Schweden und Dänemark kurz nach den Bombenanschlägen auf die Pipeline beschlossen hatten, Teams an den Ort zu schicken, um die Mine zu bergen, die nicht explodiert war. Er sagte, sie seien zu spät gekommen; ein amerikanisches Schiff sei innerhalb von ein oder zwei Tagen zur Stelle gewesen und habe die Mine und andere Materialien geborgen. Ich fragte ihn, warum die Amerikaner seiner Meinung nach so schnell vor Ort waren, und er antwortete mit einer Handbewegung: "Sie wissen doch, wie Amerikaner sind. Sie wollen immer die Ersten sein." Es gab noch eine andere, sehr offensichtliche Erklärung.

Der Trick einer guten Propagandaoperation besteht darin, den Zielpersonen - in diesem Fall den westlichen Medien - das zu liefern, was sie hören wollen. Ein Geheimdienstexperte sagte es mir noch prägnanter:

"Wenn man eine Operation wie die Pipelines durchführt, muß man eine Gegenoperation planen - ein Ablenkungsmanöver, das einen Hauch von Realität hat. Und es muß so detailliert wie möglich sein, damit es geglaubt wird."

"Die Menschen haben heute vergessen, daß es so etwas wie eine Parodie gibt", so der Experte. Und weiter:

"Gilbert und Sullivans HMS Pinafore ist keine Geschichte der Royal Navy im 19. Jahrhundert. Es ist eine Parodie. Das Ziel der CIA im Fall der Pipeline war es, eine Parodie zu produzieren, die so gut war, daß die Presse sie glauben würde. Aber wo soll man anfangen? Man kann die Pipelines nicht durch eine Bombe aus einem Flugzeug oder durch Seeleute auf einem Gummiboot zerstören lassen."

"Aber warum nicht ein Segelboot? Jeder, der sich ernsthaft mit dem Ereignis beschäftigt hat, weiß, daß man ein Segelboot nicht in Gewässern ankern kann, die 260 Fuß tief sind" - die Tiefe, in der die vier Pipelines zerstört wurden - "aber die Geschichte war nicht an ihn gerichtet, sondern an die Presse, die eine Parodie nicht erkennt, wenn sie ihr vorgelegt wird."

Der Geheimdienstexperte zählte alle Elemente auf, die erforderlich sind, bevor eine Einzelperson oder eine Gruppe eine teure Yacht chartern kann:

"Man kann nicht einfach mit einem gefälschten Paß auf die Straße gehen und ein Boot mieten. Man muß entweder einen Kapitän akzeptieren, der vom Vermieter oder Yachteigentümer gestellt wird, oder einen Kapitän, der über ein Befähigungszeugnis verfügt, wie es das Seerecht vorschreibt. Jeder, der schon einmal eine Yacht gechartert hat, weiß das."

Ein ähnlicher Nachweis von Fachwissen und Kompetenz für Tiefseetauchen mit Nitox, einer speziellen Mischung aus Sauerstoff und Stickstoff, wäre von den Tauchern und dem Arzt erforderlich.

Der Experte hatte noch weitere Fragen zu der angeblichen Yacht:

"Wie kann ein 49-Fuß-Segelboot die Pipelines in der Ostsee finden? Die Pipelines sind nicht so groß und auch nicht auf den Seekarten verzeichnet, die mit dem Mietvertrag geliefert werden. Vielleicht wollte man die beiden Taucher ins Wasser lassen" - was von einer kleinen Yacht aus nicht so einfach ist - "und die Taucher danach suchen lassen. Wie lange kann ein Taucher in seinem Anzug unten bleiben? Vielleicht fünfzehn Minuten. Das bedeutet, daß ein Taucher vier Jahre brauchen würde, um eine Quadratmeile abzusuchen."

"Keine dieser Fragen wird von den Medien gestellt. Sie haben also sechs Personen auf der Yacht - zwei Taucher, zwei Helfer, einen Arzt und einen Kapitän, der das Boot gemietet hat. Eine Sache fehlt - wer wird die Besatzung der Yacht sein? Oder der Koch? Und was ist mit dem Logbuch, das die Leasingfirma aus rechtlichen Gründen führen muß?" - "Nichts davon ist

passiert", sagte mir der Experte. "Hören Sie auf, das mit der Realität zu verbinden. Es ist eine Parodie."

Die Berichte in der New York Times und in der europäischen Presse enthalten keinen Hinweis darauf, daß ein Journalist an Bord gehen und die fragliche Yacht physisch untersuchen konnte. Sie erklären auch nicht, warum die Passagiere einer Yacht nach einer Anmietung gefälschte oder andere Pässe an Bord zurücklassen würden. Es wurden Fotos eines Segelboots namens Andromeda im Trockendock veröffentlicht.

Nichts von alledem kann eine schlechte Tarngeschichte retten, sagte mir der Geheimdienstexperte: "Der Versuch, Fiktion in Wahrheit zu verwandeln, wird ewig weitergehen. Jetzt taucht nach den Ermittlungen das Bild eines Segelboots auf, das nicht zurückverfolgt werden kann - ohne Kennzeichen, wo es eigentlich hingehört. Die Andromeda hat in der Presse den Pilt-down-Menschen ersetzt."

Der Experte hatte noch einen letzten Gedanken: "In der Welt der professionellen Analysten und Operatoren wird jeder aus Ihrer Geschichte allgemein und korrekt schließen, daß die teuflische CIA eine Gegen-Operation ausgeheckt hat, die auf den ersten Blick so lächerlich und kindisch ist, daß der wahre Zweck darin bestand, die Wahrheit zu untermauern."

Der neue Hersh-Artikel wurde von Thomas Röper (anti-spiegel.ru) übersetzt. Die Übernahme erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Übersetzers.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26532" berichtet am 15. Juli 2023 (x1.319/...): >>Pandemie der Geimpften - die Odyssee hat begonnen

Von Ivo Sasek

Gerade jetzt irren bereits Millionen Covid-Impfgeschädigte in aller Welt qualvoll umher und suchen Hilfe, aber diese wird ihnen von keiner Seite mehr zuteil. Zuallerletzt von der STIKO, sprich DER STÄNDIGEN IMPFKOMMISSION, die ja für die gesamte Bevölkerung großzügige Impfempfehlungen herausgegeben hat.

Der STIKO-Chef empfiehlt gerade allen Impfgeschädigten, jeden Zusammenhang ihres Schadens zu Impfungen zu verschweigen, damit ihnen geholfen werden kann. Aber auch dies nur in der bloßen Theorie und Augenwischerei.

Es gibt nämlich keine einzige Anlaufstelle mehr für Impfgeschädigte. Sie müssen alle Untersuchungen selbst bezahlen, weil ihre Impfschäden nicht als Krankheit anerkannt werden. Der Chef der STIKO höchstpersönlich sagt also, daß es nur dann kein Problem für Impfgeschädigte gibt, wenn sie keinerlei Zusammenhang zu einer Impfung herstellen. Wie ehrlich ist das denn?

Damit legt er offen, warum so wenige Impfschäden registriert sind. Und auch der Landes-Gesundheitsminister rechtfertigt die Abwesenheit von Anlaufstellen für Impfgeschädigte.

So irren derzeit gerade Millionen von geschädigten Menschen teilweise schon zwei Jahre quer durch das sogenannte Gesundheitssystem. Sie reisen von einer Stadt zur anderen, weil sie nirgendwo mehr zur Behandlung und Diagnose angenommen werden und weil die Krankenkassen für die Behandlung der nicht anerkannten Krankheit nicht aufkommen.

Das Paul Ehrlich-Institut in Deutschland und die EMA in Europa anerkennen insbesondere COVID-19-Impfschäden wegen diffuser Krankheitsbilder nicht als Krankheit an. Die ganze Last wird nun den Opfern und Ärzten auferlegt. Zum Beispiel durch Thomas Mertens, den Chef der STIKO höchstpersönlich. Er schiebt nun die gesamte Verantwortung für das Problem der Betroffenen, denen nicht geholfen wird, der klinischen Medizin in die Schuhe. Diese müsse "eine Falldefinition schaffen".

Und dann kommt der Hammer. Ich zitiere ihn wörtlich: "Was ich nicht ganz verstehe ist, warum bei der Behandlung dieser Krankheit die Kosten grundsätzlich nicht von der Krankenkasse getragen werden. Wenn jemand, wenn Sie (sagt er zu einer Betroffenen) zum Beispiel jetzt zum Arzt gegangen wären, und nicht gleich mit der Erkenntnis, daß es ein (...Pause...) impf-

hervorgerufene Beschwerden, dann würden doch diese Behandlungen, die darauf folgen würden, sicherlich krankenkassenüblich sein."

Man konnte in der kurzen Denkpause das zu vermeidende häßliche Wort "Impfschaden" regelrecht heraushören. Mit dieser Empfehlung gibt der STIKO-Chef zu, daß es für Impfgeschädigte einen starken, regulatorisch erzeugten Anreiz gibt, ihre Symptome nicht in Zusammenhang mit einer Impfung zu stellen. Sonst werden sie mit Verweigerung der Kostenübernahme bestraft. Und so versinken gerade Millionen Betroffene in aller Welt im gezielt geplanten Chaos - ohne jede Hilfe, ohne jede Macht, ohne jedes Recht.

Und so entwickeln sich die chaotischen Zustände aktuell weiter in Zahlen. Es gilt an dieser Stelle aber zu bedenken, daß diese Zahlen wie immer ohne jede Dunkelziffer zu verstehen sind. Gemäß Expertisen, also spezifischen Fachstudien zu Dunkelziffern, müßte man den nachfolgenden Zahlen jeweils mindestens eine Null, etlichen sogar zwei Nullen hinzufügen:

Offizielle Daten der WHO zeigen ein dramatisches Wachstum schwerer Erkrankungen nach COVID-19-Impfungen: bis zu 4.600 %. Die hinten eingeblendete Liste faßt eine systematische Auswertung der WHO-Datenbank zusammen.

Es sind Nachweise, die derzeit rund 200 Studien zusammenfassen. Weitere 200+ Studien warten darauf, geprüft und aufgenommen zu werden. Die, die bereits ausgewertet sind, bezeugen eine Kausalität für 53 Krankheiten bzw. Krankheitsbilder. Sie können unten im Textfeld nachgelesen werden. Alle schweren Erkrankungen sind in dieser Datei zu finden, nebst Quellenangabe der wissenschaftlichen Arbeiten, die die Kausalität belegt haben.

Ausgangspunkt für diese systematische Analyse der Nebenwirkungen, die nachweislich vom COVID-19-Schuß ausgelöst werden, ist die Datenbank der WHO "VigiAccess". In dieser Datenbank ist ein Teil der tatsächlich nach dem COVID-19-Schuß eintretenden gesundheitlichen Ereignisse erfaßt, vermutlich irgendwo zwischen 10 % und 15 %.

Die Datenbank der WHO wurde als Grundlage genutzt, um die durch den COVID-19-Schuß verursachte ZUNAHME verschiedener Erkrankungen und Klassen von Erkrankungen zu analysieren. So sind wir in der Lage, die Entwicklung der Meldungen für "Impf-Nebenwirkungen" an die Datenbank der WHO abzubilden. Und zwar für den Zeitraum vom 3. Mai 2021 bis zum 3. Mai 2023, also für zwei volle Jahre.

Der Wert, der sich dabei ergibt, ist ein Wachstum um den Faktor 6,03: Die Anzahl der Meldungen von Erkrankungen, die in der Datenbank der WHO erfaßt sind, ist von fast eineinhalb Millionen Meldungen am 3. Mai 2021 auf knapp zehn Millionen Meldungen am 3. Mai 2023 angewachsen. Beide Zahlen betreffen Erkrankungen, nicht einzelne Erkrankte. Zum 3. Mai 2023 waren in der Datenbank der WHO über fünf Millionen Berichte zu Nebenwirkungen erfaßt. Diese Berichte umfassen somit in den meisten Fällen mehr als eine Erkrankung pro Person. So wird ermittelt, wie die Häufigkeit bestimmter Erkrankungen durch den COVID-19-Schuß beeinflußt wird.

Hätten COVID-19-Shots keinerlei gesundheitliche Konsequenzen, dann müßten sich die Meldungen, die bei der WHO eingehen, zufällig verteilen. Es dürfte keinerlei Unterschied im Gesamtwachstum oder im Wachstum einzelner Erkrankungen aufzufinden sein.

Das bedeutet, die mathematisch errechneten Zahlen in der letzten Spalte der Tabelle müßten bei 100 liegen.

Wie die Tabelle zeigt, ist die Hypothese nicht richtig, sondern so falsch, wie sie nur sein kann. Für unterschiedliche schwere Erkrankungen ergeben sich exorbitante Unterschiede, z.B. eine überproportionale Meldung für das Basedow-Syndrom, einer Erkrankung der Schilddrüse, von 1.670 %, eine überproportionale Meldung von Perikarditis von 1.460 % und von Myokarditis von 746 %, eine überproportionale Meldung von Fällen autoimmuner Hepatitis nach dem COVID-19 Schuß von 1.580 % und eine exorbitante Steigerung bei dem häufig tödlich verlaufenden Multiinflammatory Syndrome von 4.957 %.

Krebs, mit einem Wachstum von 493 %.

Apropos Krebs: Auch Hunderte von YouTubern, die während der Pandemie für Covid-Impfstoffe geworben haben, leiden jetzt an Turbo-Krebs. Viele von ihnen wurden von der Regierung und Big Pharma bezahlt, um ihre Anhänger davon zu überzeugen, daß die Einführung des Impfstoffs eine gute Sache sei. Seht euch einmal eine 1. Sammlung dieser nun weinenden Social-Influencer auf Pravda-TV an - ihnen nützt jetzt alles Geld der Welt nichts mehr und für sie kommt jede Rettung zu spät.

Zurück zu unserer Liste. Sie zeigt auch überproportional viele Meldungen, die den Tod von Föten oder Totgeburten zum Gegenstand haben - in Prozenten ausgedrückt 446 %, dann endlose Meldungen von Fehlgeburten, die weit über 375 % über die zu erwartenden Anzahl von Meldungen hinaus geklettert sind - auch sie zeichnen das erschreckende Bild einer medizinischen Einmischung, die im großen Stil Schaden anrichtet.

Es ist eigentlich egal, was man betrachtet: Schäden im lymphatischen System, Hirnschläge, Erkrankungen des zentralen Nervensystems, überall finden sich rote Lampen im Dauerblink-Modus.

Aber all solche Tragödien führen zu keiner wirklichen Hilfe. Sie sind eben Teil eines gewollten Chaos-Managements, das von längst angezeigten Machteliten nachweislich haargenau so geplant wurde. Wir befinden uns am höllischen Abgrund eines Weltzerstörungsplanes, der seit vielen Jahrzehnten gezielt umgesetzt wird. Prof. Bhakdi und alle möglichen haben das zeitnah angekündigt. Jetzt ist es da! Doch noch immer verweigern fast alle Staatsanwaltschaften dieser Welt gleichsam jede Anhandnahme, obgleich nachweislich zehntausende Strafanzeigen eingereicht wurden.

Die Weltbevölkerung muß gemeinsam herausfinden, warum derzeit verschiedenste Varianten von Völkermorden durch Staatsanwaltschaften und Gerichte gleichsam gedeckt werden: Denn sie verweigern auch viele andere äußerst schwerwiegende Strafverfolgungen. Dies, obgleich Millionen leidende Menschen bezeugen, daß die Mobilfunkstrahlung durch WLAN, 4G-, 5G-Antennen usw. ihre Gesundheit geschädigt haben.

Sie eröffnen auch keine Strafverfahren gegen die betrügerische Big-Pharma, obgleich tausende hochgradige Fachstudien deren mörderische Werke offengelegt und Strafverfolgungen gefordert haben. Auch um die konsequente Strafverfolgung zahlloser aufgedeckter Blutsekten mit ihren Ritualmorden drücken sich Staatsanwaltschaften und Justiz kategorisch herum.

Und dies, obgleich immer wieder zahllose Opfer bezeugen, daß diese weltweiten Kinderhändler-Netzwerke existieren und daß Kinderschänderringe bis in die obersten Etagen von Regierungen und Machträgern aller Gattung hineinreichen.

Bis zum heutigen Tag verurteilen dieselben Justiz-Bevollmächtigten inzwischen uralte Soldaten des Dritten Reiches als Komplizen von Volksmördern, obgleich diese inmitten des Krieges nur unwissenden Gehorsam gegen ihre Vorgesetzten ausgeübt haben. Sie wären Deserteure gewesen, hätten sie das nicht getan.

Japan hat nun aber bereits eine Untersuchung der Covid-Impfungen angeordnet, da die Zahl der Todesfälle derart in die Höhe geschossen ist, daß sie von einer nationalen Krise sprechen: Ein zukunftsweisender Fall, in dem die Verschwörungstheorie von gestern zur Tatsache von heute erklärt wird: Die Mainstream-Medien berichten endlich über das, was wir schon immer wußten. Biden, Fauci und Gates haben uns mit Fehlinformationen gefüttert. Es gab eben keinen "Winter mit schweren Krankheiten und Todesfällen" für die Ungeimpften. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Pandemie der Geimpften.

Neue Daten zeigen, daß die Zahl der Todesfälle in Japan um 400 % gestiegen ist, seit Pfizer im letzten Jahr die dritte Dosis der Auffrischungsimpfung auf den Markt gebracht hat. "Die Zahl der überzähligen Todesfälle war etwa viermal so hoch wie in den Jahren 2017, 2018, 2019 und 2021", heißt es in einem Bericht in The Exposé. Diese Statistiken haben das Esta-

blishment in Japan erschüttert. So werden also gerade offizielle Untersuchungen eingeleitet und Klagen vorbereitet. Die gesamte Weltbevölkerung muß sich in genau dieser Weise jetzt und heute vereinigen. Sie muß dieselben Maßstäbe an alle Machttträger aus Justiz und Aufsichtsbehörden anlegen, die sich aktuell noch immer verweigern.

Wir brauchen dringend neue und unabhängige Gerichtsinstanzen, die jede Deckung von bezugten Völkermorden und heimlichen Kriegstreibereien fachgerecht ahnden. Doch, und dies ist vielleicht der allerschlimmste Teil der ganzen Tragödie: Die meisten unserer Zeitgenossen sind gleichsam einem tiefen hypnotischen Schlaf verfallen. Von früh bis spät starren sie bei jeder Gelegenheit in das verfluchte Display ihres Handys, bewegen sich von einem Strahlungsbereich zum nächsten.

Dabei werden ihre Gedanken und Emotionen durch WLAN und Mobilfunkmasten permanent gedrosselt. Wenn das so weitergeht, werden die allermeisten erst aufmerken, wenn ihnen das hinterhältig geplante Chaos, die diabolisch geschürten Krankheiten, der finanzielle Ruin usw. direkt ins Haus stehen. Erst dann werden sie merken, was hier läuft. Doch dann wird es zu spät sein - es gibt ein zu spät, ihr Lieben.

Ich zeige euch daher abschließend noch die jüngsten Bestrebungen der WHO und UN, wie sie sich unseren gleichgültig trägen Zustand zu Nutze machen. Denn ausgerechnet jene Institutionen, die gerade weltweit Millionen Menschen schwerst geschädigt haben, versuchen sich nun auch noch zur Alleinherrschaft hoch zu schwingen. Anstatt sich also vor allen zehntausenden unabhängigen Fachkräften zu beugen, ihre Fehler einzugestehen und sich zu ergeben wie erappte Verbrecher, setzen sie gerade noch eins drauf.

Wie ein Massenmörder, der alle Zeugen bedroht und umzubringen sucht, bedrohen nachfolgende Institutionen alle Zeugen der Wahrheit. Sie tun dies, indem sie Beschlüsse fassen, um alle wahren Fachstimmen und kompetenten Zeugen online und mit allen Mitteln mental auszuschalten. Auf diesem Weg hoffen sie den weltweit geforderten Verhaftungen und schweren Urteilsprüchen zu entgehen. Beachtet deren jüngsten "Fluchtpläne" in drei Schritten:

Der 1. fand am 31. Januar 2023 statt. In einem von der WHO empfohlenen Artikel in Foreign Affairs beraten Gesundheitswissenschaftler und Funktionäre ausgerechnet jene Regierungen, denen seit Covid-19 große Teile der Bevölkerungen nicht mehr vertrauen. Und zwar raten sie ihnen, in vertrauenswürdige Institutionen und Personen zu "investieren", damit diese für Pandemiemaßnahmen werben. Kurz gesagt, verführt hier die WHO ausgerechnet jene Regierungen, die alles Vertrauen aufgebraucht haben, Schleichbewerber anzuheuern. So können sie gleichsam von all ihren "Leichen im Keller" ablenken - und alle betrogenen Völker sagen dazu laut: "Nein, so nicht! Nein, so nicht!"

Was die WHO jetzt braucht, sind keine Schleichbewerber, die auch noch neue PR für sie machen. Was es jetzt braucht, sind ganze Heeresverbände von Staatsanwaltschaften und Restjustiz-Beamte, die sich gegen die WHO erheben und endlich Anklage durchsetzen wegen der mutwilligen und verdeckten Massenverbrechen - da gilt es Strafanzeige nicht nur zu erheben, sondern durchzusetzen - und die WHO in ein gerechtes Gericht ziehen!

Am 31. Mai 2023, also genau vier Monate darauf, machten WHO-Mitglieder einen 2. Schritt in die falsche Richtung. Diesen konnten sie nur begehen, weil man die WHO zwischenzeitlich nicht fachgerecht aus dem Verkehr gezogen hatte. So verabschiedeten die Mitgliedstaaten auf der Weltgesundheitsversammlung in Genf eine Resolution.

Diese fordert alle Regierungen und die WHO dazu auf, die Verhaltenswissenschaften verstärkt und systematisch zu nutzen. Dies mit dem Ziel, "gesundheitsbezogene Fehlinformation und Desinformation" zu durchkreuzen und so die Nachfrage nach Impfstoffen sicherzustellen, nicht etwa unsere Gesundheit. Im Klartext heißt das, daß hier WHO-Mitglieder wider besseres Wissen einen Beschluß zur Manipulation der öffentlichen Meinung getroffen haben! Und wir sagen: Das genaue Gegenteil muß hier stattfinden! Die Öffentlichkeit muß noch restlos über

die Verbrechen der WHO und ihrer Komplizen aufgeklärt werden.

Aber weil auch dieser Notwendigkeit nicht rechtzeitig entsprochen wurde, gingen diese Volksverwüster am 13. Juni 2023 gleich nochmals einen Schritt weiter. Denn an diesem Tag hat der UN-Generalsekretär António Guterres ein Programm vorgestellt. Mit diesem will die Weltorganisation dafür sorgen, daß Inhalte aus den Online-Plattformen und Medien verschwinden, die den "empirisch gestützten Konsens über Fakten, Wissenschaft und Wissen" stören. Denn deren Fähigkeit, "mit Desinformation wissenschaftlich etablierte Fakten zu untergraben" sei "ein existentielles Risiko für die Menschheit".

Wieder im Klartext bedeutet das, daß die UN den EU-Ansatz zur Online-Zensur weltweit noch restlos durchsetzen will! Und die Zensur geht natürlich wie gewohnt einzig gegen all die wirklich unabhängigen Wissenschaftler und freien Medien. Also gegen diejenigen, die den ganzen Weltbetrug von Big Pharma und dem gesamten Impfwesen durchschaut haben und endlich ans Licht bringen möchten.

Weil auch hier der geforderte öffentliche Diskurs konsequent verweigert wurde, oder dann in einem allzu geringen Rahmen stattgefunden hat, versuchen sich die frechen Mörder gerade durch einen Generalangriff unantastbar und zugleich allmächtig zu machen. Darum muß auch hier das genaue Gegenteil geschehen: Diese Schwerstverbrecher müssen endlich durch all die echt unabhängigen Wissenschaftler überführt werden.

Es müssen die Desinformationen der wahren Verbrecher durch den empirisch gestützten Konsens echter und unabhängiger Wissenschaftler ans Licht gebracht werden. Denn die Big Pharma- und WHO-Verbrecher sind es doch, die konsequent alle echten, wissenschaftlich etablierten Fakten untergraben haben. Diejenigen, die während der gesamten Covid-Plandemie die Völker gepeinigt, den Mittelstand schwerst geschädigt und Millionen Menschen gesundheitlich verletzt, überdies Zehntausende getötet haben - diese allein sind doch ein existentielles Risiko für die Menschheit.

Wenn die Weltbevölkerung jetzt also nicht geschlossen zur Tat schreitet und wirklich unabhängige Gerichte einberuft, ist sie in Kürze verloren. Es gibt keinen Weg daran vorbei: All die Gesetze und Justizeinrichtungen, die während der Plandemie nicht gegriffen haben, weil sich die Bevollmächtigten um nichts geschert haben, ja, die nachweislich trotz zehntausenden Strafanzeigen keinen Finger gerührt haben, die müssen aus ihrer Machtposition abgezogen werden.

Die betrogenen Völker müssen sie allesamt wegen Hochverrats als fristlos abgesetzt erklären. Wenn wir das nicht tun, werden diese Finsterlinge ihre Pläne zur totalen Entmachtung aller freien Aufklärer und jeder heilsamen Wahrheit noch restlos durchsetzen. Alle echte Wissenschaft wird dann zu Ende sein. Genau dies wollen wir miteinander verhindern ...

Beteilige Dich an diesem Aufklärungskampf, solange die totale Zensur noch nicht da ist - sie könnte aber schon morgen bittere Realität werden, gedeckt vom Gesetz. Das wäre dann das Problem, das wir hätten.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht ... <<

Spanien: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 15. Juli 2023 (x1.328/...): >>>Deutsche Medien verschweigen

Spanische Presse berichtet über Migrationshintergrund der Mallorca-Vergewaltiger

Max Roland

Sechs Männer werden auf Mallorca der Gruppenvergewaltigung beschuldigt. Sie sollen in den Morgenstunden des 13. Juli eine 20-Jährige gemeinsam mißbraucht haben. Der Fall schlägt hohe Wellen in Deutschland. Über den "Verdacht einer Gruppenvergewaltigung von deutschen Urlaubern" schreibt der Merkur. Die Bild spricht von "Sechs Deutsche(n)". Und im Stern liest man über den Peiniger des Opfers als ihren "Landsmann", den "deutschen Urlauber".

Manche Medien schaffen es, das "Deutsch-sein" der Täter in ungefähr jedem Absatz zu betonen. Allein diese Überbetonung macht stutzig. Auch die Bilder der Tatverdächtigen, die im Netz zirkulieren, legen nahe: Hier wird zumindest nicht die ganze Wahrheit erzählt.

Deutsche Medien lassen weg - in Spanien spricht man offen

Der Blick in die spanische Presse bestätigt das. Das Insel-Blatt Diario de Mallorca schreibt: "Die Verdächtigen sind Deutsche mit türkischen Wurzeln." Und die spanische Zeitung Ultima Hora berichtet von "jungen Deutschtürken". El Caso schreibt über "sechs junge Deutsche türkischer Herkunft".

Die deutsche Presse hingegen entscheidet sich lieber für das Weglassen.

Mittlerweile sind die sechs Männer festgenommen worden - vier von ihnen wird Vergewaltigung vorgeworfen und zwei "Einschüchterung". Es soll zunächst zu einvernehmlichen Sex zwischen einem der Männer und dem Opfer gekommen sein. Dann sollen die Freunde des Mannes das Zimmer betreten, sie festgehalten und vergewaltigt haben. Die Frau befindet sich in psychologischer Behandlung, die Männer behaupten weiterhin, es sei einvernehmlicher Sex gewesen.<<

16.07.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26554" berichtet am 16. Juli 2023 (x1.319/...): >>Illegale Biowaffenforschung

Während des 3. Internationalen COVID-Gipfels im europäischen Parlament sprach am 3. Mai 2023 Dr. David Martin. Der bekannte amerikanische Arzt, Patentprüfungsexperte, Mathematiker, Wissenschaftler und Unternehmer hat mit seinen Erfindungen schon einigen Millionen erkrankten Menschen das Leben erleichtert.

Beweisträchtig eröffnet Dr. Martin chronologisch die Entstehung eines Aktes biologischer Kriegsführung gegen die Menschheit. Er beleuchtet den historischen Sinnzusammenhang der Pandemie, die nicht erst 2019 ihren Anfang nahm.

"Wir entwickelten SARS. SARS ist kein natürlich vorkommendes Phänomen. Das natürlich vorkommende Phänomen wird Erkältung genannt. Es wird grippeähnliche Krankheit genannt. Es wird Gastroenteritis genannt. Das ist das natürlich vorkommende Coronavirus. ... Und jeder von Ihnen, der mit Verträgen über biologische und chemische Waffen vertraut ist, weiß, daß das ein Verstoß ist. Das ist ein Verbrechen! Das ist kein unschuldiges Versehen! Das ist ein Verbrechen!"

... Ein Biowaffenlabor der University of North Carolina Chapel Hill erhielt eine Ausnahmege-nehmigung vom Gain-of-Function Moratorium, so daß wir 2016 in Zeitschriftenartikeln ver-öffentlichung konnten, in denen es hieß, das SARS-Coronavirus wird beim Menschen auftau-chen. Im Jahr 2016!"

Tausende Menschen haben die Rede von Dr. David Martin (www.kla.tv/26260) bereits gesehen. Im Zusammenhang zu dieser Rede strahlt Kla.TV heute ergänzend zwei fundierte Sen-dungen zum Thema Biowaffenforschung und Corona erneut aus.

Biologische Waffen sind Massenvernichtungswaffen, bei denen Krankheitserreger oder natür-liche Giftstoffe gezielt als Waffe eingesetzt werden. Die Genfer Biowaffenkonvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag über das Verbot der Entwicklung, Verbreitung und Lagerung biolo-gischer Waffen. Wird dieser Vertrag unter dem enormen Voranschreiten der biotechnologi-schen Möglichkeiten noch eingehalten?

Im Folgenden hören Sie Auszüge aus einem Artikel der Biologin und Biotechnologin Dörte Donker. ...

"Während die USA dem Iran vorwerfen, unter Vortäuschung friedlicher Nutzung der Kern-energie an Atomwaffen zu arbeiten, und diese Unterstellung zu stärksten Sanktionen gegen eine Nation geführt hat, erlauben sich die USA - unter dem Deckmantel friedlicher Nutzung - eine Reihe von Forschungen zu betreiben und Technologien bereitzustellen, die der Genfer

Biowaffenkonvention zuwiderlaufen. Die Technologie in Sachen genetischer Manipulation von Insekten, Viren, Bakterien und der Herstellung von Toxinen sind dermaßen fortgeschritten, daß eine Kontrolle dringend notwendig wird.

Die Tatsache, daß in den USA jahrelang sogenannte Funktionsgewinnforschungen an potentiell Pandemien auslösenden Erregern durchgeführt wurden und nachweislich ein infektiöser SARS-Virus in den USA hergestellt wurde, macht um so deutlicher, daß wir als Weltgemeinschaft solche Schlupflöcher oder gar aktives Mißachten der Genfer Konventionen nicht zulassen dürfen!"

Die USA und ihre Risikoforschung - Schlupfloch in den Genfer Konventionen

"Man züchtet also die gefährlichsten Viren mit der Ausrede, man wolle, falls diese in der Natur entstünden, mit Medikamenten und Impfstoffen vorbereitet sein. Aber jeder Biologe weiß, daß unter dieser Tarnung der friedlichen Forschung auch biologische Waffen hergestellt werden können. Dazu gehört auch, Viren so zu manipulieren, daß sie noch schlimmere Krankheitsbilder ausprägen, als sie natürlicherweise hervorrufen würden, und sich ebenfalls z.B. schneller ausbreiten und vermehren können, also pathogener und infektiöser werden. Man stattet sie mit neuen Eigenschaften aus, indem man ihnen fremde Gene einbaut."

"Selbst auf Regierungsseiten wird von den wortwörtlich besorgniserregenden Forschungen gesprochen. Man kann dort einsehen, daß man versucht hat, Selbstregulierungen zu erarbeiten, damit diese Forschungen nicht zweckentfremdet werden. Einige dieser Projekte hat man nicht weiter finanziert, und das Arbeiten mit bestimmten Erregern wurde verboten. SARS und MERS wurden im Zuge dieser Debatten auch thematisiert, aber es wird nicht klar, ob diese Forschungen eingestellt wurden.

Anhand von wissenschaftlichen Publikationen ist jedenfalls keine Forschungsunterbrechung zu erkennen. Im Gegenteil: Im Zuge dieser Forschungen wurde in der Universität North Carolina, Chapel Hill, unter der Leitung von Ralph Baric, ein für Menschen infektiöses SARS-Virus hergestellt, das zu 93 % genetisch identisch ist mit unserem jetzigen SARS CoV 2: Damit liegt eine höhere Übereinstimmung vor als bei jedem anderen angenommenen und diskutierten Ursprung des Virus.

2001 weigerten sich die USA, ein Zusatzprotokoll zu unterschreiben, welches diese Forschung mit doppeltem Verwendungszweck hätte unabhängig kontrollieren können.

Spätestens 2017 wurden sämtliche Beschränkungen an derartigen Funktionsgewinnforschungen an potentiell Pandemien auslösenden Erregern, kurz GOF bzw. PPP-Forschungen, fallen gelassen.

Unter dem Stichwort GOF und PPP findet man zu diesen Forschungen im Netz viele Beiträge, unter anderem auch von US-Behörden."

US-Militärforschung: Verbotenes Forschen an biologischen und chemischen Kampfstoffen
"Das US-Militär ist eine der größten Finanzierungsquellen für Forschungen, unter anderem für Forschungen an Viren mit doppeltem Verwendungszweck. Es unterhält Hochsicherheitslabore und arbeitet an Viren und anderen Krankheitserregern. Erwähnenswert sind hier Institutionen wie DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency), eine Behörde des US-Verteidigungsministeriums.

Natürlich bekommen wir nicht sehr viel von deren Forschungsarbeiten mit, außer ihre Projekte unterliegen einer staatlichen Ausschreibung oder es wurden abschließend Patente angemeldet, was beides beim Insect-Allies-Projekt der Fall ist. In dem Projekt geht es darum, Insekten so auszustatten, daß sie im Feld stehende Pflanzen mittels viraler Fragmente genetisch verändern können. Dies ist eine Technologie, die, wenn sie als Waffe eingesetzt wird, zum Vernichten von Nutzpflanzen eingesetzt werden kann. Das Max-Planck-Institut in Deutschland sagt eindeutig, daß diese Forschungen gegen die Genfer Biowaffenkonventionen verstoßen."

Fazit: "Diese Ausführungen machen deutlich", so die Biologin, "daß wir vor enormen Pro-

blemen mit unkontrollierten Forschungstätigkeiten stehen, die, kombiniert mit verschiedensten Machtinteressen und neuen ungeahnten Möglichkeiten auf dem Gebiet der Biotechnologie, die Menschheit schwerer bedrohen als konventionelle Waffen. Wir müssen dafür eintreten, daß diese Problematik in der Öffentlichkeit diskutiert wird und internationale Kontrollgremien geschaffen werden."

Zur Vertiefung der Thematik finden Sie den ungekürzten Artikel unter dem eingeblendeten Link: <https://offenkundiges.de/illegale-biowaffenforschung-in-den-usa/><<

17.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juli 2023: >>RA Seydel: "Das Recht ist nur für die Reichen"

Von Karel Meissner

Er ist Strafverteidiger. Kennt verschiedene Rechtssysteme. Hat in Frankreich, Österreich und England schon praktiziert und ist in einer Berliner Kanzlei zu Hause. Das deutsche Justizsystem kennt er in- und auswendig. Im Interview nimmt Mario Seydel kein Blatt vor den Mund. Mario Seydel ist kein gewöhnlicher Strafverteidiger. Während nach seinen Worten, die meisten seiner Kollegen eher Verurteilungsbegleiter seien, kämpft er vom ersten Moment an für die Rechte seines Mandanten.

In Strafsachen greift in Deutschland ein völlig anderes Rechtssystem als im Zivilprozeß, weiß Seydel zu berichten. Das macht die Sache schwierig, aber nicht unmöglich. Sei erst einmal Anklage erhoben, ist in ca. 95 Prozent der Fälle mit Verurteilung zu rechnen.

"Das Recht ist für die Reichen", RA Mario Seydel

Daß vor Gericht doch nicht alle gleich seien, sondern die mit mehr Geld eben gleicher, kommt im Interview ebenso zur Sprache, wie die Tatsache, daß das System der Strafverfolgung an sich viele Fehlurteile erwarten läßt. Aus seiner Lehrtätigkeit an Polizeischulen weiß Seydel aus eigener Erfahrung, daß die Polizei in vielerlei Hinsicht überfordert ist.

Aus der Berufserfahrung heraus und seinem Wunsch Hilfe zur Selbsthilfe zu praktizieren, entstand "Der Strafwandler". Dieses Buch soll all jene an die Hand nehmen, die in ihrem Leben in die Situation einer Anklage hineingeraten.

Seydel nimmt den Betroffenen an die Hand. Er gibt wichtige Ratschläge und stellt klar, wie Richter und Staatsanwälte "ticken". Daß man schon von Anfang an in Fallstricke geraten kann, ist ebenso Thema wie auch, daß der Grundsatz "In-dubio-pro-reo-Grundsatzes" bei Strafsachen nicht gilt. Vielmehr muß vor Gericht der Angeklagte seine Unschuld beweisen. Daß dann die Wahrscheinlichkeit eines Freispruchs nur bei ca. 5 Prozent liegt, ergibt sich somit fast von selbst. Der Titel ist auch in unserem Shop erhältlich.

Das Interview wurde bei [ingeschenkt.tv](https://www.ingeschenktv.de/) geführt.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 17. Juli 2023 (x1.328/...): >>Polizeiinsatz bei Freibad-Schlägerei: Grünen-Politikerin will, daß Beamte sich lieber mit Parksündern beschäftigen

Die grüne ehemalige Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann fotografiert stehende Polizeiautos - die wegen einer Freibad-Schlägerei gekommen sind. Herrmann will, daß sie sich lieber mit einem falsch parkenden Auto beschäftigen.

Am Sonntagnachmittag kam es im einschlägigen Berliner Prinzenbad erneut zu einer Schlägerei. Trotz Ausweis-Kontrolle am Eingang wurde ein Mann "K.o." geschlagen - so berichtet der Tagesspiegel. Das Kreuzberger Prinzenbad ist eines der Hot-Spots migrantisch geprägter Freibad-Gewalt. Während das Opfer am Sonntagabend ins Krankenhaus kam, nahm die Polizei mehrere Verdächtige fest.

Die Grünen-Politikerin Monika Herrmann fotografierte die währenddessen vor dem Freibad stehenden Polizeiautos - und hatte ganz andere Sorgen: "7 Einsatzwagen der Polizei vor dem Prinzenbad - illegales Parken auf dem Radweg egal". Auf dem Foto ist ein falsch parkendes

Auto zu sehen. Mit einem hochroten Wut-Emoji unterstreicht Herrmann ihre Erregung. Die Grüne war bis 2021 acht Jahre lang Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg, in dem auch das Prinzenbad liegt.

Herrmann sorgte als eine der radikalsten Grünen immer wieder für Aufsehen: So deckte sie Linksextreme Hausbesetzer in der Rigaer Straße und duldete ein illegales Migranten-Camp. Zuletzt scheiterte sie zweimal als Direktkandidatin ihrer Partei für die Abgeordnetenhauswahl. Es ist wohl sinnbildlich für den Umgang der Grünen mit der Kriminalitäts-Explosion in Berlin und anderswo.

Während für die Straftäter Verständnis gesucht wird und die Migrationsursachen konsequent verschwiegen werden, will man die Polizei zu einem besonders harten Vorgehen gegen die Normalbevölkerung bringen - etwa gegen Bürger, die im Halteverbot stehen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juli 2023: >>**Helmut Schmidt: Seine dunklen Geheimnisse**

Von Daniell Pföhringer

Er wußte viel mehr, als er sagte: Der 2015 verstorbene Altkanzler war zu Gast bei den mächtigsten Eliten-Zirkeln der Welt. Den Nachrichtendiensten mißtraut er nach dem Terrorherbst 1977 zutiefst. Schmidt ist nicht der Einzige, der "Leichen im Keller" hat, die der Mainstream verschweigt: Was Sie bisher noch nicht über Bobby Kennedy, seinen Schwager und Marilyn Monroe oder über Hitler, seine Geheimwaffen und seine Finanziere aus dem Ausland wußten, enthüllen wir in unserer Juli-Ausgabe mit dem Titelthema "Verbotene Geschichte".

_ von Oliver Janich

Helmut Schmidt war das lebende Denkmal dieser Republik. In einer Zeit, in der die Menschen nach zahllosen Skandalen das Vertrauen in Parteien, Gewerkschaften, ja selbst in die Kirchen verloren hatten, verkörperte der knorrige Sozialdemokrat für viele Deutsche Anstand und Pflichtbewußtsein. Bei einer Umfrage im Auftrag des Spiegel im August 2010 bezeichneten ihn 83 Prozent der Befragten als "moralische Autorität".

Besonders beeindruckend: Alles, wofür "Schmidt Schnauze" während seiner Kanzlerzeit (1974 bis 1982) gehaßt wurde - seine hanseatische Kühle, seine apodiktische Strenge, sein nüchterner Ökonomismus - wurde ihm später positiv quittiert. Vermutlich, weil das Granitene seines Charakters sich positiv abhob von der politischen Gallerte, die sich heute schleimig an den Hebeln der Macht festklammert.

Am Konferenztisch der Bilderberger

Während im wiedervereinigten Deutschland die Plattfußindianer vom Stamme Nimm auf Beutezug sind, war Schmidt zum Opfer für Staat und Nation bereit. 1975, nach dem terroristischen Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm, gaben der damalige Kanzler und seine Frau Loki beim Kanzleramtschef zu Protokoll, daß sie im Falle einer Entführung durch die RAF nicht ausgetauscht werden wollten.

Der Staat dürfe den Gewalttätern keinerlei Konzessionen machen - das war Schmidts Devise im Deutschen Herbst 1977. Dieser Devise hat er den gekidnappten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer geopfert - aber im Falle eines Falles hätte er auch sein eigenes Leben oder das seiner Gattin hingegeben. Kurz und gut: Schmidt war der Eiserne Kanzler der Nachkriegszeit.

Umso bemerkenswerter war, daß er - die Parteigliederungen souverän ignorierend - einen anderen zum Kanzlerkandidaten gekürt hatte: Peer Steinbrück. Was verband die beiden außer dem Schachspiel, der hanseatischen Heimat und der Nikotinsucht? Zum Beispiel die Bilderberg-Gruppe!

Auf Youtube kursierten Clips, wie Steinbrück stolz wie Oskar auf deren Jahrestreffen im Juni 2011 in St. Moritz einen Spaziergang um das Tagungshotel machte. Seine Laune war ausgezeichnet, wußte er doch, was die Aufnahme in diesen erlauchten Club für seine Karriere be-

deuten konnte. Bereits am Tag nach der Konferenz begannen ihn die Medien wie aus dem Nichts nach oben zu schreiben. Geholfen hat es ihm letztlich nicht.

Daß die Teilnahme an den Bilderberger-Konferenzen der Karriere jedoch durchaus förderlich sein kann, belegt ein Blick in die Geschichte. In meinem Buch *Das Kapitalismus-Komplott* zähle ich zwei Dutzend deutscher und europäischer "Spitzenkräfte" auf, die nach Besuch der Meetings in höchste Ämter kamen, darunter Helmut Kohl, Tony Blair, Jose Barroso, Guido Westerwelle, Herman van Rompuy, Angela Merkel und schließlich Helmut Schmidt höchstselbst.

Letzterer erwähnte 1987 in seinem Buch *Menschen und Mächte* die seit 1954 jährlich stattfindenden Treffen. "Mit Dankbarkeit erinnere ich mich an die alljährlichen so genannten Bilderberg-Konferenzen, die Bernhard, Prinz der Niederlande, organisierte und leitete", erklärte der Altkanzler in einem Interview.

Auf Du und Du mit Kissinger und Rockefeller

Mit solchen Hinweisen war Schmidt bis in die jüngste Zeit fast einzigartig. Für die tonangebenden Medien waren nämlich die Bilderberger lange Zeit ein Un-Thema, obwohl sich dort unter Leitung von David Rockefeller und Henry Kissinger regelmäßig die mächtigsten Männer der Weltwirtschaft (sowie in der Regel die Königinnen von Großbritannien, Spanien und der Niederlande) ein Stelldichein gaben: die Vorstandsvorsitzenden der wichtigsten anglo-amerikanischen Geldhäuser und Hedgefonds, ein halbes Dutzend Zentralbanker und (zumeist neokonservative) Geostrategen - sowie Politiker jeder Preisklasse.

Die politische und finanzielle Verfügungsgewalt, die bei den Bilderbergern regelmäßig zusammenkommt, läßt sich nur noch mit dem World Economic Forum (WEF) messen, das jährlich in Davos stattfindet. Aber im Unterschied zum WEF tagen die Bilderberger drei Tage hinter verschlossenen Türen - niemand darf früher abreisen, jeder verpflichtet sich zu absoluter Verschwiegenheit.

Schmidt nahm erstmals 1973 in Schweden zusammen mit dem SPD-Außenpolitiker Hans-Jürgen Wischnewski an der Konferenz teil. Schon im nächsten Jahr wurde Schmidt außerplanmäßig deutscher Kanzler. Der bis dahin amtierende Willy Brandt - selbst kein Bilderberger - stürzte nämlich 1974 über eine Spionage-Affäre, und Schmidt folgte ihm nach. Brandt war trotz seines triumphalen Wahlsieges 1972 (mit dem besten SPD-Ergebnis aller Zeiten) in den Medien als Schwächling dargestellt worden, weil er den Stasi-Spitzel Günter Guillaume als Privatsekretär in seiner unmittelbaren Umgebung geduldet hatte.

Dabei war es wohl eher so, daß der Kanzler in eine Falle getappt ist: Der BND wußte schon lange über Guillaume Bescheid, informierte Brandt aber nicht. So etwas nennt man Friendly Fire. Sollte Schmidt von den Bilderbergern gefördert worden sein, so stand er jedenfalls nicht immer in deren Gunst: Sein Kanzlersturz 1982 zugunsten von Helmut Kohl war nämlich ebenfalls von einem ausgelöst worden, der kurz zuvor zusammen mit Kohl bei diesem Eliteclub vorgesprochen hatte - von Otto Graf Lambsdorff, der seine Partei, die FDP, dazu brachte, die Regierungskoalition mit der SPD aufzukündigen.

Dunkle Nächte im Bohemian Grove

Wie über die Bilderberger-Konferenzen, so schweigen sich die tonangebenden Medien auch über die alljährlichen Sommertreffen im Bohemian Grove aus. In diesem "böhmischen Wäldchen" (O-Ton Schmidt) in Kalifornien trifft sich die amerikanische Elite seit den 1870er Jahren, zugelassen sind nur Männer. Hier fand etwa die erste Planungskonferenz für das Manhattan-Projekt, also den lange geheimen Bau der US-Atombombe im Zweiten Weltkrieg, statt.

In jüngerer Zeit verkehrten dort US-Präsidenten von Ronald Reagan über Richard Nixon bis George Bush. Schmidt nahm dreimal an den Treffen teil, 1979 leitete er mit Kissinger zusammen sogar eine außenpolitische Diskussion. In seinem Buch *Menschen und Mächte* berichtet er auf Seite 273: "Aber die ganze Veranstaltung vollzieht sich zwanglos, mit einem

Anflug von Knabenromantik und mit dem Flair eines Westerns im Fernsehen."

Hätte Schmidt gewußt, was Kritiker dem Club vorwerfen, hätte er sich den Ausdruck "Knabenromantik" wohl gespart. Seit Jahren gibt es Gerüchte, daß im Bohemian Grove oder von Clubmitgliedern satanische Rituale abgehalten, homosexuelle Orgien durchgeführt und kleine Knaben mißbraucht werden. Zu jenen, die das behaupten, gehört John DeCamp, ein ehemaliger republikanischer Senator von Nebraska und Freund des CIA-Direktors William Colby, der 1996 unter mysteriösen Umständen starb.

Colby soll DeCamp kurz vor seinem Tod geraten haben, die Finger von dem Thema zu lassen. DeCamp veröffentlichte aber sein Buch *The Franklin Cover Up* und den Film *Conspiracy of Silence* über einen Kindesmißbrauchsring, in dem Top-Politiker verwickelt gewesen sein sollen. Hochrangige Mitglieder der Justiz gehörten nach seinen Ausführungen auch dazu, weshalb es noch zu keinen Verurteilungen gekommen sei. Ähnliches behauptete der ehemalige FBI-Chef von Los Angeles, Ted Gunderson, der unter anderem für die Ermittlungen in den Fällen Marilyn Monroe und John F. Kennedy verantwortlich war.

Aufschlußreich sind auch Abhörprotokolle von Richard Nixon, die durch den Freedom of Information Act ans Tageslicht, aber mal wieder nicht in die Mainstream-Presse, gekommen sind. In einem abgehörten Gespräch vom 13. Mai 1971 sagte der damalige US-Präsident:

"Bohemian Grove, an dem ich von Zeit zu Zeit teilnehme - das ist die verschwulteste (most faggy), verdammteste Sache, die man sich vorstellen kann, mit dieser ganzen San Francisco-Meute. Ich kann keinem aus San Francisco die Hand schütteln."

Trotzdem sah sich Nixon in seiner Autobiographie genötigt, den Club als sehr wichtig für seine Karriere darzustellen.

Opfer für den Eulen-Gott

Klärungsbedürftig sind auch die Abläufe und die Bedeutung der "Cremation of Care-Zeremonie", die alljährlich im Rahmen des Bohemian Grove abgehalten wird. Dem Radiomoderator und Filmemacher Alex Jones gelang es 2005, für die Dokumentation *Dark Secrets Inside the Grove* diese Veranstaltung zu filmen. Mitten in der Nacht geht dort eine Prozession von Menschen in weiten Umhängen und Kutten mit Fackeln in der Hand zu einer riesigen Eule aus Stein und zündet eine Strohuppe in Menschengestalt an.

Laut Jones und anderen handelt es sich um eine Opfergabe an den satanischen Eulen-Gott Moloch. Aber selbst wenn das nicht stimmt: Hätte die Öffentlichkeit nicht das Recht zu erfahren, daß ihre Politiker Zeremonien beiwohnen, wo Menschen in Kutten herumlaufen und Strohuppen anzünden?

Damit soll keinesfalls gesagt sein, daß Schmidt bei diesen Dingen dabei war oder etwas davon wußte. Aber von allen deutschen Politikern kann man sich noch von ihm am ehesten sachdienliche Hinweise versprechen. Nicht nur, weil er am nächsten dran war. Sondern auch, weil er immer wieder bewiesen hat, daß er sich kein X für ein U vormachen läßt und nicht bei allen Spielchen der Machtelite mitmacht. Die Geschichte vom menschengemachten Klimawandel hat er frank und frei als "dummes Zeug" bezeichnet. Das idiotische Rauchverbot ignoriert er souverän und zahlt als gesetzestreuer Bürger zur Not auch die festgesetzten Bußgelder.

Warnung vor dem Tiefen Staat

Sein Schweigen zu den angesprochenen Punkten mag damit zusammen hängen, daß er sich der Mächte hinter den Kulissen sehr wohl bewußt ist. Bei seinem hartnäckigen und letztlich erfolgreichen Kampf gegen den RAF-Terrorismus muß er mit diesen in Berührung gekommen sein. Im Gespräch mit Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo (veröffentlicht in der Ausgabe vom 30. August 2007) wurde er mit (von ihm abgelehnten) Planspielen aus dem Krisenstab des Terrorjahres 1977 konfrontiert, die die Wiedereinführung der Todesstrafe (Generalbundesanwalt Kurt Rebmann) und Standgerichte für RAF-Straftäter (der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß) einschlossen.

Di Lorenzo verweist weiter auf damalige Vorstöße eines BND-Agenten - die "Eliminierung des europäischen Führungskaders" der Terroristen - und fragt: "Darf Ihrer Meinung nach jemand, der für den Geheimdienst eines demokratischen Staates arbeitet, solche Vorschläge unterbreiten?" Daraufhin Schmidt:

"Ich will die Frage nicht beantworten. Ich will dazu was ganz Anderes sagen: Ich traue inzwischen überhaupt keinem Geheimdienst mehr. Punkt."

Die Geheimdienstler litten nämlich an einer "Krankheit", die darauf beruhe, "daß sie tendenziell dazu neigen zu glauben, sie verstünden die nationalen Interessen des eigenen Landes viel besser als die eigene Regierung. Diese letztere Krankheit ist der Grund dafür, daß ich ihnen nicht traue. Ich war 13 Jahre lang Mitglied einer Bundesregierung. Ein einziges Mal habe ich den Chef des BND für zehn Minuten empfangen; das war einer, den ich kannte."

Am Schluß des Gespräches zieht er eine Bilanz des Terrorismus und macht eine bemerkenswerte Volte:

"Ich habe den Verdacht, daß sich alle Terroristen, egal, ob die deutsche RAF, die italienischen Brigade Rosse, die Franzosen, Iren, Spanier oder Araber, in ihrer Menschenverachtung wenig nehmen. Sie werden übertroffen von bestimmten Formen von Staatsterrorismus."

Di Lorenzo hakt konsterniert nach: "Ist das Ihr Ernst? Wen meinen Sie?" Schmidt antwortet: "Belassen wir es dabei. Aber ich meine wirklich, was ich sage." Sehr geehrter Helmut Schmidt - bitte belassen Sie es nicht dabei. Sie sind der Mann, dem die Nation vertraut. Und Sie sind jetzt in einem Alter, wo Sie den Tod nicht mehr fürchten müssen. Berichten Sie, was Sie wissen! Über die Bilderberger, über den Bohemian Grove, über die Geheimdienste, über den Staatsterrorismus. Dies wird, davon, können Sie überzeugt sein, die demokratische Ordnung in unserem Staat nicht schwächen - sondern stärken. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juli 2023: >>**Gefahr!**

KI greift Menschheit an

Von *Sven Eggers*

Wissenschaftler warnen: Die Künstliche Intelligenz ist für die Menschheit die größte Gefahr. ... Ist es mit der menschlichen Zivilisation bald vorbei? Kurz vor seinem Tode 2018 hatte der Astrophysiker Stephen Hawking bereits prognostiziert: "Wenn die Künstliche Intelligenz erst vollständig entwickelt ist, dann könnte das das Ende der Menschheit bedeuten." Denn, so das Genie: "Die Künstliche Intelligenz würde gleichsam sich selbst ... immer schneller verändern und entwickeln. Die Menschen wären durch die langsame biologische Evolution begrenzt, sie könnten nicht mithalten und würden ersetzt."

Die größte Gefahr

Führende Wissenschaftler teilen diese Sorge. In einer Untersuchung ("Forecasting Existential Risks Evidence from a Long-Run Forecasting Tournament") ging es zuletzt um die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Untergangs der menschlichen Zivilisation. Verschiedene Expertengruppen haben an der Studie mitgewirkt, gestaltet als eine Art Diskussionswettbewerb. Unterschiedliche Forscher hatten Kollegen von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen.

Die Welt faßt zusammen:

"In einem Punkt sind sich alle Prognostiker einig: In den nächsten Jahrzehnten droht der Menschheit durch nichts so große Gefahr wie durch intelligente Maschinen und Software, die sich gegen ihre Schöpfer wenden."

Bemerkenswert: Wissenschaftler, die sich auch im Alltag regelmäßig mit Künstlicher Intelligenz befassen, sähen die Gefahr als deutlich größer an als Theoretiker aus anderen Wissenschaftsfeldern.

Killer der Menschheit

Letztlich geht es um die Machtübernahme der Künstlichen Intelligenz: Hoch entwickelte Computersysteme, die das Internet und damit die gesamte Technik auf dem Planeten beherr-

schen und auch Roboter und Drohnen könnten sich gegen den für sie gefährlichen Homo sapiens wenden.

Die wissenschaftliche Sorge vor der Künstlichen Intelligenz als Killer der Menschheit überbietet alle anderen Szenarien, darunter eine Pandemie, ein von Menschen erzeugter Erreger, Atomkrieg, Klimawandel oder Naturkatastrophen.

Im Mai 2023 sprach die Welt mit Daniel Privitera von der Universität Oxford, Gründer des Zentrums für KI-Risiken und Auswirkungen. Der warnte ausdrücklich:

"Selbst Angestellte führender KI-Unternehmen ... haben Angst ... Nicht wenige von ihnen halten es für möglich, daß die Weiterentwicklung von KI noch in den 2020er Jahren zum Ende der Menschheit führt."

Das Wissenschaftsportal Forschung und Wissen berichtete im September 2022:

"Eine Studie, an der auch der leitende Wissenschaftler von Google Deepmind beteiligt war, kam zu dem Ergebnis, daß eine Künstliche Intelligenz wahrscheinlich die Menschheit auslöschen wird."

Die Studie der Universität Oxford wurde im AI Magazine, dem Organ der durchaus KI-freundlichen Association for the Advancement of Artificial Intelligence vollständig publiziert.

In COMPACT-Spezial "Transhumanismus" wird beispielhaft Folgendes aufgegriffen:

"Immer mehr Infrastruktur wird über KI gesteuert. Versorgungssysteme wie Wasser und Energie, auch die Just-in-time-Belieferung von Supermärkten sind unter Kontrolle perfekt programmierter Maschinen. Die Politiker treiben die Vernetzung zunächst lokaler oder regionaler Netze über die Ländergrenzen hinaus voran. Besonders gefährlich übrigens: die Smart Meter, elektronische Zähler für den Stromverbrauch in Haushalten und Unternehmen. Tritt hier ein Fehler auf oder werden Daten falsch ausgelesen, könnte die KI zum angeblichen Systemschutz einen Blackout herbeiführen - nachzulesen im gleichnamigen Roman von Marc Elsberg."

Die globalen Eliten werden KI sicher für eines ihrer wichtigsten Ziele nutzen, den Kampf gegen den sogenannten Klimawandel. Was aber, wenn die Maschinenintelligenz zum Ergebnis kommt, dieses Problem sei nur dadurch zu lösen, daß man dessen Verursacher ausschlachtet, die Menschen? ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juli 2023: >>**Mallorca:**

"Deutsche" Vergewaltiger sind Türken

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata.

Ein 18-jähriges Mädchen wurde während ihres Mallorca-Urlaubs von einer Gruppe junger Männer vergewaltigt. Die Lügenpresse spricht von Deutschen, doch die Täter sind türkischer Herkunft. Es reicht! Wir brauchen endlich eine "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Rechtsanwalt und AfD-Vordenker Maximilian Krahn.

_ von Lucia Reimer und Erika Fischer

Zahlreiche Mainstream-Medien berichten heute von der Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau aus Hannover in einem Hotel am sogenannten Ballermann in Palma de Mallorca. "Sechs Urlauber aus Deutschland" seien die Täter, schreibt das Portal Nordbayern.de. Die "deutsche Freundesgruppe" (WAZ) habe das Opfer in der Nacht vom 12. auf den 13. Juli zu sexuellen Handlungen gezwungen, ein Täter habe das schändliche Verbrechen gefilmt. Doch wer sind die Täter wirklich - und wie konnte es so weit kommen?

Fataler Urlaubs-Flirt

Die 18-jährige deutsche Urlauberin lernte einen der Männer in einer Bar an der Playa de Palma kennen. Die beiden fanden sich sympathisch und verbrachten den Abend in Zweisamkeit. In der Hoffnung, die Nacht weiter gemeinsam verbringen zu können, machten sie sich auf den Weg zu dem Hotelzimmer des Mannes. An der Rezeption wurde die junge Frau abgewiesen, da sie kein Gast des Hotels war. Also begaben sie sich zum Hotel, in dem die Freunde des

Mannes untergebracht waren.

Ohne zu ahnen, daß am späteren Abend die anderen Männer dazustoßen würden, vertraute die junge Deutsche ihrem Begleiter. Doch dann tauchten plötzlich die Freunde des Mannes auf, alle zwischen 21 und 23 Jahre alt. Vier von sollen das Opfer dann im Laufe des Geschehens zu sexuellen Handlungen gezwungen haben, der Fünfte filmte die Tat mit seinem Handy. Die Frau konnte schließlich ins Badezimmer flüchten. Einer der Männer versuchte sie zu beruhigen und begleitete sie in ihr Hotel, wo sie die Polizei alarmierte.

Tatvorwurf Gruppenvergewaltigung

Während das Opfer in einem Krankenhaus versorgt und untersucht wurde, nahm die spanische Polizei die mutmaßlichen Täter nach kurzer Zeit fest. Kurz darauf wurden die Tatverdächtigen einem Haftrichter vorgeführt. Einer der Männer soll sich inzwischen wieder auf freiem Fuß befinden. Während hiesige Gazetten penetrant von "Deutschen" sprechen oder überhaupt keine Angaben zur Herkunft machen, bestätigte die spanische Zeitung Ultima Hora, daß die mutmaßlichen Täter einen türkischen Migrationshintergrund haben.

Der türkische Mob

"Manada alemana" (deutsches Rudel), so schrieben andere spanische Medien über den türkischen Männermob. Dies ist eine Anspielung auf eine Gruppenvergewaltigung in Pamplona aus dem Jahre 2016, als fünf Spanier eine junge Frau in einem Hauseingang vergewaltigt und dabei gefilmt hatten. "La Manada" nannte sich die damalige Gruppe - daher der Vergleich.

Daß im aktuellen Fall "Manada turca", also "türkisches Rudel", passender wäre, wird von der Presse ausgeblendet. Andere Medien in Spanien berichten von einem sprunghaften Anstieg von Gewaltverbrechen durch ausländische Touristen in diesem Jahr. Auch hier wird nicht differenziert beziehungsweise klar und deutlich gesagt, aus welchem Kulturkreis die Kriminellen stammen.

Patriotisches Manifest: Der Jurist und Europa-Abgeordnete Maximilian Krah belegt mit seinem Buch "Politik von rechts", daß die AfD sehr wohl zu allen wesentlichen Politikfeldern Position beziehen und eine Alternative bieten kann. Mit seinem Manifest legt Krah eine weltanschaulich fundierte Grundlagenschrift vor, die den Linkliberalismus scharf attackiert. Der Autor unterstreicht mit "Politik von rechts" seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. Juli 2023:
>>**Nach NATO-Gipfel: Das Finale für Selenskyj rückt näher**

Der NATO-Gipfel hat deutlich gezeigt, daß die Geduld des Westens mit der Ukraine insgesamt und mit Selenskyj im Besonderen dem Ende zugeht. Die NATO ist am Ende. ...

_ von *Thomas Röper*

Eigentlich wollte ich eine eigene Analyse darüber schreiben, was der NATO-Gipfel für die Ukraine und Selenskyj gebracht hat. Da ich aber derzeit im Donbass unterwegs bin, bin ich dazu nicht gekommen. Daher übersetze ich hier eine Analyse der russischen Nachrichtenagentur TASS, die ich sehr zutreffend finde und so ähnlich auch selbst geschrieben hätte.

Beginn der Übersetzung:

Rückt das Finale näher?

Selenskyj begann, sogar seine Strippenzieher zu verärgern

Wenn man nicht wüßte, daß Nikolaj Gogol sein Werk "Der Revisor" vor fast zwei Jahrhunderten vollendet hat, könnte man meinen, sein Protagonist sei der heutige ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj. Nachdem er direkt von der Showbühne in die Politik gegangen war, verhielt sich Selenskyj genau wie Chlestakow:

"Ich kenne hübsche Schauspielerinnen ... Ich bin mit Puschkin (Biden, Macron, Merkel ...) befreundet." Natürlich erkannten viele Menschen in dem jungen ukrainischen Staatschef sofort einen Blender, aber die Politiker des Westens spielten Selenskyjs Spiel geduldig mit.

Doch alle Geduld hat ein Ende, wie der zweitägige NATO-Gipfel in Vilnius zeigte, wo die irritierten westlichen Strippenzieher und Mäzene dem übertreibenden Schauspieler entschieden seinen Platz zuwiesen.

Ein Bild, das bei einer der Gipfelveranstaltungen aufgenommen wurde und auch in den Massenmedien der Welt kursierte, ist bezeichnend: elegant gekleidete Damen und Herren unterhalten sich lebhaft auf dem Rasen, während Selenskyj, in khakifarbener Kleidung, mit düsterem Blick allein am Rand steht.

Auf seinen Platz verwiesen

Die Ereignisse der letzten zwei Jahre ähneln in der Tat der Handlung der Komödie von Gogol: So wie die Bezirksbeamten einer nach dem anderen in das Hotel kamen, in dem sich Chlestakow befand, reihten sich westliche Präsidenten, Ministerpräsidenten und andere Politiker ein, um Wladimir Selenskyj in Kiew neue Finanzhilfen und Waffenlieferungen anzukündigen.

Die Ähnlichkeit ist jedoch nur äußerlich: Im Gegensatz zu den kleinen Finanzdieben aus der Kreisstadt N, die den kleinen Beamten mit einem angesehenen Revisoren aus der Hauptstadt verwechselten, kannten die ausgebufften Politiker aus den westlichen Hauptstädten den Wert des Ex-Schauspielers und nutzten ihn offensichtlich zynisch für ihre eigenen Zwecke. Deren wichtigstes Ziel bestand meines Erachtens darin, "Moskau, das aus dem Ruder gelaufen ist", in die Schranken zu weisen und zur Kapitulation zu zwingen, indem man es dazu zwang, alle vom Westen aufgestellten Regeln und Forderungen zu akzeptieren.

Rußland in seine Schranken zu verweisen, hat nicht geklappt und schließlich wurde Selenskyj sein Platz gezeigt. Vor dem Gipfel erklärten sowohl der ukrainische Präsident als auch sein Umfeld direkt, daß sie erwarteten, daß die NATO-Länder die Ukraine zum Beitritt in das Bündnis einladen würden, und drohten damit, daß der ukrainische Präsident nicht nach Vilnius reisen würde, wenn er keine Garantie für diese Einladung hätte.

USA werden wütend

Aber nachdem am Ende des ersten Gipfeltages bekannt gegeben wurde, daß eine Einladung zum NATO-Beitritt an die Ukraine gehen könnte, "wenn die Verbündeten zu einer Einigung kommen und die Bedingungen erfüllt", erlaubte sich Selenskyj, seine Verärgerung öffentlich zu äußern. Er schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Es ist beispiellos und absurd, wenn es keinen Zeitrahmen sowohl für die Einladung (!) als auch für die Mitgliedschaft der Ukraine gibt; und wenn sogar für eine Einladung der Ukraine einige komische Formulierungen über 'Bedingungen' hinzugefügt werden. Es sieht so aus, als gäbe es keine Bereitschaft, die Ukraine in die NATO einzuladen oder sie zu einem Mitglied der Allianz zu machen."

Nach Angaben mehrerer europäischer und US-amerikanischer Medien sorgte das Verhalten Selenskyjs bei seinen westlichen Strippenziehern für große Irritationen. Der Ausbruch des ukrainischen Präsidenten habe die Mitglieder der US-Delegation "wütend gemacht", berichteten die New York Times und die Washington Post. Nach Angaben der europäischen Ausgabe von Politico waren viele führende europäische Politiker der Meinung, daß Selenskyj "zu weit gegangen" sei.

"Eine launische Primadonna"

Es wurde auch berichtet, daß einige europäische Politiker den ukrainischen Präsidenten beim Abendessen zum Abschluß des ersten Gipfeltages aufforderten, "abzukühlen", während andere bei der Begegnung mit ihm nur "kalt mit den Schultern zuckten". Nach Meinung eines Journalisten des Magazins Europe Diplomatic hat Wladimir Selenskyj eindeutig das Gefühl, daß die ganze Welt ihm etwas schuldet. Der ukrainische Präsident verhalte sich wie eine "launische Primadonna" und habe folglich "immer weniger Freunde, auch wenn sie das nicht direkt geäußert haben".

Übrigens ging es auch nicht ohne direkte Äußerungen ab. Der britische Verteidigungsminister

Ben Wallace sagte auf dem öffentlichen NATO-Forum in Vilnius, die westlichen Länder würden sich von der Ukraine "ein bißchen Dankbarkeit" für die Lieferung von militärischem Gerät wünschen, statt Kritik an der Entscheidung zu üben, das Land nicht im Rahmen eines Schnellverfahrens in die Allianz aufzunehmen. Er erinnerte daran, wie ihm die Kiewer Regierung bei einem Besuch in der Ukraine im vergangenen Jahr eine Liste der von der Ukraine benötigten Waffen vorlegte, was ihn an einen Einkaufsbummel erinnerte. Wallace sagte:

"Wissen Sie, wir sind nicht Amazon. Das habe ich ihnen letztes Jahr gesagt, als ich elf Stunden nach Kiew unterwegs war, um die Liste zu bekommen."

So offene Kritik konnte offenbar nicht ohne Antwort von Selenskyj bleiben. Auf einer Pressekonferenz in Vilnius sagte er:

"Ich verstehe die Frage nicht. Wir waren immer dankbar und sind immer dankbar. Ich weiß nur nicht, wie wir uns sonst bedanken sollen. Wir können jeden Morgen aufwachen und Minister danken. Er soll mir schreiben, wie wir danken sollen, und so werde ich danken."

Selenskyj wird vorsichtiger

Nach allgemeiner Meinung von Beobachtern und Experten zwangen die Erklärungen der westlichen Partner den ukrainischen Präsidenten jedoch dazu, seine Rhetorik zu ändern und vorsichtiger zu werden. In seinem Kommentar zu den Ergebnissen des Gipfels verzichtete er sorgfältig auf kritische Bemerkungen, im Gegenteil, er bezeichnete die Ergebnisse als "gut" und bedankte sich in jeder erdenklichen Weise bei den NATO-Ländern für die Unterstützung, die sie Kiew gewähren.

Der ukrainische Außenminister Dmitrij Kuleba hingegen äußerte seine Verwunderung, die an Unzufriedenheit grenzt, und stellte fest, daß "der Weg zur NATO nach dem Gipfel von Vilnius zwar kürzer, aber nicht schneller geworden ist". Ihm zufolge geht Kiew davon aus, daß "alle Bedingungen für die Einladung an die Ukraine, Mitglied der NATO zu werden, erfüllt sind", und versteht nicht, von welchen anderen Bedingungen das Bündnis spricht: "Was sind diese Bedingungen? Von wem sollen sie formuliert werden? Wie lauten sie?"

"Man muß die Regeln vor dem Spiel lernen, nicht danach", antwortete die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. "Das ist die regelbasierte Weltordnung, die von den Westlern erfunden wurde. Wer schlauer ist, nimmt nicht daran teil, denn es gibt keine Regeln, sie werden spontan erfunden und geändert, wenn das Spiel nicht das gewünschte Ergebnis bringt", fügte sie hinzu.

Lateinamerika spielt nicht mehr mit

Als Alternative zur "regelbasierten Weltordnung" bezeichnete Sacharowa das "Völkerrecht, das von der Mehrheit der vernünftigen Menschen unterstützt wird." Die NATO ist sich übrigens sehr wohl bewußt, daß es in der Tat viele vernünftige Menschen gibt, die nicht nach den Regeln des Westens spielen wollen, sonst hätten sie in der Abschlusserklärung des Gipfels von Vilnius nicht so viel Zeit dafür verwendet, die strategische Partnerschaft zwischen Rußland und China zu verurteilen und Länder zu verängstigen, die Moskau unterstützen und damit von den Anweisungen des Westens abweichen.

Tatsache ist jedoch, daß dieses Angst machen immer weniger den gewünschten Effekt hat, wie die Vorbereitungen für den EU-Lateinamerika-Gipfel, der am 17. und 18. Juli in Brüssel stattfinden soll, gezeigt haben. Nach Angaben des Portals Euractiv wollte die EU Selenskyj zu der Veranstaltung einladen, um Druck auf die Lateinamerikaner auszuüben, damit diese die anti-russischen Sanktionen unterstützen. Spanien, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat, hat Selenskyj sogar eine Einladung geschickt, die aber nach einer einstimmigen Forderung der Staats- und Regierungschefs von 33 lateinamerikanischen und karibischen Ländern annulliert werden mußte.

Darüber hinaus bestanden die Lateinamerikaner darauf, daß "alle Punkte, die sich auf die Unterstützung der Ukraine beziehen", aus dem Entwurf der Abschlusserklärung gestrichen wer-

den, der von der EU-Zentrale in Brüssel vorbereitet wurde.

"Ein Lakai der USA"

Den vier diplomatischen Quellen des Portals zufolge wird der Entwurf des Abschlußdokuments nun von den EU-Botschaftern diskutiert, die einen "intensiven Kampf" führen werden, um "den Text zu retten". Brüssel befürchtet, daß das Gipfeltreffen nicht in der Lage sein wird, überhaupt ein endgültiges Dokument zu verabschieden.

François Asselineau, Vorsitzender der französischen Partei der Republikanischen Volksunion, äußerte dazu auf Twitter.

"Selenskyj ... hatte geplant, zu diesem Gipfel zu kommen und Champagner zu trinken ... Aber 33 Lateinamerikaner weigerten sich, den Lakaien der USA zu sehen, unter dem 90 Prozent des Planeten leiden."

Laut dem Bundestagsabgeordneten Stefan Keuter wird Selenskyj "zu einem Problem für die westlichen Partner und den ‚großen amerikanischen Bruder‘", weil er "auch mit seinen Partnern nicht offen und ehrlich umgeht."

Zwischen zwei Stühlen

Wladimir Selenskyjs übertriebene persönliche Ambitionen in Verbindung mit seinem offensichtlichen Wunsch, "bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen", anstatt Verhandlungen mit Moskau zu beginnen, rufen nicht nur in Lateinamerika, Afrika, weiten Teilen Asiens und des Nahen Ostens, sondern sogar in den europäischen Ländern zunehmend negative Reaktionen hervor. So kritisiert beispielsweise die ungarische Regierung ständig den Kurs des ukrainischen Präsidenten und betont unermüdlich, daß der Weg zur Beendigung des Konflikts über Verhandlungen und Diplomatie führt und nicht über eine Eskalation weiterer Waffenlieferungen an Kiew.

Während der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban diese Position immer vertreten hat, kam die jüngste scharfe Aussage des bulgarischen Präsidenten Rumen Radew für viele überraschend. Bei einem Treffen mit Selenskyj in Sofia erklärte er, daß er mit der Lieferung von Munition an Kiew nicht einverstanden sei und verwies auf die unzureichenden Friedensbemühungen der ukrainischen Führung.

Radew sagte Selenskyj ins Gesicht:

"Ich sage nach wie vor, daß es für diesen Konflikt keine militärische Lösung gibt, und immer mehr werden wahrscheinlich nicht zu einer Lösung führen. ... Wir würden das Wort 'Frieden' auch gerne öfter hören. Die Hauptanstrengungen sollten auf den Frieden gerichtet sein. Ich glaube, daß wir im Moment nicht alle diplomatischen Mittel genutzt haben, um in diese Richtung zu arbeiten."

Nach den TV-Bildern des Gesprächs zu urteilen, hatte der ukrainische Präsident nicht mit einer derartigen Kritik gerechnet und konnte kaum Worte finden, um das Gespräch fortzusetzen. Es lohnt sich auch, die Ergebnisse mehrerer Meinungsumfragen zu beachten, die zeigen, daß die von Selenskyj propagierte militärpolitische Agenda sowohl bei den Europäern als auch bei den Ukrainern auf immer weniger Unterstützung stößt.

In Deutschland beispielsweise, das gemäß wiederholten Erklärungen von Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Militärhilfe für Kiew vor den anderen europäischen Ländern liegt, ist die Hälfte der Bevölkerung gegen eine beschleunigte Aufnahme der Ukraine in die NATO und ist damit einverstanden, daß sie erst nach langer Zeit in das Bündnis aufgenommen wird.

Darüber hinaus lehnt ein weiteres Viertel der Befragten die Aufnahme der Ukraine in die NATO insgesamt ab, wobei 42 Prozent im Osten Deutschlands und 65 Prozent der Wähler der rechtspopulistischen Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD) sie ablehnen.

In Polen sind 47,7 Prozent der Einwohner des Landes gegen eine schnelle Aufnahme der Ukraine in die NATO. In Ungarn sind 77 Prozent der Bevölkerung gegen die zusätzlichen Hilfen für die Ukraine in Höhe von 50 Milliarden Euro über vier Jahre auf Kosten zusätzlicher

Beiträge aller EU-Länder zum gemeinsamen Haushalt der Gemeinschaft. Darüber hinaus sind 88 Prozent der Ungarn von der Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands und der Aufnahme von Friedensgesprächen überzeugt.

Ukraine-Unterstützung bröckelt

Schließlich gaben 52 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge in Großbritannien und 44 Prozent derjenigen, die nach Deutschland gezogen sind, an, daß sie auch nach dem Ende der Feindseligkeiten in der Ukraine lieber nicht in ihr Heimatland zurückkehren, sondern in ihrem derzeitigen Aufenthaltsland bleiben würden.

Alle genannten Fakten und Zahlen deuten meines Erachtens darauf hin, daß die Unterstützung für Selenskyjs Kurs auch in Europa stetig abnimmt, ganz zu schweigen von anderen Regionen der Welt, wo die Menschen für eine friedliche Beilegung des Konflikts eintreten und verschiedene Initiativen in dieser Richtung ergreifen. Gleichzeitig brauchen die USA und ihre NATO-Partner den derzeitigen ukrainischen Präsidenten offensichtlich nur so lange, wie er ihre Befehle gehorsamst erfüllt. Man erlaubt ihm weder Friedensbemühungen zur falschen Zeit noch gestattet man ihm Versuche, die NATO in einen direkten Konflikt mit Rußland hineinzuziehen.

Das Ende des Dramas naht

Wie Konstantin Kossatschow, der stellvertretende Sprecher des Föderationsrates, bemerkte, wurde Kiew auf dem Gipfeltreffen des Bündnisses in Vilnius "sein Platz zugewiesen: als Verbrauchsmaterial zu dienen, seine Soldaten für die NATO zu vernichten, ohne Garantien für die NATO-Mitgliedschaft zu haben, und generell wird er vom Bündnis bis auf Weiteres auf Abstand gehalten, weil es aus der Ukraine eindeutig nach einem Atomkrieg 'riecht', in dem 'echte' Europäer sterben werden".

Es scheint also, daß Selenskyj, der sich zwischen zwei Stühlen befindet, keine andere Wahl hat, als sich wie ein Chlestakow die Brust herauszudrücken und bombastische Reden zu halten, während er auf das unvermeidliche Ende des Dramas wartet, das von anderen Autoren geschrieben und inszeniert wird und in dem ihm, um es offen zu sagen, eine wenig beneidenswerte Rolle zugewiesen wird.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt. ...<<

18.07.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. Juli 2023 (x1.322/...): >>Ungezählte Tote durch die Beatmungsmaschinen - Die große Vertuschung

Von *H. W. Ludwig*

Über 50 % aller auf deutschen Intensivstationen behandelten Corona-Patienten seien in den Jahren 2020 und 2021 invasiv, an Beatmungsmaschinen, beatmet worden, obwohl sie dadurch nur eine sehr geringe Überlebenschance hatten - mehr als die Hälfte sei gestorben. Dabei gab es wissenschaftlich fundierte und erprobte Alternativen. Doch sie wurden von den allermeisten Krankenhäusern ignoriert. Darauf ist hier im Dezember 2021 aufmerksam gemacht worden. Nun hat sich der Amerikaner Dr. Joseph Mercola in einem Artikel mit den ähnlichen Vorgängen um die Beatmungsmaschinen in den USA befaßt, aus dem auch Wesentliches geschildert werden soll.

Frühe Warnungen in Deutschland

Einer der führenden deutschen Lungenfachärzte, Dr. Thomas Voshaar, Chefarzt der Lungenklinik Bethanien in Moers, hat schon seit Frühjahr 2020 auf die enormen Gefahren der invasiven Beatmung hingewiesen. Am 28. Juli 2020 schilderte er in einem Interview eine ganz anders geartete Therapie, die eine mechanische Beatmung weitestgehend vermeidet:

"Wir haben bis zum heutigen Tage in unserem Krankenhaus 60 Patienten behandelt wegen

einer schweren COVID-Erkrankung - insgesamt natürlich viel mehr - aber 60 Patienten, wo wir die Situation genau dokumentiert haben, ... alles Patienten, die nach den üblichen Empfehlungen und auch nach dem üblichen Vorgehen sicher in anderen Kliniken primär intubiert worden wären."

Von diesen Patienten seien 57 nur nicht-invasiv mit Maske oder CPAP beatmet und nicht intubiert worden. Keiner sei gestorben. Lediglich 3 Patienten mit verschiedenen schweren Vorerkrankungen hätten eine mechanische Beatmung erhalten. Von ihnen seien ein Patient verstorben und die beiden anderen inzwischen von der Beatmung befreit und auf dem Weg der Besserung.

Dr. Thomas Voshaar

Im November 2021 schrieb Dr. Voshaar:

"Viele Studien zeigen eindeutig, daß die Intubation (Einführung eines Schlauches in die Atemwege) bei gleichem Schweregrad die Todesrate mindestens um den Faktor 5 bis 6 erhöht, bei manchen Kliniken sogar um über 10. Das gilt auch für die fast immer unnötige ECMO-Therapie (Lungenmaschine), bei der die gleichen pathophysiologischen Prinzipien gelten. Aufsummiert sind das inzwischen mehrere 100.000 nicht notwendige Tote weltweit."

Warum wurde das von den anderen Krankenhäusern insgesamt so gut wie nicht aufgegriffen? Ist man zu stark mit der medizinisch-technischen Geräteindustrie verbunden, deren Geräte auch eingesetzt werden sollen, damit sie Gebühren bringen? Spielt eine Rolle, daß es für ein Intensivbett mit Beatmungs-Maschine bis zu 85.000 € staatliche Zuschüsse gab? Warum strich der Staat diese finanziellen Anreize nicht und warnte nicht vor dem Einsatz der Geräte, als die zahlreichen Todesfälle auftraten?

Oder mag ein Hauptgrund, wie Dr. Clemens Heni schrieb, "das Aufrechterhalten der Massenpanik sein - Atemnot, Beatmung, Tod, Ersticken, mit den entsprechenden Beatmungsschläuchen, also DIE Themen für die panikgeilen Medien der Panikindustrie von Tagesschau und ZDF bis hin zu allen Tages- und Wochenzeitungen bzw. Journalen"?

Der Bericht aus den USA

Dr. Mercola konstatiert in seinem Artikel 6, innerhalb weniger Wochen nach Ausbruch der Pandemie sei deutlich geworden, daß die übliche Praxis, COVID-19-Patienten mechanisch zu beatmen, ein Todesurteil bedeutet habe.

Anfang April 2020 hätten viele Ärzte bereits den Einsatz der Beatmungsmaschinen in Frage gestellt, da Daten zeigten, daß 76,4 % der COVID-19-Patienten (im Alter von 18 bis 65 Jahren) in New York City, die an ein Beatmungsgerät angeschlossen wurden, gestorben seien. Bei den Patienten über 65 Jahren, die beatmet wurden, habe die Sterblichkeitsrate bei satten 97,2 % gelegen.

Wer älter als 65 Jahre war, hätte eine 26-mal höhere Überlebenschance gehabt, wenn er NICHT an ein Beatmungsgerät angeschlossen worden sei. Eine kleine Studie aus Wuhan, China, habe die Sterblichkeitsrate auf 86 % beziffert, und in Texas seien 84,9 % der Patienten nach mehr als 96 Stunden an einem Beatmungsgerät gestorben.

In einem weit verbreiteten YouTube-Video, das am 31. März 2020 veröffentlicht wurde, warnte Dr. Cameron Kyle-Sidell, ein Spezialist für Intensivpflege am Mount Sinai Health System in New York, daß "wir unser Vorgehen ändern müssen, wenn wir so viele Leben wie möglich retten wollen". Sidell betonte, daß die Ärzte "die falsche Krankheit behandeln" und daß es völlig falsch sei, COVID-Patienten mechanisch zu beatmen.

"Wir arbeiten nach einem medizinischen Paradigma, das nicht wahr ist", sagte Sidell. "Ich befürchte, daß diese fehlgeleitete Behandlung einer großen Anzahl von Menschen in sehr kurzer Zeit enormen Schaden zufügen wird ... Diese Methode, die in diesem Moment in jedem Krankenhaus des Landes weit verbreitet ist ... schadet tatsächlich mehr als sie nützt."

Der Grund für die mechanische Beatmung

COVID-Patienten als Erstmaßnahme mechanisch zu beatmen, gehe auf einen COVID-19-Leitfaden der WHO von Anfang März 2020 zurück, der auf den Erfahrungen und Empfehlungen von Ärzten in China beruhe. Danach sollten die Patienten im Idealfall sofort beatmet werden. Der Hauptgrund sei aber der Öffentlichkeit entgangen. Die Beatmung von COVID-Patienten sei nicht empfohlen worden, um die Überlebensrate der Patienten zu erhöhen, sondern um das Gesundheitspersonal zu schützen, da das Virus in der Beatmungsmaschine isoliert und an seiner Ausbreitung gehindert würden. Man habe also Patienten getötet, um das Personal und andere, vermutlich nicht COVID-Patienten, zu "retten".

Das Wall Street Journal habe dazu in einem Artikel vom 20. Dezember 2020 festgestellt:

"Im vergangenen Frühjahr schlossen Ärzte Patienten an Beatmungsgeräte an, um die Ansteckung zu begrenzen, als noch nicht klar war, wie sich das Virus ausbreitet, und als Schutzmasken und Kittel Mangelware waren.

Die Ärzte hätten auch andere Arten von Atemunterstützungsgeräten einsetzen können, die keine riskante Sedierung (Beruhigung) erfordern, aber frühe Berichte deuteten darauf hin, daß Patienten, die sie benutzten, gefährliche Mengen des Virus in die Luft sprühen könnten, sagte Theodore Iwashyna, ein Intensivmediziner an der University of Michigan und am Department of Veterans Affairs in Ann Arbor, Mich.

Damals, so Iwashyna, befürchteten Ärzte und Krankenschwestern, daß sich das Virus in den Krankenhäusern verbreiten könnte. Wir haben kranke Patienten sehr früh intubiert. Nicht zum Wohle der Patienten, sondern um die Epidemie einzudämmen und andere Patienten zu retten", so Dr. Iwashyna. "Das war ein furchtbares Gefühl."

James Lyons-Weiler, fügt Dr. Mercola hier an, habe in einem Substack-Artikel vom 23. Januar 2023 dazu trocken angemerkt: "Die Euthanasie von Menschen ist illegal. Vor allem zum Wohle anderer Patienten. Es sollte sich schrecklich anfühlen."

Selbst Dr. Anthony Fauci habe Mitte Juni 2022 in einem Vortrag zugegeben, daß die mechanische Beatmung von Patienten mehr schade als nützte. Dennoch sähen die staatlichen Behandlungsrichtlinien bis heute eine invasive mechanische Beatmung vor.

Wenn die Coronavirus-Taskforce des Weißen Hauses im Sommer 2022 gewußt habe, daß die Beatmung von Patienten mehr schade als nütze, warum habe sie dann die Krankenhäuser nicht angewiesen, sie nicht mehr anzuwenden, oder zumindest nachdrücklich davon abgeraten?

Und warum habe die Regierung weiterhin finanzielle Anreize für den Einsatz der mechanischen Beatmung geschaffen, nachdem sie erkannt hatte, wie schädlich sie sei?

Zwar hätten viele Krankenhäuser den Einsatz der mechanischen Beatmung gegen Ende des Jahres 2020 und darüber hinaus reduziert, doch sei sie noch immer nicht vollständig durch nichtinvasive Strategien ersetzt, die sich als weitaus effektiver erwiesen hätten.

Viele "COVID-Patienten" hatten kein COVID

Die Sache werde noch perverser, wenn man bedenke, daß viele "COVID-Fälle" Patienten gewesen seien, die lediglich durch fehlerhafte PCR-Tests positiv getestet wurden. Sie hatten kein COVID, wurden aber trotzdem entlüftet, dank der unbegründeten Theorie, man könne COVID-19 haben und ohne Symptome ansteckend sein.

Die Krankenhäuser hätten außerdem massive finanzielle Anreize erhalten, um Patienten mit COVID zu diagnostizieren - ob sie es nun hatten oder nicht - und sie zu beatmen. Außerdem hätten sie Boni für den Einsatz von toxischem Remdesivir bekommen und seien für jeden COVID-Todesfall bezahlt worden. Das gesamte System sei so angelegt, daß die Krankenhäuser für Fehldiagnosen, Fehlbehandlungen und letztlich für den Tod von Patienten belohnt worden seien.

Auch China habe von den fehlgeleiteten Ratschlägen der WHO profitiert. Während die USA nach mehr Beatmungsgeräten verlangten, hätten sich chinesische Krankenhäuser immer weniger auf diese Geräte verlassen und sie statt dessen in großen Mengen exportiert.

Anzahl der Todesfälle

Wie viele COVID-19-Patienten gestorben seien, als sie im Frühjahr 2020 an die mechanische Beatmung angeschlossen wurden, versuche der Anwalt und Autor Michael P. Senger in seinem Artikel "The Great COVID Ventilator Death Coverup" vom 25. Mai 2023 zu beantworten. Er schreibe unter anderem:

"... das Establishment versucht zu argumentieren, daß die Beatmungsgeräte im Frühjahr 2020 zwar übermäßig eingesetzt wurden und mehr schadeten als nutzten ... die Beatmungsgeräte selbst aber niemanden töteten. ...

... wir (müssen) nur beweisen, daß es eine signifikante Anzahl von Todesfällen durch Beatmungsgeräte gab, und der Rest der Glaubwürdigkeit des Establishments in Bezug auf die ersten Monate von COVID fällt in sich zusammen.

Zusätzlich zu den anekdotischen Beweisen ... deuten mehrere beunruhigende Daten seit langem stark darauf hin, daß es im Frühjahr 2020 nicht nur einige Todesfälle an Beatmungsgeräten gab, sondern eine ziemlich erschreckende Anzahl von ihnen ...

Die CDC berichtet daß im Frühjahr 2020 in den Krankenhäusern von New York City 18.679 Patienten mit COVID starben. Und laut der im JAMA veröffentlichten Stichprobe, wurde etwas mehr als die Hälfte der Patienten, die in den New Yorker Krankenhäusern an COVID starben, an ein Beatmungsgerät angeschlossen. Dementsprechend starben im Frühjahr 2020 rund 10.000 Patienten in New Yorker Krankenhäusern an COVID, nachdem sie an ein Beatmungsgerät angeschlossen worden waren ...

Wie Jessica Hockett außerdem in akribischer Detailarbeit und mit Hilfe verschiedener Methoden dokumentiert hat, erlebte New York City kurz nach Beginn des Lockdowns und der Reaktion auf COVID ein drastisches, atemberaubendes Sterblichkeitsereignis, das nirgendwo sonst oder zu keiner anderen Zeit zu beobachten war.

Angesichts seiner Einzigartigkeit kann dieses erschreckende Sterbeereignis ganz einfach nicht auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden. In Anlehnung an die Arbeit von Hockett ist unten ein Diagramm der wöchentlichen stationären Gesamtsterblichkeit in Krankenhäusern von Januar 2018 bis April 2023 dargestellt, aufgeteilt in Patienten ab 65 Jahren (blaue Linie) und Patienten unter 65 Jahren (rote Linie).

Dieser sprunghafte Anstieg der stationären Krankenhaussterblichkeit in New York City im Frühjahr 2020, insbesondere bei jungen Menschen, ist in keinem anderen Zeitraum zu beobachten, auch wenn die COVID-Todesfälle 2021 wieder ansteigen sollen."

Moralisch unvertretbare Vertuschung

Senger weise darauf hin, daß nach Gesprächen mit anderen Anwälten die meisten darin übereinstimmten, daß für Krankenhäuser praktisch kein Risiko eines Rechtsstreits wegen Todesfällen durch Beatmungsgeräte bestehe. Jeder habe COVID als globalen Notfall wahrgenommen, und in Notfällen tue man einfach das Beste, was man könne, mit dem, was man habe und wisse.

Dennoch sei die Situation moralisch unentschuldig, sage Senger und füge hinzu, daß wir der Frage auf den Grund gehen müßten, wie und warum diese Patienten gestorben seien. Dem stimme er, Dr. Mercola, zu. Während Senger die Wahrheit wissen wolle, um zu verstehen, was passiert sei, und um die Erkrankten zu ehren, würde er hinzufügen, daß wir die Wahrheit bräuchten, um zu vermeiden, daß wir denselben Fehler noch einmal machen, denn es werde ein nächstes Mal geben.

Die WHO zur Rechenschaft ziehen

Die WHO müsse für ihre unethische Empfehlung, Patienten mit Verdacht auf COVID zu operieren, indem sie die Beatmung als Strategie zur Eindämmung der Infektion einsetzt, zur Rechenschaft gezogen werden - vor allem, wenn man bedenke, daß sie jetzt versuche, einseitige Macht und Autorität zu erlangen, um Pandemie-Entscheidungen ohne lokale Beteiligung zu

treffen.

Aufzuzeigen, wie die WHO-Empfehlung, Patienten mechanisch zu beatmen, zu einem unnötigen Tod von Menschen führte, bei denen kein großes Risiko bestand, an COVID zu sterben, sei vielleicht eines der schlagkräftigsten Argumente, mit denen ein Land für seine Unabhängigkeit und die Ablehnung des Pandemievertrags der WHO argumentieren könne.

Man könne der WHO einfach nicht zutrauen, vernünftige medizinische Entscheidungen für die ganze Welt zu treffen. Das könne niemand. Wir müßten es den medizinischen Experten vor Ort ermöglichen, in solchen Situationen Entscheidungen zu treffen, zusammenzuarbeiten und Informationen untereinander auszutauschen. Das von oben herab verordnete medizinische Paradigma, das die WHO durchsetzen wolle, sei schlichtweg katastrophal, und die COVID-Pandemie beweise dies.

Wir sollten auch nicht vergessen, daß der Mißbrauch der mechanischen Beatmung den Anschein erweckte, COVID sei unabhängig vom Alter außerordentlich tödlich, was wiederum dazu beigetragen habe, die Akzeptanz der experimentellen COVID-Impfungen zu fördern, die heute eine der Hauptursachen für häufige Erkrankungen, chronische Behinderungen und übermäßige Todesfälle sei. Natürlich werde auch das vertuscht.

Man müßte alles in unserer Macht Stehende tun, um zu verhindern, daß die USA den Pandemievertrag unterzeichnen. Besser noch, man müßte ganz aus der WHO austreten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. Juli 2023: >>**Obszönität in der Waffel**

Soll uns jetzt auch noch vorgeschrieben werden, wie wir Waffel-Eis zu essen haben? Es wird immer verrückter und Zeit für einen "Regimechange von rechts"! ...

_ von *Erika Fischer und Lucia Reimer*

"Ist Eisessen im Freien obszön?" Das fragt doch tatsächlich die Süddeutsche Zeitung im Rahmen einer Kolumne mit dem Titel "Typisch deutsch". Ein aus Syrien stammender Autor zeigt mit seinem Geschreibsel letztlich auf, inwiefern westliche und arabische Weltanschauungen kollidieren.

Nichts Verwerfliches. Oder?

Derzeit ist es brütend heiß in Deutschland. Man sieht junge Menschen in farbenfrohen Röcken, kurzen Hosen, Badeschlappen und den unterschiedlichsten Frisuren. Viele zieht es an die Seen, einige gehen in den Städten schlendern. Immer beliebt: Die Kugel Eis in der Waffel. Nichts Verwerfliches an einem warmen Sommertag, oder? Nun, für bundesdeutsche Eisfreunde sicherlich nicht; aber Ibrahim wird beim Anblick eisschleckender Frauen nervös. So steht es in der Süddeutschen Zeitung.

Die Story: Der syrische Autor Mohamad und sein Freund Ibrahim saßen unlängst in München nahe einer Eisdiele und genossen das Wetter. Als dann ein paar Frauen Eis schleckten, erlitt Ibrahim eine Art Kulturschock. Der Freund sei beim Anblick der Eis essenden Damen nervös geworden, so der Autor. Er schreibt in seiner Kolumne:

"In Syrien habe ich es wie jeder Mann und jede Frau vermieden, in der Öffentlichkeit Eis zu essen, vor allem nicht in der Waffel. Es gilt als vulgäres, obszönes Verhalten."

Mahlzeiten, die in islamischen Augen als "provokant oder anstößig" empfunden werden, würden in der Öffentlichkeit nicht verspeist. Was aber fällt in diese Kategorie? Hier muß man schon sehr viel Phantasie einsetzen. "Phallisch geformt" sei das Eis in der Waffel, aber auch eine Banane oder eine Karotte scheinen dem Mann Schweißtropfen auf die Stirn zu treiben. Die Vorstellung, ein Mädchen, das eine Karotte ißt, als aufreizend zu empfinden, entlarvt doch eher die schräge Gedankenwelt Ibrahims.

Schuldig ist die Frau

Wohin soll das letztlich führen? Ein Syrer regt sich über die hierzulande gängige Kultur auf. Eisessen dieser Art verstoße gegen seine Normen, die Schuld wird der Frau zugeschoben. Sie

habe quasi die Frechheit, ihre Kugel Eis zu naschen. Wie kann sie nur?

Endlich Sommer!

Autor Mohamad gibt in seinem Artikel den vermeintlich korrekten Bürger, der sich über "typisch" deutsche Sitten echauffiert. Die eigene Übersexualisierung jeglichen Handelns wird völlig außen vor gelassen. Es wird mehr oder weniger "eine zurückhaltende und respektvolle Haltung" von Frauen eingefordert. Anscheinend haben die Herrschaften vergessen, daß sie nicht in Syrien sind.

Einseitige Berichterstattung

Was hat Mohamad zu diesem Artikel angetrieben? Sind es die vielen Gutmenschenaktionen? Oder schlägt ihm die deutsche Freizügigkeit aufs Gemüt? Und was passiert eigentlich, wenn Ibrahim einen Mann Eis lecken sieht?

Der Araber als Moralapostel, die Süddeutsche Zeitung als Plattform. Über die jüngsten Vergewaltigungsfälle in Heidelberg oder Grabsch-Attacken in Chemnitz hatte das Blatt gar nicht beziehungsweise im Kleinstgedruckten berichtet.

Zurück zur Eingangsfrage: "Darf man es anstößig finden, in der Öffentlichkeit eine Kugel Eis zu schlecken?" - Nein. Darf man nicht! Ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist mit solch pervertierten Gedanken unmöglich. Ein Eis schmeckt im Sommerkleid in der Öffentlichkeit tausendmal besser als verhüllt im stillen Kämmerlein.

Deutschland driftet immer mehr Richtung Absurdistan ab. Eine Zeitenwende, die ihren Namen auch verdient, ist notwendig. Martin Sellner hat hier eine entsprechende Strategie entworfen. Sein Buch "Regimechange von rechts" gibt Hoffnung.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Ampel-Desaster: Jeder vierte Mittelständler denkt ans Aufgeben!**

Mit einem "Wumms" wollte Bundeskanzler Olaf Scholz einst aus der Krise kommen. Doch der albern-kindische Sprachgebrauch eines Regierungschefs kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es für den deutschen Mittelstand nichts mehr zu lachen gibt: Jeder vierte Mittelständler zieht die Aufgabe des eigenen Geschäfts in Erwägung - das Ergab eine Umfrage des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft.

Die in der Umfrage zum Ausdruck gebrachte Mängelliste liest sich wie ein multipler AfD-Wahlaufruf: Zu viel Bürokratie, zu hohe Steuern und Abgaben sowie ein durch miserable Bildungspolitik verursachter "Fachkräftemangel". Genau hier setzen unsere Forderungen an: Wir wollen mit einer Beendigung der "Energiewende-Utopie" die Energiekosten wieder senken, Bürokratie entschlacken und das Anforderungsniveau in den Schulen wieder anheben, anstatt die Massenmigration in die Sozialsysteme als "Fachkräfte-Wunder" zu verkaufen. Jeder in der Praxis stehende Unternehmer weiß, wie weltfremd die Migrations-Parolen der etablierten Parteien sind!

Derweil geht es jenseits des Mittelstands auch bei den Großunternehmen rasant bergab. Audi, BMW und Mercedes-Benz verkauften bis zum Mai dieses Jahres fast 20 Prozent weniger Pkw als im Vergleichszeitraum 2019. Das hat natürlich auch internationale Gründe - aber gerade dann muß man als Bundesregierung dafür sorgen, daß die Hausaufgaben im eigenen Land gemacht werden und daß kein ideologischer Feldzug gegen ganze Industriezweige betrieben wird.

Genau das hat Wirtschaftsminister Habeck jedoch getan; eine windelweich und stets kapitulationsbereite FDP hielt ihm die Stange. Deshalb erkennen immer mehr Menschen, daß die AfD die einzige Partei ist, die die Zukunftsfähigkeit des deutschen Mittelstandes noch gewährleisten kann!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Juli 2023: >>**"CSD" Frankfurt: Innenministerin Faeser (SPD) marschiert mit linksextremistischen LGBT-Gewalttätern**

Es sind Bilder, die im beginnenden hessischen Landtagswahlkampf ein bezeichnendes Licht auf die Frau werfen, die Ministerpräsidentin in Wiesbaden werden will: Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), oberste Dienstherrin der Bundespolizei, marschierte beim Frankfurter "Christopher Street Day" (CSD) mit Linksextremisten, die offen zu Gewalt gegen Beamte aufriefen - und im Verlauf der LGBT-Parade die Polizei auch tatsächlich angriffen!

Das muß man sich mal reinziehen: Eine Bundesinnenministerin, die Bürgern mit staatlichen Repressalien droht, wenn sie friedlich gegen Horror-Inflation, Kriegstreiberei und Sanktions-Irrsinn demonstrieren, zeigte sich Seit' an Seit' mit linksqueeren Polizei-Hassern!

Demonstranten trugen ein schwarzes Plakat, auf dem zum Beispiel stand: "Bildet Banden". Das "A" in Banden war als Anarchie-Zeichen auf das Plakat gemalt. Darunter der Aufruf: "Abolish the Police. Queers Fight Back!" Auf Deutsch: "Schafft die Polizei ab! Queers schlagen zurück!"

Genossin Faeser befand sich offenbar in "bester Gesellschaft": Eine Kampflesbe war mit Sturmhaube in Regenbogen-Farben ver mummt. Eine andere, ebenfalls ver mummte Frau trug ein Top mit dem Zahlencode "1312", der für "All Cops Are Bastards" steht - weltweit eine der übelsten Haß-Parolen gegen die Polizei.

Es blieb nicht nur bei Aufrufen zur Gewalt. Teilnehmer der von der sogenannten Antifa gekaperten LGBT -Parade griffen sogar einen Polizeiwagen an, der in Regenbogenfarben gehüllt war. Die Frankfurter Polizei auf Twitter: "Unser Streifenwagen wurde als Teilnehmer des Aufzugs von einzelnen Teilnehmenden aus dem Aufzug heraus angegriffen. Um einen weiteren störungsfreien Verlauf zu gewährleisten, haben wir den Streifenwagen aus der Demo entfernt."

Wer unterzieht eigentlich mal diese Ministerin einem längst überfälligen "Demokratie-Check"!!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. Juli 2023: >>Gruppenvergewaltigungen: Anti-Deutschland-Ampel spielt Migrationshintergrund herunter

Für den deutlich erhöhten Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei sogenannten Gruppenvergewaltigungen sieht die Bundesregierung nicht zwingend einen Zusammenhang mit der Masseneinwanderung. Das geht aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor.

Darin verweist das Bundesinnenministerium auf einen 2019 vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichten Bericht, wonach die polizeilich ermittelten Tatverdächtigen "nicht repräsentativ" seien. Bei Sexualdelikten sei tatsächlich von einem sehr hohen Dunkelfeld auszugehen. Es sei daher "möglich, daß ausländische Tatverdächtige sich in der PKS (Polizeiliche Kriminalstatistik) deswegen besonders häufig finden, weil sie beispielsweise wesentlich wahrscheinlicher angezeigt werden".

Weiter heißt es in der Antwort der Bundesregierung unter Berufung auf das BKA, bei dem es sich um eine nachgeordnete Behörde des Faeser-Ministeriums handelt: "Selbst wenn tatsächlich die Täter beziehungsweise Täterinnen gemeinschaftlich begangener Vergewaltigungen besonders häufig keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, darf dies nicht damit gleichgesetzt werden, daß die Herkunft die Tat begründet."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26563" berichtet am 18. Juli 2023 (x1.319/...): >>Ost-West-Konflikt - eine Inszenierung? Was die Finanzwelt darüber verrät

Mehr als ein Jahr nach dem Einmarsch Rußlands in die Ukraine ist - nicht zuletzt aufgrund der massiven Waffenlieferungen des Westens - der alte Ost-West-Konflikt zwischen NATO und Rußland wieder voll entbrannt und es besteht die reale Gefahr eines dritten Weltkriegs.

Von den westlichen Regierungen und Medien wird bei diesem Konflikt ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet: Auf der einen Seite der gute Westen und auf der anderen Seite das böse Ruß-

land, das mit militärischer Macht in die Schranken gewiesen werden muß. Doch ist dem wirklich so oder wird uns auf der globalen Politbühne nur ein Schauspiel präsentiert?

Brandon Smith, ein US-amerikanischer Analyst für Wirtschafts- und Geopolitik, ist überzeugt, daß es so ist. Putin und Rußland seien lediglich Figuren auf einem Schachbrett, die in einem großen Theater gegen den Westen aufgestellt sind, um die Massen durch Chaos abzulenken.

Um eine derart krasse Aussage nachvollziehen zu können, muß man wissen, daß auf der globalen Bühne das Handeln des Westens im Wesentlichen von den Interessen der Hochfinanz bestimmt wird. Durch ihren enorm hohen Einfluß werden Politik und Medien seit Jahrzehnten unterwandert und nach Belieben gesteuert über

1. elitäre Vereinigungen wie z.B. die Bilderberger (www.kla.tv/13466), die Trilaterale Kommission oder das Council on Foreign Relations CFR (www.kla.tv/19404),

2. internationale Finanzeinrichtungen wie den Internationalen Währungsfonds IWF (www.kla.tv/15043), die Weltbank und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ (www.kla.tv/13533) sowie

3. in neuerer Zeit vor allem über das World Economic Forum WEF (www.kla.tv/22827).

Nun stellt sich die Frage, wie es mit Rußland aussieht: Steht es womöglich genauso wie der Westen unter dem Diktat dieser mächtigen globalen Finanzwirtschaft? Gibt es Verbindungen, gemeinsame Ziele und Interessen, welche Licht auf diese Frage werfen?

Geht man diesen Fragen nach, so stößt man darauf, daß das kommunistische System, welches viele Jahrzehnte in Rußland geherrscht hatte, eine Erfindung der Hochfinanz ist und von dieser groß gemacht wurde. Insbesondere Rothschild sorgte dafür, daß Stalin an die Macht kam und daß die Sowjetunion in der Anfangszeit insbesondere über die USA finanziert wurde. Nach Aussagen Stalins wurden zwei Drittel aller großen Industrieunternehmen mit Hilfe der USA gebaut. Auch wurden alle Bestandteile einer Atombombe von den USA an die Russen geliefert, wodurch diese schnell zur Atommacht aufsteigen konnten. Sowohl der Analyst Brandon Smith als auch der Finanzexperte Ernst Wolff zeigen auf, daß sich an dieser Unterwanderung nichts geändert hat:

1. Die russische Zentralbank ist Mitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ, die unter Kontrolle der globalen Finanzelite steht, und lange Zeit Mittelpunkt der weltweiten Globalisierung war.

2. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion flossen mehr als 50 Milliarden US-Dollar vom IWF an die Russische Elite. Berücksichtigt man hierbei, daß sich hinter der ehrenwerten Fassade des IWF ebenfalls ein reines Interessen-Instrument des internationalen Finanzkapitals verbirgt, so versteht man, daß auf diese Weise deren Kooperation mit der Finanzelite erkaufte wurde. Wenig verwunderlich ist daher, daß die meisten russischen Oligarchen enge Verbindungen zu den westlichen Großbanken und der Finanzaristokratie - viele sogar direkt mit Rothschild haben.

3. Zur Wiederwahl des ersten russischen Präsidenten Boris Jelzin im Jahr 1996 kam es nur durch eine massive Intervention des World Economic Forums WEF, welche die russischen Oligarchen dazu brachte, Jelzin im Wahlkampf zu unterstützen. Jelzin war somit ein Präsident nach dem Willen des WEF.

4. Als Wladimir Putin an die Macht kam, setzte er die Zusammenarbeit mit dem IWF fort. So forderte er z.B. eine neue globale Währung unter Kontrolle des IWF. Warum sollte ein nationalistischer Präsident wollen, daß eine Einrichtung unter Kontrolle der USA und vor allem der Finanzelite noch mehr Macht bekommt?

5. Putin machte auch die Großbank Goldman Sachs zu seinem Hauptwirtschaftsberater. Goldman Sachs zählt zu den weltweit größten Finanzinstituten und dürfte eine der mächtigsten und einflußreichsten Banken der Welt sein. So war z.B. auch das Kabinett der US-

Präsidenten Barack Obama und George W. Bush geradezu geflutet von Goldman Sachs Mitarbeitern.

6. Seit seiner Machtübernahme im Jahr 2000 traf sich Putin regelmäßig mit Henry Kissinger und pflegte eine so enge Freundschaft mit ihm, daß Kissinger von Rußland die Ehrendoktorwürde verliehen wurde. Kissinger ist ein bekennender Globalist und Mitglied des Council on Foreign Relations (CFR) sowie der Trilateralen Kommission. Beides sind mächtige Denkfabriken der Finanzelite, durch die nahezu alle US-amerikanischen Präsidenten an die Macht gebracht wurden.

7. Wenig überraschend ist, daß Putin auch eng mit dem World Economic Forum WEF verbunden ist und dessen globalistische Projekte wie z.B. die vierte industrielle Revolution unterstützt.

Aufgrund all dieser Verstrickungen Rußlands mit denselben globalen Drahtziehern wie im Westen, verliert das von Politik und Medien vorgezeichnete Schwarz-Weiß-Bild über den Ost-West-Konflikt seine Glaubwürdigkeit. Das ganze Theater diene laut Brandon Smith dem Ziel der Spaltung und Ablenkung, während gleichzeitig eine neue Weltordnung Schritt für Schritt aufgerichtet wird. Doch diesen Absichten stehen wir nicht wehrlos gegenüber!

Laut Smith wurden die Pläne der Eliten im Syrienkrieg durch die unermüdliche Aufklärungsarbeit der alternativen Medien schon einmal vereitelt. Dies sei auch beim Ukrainekrieg möglich! Deshalb lautet das Gebot der Stunde, sich nicht täuschen zu lassen und weder für Putin noch für den Westen zu eifern, sondern unnachgiebig die Hintergründe und wahren Kriegstreiber ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.<<

USA: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. Juli 2023 (x1.328/...):
>>**Versprecher von Harris?**

US-Vizepräsidentin: Müssen wegen Klimawandel Bevölkerung "reduzieren"

In einer Rede erklärt US-Vizepräsidentin Kamala Harris, man müsse wegen dem Klimawandel die Bevölkerung "reduzieren". Das Weiße Haus stellt das ganze später als Versprecher dar. Es wäre nicht der erste dieser Regierung.

Boris Cherny

Sowohl US-Präsident Joe Biden als auch die Vizepräsidentin Kamala Harris sind bekannt dafür, daß sie sich häufig peinliche Versprecher liefern. Legendär etwa der Moment als Biden, der Meinung war, die USA könnten in einem Wort beschrieben werden und er dann dafür nur einen unverständlichen Wortsalat lieferte.

Am Freitag sprach jedenfalls Harris an einer Universität in Baltimore über den Klimawandel und den geplanten grünen Umbau der Wirtschaft.

Dabei ließ sie auch folgenden Satz fallen: "Wenn wir in saubere Energien und Elektroautos investieren, und die Bevölkerung reduzieren, werden mehr von unseren Kindern saubere Luft atmen und sauberes Wasser trinken können."

Vom Publikum scheinbar unbemerkt stellte das Weiße Haus die Aussage über Bevölkerungsreduktion als Versprecher dar. Im offiziellen Transkript der Rede wurde "population" (Engl. für Bevölkerung) durchgestrichen und mit "pollution" (Engl. für Luftverschmutzung) ersetzt. Es kann sich also um einen Versprecher handeln, immerhin ist im Kontext des Klimawandels die Forderung nach weniger "Luftverschmutzung" (also pollution statt population) naheliegender.

Die Aussage wurde jedenfalls rasch von zahlreichen konservativen Kommentatoren aufgegriffen. Thomas Massie, ein republikanischer Abgeordneter aus Kentucky, fragte seine Twitter-Follower: "Sind sie die Bevölkerung, die sie reduzieren will?" Für ihn und zahlreiche Republikaner ist es ein freudscher Versprecher, denn schon seit einigen Jahren betrachten US-Konservative das "World Economic Forum", mit dem auch Kamala Harris eng verbunden ist, mit großer Mißgunst. Beim WEF sind Befürworter einer Begrenzung der menschlichen

Wachstumsrate wie beispielsweise Jane Goodall nicht selten geladene Gäste.

Unbeachtet dessen kommt der Vorfall für Harris zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Erst kürzlich ergab eine Umfrage, daß sie zum jetzigen Zeitpunkt die unbeliebteste US-Vizepräsidentin aller Zeiten ist, auch wegen ihrer vielen verbalen Fauxpas. Auch viele Unterstützer der Demokraten sehen sie eher als zunehmende Belastung für ihre Partei an.<<

19.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juli 2023: >>Das verschwiegene Grauen: Kinder pornos und Antifa

In Ungarn hängt sich ein Antifa-Aktivist auf, nachdem die Polizei kinderpornographische Inhalte auf seiner Festplatte fand. Auch die berüchtigte "Hammerbande" soll mit dem Fall in Verbindung stehen. ...

_ von Erika Fischer und Lucia Reimer

Vor kurzem erschütterte die linksextreme Szene die Welt einmal wieder, mit ihren moralischen Abgründen. Vor einem Moment hat die ungarische Polizei noch die Wohnung des linksradikalen Pädophilen durchforstet, nun ist sie auf der Suche nach dem Mann, dem sie gehört. Der Weg treibt sie durch einen Wald außerhalb von Budapest. Nicht weit entfernt von der Wohnung und nah an einer schon längst verlassenen Militäranlage aus Sowjetzeiten, bringt ein groteskes Schauspiel die Beamten ins Stocken. An einem Strick baumelt ein lebloser Körper im Wind.

Täter und Mittäter

Unter ihm, eine Art Feuerstelle, errichtet aus grobem Gestein. In der Mitte, von Asche befleckt, steckt eine Babypuppe. Sie hat die Augen geschlossen und scheint von den Steinen erdrückt und vom Feuer versengt. Nicht weit von ihr entfernt liegt ein einsamer Reifen, der vor kurzem vermutlich noch als Sitz gedient hat. Vor seinem Selbstmord saß der Mann also da. Startete die brennende Puppe an. Vielleicht ein geliebtes Spielzeug von einem der Kinder seiner sadistischen Aufzeichnungen. Wer ist dieses Monster?

Der mutmaßliche Täter András Egyed (37) war ein Linksfaschist, der weitreichende Kontakte zum deutschen und österreichischen Antifa-Milieu aufrecht hielt. Er lebte mit seiner Partnerin Krisztina Dobos zusammen in der Wohnung, in welcher die Aufnahmen sichergestellt wurden. Zusammen besuchten sie viele Veranstaltungen der Gruppe "Szikra-Mozgalom", zu Deutsch: Funken-Bewegung.

Sie verkehrten in linken Kreisen und sollen Kontakte zur berüchtigten Hammerbande unterhalten haben. Seine Freundin Krisztina geriet in das Visier der Ermittler. Sie wurde beschuldigt, sie habe sich an den brutalen Angriffen der Hammerbande in Budapest beteiligt.

Die Funken-Bewegung

Im Zuge der Wohnungsdurchsuchung stieß die Polizei auf das kinderpornographische Material, bei welchem vermutet wird, daß Teile davon selbst in der Wohnung aufgenommen wurden. Man berichtet von mindestens 300 Dateien mit brutalstem sexuellem Mißbrauch von Kindern unter zwölf Jahren. Die jüngsten Opfer sind gerade mal zwei Jahre alt. Die Teilhabe Dobos an dem Verbrechen ist noch unklar. Es wird noch versucht herauszufinden, ob das Paar selbst auf den Aufnahmen zu identifizieren ist und ob weitere Täter in der linksextremen Szene ausgemacht werden können.

Durch den abartigen Datenfund und späteren Selbstmord von Egyed wurde klar, wie tief der Sumpf an Verstrickungen wirklich ist. Es fiel der Name der 2020 gegründeten Szikra-Bewegung, dessen Vorsitzender András Jámbor ist. Er ist Mitglied der ungarischen Grünen und Abgeordneter des Parlaments.

Für jene Organisation sollen auch Egyed und Dobos tätig gewesen sein. Auf die Bitte des ungarischen Nachrichtensender Magyar Nemzet nach einer Stellungnahme reagierte der grüne Abgeordnete nicht. Lediglich auf der Online-Plattform Facebook veröffentlichte Jámbor eine

Erklärung, in welcher er mitteilte, daß er nichts mit dem Fall des mutmaßlich pädophilen Antifaschisten zu tun habe. Jegliche Kooperation fiel spärlich aus.

Von Ungarn nach Österreich und Deutschland

Egyed war als bekannteres Mitglied der Antifa-Szene international vernetzt. Er soll im links-extremen Café Lotta in Innsbruck gearbeitet haben. Ein bekannter Treffpunkt der österreichischen und deutschen Antifa-Szene, der bekannt ist für seine kriminellen Machenschaften.

Es ist zu befürchten, daß die kinderpornographischen Dateien innerhalb des Antifa-Netzwerkes verteilt wurden. Auch mögliche Komplizen können sich in dem linksextremen Milieu befinden. Die Polizei befürchtet unmittelbare Gefahr für die betroffenen Kinder.

Hammerbande und Co.

Laut ungarischen Presseberichten bestand direkte Verbindung zur linksterroristischen Leipziger "Hammerbande". Unter der Führung von Lina Engel zeichnete sie verantwortlich für zahlreiche brutale Angriffe auf politisch Unliebsame. Eine bekannte Herangehensweise der Truppe ist es, mit dem Hammer die Gelenke der Opfer zu zertrümmern und ihre Körper anschließend mit Säure zu übergießen. Es sollen einige Posts von Egyed existieren, welche seine Beteiligung an solchen links-terroristischen Angriffen bestätigen.

Bei den Opfern der Bande handelt es sich größtenteils um Passanten, welche keinerlei Verbindung ins politische Milieu hatten. Vor wenigen Monaten ereignete sich wieder einer ihrer Anschläge in Budapest, am 11. Februar, dem "Tag der Ehre". Dort gedenkt man der deutschen und ungarischen Soldaten, welche im Jahre 1945 versuchten, den sowjetischen Kessel rund um Budapest zu durchstoßen.

Die Linksfaschisten und wohl auch Teile der Szikra-Bewegung, griffen im Rudel einige Passanten an. Die Begründung: es seien "Rechtsextremisten". Feige stürzen sich die Terroristen auf die Wehrlosen, ein Bild, welches im Einklang mit den grausamen Funden auf der Festplatte des Selbstmörders steht.

Eine grausame Botschaft aus der Realität

Ob der Selbstmord eine feige Flucht vor kommender Verantwortung war oder ein Versuch, seine Freundin und die Szikra-Bewegung von den Vorwürfen linksextremistischen Terrors zu entlasten, sei dahingestellt. Sicher ist, daß dieser Fall erneut die Abgründe des in den Mainstream-Medien so verharmlosten, linksextremen Antifa-Milieus aufzeigt. Ein grausames Bild, direkt aus der Realität.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. Juli 2023: >>Meinungsfreiheit: Darf man "Grünen-Chefin" Ricarda Lang als "dick" bezeichnen?

Auch wenn es eigentlich auf die politischen Inhalte ankommen sollte, so fällt dennoch ins Auge, daß ausgerechnet eine Partei, die den Bürgern ständig Ernährungsempfehlungen gibt und bestimmte Lebensmittel am liebsten verbieten würde, öffentlich mit einer erkennbar deutlich übergewichtigen Vorsitzenden in Erscheinung tritt.

Wie die Schweizer "Weltwoche" berichtet, hat es die deutsche Staatsanwaltschaft jetzt auf einen Blogger mit Wohnsitz auf Zypern abgesehen. Er hatte "Grünen-Chefin" Ricarda Lang als "dick" bezeichnet. Ihm sei inzwischen sogar das Bankkonto gesperrt worden. Die deutsche Staatsanwaltschaft wolle den Blogger, der sich auf die Meinungsfreiheit beruft, wegen Beleidigung belangen, schreibt die "Weltwoche".

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juli 2023: >>Er schon wieder: Wanderwitz (CDU) will AfD-Verbot

Von *Sven Reuth*

Der gescheiterte Ex-Ostdeutschland-Beauftragte der Bundesregierung meldet sich mal wieder mit neuen Repressions- und Verbotsfantasien zu Wort. ...

In einem Brief an die Mitglieder der Unionsfraktion schrieb Wanderwitz, daß die "rechtsradikale AfD im Bund über 20 Prozent, in Sachsen und Thüringen inzwischen über 30 Prozent"

Zustimmung. Weiter bemerkte er:

"Nicht deshalb, sondern wegen ihrer Rechtsradikalität und der Größe dieser Gefahr insbesondere in den neuen Bundesländern setze ich mich seit Längerem für ein Verbotsverfahren ein."

"Die Leute wollen ein anderes Land"

Wanderwitz sieht eine "Mega-Problematik" bei der AfD. Wanderwitz, der schon immer mit absoluter Respektlosigkeit vor dem Volk, dem er als Abgeordneter eigentlich dienen soll, auf sich aufmerksam machte, stellt in seinem Brief weiter fest:

"Nicht wenige Wähler der AfD wählen sie gerade deshalb, weil sie eine rechtsradikale Partei ist, deren rechtsradikale Programmatik sie teilen. Diese Leute wollen ein anderes Land!"

Außerdem behauptet Wanderwitz:

"Die AfD legt ununterbrochen die Axt an die Fundamente unserer Demokratie, agiert aggressiv und kämpferisch gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung."

Eine schräge Parallele zur griechischen Politik

Wanderwitz behauptet in seinem Schreiben weiter, daß die AfD der mittlerweile in Die Heimat umbenannten NPD in Sachen Radikalität in nichts nachstehe. Deshalb solle die Bundesrepublik nun ähnlich vorgehen wie Griechenland, wo die nationalistische Partei Chrysi Avgi (zu deutsch: "Goldene Morgenröte") 2020 verboten wurde.

Wanderwitz (CDU) wünscht ein Vorgehen der Bundesregierung gegen die AfD, das sich am Verbot der Partei Goldene Morgenröte in Griechenland orientieren soll. Diese wurde allerdings als kriminelle Vereinigung verboten.

Dies - so behauptet der westsächsische CDU-Politiker weiter - würde eine "Atempause für die Demokratie von einigen Jahren" schaffen. Wanderwitz erwähnt dabei allerdings nicht, daß Chrysi Avgi von einem Athener Gericht als kriminelle Vereinigung verboten wurde, was bei der AfD wohl kaum möglich wäre.

Der Polit-Looser

Für die Idee eines AfD-Verbots wolle er "werben und streiten", fährt der sächsische CDU-Politiker in seinem wirren Pamphlet fort. Bei der Bundestagswahl 2021 hatte Wanderwitz als CDU-Direktkandidat in seinem Wahlkreis Chemnitzer Umland - Erzgebirgskreis II eine deutliche Niederlage gegen den AfD-Kandidaten Mike Moncsek eingesteckt. Wanderwitz, der den Wahlkreis 2013 noch mit einem Ergebnis von 49,6 Prozent gewonnen hatte, wurde vom Wähler nur acht Jahre später auf 23,7 Prozent zurechtgestutzt.

Vielleicht ist dieses eklatante persönliche Scheitern ja der Grund für die permanenten Repressions- und Verbotsforderungen des Marco Wanderwitz, die allerdings nur ihn selbst als eingefleischten Demokratie- und Freiheitsfeind entlarven. Schon in seinem Amt als Ost-Beauftragter der Bundesregierung, das er in den Jahren 2020 und 2021 ausübte, hatte der gebürtige Chemnitzer durch Beschimpfungen der Bürger der Ex-DDR auf sich aufmerksam gemacht, denen er eine besondere Affinität zu diktatorischen Regierungsformen unterstellte.

Da Marco Wanderwitz 2021 die sächsische CDU-Landesliste zur Bundestagswahl anführte, wurde er erneut Bundestagsabgeordneter. Im Oktober 2022 kündigte er an, nicht mehr als Kreisvorsitzender der CDU Zwickau zu kandidieren.

Das ist keine blaue Welle mehr - das ist ein Tsunami! Der Königsweg zu einer Wende in Deutschland wäre natürlich eine AfD-Alleinregierung. In Thüringen wird im Herbst kommenden Jahres gewählt. Der erste blaue Ministerpräsident ist möglich. Das wäre der halbe Weg zum Kanzleramt ... Die blaue Welle rollt! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. Juli 2023: >>**Rheinwiesenslager: Ein ehemaliger US-Soldat packt aus**

Von *Daniell Pföhringer*

Bis zu einer Million deutscher Soldaten wurde in amerikanischer Gefangenschaft gezielt vernichtet. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord

an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir dieses Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.

Es war der erklärte NS-Gegner Bischof Clemens August Graf von Galen, der kurz nach Empfang der Kardinalsinsignien im Februar 1946 in Rom eine Rede mit dem Titel "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" hielt. Darin sprach der sogenannte Löwe von Münster auch über die Willkürherrschaft der Besatzer im niedergedrungenen Deutschland und die von den westlichen Siegern betriebenen Internierungslager.

Von Galen beklagte:

"Die Alliierten setzen in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. Die Polizei bedarf ebenso wenig wie die Gestapo eines richterlichen Befehls, um einen deutschen Bürger zu verhaften. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methode der Gestapo übernommen."

Die Haftbedingungen der deutschen Kriegsgefangenen in den von dem Kardinal angesprochenen alliierten Einrichtungen waren inhuman - brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfolge, gehörten zum Lageralltag. Viele verhungerten oder waren dem sadistischen Treiben der Bewacher ausgesetzt.

Schockierender Augenzeugenbericht

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenzlagern der Amerikaner zu, in denen hunderttausende Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Unbilden der Witterung ausgesetzt, wie man in der neuen Ausgabe von COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner" nachlesen kann.

Der Religionswissenschaftler Martin Brech gehörte als junger US-Soldat bei Kriegsende zur Wachmannschaft des amerikanischen Gefangenenlagers Andernach am Rhein. Er entschloß sich, mit seinen eigenen Erlebnissen an die Öffentlichkeit zu gehen, um Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit Geltung zu verschaffen. Er nannte seine früheren US-Army-Kameraden "kaltblütige Killer voller Haß".

In seinem Bericht hielt Brech fest: "Etwa 60.000 Gefangene aller Altersklassen waren in Andernach auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Die Frauen hielt man in einem separaten Großkäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Decken; viele hatten auch keine Mäntel. Sie mußten im kalten und nassen Schlamm schlafen."

Und weiter:

"Besonders schockiert war ich vom Anblick der Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten. Sie sagten zu mir, damit wollten sie ihren Hungerschmerz stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schon schliefen sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin."

Brech fährt fort:

"Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei Offizieren. Doch die Reaktion waren Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei 'höherer Befehl'. Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich. Man drohte mir mit Strafe."

Und er schreibt:

"Doch ich wiederholte mein 'Vergehen'. Nun drohte mir ein Offizier die Erschießung an. Ich

konnte das nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Kaliber-45-Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoß. Ich fragte: 'Warum?' Er sagte: 'Zielübung' und feuerte, bis das Magazin leer war. Jetzt wurde mir klar, daß ich es mit kaltblütigen Killern voller Haß zu tun hatte. Sie betrachteten die Deutschen als Untermenschen, die vernichtet werden müssen."

Die gnadenlose Unterversorgung der Kriegsgefangenen in den Lagern wie auch der Zivilbevölkerung im übrigen besetzten Deutschland entsprach einem alliierten Bestrafungskalkül, wurde also bewußt herbeigeführt. Der genozidale Charakter dieses bis heute ungesühnten Verbrechens ist offenkundig. ...<<

Österreich: Das österreichische Online-Magazin "kath.net" berichtet am 19. Juli 2023 (x1.320/...): >>>China: Kirchen sollen für Kommunismus werben

Chinesische Behörden setzen Christen mit immer strikteren Vorgaben unter Druck. Hinzu kommen drastische Strafen für nicht genehmigte christliche Aktivitäten - Schilder in Kirchen: "Liebe die Kommunistische Partei, liebe das Land, liebe die Religion"

Kelkheim (kath.net/Open Doors) - Chinesische Behörden setzen die Christen im Land seit Jahren mit immer strikteren Vorgaben unter Druck. Hinzu kommen drastische Strafen für nicht genehmigte christliche Aktivitäten. Einer unserer lokalen Kontakte berichtete kürzlich von einer neuen Auflage des "Büro für religiöse Angelegenheiten" in der ostchinesischen Provinz Zhejiang.

Kirchen sehen immer mehr wie staatliche Einrichtungen aus

Die neue Auflage macht es für religiöse Einrichtungen zur Pflicht, an ihren Eingängen Schilder mit der folgenden Aufschrift anzubringen: "Liebe die Kommunistische Partei, liebe das Land und liebe die Religion", sowie "Haltet euch an die Sinisierung aller Religionen" (Sinisierung = Anpassung an chinesische Werte und Normen). Es wird angenommen, daß die Einführung der Vorschrift in Zhejiang einen "Testlauf" der politischen Führung darstellt, um die Kirchen noch umfassender unter ihre Kontrolle zu bringen.

Li*, einer unserer lokalen Ansprechpartner, kommentiert die Entwicklung besorgt: "Einige Christen könnten dadurch verunsichert werden und sich fragen, ob sie in eine Kirche oder in ein staatliches Gebäude gehen." Er befürchtet auch wachsende Herausforderungen für Kirchenleiter aufgrund einer noch stärkeren Einmischung der Behörden in die innerkirchlichen Angelegenheiten und Entscheidungen. Li sieht in der Entwicklung einen weiteren Schritt der Regierung, mit der sie "den religiösen Sektor formalisieren" will.

Während die Auflage sich primär an die staatlich registrierten Gemeinden richtet, wird weiter gegen "illegale" religiöse Stätten vorgegangen. Bislang werden viele nicht registrierte Hauskirchen in weiten Teilen Chinas geduldet, sofern sie nicht als Bedrohung für die offizielle Parteilinie wahrgenommen werden. Die Pastoren solcher Kirchen sind jedoch immer häufiger Anschuldigungen wegen Wirtschaftsverbrechen, Finanzbetrug oder "Erregung von Streit und Ärger" ausgesetzt.

Wie streng die Behörden in Zhejiang die neue Regelung durchsetzen werden, ist derzeit noch nicht klar. "Jetzt heißt es abwarten. Wir werden beobachten, was in den nächsten Tagen passiert, und dann unsere nächsten Schritte festlegen", sagt Yuhua*, eine andere Kontaktperson.

Sozialistische Grundwerte sind allgegenwärtig

Bereits in der Vergangenheit mußten religiöse Einrichtungen Plakate anbringen, auf denen die 12 sozialistischen Grundwerte in 24 chinesischen Schriftzeichen deutlich zu lesen sind: "Wohlstand", "Demokratie", "Höflichkeit" und "Harmonie", dazu die sozialen Werte "Freiheit", "Gleichheit", "Gerechtigkeit" und "Rechtsstaatlichkeit" sowie die individuellen Werte "Patriotismus", "Hingabe", "Rechtschaffenheit" und "Freundschaft". Außerdem sind religiöse Einrichtungen dazu verpflichtet, die Nationalflagge vor dem Eingang ihrer Versammlungsorte zu hissen. Die Regierung arbeitet mit derartigen Maßnahmen entschlossen daran, den Patrio-

tismus unter der Bevölkerung zu fördern und jedes westliche Element, das als Bedrohung für die Stabilität des Landes angesehen wird, zu entfernen.

Bitte beten Sie für die Christen in China!

-Beten Sie, daß die Christen in Zhejiang sich durch die neuen Maßnahmen nicht einschüchtern lassen, sondern ihren Glauben mutig weiter ausleben.

-Beten Sie besonders für die Verantwortlichen in den Gemeinden, daß Jesus ihnen Weisheit und kreative Ideen angesichts der neuen Herausforderungen schenkt und sie ihre Aufgabe in Gottes Sinn weiterführen können.

-Beten Sie für die junge Generation der Christen, daß sie im Glauben gefestigt werden und sich auf keine Kompromisse einlassen - selbst, wenn sie dadurch Nachteile erleiden.

-Beten Sie, daß Jesus sich in China als der Herr der Gemeinde erweist, der weder durch Gesetze noch durch Überwachungsmaßnahmen zu beeindrucken ist.

**Name geändert<<*

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25612" berichtet am 19. Juli 2023 (x1.319/...): >>Welle der Überwachung nach Covid-Krise übertrifft Reaktionen auf 9/11

Kaum ein Instrument gewann in der Zeit der Corona-Krise so rasch an Gewicht wie die Nutzung digitaler Technologien. Das mit Abstand größte Problem digitaler Technologien erweist sich darin - ob es sich nun um digitale Pässe oder Währung handelt - daß sie gleichsam "auf Knopfdruck" kontrollierbar sind. Der britische Experte Edin Omanovic von der Menschenrechtsorganisation Privacy International sagte bereits im April 2020: "Die Welle der Überwachung, die wir sehen, ist so stark wie noch nie. Sie übertrifft sogar die Reaktionen der Regierungen weltweit auf 9/11."

Schon nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA verschärften viele Staaten Gesetze für den "Kampf gegen den Terror". Omanovic sieht nun wie damals die Gefahr, daß die vielerorts erlassenen Gesetze und der Einsatz neuer Technologien die Freiheiten der Bürger dauerhaft bedrohen. In vielen Ländern wurden Notstandsgesetze erlassen. Mit Überwachungskameras und Tracking (Nachverfolgung) über Mobilfunktelefone wurde überwacht, ob Quarantänen eingehalten wurden.

Wie bedroht der Einsatz neuer digitaler Technologien die Freiheit? Hier einige der neusten Beispiele:

- In der Hälfte der Länder der Welt haben sich "Impfpässe" bereits in digitale Ausweise verwandelt. Am 27. Juni 2023 erschien folgende Pressemitteilung des Rates der EU: Der Rat habe eine Empfehlung angenommen, um einen reibungslosen Übergang vom COVID-19-Zertifizierungssystem zu einem globalen Netz der WHO für die digitale Gesundheitszertifizierung sicherzustellen. Den Mitgliedstaaten wird empfohlen, sich an das von der WHO eingerichtete globale Netz für digitale Gesundheitszertifizierung anzubinden.

- In der Nacht auf den 29. Juni 2023 haben sich in Brüssel EU-Staaten und Europaparlament auf die digitale Identität für alle EU-Bürger geeinigt - die Bürger wurden nicht gefragt. Der Reisepaß der EU-Bürger soll in den nächsten Jahren in einer App am Smartphone gespeichert sein. In dieser ID-App - auch ID-Wallet genannt, zu Deutsch ID-Brieftasche - sollen die jeweiligen biometrischen Daten zur Identifizierung erfaßt sein. Es sollen aber auch weitere "digitale Dienste" aufgenommen werden, wie im nächsten Beispiel ersichtlich.

- Gemäß dem deutschen freien Journalisten Thomas Oysmüller soll in der ID-Wallet auch Platz für den "digitalen Euro" sein. Bereits am 24. April 2023 gab Fabio Panetta vom Lenkungsausschuß der Europäischen Zentralbank (kurz EZB) bekannt, daß die EZB kurz vor der Einführung eines "digitalen Euro" stehe. Ab Oktober dieses Jahres soll diese starten. Digitale Währung ermöglicht eine 100 %ige Überwachung jeglicher Transaktionen. Banken und Behörden haben innert kürzester Zeit umfassenden Zugriff auf die damit verbundenen Daten.

- Die Installation von Überwachungskameras mit Gesichtserkennung in Großstädten und öffentlichen Einrichtungen nimmt rapide zu. - Nicht nur in China, wo auf 1.000 Einwohner bis zu 300 und mehr Überwachungskameras kommen. Delhi, Singapur, Moskau, Bagdad, London und Los Angeles gehören zu den am stärksten überwachten Städten außerhalb Chinas mit bis zu 100 Kameras pro 1.000 Einwohner. In Deutschland will Bundesinnenminister Horst Seehofer 135 Bahnhöfe und 14 Flughäfen überwachen.

In der Schweiz planten die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) an 57 Bahnhöfen, versteckte Überwachungskameras mit Gesichtserkennung zu installieren. Mit ihren Plänen sorgte die SBB für einen Sturm der Entrüstung. Daraufhin überarbeitete sie ihre Pläne und schrieb den Kameraauftrag neu aus: Ohne Gesichtserkennung und datenschutzkonform. Dieses Beispiel zeigt, was ein Aufschrei im Volk bewirken kann!

Der österreichische Publizist im Bereich Science & Technology, Dr. Peter F. Mayer, spricht von der Errichtung eines digitalen Gefängnisses durch EU, WHO, UNO und WEF. Die Eckpunkte seien:

- die digitale Identität verknüpft mit Gesundheitspaß und Bankkonto
- die zentrale digitale Weltwährung
- die Übertragung aller bisher "vom Volk ausgehenden Macht" auf eine WHO-UNO-WEF-Weltregierung durch den Pandemievertrag
- und die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften.

Als Katalysator für die Errichtung eines digitalen "Überwachungs-Gefängnisses" diente die Covid-Krise. War dies nur ein willkommener Zufall oder ist der Begriff "Plandemie" doch nicht so ganz von der Hand zu weisen? Genannte und andere Indizien deuten auf einen raffinierten und ausgeklügelten Plan hin: Unter dem Deckmantel der Covid-Krise und dem Vorwand von der Sicherheit gewöhnen sich viele Bürger schleichend und unbewußt an die digitalen Überwachungs-Technologien - bis der Freiheitsraub komplett vollzogen ist.

Dr. Peter F. Mayer schreibt: "Noch ist es Zeit, gegen diese digitale, faschistische Agenda aufzustehen und nichts davon zu akzeptieren ... Gebt eure Daten nicht her und verwendet Bargeld, wenn immer es menschenmöglich ist ... Und werdet aktiv, nutzt alle noch vorhandenen Möglichkeiten, die uns Demokratie und Grundrechte bieten." ...<<

20.07.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. Juli 2023 (x1.326/...): >>Ataman will Klagerechte willkürlich ausweiten: Rechtsstaat statt weiterer umgekehrter Diskriminierung!

Daß die AfD völlig zu Recht vor der Inthronisierung der Diskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman warnte, wird aktuell wieder deutlich: Die von den Grünen hofierte und von der FDP durchgewunkene Bundesbeauftragte will die Klagemöglichkeiten für vermeintlich "diskriminierte" Sozialhilfeempfänger ausweiten und setzt dabei auf blanke Willkür: "Das Erfordernis, eine Benachteiligung und Indizien nachzuweisen, sollte auf die Glaubhaftmachung herabgesenkt werden, das heißt, daß die überwiegende Wahrscheinlichkeit genügt."

Im Klartext bedeutete dies nichts anderes als weitere Sonderrechte für vermeintliche "Minderheiten". Zugleich wird ein Diskriminierungs-Generalverdacht gegen die von Ataman verachtete "Mehrheitsgesellschaft" geschürt. Was sie von Deutschen ohne "Migrationshintergrund" hält, hat Ataman oft genug deutlich gemacht: In einem Zeitungsbeitrag äußerte sie sich verächtlich über "Germanennachfahren", die grundlos ein Problem mit der Bezeichnung "Kartoffel" hätten. Daß auch viele Menschen mit ausländischer Abstammung die Migrationspolitik kritisieren oder sich gar in der AfD engagieren, erklärt sie sich perfide mit "Selbsthaß".

Personen wie Ataman zeigen mit ihren Aussagen und Forderungen, daß hinter angeblicher "Anti-Diskriminierung" in Wirklichkeit eine Agenda steckt, die auf die Diskriminierung der weißen Deutschen hinausläuft. Dieser Agenda sagen wir den Kampf an! Denn umgekehrte

Diskriminierung ist genauso falsch - es darf keine Sonderrechte und keine rechtliche Willkür geben!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Gebeugtes Recht: Die zwei Gesichter unseres Staates**

Unser Rechtsstaat ist schizopren: Die Polizei jagt friedliche Demonstranten mit Wasserwerfern und schützt Kriminelle durch die Versammlungsfreiheit. Kritische Journalisten werden angezeigt, für Clankriminelle findet man "Gefährderansprachen". Kein Wunder, daß Bürger das Vertrauen verlieren.

Max Mannhart

Wußten Sie, daß der LKW-Fahrer, der in Stralsund vergangene Woche einen Klimakleber vielleicht einen Meter vor sich her trieb, Narkosegas für Krankenhäuser lieferte, woran es diesen aktuell erheblich mangelt? Daß die Lieferungen minütlich eingetaktet sind und bei Nicht-Lieferung Operationen verschoben werden? Wußten Sie, daß sein Anwalt mittlerweile sehr plausibel auf Notwehr plädiert und daß der LKW-Fahrer sogar einen Führerschein zurückbekommen könnte?

Wahrscheinlich nicht. Denn er wurde medial und politisch quasi hingerichtet, er verlor umgehend seinen Job, seine Lebensgrundlage - futsch. Er wurde abgeurteilt, obwohl er keine Straftat begehen wollte.

Ganz anders klingt das am Montag in einem Berliner Gericht. "Objektiv war es Nötigung", sagt die Richterin Dr. Sarah Dreher, als sie einen Klimakleber laufen ließ, der mehrfach bewußt Straftaten begann. "Aber Sie saßen friedlich auf der Straße, hielten Plakate hoch - das fällt unter den Schutz von Grundgesetz-Artikel 8 der Versammlungsfreiheit." Außerdem hätten Autofahrer "auf Öffentlichen Nahverkehr ausweichen können".

Wo sind die Maßstäbe?

"Objektiv war es Nötigung" - nicht objektiv ist ihr das aber egal. Und die Autofahrer hätte "auf Öffentlichen Nahverkehr ausweichen können". Ah ja. Kann die Frau der Vergewaltigung auch durch das Vermeiden unbeleuchteter Straßenzüge ausweichen? Oder indem sie keine Röcke mehr trägt - oder gleich das Haus nicht mehr nach 10 verläßt?

So werden in Deutschland mittlerweile Urteile gefällt und es ist nicht das erste dieser Art. Es sind die zwei Gesichter einer Gesellschaft, die gerade noch ultra-verständnisvoll und sozialpädagogisch ist - und im nächsten Moment mit brutaler Härte zuschlägt. Es gibt keine Maßstäbe mehr, nur noch die Einordnung in ein politisches Raster.

Es ist keine zwei Jahre her, da wurden friedliche Versammlungen deshalb aufgelöst, weil bei vorherigen Veranstaltungen gegen die nachweislich unwirksame Maskenpflicht im Freien verstoßen wurde. Aufgelöst bedeutet wohlgemerkt: Mit dem Wasserwerfer.

Und heute sind Straftaten - die laut Richter den Tatbestand der "Nötigung" darstellen - von der Versammlungsfreiheit geschützt, wie wir gerade gelesen haben.

Wenn das Recht systematisch in die eine oder in die andere Richtung ausgedehnt wird, je nachdem was politisch gerade stimmig scheint, wo hört es dann auf, Recht zu sein? Wenn gleiches nicht mehr gleich geahndet wird - wo sind die Grenzen des Rechtsstaates und wann überschreiten wir sie?

Straftaten sind nicht so schlimm

Durch einen von der Letzten Generation ausgelösten Stau wird ein Mensch schwer verletzt und fast getötet und die Polizei läßt die Täter laufen - schließlich sei auf der Straße öfter Stau, sagt man uns. Es ist die Polizei, die Lockdown-Verweigerer mit Polizeiautos durch den Park jagte.

In Düsseldorf brechen Klima-Kleber in einen Flughafen ein - alles halb so wild sagt man uns. Die Maschinen, die ihren Landeanflug im letzten Moment abbrechen mußten seien nicht in Gefahr gewesen, sagt die Polizei. Obwohl die Deutsche Flugsicherung von einem "gefährli-

chen Eingriff" in den Luftverkehr spricht. Klar moderne Flugzeuge können alles - auch Loopings und durch Tornados fliegen.

Aber ob es deshalb unproblematisch ist, sie dazu zu zwingen? Ob Sie in dem Flugzeug sitzen möchten?

Alles halb so wild sagt uns jene Bundespolizei, die ansonsten Beamte mit Maschinengewehren an die Sicherheitskontrolle stellt, die darauf achten, daß kleine Kinder auch ja ihre bunten Spielzeugpistolen abgeben, weil sie sonst nicht an Bord dürften. Sicherheit geht vor.

Auf freiem Fuß

Die Klimakleber sind wieder auf freiem Fuß. Der Schadensersatz, der in die Hunderttausende geht, ist ihnen egal, weil sie bewußt pleite sind und dadurch nicht zu pfänden. Etwas unternehmen will niemand. Dabei ist unser Staat doch sonst so schnell mit Hausdurchsuchungen, wenn jemand eine Beleidigung ins Netz stellt oder mit Untersuchungshaft, etwa für Querdenken-Gründer Michael Ballweg.

Warum die gerechtfertigt sein soll, weiß niemand - sie war es nicht. Aber der Ballweg ist ja ohnehin ein komischer Esoteriker, ein Schwurbler. Da lassen Journalisten lieber die Finger von. Die Klimakleber sind ja ganz anders, die haben ja berechtigte Sorgen.

Die zwei Gesichter ziehen sich durch. Dieser Staat kann in einem Moment der friedlichste und verständnisvollste sein, der sich im Zweifel selbst aufgibt und der Anarchie die Tore öffnet - kann aber im nächsten Moment mit 150 Prozent des rechtlichen Spielraums zuschlagen, Menschen jagen, Häuser durchsuchen, nur um Angst zu verbreiten; kann die Demonstrationsfreiheit aufheben, wenn es gerade paßt oder die Reisefreiheit oder die Freizügigkeit.

"Gefährderansprachen" für Clankriminelle - Kriegsrhetorik gegen Ungeimpfte

Dieser Staat schwankt zwischen Pille-Palle und "Gefährderansprachen" für Clan-Kriminelle und martialischer Kriegsrhetorik, wenn es um "Querdenker" oder "Ungeimpfte" geht.

Der Berliner Senat zeigt Journalisten an, weil sie die Trans-Ideologie kritisieren - sieht aber die "Letzte Generation" nicht als kriminelle Vereinigung. Obwohl diese sich offen und regelmäßig zu gefährlichen Straftaten verabredet.

Es ist der Rechtsstaat selbst, der hier zur Disposition steht. Wir wundern uns über das mangelnde Vertrauen in die Demokratie. Dabei ist es doch gerade die Politik der sogenannten "grünen Mitte", die den Glauben verloren hat in die Prinzipien dieses Rechtsstaates. Sie begreifen doch Demokratie oftmals nur noch als Worthülse, in Wahrheit werten sie ihre politische Klima-Agenda längst höher. Katrin Göring-Eckardt twitterte jüngst: "Demokratie ist, wenn sich eine Bürgerenergiegenossenschaft und ein Industrieunternehmen zusammentun und in der Nähe von Erfurt eine Solaranlage bauen."

Das ist das was geblieben ist von Tocqueville. Demokratie ist, was Grünen gerade Spaß macht. Der Rest wird eben passend gemacht.<<

Österreich: Das österreichische Online-Magazin "kath.net" berichtet am 20. Juli 2023 (x1.321/...): >>Der Rat für deutsche Rechtschreibung gibt vorläufig keine Empfehlung für Genderschreibweisen

Nach Diskussion: Zeichen wie der Genderstern, der Doppelpunkt oder der Unterstrich im Wort seien nicht Kernbestand der deutschen Orthographie - Die zunehmende Nutzung soll aber in Zukunft als neue Ergänzung beim Thema Sonderzeichen benannt werden.

Wien-Berlin (kath.net) Die Sonderzeichen "gehören nicht zu den Satz- oder Wortzeichen und daher auch nicht zur Interpunktion im engeren Sinne", "auch die Verwendung von Sonderzeichen unterliegt Regeln". Grundsätzlich gelte: "Diese Wortbinnenzeichen gehören nicht zum Kernbestand der deutschen Orthographie". Das entschied der Rat für deutsche Rechtschreibung nach einer Diskussion bei einer Sitzung im belgischen Eupen, wie einer Pressemeldung des Rates zu entnehmen ist.

Der Rat beschreibt, daß die Verwendung der Sonderzeichen "eine über die formalsprachliche

Funktion hinausgehende metasprachliche Bedeutung zur Kennzeichnung aller Geschlechtsidentitäten - männlich, weiblich, divers - vermitteln" solle, die Schüler:innen, die Kolleg*innen". Dies gehe aber "aber Verkürzungsformen wie Bürger/-innen, die vom Amtlichen Regelwerk bereits erfaßt werden, hinaus". Die Setzung der Wortbinnenzeichen könne möglicherweise "in verschiedenen Fällen zu grammatischen Folgeproblemen führen, die noch nicht geklärt sind, z.B. in syntaktischen Zusammenhängen zur Mehrfachnennung von Artikeln oder Pronomen (der*die Präsident*in)", deshalb bleibt der Rat für deutsche Rechtschreibung derzeit zurückhaltend.

Gemäß Selbstdarstellung ist der Rat für deutsche Rechtschreibung "ein zwischenstaatliches Gremium, das von den staatlichen Stellen damit betraut wurde, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und die Rechtschreibung auf der Grundlage des orthographischen Regelwerks im unerläßlichen Umfang weiterzuentwickeln. Der Rat ist somit die maßgebende Instanz in Fragen der deutschen Rechtschreibung und gibt mit dem amtlichen Regelwerk das Referenzwerk für die deutsche Rechtschreibung heraus."

Der Rat ist beauftragt von Deutschland, Österreich, der Schweiz, Südtirol, Liechtenstein und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26577" berichtet am 20. Juli 2023 (x1.319/...): >>SRF-Skandal nur Spitze des Eisbergs: Weltweite Vertuschung rituellen Mißbrauchs

Offenbar werden die Enthüllungen rund um das Thema "Satanisch-rituellen Mißbrauch" zu heiß. Denn nun stoppte die Schweizer Fernsehanstalt SRF vor kurzem auch noch die Ausstrahlung einer eigenen Doku zu diesem Thema. Kla.TV nimmt dies zum Anlaß, noch weitere Sender zu nennen, die satanisch-rituellen Mißbrauch vertuschen. Denn weltweit werden zahlreiche Fakten von Opfern, Zeugen und Überlebenden vorsätzlich unterdrückt, totgeschwiegen und der Öffentlichkeit vorenthalten. Erfahrene Experten werden mit Hilfe einer perfiden und ausgeklügelten Strategie verunglimpft und mundtot gemacht. Diese Dokumentation ist eine geschichtliche Aufarbeitung zahlreicher Zensur-Verbrechen, die gerichtlich geahndet werden müssen.

Vor kurzem drohte das Schweizer Radio und Fernsehen SRF dem Sender Kla.TV mit ernststen rechtlichen Konsequenzen. Was war passiert?

Ab Dezember 2021 strahlte das SRF nacheinander 6 Folgen einer Serie mit dem Titel "Rec. - Satanic Panic" aus. In dieser Serie zeigte sich der SRF-Journalist Robin Rehmann bestrebt, zu beweisen, daß es keinen satanisch-rituellen Mißbrauch gäbe, sondern daß dies eine Verschwörungserzählung sei. Überlebende und Zeugen von satanisch-rituellem Mißbrauch sowie Therapeuten, Aktivisten und sogar ein polizeilicher Ermittler wurden in dieser Serie als unglaubwürdig dargestellt und lächerlich gemacht.

Zur Erklärung: Bei der Thematik des satanisch-rituellen Mißbrauchs handelt es sich um grausamste Verbrechen, die im Rahmen von satanischen Zeremonien begangen werden. Weltweit berichten Tausende Überlebende, Opfer, Zeugen, Therapeuten und auch Angehörige des Justizsystems von sexuellem Mißbrauch, Folterungen und sogar rituellen Opferungen. Es handelt sich deren Angaben nach um Verbrechen, die von einem gut vernetzten und bestens organisierten, elitären Täterkreis begangen werden, der sich gut zu schützen weiß.

Kla.TV veröffentlichte zu diesem Thema im November 2022 die Dokumentation "Die Blutsekte - 27 Opfer, 27 Zeugen". Neben den im Titel genannten 27 Opfern und 27 Zeugen von satanischem Mißbrauch, welche nur eine kleine Auswahl aus der immens hohen Opferzahl dieser satanischen Praktiken sind, wurde in dieser Sendung auch die pseudo-investigative Serie von SRF und Robin Rehmann erwähnt.

Pikanterweise wurden Kla.TV daraufhin Informationen zugespielt, die zeigen, wie Rehmann sich mit satanischen Symbolen, wie z.B. dem Baphomet präsentiert und sogar Verbindungen

zu einem satanischen Hohepriester namens Francis Dollarhyde pflegt.

Die Ausstrahlung dieser brisanten Fakten zog mehrere Geschehnisse nach sich: Zum einen drohte der SRF dem Sender Kla.TV mit rechtlichen Konsequenzen. Zum anderen versuchte die satanische Bruderschaft "Brotherhood of Samael" augenscheinlich, Spuren zu verwischen: Sie deklarierte auf ihrer Internetseite flugs ihren Hohepriester Dollarhyde zunächst in einen harmloser erscheinenden "CEO" (Chief Executive Officer = Geschäftsführer) um und ließ dessen Namen kurz darauf komplett von ihrer Internetseite verschwinden.

Der SRF-Medien-Skandal schlägt immer noch höhere Wellen

Vor einigen Tagen, am 10. Juli 2023, vermeldeten der Tagesanzeiger und andere Schweizer Medien, daß das SRF die Ausstrahlung einer eigenen Dokumentation über satanisch-rituellen Mißbrauch gestoppt hat. Genau nach demselben Schema, wie bei der in der Kla.TV-Sendung "Skandal: SRF und Robin Rehmann" erwähnten Mißbrauchs-Überlebenden Hajar, bei der zwei bereits fertiggestellte Interviews kurz vor der Ausstrahlung zurückgezogen wurden, wurde nun auch eine ebenfalls zum Ausstrahlen fertige SRF-Doku gecancelt.

Es zeigt sich immer dasselbe Muster:

Auf unterer Ebene betreiben Journalisten gründliche und solide Recherche zum Thema "Satanisch-ritueller Mißbrauch", denen es ein Anliegen ist, diese grausamen Verbrechen zu beenden - und dann wird die Ausstrahlung von Protagonisten (Anführer, Haupthandelnde) auf Chef-Ebene gestoppt.

Auf höchster Ebene wurde "in letzter Minute" plötzlich das Ruder herumgerissen, da der Film angeblich "verschwörungserzählerische Elemente" enthalten solle. Die langjährig bewährte und gereifte SRF-Regisseurin Ursula Brunner weist diese Anschuldigungen entschieden zurück, da sie "jeder Grundlage entbehren würden".

Hier stellt sich die Frage, ob öffentlich-rechtliche Medien überhaupt befugt sind, den Zuschauern Themen wie "Satanisch-rituellen Mißbrauch" vorzuenthalten - eine Thematik, die von überaus großem öffentlichem Interesse ist. Absolut skandalös ist dabei, daß der Dokumentarfilm von der öffentlichen Hand mit insgesamt 125.000 Franken unterstützt wurde, davon allein 75.000 von den Fernsehgebühren des SRF (sprich SERAFE, entspricht den GEZ-Gebühren in Deutschland), die nun auf Kosten der Schweizer Bürger in den Wind geschossen wurden!

Daß es wirklich kein Zufall, sondern eine durchgängige Strategie ist, daß satanisch-ritueller Mißbrauch von den Medien vertuscht wird, zeigen weitere Beispiele:

1. Chefetage der Schweizer Zeitung "20 Minuten" stoppt überführendes Interview mit Folter-Opfer Chantal Frei

Die in der Westschweiz aufgewachsene Autorin Chantal Frei (ein Pseudonym) war gerade sechs Jahre alt, als Satanisten entschieden, aus ihr eine "Mother of Darkness" (satanische Hohepriesterin) zu machen. Sie hatte massive Folterungen überlebt. Deshalb erachtete der Kult sie als ausreichend stark, klug und intelligent, um sie im Kreise der Illuminaten auszubilden. Bei grausamen Ritualen traf sie mit Staatschefs, Adligen und Prominenten zusammen.

Dafür wurde sie an öffentlich bekannte Plätze - wie das Weiße Haus und das Innere einer berühmten spanischen Basilika - geführt, und gelangte auch in geheime Militäreinrichtungen und ein abgelegenes Schloß in Belgien. Diese Orte und Personen, die zum Teil auch von anderen Überlebenden genannt werden, verdeutlichen das erschreckende Ausmaß eines abgrundtief dunklen Phänomens, das in der Fachliteratur als rituelle Gewalt bekannt ist. Chantal Frei veröffentlichte ein Buch über ihre schrecklichen Erlebnisse mit dem Titel: "Ich rede!"

Auch Chantal Frei passierte es, daß ein Interview, das eine Journalistin von "20 Minuten" mit ihr und zwei weiteren Überlebenden geführt hatte, nicht abgedruckt wurde. Frei wörtlich:

"Einige Zeit vor dem Herausgeben meines Buches hatte eine Journalistin von 20 Minuten ein sehr langes Interview mit mir geführt. Sie machte einen wirklich guten und empathischen

Eindruck auf mich. ... Die Journalistin hatte auch noch weitere Recherchen gemacht und wollte einen Artikel darüber schreiben. Sie hat auch noch zwei weitere Überlebende, einen Mann und eine Frau, interviewt. Es kam aber nie dazu, daß der Artikel abgedruckt wurde, da es von der Cheftage gestoppt wurde."

2. BBC und Daily Mail verschleiern satanisch-rituellen Mißbrauch in Hampstead (England)

Im September 2014 sagten die Geschwister Alisa und Gabriel Dearman unter anderem im Rahmen von polizeilichen Befragungen aus, daß sie regelmäßig in ihrer Schule sexuell mißbraucht werden würden. Sie schilderten, daß satanische Rituale durchgeführt wurden, daß Babys getötet und ihr Blut getrunken wurde. Nachdem die Babys getötet worden seien, habe man ihre sterblichen Überreste ins Schulessen gemischt. Ihr eigener Vater Ricky Dearman sei an den satanischen Opferungen und dem Mißbrauch beteiligt gewesen.

Ella Draper, die Ex-Frau von Ricky Dearman und Mutter seiner beiden Kinder Alisa und Gabriel, bestätigte dies und sagte aus, Dearman sei der Anführer der satanischen Gruppe in Hampstead. Er sei an der Produktion von Snuff-Videos (In einem Snuff-Film werden Menschen, oft Kinder, vor laufender Kamera zu Tode gequält) beteiligt gewesen und habe diese im Darknet verkauft.

Nachdem Ella Draper dies öffentlich machte, begann eine regelrechte mediale Schlamm-schlacht. Man diffamierte sie aufs Übelste. Obwohl offizielle medizinische Berichte vorlagen, die den schweren sexuellen Mißbrauch der Kinder bestätigten, behauptete man in den Medien, sie habe ihre Kinder unter Anwendung von Gewalt gezwungen, daß sie diese Dinge aussagen. Etliche Magazine, wie z.B. die Daily Mail, stempelten Draper als Lügnerin ab. Sie wurde sogar von der Polizei gejagt.

Die große englische Nachrichtenagentur BBC strahlte ein Interview mit Ricky Dearman aus, in dem sich die BBC-Moderatorin die größte Mühe gab, ihn unschuldig aussehen zu lassen. Man stellte es so dar, als ob er Opfer einer böartigen Kampagne geworden sei. Etliche Zuschauer gaben Kommentare zum Interview ab, daß sie der Ansicht seien, daß Ricky Dearman wie ein schlechter Schauspieler wirke und sie sich durchaus vorstellen könnten, daß er diese schrecklichen Verbrechen begangen habe. "Er sehe schuldig aus" war in der Kommentarspalte zu lesen. In der Folge wurde die Kommentarfunktion kurzerhand geschlossen.

3. Britischer Fernsehsender BBC in Jimmy Saviles perverse Verbrechen verwickelt

Der populäre englische BBC-Moderator Jimmy Savile hat laut offiziellen polizeilichen Angaben über 50 Jahre (!) hinweg mindestens 450 Opfer im Alter von fünf bis 47 Jahren mißbraucht. Schon vor 1961 befragte die Polizei Savile erstmals zu Vorwürfen, er habe in den von ihm damals betriebenen Tanzlokalen Geschlechtsverkehr mit minderjährigen Mädchen gehabt. Savile nutzte seine Kontakte, um unter anderem in einer streng gesicherten psychiatrischen Heilanstalt an Kinder heranzukommen. Er beging scheußlichste Verbrechen bis dahin, daß er einen sterbenden Jungen vergewaltigte und sich an Toten verging. Opfer sagten aus, daß sie von Savile im Rahmen satanischer Messen mißbraucht wurden.

Am 7. Dezember 2011, kurz nach seinem Tod, sollte ein Film über die Verbrechen Saviles ausgestrahlt werden. Die Recherchen dafür hatte der Journalist Meirion Jones, der über 20 Jahre bei der BBC gearbeitet hatte, gemacht. Er fand Zeugen, die Savile schwer belasteten. Doch dann der Skandal: Der Film wurde gekippt - nach Angaben der BBC aus "journalistischen Gründen". Der verantwortliche Leiter des Programms "Newsnight", Peter Rippon, stoppte die Ausstrahlung, der Journalist Jones wurde suspendiert.

Jahre später packte der damals 75-jährige, ehemalige TV-Produzent der BBC, Wilfred De'Ath, aus. Er äußerte, daß alle bei der BBC über die perversen Verbrechen Saviles Bescheid wußten! Bezeichnenderweise wurde der Skandal erst enthüllt, als Savile schon längst verstorben war. Mißbrauchs-Überlebende bestätigten sogar, daß dieser Mißbrauch auf einen organisierten Pädophilenring zurückzuführen war, der aus der BBC heraus betrieben wurde. Die Spur des

pädophilen Treibens von Savile führt direkt zum englischen Königshaus, zu hochrangigen Richtern, prominenten Parlamentariern und sogar zu einem ehemaligen Premierminister.

4. Diffamierender Spiegel-Artikel bewirkt Schließung der Beratungsstelle für organisierte und rituelle Gewalt des Bistums Münster

Am 12. März 2023 veröffentlichte der "Spiegel" einen Artikel über die Thematik des satanisch-rituellen Mißbrauchs und Mind Control und titelte: "Im Wahn der Therapeuten - Anhänger geheimer Kulte mißhandeln Kinder und kontrollieren Menschen via Hirnmanipulation: Unter dem Dach von Kirchen und Kliniken verbreiten Therapeuten derartige Horrormythen - und reden Patienten angeblichen Mißbrauch ein."

Im Artikel werden zwei altbekannte Strategien angewendet. Zum einen die ganze Thematik ins Reich der Verschwörungstheorien zu verorten, unter Anwendung der bewährten Begrifflichkeit der "Satanic Panic". Und zum zweiten werden hier wieder einmal Therapeuten - in diesem Fall speziell auch die Beratungsstelle des Bistums Münster - ins Visier genommen, mit Hilfe der altbewährten Strategie das Schlagwort des "False Memory Syndromes" einzusetzen: Man unterstellte den Therapeuten der Beratungsstelle des Bistums Münster, daß sie den Opfern eingeredet hätten, satanisch-rituellen Mißbrauch erlebt zu haben.

Wieder diskreditiert man Therapeuten und versucht sie einzuschüchtern. Bedauerlicherweise ging die Strategie auf: Nur zwei Tage nach dem Erscheinen des Spiegel-Artikels meldete das Bistum Münster, daß es seine Beratungsstelle zur Thematik "rituelle Gewalt" geschlossen habe - und dies nach 20 Jahren hervorragender Beratungs- und Aufklärungsarbeit!

Brisant und aufschlußreich dazu ist ein Post der satanischen Bruderschaft "Brotherhood of Samael" auf Facebook, der sich genau auf die Beratungsstelle Münster bezieht:

"EILMELDUNG! 5 Jahre voller Arbeit, um diesen Verein endlich zu Fall zu bringen und ein Enthüllungsartikel war schlußendlich das Zünglein an der Waage. Wir haben es ihnen 2017 gesagt, wir sagen es ihnen heute. Wir gewinnen. Ihr verliert. Ende der Geschichte."

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Autor des Artikels - der Spiegel-Redakteur Christopher Piltz - auf seiner Facebookseite den SRF-Journalisten Robin Rehmann und die Kriminalpsychologin Lydia Benecke als Freunde gelistet hat. Lydia Benecke ist als deutsche Aktivistin bekannt, die seit Jahren Vorträge hält, in denen sie die Existenz satanisch-rituellen Mißbrauchs bestreitet. Dabei wendet sie in ihren Auftritten die eben ausgeführten Strategien an.

Chronologischer Rückblick: Warum und wann man die Strategie-Begriffe "Satanic Panic", "False Memory" und "Verschwörungstheorie" erschuf:

Wir halten an dieser Stelle fest, daß hier wieder die altbekannte Strategie zur Vertuschung satanisch-rituellen Mißbrauchs zu Tage tritt, die sich - für die Mißbrauchs-Täter - bereits in den 90er Jahren bewährt hat. Schon damals - als immer mehr Fälle von satanisch-rituellem Mißbrauch und Mind Control ans Licht kamen - wandte man in den Medien erfolgreich die Schlagworte "Satanic Panic" und "False Memory" an. 1980 veröffentlichte Michelle Smith als erste der Überlebenden zusammen mit ihrem Psychiater Lawrence Pazder ein Buch mit dem Titel "Michelle remembers".

In den zwei Jahrzehnten danach verzeichneten US-amerikanische Therapeuten eine Flut von Opfern satanisch-ritueller Gewalt, die nun den Mut hatten, bei ihnen Hilfe zu suchen. Man spricht von ca. 12.000 Opfern insgesamt. Da die Therapeuten diese überbordende Entwicklung nicht einordnen konnten, tauschten sie sich untereinander aus und hielten Fachtagungen über diese Thematik ab. 1992 hielt der renommierte US-amerikanische Psychiater Dr. Corydon Hammond auf einer Fachtagung die sogenannte Greenbaum Speech (Greenbaum-Rede), in der er über Programmierung, Aufspaltung, CIA, MK-Ultra, Okkulte Strukturen und Programme referierte. Er wurde dann mundtot gemacht.

Hier sehen Sie das eingescannte Originalschreiben der CIA, in dem wortwörtlich festgehalten ist, daß gegen die aufkommenden, entlarvenden Stimmen konkrete Maßnahmen ergriffen

werden müssen. Investigative Journalisten deckten in jener Zeit vermehrt Ungereimtheiten in Regierung und CIA auf. Daraufhin betitelte die CIA-Führung Enthüllungs-Journalisten als Verschwörungstheoretiker. Die CIA beauftragte ihre Agenten, Einfluß auf Politik und Medien zu nehmen und brachte so die enthüllenden Stimmen zum Schweigen. Kla.TV liegen etliche Beweise dafür vor. Heutzutage wird der Begriff "Verschwörungstheorie" noch mehr verschärft, indem er sogar in die Nähe von Radikalismus und Gewalt gerückt wird.

Zusätzlich zur Strategie, die öffentlich gewordenen Fälle von satanisch-rituellem Mißbrauch als Satanismus-Panik abzutun und lächerlich zu machen, wurde ebenfalls 1992 die "False Memory Syndrome Foundation" ins Leben gerufen.

Diese Foundation verbreitete die These des "False Memory", also die Behauptung, daß die Berichte der Opfer nicht reell passiert wären. Satanisch-ritueller Mißbrauch existiere nicht, sondern die Therapeuten hätten den Patienten nur eingeredet, daß sie solche furchtbaren Grausamkeiten im Rahmen von satanischen Ritualen erlebt hätten. Man hätte ihnen also mittels psychologischer Tricks "falsche Erinnerungen" eingepflanzt. Die Strategie der "Falschen Erinnerung" wandte man an, um die Therapeuten zu diskreditieren und einzuschüchtern.

Bezeichnenderweise gehörte zu den Begründern der "False Memory Syndrome Foundation" Ralph Underwager, ein bekennender Pädophiler. Underwager mußte später aus dem Beirat der False Memory Syndrome Foundation ausscheiden, als bekannt wurde, daß er im Interview mit einem niederländischen Pädophilenmagazin Pädophilie als "akzeptablen Ausdruck der Liebe Gottes" bezeichnet hatte.

Nach diesen geschichtlichen Ausführungen kann man den Schweizer SRF-Skandal und seine weiteren Folgen nun besser einordnen.

Über die eingangs erwähnte mediale Vertuschungs-Strategie hinaus wurden nach der SRF-Reportage nämlich zahlreiche Therapeuten entlassen, ebenso zwei Lehrer, ein Chefreporter, eine Klinikchefärztin und ein Oberarzt. Wichtige Zeugen, die in der Dokumentation ausgesagt hatten, verloren ihren Arbeitsplatz:

1. Zwei Lehrer werden entlassen

Sekundarlehrer Daniel Vuilliomonet und Primarlehrerin Marianne Lander, die mutig in der SRF-Doku Stellung bezogen hatten zum Thema satanischer Mißbrauch in ihrer unmittelbaren Umgebung, wurden beide vom Schuldienst freigestellt und durften nicht mehr unterrichten. Sie wurden durch die Medienstelle Nau.ch sogar skandalöserweise als "Satanslehrer" diskreditiert.

2. Chefreporter der Basler Zeitung wird entlassen

Daniel Wahl, ehemaliger Chefreporter der Basler Zeitung, welcher acht Jahre lang bei dieser Zeitung gearbeitet hatte, erlitt das gleiche Schicksal wie die Lehrer. Nur drei Tage nach der Ausstrahlung der SRF-Doku "Satanic Panic", also am 17. Dezember 2021, durfte er nicht mehr für die Basler Zeitung arbeiten, wurde vom Dienst suspendiert und erhielt ab sofort keinen Zugang mehr zu sämtlichen Dokumenten, an denen er aktuell gearbeitet hatte. Besonders brisant: Daniel Wahl wurde in der SRF-Doku lediglich ganz kurz von einem der Lehrer erwähnt. Daniel Wahls Schwerpunkte bei der Berichterstattung waren - unter anderem - auch die Bereiche "Justiz" und "KESB", also die Schweizer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Ihr warf er wiederholt vor, die betroffenen Kinder und Erwachsenen nicht ausreichend zu schützen. Dieses Engagement von Wahl führte wiederholt zu Rügen des Presserates an die Basler Zeitung. Bei einem dieser beanstandeten Fälle handelte es sich um den Fall Nathalie: Ein achtjähriges Mädchen machte Aussagen über satanisch-rituellen Mißbrauch durch ihren eigenen Vater. Daniel Wahl hatte in der Basler Zeitung in den Jahren 2020 und 2021 mehrmals über den Fall Nathalie geschrieben. Ergebnis: Der Vater wurde juristisch freigesprochen, die KESB entlastet, der Chefreporter Daniel Wahl vom Presserat gerügt - und nun schlußend-

lich entlassen.

Interessant dabei ist die Tatsache, daß Jan Grüebler, der Präsident der 3. Kammer des Schweizer Presserats gleichzeitig stellvertretender Redaktionsleiter im Team der SRF-Nachrichtenredaktion ist. Von einer Unparteilichkeit des Presserats kann daher eher nicht ausgegangen werden. Sehen Sie hierzu die Kla.TV Serie "Presserat oder PresseVERRAT" von Kla.TV Gründer Ivo Sasek. Erschütternde Verfilzungen treten zutage.

3. Klinik Littenheid - Oberarzt wird entlassen

Seine Aussagen über die Therapie-Erfahrungen mit Überlebenden ritueller Gewalt in der SRF-Doku hatten zur Folge, daß auch der Oberarzt Dr. Matthias Kollmann nur wenige Tage nach der Ausstrahlung freigestellt und anschließend entlassen wurde. Somit handelte es sich bereits um die vierte Person in der Doku, welche unmittelbar nach der Sendung die Kündigung erhalten hatte.

4. Klinik Littenheid - Strafverfahren gegen Chefärztin - sie wird ebenfalls sofort freigestellt

Doch damit noch lange nicht genug. Ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Doku wurde gegen die Chefärztin der Klinik Littenheid ein Strafverfahren eingeleitet, woraufhin sie sofort freigestellt wurde. Des Weiteren werden bis zur Überarbeitung der Konzepte keine weiteren DIS-Patienten mehr aufgenommen. Damit sind Patienten mit einer sogenannten dissoziativen Identitätsstörung gemeint, welche oft im Zusammenhang mit satanisch-rituellem Mißbrauch auftritt.

5. Klinik Littenheid - Personal erhält Maulkorb

Die Mitarbeiter beklagen sich, daß ihnen nach der Ausstrahlung der Doku ein Maulkorb verpaßt wurde. Die Klinik dementiert dies natürlich. Aber ein Untersuchungsbericht diesbezüglich zeigte auf, daß die befragten Mitarbeiter nun negativ belegte Begriffe wie "Mind Control" vermieden und statt dessen neutrale und unbelastete Begriffe verwendet hatten, was einer Verharmlosung der Themen "rituelle Gewalt" und "Mind Control" gleichkommt.

6. Zahlreiche Entlassungen beim Personal des Therapie-Zentrums Münsingen

Auch das Psychiatrie-Zentrum Münsingen entließ nach Ausstrahlung der SRF-Doku einen Teil des Personals. Der Rest des Personals wurde umgeschult. Offenbar geschah dies auf die Behauptung des SRF hin, daß im Therapiezentrum Münsingen Menschen arbeiten, die an eine Verschwörungstheorie namens "Satanic Panic" glauben.

Es stellt sich die Frage, ob mit diesen zahlreichen Kündigungen und der ausführlichen medialen Berichterstattung darüber ein Exempel statuiert (durch eine (übertrieben) drastische (Straf-)Maßnahme ein warnendes, abschreckendes Beispiel gegeben) wurde. Dies mit dem Ziel, andere Zeugen und Betroffene, die sich bisher nicht aus der Deckung gewagt haben, einzuschüchtern? Soll damit die Furcht davor geschürt werden, die selbst erlebten oder beobachteten Grausamkeiten ans Licht zu bringen, weil dies solch negative Konsequenzen nach sich ziehen könnte?

Fazit:

Wie man an den gewaltigen Anstrengungen des SRF und anderer Medien sieht, sind schon seit längerer Zeit weltweit enorme Bestrebungen sichtbar, die Thematik des satanisch-rituellen Mißbrauchs unter dem Deckel zu halten. Aggressive Medienkampagnen werden gefahren, Beratungsstellen mit dem Label "Verschwörungstheoretiker" versehen und Therapeuten werden diskreditiert und eingeschüchtert. Alternativen Nachrichtenportalen, wie z.B. Kla.TV, die Hintergründe zum Thema veröffentlichen, werden umgehend rechtliche Konsequenzen angedroht. Zeugen verlieren ihren Arbeitsplatz und ihren guten Ruf - sie werden gesellschaftlich isoliert und man gefährdet letztlich sogar ihre Existenz.

Opfern und Überlebenden wird nach all den grausamen Erlebnissen noch jede Therapie-Hilfe entzogen und sie werden völlig unglaubwürdig gemacht. Warum fährt man seit Jahrzehnten solche gewaltigen Geschosse auf, um diese Thematik lächerlich und unglaubwürdig zu ma-

chen? Ein bekanntes Sprichwort besagt: "Nur getroffene Hunde bellen." ...<<

21.07.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 21. Juli 2023 x1.322/...): >>Die eigentlichen Täter, die "nicht auf dem Boden des Grundgesetzes" stehen

Von *H. W. Ludwig*

Es nimmt immer totalitäre Formen an, daß sich die herrschenden Parteien nicht inhaltlich mit ihren Gegnern und Kritikern auseinandersetzen, sondern sie als Verfassungsfeinde, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stünden, diffamieren und durch staatliche Organe verfolgen. So verkündete am 13.7.2023 die Bundesregierung auf ihrer Facebookseite, es werde bald einfacher werden, Schöffen abzurufen, die verfassungsfeindlichen Aktivitäten nachgingen. Darauf schrieb der Bielefelder Jura-Professor Martin Schwab im Kommentarbereich einen Text, der die eigentlichen aktiven Verfassungsfeinde aufzeigt, deren Politik die Verfolgten vielfach gerade vor dem Hintergrund des Grundgesetzes kritisieren.

Prof. Schwab ließ den Text auch auf der Webseite der Partei "dieBasis" veröffentlichen, von wo wir ihn mit seiner freundlichen Erlaubnis übernehmen. (hl)

Wer im Glashaus sitzt, ... "NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes"

Sehr geehrte Bundesregierung,

seit fast 20 Jahren bin ich als Jura-Professor tätig. Mein Entsetzen darüber, wie Politiker sämtlicher aktuell regierungstragenden Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke) seit mittlerweile mehr als drei Jahren mit den Grundrechten umspringen, kann ich kaum in Worte fassen.

Wie heißt es so schön: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Überprüfen wir daher einmal die Verfassungstreue aktueller Funktionsträger in Legislative und Exekutive:

1. Abgeordnete, die für eine allgemeine COVID-Impfpflicht votieren, obwohl sie wissen, daß diese Impfung tödlich ausgehen kann (wer von ihnen diese Kenntnis hatte, wird sorgsam aufzuarbeiten sein), trachten ihrem eigenen Volk nach dem Leben und stehen daher NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes.

2. Ein Bundeskanzler, der verkündet, im Kampf gegen das Corona-Virus kenne er keine roten Linien mehr, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn es gibt dort für jegliche politische Intervention eine rote Linie - nämlich die Grundrechte.

3. Eine Bundesaußenministerin, die ohne jede Vorwarnung öffentlich äußert, Deutschland befinde sich im Krieg mit Rußland, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie propagiert entweder einen Angriffskrieg, oder aber sie ruft einen Verteidigungskrieg aus, ohne daß Bundestag und Bundesrat gemäß Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG den Verteidigungsfall festgestellt haben.

4. Eine Bundesinnenministerin, die Beamten die Beweislast für ihre Verfassungstreue auferlegen will, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, daß auch Beamte das Recht haben, für ihre Überzeugung zu streiten, und daß auch für Beamte das rechtsstaatliche Fundamentalprinzip der Unschuldsvermutung gilt.

5. Eine Bundesinnenministerin, die mit Hilfe ihrer Verfassungsschutzbehörde unter dem Deckmantel "Delegitimierung des Staates" Regierungskritiker überwachen läßt, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn ihr fehlt fundamentales Wissen über die Funktionsbedingungen eines demokratischen Rechtsstaats:

(1) Wer die Regierenden in Frage stellt, stellt damit nicht die staatlichen Institutionen in Frage. Es ist zwischen Amt und Person zu trennen. (2) Der Gewaltenteilungsgrundsatz (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) ist das Mißtrauensvotum des Verfassungsgebers an die Adresse eines jeden, der staatliche Macht ausübt. Deshalb ist es auch dem Bürger erlaubt, den Regierenden zu mißtrauen. (3) Zu den Funktionsbedingungen der Demokratie gehört die Ablösbarkeit der Regierung. Regierende müssen sich daher dem kritischen Diskurs stellen, auch wenn dieser für

sie unangenehm ist.

6. Ein Bundeswirtschaftsminister, der auf die Anordnung des BVerfG, das Parlament brauche mehr Zeit, um das Heizungsgesetz zu beraten, mit der Erklärung reagiert, er erwarte, daß das Gesetz nach der Sommerpause ohne inhaltliche Änderung verabschiedet werde, steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn er maßt sich an, das Ergebnis des parlamentarischen Diskurses verbindlich vorwegzunehmen, und tritt damit die Rechte der Abgeordneten mit Füßen.

7. Eine Bundesfamilienministerin, die Antifa-Organisationen wie z.B. die "Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus" in Herford finanziert, deren einziges Ziel es ist, Regierungskritiker zu diffamieren und mit durch nichts gerechtfertigten Rechtsextremismus-Vorwürfen zu überziehen (so geschehen am 23.1.2023 in dem 108 Seiten starken Pamphlet "Verstrickungen" über "Corona-Leugner" in Ostwestfalen-Lippe), steht NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie hat nicht verstanden, daß die freie Meinungsäußerung für ein demokratisches Gemeinwesen schlechthin konstituierend ist und daß niemand das Recht hat, von oben herab Meinungen in gut und schlecht einzuteilen.

8. Abgeordnete, die für eine Stärkung der WHO eintreten, ohne sich mit den aktuell geplanten Regelwerken (Internationale Gesundheitsvorschriften/Pandemievertrag) zu beschäftigen, stehen NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie unterwerfen unser Land einer nicht demokratisch legitimierten Institution - wenn die aktuellen Pläne verwirklicht werden - mit unkontrollierten Machtbefugnissen.

9. Abgeordnete, die sich der Aufarbeitung der härtesten Grundrechtseingriffe in der Geschichte der BRD verweigern, stehen NICHT auf dem Boden des Grundgesetzes. Denn sie werden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Raubbau an den Grundrechten erneut mittragen, ohne nach belastbaren Daten und wissenschaftlicher Evidenz zu fragen. Haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eigentlich den Bericht der gesetzlich eingerichteten Sachverständigenkommission (§ 5 Abs. 9 IfSG) zur Kenntnis genommen, der seit über einem Jahr vorliegt? Hat es darüber eine Plenardebatte oder wenigstens eine Debatte im Gesundheitsausschuß gegeben? Oder haben sich die Abgeordneten mit der Stellungnahme der Bundesregierung vom 4.10.2022 (BT-Drucksache 20/3850) kommentarlos zufriedengegeben?

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Martin Schwab<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juli 2023: >>**Auf der blauen Welle ins Kanzleramt**

Von Jürgen Elsässer

Sommer, Sonne, AfD: Das sind die drei größten Feinde der Blockparteien. Wenn das Thermometer auf über 30 Grad und die Zustimmungswerte für die neue Volkspartei auf über 20 Prozent steigen, bricht bei den etablierten Polit-Gangstern und Schulabbrechern Panik aus. Je schriller ihr Alarmismus, desto mehr prallt dieser an der guten Laune der Deutschen ab. Gesundheitsminister Karl Lauterbach warnt vor dem Hitzetod - während Alt und Jung sich beim Baden aalen. Für einen Verfassungsschützer gehörte nach der Sonneberger Wahl jeder fünfte Deutsche zum "braunen Bodensatz" - dem zum Trotz stiegen der nächsten Umfrage nach die Prozentzahlen für die verleumdete Partei noch stärker an. ...

Die Etablierten geben sich der Illusion hin, sie könnten die sogenannten Protestwähler wieder zurückholen, weil diese nur aus Trotz die Falschen auf dem Stimmzettel angekreuzt hätten. Die jüngsten Erhebungen des Instituts Infratest dimap sollten sie eines Besseren belehren. "Im Juni gab nur ein Drittel der AfD-Anhänger an, von der Partei überzeugt zu sein. Zwei Drittel seien von den anderen Parteien enttäuscht. Drei Viertel der AfD-Anhänger signalisierten bei einer Befragung im Juli, daß die AfD ihren persönlichen Grundvorstellungen nahesteht. Bei der Entscheidung für die AfD spielt die Migrationspolitik die größte Rolle", faßte die Welt am

Sonntag am 9. Juli zusammen. Die AfD konnte den Anteil ihrer Überzeugungswähler also innerhalb von nur vier Wochen von 33 auf 75 Prozent steigern. Das ist keine blaue Welle mehr - das ist schon ein Tsunami! ...

Der Aufschwung hat auch den Westen erfaßt: In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zustimmung zur AfD seit der Landtagswahl vor gut einem Jahr auf über 14 Prozent fast verdreifacht. In Hessen, wo die Bürger im Herbst zur Urne gerufen werden, liegt sie sogar bei 19 Prozent.

...

Der Eroberung der Macht

Der Königsweg zu einer wirklichen Wende in Deutschland wäre natürlich eine AfD-Alleinregierung. Diese ist in Thüringen in greifbarer Nähe, wenn aus aktuell 34 Prozent bis zu den Wahlen im September 2024 mindestens 41 Prozent würden und gleichzeitig FDP und Grüne den Einzug in den Landtag verpaßten. In den anderen neuen Ländern kann aus einer starken relativen Mehrheit eine absolute werden, wenn nach einem frustrierenden Ergebnis CDU-Abgeordnete ihre Fraktion verließen und ihr Mandat zur AfD mitnähmen.

Gut vorstellbar ist auch eine regelrechte Spaltung der Ost-CDU - ein Job für Hans-Georg Maaßen. Wäre erst das Territorium der ehemaligen DDR blau regiert, würde dies mächtig auf die Westzone ausstrahlen. Dort sind aber absolute Mehrheiten schwer vorstellbar - es sei denn über einen Umweg, der noch nie erprobt wurde. ...

Solche Szenarien werden mit Sicherheit derzeit auch in den Führungsstäben des Regimes durchgespielt. Was kann man tun, um einen Erdrutsch zu verhindern? Ein Parteiverbot wird zwar von Extremisten wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser ins Spiel gebracht, dauerte aber viel zu lang. Während das Verfahren läuft, wird eine derart undemokratische Drohung der AfD aus Trotz weitere Schichten zuführen.

Die erste realistische Möglichkeit für das Regime wäre daher der schnelle Aufbau einer Scheinopposition, die der neuen Volkspartei Stimmen wegnähme. ...

Das erste Etappenziel ist der Sturz der Ampel-Regierung. Jeder Autofahrer weiß: Fällt die Ampel aus, gilt wieder Rechts vor Links. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. Juli 2023: >>**Petr Bystron (AfD): Carola Rackete gehört ins Gefängnis, nicht ins EU-Parlament!**

Laut Medienberichten will "Die Linke" die bekannte Schlepper-Aktivistin Carola Rackete (35) als Kandidatin für die Europawahl im Jahr 2024 aufstellen. Die Personalentscheidung sorgt für anhaltende Empörung - vor allem in Italien, wo die wertvolle "Fachkräfte-Fracht" zigtausendfach u.a. auf der Mittelmeerinsel Lampedusa anlandet.

Der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Petr Bystron, äußerte vollstes Verständnis für den Unmut der Italiener. Er bezeichnete Rackete als "gewöhnliche Kriminelle", die "ins Gefängnis" gehöre und "nicht ins EU-Parlament". Bystron gehört zu den schärfsten Kritikern der kriminellen Einschleusung von Sozialmigranten nach Europa.

So stellte der AfD-Politiker Strafanzeigen gegen den "Shuttle-Service" Sea-Watch und weitere in Deutschland registrierte NGOs. Rackete war als "Kapitänin" des Schlepper-Schiffs "Sea-Watch 3" immer wieder durch sogenannte "Seenotrettungsaktionen" vor der Küste Libyens in die Schlagzeilen geraten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juli 2023: >>**A. A.-Stiftung bietet Beratung für Rammstein-Opfer**

Von *Karel Meissner*

Kaum hat der Mainstream eine neue Hatz ausgerufen, will auch die Amadeu Antonio-Stiftung mit jagen: Ab sofort bietet sie Beratung für Rammstein-Opfer an.

Das mußte kommen: Wenn unbewiesene Anschuldigungen im Raum stehen, die Kläger vom Mainstream aber das Wokeness-Zertifikat erhalten haben, dann darf die Amadeu Antonio-Stiftung nicht fehlen. Deren Gründerin, Anetta Kahane, ehemals IM für die DDR-

Staatssicherheit, hat im Verpetzen von unwokem Pack reichlich Erfahrung. Die Stasi dürfte die Frage der Beweislast ebenfalls nicht so ernst genommen haben.

Jetzt also die gerichtlich noch nicht verhandelten Vorwürfe gegen "Rammstein-Sänger" Till Lindemann. Aber weshalb warten, bis Anwälte, Zeugen, Sachverständige und ein Richter den Sachverhalt mühsam rekonstruiert haben, wenn man bei der Amadeu Antonio-Stiftung beweisfrei denunzieren kann?! Auf ihrer Website ködert die Stiftung mit folgendem Suggestiv-Fragen:

"Du bist (eigentlich) ein großer Rammstein Fan und hast dich gefreut, die Band zu treffen? Du hast dich dabei aber unwohl gefühlt und Dinge mitgemacht, die du eigentlich nicht wolltest? Du hast übergriffiges Verhalten durch Bandmitglieder oder ihr Team erlebt?"

Noch besser ist der nachfolgende Text:

"Vielleicht bist du dir noch unsicher, was dir genau passiert ist und was du jetzt brauchst."

- Sorry, aber wie naiv und unselbständig werden erwachsene Frauen hier dargestellt? Zur Erinnerung: "Rammstein" ist keine Kinder-Band.

"Vielleicht bist du aber auch schon entschlossen, rechtlich vorgehen zu wollen oder dir psychologische Hilfe zu holen."

- Ja, aber wer das tut, braucht die A. A.-Stiftung nicht, oder? - Doooch, denn in beiden Fällen "ist es sinnvoll, sich zunächst an eine spezialisierte Beratungsstelle zu wenden. Sie beraten dich vertraulich, parteiisch (sind also bedingungslos auf Deiner Seite und damit befangen? - Anm.), kostenlos und wenn du möchtest auch anonym."

Aber weshalb wäre das "sinnvoll"? - Vielleicht, weil die A. A.-Stiftung im Gegensatz zu Polizei und Therapeuten den Fall nicht kritisch überprüft, ihn aber auf ihrer Belltower-Seite prangern kann - während professionelle Ermittler ihn aufgrund mangelnder Beweise zu den Akten legen?

Vielleicht sollte Sophia Thomalla mal hingehen ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. Juli 2023: >>US-Todeslager: Ein Teil des Krieges gegen die Völker

Es ist erschreckend: Die Weltmächte halten Kriege für ein legitimes Mittel ihrer Politik! Seit 1945 wurden etwa 300 Kriege geführt, die 25 Millionen Opfer forderten, über 85 Prozent davon Zivilisten. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir das Tabuthema der US-Vernichtungslager dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.

_von Dr. Günther Kriemel

Auch millionenfacher Massenmord an Unschuldigen, Ausrottung und Vertreibungen sind gängige Mittel, auch von modernen Demokratien, auch in neuester Zeit. Die moderne Völkermorddefinition umfaßt bereits die Planung, eine Gruppe von Menschen zu vernichten; Vernichtung einer Führungselite ist Politizid oder Ethnozid. Es gibt ein ganzes Lexikon der Völkermorde, das von Gunnar Heinsohn verfaßt wurde.

Delikt Massentötung, Genozid und Vertreibung

Im britischen Krieg gegen den Burenstaat deportierte 1901 der Generalstabschef der britischen Armee die wehrlosen Angehörigen der im Feld stehenden Buren in riesige Hungerlager in einem Trockengebiet und brannte ihre Farmen nieder. Von den 120.000 Frauen und Kindern starben mehr als 25.000 an Hunger, Durst, fehlender Versorgung und Krankheiten. Dies war im 20. Jahrhundert der Ausgangspunkt und Auftakt für die Deportation in Konzentrationslager von Zivilisten in Rußland, Kanada, Polen, Japan, CSR, Australien, China, Deutschland, USA, Frankreich, Österreich, Großbritannien und vielen anderen Staaten.

1908 gab der belgische König Leopold den Kongo ab, den er 23 Jahre lang als seinen Privatbesitz versklavt und ausgeplündert hatte. Handabhacken war eine übliche Methode zur Disziplinierung und Bestrafung. Seine extrem brutale Herrschaft hatte 15 - 25 Millionen Menschen

das Leben gekostet ("Kongogreuel").

Sieben Jahre später ermordeten die "Jungtürken" (geleitet von "Dönme") nach akribischen Ausrottungs-Planungen etwa anderthalb Millionen armenische, assyrische und griechisch-orthodoxe Christen. Großbritannien verursachte den Tod von bis zu 800.000 Deutschen durch die Hungerblockade nach dem Waffenstillstand im Ersten Weltkrieg. 1923 verfügten die Demokratien die Vertreibung von anderthalb Millionen Christen aus Kleinasien, die schon 1.500 Jahre dort gesiedelt hatten, bevor die Türken in Anatolien einfielen.

Kommunisten ermordeten 100 Millionen Menschen

Lenin, Stalin, Mao, Pol Pot mordeten durch Terror im Bürgerkrieg, Gulag, Holodomor oder die Kulakenausrottung weit über 100 Millionen Menschen, zumeist Angehörige ihrer eigenen Völker. Lew Kopelew bezifferte die Zahl der Opfer allein in der Sowjetunion mit 120 Millionen, wobei er die im Zweiten Weltkrieg durch (hinter der Front aufgestellte) "Sicherungsgruppen" Ermordeten und alle Opfer mitzählt, die indirekt durch Stalins Regime ums Leben gekommen sind.

Dem Kommunismus fielen in China 65 Millionen, in Afrika 1,7 Millionen, in Afghanistan 1,5 Millionen, in Nordkorea 2 Millionen, in Kambodscha 2 Millionen, in Vietnam 1 Million und in Lateinamerika 150.000 Menschen zum Opfer (vgl. hierzu das Schwarzbuch des Kommunismus von Stéphane Courtois).

Polen, von den Mittelmächten 1916 neu begründet, unternahm es 1939 nach dem erzwungenen (präventiven) Einmarsch der Deutschen, die Millionen umfassende deutsche Minderheit auszurotten, die schon seit 1918/23 hart bedrängt und dezimiert worden war. Dank dem raschen Vormarsch der deutschen Truppen konnte der Großteil der Deutschen gerettet werden, oft in letzter Minute. Etwa 6.000 Menschen wurden umgebracht. Dasselbe widerfuhr Polen seitens der Sowjetunion 1940, als Stalin den Mord an rund 25.700 Intellektuellen unter den polnischen Kriegsgefangenen befahl (vgl. hierzu die Ausführungen in Stalins Vernichtungskrieg 1941- 1945 von Joachim Hoffmann).

Massaker in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Millionen von indischen Muslimen und Hindus wurden 1947/48 im Bürgerkrieg massakriert. Im Biafrakrieg 1966 -70 wurden zwischen einer und vier Millionen Zivilisten ermordet. Die indonesische Armee rottete seit 1975 einen großen Teil der Bevölkerung von Osttimor aus. Der afrikanische Stamm der Hutu ermordete mit Macheten eine Million Tutsi. "Befriedung" im Korea- und Vietnamkrieg bedeutete vielfach Ausrottung. Die Korea-, Vietnam- und Irakkriege kosteten 10-15 Millionen Menschen das Leben.

Engländer, Holländer, Franzosen und Portugiesen bombardierten Eingeborenendörfer in ihren Kolonialkriegen und verursachten Millionen Tote unter den Zivilisten, auch nach 1945/50. Die Verwendung von jahrzehntelang persistierendem Agent Orange und der gentoxischen Uranmunition durch die USA in ihrer Serie von unprovokierten "humanitären" Angriffskriegen war genozidal.

Einsatz der Hungerwaffe gegen Deutschland

Churchill war dafür bekannt, daß er bei Kriegsplänen eine niedrige Hemmschwelle hatte. So äußerte Churchill in einem Gespräch mit Heinrich Brüning im Jahr 1934:

Deutschland muß wieder besiegt werden, und dieses Mal endgültig (zitiert nach dem Buch Deutschland ausradieren von Reinhard Oltmann und Hugo Wellems)!

Massenmorde schienen für ihn zum normalen Geschäft des Krieges zu gehören und Vertreibungen gegenüber war er auch nicht zurückhaltend. Durch strategische oder operative militärische Begabung ist er allerdings keineswegs bekannt geworden.

Im Jahre 1940 wollte er sowjetische Ölfelder mit Doppeldeckern angreifen lassen. Churchill war für Planung und Einsatz von Giftgas und Milzbrand-Sporen gegen Rußland (so im Interventionskrieg 1918), Indien und Deutschland verantwortlich. Er äußerte:

Ich bin sehr dafür, Giftgas gegen unzivilisierte Stämme zu gebrauchen (vgl. hierzu die ausführliche Quellensammlung Winston Churchill: The Power of Words. His Remarkable Life Recounted Through His Writings and Speeches).

Während der erpresserischen Hungerblockade gegen das Deutsche Reich nach dem Waffenstillstand 1918 ließ er die gesamte Fischausbeute Norwegens aufkaufen und auf englischen Feldern als Dünger verrotten, nur damit sie den Hunger der Deutschen nicht mildern konnte. Nur Stunden nach der englischen Kriegserklärung 1939 machte Hitler ein Angebot: Sofortiger Rückzug der Truppen aus Polen, Reparationen für die bisher entstandenen Kriegsschäden, internationale Konferenz zur Beratung über das Korridorproblem.

Zahlreiche hintertriebene Friedensinitiativen

Die Staatsoberhäupter von Holland, Belgien, Frankreich und den USA rieten zur Annahme. Aber Churchill sorgte dafür, daß weder das Unterhaus noch das englische Volk davon Kenntnis erhielten (vgl. hierzu Patrick Buchanan: Churchill, Hitler und der Unnötige Krieg).

Das Volk in Großbritannien zeigte durch Einsendungen an die Regierung, Streiks und sogar Sabotage, daß es keinen Krieg wollte. 150.000 Kriegsgegner wurden ins Gefängnis geworfen. 1939-40 unternahmen viele Staaten, namhafte Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsgrößen eine Reihe von Versuchen, den drohenden Krieg abzuwenden oder nach dem Ausbrechen zu beenden (vgl. hierzu die Arbeiten von Hans Meiser: Gescheiterte Friedensinitiativen 1939 - 1945 und Ulrich Schlie: Kein Friede mit Deutschland).

Holland, Belgien, Luxemburg, Schweden, Norwegen Finnland, Rumänien, der Vatikan, Spanien, sogar ansatzweise die USA traten mit Friedensvorschlägen hervor oder unterstützten die Initiativen anderer Staaten. Churchill torpedierte sie alle, und es war auch Churchill, der durch eine prononcierte Kriegsrede den Erfolg von Hitlers Friedensrede nach der Neutralisierung Polens verhinderte (vgl. hierzu Hans Meiser: Gescheiterte Friedensinitiativen 1939 - 1945). 1940 plante Churchill, die Bevölkerung Italiens von Albanien aus mit vergiftetem Essen zu versorgen, Minister Hugh Dalton verhinderte die Ausführung (vergleiche hierzu die Arbeit von Stefan Scheil: Churchill, Hitler und der Antisemitismus).

Churchill und die Vertreibung der Deutschen

Churchill verantwortete 1943 die Vernichtung und den Abtransport von Nahrungsmitteln aus Bengalen durch die Briten mit der Folge von anderthalb bis vier Millionen Hungertoten. Das berührte jedoch die selektiv relativierende Weltmeinung nicht: "Angesichts des gigantischen weltweiten Zusammenpralls ist der Hunger in Bengalen eine zu vernachlässigende Größe." (vgl. hierzu Domenico Losurdo: Kampf um die Geschichte: Der historische Revisionismus und seine Mythen). Die Hindus seien ein "bestialisches Volk mit einer bestialischen Religion" (Churchill lt. Wikipedia), "ein widerliches Volk", ihr Aussterben sei längst fällig und er wünschte, sie durch ein paar Bomber auszulöschen (diese Aussagen finden sich in seinen Tagebüchern).

Bei Kriegsende wiederholte Churchill frühere Aussagen: Die Deutschen brauchten den Osten ihres Landes nicht mehr, da im Jahre 1946 ohnehin sechs bis sieben Millionen Deutsche umkommen würden (zitiert nach dem Schwarzbuch des Kommunismus von Stéphane Courtois). Es war auch Churchill, der der wichtigste Urheber der Vertreibung war (so beschreibt es jedenfalls Alfred Maurice de Zayas in seinem Buch Die Angloamerikaner und die Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa).

Im Westen Deutschlands richteten die USA im Zuge der Errichtung ihrer Okkupation Todeslager ein, die heute weitgehend vergessen sind. "Bei Gott, ich hasse die Deutschen", schrieb der spätere US-Präsident Eisenhower im September 1944. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25612" berichtet am 21. Juli 2023 (x1.319/...): >>Die Freimaurerei und die Raumfahrt

Heute vor 54 Jahren - also am 21.07.1969 landeten die ersten Menschen auf dem Mond. Alle

Welt sah sie mit eigenen Augen. Oder etwa nicht? Ist die offizielle Version der Mondlandung - wie Kritiker immer wieder behaupten - ein "Schauspiel" aus den Reihen der Geheimbünde? Angesichts der auffällig vielen Freimaurer unter den Astronauten und seltsamer Unfälle im Vorfeld der Mondmission stellt sich die Frage: Was genau hat die NASA zu verbergen? ...

So gibt es bis heute Zweifel an den offiziellen Darstellungen der NASA und der Medien. Kla.tv möchte diesen Gegenstimmen Raum geben. Eine dieser Gegenstimmen ist Daniel Shanton. Sehen Sie im Folgenden einen Ausschnitt aus einer Dokumentation, die jedermann anregen kann, scheinbare Selbstverständlichkeiten zumindest zu hinterfragen:

Daniel Shanton stolperte über viele Ungereimtheiten rund um die Raumfahrtgeschichte. Als die NASA behauptete, sie habe ihren ersten bemannten Raumflug absolviert, sagte Shanton von Anfang an, daß alles Photo- und Filmtrick war. Auch die hohe Dichte von Freimaurern in den Reihen der Astronauten weckten in ihm ein starkes Mißtrauen in die offiziellen Darstellungen.

Doch sehen Sie selbst:

Ausschnitt aus der Dokumentation "Die Geschichte der flachen Erde" (ab 1:08:28 h)

Buzz Aldrin Jr., der zweite Mann, der über den Mondspaziergang log, ist ein bekennender ringtragender handzeichenmachender Freimaurer 33. Grades von der Montclair Loge Nr. 144 in New Jersey.

Edgar Mitchell, ein anderer angeblicher Mondgänger von Apollo 14, ist ein Order of DeMolay-Freimaurer bei der Artesia Loge Nr. 29 in New Mexico.

James Irwin von Apollo 15, der letzte Mann, der über den Mondspaziergang log, ist ein Mitglied der Tejon Loge Nr. 104 in Colorado Springs.

Donn Eisele von Apollo 7 war ein Mitglied der Luther B. Turner Loge Nr. 732 in Ohio.

Gordon Cooper an Bord von Mercury 9 und Gemini 5 war ein Meister der Freimaurer in der Carbondale Loge Nr. 82 in Colorado.

Virgil Grissom von Apollo 1 und 15, Mercury 5 und Gemini 3 war ein Meister der Freimaurer von der Mitchell Loge Nr. 228 in Indiana.

Walter Schirra Jr. Von Apollo 7, Gemini 6 und Mercury 8 war ein Freimaurer 33. Grades von der Canaveral Loge Nr. 339 in Florida.

Thomas Stafford von Apollo 10 und 18, Gemini 7 und 9 ist ein Freimaurer an der Western Star Loge Nr. 138 in Oklahoma.

Paul Weitz von Skylab 2 und Challenger ist von der Lawrence Loge Nr. 708 in Pennsylvania.

C. Fred Kleinknecht, Kopf der NASA zur Zeit des Apollo-Raumfahrtprogramms ist nun der Sovereign Grand Commander vom Rat des Alten und Angenommenen Schottischen Ritus der Freimaurerei der südlichen Jurisdiktion.

Die NASA-Astronauten Neil Armstrong, Alan Shepard, William Pogue, Vance Brand und Anthony England hatten alle Väter, die auch Freimaurer waren. Die Anzahl der Astronauten, die als Freimaurer bekannt sind oder aus Freimaurerfamilien kommen, ist erstaunlich. Es ist anzunehmen, daß mehr Astronauten und Leute in Schlüsselstellungen bei der NASA ebenfalls der Bruderschaft zugehörig sind, aber sich nicht so zu ihrer Mitgliedschaft bekennen. Die Anzahl so vieler Freimaurer, Mitglieder der größten und ältesten Geheimgesellschaft der Welt, die an der Förderung und Verkündung dieser globalistischen heliozentrischen Doktrin von ihrem Ursprung bis heute beteiligt sind, sollte einiges Mißtrauen erregen.

Bevor die erste Apollomission überhaupt erst mal die Startrampe verließ, starben 11 NASA-Astronauten bei höchst verdächtigen Unfällen.

Gus Grissom, Roger Chaffee und Ed White wurden alle zusammen während eines vollkommen unnötigen und gefährlichen Tests in einem Feuer in der Apollokapsel eingeäschert, bei dem sie in eine 100 %-ige Sauerstoffkammer geschnallt und eingeschlossen wurden und die Drei in Sekunden verbrannten. Sieben andere Astronauten, Ted Freeman, Charles Bassett,

Elliot See, Russel Rogers, Clifton Williams, Michael Adams und Robert Lawrence, starben bei sechs verschiedenen Flugzeugunglücken und Ed Givens bei einem Autounfall. Acht dieser Tode waren allein im Jahr 1967.

Daß so viele Astronauten zufällig unter solchen Umständen sterben, ist höchst unwahrscheinlich und verleihet der Vorstellung Glaubwürdigkeit, daß es Auftragsmorde der Freimaurer waren, um die geeigneten Leute zur Durchführung ihres Schwindels zu finden.

Einer der forschesten der gefallenen Astronauten war Gus Grissom. 1967 wurde Grissom zunehmend genervt und äußerte Zweifel über NASA-Chancen, je Menschen auf dem Mond landen zu lassen. Er schätzte die Chancen als sehr dünn ein und hängte bekanntlich eine Zitrone an die Apollo-Kapsel, nachdem sie wiederholt bei Sicherheitstests durchgefallen war.

Grissom drohte damit, mit seinen Bedenken über die Mondlandefähre an die Öffentlichkeit zu gehen und erzählte sogar seiner Frau Betty: "Wenn es je ein ernsthaftes Unglück beim Raumfahrtprogramm gibt, dann betrifft es bestimmt mich." Direkt nach dem Mord an ihm durchsuchten Regierungsbeamte Grissoms Haus, bevor irgend jemand über das Feuer und seinen Tod informiert war. Sie beschlagnahmten alle seine persönlichen Notizen und sein Tagebuch und gaben es nie zurück.

Den Ansichten Daniel Shantons muß man nicht zustimmen. Doch angesichts der auffällig vielen Freimaurer und der zahlreichen Unfälle stellt sich die Frage: Was genau hat die NASA zu verbergen?<<

22.07.2023

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. Juli 2023 (x1.329/...): >>Klima, Wasser, Dürre: So lügt der SPIEGEL

Mal wieder Klimaalarm beim SPIEGEL. Diesmal geht's ums Wasser. Das Blatt titelt: "Deutschland auf dem Trockenen" und zeigt eine leere Edertalsperre. Problem: Das Bild ist alt. Tatsächlich ist die Talsperre noch im April übergelaufen.

Mit folgendem Bild bewirbt der SPIEGEL seinem Titel "Deutschland auf dem Trockenen". Im dramatischen Einlaufertext ist jedoch nicht erwähnt, aus welchem Jahr das Bild stammt. Dem Leser wird geschickt der Eindruck vermittelt, daß es sich um eine aktuelle Aufnahme handelt. Tatsächlich stammt das Bild jedoch aus dem letzten Jahr.

Bild und Text suggerieren: so sieht es jetzt aus am Stausee. Tatsächlich hatte der Ederstausee aktuell in diesem Jahr so viel Wasser, daß es zum Überlauf kam. Hier ein Artikel vom 19. April 2023:

Im Spiegel-Alarm-Artikel, der hinter einer Bezahlschranke verfügbar ist, wird zwar irgendwann im Kleingedruckten hellgrau darauf hingewiesen, daß das Bild aus dem Jahr 2022 stammt. Das geht bei den meisten Lesern jedoch unter. Außerdem prangt das Bild als dramatischer Aufmacher über dem Artikel, ohne Datumsangabe. Was das noch mit Journalismus zu tun hat, bleibt das Geheimnis der Spiegel-Redakteure. Der Füllstand des Eder-Stausees beträgt aktuell übrigens 65 % und liegt im Bereich des normalen in dieser Jahreszeit.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Klima-Alarm beim Spiegel ins Leere läuft. Vor einigen Jahrzehnten prognostizierte das Blatt noch eine kommende Eiszeit. Alles falsch! Siehe auch Die Klima-Lügen des SPIEGEL: Kölner Dom mal wieder unter Wasser.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juli 2023: >>Das Höcke-Interview bei COMPACT-TV

Von *Sven Reuth*

Wird er Deutschlands erster patriotischer Ministerpräsident? Björn Höcke sprach mit COMPACT-TV über den Sommer der AfD und seine Chancen bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr in Thüringen. Das Interview mit ihm können Sie ab sofort auf unserem Youtube-Kanal als Live-Premiere sehen.

Diese Umfrage versetzte das Establishment in Panik wie keine andere: Laut Infratest Dimap

würden derzeit 34 Prozent der Thüringer bei der im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahl AfD wählen. Damit liegt die patriotische Partei im grünen Herzen Deutschlands mit dem riesigen Vorsprung von 13 Prozent auf die zweitplatzierte CDU, für die 21 Prozent ermittelt wurden, vorne.

Hoffnung bei den Wählern, Panik bei den Etablierten

Der Vater dieses politischen Wunders ist der Thüringer AfD-Fraktions- und Parteivorsitzende Björn Höcke. Er ist der am heißesten diskutierte Politiker in Deutschland - und gilt vor allem im Osten für viele als Hoffnungsträger für eine politische Wende. Altparteien und Leitmedien dagegen verteufeln ihn nach Kräften und sehen gleichzeitig den Landtagswahlen in Thüringen im kommenden Jahr mit großer werdender Sorge entgegen.

Das hat gute Gründe: In den neuen Bundesländern ist die AfD schon vor Jahren zur stärksten Partei aufgestiegen und beweist nun sogar, daß sie bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen absolute Mehrheiten holen kann. Ausgerechnet der früher auch vom Meuthen-Flügel seiner eigenen Partei verteufelte Höcke war bei dieser Aufstiegsgeschichte das bekannteste Zugpferd seiner Partei.

Lufthoheit über den Marktplätzen

Björn Höcke, ein ehemaliger Geschichtslehrer, hat das sicherlich auch deswegen erreicht, weil er ein leidenschaftlicher und charismatischer Redner ist, der es geschafft hat, eine bedeutende Anhängerschaft auf den Marktplätzen von Erfurt, Weimar, Gera oder Eisenach zu gewinnen. Seine Fähigkeit, seine Botschaften leidenschaftlich zu vermitteln, hat dazu beigetragen, daß er von vielen Menschen als engagierter und überzeugender Politiker und eben gerade nicht als Extremist wahrgenommen wird.

Ein Aspekt, der Björn Höcke von seinen Konkurrenten um das Amt des Ministerpräsidenten unterscheidet, ist seine Betonung der Bedeutung nationaler Identität. Die Sorge um die Bewahrung der eigenen Identität ist für viele Wähler insbesondere in Zeiten einer völlig unregulierten Massenzuwanderung von großer Bedeutung. Außerdem hat der Bornhagener in der politischen Arena Themen angesprochen, die von etablierten Parteien oft vernachlässigt wurden.

Spannende Fragen

Wie geht es weiter mit der auf einem beispiellosen Erfolgskurs befindlichen AfD? Traut sich Björn Höcke den Job in der Erfurter Staatskanzlei, der nun möglicherweise auf ihn zukommt, zu? Mit welchen Kräften im Landtag könnte er sich eine Zusammenarbeit vorstellen? Diese und andere Fragen werden in dem Interview mit Björn Höcke behandelt, das ab sofort bei COMPACT-TV ausgestrahlt wird. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. Juli 2023: >>>Migration: Masseneinwanderung explodiert - 56 Prozent mehr illegale Einreisen!

Die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland ist im ersten Halbjahr 2023 regelrecht explodiert. Wie die Bundespolizei mitteilte, kamen von Januar bis Juni insgesamt 45.340 Menschen ohne Einreise-Erlaubnis ins Land. Das waren 56 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum! Die Migranten wurden unter anderem bei Polizei-Kontrollen an den deutschen Außengrenzen erfaßt, aber auch in Zügen oder auf Bahnanlagen. Und das sind nur die offiziell registrierten Illegalen ohne Dunkelziffer!

Nach Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stellten im vergangenen Jahr 217.774 Menschen in Deutschland einen Asylantrag - 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor und so viele wie seit 2016 nicht mehr! Die meisten Antragsteller stammten aus Syrien (70.976) und Afghanistan (36.358). Zusätzlich fanden eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine Aufnahme, ohne daß sie Asyl beantragen mußten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juli 2023: >>>Rheinwieslager: Das war keine Befreiung

Politik und Medien bejubeln bis heute das Kriegsende 1945 immer noch als "Befreiung". Dabei besagte schon US-Militärdirektive von 1945 das Gegenteil. Auch Aussagen von Hitler-Gegnern widersprechen ziemlich eindeutig. ...

Der 8. Mai 1945 bedeutete fraglos für unzählige Regime-Gegner, KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter eine Befreiung, doch für Millionen Deutsche, die durch Vertreibung, Verschleppung, Lagerfolter und andere Schandtaten der Siegermächte ihr Hab und Gut und nicht selten auch ihr Leben verloren, war es ein schwarzer Tag.

Daß es den Besatzern gar nicht um Befreiung ging, haben sie selbst formuliert ...

1. "Nicht zum Zwecke seiner Befreiung"

"Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört haben und daß die Deutschen der Verantwortung für das, was sie anstellten, nicht entgehen können. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat." (US-Direktive JCS 1067, in der die Grundlinien der amerikanischen Besatzungspolitik festgelegt wurden, gültig bis Juli 1947)

2. "Genau wie die Gestapo"

"Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen." (Hitler-Gegner Bischof Clemens August Graf von Galen in seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit", März 1946)

3. "Vom Erdboden verschwunden"

"Es sind aus den östlichen Teilen Deutschlands, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn usw. nach den von amerikanischer Seite getroffenen Feststellungen insgesamt 13,3 Millionen Deutsche vertrieben worden. 7,3 Millionen sind in der Ostzone und in der Hauptsache in den drei Westzonen angekommen. Sechs Millionen Deutsche sind vom Erdboden verschwunden. Sie sind gestorben, verdorben. Von den 7,3 Millionen, die am Leben geblieben sind, ist der größte Teil Frauen, Kinder und alte Leute.

Ein großer Teil der arbeitsfähigen Männer und Frauen sind nach Sowjetrußland in Zwangsarbeit verschleppt worden. Die Austreibung dieser 13 bis 14 Millionen aus ihrer Heimat, die ihre Vorfahren zum Teil schon seit Hunderten von Jahren bewohnt haben, hat unendliches Elend mit sich gebracht. Es sind Untaten verübt worden, die sich den von den deutschen Nationalsozialisten verübten Untaten würdig an die Seite stellen." (Konrad Adenauer, Rede in Bern am 23. März 1949) ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juli 2023: >>**US-Todeslager: Vernichtungspläne gegen die Deutschen**

Schon während des Zweiten Weltkriegs hegten hochstehende Persönlichkeiten in den USA wie auch in der Sowjetunion Ausrottungspläne gegen Deutschland und die Deutschen. Diese wurden nach 1945 dann zum Objekt einer umfassenden Militärherrschaft gemacht. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir das Tabuthema der US-Vernichtungslager dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.

_ von *Dr. Günther Kriemel*

Der Nobelpreisträger Ernest Hemingway, der sich nach dem Krieg ungestraft mit gravierenden Kriegsverbrechen rühmte, äußerte beispielsweise:

Deutschland sollte man nach dem Kriege so gründlich zerstören, daß wir es für hundert Jahre

nicht mehr zu bekämpfen haben, aber überhaupt nicht mehr, wenn richtig aufgeräumt wird. Das kann wahrscheinlich nur durch Sterilisation geschehen (zitiert nach dem Buch Das Tribunal von Ludwig Leher).

Kaufman, Morgenthau und Nizer

Auch der 31-jährige Theodore Kaufman entwarf 1941 den Plan, die Deutschen und Österreicher durch Zwangssterilisation als Volk zu vernichten und das Staatsgebiet aufzuteilen (vergleiche hierzu sein 1941 veröffentlichtes Buch Germany must perish). Das sei eine recht humane Methode, die Operation sei kurz und relativ schmerzfrei. Nach der Sterilisierung seien Bücher, Zeitungen und Nachrichten in deutscher Sprache zu verbieten, Deutschunterricht in den Schulen entfallende, Deutsch zu sprechen solle verboten werden.

"Daß die Deutschen aus Europa verschwänden, würde keine nennenswerte Lücke hinterlassen, ähnlich dem Verschwinden der Indianer in Amerika: "Ich glaube, daß die Juden eine Mission im Leben haben. Lassen Sie uns alle Deutschen sterilisieren und die Weltbeherrschungskriege werden ein Ende haben" (so im Canadian Jewish Chronicle im September 1941).

1943 forderte der pressewirksame Harvard-Gelehrte (Rassentheoretiker, Primatologe) Earnest Hooton die "Umzüchtung" und Auslöschung der Deutschen; zusätzlich Umvolkung durch Reduzierung der Geburtenrate, Deportation der deutschen Männer zur Zwangsarbeit und massenhafte Ansiedlung von Nicht-Deutschen.

Der Morgenthau-Plan

Eine scheinbar humanere Variante, den Seelenmord, vertrat 1944 Louis Nizer. Dieser Plan bestand darin, eine geistige Auslöschung, "Umerziehung" von bisher nicht vorstellbaren Dimensionen am deutschen Volk zu vollziehen. Für alle Altersstufen solle ein Zwangsunterricht eingeführt werden: " es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen". Eisenhower, der auf den Rheinwiesenlagern eine Million Deutsche verhungern ließ, verteilte als Oberbefehlshaber das Buch an seine höheren Offiziere. Höchstrangige alliierte Politiker wie Churchill, Vansittart, Eisenhower und Truman stimmten dem Buch vorbehaltlos zu.

Der US-Finanzminister fügte alle diese Vorschläge zum Morgenthau-Plan zusammen, der dann in die Besatzungs-Direktive JC 1067 gefaßt und so (ohne die Urheber-Bezeichnung) verwirklicht wurde (vgl. hierzu das Buch von David Irving, Der Morgenthauplan 1944/45, Amerikanische Deutschlandpolitik). Er äußerte: Eine Zuteilung von 2.000 Kilokalorien täglich für arbeitende Deutsche erschien ihm viel zu hoch, Roosevelt stimmte begeistert zu: Deutschland müsse hart angepackt werden, und er meinte damit ausdrücklich das deutsche Volk, nicht bloß "die Nazis": "Man muß die Deutschen entweder kastrieren oder sie so behandeln, daß sie nicht erneut Leute in die Welt setzen, die so handeln wollen, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.

Weiter äußerte er:

Ich bin nicht gewillt, zu sagen, wir beabsichtigten NICHT, die deutsche Nation zu vernichten (zitiert nach James Bacque, Verschwiegene Schuld, Die alliierte Besatzungspolitik nach 1945). ...

Geplante Massenerschießungen von Wehrmachtsoffizieren

Ein Berater des US-Präsidenten, Samuel Rosenman, schloß sich der Forderung von Clemenceau von 1937 an, es seien "20 Millionen Deutsche zuviel auf der Welt". Er kündigte 1945 den Tod von 20 Millionen Deutschen an:

20 Millionen Deutsche müssen sterben! (zitiert nach Paul Stauffer: Sechs furchtbare Jahre ...). Der starke Mann des britischen Außenministeriums, der oberste Regierungsberater Robert Vansittart, forderte in seinen regelmäßigen Rundfunkansprachen die Ausrottung ("extermination") von 40 Millionen Deutschen (vgl. hierzu das Buch von Stefan Scheil: Churchill, Hitler und der Antisemitismus). Auf den Konferenzen von Teheran, Kairo und Jalta war offen davon

die Rede, 50.000 -100.000 führende Wehrmachtsoffiziere (commanding staff) physisch zu liquidieren (vgl. hierzu die Dokumentensammlung Foreign Relations of the USA. Diplomatic Papers: The Conference at Cairo and Teheran 1943).

Stalin schlug die summarische Erschießung von 50.000 vor, sogar Churchill protestierte, Roosevelt machte den Kompromißverschlagnag, sich auf 49.000 zu beschränken. Weiter gingen Vorschläge der USA: es seien etwa 100.000 Deutsche zur Erschießung zu selektieren (vgl. hierzu Claus Nordbruch: Der deutsche Aderlaß).

An "Befreiung" dachte niemand

Es war offensichtlich, daß in den obersten Etagen der Alliierten 1945 nicht an eine normale Besatzungsherrschaft in Deutschland gedacht wurde und schon gar nicht an "Befreiung", sondern zunächst einmal an Machtpolitik, Massentötung und Austreibung.

Die Befugnisse einer Besatzungsmacht regelt die Haager Landkriegsordnung. Danach hätten die Alliierten die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherstellen müssen, und zwar unter Beachtung der in Deutschland bestehenden Gesetze. Leben und Eigentum der Deutschen hätten geachtet, der Bestand öffentlicher Güter treuhänderisch verwaltet werden müssen. Beschlagnahme und Vernichtung von Kulturgütern sei untersagt und müsse geahndet werden. Besondere Schutzgesetze gelten für die Kriegsgefangenen.

Roosevelt hatte zur Rechtfertigung seines Out-of-area-Krieges gegen Deutschland und Japan die Rhetorik von 1917 bemüht, die Welt müsse "sicher gemacht werden für die Demokratie". Nach dem "Krieg, der alle Kriege beenden würde", solle ein "verbindliches Völkerrecht" stehen. Als dann endlich die "bedingungslose Kapitulation" erzwungen werden konnte, war von "Demokratie" und "Völkerrecht" schon lange nicht mehr die Rede: vier Wochen nach dem Waffenstillstand (nämlich am 5. Juni 1945) wurde die autoritäre Regierungsform Deutschlands durch eine absolute Militärdiktatur der Alliierten abgelöst.

Errichtung einer Militärdiktatur

Die Herrschaft wurde dem Oberkommandierenden der Alliierten, dem Deutschenhasser Eisenhower übertragen; der "Kontrollrat" und die "Alliierte Hohe Kommission" führten die Maßnahmen durch. Die Alliierten haben nach der Kapitulation den Krieg einfach fortgesetzt, nun gegen die Zivilbevölkerung: der "Nachkrieg" des Zweiten Weltkriegs, der länger dauerte und etwa dreimal mehr deutsche Opfer forderte als der Weltkrieg selbst. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Zirkus Deutschland: Das Ausland lacht über uns**

Im Ausland lacht man immer öfter über Deutschland - u.a. für Tessa Ganserer, die letzte Generation oder Anti-Geburten-Kampagnen. Deutschland steht schon lange nicht mehr für Fleiß, Pünktlichkeit und Technik, sondern für Absurdität und peinliche Woke-Politik.

Pauline Schwarz

"This asshole thinks he's driving on the autobahn" - diesen Spruch könnte man wohl selbst in ländlichen Regionen Amerikas zu hören bekommen, wenn jemand mit zu hoher Geschwindigkeit durch die Straßen rast. Denn genau für solche Dinge waren die Deutschen in den USA immer sehr bekannt: die "German Autobahn", das deutsche Bier, Bratwurst, Lederhosen und die deutsche Tüchtigkeit.

Jahrelang war das Internet voll von jungen US-Amerikanern, die "Reaction-Videos" zu ihrer ersten Fahrt auf einer Autobahn ohne Geschwindigkeitsbegrenzung, ihrem ersten Besuch auf dem Oktoberfest, ihrer ersten Begegnung mit einem aufklappbaren Fenster oder ihrem ersten Rammstein-Song veröffentlichten. Aktuell scheint es jedoch so, als würde sich das dominante Bild von Deutschland ändern. Als wären wir nicht länger für unsere Autos, Innovation und Traditionen bekannt, sondern eher für den Wahnsinn auf unseren Straßen.

"Die Deutschen haben genug"

Durchforstet man amerikanische Twitteraccounts, sorgen die Deutschen in den letzten Wo-

chen erstaunlich oft für Gesprächsstoff bei unseren Nachbarn in Übersee - und das allen voran eine ganz bestimmte Sorte: Junge Frauen und Männer in neonorangenen Warnwesten, mit einer Vorliebe für Klebstoff und dafür, ihren Mitmenschen auf die Nerven zu gehen. Und ihre Widersacher: Wütende deutsche Autofahrer. Besonders sie sind es, die es auch bekannten und reichweitenstarken Persönlichkeiten, angetan haben.

So twitterte unter anderem Ian Miles Cheong, ein malaysischer Journalist mit fast 700.000 Followern, der regelmäßig die US-Politik kommentiert, ein Video von Autofahrern, die sich selbst gegen die Straßen-Blockierer zu wehr setzen - die die Klimakleber einfach eigenmächtig von der Straße ziehen.

Cheong schreibt: "die Deutschen haben genug von Klimaprotesten".

Es ist das Video, in dem eine junge Blondine aus Bottrop (NRW) eine "Aktivistin" der "Letzten Generation" an den Haaren von der Straße zieht und sie anschreit, ob sie eigentlich noch ganz dicht sei - eine Tat, für die sie nicht von der "Aktivistin", sondern von der Polizei wegen Körperverletzung angezeigt wurde. Während das Verhalten der Frau in Deutschland eine Kontroverse auslöste, sind die Kommentare amerikanischer Nutzer in großen Teilen sehr positiv. Einige schreiben "der einzige Weg mit solchen Leuten umzugehen", andere "das blonde Mädchen ist der Boss", "Helden" und wieder andere fragen, ob man in so einer Situation Pfefferspray einsetzen dürfte.

Der Fall ging so viral, daß sogar die New York Post - die älteste Zeitung der USA - darüber berichtet. Und auch hier haben die Kommentatoren großes Verständnis und Sympathie für die Autofahrer und dabei insbesondere für die rabiate Blondine übrig. Ein User schreibt: "Brutal? Daran ist nichts Brutales, wenn sie an ihren Arbeitsplatz müssen, um Miete, Essen, Kleidung, Kinderbetreuung und Steuern zu bezahlen, um soziale Programme wie das Gesundheitssystem zu subventionieren, das diese Aktivistin höchstwahrscheinlich unterstützt."

Auch der international bekannte Psychologe und Bestseller-Autor Jordan B. Peterson, der auf Twitter fast fünf Millionen Follower hat, kommentierte das Video. Peterson sagt: "Das passiert, wenn die Polizei sich nicht um ihre Pflichten kümmert" - und spricht damit wohl nicht nur vielen Deutschen, sondern auch Amerikanern aus dem Herzen, die sich unter dem Tweet fassungslos zeigen, warum die Polizei nicht eingreift.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einem weiteren Tweet von Ian Miles Cheong über den LKW-Fahrer aus Stralsund, der später nicht nur seinen Führerschein, sondern auch seinen Job verlor. Cheong fragt sich: "Warum hat die Polizei nichts getan?"

Es zeigt sich ein Bild von völligem Unverständnis - Unverständnis wie Polizei und Behörden so etwas geschehen lassen können, aber auch darüber, wie verrückt die "Letzte Generation" ist. Wieso sich ein "Aktivist" von einem Autofahrer den Fuß überrollen läßt, fragt sich Ian Miles Cheong.

Derweil amüsiert sich der britische K-Pop-Sänger Oli London, der in Amerika als Aktivist für die Rechte von Frau und Mädchen und gegen geschlechtsangleichende Operationen bekannt ist, über "Aktivisten", die auf dem Öl, daß sie aus Protest selbst auf die Straße geschüttet haben, ausrutschen.

Auch das Video von einem Mitglied der "Letzten Generation", daß einen ohrenbetäubenden Schrei absetzt, während deutsche Sanitäter versuchen behutsam die Hand des Mannes von der Straße zu bekommen, sorgte mit Kommentaren wie "was dachten sie, was passieren würde?" und "ein neuer Darwin-Award-Gewinner" für Gelächter.

Oli London, der eine Zeit lang selbst als Trans-Frau lebte und später ein Buch darüber schrieb, wie junge Menschen durch Druck aus den sozialen Medien und die Trans-Ideologie in die Identitätsflucht getrieben werden, widmete sich aber nicht nur der "Letzten Generation", sondern auch deutschen Politikern - genau genommen einem: Tessa Ganserer.

London postete ein Bild von der Trans-Frau von den Grünen, die mit einem Leopard-

Minikleid im Bundestag sitzt und kommentierte: "Während sich alle weiblichen Mitglieder des Parlaments respektvoll in Anzug kleiden, zieht Ganserer sich so an".

Jordan Peterson reagierte auf den Tweet und kommentierte ironisch: "Aber er ist so viel schöner darin".

Daneben kursieren weitere, aus deutscher Sicht "feministische" Bilder in amerikanischen Twittercommunities - unter anderem das Plakat einer jungen Greifswalderin, auf dem steht "meine Blutlinie endet mit mir".

Das "Kunstplakat", auf dem man eine Frau mit Krankenhaushemd und Mundschutz sieht, die mit einem Skalpell auf einem Uterus einsticht, wurde 2022 im Rahmen eines Seminars am Caspar-David-Friedrich-Institut von der Studentin Sophia Schütze erstellt. Die meisten amerikanischen oder englischen Kommentatoren, sehen darin allerdings keine Kunst - sie finden es eher "krank".

Für unsere Nation ist es mehr als nur traurig, daß es solche Dinge sind, die das Bild von Deutschland im Ausland prägen: Neo-Feminismus, die Trans-Bewegung und die Unfähigkeit unserer Regierung. So hat niemand mehr Respekt vor Deutschland - nein, sie lachen über uns.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juli 2023: >>**Weidel, Höcke: Ihr AfD-Erfolgsgeheimnis**

Von *Jürgen Elsässer*

Was sagt AfD-Bundessprecherin Alice Weidel im COMPACT-Interview?

"Die Regierung deindustrialisiert unser Land, wodurch wir überhaupt nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Das bemerken die Menschen."

"Die CDU ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems."

"Kein anderes Land hat so was wie einen Verfassungsschutz, für den irgendwelche Schlapphüte rumschnüffeln und der dann auch noch Leute zu uns schickt, die dann bei uns den Arm hochreißen, sogenannte Provokateure. Das ist wirklich übelste Diskreditierung, die einer Demokratie unwürdig ist."

"Man bekommt den Eindruck, daß Deutschland sich als eine Art Vorposten der USA geriert."

"Einen Führungsanspruch formuliert man nur, wenn man auch bereit ist, die Führung dieses Landes zu übernehmen."

Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, im COMPACT-Interview

"Doch im Moment ist die Lage so, daß wir, so die Ansage der alten Kräfte, nur dann regieren können, wenn wir die absolute Mehrheit haben. Das ist in Thüringen nicht mehr ganz ausgeschlossen."

"Das bunte Kartell ist letztlich zusammengerückt, aber das hat nichts genützt, auch weil die Menschen, die noch die DDR erfahren und die Diktatur erlebt haben, dies nicht nochmals durchmachen möchten."

"Entscheidend war unsere Position im Ukraine-Konflikt. Wir haben uns als AfD relativ schnell orientiert und gesagt: Wir sind Friedenspartei. Dieser Krieg ist nicht unser Krieg."

"Persönlich halte ich den Zeitpunkt für eine erfolgreiche Gründung einer neuen Partei für Sahara Wagenknecht für verstrichen."

"Wir Deutschen sind ein Volk der Mitte, eine Brückennation zwischen West und Ost. Und immer dann, wenn wir uns zu stark in eine Richtung bewegt haben, dann haben wir unsere Funktion in der Geschichte nicht erfüllt. Und wir müssen so schnell wie möglich aus der US-amerikanischen Umklammerung entweichen, das ist für unsere Nation überlebenswichtig, das ist auch für Europa überlebenswichtig, und das ist auch kulturell überlebenswichtig. Es gibt eine deutliche Mehrheit in der AfD, die das so sieht." ...<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. Juli 2023: >>**Putin: Polen plant Einmarsch in Ukraine**

Von *Jürgen Elsässer*

Auch WeißRußland ist in Gefahr, warnte der russische Staatschef in einer aktuellen Fernsehansprache. ...

Putin verstehen

Polen hat zu Wochenanfang Truppen an die Grenze zu WeißRußland verlegt. In einer Fernsehansprache zur Wochenmitte nahm Wladimir Putin zu dieser Entwicklung Stellung.

Berichte über Pläne zur Schaffung einer polnisch-litauisch-ukrainischen Verbindung und Angaben des russischen Auslandsgeheimdienstes, wonach Polen "seine Stimmung" zur Stationierung von Truppen in der Westukraine "intensiviert", deuten für Putin auf Vorbereitungen zur Besetzung dieser Gebiete hin, "um die Dinge beim Namen zu nennen." "Wenn polnische Einheiten zum Beispiel in Lwow oder anderen ukrainischen Gebieten einmarschieren, werden sie dort bleiben. Und sie werden für immer dort bleiben."

Polen rechne, so Putin, wahrscheinlich damit, eine Koalition unter dem Dach der NATO zu bilden und direkt in den Konflikt in der Ukraine einzugreifen, um dann ein größeres Stück für sich "abzureißen", um, wie sie glauben, ihre historischen Territorien zurückzuerobern." "Das wird nichts Neues sein."

Warschau habe bereits in der Vergangenheit eine aggressive Politik betrieben, die mit dem Verlust der Unabhängigkeit und der Staatlichkeit im Jahr 1939 endete, die "zu einem großen Teil dank der Sowjetunion" wiederhergestellt worden sei. "Die westlichen Gebiete des heutigen Polens sind Stalins Geschenk an die Polen. Haben unsere Freunde in Warschau das vergessen? Wir werden sie daran erinnern."

Polen würde auch gerne einen Teil der weißrussischen Gebiete bekommen, aber eine Aggression gegen Weißrußland "würde eine Aggression gegen die Russische Föderation bedeuten." "Darauf werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren".

Bemerkenswert vor allem der Passus, wo Putin den Polen eine Mitschuld am Verlust seiner Staatlichkeit 1939 gibt. Im Westen wird dafür einzig und allein Nazi-Deutschland verantwortlich gemacht. Ähnlich und ausführlicher hat sich Putin schon in mehreren großen Reden der Vergangenheit zu 1939 geäußert ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/25612" berichtet am 22. Juli 2023 (x1.319/...): >>Moskitos greifen an - rette sich wer kann!

Von *Ivo Sasek*

Ein 2015 bewilligtes Patent ist ans Licht gekommen - es trägt den Titel: "System zur Freisetzung giftiger Mücken aus der Luft." Darin steht nebst vielem anderen wörtlich: "Zu militärischen Zwecken könnten die Mücken einen Erreger wie Malaria übertragen, um Krankheiten auszulösen, oder sie könnten viel ansteckendere Erreger und Viren verwenden."

Fakt ist, daß hinter unserem Rücken bereits Hunderte von Millionen von gentechnisch veränderten Mücken in die Umwelt freigesetzt wurden. Wer das Gegenteil behauptet, den werden die offiziellen Internetseiten der Vereinten Nationen Lügen strafen. Ebenso die US-Umweltschutzbehörde EPA, die 2022 die Freisetzung von bis zu 2,4 Millionen genetisch veränderten Moskitos genehmigt hat. ...

Dieser Bericht wirkt wieder so unglaublich, so unfaßbar utopisch und krank, daß ich nicht darum herumkomme, vor den Details die harten Fakten, die unwiderleglichen Beweise auf den Tisch zu legen. Um was geht es? Die Ex-Pfizer-Beraterin Karen Kingston, heute schonungslose Aufklärerin, hat ein weiteres längst bewilligtes Patent ans Licht gebracht. ...

Das Patent trägt den Titel: "System zur Freisetzung giftiger Mücken aus der Luft." Dieses wurde, nebst vielen ähnlichen Patenten, bereits im Jahre 2015 bewilligt und da steht nebst vielem anderen wörtlich drin:

"Zu militärischen Zwecken könnten die Mücken einen Erreger wie Malaria übertragen, um Krankheiten auszulösen, oder sie könnten viel ansteckendere Erreger und Viren verwenden."

Dieses Patent schildert, unter Beilage zahlloser Bilder, jede Etappe: von der Entwicklung der Biowaffen-Mücken bis zur genauen Anwendung, der Ausbreitung per Drohnen usw. in jedem Detail. Wir sind von Wahnsinnigen umzingelt, ihr Lieben, wißt ihr das? Ein besonderer Wahnsinn dabei ist: Sogar die sogenannten "Fakten Checker" streiten nicht ab, daß das Patent offiziell existiert und seit März 2015 erteilt ist! Sie streiten aber ab, daß da irgendeine Verbindung zu der US-Armee besteht und die US-Armee das nutzt.

Das ist mit anderen Worten also noch krasser, weil da eine Privatperson, eine Privatfirma solche Patente bekommt - dazu noch eine, deren wahre Identität sogar vom Patentamt bedeckt gehalten wird. Seht ihr, und anstatt solche Wahnsinnigen, wieder einmal Geheimbündler, auf der Stelle zu verhaften, ihre mörderischen Erfindungen zu beschlagnahmen und all ihre Entwickler hinter Gitter zu bringen, bekommen die noch amtliche Bewilligungen auf ihre potentiellen Völker-Mordwaffen. Stellt Euch einmal vor, ich würde so ein Patent einreichen, was dann passieren würde.

Und was da ans Licht gekommen ist, ist ja mit Sicherheit nur wieder ein verschwindend kleiner Bruchteil eines weit schlimmeren Ganzen. Noch eben erfuhren wir, daß uns in Kürze Impfstoffe über Früchte und Gemüse, dann aber auch über eigens dazu gezüchtete "Impf-Mücken" verabreicht werden soll. Gates hat bereits bei einem Kongreß Mücken freigelassen, um im Publikum Panik ausbrechen zu lassen, um die Leute gegen Malaria zu sensibilisieren. Kann nicht nur ein Wahnsinniger so etwas tun?

Wer daraufhin die Befürchtung äußerte, man wolle uns mit mRNA-Impfstoff-Mücken impfen, wurde wie gewohnt sogleich als Verschwörungstheoretiker erniedrigt. Dies mit dem Argument, der jetzt verfügbare RTS-S-Impfstoff sei kein mRNA-Impfstoff. Tatsächlich aber hat BioNTech bereits einen mRNA-Impfstoff gegen Malaria in die Phase 1 Zulassungsstudien geschickt.

Dieses saugefährliche bis tödliche Völkerexperiment, mit DNA-verändernden Giftstoffen, das mit Covid-19 seinen Anfang genommen hat, soll also definitiv auf diesem Wege weitergeführt werden. Wer nicht frühzeitig erkennt, daß letztlich alles und jedes auf gezielte mRNA-Kontaminierungen (Bauchbinde mit Erklärung: Verseuchung oder Verunreinigung) hinausläuft, der irrt! Denn es handelt sich bei alledem letztlich um hocheffiziente militärische Biowaffen, wie wir es längst bei AZK-Konferenzen und mit Kla.TV wiederholt gründlich und unwiderlegbar nachgewiesen haben. Wer anfangs dachte, das sei doch bloße Science-Fiction, der wurde durch die offiziellen Internetseiten der Vereinten Nationen eines Besseren belehrt. Vergeßt nicht: UN - eine Freimaurer-Geheimbund-Schöpfung.

Denn diese dokumentierten schon 2018 ausführlich und stolz über ihre aufwendige Aufzucht von Impf-Mücken. 2022 hat überdies die US-Umweltschutzbehörde EPA die Freisetzung von bis zu 2,4 Millionen genetisch veränderten Moskitos und Eiern in Monroe County, Florida, und mehreren Bezirken in Kalifornien genehmigt.

Die EPA hat die Freisetzung durch das Biotech-Unternehmen Oxitec zwischen 2022 und dem 30. April 2024 angekündigt. Fakt ist also, daß bereits Hunderte von Millionen von Mücken ohne jedes Wissen des Volkes in die Umwelt freigesetzt wurden. Und während es zwischen 2003 bis 2023 keinen einzigen Fall von Malaria gab, der durch dort heimische Moskitos lokal innerhalb der USA übertragen wurde, treten nun genau dort, wo die Moskitos freigesetzt wurden, plötzlich erste Fälle von Malaria auf. Und natürlich hat auch gerade das von Gates finanzierte Unternehmen, wie immer an allem Volk vorbei, bereits Millionen von gentechnisch veränderten Moskitos in die freie Wildbahn gesetzt.

Wer aber an dieser Stelle denkt, daß dieser verdammte Name, der einfach bei keiner Menschheits-schädigenden Attacke fehlen darf, etwa der einzige sei, der hat sich tüchtig geschnitten. Auch dieser Menschenmörder im philanthropischen Gewand ist noch immer bloß Laufbursche einer weit höheren Kabale, sprich einer ihm übergeordneten Intriganten-Bande. Sobald die

wahren Köpfe dieser globalen Geheimbundsekte Gefahr laufen, von der Öffentlichkeit erkannt und durchschaut zu werden, werfen sie uns irgendeinen Einzeltäter vor die Nase, also ein sogenanntes Bauernopfer.

So haben sie es schon immer gemacht, zum Beispiel bei ihrem 9/11-Anschlag mit Bin Laden; so haben sie es bei ihrem Kennedy Mord mit Lee Harvey Oswald gemacht, oder vor ihrer gewollten Bombardierung des Iraks mit ihrem CIA-Agenten - ich nenne ihn mal so, weil die CIA ihn ausgebildet hat - Saddam Hussein usw. - und so werden sie es auch wieder mit einem Karl Lauterbach, einem Christian Drost oder einem Spahn tun, bevor sie als wahre Urheber der Corona-Plandemie auffliegen.

Schließlich werden sie also auch vor einem Bill Gates nicht haltmachen. Vor ihrem Worst Case werden sie all solche Leute als Einzeltäter hochkochen und durch ihre Zwangsabgabemedien verdammen lassen. Wenn es ganz eng wird, werden sie sogar ihre ganze WHO opfern - aber alles nur, um von sich selber, den noch weit schlimmeren Führungskreisen, den noch weit gefährlicheren Urhebern und Trägern der Macht abzulenken.

Jedenfalls scheint sich gerade eine neue, gezielt fabrizierte Gesundheitskrise, diesmal auf Malaria-Basis, anzubahnen. Im Jahr 2021 wurden nämlich bereits viele gentechnisch veränderte Mücken in Texas ausgesetzt. Im Jahr 2022 wurden weitere 750 Millionen gentechnisch veränderte Mücken auf den Florida Keys freigesetzt. Und natürlich spritzen auch in China Mücken bereits Impfstoffe, dort aber nicht gegen Malaria, sondern gegen Leishmaniose (Erklärung: eine Infektionskrankheit, die durch Kleinstlebewesen verursacht und Sandmücken übertragen wird)

Und, wie der Zufall es so will, hat Bill Gates gerade wieder rechtzeitig einen Malaria-Impfstoff finanziert, der soeben auf den Markt kommt - mit einer hochgejubelten Wirksamkeit von 40 %, der bereits wieder einmal an wehrlosen Kindern in Afrika getestet worden ist. Der Name seines Impfstoffs: "RTS,S." Viele weitere Details dazu findet ihr im hinten eingebundenen Link oder unten im Sendungstext:

<https://tkp.at/2023/07/10/malaria-faelle-nach-dem-aussetzen-von-millionen-moskitos-durch-gates-finanziertes-unternehmen-mrna-impfstoffe-vorbereitung/>

Um es noch einmal etwas präziser auf den Punkt zu bringen: Kurz nachdem ein von Gates finanziertes Unternehmen Millionen von gentechnisch veränderten Moskitos in verschiedenen US-Bundesstaaten freigesetzt hat, brachen genau dort, wo es noch keinen Malariafall gegeben hat, die ersten Malariafälle auf. Und wie wir wissen, sterben in Drittweltländern ja längst Millionen an Malaria, und zwar jedes Jahr. Ihr könnt meine Befürchtungen spüren. Ich spreche sie nicht aus - ihr könnt meine Gedanken lesen. Und wie steht es eigentlich bei alledem um unsere Völker und all jene Tierarten, die sich von Mücken ernähren?

Reicht es denn nicht, daß schon durch die Mobilfunk 4G-, 5G-Technologien milliardenweise Bienen sterben und hunderttausende Vögel etc. tot zu Boden fallen? Reicht das wirklich nicht? Wer verteidigt diese hilflosen Tierlein? Wer verteidigt all die hilflosen Menschlein? Wir befinden uns im Zeitalter der biologischen Kriegsführung, ihr Lieben, inmitten eines hybrid geführten Dritten Weltkrieges - das meint heimlich, im Verborgenen geführt und zwar von einer wahnsinnigen Elite, die die Weltbevölkerung auf bezeugte 500 Millionen Menschen reduzieren möchte. Vergeßt deren 120-Tonnen-Manifest in zehn Sprachen auf den berühmten Guide Stones nie wieder! ...

Wie aber in aller Welt solltest Du Dich vor mRNA geladenen Moskito-Stichen schützen können? Gates und alle Drahtzieher dieser biologischen Kampfmücken werden Dir antworten: "Einzig durch unsere spezifisch entwickelten Impfungen - nur wir haben das Gegengift." Bleib aber noch etwas mit mir dran, ich zeige Dir noch in dieser Sendung einen sowohl verblüffend einfachen als auch überaus günstigen und gangbaren ersten Ausweg auf. Doch zuerst muß ich Dich noch etwas mehr von dieser tatsächlich laufenden Katastrophe überzeugen, da-

mit auch Du zur nötigen Tat schreitest, weil all dies keine bloße Science-Fiction ist, was ich hier rede.

Und vergeßt zu keinem Moment, daß all das auf uns Zukommende von denselben Big-Pharma-Verbrechern stammt, die gerade am 29. Juni 2023 aufs Neue aufgefliegen sind. Denn in einer "Bomben-Studie" wurde nachgewiesen, daß die uns aufgezwungen wordenen Covid-Impfstoffe in drei völlig unterschiedlichen Chargen mit definitiv unterschiedlichen Wirkungen an die Menschen abgegeben wurden. Während man in der einen Charge harmlose Placebo-Inhalte wie etwa Salzwasserlösung vermutet, wurden bei einer 2. und 3. Charge gefährliche bis hochgefährliche, sprich tödliche Inhalte ausfindig gemacht. ...

Und laßt euch bitte auch hier nicht blenden. Wenn bei solchen Aufdeckungen immer wieder nur BioNTech/Pfizer auffliegen, dann ist damit nicht gesagt, daß alle übrigen Anbieter von Impfungen mit diesem Verbrechen nichts zu tun hätten: Pfizer ist bloß die Spitze dieses grauenvollen Eisberges und darf niemals nur als "Einzeltäterin" toleriert werden. Wir müssen das Ganze im Auge behalten! Wo immer Big-Pharma die Hände im Spiel hat, geschieht doch überall auf der Welt dasselbe.

Auch darüber hatten Kla.TV und viele freie Aufklärer schon längst berichtet.

Das alles ist einfach nur ein entsetzlicher Skandal, der dringend vor ein komplett unabhängiges, vor ein neugebildetes Weltgerichts-Tribunal gehört. Die Völker müssen mit einer Stimme Gerichtsbevollmächtigte einberufen, die hier für wahres Recht sorgen!

Höre Dir nun aber auch einige Zitate aus einem US-Patent an, welches im März 2015 von der offiziellen US-Patentbehörde erteilt worden ist. Hier sein genauer Wortlaut, den Rechtfertigungen, mit den sogenannten vorteilhaften Auswirkungen jener neuen Impfmücken. Beachte, wie in diesem Patent diese neue Kampf-Moskitowaffe gelobt und gepriesen wird:

Vorteilhafte Auswirkungen der Erfindung

Mit dem System zur Freisetzung toxischer Moskitos aus der Luft können große Menschenmassen geimpft oder feindliche Truppen unschädlich gemacht werden, ohne die eigenen Truppen zu riskieren oder zu gefährden. Das System zur Freisetzung von Giftmücken aus der Luft ist extrem kostengünstig und kann leicht erreichen, was eine Milliarde Dollar für medizinische Interventionen und Luftangriffe nicht leisten können.

Das System zur Freisetzung von Giftmücken aus der Luft kann je nach Zielsetzung mit verschiedenen Arten von genetisch veränderten Bakterien zur Aktivierung des Immunsystems oder mit toxischen Krankheitserregern kontaminiert sein. Zu militärischen Zwecken können die Moskitos einen Krankheitserreger wie Malaria freisetzen, aber auch sehr viel giftigere oder hochansteckende Erreger und Viren können verwendet werden. Ein hochansteckendes Virus könnte 100 % der feindlichen Truppen auslöschen, da diejenigen, die nicht gestochen wurden, von ihren Kameraden angesteckt werden.

Das System zur Freisetzung von Giftmücken aus der Luft ist eine neue und notwendige Technologie. Es ist eine Möglichkeit, heilende oder immunologische Injektionen zu verabreichen, Beruhigungsmittel zu verabreichen oder tödliche Krankheiten zu verabreichen, um den Feind zu minimalen Kosten zu vernichten und außer Gefecht zu setzen. Für den Einsatz in Konflikten ist es nicht mehr notwendig, unzählige Milliarden Dollar auszugeben, ganze Gebiete mit Bomben zu zerstören und unsere tapfersten und besten Soldaten zu verwunden oder zu opfern. Wenn es darum geht, zwischen der Hölle des Krieges oder der wunderbaren Technologie eines Moskitos zu wählen, ist die Entscheidung leicht zu treffen.

Ich frage an dieser Stelle: Wie eigentlich können die eigenen Soldaten vor den freigesetzten Gift-Moskitos geschützt werden? Gates wird dir eine glasklare Antwort darauf geben: natürlich einzig durch seine Impfungen, sprich Gegengifte! Wir sind von Wahnsinnigen umzingelt, erkennt ihr das? Und zwar auf höchster Ebene! Und keine Justiz dieser Welt ahndet bislang diese Saubande wirklich! Ich kann sie nicht mehr anders nennen. Ich frage an dieser Stelle

sämtliche Aufseher der Völker:

Wollt ihr tatsächlich, daß wir alle wahllos von Gen-manipulierten Moskitos und dergleichen gestochen, verseucht oder von offengelegten Frankensteins geimpft werden? Warum stürmt ihr nicht auf der Stelle die Labore dieser Wahnsinnigen, ja dieser Frankensteins?! Ihr habt es doch bei vielen harmlosen Ärzten auch getan, als diese, allein zum Schutz empfindlicher Patienten, Atteste zur Maskenbefreiung ausgestellt hatten! Ganze Verbände von Sondereinheiten habt ihr auf sie gesetzt. Ihr habt doch auch, schwer bewaffnet, mit ganzen Spezialeinheiten die Praxen harmloser Ärzte gestürmt, weil diese sich geweigert hatten, diese von ihnen als hochgefährlich identifizierte Zwangsimpfungen zu verabreichen.

Aber all diejenigen, die davon überführt werden konnten, daß sie gerade ganze Völker schädigen, Millionen Menschen mit ihren hochexperimentellen Giftspritzen umbringen, denen habt ihr konsequent kein Haar gekrümmt. Dabei müßtet ihr allem voran deren Labore stürmen, beschlagnahmen, ja, am besten gleich niederbrennen und ein paar von diesen Wahnsinnigen hinter Gitter bringen - und der ganze Spuk wäre vorbei. Hier geht es ja offensichtlich um Privatpersonen, die diese Patente haben.

Aber ihr tut nichts dergleichen, obgleich nur euer gewaltsamer Eingriff legal, weil gesetzlich gedeckt wäre. Aber statt dessen habt ihr alle diejenigen geahndet und verfolgt, die unter größten persönlichen Opfern Zivilcourage gezeigt und sich in die Risse gestellt haben, die ihr Amtsträger während dieser Plandemie-Attacken fahrlässig hinterlassen habt. Während unseren Hilferufen an alle möglichen Politiker und Staatsanwälte wurden wir so oft angefeindet, daß wir uns Notizen machen mußten, an wen man sich besser nie wieder wenden sollte, weil diese, statt zu helfen, uns nur mit medialen Großangriffen überzogen hatten.

Dies ging so weit, daß es sogar zu einem riesigen Aufschrei im Deutschen Bundestag und im gesamten europäischen Raum kann. Uns wurde lügnerisch angedichtet, wir würden - wie Arrow - Führungskräfte und Politiker auf schwarze Listen setzen, um sie dann bei Nacht und Nebel abzuschlachten. Und dann fürchteten sich alle Führungsspitzen bis hin zu Angela Merkel und dem Verfassungsschutz. Weil alle fürchteten, von uns mit Namen auf schwarze Listen gesetzt zu werden, hetzten sie den Verfassungsschutz auf uns. Erst nach gründlichen Untersuchungen gaben höchste Regierungsstellen wieder Entwarnung, weil sie erkannt haben, daß niemand von uns irgendjemanden auch nur ein Haar krümmen würde.

Aber wißt ihr was? Selbst wenn es sich dabei um gewaltbereite Terroristen gehandelt hätte. Warum sollten diese solche langen schwarzen Listen mit einzelnen Namen führen? Für gewalttätige Terroristen wäre die ganze Sache doch viel simpler: Solange doch weder Politik noch Justiz auch nur mit ihrem kleinen Finger etwas gegen Genozid-Betreiber unternehmen, um die ständig angezeigten Volksmörder zu ahnden, wäre ja selbst die Erstellung einer weißen Liste eine sinnlose Übung, ja, gar eine Unmöglichkeit.

Wenn ja alle dasselbe tun! Jede Amts-Verweigerungen oder Pflichtflucht ist doch schon in sich ein krimineller Machtmißbrauch. Wer unbeugsamen Machtmißbrauch übt, zieht ja selbst den Zorn gerechtester Völker auf sich - wie könnte er sich da auf Dauer rachsüchtige Terroristen vom Leibe halten? Das ist doch unmöglich! Wer immer diesen Völkermördern nicht wehrt, macht sich dadurch doch ganz logisch und automatisch zum Mittäter, zum Komplizen, zum Mitschuldigen!

Ich fordere daher an dieser Stelle einmal mehr alle euch amtierenden Politiker und Justiz-Bevollmächtigten, ja, aber auch alle Militärs und jeden einzelnen Polizisten, Kriminalisten, wirklich freie Forensiker, Wissenschaftler, unabhängigen Virologen, Rechtsgelehrte usw. zur aktiven Gegenwehr auf. Es ist doch einzig und allein euer Job, angezeigte Schwerstverbrechen fachgerecht zu ahnden. Ihr habt diesen Job gewählt, jetzt übt ihn auch aus! Wenn ihr es nicht tut, dann laßt ihr das Volk hängen, zu dessen Schutz ihr euch habt vereidigen lassen.

Durch euer gleichgültiges, passives oder vielleicht auch nur ängstliches Verhalten beschwört

ihr doch in direktester Weise einen Bürgerkrieg herauf. Je schlimmer diese aufgedeckten Menschenfeinde sich mit ihren tödlichen Zwangsimpfungen und nun mit biologischen Moskitowaffen an den Völkern vergreifen, desto größer ist die Gefahr, daß es früher oder später zu einem fürchterlichen Bürgerkrieg, zu einem weiteren unnützen Blutbad kommt. Aber genau diesen Plan verfolgen ja diese Menschenfeinde, denen ihr, unsere gesetzten Wächter, kategorisch nicht an den Kragen geht. Sie möchten den Bürgerkrieg, damit sie mit Waffengewalt, mit Militär, Weltdiktatur aufwarten können. Das wäre für sie der bequemste Weg.

Und ich sage euch, daß ihr durch eure ignorante und wahrscheinlich nur feige Zurückhaltung sämtliches Blut auf euren Kopf bringen werdet, das aufgrund eurer Amtsverweigerungen bereits geflossen ist und noch fließen wird. Das wird euch zum Gericht ausschlagen. Ihr Wächter der Völker, die ihr vor Gott und den Menschen zur Wehr gesetzt worden seid, dem Unheil zu wehren, wenn es denn sein muß mit Gewalt, schont euch jetzt nicht länger selber und macht Gebrauch von der euch verliehenen Vollmacht. Überlaßt das nicht den nicht-ermächtigten Völkern.

Ich muß zum Schluß kommen und noch das Versprechen einlösen, meinen sowohl verblüffend einfachen als auch überaus günstigen ersten Ausweg aufzuzeigen. Da ich so etwas wie "süßes Blut" habe, betrifft mich die ganze Bedrohung mit den bald kommenden mRNA-Stechmücken ganz besonders. Schon mein Leben lang werde ich nämlich, gefühlt, von jedem Moskito angefallen und gestochen, der mir gerade über den Weg fliegt. So bat ich Gott um eine hilfreiche Entdeckung für diese schutzlos ausgelieferte Menschheit und mich.

Kaum eine Woche später konnte ich meine Entdeckung an einem Ort aggressiver Mücken austesten. Genau dort, wo ich gewöhnlich binnen Minuten von Kopf bis Fuß zerstoßen werde, erlitt ich über Tage hinweg keinen einzigen Stich! Die Mücken mieden mich wie der Teufel das Weihwasser. Und in diesem Zitronen-Gebinde, das mich gerade einmal € 0.60 gekostet hat, liegt meine ganze Entdeckung. Ein reines Vitamin C-Präparat. Du kannst Dir für ein paar weitere Cent einen leeren Sprüher zulegen, Dir kurz Füße, Arme und Beine, falls nötig Hals und Gesicht besprühen - und das war's.

Verwende aber das kostengünstigste Präparat. Nach dem Einsprühen mit diesem, kannst Du Dich sogleich ankleiden und nichts Klebriges ist an Dir. Ein reiner Zitronensaft ist etwas klebrig, möglicherweise zu fruchtig, um Mücken abzuwehren. Natürlich weiß ich nicht, ob meine Entdeckung wirklich bei jeder "Blutgruppe" funktioniert, aber du kannst sie ja an Dir selber austesten. Und gleich noch eine fantastische Entdeckung ist mir beim Einreiben dieses Präparates zugefallen: Ich benetzte ganz unbeabsichtigt auch gleich meine Achselhöhlen damit. Das Ergebnis hat mich schier umgehauen.

Denn es war einer der heißesten Tage dieses Jahres, wo man von früh bis spät durchschwitzte. Ich verwende persönlich schon seit Jahren keine Deos, sprich Bomben unter den Achselhöhlen mehr, weil ich diese Gifte nicht mag. Ich wasche mich lieber zweimal am Tag, wenn es nötig ist. An jenem besagten Tag kam ich vor lauter Aktivitäten unmöglich dazu. Trotzdem konnte ich selbst am späten Abend noch keinen Anflug von Schweißgeruch an mir feststellen. Seither verwende ich ein und dasselbe Mittel auch als Deo. Null Gift, reinstes Vitamin C unter den Achselhöhlen - und es zeigt bei mir bessere Wirkung als jedes mir bekannte Sprüh-Deo. Ich hoffe, Du darfst nun die gleichen Erfahrungen wie ich machen - das wäre dann mein perfektes Gebetserlebnis. Ich liebe euch!

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

23.07.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Juli 2023 (x1.328/...):
>>Pentagon bestätigt: Dramatischer Anstieg bei Herzmuskel-Entzündungen im US-Militär

Im US-Militär stiegen die Myokardinfektionen 2021 stark an. Das US-Militär nennt auf An-

frage Corona-Infektionen als Ursache. Allerdings ist das eine häufige Nebenwirkung der Covid-Impfungen - die im US-Militär verpflichtend ist.

Unter US-Soldaten sind im Jahr 2021 deutlich mehr Herzmuskelentzündungen aufgetreten als in den Vorjahren. Das berichtet die US-amerikanische Ausgabe der Epoch Times. Demnach zeigen Auswertungen der epidemiologischen Datenbank des US-Militärs, daß im zweiten Jahr der Corona-Pandemie 275 Myokarditisfälle registriert wurden - dies entspreche einem Anstieg von 151 Prozent im Vergleich zum Durchschnittswert der Jahre 2016 bis 2020.

Ein Staatssekretär des US-Verteidigungsministeriums bestätigte diese Zahlen und erklärte, daß der Anstieg an Herzmuskelentzündungen am wahrscheinlichsten auf Corona-Infektionen zurückzuführen sei.

Es ist bekannt, daß Infektionen mit dem Coronavirus Herzmuskelentzündungen verursachen können. Myokardinfektionen sind jedoch auch eine der am häufigsten beobachteten Nebenwirkungen der Corona-Impfung. Gerade bei jungen Männern wurden nach einer Impfung mit mRNA-Vakzinen vermehrt Myokarditisfälle registriert. In einigen Fällen endete die Erkrankung tödlich.

In den USA war die Corona-Impfung für Soldaten ab September 2021 verpflichtend. Erst im Dezember 2022 kippte der US-Kongreß die Impfpflicht für Militärstreitkräfte - gegen den Widerstand von Präsident Joe Biden. In Deutschland müssen sich Bundeswehrsoldaten seit November 2021 gegen Covid-19 impfen lassen. Die Impfpflicht besteht bis heute.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. Juli 2023: >>US-Lager 45/46: Das Ausmaß der Schande

Von *Karel Meissner*

Mehr als eine Million deutscher Kriegsgefangener sind in den Lagern alliierter Besatzer 1945/46 ums Leben gekommen. Ihr Tod wurde bewußt einkalkuliert. ...

Deutschland 1945: Gleich zu den ersten Vorhaben der Amerikaner in ihrer Besatzungszone zählte die Internierung von Personen, die, wie es laut Counterintelligence Directive vom 16. September 1944 hieß, als "eine Gefahr für die Alliierten" angesehen wurden.

Brutale Folgerungen

Schon gegen Kriegsende hatten die US-Behörden eine sogenannte Wanted-Liste mit über einer Million Namen erstellt. Nur gegen eine verschwindend geringe Minderheit der darin Genannten wußte man jedoch Verbrechenansschuldigungen auch nur einigermaßen konkret zu benennen. Die überwiegende Mehrheit war ausschließlich wegen ihrer Funktion im Staat oder bei der Wehrmacht verzeichnet worden.

Mitte 1945 saß fast eine Viertelmillion solcher Personen in sogenanntem Automatic Arrest. Die Haftbedingungen waren inhuman, brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfolge, gehörten zum Lageralltag.

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen zehntausende kriegsgefangene Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Unbilden der Witterung ausgesetzt. Viele verhungerten oder litten unter dem sadistischen Treiben der Bewacher.

Andere Verluste ...

Der kanadische Historiker James Bacque hat das unter der verharmlosenden Bezeichnung "Other Losses" ("Andere Verluste") getarnte Massensterben deutscher Kriegsgefangener 1945/46 in den Lagern der amerikanischen Streitkräfte in ihrer Besatzungszone dokumentiert. Bacque selbst war tief erschüttert, als er das erste Mal Kenntnis von diesem Kriegsverbrechen erhielt. Ihm verdanken wir Belege, daß Deutschenhasser General Dwight D. Eisenhower diesen bis heute ungesühnten Massenmord gezielt betrieben und systematisch verschleiert hat. Das Ausmaß des Schreckens: Fast eine Million deutscher Soldaten wurden nach dem Krieg in amerikanischer, aber auch französischer Gefangenschaft getötet.

Über das Martyrium der Deutschen in den Rheinwiesenlagern und anderen Einrichtungen schrieb der Historiker:

"Die Todesursachen wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfsorganisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert. Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt."

In einem Interview verteidigte der Kanadier 2004 seine Opferzahlen, die von anderen Geschichtswissenschaftlern als zu hoch angesetzt gesehen wurden:

"Kein Historiker hat jemals angezweifelt, daß über 1,5 Millionen Deutsche nach 1945 in alliierter Kriegsgefangenschaft umgekommen sind. Die Diskussion drehte sich lediglich darum, wer ihren Tod verursacht hatte."

Und weiter: "Die 'Hofhistoriker' beider Seiten schoben sich während der Jahrzehnte des Kalten Krieges gegenseitig die Schuld zu. Nach dem Studium der Akten in Ost und West komme ich zum Schluß, daß es im Westen etwa eine Million toter deutscher Kriegsgefangener und -es mag Sie überraschen - im Osten eine halbe Million gegeben hat."

In COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner" wird Bacque darüber hinaus wie folgt zitiert: "Dieselben Quellen, auch westalliierte sowie deutsche, zeigen, daß zwischen 1945 und 1950 weit mehr Deutsche umgekommen sind als im damaligen europäischen Mittel von zwölf pro tausend Personen. Tatsächlich geht diese erhöhte Sterbezahl in die Millionen."

"Die Todeslager der Amerikaner" beleuchtet das Ausmaß der Schande, belegt mit Fakten! Eine Dokumentation, die aufrüttelt und der Wahrheit Geltung verschafft. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 23. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Kommentar: Morden ohne Konsequenzen - Die Strafmündigkeit ab 14 ist nicht mehr zeitgemäß**

Leon Hendryk

Im März wurde im nordrhein-westfälischen Freudenberg ein 12-jähriges Mädchen ermordet. Der Fall der toten Luise machte damals bundesweit Schlagzeilen. Die beiden Täter wurden schnell ermittelt, es handelt sich um Schulkameradinnen des Opfers. Sie hatten Luise in ein abgelegenes Waldstück gelockt und zunächst versucht sie mit einer Plastiktüte zu ersticken. Als das nicht funktionierte, stach eine der Täterinnen fast 70 Mal auf sie ein, während die andere Täterin Luise festhielt. Beide sind geständig.

Zu einer Anklage kommt es trotzdem nicht, wie Anfang der Woche bekannt wurde. Der Grund: Die Täterinnen sind 12, beziehungsweise 13 Jahre alt - und liegen damit unterhalb der gesetzlich definierten Strafmündigkeitsgrenze in Deutschland, die bei 14 Jahren liegt. Sie bleiben somit straffrei, lediglich eine psychologische Betreuung müssen sie durchlaufen.

Doch wozu gibt es die Strafmündigkeit überhaupt? Und warum liegt sie gerade bei 14 Jahren? Der juristische Grundgedanke ist, daß Kinder unterhalb dieser Altersgrenze die Folgen ihres Handelns noch nicht überblicken können und es deshalb ungerecht wäre sie strafrechtlich dafür zu belangen. Inwiefern das tatsächlich zutrifft, ist zweifelhaft.

Mit 12 oder 13 ist man schließlich kein Kleinkind mehr, sondern besucht eine weiterführende Schule und sollte sich durchaus bewußt sein, daß die Tötung eines anderen Menschen kein Kavaliersdelikt ist. Im Fall der getöteten Luise waren die Täterinnen offensichtlich in der Lage den kaltblütigen Mordplan auszuhecken und auch durchzuführen. Die Behauptung, sie seien nicht in der Lage die Folgen ihres Handelns zu überblicken, klingt in Anbetracht dessen absurd.

Nicht in allen Ländern ist die Strafmündigkeit so hoch angesetzt

In anderen Ländern ist die Strafmündigkeit übrigens völlig anders geregelt. In Großbritannien und der Schweiz sind Kinder ab 10 Jahren strafmündig, in Kanada ab 12 und in den USA - je

nach Bundesstaat - sogar schon ab 6 Jahren. In Frankreich gibt es keine feste Altersregelung, sondern das Gericht entscheidet individuell.

Auch in Deutschland wäre eine Reform angebracht. Die aktuelle Situation ist unbefriedigend, da zunehmend Jugendliche unter 14 Jahren auch schwere Straftaten begehen. Wenn ein 13-Jähriger ein Handy klaut, mag es gesellschaftlich klug sein von einer Strafverfolgung abzusehen. Doch wenn er vergewaltigt oder mordet, muß es klare Konsequenzen geben, auch im Rahmen des Strafrechts. Eine Absenkung der Strafmündigkeit, beispielsweise auf 12 Jahre, wäre also begrüßenswert.

Kriminelle Clans haben die Gesetzeslücke im Blick

Es geht dabei nicht nur um Extremfälle wie den Mord an Luise. Auch kriminelle Organisationen, insbesondere solche die als Familienclan operieren, haben längst erkannt, daß die hohe Grenze der Strafmündigkeit eine Gesetzeslücke darstellt. So benutzen sie teils gezielt junge Menschen unter 14, um straffrei Straftaten zu begehen.

Bekannt wurde das beispielsweise in Hannover, wo kriminelle Großfamilien ihre Kinder im fast schon industriellen Maßstab zum Ladendiebstahl einsetzten. Wenn sich der deutsche Staat nicht vollends zur Witzfigur mit zahlloser Justiz entwickeln will, sollte dieses Schlupfloch zügig gestopft werden. Spezielle Regelungen für jugendliche Straftäter sowie Sonderregeln für jugendliche Täter mit psychischen Problemen würden selbstverständlich weiterhin existieren. Doch Täter unter 14 Jahren überhaupt nicht zu belangen, ist keine gute Lösung.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26610" berichtet am 23. Juli 2023 (x1.319/...): >>Die Ungereimtheiten der Flutkatastrophe 2021 werden aufgedeckt (Kurzversion)

Die Flutkatastrophe im Ahrtal vom Juli 2021 erhitzt immer noch die Gemüter. Denn nicht nur das Unwetter an sich, sondern die vielen Ungereimtheiten und das massive Fehlverhalten von Seiten Politik, Behörden und Leitmedien haben ihre tiefen Spuren hinterlassen.

Diese Sendung soll v.a. als historische Zeitzeugen-Dokumentation dienen, da die Geschichtsschreibung von den Regierenden schon immer zu ihrem Vorteil manipuliert wurde.

Wettermanipulation: Beobachtung außergewöhnlicher, unnatürlicher Effekte

In Techniken zur Manipulation des Wetters investierte das Pentagon bereits in den 1950er und 60er Jahren hunderte Millionen Dollar an Forschungsgeldern. Am 14. August 1952 "impfte" die britische Luftwaffe in einem Experiment Regenwolken über bewohntem Gebiet und löste damit eine Flutkatastrophe mit 34 Toten aus. Die Akten kamen unter Verschuß, damit die Bevölkerung nichts von diesem militärischen Wetterexperiment erfuhr, und die Flutkatastrophe wurde der Bevölkerung kurzerhand als "God's Hand", also Hand Gottes, verkauft.

Inzwischen gibt es viele Patente zur Wetterbeeinflussung. Fast täglich sieht man, wie Flugzeuge durch Versprühen von Aerosolen, Aluminiumoxid und anderen Schadstoffen einen milchigen Schleier ausbringen, Geoengineering genannt.

Auf dem Wetteradler-Kanal wird anschaulich gezeigt, daß sich diese Wolken z.B. mittels Radaranlagen beeinflussen lassen. Diese Anlagen, die über ganz Europa verteilt sind, können also nicht nur messen, sondern - was der Mehrheit der Bevölkerung verborgen ist - auch das Wetter ändern. Der Bevölkerung wird diese Art der Wettermanipulation dann als Folge des Klimawandels z.B. durch CO2 verkauft.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26609" berichtet am 23. Juli 2023 (x1.319/...): >>Nach Corona und Ukraine-Krieg kommt nun der Klima-Schock?

Ein rumänischer General packt aus, daß durch die 180 weltweit installierten HAARP-Anlagen "apokalyptische" Wetter- und Erdbebenszenarien generiert werden sollen. Nach der globalen Covid-Pandemie und der Weltkriegsgefahr durch den Ukrainekrieg wird die nächste Terrorwelle gegen die Menschheit inszeniert, um die völlig verstörte Bevölkerung in die Neue Weltordnung zu zwingen.

Sind die verheerenden Unwetter in Kroatien am 20. Juli 2023 bereits Teil der praktischen Umsetzung durch die weltweit installierten HAARP-Anlagen? Selbst der Bürgermeister von Zagreb bezeichnete das Unwetter "hinsichtlich der Stärke als auch der Schäden" als beispiellos.

In Angst und Panik versetzte Menschen lassen (nahezu) ALLES mit sich machen. Diese psychologische Wirklichkeit der Schockstrategie nutzt das Weltwirtschaftsforum WEF (das ein globales Netzwerk oberster Oligarchen ist) zur Erlangung ihrer Ziele durch inszenierte Krisen, gnadenlos aus. Das WEF bedient sich dabei beispielsweise der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Leitmedien.

Mit Hilfe dieser Schock-Strategie wurden unlängst nach Belieben Coronamaßnahmen verhängt, ganze Völker monatelang eingesperrt und - durch Maskentragen - zum "Klappe halten" eingeschüchtert. Betriebe wurden reihenweise geschlossen, ganze Volkswirtschaften ruiniert und die Menschen reihenweise zu Krüppeln, Dauerkranken oder zu Tode geimpft. Das alles wäre bei nüchternem Verstand und ohne den künstlich medialen und überdramatisierten "Corona-Schock" gar nicht möglich gewesen.

Die nächste inszenierte Schockwelle ist aktuell der Ukraine-Krieg. Plötzlich ist ein Krieg quasi hautnah in Europa und droht zum Weltkrieg auszuufers. Und wieder kann die durch WEF-Oligarchen gesteuerte Politik über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Maßnahmen verordnen, denen bei klarem Verstand niemand zustimmen würde.

Denke man nur an die überteuerten Waffenlieferungen, die ganze Volkswirtschaften ruinierenden Sanktionen und maßlosen humanitären Hilfeleistungen, die größtenteils in dunklen Kanälen verschwinden. Die panische Angst vor einem sich ausweitenden Krieg, angefeuert durch Politik und Medien, macht doch erst die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Schaden bringenden Vorgehensweisen möglich.

Wir erinnern uns, daß Klaus Schwab, der Gründer des WEF, den Great Reset als Ausweg aus den Misereen der Menschheit proklamiert hat, in die sie sich angeblich zunehmend verstricke. Was aber nun, wenn nicht die Menschheit als Ganzes, sondern die Finanzmafia samt ihren Helfershelfern, also Menschen wie Klaus Schwab, Handlanger der Superreichen, die Verursacher dieser Misereen und Sackgassen sind, die ganze Nationen und Volkswirtschaften auf Null setzen?

Der Great Reset, das meint der Neustart aus dem Nullpunkt, soll doch als vermeintliches Rettungspaket in Form einer totalitären, zentralistischen Neuen Weltordnung nach den Spielregeln des WEF geschehen. Ohne künstlich inszenierte und medial befeuerte Schock-Strategien würde doch kein Mensch je sein Geschäft und seine Freiheiten aufgeben und dieser Neuen Weltordnung zustimmen.

Laut dem hochrangigen rumänischen General Emil Strainu stehe schon das nächste Auf-Null-Setzen-Programm, der nächste Terrorangriff auf die gesamte Menschheit, vor der Tür: Diesmal gehe es nicht um eine von langer Hand eingefädelt Pandemie oder eine kriegerische Auseinandersetzung. Nein! Die nächste Panik-Welle laufe über apokalyptische Klimakatastrophen.

Der Experte für Geoengineering, General Emil Strainu, erläuterte gegenüber dem serbischen Journalisten Dragan Vujicic, wie das gigantische elektrische Felder erzeugende HAARP als "Waffe der Apokalypse" unter der Regie oberster Finanzoligarchen zur wirtschaftlichen Kriegsführung, zum Klimawandel und zur Bevölkerungskontrolle eingesetzt werden soll.

Strainu berichtete, daß er die US-HAARP-Anlage in Alaska besucht und dort erfahren habe, wie diese Waffe eingesetzt wird. Er legte anschaulich dar, daß einige der HAARP-Anwendungen Explosionen auslösen würden, die denen von Atombomben ähneln. HAARP könne zudem die Umwelt verändern und Wirbelstürme, Tornados, Wasserhosen und Tsunamis erzeugen, auch in Gebieten, in denen sie normalerweise nicht auftreten.

Ebenso Hitze- und Dürrekatastrophen und Waldbrände, genauso wie Starkregen, Flutkatastrophen, Riesenhagel und Frosteinbrüche. Diese Hyper-Energie-Waffe, unter der Regie oberster Finanzoligarchen, kann weiterhin Erdbeben und Vulkanausbrüche auslösen. Weltweit gebe es über 180 solcher HAARP-Anlagen, die nun miteinander in Aktion treten.

Laut der Meldungen vom 10. April 2023 auf der Website der Agencia Estatal de Meteorología (AEMET) experimentieren mehr als 50 Länder der Welt mit dem Wetter. In regelmäßigen Berichten des Expertenausschusses der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) wird darüber informiert. Das hierbei zur Anwendung kommende Geoengineering umfaßt laut AEMET "eine breite Palette von Methoden und Technologien, die darauf abzielen, das Klimasystem gezielt zu verändern", z.B. durch das Einbringen von Feinstpartikeln in die Atmosphäre.

Und genau hier lassen wieder die Oligarchen des WEF grüßen. Denn mit Hilfe der durch sie ins Leben gerufenen Klimaorganisationen wie Club of Rome und Weltklimarat und deren Klima-Propaganda lassen sich Unmengen an Geld generieren. Mit künstlich erzeugtem Klima-Schock lassen sich dubiose Maßnahmen durchsetzen, denen kein logischdenkender Mensch ohne diese inszenierte psychologische "Schock-Strategie" zustimmen würde. Seien es CO2-Steuer, CO2-Absenkungen, Mobilitätseinschränkungen, Heizungsumbau, Beschränkungen und Verbote ganzer Wirtschaftszweige u.v.a.m.

Alles Dinge, für die es keine fundierte wissenschaftliche Grundlage gibt, sondern lediglich die Klima-Panik-Propaganda der Organe des WEF. Wir erinnern uns: Das erklärte Ziel ist der Great Reset, das Auf-Null-Setzen aller Volkswirtschaften und Nationen, damit am untersten Punkt als Neustart eine totalitäre, zentralistische Neue Weltordnung installiert werden kann, der ohne diesen gigantischen Druck kein Mensch zustimmen würde.

Bei dem Thema Wetter und Klima ist also ganz offensichtlich nichts so, wie es zu sein scheint. Der vorgebliche menschengemachte Klimawandel sei zwar tatsächlich durch Menschen verursacht, aber nicht aufgrund von CO2-Ausstößen und dergleichen, sondern durch HAARP-Anlagen in Verbindung mit dem Geoengineering. Dort liegen die Verursacher des Übels.

Also: Mitdenken, besonnen bleiben und Informieren der Mitmenschen sind angesagt, wenn das Wetter zunehmend verrückt spielt und die nächste Klima-Panik-Propaganda losgetreten wird. Und noch ein Aufruf an die Fachleute, in deren Nähe sich eine HAARP-Anlage befindet: Sofern Eure technischen Möglichkeiten es zulassen: Weist nach, daß diese Anlage Mitverursacher einer aktuellen Wetterkatastrophe ist.<<

24.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juli 2023: >>Grüner Umweltminister will Erdbeer-Verbot

Von *Karel Meissner*

Der Anbau von Erdbeeren und Tomaten verbraucht zu viel Wasser? Dazu der grüne Umweltminister von Niedersachsen, Christian Meyer: Dann verbieten wir den Anbau halt... Klima-Ideologen überziehen das Land mit Verboten. In unserem Spezial Klima-Terroristen: Was Sie denken, wer sie bezahlt zeigen wir Ihnen, die Hintermänner des Klima-Terrors und das, was sie wirklich denken und wollen. Ein Heft voller harter Fakten und sachlicher Analysen.

Für die Grünen ist das Verbot ein Allheilmittel. Auch für Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne). Der will der angeblichen Wasserknappheit in seinem Bundesland mit Drosselung der Landwirtschaft begegnen. Dort gilt bereits: Bäume und Felder darf man ab 24 Grad nicht mehr künstlich bewässern. Aber: Vielleicht reicht das nicht? Lieber noch eine Einschränkung auferlegen. Sicher ist sicher.

Also schlägt Meyer ein Anbauverbot von Tomaten, Erdbeeren und anderen Früchten vor, die besonders viel Wasser verbrauchen. Und wenn die Landwirte das Verbot ignorieren? Nun, in diesen Fall gilt die Warnung des Ministeriumssprechers: Wenn sich nicht ausreichend Grundwasser bilde, könnten Kommunen die Wasserentnahme für die Feldbewässerung sper-

ren:

"Mögliche Beschränkungen der Wasserentnahmen könnten auch zur Folge haben, daß bestimmte Kulturen in betroffenen Regionen nicht mehr wirtschaftlich angebaut werden können."

Übersetzung: Wenn Ihr nicht gehorcht, dann beschränken wir euer Wasser so weit, so daß der Anbau von Erdbeeren und Tomaten ohnehin nicht mehr funktionieren würde. Laut der Bild-Zeitung protestiert Landvolk-Präsident Holger Hennies gegen solche Verbotspolitik:

"Damit löst man kein Problem, sondern steigert nur den ohnehin schon sehr hohen Import an Gemüse und Früchten, die häufig mit deutlich größeren Umweltauswirkungen im Ausland angebaut werden."

Dabei sei der "Wasserbedarf deutscher Erdbeeren ... im Vergleich der europäischen Produzenten geringer", ergänzt Claus Schliecker, Vorsitzender der Fachgruppe Obstbau im Landvolk Niedersachsen. Tatsächlich: Laut Ökotest braucht man zur Produktion von 1 kg Erdbeeren in Deutschland nur 16 Liter Wasser - in Spanien dagegen 79 Liter. Außerdem betrage die Erdbeerfläche hierzulande ca. 14.500 Hektar, "das sind weniger als 0,1 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche."

Der BOG-Vorsitzende Jens Stechmann bestätigt: Gerade die Differenz beim Wasserverbrauch zu Ländern wie Spanien zeige, "daß wir im europäischen Vergleich in Gunstregionen liegen, mit denen wir zumindest die heimische Bevölkerung auch versorgen sollten". Dennoch könne man die Situation noch verbessern, in dem man kurz- oder mittelfristig Speicherbecken ausbaue und die Forschung bei Brauch- und Salzwasseraufbereitung vorantreibe. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 24. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Kernkraftwerke zurück ans Netz!**

Eine aktuelle Studie besagt, daß in Deutschland kurzfristig acht Nuklearreaktoren wieder angefahren werden könnten, einige davon sogar innerhalb von neun Monaten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, meint, daß die Rückkehr zur Kernenergie nicht nur sinnvoll, sondern dringend erforderlich ist, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht endgültig zu ruinieren:

"Niedrige Energiepreise und zuverlässige Versorgung sind ein wichtiger Faktor des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir können es uns nicht leisten, auf Sonne und Wind zu hoffen, sondern brauchen zuverlässige und günstige Energiequellen. Die grüne Ideologie wird uns nicht helfen, die deutsche Industrie zu erhalten.

Es braucht pragmatische Lösungen jenseits der Klimareligion, um Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht endgültig gegen die Wand zu fahren. Daß die Studie hier die AfD-Position stützt, zeigt einmal mehr, daß die Alternative für Deutschland faktenbasierte Argumente liefert, statt auf pure Gefühlsduselei zu setzen, wie es die Altparteien tun."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 24. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Waldbrände als Folge des Klimawandels? Lauterbach verbreitet wieder Fake-News**

"Wer jetzt noch Klimawandel leugnet, leugnet auch Wissenschaft allgemein", schrieb unser Gesundheitsminister am Sonntag und verlinkte dazu Aufnahmen vom Waldbrand auf der griechischen Insel Rhodos. Dabei ist längst klar: Die Brände wurden von Menschen gelegt.

Larissa Fußer

Es ist erst drei Tage her, daß Karl Lauterbach sich auf Twitter glücklich aus dem 36 Grad warmen Rom meldete. Mit aufgeknöpftem Hemd, Sonnenbrille und breitem Grinsen fotografierte er sich vor dem Trevi-Brunnen und schrieb: "So geht es gut". Doch wie man es von zwanghaften Charakteren so kennt, können sie eben nie lang entspannen. Ob ihm nun der italienische Wein nicht geschmeckt hat oder die Italiener gelacht haben, als er mal eine der römischen Lederjacken zur Probe anlegte - Lauterbachs Sommerlaune ist wieder passé. Die Klimapanik ist zurück.

"Wer jetzt noch Klimawandel leugnet, leugnet auch Wissenschaft allgemein", schrieb unser Gesundheitsminister am Sonntag und verlinkte dazu Aufnahmen vom Waldbrand auf der griechischen Insel Rhodos. Und weil ihm das wohl noch nicht dramatisch genug war, legte er sogleich nach: "Solche Bilder werden wir jetzt jeden Sommer erleben".

Und wie wir es aus Deutschland schon kennen, befindet Lauterbach sich mit seiner Panik in bester Gesellschaft. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schreibt am Sonntag auf Twitter von den "verheerenden Waldbränden" und der "extremen Hitzewelle" in Griechenland - natürlich nicht ohne Framing: Die Ursache dieser Ereignisse sei, natürlich, der Klimawandel.

Währenddessen raufen sich alteingesessene Wetterfrösche wie Jörg Kachelmann die Haare. "Die desinformierende Obsession deutschsprachiger Journalisten mit Waldbränden als Klimamarker geht so weit, daß auch Waldbrände in sommertrockenen Gebieten wie Griechenland mit dem Klimawandel in Zusammenhang gebracht werden, obwohl es dort jeden Sommer praktisch trocken ist", schimpft der Meteorologie-Journalist auf Twitter.

Er erklärt: In Griechenland regne es im Juli praktisch nie, der zunehmende Tourismus verstärke die Trockenheit zusätzlich, weil der steigende Wasserbedarf mit Staudämmen gedeckt werde - die logischerweise der Landschaft dann das Wasser entziehen.

Brandstiftung löst Waldbrände aus - nicht der Klimawandel

Brandstiftung könne "mangels Regen jeden Sommer" Waldbrände auf den griechischen Inseln auslösen. Das sei "schon immer" so. Und tatsächlich sagen die griechischen Feuerwehkräfte schon längst, daß die Brände von Menschen verursacht wurden. Der Brandherd der Feuer sei inzwischen auf das Gebiet der Stadt Kiotari begrenzt worden, erklärten die Einsatzkräfte gegenüber Bild, dort gebe es auch Touristenunterkünfte. Und eine glühende Kippe liegt bekanntlich schnell auf dem Boden.

Doch man muß Mitgefühl mit Lauterbach haben. Man kann doch wirklich nicht von ihm erwarten, daß er sein größtes Hobby - Panik verbreiten - aufgibt, nur weil irgendwelche Feuerleute und Wetterexperten sagen, es sei gar nicht der Klimawandel Schuld. Erst recht kann man nicht von Lauterbach verlangen, daß er sich in seinem Urlaub über Hintergründe von Waldbränden informiert. Wie soll man denn auch recherchieren, während man sich gerade gemütlich auf der Spanischen Treppe einen Aperol Spritz genehmigt?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juli 2023: >>Erdöl:

Die dunkle Macht des schwarzen Goldes

Von *Sven Reuth*

Daniele Ganser schildert in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit" den Beginn der Erdölindustrie, die entscheidende Rolle des Öls in den beiden Weltkriegen, die Erdölkrisen der 1970er-Jahre und die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist in Deutschland ein heißdiskutierter Dauerbrenner. Davon sollte man sich allerdings nicht den Blick vernebeln lassen. Weltweit hat das Geschäft mit fossilen Energien in den vergangenen Jahren sogar wieder zugelegt.

Bernard Looney, der Chef des britischen Energieriesen BP, schockte im Februar dieses Jahres alle "Klima-Aktivisten", als er die Klimaziele seines Konzerns drastisch einstampfte. Nachdem das Unternehmen vor einigen Jahren noch ankündigte, die eigenen CO₂-Emissionen bis 2030 um 35 bis 40 Prozent zu senken, wurde dieser Wert nun auf nur noch 20 bis 30 Prozent abgesenkt. Die Investitionen in fossile Energien werden von BP gleichzeitig um eine Milliarde Dollar pro Jahr erhöht.

Die Welt bemerkte dazu:

"Ein Satz stellt die deutsche Energiewende-Erzählung auf den Kopf. ... Eine gleichermaßen bezahlbare, saubere, sichere Energie ist vorerst Illusion."

Fossile Energien boomen weiter

Das Öl- und Gaszeitalter ist also noch lange nicht zu Ende. Das konstatiert auch der Schweizer Autor Daniele Ganser in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit". In den ersten Kapiteln macht Ganser deutlich, daß sich in den vergangenen 150 Jahren die Zyklen der Geschichte oft im Gleichtakt mit den Rhythmen des Ölpreises bewegten.

1870 hatte John D. Rockefeller mit seiner Standard Oil Company ein Unternehmen gegründet, für das es fast keine Parallele in der Weltgeschichte gibt. Die US-Erdölindustrie befand sich fast vollständig in der Hand dieses eines Magnaten und da damals noch keine nahöstlichen Lagerstätten ausgebeutet wurden, hatten die USA eine ähnlich starke Stellung am Weltmarkt wie heute Saudi-Arabien und produzierten 65 Prozent der globalen Förderung. Eine zeitweilig starke Konkurrenz formierte sich nur in der damals zum Zarenreich zählenden Metropole Baku.

Sowohl der schwedische "Ölkönig" Robert Nobel wie auch die Bankiersfamilie Rothschild lieferten sich einen Wettlauf um die hochlukrativen, weil unter hohem Druck stehenden Quellen. Mit vereinter Kraft gelang es ihnen, Rockefeller zumindest vom russischen Markt fernzuhalten. Die Glanzzeit der heutigen aserbajdschanischen Hauptstadt endete durch die ruhelosen Aktivitäten eines jungen kommunistischen Agitators namens Jossif Dschugaschwili, der sich später "Stalin" nannte und durch eine Reihe von durch ihn angezettelten wilden Streiks die Fördertätigkeit am Kaspischen Meer schwer beeinträchtigte.

Öl und Weltkriege

Die Standard Oil Company entschied derweil den Ersten Weltkrieg, was von Ganser ausführlich im dritten Kapitel seines Buches dargestellt wird. Der Oberste Gerichtshof der USA hatte im Jahr 1911 zwar eine Entflechtung von Rockefellers Megakonzern angeordnet, doch das hinderte die daraus hervorgegangenen kleineren Unternehmen nicht, die Gesamtproduktionsmenge nochmals zu erhöhen und 80 Prozent des alliierten Ölbedarfs zu stillen. Der Vizekönig von Indien, Lord Curzon, stellte deshalb auf dem alliierten Siegesbankett, das nach dem Waffenstillstand in London abgehalten wurde, fest:

"Die alliierte Sache ist auf einer Woge von Öl zum Sieg geschwommen."

Das gleiche Spiel wiederholte sich dann auf ähnliche Weise nochmals während des Zweiten Weltkriegs. 1942 äußerte Adolf Hitler gegenüber Feldmarschall Erich von Manstein:

"Wenn wir das Öl bei Baku nicht kriegen, ist der Krieg verloren."

Doch die deutsche Offensive erreichte ihre Ziele nicht, was tatsächlich eine Vorentscheidung darstellte.

Die Angst vor dem russischen Öl

In seinem Buch stellt Ganser dann auch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Noch kurz vor seinem Tod traf der US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Februar 1945 an Bord des Kreuzers USS Quincy auf den saudischen Herrscher Ibn Saud und begründete damit eine Allianz, die so wirkmächtig werden sollte wie kaum eine andere im 20. Jahrhundert. Erst wurde durch sie das britische Empire als Weltmacht abgelöst, dann die Sowjetunion durch einen gnadenlosen Preiskrieg in den achtziger Jahren in den Bankrott getrieben. Im Doppelpack schienen Riad und Washington unschlagbar zu sein, was Ganser in dem Kapitel "Der Aufstieg von Saudi-Arabien und Saudi Aramco" nachzeichnet.

Weiter liefert Ganser eine detaillierte Beschreibung der europäischen Öl-Industrie sowie der Pipelines, die den europäischen Kontinent versorgen. Er schildert die nach wie vor bestehende Macht der Kartelle und beleuchtet "die Angst vor dem Russenöl".

Der Schweizer Autor leuchtet außerdem die Hintergründe des von den USA geführten "Kriegs gegen den Terror" aus, der auf die Anschläge vom 11. September 2001 folgte. Mit dem massiven Aufbau einer Fracking-Industrie, die mit Hilfe spezieller Chemiemischungen in der La-

ge dazu war, Öl und Gas auch aus zuvor unausbeutbaren Gesteinsschichten zu holen, begann eine neue Ära in der Geschichte des Öls.

Kommt Peak Oil jetzt doch noch?

Hier stellt Ganser die Frage in den Raum, ob "das unkonventionelle Erdöl" die entstehenden Lücken wirklich füllen kann und nimmt die Teersande aus Kanada wie auch das Tight Oil aus North Dakota in den Blick. Der Schweizer Historiker beschäftigt sich dann auch intensiv mit der Frage, ob Peak Oil - also das schon seit Jahrzehnten prognostizierte Maximum der Erdölförderung - schon gekommen ist und welche Alternativen es zum Öl gibt. Ein Vorwort des Erdölgeologen Colin Campbell rundet dieses Buch ab, das nicht nur ganz neue Blicke auf die Ökonomie unserer Gegenwart, sondern auch auf die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglicht.

Daniele Ganser schildert in seinem Buch "Europa im Erdölrausch: Die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit" den Beginn der Erdölindustrie, die entscheidende Rolle des Öls in den beiden Weltkriegen, die Erdölkrisen der 1970er-Jahre und die Hintergründe des andauernden, blutigen Kampfs ums Erdöl bis hin zu den jüngsten Kriegen im Irak und in Libyen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juli 2023: >>

Letzte Generation: Sprengstoff her & Politiker abknallen

Von S. Hofer

Mitglieder einer Chatgruppe der Letzten Generationen fragen nach Sprengstoff und rätseln, weshalb noch niemand den NRW-Innenminister Reul erschossen habe.

Die letzte Generation verfügt über eine offiziell moderierte Chatgruppe namens "Austausch: LG goes Lützi". Eine Aktivistin mit Usernamen "Zoola" schreibt dort über NRW-Innenminister Reul und RWE:

"Ich könnt seit Tagen auch nur noch ausrasten. Das die echt noch keiner übern Haufen geschossen hat, ist echt ein wahres Wunder!"

Ein weiterer Aktivist mit dem Usernamen "Igor" hat auch so einiges vor: "Wer von euch kennt sich mit Sprengstoff aus? Bitte welchen besorgen" Da niemand sich meldet, legt "Igor" nach: "Sonst kauf ich welchen im Darknet". - Natürlich ist das alles nicht "extremistisch" im Sinne des Verfassungsschutzes ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. Juli 2023: >>

US-Todeslager: Grauen auf sumpfigen Wiesen

Während des Krieges hatten die Westalliierten Gefangene noch relativ gesetzeskonform behandelt. Nach dem Ende änderte sich die Praxis vollständig. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner" entreißen wir das Tabuthema der US-Vernichtungslager dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.

_ von Dr. Günther Kriemel

Den zehn bis zwölf Millionen deutschen Gefangenen wurde 1945 ihr Rechtsstatus aberkannt und eine Kategorie vollständig rechtloser Kreaturen neu erfunden: "disarmed enemy forces" (DEF). Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes hat damals verlangt, daß diese Menschen weiterhin gemäß der Konvention von 1929 behandelt werden - die Amerikaner und Briten haben sich allerdings einen Dreck darum geschert.

Die Hölle der Rheinwiesenlager

Durch die schlechte Behandlung kamen in den meisten Kriegsgefangenenlagern der westlichen Alliierten viele der Gefangenen um. Ungeschulte Gefangene wurden zum Minenräumen gezwungen, in Frankreich, in Dänemark (Berichte über diese barbarische Praxis gab es in der Ausgabe des Focus vom 30. November 1998 sowie in der Preußischen Allgemeinen Zeitung vom 16. Januar 1999). Hunderte fanden den Tod.

Die "Rheinwiesenlager" nahmen eine Sonderstellung ein. Millionen Deutsche wurden auf sumpfigen Wiesen entlang des Rheins (Überschwemmungsgebiet) in Stacheldrahtverhaue

getrieben, darunter Verwundete und Amputierte, auch Zivilisten Frauen, Kinder und alte Leute. In diesen "Cages" gab es keinerlei Infrastruktur, keine Baracken, Zelte oder Unterstände, Latrinen, Waschräume oder wenigstens Wasserstellen, weder Schlafpritschen noch Decken, keine medizinische Versorgung und oft tagelang weder Nahrung noch Wasser.

Eisenhower hatte den Befehl ausgegeben, die Gefangenen unter freiem Himmel zu belassen: "No shelter!". Wenn die Einwohner der Dörfer, selbst darben, den Gefangenen einiges Eßbares bringen wollten, warfen die GIs alles auf einen Haufen, übergossen die Lebensmittel mit Benzin und zündeten sie an. Vielfach wurden solchen Helfern Tod durch Erschießen angedroht, Helfen wurde ausdrücklich durch Erlaß der Kommandantur verboten.

Die gequälten Gefangenen

Hilfszüge des Roten Kreuzes mit Lebensmitteln, Decken, Zelten und medizinischer Ausrüstung durften nicht entladen werden und mußten in die Schweiz zurückkehren (mehr über diese heute fast unbekanntes Greueln erfahren Sie in COMPACT-Geschichte Die Todeslager der Amerikaner: Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen). Zuweilen wurde auch ohne ersichtlichen Anlaß in die Menge der Gefangenen geschossen.

Die Gefangenen hausten trotz Kälte, Regen und Schnee auf nacktem Boden oder im Schlamm. In den Depots waren Zelte, Medizin, Lebensmittel reichlich vorhanden. Die Gefangenen gruben sich Erdlöcher, um ein wenig geschützt zu sein. Es kam sogar vor, daß Bulldozer durch die Lager fuhren und Erdlöcher samt den darin vegetierenden Gefangenen zuwalzten.

Der kanadische Historiker James Bacque beziffert in seinem Werk *Der geplante Tod* die Zahl der Todesopfer in diesen Lagern mit etwa einer Million. Zusätzlich forderten die Zustände in den Gefangenenlagern der Sowjetunion, Polen und Jugoslawien weitere anderthalb bis zwei Millionen Opfer.

Die geplante Hungerkatastrophe

In seinem zweiten zeitgeschichtlichen Werk *Verschwiegene Schuld* beschreibt Bacque das zweite monströse und vorsätzliche Verbrechen der Amerikaner und Franzosen gegen die deutsche Zivilbevölkerung in der Zeit der Militärdiktatur. Viele Wohnhäuser waren zerstört, die Menschen hausten hungernd und frierend in Kellern und Ruinen. In dieser Situation unterwarf die Besatzungsmacht die Deutschen einem akribisch geplanten systematischen Aushungerungsprogramm. Wie nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Import von Lebensmitteln durch Blockade verhindert. Die Fischereiflotte durfte nicht auslaufen, teilweise wurden die Fischerboote gesprengt.

Die Sieger konfiszierten deutsche Vorräte an Lebensmitteln und transportierten Lebensmittel, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen in großen Mengen ab. Kohle und Nutzholz mußten im Wert von 1,8 Milliarden Reichsmark abgeliefert werden. Ausländischen Regierungen wurde die Erlaubnis verweigert, den deutschen Zivilisten zu helfen. Hilfstransporte des Roten Kreuzes durften nicht entladen werden. Die Herstellung synthetischer Fette wurde verboten. Es gab umfangreiche Produktions- und Ausfuhrverbote, um zu verhindern, daß die Deutschen Lebensmittel im Ausland kaufen konnten.

Die gesamte Flotte an Handelsschiffen wurde gestohlen, ebenso wie jegliches Auslandsvermögen. Als Tagesration wurden den Deutschen vielfach nur tausend Kalorien gestattet, mitunter nur 400 (so beschreibt es Victor Gollancz in seinem Buch *In Darkest Germany*). Erfrierungen, Hungerödeme, Tuberkulose, Mangelkrankheiten waren endemisch. In manchen deutschen Kinderkrankenhäusern mußten wegen totalen Mangels an Nahrung durch Triage 25 bis 50 Prozent der Kinder geopfert werden.

Menschheitsverbrechen Vertreibung

Große Teile des Staatsgebietes Deutschlands wurden auf andere Staaten aufgeteilt. Die lange geplante und stets von Roosevelt geförderte Vertreibung und Verschleppung wurde unter ak-

tiver Mitwirkung der Westmächte befohlen.

Die Drecksarbeit wurde den "Alliierten fürs Grobe", den Sowjets, überlassen. Sie gestalteten den Einmarsch in die deutschen Gebiete als mörderische Strafaktion durch ihre durch die Mordpropaganda Ilja Ehrenburgs aufgehetzte Soldateska. Mord, Brandstiftung, Plünderung, Vergewaltigung wurden dermaßen zur gewohnten Beschäftigung der einrückenden Soldaten, daß sie an der Oderlinie nicht einhielten. Die Stadt Demmin in Vorpommern wurde kampflos eingenommen und zur Plünderung und Vergewaltigung freigegeben, anschließend niedergebrannt. Die Befreier wüteten so unbeschreiblich, daß Tausende von Einwohnern Selbstmord begingen.

Gleichartiges ereignete sich in vielen mitteldeutschen Städten. Der Einmarsch der sowjetischen Truppen in das kleine Gebiet Ostösterreich brachte über 60.000 einheimischen Zivilisten den Tod.

Edvard Benes: Der Liquidator

Die CSR-Exilregierung unter Edvard Benes hatte 1943 die bereits seit dem 19. Jh. geplante Vertreibung der Deutschen aus Böhmen als "totale Endlösung" gefordert:

Das Ende des Krieges wird mit Blut geschrieben werden. Schlagt sie, bringt sie um, laßt keinen am Leben! (zitiert nach Heinz Nawratil: Vertreibungsverbrechen an Deutschen)

Betroffene waren die Deutschen aus den Ostgebieten und dem Sudetenland, den Streusiedlungsgebieten in Polen, Rumänien, Jugoslawien und der Sowjetunion (Schwarzmeer-, Wolhynien- und Wolgadeutsche). Bis zu drei Millionen Deutsche wurden Opfer bestialischer Greuelthaten bei der Vertreibung und in Tausenden von Konzentrationslagern in Polen, Jugoslawien und der CSR. Die Frauen unter den Vertriebenen erlitten Millionen von Vergewaltigungen.

Deindustrialisierung und Patentraub

Die nach dem Bombenkrieg (800.000 bis eine Million zivile Opfer) verbliebenen Fabriken wurden ihrer Maschinen beraubt und vielfach gesprengt (vgl. hierzu: Archiv der Stadt Salzgitter, Band 3, Salzgitter: Die Demontage der Reichswerke (1945-1951) und Wolfgang Popp: Wehe den Besiegten). Dabei wurden planmäßig auch viele Fabriken für Güter des zivilen Bedarfs zerstört, beispielsweise Werke zur Uhren-, Hausrat- und Spielzeugproduktion.

Speziell die Düngemittelfabriken waren Ziel der Vernichtung, was zum Hunger beitragen sollte. Im Einklang mit dem Morgenthau-Plan und den Beschlüssen von Potsdam war das Ziel der völkerrechtswidrigen Demontage die drastische Reduzierung der Industriekapazität Deutschlands und Österreichs, die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz ebenso wie die planmäßige, alle Grenzen übersteigende Bereicherung der Feindmächte.

Schiffsladungsweise wurden Geschäftsgeheimnisse, Verfahrensvorschriften, Prototypen neuer Maschinen abtransportiert, darunter 750.000 – 850.000 deutsche Patente (vgl. hierzu Friedrich Georg: Unternehmen Patentraub) sowie alle Warenzeichen, Kunst aus Museen, Kirchen und Sammlungen, das Gold der Reichsbank, Dokumente und Archive.

Der Raub der Patente sicherte den bis dahin in Forschung und Hochtechnologie rückständigen USA einen Vorsprung vor anderen Nationen von vielen Jahrzehnten in ungezählten Bereichen der Grundlagenforschung und Spitzentechnologie. Der materielle Wert eines einzigen Patentes übersteigt in vielen Fällen eine Milliarde Euro.

Stalins Raubzug in Mitteldeutschland

Eine akribische Vorarbeit und Planung der einrückenden Alliierten sicherte den Erfolg des gigantischsten Raubzugs aller Zeiten. Die USA quetschten 24.000 Wissenschaftler und Techniker nach verwertbaren technischen Informationen aus und verbrachten Tausende nach Amerika. Wer Informationen nicht preisgeben wollte, stand unter Todesdrohung.

Auch Frankreich und England verhörten unter Zwang deutsche Wissenschaftler, deportierten etwa 600 und transportierten an Erfindungen und Entwicklungen alles ab, was für sie greifbar

war. Die UdSSR entsandte eine Sondertruppe von 70.000 Wissenschaftlern in sowjetischen Offiziersuniformen. Stalins Befehl: Rüstungswerke, wissenschaftliche Forschungsstätten, alle Fabriken sind in Besitz zu nehmen, sämtliche Geräte, Instrumente, Maschinen abzubauen; Wissenschaftler und Personal der Institute sowie alle Menschen, die die Geräte und Maschinen bedienen können, sind in die Sowjetunion zu verbringen. Die Sowjets deportierten 20.000 bis 50.000 Wissenschaftler, Ingenieure und Werkmeister.

Welche Ziele hatte die "Umerziehung"?

Dieses Vorhaben gehört keineswegs zu den Rechten, die das Völkerrecht einer Besatzungsmacht einräumt. Die militärischen Sieger sahen sich bis zum Exzeß ausdrücklich weiterhin als "Feindmächte". Ihr Ziel war nicht, die Deutschen dazu zu bewegen, innezuhalten und sich nun eine staatliche Ordnung nach den Grundsätzen des Kantschen Imperativs zu geben. Ziel war die Hinnahme völliger Rechtlosigkeit und die Willigkeit zu Selbstaufgabe und zur vollständigen seelisch-geistigen Unterwerfung.

Bereits das militärisch sinnlose Verbrechen der Vernichtung der historischen Altstädte und Kulturdenkmäler hatte den Zweck, das deutsche Antlitz zu entstellen. Konsequenterweise bezeichnete Wolf Biermann die Bomben als "Himmelsgeschenke" und die Antideutschen weiden sich an "Bomber-Harris, do it again!".

Der Perpetuierung der Kriegspropaganda diene ein Schreiben (Februar 1944) des britischen Informationsministeriums an Presse und hohen Klerus über die kalkulierte Unmenschlichkeit der einrückenden Truppen Stalins: "Die Ablenkung der öffentlichen Meinung" von den "unvermeidlichen Greueln" müsse gelingen durch "gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda". Denn "leider sei die Öffentlichkeit nicht mehr so vertrauensselig wie "in den Tagen der Leichenfabriken (sic!) und verstümmelten belgischen Babys". Es sei also dringend nötig, daß die Adressaten "volle Unterstützung leisteten bei den verschiedenen Anklagen gegen Deutsche und Japaner, die das Ministerium in Umlauf bringe" (vgl. hierzu Edward J. Rozek: Allied wartime diplomacy; a pattern in Poland).

Um das deutsche Volk in die "Neue Ordnung" der "Einen Welt" (Roosevelts Wunschtraum) einzuverleiben, sei zuallererst zu etablieren, daß der Einzelne sich in transethnische "Systeme" einzuordnen habe und daß die Begriffe "Volk", "Nation", "Rasse" bloße Wahngelüste seien. Daran war den Vertretern des Liberalkapitalismus, der von Helmut Schmidt als "Raubtierkapitalismus" bezeichnet wurde, der Gedanke der solidarischen Volksgemeinschaft ganz besonders zuwider. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26633" berichtet am 24. Juli 2023 (x1.319/...): >>Neuer Malaria-Impfstoff: WHO verstößt gegen eigene internationale Ethikstandards

Schon bald soll Afrika zu einem Großabnehmer für Malaria-Impfstoffhersteller werden. Hundert Millionen Impfdosen sollen bis 2030 gespritzt werden - ein Großversuch an afrikanischen Kindern.

Seit Jahren plagt die Infektionskrankheit Malaria tropische und subtropische Länder, unter anderem Afrika, wodurch jährlich mehrere Tausend Menschen sterben.

Während es wirksame Medikamente gibt, die bei einer frühzeitig erkannten Malaria-Infektion eingesetzt werden können, möchte die WHO gemeinsam mit der Impfallianz GAVI erstmalig Afrika mit einem Malaria-Impfstoff fluten. Neben vorbeugenden Medikamenten gibt es bisher einen neu zugelassenen Impfstoff gegen Malaria: Mosquirix (RTS,S/AS01). An weiteren Impfstoffen wird geforscht. Ganze vier Dosen brauche der Impfstoff, damit er wirksam sei. Die Länge der Wirkung sei laut UNICEF noch unbekannt. Deutschlandfunk berichtete schon 2020 über den Impfstoff, daß er Säuglinge kaum und Kleinkinder nur zu etwa 30 Prozent schütze. Doch der Impfstoff sei sicher und wirksam - schreibt die globale Impfallianz GAVI von Bill Gates.

Schon bald soll Afrika zu einem Großabnehmer für Impfstoffhersteller werden. Hundert Millionen Impfdosen sollen bis 2030 gespritzt werden - ein Großversuch an afrikanischen Kindern. So berichtete UNICEF Anfang Juli 2023: "18 Millionen Dosen des ersten Malaria-Impfstoffs werden für zwölf afrikanische Länder bereitgestellt."

Die größten Studien zum Impfstoff brachten jedoch schockierende Ergebnisse. Die Gruppe der Geimpften wies ein zehnmal höheres Risiko für Gehirnhautentzündungen (Meningitis) und zerebrale Malaria (zerebrale Malaria = Auftreten von zentralnervösen u.a. lebensbedrohlichen Komplikationen) auf und unter den Mädchen hatten die Geimpften ein doppelt so hohes Sterberisiko als die Kontrollgruppe.

Um diese Ergebnisse zu überprüfen, startete die WHO eine Pilotevaluierung (Pilotevaluierung = Überprüfung der Erststudien), bei der es zu "schwerwiegenden Verstößen gegen internationale Ethikstandards" kam. In einem Interview mit Deutschlandfunk erklärte Professor Charles Weijer, daß die WHO bei dieser Pilotevaluierung genau die Regeln verletzt habe, die sie mitverfaßt hat.<<

25.07.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Juli 2023:

>>Neues Buch: Europa-Chef der AfD mit Kampfansage

Von *Sven Reuth*

Dieser Mann will es wissen: Mit "Politik von rechts" legt Maximilian Krahe eine knallharte Abrechnung mit dem dominierenden Linksliberalismus vor. Der AfD-Europaabgeordnete unterstreicht mit diesem Manifest seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker seiner Partei zu sein - rechtzeitig zum Europaparteitag der AfD am kommenden Wochenende, auf dem er vermutlich zum Spitzenkandidaten für die anstehende EU-Wahl gekürt wird. Wer wissen will, in welche Richtung die AfD marschiert, kommt an "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Krahe - nicht vorbei.

Trotz der sich immer deutlicher abzeichnenden tiefen Krise des Westens, trotz der Selbstaufgabe in einer nihilistischen Spaßkultur, trotz wachsender Parallelgesellschaften, unregulierter Massenzuwanderung und rasanter Deindustrialisierung ist bei den meisten deutschen Intellektuellen immer noch der Abschied vom Prinzipiellen angesagt. Die Reaktion des Überbaus auf die immer spürbarer werdende Krise besteht nach wie vor zumeist in postmodernen Erzählspielchen und selbst Konservative haben oft große Hemmungen, öffentlich zu ihren Überzeugungen zu stehen.

Das nimmt manchmal unfreiwillig komische Züge an, wie bei Jacques Schuster, dem Chefkommentator der Welt, der unlängst in einem seiner Leitartikel behauptete, daß sich Konservatismus in einem "stillen, nachsichtigen Pessimismus" erschöpfe, der sich in folgendem Zitat des rumänischen Essayisten Emil Cioran zusammenfassen lasse:

"Mit einer Blume im Knopfloch dem Ende der Geschichte zusteuern: Dies ist die einzig würdige Haltung im Ablauf der Zeit."

Nicht konservativ, sondern rechts

Dem sächsischen AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krahe ist das viel zu wenig. Außerdem verortet sich Krahe bewußt als rechts und verzichtet auf die vorsichtiger Selbstetikettierung als konservativ, da diese gerade in ihrer liberalkonservativen Variante zu "abwartend und bequem" sei. Eine rechtskonservative Haltung, wie sie Krahe vorschwebt, erschöpfe sich nicht in einer bestimmten Mentalität, sondern sei eine Weltanschauung, die "Natur und Tradition normativ" verstehe.

Für libertäre Positionen wiederum hat Krahe ein gewisses Verständnis. Seiner Auffassung nach ist der Staat ein problematisches Phänomen, da er stets die Falschen subventioniere und aus seinem eigenen Wachstumsdrang heraus bestrebt sei, Abhängigkeiten zu schaffen. Dennoch sei er unverzichtbar als "kollektive Ordnungsmacht", auch wenn die "Skepsis gegenüber staat-

licher Macht" ein "genuin rechtes Anliegen" bleibe.

Das Christentum wiederum sei eigentlich der natürliche Partner der Rechten und könne diese Rolle zumindest in den USA und im orthodoxen Kulturkreis auch noch ausfüllen. In Europa hingegen befinde sich rechte Politik im "offenen Widerspruch zur Gegenwartskirche". Hier sei es "illusorisch, zu glauben, man könne christlich inspirierte Politik gegen das organisierte Christentum" machen. Dies sei ein "Mangel", den die europäische Rechte sich eingestehen müsse.

Das Volk bleibt unverzichtbar

Zum Kern der eigenen Identität zählt nach Krahn aber auch das Volk. An diesem Punkt können nach Auffassung des AfD-Politikers keine Abstriche gemacht werden. Dazu bemerkt der Europaabgeordnete:

"Folglich wird die Rechte da am unerbittlichsten angegriffen, wo sie am Volk als Traditions- und Schicksalsgemeinschaft festhält. Die Angriffe des Inlandsgeheimdienstes 'Verfassungsschutz' richten sich nicht ohne Grund gegen die Verteidigung der politischen Bedeutung des Volkes jenseits der Gemeinschaft der Staatsbürger. Weil diese Unterscheidung jeder kollektiven Identität zwingend innewohne, sei jede kollektive Identität mit der Idee der universalen Menschenwürde unvereinbar und damit in der Sphäre von Politik und Staatsrecht unerträglich, so die Argumentation."

Krahn betont, daß die Rechte sich in diesem Punkt aber nicht ins Bockshorn jagen lassen dürfe. Gerade in den sich verschärfenden Verteilungskämpfen der Gegenwart habe der Einzelne nur als Teil einer Gemeinschaft eine Chance. Rücke die Rechte vom Volksbegriff ab, dann überlasse sie auch den Einzelnen sich selbst und gebe ihn damit auf.

Bilder aus der Asylkrise 2015 von der serbisch-ungarischen Grenze. Die Errichtung des serbisch-ungarischen Grenzzauns läutete eine Phase der restriktiveren Migrationspolitik in Europa ein, die mittlerweile wieder beendet wurde.

Maximilian Krahn befürwortet eine Kooperation mit den Migranten, um diesen die Rückreise in ihre Heimatländer schmackhaft zu machen. Die Massenzuwanderung sieht der gebürtige Lausitzer als eines der größten Probleme überhaupt. Eine Remigration könne angesichts der immens hohen Zahl der Fremden im Land allerdings nur dann gelingen, wenn diese kooperieren. Rückführungsabkommen könnten mit Investitionsschutzabkommen kombiniert werden, um beispielsweise die deutsche Industrie zu Investitionen in Syrien zu bewegen.

Der Neocon-Irrweg

Auf außenpolitischer Ebene konstatiert der Europaabgeordnete das Ende einer Ära, die Ende des 15. Jahrhunderts mit den Entdeckungen von Christoph Kolumbus begann, die die weltweite Dominanz des Westens einläuteten. Krahn spricht in diesem Zusammenhang von einer "Zeitenwende" und verweist auf das mit rasanter Geschwindigkeit sinkende demografische und ökonomische Gewicht des Westens.

Die "Neocon-Idee", die westliche Dominanz zur Not auch mit Kriegen verteidigen zu wollen, sei allein schon deshalb "eine verhängnisvolle Selbsttäuschung". Die Revolution im Iran 1978/79 deutet Krahn als epochale Zäsur, da sie "das erste Erwachen eines nichtwestlichen Modells" war. Der Versuch, westliche Politikmodelle mit militärischen Mitteln in nichtwestliche Territorien zu exportieren, habe zu "desaströsen Ergebnissen" geführt; Libyen, Syrien und der Irak wurden "regelrecht zerstört".

Für Krahn liegt auf der Hand, daß eine multipolare Welt verschiedener Großräume, die sich rund um angestammte Regionalmächte selbst organisieren, die bessere Alternative zu einer unipolaren Welt im Sinne des globalisierten Westens ist.

Auf ökonomischer Ebene sieht der Lausitzer - in Übereinstimmung mit vielen anderen besorgten Stimmen - sehr schwere Zeiten auf Deutschland zukommen. Er stellt fest:

"Das linksliberale Establishment hat Deutschland als eigenständige Nationalökonomie und

Industriezentrum längst aufgegeben. Die Klimapolitik nimmt die Deindustrialisierung bewußt und billigend in Kauf, die Außenpolitik mit ihrem Sanktionsregime zerstört den Export."

Linke Technikfeindlichkeit überwinden

Die "schiefer unendliche Technik- und Forschungsfeindlichkeit" der Linken verdamme Deutschland dazu, seinen ökonomischen Abstieg weiter fortzusetzen. Wenn diese Entwicklung umgekehrt werden soll, ist nach Kraus "eine Offenheit für Erfahrungen, Entwicklungen und Veränderungen" notwendig. Es gelte, die sechs Faktoren Phantasie, Ästhetik, Selbstreflexion, Abenteuerlust, Kreativität und Widerspruchsgeist zu stärken. Kraus stellt aber auch ganz klar fest:

"Rechte Politik will die Macht der Superreichen einhegen."

Vermeintliche "Philantropen" wie George Soros oder Bill Gates nutzen ihre ungeheuren Mittel, um massiv politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen und könnten dabei größere Finanzvolumina bewegen als ganze Staaten.

Die Etablierung derartiger Machtkonzentrationen außerhalb von Staaten und Verfassungen stelle eine wachsende Gefahr dar.

Das Atomkraftwerk Isar 2., das Mitte April dieses Jahres endgültig abgeschaltet wurde. Deutschland geht mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Atomkraft einen gefährlichen Sonderweg. Maximilian Kraus fordert eine Überwindung der linken Technikfeindlichkeit. Mit seinem im Verlag Antaios erschienenen Buch "Politik von rechts - ein Manifest" hat Maximilian Kraus eine überzeugende Grundlage für die Diskussion über die Frage, was Begriffe wie "konservativ" oder "Rechts-Sein" in unserer Zeit überhaupt noch aussagen und wie sie sinnvoll mit Leben erfüllt werden können, geliefert.

Der Lausitzer argumentiert zwar weniger anthropologisch als beispielsweise ein Karlheinz Weißmann, der sich seinerseits ja stark auf Arnold Gehlen beruft, dafür deckt er in seiner mehr als 200 Seiten starken Schrift zahlreiche Fragestellungen und Themenfelder ab. Das Buch regt zum Weiterdenken an, kommt ohne Rechthabereien aus und ist in einer klaren, direkten und schnörkellosen Sprache geschrieben - bleibt zu hoffen, daß es in patriotischen Kreisen möglichst viele Leser findet. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 25. Juli 2023: >>**Illegale Masseneinwanderung explodiert: Fast 80 Prozent mehr Asyl-Anträge im ersten Halbjahr!**

"DEUTSCHLAND, WIR HABEN EIN PROBLEM", titelt die "Bild-Zeitung" - "die Flüchtlingskrise ist zurück!" Auch schon aufgewacht, liebe Kollegen? Die Migrationszahlen (77,5 Prozent mehr Asylanträge) explodieren - und langsam merkt es auch der Mainstream.

Trotz der mit viel Tamtam zelebrierten "Flüchtlingsgipfel" von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Kanzler Olaf Scholz (beide SPD) sind die Migrationszahlen 2023 nicht zurückgegangen. Der Halbjahres-Bericht des Bundesamtes für Migration (BAMF) belegt das Gegenteil und das neuerliche Totalversagen der Anti-Deutschland-Ampel!

So wurden von Januar bis Juni insgesamt 162. 271 Asylanträge gestellt, davon waren 150.166 Erstanträge. Im Jahr 2022 waren es im gleichen Zeitraum 84 583 Erst-Asylanträge. Im Klartext: 77,5 Prozent mehr Erstanträge als im Vorjahr!

Der Chef der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, spricht von "hochdramatischen" Zahlen und bringt es auf den Punkt: "Bei einem Anstieg der Asylzahlen von 77,5 Prozent ist zweifelsfrei belegt, daß die auf den Flüchtlingsgipfeln vereinbarten Maßnahmen kläglich gescheitert sind." Der Polizeigewerkschafter warnt: "Die Länder und Kommunen werden bald keine Menschen mehr anständig unterbringen können. Frau Faeser muß endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufwachen und ihre Verantwortung für die Menschen in diesem Land wahrnehmen."

So steigt die Migration nach Deutschland

Am stärksten vertreten sind laut BAMF-Bericht Antragsteller mit diesen Staatsbürgerschaften:

Syrien mit 24. 492 Erstanträgen und einem Plus verglichen zum Vorjahr von 77 Prozent, Afghanistan (27 310, plus 80 Prozent), Türkei (19. 208, plus 209 Prozent!).

71,6 Prozent der Erstantragsteller waren jünger als 30 Jahre. Und: 71,6 Prozent aller Erstantragsteller waren männlich.

Die meisten Asylanträge wurden 2023 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (31.271), Bayern (23.417), Baden-Württemberg (17.021), Niedersachsen (15.576), Hessen (11.624), Berlin (7.855), Rheinland-Pfalz (7.609) und Sachsen (7.266) gestellt. Offenbar erfreut sich der Osten Deutschlands bei Migranten nicht unbedingt großer Beliebtheit.

Experten befürchten: Wenn die Zahlen weiter so steigen, dann könnten es bis zum Jahresende mehr als 324.000 Asylanträge werden - die dritthöchste Zahl nach der illegalen Masseneinwanderung 2015/16. Der große Unterschied: Damals waren noch nicht eine Million Ukraine-Flüchtlinge zusätzlich im Land.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Wirtschaft schrumpft um 0,3 Prozent**

Deutschland ist Schlußlicht in der G7

Ökonomen des IWF prognostizieren für Deutschland einen Rückgang der Wirtschaft um 0,3 Prozent. Deutschland schneidet damit so schlecht ab wie kein anderer G7-Staat.

Jonas Aston

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für Deutschland 2023, daß die Wirtschaft um 0,3 Prozent schrumpft. Die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland haben sich demzufolge weiter eingetrübt. Noch im April wurde ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent vorhergesagt.

Den IWF-Ökonomen zufolge leidet Deutschland aktuell besonders unter einer kriselnden Industrie infolge der hohen Energiepreise. Darüber hinaus sei der schwache Welthandel für Deutschland als exportorientierte Nation ein Problem. Von allen G7-Nationen schneidet Deutschland damit am schlechtesten ab. Der lange Zeit prognostizierte Aufwärtstrend nach den Corona-Krisenjahren bleibt damit zunächst aus. In den USA wurde die Prognose von 1,6 auf 1,8 Prozent erhöht. Ursache sei die Erhöhung der Realeinkommen sowie die Erholung der Autoverkäufe.

In anderen EU-Ländern erholt sich die Wirtschaft

In anderen Ländern Europas entspannt sich die wirtschaftliche Situation ebenfalls etwas. In Spanien wurden die Wachstumsaussichten von 1,5 Prozent auf 2,5 Prozent angehoben. In Italien soll die Wirtschaftsleistung statt um 0,7 Prozent um 1,1 Prozent steigen.

Trotz der starken Urlaubssaison wird jedoch auch in den südeuropäischen Staaten ein Minus zu verzeichnen sein - wenn auch der IWF seine Prognose für die Inflation etwas senkte. 2023 soll die Teuerungsrate in der Eurozone statt 7,0 Prozent 6,8 Prozent betragen.

2024 wird die Wirtschaft in Deutschland den IWF-Ökonomen zufolge zumindest wieder wachsen. Statt den bisher vorhergesagten 1,1 Prozent Wachstum soll die Wirtschaft nächstes Jahr um 1,3 Prozent zulegen. 2022 wuchs die deutsche Wirtschaft noch um 1,8 Prozent. Für die Weltwirtschaft prognostiziert man ein Wachstum von 3 Prozent.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 25. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Energiepolitik: Günstiger Strom für alle ist machbar**

Steffen Kotré, energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Zur aktuellen Debatte um Pläne des Wirtschaftsministers Robert Habeck, wonach Industriestrom massiv subventioniert werden soll, teilt der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré, mit:

"Günstiger Strom ist für alle machbar. Die Diskussion um einen Industriestrompreis führt in die Irre. Die von Habeck vorgeschlagenen Subventionen sind der untaugliche Versuch, mit

dem Steuergeld die Folgen der vor unser aller Augen scheiternden grünen Energieverknappungspolitik zu verdecken. Die bereits einsetzende Abwanderung der Industrie, der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung aus dem scheiternden grünen Utopia wird sich damit nicht aufhalten lassen.

Daß unsere Forderung nach Abschaffung der Stromsteuer nun endlich aufgenommen wird, ist erfreulich. Die Unterstützung der AfD-Fraktion dafür ist gewiß. In Anbetracht der wirtschaftlichen Gesamtlage ist dies aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Deutschland braucht wieder mehr verlässlichen und günstigen Strom. Statt öko-masochistischer Energieverknappung müssen wir dringend das Angebot ausweiten. Nur so kann Deutschland als modernes Industrieland im weltweiten Wettbewerb bestehen.

Die ideologischen Kraftwerksabschaltungen müssen rückgängig gemacht werden.

Nach einer aktuellen Studie der Radiant Energy Group können bis zu acht deutsche Kernreaktoren reaktiviert werden. Sechs davon bereits in Jahresfrist.

Daß die Bundesregierung zur Stromerzeugung lieber Steinkohle aus aller Welt importiert, statt die CO₂-freien Kernkraftwerke zu reaktivieren, zeigt untrüglich, daß sie selbst nicht an ihr CO₂-Katastrophenszenario glaubt. Das wird nur für den radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag fordert die Rückkehr zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen, modernen Kernenergie. Wer eine gedeihliche Zukunft Deutschlands in der Welt will, kommt daran nicht mehr vorbei.

Ein Festhalten an utopischen Zukunftsplänen wie einer teuren, flächendeckenden Wasserstoffwirtschaft und der Stromversorgung Deutschlands aus schwankenden Quellen wie Wind- und Solar leistet dies nicht." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. Juli 2023: >>**80 Jahre Operation Gomorrha: Der große Feuersturm**

Die Angriffe auf deutsche Städte durch die englische Luftwaffe folgten von Anfang an der Vernichtungslogik Churchills. Der erste wirklich große und gleichzeitig verheerendste Feuersturm wurde dann vor 80 Jahren bei dem unter dem Codenamen Gomorrha laufenden Luftangriffen auf Hamburg entfesselt, die vom 24. Juli bis zum 3. August 1943 von britischen und US-amerikanischen Bombern durchgeführt wurden. ...

_ von *Gero Bernhardt*

Die ersten Luftschläge im Zweiten Weltkrieg führten nicht etwa die Deutschen, sondern die britische Royal Airforce (RAF) aus - und zwar fern der Front, im Hinterland des Feindes. Von Seiten Englands ist dies sowohl von damals maßgeblichen Politikern wie Luftfahrt-Staatssekretär James Spaight (1944) oder Churchills Kabinettsmitglied Lord Hankey (1950) als auch von prominenten Historikern, etwa von Basil Liddell Hart (1946), J. F. C. Fuller (1948), Denis Richards und Hilary Saunders (1953; offiziöse Geschichte der RAF) oder A. J. P. Taylor (1965) eingestanden worden.

Spaight bekundete in seinem Buch *Bombing Vindicated*: "Wir begannen, Städteziele in Deutschland zu bombardieren, ehe dies die Deutschen in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist." In Taylors *English History 1914-1945* kann man lesen: "Der Blitz begann erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert hatten."

Dem Angriff der deutschen Luftwaffe auf die englische Rüstungsmetropole Coventry im November 1940, der häufig fälschlicherweise als "Beginn des Bombenterrors" im Zweiten Weltkrieg bezeichnet wird, waren beispielsweise allein 24 Angriffe der RAF auf Dortmund vorausgegangen, wie sich aus der Chronik der Lokalhistorikerin Katharina Tiemann ergibt, die in dem Buch *Stadtgeschichte in Bildern und Berichten* erschien, das 1995 vom Historischen Verein für Dortmund herausgegeben wurde.

Churchills Mordgelüste

Auch die Bundesregierung unter Konrad Adenauer wies schon früh auf den korrekten Ablauf hin. In ihren Dokumenten Deutscher Kriegsschäden, veröffentlicht im Jahr 1958, heißt es: "Mit dem Tagesangriff vom 4. September 1939 gegen Schiffsziele vor Wilhelmshaven und gegen den Nordostseekanal hat die RAF den Luftkrieg praktisch eröffnet. ... Die in dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht erwähnten feindlichen Angriffe auf drei Orte im Ruhrgebiet in der Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 sind als Einleitung des Städtebombardements anzusehen. Mit diesem Datum begann ein neuer Abschnitt der Kriegsgeschichte."

Sieht man also von der Ende November 1939 erfolgten sowjetischen Bombardierung der finnischen Hauptstadt Helsinki ab, kam es im Zweiten Weltkrieg in der Nacht zum 11. Mai 1940 zum ersten Bombenangriff auf eine frontferne Stadt. Der Historiker Jörg Friedrich schreibt dazu in seinem Standardwerk Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945: "Das britische Kabinett hatte nach Churchills Amtsantritt den Grundsatz des Zivilschutzes aufgehoben. Die erste bombardierte deutsche Stadt war Mönchengladbach, wo 35 Hampdens und Whitley-Bomber Straßen und Schienenwege bombardierten. Dabei kamen vier Zivilisten um, darunter eine dort ansässige Engländerin." Gleich darauf folgten Angriffe der RAF auf Aachen, Dortmund, Essen, Hamm und Hannover.

Im Juni 1940, so Friedrich weiter, erklärte Churchill: "Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen, ja, zu einer Wüste!" Es gelte, so der Londoner Premier, "ein gewaltiges Feuer in Hitlers eigenem Hinterhof" zu entfachen. Im Sommer 1940 habe der britische Regierungschef laut Der Brand seinem Rüstungsminister Beaverbrook bei einem Lunch eröffnet: "Es gibt eine Sache, die Hitler niederwirft, und das ist ein absolut verwüstender Ausrottungsangriff ("exterminating attack") durch sehr schwere Bomber."

Im April 1941 habe Churchill dann seine "Bombenmoral" wie folgt beschrieben: "Es gibt knapp 70 Millionen böartige Hunnen. Die einen sind heilbar, die anderen zum Umbringen." ("... some of whom are curable and others killable") "Hunnen" war eine von der englischen Propaganda schon im Ersten Weltkrieg ausbaldowerte Schmähdbezeichnung für die Deutschen, die ab 1939 in Großbritannien wieder in Mode kam.

Anglo-amerikanische Eskalation

Doch nicht nur der Ausbruch, sondern auch die Eskalation des Luftkrieges ging auf das Konto der Alliierten:

Das Flächenbombardement, der Feuersturm mit Injektoreffekt (Unterdruck, etwa im Keller von Häusern, der Gase aus oberen Brandstellen hinabzieht) und die verheerende Phosphorbombe wurden von der Royal Air Force entwickelt, während das teuflische Napalm, das zu Massenverbrennungen und -vergasungen führt, das "Strafing" (Bezeichnung für die vom amerikanischen Luftwaffengeneral Spaatz im Spätsommer 1944 konzipierten Tieffliegerangriffe "auf alles, was sich bewegt") und die - nicht gegen das Deutsche Reich, aber gegen Japan - eingesetzte Atombombe, die allen Grundsätzen einer nur halbwegs moralischen Kriegführung zuwiderläuft, erstmals von der Luftwaffe der US Army eingesetzt wurden.

Der erste wirklich große und gleichzeitig verheerendste Feuersturm wurde dann vor 80 Jahren bei dem unter dem Codenamen Gomorrha laufenden Luftangriffen auf Hamburg entfesselt, die vom 24. Juli bis zum 3. August 1943 von britischen und US-amerikanischen Bombern durchgeführt wurden. In den östlichen Stadtteilen tobte in der Nacht vom 27. auf den 28. Juli 1943 begünstigt durch die Witterungsbedingungen der verheerendste Feuersturm, den je eine deutsche Stadt während des Zweiten Weltkriegs erlebte. Einen ersten Feuersturm hatte die Royal Air Force schon am 29. März 1942 bei der Bombardierung von Lübeck entfacht. Er war von den Dimensionen her aber nicht mit dem Inferno vergleichbar, das in Hamburg während der Operation Gomorrha entfesselt wurde.

"Wir werden Deutschland zu einer Wüste machen." Winston Churchill

Die totale Enthemmung des anglo-amerikanischen Bombenkrieges zeigt sich auch daran, daß zum Schluß sogar Krankenhäuser zu Punktzielen der Alliierten werden konnten. Jörg Friedrich macht dies am Beispiel des Angriffs auf das katholische Hospital von Dinslaken am 23. März 1945 deutlich. "Zwei Wöchnerinnen mit ihren Säuglingen waren sofort tot", schreibt er und zitiert des Weiteren den Bericht von Chefarzt Dr. Otto Seidel: "Mit einem Blick bemerkte ich, daß sämtliche Patienten in den zerborstenen Betten tot waren, dann machte ich mich an die Beseitigung des Trümmerschutts, um an die noch Lebenden heranzukommen.

Es gelang mir, eine Mutter mit zwei Kindern freizubekommen. Die nächste Arbeit galt einer vollkommen gelähmten Patientin, aber ich konnte sie nur noch als Tote bergen. Neben ihr lag ein Mädchen von zehn oder elf Jahren. Es war kurz vorher mit mehreren Beinbrüchen bei uns eingeliefert worden. Nun lag es vor mir mit einem meterdicken Betonklotz auf dem kleinen Kopf, der platt gedrückt war wie ein Buch."

Friedrich berichtet weiter: "Kurze Zeit später wurden Flüssigkeitsbrandbomben abgeworfen, die sämtliche Ein- und Ausgänge des Krankenhauses blockierten. Noch lebende Patienten verbrannten." Wichtig ist noch der Hinweis des renommierten Historikers, der zu den Koryphäen der Luftkriegsforschung in Deutschland zählt: "Krankenhäuser waren auf dem Dach mit Rotkreuzzeichen bemalt, und 1945 zielten die Crews präzise genug, um bei Tageslicht ein Krankenhaus auszusparen." Offenbar sollte die Klinik in Dinslaken bewußt getroffen werden.

"Ich erhielt für den Bombenkrieg völlig freie Hand." Arthur Harris

Bei der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 hatten US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Großbritanniens Premierminister Winston Churchill eine makabre Arbeitsteilung im Bombenkrieg vereinbart: Die US Air Force greift tagsüber an, die Royal Air Force nachts. So regneten rund um die Uhr Bomben auf deutsche Städte.

Als Hauptangriffsgebiet wurde in Casablanca das Ruhrgebiet, Deutschlands industrielles Herz, ins Visier genommen - und als wichtigstes Ziel ihrer Luftschläge bezeichneten die politischen Führer der Westalliierten bei ihrem Gipfeltreffen in Nordafrika die "Unterminierung der Moral des deutschen Volkes bis zu einem Punkt, an dem seine Fähigkeit, bewaffneten Widerstand zu leisten, tödlich getroffen ist". "Durch Casablanca", schrieb der Chef des britischen Bomber Commands, Marschall Arthur Harris, "waren die letzten moralischen Hemmungen gefallen, und ich erhielt für den Bombenkrieg völlig freie Hand."

Die Todesbilanz

Die Bilanz dieses alliierten Vernichtungskrieges aus der Luft ist erschütternd: Fast anderthalb Millionen Tonnen Bomben wurden im Zweiten Weltkrieg auf deutsche Städte geworfen, rund 80 Prozent davon fielen 1944/45, eine halbe Million Tonnen allein noch zwischen Januar und April 1945. Die am häufigsten attackierten Städte waren Berlin (389 Luftangriffe), Duisburg (299), Essen (272), Köln (262), Düsseldorf (243) und Hamburg (213). Von allen Großstädten mit über 250.000 Einwohnern wies Dortmund mit 65 Prozent den höchsten Zerstörungsgrad durch Luftkrieg auf, bei den kleineren Großstädten war es Würzburg mit 75 Prozent, bei den Städten bis zu 100.000 Einwohnern Pforzheim, das zu 64 Prozent zerstört wurde.

"Moral Bombing"

Die Strategie von Bombardements gegen Ziele im Hinterland des Feindes wurde nicht erst in den 1940er Jahren entwickelt, sie geht maßgeblich auf General Hugh Trenchard zurück, der als Stabschef der britischen Luftwaffe 1923 eine entsprechende Doktrin formulierte, da so ein Stellungskrieg, wie er zwischen 1914 und 1918 tobte, vermieden und statt dessen ein schneller Sieg errungen werden könnte.

Der Luftkriegshistoriker Horst Boog, der als leitender wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt tätig war, hat darauf aufmerksam gemacht, daß schon in einer RAF-Dienstvorschrift von 1928 (Royal Airforce War Manual, Part I: Operations) als Ziel genannt worden sei, durch Verwüstungen Kriegsmüdigkeit beim Feind zu erreichen; der Demo-

ralisierungseffekt sei, so die britische Militärvorschrift, "ulterior purpose" (Hauptabsicht) des Bombenkrieges. Ab 1940 wurde diese Strategie unter dem zynischen Begriff "Moral Bombing" umgesetzt.

Was die Opferzahlen unter der deutschen Zivilbevölkerung anbelangt, so sind diese schwer zu ermitteln und werden heute eher heruntergerechnet, statt sie seriös zu beziffern. Nach Mindestschätzungen gab es auf deutscher Seite eine halbe Million Tote durch die alliierten Bombenangriffe, es kann aber durchaus auch eine Million gewesen sein, davon etwa 20 Prozent Kinder. Allein die Schätzungen der Totenzahl von Dresden (13. bis 15. Februar 1945) divergieren von fünf- bis zu sechsstelligen Zahlen. Mehrere Millionen Menschen wurden verwundet, viele davon, auch Kinder, blieben zeitlebens Krüppel.

*_ Gero Bernhardt (*1952) ist pensionierter Oberstudienrat und Lehrer für Latein, Deutsch und Geschichte. Er unterrichtete an einem Gymnasium in Norddeutschland. Im Ruhestand widmet er sich weiter der Zeitgeschichtsforschung.<<*

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 25. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Kommentar: Justizreform**

Was bei uns normal ist, erklären Tagesschau & Co. in Israel zum Demokratie-Ende

Israels Regierung plant eine Justizreform, die dem Obersten Gericht eine Stellung wie in nicht wenigen westlichen Ländern geben soll. Trotzdem verteufeln deutsche Medien das ganze als Ende der israelischen Demokratie.

Sebastian Thormann

In Deutschland werden Verfassungsrichter vom Parlament gewählt, ja sogar von Parteien nominiert. In Amerika selektiert der Präsident die Richter und das Parlament stimmt zu. Und in Israel sollen bei der Richterauswahl bald auch Volksvertreter mehr Sagen haben.

Und dafür präsentiert man das Land in den deutschen Medien so als stünde es vor dem Abgrund einer Diktatur. In der Tagesschau etwa schreibt man inzwischen etwa vom "Ende des liberalen und demokratischen Rechtsstaats" Israels.

Israel soll für etwas verteufelt werden was im Rest der Welt gängig ist

Die Dämonisierung Israels für etwas, was in vielen anderen, auch westlichen Staaten, Normalität ist, das war eigentlich lange Zeit die Definition von Israelfeindlichkeit. Klar, der israelischen Opposition, die die letzte Wahl verlor, gefallen die Vorhaben nicht und sie protestieren aufs Schärfste dagegen. Das ist ihr gutes Recht.

Aber die neue Stellung des Obersten Gerichts, die am Ende das Resultat der Pläne wäre, ist weder ein internationales Novum noch das vermeintlich Ausgefallenste, was der Rest der westlichen Welt kennt. Viele demokratische Länder haben gar kein Verfassungsgericht: Die Schweiz etwa hat keins, auch Großbritannien nicht. Und Israel, das wie Großbritannien keine Verfassung hat, würde lange nicht so weit gehen.

Das steckt wirklich hinter den Plänen zur Justizreform

Israels Oberster Gerichtshof dürfte nach den Plänen der Regierung grundsätzlich weiterhin Gesetze außer Kraft setzen. Bloß, daß nun die Richter eben von Volksvertretern ausgewählt werden. Daß in Israel ein Gericht überhaupt Gesetze aufheben kann, selbst nach den Reformen, kann man aus verfassungstheoretischer Sicht durchaus hochproblematisch sehen, schließlich gibt es ja gar keine Verfassung gegen die Gesetze verstoßen könnten.

Woran mißt man dann also fragliche Fälle? Bei Regierungsentscheidungen etwa an deren "Angemessenheit", ein extrem subjektiver Maßstab, auf den sich etwa das Gericht beruft, um Ministerernennungen zu blockieren. Zumindest bis das israelische Parlament am Montag dafür stimmte, diesen "Angemessenheits-Test" aufzuheben.

Abgesehen von der Richterernennung durch einen Wahlausschuß, der aus mehr Volksvertretern besteht, sehen die weiteren Pläne zur Justizreform vor, die Aufhebung von Gesetzen nicht mehr ganz so einfach oder subjektiv möglich zu machen. Konkret ist im Gespräch etwa eine

Zwei-Drittel-Mehrheit der Richter zur Aufhebung von Gesetzen zu verlangen. Ein Überstimmen von Gerichtsurteilen mit einer entsprechend großen Parlamentsmehrheit war ebenfalls im Gespräch, wurde jetzt aber wohl aufgegeben.

Auch das wäre aber nichts völlig Exotisches, wenn man bedenkt, daß etwa bis vor kurzem in Großbritannien das Oberhaus letztinstanzlich Urteile fallen konnte und mehrfach US-Gerichtsentscheidungen zu Verfassungsfragen durch Verfassungszusätze wieder aufgehoben wurden.

Israel ist genauso wenig eine Diktatur wie Deutschland

Jedenfalls sind die Reformpläne bei weitem nichts Einmaliges, im Gegenteil, in vielerlei Hinsicht eher ein Gleichziehen mit vielen Ländern der westlichen Welt, bei der Richterwahl etwa Deutschlands, bei anderem etwa ähnlicher angelsächsischen Ländern.

Eins ist das Vorhaben vor allem nicht: Faschistisch und undemokratisch. Denn statt das Parlament zu schwächen, wird es gestärkt. Natürlich kann man immer argumentieren, es brauche eine stärkere Kontrolle der Parlamentsmehrheit, aber es ist nun mal Kernmerkmal parlamentarischer Demokratien, daß Parlamentsmehrheit und Regierung oft auf einer Linie sind.

In Deutschland läuft es ähnlich. Und wenn man hier der Meinung ist, ein Gesetz sei verfassungswidrig, dann trifft man am Ende auf Verfassungsrichter, die mitunter vor kurzem selbst prominente Regierungspolitiker waren - soweit ist es in Israel bei weitem nicht. Sind wir deshalb eine Diktatur? Nein, und genauso wenig steht Israel davor eine zu werden.

Die scharfen Attacken auf Israels Regierung gerade von Seiten deutscher Linker, zeigen statt dessen wie gern und schnell man die Doppelmoral gegen Israel wieder aus der Kiste holt. Man scheint geradezu begeistert zu sein, daß man mit der Rückkehr von Benjamin Netanjahu in die Regierung wieder das Feindbild rechter Israelis einsetzen kann, so inflationär bestempelt man seine konservative Regierung inzwischen mit dem Label "rechtsextrem" - besonders perfide, wenn man bedenkt, daß das im allgemeinen deutschen Diskurs oft synonym zu "Nazi" steht. Und niemand könnte davon so entfernt sein, wie der einzige jüdische Staat der Welt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26637" berichtet am 25. Juli 2023 (x1.319/...): >>Coronamaßnahmen - ein Medizinverbrechen?! Offener Brief von Oliver Christen, Arzt

Was hat dieser Mann verbrochen, daß man ihm mit Berufsausübungsverbot gedroht hat, um ihn mundtot zu machen? Oliver Christen ist Arzt und Psychiater in der Schweiz mit Schwerpunkt Psychotraumatologie. Er setzt sich unermüdlich für die Aufklärung des Schadens ein, welchen die Coronamaßnahmen in der Bevölkerung angerichtet haben. Am 25. Mai 2023 schrieb er einen offenen Brief, den Kla.TV auszugsweise veröffentlicht.

Oliver Christen ist Arzt und Psychiater in der Schweiz mit Schwerpunkt Psychotraumatologie. Er setzt sich unermüdlich für die Aufklärung des Schadens ein, welchen die medizinischen und nicht medizinischen Coronamaßnahmen in der Bevölkerung angerichtet haben. Es wurde bereits versucht, ihn mundtot zu machen, unter anderem durch die Androhung, ihm seine Berufsausübungsbewilligung zu entziehen. Am 25. Mai 2023 schrieb er einen offenen Brief, den Kla.TV auszugsweise veröffentlicht.

Sehr geehrte Staatsanwaltschaften

Sehr geehrte Verantwortungsträgerinnen beim BAG, der FMH, SGPP, Ärztesellschaften und Gesundheitsämter

Liebe ärztliche und psychologische Kolleginnen und Kollegen

Seit mehr als zwei Jahren erhält die Staatsanwaltschaft seriöse Hinweise und Anzeigen für mögliche Offizialdelikte, das meint schwere Körperverletzung, Totschlag etc., im Zusammenhang mit den pharmakologischen und nicht pharmakologischen "Coronamaßnahmen".

... Pandemie-Maßnahmenbefürworter haben nur ein einziges Argument: "Ich vertraue den offiziellen Experten und Behörden" und diese Experten und Behörden verweigern seit drei

Jahren den öffentlichen Diskurs.

Für mich als Arzt und damit als Experte und Verantwortungsträger ist das zu wenig, um meine Patientinnen und Patienten verantwortungsvoll begleiten zu können.

Verantwortungsvoll und evidenzbasiert arbeitende Ärzte und Ärztinnen, die die Pandemiemaßnahmen unterstützt haben, müßten wenigstens die folgenden Studien kennen und kritisch diskutieren können:

Oliver Christen zitiert anschließend unter anderem eine Studie, die den Zusammenhang bewies, daß die nach einer Impfung im Körper gebildeten Spikeproteine zu Herzmuskelentzündung und Hirnentzündung führen können. Er schlußfolgert: Die "Coronaimpfung" ist höchstwahrscheinlich giftig und lebensgefährlich.

Eine weitere Studie zeigte gültige Hinweise, daß sich mit jeder weiteren "Corona-Impfung" das Risiko an COVID-19 zu erkranken erhöht.

Eine wissenschaftliche Zusammenfassung verschiedener Untersuchungen zur Infektionssterblichkeit durch einen weltweit führenden Forscher zeigte, daß unabhängig von den Maßnahmen, zu keinem Zeitpunkt ein außergewöhnlich hohes Sterberisiko durch eine Coronainfektion bestand. Doch diese angebliche Infektionssterblichkeit war die Grundlage für die Notfallzulassung der experimentellen "Coronaimpfungen". D.h. der Einsatz experimenteller Maßnahmen war höchstwahrscheinlich unverhältnismäßig.

Schließlich zeigt eine andere wissenschaftliche Arbeit, daß sich in den "Corona-Impfungen" ein hoher Anteil von Fremd-DNA befindet. Hier besteht die Gefahr, daß diese in Zellen der Geimpften eingebaut wird und als Folge davon schwerste Erkrankungen bis hin zum Tod möglich sind. Oliver Christen schreibt: Bis zur gründlichen Klärung müßte die Verwendung all dieser Produkte sofort gestoppt werden.

Oliver Christen in seinem offenen Brief weiter:

Viele weitere ernste Risikosignale liegen seit 2020 vor und werden beflissentlich ignoriert. Die erhöhte Übersterblichkeit und der Rückgang der Geburtenraten seit 2021 in Ländern mit hoher "Durchimpfungsrate" sowie der Anstieg der Krebsraten bei den unter 50-Jährigen mahnen umgehend zur Aufarbeitung.

... Da seit 2020 die Bevölkerung vor allem mit psychologischen Mitteln eingeschüchtert, verängstigt und in Streß versetzt wird, was vor allem Kinder in ihrer Entwicklung erheblich gefährdet und allgemein den Immunschutz reduziert, ist es meine Pflicht als Psychiater, im Sinne der Prävention unermüdlich auf diese Probleme hinzuweisen.

... Bitte übernehmen Sie jetzt Verantwortung und schauen Sie nicht weg, nur weil es unangenehm werden könnte.

Freundliche Grüße

Oliver Christen, praktischer Arzt und Psychiater

Auch die Ursachen für die folgenden gravierenden Veränderungen in der Zeit von Corona müßten von den Verantwortungsträgern ermittelt und veröffentlicht werden:

Gesundheitsfakten und Ausgaben weltweit 2022 im Vergleich zu 2021

Gesundheitskosten: ca. + 185 Mrd. gestiegen

Tote/Jahr: ca. + 8 Mio. gestiegen

Geburten: ca. - 6 Mio. gesunken

Bevölkerungswachstum: ca. -14 Mio. gesunken

Unterernährte Menschen: ca. + 9 Mio. gestiegen

Tote durch übertragbare Krankheiten: gleichgeblieben ...<<

26.07.2023

BRD: Der Radiosender des Bayerischen Rundfunks "BR24" berichtet am 26. Juli 2023: >>**Zu viel Kritik: Egidienkirche schließt queere Ausstellung**

Die queere Ausstellung "Jesus liebt" mit Bildern von Rosa von Praunheim in der Nürnberger

Kirche St. Egidien polarisiert - so stark, daß die Verantwortlichen sie aufgrund der Reaktionen nach nur fünf Tagen zeitweilig schließen.

Von *Anja Bühling*

Daß die Bilder des schwulen Malers und Mitbegründers der deutschen LGBTQ-Bewegung, Rosa von Praunheim, in der Ausstellung in St. Egidien in der Nürnberger Altstadt für Diskussionen sorgen würden, damit hatte die Gemeinde wohl gerechnet. Daß die Kritik allerdings so massiv sein würde, wohl nicht. Nun hat der Kirchenvorstand reagiert und die Ausstellung vorerst geschlossen. "Jesus liebt" läuft erst seit 21. Juli. Die Bilder setzen sich zum einen kritisch mit dem Christentum und der Kirche auseinander. Zum anderen zeigen sie freizügig homosexuelle und queere Menschen.

Flut von Anrufen und Mails - Kirche reagiert

Am Montag hatte die Gemeinde auf Facebook bekannt gegeben, daß sie aufgrund der eingegangenen Mails und Anrufe, die Ausstellung vorläufig schließen wolle. Sie postete dazu ein Foto der geschlossenen Kirchentür mit einem angeklebten handschriftlichen Zettel mit dem Text "Aufgrund der öffentlichen und internen Reaktionen auf unsere Ausstellung treten wir als Gemeinde in einen Prozeß der Klärung ein, wie ein produktiver Umgang auf die Situation aussehen könnte. Solange bleibt die Kirche geschlossen". Unterschrieben wurde die Nachricht von Pfarrer Thomas Zeitler, der die Ausstellung organisiert hatte.

Post der Gemeinde St Egidien

Ich möchte eingebundene Facebook-Posts in BR24 sehen. Hierbei werden personenbezogene Daten (IP-Adresse o.ä.) an Facebook übertragen. Diese Einstellung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft in der Datenschutzerklärung durch Anklicken des Opt-Out-Buttons geändert werden.

Kirchenvorstand beschließt vorläufige Schließung der Ausstellung

Am Dienstag reagierte der Kirchenvorstand von St. Egidien und St. Sebald auf die Situation und verschickte am späten Dienstagabend eine Pressemitteilung. In der heißt es, daß sich der Kirchenvorstand "aufgrund der Vielzahl an Rückmeldungen, die uns zur Ausstellung 'Jesus liebt' von Rosa von Praunheim erreicht haben", zu einer Sondersitzung am Dienstagabend getroffen und sich zu der entstandenen Situation beraten habe. Das vorläufige Ergebnis lautet: "Bis zu einer abschließenden Klärung durch den Kirchenvorstand in den nächsten Tagen bleibt die Ausstellung nicht öffentlich zugänglich".

Entstandene "Verletzungen" ernst nehmen

Der geschäftsführende Pfarrer des Kirchenvorstands, Martin Brons, begründete den Beschluß damit, daß sich die Verantwortlichen der Aufgabe stellen wollten, die entstandenen Verletzungen, die einzelne Bilder ausgelöst hätten, ernst zu nehmen. Zugleich sei es nach der Meinung des Vorstands auch die Aufgabe, "in der weltoffenen Kulturkirche St. Egidien gesellschaftspolitisch und religiös herausfordernden künstlerischen Positionen Raum zu geben." Die Ausstellung war als Programmteil der Pride Weeks in Nürnberg zum Start des CSD am 21. Juni eröffnet worden.

Kirche ist nicht auf Provokation aus

Wie der Pressesprecher des Dekanats Nürnberg, Joachim Baumgardt, auf Anfrage des Evangelischen Pressedienstes (epd) am Montag erklärt hatte, sei zu vermuten, daß die meisten negativen Rückmeldungen von Menschen kämen, die sich die Ausstellung nicht selbst angesehen hätten, sondern aufgrund der medialen Berichterstattung davon erfuhren. "Die Personen, die da waren, haben sich eher nicht so kritisch geäußert", so der Pressesprecher.

Auf den Social-Media-Kanälen der Kirche sind neben kritischen Stimmen auch Haß-Botschaften zu finden. "Aufgrund der Rückmeldungen empfinden wir eine Fürsorgepflicht, nicht einen Modus der weiteren Provokation zu fahren", so der organisierende Pfarrer Thomas Zeitler.

CSD-Organisatoren reagieren

Auch die Nürnberger CSD-Organisatoren haben auf die Schließung der Ausstellung reagiert, die sie mitorganisiert haben. In einer Mitteilung vom Mittwoch bedanken sie sich nochmals ausdrücklich für das Engagement der Kulturkirche St. Egidien. Sie seien dankbar, daß die Kirche "gemeinsam diesen Weg der künstlerischen Freiheit" gehe. Weiter heißt es: "Wir halten diese Ausstellung für eine großartige Möglichkeit, um mit Menschen in Austausch zu treten, auch wenn wir nicht einer Meinung sind." Ihnen sei klar, daß die gezeigten Bilder für manche Personen eine Provokation darstellen könnten. "Jedoch wollen wir lediglich die Auseinandersetzung mit Sexualität, und in diesem Fall der Homosexualität, fördern", so die Organisatoren.

"Selbstverständlich" respektieren sie den Entschluß der Kirche aufgrund der Kritik die Ausstellung zu schließen, dennoch: "Wir stehen nach wie vor zu unserer Entscheidung die Bilder nach Nürnberg geholt zu haben und wünschen uns, daß die Ausstellung sehr bald wieder für jeden kunstinteressierten Menschen zugänglich ist." Eine dauerhafte Schließung würde, so die CSD-Organisatoren "ein ernsthaftes Bekenntnis zu einer Kulturkirche und der Öffnung der evangelischen Kirche in Frage queerer Lebensentwürfe in Frage stellen."

Queere Ausstellung in Nürnberger Egidienkirche

"Jesus liebt" als Auftakt zu den Pride Weeks in Nürnberg

Die Ausstellung "Jesus liebt" wurde als Auftakt zu den Nürnberger Pride Weeks des CDS in Nürnberg eröffnet. Sie sollte bis 12. August laufen. Geplant sind auch Führungen und Diskussionsrunden. Zudem werden im Rahmen der Nürnberger Prideweeks im Filmhaus selten gezeigte Filme von Rosa von Praunheim präsentiert. Die Prideweeks stehen in diesem Jahr unter dem Motto "Queerer Aktionsplan Bayern - jetzt!" und wollen mit mehr als 80 Veranstaltungen, wie Theateraufführungen, Konzerten und Lesungen bis zum großen Christopher Street Day am 5. und 6. August für mehr Sichtbarkeit und Sicherheit von Menschen der LGBTIQ-Community sorgen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Wo-ke Abgründe**

Symbolische Aufspießung weißer Babys bei "empowerndem" Theaterstück

Beim Festival Avignon werden symbolisch weiße Babys aufgespießt - es ist ein widerwärtiges Bild absurder woker Logik.

Pauline Schwarz

Eine schwarze Frau steht auf der Bühne, in ihren Händen eine lange Metallstange, an der dutzende weiße Babypuppen hängen - durchbohrt, teils nackt, teils in Strampeln. Was klingt, wie ein satanistisches Ritual, ist Teil einer Theateraufführung auf dem Festival Avignon in Frankreich. Es soll die "Hypersexualisierung" und "Exotisierung" schwarzer Frauenkörper durch weiße Männer thematisieren und die "Dekolonialisierung" auf die Bühne bringen. Dafür ist man sich nicht zu schade symbolisch französische Babys aufzuspießen.

Das Theaterstück "Carte noire nommée désir", dem die groteske Szene entstammt, wurde im Rahmen des Festival Avignon - das nach eigenen Aussagen weltweit wichtigste Event für Performance-Künstler - nach fünf Tagen das letzte Mal am Dienstag in Avignon aufgeführt. Es stammt von Rebecca Chaillon, einer schwarzen Afro- und Queer-Aktivistin, die im Interview mit Mitarbeitern des Festivals anprangert, daß "der Körper schwarzer Frauen hypersexualisiert, objektiviert, animalisiert" wurde, "während es immer noch schwierig und sogar unmöglich ist, weiße Körper und die daraus resultierenden Privilegien zu behandeln".

Deshalb möchte sie mit Stereotypen und den "Phantasien" über schwarze Frauenkörper aufräumen - und das versucht sie auf ziemlich brutale und ungezügelter Art und Weise. Zu Beginn der fast dreistündigen Show werden alle schwarzen Frauen im Publikum gebeten, auf einem Sofa Platz zu nehmen, während der Rest des Publikums auf den Zuschauersitzen verbleibt.

Dann beginnt Chaillon, verkleidet als Hausmädchen, hektisch bei den Weißen aufzuräumen. Als sie fertig ist, entblößt sie sich vollständig und bekommt von den anderen sieben schwarzen Performance Künstlerinnen lange Zöpfe gelochten.

Eine andere Schauspielerin, Fatou Siby, verkörpert laut L'OBS "ein Kindermädchen, das auf einem Pfahl, der ihr den Körper durchquert, alle französischen Kinder, die man ihr anvertraut, aufspießt". Die Szene hat vor allem in den sozialen Medien zu großer Aufregung und Empörung über die ästhetisierende Darstellung der Tötung weißer Kinder geführt. Viele User bezeichneten sie als "krank" und "rassistisch".

Abgesehen vom Rassismusvorwurf, ist es vielleicht ist genau dieser Schock, den Rebecca Chaillon auslösen wollte - zumindest spielt sie auch in anderen Szenen ihres Stücks mit den Nerven und Grenzen ihrer Zuschauer. Laut der Zeitschrift Le Figaro gibt es eine Szene, in der die Schauspielerinnen durch den Saal laufen und einzelnen Besuchern ihre Taschen wegnehmen. Bei einer Aufführung soll sich ein älterer Mann geweigert haben, seine Tasche herzugeben und wurde daraufhin von der Schauspielerin bedrängt und angefahren, er würde das Stück nicht verstehen. Laut Le Figaro verließen daraufhin einige Zuschauer den Saal und wurden - aufgewiegelt von der Schauspielerin - von anderen Besuchern als "Faschisten" beschimpft.

Bei einer von insgesamt fünf Aufführungen des Stücks, soll ein weißer Mann laut der Zeitung Francbleu während eben jener Szene, dem Taschenraub, eine der Performerinnen geschlagen haben. Es sei außerdem bei drei von fünf Aufführungen zu "rassistischen" Äußerungen wie "Wir sind bei uns Zuhause!" gekommen sein.

Die Festivalleitung verurteilte die "rassistischen" Attacken auf die Performance-Künstler - auch die relativ harmlosen Äußerungen, während den Aufführungen. Was man hingegen nicht verurteilte, sondern unter dem Deckmantel der Kunst in Schutz nahm, war die Inszenierung von aufgespießten französischen Kindern.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Die Wirtschaft flieht oder gibt auf - Stoppen wir die Abriß-Ampel!**

BASF oder VW, aber auch mittelständische Betriebe, verlassen mittlerweile fluchtartig die Bundesrepublik und verlagern ihre Produktion ins Ausland. Andere mußten bereits Insolvenz anmelden. Wachstum? Nur noch rückwärts! Mit dem ifo-Geschäftsklimaindex schrillt jetzt die nächste Alarnglocke: Das viel beachtete Konjunkturbarometer - ermittelt aus der Befragung von 9.000 Unternehmen - fiel zum Vormonat auf 87,3 Zähler. Dieser Wert war bisher nur im Bankenrisenjahr 2009 unterschritten worden. Zudem ist es der dritte Rückgang in Folge, was Ökonomen normalerweise als konjunkturellen Wendepunkt interpretieren.

Statt endlich für günstige Energiepreise - zum Beispiel durch die Reaktivierung der Kernkraftwerke - zu sorgen, faselt die Ampelregierung weiter von Energiewende und Systemwandel oder geht komplett auf Tauchstation. Aber was will man erwarten, wenn man einen ideologisch verblendeten und völlig ahnungslosen Kinderbuchautor zum Wirtschaftsminister macht? Oder einen dauergrinsenden SPD-Parteisoldaten mit Gedächtnislücken zum Kanzler? Wie offensichtlich muß die Unfähigkeit der Ampel eigentlich noch werden? Wollen wir warten, bis auch der letzte Betrieb die Tore geschlossen hat? Deutschland braucht Neuwahlen - bevor es kein Deutschland mehr gibt!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.329/...): >>**Deutschland in Rezession, Stimmung am Boden**

Die Regierung hat ganze Arbeit geleistet: die Wirtschaft in Deutschland schrumpft, die Stimmung mies. Internationaler Währungsfonds (IWF): Deutschland ist das einzige Land Unter 22 untersuchten Staaten, bei dem es bergab geht.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland trübt sich ein. Der Internationale Währungsfonds

(IWF) erwartet, daß die Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem Jahr schrumpfen wird. Der Rückgang liege demnach bei 0,3 Prozent, heißt es in einer am Dienstag veröffentlichten Analyse. Das globale Wachstum werde ebenfalls von geschätzten 3,5 Prozent im Jahr 2022 auf 3,0 Prozent in den Jahren 2023 und 2024 sinken.

Laut dem Wachstumsausblick des Internationalen Währungsfonds ist die deutsche Volkswirtschaft sogar die einzige der 22 untersuchten Staaten und Regionen, in der das Bruttoinlandsprodukt 2023 sinken soll.

Stimmung so schlecht wie lange nicht mehr

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verschlechtert. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank im Juli auf 87,3 Punkte, nach 88,6 Zählern im Juni, wie das Münchener Institut am Dienstag mitteilte. Der neue Wert liegt unter den Prognosen vieler Experten, die mit einem geringeren Minus gerechnet hatten. Es ist zudem der dritte Rückgang in Folge. Die Unternehmen waren insbesondere mit den laufenden Geschäften merklich unzufriedener.

Auch die Erwartungen gaben erneut nach. Der Geschäftsklimaindex sank in allen Bereichen: Treiber der Entwicklung waren im Verarbeitenden Gewerbe deutlich schlechtere Bewertungen der aktuellen Lage. Zudem fielen die Erwartungen pessimistischer aus. Die Unternehmen erhalten immer weniger neue Aufträge, die Kapazitätsauslastung sank um 1,4 Prozentpunkte auf 83,0 Prozent. Sie lag damit erstmals seit mehr als zwei Jahren unter ihrem langfristigen Mittelwert von 83,6 Prozent.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Juli 2023: >>**Verurteilt: Anwalt nennt Regierung "boshafte Versager"**

Von *S. Hofer*

Ein Anwalt bezeichnet die Regierung als "boshafte Versager" und wird verurteilt. Ist der Freiheitswille der Deutschen völlig verschwunden?

Anwalt bezeichnet Regierung als "boshafte Versager" - Verurteilt!

Deutsche Politiker dürfen die Bevölkerung oder einzelne Gruppen nach Lust und Laune beschimpfen. Und umgekehrt? Kürzlich bezeichnete der Anwalt Markus Roscher die Regierung als "boshafte Versager".

Dafür wurde er zu 60 Tagessätzen verdonnert. Laut Strafgesetz (Paragraph 188) darf man durch eine Beleidigung das öffentliche Wirken eines Politikers nicht erheblich erschweren. Heißt also: Wer die Regierung als boshaft bezeichnet und des Versagens beschuldigt, erschwert deren Tätigkeit. Oder - in den Worten des Verfassungsschutzes - untergräbt das Vertrauen in deren Maßnahmen.

"Der Übergang zu DDR-Zeiten ist entweder fließend oder schon längst vollzogen. Es ist erschütternd, wie gering der Freiheitswille der Deutschen ist", kommentierte das Portal "Report24" ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Unfaßbare Entgleisung**

WDR-Journalistin will "Demokratie-Feinde" mit "undemokratischen Mitteln" bekämpfen

Georgine Kellermann, führende Redakteurin des WDR, erklärt "Feinde der Demokratie" mit "undemokratischen Mitteln" bekämpfen zu wollen. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist es ein neuer Tiefpunkt.

Jonas Aston

Georgine Kellermann ist eines der bekanntesten Gesichter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und leitet das WDR-Studio in Essen (zuvor u.a. als Korrespondentin aus Washington und Paris).

Auf Twitter hat Kellermann nun ein fragwürdiges Demokratieverständnis offengelegt. In einem Tweet erklärte Kellermann: "Wir müssen unsere Demokratie auch mit undemokratischen

Mitteln gegen ihre Feinde verteidigen. Weil sie es wert ist." Kurz nach der Veröffentlichung ruderte Kellermann zurück und löschte den Beitrag. Eine Entschuldigung oder eine Erklärung, wie der Tweet zu verstehen sei, wurde bis dato nicht nachgereicht.

Wen genau sie mit "Feinden der Demokratie" meinte, blieb offen. Nahe liegt aber, daß sie sich auf die Diskussion rund um Friedrich Merz und den Umgang mit der AfD bezog.

Die Bürger, die hierzulande die "Demokratieabgabe" beziehungsweise die Rundfunkgebühr entrichten müssen, werden nun also gezwungen einen führenden Redakteur zu finanzieren, der "Feinde der Demokratie" mit "undemokratischen Mitteln" bekämpfen möchte. Es ist ein neuer Tiefpunkt für die öffentlich-rechtlichen Medien, die mit hehren Zielen nach dem zweiten Weltkrieg gegründet wurden. Wie Medien, welche Personen wie Kellermann beschäftigen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen sollen, ist fragwürdig.

Kellermann bezeichnete Polen als "Schande für Europa"

Für Georgine Kellermann ist es nicht der erste Skandal - in einem Tweet war von Polen als "Schande für Europa" die Rede. Als es daraufhin Kritik hagelte, versuchte Kellermann sich zu verteidigen. Sie erklärte etwa: "Ich bitte um Entschuldigung. Das war nicht klug ausgedrückt. Ich meinte die Regierung. Nicht die Menschen". Oder auch: "Ich bitte um Entschuldigung. Mein Tweet galt den Restriktionen, denen queere Menschen ausgesetzt sind."

Kellermann lebt offen als Transgender, wurde als Georg Kellermann geboren. Insbesondere dafür wurde ihr zuletzt ein enormes Medienecho zuteil.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. Juli 2023: >>US-Todeslager: Die Schaffung der "neuen Deutschen"

In der jungen Bundesrepublik wachten die Alliierten darüber, daß Vergangenheitsbewältigung, Westbindung und Umerziehung von der Politik als primäre Aufgaben angesehen wurde. Die "Erinnerungsarbeit" mündete in einer regelrechten Charakterwäsche, so der Titel von Caspar von Schrenck-Notzings Klassiker aus dem Jahr 1965. ...

_ von Dr. Günther Kriemel

Nach dem Horror der US-Todeslager ... setzten die Besatzer künftig auf subtilere Methoden der Umerziehung. Die Alliierten verboten 1945 bis 1952 35.743 Werke der Literatur: Schul- und Kinderbücher, Poesie, Philosophie, Zeitschriftenbände, Märchen, Romane, geschichtliche Werke aller Epochen, Bildbände, Technik- und andere Fachliteratur. Jeder einzelne dieser Titel betrifft Tausende Exemplare aller Auflagen in Bibliotheken, Büchereien, Verlagen, Buchhandlungen und auch in privaten Beständen. Der Gesamtverlust kann nur in Dutzenden von Millionen Büchern abgeschätzt werden.

Verbote statt Bücherverbrennungen

Vielfach wurden von den Alliierten Titel "ausgesondert", die auch vor 1945 verboten gewesen waren, etwa die Werke von Arthur Moeller van den Bruck. Die geistlosen "Bücherverbrennungen" waren Demonstrationsakte, denen einige Dutzend oder Hundert einzelne Bücher zum Opfer fielen.

Nach JCS 1067 (vgl. Erich Kern: Verheimlichte Dokumente) wurden alle Schulen geschlossen, die meisten Lehrer und 70 Prozent der Hochschullehrer ohne Pension entlassen, viele verhaftet und in eins der zahlreichen Lager eingeliefert, sie erlitten den sogenannten "automatic arrest". Diese Lager waren vielfach Folterstätten. Die Folge bei der Wiedereröffnung der Schulen waren oft Klassen mit 80 - 100 Schülern, unterrichtet nach dem Dafürhalten eines unausgebildeten "Hilfslehrers".

Nun folgte die "Charakterwäsche" (vgl. hierzu Caspar von Schrenck-Notzing: Charakterwäsche). Es wurde vorausgesetzt, daß jeder Deutsch zu militärischer Aggression und einem autoritären "Nazismus" neige. Ziel der Informationskontrolle war ausdrücklich nicht eine "Entnazifizierung", alle Deutschen sollte es treffen. Der "Deutsche Sonderweg" seit Luther manifestierte sich in der "Unfähigkeit der Deutschen, sich selbst zu regieren" (zitiert nach Jacqueline

Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1955).

Nach 1945 entstanden zahlreiche Sonderwegsthesen zur deutschen Geschichte - viele ließen das Unheil schon mit Luther beginnen.

Die Verteufelung der Deutschen

Damit widerlegten die Alliierten höchstselbst ihre seit 1939 vertretene These, der Nationalsozialismus sei keine Volksbewegung gewesen, sondern fuße auf der Unterdrückung durch eine winzige tyrannische Clique. Lord Vansittart faßte das Unternehmen in die Worte, die Deutschen müßten insgesamt "einer seelischen Heilbehandlung unterzogen" werden. Der Nationalsozialismus sei eine "Erscheinung der Dauerkrankheit der deutschen Seele". Wieder einmal sollte ein "Neuer Mensch" geschaffen werden.

Die Sowjets errichteten ein kollektives Zwangssystem zur Meinungskontrolle; im Westen wurden alle Medien und öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten (bis hin zu Karneval, Zirkus, Konzerten) verboten; dann wurde die Meinungsmacht einzelnen Deutschen durch "Lizenz" übertragen, nach gründlichster Prüfung und psychologischen Tiefentests. Rückkehrer aus der Emigration wurden bevorzugt. Dieses lukrative Privileg konnte beim geringsten Verstoß auch wieder entzogen werden.

Die strikte Überwachung und Zensur durch alliierte Behörden waren auch bei den Hörigsten gefürchtet. Diese Übertragung der Kontrolle an hilfswillige Deutsche erfolgte aus psychologischen Gründen und diente allein der Effektivität, nicht etwa der Demokratisierung. Denn die Strukturen der Militärdiktatur wurden ja nicht etwa beseitigt. Erst 1949 wurde (im Westen) der totalen Rechtlosigkeit durch Kodifizierung als "Besatzungsstatut" ein Mäntelchen umgehängt.

Umerziehung über ein neues Bildungssystem

Jeder Erwachsene mußte seine gesamte Biographie in einem langen Fragebogen offenbaren. Spruchkammern nach Art von Revolutionstribunalen sortierten dann nach dem Grad der "Belastung" und verhängten Sanktionen von Vermögensentziehung bis Berufsverbot und Kerker. In den Zonen der Westmächte lag das Hauptgewicht der "Umerziehung" beim Bildungssystem. Besonders Kinder und Studenten sollten dem Einfluß der Familie entzogen und zu den Auffassungen der Alliierten gebracht werden.

Unter höchster Geheimhaltung berieten mehr als 200 Gelehrte von Eliteuniversitäten 1943-46 in der britischen Geheimdiensthochburg Bletchley Park im Auftrag der Westalliierten, wie man mit Psychologischer Kriegsführung die Dekonstruktion des deutschen Geistes auf Dauer erreichen könne. Die Theorien dazu lieferte die "Frankfurter Schule". Die CIA finanzierte über verdeckte Stiftungen Jazzclubs, die Kunstrichtung des "Abstrakten Expressionismus" und "Kunst am Bau" (vgl. hierzu Saunders Frances Stonor: Wer die Zeche zahlt ... Der CIA und die Kultur im Kalten Krieg).

Der US-Professor William Toel brachte es wie folgt auf den Punkt:

Mit einer perfiden Psycho-Strategie, ausgearbeitet von einer großzügig finanzierten Denkfabrik, wurden die deutsche Seele und das Deutschsein im Verlauf von 75 Jahren beinahe ausgemerzt.

Es war eine bleierne Zeit. Und manchmal muß man sich fragen, wann sie eigentlich zu Ende ging. ...<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.326/...): >>**Bargeld erhalten, Freiheit bewahren!**

Auch wenn sie es abstreiten: Immer wieder wecken Forderungen der etablierten Parteien den Verdacht, daß unter dem Vorwand der Geldwäsche-Bekämpfung am Erhalt des Bargelds gerüttelt werden soll. Erst wollte Innenministerin Faeser (SPD) eine Obergrenze für Bargeld-Zahlungen bei 10.000 Euro festsetzen. Nun bringt der Wirtschaftsausschuß des EU-Parlaments bereits eine Grenze von 7.000 Euro ins Spiel. Scheibchenweise wird offenbar ge-

probt, wie weit man gehen kann. Derweil fordert ein Haushaltspolitiker der CDU-Bundestagsfraktion die Abschaffung der Ein- und Zwei-Cent-Münzen. Wer kann angesichts der Vorgeschichte sicher sein, daß es nur bei diesen zwei Münzen bleibt?

Die Alternative für Deutschland stellt sich konsequent gegen solche Pläne und tritt für den uneingeschränkten Erhalt des Bargelds als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Denn Bargeld schützt vor Überwachung und verhindert, daß der Bürger davon abhängig wird, daß die für elektronische Zahlungsvorgänge erforderlichen Datenverarbeitungssysteme nicht ausfallen. In echten oder vermeintlichen "Notlagen" könnte es zu politischen Versuchungen kommen, digitales Geld einfach zu "löschen" oder für die Nutzung zeitweilig zu sperren. Für eine solche Situation wollen wir die Grundlagen gar nicht erst entstehen lassen!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26649" berichtet am 26. Juli 2023 (x1.319/...): >>"Nicht unser Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!"

Interview mit *Dipl. Ing. Michael Limburg*

Der Vizepräsident des Europäischen Institutes für Klima- und Energie, Dipl. Ing. Michael Limburg, entlarvt im nachfolgenden Interview nicht nur den Weltklimarat, sondern auch die weltweite Klimapolitik. Sie diene als Vorwand zur Durchsetzung radikaler Maßnahmen und für Eingriffe in die persönliche Freiheit der Menschen.

Teaser:

Es ist ein Vorwand zur Durchsetzung von Maßnahmen und Eingriffen in die persönliche Entwicklung der Menschen, die sie ohne diese Angst vor der Klimakatastrophe nicht tun würden. ... merkwürdigerweise geht es immer um Umverteilung und immer um Wegnehmen von den Reichen zu den vermeintlich Armen. Was sie letztendlich heute inzwischen als neue Kolonialisierung betrachten.

Dipl. Ing. Michael Limburg Jg. 1940 studierte in Berlin Elektrotechnik sowie Meß- und Regeltechnik. Er hat in beiden Fachrichtungen sehr lange gearbeitet, unter anderem auch als Manager und Entwickler für Hochfrequenzsender. Seit 20 Jahren ist er im Ruhestand und engagiert sich zum Thema Klima und Energie. Er hält mehrere Patente, ist Autor mehrerer Sachbücher, zuletzt über die Klimafrage und Energiewende. Anfang 2007 gründete er zusammen mit weiteren Wissenschaftlern das Europäische Institut für Klima und Energie.

Dies ist ein Zusammenschluß einer wachsenden Zahl von kritischen Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaftlern, sowie Ingenieuren, Publizisten und Politikern. Sie entlarven die Behauptung eines "menschengemachten Klimawandels" als naturwissenschaftlich nicht begründbar. Folglich lehnt EIKE jegliche "Klimapolitik" ab, da sie nur als Vorwand dient, um Wirtschaft und Bevölkerung zu kontrollieren.

Herr Limburg stellt sich heute den Fragen zum Thema: "Nicht unser Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!"

Kla.TV: Herr Limburg, schön daß Sie da sind. Ich würde gleich beginnen mit dem Interview, weil man hört ja ständig in fast allen Nachrichten, daß wir CO₂ einsparen müssen, weil CO₂ ja, also das menschlich verursachte CO₂, schuld ist am sogenannten Klimawandel. Warum genau kritisieren Sie eigentlich diese Fokussierung auf das CO₂?

Limburg: Das ist eine nette, gute und wichtige Frage. Wenn Sie sich an Ihre Schulzeit erinnern: Zu meiner war es jedenfalls so, daß wir gelernt haben, daß CO₂ ein Spurengas ist - Kohlendioxid ist die amtliche Bezeichnung - was bei jeder Verbrennung entsteht und was in Spuren in der Atmosphäre vorhanden ist. Die Zahl dazu ist heute 0,04 Volumen Prozent. Das kann man sich nicht so richtig vorstellen. Deswegen erlauben Sie mir vielleicht, daß ich das mal anhand eines Beispiels darstelle:

Wenn Sie sich ein Rechteck vorstellen, was ich hier habe. Das kann man leicht mit Excel herstellen, 100 Zeilen auf der linken Seite und 100 Spalten auf der rechten Seite. 100 mal 100 gibt 10.000. Das sei unsere Atmosphäre. Und dann ist in dieser Atmosphäre - so jedenfalls

glaubt man, bewiesen ist es nicht. Es gibt einige Meßwerte, die dem entgegenstehen - insgesamt drei von 10.000 waren das sogenannte natürliche CO₂ so um 1880, 1850.

Das sind diese roten Kreise. Und seit dieser Zeit, seit 1880 etwa, ist ein Molekül, nämlich dieses, dazugekommen. Nun stellen sie sich mal einen großen Platz vor, wo sich 10.000 Menschen versammeln und dann beginnen einige zu randalieren an den verschiedensten Stellen und Ecken. Und dann springen sie hoch und schreien und so weiter. Die Nachbar-Menschen werden das sicherlich merken.

Aber in der dritten, vierten, fünften Reihe wohl eher nicht. Das eine Molekül wie gesagt ist dazu gekommen und hier streiten sich die Gelehrten, ist es zu 100 Prozent menschengemacht? Oder ist es zur Hälfte menschengemacht, oder zu einem Drittel? Da ist die Wissenschaft uneins. Die Klimawissenschaft ist sich einig, aber die nicht diesem Trend folgen, sagen: Ne, ne da sind noch andere Quellen. Da könnt ich auch später was zu erzählen.

Aber wie auch immer, jedenfalls ist die Wirkung dieses einen Moleküls zumindest von der Menge her erstmal der Grund, warum ich anfangs, daran zu zweifeln, daß das CO₂ diese gewaltige Leistung der Erwärmung der Erde vollbringen kann. Zumal, und das ist nämlich der weitere Punkt, in diesem Raum hier haben wir zurzeit vielleicht 500 ppm oder 0,05 Prozent und wenn wir fertig sind mit diesem Interview werden's 1.000 ppm oder 0,1 Volumen Prozent sein. Das heißt, das CO₂, was wir einatmen und ausatmen ist unsichtbar. Es ist geruchlos und es ist physikalisch, chemisch so gut wie inert, sagt man dazu. Also es mag sich nicht mit anderen Stoffen verbinden. Das kann es nur mit Zuführung von Energie.

Kla.TV: Das heißt - wenn ich kurz einhaken darf - man sagt ja manchmal auch, das wirkt wie Gift, nur in ganz geringen Mengen, und hat 'ne riesen Auswirkung.

Limburg: Gut, daß Sie das sagen, das ist genau das Gegenteil von Gift. Gift wirkt im Allgemeinen auf die Zellphysiologie oder auf die Nerven, und damit wie ein Verstärker. Also mit kleinsten Mengen können sie die Herznerven so lähmen, so daß das Herz aufhört zu schlagen. Das alles kann CO₂ nicht. Das kann nur unter Einwirkung von Energie sich da mit anderen Stoffen verbinden, was beispielsweise die Pflanzen machen. CO₂ ist die Pflanzennahrung schlechthin. Ohne CO₂ gäbe es keine Pflanzen. Und ich hab hier mal 'n Beispiel, was passiert, wenn man den Pflanzen mehr CO₂ zuführt.

Dieses Bild, der nette Herr ist ein Biologe, der diese Versuche schon lange macht. Amb steht für ambient, also aktuelles CO₂. Da hatte er ein kleines Tännchen. Sie sehen das links und dann hat er paar Versuche gefahren. das mißt mit 150 ppm mehr, also von heute aus gesehen wäre man da bei 550, 590 ppm. Das ist mit 300 ppm mehr und das wäre die Tanne mit 450, also dem doppelten CO₂-Gehalt in der Atmosphäre. Das finden Pflanzen ganz toll. Sie gedeihen besser. Sie brauchen weniger Licht. Sie brauchen weniger Wasser. Das wissen die Holländer seit über 100 Jahren und begasen ihre Treibhäuser mit CO₂. Und da wir diesen Großversuch schon lange anstellen, hab ich noch 'n Blatt mitgebracht:

Das ist eine Grafik der NASA, die zeigt, daß die Grünfläche der Erde gewaltig zugenommen hat in den letzten Jahren. Wann wurde das aufgenommen? 1982 bis 2015, also in den letzten 25 Jahren. Und zwar dermaßen viel, daß man heute sagen kann, eine Grünfläche von der Größe der USA ist dazu gekommen und bebaubar mit Nutzpflanzen, also Getreide, Reis oder Weizen oder Roggen oder was immer.

Auch die andere Behauptung, die man immer wieder hört, daß durch den Klimawandel die Wüsten größer werden ist falsch, echt falsch. Die Wüsten werden kleiner. Es gibt Ausnahmen, aber ganz wenige. Beispielsweise, wenn Sie hier unten sehen, da unterhalb der Sahara im südlichen, um den Äquator herum. Diese Savannen sind größer geworden. Also die Sahara schrumpft, beispielsweise aufgrund der Ernährungswirkung des CO₂.

Das ist aus meiner Sicht ein guter Grund, dem CO₂ nicht alles Schlechte zuzutrauen und ist obendrein noch mit einem dicken Maler - ich denk jetzt an die CO₂-Steuer, an CO₂-Abgabe,

dieses CO₂, jenes CO₂ - zu verteuern, zu vernichten, runter zu fahren, sondern mit einem Bonus zu versehen. Je mehr CO₂ bei irgendeiner Produktion entsteht, desto mehr müßte man es bonifizieren. Wenn Sie es wirklich genau nehmen, dann stellen Sie fest, unterhalb von 200 ppm würden die Pflanzen beginnen zu verhungern und mit ihnen natürlich alle Tiere und alle Menschen. Wenn daß das Ziel ist, dann ohne mich und insofern denke ich stimmen wir da überein.

Kla.TV: Also, ich glaube was die aktuellen - wie soll ich sagen - Mainstream-Wissenschaftler vor allem anführen beim Thema CO₂, ist diese Erderwärmung. Man hört ja auch ständig in den Nachrichten von Warnungen. Wir erreichen das 1,5 Grad Ziel nicht oder zum Beispiel die Grünen Politikerin Katrin Göring-Eckhart redet ja davon, von 15.000 Hitzetoten, die es jetzt zu verhindern gilt. Das CO₂ als Wärmequelle. Wie stehen sie dazu, zu diesen Warnungen?

Limburg: Na ja, CO₂ ist ja erst mal kein Ofen, der also 'ne Wärme erzeugt. CO₂ ist in der Lage - und das ist das einzige, wo wir mit der amtlichen Klimawissenschaft übereinstimmen - ist in der Lage infrarote Strahlung aufzunehmen und unmittelbar wieder abzugeben. Also CO₂ ist ein, ja nicht mal ein Wandler, sondern einfach fast wie ein Spiegel. Aber der Spiegelvergleich ist da nicht ganz richtig.

Also CO₂ ist keine Wärmequelle, sondern der Treibhauseffekt geht so, daß man sagt: Okay, die Sonnenstrahlung durchdringt die Atmosphäre, die kurzwellige Sonnenstrahlung wärmt den Boden auf, der Boden erwärmt sich, wird seinerseits zur Strahlungsquelle. Alles was wärmer ist als 0 Grad - 0 Kelvin, also absoluten Höhepunkt - strahlt und gibt das als langwellige Wärmestrahlung wieder ab. Und das CO₂ nimmt diese langwellige Wärmestrahlung auf, strahlt das in alle Raumrichtungen ab.

Aber der Teil, der zur Erde zurückkehrt, der würde die Erde erwärmen. Was Sie meinen ist, daß er die Atmosphäre erwärmt oder die Abstrahlung verzögert. Das ist so ungefähr die Idee dahinter. Das Einzige, was daran stimmt ist, daß CO₂ infrarote Strahlung aufnehmen kann und im Mikro- bis Millisekunden-Bereich wieder abstrahlt, neben anderen Möglichkeiten diese aufgenommene Energie wieder abzugeben, beispielsweise durch Stoßabregnung.

Und weil die daraus dann rechnerisch resultierende Erwärmung noch nicht ausreicht, hat man noch gedacht, na ja, wenn also mehr Wärme in der Atmosphäre entsteht und auf den Boden wirkt - und da ist ja auch viel Wasser - dann verdampft mehr Wasser und Wasserdampf hat eine a) viel größere Menge und b) auch eine sehr viel größere Strahlungsaufnahme und Wiedergabeeigenschaft und würde dann den Treibhauseffekt verstärken und sogar im Faktor 2 bis 3. Das ist die Überlegung. Man nimmt also den Wasserstoff - pardon, nicht Wasserstoff - den Wasserdampf als Verstärker für die vergleichsweise auch in den offiziellen Mitteilungen gefundene Klimawirkung des CO₂. Das setzt allerdings voraus, daß man einigermaßen Bescheid weiß, wie dieser Mechanismus wirkt.

Theoretisch hat man eine sehr klare Vorstellung davon. Praktisch findet man ihn nicht. Also in den vergangenen 40 Jahren seit es das IPCC gibt, etwa 1988 gegründet, also 35 Jahre Pi mal Daumen, ist es nicht gelungen, einen handfesten Beweis dafür zu führen, daß diese theoretische Überlegung, die einigermaßen plausibel ist, dann auch sichtbar wird, gefunden wird, beweisbar - nachweisbar sogar noch im Labor, am besten aber auch in der Natur - nicht beobachtet werden kann.

Trotzdem gibt es ja die großen Ankündigungen. Hier beispielsweise von der Bild-Zeitung: Wir haben noch 13 Jahre! Wenn Sie mal ein bißchen genauer hinschauen, dann werden Sie feststellen, das war im Februar 2007. Also die 13 Jahre sind schon um, etwa 3 Jahre vergangen oder mehr als 3 Jahre. So genau ist das nicht mit den Prognosen. Vielleicht kommen wir noch drauf, die liegen grundsätzlich daneben. Aber der Punkt ist: Kann man überhaupt so genaue Temperaturangaben machen, daß man daraus einigermaßen sicher und bei den großen Folgerungen, die das Ganze hat, dann auch so was wie ein Paris-Ziel beschließen kann, 1,5

Grad gegenüber vorindustriellen Zeiten oder 2 Grad maximal?

Wir haben ja vor Kurzem erst gehabt, daß wir das wärmste Jahr jemals gemessen haben. Hier ein Bild aus der Tagesschau: Benjamin Stöwe verkündete mit vorwurfsvollem Blick und an die Zuschauerschaft: 14,8 Grad, warmes Jahr ever und so weiter und bezieht sich dabei auf solche Sachen. Wenn ich das mal etwas genauer ausführen kann, nämlich zum Beispiel hier die Darstellung, die viele schon kennen. Da sehen Sie auf der linken Seite eine Gradteilung mit 0,6 minus bis plus 1,2. Und auf der rechten Seite sehen sie 280 bis 420. Das sind die sogenannten ppms.

Deswegen wurde die Kurve drübergelegt. Und wenn Sie genau hingucken, dann haben wir in der ersten Hälfte, so bis 1940 etwa 1945, ein Absinken der Temperatur gegenüber dem vermeintlichen Nullwert, trotzdem das CO₂ dort anstieg. Was hat das in der Zeit gemacht? Und dann einen ziemlichen Gleichklang im Anstieg seit der Zeit. Was aber auffällt - und da möchte ich Ihre Aufmerksamkeit drauf lenken - ist die Streckung der Skalen. Sie sehen minus 0,6 bis plus 1,2 Grad. Das ist beispielsweise, wenn Sie von 20 Grad auf 22,6 Grad erwärmen oder von 15 auf was immer.

Und auch auf der rechten Seite haben wir 280 bis 420 Grad, also eine gewaltige Streckung. Die Kurven wurden also angepaßt. Das ist nicht die natürliche Lebenserfahrung, die wir haben. Heute, bei der Herfahrt, haben wir 30 Grad draußen und im Winter kann es in Brandenburg durchaus passieren - oder auch bei Ihnen hier - minus 20 Grad haben wir. Also man muß sich schon mal fragen, was soll diese Überhöhung? Ist klar, was sie soll. Sie soll Eindruck erwecken und zwar gewaltig.

Und dann hat man natürlich die Möglichkeit, durch Korrelation zu beweisen, das eine steigt das andere steigt. Siehe da, also muß es voneinander abhängen. Das ist natürlich auch ein Trugschluß. Korrelation kennt jeder. Wir kennen das beispielsweise von den Störchen und den Babys. Jeder weiß, die Störche bringen die Babys und da die Zahl der Störche deutlich abgenommen hat und die Zahl der Geburten auch, hängt das eindeutig voneinander ab und miteinander zusammen. Ich hab hier noch ein anderes schönes Beispiel mitgebracht. Das sind die Briefportokosten in den USA. Das ist die blaue Kurve und die gezackte rote Kurve darüber ist die Temperatur, die wir eben gesehen haben.

Und wie Sie sehen, korreliert das Briefporto viel besser mit der Temperatur als das darüberliegende Weiße. Das ist die CO₂ Entwicklung. Kann man fragen, was hat dann was verursacht? Haben die Briefträger so viel Porto geschleppt, so viele Briefe geschleppt, daß sie geschwitzt haben? Dadurch wurde die Umgebung wärmer und damit auch die Temperatur? Oder war es umgekehrt? Haben die weniger geschleppt früher und waren also zufrieden? Und als es dann wärmer wurde, haben sie geschwitzt, haben sich beklagt und wollten mehr Geld haben? Und deswegen hat man das Briefporto höher gesetzt.

Also Sie sehen Korrelationen sind bestenfalls ein Indikator für eine eventuell vorhandene Ursache-Wirkungsbeziehung, aber sie sind auf keinen Fall ein Ersatz. Und wie ich am Anfang sagte, führt die CO₂-Wirkung - da findet man Korrelation, Kurzzeit-Korrelation über 30, 40, 50 Jahre, aber leider keinen Beleg, keine Beobachtung, keinen Beweis in der Natur, in der Umgebung, in der Umgebung, die wir haben.

Ich hab jetzt noch mal Folgendes gemacht. Wenn man jetzt diese Temperaturangabe, die wir eben gesehen haben - minus 0,6 plus 1,6 Grad - wenn man das mal anders darstellen würde, nämlich mit den Klimazonen der Erde, die ja wirklich vorhanden sind. Wir haben die kälteste Klimazone, das ist die Antarktis, ein riesiger Kontinent, eine Eisschichtdecke im Mittel von 4.000 Metern. Die hat im Schnitt minus 35 Grad.

Und dann haben wir die zweite Grenze, die ist oben. Da haben wir die Tropen und die Subtropen, zum Beispiel da um die Karibik. Da haben wir plus 30 Grad. Wenn man diese beiden Grenzdaten nimmt - also nicht die minus 0,6 plus 1,6 Grad, sondern minus 35 bis Plus 30 -

dann sieht die eben gezeigte Kurve, die - ich geh noch mal zurück - hier diese Kurve. Die sieht dann so aus. Ja, da fällt auf, daß die vergleichsweise glatt, eben, mit ein paar Zacken mit-tendrin, aber winzige Zacken, ist.

Und wenn ich mal von links nach rechts Ihre Aufmerksamkeit lenken kann. Die Mitteltempe-ratur von Helsinki liegt bei knapp 5 Grad. Also für die wäre Klimawandel vielleicht günstig. Berlin und sicher bei Ihnen auch hat 9 Grad im Mittel, im Jahresmittel. Rom, das leichtlebige fröhliche Rom, wo jeder sich wohlfühlt, sind 15 Grad. Und dann hab ich noch mal Miami aufgetragen - nicht ganz am Äquator, aber doch dicht dabei, wo die Rentner alle hinziehen im Winter oder ihren Lebensabend verbringen - hat 24 Grad. Das ist die Lebenswirklichkeit.

Und da ist natürlich die Frage, was ist daran eigentlich so schlimm, wenn die Temperatur sich mal von etwas kühlerem Niveau auf etwas Wärmeres erhöht hat? Und wenn Sie dann noch die CO₂-Kurve drüberlegen, das hab ich gemacht, Dann frag ich Sie, wo steckt sogar die Korrela-tion? Ist die noch zu sehen? Eigentlich nicht. Und dann? Daher denk ich, ist diese ganze "Wissenschaft", die da betrieben wird - ich muß das wirklich in Anführungsstrichen setzen - eher dazu gedacht, eine bestimmte Ideologie durchzusetzen, umzusetzen, als wirklich die Menschheit vor irgendeiner Katastrophe zu bewahren.

Denn natürlich, Klimawandel gab es schon immer. Und was die Menschen vor allen anderen Lebewesen, mit wenigen Ausnahmen - paar Insekten und paar Ratten vielleicht - auszeichnet ist, daß sie sich an diesen Klimawandel angepaßt haben. Wir könnten in unseren gemäßigten Breiten ohne die kulturelle Anpassung, die zivilisatorische Anpassungen, daß wir warme Häu-ser und Kleidung und Heizungen erfunden haben, gar nicht existieren. Also, Anpassung ist mit Abstand - wenn überhaupt - daß die Notwendigkeit besteht, zeitlich die beste Lösung, fi-nanziell die mit den geringsten Aufwendungen und von der Sache her jederzeit nachvollzieh-bar.

Denken sie an die Holländer, die einige Meter unterm Meeresspiegel leben und beizeiten be-gonnen haben, Dämme zu errichten und für die Entwässerung dieser dann dahinterliegenden Gebiete haben sie Windmühlen eingesetzt. Da kam es auf ein Jahr mehr oder weniger nicht an. Wenn der Wind wehte, dann haben die fleißig geschöpft und wenn da kein Wind weht, dann haben die nicht geschöpft. Dann war das eben ein Jahr später trocken.

Also man kann durch Anpassung sicherlich eventuell in Gefahren leichter, schneller und vor allen Dingen billiger vorbeugen. Aber auch erst dann, wenn die Gefahr sichtbar wird. und ich sehe bei dem, was wir erleben an Erwärmung, keinerlei Gefahr.

Kla.TV: So, aber Sie sagen ja auch, es gibt eine Erwärmung.

Limburg: Auf jeden Fall. Sie können die zwar nicht mit den Temperaturdaten auf ein Zehntel Grad genau nachweisen, aber man kann natürlich aus vielerlei anderen sogenannten Proxy-Werten, also Stellvertreter-Daten, sehen, wir haben eine größere Begrünung nach Norden. Wir haben eine größere Begrünung nach Süden. Wir haben mehr Sonnentage - macht das CO₂ das - beispielsweise in Deutschland, als vor 20 Jahren, 30 Jahren? Also das auf jeden Fall. Wir haben eine Erwärmung, nur wer mir erzählt, er könnte das auf ein Zehntel Grad genau belegen anhand der vorhandenen Meßwerte, der weiß eigentlich nichts von Meßtechnik und von Fehlerbehandlung und von Vereinigung von Daten zu größeren Gruppen, die man dann aus-werten kann. Das gibt das einfach nicht her.

Kla.TV: Ja, das haben Sie jetzt grad angesprochen. Sie sind ja Experte für Meßtechnik. Kön-nen Sie kurz dazu noch was sagen zum Thema Bestimmung der globalen Durchschnittstempe-ratur?

Limburg: Ja, danke daß Sie mich darauf ansprechen. Das ist ein wichtiges Thema, weil ja so gewaltig Folgen davon abgeleitet werden, die auch wahnsinnig teuer werden und letztendlich unsere Wirtschaft gegen die Wand fahren mit dem erklärten Ziel: Es geht uns allen besser mit weniger Wohlstand! Also, wir können nicht mehr heizen, wir können nicht mehr arbeiten, wir

können keine Autos mehr fahren und so weiter. Deswegen habe ich mich schon lange mit dieser Frage beschäftigt.

Und wenn Sie sich diese Grafik da noch mal ansehen, diese rote Kurve, da ist die eingesetzt, die historischen Temperaturdaten anhand - da drüber steht's auch oder da unten irgendwo - nach HadCRUT3 und auch 4. Ich hab das ergänzt. HadCRUT steht für Hadley, CRU heißt Climate Research United Temperature. Das ist also die Abkürzung, die können Sie abrufen im Internet und da sind alle terrestrischen Stationen, die man hat und die Langzeit genug gemessen haben, zusammengeführt worden, um diese Grafik zu erstellen, um diese Zeitreihe zu erstellen - so heißt das im Terminus.

Ach so, ich wollte aber noch eins vielleicht, bevor ich dazu komme, sagen. Hier haben wir übrigens, deutlich zu sehen, eine Temperatur - hab ich auch am Anfang gezeigt - von unter 15 Grad und das ist eigentlich die Überleitung. Bisher, bis vor etwa 10, 15 Jahren, war über 15 Grad die gängige Meinung. Nun könnte man sagen, na ja gut, die paar Zehntel Grad mehr oder weniger spielt auch keine Rolle.

Das ist natürlich nicht so, denn zwischen 14,8 Grad und 15,3 Grad, wie es Herr Schellnhuber da von sich gibt - im Jahr 2009 sind immerhin 0,5 Grad Differenz und das ist rund 40 Prozent der gesamten Erwärmung des letzten Jahrhunderts - also das ist schon eine Hausnummer. Und daran sieht man aber um so mehr - und jetzt komm ich wieder zurück zu ihrer Frage - daß die Meßergebnisse im Grunde unbrauchbar sind für den Zweck, für den sie hier gebraucht werden und ich meine sogar mißbraucht werden.

Wenn sie sich diese Kurve noch mal ansehen, die wir vorhin gesehen haben in anderer Darstellung. Dann haben wir da diese roten Balken nach unten und nach oben immer auf einen Nullpunkt bezogen und die blauen Pfeile, die ich da angemalt habe, die zeigen den vermeintlichen Fehlerbereich. Also in diesem Bereich von 95 Prozent Vertrauensintervall, da sollen die Daten streuen gegenüber der geglätteten blauen Kurve. Und wenn sie mal genau messen, dann hab ich das gemacht. Dann sind das diese Temperaturangaben, die auf 0,2 Grad, also Plus Minus 0,1 Grad genau sein sollen.

Das ist aus meßtechnischer Sicht ein Ding der Unmöglichkeit. Denn neben den zufälligen Fehlern - Ablesefehler und ähnliche gehören dazu - haben wir auch noch eine ganze Reihe von sogenannten systematischen Fehlern. Ein systematischer Fehler ist zum Beispiel, wenn Ihre Uhr ständig 5 Minuten nachgeht und wenn Sie das mal erkannt haben, dann können Sie sie entweder richtigstellen, dann korrigieren sie diese Fehler, oder sie rechnen einfach im Geiste immer 5 Minuten zur Uhrzeit dazu. Dann wissen sie auch, wann der Zeitpunkt gekommen ist.

Das geht bei diesen historischen Temperaturmessungen nicht, denn sie haben diese Stationen nicht mehr. Die Vergangenheit ist vergangen. Sie müssen damit leben, daß diese systematischen Fehler da sind. Sie sind auch in ihrer Größenordnung bekannt.

Aber anders als die sogenannten zufälligen Fehler addieren die sich nach einer bestimmten Art und Weise auf und das bedeutet, daß Sie ein Fehlerband um ihre Meßkurven hintenrum legen müssen. Das sieht dann etwa so aus. Wenn Sie ganz großzügig sind, dann ist die eben gezeigte Kurve - wenn Sie wirklich echt nach physikalisch ingenieurmäßigen Meßverfahren entwickelt wurde - so anzulegen. Übrigens Meßverfahren - die Fehlertheorie geht auf Carl-Friedrich Gauß, den Fürst der Mathematiker zurück - ist in jeder Disziplin angewendet.

In den naturwissenschaftlichen auf jeden Fall, in den ingenieurtechnischen auf jeden Fall. Es gibt kein Flugzeug, kein Haus, keine Maschine, kein Auto, was ohne Beachtung der Fehlertheorie gebaut oder dann verbessert wurde. Das hab ich hier gemacht bei dieser Grafik, hab einfach das Fehlerband dazu gelegt, was sich mindestens ergeben würde, wenn man die systematischen Fehler und nur die größten, die man einigermaßen abschätzen kann, dann hätten wir 4 Grad und jetzt sagen Sie mir bitte, wenn Sie sich zurück erinnern an die Korrelation, wo

in aller Welt fang ich dann an zu gucken, was wie korreliert womit?

Ich habe da ein ziemlich breites Rauschband, schön genau, wenn Sie sich an die Minus 35 Plus 30 Grad Kurve erinnern. Dann ist das immer noch ein recht dickes Band, aber es würde immerhin ausreichen, um zu erkennen, daß da was war und auch vielleicht sogar ein leichter Anstieg am Ende zu sehen ist. Aber von der Sache her sind die unvermeidlichen Unsicherheiten viel größer, um Faktor ja 0,2 zu 4, also Faktor 20, als angegeben ist.

Und damit sind diese historischen Temperaturdaten - bis 1980 etwa hatten wir die alle nur und von da an hatten wir Satelliten, die sind dann besser - überhaupt nicht verwertbar. Mit anderen Worten, jegliche Zuordnung von Ursachen für eine eventuelle Temperaturänderung oder aber auch das Pariser Ziel sind eigentlich Nonsens. Es geht nicht. Wir finden kaum aus dem Rauschen dieser Unsicherheiten Licht heraus.

Kla.TV: Sehr interessant, weil das würde ja bedeuten, daß alle die tausenden von Experten, die jetzt im Weltklimarat die Berichte schreiben, eigentlich ...

Limburg: Na, da schreibt einer vom anderen ab. Die Fehlertheorie ist eine knochentrockene mathematische Disziplin. Die wird betrieben von jedem, der mal mit Meßtechnik zu tun hat. Und wenn man dann als Ingenieurstudent oder als Physiker einen Versuch macht und dann eine Meßreihe vorliegt und da hat man die Fehler nicht aufgenommen und auch beurteilt, welche sind das, systematische und zufällige, dann ist man gleich durchgefallen, wenn man das tut, dann muß man sich damit intensiv auseinandersetzen. Da gibt es dicke Wälzer, die ein bißchen sehr theoretisch sind - es geht ein bißchen um partielle Differentialgleichungen und alles so schönes Zeug. Also wo jeder sich freut, daß er sich damit beschäftigen kann, bis auf die Fans.

Deswegen meiden viele das wie der Teufel das Weihwasser und dann schreibt einer vom anderen ab. Das ist eindeutig so! Und die gesamte Klimazunft hat bis auf wenige Ausnahmen sich überhaupt noch nicht die Mühe gemacht, sich mit Fehlerrechnung in diesem Falle vernünftig auseinanderzusetzen. Und wenn man das tut, kommt man eben zu diesen Ergebnissen. So ist das.

Kla.TV: Interessant, weil ich möchte jetzt mal kurz Wikipedia zitieren, was den Weltklimarat, so wie er genannt wird, angeht. Also Weltklimarat oder IPCC, ich zitiere Wikipedia: Der IPCC gilt als Goldstandard der Klimaforschung als glaubwürdigste und fundierteste Darstellung des Forschungsstandes über das Klima. Oder kurze Zeit später noch im selben Artikel: Die Schlußfolgerungen des IPCC oder IPCC werden von allen großen US-amerikanischen wissenschaftlichen Gesellschaften mit einschlägiger fachlicher Kompetenz bestätigt. Sie sagen jetzt aber was anderes, warum?

Limburg: Ich hab es Ihnen schon ja gerade dargestellt: Jeder Ingenieur der was konstruiert, was berechnet, was baut, jeder Physiker jeder Chemiker der in der Natur ein Experiment macht und dieses Experiment auswertet, muß sich mit der Fehlerrechnung beschäftigen. Und das vermeidet die Klimazunft wie ich sie immer nenne, die dem IPCC zuarbeiten offensichtlich aus nicht verstehen, nicht können, nicht wollen, weiß ich nicht was, wie der Teufel das Weihwasser und die Ergebnisse sind deswegen so wie sie sind.

Da aber einer dem anderen vertraut, der wird das schon richtig gemacht haben und sich keiner die Mühe macht an die Ursache ranzugehen. Gerade vor wenigen Tagen kam von einem Kollegen von mir aus den USA ein ausführlicher Bericht peer-reviewt (begutachtet) über die systematischen Fehler von Thermometern mit Glasröhre und entweder Alkohol gefüllt oder Quecksilber gefüllt, und kam zu den identischen Ergebnissen wie ich es ihnen hier zeige.

Das heißt, sie tun so als ob sie Wissenschaft betreiben aber es ist keine Wissenschaft, wenn sie sich nicht an die Maßstäbe halten die seit 150, 200 Jahren vernünftig entwickelt worden. Und entsprechend ist das IPCC vielleicht der Goldstandard für die Wikipedia-Leser und -Schreiber. Da gibt es auch einige sehr große Merkwürdigkeiten, ideologisch bis zum Geht-

nichtmehr, grün bis zum Gehtnichtmehr. Und dann kann man sagen: Leute dann seid ihr alle in die falsche Richtung gerannt.

Ich pflege an der Stelle immer zu zitieren: In der Naturwissenschaft gibt es keine Übereinstimmung eigentlich. Immer gibt es Zweifel. Und man kann immer nur versuchen der Wahrheit näher zu kommen. Und der ja nicht ganz unberühmte Einstein hat sehr trocken gesagt, als man ihm vorwirft, daß 100 arische Wissenschaftler - "arische" in dem Fall auch noch - seine Relativitätstheorie widerlegt hätten. Der sagte nur ganz trocken: Wenn die recht hätten genügte einer.

Also sie können denken so ein Alfred Wegener, der seine Kontinentalverschiebungstheorie über 30 Jahre lang verfolgen mußte, verbittert darüber starb, daß die nicht anerkannt wurde. Wie können Kontinente sich bewegen? Obwohl wenn man genau hinschaut, zwischen Afrika und Südamerika diese Delle sieht und damit zumindest auf die Idee kommen könnte, das könnte mal zusammen gewesen sein. Er wurde verlacht, er wurde ja sogar ausgegrenzt aus dem Wissenschaftsbetrieb. Auf der anderen Seite denken sie an die Eugenik, eine beliebte, eine anerkannte Wissenschaft hier.

Der Gründer der Treibhaus-Theorie, der Schwede Svante Arrhenius, begeisterter Anhänger der Eugenik - übrigens bis in die 1970er Jahre wurden in Schweden noch Leute kastriert, weil sie nicht ganz dicht waren nach Meinung der Eugeniker. Man wollte die Fortpflanzung verhindern. Das waren alles Wissenschaften und leider tendieren manche Teile der Klimawissenschaften, in die Rubrik Glauben und nicht Wissen. Was nicht heißt, daß nicht viele der Berichte, die im IPCC veröffentlicht werden, sehr gute Sachen sind, sich nähern, sehr vorsichtig ausgedrückt. Aber das liest ja keiner.

Was gelesen wird sind die dreißigseitigen Zusammenfassungen für politische Entscheider und da wird jedes Komma, jedes Wort, jeder Satz von Politikern und einigen Leuten aus der oberen Zunft der IPCC-Gilde handverlesen redigiert und dann erst an die Öffentlichkeit gegeben. Und da steht der größte Blech drin mit dem Ziel bestimmte Dinge zu erreichen, nämlich die Öffentlichkeit zu verunsichern, die Leute zu Dingen zu veranlassen, die sie ohne diese Ängste, die sie dabei entwickeln nicht tun würden.

Kla.TV: Vielleicht gehen wir noch mal ganz kurz zurück. Was ist dieser Weltklimarat eigentlich? Was ist seine Aufgabe, seine Rolle, wie arbeitet der? Können Sie da kurz was dazu sagen?

Limburg: Der Weltklimarat, wie wir ihn überhöhend nennen, heißt im normalen administrativen Englisch Intergovernmental Panel on Climate Change. Also eine Behörde, die von Regierungen getragen wird und sich mit dem Thema Klimawandel beschäftigen soll. Eine Behörde. Hat ihren Sitz in Genf. Und diese hat einen Auftrag und dieser Auftrag lautet: Sammelt alles, so gut und so umfassend wie möglich, was zeigt wie gefährlich der menschengemachte Einfluß auf das Klima ist. Sammelt alles an wissenschaftlichen Fakten, die beweisen, daß das Risiko des menschengemachten Klimawandels besteht. Und das tun sie.

Ein Journalist des Bayerischen Rundfunks hat mal - 2006 glaub ich war das - den damaligen Chef des IPCC Ivy Debut gefragt, warum sie denn so gut wie keine wissenschaftlichen Ausarbeitungen - und das nennt man dann Papers - von Wissenschaftlern nehmen, die nicht auf der Linie des IPCC sind, sondern zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Und da sagte der na ja ganz cool, "because it is not our mandate", es ist nicht unser Mandat. Wir sollen das machen und dann müssen wir die Grundlagen bestimmen, die das belegen. Sämtliche Leute, die da teilhaben und sagen: ne, ne das ist doch ganz anders, die werden ausgesondert. Die kommen gar nicht mehr rein. Also irgendwann ist dann Schluß.

Dann gibt es natürlich die Fragen der Folgen aus dem Klimawandel, wie man die beheben kann, und merkwürdigerweise geht es immer um Umverteilung und immer um Wegnehmen von den Reichen zu den vermeintlich Armen, was sie letztendlich heute inzwischen als neue

Kolonialisierung betrachten. Daß wir ihnen verbieten wollen zu Wohlstand zu kommen, indem wir ihnen unnütze Energien aufdrücken und sie von Kohle und Öl und Gas und Atom fernhalten. Das lassen sie sich nicht gefallen, insofern sind das ermutigende Zeichen, daß die russische Akademie der Wissenschaft dagegen vorgeht, daß die BRICS-Staaten dagegen vorgehen und sich nicht länger vom Westen bevormunden lassen wollen.

Kla.TV: Das heißt, Sie haben jetzt einige schwerwiegende Gegenargumente gegen den Einfluß oder gegen die Arbeitsweise des IPCC angeführt. Trotzdem ist es das zitierte Medium schlechthin, überall, ob das Politiker sind oder Medien, sie berufen sich immer auf die Zusammenfassungen und Verlautbarungen des IPCC.

Limburg: Ja, weil wir einfach nicht wissen und auch nicht damit erwähnt wird, daß das ein politisches Gremium ist mit einer vorgefaßten Agenda. Eindeutig stand bis Oktober 2018, stand das sogar im Internet, konnten sie es abrufen. Inzwischen ist es verschwunden. Kann Zufall sein, kann sein, daß man sich zu sehr daran gestoßen hat, daß das zu offen ist, was das IPCC wirklich will. Es klingt nach Verschwörungstheorie, ist aber keine.

Kla.TV: Können Sie das kurz noch belegen.

Limburg: Ja, wie gesagt, ich hab das ja gerade zitiert mit meinen Worten. Aber bis Oktober glaub ich, 2018 konnten sie das im Internet abrufen. Und ich hab es hier gefunden, hab das noch mal herauskopiert und etwas hervorgehoben. Das Mandat ist zu assess on a comprehensive, also umfassenden, objektiven, offenen und transparenten Basis die wissenschaftlichen, technischen und sozio-ökonomischen Informationen, die wichtig sind, um die wissenschaftliche Basis des Risikos des "human-induced", also menschlich induzierten, Klimawandels und seinen potentiellen Einflüssen und Optionen für Anpassung und Vermeidung zu untersuchen. Das ist ein ewig langer Satz, im Englischen etwas kürzer als im Deutschen.

Weiter unten steht dann drin, was sie auch noch tun müssen, was sie aber nicht tun. "IPCC report should be neutral with respect to policy, although they may need to deal objectively with scientific, technical and socio-economic factors relevant to the application of particular policies." Da haben sie wiederum schon vergraben, daß letztendlich die Grüne Ideologie vorrangig ist. Das steckt in diesem scheinbar neutralen zweiten Satz. Aber der wichtige Satz ist da oben. Wir müssen untersuchen, implizieren, das also von vornherein, das Risiko des menschengemachten Klimawandels, alles andere interessiert nicht.

Wenn ich Ihnen nachweisen würde: Es gibt keinen menschengemachten Klimawandel - den gibt es sehr wohl aber nicht auf diese Weise - dann sagen sie: Tut uns leid, das interessiert uns nicht, wir haben eine andere Aufgabe. Und jetzt sagte ich gerade, natürlich gibt es einen menschengemachten Klimawandel. Wenn sie sich vergegenwärtigen, 1960 beispielsweise gab es 3 Milliarden Menschen auf der Erde, heute sind wir 8 Milliarden. 1920 waren es so knapp 2 Milliarden.

Die Ausbreitung der Menschheit über die Welt hat massiv stattgefunden und ist natürlich durch den Zugang, Zugriff auf billige Energie auch befördert worden, gewaltig befördert worden, daß die Menschen nicht verhungern oder die Kinder bis 5 Jahre sterben. Das geschieht immer noch in Schwarzafrika, aber im Rest der Welt viel weniger. Das ist natürlich geschehen. Und inzwischen lebt die Hälfte der Menschheit in Städten, die Hälfte, also 4 Milliarden. Und die Städte haben durchgängig ein wärmeres Klima als die umgebende Landwirtschaft. Ich hätte da auch noch ein paar Folien zu aber lassen wir das.

Die sind im Schnitt um einige Grad wärmer, man nennt es den Wärmeinseleffekt der Städte. Und da die Menschheit zur Hälfte in Städten lebt, deswegen zeigen übrigens auch diese Temperaturen der Stationen eine Erwärmung an, die teilweise darauf zurückzuführen ist. Und natürlich die Umwandlung von Waldflächen in Ackerbau hat ein anderes Klima zufolge. Das kühlt sich ab oder erwärmt sich je nachdem.

Also der Mensch hat schon Einflüsse auf das Klima, aber nicht in der Form, über das CO2

schon gar nicht, sondern über seine Ausbreitung seiner Zivilisation und seiner Inanspruchnahme der Natur zur Ernährung der vielen Menschen. Ich sagte ja die Erde wird grüner, das ist eine Gegenreaktion der Natur, erfreulicherweise, durch den Zuwachs an CO₂. Daß wir mehr Menschen ernähren, hätten wir uns vor 100 Jahren oder vor 50 Jahren gar nicht vorstellen können. Nur mal ein Beispiel: Ich hab es noch in Erinnerung, 1960 war die Hälfte der Menschheit arm und arm bedeutete unter einem Dollar pro Tag, damaliger Dollar. Das sind 1,5 Milliarden.

Heute haben wir 8 Milliarden Menschen, von denen sind gut eine Milliarde arm nach Definition der UN. Immer noch viel zu viel, aber schon mal absolut 400 Millionen weniger als 1960. Und knapp 7 Milliarden Menschen sind nicht mehr arm. Ein großer Teil, da nehme ich den ganzen Westen und große Teile Asiens sind sogar reich. Dieser Fortschritt ist nicht nur dem menschlichen Streben nach Happiness, nach Glück zuzuordnen, sondern vor allen Dingen dem Zugriff auf billige Energie. Und die fossilen Brennstoffe sind billige Energie.

Die Kernkraft ist billige Energie. Ohne das geht das nicht. Und wenn wir denen das wegnehmen und nicht erlauben, dann wollen wir sie in der Armut bewahren oder in die Armut führen. Und dem muß man sich eigentlich entgegenstellen, denk ich. Zumal der Weltuntergang aufgrund von Klimaerwärmung - ich frage mich, warum halb Europa im Winter, wenn sie es sich leisten können zeitlich und geldlich, in den Süden fährt? Nun weil es dort so schön warm ist. Warum ist die Lebensdauer der Italiener 5 Jahre größer als in Deutschland? Weil es da so warm ist bestimmt nicht. Also man sieht es dann und wenn, dann ist es falsch, und deswegen muß man das eher früher als später abschaffen.

Kla.TV: Ja, was man da immer wieder als Entgegnung hört ist eigentlich immer diese riesige Warnung vor Naturkatastrophen.

Limburg: Richtig.

Kla.TV: Dürren, Waldbrände und so weiter, können Sie dazu noch was entgegnen?

Limburg: Ja, es wird natürlich mit der Erwärmung sofort verknüpft. Trockenheit und Trockenheit dann auch zu Waldbränden und das ist ja sichtbar. Wir hatten gerade jetzt in Deutschland, Brandenburg bevorzugt, einige trockene Jahre und auch einige sehr warme Jahre. Und ich hab mal hier die Grafik die Zahl der Waldbrände und die Größe der Flächen, die verbrannt sind, vom Umwelt-Bundesamt bis 2021. Weiter geht die Statistik nicht. Und da sehen wir diese beiden Jahre 2018, 2019. Da sind die verbrannten Flächen besonders groß gewesen, übrigens überwiegend Truppenübungsplätze. Und die Zahl der Waldbrände ebenso groß und dann ging die wieder runter.

Wenn sie da einen Trend gerade durchlegen, dann stellen sie fest, bis auf diesen Ausreißer da, ist es gerade. Das heißt, die Zahl der Waldbrände hat zugenommen. Deswegen, weil wir A: eine höhere Sonnenscheindauer hatten, es war wärmer. Es war also auch trockener, aber natürlich durch Brandstiftung in erster Linie. Und weil wir es seit Jahren, wie auch in vielen anderen Ländern der westlichen Welt, vermeiden das Totholz zu beseitigen. Sie müßten mal bei mir, ich wohne in Groß Glienicke Potsdam, wenn ich da zum See gehe, dann gehe ich durch totes Holz was da jetzt seit 10, 15, 8 Jahren da liegt, austrocknet. Ich sag mal, wenn hier mal ein Waldbrand entsteht, dann möchte ich nicht so dicht dabei sein.

Es wird von den Grünen betrieben als naturbelassen und von den Kommunen gerne aufgegriffen, weil es Geld spart, daß das Totholz nicht beseitigt wird. Aber von der Erwärmung her kann es nicht erklärt werden. Holz brennt bei 280 Grad etwa, so warm wird es nun wirklich nicht, also weder mit noch ohne CO₂. Und was natürlich, auch kalte Gegenden können sehr trocken sein. Beispielsweise ist die Antarktis die trockenste Wüste der Welt. Nun brennt es da nicht, weil es da keine Bäume gibt - gewisser Vorzug.

Wenn sie sich aber die Zahl der Hitzewellen anschauen, hier beispielsweise die Hitzewellen in den USA seit 1895 bis 2015, und da einen Trend durchlegen, dann ist der negativ. Er fällt also

runter. Wenn sie dann die CO₂-Emissionen, da gegenüber die blaue Kurve der Korrelation, ist also negativ bis nicht vorhanden. Schauen sie sich an die Zahl der Dürren weltweit, da gibt es einen Dürre-Index, der fällt.

Was natürlich davon nicht oder da nicht gezeigt wird ist, daß immer mehr Menschen in diesen Gebieten leben. Denken sie an Uganda, da hat sich die Zahl der Menschen in letzten 40, 50 Jahren verfünffacht. In Ägypten, nicht wahr, zu Nassers Zeiten waren es 15 Millionen jetzt sind es 100 Millionen.

Als ich da war Anfang der 2000er Jahre, waren es noch 85 Millionen. Also natürlich sind immer mehr Menschen davon betroffen, das ist die eigentliche Problematik, wenn durch Dürren Weideland vernichtet wird oder Überschwemmungen, dann betrifft es heute viel mehr Menschen als früher. Das ist die eigentliche Botschaft, aber das hat mit dem Klima nichts zu tun. Und wenn sie hier die CO₂-Konzentration drüber legen dann sehen sie, daß es miteinander nichts zu tun haben kann.

Aber es gibt auch noch eine gute Nachricht, die möchte ich Ihnen auch nicht vorenthalten. Das ist eine Grafik von Björn Lomborg über die International Disaster Database, steht dort unten. Das zeigt die Zahl der klimabezogenen Todesfälle von 1920 etwa 1925 bis 2018, da reichen die. Die fiel von 480.000 pro Jahr auf unter 25.000, obwohl in der gleichen Zeit die Zahl der Menschen sich um Faktor zweieinhalb erhöht hat. Eine sehr gute Nachricht.

Woran liegt das? Das liegt einmal daran, daß weniger Fluten, Überschwemmungen, Stürme und ähnliches vorgekommen sind, aber die Menschen auch viel besser vorbereitet sind, weil die Frühwarnsysteme funktionieren, weil die Bergungssysteme funktionieren, weil die Bauten entsprechend fester gemacht wurden, weil man weiß, was einen erwartet.

Und die nicht klimabezogene Todesrate steht darunter, wie bei Tsunamis, denken sie an Fukushima oder Vulkane oder was immer. Sie ist im unteren Bereich unverändert, weil man da ... vergleichsweise wenig machen kann. Natürlich kann man inzwischen auch erdbebensichere Häuser bauen, insofern mag der Abfall da einiges bewirkt haben. Ja und das denke ich ist eine sehr gute Nachricht.

Kla.TV: Also wenn ich das jetzt zusammenfassen darf, sagen Sie die ganze Klimapolitik geht eigentlich in die falsche Richtung.

Limburg: Nein, für den, der es betreibt eigentlich nicht. Es ist ein Vorwand zur Durchsetzung von Maßnahmen und Eingriffen in die persönliche Entwicklung der Menschen, die sie ohne diese Angst vor der Klimakatastrophe nicht tun würden, das hab ich schon gesagt. Es geht eindeutig in Richtung Umverteilung, es geht eindeutig in Richtung Wegnehmen, es geht eindeutig in Richtung weniger von denen die haben. Wobei nicht gesagt ist, daß da die Umverteilung danach funktioniert, bei denen die nicht haben, daß es dann noch dort ankommt, das ist eine andere Frage. Aber da geht das ganze Sinnen und Trachten hin.

Und deswegen, wenn sie auf diese Klimakonferenz hingehen - ist ja bald wieder eine - ich war auf dreien, dann stellen sie erstens fest, daß da rund 20.000, 30.000 Leute rumstehen und sich langweilen. Da sind überwiegend Leute aus den Entwicklungsländern, von den ganzen NGOs. Die haben da alle ihre Stände und lauern darauf, daß irgend jemand vorbeikommt, der ihnen sagt, ja wir haben wieder einen Topf gefüllt, der dann 100 Milliarden umverteilt dahin oder 500 Milliarden dahin, oder was immer. Und die mit den größten Taschen, mit den größten Ausgaben sind immer die Deutschen - solange wir es noch haben, geben wir es mit vollen Händen aus.

Wir haben gerade Indien 10 Milliarden Euro zugesagt für Maßnahmen im Klimabereich, zur Infrastruktur. Wir haben Namibia 10 Milliarden zugesagt, das ist der ganze Staatshaushalt dort, für eine Wasserstoffproduktion - absolut hirnrissig. Man muß die Leute eigentlich zur Verantwortung ziehen, denn so geht es nicht weiter. Es hat eine Agenda und die Agenda heißt wegnehmen, umverteilen, kujonieren (schikanieren), abkassieren, und dann eine grüne Dikta-

tur. Das würde dabei helfen und sie sind auf dem besten Wege dazu das zu tun.

Kla.TV: Gut also, kommen wir jetzt so langsam zum Schluß des Interviews. Haben Sie noch irgendwas konkretes, praktisches, was der Einzelne oder wir als Gesellschaft hier tun könnten.

Limburg: Ja, steht auf und wehrt euch! Das ist leichter gesagt als getan, ich weiß, das ist nicht so einfach, zumal das Verständnis sich zu erarbeiten ist auch nicht so ganz so simpel. Aber wenn sie es genau nehmen genügt eigentlich der gesunde Menschenverstand. Wenn man aus dem Fenster guckt und das glaubt, was man da sieht und nicht das, was man erzählt bekommt, was man sehen soll und das vergleicht mit dem, was uns stündlich im Fernsehen, im Radio um die Ohren gehauen wird, da stellt man fest da sind Welten dazwischen.

Ja und diese Welten zu erkennen und zu artikulieren halte ich für notwendig für jeden und eine gewisse Hoffnung habe ich, daß es so langsam auch passiert. Weil auch jetzt, denken sie mal an den Aufruhr mit dem Heizungshammergesetz, daß die Leute merken, die wollen wirklich ans Eingemachte. Also ganz, ganz abstrakt das Klima zu schützen ist ja eine nette Aufgabe, könnte ich mich ja dafür begeistern, aber wenn es jetzt wirklich darum geht, daß ich meine Heizung nach Vorgaben des Staates ändern soll, mit riesigen Ausgaben für alle Beteiligten im hunderttausender Bereich - wobei man noch dazu sagen muß, Deutschland hat eine Emissionsrate von 2 Prozent der anthropogenen CO₂-Emissionen, 2 Prozent, nicht ganz 1,8 Prozent sind es ganz genau.

Selbst unter der Prämisse, daß dieser Klimahubbug mit dem CO₂ stimmen würde und das kann man ausrechnen aufgrund von Formeln die das IPCC auch veröffentlicht, wenn Deutschland von heute auf morgen von der Klimakarte verschwinden würde, sämtliche Emissionen nicht unbedingt das Atmen, aber sämtliche technischen Emissionen einstellen würde, dann hätte das eine Absenkung der Erhöhung von 0,000654 Kelvin zur Folge.

Und ich bin sicher niemand der hier im Raum ist, niemand der zuschaut, niemand, der auch nur im Ansatz irgendwie rausgeht, kann 0,000654 Kelvin erfassen, schmecken, fühlen, sehen - außer Greta vielleicht.

Und deswegen ist es absurd da alles kaputt zu machen, um diese Zahl zu erreichen. Abgesehen auch von der kleinen Zugabe, daß man nicht weiß, wann das eintritt.

Also, und man muß wirklich sehen, der Rest der Welt lacht sich kaputt über Deutschland, denkt nicht im Traum daran. Indien hat gerade festgestellt, wir kümmern uns nicht mehr um das, was ihr uns sagt, wir wollen billige Energie haben, wir bauen Kohlekraftwerke, wir bauen natürlich auch Windkraftwerke, aber vor allen Dingen Kohlekraftwerke, wir bauen Kernkraftwerke, China macht dasselbe. Die Welt geht voran, will den Wohlstand haben, den der Westen auch hat. Und Deutschland ist dabei seinen Wohlstand zu zerstören, nicht nur zu verschenken, das auch, aber zu zerstören.

Niemand auf dieser Welt wird auf Wohlstand verzichten, damit die Deutschen als Vorreiter in die Geschichte eingehen, das hier wird eher als Lachnummer sein. Insofern bin ich ganz zuversichtlich, Schweden hat jetzt dem New Green Deal der EU eine Absage erteilt, gehen wieder auf die Kernkraft und andere Dinge. Und wir werden sicherlich als letzte folgen, wenn dann noch was übrigbleibt. Italien wird es nicht machen, Spanien nicht, Frankreich sowieso nicht, USA na wird sich jetzt entwickeln, wahrscheinlich auch nicht.

Also, ich bin da mäßig guter Hoffnung, daß der Westen langsam begreift, daß er sich zwar ins Knie schießt, aber nichts damit gewinnt. Und wenn wir diese Grünen dann endlich hinter uns haben, dann können wir wieder einigermaßen zuversichtlich in die Zukunft schauen. Wobei ich dem einzelnen Grünen durchaus guten Willen unterstelle, aber er ist eben falsch belehrt worden und glaubt an diese falschen Leute, die ihm da was vortragen.

Kla.TV: Ja, und ich denke da hilft nur eins: weiterverbreiten.

Limburg: So ist das.

Kla.TV: Andere Leute mit diesen Fakten konfrontieren. Vielen Dank für das Interview

Limburg: Gerne<<

27.07.2023

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 27. Juli 2023: >>Für die Gäste nur das Beste: 20 Mio. Euro für Migranten-Luxushotel in Baden-Württemberg

Auch in Sindelfingen im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg ist das Beste gerade gut genug für die künftigen Neubürger: Die Stadt kaufte im Juni das örtliche Best-Western-Hotel, um dort bis Ende des Jahres 180 Migranten unterzubringen, wie regionale Medien berichten. Bevor die "Schutzsuchenden" in der Vier-Sterne-Unterkunft einziehen können, wird diese auf Steuerzahlerkosten erst einmal umgebaut und hergerichtet. Der Kaufpreis wurde vorsorglich nicht an die große Glocke gehängt; im Haushaltsentwurf der Stadt sollen jedoch 20 Millionen Euro dafür veranschlagt sein.

Unsummen für teure Migranten-Quartiere

Es ist erst vor sechs Wochen her, da hatte in Gladbeck (NRW) der Plan Schlagzeilen gemacht, 620 Migranten ebenfalls in einem Vier-Sterne-Hotel einzuquartieren. Im Düsseldorfer Landtag forderte die AfD den umgehenden Stopp dieses Vorhabens mit Kosten von einer Million Euro pro Monat (!) - davon allein 320.000 Euro für die Pacht. Da das Hotel auf zehn Jahr gemietet sei, würden laut AfD in diesem Zeitraum insgesamt 120 Millionen Euro auf Kosten der Steuerzahler anfallen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 27. Juli 2023 (x1.329/...):

>>Die Luftnummer mit dem Wasserstoff

Die Regierung beschließt eine "Nationale Wasserstoffstrategie". Experten warnen jedoch: Hoffnungen, die Klimaziele mit grünem Wasserstoff erreichen zu können, sind unrealistisch. Eine mit Wasserstoff betriebene Gasheizung braucht fünfmal so viel Energie.

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch eine Aktualisierung der Nationalen Wasserstoffstrategie beschlossen. Der bisherige Plan aus dem Jahr 2020 habe grundsätzlich weiter Bestand, werde nun aber an die neuen Klimaschutzziele und Herausforderungen am Energiemarkt angepaßt, wie das Wirtschaftsministerium mitteilte.

Die Strategie setze staatliche Leitplanken für die Erzeugung, den Transport und die Nutzung von Wasserstoff und seinen Derivaten und bündele die Maßnahmen der Bundesregierung. Ziel sei eine zuverlässige Versorgung Deutschlands mit grünem, auf Dauer nachhaltigem Wasserstoff. "Mit der Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie setzen wir den Rahmen für die neue Phase im Wasserstoffmarkthochlauf", sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne).

Der Energieforscher Volker Quaschnig hält die Hoffnungen, die Klimaziele mit grünem Wasserstoff erreichen zu können, für unrealistisch. "Wir müßten den fehlenden Wasserstoff importieren, aber auch der Import ist mit Verlusten und damit Kosten verbunden, es ist auch nicht beantwortet, wo die Mengen herkommen sollen", sagte er der "Augsburger Allgemeinen" (Dienstagsausgabe). "Das ist eine reine Luftbuchung", fügte er hinzu.

Man werde die gesetzlich verankerte Klimaneutralität bis 2045 mit Gas nicht erreichen können: "Der Grund ist, daß eine mit Wasserstoff betriebene Gasheizung bis zu fünfmal so viel Energie aus grünem Strom braucht wie eine Wärmepumpe, um ein Gebäude zu beheizen." Eine Wärmepumpe sei sehr effizient, weil sie die Wärme zu zwei Dritteln aus der Umgebung hole. Eine Gasheizung brauche dort also schon dreimal so viel Energie wie eine Wärmepumpe. "Bei der Erzeugung von Wasserstoff für die Gasheizung mit grünem Strom entstehen nochmals Verluste, damit ist man beim Faktor vier bis fünf", so Quaschnig.

Die Debatte über das Gebäudeenergiegesetz habe er "mit großer Verwunderung" zur Kenntnis genommen, so der Forscher weiter. "Hier wurden Preise und Falschaussagen genannt, bei denen man als Wissenschaftler nur den Kopf schütteln kann", sagte er. "Wenn Herr Söder behauptet, der Kauf einer Wärmepumpe koste bis zu 300.000 Euro, dann weiß ich nicht, wie

groß die dazugehörige Villa ist." Eine normale Wärmepumpe koste 30.000 Euro inklusive Einbau, so Quaschnig.<<

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. Juli 2023:

>>Putins ganze Rede zu Ostgebieten und Polen

Der russische Präsident Wladimir Putin hat vor dem Russischen Sicherheitsrat eine Rede mit spektakulären Aussagen zu einem möglichen Kriegseintritt Polens, einem möglichen Angriff auf Weißrußland sowie die Annexion der deutschen Ostgebiete durch Polen gehalten. ...

_ Übersetzung von *Thomas Röper*

Im Kreml ist die Gründung einer Armeeeinheit aus regulären polnischen und litauischen Truppen, über die europäische Medien schon berichtet haben, ein großes Thema. Demnach könnte diese Einheit eingesetzt werden, um in die Westukraine einzurücken. Polen hat schon kurz nach Beginn der russischen Militäroperation mit dem Gedanken gespielt, die Ukraine mit Soldaten zu unterstützen, aber als die USA erklärt haben, daß Polen das gerne tun könne, es sich dabei - und bei den daraus folgenden Konsequenzen - nicht um einen NATO-Bündnisfall handeln würde, Polen sich also alleine in einem Krieg gegen Rußland wiederfinden könnte, hat die polnische Regierung die Idee zunächst verworfen.

Die polnischen Ambitionen

Die heutige polnische Regierung ist eine radikal-nationalistische Regierung, die davon träumt, die alten polnischen Ostgebiete, die sogenannten östlichen Kresy, zurückzugewinnen. Dabei handelt es sich um Gebiete, die heute zur Westukraine, zu Westweißrußland und zu Litauen gehören. Auf diesem Weg hat die polnische Regierung auch schon sehr konkrete Schritte unternommen und mit Kiew Verträge abgeschlossen, die Polen in der Ukraine eine ganze Reihe von Sonderrechten gewähren.

In Warschau hofft man offensichtlich, zukünftig von der Schwäche der Ukraine (oder was von ihr nach dem Konflikt mit Rußland übrig bleiben mag) zu profitieren und mindestens die westlichen Teile der Ukraine zu annektieren oder in einer Art Föderation unter Kontrolle zu bekommen.

In dieser Hinsicht muß man übrigens auch die Ideen verstehen, die vor kurzem unter anderem von deutschen Politikern vorgebracht wurden, nicht die ganze Ukraine, sondern nur ihre westlichen Landesteile in die NATO aufzunehmen. Ich bin sicher, daß der SPD-Politiker Michael Roth, der den Vorschlag Anfang Juli gemacht hat, von geopolitischen Zusammenhängen nicht mehr Ahnung hat als eine fette Sau vom Hochsprung, denn erstens ist die Idee brandgefährlich und birgt das Risiko, die NATO in einen Krieg mit Rußland zu führen, und zweitens hat er sich damit zum Handlanger ausschließlich polnischer Interessen gemacht und gegen die Interessen nicht nur Deutschlands, sondern auch der USA gesprochen.

Putins Warnung

Wenn der Kreml Videos zur internationalen Lage veröffentlicht, sind die immer auch eine Botschaft an das Ausland. Das dürfte ganz besonders für das aktuelle Video von der Sitzung des russischen Sicherheitsrates gelten. Damit sich die Leser selbst ein Bild davon machen können, habe ich das 12-minütige Video komplett übersetzt. In dem Video sprechen Präsident Putin und Sergej Jewgenjewitsch Naryschkin, der Chef der russischen Auslandsaufklärung.

Beginn der Übersetzung:

Putin: Guten Tag, verehrte Kollegen!

Wir haben heute mehrere Themen, eins davon ist die Entwicklung der Beziehungen zu unseren Freunden auf dem afrikanischen Kontinent, da Rußland bald Gastgeber des Rußland-Afrika-Gipfels sein wird. Und eine Frage bezieht sich auf einen so wichtigen Bereich wie die Nutzung von Informationstechnologien, natürlich im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Sicherheit des Landes.

Aber zu Beginn möchte ich fragen, ob jemand ein aktuelles Thema hat. Ja, bitte, Herr Sergej

Jewgenjewitsch.

Naryschkin: Wladimir Wladimirowitsch, liebe Kollegen!

Nach Informationen, die der Dienst aus verschiedenen Quellen erhält, kommt das offizielle Warschau allmählich zu der Erkenntnis, daß die westliche Hilfe für Kiew nicht ausreicht, um die Ukraine für die damit beabsichtigten Ziele zu unterstützen. Mehr noch, man wird sich allmählich bewußt, daß die Niederlage der Ukraine nur eine Frage der Zeit ist.

"Gefährliche Pläne der polnischen Führung"

In diesem Zusammenhang ist die polnische Führung zunehmend entschlossen, die westlichen Gebiete der Ukraine, die westlichen Regionen, unter Kontrolle zu nehmen, indem sie dort ihre Truppen stationiert. Dieser Schritt ist eine der Optionen, um die Erfüllung alliierter Verpflichtungen im Rahmen der polnisch-litauisch-ukrainischen Sicherheitsinitiative - des so genannten Lubliner Dreiecks - zu formalisieren.

Wir sehen, daß es in diesem Zusammenhang Pläne gibt, die litauisch-polnisch-ukrainische Allzweckbrigade, die unter der Schirmherrschaft dieses so genannten Lubliner Dreiecks operiert, erheblich aufzustocken.

Wir sind der Meinung, daß diese ziemlich gefährlichen Pläne der polnischen Führung genau beobachtet werden sollten.

Putin: Ja. Was Sergej Jewgenjewitsch gerade gesagt hat, sollten wir genauer betrachten. Diese Informationen sind bereits in der europäischen Presse, insbesondere in der französischen Presse, erschienen.

Ich denke, in diesem Zusammenhang ist es angebracht, sich auch an einige Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erinnern.

Heute ist klar, daß die westlichen Kuratoren des Kiewer Regimes von den Ergebnissen der so genannten Gegenoffensive, die die derzeitigen ukrainischen Machthaber in den vergangenen Monaten lautstark angekündigt haben, eindeutig enttäuscht sind. Sie ist - zumindest bisher - ergebnislos. Weder die kolossalen Ressourcen, die in das Kiewer Regime "gepumpt" wurden, noch die Lieferung westlicher Waffen - Panzer, Artillerie, gepanzerte Fahrzeuge, Raketen - noch die Entsendung Tausender ausländischer Söldner und Berater, die auf die aktivste Art und Weise genutzt wurden, um die Front unserer Armee zu durchbrechen, haben geholfen.

"Selbstmörderische Angriffe der Ukraine"

Gleichzeitig handelt das Kommando der Militäroperation professionell. Unsere Soldaten und Offiziere, Einheiten und Verbände erfüllen ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland tapfer, standhaft und heldenhaft. Dabei sieht die ganze Welt, daß die gepriesene westliche, vermeintlich unbesiegbare Ausrüstung brennt und in ihren taktischen und technischen Daten sogar manchen Waffen sowjetischer Herkunft oft unterlegen ist.

Ja, natürlich können mehr westliche Waffen geliefert und in die Schlacht geworfen werden. Das fügt uns natürlich einen gewissen Schaden zu und verlängert den Konflikt. Aber erstens sind die NATO-Arsenale und die Bestände an alten sowjetischen Waffen in einigen Staaten bereits weitgehend geleert worden, und zweitens erlauben es die vorhandenen Produktionskapazitäten im Westen nicht, den Verbrauch der Reserven an Ausrüstung und Munition schnell wieder aufzufüllen. Sie brauchen zusätzliche, und zwar große, Ressourcen und mehr Zeit.

Aber das Wichtigste ist, daß die ukrainischen Verbände durch die selbstmörderischen Angriffe enorme Verluste erlitten haben. Das sind Zehntausende, ja Zehntausende, von Menschen.

Und trotz der ständigen Razzien, der unaufhörlichen Wellen der totalen Mobilmachung in den Städten und Dörfern der Ukraine, wird es für das derzeitige Regime immer schwieriger, neue Rekruten an die Front zu schicken. Die Mobilmachungsressourcen des Landes sind erschöpft.

"Öffentliche Meinung in Europa kippt"

Die Menschen in der Ukraine stellen sich zunehmend eine Frage, eine berechtigte Frage: Wofür, für wessen egoistische Interessen, sterben ihre Verwandten und Freunde. Langsam, lang-

sam, aber sicher kommt die Ernüchterung.

Wir sehen, daß sich auch in Europa die öffentliche Meinung ändert. Die Europäer und die Vertreter der europäischen Eliten sehen, daß die sogenannte Unterstützung für die Ukraine in Wirklichkeit eine Sackgasse ist, eine leere, endlose Verschwendung von Geld und Kräften, und in Wirklichkeit dient sie fremden Interessen, die weit entfernt von europäischen Interessen sind: den Interessen des globalen Hegemons in Übersee, der von der Schwächung Europas profitiert. Er profitiert auch von der endlosen Verlängerung des Ukraine-Konflikts.

Nach dem zu urteilen, was im wirklichen Leben geschieht, tun die heute herrschenden Eliten der USA genau das. Auf jeden Fall handeln sie nach dieser Logik. Ob diese Politik den wahren, grundlegenden Interessen des amerikanischen Volkes entspricht, ist eine große Frage, natürlich eine rhetorische Frage, aber das sollen sie selbst entscheiden.

Doch jetzt wird das Feuer des Krieges geschürt. Dazu werden die Ambitionen der Führer einiger osteuropäischer Staaten genutzt, die den Haß auf Rußland und die Russophobie längst zu ihrem wichtigsten Exportgut und zu einem Instrument ihrer Innenpolitik gemacht haben. Und nun wollen sie sich an der ukrainischen Tragödie "die Hände wärmen". (Anm. d. Übers.: Mit "die Hände wärmen" wird auf Russisch illegitimes Geldverdienen, oft Korruption, oder andere unfaire Vorteilsnahme bezeichnet)

"Polen werden für immer bleiben"

In diesem Zusammenhang bin ich gezwungen, das eben Gesagte und die Presseberichte über Pläne zur Schaffung der sogenannten polnisch-litauisch-ukrainischen Einheit kommentieren. Das heißt, es handelt sich nicht um irgendeine Ansammlung von Söldnern - davon gibt es genug und sie werden vernichtet -, sondern um eine reguläre, organisierte, ausgerüstete Militäreinheit, die für Operationen auf ukrainischem Gebiet genutzt werden soll. Unter anderem zur angeblichen Gewährleistung der Sicherheit der modernen Westukraine, aber de facto, wenn wir die Dinge beim richtigen Namen nennen, zur späteren Okkupation dieser Gebiete.

Denn die Perspektive ist offensichtlich: Wenn polnische Einheiten beispielsweise in Lwow oder anderen Gebieten der Ukraine einmarschieren, werden sie dort bleiben. Und zwar werden sie dort für immer bleiben.

Und das ist übrigens nichts Neues. Ich möchte daran erinnern, daß polnische Einheiten nach der Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten am Ende des Ersten Weltkriegs Lwow und die angrenzenden Gebiete, die damals zu Österreich-Ungarn gehörten, besetzt haben.

Polen nutzte auf Betreiben des Westens auch die Tragödie des russischen Bürgerkriegs aus und annektierte einige historisch russische Provinzen. Unser Land, das sich damals in einer schwierigen Lage befand, war gezwungen, 1921 den Vertrag von Riga zu unterzeichnen und die Annexion seiner Gebiete anzuerkennen.

Und sogar noch früher, im Jahr 1920, eroberte Polen einen Teil Litauens - die Region Vilna, das Gebiet um das heutige Vilnius. Eigentlich kämpften sie gemeinsam mit den Litauern gegen den so genannten "russischen Imperialismus", doch sobald sich eine Gelegenheit bot, haben sie ihren Nachbarn sofort ein Stück Land "entrissen".

Polen beteiligte sich bekanntlich an der Aufteilung der Tschechoslowakei als Ergebnis des Münchner Abkommens mit Hitler im Jahr 1938. Es besetzte das tschechische Schlesien vollständig. (Anm. d. Übers.: Das verschweigen deutsche Geschichtsbücher und Dokus gerne, aber es stimmt: Polen hat zusammen mit Hitler Teile der Tschechoslowakei annektiert, das kann jeder überprüfen, indem er im Netz nach der Geschichte der Stadt Teschen, polnisch Cieszyn, sucht)

"Ostdeutschland war Stalins Geschenk an Polen"

In den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts kam es in den sogenannten östlichen Kresy Polens - und das ist das Gebiet der Westukraine, Westweißrußlands und eines Teils Litauens - zu einer brutalen Polonisierung und Assimilierung der dortigen Bevölkerung, zur

Unterdrückung der nationalen Kulturen und der Orthodoxie.

Ich erinnere auch daran, wie diese aggressive Politik für Polen endete. Sie endete mit der nationalen Tragödie von 1939, als die westlichen Alliierten Polen der deutschen Kriegsmaschinerie zum Fraß vorgeworfen haben und es faktisch seine Unabhängigkeit und Staatlichkeit verlor, die dann zum großen Teil dank der Sowjetunion wiederhergestellt wurde. Und dank der Sowjetunion, dank Stalins Position, gewann Polen bedeutende Gebiete im Westen, Gebiete von Deutschland. Genau so ist es, die westlichen Gebiete des heutigen Polens sind Stalins Geschenk an die Polen.

Haben unsere Freunde in Warschau das vergessen? Wir erinnern sie daran.

Heute sehen wir, daß das Regime in Kiew bereit ist, alles zu tun, um seine korrupte "Haut" zu retten und seine Existenz zu verlängern. Die Menschen in der Ukraine, ihre Souveränität und ihre nationalen Interessen sind ihnen wurscht.

"Polen träumt auch von WeißRußland"

Sie werden alles hergeben, Menschen und Land. Übrigens ebenso wie ihre ideologischen Vorgänger, die 1920 die sogenannten geheimen Konventionen mit Polen geschlossen haben, wonach sie Polen im Gegenzug für militärische Unterstützung die Gebiete Galizien und Westwolyhynien überließen. Diese Verräter sind auch heute noch bereit, die Tore für fremde Herren zu öffnen und die Ukraine erneut zu verkaufen.

Was die polnischen Führer betrifft, so rechnen sie wahrscheinlich damit, eine Koalition unter dem Dach der NATO zu bilden und direkt in den Konflikt in der Ukraine einzugreifen, um dann ein größeres Stück für sich selbst "herauszureißen", um, wie sie meinen, ihre historischen Gebiete - die heutige Westukraine - zurückzugewinnen. Bekanntlich träumen sie auch von weißrussischen Gebieten.

Was die Politik des ukrainischen Regimes angeht, so ist das seine Sache. Wenn sie, wie Verräter es tun, etwas aufgeben, etwas verkaufen, ihre Herren mit etwas bezahlen wollen, dann ist das, ich wiederhole, ihre Sache. Wir werden uns da nicht einmischen.

Aber was WeißRußland betrifft, so ist es Teil des Unionsstaates, und eine Aggression gegen WeißRußland bedeutet eine Aggression gegen die Russische Föderation. Darauf werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln reagieren.

"Polen werden neues Kanonenfutter"

Die polnische Regierung, die ihre revanchistischen Pläne ausbrütet, sagt ihrem Volk auch nicht die Wahrheit. Und die Wahrheit ist, daß der Westen eindeutig nicht genug ukrainisches "Kanonenfutter" hat. Daher planen sie, neues entbehrliches Material zu verwenden - die Polen selbst, Litauer und weiter auf der Liste. Alle, um die es nicht schade ist.

Ich sage eins: Das ist ein sehr gefährliches Spiel und die Urheber derartiger Pläne sollten über die Folgen nachdenken.

Sergej Jewgenjewitsch, ich hoffe, daß Ihr Dienst und auch unsere anderen Geheimdienste die Entwicklung der Ereignisse genau verfolgen werden.

Lassen Sie uns nun zu unseren eigentlichen Themen kommen.

Ende der Übersetzung

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26657" berichtet am 27. Juli 2023 (x1.319/...): >>Globale Kälterekorde stellen Hitze-Lockdowns in Frage

Während Deutschlands Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach einen Hitzeschutzplan für Deutschland erarbeiten will, beklagen weltweit viele Länder niedrige Temperaturen und den Einsatz von Geoengineering.

Laut Meldung von tagesschau.de vom 13. Juni 2023 hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigt, einen Hitzeschutzplan für Deutschland erarbeiten zu wollen. "Wir müs-

sen feststellen", so Lauterbach, "daß wir in Deutschland gegen den Hitzetod nicht gut aufgestellt sind". Vorbild soll laut dem Gesundheitsminister ein Hitzekonzept sein, das Frankreich entwickelt haben soll. Doch wie sieht es mit den Hitzeusername in anderen Ländern aus? Hier einige Beispiele:

Indien: Am 4. Mai 2023 wurde in der indischen Hauptstadt Neu-Delhi der drittkälteste Mai-Morgen seit 1901 verzeichnet. Wie weltweit, ist auch in Delhi die Winterkälte ein größeres Problem als die Sommerhitze. Studien zufolge sind 6,5 Prozent aller Todesfälle in Indien auf kurzzeitige extreme Temperaturen zurückzuführen, davon 88 Prozent auf kaltes Wetter und nur 12 Prozent auf heißes Wetter.

Alaska: Der April 2023 war ein historisch kalter Monat in ganz Alaska, mit einer Durchschnittstemperatur von -8,7 Grad Celsius. Es war der viertkälteste April seit den 99er Jahren, in denen es dort Temperaturaufzeichnungen gibt. Der Schnee hat sich bis in den Mai hinein fortgesetzt.

Australien: Im Mai 2023 setzte sich der seit Jahren anhaltende Abkühlungstrend in Australien fort. Bereits zu Beginn des Monats wurden in einer Vielzahl von Orten die niedrigsten Mai-Temperaturen seit 85 Jahren gemessen.

Argentinien: Ende Mai 2023 saßen Tausende chilenische Reisende in der argentinischen Provinz Mendoza im Schnee fest. Der Cristo-Redentor-Weg, eine Verbindung zwischen Argentinien und Chile, wurde aufgrund der starken Schneefälle geschlossen.

Rußland: Historische Tiefsttemperaturen wurden in Yubileinaya, Jakutien, gemessen, wo die Temperatur weit unter die jahreszeitlich üblichen Werte sank. Am 13. Mai sank das Thermometer hier auf -24,5 °C und übertraf damit den bisherigen Mai-Tiefstwert von -24,1 °C, der vor 70 Jahren, im Jahr 1958, gemessen wurde. Auch starker Schneefall war ein Thema.

Ukraine: Die Ukraine verzeichnete in diesem Frühjahr ungewöhnlich kalte und schneereiche Bedingungen.

Mongolei: Die Mongolei hatte einen frostigen Winter 2022/23 zu überstehen, der nach Angaben von Save the Children zu massiven Viehverlusten und dem Leid von 212.000 Menschen führte. Selbst im späten Frühjahr wurde das Land weiterhin von todbringenden Schneestürmen heimgesucht.

Großbritannien: Das Jahr 2023 war im Vereinigten Königreich bis Ende Mai kalt und naß, und der Frühling weigerte sich Mitte Mai immer noch zu beginnen. Selbst die etablierten Meteorologen konnten sich nicht erklären, warum sich die düsteren Bedingungen des Winters immer noch hinzogen, und waren selbst schockiert über - wie sie sagen - "all die starken Fröste, die wir in diesem Frühjahr hatten".

Spanien: Die zum Teil rekordverdächtigen Niederschläge in Europa wurden weiterhin von anomaler Kälte begleitet, die dazu führte, daß ein Großteil des Regens in höheren Lagen als Frühjahrsschnee fiel. Das galt sogar für Südspanien.

Diesen Berichten zufolge scheint Hitze vielerorts nicht das Hauptproblem zu sein. Zu der offensichtlich einseitigen Berichterstattung der Leit-Medien gehört auch, daß sie im Sommer den wahren Grund für vermeintliche Hitzerekorde nicht nennen und zwar den städtischen Wärmeinsel-Effekt.

Mahesh Palawat, Vizepräsident von Skymet Weather Services, erklärt die in Neu-Delhi gemessenen gemäßigten Sommertemperaturen und die angeblichen Hitzespitzen damit, daß es Wetterstationen in eher grünen Stadtbereichen gibt und viele in stark betonierten Flächen, ohne viel Grün. Dort werden verständlicherweise höhere Temperaturen gemessen. Diese Wärmeinseln sollen dann den regional Unkundigen für das Narrativ der apokalyptischen Welterwärmung herhalten.

Und noch ein weiterer Aspekt gibt zu denken: Der hochrangige rumänische General Emil Strainu, Experte für Geoengineering, erläuterte gegenüber dem serbischen Journalisten Dra-

gan Vujicic, wie das gigantische, elektrische Felder erzeugende HAARP als "Waffe der Apokalypse" zur wirtschaftlichen Kriegsführung, zum Klimawandel und zur Bevölkerungskontrolle eingesetzt wird. Warme Luftmassen werden umverteilt und somit eine angeblich CO2-bedingte Erwärmung suggeriert.

Hier, beim Geoengineering, sollte Lauterbach zunächst mal einen Stopp erwirken, bevor er der schon genug durch Klimaauflagen drangsalierten Bevölkerung mit neuen Auflagen das Leben noch schwerer machen will. Und das wegen eines Hitzetodes, der durch militärisches Geoengineering inszeniert wird. Deutschland lag bei der jährlichen Durchschnittstemperatur 2021 ja ohnehin erst auf - sage und schreibe - Platz 188 der insgesamt 196 erfaßten Länder.<<
28.07.2023

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. Juli 2023 (x1.322/...): >>Zur Chronik der Staatsverbrechen: die Lügen von Krankenhausüberlastung und hoher Covid-Sterblichkeit

Von *H. W. Ludwig*

Eine Pandemie hat es nie gegeben. Sie wurde gezielt inszeniert, vorgetäuscht durch ein System von Angst-erzeugenden Bildern, manipulierten Statistiken und dreisten Lügen.

"Alles diene dazu, einem bekanntermaßen nutzlosen wie hochrisikohaften Arzneimittel aus der Biowaffen-Forschung endlich zu einem weltweiten Verkaufserfolg zu verhelfen", wie Dr. Gunter Frank nach gründlicher Recherche in seinem Buch "Das Staatsverbrechen" schreibt. Die Corona-Krise ist erst zu Ende, wenn alles aufgearbeitet und die Verantwortlichen für die zahlreichen Verbrechen an der Bevölkerung vor einem (unabhängigen) Gericht stehen. Dazu müssen unermüdlich die wahren Fakten gesammelt und veröffentlicht werden, wozu Dr. Frank einen wichtigen Beitrag geleistet hat.

In ihrer Fernsehansprache vom 18. März 2020 gab die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Marschrichtung bekannt. Da es noch kein Medikament und keinen Impfstoff gegen das Corona-Virus gebe, an dem aber mit Hochdruck geforscht werde, müsse Richtschnur des staatlichen Handelns sein, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, um Zeit zu gewinnen. Dazu sei erforderlich, das öffentliche Leben, soweit es gehe, herunterzufahren. Vor allem müsse auch Zeit gewonnen werden, damit die an Corona Erkrankten bestmöglich versorgt werden. Und die Krankenhäuser wären völlig überfordert, wenn in kürzester Zeit zu viele Patienten eingeliefert würden.

Seitdem wurden, wie Dr. Frank hervorhebt, "alle Corona-Schutzmaßnahmen, von den Schulschließungen bis zur Einrichtungs-bezogenen Impfpflicht, mit der Begründung durchgesetzt, einer Überlastung des Gesundheitssystems entgegenwirken zu müssen." Mit dem am 27. März 2020 erlassenen "Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" wurde die Einschränkung von wesentlichen freiheitlichen Grundrechten - grundgesetzwidrig - durchgesetzt, wie: das Recht auf Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Berufsfreiheit, Brief- und Postgeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung.

Doch Dr. Frank weist anhand der offiziellen Belegungs-, Todes- und Vergleichszahlen nach, daß zu keinem Zeitpunkt die Überlastung der Krankenhäuser befürchtet werden mußte.

I. Die Krankenhausbelegung

Das Ausmaß der Corona-Erkrankung ist nie über das einer starken Grippe hinausgegangen. Während der Corona-Jahre 2020/2021 gab es keine außergewöhnliche Belastung der Krankenhäuser durch schwere Covid-19-Fälle, die eine Krankenhauseinweisung notwendig machten. Die hochgespielte Anzahl von Infektionen, Inzidenzen oder Ansteckungsraten spielt dafür keine Rolle.

"Wenn es eine außergewöhnliche Gefahr durch Covid-19 gegeben hätte, dann hätte dies trotz Absagen vieler Operationen zu einer angespannten Belegungssituation führen müssen. Doch das Gegenteil war der Fall, denn 2020 herrschte historische Unterbelegung - ganzjährig!", so

Dr. Frank. (S. 12 f. in seinem Buch)

Besonders aussagekräftig sei eine Analyse der gesamten Krankenhausbelegung 2020 in Deutschland, die im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung erstellt wurde. Diese ist seit April 2021 bekannt und auf der Internetseite des BMG aufrufbar. Dort steht wörtlich (S. 4):

"Im betrachteten Zeitraum 2020 gab es in Deutschland seit Beginn der COVID-19-Pandemie Mitte März durchgehend weniger stationäre Fälle, und zwar im Zeitraum bis Ende Mai um ca. -30 % und ab dann - einschließlich des Zeitraums der zweiten Welle - um -10 %. Über das Jahr gesehen beläuft sich das Minus auf 13 %, d.h. ohne Berücksichtigung der ersten zehn COVID-19-freien Wochen auf ca. -16 %. Da die durchschnittliche Verweildauer nur minimal stieg, sanken auch die Verweildauertage um -12 %. Im Resultat sank die Bettenauslastung auf einen Allzeittiefpunkt von 67,3 % (und 68,6 % auf den Intensivstationen)."

Dr. Frank: "Im Klartext: 2020 herrschte in deutschen Krankenhäusern eine historische Unterbelegung - auch auf den Intensivstationen. Das sind keine Schätzungen, Studienergebnisse oder Modellrechnungen. Das ist die Analyse der offiziellen Belegungszahlen und kommt damit der Wirklichkeit so nahe wie sonst nichts."

Anteil der Covid-Patienten

Der Anteil der Patienten, die mit einer Covid-Diagnose eingeliefert wurden, an dieser Unterbelegung war äußerst gering. Zitat aus der Leibniz-Analyse:

"Dies berücksichtigt bereits die Versorgung der COVID-19-Patienten, für deren stationäre Versorgung im Jahresschnitt unter Berücksichtigung der Überlieger 2 % aller Betten und knapp 4 % der Intensivbetten benötigt wurden, natürlich mit zeitlichen und geographischen Spitzen."

Zum Covid-Anteil während dieser Spitzen in der Winterwelle 20/21, in der Medien von überquellenden Krankenhäusern faselten, schreibt das Leibniz-Institut:

"Die höchsten tagesbezogenen Belegungsquoten gab es in der zweiten Dezemberhälfte mit knapp 5 % aller Betten."

Dr. Frank bemerkt dazu:

"Sie haben richtig gelesen. Es herrschte in deutschen Krankenhäusern während des Corona-Jahres 2020 historische Unterbelegung, und der Anteil der Covid-Patienten betrug im Schnitt lediglich 2 %, in Worten: ZWEI PROZENT. Und höchstens 5 % in der Zeit der größten Infektionswelle." (In seinem Buch S. 13)

Belegungszahlen für 2019, 2020 und 2021

Inzwischen hat das "Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus", das in regelmäßigen Abständen Daten zu allen stationären Krankenhausleistungen veröffentlicht, auch die Abrechnungsdaten aller Krankenhäuser für das Jahr 2021 vorgelegt.

Dr. Frank weist darauf hin, daß der Datenexperte Tom Lausen die InEK-Daten für die Jahre 2019, 2020 und 2021 analysiert und die Ergebnisse am 14. März 2022 in einer Anhörung dem Gesundheitsausschuß des Bundestages vorgestellt habe. Das bedeute, daß die Zahlen ab diesem Zeitpunkt auch offiziell dem Bundestag bekannt waren!

Diese Daten belegten, daß sowohl 2020 als auch 2021 in deutschen Krankenhäusern insgesamt jeweils ca. 16,7 Millionen stationäre Fälle behandelt worden seien, je über 2,5 Millionen weniger als 2019. Unter den stationär Behandelten waren nur 111.324 Corona-Kranke, deren Zahl 2021 auf 276.332 anstieg, was aber den Gesamt-Rückgang nicht beeinträchtigte.

"Die InEK-Daten zeigen sogar einen noch niedrigeren Covid-Patienten-Anteil an der Gesamtbelegung als die Analyse des Leibniz-Instituts: 2020 ca. 0,7 % und 2021 ca. 1,7 %." (Dr. Frank)

Auch in den Intensivstationen der deutschen Krankenhäuser wurden nach den InEK-Daten im Jahr 2020 insgesamt 217.871 Fälle weniger behandelt als 2019. Dr. Frank dazu:

"Auch hier lesen Sie richtig: fast eine Viertelmillion weniger Intensivfälle im Jahr einer der angeblich schlimmsten Seuchen aller Zeiten."

Und der Anteil der Corona-Intensiv-Patienten betrug lediglich (27.469 von 2.049.247=) 1,3 %.

2021 lagen sogar 370.117 Patienten weniger auf den Intensivstationen als 2019, obwohl merkwürdigerweise der Anteil der Corona-Patienten auf 68.228 = 3,6 % gestiegen war. Dies veranlasste Dr. Frank zu der Bemerkung, es falle insgesamt auf, daß 2021 deutlich mehr Covid-Fälle abgerechnet wurden als 2020. Doch das habe sicher nicht am Virus gelegen. Die Meldepraxis der deutschen Intensivabteilungen sollte vielleicht bereits mit organisierter Kriminalität beschrieben werden. Er werde sich dem Thema ausführlich in einem späteren Kapitel widmen.

"Festzuhalten ist: Die INEK-Zahlen bestätigen eindeutig die Leibniz-Analyse und damit die historische Unterbelegung in deutschen Krankenhäusern und messen den Anteil an Covid-Patienten sogar noch unter 2 %."

Corona - nichts Besonderes

Zu der historischen Unterbelegung hätten sicher auch abgesagte Operationen beigetragen sowie auch die Panikstimmung, die dazu führte, daß Patienten die Krankenhäuser mieden, die sich dort besser hätten behandeln lassen sollen. Aber wenn es sich tatsächlich um eine besonders gefährliche Epidemie gehandelt hätte, wären die dadurch freigewordenen Betten dennoch mit vielen Covid-Kranken belegt worden.

Doch der vorausgesagte Covid-Tsunami sei in Wirklichkeit als kleine, typische Winterwelle in der Krankenhausbelegung kaum wahrnehmbar gewesen, wenn überhaupt, dann während des Jahreswechsels 2020/2021, als es regional zu Engpässen gekommen und Patientenverlegungen notwendig geworden seien. Auch im Januar 2021 hätten Patienten jederzeit auf halb-leere Intensivabteilungen vieler Krankenhäuser verlegt werden können. Auch dies sei eine Feststellung der Leibniz-Analyse.

"Über diese historische Unterbelegung ist das Bundesgesundheitsministerium demnach durch ein eigenes Gutachten spätestens seit April 2021 offiziell im Bilde. Eine unmittelbare Entwarnung und Beruhigung der Bevölkerung hätte zwingend erfolgen müssen, was jedoch mit tatkräftiger Mit Hilfe der etablierten Medien unterblieb. Damit sollte klar sein, daß die politischen und medialen Horrorberichte zu Corona reiner Humbug waren." (Dr. Frank, S. 15)

Das dränge allenfalls die Frage auf, ob die einschneidenden Maßnahmen des Staates diesen Tsunami verhindert haben. Darauf wird im III. Kapitel eingegangen.

Zunächst behandelt Dr. Frank noch den möglichen Einwand, die neue Corona-Infektion sei so schlimm gewesen, daß die meisten infizierten Menschen gestorben seien, bevor sie es ins Krankenhaus geschafft hätten. Daher sei die Untersuchung des Sterbegeschehens in den Corona-Jahren 2020 und 2021 notwendig.

II. Das Sterbegeschehen

Bei der Frage, ob es sich um eine gefährliche Pandemie gehandelt habe, spiele neben der Zahl der schweren Krankheitsfälle die Zahl der Corona-Toten die entscheidende Rolle. Nach dem Statistischen Bundesamt betrage im Jahr 2020 die Zahl der Covid-Todesopfer 39.758 und 71.331 im Jahr 2021. Das RKI habe ca. 33.000 für 2020, ca. 79.000 für 2021 und ca. 48.000 für 2022 gemeldet. Mit Stand 5. Januar 2023 würden bis dahin offiziell insgesamt 162.256 Gestorbene als Covid-Opfer gelten.

Das Covid-Sterbegeschehen habe mit 85 % allermeist im Altersbereich der über 70-plus-Jährigen stattgefunden. Das Covid-Durchschnittssterbealter (Median) habe in Deutschland 83 Jahre betragen.

Das allein deute nicht auf eine hohe Gefährlichkeit der Corona-Krankheit für die Bevölkerung hin, allenfalls, daß sehr alte Menschen, wie bei einer schweren Grippe auch, besonders ge-

fährdet seien.

Aber stimmen die Covid-Sterbezahlen in dieser Höhe überhaupt? Von Anfang an wurden eindeutig an Corona Verstorbene mit solchen mit Corona, die also zu einer schweren Vorerkrankung auch eine Corona-Infektion hatten oder auch nur (untauglich) positiv getestet waren, als Corona-Tote zusammengezählt - ein eindeutig schwere und dreiste Täuschung der gutgläubigen Bevölkerung, um mit möglichst hohen Sterbezahlen den Eindruck einer gefährlichen Pandemie zu erwecken.

"An" oder "mit"

Auffällig sei, so Dr. Frank, daß das RKI seine Todeszahlen mit "an" und "mit" beschrieben habe, während das Statistische Bundesamt bei seinen Zahlen von "an" ausgehe. Eine sichere Klärung dieser Frage könnten nur Obduktionen bringen. Ein 2022 veröffentlichter Bericht des deutschen Covid-19-Autopsieregisters sei anhand 1.095 ausgewerteter Datensätze zum Schluß gekommen, daß in 86 % der Obduktionsfälle Covid-19 die Todesursache gewesen sei. Der Heidelberger Direktor der Universitätspathologie, Prof. Dr. Peter Schirmacher, komme 2020 anhand seiner Untersuchungen von Covid-Toten auf etwa 80 % ursächlich an den Folgen einer Covid-Lungenentzündung Verstorbene.

Ich füge hinzu: Bild-TV meldete am 18.1.2022 aufgrund einer eigenen Umfrage bei den Gesundheitsministerien der Länder, wie sich deren Covid-Todeszahlen jeweils aufschlüsseln, daß unterschiedlich von 84 % bis zu 64 % tatsächlich an Corona gestorben seien. Was andererseits bedeutet, daß von 16 % bis zu 36 % zwar "mit Corona", aber ursächlich an anderen Krankheiten starben oder die Ursache unbekannt war. - Hier besteht also eine hohe Dunkelziffer.

Umetikettierung

Es gibt noch andere Mittel der Fälschung von Corona-Sterbezahlen. Ein praktischer Hausarzt wie Dr. Frank macht da so seine eigenen Erfahrungen. Er komme immer wieder mit Bestattern zusammen, die ihm berichtet hätten, daß Särge von Covid-Toten, die sie aus dem Krankenhaus abholen, versiegelt seien. Kämen dann die Angehörigen zu ihnen mit guten Kleidern für den Toten für die letzte Reise, dürfe er den versiegelten Sarg nicht mehr öffnen.

Mehrfach hätten sie dann von Angehörigen gehört, daß der Großvater oder die Tante doch gar nicht wegen Corona im Krankenhaus gelegen hätte. Ähnliches habe er auch öfter von Angehörigen direkt erfahren. Besonders die alten, dementen Verstorbenen hätten die Covid-Diagnose fast automatisch bekommen.

Es habe offensichtlich vor allem bei vorerkrankten alten Menschen eine Verschiebung der Todesursachen gegeben. Auch hier habe er von Bestattern erfahren, daß Ärzte früher bei alten Menschen, die an einem Infekt verstarben, meist die Grunderkrankung als Todesursache eingetragen hätten. In den Corona-Jahren jedoch habe meist Covid auf dem Totenschein gestanden. (Zu noch schlimmeren Berichten eines Bestatters in Schottland siehe hier.)

Dr. Frank geht davon aus, daß am Anfang der Coronakrise nach Prof. Schirmacher ca. 80 % der offiziellen Covid-Toten in den Krankenhäusern schwer an Covid-19 erkrankt gewesen seien. Sie seien meist an einer Lungenentzündung, oft in Kombination mit Lungenschäden als Folge einer invasiven maschinellen Beatmung gestorben. Die Dunkelziffer einer falschen Todesdiagnose dürfte in den Altersheimen größer gewesen sein.

Doch ab Sommer 2021 gehe er von mindestens 50 % falsch deklarierten Covid-Todesdiagnosen aus. Seit Omikron im Frühjahr 2022 sollte man besser von 90 % ausgehen.

Übersterblichkeit

Wenn es eine außergewöhnlich hohe Zahl an Corona-Toten gegeben hat, dann müßte sie statistisch an einer Übersterblichkeit abzulesen sein, die entsteht, wenn mehr Tote verzeichnet werden, als es aufgrund der Bevölkerungsentwicklung zu erwarten gewesen wäre. Dr. Frank weist darauf hin, daß die Zahl der jährlichen Grippetoten in der Vergangenheit stets anhand

solcher Übersterblichkeiten geschätzt worden sei.

Doch müsse man sich davor hüten, wenn wie in Deutschland seit Jahrzehnten mehr Menschen sterben als im Vorjahr, automatisch auf eine Übersterblichkeit zu schließen. Denn die Gesamtmenge und die Altersstruktur änderten sich ständig. Vor allem Deutschland werde immer älter, und deshalb steige hier die Todesrate, weil alte Menschen nun mal häufiger sterben als junge. So seien 2006 noch 0,998 % der Bevölkerung gestorben, während es 2021 schon 1,227 % gewesen seien. Auch andere Faktoren könnten die Sterblichkeit beeinflussen. Eine schwere Grippewelle im Vorjahr führe im nächsten Jahr zu weniger Sterbefällen unter alten Menschen, weil die Schwächsten schon im Vorjahr gestorben seien. Der Lockdown z.B. könnte zu weniger Verkehrstoten, aber zu mehr Suiziden geführt haben.

Das Statistische Bundesamt behaupte beharrlich eine Übersterblichkeit für 2020. Doch dies gehe auf irreführenden Vergleichszahlen zurück. 2019 sei das mit Abstand niedrigste Sterbejahr der letzten zehn Jahre gewesen, gefolgt von 2016. Wenn man genau diese Jahre 2016 - 2019 zusammenlege und den Durchschnitt mit 2020 vergleiche, dann schneide 2020 leicht schlechter ab, habe also etwas höhere Sterbezahlen.

Aber die Wirklichkeit sehe ganz anders aus, wenn man die letzten zehn Jahre einzeln betrachte und miteinander vergleiche. Dann stelle sich heraus, daß 2013 das Jahr mit der höchsten Sterbezahl gewesen sei und 2019 das Jahr mit der niedrigsten.

"2020 war das Jahr mit der drittniedrigsten Sterberate. Das beweist, daß 2020 ein mildes Sterbejahr war und keine Übersterblichkeit bestand."

2021 habe die vierthöchste Sterbezahl der letzten zehn Jahre gehabt, gegenüber 2020 also deutlich erhöht. Das habe jedoch nicht an den alten Verstorbenen, sondern an den jüngeren gelegen. Die mittleren Altersgruppen hätten plötzlich das höchste Sterbegeschehen der letzten zehn Jahre aufgewiesen. Diese Entwicklung sei jedoch erst ab der zweiten Jahreshälfte 2021 zu beobachten gewesen. Der Mathematiker Dr. Thomas Rießinger komme in einer fachgerechten und zurückhaltenden Berechnung auf 6.000 zusätzliche Tote in der Altersklasse der 35-75-Jährigen in der zweiten Jahreshälfte. -

Für 2022 seien von Januar bis Dezember pro Monat (Ausnahme Februar) zwischen 4 und 20 Prozent allgemein mehr Tote gezählt worden als in den Vorjahren, sogar im Sommer. Laut Presseportal des Statistischen Bundesamtes seien 2022 im November 88.129 Menschen gestorben. Diese Zahl liege 7 % oder 5.945 Fälle über dem mittleren Wert der Jahre 2018-2021 für diesen Monat. Destatis räume ein, daß "die Zahl der COVID-19-Todesfälle im November abnahm", sie habe sich "innerhalb von vier Wochen in etwa halbiert". Und: Die aktuelle Entwicklung könne "nicht allein beziehungsweise nur zu einem geringen Teil auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen" sein.

Corona oder die Demographie erklärten den erneuten Anstieg also nicht. Im Dezember 2022 habe die Übersterblichkeit wieder 19 Prozent betragen.

Doch nicht nur in Deutschland, in fast allen Ländern wie Großbritannien, Griechenland, Schweiz, Norwegen und auch Australien sei 2022 die Sterblichkeit im Vergleich zu den Vorjahren um 16 % angestiegen. Gleichzeitig seien weltweit die Covid-Todeszahlen 2022 stark zurückgegangen.

Es ist klar, daß als Ursache für die vielen zusätzlichen Toten ab 2021 nur die mRNA-Injektionen und die Lockdown-Maßnahmen in Frage kommen.

III. Ländervergleich

Wären Lockdown, Isolierung und Masken notwendig gewesen, um eine katastrophale Ausbreitung schwerer Covid-Fälle zu verhindern, dann hätten Länder ohne diese totalitären Maßnahmen Probleme mit überlasteten Krankenhäusern bekommen und hohe Todeszahlen verzeichnen müssen.

Vergleiche man nun, so Dr. Frank weiter, z.B. die 50 US-Bundesstaaten miteinander, die teil-

weise höchst unterschiedliche Strategien während der Corona-Krise verfolgten, so komme man zu eindeutigen Ergebnissen. In Florida beispielsweise seien ab 28.9.2020 praktisch alle Restriktionen aufgehoben worden, Bars, Kinos, Freizeitparks hätten, unter nur mäßigen Hygieneregeln, öffnen können. Während dagegen Kalifornien oder New York an strengen Maßnahmen bis heute festhielten.

"Im April 2022 veröffentlichte das 'National Bureau of Economic Research' eine Auswertung, die die unterschiedlichen Corona-Schutzmaßnahmen der 50 US-Staaten anhand von drei Variablen vergleicht: Gesundheitsentwicklung, Wirtschaftsentwicklung und Bildungsentwicklung. Das Ergebnis zeigt eindeutig, daß die Strenge des Lockdowns keinen Einfluß auf die Covid-Sterblichkeit hatte. Ganz egal, ob Geschäfte, Schulen oder Kirchen geschlossen wurden oder nicht, völlig unabhängig von Reise-, Berufs- und Restrauranteinschränkungen: Es gab keinen relevanten Unterschied auf die

Infektionsentwicklung in den 50 Staaten. Die Maßnahmen hatten demnach keinen nennenswerten Einfluß auf die Verbreitung schwerer Covid-Infektionen mit Todesfolge. In den Staaten, die kaum Restriktionen veranlaßten, ist überall die prophezeite Katastrophe des ungebremsten 'exponentiellen' Wachstums ausgeblieben."

Besonders eindrücklich sei der Vergleich der zwei Nachbarstaaten South Dakota (ohne Zwangsmaßnahmen) versus North Dakota (mittlerer Lockdown mit Maskenpflicht und Gastronomie-Einschränkungen). Obwohl in diesen zwei Staaten fast identische Ausgangssituationen herrschten, habe es keinen Unterschied gegeben.

Für Europa sei der Vergleich mit Schweden erhellend. Dort hatte man komplett auf Lockdowns verzichtet und auf milde Maßnahmen (Restaurants mit Restriktionen offen, keine Laden-Schließungen, Schulen weitgehend offen, Sport weiter möglich, Skigebiete geöffnet, lediglich zeitweise Masken-Empfehlungen in öffentlichen Transportmitteln). Anfangs wären die Todeszahlen im oberen Drittel der europäischen Länder gewesen, in dem sich ansonsten durchweg Länder mit strengem Lockdown befunden hätten.

Schweden hätte allerdings mit 86 Jahren das höchste Durchschnittsalter. Und da in Schweden alte Menschen lange bei ihren Familien wohnen blieben, befänden sich in Pflegeheimen besonders alte, pflegebedürftige und anfällige Bewohner. Als der Infektionsschutz für Pflegeheime verbessert worden sei, (oder weil die besonders Schwachen bereits verstorben waren) seien die schwedischen Corona-Todeszahlen ins untere europäische Drittel gesunken.

"Tatsache ist: Als die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 5. Mai 2022 neueste Zahlen zu den weltweiten Todesfällen veröffentlichte, schnitt Deutschland besonders schlecht und Schweden besonders gut ab. Die Beteuerungen, Deutschland sei besonders gut durch die Pandemie gekommen, sind schlicht falsch. Und dabei sind die Schäden des Lockdowns noch gar nicht eingerechnet.

Festzuhalten ist: Nirgends schossen Infektionszahlen durch Lockerungen in die Höhe oder wurden durch einen Lockdown eingedämmt. Mit diesem Ländervergleich ist ein relevanter Einfluß der Corona-Schutzmaßnahmen auf Krankenhausbelegung und Covid-Todeszahlen widerlegt." (Dr. Frank)

Fazit

Dr. Frank zieht abschließend zum Vorangehenden, das er im 1. Kapitel seines Buches "Staatsverbrechen" behandelt hat, folgendes Fazit:

"Kapitel 1 beweist anhand nicht zu widerlegender Zahlen der Krankenhausbelegung und der Sterberate, daß aufgrund der neuen Corona-Infektion zu keiner Zeit eine außergewöhnliche medizinische Situation für die Gesellschaft drohte. Die einzige Auffälligkeit war das Ansteigen der Sterblichkeit, insbesondere in den mittleren Altersgruppen am Mitte 2021, dessen Ursache jedoch die Behörden nicht interessierte. Ebenso erwiesen sich die Maßnahmen in der Gesamtbetrachtung der Ländervergleiche als nutzlos. Wer diese Beweise abstreitet, der kann

auch abstreiten, daß die Nordsee im Sommer wärmer als im Winter ist oder daß Argentinien 2022 Fußballweltmeister wurde.

Doch statt Entwarnung wurde weiterhin eine drohende Überlastung von der Regierung behauptet. Verantwortung für diese folgenreiche Falschdarstellung tragen die zuständigen Fachbehörden, vor allem das Robert-Koch-Institut und das Statistische Bundesamt, sowie deren Dienstherren, die Ministerien für Gesundheit und des Inneren. Für die Wissenschaftsredaktionen der etablierten Medien wäre es ein Leichtes gewesen, diese Falschinformationen richtigzustellen, doch sie dramatisierten sie noch zusätzlich."

Abgesehen davon bedeuten die rigorosen Lockdown-Maßnahmen des Staates die Außerkraftsetzung wesentlicher vorstaatlicher freiheitlicher Grundrechte, wozu der Staat nicht befugt ist, denn er hat sie nicht gewährt.

Die herrschende Parteien-Clique hat hier unter dem Vorwand einer Pandemie, die sie selbst inszeniert hat, praktisch in einem Putsch von oben die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes ausgehebelt. Sie ist deren wahrer Feind. Selbst wenn es eine Pandemie gegeben hätte, wäre zu ihrer Bekämpfung nur ein unabhängiges Gesundheitswesen befähigt, der Staat aber weder fachlich dazu imstande noch dem Wesen der Demokratie gemäß berechtigt. Es gibt nach dem Grundgesetz keine Schutzpflicht des Staates vor Krankheiten. Ihre Behauptung hat erneut das Tor zum Totalitarismus geöffnet.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juli 2023: >>**Klima-Hysterie auf Bestellung: Die Rhodos-Lüge**

Die Waldbrände auf Rhodos werden derzeit massiv von der Klima-Lobby instrumentalisiert. Darüber unterhielten sich unsere beiden TV-Redakteure Paul Klemm und André Poggenburg.

...

Klemm: Rhodos brennt, große Waldgebiete der Insel stehen in Flammen, tausende mußten evakuiert werden, viele Einheimische haben alles verloren und unser Chef-Alarmist Karl Lauterbach nutzt das Leid dieser Menschen aus, um die Klima-Hysterie zu befeuern. Das ist der Wahnsinn, denn die Brände auf Rhodos haben nicht mit dem Klimawandel zu tun. Das ist der Brennpunkt des Tages

Auf der griechischen Insel Rhodos hat am Wochenende eine riesengroße Evakuierungsaktion gestartet, um knapp 20.000 Menschen in Sicherheit zu bringen. Die Flammen, die sich immer weiter ausbreiten, werden von der Feuerwehr bekämpft. Unter den Evakuierten sind auch viele deutsche Touristen.

Apokalyptische Bilder, apokalyptische Gefühle

Es ist wirklich wie aus dem apokalyptischen Film. Am Horizont diese riesengroße Rauchsäule und dann die Massen auf der Flucht. Genau das, André, sind natürlich genau die apokalyptischen Bilder, nach denen der Mainstream sich gesehnt und worauf er gewartet hat. Darum bedienen sie sich jetzt natürlich auch sehr stark daran. Wir haben ein paar aktuelle Schlagzeilen zusammengetragen, die NOZ" schreibt beispielsweise die Waldbrände auf Rhodos sollten eine Warnung sein, die Waldbrände auf der griechischen Insel dürfen nicht nur im Sommer Thema bleiben, viel mehr sollten sie ein Fingerzeig (sein) ..."

Also Rhodos als abschreckendes Beispiel für uns, damit wir brav weniger CO2 verbrauchen und uns dann an die grüne Politik. Nächste Schlagzeile (Süddeutsche Zeitung): "Brände auf Rhodos - wie Griechenland unter dem Klimawandel leidet" oder auch der "Stern": "Klima: tausende Menschen fliehen vor Waldbränden auf Rhodos". Das ist natürlich ein willkommenes Thema für den medialen Mainstream.

Den Vogel abgeschossen hat natürlich Karl Lauterbach, er schreib auf Twitter: "Wer jetzt noch Klimawandel leugnet, leugnet auch Wissenschaft allgemein. Solche Bilder werden wir jetzt jeden Sommer erleben. Hoffentlich werden diese Bilder, so traurig wie sie sind, der soziale Kipppunkt für Konsens im Klimaschutz. Klimaschutz ist zu wichtig für Parteipolitik."

Er verbindet mit dieser Tragödie also auch noch eine Hoffnung. Nämlich die Hoffnung, daß da irgendwie ein Kippunkt in der Klimapolitik kommt. Wie makaber ist das denn! Es gibt Menschen, die da alles verloren haben und er bedient sich dessen noch und setzt hier so einen Tweet ab.

Poggenburg: Das ist heute wirklich ein Brennpunkt des Tages, im wahrsten Sinne des Wortes. Was mich hier erschreckt ist, wie schnell man hier mit Politik und Ideologie um die Ecke kommt. Erstmal muß doch dort Klarheit geschaffen werden, es muß geholfen werden, es muß aufgebaut und geschützt werden. Da muß verhindert werden, daß da weiter Brände auf Rhodos auftreten.

Danach könnte man sich ja mal zusammensetzen, könnte sagen wie ist denn das eigentlich passiert? Was ist der Hintergrund? Statt dessen werden diese Bilder sofort vermarktet, politisch verramscht, das kann man sagen. Das erzeugt natürlich auch das Gefühl, daß das denen ganz passend kommt, diesen Klima-Hysterikern.

Medien-Hype erzeugt Brandstiftungen

Das hat auch Jörg Kachelmann, Schweizer Meteorologe mit großer Bekanntheit, der hat auch schon einschlägige Erfahrung mit der woken, sexistisch aufgeladenen Gesellschaft gemacht. Der sagte in einer Socialmedia-Diskussion, daß es ja sein könnte, daß genau das Erzeugen dieser Bilder im Grunde Grund genug dafür ist, warum diese Brandstiftungen stattfinden.

Klemm: Vielleicht.

Poggenburg: Eine sehr steile These, eine gewagte These, aber ich finde das ist mindestens genauso diskussionswürdig, wie die These, daß das böse Klima die Brände verursacht hat.

Klemm: Man muß diesen Mann (Lauterbach) einfach nur das Handy wegnehmen. Der twittert da nur Unsinn und zwar den ganzen Tag und die ganze Woche hindurch. Denn dann kommen Männer, die wirklich an der Front stehen, einer davon Yiannis Artophios, der stellvertretende Feuerwehrchef von Rhodos, für den steht fest: es war menschliches Werk, es war Brandstiftung. Er sagt also die Brände wurden durch Menschen verursacht und Zitat:

"Es wird geprüft ob diese Brände auf Vorsatz oder Fahrlässigkeit zurückzuführen sind. Personen wurden zu Zeugenaussagen bestellt, weitere werden noch vorgeladen."

Das heißt die gesamte Insel sucht jetzt nach dem Brandstiftern, die Behörden sind auf der Suche, es gibt Zeugenvernehmungen und so weiter. Und da kommt Lauterbach auf die Idee diesen Unsinn auf Twitter abzusetzen.

Das hat mit dem Klimawandel rein gar nichts zu tun. Man kann mittlerweile sogar den Ursprung der Brände lokalisieren, im Südosten der Insel bei Touristen Unterkünften. Dort wurde möglicherweise illegal Feuer gemacht oder sonst irgendwas.

Poggenburg: ... Es gibt ja auch die Theorie, über die auch die Presse berichtet hat, daß die Regierung dafür verantwortlich ist. Auffällig ist schon, daß die tatsächlich auf Rhodos Windparks und Solarpaneele erreichen wollten, es hat nur der Platz dafür gefehlt. Der Feuersturm hat jetzt genau auf den Waldflächen getobt, wo diese Projekte angesiedelt werden sollten, was natürlich den Leuten dort zu denken gibt.

Das ist natürlich erstmal nur eine Verschwörungstheorie, allerdings haben sich schon viele Verschwörungstheorien bewahrheitet. Der Ministerpräsident ist jedenfalls ein Diener der Klima-Lobby. Seine Ziele sind sehr grün, obwohl er sich konservativ nennt. Er will also, daß Griechenland klimaneutral wird zeitnah und der will das Griechenland ein grüner Exporteur von Elektroenergie wird. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 28. Juli 2023: >>E-Autos gehören nicht auf die Weltmeere und eigentlich auch nicht auf die Straße!

Von Einar Koch

Vor der niederländischen Wattenmeerinsel Ameland kämpfen Einsatzkräfte gegen das verheerende Feuer auf einem Mega-Frachter, das mutmaßlich durch Selbstentzündung mittransport-

tierter E-Autos ausgelöst wurde. Dem einzigartigen Nationalpark Wattenmeer (auch dem deutschen) droht eine gigantische Umweltkatastrophe, welche die Ölpest von 1998 mit 16.000 verendeten Seevögeln bei weitem in den Schatten stellen dürfte und die den nach der Corona-Hysterie gerade wieder auf die Beine gekommenen Tourismus an der ostfriesischen Nordseeküste endgültig ruinieren könnte. Unser Gastkommentator Einar Koch* fordert einen sofortigen Stopp der hochriskanten E-Autotransporte auf den Weltmeeren.

Oktober 1998: Ein führerloser Holz-Frachter steht in hellen Flammen und treibt auf der Nordsee. Der Name des brennenden Geisterschiffes: "Pallas". Alle Bergungsversuche scheitern. Im schleswig-holsteinischen Wattenmeer bahnt sich eine Umweltkatastrophe an: 120 Tonnen Schweröl laufen aus, auf 20 Kilometer Länge breitet sich ein Ölteppich aus, 16.000 Seevögel und unzählige Robben verenden. Erst driftet das Öl seewärts, dann erreicht es die Inselstrände - zunächst Amrum und Föhr, später Sylt.

Es waren Bilder, die einem das Herz zerrissen. Horror-Bilder, die sich jetzt in einer vielfach größeren Dimension zu wiederholen drohen. Nicht 120 Tonnen, sondern 1.600 Tonnen Schweröl drohen die deutsch-holländische Nordseeküste, vor allem die ostfriesischen Inseln, zu verpesten.

Juli 2023: Der unter panamesischer Flagge fahrende Auto-Frachter "Fremantle Highway" ist auf dem Weg von Bremerhaven nach Singapur. Da löst knapp 30 Kilometer vor der niederländischen Küste vermutlich ein durch Selbstentzündung in Brand geratenes Elektroauto ein Flammen-Inferno aus.

Sollte der Frachter sinken, befürchten Umweltschützer eine Umweltkatastrophe, wie sie die Nordsee noch nicht erlebt hat. An Bord sollen knapp 4.000 Autos sein, darunter 25 E-Autos mit hochgiftigen Batterie-Rückständen. Am schlimmsten aber sind die etwa 1.600 Tonnen Treibstoff (Schweröl) im Tank des noch immer brennenden Havaristen.

Peter Andryszak, Sprecher der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste: "Überall da, wo das Öl landet oder sich absetzt, würde Leben absterben. Das Öl erstickt alles - Seevögel, Robben, Bodenlebewesen und zum größten Teil auch Fische, Krabben und alles, was sich sonst an Leben im Watt aufhält, würde in den betroffenen Gebieten sterben. Wenn sich Meeressäuger wie Seerobben oder Meeresvögel mit dem Öl verschmutzen, vergiften sie sich einerseits. Zum anderen erfrieren sie schlichtweg, weil das Öl die Wärmeisolierung des Gefieders zerstört, insbesondere bei den Vögeln."

März 2023: Bemerkenswerterweise in dem Land, das den Elektro-Irrsinn vorangetrieben hat wie kein anderes Land in Europa, wird der Transport von E-Autos von der Reederei "Havila" aus Sicherheitsgründen untersagt - wegen der hohen Brandgefahr von Elektro-, Hybrid- aber auch Wasserstoffautos. "Havila" ist der kleinere Konkurrent der bekannteren Hurtigruten-Linie und die erste Reederei, die den Transport solcher Fahrzeuge an Bord seiner "Postschiffe" ausdrücklich verbietet.

Seit 2021 gibt es hierzulande in Parkhäusern bereits ein Einfahrtverbot für Autos mit sogenanntem alternativen Antrieb - "aus brandschutzrechtlichen Gründen". Was für Tiefgaragen gilt, sollte erst Recht für das sensible Ökosystem der Weltmeere gelten: E-Autos gehören nicht auf Massen-Frachter!

Ob man sie überhaupt kaufen sollte (die Zulassungszahlen brechen Gott sei Dank auf breiter Front ein), darüber kann man geteilter Meinung sein - nicht nur wegen der Brandgefahr oder der horrenden Neuwagen-Preise bei zum Teil sehr begrenzter Reichweite, sondern auch aus ethischen Gründen (Stichworte Kinderarbeit, Verödung ganzer Landstriche v.a. in Afrika, Südamerika und China).

Ich lehne E-Autos aber auch deshalb entschieden und grundsätzlich ab: Der Strom kommt nicht, wie uns die Klima-Propaganda weismachen will, aus der "grünen" Steckdose, sondern seit dem aberwitzigen Atom-Ausstieg und dem Sanktions-Irrsinn vor allem aus Kohledreck-

schleudern - und dies noch auf unabsehbare Zeit!

Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juli 2023: >>**Billige Energie: Gegen Hitze- und Kältetod**

Von S. Hofer

Sterben die Europäer den Hitze- oder Kältetod? Das ist umstritten. Aber laut Klimakritiker Björn Lomburg hilft in beiden Fällen: Billige Energieversorgung. ...

Willst Du gehorsame Untertanen, dann versetze sie in Panik: Entweder Ihr folgt mir - oder Ihr sterbt. Wenn nicht an der Corona-Pest und den Atombomben des Wladimir P., dann wenigstens am Klimawandel. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) nutzt dafür sogar seinen Italien-Urlaub: Überall sieht er dort Vorzeichen baldiger Pasteurisierung unseres Planeten.

Das bringt sogar die italienischen Gastgeber zum Ausrasten: Der Lover von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hat Lauterbach inzwischen vorgeschlagen, "zu Hause" zu bleiben. Allerdings passieren manchmal mediale Unfälle. Kleine Einbrüche der Empirie ins Herrschafts-Narrativ: So jammerten zwei Hipster-Ladies in dem WDR-Format Live nach neun:

Im Studio-Team sei man sich einig, "Sommer geht anders". Weil das Wetter "naß" und "kühl" wäre, sei die Fahrradfahrt ins Studio "ein kleines Abenteuer" gewesen. Außerdem habe man auf dem Nebelhorn dreizehn Zentimeter Neuschnee gemeldet.

Das paßt leider nicht zum Bild von großen heißen Stuhl, auf dem Europäer für ihre Klimasünden gegrillt werden. "Klimaleugnug im ARD Vormittagsprogramm?" spöttelte ein Twitter-User. Viel schlimmer jedoch ist die Auswertung einer Studie des Medical Research Council of UK, Natural Environment Research Council UK, Horizon 2020 der EU und dem Joint Research Centre der EU durch Björn Lomburg.

Der klimakritische Gründer des Copenhagen Consensus Center zeigte, daß in Europa derzeit zehnmal mehr Menschen an Kälte als an Hitze sterben! Ja, was denn nun?! Allerdings, fährt Lomburg fort - und da liegt die Pointe -, ist die Lösung gegen Hitze- und Kältetote die gleiche: Billige Energie - egal, ob man damit Klimaanlage zur Kühlung oder Heizungen zur Wärmung antreibt!

Vor allem in Einrichtungen, die Kranke und Schwache beherbergen. So berichtet Report 24 über Krankenhäuser, in denen Patienten im Winter frieren und im Sommer bei 30 Grad im eigenen Schweiß ertrinken.

Aus der Perspektive ist es gleich, wie man zum Klimawandel steht: Eine Politik, die eine Verteuerung der Energiekosten herbeiführt, ist in jedem Falle abzulehnen. Nur preiswerte Energie kann Hitze- und Kältetode verhindern. Eine Feststellung, ganz ohne Dogmen und Panikmache. Nicht radikale Ideologie, sondern das Wohl der Bürger muß im Zentrum der Politik stehen. Also das Gegenteil von dem, was die Ampelregierung derzeit anrichtet.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2023 (x1.328/...): >>**Diese Gruppenvergewaltigung geht auf das Konto grüner Politik**

Im Juni wurde eine junge Frau im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg Opfer einer Gruppenvergewaltigung - der schreckliche Fall ist jedoch bei Weitem nicht der erste seiner Art. Der Park ist seit Jahren eine No-Go-Area - dank jahrelangem grünen Politikversagen.

Pauline Schwarz

In den frühen Morgenstunden des 21. Juni wurde ein Pärchen im Görlitzer Park in Berlin Kreuzberg von einer Gruppe Drogendealer überfallen - sie wurden ausgeraubt, der Mann mit Gegenständen verletzt und zu Boden geschlagen, so daß er die anschließende Vergewaltigung seiner Freundin nur noch hilflos mit ansehen konnte - oder besser gesagt: mußte. Der grausam-

me Fall hat zu einem Aufschrei weit über die Grenzen unserer Hauptstadt hinaus geführt - doch er ist bei Weitem nicht der erste seiner Art. Der Görlitzer Park ist seit Jahren eine No-Go-Area für Frauen und jeden anderen, dem sein Leben und seine Wertgegenstände lieb sind. Und die Politik hat all die Jahre nichts dagegen getan - im Gegenteil.

Als ich ein Kind war, konnte man im Görlitzer Park noch einigermaßen unbeschwert seinen Alltag genießen. Damals tummelten sich keine Gruppen von afrikanischen und arabischen Drogendealern an den Ecken, sondern vor allem Familien. Kinder planschten im Stufenbrunnen, rodelten im Winter den Abhang der großen Kuhle herunter und spielten im Sandkasten, ohne dabei Kokskugeln und Spritzen auszugraben.

Wenn man mal darüber nachdenkt, war der Park ein richtiges Kinderparadies - wo hat man schon eine riesige Wellenrutsche, Trampoline, mehrere Spielplätze, zwei Fußballfelder, einen Minigolfplatz, ein Schwimmbad, ein großes Straßenverkehrsübungsgelände für angehende Fahrradfahrer und einen Kinderbauernhof, wo man Esel reiten und sich sonntags Waffeln holen konnte, auf einem Fleck.

Vom Kinderparadies zur Drogenhöhle

Der "Görli", wie der Park von Kreuzbergern liebevoll genannt wurde, war tatsächlich mal etwas Besonderes - kein Schandfleck, sondern eine kleine Attraktion. Erst um die Jahrtausendwende, als ich in die Grundschule kam, veränderte sich die kleine Großstadt-Oase langsam zu einer regelrechten Drogen- und Gewalthöhle.

Ich werde den Moment nie vergessen, als ich das erste Mal sah, wie ein afrikanischer Drogendealer vor der Polizei davonlief - ich dachte damals, klein und naiv wie ich war, nur: Warum läuft der Mann weg? Afrikaner kannte ich nur als Familienväter, Freunde und ganz normale Nachbarn - ich hätte mir nie vorstellen können, daß ich eines Tages provisorisch die Straßenseite wechseln würde, wenn mir ein junger, schwarzer Mann entgegenkommt.

Aber ich hätte mir auch nicht vorstellen können, daß meine ältere Schwester nur kurze Zeit später weinend nachhause kommen könnte, weil sie im Park von einer Gruppe schwarzer Männer umzingelt und begrapscht wurde. Doch das wurde bald Alltag - ich selbst war vielleicht zwölf Jahre alt, als ich das erste mal von einem afrikanischen Drogendealer gepackt, in den Schwitzkasten genommen und angefaßt wurde.

Damals hörte ich auch das erste Mal davon, daß ein Mädchen in meinem Alter im Park vergewaltigt wurde - "da drüben haben sie sie ins Gebüsch gezogen" erzählte mir ein Bekannter. Danach mied ich den Park, doch selbst das nützte bald nichts mehr - die Drogendealer expandierten spätestens 2015 in alle umliegenden Wohnstraßen, auch in meine.

Der einzige Versuch, etwas zu tun

Damals gab es den einzigen ernsthaften Versuch, etwas gegen die Drogendealer zu unternehmen - der ehemalige Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) führte im März die sogenannte "Null-Toleranz-Zone" im Görli ein. Damit war ab sofort jedes Gramm Gras strafbar und so nicht nur die Drogendealer, sondern auch die Konsumenten belangbar. Gleichzeitig erhöhte man die Polizeipräsenz im Park, was an sich zwar eine gute Sache war, aber den unangenehmen Nebeneffekt hatte, daß die Dealer sich um den Park verteilten und versuchten, ihre Geschäfte in Hauseingängen abzuwickeln.

Zwei Jahre später wurde das Projekt dann offiziell für gescheitert erklärt - in den 18 Monaten wurden zwar knapp 6.200 Straftaten festgestellt, 41 Gefängnisstrafen, 67 Bewährungsstrafen, zahlreiche Jugendstrafen und 337 Geldstrafen verhängt, aber der Lage konnte die Polizei trotzdem nicht Herr werden - wie auch, ohne den politischen Willen, ein ausreichendes Budget und einen richtigen Plan. Daß es mit der einzigen Maßnahme, die in all den Jahren zumindest etwas bewirken hätte können, vorbei war, freute damals vor allem die grüne Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Hermann - die sich von Anfang an gegen Henkels Intervention ausgesprochen hatte.

"Keine Gruppe soll ausgeschlossen werden"

Frau Hermann schämte sich auch nicht, in einem Kontraste-Beitrag vom rbb im Jahr 2019 zu sagen, daß die Dealer zum Park dazugehören würden und der Zustand Wunsch der Anwohner sei. Mehr noch: Es sei ein Anliegen der in der Nähe wohnenden Kreuzberger, die Dealer nicht des Parks zu verweisen - "keine Gruppe soll ausgeschlossen werden". Zwar hat Hermann Recht, daß es tatsächlich so bekloppte Kreuzberger gab - Menschen, die Polizisten als Rassisten beschimpften und ständig über "Racial Profiling" jammerten, wenn ein Dealer festgenommen wurde -, doch die Mehrheit aller Anwohner, die ich kannte, hatten eine ganz andere Meinung - da zeigte sich auch in der rbb-Doku.

Frau Hermann zeigte sich von den Nöten ihrer Bürger jedoch stets unbeeindruckt und wies jede Schuld von sich - der Welt sagte sie 2019 auf die Frage, ob sie sich denn nachts in den Park traue: "Ich gehe in Berlin in gar keine Parks ... das ist mir als Frau zu gefährlich." Ein krasses Statement, wenn man darüber nachdenkt, daß sie acht Jahre lang Bürgermeisterin des Bezirks mit dem wohl gefährlichsten Park Berlins war.

Frauen wurden zu Freiwild

Frau Hermann war von 2013 bis 2021 auch die Bürgermeisterin der Anwohner des Görlitzer Parks - und in dieser Zeit stieg die Kriminalität und Gewalt kontinuierlich an. Ein paar Beispiele:

Laut Kriminalstatistik gab es in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt drei erfaßte Tötungsversuche und zusammengenommen 184 Fälle gefährlicher Körperverletzung. 2014 waren es allein schon 178. Es gab vier Tötungsversuche und 172 Fälle von Raub. 2012 gab es drei, 2013 vier und 2014 sechs Vergewaltigungen im und um den Park. Wie eine Anfrage der Linksfraktion im Jahr 2022 ergab, gab es 2018 dann 16 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen. 2019 waren es elf, 2020 dreizehn, 2021 achtzehn und allein im ersten Halbjahr 2022 sechs - davon vier vollendete Vergewaltigungen.

Während Frauen zu Freiwild wurden, hat Frau Hermann sich darum gekümmert, die einzige Möglichkeit, sich auf dem Nachhauseweg zu schützen, das Auto, abzuschaffen - sie ließ Poller auf die Straßen stellen und machte Parkplätze dem Erdboden gleich. Sie duldete, daß ein amerikanisch-französischer Künstler eine Ausstellung zu Ehren der Dealer eröffnete und kurzzeitig sogar eine Dealer-Statue in den Park stellte, während Kleinkinder Kokskugeln ausbuddelten und mit in die Kita brachten. Statt sich um den Schutz von Frauen, Mädchen und Kindern in Kreuzberg zu kümmern, setzte sie sich auf Steuerzahlerkosten dafür ein, "sexistische Werbung" verbieten zu lassen.

Leere, grüne Symbolpolitik statt Kriminalitätsbekämpfung

Und diese Art grüner, utopischer Politik führt nun ihre Nachfolgerin Clara Hermann weiter. Während eine 27-jährige Frau, ein paar hundert Meter vom Büro der Grünen entfernt, Opfer einer brutalen Gruppenvergewaltigung wurde und wahrscheinlich ihr Leben lang schwerst traumatisiert bleibt, hört man von unserer neuen Bezirksbürgermeisterin aktuell nichts weiter, als daß sie queere Ampelmännchen in Kreuzberg einführen will.

Das ist jedoch nicht mehr, als ein Schlag ins Gesicht jeder Frau, die sich abends kaum mehr aus dem Haus traut - jedes Anwohners, der Spritzen aus dem Sandkasten in seinem Hof heraus sammeln und Junkies eigenmächtig aus dem Hausflur werfen muß, weil sich niemand anders um das geballte Elend kümmern will. Es ist die pure Realitätsverweigerung - wir haben in Kreuzberg viele, echte, schwerwiegende Probleme, die angeblich fehlende Sichtbarkeit von LGBTQ-Personen gehört aber nicht dazu.

Zumal auch diese Maßnahme pure Heuchelei ist: Würde man Homosexuellen wirklich helfen wollen, würde man mit der stupiden Symbolpolitik aufhören und - auch hier wieder - etwas gegen die Drogendealer unternehmen. Die sind nämlich zu großer Zahl radikale Muslime und halten sehr wenig von "Vielfalt und Diversität" - einer meiner Nachbarn, ein erwachsener,

schwuler Mann, bekam das bereits zu spüren. Er wurde von arabischen Dealern krankenhaushausreif geschlagen.

Solange die grüne Bezirksregierung und der Berliner Senat weiter linke Wohlfühlprojekte vorantreiben, statt sich mit der häßlichen Realität, der alltäglichen Gewalt und der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Zustände im Park auch das Ergebnis der gescheiterten Migrationspolitik sind, wird sich in Kreuzberg nie etwas ändern. Um zu verhindern, daß noch mehr Mädchen und Frauen zu Opfern von Männern werden, die alle unsere Werte ablehnen, bräuchte es den politischen Willen mit voller Härte gegen sie - Dealer, Gewalt- und Sexualstraftäter - vorzugehen. Doch dieser Wille ist bei den regierenden Parteien aktuell leider nicht zu erkennen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juli 2023: >>**Tod auf den Rheinwiesen: Die Hungerlager der US-Armee**

Nicht nur die sowjetischen Machthaber mordeten Deutsche in Lagern, auch die Westalliierten begingen derartige Verbrechen - womöglich noch in einem viel größeren Ausmaß. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner" entreißen wir das Tabuthema der US-Vernichtungslager dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.

_ von Gero Bernhardt

Der wegen seiner jüdischen Herkunft 1939 in die USA emigrierte und bei Kriegsende als Angehöriger der Psychological Warfare Division der US Army nach Deutschland zurückgekehrte spätere Springer-Journalist Ernst Cramer hat in der Welt vom 4. Juli 1994 in dankenswerter Offenheit klargestellt: "1945 kamen die Amerikaner, ebenso wie Briten, Franzosen und Sowjets, als Besatzer, nicht - wie es heute viele hinstellen - als Befreier."

"Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat." US-Direktive JCS 1067

Für die Amerikaner galt eine spezielle Regierungsanweisung, das Dokument JCS 1067, in dem es unter anderem heißt: "Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört haben und daß die Deutschen der Verantwortung für das, was sie anstellten, nicht entgehen können. Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."

Dieses Dokument hatte, wie der spätere Militärgouverneur Lucius D. Clay in seinen Erinnerungen festhält, einen "Karthago-Frieden" zum Ziel. Die Direktive JCS 1067 mit der Überschrift "Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland" war die Arbeitsrichtlinie für die amerikanischen Besatzer. Sie war von den Vereinigten US-Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) ausgearbeitet worden, galt schon unter Präsident Franklin D. Roosevelt und wurde im Mai 1945 auch von dessen Nachfolger Harry S. Truman gebilligt.

Methode der Gestapo

Bischof Clemens August Graf von Galen, der sich gegen das Unrecht der Hitlerdiktatur aufgelehnt hatte, hielt kurz nach Empfang der Kardinalsinsignien im Februar 1946 in Rom eine Rede mit dem Titel "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit". Darin sprach der sogenannte Löwe von Münster auch über die Willkürherrschaft der Besatzer im niedergerungenen Deutschland und die von den westlichen Siegern betriebenen Internierungslager.

Der Kardinal beklagte: "Die Alliierten setzen in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. Die Polizei bedarf ebenso wenig wie die Gestapo eines richterlichen Befehls, um einen deutschen Bürger zu verhaften. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz,

sie hat die Methode der Gestapo übernommen."

"Die Todesursachen wurden wissentlich geschaffen." James Bacque

Zu den ersten Vorhaben der Amerikaner in ihrer Besatzungszone zählte die Internierung jeder Person, die laut Counterintelligence Directive vom 16. September 1944 "eine Gefahr für die Alliierten" sein könnte. Gegen Kriegsende hatten die US-Behörden eine sogenannte Wanted-Liste mit über einer Million Namen erstellt. Nur gegen eine verschwindend geringe Minderheit der darin Genannten wußte man jedoch Verbrechensanschuldigungen einigermaßen konkret zu benennen.

Die überwiegende Mehrheit war ausschließlich wegen ihrer Funktion in nationalsozialistischen Organisationen, im Staat oder bei der Wehrmacht verzeichnet worden. Mitte 1945 saß fast eine Viertelmillion Personen in sogenanntem Automatic Arrest, der von den Kriegsgefangenenlagern der US Army in Deutschland zu unterscheiden ist. Die Haftbedingungen waren inhuman, brutale Folterungen, nicht selten mit Todesfolge, gehörten zum Lageralltag.

Erdlöcher unter freiem Himmel

Besonders schlimm ging es in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Amerikaner zu, in denen zehntausende kriegsgefangene Deutsche starben - unter freiem Himmel und den Härten der Witterung ausgesetzt. Viele verhungerten oder litten unter dem sadistischen Treiben der Bewacher. Der kanadische Geschichtsforscher James Bacque schätzt sogar, daß es hunderttausende Tote in diesen Einrichtungen gegeben habe.

In seinem Buch Der geplante Tod schreibt er: "Die Todesursachen wurden wissentlich geschaffen von Armee-Offizieren, die über genügend Lebensmittel und andere Hilfsmittel verfügten, um die Gefangenen am Leben zu erhalten. Hilfsorganisationen, die versuchten, den Gefangenen in den amerikanischen Lagern zu helfen, wurde die Erlaubnis dazu von der Armee verweigert. Das alles wurde damals verheimlicht und dann unter Lügen verdeckt."

In einem Interview, das am 4. Juni 2004 in der Jungen Freiheit erschien, verteidigte Bacque seine Opferzahlen, die von anderen Historikern als zu hoch angesetzt gesehen wurden: "Kein Historiker hat jemals angezweifelt, daß über 1,5 Millionen Deutsche nach 1945 in alliierter Kriegsgefangenschaft umgekommen sind.

Die Diskussion drehte sich lediglich darum, wer ihren Tod verursacht hatte. Die "Hofhistoriker" beider Seiten schoben sich während der Jahrzehnte des Kalten Krieges gegenseitig die Schuld zu. Nach dem Studium der Akten in Ost und West komme ich zum Schluß, daß es im Westen etwa eine Million toter deutscher Kriegsgefangener und - es mag Sie überraschen - im Osten eine halbe Million gegeben hat. Dieselben Quellen, auch westalliierte sowie deutsche, zeigen, daß zwischen 1945 und 1950 weit mehr Deutsche umgekommen sind als im damaligen europäischen Mittel von zwölf pro tausend Personen. Tatsächlich geht diese erhöhte Sterbezahl in die Millionen."

"Zu mehr als 250.000 Männern ... sind wir hier wie eine große Herde Vieh ... zusammengetrieben ... worden." Zeitzeuge

Der bekannte Historiker Andreas Hillgruber war als vormaliger Wehrmichtsangehöriger Insasse mehrerer solcher Freiluftlager der Amerikaner. 1987 schrieb er an den Remagener Bürgermeister Hans Peter Kürten: "Sie planen, im Sommer ein Mahnmal für die Opfer des berühmtesten Hungerlagers Remagen-Kripp zu errichten. Ich möchte Sie aus vollem Herzen dabei unterstützen. Ich selbst war von April 1945 bis Mitte September 1945 zunächst im Lager Kripp, dann in Sinzig und schließlich in Andernach, dem dritten Hungerlager.

Als ich 1972 den Ruf zur Universität Köln erhielt, ging meine erste Ausflugsunternehmung an den Ort des Grauens in Kripp und Sinzig. Man fand, abgesehen von einem bescheidenen Hinweis auf dem Soldatenfriedhof in Bodendorf, wo Opfer begraben liegen, keinerlei Erinnerung an das damalige Geschehen. Daß dies nun anders wird, ist Ihrer Initiative zu verdanken. Ich meine, daß man es den Opfern schuldig ist, sie nicht zu vergessen."

Bei der Einweihung einer Erinnerungskapelle im Juni 1985 sagte Johannes Stöber, Diözesanreferent im Erzbistum Köln, der im Remagener US-Lager eingesperrt gewesen war: "Zu mehr als 250.000 Männern und auch Frauen sind wir hier wie eine große Herde Vieh auf einem riesigen Ackerfeld zusammengetrieben und gehalten worden, ohne jede Unterkunft, darauf angewiesen, mit Eßlöffeln und Taschenmessern, soweit noch vorhanden, Erdlöcher zu graben und diese dann mit hier und da in die Gefangenschaft geretteten Zeltplanen, Decken oder Mänteln zu schließen. ...

Das zweitschlimmste äußere Übel nach dem Hunger waren Regen und Kälte, und das im ausgesprochen feuchten und kühlen Frühjahr 1945. Die meisten waren der naßkühlen Witterung völlig schutzlos ausgeliefert. Dazu kam, daß unsere Erdlöcher, in denen wir hausen mußten, vom Regen immer wieder überflutet wurden, sozusagen absoffen. Das dritte große Übel waren die Nächte. Man konnte auf dem Erdboden nur jeweils ein bis zwei Stunden liegen und ruhen. Dann begannen die Glieder zu schmerzen, oder die Nachtkälte drang bis auf die Haut. Als eine vierte Härte möchte ich die hygienischen beziehungsweise sanitären Verhältnisse nennen. Waschen war wegen des Wassermangels unmöglich."

Kalkül und Kälte

Der Religionswissenschaftler und Philosoph Martin Brech gehörte als junger US-Soldat bei Kriegsende zur Wachmannschaft des amerikanischen Gefangenenlagers bei Andernach am Rhein. Ermutigt durch die Enthüllungen von Bacque über das Unrecht an Deutschen in den Rheinwiesenslagern, entschloß er sich 1990, mit seinen eigenen Erlebnissen und Wahrnehmungen an die Öffentlichkeit zu gehen.

In seinem im Putnam County Courier veröffentlichten Bericht heißt es: "Etwa 60.000 Gefangene aller Altersklassen waren in Andernach auf einem stacheldrahtumzäunten offenen Feld eingesperrt. Die Frauen hielt man in einem separaten Großkäfig. Die Männer, die ich bewachte, hatten kein Dach über dem Kopf und verfügten über keinerlei Decken; viele hatten auch keine Mäntel. Sie mußten im kalten und nassen Schlamm schlafen.

Besonders schockiert war ich vom Anblick der Kriegsgefangenen, die Gras und Unkraut zu einer dünnen Suppe bereiteten. Sie sagten zu mir, damit wollten sie ihren Hungerschmerz stillen. Sie magerten zusehends ab. Die Ruhr breitete sich aus. Bald schon schliefen sie in ihren eigenen Exkrementen, weil sie zu schwach waren, die Latrinengräben zu erreichen. Sie siechten und starben vor unseren Augen dahin. Wir hatten reichlich Nahrungsmittel und Vorräte, taten aber nichts, um den deutschen Gefangenen zu helfen, leisteten auch keine ärztliche Hilfe. Ich war empört über diese Zustände und protestierte bei Offizieren.

Doch die Reaktion waren Feindseligkeit oder Gleichgültigkeit. Als ich hartnäckig blieb, erklärte man mir, es sei "höherer Befehl". Als ich Lebensmittel über den Stacheldraht zu den Gefangenen warf, schnappte man mich. Man drohte mir mit Strafe. Doch ich wiederholte mein "Vergehen".

Nun drohte mir ein Offizier die Erschießung an. Ich konnte das nicht glauben, bis ich auf einer Anhöhe über dem Rhein einen Captain traf, der mit einer Kaliber-45-Pistole hinunter in eine Gruppe deutscher Frauen und anderer Zivilpersonen schoß. Ich fragte: "Warum?" Er sagte: "Zielübung" und feuerte, bis das Magazin leer war. Jetzt wurde mir klar, daß ich es mit kaltblütigen Killern voller Haß zu tun hatte. Sie betrachteten die Deutschen als Untermenschen, die vernichtet werden müssen."

Kein Einzelfall

Zum 50. Jahrestag der Zeitenwende 1945 erschien im Piper-Verlag die Aufsatzsammlung Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem wichtige westdeutsche Historiker eine perspektivische Rückschau aus staatsoffiziöser Sicht vornahmen. Rüdiger Overmans vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam beschäftigte sich in seiner Ausarbeitung mit den Rheinwiesenslagern und kam zu weitaus geringeren Verlustzahlen als Bac-

que: "Es hat nicht an Bemühungen gefehlt, die Zahl der Toten möglichst exakt festzustellen. Die wohl gründlichste Untersuchung hat die Maschke-Kommission durchgeführt.

Der Autor des einschlägigen Bandes, Kurt Böhme, kam dabei zu dem Ergebnis, daß in den sechs Lagern mit der höchsten Sterblichkeit ca. 5.000 von 500.000 Insassen ums Leben gekommen sind. Rechnet man diese Zahl auf die ca. 1.000.000 Gefangenen in allen Rheinwiesenlagern um, dann ergibt sich eine mögliche, aber nicht belegte Zahl von an Gesamtverlusten von ca. 10.000 Menschen.

Eine neuere Untersuchung für die beiden Remagener Lager, die immerhin ein Drittel aller Gefangenen umfaßten, bestätigt dieses Ergebnis und schließt höhere Todesraten für diese Region aus. Die Frage, ob nun 5.000 oder 10.000 Menschen in den Lagern ums Leben gekommen sind, läßt sich derzeit wohl nicht sicher bestimmen. Eines ist jedoch eindeutig: Bezogen auf die ca. 1.000.000 Menschen in den Rheinwiesenlagern kann von einem Massensterben keine Rede sein."

Der amerikanische Völkerrechtler Alfred M. de Zayas schreibt in seinem Werk *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*: "Die Besatzungsbehörden in allen vier Zonen schlugen mehrmals die dringenden Bitten des Internationalen Roten Kreuzes zugunsten der hungernden deutschen Bevölkerung ab und verzögerten die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medizin um viele Monate. ... US-Militärbehörden rieten den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Berlin, alle verfügbaren Hilfslieferungen in andere bedürftige Gebiete Europas zu schicken, obwohl umfangreiche irische und schweizerische Spenden ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren."

Trotzdem hält auch Overmans fest: "Auch wenn sich die in den letzten Jahren sensationell aufgebauchten Berichte relativieren: Es sind in den Lagern Tausende von Menschen unter unwürdigen Umständen gestorben." Bemerkenswert auch, in welchen Kontext der Historiker seine Betrachtung stellt:

"Vergleicht man nun die Rheinwiesenlager mit anderen Lagern der Alliierten, so zeigt sich, daß die Vorstellung, nur die Zustände in den Rheinwiesenlagern seien katastrophal gewesen, keineswegs stimmt. In Bayern gab es amerikanische Lager, die sich nicht von den Rheinwiesenlagern unterschieden. Im britischen Lager Overijse bei Brüssel starben im Winter 1945/46 565 deutsche Kriegsgefangene, und die Zahl der in französischer Gefangenschaft Gestorbenen geht in die Zehntausende."

In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen" entreißen wir dieses Tabuthema dem Vergessen und geben den Opfern eine Stimme.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2023 (x1.328/...):

>>**Deutschland in der Rezession**

Vorbild "Bruttonationalglück" statt BIP: Wirtschaftsministerium will Wohlstand umdefinieren
Statt nur dem BIP will sich das Wirtschaftsministerium ein Vorbild an Bhutan nehmen und den Wohlstand in Deutschland auch an anderen Faktoren messen. In der Auswahl sind etwa "Geschlechtergerechtigkeit" und "Klimaschutz".

Jonas Aston

Auf der ganzen Welt wird der Wohlstand eines Landes anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen. Nur ein Land macht hiervon eine Ausnahme: Bhutan. Der Binnenstaat, zwischen China und Indien gelegen, läßt neben der Wirtschaftskraft auch noch andere Faktoren wie gutes Regieren, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, Kulturförderung und Umweltschutz in das "Bruttonationalglück" einfließen.

Die Wohlstandsmessung in Bhutan scheint für die Bundesregierung Vorbildcharakter zu besitzen. "Bhutans Idee, das Glücksgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, ist faszinierend", erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz im März 2023 auf einer gemeinsamen Pres-

sekonferenz mit Ministerpräsident Lotay Tshering. Doch Scholz geht sogar noch einen Schritt weiter: "Bei der Messung von Wohlstand spielt Bhutan eine Vorreiterrolle", so der Kanzler.

Nun läßt das Wirtschaftsministerium (BMWK) Scholz Worten Taten folgen. Um ein umfassenderes Bild von der gesellschaftlichen Wohlfahrt zu bekommen hat das BMWK eine Umfrage an den Start gebracht, bei der Teilnehmer ihre Meinung zur bisherigen Wohlstandsmessung abgeben können. Im Laufe des Jahres soll die Umfrage ausgewertet, ihre Ergebnisse diskutiert und in den Jahreswirtschaftsbericht von 2024 einfließen.

In der Erhebung wird etwa gefragt: "Befürworten Sie die Integration einer ergänzenden Wohlfahrtsmessung im Jahreswirtschaftsbericht, um ökologische, soziale und gesellschaftliche Dimensionen auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene stärker zu erfassen". Bei einer anderen Frage wird man aufgefordert Indikatoren anzukreuzen, die man in der Wohlstandsmessung für unterrepräsentiert hält. Auswählen kann man Faktoren wie "Geschlechtergerechtigkeit", "Soziales und Verteilung" oder etwa "Klimaschutz".

"Geschlechtergerechtigkeit" und "Klimaschutz"

Sven Giegold, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium erklärt hierzu: "Das Bruttoinlandsprodukt zeigt nur die ökonomische Leistung. Doch neben der materiellen habe der Wohlstand noch weitere Dimensionen. "Nicht alle davon werden im Bruttoinlandsprodukt abgebildet". Fortschritte in den Bereichen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit würden in der traditionellen Wohlstandserhebung nicht berücksichtigt.

Das BMWK arbeitet bereits seit 2022 daran, Wohlfahrt neu zu definieren. Hierfür wurde der letztjährige Wirtschaftsbericht um ein Sonderkapitel ersetzt. So erweiterte die Bundesregierung die Wohlstandsumschreibung etwa um die Bereiche "Wohnkosten" oder auch "Klimaschutzinvestitionen". Dieses Sonderkapitel soll nun auf Basis der Umfrage deutlich erweitert werden.

Daß die Politik ausgerechnet in Zeiten wirtschaftlicher Krisen an einer neuen Wohlstandsdefinition werkelt, kann wohl kaum als Zufall abgetan werden. Der "Vorreiterstaat" Bhutan liegt global beim BIP pro Kopf im Übrigen auf Platz 132.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Juli 2023 (x1.328/...):

>>Lindners Wahlversprechen gebrochen

Staatsverschuldung steigt auf Rekordhoch

Jonas Aston

Die Staatsverschuldung in Deutschland ist Ende 2022 auf ein neues Rekordniveau gestiegen. Dies teilte das statistische Bundesamt in Wiesbaden am Freitag mit. Die Haushaltsverschuldung von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und Sozialversicherung ist demnach um 2 Prozent auf 2,368 Billionen Euro angewachsen. Der Staat hat damit Schulden in Höhe von 47,1 Milliarden Euro aufgenommen. Die Staatsverschuldung pro Kopf ist auf 28.164 Euro angewachsen.

Bemerkenswert ist, daß die Länder ihre Verbindlichkeiten abbauen konnten. Um 5 Prozent sank die Verschuldung der Länder. Die relative Verschuldung nach wie vor am höchsten. Dennoch konnte etwa Bremen die Verschuldung pro Kopf-Verschuldung drastisch, um über 20.000 Euro abbauen. Lag die Pro-Kopf-Verschuldung im Hansestaat 2021 noch bei 53.824 Euro, liegt sie nun "nur" noch bei 33.264 Euro. In Hamburg sank die Pro-Kopf-Verschuldung von 19.106 Euro auf 17.731 Euro und in Berlin von 16.897 Euro auf 16.564 Euro. "Zu beachten" sei dem Statistischen Bundesamt zufolge, daß "die Stadtstaaten anders als die Flächenländer auch kommunale Aufgaben wahrnehmen".

Bei den Flächenstaaten bleibt relativ das Saarland (13.651) am höchsten verschuldet, wobei auch die Saarländer Pro-Kopf-Schulden von über 1.000 Euro tilgen konnten. Darauf folgt Schleswig-Holstein mit 11.188 Euro (2021: 11.391 Euro). Am niedrigsten ist die Pro-Kopf-Verschuldung wie bereits in den Vorjahren in Sachsen mit 1.352 Euro (2021: 1554 Euro) und

Bayern mit 1.425 Euro (2021: 1.512 Euro). Die Sozialversicherung konnte ihre Schulden mehr als halbieren. Ihre Verbindlichkeiten sanken um 51,7 Prozent auf 22 Millionen Euro.

Staatsverschuldung getrieben vom Bund

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände haben sich hingegen um 5,1 Prozent auf rund 140 Milliarden erhöht. Insgesamt fällt die Neu-Verschuldung der Gemeinden aber kaum in Gewicht. Tatsächlich ist der Anstieg der Staatsschuld nahezu ausschließlich auf die nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben des Bundes unter Finanzminister Christian Lindner zurückzuführen. Der Bund allein war Ende 2022 mit 1.620,4 Milliarden Euro verschuldet. Gegenüber 2021 bedeutet dies einen Anstieg von 4,6 Prozent.

Besserung ist auch dieses Jahr nicht mehr in Sicht. Vor kurzem wurde vom Finanzministerium der Haushaltsplan für 2024 ausgearbeitet. In diesem wird auch kurz auf das aktuelle Kalenderjahr eingegangen. Für 2023 prognostiziert die Bundesregierung einen Schuldenzuwachs von 66,2 auf rund 67,75 Prozent im Verhältnis zum BIP. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies eine Neuverschuldung von über 50 Milliarden Euro. Zumindest ab 2024 soll die Schwarze Null jedoch wieder eingehalten werden.

Das verspricht Christian Lindner jedoch schon seit dem Bundestagswahlkampf 2021. Die Einhaltung der Schwarzen Null war eines der Kernversprechen der FDP. Während die Länder Schulden tilgen konnten, ist ausgerechnet wegen der hohen Ausgaben des Bundes die Staatsschuld angestiegen. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen nun: Die Einhaltung der schwarzen Null ist auch unter Lindner gescheitert.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26662" berichtet am 28. Juli 2023 (x1.319/...): >>Sexuelle Umerziehung bei Kindern von Regierungen forciert: was jeder dazu wissen muß - Interview mit Chris Elston

Welches Ergebnis kommt wohl dabei heraus, wenn Kleinkindern bereits im Kindergarten erklärt wird, daß ihr natürlich angeborenes Geschlecht durchaus falsch sein kann? Diese Frage beantwortet Chris Elston, als Billboard-Chris bekannt, im nachfolgenden Interview und zeigt Zusammenhänge auf, wie Kinder durch politische Unterstützung manipuliert, belogen und einer naturgemäßen Entwicklung beraubt werden.

Interviewer: Es ist mir eine Freude und Ehre, heute Chris Elston, Billboard-Chris (Übs.: Hinweistafel-Chris), für dieses Kla.TV-Interview begrüßen zu dürfen. Chris, vielen Dank, daß Sie sich zu diesem Interview bereit erklärt haben.

Chris: Vielen Dank, daß Sie mich eingeladen haben. Es ist mir eine Ehre, hier zu sein.

Interviewer: Chris, könnten Sie den Zuschauern, die Sie noch nicht kennen, ein wenig über sich selbst erzählen und darüber, was Sie in den letzten Jahren so gemacht haben?

Chris: Gern. Ich bin Vater von zwei Mädchen und lebe in einem Vorort von Vancouver (Kanada). Meine Mädchen sind 11 und 13 Jahre alt. Aber seit fast drei Jahren bin ich nun auf einer Mission, um das Bewußtsein für den meiner Meinung nach größten Kindesmißbrauchsskandal in der Geschichte der modernen Medizin zu schärfen. Wir haben jetzt all diese Kinder, hauptsächlich Mädchen, aber auch viele Jungen, die auf diese Transgender-Sache hereingefallen sind. Sie sind zu der Überzeugung gelangt, daß sie im falschen Körper geboren wurden. Wenn ich den Leuten diese Fragen stelle, kann mir meist niemand sagen, was das eigentlich bedeutet, weil es natürlich völliger Unsinn ist.

Aber wir haben all diese Mädchen, die zu der Überzeugung gelangt sind, daß sie eine männliche Geschlechtsidentität haben und daß sie kein wahres Glück finden werden, wenn sie das nicht ändern, wenn sie ihren Körper nicht umgestalten, und es gibt auch Jungen, die versuchen, Mädchen zu werden. Also, diese Kinder bekommen ein experimentelles Medikament verabreicht, das nie für diesen Zweck zugelassen wurde. Es handelt sich um Medikamente, die zur Behandlung von Prostatakrebs bei Männern, Endometriose und Uterusmyomen bei Frauen zugelassen sind und die auch zur chemischen Kastration von Pädophilen verwendet werden.

Aber wir geben sie Kindern, weil dieses Medikament ihren Körper daran hindert, in die Pubertät zu kommen. Ihre sekundären Geschlechtsmerkmale entwickeln sich also nicht. Die Brüste der Mädchen wachsen nicht, ihre Hüften werden nicht breiter.

Eine der Nebenwirkungen ist, daß ihre Knochendichte abnimmt. Der Penis eines Jungen wächst nicht. Die Entwicklung ihres Körpers wird gestoppt, damit sie nicht mehr und mehr wie ein Mann oder eine Frau aussehen. Denn das wäre offenbar zu traumatisch. Wenn dieses Mädchen unter Geschlechtsdysphorie leidet, wäre es traumatisch für sie, anzufangen, wie eine Frau auszusehen. Also wird das verhindert. Dann geben sie ihr die Hormone des anderen Geschlechts. Das verursacht irreversible Schäden. Und das ist schlicht und ergreifend Mißbrauch. Was machen wir hier eigentlich mit den Körpern von Kindern?

Es ist völlig verrückt. Und je nachdem, wo man sich auf der Welt befindet, werden auch Operationen an Kindern durchgeführt. Das alles ist mir erst vor kurzem bewußt geworden und hat mich tief berührt. Und ich beschloß, daß ich nicht in 40 Jahren auf mein Leben zurückblicken und sagen muß, daß ich alles darüber wußte und nichts dagegen unternommen habe. Also fing ich an, rauszugehen und Gespräche zu führen, mit einem Menschen nach dem anderen, um ihr Bewußtsein für das, was vor sich geht, zu sensibilisieren.

Und ich trage diese Schilder. Ich bin sicher, daß ich lächerlich aussehe, aber ich trage diese Schilder, auf denen steht, daß Kinder keine Einwilligung zu Pubertätsblockern erteilen können oder meine Definition eines Vaters, der ein männlicher Mensch ist, der seine Kinder vor der Gender-Ideologie schützt. Ich bin seit drei Jahren im Einsatz, besuche Universitäten, reise durch ganz Nordamerika, auch durch Großbritannien, und führe Gespräche mit Menschen. Und es funktioniert. Ich habe bis jetzt damit Dutzende, vielleicht sogar Hunderte von Millionen erreicht.

Interviewer: Sie sagen also, daß diese Gender-Ideologie nicht nur eine Randerscheinung ist, sondern etwas, das unsere gesamte Kultur durchdrungen hat. Und Sie nennen es eine Sekte. Erzählen Sie uns, wie es die Kultur durchdrungen hat und warum Sie es für eine Sekte halten.

Chris: Also, hier in Nordamerika wird dies von der Bundesregierung gefördert. In Kanada wird es von der Regierung jeder Provinz vorangetrieben. Es wird jetzt auch von den Schulen gefördert. Das wird in den Schulen, vom Kindergarten an, gelehrt, daß wir alle eine Geschlechtsidentität haben. Wenn man nun einem kleinen Kind beibringt, daß es eine Geschlechtsidentität hat, die männlich oder weiblich sein kann, was werden diese Kinder als Nächstes tun? Sie werden natürlich versuchen, herauszufinden, welches ihre Geschlechtsidentität ist. Nun, wie findet man das heraus?

Was ist eine Geschlechtsidentität? Das kann mir nie jemand wirklich sagen. Aber wenn man sich all die verschiedenen Schulmaterialien anschaut, die verwendet werden und all die verschiedenen Videos, die da draußen kursieren, dann läuft alles auf eines hinaus: Stereotypen. Wenn ein Mädchen also ein Wildfang ist, wenn ein Mädchen eher maskulin ist, wenn es auf Bäume klettern und im Dreck spielen will, wenn es Kleider haßt und kurze Haare haben will, dann sollte die Botschaft, die wir diesem Mädchen vermitteln, lauten, daß sie ein wunderbares Mädchen ist. Es gibt keine richtige Art und Weise, wie man Junge oder Mädchen ist. Aber statt dessen wird ihr beigebracht, daß sie vielleicht 'trans' sein könnte.

Interviewer: Vor langer Zeit hatte ich in meiner Nachbarschaft in Seattle das Glück, daß es dort etwa sechs oder sieben Kinder gab, die alle ungefähr gleich alt waren. Und wir haben zusammen gespielt, seit wir drei oder vier waren. Sie wissen schon, die typischen Sachen wie Touch Football oder so, Baseball, Fangen.

Und immer dann, wenn etwas ein bißchen mehr Organisation erforderte, war dieses Mädchen in der Nachbarschaft. Sie war etwa fünf Jahre älter als wir alle. Und ihr Name war Lisa. Sie war der absolute Wildfang. Sie konnte den Schläger genauso gut schwingen wie jeder Junge. Sie konnte genauso schnell rennen und sich prügeln, was das Zeug hielt. Und wir alle wußten,

daß sie ein totaler Wildfang war. Keiner hat mit der Wimper gezuckt. Sie war einfach ein Wildfang. Und dann, eines Tages in der weiterführenden Schule – hey, Lisa hat einen Freund. Was soll's! Ich meine, wo liegt das Problem?

Chris: Genau. Und wissen Sie was? Wildfang zu sein, macht einfach mehr Spaß!

Interviewer: Ja, genau.

Chris: Wissen Sie, es hängt einfach vom Kind ab, aber wie auch immer. Und dann sehen wir uns diese Materialien an, die überall auf der Welt verwendet werden, in Schulen, ja sogar in Kinderkrankenhäusern. Dieses Lehrmaterial heißt 'Der Lebkuchenmensch', der Genderkuchen-Mensch. ... Entschuldigung! Man würde ihn nicht Lebkuchenmann oder Genderbrotmann nennen, denn das würde ihm ein Geschlecht geben. Es ist also die Genderbread-Person. Und sie definiert deine geschlechtliche Identität auf Grundlage deiner Persönlichkeit, deines Berufs, deiner Hobbys, Vorlieben, Abneigungen, Rollen und Erwartungen an deine Person. Was hat dein Job mit deinem Geschlecht zu tun? Wir haben diesen Unsinn hinter uns gelassen. Wenn ein Mädchen Ingenieurin werden will, ist sie dann ein Junge?

Interviewer: Meine Tochter studiert Maschinenbau. Sie ist kein Junge.

Chris: Sehen Sie. Meine älteste Tochter liebt Mathematik. Traditionell Domäne der Männer. Sie liebt Mathe. Sie ist ein Mädchen. Das ist so lächerlich. Aber all die Kinder, die darauf reinfallen, versuchen, vor irgend etwas zu fliehen. Sie haben ein Trauma erlitten, sie haben einen Mißbrauch erlebt. Sexueller Mißbrauch ist sehr verbreitet. Die Hälfte dieser Kinder gehört dem Autismus-Spektrum an. Sie passen sich also nicht unbedingt an. Und dann kommt diese Ideologie daher.

Sie sagt ihnen, daß sie nicht dazugehören, weil sie in Wirklichkeit das andere Geschlecht haben oder nicht-binär sind, was ein völlig unsinniger Begriff ist und nichts bedeutet. Aber jetzt haben wir diese Gender-Kliniken, in denen sie bei Kindern im Alter von neun bis 10 Jahren die Pubertät blockieren, sobald sie in die Pubertät kommen. Und die Hälfte dieser Kinder sind Autisten. Erst neulich sagte dieser professionelle Arzt in Kalifornien, daß nonverbale autistische Kinder einer Transition zustimmen könnten, (Transition: Maßnahmen zur Anpassung an das empfundene Geschlecht) weil sie ihre Geschlechtsidentität zeichnen könnten. Das ist verrückt.

Sie betrachten Eunuchen jetzt als eine Geschlechtsidentität. Aber in der Tavistock-Klinik, der größten Gender-Klinik der Welt in England, wo Tausende von Kindern hingehen, stehen im Moment 8.000 Kinder auf der Warteliste, und sie werden sie nicht mehr nur mit Pubertätsblockern behandeln. 35 % dieser Kinder haben mittelschweren bis schweren Autismus. Wenn man die leichten Fälle mitzählt, sind es sogar über 50 %. Und wenn man sich die Whistleblower-Berichte von Leuten anschaut, die in Gender-Kliniken gearbeitet haben, in der Tavistock oder an der Washington University in St. Louis, in den USA: Es gab eine Frau, die dort vier Jahre lang als Case Managerin (Managerin für besondere Fälle) gearbeitet hat.

Sie bezeichnet sich als queere Frau, die mit einem Trans-Mann verheiratet ist und politisch links von Bernie Sanders steht, ein sehr weit links stehender Politiker in den USA. Man kann sie also nicht als konservativ abstempeln. Sie ist so weit links, wie es nur geht. Aber sie hat all die Dinge gesagt, die Leute wie ich sagen: Das sind alles Kinder, die mit etwas anderem kämpfen. Aber wir behandeln nicht das, was immer es sein mag. Wir behandeln sie, als ob das Geschlecht das Problem wäre, und wir hinterfragen nichts. Und das ist eines der großen Probleme, das überall auf der Welt zu beobachten ist.

Der Trend geht dahin: keine Therapie und keine Beratung. Denn wenn man auch nur andeutet, daß ein Kind, welches sein Geschlecht ändern will, einer Beratung bedarf, würde das implizieren, daß an dem Wunsch, das Geschlecht zu wechseln, etwas falsch wäre. Es würde ihre Geschlechtsidentität entwerten, und deshalb werden sie das nicht länger tun. Und natürlich gibt es tonnenweise Geld für all diese Ärzte. Die ganze Sache ist also eine riesiges Chaos, das von

der Weltgesundheitsorganisation und der UNO vorangetrieben wird. All diese großen Regierungen in der westlichen Welt. Und es ist alles eine Lüge.

Interviewer: Lassen Sie mich das klarstellen, Chris. Sie sagen, daß der Trend dahin geht, keine Hilfe in Anspruch zu nehmen und direkt die OP durchzuführen.

Chris: Richtig. Es gibt eine Organisation namens World Professional Association for Transgender Health, WPATH (Weltverband für Transgender- Gesundheit). Sie verfassen die so genannten Pflegestandards, an die sich Gender-Kliniken in aller Welt halten können. Das sind nur Richtlinien. Im Wesentlichen sind sie eine Aktivistenorganisation. Aber in den neuesten Pflegerichtlinien ist keine untere Altersgrenze für all das vorgesehen.

Als dies in den späten 90er Jahren in den Niederlanden Fuß faßte - es hat sich erst in den letzten fünf oder zehn Jahren wirklich durchgesetzt - in den Niederlanden wurde das so genannte niederländische Protokoll entwickelt, nach dem Kinder bis zum Alter von 16 Jahren keine geschlechtsübergreifenden Hormone erhalten sollten, und es wurde ein Screening zu anderen psychischen Erkrankungen, Autismus, Mißbrauch, Traumata und all diese Dingen durchgeführt. Jetzt tun sie nichts von alledem.

Und auf der Jahreshauptversammlung, der Jahreskonferenz des WPATH, standen während der Eröffnungszeremonie einige Demonstranten auf und forderten die vollständige Abschaffung aller Therapien. Und raten Sie mal, was passiert ist? Sie wurden nicht aus dem Saal gebuhrt. Sie wurden mit stehenden Ovationen bedacht, auch vom Präsidenten und dem Vorstand des WPATH. Die Sache ist also völlig außer Kontrolle geraten.

Ich sage, daß dies eine Sekte ist, weil sie unseren Kindern im Wesentlichen beibringt, daß sie eine geschlechtliche Seele haben, die sich von ihrem physischen Körper unterscheiden könnte. Sie überschütten dich mit Liebe, schenken dir tonnenweise Aufmerksamkeit, genau wie jede andere Sekte, wenn du zum ersten Mal dort eintrittst. Sie fühlen sich als Opfer. Sie wollen darüber reden, daß ein Völkermord an Trans-Menschen im Gange ist. Nein, wir wollen nur, daß die Kinder aufwachsen können.

Und wenn jemand, der die Transition vollzogen hat, aussteigt, wird er behandelt wie in einer Sekte. Sie werden als eine Art Gotteslästerer behandelt. Sie werden auf die schwarze Liste gesetzt. Man sagt ihnen, daß sie nie wirklich trans waren, und sie werden mit einer Flut von Haß überschüttet. Wenn es also wirklich darum ginge, Kindern zu helfen, das zu sein, was sie wirklich sind, und ihnen zu helfen, ihr wahres Selbst zu finden, warum feiern sie diese Kinder dann nicht, wenn sie sich zurück-umwandeln? Warum nur, wenn sie sich umwandeln? Sie wollen nicht, daß du dein wahres Ich bist. Sie wollen nur, daß du trans bist. Das ist eine totale Sekte.

Interviewer: Ja, es geht nur in eine Richtung. Ich erinnere mich, als ich ein Kind war, mir fällt kein konkretes Beispiel ein, aber ich weiß, daß es Kindersendungen und Lieder gab, in denen es darum ging, daß wir alle mit dem Körper, der uns gegeben wurde, und mit der Situation, in der wir uns befinden, glücklich sein werden. Wir sind ein bißchen dick, ein bißchen dünn. Wir haben eine andere Hautfarbe. Wir sind Jungen. Wir sind Mädchen. Die Idee war, meine ich ... Und diese Leute wollen nicht, daß wir Kinder behandeln, ihnen zu helfen, sich mit ihrem Körper wohl zu fühlen. Das ist einfach nur wahnsinnig.

Chris: Ja, genau. Und ein weiterer Trend besteht außerdem darin, die elterlichen Rechte abzuschaffen. Was also in Schulen in ganz Nordamerika vor sich geht, ist folgendes: Wenn ein Kind in der Schule beschließt, daß es zum anderen Geschlecht gehört, weil es in der Schule dazu erzogen wird, dies zu glauben, nun, wenn dieses Mädchen beschließt, ein Junge zu sein, und einen neuen Namen und neue Pronomen annimmt, dann verheimlichen die Schulen dies den Eltern als eine Richtlinie.

Nicht nur hier und da, es ist eine schriftlich niedergelegte Richtlinie, dies vor den Eltern zu verbergen, es sei denn, das Kind stimmt zu. Schauen wir uns also einmal an, wie sich das

Ganze tatsächlich abspielt. Ein verzweifertes Mädchen beschließt, daß es ein Junge sein möchte, aus welchem Grund auch immer. Die Lehrerin sagt: "Okay, meinst du, wir sollten es Mama und Papa sagen?" Was geht jetzt im Kopf des kleinen Mädchens ab? "Warum sollte ich es Mama und Papa nicht sagen – oh ja, Mama und Papa sind vielleicht nicht einverstanden. Also sagen wir es Mama und Papa besser nicht."

Jetzt haben sie also Geheimnisse vor den Eltern. Und das, während ihr Kind eine dramatische psychosoziale Intervention durchläuft. Das ist keine harmlose Sache. Es ist nicht unbedenklich. Jedes Mal, wenn man diesen neuen Namen und neue Pronomen für dieses Kind (Anm. Übs.: mit Absicht einheitlich Singular verwendet) verwendet, sendet man ihm die Botschaft, daß es falsch geboren wurde, daß mit ihm etwas nicht stimmt. Es hätte das andere Geschlecht haben sollen. Und jedes Mal, wenn sie diese falschen Pronomen verwenden, wird diese Botschaft tausendfach bekräftigt. Das ist extrem schädigend. Und wenn man dann noch bedenkt, daß die Hälfte dieser Kinder Autismus hat und viele dieser Kinder in Pflegefamilien untergebracht sind.

Die Wahrscheinlichkeit, daß die Eltern Sexualstraftäter waren, ist 10-mal so hoch.

Und jetzt haben sie eine besondere Identität, sie werden mit Liebe bombardiert. Welche Chance hat dieses Kind, sich aus dieser Situation zu befreien? Wenn man jemanden wirklich in eine Sekte indoktrinieren will, erzählt man ihm Lügen, immer und immer wieder, und man bombardiert ihn mit Liebe und stellt die Person in eine Umgebung, in der sie nur diese Lügen hört. Und es ist fast unmöglich, sich daraus zu befreien, egal wie stark der eigene Verstand sein mag. Und jetzt machen wir das mit den Kindern. Und dann wird ihnen noch gesagt: Oh, übrigens, wenn du den Geschlechtswechsel nicht vollziehst, wirst du dich womöglich umbringen wollen.

Interviewer: Und wissen Sie, Chris, das wäre falsch, falsch. Falsch, wenn das Kind minderjährig wäre, 17 oder so. Aber sagen Sie uns, wie jung sind die Kinder, die das durchmachen – wie früh geht es damit los?

Chris: Die soziale Transition beginnt mit drei Jahren. Ein neuer Name und neue Pronomen. Ein kleines Mädchen in Windeln ... oder einem kleinen Jungen, der ein Prinzessinnenkleid trägt und drei Jahre alt ist, zu sagen, daß er in Wirklichkeit ein Mädchen ist; sie seien nämlich im falschen Körper geboren worden. Das Boston Children's Hospital ist das renommierteste Kinderkrankenhaus des Landes. Ein Krankenhaus der Spitzenklasse. Letztes Jahr habe ich all diese Videos getwittert, die sie für ihren YouTube-Kanal produziert haben.

Die Leiterin der Gender-Klinik, Jeremi Carswell, sagt, es seien solche Dinge wie zum Beispiel ein kleines Mädchen, das versuche, im Stehen zu pinkeln, oder ein Junge, der sich nicht die Haare schneiden lassen wolle, der die Kleidung eines Geschwisters anprobiere oder mit dem Spielzeug des anderen Geschlechts spiele. Dies seien Anzeichen dafür, daß Ihr Kind transgener sein könnte, und sie könnten bereits mit drei Jahren behandelt werden. Und sobald sie in die Pubertät kommen, spricht man von der Tanner-Phase 2. Das ist der Fachausdruck. Bei einem Mädchen ist dies der Zeitpunkt, an dem sich ihre Brüste beginnen zu bilden, wahrscheinlich zwei Jahre vor ihrer Periode. Sie können also 9, 10, 11 Jahre alt sein.

Und zu diesem Zeitpunkt wird den Kindern dieses Medikament verabreicht, um sie vor der Pubertät zu bewahren. Wenn sie 9 und 10 Jahre alt sind, haben sie allerlei magische Denkweisen. Und jetzt: 'Oh, Du kannst Dein Geschlecht ändern, Schatz. Und übrigens, diese Drogen sind reversibel', sagt man ihnen. Aber sie sind nicht umkehrbar. Die Zeit ist nicht mehr rückgängig zu machen.

Interviewer: Okay, ich denke, Sie haben ziemlich gut dargelegt, daß es sich hierbei nicht um eine Randerscheinung handelt. Aber ich möchte noch etwas hinzufügen, eine weitere Ebene hinzufügen. Erzählen Sie uns von der Schule, ich glaube, es ist in Kanada, wo sage und schreibe 45 Kinder in der Schule eine Beratung oder sogar eine Gender-Therapie-Behandlung

durchlaufen.

Chris: Also soziale Transition. Das sind also 5 % der Schule, und ob Sie es glauben oder nicht, das ist nicht ungewöhnlich. Dies ist eine liberale Kunsthochschule. Man findet diese Ideologie viel in künstlerischen Bereichen. Und natürlich gibt es an einer Kunsthochschule mehr davon. Und es gibt dort auch mehr von dieser Art linken Lehrern, die dazu neigen, diese Sache voranzutreiben. Aber ich habe mich vier Stunden lang mit dieser Mutter und diesem Vater getroffen. Sie wohnen nur 20 Minuten von meinem Haus entfernt. Ihre Tochter hatte zu Beginn des Schuljahres einen Jungennamen und männliche Pronomen angenommen.

Und drei Monate lang, September, Oktober, November, bis fast zur Weihnachtszeit, wurde dies vor der Mutter verheimlicht. Und sie konnte sehen, wie sich die psychische Gesundheit ihrer Tochter immer weiter verschlechterte. Und sie wußte, daß etwas nicht stimmte. Und sie fragte die Schule dreimal, ob in der Schule etwas vor sich ging. Dreimal hat man sie angelogen. Im Dezember fand sie schließlich heraus, was los war, nahm ihre Kinder von der Schule, und ihrer Tochter geht es jetzt viel besser. Aber ungefähr 45 Mädchen, so die Schätzung ihres ältesten Sohnes, der ebenfalls auf diese Schule ging, ungefähr 45 Mädchen haben sich sozial in einen Jungen transitiert oder sich als nicht-binär bezeichnet.

Nun, einige Kinder werden darüber hinwegkommen. Aber natürlich sind die am meisten gefährdeten Kinder nur einen Termin von einer Therapie mit Pubertätsblockern entfernt, weil sie oft schon bei ihrem ersten Termin in diesen Gender-Kliniken damit beginnen sie zu nehmen. Und sie verbringen ihre ganze Zeit online. Sie werden online in dem Glauben erzogen, daß dies für sie großartig sein wird. Und vielleicht haben sie nicht das beste Leben zu Hause oder was auch immer. Und das Nächste ist, daß sie einen irreversiblen Schaden erleiden.

Interviewer: Richtig, das ist unumkehrbar. Ich meine, wenn man einmal mit der Behandlung, den Medikamenten, begonnen hat, ist es schwer, das rückgängig zu machen.

Chris: Ja. Wenn also jemand zwei oder drei Monate lang Pubertätsblocker einnimmt, kann das nicht allzu viel schaden. Ihr endokrines System käme dann wieder in Gang. Was dieses Medikament tatsächlich bewirkt, ist, daß es die Hypophyse (Drüse an der Basis des Gehirns, die ein Reihe von Hormonen bildet) daran hindert, zwei verschiedene Hormone freizusetzen, das luteinisierende Hormon und das follikelstimulierende Hormon, die wiederum die Hoden zur Ausschüttung von Testosteron und die Eierstöcke zur Ausschüttung von Östrogen veranlassen. Das ist wie eine Hirnoperation für das endokrine System, was diese Kinder da erhalten. Und das endokrine System kommt nicht sofort wieder in Gang, wenn man sie absetzt.

In der Praxis ist es aber so, daß diese Kinder in 98 Prozent der Fälle zum nächsten Schritt übergehen, nämlich zu den gegengeschlechtlichen Hormonen, weil sie nicht nur die Pubertätsblocker unterschreiben. Das Verkaufsargument ist, daß sie dadurch Zeit gewinnen, um ihre Geschlechtsidentität zu erkunden. Nein, sie sind bereits voll dabei und bekommen Pubertätsblocker. Im Alter von 13 Jahren bekommen sie dann die Hormone des anderen Geschlechts. Das hängt von der Klinik ab, in die man geht. Aber das passiert die ganze Zeit. Manchmal bekommen sie beides auf einmal. Diese Pubertätsblocker in Verbindung mit den gegengeschlechtlichen Hormonen sterilisieren also die Kinder, so steht es auf der Einverständniserklärung, die sie in diesen Kinderkliniken unterschreiben.

Bei den Jungen zerstört es ihre zukünftige sexuelle Funktion als Erwachsene. Marci Bowers, ein Mann, der sagt, er sei jetzt eine Frau, ist der Präsident des Weltverbandes für Transgender-Gesundheit. Und auf einem Video, das durchgesickert ist, das eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war ... Aber ich habe eine Kopie davon, ich twittere es ständig. Dort gibt er zu, daß keiner der Jungen, die mit Pubertätsblockern angefangen haben in der Tanner-Stufe 2, mit 11 Jahren oder wie auch immer, daß keiner dieser Jungen als Erwachsener in der Lage war, einen Orgasmus zu haben, so daß es also ihre zukünftige sexuelle Funktion zerstört.

Und er sagt, "Intimität in einer Beziehung ist wichtig." Ja, stimmt. Und er sagt: "Was machen

wir? Setzen wir die Pubertätsblocker eine Weile ab und lassen etwas Pubertät geschehen? Sollen wir die Pubertätsblocker lieber noch etwas hinauszögern?" Sie wissen es nicht. Sie wissen nicht, was sie da tun. Sie experimentieren an Kindern in Echtzeit und sagen dabei, die Wissenschaft sei eindeutig. Das ist doch verrückt!

Interviewer: Okay, ich möchte zu diesem Punkt kommen, daß es verrückt ist. Und das ist auch der Gedanke, den die meisten Leute verstehen, denke ich. Aber zuvor ... ich denke, Sie kennen diese Gesetze weltweit.

Ich sollte mehr über das wissen, was aus dem Nordwesten kommt. Aber Sie haben auch einige Gesetze im Bundesstaat Oregon und im Bundesstaat Washington hier in den USA erwähnt, die über das normale Maß hinausgehen. Können Sie auf diese eingehen?

Chris: Ja, im Bundesstaat Washington kann jetzt jeder 13-jährige Pubertätsblocker, geschlechtsübergreifende Hormone und sogar eine zweifache Brustamputation bekommen, ohne das Wissen oder die Zustimmung der Eltern. Aber jetzt wird es erst richtig interessant: Sie können die Versicherung ihrer Eltern in Anspruch nehmen. Die Eltern bekommen die Rechnung für ihre Zuzahlung, vielleicht müssen sie 20 Prozent davon bezahlen, ohne überhaupt zu wissen, daß das stattfand. Im ganzen Land werden in den blauen Staaten, das sind die von den Demokraten regierten Staaten, es werden dort Gesetze erlassen, nach denen ein Kind in Texas von zu Hause weglaufen, nach Kalifornien fliehen kann und sie werden das Kind nicht nach Hause zurückbringen.

Wenn es einen Sorgerechtsstreit gibt und die Mutter das Kind nach Kalifornien bringt, um eine Geschlechtsumwandlung vornehmen zu lassen, wird Kalifornien die Sorgerechtsvereinbarung des Heimatstaates Texas oder wo auch immer, ignorieren. Sie werden Gerichtsbeschlüsse, Vorladungen und sogar Haftbefehle ignorieren, damit dieses Kind eine Geschlechtsumwandlung vornehmen lassen kann. Es werden jetzt Gesetze erlassen, um ein Kind zu verstecken. Sie können ein Kind in eine Pflegefamilie geben und das Kind vor den Eltern in ihrem eigenen Staat verstecken, wenn diese keine Geschlechtsumwandlung für ihr Kind wollen. Das wird in Washington und Minnesota so gehandhabt.

Interviewer: Oh, das ist ein großartiges Argument gegen die Selbstzufriedenheit, denn ich kann mir vorstellen, daß Leute in Montana, South Dakota, Arkansas oder Idaho sagen: "Gott sei Dank ist das nicht unser Staat." Und so wie ich die Leute in meinem Umfeld kenne, ... "das werden wir nie zulassen." Aber jetzt könnte es doch passieren, denn ihr Kind könnte weglaufen und nicht zurückgebracht werden. Das ist Wahnsinn.

Chris: Absolut. Und das öffnet auch dem Sexhandel Tür und Tor. Im Bundesstaat Virginia gab es ein Mädchen namens Sage, das in der Schule zur Überzeugung kam, sie sei ein Junge. Die Schule verheimlichte dies vor ihren Eltern. Ihre Eltern, das sind eigentlich ihre Großeltern, aber sie haben sie aufgezogen, seit sie zwei Jahre alt war. Ihr Vater starb. Ein großes Trauma. Für die Zwecke dieses Interviews werde ich sie einfach ihre Eltern nennen. Die Schule verheimlichte ihren Eltern die soziale Transition des Mädchens. Sie wurde auch online angeboten und beschloß, sich mit jemandem online zu treffen. Jene Person verschleppte sie dann zunächst nach D.C., dann in den Staat Maryland. Zwei oder drei Monate später wurde sie in einem Zimmer eingesperrt aufgefunden, wo sie unter Drogen gesetzt und wiederholt gruppenvergewaltigt worden war und für Pornos benutzt wurde, um Geld zu verdienen.

Sie brachten das Mädchen nicht nach Hause zurück, weil ihre Eltern sie ein Mädchen nannten. Sie nannten sie bei ihrem richtigen Namen, der Sage lautete. Der Staat Maryland steckte dieses Mädchen dann in eine Gemeinschaftseinrichtung für Jungen. Gerade nachdem sie sexuell mißbraucht und monatelang gefangen gehalten worden war, steckten sie sie in ein Gruppenheim mit Jungen, wo sie erneut mißbraucht wurde. Sie lief aus dem Gruppenheim weg und wurde Monate später in Texas aufgefunden. Das Gleiche war ihr noch einmal passiert. Sie war erneut Opfer des Sexhandels geworden.

Hätte man die Änderung ihres Namens und ihrer Pronomen in der Schule nicht verheimlicht, hätten ihre Eltern gewußt, was vor sich ging. Sie wären in der Lage gewesen, einzugreifen, und nichts von alledem wäre passiert. Manche Leute bezeichnen diese verschiedenen Gesetzesentwürfe, die verabschiedet werden, als Transgender-Menschenhandel-Gesetze. Das ist zwar ein etwas extremer Begriff, aber diese Gesetzesentwürfe ermöglichen viel mehr tatsächlichen Menschenhandel. Und wenn es gelingt, einen Keil zwischen Kind und Eltern zu treiben, kann man es dann von seinen Eltern trennen.

Interviewer: Kraß! Sie sagen, wenn Sie auf der Straße unterwegs sind, dann sind die meisten Menschen, denen Sie begegnen, na, Sie wissen schon, nicht diese rasend Verrückten der fantastischen Twitter-Beiträge, sondern tatsächlich Menschen, die Ihnen zustimmen.

Chris: Natürlich, das ist unumstritten. Jeder, egal welchen Alters, jeder, der Kinder hat, versteht das.

Interviewer: Man muß nicht einmal Kinder haben.

Chris: Ja, man muß nicht mal Kinder haben. Wir alle wissen das instinktiv, und die Kinder wissen es auch. Und man beginnt einen Aufstand unter den Schülern zu sehen. Sie fangen an, ihre eigenen Demos zu veranstalten.

Interviewer: Haben Sie von dem Jungen in Kellogg, Idaho, gehört?

Chris: Nein.

Interviewer: Das ist gut. Ich muß das hier noch einwerfen. Es gibt eine Schulveranstaltung, also abgehende Schüler einer Highschool, wahrscheinlich der einzigen Highschool in einer kleinen Stadt in Panhandle, Idaho, in Kellogg, Idaho, nicht weit von Coeur d'Alene. Die Abschlußklasse hat ihren Abschluß und bekommt die Möglichkeit, den Unterstufenschülern bei einer Versammlung einen Rat zu geben, bevor sie abgehen. Nun, man muß natürlich die Erlaubnis vom Schulleiter bekommen.

Also, der Junge weicht etwa eine Stunde vor seiner Rede vom Drehbuch ab. Er sagt sich, ich werde etwas anderes sagen. Und er stellt sich vor die Klassenkameraden, die Unterstufenschüler, und alles, was er sagt, ist: "Jungs sind Jungs, Mädchen sind Mädchen. Dazwischen gibt es wirklich nichts." Das war's. Und der Rektor verbot ihm, an der Abschlußfeier teilzunehmen. Die Forstbehörde, die ihm bereits einen Job für den Sommer angeboten hatte, widerrief diesen. Der Busfahrer, der anscheinend ein Liebling der Kinder an der Schule war, der ihn bei diesem kleinen Ad-hoc-Protest, den sie organisiert hatten, mit einer amerikanischen Flagge in der Hand, unterstützte, wurde von seiner Firma gefeuert. Ich meine, das ist doch verrückt, dafür daß man etwas so Offensichtliches sagt.

Chris: Ja, es gibt einen 17-jährigen Jungen in Kanada namens Josh Alexander. Er wurde von seiner katholischen Schule geworfen, weil einige Mädchen ihn fragten, ob er ihnen helfen würde, weil sie es nicht mochten, wenn Jungs in ihrem Waschraum waren. Also setzte er sich für sie ein. Und er spielt diese Lüge einfach nicht mit. Er belästigt niemanden, aber er macht diese Lügen nicht mit, daß es mehr als zwei Geschlechter gibt, und man hat ihn rausgeworfen. Aus einer katholischen Schule! Verwunderlich. Es ist einfach unglaublich. Leute wurden entlassen, weil sie mit ihm auf der Straße standen, bzw. es wird gegen sie ermittelt. Das ist pervers. Und wir haben uns darüber unterhalten, ob das ein Randthema ist. Letztes Jahr wurde bei dreihunderttausend Kindern in den Vereinigten Staaten offiziell Geschlechtsdysphorie (Geschlechts- bzw. Gender-Dysphorie: beschreibt einen Zustand, bei dem sich Personen nicht mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren) diagnostiziert, diese intensive Abneigung gegen das biologische Geschlecht. Dreihunderttausend offizielle Diagnosen, ganz zu schweigen von den inoffiziellen. Und es gibt Schulen wie in Pittsburgh, wo eine Umfrage an allen Highschools durchgeführt wurde. 9,2 Prozent der Schüler gaben an, sie seien trans oder nicht-binär. Das hat sich explosionsartig entwickelt.

Wir sprechen hier von Zehntausenden von Kindern. Hunderttausende in Nordamerika denken

jetzt, daß sie das andere Geschlecht haben, aber Zehntausende sind bereits dauerhaft geschädigt worden. Und was die Gesetze, die jetzt in Deutschland verabschiedet werden sollen, betrifft ... Auf den ersten Blick sehen einige Leute diese Gesetze vielleicht und sagen: Na ja, ein 14-Jähriger kann jetzt sein Geschlecht mit Zustimmung der Eltern ändern. Aber das ist ein schmaler Grat. Geben Sie keinen Zentimeter nach.

Dies ist der erste Schritt. Sie versuchen, etwas zu verabschieden, was manche Leute für vernünftig halten, und sie formulieren es so, daß die meisten Leute, die nicht so genau aufpassen, nicht verstehen, daß die Schutzmaßnahmen für Frauen und Kinder aufgehoben werden. Aber geben Sie ihnen keinen Zentimeter nach. Sie dürfen keines dieser Gesetze verabschieden. Das Ganze basiert auf einer Lüge, und wir müssen diese ganze Ideologie samt den Wurzeln ausreißen.

Interviewer: Ganz genau. Und als ob ... als ob die Eltern ein Recht hätten, ihr Kind zu verstümmeln, solange sie ihre Zustimmung geben. Ich meine, das ist verrückt. Wie wäre es, nehmen wir mal: "Wir haben das Recht, unseren Kindern die Beine zu amputieren aufgrund der Einverständniserklärung der Eltern." Das Kind hätte nichts zu sagen, wir haben zu 100 % entschieden. Das wäre doch verrückt, oder?

Chris: Ja. Apropos Beine abschneiden: Es gibt eine Krankheit namens Apotemnophilie (sexueller Lustgewinn durch Amputation eigener Körperteile). Menschen haben das getan. Sie haben gesagt, ich identifiziere mich als Amputierter, das ist im Grunde das, was sie sagen. Sie wollen ihre Gliedmaßen abtrennen lassen. Und die Ärzte haben das ein paar Mal gemacht, bevor dem endlich ein Riegel vorgeschoben wurde. Aber was wäre, wenn sie dem nicht Einhalt gebieten würden? Was wäre, wenn sie einfach sagen würden: Ja, du kannst dich als Amputierter identifizieren. Wer sind wir, um zu sagen, du solltest dich nicht als Amputierter identifizieren? Und ja, laßt uns deine Beine abschneiden, deine Arme. – Das ist unmenschlich. Ärzte haben einen Eid geschworen, niemandem Schaden zuzufügen.

Es spielt also keine Rolle, ob sie es wollen. Kinder wollen alles Mögliche. Junge Erwachsene wollen alles Mögliche. Es gibt Geisteskrankheiten. Manchmal tun wir Dinge zum Wohle der Menschen, weil wir wissen, was besser für sie ist, wenn sie an einer psychischen Krankheit leiden. Und nur, weil sie 18 oder 19 Jahre alt sind, heißt das nicht, daß wir das auch tun sollten. Wir sollten sie auf Mißbrauch und Trauma untersuchen. Wir sollten andere psychische Erkrankungen ausschließen. Wir sollten diesen Menschen helfen, denn viele derjenigen, die sich zurückoperieren lassen und lebenslang geschädigt sind, begannen, als sie 18, 19 oder 20 waren. Machen wir uns nichts vor. Sie sind auch noch Kinder.

Interviewer: Ja, sie sind noch Kinder. Das ist der Punkt. Nun, wie oft sagen Erwachsene Dinge wie Kinder der oberen Schulklassen? Sie sind verrückt. Sie sind psychisch krank. Sie müssen durch diese Phase gehen, um darüber hinwegzukommen. Ich meine, das ist in etwa die Sturm-und-Drang-Zeit, richtig? (Anmerkung des Interviewers: Das ist die gefährliche Phase, in der extrem gefährliches und rücksichtsloses Verhalten zu Verletzungen oder zum Tod führen kann, und Jugendliche sind in dieser Zeit einem höheren Risiko ausgesetzt, wie die Zahl der tödlichen Autounfälle, die von jungen Fahrern verursacht werden.) Also, wenn Jugendliche in der Mittelstufe die gleichen Entscheidungen treffen würden wie 30-, 40- und 50-Jährige, würden wir sie als verrückt bezeichnen, oder? Sie wären geisteskrank. Aber sie sind eben einfach Kinder.

Chris: Ich habe als Kind alle möglichen dummen Dinge getan, und ich habe alle möglichen dummen Dinge getan, als ich 20 und 25 war. Wahrscheinlich mache ich auch heute noch dumme Dinge. Aber unser präfrontaler Kortex, der Teil unseres Gehirns, der für die logische Entscheidungsfindung zuständig ist, bildet sich erst mit 25 Jahren vollständig aus. Bei diesen neurodivergenten (Menschen, deren Gehirn Informationen anders wahrnimmt und verarbeitet, z.B. mit Autismus, ADHS und sensorischen Verarbeitungsstörungen)

Kindern mit Autismus oder was auch immer dauert es etwa 30 Jahre. Und wenn man sich alle, die ihr Geschlecht wechseln, anschaut, fangen viele ihrer Geschichten um die 25 herum an. Sie sind nicht mehr jung. Sie werden nicht mehr von der Gemeinschaft, zu der sie gehörten, mit Liebe überschüttet. Ihre Freunde sind erwachsen geworden, haben geheiratet und eine Familie gegründet. Und hier sind sie nun, 25 Jahre alt, und leiden unter den medizinischen Folgen. Und ganz offensichtlich gehört Testosteron nicht in den Körper einer Frau, und schon gar nicht in der Dosis, wie sie Männer haben. Frauen haben etwa 5 Prozent von dem, was wir haben. Aber wenn man einer Frau oder einem Mädchen Testosteron verabreicht, führt das zu Vaginal- und Uterusatrophie (Scheiden- und Gebärmutterchwund)

und sie müssen hysterektomiert (operative Entfernung der Gebärmutter und des Gebärmutterhalses) werden. Manchmal müssen auch die Eierstöcke entfernt werden, man nennt das dann Ovariectomie. So können sie für den Rest ihres Lebens kein Östrogen mehr produzieren. Dadurch wird ein Mädchen im Teenageralter in die Menopause geschickt, was wiederum hundert Nebenwirkungen hat. Sie werden frühzeitig an Demenz und Osteoporose erkranken, ganz zu schweigen davon, daß die Pubertätsblocker selbst zu Knochenschwund führen. Diese ganze Sache ist einfach eine totale Katastrophe auf der ganzen Linie. Und doch wird es von allen großen globalen Kräften vorangetrieben, als ob es liebevoll wäre. Nein, es geht hier um Haß. Es geht darum, Kindern beizubringen, ihren Körper zu hassen.

Interviewer: Genau, Chris ... wissen Sie, ich nehme in meinen Interviews gerne Bezug auf "1984" (Roman von George Orwell, erschienen 1949),

und das ist sozusagen wie das Ministerium für Wahrheit oder, nein, Ministerium der Liebe. Das ist eigentlich der Ort, an den man geht, um gefoltert zu werden. Es ist das genaue Gegenteil. Und das Ministerium für Wahrheit ist der Ort, an dem die Lügen entstehen. Und Sie haben gerade erwähnt, wir haben gerade über die Amputation gesprochen. Und ich denke, wir müssen anfangen, die Dinge beim Namen zu nennen. Das ist es, was sie tun. Sie verdrehen die Dinge. Also, ich meine, was ist es denn sonst für einen Mann, der sich einer vollständigen Behandlung zur Geschlechtsumwandlung unterzieht, wenn nicht eine Amputation? Und was ist mit dieser geschlechtsbestätigenden Hysterektomie? Wie kann man das bestätigend nennen? Ist das nicht gerade geschlechtsverleugnend?

Chris: Ja, ich habe letztes Jahr ein Video getwittert, das sich sehr verbreitet hat. Einer der Gründe, warum wir in den Vereinigten Staaten so viel Erfolg hatten, ist, daß all diese Videos aus diesem Krankenhaus sich im Netz verbreiteten, weil die Leute endlich erfuhren, was in diesen Gender-Kliniken wirklich geschieht. Aber das erste Video, das ich getwittert habe, handelte von geschlechtsangleichenden Hysterektomien. Und es zeigt diese lebhaft blonde Frau mit dieser inspirierenden Musik, die im Hintergrund läuft.

Und alle sagten: "Was? Das machen sie in einem Kinderkrankenhaus?" Und andere Kinderkrankenhäuser wurden untersucht. Und wenn sie von einer zweifachen Brustamputation sprechen, raten Sie mal, wie sie das nennen? Sie nennen es Brustwiederaufbau. Nein, sie zerstören die Brust eines Mädchens, aber sie nennen es Rekonstruktion, indem sie ihre Brust so machen, wie sie sein sollte. Das Gleiche gilt für die Kastration von Jungen. Die Jungen werden kastriert, und dann wird der Penis umgedreht. Tut mir leid, wenn das zu anschaulich ist, aber da die Genitalien des Kindes nie gewachsen sind, weil sie Pubertätsblocker bekommen haben, haben sie nicht genug Gewebe, um diese Umkehrung vorzunehmen und eine sogenannte Neo-Vagina zu schaffen.

Deshalb wird ein Teil des Dickdarms oder der Magenschleimhaut des Kindes herausgeschnitten. Dies wurde bei Jazz Jennings in einer nationalen Fernsehsendung mit dem Titel "Ich bin Jazz" gemacht, in der die Transition dieses Jungen schon in jungen Jahren gefeiert wurde. Aber es gibt eine Menge Komplikationen. Vor etwa fünf Jahren starb ein Junge während dieser Operation, weil E. coli (Escherichia coli: Darm/Kolibakterium) aus seinem Dickdarm in

sein System gelangte. Er entwickelte eine bakteriell bedingte lebensgefährliche Weichgewebsinfektion.

Sie konnten die Ausbreitung nicht verhindern, und er starb. Und er wäre nicht gestorben, wenn er keine Pubertätsblocker genommen hätte. Aber, wissen Sie, viele dieser Jungen und Mädchen sind einfach aufgewachsen, um homosexuell zu werden, und das haben wir noch gar nicht angesprochen. Das ist die homophobste (Feindseligkeit gegen lesbische und schwule Personen) Bewegung, die es gibt, denn wenn man sich alle Studien über Geschlechtsdysphorie ansieht, sind die meisten als Homosexuelle aufgewachsen, und fast alle haben sich daraus heraus entwickelt. Das Heilmittel für Geschlechtsdysphorie ist die Pubertät selbst. Jetzt blockieren wir die Heilung und sagen diesen verweichlichten kleinen Jungen, die vielleicht zu schwulen Männern heranwachsen, daß sie eigentlich im Inneren ein Mädchen sind.

Interviewer: Nun, Chris, Sie kennen all diese schrecklichen Beispiele aus den Staaten, meinem eigenen Staat Washington, Oregon im Süden. Unglaublicherweise sagen Sie, Kanada sei noch schlimmer.

Chris: Ja, ich würde sagen, die USA sind schlimmer, wenn es um Operationen geht, aber wenn es um die Verbreitung der Ideologie geht, ist es in Kanada schlimmer. Wir haben in Kanada eigentlich keine konservativen Medien. Wir haben zwar einige kleinere Medien, die eine hervorragende Arbeit leisten.

Aber alle unsere drei großen Medien sind allesamt in dieser Richtung aktiv. Wenn sie mich interviewen, spielen sie natürlich keinen der Clips ab, weil sie nur auf ein Haß-Zitat von mir aus sind, und das bekommen sie nie. Aber wenn die Medien die Wahrheit sagen würden, wäre die Sache schon morgen vorbei. Aber der Anführer dieser Sekte in Kanada ist mit Sicherheit Justin Trudeau (amtierender und 23. Premierminister Kanadas).

Und das wurde von allen politischen Parteien und den Lehrgewerkschaften stark vorangetrieben. Und es ist sehr schnell gegangen. Ich sah, wie es sich ausbreitete, und ich wußte genau, wie es sich ausbreiten würde, denn ich verstehe Sekten. Ich weiß, wie zerbrechlich der menschliche Geist ist, besonders der unserer Kinder. Und wenn so etwas in den Schulen unterrichtet wird, kann es nur in eine Richtung gehen, nämlich direkt nach oben (gemeint ist die obere Führungsebene, sprich Trudeau und Co).

Ich betrachte dies also als einen Notfall. Und das Erste, was ich tat, war, lebendige Plakate aufzustellen. Daher stammt auch mein erster Spitzname, Billboard-Chris. Aber keine Schilderfirma wollte mit mir in Kanada zusammenarbeiten. Sie haben sogar ein Schild abgenommen, auf dem stand: Ich liebe J. K. Rowling (J. K. Rowling, britische Schriftstellerin, steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt von Transfeindlichkeits-Vorwürfen).

Sie haben es innerhalb von 24 Stunden abgehängt, weil sie sagten, es sei Haßrede. Natürlich hat sich J. K. Rowling gegen diesen Mißbrauch ausgesprochen. Aber kein Schilderhersteller wollte mit mir zusammenarbeiten. Also tat ich das Einzige, was ich tun konnte: Ich wurde zu einer menschlichen Reklametafel und begann auf diese Weise, Gespräche zu führen.

Interviewer: Sie haben politische Parteien erwähnt. Wollen Sie mir sagen, daß die Wahl der Oppositionspartei uns nicht aus der Patsche helfen wird?

Chris: Welche Oppositionspartei? Es gibt keine Oppositionspartei in Kanada. Wissen Sie, die konservativen Wähler werden sauer auf mich, weil ich das sage, aber ich sage nur die Wahrheit. Sie mögen nur die Wahrheit nicht. Unsere konservative Partei hat zusammen mit allen linken Parteien einstimmig dafür gestimmt, es als Konvertierungstherapie (Methode der Psychotherapie zur Abnahme homosexueller Neigung hin zu heterosexuellem Potential) zu bezeichnen, wenn es darum geht, einem Mädchen zu helfen, sich als Mädchen wohl zu fühlen, oder einem Jungen zu helfen, sich als Junge wohl zu fühlen.

Es ist in Ordnung, diese Kinder davon zu überzeugen, daß sie das andere Geschlecht haben. Das ist keine Konvertierungstherapie. Es ist in Ordnung, sie in lebenslange pharmazeutische

Patienten zu verwandeln, die für immer von einer externen Hormonquelle abhängig sind. Das ist keine Konvertierungstherapie. Helfen Sie ihnen, sich mit ihrem Geschlecht wohl zu fühlen. Konvertierungstherapie. Gehen Sie für fünf Jahre in den Knast. Zahlen Sie eine Geldstrafe von zwei Millionen Dollar. Keiner der Therapeuten in Kanada wird mehr mit diesen Kindern sprechen, denn wenn sie es doch tun, werden einige Trans-Aktivist*innen auftauchen und behaupten, sie würden Konvertierungstherapie durchführen, und dann landen sie vor Gericht.

Das legt also den gesamten therapeutischen Berufsstand lahm. Und das ist eine Katastrophe für alle Beteiligten. Wir können das also nur von unten nach oben lösen. Es muß eine Volksbewegung sein, die die Menschen vor Ort erreicht, die Menschen auf der Straße, andere Mütter und Väter, damit sie sich in ihren Schulen und bei Schulratssitzungen zu Wort melden können.

Sie können anfangen, für den Schulrat zu kandidieren. Es heißt, daß die Politik der Kultur nachgelagert ist. Nun, das ist genau das, was ich versuche, zu erreichen. Aber die derzeitigen Konservativen, die wir hier in der Regierung haben, sind eine absolute Schande. Es gibt nur einen Bundespolitiker, der etwas sagen wird. Er hat zwar im Moment keinen Sitz, aber sein Name ist Maxime Bernier (kanadischer Politiker; Gründer und momentaner Anführer der People's Party of Canada). Er verließ die konservative Bundespartei und gründete seine eigene Partei, die Volkspartei. In gewisser Weise ist er also fast so etwas wie die eigentliche Opposition.

Interviewer: Ich wünschte, es gäbe eine Volks-Partei, die sich auf ein Thema konzentrieren könnte. So wie Sie sagten, sie haben die Augen gerollt, als ich sagte, daß die meisten Leute, die auf Sie zukommen, Ihnen zustimmen und "natürlich!" sagen würden. Warum könnte das also nicht ein Hauptthema einer Volks-Partei sein? Darin sind wir uns doch schon einig.

Chris: Ja, so sollte es sein. Wissen Sie was? Sogar bei diesen Trans-Aktivist*innen, viele von ihnen ... ich gebe einigen dieser Trans-Aktivist*innen einen Vertrauensbonus, besonders den jungen Frauen, weil es viele junge Frauen sind, die das vorantreiben, weil sie in dieser Sekte indoktriniert wurden. Als junge Frauen, als Mädchen in der Schule, gehen sie auf die Universität, besuchen diese Genderstudien-Kurse und man hat ihnen einen ganzen Haufen Lügen erzählt. Man hat ihnen gesagt, daß Kinder sich umbringen, wenn sie sich nicht umoperieren lassen und daß Pubertätsblocker reversibel sind und alles Mögliche.

Und das weckt ihr natürliches Mitgefühl, sie wollen helfen. Und dann sehen sie jemanden wie mich mit einem Schild, auf dem steht, daß Kinder nicht zu Pubertätsblockern einwilligen sollten, und sie sehen das als einen Angriff auf die Transgender-Gemeinschaft. Und eigentlich sind sie diejenigen, die das am meisten vorantreiben. Aber ich würde sie nicht als böse bezeichnen. Man hat sie nur getäuscht. Und wenn ich ihnen sage: Es gibt keine richtige Art und Weise, wie man Mädchen oder Junge ist; wir sollten diese Kinder nicht in eine stereotype Schublade stecken, stimmen sie mir zu. Das ist die beste Taktik, die man bei solchen Gesprächen mit feindseligen Menschen anwenden kann: etwas sagen, dem sie zustimmen. Das senkt die Temperatur.

Aber das Wichtigste ist, es verwirrt sie. Es erzeugt diesen Moment der kognitiven Dissonanz, in dem zwei konkurrierende Ideen in ihrem Kopf ablaufen. Ich dachte, dieser Typ wäre ein Fanatiker gegen Geschlechtsangleichung. So sind sie in dieses Gespräch gekommen. Jetzt haben Sie gerade etwas gesagt, dem sie nur zu 100 % zustimmen können. Ihnen ist nicht klar, daß sie Stereotypen in einem solchen Ausmaß fördern, daß sie Kindern sagen, sie sollten ihren Körper so verändern, daß er den Stereotypen des anderen Geschlechts entspricht. Wir brauchen also eine Aufklärungskampagne, und wir müssen diese Leute deprogrammieren, ganz ehrlich, denn sie sind wirklich an eine Sekte geraten.

Interviewer: Ich bewundere wirklich Ihre Strategie, wenn Sie in die Öffentlichkeit gehen, und zwar nicht nur wegen einer Sache, der wir beide zustimmen können. Aber, Sie haben solch

eine Fähigkeit, in ihrer Mitte zu bleiben. Ich meine, wenn ich Sie ansehe, wie groß sind Sie? Ungefähr 1,90 m? Sie sind eine ziemlich große Person.

Chris: Ich bin 1,98m, glaube ich.

Interviewer: Ja

Chris: Ich bin nicht klein, aber ich wehre mich nicht. Ich werde mich nicht wehren.

Interviewer: Genau, sie wehren sich nicht. Jetzt möchte ich Sie Folgendes fragen. Wir haben nur noch etwa fünf Minuten Zeit. Ich möchte auf zwei Dinge eingehen. Für jemanden, der durch Ihr Beispiel inspiriert und motiviert ist und das Gleiche tun möchte, und Sie sind der Experte auf diesem Gebiet, was für einen Rat würden Sie dieser Person geben? Ich denke, Gewaltlosigkeit ist einer Ihrer Ratschläge, aber vielleicht sonst etwas für jemanden, der in die Öffentlichkeit gehen und dabei ein beträchtliches Risiko eingehen will, aber den guten Kampf wie Sie kämpfen will?

Chris: Nun, man muß sich mit dem Thema auseinandersetzen, man muß mitfühlend darüber reden, es bringt nichts, wenn man bombastisch und aggressiv ist. Ich spreche niemanden an. Ich trage nur diese Schilder. Die Leute kommen auf mich zu. Ich führe Gespräche, und all diese Gespräche stelle ich online, und das hilft, andere Menschen aufzuklären. Aber Sie müssen sich damit auseinandersetzen. Und ich würde sagen, wenden Sie die sokratische Methode (Dialog, der zur Selbstreflexion eigener Normen und Vorurteile veranlaßt) an, wenn Sie mit Leuten sprechen, die etwas wütender sind, stellen Sie einfach Fragen. Man wird die Meinung einer wütenden Person auf der Straße nicht ändern.

Man muß sie zum Nachdenken bringen. Niemand tritt jemals aus einer Sekte aus, weil ihm jemand gesagt hat, daß er sich irrt. Sie treten aus, weil sie selbst angefangen haben, alles in Frage zu stellen und langsam die Antworten gefunden haben. Man muß sie also zum Nachdenken bringen. Stellen Sie ihnen also Fragen, um aufzudecken, daß an dieser Ideologie absolut nichts dran ist. Das Geniale an Matt Walsh's Film "What is a Woman?" (zu deutsch: Was ist eine Frau? – Dokumentarfilm 2022)

(Matt Walsh (geb. 1986) ist amerikanischer rechtsgerichteter politischer Kommentator, Aktivist und Autor) ist, daß er noch nicht einmal eine Meinung anbot.

Interviewer: Er hat nur Fragen gestellt.

Chris: Die Fragen der weltweit führenden Autoritäten in Sachen Frauen und Sexualität ... Er fragte diese Universitätsprofessoren: Was ist eine Frau? Und sie konnten nicht antworten. Das hat gezeigt, daß an dieser Ideologie nichts dran ist.

Für sie ist es ein Gefühl, Frau oder Mann zu sein. Sie versuchen, neu zu definieren, was es bedeutet, eine Frau oder ein Mann zu sein. Das wird ihnen nicht gelingen, weil wir instinktiv wissen, daß das falsch ist. Von Geburt an. Aber im Moment haben wir es mit einer massiven Sekte zu tun, vielleicht eine der größten in der Geschichte, die die westliche Welt übernommen hat, und wir müssen die Menschen einfach darüber aufklären, denn sie haben diese vier Buchstaben LGBT (Kurzform aller Geschlechter, die von zweigeschlechtlicher und heterosexueller Orientierung abweichen: Lesbian, Gay, Bisexual Transgender, zu deutsch: lesbisch, schwul, bisexuell und transgender)

benutzt, um Akzeptanz zu finden, weil sie versuchen, es mit LGB (britische Interessengruppe, die erklärt, daß Lesben am "Aussterben" bedroht sind) zu vergleichen, aber es hat nichts damit zu tun.

Interviewer: Ja. Nun, der allerletzte Punkt, den ich ansprechen möchte, und ich würde gerne Ihre Meinung zu einem Zitat hören, und hier geht es darum, sich zu outen und den Mut zu haben, etwas zu sagen. Ich möchte Ihnen ein Zitat von Theodore Dalrymple (Pseudonym von Anthony Daniels (1949), engl. Gefängnisarzt, Psychiater und gesellschaftskritischer Essayist und Schriftsteller mit konservativem Focus) geben, das er kürzlich schrieb. Er sagte: "Der Zweck der kommunistischen Propaganda" ... und das geht auf das zurück, was Sie zuvor sag-

ten. Sehen Sie, so ziemlich jeder, die große Mehrheit stimmt mir zu, wenn sie auf mich zu- kommt. Warum wird also etwas propagiert, bei dem die Mehrheit der Öffentlichkeit nicht umgestimmt werden kann? Und ich denke, eine Antwort darauf findet sich möglicherweise in diesem Zitat. Hier ist es:

"Der Zweck der kommunistischen Propaganda bestand nicht darin, zu überreden oder zu überzeugen, nicht zu informieren, sondern zu demütigen; und deshalb war es um so besser, je weniger sie der Realität entsprach." Und weiter: "Wenn Menschen gezwungen werden zu schweigen, wenn ihnen die offensichtlichsten Lügen erzählt werden, oder noch schlimmer, wenn sie gezwungen werden, die Lügen selbst zu wiederholen, verlieren sie ein für alle Mal ihren Sinn für Redlichkeit." Dies stammt von Douglas James Wilson (geb. 1953, konservativer reformierter und evangelikaler Theologe, Pastor und Autor von Schriften zur klassischen christlichen Erziehung).

Was denken Sie darüber?

Chris: Ja, das ist eine faszinierende Sache. Das hat so viel mit menschlicher Psychologie zu tun. Und ich glaube, die Leute an der Spitze wissen das. Sie wissen genau, was sie tun. Sie wissen, daß man eine ganze Kultur verändern kann, indem man sich an unsere Kinder herann- macht. Viele Diktatoren in der Geschichte haben natürlich genau das Gleiche versucht. Hitler, Mao, Stalin, Lenin, das ist nichts Neues. Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Die menschi- che Psychologie ändert sich nie. Und das geht auch auf die Theorie der großen Lügen zurück. Je größer die Lüge ist, die man erzählt, desto wahrscheinlicher ist es, daß einige Leute sie glauben, weil sie sie nicht begreifen können.

Und was sie getan haben, ist, daß sie dies mit dem LGB kombiniert haben, um Akzeptanz zu erlangen, und sie haben jeden zum Schweigen gebracht. Und Angst ist sehr mächtig, auch wenn jeder mit uns übereinstimmt, schweigen sie, weil sie den Haß nicht bekommen wollen. Man will die Haßartikel, die über mich geschrieben werden, nicht. Aber sehen Sie, wir haben die Wahrheit auf unserer Seite, und hier geht es nicht um Inflation oder Wirtschaftspolitik oder etwas Ähnliches. Hier geht es um die Schädigung unserer Kinder. Es gibt nichts, was im Leben von Eltern wichtiger ist als ihre Kinder.

Und wir lassen es zu, daß diese Ideologie daherkommt und sie verwirrt und ihnen schadet? Auf gar keinen Fall. Die Eltern wachen also auf. Wir werden weiterhin zig Millionen von ih- nen aufwecken, immer mehr. Wir werden diese lahmen Politiker aus dem Amt jagen und die Vernunft dieser Welt wiederherstellen, denn so etwas wie ein transsexuelles Kind, das gibt es nicht. Sie heißen Mädchen und Jungen, und da braucht es keine Medikamente oder Skalpelle.

Interviewer: Großartig, Chris. Nun, ich denke, wir sind am Ende angelangt. Es ist Samstag und wir sind so dankbar, daß Sie diese Zeit mit uns verbracht haben. Sicher unternehmen Sie jetzt etwas mit Ihren Mädchen. Oder nicht?

Chris: Ja, genau. Ich bringe sie jetzt zu ihrem Tauchunterricht. Ein ganz normaler, normaler Papatag als Taxifahrer.

Interviewer: Ein normaler Papa-Tag. Okay. Ich wünsche Ihnen einen schönen Samstag und danke vielmals für das Interview!

Chris: Ich danke Ihnen sehr.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Juli 2023: >>US-UFO-Hype: Das sind die Aussagen der Zeugen

Erstmals haben direkte hochrangige militärische UFO-Zeugen und UFO-Whistleblower vor einem Ausschuß des US-Kongresses im Rahmen einer öffentlichen Anhörung ausgesagt. ...

_ von *Grenzwissenschaft Aktuell*

Es war ein Szenario, das noch vor wenigen Jahren entweder schier unmöglich erschien oder wie aus einem Hollywood-Film anmuten mußte: Vor einem Ausschuß des US-Kongresses berichteten militärische UFO-Zeugen von Nahebeugungen mit unidentifizierten Flugobjekten,

deren technologischen und Manövrierfähigkeiten F-18-Kampffjets der US Navy ausspielen konnten, während ein hochrangiger Whistleblower aus US-Geheimdienstkreisen unter Eid attestierte, daß die USA seit Jahrzehnten abgestürzte Raumschiffe nicht-menschlicher Herkunft und deren Insassen geborgen und untersucht hat, sowie Augenzeugen und Whistleblower dieser Programme ebenfalls seit Jahrzehnten durch Repressalien und Gewaltandrohungen bis hin zu Morden versucht zu unterdrücken.

Doch tatsächlich handelte es sich eben nicht um einen Hollywood-Streifen, sondern um eine wirkliche Zeugenanhörung vor dem republikanischen "United States House Committee on Oversight and Accountability".

Kein Hollywood-Film, sondern die Realität

Vorweg bestätigte sich zunächst zwar die Vermutung einiger UFO-Forscher und Experten, daß die Inhalte der Aussagen der drei geladenen Zeugen David Grusch, Ryan Graves und David Fravor schon zuvor hinlänglich bekannt waren. Dennoch macht es einen bedeutenden Unterschied, daß nun alle diese Aussagen und Berichte nun teilweise erstmals öffentlich und unter geschworenem Eid vor einem Ausschuß des US-Kongresses getätigt und damit von den aussagenden Zeugen bestätigt wurden. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß es sich bei Meineid im juristischen Sinne um ein Verbrechen handelt, das strafbar ist und mit empfindlichen Geld- und Gefängnisstrafen geahndet werden kann.

Besonders bei den Aussagen des UFO-Whistleblowers David Grusch erwiesen sich die ihn immer noch bindenden Geheimnisverpflichtungen als Hindernis für weiterführende konkrete Aussagen, Ausführungen und Antworten auf viele der an ihn gerichteten Fragen. Obwohl Grusch die meisten dieser Fragen mit einem "darauf kann ich im Rahmen dieser öffentlichen Anhörung nicht antworten" erwiderte, stellte er jedoch zugleich in Aussicht, alle diese Fragen in einem geeigneten klassifizierten Rahmen ausführlich und teilweise unmittelbar nach der Anhörung zu beantworten. Auch das war ein Novum bisheriger UFO-Anhörungen vor dem US-Kongreß.

"UAPs in unserem Luftraum"

Über ihre persönlichen Hintergründe und Bezug zum UFO-UAP-Phänomen informierten die drei anwesenden Zeugen den Ausschuß in ihren Eingangserklärungen, die im Folgenden im vollen Umfang übersetzt wiedergegeben werden:

Die Aussage von Ryan Graves

"Mein Name ist Ryan 'Fobes' Graves. Ich bin ein ehemaliger F-18-Pilot mit zehnjähriger Erfahrung in der US-Navy, darunter auch zwei Auslandseinsätzen während "Operation Enduring Freedom" und "Operation Inherent Resolve". Ich habe UAP selbst erlebt und ich bin heute hier, um den Sorgen von mehr als 30 zivilen Flugzeugbesatzungsmitgliedern und militärischen Veteranen eine Stimme zu geben, die ähnliche Erlebnisse mit mir geteilt haben. Heute möchte ich drei kritische Angelegenheiten hervorheben, die unser Handeln erfordern.

1. Während wir hier zusammenkommen, befinden sich UAP in unserem Luftraum, aber sie werden mehrheitlich nicht gemeldet. Diese Sichtungen sind nicht selten oder vereinzelt, sondern Routine. Militärflugzeugbesatzungen und Berufspiloten und ausgebildete Beobachter, deren Leben von einer genauen Identifizierung abhängt, sind häufig Zeuge dieser Phänomene.
2. Das mit UAP verbundene Stigma ist real und stellt eine Herausforderung für die nationale Sicherheit dar. Es bringt Berufspiloten zum Schweigen, die berufliche Konsequenzen fürchten, es entmutigt Zeugen und wird durch die jüngsten Behauptungen der Regierung verschärft, die die Glaubwürdigkeit von Augenzeugen in Frage stellen.

"Teile der Regierung wissen mehr"

3. Teile unserer Regierung wissen mehr über UAP als sie zugeben. Der exzessive Klassifizierungsprozeß hält Teile dieser Informationen verdeckt. Seit 2021 sind alle UAP-Videos als "geheim" oder mehr klassifiziert. Dieses Maß an Geheimhaltung untergräbt nicht nur unser

Wissen, sondern befeuert zugleich Spekulationen und Mißtrauen.

2014 war ich als F-18-Pilot im Navy Fighter/Attack Squadron 11, den 'Red Rippers' auf der Naval Air Station Oceana in Virginia Beach stationiert. Nachdem sie aktualisiert wurden, begannen die Radarsysteme in unseren Jets unbekannte Objekte in unserem Luftraum zu detektieren. Zuerst dachten wir, daß es sich um Radarfehler handelt, doch schon bald konnten wir die Radardetektionen mit anderen multiplen Sensoren an Bord in Übereinstimmung bringen, darunter der Infrarotsysteme und schlußendlich auch mit visueller Identifikation.

Während einer Trainingsmission in der Gefahrenzone Whiskey-72, 10 Meilen vor der Küste von Virginia Beach, wurden zwei F-18-Super-Hornets durch ein UAP voneinander getrennt.

Das Objekt, das als schwarz-dunkelgrauer Würfel im Innern einer durchsichtigen Sphäre beschrieben wurde, näherte sich dem führenden Flugzeug auf 50 Fuß Distanz. Seine Größe wurde auf einen Durchmesser von 5 bis 15 Fuß geschätzt.

Der Missionskommandant beendete den Flug unmittelbar und kehrte zur Basis zurück. Unsere Einheit erstellte ein Sicherheitsbericht, aber es gab nie eine offizielle Anerkennung des Vorfalls und kein Mechanismus, die Sichtung zu melden. Schon bald nahm die Anzahl dieser Sichtungen derart zu, daß Besatzungsmitglieder das Risiko der Begegnung mit UAP in ihren regelmäßigen Flugbesprechungen miteinbezogen.

"Die Mehrheit der Zeugen sind Berufspiloten"

In Anerkennung des Handlungsbedarfs und von Antworten auf die vielen Fragen habe ich "Americans for Safe Aerospace" gegründet. Diese Organisation wurde seither zu einem sicheren Ort für UAP-Zeugen, die bisher aufgrund des Fehlens eines unausgesprochen sicheren Meldeeingangsvorgangs sich nicht öffentlich äußern wollten, weil sie Angst vor beruflichen Folgen haben, die aber ihre persönlichen Erfahrungen dem allgemeinen Datensatz hinzufügen möchten. Mehr als 30 Zeugen sind hervorgetreten und mehr als 5.000 Amerikaner haben sich unserem Kampf um Transparenz auf SafeAerospace.org angeschlossen.

Die Mehrheit dieser Zeugen sind Berufspiloten bei den großen Airlines. Oft handelt es sich um Veteranen mit jahrzehntelanger Flugerfahrung. Piloten melden UAP in Höhen von 40.000 Fuß, möglicherweise in einer niedrigen Erdumlaufbahn oder in der Grauzone unterhalb der sog. Karman-Linie. Dabei vollführen sie unerklärliche Manöver wie Rechtskurven, rückläufige Flugbahnen oder sog. J-Hooks. Manchmal kommt es wiederholt zu solchen Berichten mit aktuellen Sichtungen nördlich von Hawaii und im Nordatlantik.

Andere Veteranen treten auch mit Berichten über UAP-Begegnungen in unserem Luftraum und in unseren Ozeanen an uns heran. Die überzeugendsten Vorfälle beinhalten UAP, die von mehreren Zeugen und multipler Sensorik gesichtet und detektiert wurden. Ich glaube, diese Berichte kratzen aber nur an der Oberfläche und weitere Zeugen werden ihre Erfahrung teilen, wenn dies in sicherer Weise möglich ist.

Abschließend erkenne ich zwar die Skeptik an, der dieses Thema umgibt, doch wenn jeder mann die Sensor- und Videodaten sehen könnte, die ich gesehen habe, so würde sich unsere nationale Konversation darüber ändern. Ich dränge darauf, das Stigma zu beseitigen und die Sicherheitsfragen, die diese Angelegenheit betreffen, anzusprechen.

"Drängendes Problem der nationalen Sicherheit"

Wenn UAP ausländische Drohnen sind, so handelt es sich um ein drängendes Problem der nationalen Sicherheit. Wenn es sich um etwas anderes handelt, so ist es eine Angelegenheit für die Wissenschaft. So oder so, UAP sind Grund zur Sorge, wenn es um die Flugsicherheit geht. Die amerikanische Öffentlichkeit verdient es, zu wissen, was an unseren Himmeln vor sich geht. Das ist längst fällig. Vielen Dank."

Die Aussage von David Grusch

Nun zur Aussage des früheren Geheimdienstoffiziers David Grusch. Er äußerte:

"Mein Name ist David Charles Grusch. Ich war 14 Jahre lang Geheimdienstoffizier, sowohl in

der US Air Force (USAF) im aktiven Dienst wie auch in der Nationalgarde und Reserve im Rang eines Majors. Zuletzt war ich von 2021-2023 beim 'National Geospatial-Intelligence Agency' auf ziviler Ebene GS-15 tätig, was dem militärischen Rang eines Colonels entspricht. In meiner Funktion war ich Mitverantwortlicher für die Analyse von Unidentified Anomalous Phenomena (UAP) und Transmedium-Objekten sowie für die Berichterstattung an die 'UAP Task Force' (UAPTF) und später, nach deren Einrichtung, an das 'All-Domain Anomaly Resolution Office' (AARO).

Ich wurde zum Whistleblower, indem ich im Mai 2022 eine dringliche Beschwerde laut PPD-19 beim 'Intelligence Community Inspector General' (ICIG) einreicht hatte. Dies geschah aufgrund besorgniserregender Berichte von mehreren angesehenen und akkreditierten derzeitigen und ehemaligen Militär- und Geheimdienstmitarbeitern, wonach die US-Regierung im Hinblick auf UAPs im Geheimen agiert und sich der Aufsicht durch den Kongreß entzieht.

Meine Aussagen beruhen auf Informationen, die mir von Personen mit langjährigen und glaubwürdigen Historie von Loyalität und Dienstpflicht für dieses Land gegeben wurden - viele von ihnen teilten auch überzeugende Beweise in Form von Fotografien, offiziellen Dokumenten und klassifizierten mündlichen Aussagen. Ich habe während meiner Zeit bei der UAP Task Force über einen Zeitraum von 4 Jahren alle möglichen Schritte unternommen, um diese Beweise zu bestätigen und die Glaubwürdigkeit jener Personen zu überprüfen, die sie teilten. Es ist gerade wegen dieser Schritte, daß ich fest davon überzeugt bin, wie wichtig es ist, diese Informationen vor Ihnen zu präsentieren.

"Programm zur Bergung von UFO's"

Mein Antrieb ist die Verpflichtung zur Wahrheit und Transparenz, verwurzelt in unserer inhärenten Pflicht, die Verfassung der Vereinigten Staaten zu wahren und das amerikanische Volk zu schützen. Ich bitte den Kongress und unsere Regierung diesem Standard gerecht zu werden und diese Behauptungen gründlich zu untersuchen. Aber während ich hier unter Eid stehe, spreche ich nur über Fakten, wie sie mir mitgeteilt wurden.

In meiner Rolle als Reservist beim 'National Reconnaissance Office' (NRO) der USAF war ich von 2019 bis 2021 Mitglied der UAPTF. Ich arbeitete im NRO Operations Center im Stab des Direktors, was die Koordination des präsidialen Tagesberichts (PDB) und die Unterstützung von Notfallmaßnahmen einschloß.

2019 wurde ich vom Leiter der UAPTF beauftragt, alle "Special Access Programs & Controlled Access Programs" (SAPs/CAPs) zu identifizieren, die wir zur Erfüllung unserer gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben benötigten. Aufgrund meiner umfassenden Unterstützung im Bereich der Geheimdienstarbeit auf Führungsebene hatte ich damals Zugang zu nahezu allen relevanten Bereichen und befand mich in einer Position von großem Vertrauen sowohl in meiner militärischen als auch in meiner zivilen Funktion.

Im Zuge meiner offiziellen Pflichten erfuhr ich von einem mehrere Jahrzehnte andauernden Programm zur Bergung, Untersuchungen und Rückentwicklung von UAPs, auf das mir der Zugang zu weiteren Informationen verweigert wurde. Basierend auf den gesammelten Daten entschied ich mich, diese Informationen meinen Vorgesetzten und mehreren Inspektoren Generals zu melden und wurde damit praktisch zu einem Whistleblower.

Wie Sie wissen, habe ich aufgrund dieser meiner Entscheidung Repressionen erfahren. Aber ich bin zuversichtlich, daß meine Handlungen letztendlich zu einem positiven Ergebnis in Form einer erhöhten Transparenz führen werden.

Vielen Dank. Ich freue mich, ihre Fragen zu beantworten."

Die Aussagen von David Fravor

Mein Name ist David Fravor, und ich bin ein pensionierter Kommandant der US Navy. Im November 2004 war ich der kommandierende Offizier der 'Strike Fighter Squadron Forty-One', der weltberühmten 'Black Aces'. Wir waren der 'Carrier Airwing Eleven' angegliedert

und auf der USS Nimitz (CVN-68) stationiert. Zu dieser Zeit befanden wir uns in der Vorbereitungsphase für unseren Einsatz im Persischen Golf zur Unterstützung der Bodentruppen im Irak. Diese Einsatzperiode sollte von Anfang November bis Ende Dezember dauern, in der wir uns mit anderen Einheiten der Kampfgruppe zusammenschlossen und unsere Fähigkeiten trainierten, auf die wir während unseres Einsatzes angewiesen sein würden.

Etwa zwei Wochen waren wir bereits auf See, als ich eine 2-gegen-2-Luftkampf-Trainingsübung leiten sollte. Mein Flugzeugverband, bestehend aus 2 F/A-18F, wurde als Blue Air geführt und wir wurden von der USS Princeton, CG-59, kontrolliert. Denken Sie daran, daß die F/A-18F-Zweisitzer sind, mit dem Piloten vorne und dem Waffenoffizier (Weapons System Officer - WSO) hinten. Die Red Air wurde von unserer Marine F/A-18-Staffel VMFA-232 geflogen.

Nach dem Start von der USS Nimitz meldeten wir uns beim Luftkontrolleur auf der USS Princeton, der uns mitteilte, daß das Training ausgesetzt werden würde und echte Aufgaben anstehen. Mein Wingman schloß sich an, und wir flogen zu einem Kontakt westlich unseres CAP-(Combat Air Patrol)-Punktes. Der CAP-Punkt war der Punkt, an dem wir vor unseren Übungsflügen aufhalten würden, etwa 40 Meilen südlich des Schiffes.

"Merkwürdige Objekte im Luftraum"

Als wir uns dem Kontakt bei 20.000 Fuß näherten, wurde uns von der Luftkontrolle auf dem Schiff mitgeteilt, daß sie da diese Objekte seit den letzten 2 Wochen auf ihrem Aegis-Kampfsystem beobachtet hatten. Sie waren von über 80.000 Fuß herabgestiegen, kamen schnell auf 20.000 Fuß herunter, blieben stundenlang dort und stiegen dann sofort wieder auf.

Als wir bei etwa 20.000 Fuß ankamen, rief der Kontrolleur "Merge Plot", was bedeutet, daß unser Radarkontakt jetzt in der gleichen Radarauflösungszelle wie der Kontakt war.

Wir bemerkten weißes Wasser zu unserer rechten Seite. Das Wetter an diesem Tag war nahezu perfekt - klare Sicht, leichte Winde, ruhige See, so daß dieses weiße Wasser im weiten blauen Ozean deutlich sichtbar war. Als wir alle vier nach unten schauten, sahen wir ein kleines, weißes Tic-Tac-förmiges Objekt mit der Längsachse nach Norden/Süden, das sich sehr abrupt über dem weißen Wasser bewegte. Es hatte keine Rotoren, keinen Rotorabwind oder sichtbare Steuerflächen wie Flügel.

Wir begannen eine Rechtskurve, um das Objekt zu beobachten. Mein WSO und ich beschloßen, näher heranzugehen, und das andere Flugzeug blieb in hoher Position, um sowohl uns als auch das Tic-Tac zu beobachten. Wir flogen etwa 90 Grad im Kreis, als das Objekt plötzlich seine Längsachse änderte, sich mit meinem Flugzeug ausrichtete und in einer Rechtskurve zu steigen begann. Wir fuhren weitere 270 Grad nach unten, bevor wir mit der Nase nach unten gingen, um direkt auf das Objekt zuzusteuern. Unsere Höhe betrug zu diesem Zeitpunkt etwa 15.000 Fuß, und das Tic-Tac befand sich etwa 12.000 Fuß hoch.

"Gravierender Vorfall wurde nie untersucht"

Als wir mit der Nase etwa eine halbe Meile von dem Objekt entfernt waren und es sich links von uns befand, beschleunigte es plötzlich und verschwand direkt vor unserem Flugzeug. Unser Wingman, etwa 8.000 Fuß über uns, verlor ebenfalls die Sicht. Wir drehten uns sofort um, um das weiße Wasser zu untersuchen, aber auch das war verschwunden. Als wir uns wieder in Richtung unseres CAP-Punktes etwa 60 Meilen östlich drehten, teilte uns der Luftkontrolleur mit, daß das Objekt auf dem Aegis SPY 1-Radar der Princeton an unserem CAP-Punkt wieder aufgetaucht war.

Dieses Tic-Tac-Objekt war in sehr kurzer Zeit 60 Meilen zurückgelegt, meiner nagelneuen F/A-18F in Fragen der Leistungsfähigkeit weit überlegen und es folgte keinem der bekannten aerodynamischen Prinzipien, die wir für Objekte in unserer Atmosphäre erwarten würden.

Wir kehrten zur Nimitz zurück und erzählten einer meiner Besatzungen, die sich auf den Start vorbereitete, was wir beobachtet hatten. Es war diese Crew, die das berühmt gewordene, etwa

90 Sekunden lange Video filmen konnte, das 2017 von der US-Regierung veröffentlicht wurde. Was nicht zu sehen ist, ist das Radarband, das die Störung des APG-73-Radars im Flugzeug zeigt, aber auf dem Video der Zielbeleuchtung ist zu sehen, daß das Objekt keine Infrarot-Abgasfahne, wie man sie von einem normalen Antriebssystem erwarten würden, abgibt.

Was mich schockierte, war, daß der Vorfall nie untersucht wurde. Keiner meiner Crew wurde je befragt, keine Aufnahmen wurden gemacht, und nach ein paar Tagen wurde die Geschichte zu einer unterhaltsamen Erzählung unter Freunden.

Erst im Jahr 2009 kontaktierte mich Jay Stratton, um zu untersuchen, was wir beobachtet hatten. Uns nicht bekannt war, daß Jay Teil des ATIP (Anomalous Threat Identification Program) unter der Leitung von Lue Elizondo im DOD war. Ich beziehe mich auf den Bericht als den "Unofficial Official Report", der jetzt im Internet verfügbar ist.

Jahre später wurde ich von Alex Dietrich kontaktiert, der anderen Pilotin in meinem Flugzeugverband, die fragte, ob ich nach 2009 noch einmal wegen des Vorfalls kontaktiert wurde. Ich war inzwischen in den Ruhestand getreten, und meine Antwort war nein, aber ich sagte ihr, daß ich gerne mit ihnen sprechen würde, wenn sie darüber reden möchten. Alex sagte, daß sie mehrmals ins Pentagon eingeladen worden war, um über das Ereignis zu sprechen und weitere Videos von UAPs (Unidentified Aerial Phenomena) anzusehen.

"Das Stigma wurde beseitigt"

Kurz nachdem ich 2016 mit Alex gesprochen hatte, kontaktierte mich Herr Elizondo. Wir unterhielten uns kurz, und mir wurde mitgeteilt, daß er wieder auf mich zukommen würde. In den folgenden Wochen wurde mir bewußt, daß Lue das Pentagon aus Protest verlassen hatte und sich mit Tom DeLonge, Chris Mellon, Steve Justice und anderen zusammengeschlossen hatte, um die To The Stars Academy zu gründen.

Diese Organisation drängte führende Experten der Industrie und US-Regierungsbeamte dazu, mit Leslie Keane, Ralph Blumenthal und Helene Cooper zusammenzuarbeiten, um im Dezember 2017 Artikel in der New York Times zu veröffentlichen, in denen die US-Regierung zugab, UAPs zu untersuchen. Dadurch wurde das Stigma des Themas UFO beseitigt, was zu der Situation führte, in der wir uns heute befinden.

Diese Artikel öffneten eine Tür für die Regierung und die Öffentlichkeit, die nun nicht mehr geschlossen werden kann. Er hat das Interesse unserer gewählten Vertreter geweckt, die nicht an "kleine grüne Männchen" denken, sondern daran, herauszufinden, um welche Art von Flugobjekten es sich handelt, woher sie kommen, welche Technologie sie besitzen und wie sie funktionieren. Es führte auch zur Einführung des "Whistleblower Protection Act" im jüngsten NDAA (National Defense Authorization Act), der uns heute hierher gebracht hat.

Es kommen mehrere Zeugen vor, die behaupten, daß sie über Wissen aus erster Hand verfügen, das Herr Grusch wahrscheinlich bereits diskutiert hat oder diskutieren wird. Was mich beunruhigt, ist, daß es keine "Überwachung" unserer gewählten Vertreter in Bezug auf irgend etwas gibt, das mit der Existenz oder Arbeit der Regierung im Zusammenhang mit Flugobjekten zu tun hat, die wir für nicht von dieser Welt halten.

Es geht nicht darum, eine vollständige öffentliche Offenlegung zu fordern, die die nationale Sicherheit gefährden könnte, sondern darum sicherzustellen, daß unser System der Überprüfung und Ausgleich (Checks and Balances) für jegliche Tätigkeiten in unserer Regierung, die mit Steuergeldern finanziert werden, funktioniert.

Abschließend möchte ich sagen, daß das Tic-Tac-Objekt, mit dem wir es im November 2004 zu tun hatten, allem weit überlegen war und ist, was wir damals hatten, heute haben oder in den nächsten 10+ Jahren entwickeln werden. Wenn wir tatsächlich Programme haben, die diese Technologie besitzen, müssen sie von denjenigen, die die Bürger dieses großartigen Landes gewählt haben, um das Beste für die Vereinigten Staaten und im Interesse seiner Bürger zu vertreten, überwacht werden.

Ich danke Ihnen für diese Gelegenheit, heute mit Ihnen zu sprechen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juli 2023: >>**Habeck fordert: "Wohlstand" neu definieren**

Von *Karel Meissner*

Der IWF bestätigt: Deutschland verharrt in einer Rezession. Und was will Wirtschaftsminister Robert Habeck dagegen tun? - Er fordert eine Neudefinition von Wohlstand ...

Geschafft! Jetzt ist es vom Internationalem Währungsfonds (IWF) bestätigt: Wieder einmal ist Deutschland das Schlußlicht: Während der Wachstumsquotient global bei 2,8 Prozent liege, verharre Deutschland weiter in Rezession. Dabei werde die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr auf Minus 0.3 Prozent geschätzt. Von 2000 befragten Betrieben rechnen 34 Prozent mit Senkung ihrer Produktion, nur 27 Prozent hoffen auf Steigerung.

Clemens Fuest, Präsident des Münchener Ifo-Instituts, konstatiert: "Die Lage der deutschen Wirtschaft verdüstert sich". Klaus Wohlrabe, der für das Ifo-Institut 9.000 Manager befragte, erläutert. Zwar könnten Unternehmen "die bestehenden Aufträge besser abarbeiten, weil die Lieferengpässe kontinuierlich zurückgehen. Aber es kommen weniger neue Aufträge nach."

Man erinnere sich: vor knapp 20 Jahren galt Deutschland schon einmal als ökonomisches "Schlußlicht", als "kranker Mann" Europas. Und wie wurde das Problem "gelöst"? Indem der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Arbeitnehmer durch Hartz-Gesetze in den Billiglohnsektor zwang. Eine Ausbeutungspolitik, die Deutschland wieder "konkurrenzfähig" machen sollte. Auf Kosten der Unterschicht.

Und wie reagiert die Ampel jetzt auf die - von ihr mitverschuldete - Wirtschaftsmisere? Auf wessen Kosten will man das Malheur diesmal "beheben"? Vor allem Grünen packen dazu ihr gesamtes Zynismus-Potential aus. So fordert der Grünen-Abgeordnete Johannes Wagner weitere Einschränkung zugunsten linksgrüner Ideologie:

"Wir (!) können noch so viel geben. Und haben auch eine moralische Verpflichtung dazu."

Es sei ja sooooo schade, daß viele Menschen nicht einsähen, "was für einen unglaublichen Wohlstand wir (!) in Deutschland haben" - Wir? Verwechselt da jemand die Lebenssituation der Bürger mit dem eigenen, unverdient hohen Luxusstandard? Es ist ein Unterschied, ob man jeden Monat 10.000 Euro Diäten einfährt oder mit 800 im Monat auskommen muß.

Kinderbuchautor und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist da realistischer.

Bei einer Grünen-Veranstaltung (Flensburg) im August 2022 sagte er:

"Aber ganz klar und sicherlich für die Kommunalwahl das Thema wird sein, daß Menschen im nächsten halben Jahr Einkommen oder Wohlstand oder Geld verloren haben."

Aber Habeck weiß auch ein Gegenmittel: Neue Kindermärchen müssen her. So wie die Mainstream-Presse vor 20 Jahren die Einführung der Hartz-Gesetze durch Forderung nach einer "Neudefinition" von sozialer Gerechtigkeit "verteidigte", so möchte der grüne Wirtschaftsminister jetzt ein neues Verständnis von Wohlstand erreichen:

"Mehr soziale und ökologische Faktoren: Habeck will Wohlstand neu vermessen. Das Wirtschaftsministerium sucht nach Wegen, Wohlstand jenseits der Wachstumszahlen zu definieren. Bevölkerung, Wissenschaft und Wirtschaft sind zur Teilnahme aufgerufen."

- schreibt der Tagesspiegel im gehorsamen Ton. Man darf gespannt sein, was für tolle "Neudefinitionen" da rauskommen. Eine wie vom BMWK-Staatssekretär Sven Giegold (Grüne) vielleicht? Der bemängelte nämlich:

"Das Bruttoinlandsprodukt zeigt nur die ökonomische Leistung."

Dabei beinhalte "Wohlstand" doch weitere Facetten wie den Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit. Soll das heißen: Auch wenn es Pleiten hagelt, ein paar zusätzliche Windräder wiegen das auf?

Die einzigen, die solche Nachrichten mit Befriedigung lesen dürften, sind die WEF-Ideologen. "Ihr werdet arm, aber glücklich sein" wird in Deutschland 2023 zur Realität. Natürlich nur die

erste Hälfte des Satzes.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juli 2023: >>**Maximilian Krah: Das denkt der Europa-Chef der AfD**

Von *Sven Reuth*

Maximilian Krah ist heute auf dem Magdeburger Parteitag zum AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl gewählt worden. Doch was denkt der Politiker der patriotischen Partei? Wer wissen will, in welche Richtung die AfD marschiert, kommt an "Politik von rechts" - so der Titel des neuen Buches von Krah - nicht vorbei.

Zitate von Maximilian Krah aus dem COMPACT-TV-Livestream zum Europawahl-Parteitag der AfD in Magdeburg:

"Jeder weiß, daß ich russophil bin. Jeder weiß, daß ich gegen jede Sanktion stimme in Brüssel. Jeder weiß, daß ich Rußland für einen geeigneten Partner halte - aber auf Augenhöhe."

"Aus der heutigen EU kommt nur Schlechtes: Das Verbrennerverbot, der Zwang zur Wärmepumpe, die Zensur des Internets, die Sanktionspolitik gegen die ganze Welt, die Unterstützung des Kriegs in der Ukraine, der ganze Gender-Wahnsinn, Klima. Das ist Brüssel. Unser Programm ist das genaue Gegenteil. Unser Programm ist Wohlstand, Familie, Volk und Frieden."

"Wir werden disruptive und wir werden evolutionäre Lösungen haben. Die Generaldirektion für das Zollwesen und den Außenhandel, die wird man wahrscheinlich nicht sprengen, und da wird man halt sagen, die Verträge bleiben bestehen und die Institutionen werden auch bestehen bleiben. Aber jetzt ein Kommissariat für Genderfragen oder für den Klimaschutz, das wird man auflösen müssen."

Zitate von Maximilian Krah aus seinem neuen Buch "Politik von rechts - ein Manifest":

"In den sich verschärfenden Verteilungskämpfen hat der Einzelne nur eine Chance als Teil einer Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft ist nur stabil, wenn sie auf innerer Gemeinsamkeit aufbaut. Gemeinsamkeit im Denken, Fühlen, Wissen, in der Verortung und Verwurzelung."

"Die woke Gegenwartslinke mag zwar ideologisch auch an die Veränderbarkeit von allem und allen glauben und damit an sich dem Machbarkeitsideal des Ingenieurs nahekomen; indes, in der Praxis beweist sie eine schier unendliche Technik- und Forschungsfeindlichkeit. Kaum eine Technologie, die sie nicht skeptisch sieht, deren Risiken sie nicht betont und für die sie Verbote plant."

"Politisch Rechte und marxistisch gebliebene Linke sehen sich dieser radikalisierten liberalen Mitte plötzlich gemeinsam gegenüber - wie man in Deutschland an Sahra Wagenknecht erkennen kann. Konservative, die nicht über die im Kalten Krieg verinnerlichten Denkschablonen hinauskommen, wollen das aber nicht erkennen."

Patriotisches Manifest: Der Jurist und Europa-Abgeordnete Maximilian Krah belegt mit seinem Buch "Politik von rechts", daß die AfD sehr wohl zu allen wesentlichen Politikfeldern Position beziehen und eine Alternative bieten kann. Mit seinem Manifest legt Krah eine weltanschaulich fundierte Grundlagenschrift vor, die den Linkoliberalismus scharf attackiert. Der Autor unterstreicht mit "Politik von rechts" seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juli 2023: >>**Refugium: Wo wir die kommende Katastrophe überleben**

Von *Sven Reuth*

Eine Armee aus dem Osten, die Deutschland überrollt und eine dreitägige Finsternis, die viele Menschen nicht überleben. Wo findet man in einem solchen Szenario noch einen sicheren Ort?

Es ist hochgradig erschreckend, was Alois Irlmaier und andere Seher für das weitere Schicksal Mitteleuropas prophezeit haben. So soll es in Deutschland zu einer schweren Wirtschaftskrise kommen, die von hoher Inflation begleitet wird. Dieses Szenario ist mittlerweile schon einge-

troffen. Daraufhin soll es in Deutschland zu Unruhen kommen.

Massensterben und große Finsternis

In Italien soll die Lage sogar noch schlimmer eskalieren. Ein Bürgerkrieg bricht aus und der Papst ist gezwungen, aus dem Vatikan zu fliehen. Ein Friedensschluß scheint nahe zu sein, doch dann lösen mehrere Attentate auf bedeutende politische Führer einen großen Krieg im Nahen Osten aus. Im Mittelmeer stehen sich große Flottenverbände gegenüber und russische Truppen dringen bis nach Deutschland vor. Tief im Westen - vermutlich in Nordrhein-Westfalen - soll eine Entscheidungsschlacht stattfinden.

Das alles ist wiederum der Auftakt zu fürchterlichen Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, Sturmfluten und Vulkanausbrüchen, die schließlich in einer dreitägigen Finsternis kulminieren. Diese fordert erneut zahlreiche Menschenleben, da die Luft während dieser Finsternis mit einem Giftstoff verunreinigt ist - so sagen es zumindest verschiedene Seher voraus.

Dennoch soll es während dieses Infernos auch einige sichere Gebiete geben, die von dem Krieg verschont bleiben und in denen die Überlebenschancen weitaus höher ist als in anderen Regionen. Der Prophezeiungsforscher Stephan Berndt hat sich intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und die Gebiete recherchiert, in denen man - falls die von den Sehern prophezeiten Ereignisse eintreten - eine große Katastrophe voraussichtlich überstehen kann.

Die Monarchie kehrt zurück

Wenn man den vielen Prophezeiungen Glauben schenken darf, dann dürfte den Überlebenden eine schöne Zeit bevorstehen. Fundamentale gesellschaftliche und politische Änderungen führen zu einer konservativen Wende größten Ausmaßes. So äußerte Alois Irlmaier, der vielleicht bekannteste deutsche Seher des 20. Jahrhunderts, in einem am 12. April 1950 in der Landshuter Zeitung abgedruckten Interview:

"Bayern, Österreich und Ungarn werden eine Donaumonarchie."

Nach anderen Prophezeiungen krönt der Papst im Kölner Dom einen deutschen Monarchen. Alles nur Spinnerei? Es ist jedenfalls durchaus bemerkenswert, daß viele Seher unabhängig voneinander ein solches Geschehen prognostizierten. Mit gewohnter Souveränität fächert Stephan Berndt auch in diesem Buch die verschiedenen Vorhersagen vor dem Leser auf, der sich nun selbst ein Urteil machen kann.

"Aufbau von Ouvertüren"

Das Buch Refugium enthält außerdem Karten und Übersichtstabellen zu den von den Sehern vorhergesagten sicheren Gebieten. In einer Online-Rezension verglich ein Leser die Bücher Berndts mit dem "Aufbau von Ouvertüren" eines Gioacchino Rossini, "in welchen Motive und Themen stetig in Variationen gekonnt erweitert und dem Zuhörer vertraut gemacht werden."

Ein schöneres Lob ist wohl kaum denkbar. Auch das Buch Refugium von Stephan Berndt öffnet jedenfalls ganz neue Perspektiven - sofern man denn dazu bereit ist, sich auf das Thema der Visionen und Prophezeiungen einzulassen, das dahintersteht. In Zeiten, in denen die Zukunft unsicherer denn je ist, kann es jedenfalls nicht schaden, sich über dieselbe Gedanken zu machen.

Dieses Buch faßt die Aussagen der bekannten europäischen Hellseher zu den unterschiedlichen Gebieten in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Europa für die prophezeiten Szenarien zusammen, vergleicht und analysiert sie, und stellt die Ergebnisse in rund zwanzig detaillierten Landkarten dar.

In den jeweiligen Karten werden die einzelnen Kriegsvoraussagen berücksichtigt, ebenso wie die Voraussagen zu Überflutungen, zur dreitägigen Finsternis und teilweise auch zu den bürgerkriegsähnlichen Unruhen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26670" berichtet am 29. Juli

2023 (x1.319/...): >>WHO und UNO - Pädofinger weg von Kindern

Jeder gesunde Mensch weiß, daß wahre Liebe Kinder schützt. Ganz besonders bewahrt sie Kinder vor sexuellen Übergriffen und vor Verunstaltung. Was jedoch WHO und UNO mit ihren neuen Richtlinien zum Thema Sexualität als "Freiheit für Kinder" propagieren, ist schlichtweg Grundlage für abscheuliche Persönlichkeitszerstörung auf allen Ebenen. Es ist Zeit, die Augen zu öffnen und zu erkennen, wie mit menschenverachtender Macht pädophile Kreise nach unseren Kindern greifen ...

Derzeit wird nichts mit solchem Nachdruck verfolgt wie die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren berüchtigten "Nachhaltigkeitszielen".

Dieses weltweite Projekt zielt darauf ab, jeden Aspekt bisheriger menschlicher Lebensgrundlagen vollständig zu verändern: Ernährung, Sexualität, Familie, Arbeit, Finanzen, Gesundheit, Bildung, einfach alles! Mit volksverführerischen Argumenten soll Armut, Hunger, Ungleichheit, Krankheit und anderen schlimmen Dingen ein Ende gesetzt werden. Doch dürfen wir uns auf diese wohlklingenden Vorhaben nicht verlassen!

Ein ehemaliger Top UN-Beamter, der zwei Jahrzehnte für die UNO tätig war, warnt davor, daß die UNO von kriminellen Personen kontrolliert wird, die die UNO benutzen, um sich zu bereichern und die Menschheit zu versklaven. (www.kla.tv/UNO/25365)

Beleuchten wir die Pläne von UNO und WHO insbesondere zum Thema Sexualität, sind die neuen Richtlinien, die gerade an alle Völker herausgegeben werden, mehr als nur besorgniserregend.

Europaabgeordneter Marcel de Graaff aus den Niederlanden findet klare Worte dafür:

"Mit Menschen in Organisationen, Regierungen und internationalen Institutionen stimmt etwas grundlegend nicht, wenn sie die Legalisierung, die Akzeptanz von Sex mit Kindern verfolgen, wenn sie Sex mit Kindern sogar mit Millionen von Zuschüssen fördern oder die Sexualisierung von Kindern erzwingen wollen."

Seiner Aussage nach subventioniert auch die EU mit Millionenbeträgen Auftritte von Transvestiten und Transgendern in Kindergärten. Zugleich hat die UNO ein Dokument veröffentlicht, was Sex mit Kindern einerseits legalisieren will und andererseits Kindern durch das Selbstbestimmungsgesetz erlauben soll, ihre Genitalien zu entfernen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Vereinten Nationen (UN) weisen alle Kindergärten und Grundschulen weltweit an, Kleinkindern Masturbation beizubringen.

Sie raten Kindern, Pornographie zu benutzen und verteilen Plakate an Schulen, die Kinder zu homosexuellen Handlungen mit ihren Klassenkameraden ermutigen. In empfohlenen Büchern werden kleine Kinder über Oralsex aufgeklärt. Dies sind die einleitenden Worte eines sehr umfangreichen Reports der Internet-Plattform Stop World Control (www.stopworldcontrol.com/children/) mit dem Titel: ... "Kinder sollten Sexpartner haben – Die UN-Agenda zur Normalisierung von Pädophilie". In diesem Bericht werden, wie von Kla.TV nachfolgend stark zusammengefaßt, schlüssige Beweise dafür geliefert, wie zuvor genannte Programme Teil einer internationalen Operation sind, um Pädophilie zu normalisieren.

Das von der WHO veröffentlichte Dokument "Standards for Sexuality Education in Europe" enthält folgende Anweisungen für Kindergärten und Grundschulen:

Kinder zwischen 0 und 4 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und ein Interesse an ihrem eigenen Körper und dem der anderen entwickeln.

Kinder zwischen 4 und 6 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und dazu ermutigt werden, ihre sexuellen Bedürfnisse und Wünsche zu äußern.

Kinder zwischen 6 und 9 Jahren müssen über Geschlechtsverkehr, Online-Pornographie, heimliche Liebe und Selbststimulation aufgeklärt werden.

Kinder zwischen 9 und 12 Jahren sollten ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen und lernen, Online-Pornographie zu nutzen.

Die WHO weist Lehrerinnen und Lehrer weltweit an, 9-jährigen Kindern zu erklären, wie sie zum ersten Mal Geschlechtsverkehr haben, wie sie mit Hilfe des Internets und der Mobiltelefone Sex erleben und verschiedene Sexualtechniken erlernen können.

Verehrte Zuschauer, Sie haben richtig gehört! Tatsächlich handelt es sich hier um Kinder, die gerade einmal gelernt haben ihre Schuhe selbstständig zu binden oder immer noch mit ihrer Puppenküche spielen.

In einem nächsten Dokument, das von den Vereinten Nationen herausgegeben wird, lautet der Titel "International Technical Guidance on Sexuality Education".

Es ist der offizielle Leitfaden für Grundschulen in aller Welt. Das Ziel dieses Dokuments wird auf Seite 16 beschrieben: Es zielt darauf ab, kleine Kinder zu befähigen, sexuelle Beziehungen einzugehen. Auf Seite 17 des Dokumentes erklären die Vereinten Nationen, daß dieser Leitfaden kleinen Kindern helfen soll, Beziehungen zu romantischen oder sexuellen Partnern aufzubauen. Auf Seite 71 desselben Dokuments werden die Lehrer angewiesen, kleine Kinder ab 5 Jahren über Küssen, Umarmen, Berühren und sexuelle Verhaltensweisen zu unterrichten. 9-jährige Kinder sollten über Selbstbefriedigung, sexuelle Anziehung und sexuelle Stimulation unterrichtet werden.

Die Rutgers Foundation ist das niederländische Zentrum für Sexualität und ähnlich wie das bekannte Planned Parenthood. Sie agieren in 27 Ländern der Welt, um Sexualaufklärung zu betreiben, Zugang zu Verhütungsmitteln zu sichern und Abtreibungsdienste anzubieten. Sie sind zudem Partner der WHO.

Rutgers hat ein Video herausgebracht, welches Teil eines europäischen Schulprogramms ist. Es zeigt, wie kleine Kinder zur Selbstbefriedigung ermutigt werden.

Geplant ist, dieses Video weltweit in die Lehrpläne aufzunehmen.

In den Niederlanden werden WHO- und UN-Richtlinien von Rutgers bereits umgesetzt. Nachfolgende Informationen zeigen, daß Rutgers immer an der Spitze der weltweiten Pädophilie-Bewegung gestanden hat:

Rutgers veröffentlichte einen Bericht des bekannten Pädophilen Theo Sandfort

Sie arbeiteten mit der Frits Bernard Foundation (klinischer Psychologe, Sexologe, schwuler und pädophiler Aktivist in den Niederlanden, führendes Mitglied und Autor der Niederländischen Gesellschaft für Sexualreform, Gründer erster kämpferischer Pädophilenbewegung) zusammen, die eine umfangreiche Sammlung von Kinderpornographie besaß. Rutgers unterzeichnete weiter eine Petition für die Legalisierung von Sex mit Kindern. Sie veröffentlichten eine Zeitschrift, in der ein 6-Jähriger masturbierte, ein 9-Jähriger Pornos ansah und ein 5-Jähriger Oralsex hatte.

Rutgers weist des Weiteren Lehrer an, dafür zu sorgen, daß Kinder so früh wie möglich mit Sexpraktiken beginnen. Von Rutgers wird ein Kinderbuch empfohlen, das kleine Kinder zum Oralsex ermutigt. In Rutgers' Lehrplan für Grundschulen heißt es, daß kleine Kinder alles über Lust, körperliche Erregung und Intimität wissen sollten. Unterdessen wird Schulmaterial für 10-jährige Kinder veröffentlicht, das eindeutig als pornographisch eingestuft werden muß.

Die derzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrats von Rutgers ist die ehemalige Politikerin Andrée van Es von den Grünen Linken und der PSP, einer Partei, die sich ebenfalls für die Legalisierung von Pädophilie einsetzte.

Unwiderlegbar werden im Stop World Control-Report detailliert Informationen zusammengetragen, die bestätigen, daß Rutgers nichts anderem als der Agenda der Pädophilie und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft dient.

Es ist alarmierend, und darüber müßten alle Eltern der Welt Bescheid wissen, daß diese explizit pädophile Organisation von der WHO und UNO dazu auserkoren wurde, ihre Agenda für die Sexualisierung von kleinen Kindern in öffentlichen Schulen von 27 Nationen umzusetzen. Nun fragt man sich, warum Regierungen und Finanzeliten darauf bestehen, kleine Kinder in

jeder Nation der Welt zu sexualisieren? Die unmittelbare Folge der gegenwärtigen Sexualerziehung ist, so der Stop World Control-Report, daß Kinder in sehr jungem Alter geistig so gesteuert werden sollen, daß sie zu Räubern oder Opfern werden – oder zu beidem.

Durch die Agenda werden sie einer Gehirnwäsche unterzogen, die sie dazu bringt, ihre Freunde und Klassenkameraden als Lustobjekte zu betrachten. Ihr Verständnis von "Liebe" wird schwer pervertiert, und sie werden kaum in der Lage sein, eine gesunde, sichere, blühende und glückliche Familie zu gründen.

Wenn wir verstehen, daß die Wurzeln von Rutgers und ihren Verbündeten auch in der Eugenik liegen, wissen wir, warum sie dies vorantreiben:

Durch die Zerstörung der natürlichen Familie wird sich in einem Wisch auch die Weltbevölkerung tatsächlich reduzieren!

Nebenbei bemerkt ist einer der WHO Top-Finanziers niemand Anderes als Bill Gates, über dessen Verflechtungen und Vergehen Kla.TV bereits mehr als ausführlich berichtet hat. Er ist ein Anderer als in gekauften Mainstreammedien dargestellt. Kein Philanthrop, sondern stark befürwortender Eugeniker. Und wie man zusätzlichem Bildmaterial von Stop World Control entnehmen kann, pflegte Gates ebenso Verbindungen zum verurteilten Kinderschänder und Pädophilen-Ring-Betreiber Jeffrey Epstein. Deshalb dürften derlei Entwicklungen nur noch Entsetzen hervorrufen!

Stop World Control beendet den umfangreichen Report mit folgenden abschließenden Worten:

Liebe ist kein sexuelles Raubtier, das sich an Kindern vergreift und sie für seine oder ihre eigene Befriedigung mißbraucht. Ein Kind zu lieben bedeutet, es zu schützen und nicht, es zu manipulieren, damit es in eine Vergewaltigung "einwilligt".

De Graaff formuliert es so: "Hier geht es nicht darum, ein Kind zu erziehen oder zu unterrichten. Für diese Erwachsenen, die Sexualität und Sex mit Kindern betreiben, ist das Kind nur ein Werkzeug. Wie das Kind dadurch geschädigt wird, ist völlig unerheblich", betont der Abgeordnete. "Es ist völlig inakzeptabel, daß solche geistig geschädigten Menschen Organisationen, Regierungen oder Institutionen leiten, die bestimmen, wie die Gesellschaft aussieht, und daß sie die Entwicklung eines Kindes mißbrauchen, um ihre eigene deformierte Lust auf Kindersex zu rechtfertigen."

Wir alle haben die Wahl, die Augen zu verschließen und uns durch unser Schweigen mitschuldig zu machen – oder mutige Menschen zu sein, die aufstehen und die Menschheit darüber aufklären, indem Sie diese Sendung verbreiten, Schulen, Lehrer, Erzieher alarmieren ... Kinder können sich nicht gegen diese Monster wehren. Tun wir es für sie!

Abschließend sei noch erwähnt:

In zahlreichen andern Kla.TV-Sendungen sowie auf Stop World Control lassen sich detailliert ausgearbeitete, unwiderlegbare Fakten und Bildmaterial finden, die Kindesmißbrauch, Pädophilenringe und rituelle Morde an Kindern etc. bis in die höchsten Ränge der Regierungen und Königshäuser auf der ganzen Welt aufdecken.

Daher ist dies auch ein Aufruf an die Restjustiz und Kriminalpolizei: Auch eure Stunde hat geschlagen! Niemand wird am Ende sagen dürfen, er habe nichts davon gewußt. ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Juli 2023: >>US-UFO-Hype: Das sind die wichtigsten Punkte

Erstmals haben direkte hochrangige militärische UFO-Zeugen und UFO-Whistleblower vor einem Ausschuß des US-Kongresses im Rahmen einer öffentlichen Anhörung ausgesagt und dabei zahlreiche spektakuläre Aussagen getätigt. ...

_ von *Grenzwissenschaft Aktuell*

Die wichtigsten Aussagen und Erkenntnisse in der Zusammenfassung. Lesen Sie in Teil 1 die Eingangsstatements der Zeugen Graves, Grusch und Fravor.

In ihren Antworten bestätigten die Zeugen folgende Szenarien zur aktuellen UFO-Problematik:

- US-Piloten werden nicht ausreichend für eine mögliche Begegnung mit UFOS/UAP vorbereitet oder trainiert. (Graves)

- Es mangelt noch immer an einem sicheren und transparenten System, über das sowohl zivile wie auch militärische Piloten UFO-Sichtungen melden können, ohne berufliche Repressionen fürchten zu müssen. Ein solches System sei von grundlegender Bedeutung. (Graves, Fravor)

"Die Manöver sind unerklärlich"

- Da einige der beobachteten und detektierten UFOs/UAP die Technologie des US-Militär weit in den Schatten stellen, stellen UAP eine potentielle Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA dar.

"Zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können, ist ebenso wichtig wie die Fähigkeit, unidentifizierte Ziele identifizieren zu können." (Fravor, Graves)

- "Die von Berufspiloten beobachteten Objekten vollführen Manöver, sind angesichts unseres derzeitigen technologischen Verständnisses und unserer Landesfähigkeiten unerklärlich. Und das trifft auch auf das Militär zu." (Graves)

"Wir verfügen über nichts, das mitten in der Luft stehen plötzlich bleiben kann und sich dann in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Wir haben auch nichts, das aus dem Weltraum herunterkommt, sich hier drei Stunden lang aufhält, um dann in den Weltraum zurück zu kehren." (Fravor)

- Die Regierung der USA besitzt geborgene UAP/UFOs unbekannter Herkunft. (Grusch)

- Es gab bereits Versuche, UAP-Zeugen und Whistleblower zum Schweigen zu bringen. Angefangen von beruflichen Repressionen bis hin zu konkreten Androhungen körperlicher Gewalt. Angeblich soll es sogar schon zu Morden gekommen sein. (Grusch)

Keine sichtbaren Antriebe

- Es kam bereits zur Beeinträchtigung von Bordelektronik durch UAP - eine Fähigkeit, die von keinen irdischen gegnerischen Systemen bekannt ist. (Fravor)

- Entsprechende UAP/UFO-Begegnungen sind nicht nur auf die US-Küsten beschränkt, sondern ereignen sich weltweit. (Graves)

- Es gibt Zeugenaussagen einer Gruppe von Boeing-Mitarbeitern, die 2003 auf der Luftwaffenbasis Vandenberg in Kalifornien tätig war. Damals soll sich von See her ein rotes quadratisches Objekt mit einer Kantenlänge von rund 100 Metern den Startanlagen genähert haben, dort 45 Sekunden lang verharret sein, um dann wieder in Richtung Berge davon zu schießen. Ein zweiter, ganz ähnlicher Vorfall ereignete sich wenige Stunden später. Hierbei sollen mehrere Objekte auf Militärpersonal brutal zugeflogen sein, um dann abrupt in den Himmel zu verschwinden. (Graves)

- Die beobachteten Objekte vollführten teilweise Flugmanöver, die ein Mensch nicht überleben würde. (Graves, Fravor)

- Selbst aus geringer Entfernung zeigten die Tic-Tac-Objekte keine für irdische Maschinen typische Merkmale wie Schweißnähte, Antriebe, Fenster usw. (Fravor)

"UFO-Bergungsprogramm begann in den 30ern"

- Mitarbeiter der US-Regierung haben direktes Wissen über nicht-menschliche Flugzeuge, fortschrittliche Technologien (advanced technologies, AT's), wie sie in Projekten, teilweise unter Beteiligung privater US-Unternehmen, untersucht und erforscht werden, die sich jedoch der Aufsicht des US-Kongresses entziehen. (Grusch)

- Es gibt auch bislang als geheim klassifizierte Satellitenaufnahmen von UAP-Vorfällen und Objekten, die sich einer logischen Erklärung entziehen. (Grusch)

- Es existiert ein gravierender Widerspruch zwischen den Aussagen wie jenen des Whistleblowers David Grusch, laut derer die USA direkte Kenntnis von nicht-menschlicher (außerir-

discher) Technologie haben, diese sogar geborgen und untersucht haben, und den Aussagen des Leiters des UAP-Untersuchungsbüros des Pentagon (AARO), Dr. Sean Kirkpatrick, wonach er - trotz Gespräche mit eben solchen Zeugen - "keine Kenntnis von glaubwürdigen Beweisen für nicht-menschliche Technologien" vorliegen habe. (Grusch)

- Das UAP/UFO-Bergungsprogramm soll bis in die 1930-er Jahre zurückreichen. (Grusch)

- Namen von an dem Bergungsprogramm beteiligten Verantwortlichen, Personal und Einrichtungen sind bekannt und können vorgelegt werden. (Grusch)

- Es braucht bestimmte Geheimnis- und Informationsfreigaben, um besagte Informationen zu erhalten. (Grusch)

- Neben der US-Regierung sind auch vertraglich verbundene private Unternehmen in das Programm involviert und profitieren somit von US-Steuergeldern. (Grusch)

"Alien-Körper wurden geborgen"

- UAP-Beweise werden immer noch unangemessen hochgradig als "geheim" klassifiziert. (Fravor, Graves)

- Grusch hat bereits von geborgenen Körpern von UAP-Insassen gehört, diese aber selbst noch nicht gesehen. (Grusch)

- Trotz hochentwickelter Technologie können vermutlich auch UAP/UFOs abstürzen - genauso wie unsere eigenen hochtechnologisierten Fahrzeuge (Autos, Flugzeuge, Raumsonden) Fehlfunktionen aufweisen und Unfälle haben. (Grusch)

- Es gibt keine Hinweise, dafür, daß es sich bei jenen Objekten, die angeblich im Rahmen des US-UFO-Bergungsprogramms geborgen wurden, um eigenen High-Tech der USA oder eines anderen irdischen Staates handelt. (Grusch)

Hintergrund

Seine Fragezeit nutzte der Abgeordnete Matt Gaetz hauptsächlich dafür, zu berichten, wie er auf der Eglin Air Force Base in Florida Beweise für einen dortigen dramatischen UAP-Vorfall vorgelegt bekam:

"Zunächst bekamen wir nicht Zugang zu allen beteiligten Crewmitgliedern und wir bekamen zunächst auch keinen Zugang zu Aufnahmen und Radardaten. Nach einer längeren Diskussion darüber, welche Autoritäten in den USA gelten, bekamen wir die Aufnahme zu sehen und konnten mit einem Mitglied der Besatzung sprechen, das das Bild aufgenommen hatte.

Diese Aufnahme zeigte etwas, das ich selbst keiner menschlichen Fähigkeit zuschreiben kann, weder den USA noch einem unserer Gegner. Und das, obwohl ich als ehemaliges Mitglied des Armed Forces Committee und als Mitglied eines Ausschusses, der neue technologisch-militärische Entwicklungen wie jene der DARPA überwacht, von diesen Dingen eigentlich etwas verstehe.

"Negative Kultur des Schweigens"

Als wir mit dem Besatzungsmitglied sprachen und wir das Foto gezeigt bekamen, fragte ich, warum es keine Videoaufnahmen der Begegnung gab und warum das FLIR-System nicht lief. Die Antwort war die, daß sich die Crew auf einem Testeinsatz über den Golf von Mexiko befand und man bei solchen Einsätzen eigentlich davon ausgeht, daß der Luftraum geräumt und sauber ist. Da sollte also eigentlich nichts sein. Dennoch sahen sie zunächst eine Formation aus vier in einer Rautenformation fliegenden Flugobjekten, die so auch auf Radar detektiert wurden, eine Radaraufzeichnung, die ich selbst alleine einsehen konnte.

Einer der Piloten flog demnach auf diese Formation zu, um diese zu untersuchen und sah etwas, daß ich lediglich als eine große fliegende Kugel jenseits aller menschlichen Möglichkeiten beschreiben kann. Als er sich dem Objekt näherte, versagten das Bordradar und das FLIR-System, so daß er das vorhandene Foto manuell aufnehmen mußte. ...

Einige der beteiligten Testpiloten sagten zu mir, daß der beste Umgang mit einer UAP-Begegnung jener sei, diese schnell zu vergessen und mit niemandem darüber zu sprechen.

Schließlich bringe jede Form darüber zu sprechen, sei es nun öffentlich oder in kleinem Kreis, spürbare negative Konsequenzen mit sich. Dies ist eine Kultur, die wir überwinden müssen." Im Anschluß forderte Gaetz, daß sowohl die Radardaten als auch die besagte Aufnahme dem Ausschuß zur Verfügung gestellt werden müsse.<<

30.07.2023

BRD: Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtet am 30. Juli 2023 (x1.331/...):

>>15 Wochen nach dem Atom-Aus: Deutschland ist jetzt Strom-Importeur

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck (Grüne) ist in Deutschland für die Energieversorgung verantwortlich.

Julius Böhm

Deutschland kauft immer mehr Strom im Ausland.

Binnen weniger Monate hat sich das Land von einer Strom-Export-Nation zu einer Nation entwickelt, die große Teile ihrer Energie importieren muß: Seit der Abschaltung der drei verbliebenen Atomkraftwerke Mitte April hat Deutschland jede einzelne Woche Strom importiert. So lange am Stück wie noch nie, so viel Strom wie noch nie.

Allein in der vergangenen Woche gab es einen Import-Überschuß von 1,25 Milliarden Kilowattstunden Strom. Mehr als 15 Prozent der hierzulande benötigten Energie wurde aus dem Ausland eingekauft - auch das ist trauriger Rekord.

Seit Mitte April 2023 hat Deutschland jede Woche Strom importiert.

Im Jahres-Saldo hat Deutschland einen Import-Überschuß von knapp 1 Milliarde Kilowattstunden.

- Bemerkenswert: Parallel zum Import-Rekord feiert Sonnenstrom in Deutschland aktuell Rekorde. An sonnigen Tagen wird zum Teil so viel Sonnen-Strom erzeugt, daß der Preis ins Negative sinkt - trotzdem muß Deutschland immer mehr Strom importieren.

Energie-Experte: Atom-Aus "maßgeblich" schuld

Professor André Thess (Uni Stuttgart) erklärt, warum: "Die Sonne scheint eben nicht den ganzen Tag. Wenn sie scheint, nimmt das Ausland gern zu günstigen und zum Teil Negativ-Preisen unseren Strom ab. Und am Abend, wenn die Sonne nicht mehr scheint und trotzdem Strom gebracht wird, verkaufen sie uns regelbaren Strom zu einem hohen Preis."

Das entscheidende Wort hier ist "regelbar".

Während erneuerbare Energien nur dann Strom liefern, wenn Sonne und Wind mitspielen, liefern regelbare Kraftwerke immer Strom, je nach Bedarf. Drei solcher regelbarer Atomkraftwerke lieferten bis Mitte April noch jährlich 33 Milliarden saubere Kilowattstunden Strom, auch am Abend und bei Windstille - doch am 16. April wurden sie abgeschaltet.

Thess weiter: "Das Atom-Aus ist nach meiner Einschätzung einer der maßgeblichen Gründe, warum Deutschland mehr und mehr Strom importieren muß." Skurril ist hierbei, daß neben Dänemark auch Frankreich und Belgien zu den Haupt-Importeuren nach Deutschland gehören - und die setzen beide bekanntlich stark auf Atomkraft.

Daß Deutschland immer mehr Strom importiert, bedeutet nicht, daß hierzulande die Kraftwerkskapazitäten nicht ausreichen würden - Deutschland könnte selbstständig genug Strom erzeugen. Der Strom aus dem europäischen Ausland ist aber schlicht günstiger.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Juli 2023: >>Nord Stream: Tauchfunde stützen Recherche von Hersh

Von Jürgen Elsässer

In "Nord Stream Krimi" zeichnet Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh die Planung und Durchführung der Nord-Stream-Anschläge auf - gestützt auf Informanten aus dem innersten Machtzirkel in Washington. Seine Recherchen wurden von COMPACT erstmals auf Deutsch gedruckt, ergänzt mit dem Interview, das ich mit ihm geführt habe, und weiterem Hintergrundmaterial (hier bestellen). Sensationell: Mittlerweile sind auch materielle Beweisstücke aufge-

taucht, die seine konzise Beschreibung stützen.

Hersh hatte alle blamiert, die ihn widerlegen wollten. So zum Beispiel auch die ARD-Tagesschau, die im Februar 2023, kurz nach der Veröffentlichung des Amerikaners, zum Besten gab, daß er von "Sprengstoff in Pflanzenform" bei den Anschlägen ausgehe. Ein peinlicher Übersetzungsfehler der hochbezahlten GEZ-Redaktion: Hersh schrieb von "plant shaped C4 charges" und meinte damit das Anbringen ("to plant") von Schneidladungen oder Hohlladungen ("shaped charges") des C4-Sprengstoffs an den Pipelines; mit Pflanze (im Englischen ebenfalls "plant") hat das nichts zu tun ...

Der mysteriöse Stiefel

Haben US-Taucher, die laut Hersh während des NATO-Manövers BALTOPS 22 die Bomben an den Röhren angebracht haben, Spuren hinterlassen? Es sieht danach aus. Am 24. Mai 2023 untersuchte ein internationales Forscherteam, darunter Journalist der Webseite "The Grayzone", an Bord des Schiffes "Baltic Explorer" mittels einer Drohne eine der Sprengstellen, 31 Seemeilen vor der Küste Dänemarks, direkt über der beschädigten Nord-Stream-2-Röhre. Mit Hilfe eines Live-Video-Feeds konnte die Crew die Risse in der Pipeline aus der Nähe studieren. Und plötzlich tauchte ein unerwartetes Objekt auf dem Monitor auf: ein schwarz-orangener Taucherstiefel.

"The Grayzone" identifizierte ein Modell, das diesem Stiefel sehr ähnlich sieht und sowohl von US-Navy-Tauchern als auch von kommerziellen Tauchern verwendet wird; auch ukrainische Marine-Taucher wurden gesehen, die ähnliche Stiefel trugen und in den USA ausgebildet worden waren. Vermutlich war das Fundstück bei früheren Untersuchungen des Tatorts nicht aufgefallen, weil es durch die Druckwellen der Explosion in den Meeresgrund gedrückt und mit Schlamm bedeckt worden war.

Die Boje

Laut Seymour Hershs "Nord Stream Krimi" wurden die Sprengsätze im Juni 2022 plaziert und am 26. September 2022 mittels einer Sonarboje, abgeworfen von einer norwegischen P-8 Poseidon, gezündet. Vor diesem Hintergrund war der Fund einer Boje Ende März 2023 elektrisierend: Laut der russischen Nachrichtenagentur Interfax habe sich das Objekt nahe Bornholm an einer Naht der Pipeline befunden. Die russischen Behörden gaben ihren dänischen Kollegen Bescheid, und zum ersten Mal gestattete das NATO-Land dem Nord-Stream-Eigentümer Gazprom, bei der Untersuchung dabei zu sein.

Das 40 Zentimeter hohe Objekt mit einem Durchmesser von 10 Zentimeter wurde aus einer Tiefe von 73 Metern geborgen. Es handelte sich aber nicht, wie in Hershs Darstellung, um eine Sonar-, sondern um eine Rauchboje. Mit der Zündung der Sprengsätze hat diese Boje also nichts zu tun. Die Rauchbombe, so der russische Ermittlungsansatz, könnte aber dazu gedient haben, die geeignete Stelle zur Anbringung der Bomben zu markieren, damit die US-Taucher sie gut finden.

Weitere offene Fragen

Mittlerweile wird in den Fachforen vor allem die Art der Sprengung diskutiert. Warum wurden die insgesamt vier Sprengvorgänge nicht gleichzeitig durchgeführt, sondern lagen 17 Stunden auseinander? Warum blieb eine der beiden Nord-Stream-2-Röhren unbeschädigt? Hersh hat auch dazu in "Nord Stream Krimi" Stellung genommen. Der "Spiegel" streute, gestützt auf die Bundesanwaltschaft, das Märchen, es seien nicht 500 Kilo oder mehr C4 erforderlich gewesen, sondern nur ein Bruchteil davon - womit wieder die Ablenkungsgeschichte von der Segeljacht "Andromeda" befördert werden soll, die 500 Kilo kaum hätte transportieren können.

Gegen eine geringere Menge Sprengstoff und damit auch gegen den "Andromeda-Bluff" sprachen aber schon die ersten Unterwasser-Videoaufnahmen vom 18. Oktober 2022. Das Fachportal "Sprengtechnik" faßt zusammen: "Die drei bis fünf Meter großen Krater im Meeresbo-

den können nur durch extreme Druckeinwirkung entstanden sein und lassen auf eine Sprengladung von mehreren hundert Kilogramm Nettoexplosivstoffmasse (NEM) an zwei Stellen auf der Oberseite der Pipeline schließen, die dazu beigetragen haben könnte, die Pipeline in den Meeresboden zu drücken und an beiden Stellen abzuscheren."

Nicht zu vergessen: Die schwedische Regierung hat zugegeben, bereits am 6. Oktober 2022 den Tatort rund um die beschädigten Pipelines geräumt zu haben. Heißt: Alle Beweismittel wurden vor den Filmaufnahmen gesichert oder besser gesagt: beseitigt/vernichtet. Die Schweden schweigen darüber, was sie gefunden haben, und sie geben auch keinerlei Informationen über den Sprengstoffpreis, von dem sie Spuren an den Röhren gesichert haben - dann wüßte man nämlich sehr schnell Bescheid über dessen Herkunft.

Der Anschlag gegen die deutsche Energieversorgung - der erste Kriegsakt gegen unser Land seit 1945 - soll mit aller Macht vertuscht werden. Deshalb hat COMPACT die Recherchen von Seymour Hersh in einer Sonderausgabe veröffentlicht: "Nord Stream Krimi. Wie die US-Regierung die Pipelines sprengen ließ". Ein Zeitdokument von historischem Rang - diese COMPACT-Edition wird im nächsten Nürnberger Tribunal eine Rolle spielen. Die Täter dürfen nicht davonkommen! ...<<

Das deutsche Online-Medienportal "Nius" berichtet am 30. Juli 2023 (x1.331/...): >>26.000

Ermittlungen wegen gefälschter Impfpässe

Ein Impf-Paß und die Corona-Warnapp

Bundesweit laufen 26.000 Ermittlungen wegen gefälschter Impfpässe - mit 6425 Straftaten am meisten in Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Bayern (6300), Berlin (2340) und Baden-Württemberg (1893) - das ergab eine Länderabfrage der Welt am Sonntag.

Ein Fall sticht besonders heraus: Ein Arzt aus Recklinghausen steht im Verdacht, gewerblich Impfausweise auszustellen, ohne die erforderliche Impfungen verabreicht zu haben: Dennoch rechnete er diese Impfungen ab und ließ sich dafür bezahlen.

"Durch umfangreiche Ermittlungen konnten die Beamtinnen und Beamte in einer extra eingerichteten Ermittlungskommission den Verdacht in etwa 600 Fällen untermauern", teile ein Ministeriumssprecher der Welt am Sonntag mit. Im Juni dieses Jahres fällte das Landgericht Bochum in Bezug auf 200 Fälle ein erstes Urteil: zwei Jahre und zehn Monate Freiheitsstrafe, ohne Bewährung.

Im vergangenen Jahr hatte der Bundesgerichtshof eine Grundsatzentscheidung gefällt. Fälscher von Corona-Impfpässen können demnach nicht mehr auf Straffreiheit hoffen. Könne ein Beschuldigter nicht wegen der Fälschung von Gesundheitszeugnissen schuldig gesprochen werden, komme immer noch eine Verurteilung wegen Urkundenfälschung allgemein in Betracht, entschied der BGH damals und schloß damit eine Gesetzeslücke.

Polizei-Gewerkschaft klagt über hohe Belastung

Der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, beklagt die hohe Belastung durch die Ermittlungen: Während der Pandemie habe der Onlinebetrug stark zugenommen. "Zusätzlich mußten und müssen Fälle gefälschter Impfausweise abgearbeitet werden. Dafür sind Kolleginnen und Kollegen aus der sogenannten Regelorganisation herausgenommen worden", sagte Kopelke der Zeitung. Daß diese dann bei der Ermittlung anderer Straftaten fehlen, liege klar auf der Hand. "Der Rückstau an zu bearbeitenden Sachverhalten ist daher immens", erklärte der Gewerkschafter.

Politiker von Linkspartei und CDU lehnen es ab, die Täter wegen der hohen Belastung straf-frei davonkommen zu lassen. Der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Tino Sorge (CDU), sagte der Welt am Sonntag: "Wer ein wichtiges medizinisches Dokument fälscht, handelt kriminell. Zumindest in Fällen, in denen in hoher Zahl und um Weiterverkauf Impfpässe gefälscht wurden, wäre eine pauschale Amnestie ein sehr fragwürdiges Signal."<<

Südafrika: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Juli 2023 (x1.328/...): >>"Tötet die Buren, tötet die Farmer!"

Stadion-Rede in Südafrika: Zehntausende rufen zum Massenmord an Weißen auf

Der Vorsitzender der drittgrößten Partei Südafrikas brüllt "Tötet die Buren, tötet die Farmer!" und formt seine Hand zu einer Pistole. Zehntausende im Stadion brüllen ihm nach - es ist ein Aufruf zum Mord an hunderttausenden Weißen.

Die Entwicklung in Südafrika spitzt sich dramatisch zu. Am Samstag hielt der Spitzenpolitiker Julius Malema bei der Jubiläumsfeier der Partei EFF (drittstärkste Partei im Land) eine Rede vor zehntausenden Anhängern - er ist Parteivorsitzender. Im größten Stadion Afrikas, dem FNB-Stadion in Johannesburg, skandierte er das Lied "Dubul'ibhunu" - Tötet die Buren, tötet die Farmer. Das Stadion hat über 94.000 Plätze - wieviele Menschen an diesem Samstag da waren, ist nicht bekannt. Zehntausende waren es auf jeden Fall.

Videoaufnahmen zeigen beängstigende Bilder: Zehntausende im Stadion skandieren Malema nach - schließlich formt der Parteivorsitzende seine Hände zu einer symbolischen Pistole und imitiert ins Mikrofon Schuß-Geräusche.

Das Lied ist in Südafrika hoch umstritten, Gerichtsentscheidungen haben bisher unterschiedlich darüber geurteilt, ob die Verbreitung der Parolen zulässig ist. Die Partei EFF ist leninistisch und verbreitet immer wieder Rassismus gegen Weiße - u.a. rief man zum Besetzen des Landes von weißen Farmen auf.

Weiße als Sündenbock von korrupten Politikern

Erst kürzlich brachte die südafrikanische Regierung einen Gesetzesentwurf ein, wonach viele weiße Großgrundbesitzer de facto aufgrund ihrer Hautfarbe keinen Zugang mehr zu Grundwasser erhalten sollen, weil die Grundwasser-Zuteilung nach Hautfarben quotiert werden würde.

Das ist Teil eines Programms von Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa, der den verbliebenen Einfluß von Weißen mit brachialen Maßnahmen zerschlagen will - er will historische Ungerechtigkeiten während des Apartheid-Regimes durch systematische Diskriminierung von Weißen in der Gesellschaft heute ausgleichen. Es wurden u.a. Rassen-Quoten für zahlreiche Arbeitsplätze beschlossen.

Während schwerer Ausschreitungen im Land 2021 kam es bereits zu zahlreichen gewaltsamen Attacken auf Buren im Land. Verstärkt wird der Haß auf die weißen Farmer noch durch die Folgen der anhaltenden Infrastrukturkrise im Land. Schon seit drei Jahren gibt es täglich mehrstündige Stromausfälle in allen Teilen Südafrikas, auch die Wasserversorgung ist marode. Für die Wirtschaft im Land ist das verheerend, denn ohne Strom läuft keine Maschine, kein Computer, nicht einmal die Pumpen der Tankstellen.

Schuld daran ist die Korruption und mangelnde Instandhaltung durch den seit fast 30 Jahren regierenden African National Congress (ANC). Seit 1994 wurden fast keine neuen Kraftwerke, Hochspannungsleitungen und Umspannwerke gebaut, dafür wirtschafteten sich die Parteikader in die eigene Tasche.

Doch die Politiker von ANC und EFF verstehen es, die Wut der schwarzen Mehrheitsbevölkerung für ihre Zwecke zu nutzen. Weiße sind als Sündenbock für das eigene Versagen gut geeignet.<<

31.07.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Juli 2023 (x1.328/...): >>Als "unbequeme Botschaft" für Umweltschutz: Penny verdoppelt Preise bestimmter Produkte

Um Verbrauchern klarzumachen, wie umweltschädlich manche Produkte seien, erhöht der Discounter Penny für ausgewählte Waren den Preis massiv. Man wolle damit die Kosten für die Umwelt zeigen und eine "unbequeme Botschaft" für mehr Klimaschutz senden.

Wiener Würstchen kosten bei Penny jetzt 6,01 Euro statt 3,19 Euro, Mozzarella statt 89 Cent, 1,55 Euro und Fruchtojoghurt 1,56 Euro statt 1,19 Euro - alles für ein einwöchiges Experiment. Der Discounter erhöht bei 9 seiner Waren den Preis massiv: Man wolle Verbrauchern den "wahren Preis" der Produkte zeigen.

Dieser "wahre Preis" beinhaltet dabei allerdings nicht die wahren Kosten, die für Penny anfallen, sondern soll zusätzlich auch solche beinhalten, die für die Umwelt anfallen würden. Ziel der Erhöhung ist also viel eher als einen echten Preis widerzuspiegeln, Verbrauchern ein Signal zu senden, wie umweltschädlich ihr Alltagseinkauf ist. Der Konzern erklärt es so:

"Wir sehen, daß viele unserer Kundinnen und Kunden unter den unverändert hohen Lebensmittelpreisen leiden. Dennoch müssen wir uns der unbequemen Botschaft stellen, daß die Preise unserer Lebensmittel, die entlang der Lieferkette anfallen, die Umweltfolgekosten nicht widerspiegeln", so Penny-Manager Stefan Görgens gegenüber der Welt.

Vegane Produkte trifft es kaum - sie gelten als umweltfreundlich

Die Mehreinnahmen durch die Aktion will der Konzern an Klimaschutz-Projekte spenden. Generell soll die Aktion wohl auch zeigen, daß Produkte besonders klimaschädlich sind: Mit 5 Prozent etwa fällt der Preisaufschlag auf ein veganes Schnitzel im Vergleich zu beinahe Verdoppelungen bei anderen Produkten, deutlich geringer aus. Dies liege an der geringeren Umweltbelastung, so ein Umweltökonom, der das Projekt begleitet.

Ob die Strategie, den eigenen Kunden beim Einkauf ein schlechtes Gewissen zu machen und dann auch noch als Discounter die Preise mancher Grundlebensmittel massiv zu erhöhen bei den Verbrauchern gut ankommt, darf fraglich bleiben. Ziel ist es wohl eher sich in der gesellschaftlichen Debatte als besonders nachhaltig zu präsentieren.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Juli 2023 (x1.329/...):

>>**Immer mehr Bürger können sich regelmäßige Mahlzeiten nicht leisten**

Immer mehr Deutsche können sich nicht jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch leisten.

Eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit können sie ebenfalls nicht bezahlen, wie aus neuen Eurostat-Daten für 2022 hervorgeht, welche die Linksfraktion beim Statistischen Bundesamt erfragt hat und über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" berichtet. Abgefragt wurde die "finanzielle Unfähigkeit, sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten".

Die Gruppe der Betroffenen ist größer geworden: Im Jahr 2021 traf das noch auf 10,5 Prozent der Deutschen zu, im vergangenen Jahr auf 11,4 Prozent. Das sind knapp zehn Millionen Menschen in Deutschland. Besonders stark betroffen sind den Daten zufolge Alleinerziehende: 19,3 Prozent - also fast jede fünfte alleinstehende Person mit Kindern - sind nicht in der Lage, sich alle zwei Tage mit Fleisch oder Fisch oder einer gleichwertigen vegetarischen Mahlzeit zu ernähren. Hier gibt es den Daten zufolge auch einen beträchtlichen Anstieg von 2021 zu 2022: von 16,7 auf 19,3 Prozent.

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch kritisierte: "Nichts hat die Bundesregierung gegen die Preisexplosionen bei Lebensmitteln getan. Der Supermarkt ist zum Hort des Abkassierens geworden. Je höher die Preise, desto höher die Nudeln-mit-Ketchup-Quote." Der Linken-Politiker pochte auf die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 0: "Wir brauchen mindestens eine zeitweise Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, konsequente staatliche Preiskontrollen bei den Supermarktkonzernen und die Einführung einer echten Kindergrundsicherung."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Juli 2023: >>**Höcke: COMPACT-Interview schlägt Wellen**

Von *Sven Eggers*

Die AfD steht derzeit ganz und gar im Interesse der Öffentlichkeit. Die guten Umfragewerte,

der Parteitag in Magdeburg, Forderungen nach einem Brexit oder der energische Protest gegen die hemmungslose Einwanderungspolitik zwingen etablierte BRD-Medien über die üblichen Beschimpfungen hinaus immer häufiger auch zu inhaltlichen Auseinandersetzungen mit der AfD.

Melonis Irrweg

So hat der Deutschlandfunk jetzt die Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung von Rechtsparteien thematisiert. In einem Beitrag vom 28. Juli heißt es bei Deutschlandfunk Kultur:

"Die Frage, wie positionieren sich rechte und rechtsextremen Parteien in Europa, ist keinesfalls einheitlich. Björn Höcke, der Thüringer AfD-Co-Parteichef, schickt vor dem Magdeburger Parteitag eine Warnung an seine Parteikollegen. Der USA- und Ukraine-freundliche Kurs der italienischen Regierungschefin aus dem postfaschistischen Lager, Giorgia Meloni, sei ein Irrweg, sagt Björn Höcke im Interview mit COMPACT-TV."

Es folgt dann ein Originalton aus dem Höcke-Interview mit COMPACT. Nämlich:

"Wir müssen so schnell wie möglich aus der amerikanischen Umklammerung entweichen. Das ist für unsere Nation überlebenswichtig, das ist für Europa überlebenswichtig, auch kulturell überlebenswichtig. Und ich glaube, das ist eine deutliche Mehrheit in der AfD, die das so sieht. Die Partei ist immer noch so jung und immer noch so hellwach, daß sie eine Bundesführung, die einen anderen Weg einschlagen würde, beispielsweise den Weg der Frau Meloni, nicht goutieren würde. Und dann würde eben der nächste Bundesvorsitzende in den Ruhestand geschickt werden - und ich wäre dann wieder dabei."

Auch die Frankfurter Rundschau verfolgt diese Diskussion aufmerksam: "Die AfD würde einen Kurs wie den Melonis nie akzeptieren, ließ Höcke jetzt wissen - im Interview mit dem rechtsextremen Publizisten und 'Compact-Chef' Jürgen Elsässer, der Italiens Premierministerin vorwarf, eine 'knallharte amerikanische Außen- und Kriegspolitik' zu betreiben."

AfD als Brennglas

Im weiteren Verlauf führt Höcke im Interview mit COMPACT in diesem Zusammenhang aus: "Unsere politische Elite ist globalistisch gleichgeschaltet. Und die AfD operiert da intern sicherlich manchmal auch in dem einen oder anderen Spannungsfeld, in dem man Impulse wahrnimmt, die schwerlich aus den eigenen Reihen kommen können, sondern die von außen gesetzt worden sein müssen."

Und: "Ich glaube aber trotzdem, daß es die AfD geschafft hat, die Selbstbewußtwerdung unseres Volkes im Kleinen in gewisser Weise vorwegzunehmen: durch ihre zehnjährige Entwicklung, auch durch ihre Auseinandersetzungen, durch Flügelkämpfe, durch das In-den-Ruhestand-Schicken mehrerer Bundesvorsitzender, die nicht in der Lage waren, die Partei zu integrieren und die im Bereich der Außenpolitik dann vielleicht eine solche Zielsetzung gehabt hätten, wie sie mit Blick auf Meloni festzustellen ist. Ich glaube, daß die AfD als Brennglas einer deutschen Bewußtseinswerdung zu sehen ist." <<

Juli 2023

Schweiz: Die schweizerische "EXPRESSZEITUNG", Ausgabe 55, berichtet im Juli 2023: >>Zeitgeist der Selbstzerstörung - Alle Hintergründe und die Drahtzieher

Seien es Meere von Pride-Flaggen, ständige Toleranz-Bekundungen, Quoten für Minderheiten, ständige Vorwürfe des Rassismus und der Diskriminierung oder "woke" Werbungen, Filme und Serien - viele Themen, die unseren Alltag bis ins Straßenbild und in die Privatsphäre hinein bestimmen, finden sich in den postmodernistischen Theorien wieder.

Und in diesen wird offenbar, woher der Wahnsinn kommt. "Wokeismus" ist ein vielseitiges Thema, das einen gemeinsamen Kern hat: Die Zerstörung des westlichen Kultur, wie wir sie kennen.

Meinungsfreiheit, universelle Menschenrechte, technologischer Fortschritt, Gleichberechtigung

gung, Einführung der Demokratie bis hin zur Abschaffung der Sklaverei - dies sind nur einige der mühsam erkämpften Errungenschaften der westlichen Zivilisation, ohne die unser heutiges Leben, sowie das Leben Milliarden weiterer Menschen ein anderes wäre. Doch anstelle von Stolz und Dankbarkeit gegenüber unseren Vorfahren steht die westliche Gesellschaft an einem Punkt, an dem ihr dominierender Zeitgeist - der "Wokeismus" und dessen zugrundeliegende Philosophie, der Postmodernismus - zu ihrer "Dekonstruktion" aufruft, also zur Auslöschung jeglichen Aspektes ihrer Errungenschaften, Werte und Tugenden, sprich ihrer gesamten Identität.

Schlichtweg alles, was die abendländische Zivilisation ausmacht, existiere einzig auf Basis von Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung durch eine privilegierte Weiße Vorkherrschaft, angeführt vom weißen heterosexuellen, sogenannten CIS-Mann, dem aktuellen Feindbild dieses "Wokeismus". Daß solch gesellschaftsfeindliche und destruktive Strömungen erst auf dem liberalen Boden westlicher Errungenschaften existieren können, während ihre Exponenten in jedem anderen Kulturkreis verfolgt und unschädlich gemacht würden, wird geflissentlich ausgeblendet. Es scheint tatsächlich so, als würde die damalige gesellschaftliche Revolution unter dem Banner "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" heute ihre eigenen Kinder fressen.

Eine wachsende Zahl politischer, intellektueller und medialer Leitfiguren verklärt unsere Geschichte und Herkunft, unsere Werte und Tugenden, unsere Wissenschaft und Kultur, unsere Identität und damit unsere Existenz aufgrund von "whiteness", also der "weißen" DNA wegen, zu unserem Feindbild und gibt sie nicht nur sinnbildlich zum Abschluß frei. So wird etwa die klassische Familie, welche die kleinste und wichtigste Zelle unserer Gesellschaft darstellt, als Hort des Bösen gebrandmarkt und in ihre Einzelteile aus Täter (Vater, "weißen Cis-Mann") und Opfer (Mutter und Kind, unterdrückt in ihren jeweiligen Geschlechterrollen) "dekonstruiert".

Auch unsere Sprache, Literatur, Kunst, Architektur, Mathematik, Geschichtsschreibung, unser Leistungswille oder schlichte Erkenntnisse, wie etwa die Gesundheitsschädigung durch Übergewicht, tragen mittlerweile die "weißen" Merkmale von "Diskriminierung" und "Unterdrückung" in sich und müssen ebenfalls "dekonstruiert" werden.

Die Dynamik, die sich momentan entwickelt - diese Bedingungslosigkeit, mit welcher alles "Weiße" in unserer Gesellschaft dekonstruiert, sprich ausgelöscht werden soll - trägt eine Saat in sich, die in der Menschheitsgeschichte nicht selten zu Verfolgung und Massenmord geführt hat. Was sonst ist daraus zu schließen, wenn alleine das biologische Äußere eines Menschen in Form seiner Hautfarbe mit negativsten Eigenschaften gleichgesetzt wird, die es zu "dekonstruieren" und abzuschaffen gilt (abolish whiteness)?

So erfahren wir selbst von der alteingesessenen Schweizer NZZ aus dem Munde einer Kämpferin gegen White Privilege: "...das Leben, das Du führst, ist einfach privilegiert, weil du ein weißer Mensch bist." Artikeltitle mit Ausrufen wie: "Abolishing whiteness has never been more urgent" (Al Jazeera; Weißsein abzuschaffen war nie dringender), "Abolish the White Race" (Harvard; Schafft die weiße Rasse ab), "Whiteness Is a Pandemic" (The Root; Weißsein ist eine Pandemie) gibt es mittlerweile unzählige.

Wohin es führen kann, wenn man in demagogischer Manier ethnische Gruppen als Krankheit bezeichnet und zu deren Auslöschung aufruft, kann seit Jahren in Südafrika beobachtet werden: Tausende weißer Opfer sind mittlerweile das beklagenswerte Resultat von Parolen wie "Tötet die Buren!" oder "Tötet die Weißen", die von teils höchsten politischen Amtsträgern in die johlenden Massen gerufen wurden. Vielleicht täten wir gut daran, derlei verheerende Dynamiken in ihrer Entfaltung als solche zu erkennen, bevor sie nicht mehr aufzuhalten sind. Die Zeichen der Zeit sprechen eine klare Sprache.

André Barmettler, Herausgeber<<

01.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. August 2023:

>>Nord Stream: Geister-Taucher widerlegt Lügenstory

Von *Jürgen Elsässer*

Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh hat mit seinen sensationellen Recherchen (deutsch erstmals in: "Nord Stream Krimi") nachgewiesen, wie die US-Regierung die Pipelines sprengen ließ. Die von CIA und BND zusammengebastelte Ablenkungsstory mit der Segeljacht "Andromeda" ist fadenscheinig - und hat nun einen erneuten Schlag erhalten.

In seinen erstmals auf Deutsch gedruckten Nord-Stream-Recherchen nimmt Hersh auch ausführlich zu der Ablenkungsstory rund um die Segeljacht "Andromeda" Stellung. Er schreibt: "Der amerikanische Geheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) unternimmt regelmäßig verdeckte Operationen auf der ganzen Welt, und jede benötigt eine Tarngeschichte, falls etwas schiefläuft, was häufig geschieht. Ebenso wichtig ist es, eine Erklärung zu haben, wenn die Dinge gut laufen, wie im vergangenen Herbst in der Ostsee.

Wenige Wochen nach meinem Bericht, daß Joe Biden die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines angeordnet hatte, produzierte die CIA eine Titelgeschichte und fand in der New York Times und zwei großen deutschen Medien willige Abnehmer. Mit der Erfindung einer Geschichte über Tiefseetaucher und eine Besatzung, die es nicht gab, folgte die CIA dem Protokoll, und die Geschichte wäre Teil der ersten Tage der geheimen Planung zur Zerstörung der Pipelines gewesen.

Das wesentliche Element war eine mythische Jacht mit dem ironischen Namen "Andromeda" - nach der schönen Tochter eines mythischen Königs, die nackt an einen Felsen gekettet war. Die Tarngeschichte wurde mit dem BND, dem deutschen Bundesnachrichtendienst, geteilt, und er unterstützte sie."

Der verschwundene Taucher

Die "Andromeda-Geschichte" ist so löcherig wie ein Schweizer Käse, weist Hersh nach. Nur zwei Fakten: Die gefälschten Pässe der Crew-Mitglieder, die angeblich gefunden wurden; und die benötigte Sprengstoffmenge von mehr als 500 Kilo, die nicht auf die Jacht gepaßt hätte ... Bleiben wir bei den sieben Besatzungsmitgliedern. Die Namen wurden nicht bekanntgegeben, es sollen Ukrainer gewesen sein. Von einem hat die schwedische Zeitung "Expressen" ein Foto veröffentlicht und etwas Seltsames festgestellt: Von dieser Person gibt es zwischen 2017 und dem Zeitpunkt der Pipeline-Sprengung überhaupt keinen digitalen Fingerabdruck im Netz. Ein Phantom!

Aber urplötzlich taucht sein Profil auf einer russischsprachigen Stay-Friends-Seite auf, die etwa einen Monat nach den Anschlägen online ging. Das britische Portal "Grayzone" recherchierte weiter: Fast alle der Profile auf diesem Dating-Portal wurden nur ein einziges Mal besucht, nämlich bei ihrer Erstellung ... Es ist offensichtlich ein Geister-Account, und der dort posierende "Andromeda-Taucher" ist eine Geisterperson - erfunden, um eine Identität und eine Story zu stützen. Wie Hersh richtig schreibt: die "Erfindung einer Geschichte über Tiefseetaucher und eine Besatzung, die es nicht gab".<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. August 2023 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Journalisten: >>**Betreff: Die heimtückische Zerstörung Deutschlands durch die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, Teil 2**

Sehr geehrte Damen und Herren!

"Spionageaffäre Guillaume" und angeordnete Islamisierung

Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992), der wegen seines ausschweifenden Lebenswandels (hoher Alkoholkonsum und zahlreiche außereheliche sexuelle Beziehungen) zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko für seine NWO-Auftraggeber wurde, mußte schließlich am 6. Mai

1974 infolge der sog. "Spionageaffäre Guillaume" zurücktreten. Die Regierungskoalition (SPD/FDP) blieb jedoch zunächst weiterhin bestehen.

Helmut Schmidt (SPD) wurde am 16. Mai 1974 zum Bundeskanzler gewählt.

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg vor einem zu hohen Ausländeranteil (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen. ...<<

Obwohl man in der BRD etwa seit Ende der 1960er türkische Arbeitskräfte eigentlich nicht benötigte, verhinderten die USA und die NATO aus geopolitischen Gründen die Reduzierung von türkischen Gastarbeitern, um die Türkei (seit 1952 NATO-Mitglied) wirtschaftlich zu stützen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde am 1. Oktober 1982 durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt, weil er vermutlich die von den US-Betreuern angeordnete verstärkte Zuwanderung aus der Türkei nicht umsetzen wollte. Kanzler Schmidt wurde damals hauptsächlich durch die Stimmen des FDP-Koalitionspartners abgewählt. Die FDP schloß nach dem Verrat eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>**Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler**

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe der Besatzer und williger NWO-Handlanger: Helmut Kohl

Helmut Kohl (1930-2017) führte während seiner Kanzlerschaft (von 1982-1998) alle angeordneten Maßnahmen der USA, der EU und der NATO widerspruchslos durch. Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützte besonders die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung der europäischen Nationalstaaten. Am 19. Juni 1983 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen.

Bundeskanzler Kohl setzte sich 1989/90 kompromißlos für die zügige Verwirklichung der von den US-Betreuern verfügten Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands ein. Er lehnte während der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" im Jahre 1990 z.B. auch eigenmächtig die von Gorbatschow angebotene Rückgabe Ostdeutschlands ab.

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**

... "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-

plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

Da der französische Ministerpräsident Mitterrand für seine Zustimmung zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands die Einführung des Euros und die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund verlangte, opferte Bundeskanzler Helmut Kohl angeblich zur Wahrung nationaler Interessen im Jahre 1990 wesentliche Teile der mühsam erreichten deutschen Teil-Souveränität.

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands begann allmählich die Übertragung von immer mehr Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln.

Kohl erhielt 1996 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith. Nach 16 Jahren wurde Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) 1998 durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildete damals eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. April 1999: >>"Staatsmann des Jahrzehnts"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

Kohl war 1999/2000 Mittelpunkt einer großen Finanz- und Parteispendenaffäre. Im Februar 2001 wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "geringer Schuld" gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 300.000 DM eingestellt.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014 über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Michail Gorbatschow fördert die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Michail Gorbatschow (1931-2022, sowjetischer Politiker, von 1985-1991 Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, unverzüglich notwendige Reformen einzuleiten: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben".

Michail Gorbatschow war von Oktober 1988 bis März 1990 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets und von März 1990 bis Dezember 1991 1. Präsident der UdSSR. Er leitete in dieser Zeit wesentliche innen- und außenpolitische Reformen, wie z.B. Glasnost und Perestroika, ein und setzte den Verzicht auf den Führungsanspruch der KPdSU durch.

Während Michail Gorbatschow (Hochgradfreimaurer des 33. Grades) im Westen sehr beliebt war; wurde der Friedensnobelpreisträger von 1990 später vor allem in Rußland für den Unter-

gang der UdSSR im Dezember 1991 verantwortlich gemacht.

Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 war völkerrechtswidrig

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 war aus folgenden Gründen null und nichtig:

1. Durch die von den Alliierten angeordnete Löschung des Artikels 23 GG (alte Fassung) verlor das Deutsche Grundgesetz bereits am 18. Juli 1990 den räumlichen Geltungsbereich und damit nachweislich die Rechtssicherheit, so daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag am 12. September 1990 nicht rechtswirksam geschlossen werden konnte.

Die ursprüngliche Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wurde, lautete wie folgt (x859/...):

>>... Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. ...<<

2. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag war ferner völkerrechtswidrig, weil die Besatzungskonstrukte BRD und DDR nicht am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, sondern das Deutsche Reich.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte z.B. am 31. Juli 1973 im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung des Grundlagenvertrages mit der DDR die Existenz des Deutschen Reiches (x101/254): >>... III.

... 1. Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. ...

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.); 5, 85 (126); 6, 309, 336, 363), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. ...<<

3. In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig. Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete östlich der Oder und Neiße) blieb deshalb unverändert

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser völkerrechtswidrig festgesetzten Grenzen außerdem auch indirekt die Billigung von gewaltsamen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937.

4. Aufgrund des Artikels 53 des "Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 war der Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 völkerrechtswidrig und damit ungültig, weil er zweifelsfrei gegen allgemeine Regeln des Völkerrechts verstieß.

Im "Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 heißt es z.B. im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036/...): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine

Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands vom 3. Oktober 1990 war ebenfalls völkerrechtlich ungültig

Die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands war aus folgenden Gründen völkerrechtlich ungültig:

1. Am 17. Juli 1990 ordneten die Alliierten während der Pariser Konferenz die völkerrechtswidrige Streichung der Präambel und des Artikels 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig.

2. Laut Verfassungsgesetz der DDR wurden die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erst mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 durch das Ländereinführungsgesetz gebildet, deshalb war eine rechtskräftige Übernahme der noch nicht gebildeten neuen Länder der DDR am 3. Oktober 1990 unmöglich.

3. Die angebliche Wiedervereinigung fand bekanntlich am 3. Oktober 1990 statt, so daß die neuen Länder der DDR wegen fehlender Existenz des Artikels 23 des Grundgesetzes und wegen fehlender Existenz der neuen Länder der DDR nicht am 3. Oktober 1990 der BRD beitreten konnten.

4. In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig. Der völkerrechtliche Status Ostdeutschlands (deutsche Ostgebiete östlich der Oder und Neiße) blieb deshalb unverändert

Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser völkerrechtswidrig festgesetzten Grenzen außerdem auch indirekt die Billigung von gewaltsamen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937.

5. Aufgrund des Artikels 53 des "Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 war der Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 völkerrechtswidrig und damit ungültig, weil er zweifelsfrei gegen allgemeine Regeln des Völkerrechts verstieß.

Im "Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge" vom 23. Mai 1969 heißt es z.B. im Artikel 53 - Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts - ius cogens (x1.036/...): >>Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann.<<

Die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands vom 3. Oktober 1990 war ebenfalls völkerrechtlich ungültig

Die Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands war aus folgenden Gründen völkerrechtlich

ungültig:

1. Am 17. Juli 1990 ordneten die Alliierten während der Pariser Konferenz die völkerrechtswidrige Streichung der Präambel und des Artikels 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland an.

Aufgrund der Aufhebung des Artikels 23 des Grundgesetzes war der Einigungsvertrag zwischen der "Bundesrepublik Deutschland" und der "DDR" vom 6. September 1990 staatsrechtlich rechtswidrig.

2. Laut Verfassungsgesetz der DDR wurden die neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen erst mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 durch das Ländereinführungsgesetz gebildet, deshalb war eine rechtskräftige Übernahme der noch nicht gebildeten neuen Länder der DDR am 3. Oktober 1990 unmöglich.

3. Die angebliche Wiedervereinigung fand bekanntlich am 3. Oktober 1990 statt, so daß die neuen Länder der DDR wegen fehlender Existenz des Artikels 23 des Grundgesetzes und wegen fehlender Existenz der neuen Länder der DDR nicht am 3. Oktober 1990 der BRD beitreten konnten.

BRD und der DDR: Staatsfragmente ohne Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der BRD und der DDR im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges.

Der völkerrechtliche Status des US-Vasallengebildes BRD blieb nach der sogenannten Wiedervereinigung unverändert. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Die Vorbehaltsrechte der westlichen Alliierten bestehen gemäß Bestätigungsschreiben des Bundesinnenministerium von 2004 (Anhang) und der Veröffentlichung im BGBl II, S.26, Art. 1, Abs. d) von 1994 weiterhin.

Die BRD war nie ein souveräner Staat, sondern lediglich ein provisorisches Staatsfragment, um die besatzungsrechtliche Verwaltung der drei westdeutschen Besatzungszonen gemäß Art. 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 zu gewährleisten. Die derzeitige BRD ist weiterhin ein militärisch besetztes Gebiet der westalliierten Streitkräfte, so daß nach wie vor das Besatzungsstatut und die verbindlichen Festlegungen der "Haager Landkriegsordnung" gelten.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<
Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejeni-

gen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgeschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/7): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>"Krieg und Frieden"

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO - oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

... "Rolf Hochhuth, der wohl bekannteste Dramatiker Deutschlands, der vor kurzem seinen 85. Geburtstag feierte, ist bis heute angriffslustig und streitbar. Sein neuestes Buch nennt sich 'Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae', also das Ende Deutschlands. Sputnik hat den Autor gefragt, was er damit meint."

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. ...

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. ...

Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht." ...

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

... Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Baunausenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Dezember 2022: >>**Die BRD ist der Schütze Arsch in der NATO**

Deutsche Politiker vergangener Jahrzehnte haben stets gewußt, daß Deutschland ein Vasall der USA ist. Dabei will Amerika unser Land seit über 100 Jahren klein halten, zur Schachfigur eigener Interessen degradieren. ...

"Der Deutsche ist ein hydraköpfiges Ungeheuer und sollte in der ganzen Welt vernichtet werden." (New York Times, 1918) ...

"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." (Konrad Adenauer)

"Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." (Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, Spiegel, 21.5.1958)

"Wir haben gar keine Bundesregierung - Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland." (Sigmar Gabriel)

"Also ich muß Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" (Gregor Gysi)

"Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert." (aus dem Artikel "Immer noch ein besetztes Land")

"Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmen die Amis bei uns über Krieg und Frieden ... Die Militärbasen der USA in Deutschland schützen uns nicht, sondern sie gefährden uns." (Oskar Lafontaine) ...<<

Schlußbemerkungen

Aufgrund der Löschung des Artikels 23 GG verlor das Grundgesetz am 18. Juli 1990 den Grundgesetzartikel, der den räumlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes regelte. Der gelöschte räumliche Geltungsbereich wurde später lediglich in die neue Präambel des Grundgesetzes übernommen. Die Präambel (Einleitung) stellt jedoch keinen integrierten Bestandteil des Grundgesetzes dar und besitzt deshalb grundsätzlich keine unmittelbare Rechtsverbindlichkeit, so daß wir seit dem 18. Juli 1990 ein Grundgesetz ohne räumlichen Geltungsbereich besitzen.

Infolge der Löschung des Artikels 23 GG (alte Fassung) verlor das Deutsche Grundgesetz bereits am 18. Juli 1990 den räumlichen Geltungsbereich und damit nachweislich jegliche Rechtssicherheit, so daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 nicht rechtswirksam geschlossen werden konnte.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12.09.1990 war außerdem völkerrechtlich null und nichtig. Da das Deutsche Reich völkerrechtlich nie liquidiert wurde, konnten die BRD und DDR verständlicherweise keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag für Deutschland unterzeichnen. Infolge der Nichtigkeit des Zwei-plus-Vier-Vertrages behielten die Westalliierten gemäß Haager Landkriegsordnung das Recht und die Pflicht, jederzeit die Regierungsgewalt ganz oder teilweise wieder in den ehemaligen Besatzungszonen aufzunehmen.

Auch die sogenannte Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands war völkerrechtlich ungültig. Aufgrund der Löschung des Grundgesetzartikels 23 vom 18. Juli 1990 konnte am 3.

Oktober 1990 wegen des nicht mehr vorhandenen räumlichen Geltungsbereiches des Grundgesetzes juristisch zwangsläufig keine Aufnahme der DDR erfolgen. Die sogenannten "neuen Länder" der DDR wurden deshalb nie Bestandteile der BRD.

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht.

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Niemand darf sich jetzt ängstlich zurückhalten, sondern muß aktiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Warum habt ihr diesen tödlichen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wir müssen endlich wieder zum Recht, zur Vernunft, zur Wahrheit und zur Freiheit zurückkehren!

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertalten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

GOTT MIT UNS ...<<

02.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. August 2023:

>>**Martin Walser: Was zu seinem Tode verschwiegen wird**

Von *Karel Meissner*

Was Medien in ihren Nachrufen auf Martin Walser ignorierten, sind die Gedankengänge seiner denkwürdigen Rede in der Frankfurter Paulskirche am 11. Oktober 1998. Der Schriftsteller erhielt damals den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. ...

Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern? Eine momentane Milderung der unerbittlichen Entgegengesetztheit von Tätern und Opfern. Ich habe es nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen.

Von der Schuld-Routine

Manchmal, wenn ich nirgends mehr hinschauen kann, ohne von einer Beschuldigung attackiert zu werden, muß ich mir zu meiner Entlastung einreden, in den Medien sei auch eine Routine des Beschuldigens entstanden. Von den schlimmsten Filmsequenzen aus Konzentrationslagern habe ich bestimmt schon zwanzigmal weggeschaut.

Kein ernst zu nehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt.

Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Wenn ich merke, daß sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf Motive hin abzuhören und bin fast froh, wenn ich glaube, entdecken zu können, daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, son-

dern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung.

Jemand findet die Art, wie wir die Folgen der deutschen Teilung überwinden wollen, nicht gut und sagt, so ermöglichten wir ein neues Auschwitz. Schon die Teilung selbst, solange sie dauerte, wurde von maßgeblichen Intellektuellen gerechtfertigt mit dem Hinweis auf Auschwitz.

...

Mißbrauch als Moralkeule

Und mir drängt sich, wenn ich mich so moralisch-politisch gerügt sehe, eine Erinnerung auf. Im Jahr 1977 habe ich nicht weit von hier, in Bergen-Enkheim, eine Rede halten müssen und habe die Gelegenheit damals dazu benutzt, folgendes Geständnis zu machen: "Ich halte es für unerträglich, die deutsche Geschichte - so schlimm sie zuletzt verlief - in einem Katastrophenprodukt enden zu lassen." Und: "Wir dürften, sage ich vor Kühnheit zitternd, die BRD so wenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offenhalten."

Das fällt mir ein, weil ich jetzt wieder vor Kühnheit zittere, wenn ich sage: Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung.

Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft? In der Diskussion um das Holocaustdenkmal in Berlin kann die Nachwelt einmal nachlesen, was Leute anrichteten, die sich für das Gewissen von anderen verantwortlich fühlten.

Unangemessene Monumentalisierung

Die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Altraum. Die Monumentalisierung der Schande. Der Historiker Heinrich August Winkler nennt das "negativen Nationalismus". Daß der, auch wenn er sich tausendmal besser vorkommt, kein bißchen besser ist als sein Gegenteil, wage ich zu vermuten. Wahrscheinlich gibt es auch eine Banalität des Guten.

Welch ein wunderbarer Nachruf auf einen großen Deutschen! Ruhe in Frieden, Martin Walser. Seine Rede ist wortgetreu dokumentiert in "Geschichtslügen gegen Deutschland".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. August 2023 (x1.326/...): >>**Per Augen-Scan zur digitalen Identität**

Nicht nur im Gesundheits- oder Finanzwesen gewinnt die IT immer größeren Einfluß. Jetzt wird mittels eines Gerätes namens "Orb-Scan" das Auge gescannt und aus den Biometrischen Daten wird ein persönlicher Identifikationscode bzw. eine "World ID" und im Folgenden ein "Proof of Humanity" (deutsch: Menschen-Paß) erstellt. Die Erfindung eines deutschen Studenten steht unter anderem schon in Berlin. Jährlich sollen 50.000 neue Geräte pro Jahr aufgestellt werden.

Dazu erklärt Dr. Christina Baum, Mitglied im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland:

"Der Augenscanner wurde nicht für medizinische Zwecke entwickelt, sondern dient der Erfassung biometrischer Daten, von denen kein Mensch weiß, wo und von wem sie gespeichert werden. Mit der erstellten 'World-ID' sollen keine Identifikationskontrollen oder Paßwörter mehr notwendig werden. Die Entwickler selbst erklären, daß die Erfindung der Bildung eines globalen Finanz- und Identitätsnetzwerkes dient.

Diese Geräte dienen somit einzig und allein der weltweiten Überwachung der Menschen. Damit können sämtliche Aktivitäten einer einzelnen Person permanent nachvollzogen werden - Kaufverhalten, Bewegungsverhalten, Gesundheit und vieles mehr. Es ist völlig unverständlich, daß die Nachfrage der Menschen nach einer solchen World-ID angeblich riesig sei und nur damit erklärbar, daß die Gefahren durch Mißbrauchsmöglichkeiten nicht erkannt werden.

Der gläserne Mensch wird damit Realität. Und das ist mehr als beängstigend.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. August 2023: >>**Schon wieder: Nächster Tagesschau-Fake**

Von *Sven Eggers*

Sie können es nicht lassen: Abermals hat die ARD-Tagesschau den Gebührenzahlern einen Fake-Beitrag untergejubelt. ...

Ja, die Tagesschau mal wieder. Am vergangenen Montag fühlte sich das ARD-PropagandafORMAT berufen, über die laufende Aktion einer Supermarktkette zu berichten, die bestimmte Artikel ihres Sortiments um bis zu 94 Prozent verteuerte, um der Kundschaft zu demonstrieren, welche Preise angesichts von Umwelt- und Gesundheitsschäden eigentlich gerecht wären; eine Art Erziehungsmaßnahme.

Lug und Trug

Befragt wurden von den bundesdeutschen Qualitätsjournalisten scheinbar wahllos einige Kunden. Eine Dame etwa sagte, sie würde sich hier und heute keine überteuerten Produkte kaufen. "Warum? Ist ja in ein, zwei Wochen wieder anders."

Eine andere Kundin freute sich indes über die "Klima-Preise" des Discounters:

"Weil es zum Nachdenken anregt. Normalerweise denkt man nicht darüber nach, daß Fleisch und so und so viel Aufschlag hat."

Der Haken: Die woke Verständnisvolle war gar keine herkömmliche Kundin, sondern Hannah Mertens, Produktionsassistentin und Moderatorin beim Westdeutschen Rundfunk. Die Tagesschau hat also eigene Leute interviewt, um die gewünschten Aussagen zu bekommen, ohne dies kenntlich zu machen.

Als die Bild über den Fall berichtete, reagierte auch der WDR und gestand:

"Die gezeigte O-Ton-Sequenz im von uns produzierten Beitrag hätte so nicht gesendet werden dürfen. Kolleginnen oder Kollegen zu interviewen, entspricht nicht den journalistischen Standards."

Man bedauere den Fehler, der Beitrag wurde inzwischen gelöscht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Steiniger ließ sich dazu von der Bild wie folgt zitieren: "Wenn's der Öko-Ideologie hilf, heiligt der Zweck beim WDR offensichtlich die Mittel." Selbst der Focus gibt sich genervt: "Zuschauertäuschung ist das eine. Fassungslos macht die Arroganz, mit der die Führungskräfte des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) solche Fälle abtun."

Tiefes Mißtrauen

Da ist es nicht verwunderlich, daß gemäß neuer INSA-Meinungsumfrage nur noch 34 Prozent der Befragten der Auffassung sind, öffentlich-rechtliche Medien würden ideologisch-ausgewogen berichten.

Derweil werden die Bürger weiterhin zwangsweise zur Kasse gebeten, um Falschmeldungs-Maschinen wie die Tagesschau zu ölen. Das geht so nicht mehr weiter. ...<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 2. August 2023 (x1.326/...): >>**CDU holt Kriminelle ins Land: Grenzen schützen statt Parks einzäunen!**

Während die CDU unser Land weiterhin mit Kriminellen und Wirtschaftsflüchtlinge flutet, vertuscht sie ihre Verantwortung mit Ablenkungsmanövern: Jetzt will die Berliner CDU den Görlitzer Park einzäunen und den nächtlichen Zugang beschränken, nachdem dort eine Frau vor den Augen ihres Freundes vergewaltigt wurde.

Was für eine irre Diskussion! Anstatt mit solchen Forderungen die rechtstreuen deutschen Bürger zu bestrafen, darf das kriminelle Klientel gar nicht erst ins Land gelassen werden und muß abgeschoben werden! Doch es ist die CDU, die genau das nicht tut. Nicht in Berlin. Und auch in keinem einzigen anderen Bundesland, das von der CDU regiert wird.

Die CDU, die hier eine vermeintliche Sorge um die Sicherheit der Bürger vorheuchelt, hat

unsere Parks und Freibäder zu Horrorzonen gemacht, unser Land zerstört und Angstzonen zur Alltagsrealität gemacht. Jetzt bringt die Partei für Berliner Parks auch Videoüberwachung ins Gespräch. Der Trend ist klar: Einerseits sollen wir in unseren Freizeit-Einrichtungen immer stärker überwacht werden und wie in einem Hochsicherheitstrakt leben.

Andererseits darf halb Afrika widerstandslos über die deutsche Grenze spazieren und sich unser Land als Beute nehmen. Stoppt die CDU und ihre hohlen Ablenkungsmanöver! Denn nur mit der AfD werden unsere Grenzen geschützt, so daß sich die abwegigen Diskussionen um Park-Einzäunungen gar nicht erst stellen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. August 2023: >>**Maximilian Krah: Der Mann, vor dem die USA zittern**

Von Jürgen Elsässer

Der Spitzenkandidat der AfD für die EU-Wahlen ist in kürzester Zeit zum neuen Haßobjekt für die Systemmedien aufgestiegen - weil er ihrer hündischen Ergebenheit gegenüber den USA widerspricht. Sein neues Buch "Politik von rechts" dürften die wenigsten der gekauften Journalisten gelesen haben - denn dann würden Sie noch mehr zittern. Der Mann hat nämlich Qualitäten - hier mehr zum Buch.

"Bild", der treue Dackel des US-Imperialismus, hat die Fährte gewittert und fängt jetzt laut an zu kläffen. Die erhoffte Beute aller amerikanistischen Wadenbeißer: Der am letzten Wochenende von der AfD gekürte Spitzenkandidat zur EU-Wahl im Juni 2024, Maximilian Krah.

Die Springerzeitung nennt ihn gleich in der Überschrift "tickende Zeitbombe", später wird er als "Schmidtchen Schleicher" der AfD angepinkelt, sein Charme pendle "irgendwo zwischen Teppichhändler und Dresden-Dandy". "Bild" höhnt über die drei Ehen des Politikers - und verschweigt, daß er Witwer geworden ist.

Das ist das Niveau der Lügenpresse. Immer frei nach dem Motto: Warum sachlich, wenn es auch persönlich geht? Aufschlußreich: Die Medienmeute, die so gerne jeden als Nazi verbellt, der nur einen ungegenderten Satz sprechen kann, hat keinen Zitatfetzen gefunden, um Krah die Schelle "rechtsextrem" umzuhängen. Wo der Journaille jedes politische Argument (besser: Scheinargument) fehlt, bleibt nur noch das Werfen mit Dreck.

Gegen Multikulti, für Multipolar

Woher kommt die herzliche Abneigung? Wer Krahs Buch liest, weiß mehr. Der Mann hat in London und Washington studiert, weiß über Wirtschaft und Business Bescheid und kommt im Nadelstreif so gut rüber wie im Poloshirt. Weil er die Angelsachsen kennt, weiß er, daß deren Hegemonie gebrochen werden muß. Die Welt braucht Multipolarität! Zitatense:

"Jeder weiß, daß ich russophil bin. Jeder weiß, daß ich gegen jede Sanktion stimme in Brüssel. Jeder weiß, daß ich Rußland für einen geeigneten Partner halte - aber auf Augenhöhe."

"Aus der heutigen EU kommt nur Schlechtes: Das Verbrennerverbot, der Zwang zur Wärmepumpe, die Zensur des Internets, die Sanktionspolitik gegen die ganze Welt, die Unterstützung des Kriegs in der Ukraine, der ganze Gender-Wahnsinn, Klima.

Das ist Brüssel. Unser Programm ist das genaue Gegenteil. Unser Programm ist Wohlstand, Familie, Volk und Frieden."

Krah tritt für Kooperation mit Rußland und China, für vernünftige Beziehungen mit der arabischen Welt und dem Iran ein. Das machte ihn zum Haßobjekt der transatlantischen Rechten, etwa von seinem ehemaligen Straßburger Fraktionskollegen Nicolaus Fest, der ihn aus der Fraktion mobbte (und bei der Kandidatenkür für die nächsten EU-Wahlen gar nicht mehr antrat). Fest kommt übrigens auch von Springer. Einmal Amerikanist, immer Amerikanist ...

Schmäh vom US-Flügel in der Rechten

Eine regelrechte Kampagne gegen Krah startete der russophobe US-Rechte Matthew Tyrmand im Frühjahr 2023. Im reichweitenstarken Veritas-Portal und in weiteren englischen Veröffentlichungen, aber auch in "Tichys Einblick" suggerierte er, Krah sei, wie die griechische EU-

Abgeordnete Eva Kaili, von Qatar bestochen worden - nur weil dieser während der WM die verlogene Menschenrechtskampagne gegen den Wüstenstaat hinterfragt hatte.

In einem weiteren Artikel bezeichnete er den Sachsen als den "KP-China-Mann der AfD in Brüssel". Obwohl Tyrmand wegen seiner Verrätereien in diesem Frühjahr an Einfluß in der US-Rechten verlor - so hat Steve Bannon mit ihm gebrochen -, betreibt er in Europa seine Schmutzkampagne weiter, etwa über das in Ungarn ansässige Magazin "European Conservative", das ebenfalls gegen Krahn hetzt und sein Motiv auch gar nicht verbirgt: Der Politiker sei "der Champion des Anti-Atlantizismus und befürworte engere Verbindungen mit Rußland, China und sogar antiwestlichen Nationen wie dem Iran".

Doch an Krahn prallt der ganze Schmäb ab - und an der Basis seiner Partei wissen die Leute, daß gerade die Angriffe der US-Freunde gegen ihn ein Ausweis seiner stabilen patriotischen Gesinnung sind. Mit seinem Buch "Politik von rechts" hat er bewiesen, daß sich Nationalstolz und Freundschaft mit anderen Völkern sehr wohl verbinden lassen. Wenn Krahn in Europa Einfluß gewinnt, müssen die US-Eliten und ihre EU-Vasallen zittern! "Politik von rechts" unterstreicht Krahn's Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein.<< ---

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26708" berichtet am 2. August 2023 (x1.319/...): >>Zwingt die WHO Mitgliedsstaaten zum Austritt? - Rede von James Corbett

Sowohl der geplante Pandemievertrag wie die Überarbeitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften sollen der WHO neue und ungeahnte Vollmachten über alle Gesundheitsaspekte jedes einzelnen Bürgers auf der Welt einräumen. Anläßlich der letzten Verhandlungsrunde der WHA präsentiert Kla.TV eine Rede des investigativen Aufklärers James Corbett. Er zeigt darin auf, warum die persönliche Souveränität jedes Einzelnen in Bezug auf die eigene Gesundheit bedroht ist und geht der Frage nach, ob die Mitgliedsstaaten zwangsläufig aus der WHO austreten müssen? ...

Die Weltgesundheitsversammlung (WHA), vorrangig bestehend aus nicht-gewählten Delegierten der Mitgliedsstaaten, hat im Mai 2022 bereits Änderungen an den Internationalen Gesundheitsvorschriften angenommen, die im November 2023 in Kraft treten. Auf ihrer nächsten Tagung, im Mai 2024, sollen der Pandemievertrag und weitere ca. 300 Änderungen der IGV angenommen werden. Die Entwürfe hierzu werden von zwei Arbeitsgruppen verhandelt und erstellt, die aus unbekanntem und nicht-gewählten Leuten bestehen.

Die aktuellste Verhandlungsrunde dieser Gremien fand vom 17. bis 28. Juli, wie gewöhnlich hinter verschlossenen Türen, statt und wurde wieder einmal weitestgehend von den Medien ignoriert.

Was aber bedeuten die geplanten neuen Änderungen des globalen Pandemievertrags für die einzelnen Mitgliedsstaaten?

Zukünftig will die WHO die Souveränität über die Gesundheitspolitik jedes Mitgliedstaates übernehmen, während die öffentlichen Gesundheitsbehörden jedes Staates zu Kontroll- und Überwachungsorganen der WHO mutieren sollen. Aufgrund dieser Machterweiterung fühlen sich immer mehr Menschen, darunter führende Politiker verschiedener Mitgliedsstaaten, zum WHO-Austritt regelrecht gezwungen.

Der investigative Journalist James Corbett, der schon seit über 15 Jahren die korrupten Machenschaften der WHO unter die Lupe nimmt, hielt dazu bei einer Bürgeranhörung in Kanada eine Rede, die Kla.TV für Seine Zuschauer nun ausstrahlt.

Hallo. Ich bin James Corbett von "The Corbett Report".

Für diejenigen, die es nicht wissen, ich bin ein Kanadier, der seit 19 Jahren in Japan lebt und arbeitet und 2007 den Corbett Report als Quelle für Nachrichten und Informationen über Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie und Gesellschaft gegründet hat, und in dieser Hinsicht berichte ich nun schon seit über 15 Jahren über die Korruption der Weltgesundheits-

organisation und warne vor dem aufkommenden Biosicherheitsstaat.

Ich möchte mich also dafür bedanken, daß Sie mir die Zeit gegeben haben, das äußerst wichtige Thema des bevorstehenden globalen Pandemieabkommens anzusprechen, aber ich weiß, daß meine Zeit heute begrenzt ist, deshalb möchte ich gleich mit den relevanten Hintergründen und Zusammenhängen beginnen, um diese Geschichte verständlich zu machen.

Ursprünglich wurde die Weltgesundheitsorganisation 1948 mit dem Ziel gegründet, "das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitsniveaus für alle Völker" zu fördern. Sie will dies erreichen, indem sie als "leitende und koordinierende Behörde für die internationale Gesundheitsarbeit" fungiert.

Dementsprechend verabschiedete das Leitungsgremium der WHO, die Weltgesundheitsversammlung WHA, 1951 die Internationalen Hygienevorschriften, um die zahlreichen, sich überschneidenden internationalen Vereinbarungen, die damals Quarantäneverfahren und andere internationale Gesundheitskontrollen regelten, in einem einzigen Abkommen zusammenzufassen.

Diese wurde 1969 durch die Internationalen Gesundheitsvorschriften (abgekürzt engl. IHR, deutsch IGV) ersetzt, die in ihren 1973 und 1981 geänderten Fassungen sechs Krankheiten abdeckten, sich aber auf drei konzentrierten: Cholera, Gelbfieber und Pest.

Die Besorgnis über das "Auftauchen, Wiederauftauchen und die internationale Ausbreitung von Krankheiten und anderen Bedrohungen", die mit der Zunahme des internationalen Reiseverkehrs in den 1990er Jahren einherging, gab Anlaß zu Forderungen nach einer grundlegenden Überarbeitung des Vertrags. Nach dem SARS-Ereignis von 2003 und der Vogelgrippe-A-Epidemie von 2004, falls Sie sich noch daran erinnern, führte ein erneuter Sinn für Dringlichkeit zur Überarbeitung der IHR im Jahr 2005.

Im Rahmen dieser Überarbeitung schuf die Weltgesundheitsorganisation eine neue Kategorie: den Public Health Emergency of International Concern (Öffentlicher Gesundheitsnotstand von Internationaler Tragweite), der passenderweise mit PHEIC (Hinweis: bitte wie "Fake" aussprechen) abgekürzt wird.

Die Ausrufung eines PHEIC gibt der WHO die Befugnis, Informationen über jede ausgerufene Gesundheitskrise überall einzuholen und weiterzugeben ... mit oder ohne Zustimmung der einzelnen betroffenen Regierungen. Laut Stephen Morrison, dem Direktor des Global Health Policy Center am Center for Strategic and International Studies (= führende Forschungseinrichtung mit Schwerpunkt globale Gesundheit und ihre Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA), ermöglicht dies potentiell ein Eingreifen des US-Militärs oder anderer NATO-Mitgliedsstaaten in diesen Gebieten in Bezug auf Bodentransport, Versorgungskette und Verteilung von Gütern.

Der PHEIC wurde zum ersten Mal 2009 während der sogenannten Schweinegrippe-Pandemie ausgerufen, die, wie sich später herausstellte, auf stark überschätzten Fallzahlen beruhte. Tatsächlich entsprach die "Schweinegrippe-Pandemie" nicht der WHO-Definition einer "enormen Anzahl von Todesfällen und Krankheitsfällen", und als ein CNN-Reporter am 4. Mai 2009 darauf hinwies, wurde diese Formulierung umgehend entfernt.

Damals wurde Richard Schabas, der ehemalige Chefarzt der kanadischen Provinz Ontario, mit den Worten zitiert: "Manchmal denken einige von uns, die WHO stehe für Welt-Hysterie-Organisation".

Im Jahr 2010 kamen sowohl eine Untersuchung des British Medical Journal als auch eine Untersuchung des Europarats zu dem Schluß, daß die wichtigsten Wissenschaftler, die die damalige WHO-Direktorin Margaret Chan bei der Ausrufung des PHEIC für die Schweinegrippe beraten hatten, "gegen Bezahlung für Pharmafirmen gearbeitet hatten, die von den von ihnen ausgearbeiteten Leitlinien profitierten", und rügten die WHO für ihren völligen Mangel an Transparenz bei diesem Prozeß.

In der Folge wurden PHEICs für die ausgerufenen Polio-Welle 2014, den Ebola-Ausbruch 2013 in Westafrika, die "Zika-Virus-Epidemie" 2015, die Kivu-Ebola-Epidemie 2018-2020 und natürlich 2020 für die sogenannte neuartige Coronavirus-Pandemie und 2022 für die "Affepocken-Pandemie" - Fragezeichen! - ausgerufen.

Jeder dieser Fälle führte zu massiven Profiten für Pharmahersteller und andere Nutznießer des wachsenden Biosicherheitskomplexes und zu massiven Machtzuwächsen für die "Gesundheitsbehörden" in jedem Land und für die WHO im Besonderen. Man sagt uns, daß der derzeitige WHO-Direktor sogar die Entscheidung seines "Expertenbeirats" ignoriert hat, den Ausbruch der Affepocken im letzten Jahr einseitig zu einem internationalen Gesundheitsnotfall zu erklären.

Unglaublicherweise gibt sich die WHO nicht mit der bemerkenswerten Macht zufrieden, die sie bereits genießt. Sie ist derzeit mit einem bewußt verwirrenden Prozeß beschäftigt, um gleichzeitig zwei Dinge zu tun:

Erstens, die Internationalen Gesundheitsvorschriften erneut zu ändern, um der WHO noch mehr Überwachungs- und Kontrollbefugnisse bei jeder willkürlich erklärten Gesundheitskrise zu geben.

Zweitens soll ein globaler Pandemievertrag geschaffen werden, der die Souveränität der einzelnen Nationalstaaten aufhebt und der WHO noch mehr Befugnisse zur Überwachung und Kontrolle der öffentlichen Gesundheitsbehörden überträgt, um die nächste Pandemie zu verhindern.

Der Prozeß für diese beiden separaten Verhandlungen findet gleichzeitig statt, und obwohl es die Fassade der öffentlichen Beteiligung an diesen Prozessen gibt, wird in Wirklichkeit nur akkreditierten Organisationen Zeit gegeben, ihre Meinung über die Notwendigkeit eines solchen Vertrags zu äußern, und selbst dann ist die WHO nicht verpflichtet, solche Beiträge auch nur schon zu berücksichtigen.

Statt dessen finden die eigentlichen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen in nichtöffentlichen Sitzungen statt, und die Entwürfe und Sitzungsprotokolle werden nur gelegentlich an die Öffentlichkeit weitergereicht.

Schlimmer noch, wie die WHO bereits bewiesen hat, ist ihr Verfahren zur Verabschiedung dieser vorgeschlagenen Änderungen bestenfalls eine Formalität und schlimmstenfalls reine Theatralik. ...

Daß ein absolut nicht gewähltes, nicht rechenschaftspflichtiges Gremium, das so viel Macht über internationale Angelegenheiten ausübt, hinter verschlossenen Türen tagt, um unter dem Vorwand des nächsten ausgerufenen Notstands über die Zukunft der Menschheit zu entscheiden, sollte beunruhigend genug sein. Aber die wenigen Details, die über diese Verhandlungen durchgesickert sind, sind noch erschreckender.

Dazu gehören:

- Bestimmungen im Entwurf des vorgeschlagenen Vertrags, die die Mitgliedstaaten verpflichten würden, im Falle künftiger Krisen unter dem Deckmantel der "Bekämpfung von Fehlinformationen" eine Online-Zensur einzuführen.

- Bestimmungen zur Schaffung eines globalen digitalen Impfpasses, um ungeimpfte Menschen im Falle der nächsten erklärten Krise an der Reise zu hindern;

- und die Forderung an die WHO-Mitglieder, "Überwachungssysteme" für künftige Pandemien aufzubauen und zu verstärken.

Während diese Ideen für diejenigen, die die Geschichte der WHO oder die Errichtung des Biosicherheitsnetzes nicht kennen, harmlos oder sogar edel erscheinen mögen, muß für diejenigen unter uns, die drei Jahre beispielloser medizinischer Tyrannei erlebt haben - von erzwungenen Quarantänen und Lockdowns bis hin zu dem Versuch, experimentelle medizinische Eingriffe illegal zu verordnen -, muß es für uns höchste Priorität haben, der beispiellosen

Machtergreifung der WHO Einhalt zu gebieten.

Der Weltgesundheitsorganisation gehören derzeit 194 Mitgliedsstaaten an, darunter auch Kanada. Um Mitglied der WHO zu werden, muß ein Staat die WHO-Verfassung ratifizieren, die dem Leitungsgremium der WHO, nämlich der Weltgesundheitsversammlung (WHA), die Befugnis erteilt, "Übereinkommen oder Vereinbarungen in Bezug auf alle in die Zuständigkeit der Organisation fallenden Fragen zu treffen", die nach ihrer Ratifizierung jeden Mitgliedstaat verpflichtet, diese Übereinkommen zu übernehmen oder den Generaldirektor der WHO innerhalb von 18 Monaten über die Ablehnung oder die Vorbehalte gegen diese Übernahme zu informieren.

Als Mitgliedstaat der WHO ist Kanada verpflichtet, sich an die Beschlüsse der Weltgesundheitsversammlung zu halten oder spezifische Gründe für die teilweise oder unvollständige Einhaltung der WHO-Regeln und -Übereinkommen anzugeben. Dementsprechend legt die kanadische Gesundheitsbehörde regelmäßig "Selbstbewertungsberichte" über die Einhaltung der Internationalen Gesundheitsvorschriften vor.

Als absolutes Minimum müssen die Kanadier alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Souveränität Kanadas über seine öffentliche Gesundheit wiederherzustellen, indem sie ihre Vorbehalte gegen die IHR und den Pandemievertrag anmelden. Das wäre natürlich keine Lösung für das von der WHO aufgeworfene Problem, aber es wäre ein Anfang. Eine umfassendere Lösung wäre der vollständige Austritt Kanadas aus der WHO.

Aber als jemand, der nicht nur zutiefst zynisch ist, was die Fähigkeit der Öffentlichkeit angeht, solche Angelegenheiten zu beeinflussen, sondern der tatsächlich glaubt, daß der politische Prozeß selbst - mit seiner inhärenten Abschaffung der individuellen Souveränität und damit im weiteren Sinne der körperlichen Autonomie - ungültig und unmoralisch ist, würde ich vorschlagen, daß ein radikalerer Ansatz angemessen sein könnte.

Das heißt, aktiver und koordinierter ziviler Ungehorsam auf breiter Front gegen medizinische Erlasse und Mandate, ob auf Bundes- oder Provinzebene, die nicht im Interesse der individuellen Gesundheit sind, einschließlich, wenn möglich, der Gründung privater medizinischer Organisationen mit Ärzten und anderen Gleichgesinnten, die bereit sind, sich über das Diktat der WHO, des kanadischen Gesundheitswesens und jeder anderen selbsternannten Gesundheitsbehörde hinwegzusetzen, um Gesundheitsversorgung unabhängig vom Impfstatus oder anderen unvernünftigen Diktaten anzubieten.

Ich weiß, daß eine solche Bewegung ohne einen grundlegenden Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung nicht zustande kommen wird, und ein solcher Wandel müßte auf einem grundlegenden Wandel des öffentlichen Bewußtseins und Verständnisses beruhen. Deshalb beteilige ich mich an Untersuchungen wie dieser und mache die Arbeit, die ich mache, um das Bewußtsein für diese Themen zu schärfen.

Ich hoffe, Sie können verstehen, daß es zu diesem Problem und seiner Lösung viel, viel mehr zu sagen gibt, als in einer kurzen Präsentation wie dieser gesagt werden kann. Wenn Sie mehr über dieses Thema erfahren möchten, empfehle ich Ihnen die verlinkte Abschrift dieser Erklärung, die Sie unter corbetteport.com/pandemictreaty finden.

Außerdem sollten Sie in den Archiven des Corbett Report nach meiner früheren Arbeit über die WHO und den Biosicherheitsstaat suchen und meine monatlichen Gespräche mit Dr. Meryl Nass auf Children's Health Defense verfolgen, in welchen wir den Fortschritt der Änderungen des Pandemievertrags auf dem Weg zu ihrer vorgeschlagenen Ratifizierung auf der 77. Gesundheitsversammlung, in 2024, dokumentieren.

Aber lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Die WHO wurde 1948 gegründet, um die internationalen Bemühungen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit zu koordinieren. Aber was ist Gesundheit?

Das mag wie eine triviale Frage klingen, aber wie wir in den letzten Jahren gesehen haben,

kann die Antwort auf diese Frage jeden Aspekt unseres Lebens beeinflussen, von der Frage, zu welchen medizinischen Eingriffen wir verpflichtet sind, bis hin zu der Frage, ob wir unser Haus verlassen dürfen oder nicht.

Wir können es uns nicht leisten, daß Regierungsbeauftragte und nicht gewählte Technokraten bei der WHO diese unglaublich wichtige Frage für uns beantworten. Es liegt an uns, diese Frage selbst zu beantworten und zu entscheiden, welche Gesundheitsvorkehrungen wir zu treffen bereit sind und unter welchen Umständen wir sie zu treffen bereit sind.

Jeder Vertrag, jede Gesundheitsverordnung oder jedes andere Dokument, das unsere körperliche Autonomie untergraben würde, ist null und nichtig und sollte so behandelt werden, als hätte es nie existiert.

Ich danke Ihnen für Ihre Zeit.<<

03.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. August 2023:

>>Rettet die Wale vor der Windkraft

Von *Craig Rucker*

Die US-amerikanischen Medien berichten derzeit über eine spektakuläre Aktion zur Rettung der gefährdeten Meeressäuger. Die New York Post verkündete, daß "die Winde des Wandels wehen".

"Verdammt seien die Wale"

In der Zeitung hieß es:

"Die vom Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT) organisierte Koalition schickte drei Boote zur South Fork Wind Farm, die etwa 20 Meilen von Martha's Vineyard und Montauk, NY, entfernt liegt. Sie trugen Schilder mit der Aufschrift STOP WINDMILLS - SAVE WHALES (Stoppt die Windmühlen, rettet die Wale) und forderten die Maschinenführer mit einem Megafon auf, den Bau zu stoppen.

'Seit dem Beginn der Offshore-Windkraftanlagen im Jahr 2016 gibt es eine beunruhigende Anzahl von Walen, die tot an den Stränden entlang der Ostküste angespült werden, und es ist schockierend zu sehen, wie schnell die Energieversorger bereit sind, sich mit dem Bau dieser Anlagen zu beeilen', sagte der Präsident der Gruppe Craig Rucker in einer Erklärung gegenüber The Post. 'Ihr Motto ist fast so etwas wie: 'Verdammt seien die Wale, volle Kraft voraus.' Darüber hinaus könnten diese Windparks den Fischern und ihrer Industrie Schaden zufügen, indem sie das Ökosystem stören, von dem sie leben, sagte er.

Wir machen auf all dies aufmerksam, indem wir die Standorte dieser zerstörerischen Monstrositäten aufsuchen und die Betreiber auffordern, ihr rücksichtsloses Vorhaben, unsere Ostküste zu verunstalten, einzustellen."

Die Eile der Biden-Regierung, Milliarden für Offshore-Windkraftanlagen auszugeben, ist ein kolossaler Fehler. Die Bundesaufsichtsbehörden schießen an ihrer Aufgabe als Wächter vorbei, ohne die Gefahr zu erkennen, die Windkraftanlagen für gefährdete Wale und andere wertvolle Meeresbewohner darstellen. Sie sind blind für den ungewöhnlichen Anblick von Walkadavern, die an unsere Strände gespült werden.

Kurzlebige Monstrositäten

Der massive Bau von Offshore-Windkraftanlagen industrialisiert unsere unberührte Küste zum Nachteil von Meereslebewesen, Fischern, Bootsfahrern und allen, die unsere Ozeane schätzen. Zu allem Überfluß sind diese Monstrositäten auch noch kurzlebig und erzeugen Berge von Abfall, der nicht recycelt werden kann. Ihr Fußabdruck ist enorm schmutzig. Darüber hinaus hat Europa bereits bewiesen, daß Windturbinen eine furchtbare Art der Stromerzeugung sind! Die Windenergie ist unregelmäßig und ineffizient. Wenn der Wind weht, gibt es keine Kapazitäten, um den erzeugten Strom zu speichern.

CFACT fordert die Bundesaufsichtsbehörden auf, den Bau von Offshore-Windkraftanlagen zu

stoppen und die Schäden, die Offshore-Windkraftanlagen für Wale, Meereslebewesen, Menschen und unser Stromnetz verursachen können, vollständig zu untersuchen.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu. <<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26711" berichtet am 3. August 2023 (x1.319/...): >>Impftote nun plötzlich Hitzetote

Von Kla.TV-Gründer *Ivo Sasek*

Daß den Impfmördern zunehmend das Wasser bis zum Hals steht, zeigt sich:

a) an den neuen Gesetzen, die ab dem 25.8.2023 allen sozialen Plattformen mit Höchstbußen drohen, wenn diese "politisch unkorrekte Inhalte" nicht sofort sperren;

b) an der nicht mehr zu verbergenden Überzahl Covid-Impftoter - es sei, man wandle sie in Hitzetote. ...

c) an der subtilen Manipulation der Massenmedien, die nicht mehr zu leugnenden Impfschäden den Krankenkassen unterzujubeln. Nur eines aber tut not:

Sämtliche Impfschäden müssen auf deren mutwillige Verursacher, auf Big Pharma, WHO und all die heimtückischen Drahtzieher und Groß-Profiteure dieser Plandemie gelegt werden - samt Schadenersatzzahlungen.

Nun steht den Impf-Mördern zunehmend das Wasser bis zum Hals. Daß dies so ist, läßt sich leicht an den angekündigten neuen Gesetzen auf den 25. August 2023 erkennen. Ab diesem Tag steht nämlich die offene Drohung im Raum, potentiell das gesamte Netz lahmzulegen, wenn irgendwer irgendwelche - ich sag's mal mit meinen Worten - politisch unkorrekte Inhalte verbreitet. Dies gilt sowohl für Facebook, als auch für Twitter, Instagram, Meta, TikTok, Snapchat usw. - einfach für alle!

Und sie alle werden unter Androhung von Höchststrafen dazu gezwungen, die totale Zensur auf Kommando auszuüben. Es gibt nur einen einzigen Grund, warum dies so ist: Den frechen Mördern steht das Wasser bis zum Hals! Sei es nun zum Thema rituelle Gewalt, Klimälügen usw. Hinsichtlich der Impfproblematik ist jetzt alles, was Professor Bhakdi und all seine wissenschaftlichen Kollegen rechtzeitig angekündigt und davor gewarnt haben, am Eintreffen. Darum steht ihnen das Wasser bis zum Hals. Die Aufbrüche von Impfschäden häufen sich gerade derart kraß, daß nun selbst die Mainstream-Medien nicht mehr darum herumkommen, davon zu berichten.

Aber wer an dieser Stelle denkt, daß dadurch endlich die ganze Wahrheit ans Licht kommt, der versteht das ganze finstere Spiel noch nicht. Ich erinnere an die tausendfach belegte Tatsache, daß sich sämtliche Mainstream-Medien in ihrer pyramidalen Spitze nur in ganz wenigen Händen befinden (Eine Welt - Drei Nachrichtenagenturen: <https://www.kla.tv/10242>). Und diese Hände sind dieselben, die auch Big Pharma, größte Teile der Wissenschaft, größte Teil der Raumfahrt und das ganze Kriegsgeschäft und dergleichen fest im Griff haben.

Es sind aber auch dieselben Hände, die gerade den ganzen Klimawahn vorantreiben. Und an dieser Stelle wird es nun bitter ernst - für uns alle! Ich appelliere darum in erster Linie an all euch Aufklärer da draußen, ganz egal, wer ihr seid, woher ihr seid, und in welchem Umfang ihr zur Aufklärung fähig seid. Laßt uns jetzt keine strategischen Fehler begehen. Ich bitte euch, dieselben strategischen Prioritäten zu beachten, zu denen ich gerade alle Kla.TV-Redaktionen verpflichtet habe. Um was geht es?

Fakt ist, daß sich die immer zahlreicher werdenden Impfpfopfer von COVID-19 nicht mehr verbergen lassen. Die Weltwoche hat schon im April enthüllt: "Amtlich bestätigt: Impfung ist gefährlich - Bundesamt für Gesundheit empfiehlt Covid-Impfung nicht mehr. Ärzte die weiterhin impfen, sind neu haftbar." Was für eine krasse Berichterstattung. Dann berichtet Philipp Gut, wie bei uns in der Schweiz daher gerade von uns bezahlte Impfdosen im Wert von 780 Millionen Franken in den Eimer geworfen werden. Und all dies, weil unsere Regierung jetzt plötzlich nicht mehr hinter den nutzlosen Covid-Impfungen steht.

Daß solches überdies still und heimlich von unserer Regierung angepaßt wurde, verärgert natürlich um so mehr jeden, der es hört. Besonders jene, die sich nun völlig vergeblich und zum eigenen Schaden haben durchimpfen lassen. Daraus sind nun also so viele Impfgeschädigte resultiert, daß sowohl Bundes- als auch Medienhäuser langsam in Gefahr stehen, vom betroffenen Volk niedergehauen oder gar niedergebrannt zu werden, wenn sie jetzt nicht endlich zur ganzen Wahrheit über den grausigen Corona-Impfbetrug und seine verheerenden Impfschäden stehen.

Denn es ist nun einmal knallharter Fakt, daß Impfgeschädigte null Abdeckung und Hilfe bekommen. Statt alle Verursacher mit Big Pharma zur Rechenschaft zu ziehen, wird die Haftung nun einfach auf alle Ärzte und Impfpfopfer übertragen. Das ist das Grausigste vom Ganzen. Das alles schreit natürlich in den Betroffenen nach Rache. Darum wenden die frechen Mörder - wie Goethe sie ungehemmt nannte - den uralten Trick an, den ja schon Millionen Ehebrecher erfolgreich angewandt haben, nachdem sie auf frischer Tat ertappt wurden.

Anstatt sich zum Ehebruch zu bekennen und die Konsequenzen für alles zu tragen, kehrten sie jeweils einfach den Spieß um, zeigten mit dem Richter-Finger auf den schuldlosen Ehepartner und begannen ihm alle möglichen Fehler und Sünden zu unterstellen. Und dort geschieht immer wieder der gleiche Fehler: Die Schuldlosen sind derart betroffen, wenn der Finger plötzlich auf sie gerichtet ist, über diese ungerechten Anschuldigungen, daß sie sich gegenüber dem schuldigen Partner zu verteidigen und zu rechtfertigen beginnen. Sie fallen in die Defensive.

Plötzlich dreht sich der Spieß, so daß nicht mehr der nachgewiesene Ehebruch im Zentrum steht, sondern allerlei Anklagen gegen irgendwelche Schwachstellen des schuldlosen Partners. Etwa daß dieser zu unordentlich, zu ungepflegt oder was auch immer sei, oder daß dieser sich oft verspäte, Mundgeruch habe usw.

Seht ihr, und genau nach diesem Prinzip der Schuld-Umkehrung handeln auch die großen frechen Mörder da draußen, die laufend ganze Völker schädigen und diese zuletzt mit ihren Corona-Todesspritzen und all den Zwangsmaßnahmen dem Ruin entgegengetrieben haben. Statt sich jetzt zu den aufgefliegenen Schädigungen zu bekennen und zuzugeben, daß ihre Todesspritzen einen unermesslichen Schaden angerichtet haben und noch anrichten werden, beginnen sie mit dem Finger auf das von ihnen geschädigte Volk zu zeigen.

Sie locken die Geschädigten auf diese Weise gleichsam auf einen Nebenschauplatz - um den es an dieser Stelle aber keinesfalls gehen darf. Doch sie tun es konsequent trotzdem, weil sie Meister der Ablenkung auf Nebenschauplätze sind. So lenken sie unsere Aufmerksamkeit z.B. gerade dadurch von ihrem Covid-Völkermord ab, indem sie uns ständig durch die russische oder klimatische Bedrohung in Schrecken versetzen. Versteht ihr? Die Leute, die diese Schrecken angezettelt haben, sind aber ein und dieselben, die zuoberst auch die Strippen der ganzen Covid-Geschichte gezogen haben und noch ziehen.

Und deren Problem ist es mittlerweile, daß immer mehr Menschen aufwachen und genau dieses finstere Spiel durchschauen. Sie haben diesen ganzen Mainstream-Müll auch zunehmend satt, bis über beide Ohren hinaus. Sie lassen sich nicht mehr jeden Tag mit Kriegsgerüchten überziehen, ängstigen und in Panik versetzen! Und das merken diese Menschenfeinde, diese frechen Mörder. Und genau darum versuchen sie uns ständig auf Nebenschauplätze abzuschleppen.

Einer dieser Nebenschauplätze ist ihre verlogene Klimaphilosophie, ihr gezielt produzierter Klimaschock, ihr geschürter Klimawahn. Und warum tun sie das noch einmal? Um von ihren aufgefliegenen Schwerstverbrechen mit den Covid-Giftspritzen und gesetzwidrigen Verordnungen abzulenken, um von allen Haftungsforderungen gegenüber den zahllosen Impfgeschädigten abzulenken. Darum überdröhnen ihre Massenmedien schon während den ersten Eingeständnissen von Impfschäden schon wieder mit ihrem lauten Geschrei über Hitzewellen. Plötzlich soll es die Hitze sein, die die Menschen jetzt gerade wie die Fliegen sterben läßt - es

ist aber der Impfschaden, versteht ihr.

Plötzlich ist es die Hitze, kalter Frühling und Unterdurchschnitts-Sommer allerorts hin oder her. Sie drücken das jetzt einfach durch oder versuchen es zumindest. Auf diesem Weg suchen sie gleichsam von den Leichenbergen in ihren Kellern abzulenken. Und an dieser Stelle habe ich alle Kla.TV-Redaktionen dazu verpflichtet, nicht auf Stammtisch-Ebene abzusinken, nicht auf solcherlei Ablenkungen hereinzufallen und sich nicht auf allerlei Nebenschauplätze manövrieren zu lassen.

So haben wir diese Tage z.B. gerade eine fantastische Recherche veröffentlicht, die belegt, daß wir gar keine sonderlichen Hitzewellen usw. haben. Eine echt gründliche, gute und aufwendige Recherche, die zeigt, daß von Rußland bis Indien, von Deutschland bis Spanien, Großbritannien bis zur Mongolei, Ukraine usw. im Grunde genommen eher das bare Gegenteil der Fall ist.

Aber leider völlig kommentarlos und ohne jeden Aufschrei des Entsetzens wurde nüchtern berichtet, wie ausgerechnet Karl Lauterbach, dieser sogenannte Gesundheitsminister diese neue Hitzepanik schürt und knallharte Konsequenzen fordert. Wie bitte? Es hat mich in meinem Sessel verwunden, daß ausgerechnet wir an dieser Stelle versäumt hatten, die ganze Rechnung rund um diesen Kriminellen zu machen. Wir sind dadurch selber unmerklich auf dem gewünschten Nebenschauplatz gelandet. Das ist doch reinstes Stammtischniveau, versteht ihr?

Darum habe ich umgehend angeordnet, daß wir künftig jeden einmal aufgefliegenen Schandtäter solange nicht mehr aus den Augen lassen, bis seine Verbrechen ordnungsgemäß und komplett gerichtet sind. Lauterbach ist doch, wie auch Drost, Spahn und Konsorten, unwiderlegbar wegen tödlichen Irreführungen des Volkes und wegen verfassungswidrigen, gesetzesbrecherischen, volksmörderischen Verordnungen aufgefliegen. Solche Männer haben doch eben noch ganze Völker geschädigt. Daß es nun ein und derselbe Mann ist, der völlig ungestraft, die nächsten volkszerstörerischen Lügen aufischt, geht einfach nicht! Versteht ihr?

Wir Aufklärer müssen strategischer denken lernen! Diese Feinde der Menschheit müssen von uns so lange ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt werden, bis sie vor einem Volkstribunal stehen. Denn der gesamten Justiz scheinen die Hände gebunden zu sein, da sie konsequent keinen Finger rühren.

Also müssen wir bei jeder neuen Schandtat solcher "Lauterbachs", zuerst einmal deren bereits begangenen Verbrechen gegen die Menschheit wieder ins Bewußtsein der Völker einhämmern und deren Einkerkelung fordern. Solche Leute gehören ins Gefängnis. Überdies muß immer aufs Neue aufgewärmt und vertieft werden, daß auch solche Leute wie Lauterbach, Drost und Spahn nur kleine Marionetten im großen Polit- oder besser gesagt Wirtschaftsspiel sind. Die werden gebraucht, die werden gelenkt.

Wir werden doch von völlig anderen Kreisen regiert, als wie es uns tagtäglich vorgelogen wird. Macht das den Menschen verständlich! Unsere sogenannte gewählten Politiker sind leider nichts als machtlose Marionetten, die von widersinnigsten Gesetzen geknechtet - vor allem die Polizei usw. - und von einer gottverdammten Geheimbund-Mafia manipuliert werden. Unsere Berichterstattung muß daher die bereits aufgedeckten Verbrecher samt ihren Verbrechen immer fix im Auge behalten, sie ins Zentrum rücken und deren neue Verbrechen konsequent im Lichte ihrer bereits begangenen und nicht geahndeten Verbrechen aufzeigen. So gilt es zu handeln, versteht ihr?

Sonst sind wir, wie die Stammtischschwätzer immer nur dabei, deren neuesten Verbrechen zu dokumentieren und zu widerlegen. So, wie ich es vorher von dem betrogenen Ehepartner gesagt habe. Statt den Finger auf dem bewiesenen Ehebruch des Partners zu behalten und solange einzig auf diesen Fakt zu bestehen, läßt der Betrogene sich auf die Ablenkungsmanöver des Beträgenden ein und beginnt sich zu verteidigen, beginnt in die Defensive abzugleiten, anstatt

in der Offensive zu verharren, wo die einzige Chance auf eine Oberhand liegt. Und genau durch diesen Fehler decken letztlich sogar die Betrogenen die Betrüger noch besser, als diese sich selber gegenseitig decken könnten. Defensive deckt diese Bande!

Ich bitte euch, alle ihr geschätzten Aufklärer und Gehilfen der Wahrheit: Setzt diese strategische Notwendigkeit um, wie auch wir es als Kla.TV nun um so konsequenter tun. Laßt uns die aufgefliegenen frechen Mörder ans Licht reißen und deren Schandtaten ins Bewußtsein der Völker einhämmern. So lange, bis entweder die Justiz sie ahndet - und zwar bis zur obersten Etage - oder bis sich Millionen ehrwürdige Volksgenossen versammeln, um Tribunale auszurufen, die dann legal, in echt abrechnen mit diesen Schwerstverbrechern.

Wenn wir das nicht durchsetzen, wird ein und derselbe Lauterbach, der so viele Menschen auf Geheiß von oben in den Tod oder in die Verkrüppelung genötigt hat, seine Schandtaten nun auf uns alle abwälzen. Ihr werdet es sehen mit eigenen Augen. Und er wird uns auch noch so lange die Klimaschuld in den Kopf hämmern, bis alle nur noch in defensiver, sprich abwehrender Haltung immer neue Gegenargumente hin und her schieben.

Statt dessen muß die Stimme der Völker immer lauter werden, daß die geforderte und überaus notwendige Abrechnung mit Lauterbach, Drost, Gates und wie sie alle heißen, bis zum letzten Schuldigen geschehen muß! Die Völker dürfen es nicht zulassen, daß man ihnen weiterhin die Leichen, samt verursachten Kosten dieser Verbrecher, in die Schuhe schiebt, oder daß man all die durch die Impfung Zerstorten nun hinterhältig als Hitzetote deklariert, um das zu verbergen. So würden nämlich zuletzt wir alle als die Schuldigen dastehen, weil wir zu viel CO2 ausatmen und solcher Quatsch, versteht ihr?

Ich fasse zusammen: Es ist zwar notwendig, alle neuen Lügen zu entlarven und die Gegenargumente aufzuzeigen. Dies aber immer nur, nachdem wir aufgezeigt haben, daß diese Ablenkungsmanöver nun durch genau jene Menschen geschehen, die uns eben gerade noch gesamt haft in die Irre geführt haben und dafür nicht sogleich gebührend zur Rechenschaft gezogen wurden. Wir Aufklärer müssen vereint in dieselbe Kerbe schlagen und strategisch einfordern, daß sämtliche Impfschäden allein von Big Pharma und deren Vasallen bezahlt werden müssen. Von der Pharma - habt ihr das gut verstanden?

Nicht etwa von unseren Krankenkassen oder letztlich gar von unseren gutherzigen Spenden. Denn es ist komplett rechtswidrig, daß sich Big Pharma vor ihrem tödlich fahrlässigen Impfvölkerexperiment gegen Strafverfolgung immun machen konnte und auch noch als einzige von diesem schweren Schaden profitiert - und zwar in Billionenhöhe. Wir haben so lange auf die Bestrafung all dieser Übeltäter zu bestehen, bis ihre Missetaten gesühnt sind. Weil sie von niemandem gestoppt wurden, konnten sie die gesamte Haftung für Impfschäden nun den Ärzten und den von ihnen Geschädigten aufhalsen.

Und letztlich natürlich uns, dem betrogenen Volk. Tolerieren wir also auch konsequent nicht, daß Impfschäden über Krankenkassen abgerechnet werden dürfen. Das ist der ständige große Kampf auf dem Nebenschauplatz. Denn diese Kosten tragen ja auch wieder wir, das betrogene Volk, versteht ihr? Alle Impfschäden müssen als Impfschäden aufliegen, und die Kosten samt Schadenersatzzahlungen müssen auf die wahren Verbrecher übertragen werden: Auf Big Pharma, auf die WHO - die man eben auch nicht gestraft hat und die jetzt zur Weltgesundheitsdiktatur durchbrechen will - und alle, die das ganze Desaster, diesen ganzen Völkermord in irgendeiner Weise direkt oder indirekt mitverursacht haben. Die müssen bezahlen, die müssen wir zur Kasse bitten.

Gelingt uns das nicht, wird uns ab dem 25. August 2023 potentiell jede letzte Möglichkeit genommen werden, über soziale Medien ausreichend viele Menschen zu erreichen, weil dann das gesetzliche Recht auf totale Zensur potentiell eingeführt wird. Dann werden die frechen Lügner und Mörder allein das Wort haben über ihre Medien, und dann werden wir, die Völker, für all das den Kopf hinhalten und bluten bis zum letzten Hemd - völlig wehrlos, völlig

aussichtslos, völlig rechtlos.

Laßt uns also zusammen synergisch werden, die Offenlegung verdichten, bis es - wenn es nicht anders geht - zu einem legitimen Volkstribunal kommt. Ohne ein solches scheint es über kurz oder lang keinerlei Aussichten mehr auf wahre Gerechtigkeit zu geben. Unten im Sendungstext findet ihr übrigens einen Link zu einer neuen NGO, die sowohl die Voraussetzung, als auch den Weg zu einem legalen Volkstribunal detailliert erklärt.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26713"](http://Klagemauer.tv/26713) berichtet am 3. August 2023 (x1.319/...): >>**Die Akte Tedros - Wird der WHO-Chef zum mächtigsten Mann der Welt?**

Könnte sich die Coronakrise mit allen Freiheitsbeschränkungen in noch weit verschärfter Form wiederholen?

Kla.tv nimmt heute den Mann unter die Lupe, dessen Machtbefugnisse enorm ausgeweitet werden sollen und der dann sehr leicht weltweit neue Pandemien ausrufen kann.

Es handelt sich um Tedros Adhanom Ghebreyesus, den aktuellen Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation WHO. Er ist der erste Afrikaner in diesem Amt und auch der erste WHO-Chef, der kein Arzt ist.

Er stieg im Jahre 2020 in die Liste der 100 einflußreichsten Persönlichkeiten des US-Nachrichtenmagazins Time auf. Wie kam es zu diesem kometenhaften Aufstieg des 1965 in Asmara, im heutigen Eritrea geborenen Tedros, der im Mai 2017 zum WHO-Generaldirektor gewählt wurde? Die nachfolgende 5-teilige Akte Tedros bringt erschütternde Fakten ans Licht, die für die Allgemeinheit bisher weitgehend im Verborgenen geblieben sind:

Akte 1: Der Aufstieg zum Chef der WHO

Tedros studierte an der Universität Asmara und erhielt 1986 einen Bachelor of Science in Biologie. Anschließend trat er in das äthiopische Gesundheitsministerium als Junior-Experte für öffentliche Gesundheit ein. 1992 erreichte er als Abschluß eines weiteren Studiums einen Master of Science in Immunologie von Infektionskrankheiten an der Universität London.

Laut Wikipedia trat Tedros bereits 1991 der kommunistischen Tigrayan People's Liberation Front - kurz TPLF - bei, die gemeinsam mit anderen äthiopischen Befreiungsorganisationen nach einem langanhaltenden, bewaffneten Konflikt 1991 den Diktator Mengistu Haile Mariam stürzte. Anschließend regierte die TPLF bis 2018. Als Mitglied der Partei TPLF stieg Tedros Schritt für Schritt auf und wurde für folgende hochrangigen Ämter ernannt:

2001: Leiter des regionalen Gesundheitsbüros von Tigray

2003: Stellvertretender äthiopischer Gesundheitsminister

2005 - 2012: Gesundheitsminister von Äthiopien

2012 - 2016: Außenminister von Äthiopien

2017: Wahl zum WHO-Generalsekretär

Brisant ist, daß die TPLF eine gewalttätige Organisation mit kommunistischer Agenda ist. Seit 1976 wird die TPLF als terroristische Organisation in der Global Terrorism Database geführt, weil sie vielfach an Entführungen und Geiselnahmen beteiligt war. Die TPLF hat in ihrer fast 30jährigen Regierungszeit schwerste Menschenrechtsverletzungen begangen.

Als hochrangiges Mitglied des Politbüros und langjähriger Minister der TPLF muß Tedros für diese Verbrechen mitverantwortlich gemacht werden!

Auch nach seiner Wahl zum WHO-Generaldirektor im Jahr 2017 scheinen seine alten Seilschaften zur gewaltbereiten TPLF noch bestens zu funktionieren. Der äthiopische Generalstabschef Birhanu Jula Gelalcha beschuldigte Tedros am 19. November 2020 öffentlich, die Terrorgruppe zu unterstützen, indem er versuchte Waffen für die TPLF zu beschaffen.

Fazit: Die gewaltbereite Terrorgruppe TPLF wurde für Tedros zum Steigbügelhalter! Dies wirft einen dunklen Schatten auf seinen Aufstieg!

Akte 2: Schwerste Verbrechen gegen Menschenrechte!

Die folgenden Auszüge aus offiziellen Jahresberichten der Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch (HRW) von 2005 - 2016 dokumentieren unvorstellbare Greuelthaten der äthiopischen Regierung unter Tedros:

2006: Verhaftung von 76 Oppositionspolitikern und Journalisten.

Zahlreiche Folterungen und Inhaftierungen - sogar von Schulkindern - durch Regierungsbehörden

2007: Regierungstruppen brennen ganze Dörfer nieder, begehen öffentliche Hinrichtungen, vergewaltigen Frauen und Mädchen, verhaften willkürlich Verdächtige, foltern und töten diese auch in vielen Fällen. Tausende werden zur Flucht aus ihren Häusern gezwungen.

Die Genitalverstümmelung von Frauen ist weit verbreitet.

2008: Regierungstruppen verüben Massenverhaftungen, Folter, Vergewaltigungen, außegerichtliche Hinrichtungen und überfallen eine Moschee, töten dabei 21 Menschen, sieben von ihnen wird die Kehle durchgeschnitten.

2009: Menschenrechtsslage weiter verschlechtert!

Neue Gesetze über die Zivilgesellschaft sind laut Human Rights Watch "die restriktivsten aller vergleichbaren Gesetze in der Welt".

2010: Zeitungen werden geschlossen, Redakteure fliehen aus Angst!

Regierungspartei gewinnt Parlamentswahlen mit 99,6 % der Stimmen. Kann man hier überhaupt noch von freien Wahlen sprechen?

2011: Delegation von Amnesty International wird aus Äthiopien ausgewiesen!

2012: Auch nach dem Tod von Machthaber Meles, der das äthiopische Regime von 1995 - 2012 anführte und auch Tedros als Minister berief, verbesserte sich die Menschenrechtsslage in Äthiopien keineswegs.

2013: Der Africa Report stellt fest, daß Tedros nach dem Tod von Meles zu einem der drei einflußreichen Politiker der TPLF aufgestiegen ist.

2014: Die Regierung überwacht regelmäßig Telefonate.

Unter dem Vorwand, die Grundversorgung zu verbessern, sollen bis zu 1,5 Millionen Dorfbewohner auf dem Land gewaltsam umgesiedelt werden.

2015: Amnesty meldet schwerste Foltermethoden wie Verbrennungen und Elektroschocks in lokalen Polizeistationen und regionalen Gefängnissen.

2016: Human Rights Watch meldet, daß äthiopische Sicherheitskräfte in den Regionen Oromia und Amhara mehr als 500 weitgehend friedliche Demonstranten töteten.

Der derzeitige äthiopische Premierminister Abiy Ahmed, dem 2019 der Friedensnobelpreis verliehen wurde, bestätigte nach dem friedlichen Machtwechsel 2018 vor dem äthiopischen Parlament die Berichte von Human Rights Watch und Amnesty. Er bezeichnete das Vorgehen seiner Vorgängerregierung als Terrorismus.

Laut einem Bericht des britischen Nachrichten-Portals "The Expose" war die von 1991 - 2018 regierende TPLF eines "der korruptesten, brutalsten und völkermörderischsten Regimes, das in den letzten 30 Jahren auf diesem Planeten Fuß gefaßt hat". Tedros war als führendes Mitglied dieses Regimes Mittäter!

Focus online berichtet, daß der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler David Steinmann, der 2019 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, Ende 2020 vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen Tedros eingereicht hat. Er beschuldigte ihn des Völkermordes in Äthiopien, weil Tedros einer von drei maßgeblichen Entscheidungsträgern für "ethnische Säuberungen" war. Tedros war somit verantwortlich für zahllose Inhaftierungen, Folterungen und Ermordungen von Amharas, Konsos, Oromos und von Somali-Stämmen.

Zusammenfassend stellt das britische Nachrichten-Portal The Expose über die Tedros-Regie-

rungszeit in Äthiopien fest:

"Die TPLF-Regierung hat ... unzählige Massaker verübt. Dr. Tedros war ein integraler Bestandteil der TPLF, die ihre Macht dadurch aufrechterhielt, daß sie jeden abschlachtete, der es wagte, ihre Unterdrückungstaktik in Frage zu stellen."

Die dokumentierten Greuelthaten hat Tedros laut dem australischen Nachrichtenmagazin The Spectator niemals öffentlich beanstandet oder sich gar dafür entschuldigt.

Vielmehr hat Tedros nach seinem Amtsantritt als WHO-Chef ausgerechnet den damaligen Präsidenten von Simbabwe, Robert Mugabe, zum Botschafter des guten Willens für die WHO ernannt. Mugabe hat ebenfalls schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen. Dies zeigt, daß Tedros selbst gegenüber schwersten Menschenrechtsverletzungen kein Unrechtsbewußtsein zu haben scheint. Die Ernennung Mugabes mußte er daher nach heftigen internationalen Protesten unverzüglich widerrufen.

Fazit: Brutalste Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in seiner Zeit als verantwortlicher Minister bringen seine Gewissenlosigkeit ans Licht und machen ihn untragbar!

Akte 3: Verbrechen als Gesundheitsminister

Ausgerechnet im Umgang mit Epidemien werden dem aktuellen WHO-Chef heftigste Vorwürfe gemacht. Während seiner Amtszeit als Gesundheitsminister Äthiopiens soll er in den Jahren 2006, 2009 und 2011 mehrfach Choleraausbrüche ignoriert haben. Tedros soll das örtliche Gesundheitspersonal unter Druck gesetzt haben, die bereits nachgewiesene Cholera als "wäßrigen Durchfall" zu bezeichnen. Durchgesickerte E-Mails enthüllten, daß er sich mehr Sorgen um den Schaden für die äthiopische Wirtschaft machte als um die Menschen, die damals scharenweise starben.

Der US-Rechtsprofessor für Gesundheitsrecht Larry Gostin kommentierte gegenüber der New York Times: "Dr. Tedros ... hatte die Pflicht, den Machthabern gegenüber die Wahrheit zu sagen und über einen längeren Zeitraum nachgewiesene Cholera-Ausbrüche ehrlich zu identifizieren und zu melden". Laut einem offenen Brief renommierter US-Ärzte hat Tedros auch 2017 als bereits amtierender WHO-Generaldirektor erneut eine Cholera-Epidemie im Sudan vertuscht! Die Ärzte schrieben:

"Ihr Versäumnis, Stuhlproben von Opfern im Sudan zur offiziellen Bestätigung der Cholera nach Genf zu bringen, macht Sie zu einem Komplizen des schrecklichen Leidens und Sterbens Täglich bestätigen neue Berichte, daß es sich tatsächlich um eine Cholera-Epidemie handelt." Laut dem Britischen Nachrichtenportal The Expose hat Tedros nicht nur Cholera-Epidemien vertuscht, er war als zuständiger Gesundheitsminister auch mitschuldig an der jahrelangen völkermörderischen Blockade von Lebensmitteln und Medikamenten für die somalische Bevölkerung im Ogaden.

Er war daran beteiligt, das Rote Kreuz und Ärzte ohne Grenzen während einer Reihe von Choleraausbrüchen aus dem Ogaden zu vertreiben und verschuldete dadurch den Tod unzähliger Menschen während einer Reihe historischer Hungersnöte und Epidemien.

Weiterhin soll das von ihm geleitete Gesundheitsministerium Massensterilisierungskampagnen zur Bevölkerungskontrolle gegen die ethnische Gruppe der Amharas durchgeführt haben. Dabei wurden Impfstoffe eingesetzt, welche die Frauen unfruchtbar machten.

FAZIT: Zahlreiche vertuschte Choleraepidemien und die Blockade von Hilfslieferungen für bestimmte ethnische Stämme disqualifizieren Tedros auch als Gesundheitsminister!

Akte 4: Die Tedros-Connections

Zahlreiche unabhängige Berichtersteller kommen daher zu folgender Schlussfolgerung:

Tedros Adhanom Ghebreyesus hätte nie zum Generaldirektor der WHO gewählt werden dürfen!

Er hätte wegen Verbrechen gegen das äthiopische Volk angeklagt werden müssen!

Er hat sich als Terrorist und Schwerstverbrecher erwiesen!

Wie war es jedoch möglich, daß er dennoch zum WHO-Chef gewählt wurde?

Sehr bemerkenswert ist, daß Wikipedia darüber berichtet, wie Tedros in seiner Zeit als Gesundheitsminister Äthiopiens sehr eifrig damit beschäftigt war, Beziehungen zu internationalen Persönlichkeiten zu knüpfen. Hier einige Beispiele:

Zum Ex-US-Präsidenten Bill Clinton

Er traf sich sowohl zu Beginn seiner Ministeramtszeit als auch als WHO-Generalsekretär sehr schnell persönlich mit Clinton. Dieser bezeichnete Tedros als "einen der fähigsten Staatsdiener, mit denen ich je zusammengearbeitet habe". Tedros war 2015 als Redner auf der Jahrestagung der Clinton Global Initiative eingeladen. Tedros wiederum verhalf der Clinton Stiftung zu einer 100-Millionen-Dollar-Spende durch einen sehr dubiosen schwedisch-kanadischen Bergbaukonzern, der auch mit afrikanischen Diktatoren und marxistischen Rebellen Geschäfte machte und unter Mißachtung der Menschenrechte Bodenschätze abbaute.

Zu Bill Gates

Immer wieder stellte Tedros Posts von persönlichen Treffen mit Gates öffentlich. Tedros übernahm leitende Posten in Organisationen, wie z.B. dem Global Fund oder der Gavi-Stiftung, die Gates sehr nahestehen. Gates war sein großer Mentor und unterstützte die Kandidatur von Tedros zum WHO-Chef sehr. Hier stellt sich die Frage wie unabhängig Tedros wirklich gegenüber dem zweitgrößten Geldgeber der WHO ist. Gates soll z.B. Einfluß darauf genommen haben, daß die WHO-Empfehlung, Kinder nicht gegen Corona zu impfen, gestrichen wurde.

Zu Ex-US-Präsident Barack Obama

Durch seine gute Beziehung zu Ex-US-Präsident Obama schaffte es Tedros, daß die USA 2010 Äthiopien zu einem der US Global Health Initiative Plus-Länder ernannten, wodurch das Land große Finanzmittel für öffentliche Gesundheitsprojekte erhielt, die laut Analysten vielfach in anderen dunklen Kanälen versickerten.

Zu Klaus Schwab

Ein Tweet von Tedros zeigt ihn mit WEF-Gründer Klaus Schwab, bei dem er diesem die engere Zusammenarbeit mit dem WEF versichert. Ist das die Gegenleistung für die Unterstützung seiner Kandidatur zum WHO-Chef? Bedenklich ist diese Verbindung auf jeden Fall, da es sich bei Klaus Schwab um den Hauptdrahtzieher des Great Reset handelt und dieser das Ziel verfolgt, daß niemand mehr etwas besitzen soll.

Offenkundig sind auch Tedros' enge Beziehungen zum kommunistischen und totalitären Regime in China. China wurde unter Tedros zum größten Geldgeber Äthiopiens, wo die Spenden von 345.000 US-Dollar im Jahr 2000 auf 44 Millionen US-Dollar im Jahr 2017 stiegen - angeblich für Nahrungsmittel- und Flüchtlingsprogramme.

China ist durch die Tedros-Connections auch zum Haupt-Waffenlieferanten und größten Handelspartner Äthiopiens geworden. Äthiopien wird daher heute als "Klein-China" Ostafrikas bezeichnet, weil es von China massiv beeinflußt wird.

Durch diese aufgeführten zahlreichen Verflechtungen erschloß Tedros bereits zum Beginn seines Aufstieges sehr lukrative Geldquellen, so daß Unsummen an Geldern nach Äthiopien flossen, die zu großem Wohlstand für ganz Äthiopien hätten führen müssen. Zahlreiche Berichte bestätigen jedoch den Mißbrauch dieser Gelder durch die Regierung - z.B. berichtet Zeit online im Oktober 2010, daß Entwicklungshilfegelder zur Unterdrückung von Regierungskritikern verwendet wurden.

Ein Bericht, der im Jahr 2011 von Global Financial Intelligence* - kurz GFI veröffentlicht wurde, ergab, daß sich die Summe der Gelder, die Äthiopien 2009 auf illegale Weise verlasen haben, auf insgesamt 3,26 Milliarden Dollar beliefen. Dies ist eine Verdoppelung gegenüber den Vorjahren. Der Betrag übersteigt bei weitem die Summe der gesamten äthiopischen Exporte von ca. 2 Milliarden Dollar.

Als Hauptgründe nennt der Bericht die explodierende Korruption in Regierung, Militär und im Finanzsektor. Da explizit die Regierung zuerst genannt wird, liegt der dringende Verdacht nahe, daß Tedros ebenfalls massiv in Korruption und Veruntreuung verwickelt war.

Erklären die aufgeführten Verflechtungen nicht schlüssig die Frage, wie es möglich war, daß Tedros trotz seiner offensichtlich äußerst fragwürdigen Vergangenheit zum Generaldirektor der WHO gewählt wurde? Unterstützten die genannten mächtigen Globalstrategen vielleicht gerade deswegen seine Kandidatur? Durch seine Verstrickungen in schwerste Verbrechen können diese Drahtzieher im Hintergrund nämlich ihren Einfluß ungehemmt ausüben.

Dies zeigt aber auch eindrücklich, daß diese keinerlei Skrupel haben, selbst schlimmste Verbrecher in höchste Ämter zu befördern.

FAZIT: Mit Tedros eng verflochtene Globalstrategen haben ihn zum WHO-Chef aufsteigen lassen!

Akte 5: Über die Gesundheitsdiktatur zur Weltherrschaft

Schon während der Coronakrise hatte Tedros mit seinen Pandemievorgaben die Freiheit fast aller Menschen massiv einschränken lassen. Weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt, plant Tedros mit seinen Drahtziehern im Hintergrund den nächsten Coup: Die massive Ausweitung seiner Macht über alle 194 Mitgliedstaaten der WHO - und somit fast über die ganze Welt!

Dieses Ziel will er durch zwei Maßnahmen erreichen, die gravierende Auswirkungen auf die gesamte Menschheit hätten:

Der WHO-Pandemievertrag

Der WHO-Pandemievertrag soll bis Mai 2024 zur 77. Weltgesundheitsversammlung in seiner Endfassung vorliegen und muß anschließend von 194 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

Durch diesen Vertrag würde die WHO mit ihrem Generaldirektor Tedros zur absoluten Führungsinstanz in der internationalen Gesundheitspolitik werden. Tedros könnte durch Schaffung neuer Gremien aus nicht demokratisch gewählten Mitgliedern, ohne weitere Zustimmung nationaler Parlamente, neue weitreichende Bestimmungen erlassen. Mißliebige Informationen könnte er als sogenannte "Desinformation" massiv zensieren!

Die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Die bisher beratende WHO soll zur rechtsverbindlichen weltweiten Führungsinstanz werden. Kurz: Aus Empfehlungen werden Befehle! Der Passus, daß Menschenrechte und Grundfreiheiten berücksichtigt werden müssen, soll gestrichen werden! Tedros könnte dann bereits bei einer drohenden potentiellen Gefahr einen weltweiten Gesundheitsnotstand ausrufen und dadurch z.B. Medikamente zur Behandlung verpflichtend vorschreiben, eine Impfpflicht erlassen, Testbescheinigungen verpflichtend einführen oder auch Reisebeschränkungen verhängen. Alle erlassenen Maßnahmen müßten von allen Mitgliedstaaten verbindlich umgesetzt werden! Weiterführende Informationen können Sie den eingblendeten Sendungen entnehmen.

Die Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften erfolgt ohne jede Legitimation durch das Volk. Was die nicht demokratisch gewählten Delegierten auf der 77. Weltgesundheitskonferenz im Mai 2024 beschließen, wird nach Ablauf einer Frist von 10 Monaten automatisch internationales Recht. Nur ein ausdrücklicher, fristgerechter Widerspruch kann aus dieser Falle retten. Die beiden aufgeführten Vorhaben von Tedros müssen eindeutig als "Ermächtigungsgesetze" bezeichnet werden. Laut Wikipedia gab Richard Horton, der Chefredakteur der renommierten Medizinfachzeitschrift The Lancet Tedros, den Titel "General-Diktator".

Als solcher hat sich Tedros bereits am 23. Juli 2022 erwiesen: Tedros erklärte in eigenmächtiger Weise kurzerhand den Ausbruch der Affenpocken zu einem öffentlichen Gesundheitsnotstand internationaler Tragweite, obwohl neun von 15 Experten dagegen gestimmt hatten. In ähnlich diktatorischer Weise könnte Tedros auf Grundlage seiner "Ermächtigungsgesetze"

Vorschriften erlassen, die die massiven Corona-Freiheitseinschränkungen noch weit in den Schatten stellen würden.

FAZIT: Durch die verdeckt geplante, enorme Machterweiterung des WHO-Generaldirektors sollen einem Mann Machtbefugnisse gegeben werden, die ihn zum wohl mächtigsten Mann der Welt machen. Die in dieser Dokumentation aufgedeckte schwerstkriminelle und terroristische Vergangenheit dieses Mannes wird in Kombination mit dieser geplanten Machtfülle unausweichlich zu einer Versklavung der Völker führen!

Internationaler Weckruf an die Menschen aller Völker!

Verehrte Zuschauer,

die internationale Völkergemeinschaft, sozusagen alle Menschen dieser Erde, stehen jetzt am Scheideweg!

Die Versklavung der Völker ist derart heimtückisch eingefädelt, daß die aufgezeigten Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften automatisch in Kraft treten werden, wenn ihnen nicht ausdrücklich widersprochen wird!

Jeder, der dazu schweigt, stimmt daher automatisch zu! Dürfen wir zulassen, daß dieser skandalträchtige Mann derartige Machtbefugnisse bekommt?

Werden Sie deshalb auf zweierlei Weise gegen die drohende Gesundheitsdiktatur aktiv, die zur Versklavung der Völker führen würde:

Informieren Sie die Abgeordneten Ihres Wahlkreises. Schreiben Sie einen Brief oder greifen Sie zum Telefonhörer. Erheben Sie Ihre Stimme und fordern Sie die Verantwortlichen zum Handeln auf! Auf unserer Originalseite www.kla.tv stellen wir Ihnen zur näheren Information unterhalb der Sendung ein Dokument zum Download zur Verfügung. Darin werden die wesentlichen Gründe, warum diese Verträge abzulehnen sind, erklärt.<<

Italien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. August 2023: >>Italiener protestieren: Meloni streicht Bürgergeld

Von *S. Hofer*

Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia hätte im Falle von Neuwahlen gute Chancen, neue italienische Ministerpräsidentin zu werden.

Wieder einmal erweist sich "Patriotin" Meloni als Mogelpackung: sie streicht hilfsbedürftigen Landsleuten die Stütze. Dagegen regen sich Proteste.

Sahra Wagenknechts Programm zur Erneuerung von Ludwig Erhardts sozialer Marktwirtschaft ist eine fundierte Alternative zum heutigen Great Reset-Liberalismus. In dem Buch "Die Selbstgerechten" präsentiert sie, neben der Abrechnung mit Neulinken, ihre ökonomische Zukunftsvision.

Stellen Sie sich vor, Sie sind von der Stütze abhängig. Plötzlich erreicht eine SMS, abgesendet von der netten Regierung. Darin lesen Sie: Selbst die geringen Hilfgelder werden Ihnen noch gestrichen.

Soziale Grausamkeit? Ja, und sie ist 169.000 italienischen Haushalten widerfahren. Das Bürgergeld, erst 2019 von Ex-Regierungschef Giuseppe Conte eingeführt, wird ab 01. August nur noch an Haushalte gezahlt, die Minderjährige, Menschen mit Behinderung oder Personen über 65 Jahre beinhalten.

Auftraggeber dieses Streichung: Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni. Und die hat noch mehr vor: Im Spätsommer könnten zusätzliche Streichungen folgen: Weitere 80.000 Haushalte wären betroffen.

Als Argument muß (wieder mal) die "Anreiz-Behauptung" erhalten: Nur wem Elend drohe, suche sich Arbeit... Eine Billig-Anthropologie, die bereits durch Karl Marx widerlegt wurde - und der war bekanntlich ein scharfer Gegner sogenannter "Nichtstuer".

Mit dieser Aktion bestätigt Meloni, was sie durch antirussische Parteinahme für die USA und ihre Abkehr vom chinesischen Seidenstraßen-Projekt bereits ahnen ließ: Sie ist eine Mogel-

packung, ist keine Patriotin. Zur Erinnerung: Horrorautor Stephen King brachte es schon vor Jahren auf den Punkt:

"Patrioten", die sich nicht um die Armen ihres Landes scheren, sind keine. Was ist ein Staat, wenn nicht auch Solidargemeinschaft? Wer gesellschaftliche Solidarität ablehnt, fördert Atomisierung und damit die globale Markt-Diktatur.

Sollte jemand einwenden, daß großzügige Sozialsysteme die Massenmigration fördern, dem sei entgegnet: Bürgergeld gibt es in Italien nur für Personen, die mindestens zehn Jahre dort wohnen. Arbeitslose Neuankömmlinge werden anderweitig versorgt.

Inzwischen gibt es Meldungen von heftigen Protesten gegen Melonis Streichung. Hoffen wir, daß sie französisches Niveau erreichen, so daß sie der Regierung einen "Anreiz" bieten, diesen Irrsinn zurückzunehmen.

Auch wenn Sahara Wagenknechts Weigerung zur Querfront-Bildung manchen antäuscht hat: Ihr Programm zur Erneuerung von Ludwig Erhardts "Wohlstand für alle" ist eine fundierte Alternative zum heutigen Neoliberalismus, der in Richtung Great Reset steuert. In dem Buch "Die Selbstgerechten" präsentiert sie, neben der Abrechnung mit Neulinken, ihre ökonomische Zukunftsvision.<<

04.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. August 2023: >>"Haut ab": Özdemir und Schulze ausgepiffen

Von *Sven Eggers*

Der Unmut gegen die Grünen wächst. Umfragewerte sinken, gegen öffentliche Auftritte grüner Politiker gibt es immer wieder Protest. Die Truppe um Annalena Baerbock ist enttarnt. Ein echter Geheimtip in diesem Zusammenhang: Das Buch "Junge globale Führerin" von Michael Grandt über die grüne Außenministerin.

Im oberbayerischen Chieming, malerisch am Ostufer des Chiemsees gelegen, wehte den Grünen vor einigen Tagen ein eisiger Wind entgegen. Umweltminister Cem Özdemir und Katharina Schulze, grüne Fraktionschefin im bayerischen Landtag, bekamen auf einer Bierzelt-Wahlveranstaltung den geballten Zorn frustrierter Bürger zu spüren. Buh-Rufe, Pfiffe, Sprechchöre: Man konnte sein eigenes Wort nicht mehr verstehen. Die Mehrzahl der 2.500 Besucher nutzte ganz offensichtlich die Gelegenheit, um mit den Grünen abzurechnen.

Direkt ins Ohr gepfiffen ...

Polizeibeamte bildeten schließlich eine Kette vor der Bühne. Vergeblich bemühte sich Özdemir, die Menge zu beruhigen: "Man muß nicht unserer Meinung sein." Sein Vorschlag "Sie lassen mich jetzt reden, und nach der Rede bleibe ich hier" wurde mit donnernden "Hau ab-Rufen" quasi abgelehnt. Eine Reporterin des Bayerischen Rundfunks quengelte, ihr sei direkt ins Ohr gepfiffen worden.

Auf völlig verlorenem Posten stand zudem Katharina Schulze. Auch sie wurde massiv niedergepfiffen. Am nächsten Morgen weinte sie sich im Bayerischen Rundfunk aus:

"Auch am Tag danach bin ich noch schockiert über die Art der Auseinandersetzung. Ich habe ja schon öfter im Bierzelt gesprochen. Aber so eine Stimmung und vor allem auch so einen massiven Polizeischutz habe ich noch nie erlebt."

Flehentlich appellierte sie an die CSU und Grünen-Kritiker: "Hört auf, Öl ins Feuer zu gießen! Wenn ihr selbst dauernd die Grünen als Insektenfresser betitelt, wie es ja immer mal wieder passiert, dann wundert euch nicht, wenn andere Leute das als Aufforderungen nehmen, aggressiver aufzutreten."

Schulze weiter: "Wenn sich die Polizei Sorgen um die Sicherheit des Bundeslandwirtschaftsministers" machen müsse, dann sei eine Grenze überschritten, "nämlich die Grenze des politischen Meinungs-austausches und der Diskussionen".

Die Polizei teilte unterdessen allerdings mit, zwar sei es sehr laut gewesen, es habe aber keine

Sicherheitsstörung gegeben, auch Anzeigen lägen keine vor.

"Wir, die Verfassungsschützer"

Sogar ein Politologe mischt sich jetzt in die Debatte ein. Der Münchner Politikwissenschaftler Stefan Wurster warnt davor, alle Brücken einzureißen. Es sei entscheidend, daß die demokratischen Parteien generell bereit seien, miteinander zu koalieren und Kompromisse zu schließen. In mehreren Bundesländern koaliere die CDU mit den Grünen. Auch in Bayern sei ein schwarz-grünes Bündnis nicht völlig ausgeschlossen.

Was die Schulze noch lernen muß: Es ist nicht automatisch demokratiefeindlich, die Grünen abzulehnen. Darauf läuft ihre Kritik nämlich hinaus. Es scheint, also könne sie gar nicht begreifen, wie man sie und ihresgleichen ablehnen könne. Ins Bierzelt von Chieming schrie sie trotzig: "Wir Grüne sehen uns als die Verfassungsschützer!" Viel mehr war allerdings auch nicht zu versehen.

Unvergessen ist hingegen ihr kleiner Video-Clip aus dem Sommer 2018, der noch immer die Runde macht. Darin zischt die Schulze wütend:

"Ich habe keinen Bock, daß alte weiße Männer, weil sie mit Vielfalt nicht zurechtkommen, unsere Zukunft verspielen, und ich habe auch keinen Bock, daß nationale Kleingeister unser Europa kaputt machen. Und ich finde, wir brauchen jetzt endlich einen Aufstand der Anständigen und Aufrechten."

Einen wirklichen Aufstand der Anständigen hat Katharina Schulze ja nun gerade selbst im Bierzelt von Chieming erlebt. Unvergessen ist auch ihre Tirade für die Impfpflicht im Landtag von Bayern Ende 2021 sowie ihre offene Forderung nach gesellschaftlicher Ausgrenzung "ungeimpfter Erwachsener".

Insofern muß sie sich also nicht wundern, wenn ihr Widerstand entgegenschlägt; alles andere wäre ja beinahe unverantwortlich. Solche Politiker benötigen den demokratischen Druck der Straße! Daß es sich bei den Grünen nicht um harmlose Spinner handelt, unterstreicht nachdrücklich das Buch "Junge globale Führerin" von Michael Grandt, eine brillante Entlarvung von Annalena Baerbock.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 4. August 2023 (x1.328/...):
>>**Übernahme christlicher Gotteshäuser - "Baut eure Kirchen - wir machen sie zu Moscheen"**

Kirchen werden zu Moscheen - das ist längst ein Trend in Deutschland, Europa und dem Westen. Mit der Hilfe von Investoren aus der arabischen Welt werden alte Kirchen von islamischen Gemeinden übernommen - für viele auch eine Form des Dschihad.

Max Roland

Ein junger Mann mit schwarzem Bart steht vor einem mächtigen, alten Mauerwerk. An der Seite ragt ein spitzer Turm in die Luft, große Fenster zieren das "Schiff", das längliche Hauptgebäude. "Man könnte glauben, das hier ist eine Kirche", sagt er. Doch es ist keine Kirche - nicht mehr. Denn die ehemalige "Dreifaltigkeitskirche" der methodistischen Gemeinde im englischen Sheffield wurde geschlossen. Jetzt ist sie eine Moschee. "Wie überall im Vereinigten Königreich haben wir (diese Kirche) übernommen", feiert der Mann im Video. "Der Islam ist hier, um zu bleiben."

"Das britische Volk mag (diese Entwicklung) vielleicht nicht", meint er. "Aber wie bei vielen Dingen: Manche Dinge, die man nicht mag, sind gut für einen. Also baut weiter eure Kirchen, laßt sie leerstehen. Wir kaufen sie bald und machen sie zu Moscheen", triumphiert der junge Moslem.

Kirchen zu Moscheen - ein europäischer Trend

Sein Triumphgehebe ist nicht unbegründet: Seit über zehn Jahren findet, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, eine stille Veränderung statt. Quellen aus der afro-arabischen, islamischen Welt unterstützen muslimische Gemeinden und Sekten im Westen mit viel Geld,

mit dem auch alte Kirchen gekauft und zu Moscheen gemacht werden. Die Zentralmoschee Wembley im Nordwesten Londons war eine solche Kirche, die von Moslems gekauft und in eine Moschee umgeweiht wurde.

Auch die Hamburger Nur-Moschee war eine Kirche, die 2013 durch einen muslimischen Investor gekauft und dem islamischen Zentrum der Stadt geschenkt wurde. Die Moschee wird neben Spenden vor allem durch Zuwendungen des Emirats Kuwait gefördert. Die Hamburger taz bezeichnete das ganze damals schon als "neue Normalität". In ganz Europa und der christlich-westlichen Welt finden sich solche Beispiele.

So waren auch die heutige Al-Fateh-Moschee in Amsterdam oder die Eyup-Sultan-Moschee im friesischen Groningen einst christliche Kirchen. Auch in Frankreich sorgt die Ent- und Umweihung von Kirchengebäuden immer wieder für Aufregung. Der deutsche Auslandssender Deutsche Welle widmete der Entwicklung bereits 2013 einen Bericht.

"Allah" statt Kreuz: Der Turm der Al-Nur-Moschee in Hamburg war einst Kirchturm.

"Zeichen von Unterwerfung"

Christlich-Konservative und rechte Gruppen in Europa und der westlichen Welt sehen diese Entwicklung höchstkritisch - sie sind aber nicht die einzigen. Auch der Wissenschaftler Mahmoud Zaki kritisierte solche Übernahmen bereits vor Jahren als unklug. Zaki ist Medienforscher an der Universität Westminster und beschäftigt sich insbesondere mit radikalislamischen Bewegungen.

"Berichte von Sicherheitsbehörden zeigen, daß viele islamische Zentren in Europa, die von radikalen Gruppen kontrolliert werden, den Kauf von Kirchen und ihre Umweihung zu Moscheen als eine Form des Dschihad im Namen Allahs sehen - auf gleicher Stufe wie den Märtyrertod", schreibt Zaki in der panarabischen Zeitung The Arab Weekly.

Auch Amrou Farouk, ein Experte in Fragen des politischen Islams, warnt: "Die historische Symbolkraft ist immens. In Konflikten zwischen Christentum und Islam war die Übernahme von Glaubensstätten ein Zeichen von Unterwerfung und Eroberung."

Als Beispiel führt er die Hagia Sophia an, einst Hauptkirche des orthodoxen Christentums im byzantinischen Reich. "Byzanz war definitiv verloren, als die größte Kirche der Welt, die Hagia Sophia, im Jahr 1453 zur Moschee umgeweiht wurde. Bitterkeit darüber wirkt bis heute nach", meint der Forscher und erinnere an die kritischen Reaktionen, als der türkische Präsident Erdogan die zum Museum gewordene Hagia Sophia vor wenigen Jahren wieder zur Moschee weihen ließ. Damals hatten Vertreter der christlichen Orthodoxie, aber auch Papst Franziskus oder US-Außenminister Mike Pompeo protestiert.

Deutschland säkularisiert sich - seine Zuwanderer nicht

Kirchen zu Moscheen - das ist ein Symptom vieler Entwicklungen. Oft stehen Kirchen leer, weil den christlichen Gemeinden die Mitglieder davonlaufen. Während sich die ehemals christliche Mehrheitsgesellschaft in Deutschland wie im Westen immer weiter säkularisiert und von ihrer angestammten Religion distanziert, wächst die Zahl der Muslime stetig: Die Einwanderung aus den oft tiefreligiösen Gesellschaften des Orients bringt neue Gläubige nach Europa, die zunehmend den Platz der schwindenden Christenheit einnehmen.

Allein 2019 wurden 10 ehemalige Kirchen in Deutschland zu Moscheen. Ein Trend der Säkularisierung ist in diesen Zuwanderercommunities nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Nachfahren von Eingewanderten Muslimen sind häufig religiöser, als es ihre Eltern und Großeltern sind. "Junge Muslime in Deutschland entdecken die Religion für sich. Ganz selbstverständlich sehen sie im Islam eine Einheit von Religion und Politik. Die Scharia ist ihr Lifestyle", schreibt selbst die Grüne Heinrich-Böll-Stiftung. Oft ist das auch bewußte Abgrenzung zum Land, in dem sie leben.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. August 2023:

>>**Soros: " Mein Imperium hat Sowjet-Imperium ersetzt"**

Von *Sven Reuth*

Wer noch Zweifel daran hat, welche geopolitische Rolle George Soros spielt, sollte sich einige seiner Aussagen aus einem 2015 geführten Interview vor Augen führen. Das grandiose Enthüllungsbuch "George Soros' Krieg: Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben" zeigt den Einfluß des ungarischen Milliardärs auf den Ukraine-Krieg und die Berichterstattung des Mainstreams.

"Ich war aktiv an der Revolution beteiligt, die das Sowjetsystem hinweg fegte", äußerte George Soros in seinem im Jahr 2000 erschienenen Buch "Die offene Gesellschaft" stolz. Nach dem Epochenbruch 1989/90 wuchs er sogar noch stärker in die Rolle eines global agierenden Spekulanten hinein, der die Regierungen ganzer Länder vor sich hertrieb.

Der Mann, der die Asienkrise auslöste

Das bewies er nicht nur mit seiner Attacke auf das Britische Pfund, sondern auch mit seinen gegen die thailändische Währung gerichteten Leerverkäufen. Diese führten im Sommer 1997 schließlich nicht nur zu einem Kollaps des dortigen Zahlungsmittels Baht, sondern zu einer Kettenreaktion, die am Ende auch in Südkorea, Indonesien, Malaysia und auf den Philippinen die Volkswirtschaften kollabieren ließ.

Millionen Menschen, die sich in oft jahrzehntelanger Arbeit einen bescheidenen Wohlstand erwirtschaftet hatten, stürzten über Nacht in bittere Armut. Malaysias Premierminister Mahamad Mahatir charakterisierte Soros damals so:

"Ein Räuber und Bandit, der in einem Zeitraum von zwei Wochen 30 bis 40 Jahre Arbeit zunichte gemacht hat."

Nach außen hin gibt Soros freilich bis heute weiter den Menschenfreund, der uneigennützig große Teile seines Vermögens einsetzt, um zu helfen, wo er nur kann. Es stellt sich allerdings die Frage, ob er wirklich ganz ohne Hintergedanken schon in den frühen neunziger Jahren Hunderte von Millionen US-Dollar in ein ganzes Netzwerk an Stiftungen fließen ließ, die er in den Ländern Osteuropas schon kurz nach dem Mauerfall gründete.

Wachsendes Mißtrauen

Wahrscheinlicher ist eher, daß er instinktiv erkannte, daß sich in dem riesigen Raum zwischen dem Plattensee und der Halbinsel Kamtschatka angesichts einer Vielzahl geschwächter und auf externe finanzielle Transfers angewiesener Staaten ein geradezu einmaliges Betätigungsfeld zur politischen und ökonomischen Einflußnahme öffnete.

Die von ihm finanzierten zivilgesellschaftlichen Organisationen spielten jedenfalls eine entscheidende Rolle beim Sturz des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosević im Oktober 2000 sowie beim Machtwechsel in der Ukraine im Februar 2014. Nicht zuletzt deshalb ist in den Staaten des ehemaligen Ostblocks die Skepsis gegenüber dem gebürtigen Ungar heute wohl größer denn je. Die Gruppierungen, die mit seinem Namen in Verbindung gebracht werden, werden mißtrauisch beäugt und gelten einigen sogar als regelrechte fünfte Kolonne des Westens, die es darauf abgesehen hat, die nationale Souveränität der dortigen Staaten zu unterhöhlen.

Wer noch Zweifel an der Rolle hat, die George Soros auf geopolitischer Ebene spielt, muß sich bloß ein Interview anhören, das Soros im April 2015 in New York mit Orville Schell, einem Mitarbeiter der Asia Society, führte. Hier betonte Soros:

Soros: "Mein erstes Projekt ... obwohl das erste in Südafrika war ... aber dann Osteuropa und die UdSSR. Als das Sowjetimperium zusammenbrach, zog ich ein und sammelte die Scherben auf. Zuerst 1984 in Ungarn, 1987 in Polen und China. So hat das Soros-Imperium das Sowjetimperium ersetzt."

Schell: Was sind Ihre Pläne?

Soros: "Jetzt bin ich am meisten in Rußland engagiert. Wir wiederholen, was in der UdSSR geschah. Aber leider gibt es einen großen Unterschied. Als die Union zusammenbrach, erlebte

Europa gerade seine höchste Integration. Jetzt haben wir umgekehrt das wieder erstarkte Rußland und das zerfallene Europa. Eine traurige Situation."

George Soros hat seit 1990 über 32 Milliarden Dollar in den Aufbau eines weltweiten Netzwerks von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Hochschulen, Medien und Thinktanks investiert, die Presse, Justiz und Politik beeinflussen. Ab dem Jahr 2000 hatte er durch dieses Netzwerk so viel Macht angehäuft, daß es ihm sogar gelang, durch sogenannte "Farbrevolutionen" Regierungen zu stürzen. Zusammen mit der Obama-Regierung trugen Soros-nahe Aktivisten und NGOs 2014 zu einem Umsturz in der Ukraine bei.

Seitdem herrscht Krieg in der Ostukraine. Dabei trägt der heutige Krieg viele Anzeichen einer Auseinandersetzung zwischen zwei Oligarchen: George Soros und Wladimir Putin. Das grandiose Enthüllungsbuch "George Soros' Krieg: Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben" zeigt den Einfluß des ungarischen Milliardärs auf den Ukraine-Krieg und die Berichterstattung des Mainstreams.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. August 2023: >>**Gender: Kaffee-Werbung mit Brustamputation**

Von *Karel Meissner*

Die Trans-Ideologie ist ein Aufruf zur Selbstverstümmelung. Jetzt nutzt eine britische Kaffeehaus-Kette die Amputationsnarben von Trans-Patienten sogar zu Werbezwecken. Die Gender-Bewegung ist Bestandteil des Transhumanismus-Projekts ...

Die Trans-Ideologie ist vor allem: Bizarrer Hype um eine Persönlichkeitsstörung. Wirklich zu glauben, man sei im falschen Körper geboren - das schreit nach therapeutischer Hilfe. Und ja, im Ernstfall, wenn alles andere versagt, KANN (muß nicht!) eine Geschlechtsumwandlung dem Patienten gewisse Besserung verschaffen.

Diese Therapie ist jedoch begleitet von schwerer Depression (ausgelöst durch Hormonzufuhr) und Besuchen in chirurgischen Marterkammern. Kurzum: Es ist für einige Patienten der letzte Ausweg, aber verdient keinen ideologischen Hype.

Genau das aber tun zahlreiche LGBTQ-Ideologen. Sie machen daraus eine Party-Bewegung, eine Hipster-Mode! Persönlichkeitsstörung: Das ist lustig, schrill, bunt und ein Grundrecht für alle. Eine zynische Verharmlosung.

Jetzt geht die englische Kaffeehaus-Kette Costa Coffee einen Schritt weiter. Ihre Werbung mit Trans-Personen beschränkt sich nicht mehr auf bunte Regenbögen, sondern auf verstümmelte Körper der ideologischen Fashion-Victims.

Tja, Verstümmelung ist hip, Amputation ist Pop, OP-Narben sind die neuen Tattoos. Damit outet sich die Gender-Ideologie als Bestandteil des Transhumanismus: Gefordert wird die Überwindung der Biologie zugunsten ideologischer Wahnvorstellungen.

Im COMPACT-Spezial "Transhumanismus - Künstliche Intelligenz und das Ende des Menschen" heißt es:

"Solche Lust an der Selbstzerstörung findet sich bereits im Klassiker des feministischen Transhumanismus, in Donna Haraways Cyborg-Manifest (1985). Im Vorwort verrät die Autorin: 'Dieses Essay ist ein Plädoyer dafür, die Verwischung dieser Grenzen zu genießen und Verantwortung bei ihrer Konstruktion zu übernehmen.'"

Man höre: Die Grenzverwischung "genießen". Also Schmerzlust empfinden bei qualvollen OPs und Hormonbehandlungen, die Psyche und Körper in Konfusion stürzen! Weiter:

"Bereits bei Haraway steht der Cyborg für eine personifizierte Befreiung vom Geschlecht: Cyborgs sind Geschöpfe in einer Post-Gender-Welt. Nichts verbindet sie mehr mit Bisexualität, präödipler Symbiose, nichtentfremdeter Arbeit oder anderen Versuchungen, organische Ganzheit durch die endgültige Unterwerfung der Macht aller Teile unter ein höheres Ganzes zu erreichen."

Psycho-physische Zerstörung als soziale Befreiungs-Utopie. Wieder einmal ist der Main-

stream zur Selbstopferung bereit.

Gender-Ideologie ist Bestandteil des Transhumanismus-Projekts ...<<

05.08.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. August 2023 (x1.328/...): >>Bundesregierung zahlt Milliardensummen an Projekte im Umfeld der Gates-Foundation

Insbesondere in der Entwicklungshilfe greift die Bundesregierung zunehmend auf private Stiftungen zurück. Dabei geht oft die Kontrolle über die Mittelverwendung verloren - und es entsteht ein intransparentes System.

Eine Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion zeigt das Ausmaß staatlicher Zuwendungen an private Stiftungen und Initiativen. Neben Deutschen Organisationen wie der Amadeu-Antonio-Stiftung, WWF Deutschland oder der Bertelsmann-Stiftung erhalten auch internationale Akteure große Zuwendungen.

Wichtigster Partner der Bundesregierung ist dabei die Bill and Melinda Gates Foundation, mit der der Deutsche Staat bei über 30 Projekten zusammenarbeitet. Insgesamt über drei Milliarden Euro zahlt die Bundesregierung dabei an Projekte und Organisationen, an denen auch die Gates-Stiftung beteiligt ist - die Summe bezieht sich auf den Gesamtumfang der vereinbarten Projekte, die teilweise bis 2030 laufen.

Oft gehen die Zahlungen nicht an die Gates-Foundation selbst, sondern an Initiativen wie "GAVI - the Vaccine Alliance", "Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria" oder "Alliance for Financial Inclusion". Die meisten dieser Institutionen sind öffentlich-private Partnerschaften, an denen etwa auch die Weltgesundheitsorganisation oder UNICEF beteiligt sind - die aber aufgrund der beträchtlichen finanziellen Zuwendungen in hohem Maß von privaten Institutionen wie der Gates-Stiftung kontrolliert werden.

Die Gates-Foundation ist die größte Stiftung der Welt und der zweitgrößte Geldgeber der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die weltweite Entwicklungshilfe wird in hohem Maße von ihr mitgestaltet - auch die Bundesregierung greift auf sie zurück.

"Keine Notwendigkeit, den Einfluß privater Stiftungen generell zurückzudrängen".

Von der Linksfraktion problematisiert wird dabei vor allem der Umstand, daß die Bundesregierung nur bei wenigen Projekte mit Beteiligung der Gates-Foundation Teil eines Kontrollremiums ist; die Projekte werden kaum evaluiert. So heißt es von der Fraktion: "Die Zusammenarbeit mit privaten Stiftungen ist nicht unumstritten. Kritiker befürchten, daß durch die Einbindung von Stiftungen in staatliche Aufgabenbereiche die demokratische Willensbildung, Zielfestlegung und Kontrollmechanismen ausgehebelt werden und private Interessen eine zu große bis dominante Rolle spielen könnten."

In der Antwort der Bundesregierung heißt es, man sehe "keine Notwendigkeit, den Einfluß privater Stiftungen generell zurückzudrängen".

Grund der Anfrage der Linksfraktion war u.a. eine Recherche von Politico, die zeigte, wie u.a. die Gates-Foundation großen Einfluß auf die weltweite Pandemiepolitik nahm - und dafür auch beträchtliche Summen aufgewendet hat.<<

06.08.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26739" berichtet am 6. August 2023 (x1.319/...): >>Nuklearer Irrsinn 78. Jahrestag des Atombombenangriffs auf Hiroshima

Heute vor 78 Jahren ereilte die Bewohner der Stadt Hiroshima ein grausames Schicksal. Am 6. August 1945 warfen US-Streitkräfte eine Atombombe über der japanischen Stadt ab, um das Land zur Kapitulation im Zweiten Weltkrieg zu zwingen. Zehntausende waren augenblicklich tot. Eine sehr hohe Anzahl weiterer Menschen erlag in den nächsten Jahren den - durch die atomare Verseuchung verursachten - Folgeschäden. Die Stadt Hiroshima war mit

dem Atombombenabwurf fürs erste ausgeradiert und ist bis heute ein Symbol, eine Mahnung an die Menschheit hinsichtlich der zerstörerischen Wirkung ihrer eigenen Waffen.

Doch reicht ein Gedenktag aus, um ein künftiges Auftreten solcher Katastrophen zu verhindern? Offenbar nicht. Denn seit Hiroshima wurden solche atomaren Sprengungen um weitere 45.416-mal wiederholt! Wir verweisen anlässlich des heutigen Jahrestages auf den Nuklearen Irrsinn, der seit Hiroshima weiter sein Unwesen treibt und der auch dem sogenannten "menschgemachten Klimawandel" eine ganz andere Bedeutung gibt ...

Nuklearer Irrsinn - die wahren Fakten.

Schon allein 520 der in Wikipedia vermeldeten nuklearen Explosionen in der Atmosphäre, acht davon unter Wasser, hatten einen Detonationswert von mindestens 545.000 Kilotonnen. Das sagt uns zunächst einmal gar nichts. Doch ein Vergleich mit der US-Atombombe auf Hiroshima erklärt es uns. Diese von aller Welt gefürchtete Atombombe hatte einen Detonationswert von 12 Kilotonnen. 12 Kilotonnen also gegenüber 545.000 Kilotonnen!

Die Atombombe auf Hiroshima war sogar weit über 45.000 Mal schwächer als nur schon die 520 nuklearen Explosionen in der Atmosphäre und unter Wasser. Oder wieder mit anderen Worten.

Hiroshima wurde durch irrsinnige Wissenschaftler und Kriegstreiber seit 1945 weitere 45.416 Mal allein in der Atmosphäre und unter Wasser wiederholt! -

Ob unter diesen genannten Umständen zumindest eine "menschgemachte Wetterveränderung" in Erwägung zu ziehen ist, möge jeder Mensch bei sich selber überlegen. Dient die ganze Klima-Hysterie mit Schuldabschiebung auf die Darmabgase von Kühen, die Auto- und Industrie-Abgase gar nur der Verschleierung und Ablenkung von den wahren Übeltätern?<<

07.08.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. August 2023 (x1.326/...): >>Freistaat Sachsen weigert sich, etliche Corona-Impftote anzuerkennen und wehrt sich gegen Entschädigungen

Bis zum 30. Juni 2023 wurden in Freistaat Sachsen 574 Anträge auf Entschädigung eines Corona-Impfschadens gestellt. Anerkannt wurden bisher jedoch nur 25 Fälle. Das sind gerade einmal 4,4 Prozent. Demgegenüber stehen 340 Ablehnungen. Das ergab eine Kleine Anfrage (Drs. 7/13904) des AfD-Abgeordneten André Wendt.

Zu der Kleinen Anfrage erklärt er folgendes:

"Es gibt in Sachsen mehrere Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung, bei denen die Anträge auf eine Entschädigung abgelehnt wurden. Die betroffenen Hinterbliebenen klagen aktuell gegen diese Entscheidung.

Aus meiner Sicht fügt diese Verweigerungshaltung des Freistaates Sachsen den Impfgeschädigten und Hinterbliebenen zusätzliches Leid zu. Statt unbürokratisch eine Entschädigung zu erhalten, müssen die Impfgeschädigten und Hinterbliebenen nun auch noch langwierig vor Gericht um ihr Recht kämpfen.

Fakt ist: Viele Sachsen wurden von der Regierung zur Corona-Impfung gedrängt. Es wäre daher mehr als angemessen, sich bei den Entschädigungsforderungen großzügig zu zeigen und im Zweifel für den Antragsteller zu entscheiden.

Wenn ein klarer zeitlicher Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung besteht, muß eine Entschädigung möglich sein."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. August 2023 (x1.329/...): >>Niger: Nächster Stellvertreterkrieg?

Der Militärputsch in Niger stellt den Westen vor große Herausforderungen. Vordergründig geht es um die Erhaltung der Demokratie, tatsächlich geht es um die umfangreichen Uranvorkommen. Die Wagner Gruppe ist in Niger aktiv, um den Einflußbereich Rußlands auszuweiten.

von *Andreas Männicke*

Der Militärputsch in Niger stellt den Westen vor große Herausforderungen. Vordergründig geht es für Frankreich dabei um die Erhaltung der Demokratie und Freiheit, in Wahrheit geht es um die umfangreichem Uranvorkommen, die Frankreich dringend für die Atomkraftwerke benötigt. Nicht wenige in Niger fühlen sich durch den Westen und hier vor allem durch Frankreich bevormundet.

Das Geld aus dem Rohstoffvorkommen bleibt nicht im eigenen Land, sondern geht auf das Konto von ausländischen Konzernen, die die Rohstoffe dort abbauen. Viele afrikanische Länder sind vom Westen, auch den USA enttäuscht und neigen jetzt mehr zu neuen Partnerschaften mit China und Rußland. Die Wagner Gruppe ist in Niger, Burkina Faso und Mali aktiv, um den Einflußbereich Rußlands auszuweiten. Es wäre nicht verwunderlich, wenn es demnächst einen neuen Stellvertreterkrieg in Niger gibt.

BRICS Summit am 22. August in Johannesburg mit neuen Weichenstellungen

Am 22. bis 24. August findet das "BRICS-Treffen" mit Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika in Johannesburg statt, wo eine neue teilgoldgedeckte Währung auf Kryptobasis entstehen soll, die später einmal auch den US-Dollar Konkurrenz machen soll. Anfang August hat die US-Rating-Agentur Fitch das Rating der US-Staatsanleihen wegen zu hoher Verschuldung herabgestuft, was durch als erstes Warnzeichen verstanden werden kann.

Die neue BRICS-Währung soll die US-Dollar-Dominanz vermindern, wobei schon jetzt viele Ländern dazu übergehen, nicht mehr den US-Dollar als Handelswährung zu verwenden. Bei der BRICS-Währung soll der Renminbi die dominante Währung werden, die vielfach auch schon als Handelswährung genommen wird. Ob sich dann die USA später noch so hohen Leistungs- und Handelsbilanzdefizite erlauben kann, bleibt abzuwarten.

Jetzt auf Osteuropa setzen

Durch die stark gestiegenen Zinsen der Notenbanken drohen nun sowohl die USA als auch die EU in eine Rezession im zweiten Halbjahr zu gleiten. Demgegenüber haben osteuropäische Länder immer noch fast doppelt so hohe Wachstumsraten wie westeuropäische und dabei eine wesentlich geringere Staatsverschuldung, man kann schon sagen im Durchschnitt eine halb so hohe Staatsverschuldung. Schon deswegen sollte der Anleger jetzt auch einen Blick auf Aktien aus Osteuropa zu werfen.

Unterschiedliche Prognosen für die russische Wirtschaft

Allen Unkenrufen zum Trotz entwickelt sich auch die russische Wirtschaft trotz der größten Sanktionen, die jemals ein Land bekommen hat, jetzt wesentlich besser, als sich westliche Politiker und Medien erhofft haben. Sie entwickelt auch aber auch besser als dies in westlichen Medien dargestellt wird. Selbst der IFW sieht jetzt Rußland auf Wachstumskurs (+0.7 Prozent) während Deutschland in eine Rezession (-0,3 %) schlittert.

Die OPEC, die Weltbank, die UN, die EU-Kommission und viele westliche Wirtschaftsinstitute und Banken prognostizieren hingegen eine Rezession für Rußland in diesem Jahr. Aber schon im letzten Jahr wurden im Nachhinein die Schätzungen immer mehr den russischen Prognosen und Zahlen angepaßt haben. Schon im letzten Jahr betrug das Minus des BSP nur 2,1 Prozent und nicht wie der deutschen Wirtschaftsminister und Kinderbuchautor Robert Habeck prognostiziert minus 10 Prozent.

Überhitzung der Konjunktur in Teilbereichen in Rußland

Die russische Notenbank macht in der Regel sehr konservative, aber auch genaue Prognosen. Die russische Notenbank erhöhte in ihrer letzten Prognose das geschätzte BSP-Wachstum auf 1,5 Prozent für 2023. In Teilbereichen gibt es sogar wegen der sehr hohen Kapazitätsauslastung eine Überhitzung. Die Hauptgründe für das relativ hohe Wachstum sind neben der "Kriegswirtschaft", also die verstärkte Rüstungsproduktion, auch der Anstieg des Verbrauchs der privaten Haushalte und des Staates.

Auch aufgrund des Basiseffektes, also dem Einbruch der Konjunktur wegen des Kriegs und der Sanktionen im letzten Jahr stiegen einige Bereiche besonders stark an wie im Juli die Herstellung von Kraftfahrzeugen um 53 Prozent, die in der Metallurgie um 46 Prozent, wie die Herstellung von Möbeln um 34 Prozent, wie die Herstellung von elektronischen Geräten um 32 Prozent, wie die Herstellung von Luftfahrzeugen und Schiffen um 26 Prozent und im Maschinenbau um 15 Prozent.

Hohe Kapazitätsauslastung und schwacher Rubel sorgt für mehr Inflation in Rußland

Die Kapazitätsauslastung ist auf einem historischen Rekordhoch von 81 Prozent im Juli. Die Arbeitslosenquote ist mit 3,9 % auf einem historischen Rekordtief. Die Inflation stieg zuletzt wieder etwas auch wegen dem sehr schwachen Rubel und der importierten Inflation. Bis Jahresende werden Inflationsraten von 5 bis 6 Prozent erwartet, also so ähnlich hoch wie in der EU. Rußland befindet sich jetzt durch den Krieg und die Sanktionen im Umbruch.

Ein wichtiges Element ist die Importsubstitution, also viele Produkte selbst im eigenen Land herstellen, was in der Landwirtschaft schon sehr gut funktioniert. Rußland ist in vielen Bereichen in der Landwirtschaft autark. Rußland avancierte sogar zum größten Getreideexporteur der Welt. Daher ist Rußland jetzt auch in der Lage, Getreide kostenlos an einige afrikanische Länder zu schicken, nachdem das Getreideabkommen mit der Ukraine aufgekündigt wurde.

China wird zum wichtigsten Handelspartner für Rußland

Dennoch muß Rußland den Export von Europa nach Asien umschwenken, was rein logistisch nicht von heute auf morgen geht. Der Bau von neuen Pipelines nach China wird noch einige Jahre benötigen, nachdem die Pipeline nach Europa kaum ausgelastet sein wird oder ganz stillgelegt wird. China wird zum bedeutendsten Handelspartner mit einem Außenhandelsvolumen von 200 Mrd. USD, aber gerade im Energieexport wird nun auch Indien ein zunehmend wichtiger Abnehmer, insbesondere von Öl.

Dennoch wird der Leistungsbilanzüberschuß um fast 90 Prozent auf 27 Mrd. USD dezimiert und der Handelsbilanzüberschuß von 300 auf 100 Mrd. USD gesenkt, was wiederum den Rubel schwächte. Da die Ölpreise jetzt wieder ein wenig anstiegen, könnten auch wieder Gelder in den Wohlstandsfonds fließen, der im Moment das Haushaltsbilanzdefizit finanziert.

Hohe Kapitalflucht und schwache Leistungsbilanz schwächt den Rubel

Der Rubel schwächte sich aber auch durch die anhaltende Kapitalflucht ab. Im letzten Jahr betrug der Nettokapitalabfluß 239 Mrd. USD, was historischer Rekord ist. Die Gelder gingen vorrangig in die GUS-Länder wie Armenien, Georgien und Kasachstan, aber auch in die Türkei, wohin wegen der Teilnobilmachung im September 2022 auch viele Fachkräfte flüchteten, was zu einem Arbeitskräftemangel führte, vor allem im IT-Sektor.

Russische Banken mit Rekordgewinnen

Dennoch beträgt das Haushaltsbilanzdefizit nur 2,5 Prozent des BSP, womit Rußland die Maastricht-Kriterien erfüllen würde, übrigens auch bei der Staatsverschuldungsquote von nur etwas über 20 Prozent. Rußland hat weiterhin genug Mittel, um den Krieg zu finanzieren. Die meisten Rubelanleihen des Staates kaufen die Großbanken Sberbank, VTB Bank und Gazprombank auf, die übrigens in diesem Jahr neue Rekordgewinne machen werden.

Im ersten Halbjahr verdienten russische Banken mit 1,7 Bio. Rubel so viel wie noch nie, auch durch der hohen Zinsüberschuß. Im letzten Jahr verloren sie freilich mit 1,5 Bio. Rubel so viel wie noch nie. Aufgrund der Gefahr steigender Inflationsraten erhöhte die russische Notenbank die Leitzinsen zuletzt um sogar einen Prozentpunkt auf 8,5 Prozent.

Kein Exodus von ausländischen Unternehmen und Produkten in Rußland

Es ist nicht richtig, wenn es in westlichen Medien behauptet wird, die meisten ausländischen Unternehmen würden Rußland verlassen und wer dort bleibt, wird nur enteignet. Es gibt zwar viele amerikanische und deutsche Großkonzerne, die Rußland notgedrungen verlassen haben wie McDonalds, Ikea, VW, Siemens und auch Wintershall.

Auch westliche Banken und große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Rechtsanwaltskanzleien haben ihre Filialen in Rußland geschlossen mit Ausnahme der Raffeisen Bank International, die noch im Zweifel hat, ihre Assets in Rußland zu verkaufen, obwohl politisch von der EU und den USA ein enormer Druck auf die Gesellschaft ausgeübt wird. Wenn ausländische Unternehmen jetzt ihre Assets in Rußland verkaufen wollen, müssen sie ein Abschlag von mindestens 50 Prozent in Kauf nehmen. Es gab Quasi-Enteignungsfälle bei Danone und Carlsberg, wo die Assets fast wertlos wurden.

Die Mehrheit der ausländischen Unternehmen bleibt in Rußland

Aber die Mehrheit der ausländischen und auch deutschen Unternehmen blieb in Rußland und verdient dort auch gutes Geld. Angeblich haben nur 6 Prozent der deutschen Firmen Rußland effektiv verlassen. Es gibt also keinen Exodus von ausländischen Firmen wie viele westliche Medien berichten. Weiter aktiv in Rußland sind u.a. Bayer, Bosch, Claas, Ehrmann, Metro, Globus, Knauf, Liebherr, Heidelberger Materials, Ritter Sport und Stada.

Neue Investitionen werden zwar zurückgestellt. Es herrscht in Rußland auch keine Mangelwirtschaft. Es sind fast alle Produkte noch erwerbbar, wenn auch zu höheren Preisen. Dies kann sich durch die Sanktionierung von Ländern, die Parallelimporte für Rußland fördern, aber demnächst weniger werden wie vor alle Hardware-Produkte aus dem Westen. So weit wie möglich füllt China jetzt die Lücke mit Produkten, vor allem bei Autos, aber überall ist das nicht möglich.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 7. August 2023 (x1.329/...):
>>**Heißester Juli seit 120.000 Jahren?**

Die Berichterstattung zur Klimaerwärmung wird immer krasser. Der Mainstream dreht durch, vermeldet, daß wir den heißesten Juli seit 120.000 Jahren haben. Als Kronzeuge gilt ein selbsternannter - bisher völlig unbekannter - "Klimaforscher" aus Leipzig. Kritik? Fehlanzeigen!

Praktisch alle Medien drehen durch, wenn's ums Klima geht. Beispielhaft sei hier zitiert der Berliner Tagesspiegel, der sich selbst (etwas größenwahnsinnig) als Leitmedium der Hauptstadt bezeichnet. Das "Leitmedium" vermeldet reißerisch:

"Hitzerekord für die Geschichtsbücher: Juli wird wahrscheinlich heißester Monat seit Jahrtausenden

Der Juli wird der wärmste Juli-Monat seit wahrscheinlich 120.000 Jahren. Das geht aus einer am Donnerstag veröffentlichten Analyse des Klimaforschers Karsten Haustein von der Universität Leipzig hervor. Demnach wird die globale mittlere Oberflächentemperatur im Juli 2023 den wärmsten Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen deutlich übertreffen."

Kurios: Der selbst ernannte "Klimaforscher" erstellte seine Prognose bereits vor Monatsende, also bevor der Juli vorbei war. Aber vielleicht ist er ja auch ein begnadeter Hellseher.

Sämtliche deutsche Medien griffen das Thema auf. Auch natürlich ARD und ZDF versuchen die Zwangsgebührenzahler zu schrecken. Kritik an der These gibt es nicht. Ebenso wenig an dem selbsternannten "Klimaforscher", von dem man bisher noch nie etwas gehört hat. Motto: Hauptsache Angst und Schrecken schüren, Untergang beschwören. Wird damit ein Szenario gegebnet beziehungsweise vorbereitet, um ähnlich zu Corona demnächst Zwangsmaßnahmen unter dem Deckmantel Klima einzuführen?<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26743" berichtet am 7. August 2023 (x1.319/...): >>**Korruptionsverdacht: Wurde die EU-Gesundheitskommissarin von Impfstoffherstellern bestochen?**

Stella Kyriakides, die Gesundheitskommissarin, die die Impfstoffverträge der EU unterschrieben hat, scheint in einen Korruptionsskandal gigantischen Ausmaßes verwickelt zu sein. Auf ihrem Familienkonto tauchten im Mai 2021 unerwarteterweise 4 Millionen Euro auf, die von der staatlichen Cyprus Cooperative Bank überwiesen wurden und als Darlehen getarnt waren.

Wie der zypriotische Rechnungshof bereits festgestellt hat, wird Kyriakides dieses Darlehen weder mit ihrem Gehalt noch aus anderen Mitteln zurückbezahlen können.

Seit die Gesundheitskommissarin entlarvt wurde, ist sie bemüht, es so aussehen zu lassen, als ob das Geld nichts mit den Impfstoffverträgen zu tun hätte. Es ist nicht das erste Mal, daß sie und ihre Familie in einen gesundheitsbezogenen Korruptionsskandal verwickelt ist. Einer der größten Korruptionsskandale in der europäischen Geschichte nimmt seinen Lauf - aber bei einem Großteil der etablierten Medien wird der Korruptionsskandal noch immer weitestgehend totgeschwiegen.<<

08.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. August 2023:

>>Morgenthau Rache: Ein US-General klagt an

Von *Daniell Pföhringer*

Wurde in den sogenannten Rheinwiesenlagern der Morgenthau-Plan vorexerziert? Das sagte ein hochrangiger US-Militär, der das schreiende Unrecht anprangerte. Mehr dazu lesen in unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an den Deutschen auf den Rheinwiesen". Wir brechen das Schweigen! ...

Rund elf Millionen deutsche Soldaten gerieten während des Zweiten Weltkriegs und danach in alliierte Kriegsgefangenschaft. Im Westen wurden circa 7,7 Millionen Gefangene in Gewahrsam gehalten, im Osten etwa 3,3 Millionen. Allein in Stalins grauenhaftem Archipel Gulag kamen mindestens 1,5 Millionen Deutsche ums Leben.

Doch auch in den Lagern der Westalliierten ging der Tod um, insbesondere in den sogenannten Rheinwiesenlagern der US Army, wo deutsche Kriegsgefangene durch Hunger und Krankheit systematisch ermordet wurden. Über die Zahl der Opfer wird bis heute gestritten: Die von der Regierung Adenauer eingesetzte Maschke-Kommission geht davon aus, daß in den sechs Lagern mit der höchsten Sterblichkeitsrate 5.000 von 500.000 Internierte ums Leben kamen.

Der amerikanische Historiker Arthur L. Smith kommt in seinem 1992 publizierten Werk "Die vermißte Million" auf 8.000 und 40.000 Todesfälle. Der US-Völkerrechtler Alfred M. de Zayas geht in seinem 1978 erschienenen Buch "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" von 70.000 bis 100.000 Opfern aus, der Eisenhower-Biograf Stephen Ambrose von 200.000.

Die höchste Totenzahl gibt der kanadische Publizist James Bacque in seinem erstmals 1989 bei Ullstein veröffentlichten Werk "Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946" an: Er geht davon aus, daß 800.000 bis eine Million Menschen dem US-Lagerterror zum Opfer fielen.

Ein geplanter Genozid

Wesentlich wichtiger als die Debatte um Zahlen ist jedoch das, was schon der deutsche Titel von Bacques Werk andeutet: Es spricht viel dafür, daß die gnadenlose Unterversorgung der Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern - wie auch der Zivilbevölkerung im übrigen besetzten Deutschland - einem alliierten Bestrafungskalkül entsprach, also bewußt herbeigeführt wurde.

De Zayas schreibt in "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen":

"Die Besatzungsbehörden in allen vier Zonen schlugen mehrmals die dringenden Bitten des Internationalen Roten Kreuzes zugunsten der hungernden deutschen Bevölkerung ab und verzögerten die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medizin um viele Monate. ... US-Militärbehörden rieten den Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Berlin, alle verfügbaren Hilfslieferungen in andere bedürftige Gebiete Europas zu schicken, obwohl umfangreiche irische und schweizerische Spenden ausdrücklich für Deutschland bestimmt waren."

Der US-Historiker Austin J. App konstatiert in seinem Buch "Der erschreckendste Friede der

Geschichte" (1950): "Die Ursache der Hungersnot in Deutschland von 1945 bis 1947 war nicht die Witterung, auch nicht der Krieg, sondern die beabsichtigte Hungerpolitik der Sieger."

Bacque zitiert dazu in seinem Werk "Verschwiegene Schuld. Die alliierte Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945" den US-Senator William Langer aus North Dakota, der am 29. März 1946 in Washington beklagte:

"Wir haben uns, wie sich jetzt offenbart, in eine brutale, fanatische Verschwörung zur Vernichtung des deutschen Volkes verstrickt."

App ergänzt: "Bis zum 1. April 1946 war es sogar Verwandten und kirchlichen Hilfsstellen versagt, die absichtlich verursachte Hungersnot zu lindern. Die Hungersnot in Deutschland war die Folge des ungeheuerlichsten Massenmordplanes, der je von menschlicher Rachewollust und Barbarei erdacht wurde."

Damit spielt er an auf den von US-Finanzminister Henry Morgenthau jr. ausgearbeiteten, nach ihm benannten und von Roosevelt und Churchill 1944 bei ihrem Treffen in Quebec gebilligten Plan, der neben zahlreichen weiteren drakonischen Bestimmungen eine Deindustrialisierung Deutschlands vorsah und damit die Vernichtung der Lebensgrundlage des Großteils des Volkes erreichen wollte.

Steinbach nennt Roß und Reiter

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß in den Rheinwiesenlagern der - später von Washington gestoppte - Morgenthau-Plan vorexerziert wurde. Das beklagte sogar ein US-General, der seinerzeit zu den Besatzungstruppen gehörte und das Unrecht anprangerte. Dabei handelt es sich um Major General Steinbach (damals noch Colonel), Stabschef von General Ben Lear, dem stellvertretenden Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa unter General Eisenhower. Steinbach erhielt den Befehl, die Verwaltung mehrerer Gefangenenlager der US Army in und um Heilbronn zu übernehmen - und war entsetzt über die dortigen Zustände.

Als James Bacque im Zuge seiner Recherchen für sein Buch "Der geplante Tod" mit dem US-General a. D. sprach, fand dieser deutliche Worte für die schrecklichen Verbrechen, die von der US-Armee an Deutschen verübt wurden. Und er benannte ohne Umschweife den Grund:

"Daran schuld war der Morgenthau-Plan. ... Morgenthau machte seinen angestauten Gefühlen gegenüber Deutschland Luft, indem er diese Männer hungern ließ. ... Anstatt nationale Belange der USA zu fördern, führte er einen Rachefeldzug."

Und er fuhr fort: "Natürlich war auch Präsident Franklin D. Roosevelt, der seinen Plan billigte, mitverantwortlich. Schlimmer noch als der Hunger war die Untätigkeit, zu der diese Leute verdammt waren. ... Ich war gleichzeitig erstaunt und angewidert. War dies die amerikanische Art, Menschen zu behandeln, selbst wenn einige von ihnen vielleicht Verbrecher waren? Sicherlich nicht. Ich wies den amerikanischen Lagerkommandanten an, zusätzliche Rationen vom Entladebahnhof holen zu lassen."

Laut Steinbach wurden umgehend Lebensmittel und Zelte aus einem in der Nähe befindlichen Vorratslager herbeigeschafft, und dies wurde sowohl ihm als auch mir von mehreren ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen bestätigt, die damals in Heilbronn interniert waren. Doch der ehrenhafte General war eine Ausnahme. Die meisten hohen US-Militärs erwiesen sich als willige Vollstrecker Eisenhowers und Morgenthaus.

Ein ungesühntes Nachkriegsverbrechen: In unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an den Deutschen auf den Rheinwiesen" dokumentieren wir ein Kapitel unserer Geschichte, um das andere einen großen Bogen machen. Wir brechen das Schweigen - und zeigen, was Millionen Kriegsgefangenen in US-Haft angetan wurde.<<

09.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. August 2023:

>>Widerlich: Antifa eröffnet Jagd auf Hessen-AfD

Von *Sven Reuth*

Die Frankfurter Antifa hat Privatadressen der AfD-Kandidaten zur Landtagswahl in Hessen veröffentlicht und dies mit einem klaren Gewaltaufruf verbunden. Die blaue Welle rollt! ...

Was wäre wohl in Deutschland los, wenn Rechte sich derartiges erlauben würden? Mit Blick auf die im Oktober dieses Jahres anstehenden Landtagswahlen in Hessen hat die linksextremistische Antifa Frankfurt nun die Privatadressen von zahlreichen hessischen AfD-Kandidaten veröffentlicht.

Haldenwang-Behörde schweigt

Die Antifa Frankfurt hat diese Outing-Aktion mit einem klaren Gewaltaufruf gegen Menschen verbunden. In der Erklärung heißt es:

"Es gibt derzeit eine anlaufende Debatte um die Forderung eines AfD-Verbots. Laßt uns der AfD jedoch vor allem auf militanter Weise begegnen, ihnen das Leben zur Hölle machen und zeigen, was wir von ihrer menschenverachtenden Politik halten. Ob das der antifaschistische Hausbesuch, die Zerstörung von Wahlkampfständen oder die klassische Konfrontation mit PolitikerInnen der Partei bedeuten - wir freuen uns über jede sinnvolle Intervention!"

Ergänzt wird dieser Gewaltaufruf durch eine interaktive Hessen-Karte, auf der die Wohnorte der AfD-Kandidaten angeklickt werden können. Wer eine Markierung anklickt, bekommt dort Informationen zu den Wohnadressen der 40 AfD-Kandidaten inklusive eines Fotos.

Linksextremisten rufen also einmal mehr unter den Augen des Staates zur Menschenjagd auf, da die der Auffassung sind, Andersdenkende hätten keinerlei Grundrechte. Die Saat des Verfassungsschutz-Chefs Thomas Haldenwang geht somit auch in Hessen voll auf. Während Haldenwang beinahe wöchentlich Kritik an reinen Meinungsäußerungen aus AfD-Kreisen übt und in heftige Schnappatmung fällt, wenn irgendwo der Begriff "Großer Austausch" fällt, dürfen Linksextremisten - wie im Fall der Hammerbande - schwersten gewalttätigen Terror gegen andere Menschen ausüben oder zur offenen Gewalt gegen Andersdenkende aufrufen.

"Für vogelfrei erklärt"

Ein längst überfälliges Organisationsverbot gegen auch nur eine der gewaltbereiten Antifa-Gruppen hat der deutsche Staat bislang dennoch nicht zustande gebracht. Offensichtlich erfüllen die gewaltbereiten Antifa-Terroristen also auch aus Staatssicht eine wichtige Rolle im derzeitigen System.

Der hessische Ko-AfD-Landeschef Andreas Lichert äußerte zu den AfD-Drohungen:

"Was die Antifa Frankfurt hier macht, ist nichts anderes als ein verklauusulierter Aufruf zur Einschüchterung und zu Gewalt gegen AfD-Politiker. ... Ich weiß, wovon ich spreche, denn gegen mein Haus wurde bereits ein Anschlag verübt. Wer Familie hat und in der AfD aktiv ist, macht sich große Sorgen, wenn eine solche interaktive Karte zusammen mit einem Aufruf zur Bekämpfung veröffentlicht wird."

Der Aufruf der Antifa, so Lichert weiter, würde sich anfühlen, als würde man "für vogelfrei" erklärt werden. Wie die AfD Hessen mittlerweile erklärte, geht der Landesverband mittlerweile juristisch gegen die Antifa Frankfurt vor und will erwirken, daß deren Seite mit dem Gewaltaufruf offline geht. Einzelne AfD-Kandidaten haben außerdem schon Strafanzeige wegen Androhung von Gewalt gestellt.

AfD in Hessen bei 20 Prozent

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums hat die Antifa-Drohung mittlerweile verurteilt. Im Hause Haldenwang herrscht hingegen bislang dröhnendes Schweigen. Laut einer INSA-Umfrage aus dem Juni dieses Jahres käme die AfD bei den Landtagswahlen in Hessen auf 13 Prozent. Laut dem Institut Wahlkreisprognose liegt die AfD mit Blick auf die im Oktober anstehende Landtagswahl in Hessen allerdings gleichauf mit der SPD auf dem zweiten Platz und käme auf 20 Prozent. Den ersten Platz würde laut dieser Umfrage die CDU mit 25,5 Prozent belegen. Das Institut Wahlkreisprognose sagt der AfD auch den Gewinn mehrerer Wahlkreise

(unter anderem Bad Hersfeld, Vogelsberg und Odenwald) voraus.

Das ist keine blaue Welle mehr - das ist ein Tsunami! Der Königsweg zu einer Wende in Deutschland wäre natürlich eine AfD-Alleinregierung. In Thüringen wird im Herbst kommenden Jahres gewählt. Der erste blaue Ministerpräsident ist möglich. Das wäre der halbe Weg zum Kanzleramt ... Die blaue Welle rollt! ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. August 2023: >>**Korruption: Olaf Scholz und die LNG-Terminals**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat offenbar einen neuen Skandal. Zu den bereits vorhandenen Korruptionsvorwürfen kommt wohl ein weiterer hinzu. Und wieder handelt es sich um einen Skandal, der sich um das Thema Energieversorgung und Ostsee dreht. ...

_ von *Thomas Röper*

Stellen Sie sich folgende Situation vor: In Rußland wird ein Pipeline-Projekt, bei dem es um viele Milliarden geht, beschlossen und anschließend wird bekannt, daß der Zuschlag an zwei kleine Unternehmer aus einem Moskauer Vorort gegangen ist, die weder das nötige Kapital noch Erfahrung in dem Geschäft haben.

Das große Schweigen im deutschen Blätterwald

Dann wird auch noch bekannt, daß die beiden sich vorher heimlich mit dem russischen Ministerpräsidenten getroffen haben, weil sie zufällig in seinem Wahlkreis leben. Das Treffen hat der Ministerpräsident allerdings geheim gehalten und nicht, wie vorgeschrieben, veröffentlicht.

Und nun stellen wir uns weiter vor, den russischen Medien wäre die Geschichte keine Schlagzeile wert. Was wäre dann wohl in den deutschen Medien los? Sie würden von Vetternwirtschaft und Korruption in Rußland sprechen, sie würden die russische Presse als von der russischen Regierung kontrolliert bezeichnen, weil sie über diese offensichtliche Korruption nicht berichtet, und in Deutschland würden viele Artikel und Schlagzeilen über die Korruption in Rußland erscheinen. Daß das so passieren würde, wissen wir spätestens seit den vielen Berichten westlicher Medien über angebliche Korruption beim Bau der Sportanlagen für die russische Olympiade in Sotschi.

Die LNG-Terminals

Und nun kommt's: So einen Fall gibt es tatsächlich, nur eben nicht in Rußland, sondern in Deutschland. Aber die deutschen Medien finden nicht, daß man das an die große Glocke hängen müßte. Im Dezember 2022 hat die Firma Deutsche ReGas in Lubmin das erste schwimmende LNG-Terminal in Betrieb genommen, ein zweites will die Firma Ende 2023 oder Anfang 2024 bei Rügen in Betrieb nehmen. Laut ihrer eigenen Webseite wurde die Deutsche ReGas erst im April 2022 extra dafür gegründet. Die Gründer sind Stefan Knabe, ein Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, und sein Kumpel Ingo Wagner, ein Investmentbanker. Für das Projekt haben sie nach eigenen Angaben sehr schnell 100 Millionen Euro Kapital eingesammelt.

Der Hafen von Saßnitz aus der Luft. Ganz in der Nähe soll in der Ostsee das umstrittene LNG-Terminal entstehen.

Dieses Kapital macht übrigens Schlagzeilen in Deutschland, weil die Gegner des LNG-Terminals auf Rügen der Firma Ungereimtheiten bei der Finanzierung vorwerfen. Das Geld kam von den Cayman Islands und die Kritiker sprechen von einem "intransparenten Finanzierungshintergrund" und sie haben die entsprechenden Unterlagen der Financial Intelligence Unit (FIU), einer Spezialeinheit des deutschen Zolls, übergeben.

Das heimliche Treffen

Natürlich bestreitet die Deutsche ReGas alle Vorwürfe. Die Frage, die sich stellt, ist, warum hat die Bundesregierung diesen beiden Geschäftsleuten, die in der Branche keine Erfahrung haben und auch das nötige Kapital zunächst gar nicht hatten, den Zuschlag für die lukrativen

schwimmenden LNG-Terminals gegeben? Aber die deutschen Medien stellen diese Fragen praktisch nicht, bei einer Google-Suche findet man nur sehr wenige Artikel zu dem Thema.

Am 5. August hat der Busineß-Insider einen Artikel mit der Überschrift "Olaf Scholz hat ein Treffen mit einem Unternehmer geheim gehalten, der wegen des Verdachts der Geldwäsche in der Kritik steht" veröffentlicht, dessen Inhalt sich wie folgt zusammenfassen läßt: Olaf Scholz hat den Steuerberater Stephan Knabe, der aus dem Wahlkreis von Scholz in Potsdam kommt, am 15. September 2022 heimlich in dessen Büro getroffen. Obwohl Scholz, wie alle Mitglieder der Bundesregierung, als Kanzler dazu verpflichtet ist, seine Termine offenzulegen, findet sich dieser Termin nicht im Kalender des Kanzlers, Scholz hat ihn geheim gehalten.

Als Erklärung verweist Scholz darauf, daß er den Termin in seiner Funktion als Abgeordneter und nicht als Kanzler wahrgenommen habe. Aber bei diesem Treffen ging es um ein großes Regierungsprojekt, denn aus Rußland floß zu dem Zeitpunkt schon kein Gas mehr und Deutschland stand ein kalter Winter bevor.

Dubiose Herren

Das war keine Frage des Wahlkreises, das war ein Thema für den Bundeskanzler. Der Busineß-Insider schreibt:

"Scholz fuhr persönlich zu Knabe, angeblich, um zu überprüfen, ob man diesem Typen trauen könne. So schilderte es Knabe der "Süddeutschen Zeitung" (SZ) im Juli 2023."

Wenn Scholz die Geschäftsleute hätte überprüfen wollen, dann hätte er dazu den gesamten Apparat der Bundesregierung zur Verfügung gehabt. Daß ein Bundeskanzler quasi höchstpersönlich eine Qualitäts- und Sicherheitsüberprüfung eines (noch dazu für Deutschland existentiell wichtigen) Zwei-Mann-Projektes durchführt, ist - diplomatisch ausgedrückt - ungewöhnlich. Zumal er dazu nicht heimlich in das Büro von Stefan Knabe hätte fahren müssen, er hätte den Knaben auch ins Kanzleramt bestellen können.

Was die Herren bei dem heimlichen Treffen besprochen haben, ist nicht bekannt, aber die dubiose Firma hat den Zuschlag bekommen und die beiden Herren Unternehmer sind nun Betreiber eines LNG-Terminals und wollen demnächst auf Rügen ihr zweites LNG-Terminal eröffnen.

Der Nord-Stream-Plan

Übrigens hat Knabe in einem Interview mit der Berliner Zeitung vom Januar 2023 schon von großen Plänen gesprochen, sie wollen auf der Ostsee gleich drei schwimmende LNG-Terminals ankern lassen und das verflüssigte Gas durch die Nord-Stream-Pipeline nach Deutschland leiten:

"Ich bin der Meinung, daß man auch die Stränge der Nord Stream 1 und Nord Stream 2 nutzen könnte. ... Unser Gedanke wäre es dann, vor der Küste Deutschlands oder in der tieferen Ostsee eine Anlandestation für mehrere Regasifizierungsschiffe zu bauen, zwei von uns und eins vom Bund. An dieser Station könnten alle Interessierten anlegen. So könnten wir mit einer Pipeline bis zu 27,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich an die Küste weiterleiten."

Ironisch ausgedrückt könnte man sagen, daß wir nun wissen, warum die Regierung Scholz kein Interesse an der Aufklärung der Sprengung der Pipelines hat, wenn an deren Stilllegung zwei Kumpel aus dem Wahlkreis von Scholz gutes Geld verdienen wollen.

Der korrupte Kanzler?

Damit kommt zu den Skandalen von Scholz, die alle den Geruch der Korruption verströmen, ein weiterer hinzu. Allgemein bekannt ist der Cum-Ex-Skandal, bei dem Scholz sich auf eine Amnesie beruft, weil er sich leider an nichts mehr erinnern kann. Und da in dem Fall kein Staatsanwalt ermitteln darf, sondern nur Untersuchungsausschüsse von Bundestag und Hamburger Landtag, kommt er damit bisher durch.

Anfang Mai 2023 habe ich über einen weiteren Skandal berichtet, in dem Scholz eine sehr verdächtige Rolle gespielt hat. Dabei ging es darum, wie die Haasenburg, ein Heim für

schwererziehbar Kinder, einen Vertrag mit der Stadt Hamburg geschlossen hat, woran auch wieder alte Freunde von Scholz gutes Geld verdient haben. Daß in dem Heim mehrere Kinder zu Tode gekommen sind, wofür aber niemand bestraft wurde, kommt noch hinzu. Und gedeckt hat den Skandal die Ehefrau von Scholz, die als Brandenburgische Bildungsministerin für die Aufklärung des Skandals zuständig gewesen wäre.

Das Desinteresse der Medien

Aber der Fall hat die Medien nicht sonderlich interessiert, oder haben Sie davon etwas gehört? Das gleiche gilt offenbar auch für die Geschichte mit dem LNG-Terminal, denn obwohl der Business Insider seinen Artikel am 5. August veröffentlicht hat, habe ich heute noch keine Artikel in Mainstream-Medien gefunden, die über das geheime Treffen von Scholz mit Stefan Knabe berichtet hätten.

Die Süddeutsche Zeitung hat die merkwürdigen Verbindungen von Scholz zu den beiden Unternehmen im Juli mal in zwei Artikeln behandelt und auch im Handelsblatt findet sich etwas darüber, aber ansonsten verschweigen die deutschen Medien die merkwürdigen Kontakte des Kanzlers zu den dubiosen Geschäftsleuten weitgehend.

Im Spiegel finden sich zwar einige Artikel über den Streit um das LNG-Terminal auf Rügen, aber die Rolle des Kanzlers hat der Spiegel nicht zum Thema eines Artikels gemacht. Wäre diese Geschichte in Rußland passiert, wäre sie ein gefundenes Fressen für die deutschen Medien, die sofort von offensichtlicher Korruption sprechen würden. Wenn so etwas in Deutschland passiert, halten die Medien es so gut wie möglich unter dem Teppich. Kein Wunder: Ein wegen seiner Verwicklung in Korruptionsfälle erpreßbarer Kanzler ist politisch gesehen schließlich ausgesprochen nützlich. ...

Die NATO ist nicht nur militärisch, sondern auch moralisch am Ende. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. August 2023: >>**Selbst Mainstream besorgt: Wer stoppt KI?**

Von Karel Meissner

Selbst Propagandamedien räumen inzwischen die Gefahren der KI ein. Der Tagesspiegel vergleicht sie sogar mit der Atombombe. Um anschließend zu suggerieren, "wir" könnten das irgendwie verhindern.

Über die zahlreichen Gefahren des Transhumanismus: COMPACT-Spezial "Transhumanismus - Künstliche Intelligenz und das Ende des Menschen". Was auf uns zukommt - und wie wir uns davor schützen können.

Wenn der Mainstream eine Gefahr einräumt, ist es meist zu spät. Beispiel: Corona. Erst als ein Großteil der Bevölkerung die mRNA-Brühe bereits im Körper hatte, gaben die Propagandisten zu, daß der "Impfstoff" vielleicht doch nicht frei von Nebenwirkungen ist. Deshalb ist es keine gute Nachricht, wenn das Propagandablättchen Tagesspiegel die KI in ihrer Cover-Story mit der Atombombe vergleicht.

Inspiriert wurde die Autorin durch den Kinostart von Christopher Nolans "Oppenheimer-Biopic" über den Bau der Atombombe. Natürlich zieht das Propagandablatt keine Parallele zum aktuellen Spielchen der Westmächte mit der Gefahr eines Atomkrieges. Nein, der Vergleich zielt auf die KI. Laut einer US-Studie schätzen 200 Experten: Eine Auslöschung der Menschheit durch KI bis 2100 sei - verglichen mit allen anderen Optionen - die wahrscheinlichste.

Die Tagesspiegel-Autorin betont, daß weder Otto Hahn, Robert Oppenheimer noch sonst wer für Entwicklung und Abwurf der Atombombe alleinige Verantwortung trage: alle Beteiligten seien im Druck der historischen Situation austauschbar gewesen. Zumal: In keinem Entwicklungsprozesses läßt sich dessen Ausgang genau bestimmen - bis der "Point of no Return" erreicht ist. Gleiches gelte für die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz. Daher, so suggeriert die Autorin:

"Die Verantwortung, was aus Künstlicher Intelligenz wird, tragen wir alle gemeinsam."

Das ist die gleiche Behauptung, die das Berliner Zukunftsmuseum "Futurium" beim Thema Transhumanismus ins Publikum streut: "Wir" könnten darüber entscheiden. Aber wer ist "wir"? Nein, nicht "wir", sondern Konzernchefs entscheiden, ob sie Angestellte künftig gegen Roboter austauschen oder nicht. Selbst in Bereichen, wo tatsächlich jeder Bürger eigene Entscheidungen trifft, etwa beim Smartphone, sind bereits viele Alltagsnotwendigkeiten auf dessen Besitz ausgerichtet, so daß von "Freiwilligkeit" kaum noch die Rede sein kann.

Technische Innovationen sind Flutwellen, die das Gros mitreißen. Ihr Besitz wird zu einem gefühlten Muss. Auch auf die Frage "Werden Roboter zu Konkurrenten?" antwortet das Museum an anderer Stelle mit Entwarnung.

Zitiert wird der Vater der Robotik, Joseph Engelberger: "Bald werden alle Hamburger von Robotern hergestellt. Was werden diejenigen, die dort gearbeitet haben, tun? Sie werden Gitarre für den Kunden spielen."

Sehr witzig. Wo doch das Abspielen einer Soundfile (Audiodatei) unendlich preisgünstiger ist. ... Nein, nur Regierungen haben in solchen Situationen noch (relative) Entscheidungsgewalt (so wie US-Präsident Truman damals über den Abwurf der Atombombe).

Deshalb haben Transhumanismus-Experten wie Elon Musk und Yuval Harari ihre Forderung nach einer Pause für die KI-Entwicklung an Politiker weltweit gerichtet, die Einführung staatlicher Kontrollinstanzen gefordert. Und haben die Regierungen bislang etwas unternommen? Nein.

Ein positives Gegenbeispiel: Der demokratische Entscheidungsprozeß, wie die Indianer der Navajo Nation (einem autonomen Reservat in den USA) ihn bei der Genforschung praktizieren. Gegen diese Form des Transhumanismus wurde dort ein Moratorium verhängt. Ob und in wie weit Genetik erneut zugelassen wird, darüber entscheiden in Navajo Nation zahlreiche Personen und Instanzen. Eine jahrelange Debatte läuft. Von solch demokratischer Sorgfalt, solcher Souveränität, Transparenz und Bürgerbeteiligung sind wir weit entfernt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. August 2023: >>US-Todeslager: Erschütternde Augenzeugenberichte

Von *Daniell Pföhringer*

Überlieferungen von Zeitzeugen vermitteln einen Eindruck von den grauenhaften Geschehnissen in den US-Todeslagern am Rhein. Aufgrund der mangelhaften Aktenlage kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. ...

Anfang 1945 befanden sich elf bis zwölf Millionen Deutsche in alliierter Kriegsgefangenschaft. Etwa 3,8 Millionen Soldaten, aber auch Zivilisten, Frauen und sogar Jugendliche wurden von den Amerikanern in Gewahrsam genommen, davon 1,67 Millionen in den sogenannten Rheinwiesenlagern.

In diesen von Stacheldraht umzäunten US-KZs mußten die Internierten, darunter auch Jugendliche (Flakhelfer), Alte und Gebrechliche (Volkssturm) sowie Frauen (Wehrmachtshelferinnen, Sekretärinnen) über Monate - durch einen neu geschaffenen Status (Disarmed Enemy Forces) vollkommen entrechtet - ohne Baracken oder sonstigen Schutz unter freiem Himmel und unterversorgt dahinvegetieren. Das Völkerrecht war in diesen grauenhaften Massenlagern faktisch außer Kraft gesetzt. Grundlegende Bestimmungen der auch von den USA unterzeichneten Genfer Konvention zum Umgang mit Kriegsgefangenen wurden mißachtet.

Jegliche Hilfe von außen war untersagt, Organisationen wie dem Internationalen Roten Kreuz wurde der Zugang zu den Lagern verwehrt, es gab kaum Lebensmittel und Trinkwasser, Krankheiten wie Typhus breiteten sich aus, die Witterungsbedingungen - erst starker Regen, dann sengende Hitze - machten das Leben der Gefangenen zur Hölle. Es kam zu einem regelrechten Massensterben, das die US-Streitkräfte unter der verharmlosenden Bezeichnung "Other Losses" ("sonstige Verluste") kaschierten.

In Massengräbern verscharrt

Welche mörderischen Zustände in den Rheinwiesenlagern herrschten, haben Betroffene und Augenzeugen in erschütternden Berichten geschildert. So schreibt etwa der damals Internierte Willi Griesheimer in seinem Buch "Die Hölle der amerikanischen Kriegsgefangenschaft":

"Die Leichen der Verhungerten wurden täglich auf Karren weit außerhalb der Lager in vorbereitete lange Gruben gekippt und in fünf Lagen und langen Reihen aufgeschichtet. Nach Verfüllung mit dem zuvor ausgebaggerten Erdreich erfolgte die Planierung der Massengräber."

Zahlreiche Gefangene verstarben infolge von Krankheiten. Im Stadtarchiv von Bad Kreuznach findet sich diese Aussage: "Ein ungarischer Arzt bemühte sich meist vergebens um die Kranken. In den frühen Morgenstunden lagen im Concentration Camp um die Latrine die Toten der Nacht, über die man steigen mußte. Es waren meistens Fälle von Typhus."

Eine Augenzeugin bestätigte diese Beobachtung: "Die Toten waren im Gesicht grau und pelzig wie ein Mausfell. Man sagte uns, daß sich der Typhus im Lager verbreitet habe. Sie wurden einfach weggeräumt. Diese Transporte des Todes werden vorwiegend im Schutze der Dunkelheit durchgeführt und können dennoch kaum verheimlicht werden."

In der Latrine ertrunken

In seinem Buch "Tränen, Tod und tausend Qualen. Vor 40 Jahren - Kriegsgefangenenlager Bretzenheim (1985) notiert der einst dort Internierte Rolf Spenner: "Ich bin Jahrgang 1924 und als Angehöriger der 5. Fallschirmjäger-Division am 20. April 1945, knapp drei Wochen vor der deutschen Kapitulation, nach fluchtartigem Rückzug aus Frankreich im Harz bei Quedlinburg von Amerikanern gefangen genommen worden. Ein paar Tage später wurden wir Gefangenen in offenen belgischen Kohlenwaggons mit je etwa 60 Mann, Schulter an Schulter stehend, ohne Verpflegung, ohne Wasser und natürlich ohne Toiletten in rund 24 Stunden nach Bretzenheim bei Bad Kreuznach gekarrt und auf offener Strecke ausgeladen."

Und weiter:

"Fast alle Männer hatten vom Stehen Wasser in den Beinen und konnten kaum noch gehen. Das Gefangenenlager war ein vom Regen durchweichter nackter Acker, mit Stacheldraht umzäunt, ohne ein einziges Zelt oder gar Gebäude. Wir lagen auf dem schlammigen Ackerboden, Körper an Körper, weil nur je drei Mann eine Wolldecke hatten. Es gab ansonsten kein Trinkwasser und keine Verpflegung. Die Latrine war eine mit einem Bulldozer ausgehobene, etwa von der Größe wie zwei Zimmer, große Grube, ohne Randbefestigung und ohne Sitzgelegenheiten. Wer in diese Grube fiel, ertrank in den Fäkalien."

Gefoltert und vergewaltigt

Nicht selten wurden die geschwächten und oftmals bis fast aufs Skelett abgemagerten Gefangenen von ihren Bewachern auch noch mißhandelt und gefoltert, wie Zeitzeugen aus dem Lager Andernach berichteten:

"Im Lager stand beim Verpflegungs- und Wasserempfang ein Spalier von amerikanischen Soldaten, von denen jeder einen Knüppel in der Hand hatte. Die Gefangenen mußten im Laufschrift vorbei. Wer im Schritt ging, bekam Schläge mit dem Knüppel, auch Versehrte."

"Weibliche Wehrmachtsangehörige wurden von weißen und farbigen Amerikanern im Lager vergewaltigt."

"Häufig kamen Trupps von drei bis zehn Mann des Bewachungspersonals ins Lager, oft ange-trunken, und schlugen mit Gewehrkolben, Hundepeitschen und Schlagringen auf die zusammenge-drängten Kriegsgefangenen ein."

"Einzelnen Gefangenen wurden mit Messern Goldzähne und -plomben herausgestochen."

Ein gefangener Polizei-Hauptwachtmeister wurde mit Fäusten und einem Brett geschlagen, erhielt fünfzig Hiebe mit einem Tau auf das blanke Gesäß. Er mußte mit voller Kleidung in einem etwa einen Meter tiefen Bach bis zur völligen Erschöpfung hin- und herschwimmen, wobei er ständig mit einem Prügel geschlagen wurde."

Diese und viele weitere erschütternde Augenzeugenberichte von ehemaligen Rheinwiesenslager-Internierten, aber auch von amerikanischen Soldaten, die von der Brutalität und Rücksichtslosigkeit ihrer Vorgesetzten und Kameraden entsetzt waren und darüber nicht schweigen wollten, finden Sie in COMPACT-Geschichte "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an den Deutschen auf den Rheinwiesen". ...<<

10.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. August 2023:

>>Steuer-Skandal: Merkels "Schönheit" kostet 55.000 Euro

Nach längerer Hinhaltetaktik mußte nun das Kanzleramt Informationen zur Höhe der angefragten Kosten in Bezug auf Ex-Kanzlerin Merkel herausrücken. ...

Es wurde nun offiziell bestätigt, daß die Steuerzahler für Kosmetik und Friseur der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) seit deren Ausscheiden aus dem Amt rund 55.000 Euro berappen mußten.

Kritik vom Bund der Steuerzahler

Öffentlich nicht bekannt ist, dass, die "Wellneß-Kosten" von Ex-Kanzlerin Angela Merkel auch weiterhin die Steuerzahler in Deutschland gehörig belasten. Dem Berliner Tagesspiegel gelang es nach hartnäckigen regelmäßigen Anfragen nun genauere Details in Erfahrung zu bringen. Nämlich in Zusammenhang mit den Rechnungsstellungen einer der Mitarbeiterinnen, die Merkel nach ihrer Kanzlerschaft weiterhin und ebenfalls steuerfinanziert zur Verfügung stehen.

Der Artikel legt dar, daß "zunächst Angaben dazu verweigert wurden nun doch erklärt die Regierung, wie viel das Aussehen der früheren Regierungschefin dem Staat wert sein soll". Weiter heißt es dann erläuternd zum steuerfinanzierten Rundumpaket für die Ex-Kanzlerin, "die Kosten für den Service belaufen sich für das vergangene Jahr demnach auf 37.780 Euro. Im Jahr 2023 hat die Regierung bisher 17.200 Euro aufwenden müssen."

Damit werden also für "Äußerlichkeiten" der früheren Regierungschefin rund 3.000 Euro im Monat fällig. Hinzu kommen dann auch noch Reise- und Hotelkosten, wenn die Stilistin Merkel zu Terminen begleitet." Auch Reisespesen der Stilistin werden bezahlt.

"Dem Steuerzahler kaum zu vermitteln"

Laut dem Artikel verweigerte zuvor das Bundeskanzleramt jegliche Angaben "unter Hinweis auf das Persönlichkeitsrecht sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse einer Auftragnehmerin des Kanzleramts".

Eine, als "Assistentin der Bundeskanzlerin a.D." dargelegte Zuarbeiterin sei dabei für Make-up und Frisur, zuständig. Zudem gehöre zu ihrem beruflichen Portfolio auch die Tätigkeit einer Modedesignerin. Gegenüber den 17.200 Euro Aufwand rein für die Kanzlerin a.D. im laufenden Jahr, stünden gerade einmal 21.808 Euro Kosten, die das Kanzleramt "in diesem Jahr für Visagisten und Friseure ausgab", wie der Tagesspiegel darlegt.

Der Präsident des Steuerzahlerbundes, Reiner Holzengel, kritisierte die Extra-Ausgaben nachdrücklich und kommentierte dazu, "es ist den Steuerzahlern kaum zu vermitteln, daß sie auch für Visagisten und Hairstylisten von Politikern aufkommen sollen. Die Kosten dafür müssen auf das Notwendigste reduziert und im Zweifel privat bezahlt werden."

Der Stab der pensionierten Kanzlerin

Seit dem Ausscheiden aus ihrer Kanzlerschaft, wurden Merkel nach Bitten und Antrag des Kanzleramts für die Zeit danach, "ein Büroleiter, ein stellvertretender Büroleiter, zwei Fachreferenten, drei Sachbearbeiter und zwei Fahrer" genehmigt. Zu dieser Entourage muß jetzt auch noch die "Style-Assistentin" gezählt werden. Alles in allem ein Team von 10 Mitarbeiterin für die Pensionärin.

Im Gegenzug für die benötigten Stellen "würden nicht besetzte Stellen im Bereich des Verteidigungsministeriums eingespart", wie das SPD-nahe Redaktionsnetzwerk Deutschland (rnd)

im November 2021 berichtete.

"Die künftige Bundeskanzlerin a.D. wird nach ihrer Kanzlerschaft im Bundesinteresse liegende Aufgaben wahrnehmen, die aus fortwirkenden amtlichen Pflichten resultieren", so die Begründung der üppigen Zahl von Zuarbeitern für Merkel.

Absteigen in "hochpreisigen Hotels"

Zur Causa Styling-Kosten hieß es im Tagesspiegel-Artikel weiter, "da Merkels Büro über die Wahrnehmung nicht öffentlicher Termine grundsätzlich keine Auskunft erteilt und auch das Kanzleramt davon nichts erfährt, kann nicht nachvollzogen werden, wann und wie oft die Altkanzlerin Styling-Termine in Anspruch nimmt.

Angesichts der hohen Kosten für die amtlich beauftragte Berliner Haar-Künstlerin dürften herkömmliche Salonbesuche aber eher selten sein". Das gesamte Personal für Angela Merkel belastet laut Artikel die Steuerzahler mit "mehreren Hunderttausend Euro jährlich, Reisekosten gehen extra", wobei "die begleitende Stilistin in hochpreisigen Hotels mitlogiert".

In einer dem Tagesspiegel vorliegenden "internen Korrespondenz des Kanzleramts", die nach dem Informationsfreiheitsgesetz herausgegeben wurde, ist demnach zu lesen, daß eingereichte Reisekostenabrechnungen Merkels "eigentlich zu teuer" seien.

Logiert wird natürlich im "Luxus-Segment"

Wörtlich heißt es dazu in der internen Korrespondenz, "das sind ja Schnäppchen-Preise, kommentiert eine Mitarbeiterin die Hotelkosten von 505 Euro pro Nacht per E-Mail und setzt einen Schlechte-Laune-Emoji daneben. Der Preis sei zwar fürstlich, hieß es dann von der Leitung, aber mit Blick auf den repräsentativen Charakter der Reise noch akzeptabel."

Eigentlich liege die "Preisobergrenze bei 197 Euro". Das Kanzleramt argumentiert gegenüber dem Tagesspiegel, zum Thema ausufernder Bonus-Kosten einer Ex-Kanzlerin, daß "die Kostenübernahme an die Wahrnehmung fortwirkender Amtspflichten anknüpft, unabhängig davon, ob sie öffentlich oder nicht öffentlich sind". Der Artikel endet mit der Feststellung:

"Bislang war noch kein Altkanzler dem Bund so teuer wie Angela Merkel." Für eine "mit Orden überhäufte Mutti" darf der Steuerzahler dann wohl nicht knausern.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 10. August 2023 (x1.326/...): >>**Statt Faesers Nebelkerzen: Clan-Kriminelle abschieben!**

Wenn bei jeder verbalen Nebelkerze der Ampel-Parteien tatsächlich eine Abschiebung stattfinden würde, dann wäre Deutschland wohl bereits menschenleer. Ausgerechnet Innenministerin Faeser (SPD) fordert nun die Abschiebung von Clan-Mitgliedern, auch wenn man ihnen noch keine Straftaten nachweisen konnte. Dabei ist es dieselbe Faeser, die die Abschiebung von tatsächlichen Kriminellen systematisch sabotiert! Unglaublicher geht es nicht mehr.

Wir erinnern uns: Nach der Vergewaltigung einer 14-Jährigen durch einen Afghanen in Illerkirchberg hatte die Landesjustizministerin bei Faeser interveniert und verlangt, daß der Abschiebestopp nach Afghanistan beendet wird.

Doch Faeser stellte sich trotz der Vergewaltigung stur und drückte mit Verweis auf die "Sicherheitslage" in Afghanistan auf die Tränendrüse. Hunderttausende ausreisepflichtige Ausländer werden unter Faesers Ägide nicht abgeschoben. Schlimmer noch: Mit ihrem "Kampf gegen rechts" und der Forderung nach Beweislast-Umkehr bei Rechtsextremismus-Vorwürfen versucht sie, die Kritik an der Massenmigration zu kriminalisieren.

Man kann aber keinen Politikern vertrauen, die von Abschiebungen reden und gleichzeitig diejenigen, die das ernst meinen, einer Hexenjagd aussetzen. Faesers jüngster Nebelkerzen-Vorstoß ist auch ein billiger Mißbrauch ihres Minister-Amtes für den hessischen Landtagswahlkampf, wo sie als Spitzenkandidatin antritt. Wenn sie dort in die Landesregierung eintre-

ten sollte, dann kann sie anschließend die Schuld für die Abschiebe-Untätigkeit auf den Bund schieben. Besser wäre es aber, wenn wir Bürger mit einer Stimme für die AfD dieses unwürdige und heuchlerische Schauspiel beenden!<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26763" berichtet am 10. August 2023 (x1.319/...): >>Überbevölkerung - Wer ist zu viel?

Seit Jahrzehnten warnen uns die Mainstreammedien eindringlich vor einer weltweiten Überbevölkerung. Gleichzeitig wird eine enorme Angst geschürt, daß die Welt bald eine Bevölkerungsgrenze erreicht haben wird, die die Erde nicht mehr tragen kann. Vor allem die Dritte-Welt-Länder und ihre hohe Geburtenzahl seien schuld an dieser mißlichen Lage. Unterschwellig wird uns vermittelt, daß es eine gute Sache sei, dieses Bevölkerungswachstum einzudämmen und Maßnahmen zu ergreifen.

Die UNO und Weltbank sind sich einig: Die Überbevölkerung ist verantwortlich für den Hunger und die Armut in der Welt. Hinter diesen Aussagen findet man vor allem eins: ein menschenfeindliches Bild.

Doch was genau steckt hinter der Behauptung, die Welt sei überbevölkert?

Oft werden uns im Zusammenhang zur Überbevölkerung Bilder von riesigen Menschenansammlungen in Großstädten oder riesige Slums gezeigt. Aber warum leben Menschen ineinander gepfercht in Slums? Der Grund ist nicht, weil die Welt überbevölkert ist und diese Menschen keinen sonstigen Platz auf Erden haben.

Es gäbe genug Land, aber sie haben kein Geld, um sich ein Stück Land zu kaufen.

Und sogar wenn sie genug Geld hätten, würde es nicht funktionieren, da einige sehr Reiche wie Bill Gates, Ted Turner usw. riesige Ländereien und Reichtümer in unvorstellbarem Maß besitzen, die für die Allgemeinheit nicht mehr zur Verfügung stehen.

Darum ist nicht genug Lebensraum vorhanden, weil die Erdoberfläche nicht allen Menschen gleichermaßen zur Nutzung gehört, sondern relativ viel Lebensraum von sehr wenigen "Eigentümern" beansprucht und zur Ausbeutung genutzt wird.

Wenn man beispielsweise 7 Milliarden Menschen in Österreich Landbesitz geben würde, bekäme jeder Mensch 11 qm. Das ist mehr Platz, als einem Gefängnisinsassen zusteht und die restliche Welt wäre dann menschenleer.

Es sind also nicht zu viele arme Menschen auf der Welt, sondern zu viele Superreiche, die nur zu ihrem eigenen Vorteil handeln. Nehmen wir einmal eine der reichsten Familien dieser Welt, die Rothschilds. Die Rothschilds sind im Besitz von mindestens 164 Banken auf der ganzen Welt und deren geschätzter Wohlstand beläuft sich auf 500 Billionen US-Dollar. Kein Mensch kann die Zahl 500 Billionen noch rational erfassen. Im Vergleich: Alle Staaten dieser Welt sind zusammen mit "nur" 71,6 Billionen verschuldet. Hier wird klar, bei wem die Staaten bzw. die Menschen eigentlich verschuldet sind, nämlich bei den Superreichen. Diese sind es, die für Armut auf der Erde verantwortlich sind.

Alleine der Sudan - ein Land im Nord-Osten Afrikas - mit seiner primitiven Landwirtschaftstechnik, die mit der deutschen in den 1950er- und 60er-Jahren vergleichbar ist, könnte eine Milliarde Menschen ernähren.

Außerdem vermitteln uns die Mainstreammedien mantramäßig, daß durch die Überbevölkerung die Umwelt zerstört wird. Die Wahrheit ist, daß ein Prozent der Menschheit - und zwar die Reichsten - die Umwelt doppelt so stark schädigt wie die Milliarden Menschen der ärmeren 50 % der Welt. Sie schädigen massiv die Umwelt durch Investitionen in umweltschädigende Industrien und Konzerne, Megajachten, Privatjets, private Raumfahrt und pompösen Luxus.

Müßte darum nicht eingefordert werden, daß genau diese Reichen wie die Rothschilds, Rockefellers, Warburgs, Morgans, Bill Gates usw., die Allgemeingut an sich reißen und dadurch Milliarden Menschen in Hunger und Armut stürzen, ihren ergaunerten Reichtum zurückge-

ben? Wenn eine Menschengruppe zu viel und noch dazu schädlich für die Erde ist, dann nicht die Armen, sondern ganz offensichtlich die Superreichen.

Wie sagte es Mahatma Gandhi einst so trefflich?

"Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier." <<

China: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. August 2023: >>China pfeift auf Vorschriften zum "Klimaschutz"

Ist es nicht faszinierend, wenn wir einen Blick hinter den Vorhang werfen können, um zu sehen, wie der weltgrößte Umweltverschmutzer das Pariser Abkommen aufgibt? Ein Super-GAU für Klima-Ideologen. Das Gerede von der Klima-Vormacht China ist nur eine weitere Lüge neben den Lügen ...

_ von *Charles Rotter*

Währenddessen legen die Vereinigten Staaten und andere westliche Nationen ihre Wirtschaft lahm und belasten ihre Bürger mit unnötigen Kosten, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Wie Diana Furchtgott-Roth berichtet, hat Chinas Präsident Xi Jinping seine Haltung bekräftigt, daß sich China bei der Festlegung seines eigenen Emissionsansatzes nicht von äußeren Faktoren beeinflussen lassen wird. Diese Ankündigung erfolgte ironischerweise während des Besuchs des ehemaligen Außenministers John Kerry in Peking in der Hoffnung, den Dialog über den Klimawandel neu zu beleben.

"Ohrfeige für Amerika"

Xis Botschaft war, so Furchtgott-Roth, "eine absichtliche Ohrfeige für Amerika" und ein klarer Hinweis darauf, daß China nicht die Absicht hat, sich dem westlichen Vorstoß in Richtung Netto-Nullverbrauch anzuschließen. Furchtgott-Roth unterstreicht:

"Im Oktober 2022 sagte er, daß China die Kohlekraftwerke nicht aufgeben werde, bevor erneuerbare Energien den verlorenen fossilen Brennstoff ersetzen könnten. Diese Substitution wird jedoch nicht stattfinden, weil fossile Brennstoffe wesentlich mehr Energie erzeugen als erneuerbare Energien."

Während die USA also damit beschäftigt sind, ihren Bürgern Kosten in Milliardenhöhe aufzuerlegen, um die Emissionen zu reduzieren und strenge Maßnahmen wie die von der EPA vorgeschlagene Auspuff-Regel vorantreiben, nach der bis 2030 60 Prozent der verkauften Neufahrzeuge batteriebetriebene Elektrofahrzeuge sein müssen, und die vorgeschlagene Kraftwerks-Regel, nach der die meisten Kraftwerke 90 Prozent ihrer Kohlenstoffemissionen abscheiden oder vergraben müssen, wenn sie nicht bis 2040 ihren Betrieb einstellen wollen, verdoppelt China effektiv seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen.

Sinnlose westliche Anstrengungen

Die unbequeme Wahrheit ist, daß diese EPA-Vorschriften der US-Wirtschaft jährliche Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe verursachen würden, ohne daß es zu einer spürbaren Reduzierung der globalen Emissionen käme. Furchtgott-Roth bemerkt treffend:

"Selbst wenn die Vereinigten Staaten alle fossilen Brennstoffe abschaffen würden, würde dies nur einen Unterschied von zwei Zehntel Grad Celsius im Jahr 2100 ausmachen, so der Chefstatistiker der Heritage Foundation, Kevin Dayaratna."

Die vorgeschlagene Auspuffvorschrift würde einkommensschwächere Amerikaner ungerechterweise belasten, indem sie die Fahrkosten erheblich erhöht. Der geforderte Umstieg auf Elektrofahrzeuge ist mit einem hohen Preis und mehreren praktischen Problemen verbunden, wie z.B. der Zeit, die zum Aufladen benötigt wird, dem Mangel an Ladeanschlüssen und der geringeren Reichweite in kalten Klimazonen.

Die Kraftwerksvorschrift hingegen würde die Stromkosten drastisch erhöhen, und das zu einem Zeitpunkt, an dem die EPA plant, Millionen neuer Elektrofahrzeuge ans Netz zu bringen. Die Umsetzung einer solchen Vorschrift könnte zu weiteren Stromausfällen, zur Verlagerung der Produktion ins Ausland, zum Verlust von Arbeitsplätzen und zu einer allgemeinen Ver-

ringerung des Lebensstandards der Amerikaner führen.

China geht seinen eigenen Weg

Furchtgott-Roth folgert:

"Da Xi ausdrücklich und wiederholt gesagt hat, daß sein Land die Emissionen erst dann reduzieren wird, wenn Energie aus erneuerbaren Energien die aus Kohlekraftwerken ersetzt, werden all diese Kosten zu keiner Reduzierung der globalen Emissionen führen. Die EPA hat Amerika auf einen Weg gebracht, der nur Schmerz und keinen Gewinn bringt."

Während die USA und andere westliche Länder ihre Wirtschaft im Namen der Emissionsreduzierung verkrüppeln, geht China munter weiter seinen eigenen Weg und demonstriert der Welt, daß das Pariser Abkommen und die gesamte globale Klimaschutzinitiative eine Übung in Vergeblichkeit ist. Daraus können wir eine Lehre ziehen, Leute. Die Welt tanzt nicht nach der Pfeife des Klimaalarmismus, und es ist höchste Zeit, daß wir aufhören zu versuchen, uns zum Anführer aufzuschwingen.

Dieser Beitrag erschien auf eike-klima-energie.eu.<<

11.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. August 2023:

>>Mitten im August: Schneesturm in italienischen Alpen

Dem angeblich heißesten Juli seit Jahrhunderten folgt der kälteste August, mit Wintereinbrüchen in den Alpen und Rekord-Minustemperaturen in ganz Europa. Ein Super-GAU für Klima-Ideologen - und eine Lüge ...

Die jüngste Nachricht dieser "Klima-Apokalypse" und dem "Zeitalter des globalen Kochens" (O-Ton UNO-Chef António Guterres) ist die Rückkehr des Schnees auf der Marmolata in Italien, obwohl der Monat August in der Regel nicht an die Kälte und den Frost eines Wintermonats erinnert. Es sind derzeit die niedrigsten Temperaturen seit Beginn der Meßgeschichte in den italienischen Alpen.

"Frohe Weihnachten" in den Alpen

Überraschenderweise hat der Sturm Patricia, wie er genannt wird, einen Temperaturrückgang von 10 Grad verursacht. Das hatte zur Folge, daß Urlauber, die den Sommer in den Bergen verbringen wollten, ihren Skiurlaub frühzeitig planen mußten.

Carlo Budel, der Besitzer der Hütte Capanna Punta Penia auf 3.400 Metern Höhe, nahm die Situation auf die leichte Schulter, indem er in einem Video, das in den sozialen Medien gepostet wurde, all seinen Freunden ein frohes Weihnachtsfest wünschte und an die ungewöhnlichen Temperaturen von -6 Grad erinnerte.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 11. August 2023 (x1.326/...): >>Statt Erhöhung: CO2-Bepreisung abschaffen!

Die Öko-Fanatiker in der Ampel-Regierung legen noch eine Schippe drauf: Der sogenannte CO2-Preis soll nun noch stärker steigen als ursprünglich geplant, Tanken und Heizen werden noch teurer gemacht als ohnehin schon. Der derzeitige Aufpreis von 30 Euro pro Tonne soll zum 1. Januar 2024 auf 40 Euro steigen. Benzin und Diesel würden aufgrund dieser faktischen Steuer um etwa vier Cent teurer - trotz der bereits bestehenden Mondpreise. Steigbügelhalter dieser grünen Schikane-Politik ist einmal mehr FDP-Chef Lindner, der noch vor wenigen Wochen scheinheilig behauptete, daß eine Erhöhung des CO2-Preises auf mehr als 35 Euro nicht geplant sei.

Doch während die Deutschen im Zuge der Öko-Ersatzreligion immer mehr bevormundet und abgezockt werden, folgt der Rest der Welt unserem Kurs nicht. Im Gegenteil: Kohle- und Kernkraftwerke sprießen wie Pilze aus dem Boden. Es ist vollkommen illusorisch, daß sich

die Temperatur des Planeten von den abwegigen grünen Albernheiten aus dem Hause Habeck oder Baerbock beeindrucken läßt. Das Hochsteuerland Deutschland braucht deshalb Entlastungen und deutliche Senkungen bei Steuern und Abgaben. Die CO2-Bepreisung gehört ersatzlos abgeschafft!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. August 2023: >>**Panik-Profi Lesch: Außerirdische killen uns!**

Von *S. Hofer*

Schon vor Jahren hatte Physiker Stephen Hawking vor Außerirdischen gewarnt. Die würden die Menschheit platt machen. Jetzt schlägt auch Lesch gegenüber der Augsburger Allgemeinen zu.

Panik-Profi Lesch: Außerirdische killen uns!

Physik-Professor Harald Lesch darf nie fehlen, wenn neue Panik-Narrative am Start stehen. Corona, Klimawandel - alle Mainstream-Säue werden durch "Leschs Kosmos" (ZDF) gejagt.

Schon vor Jahren hatte Physiker Stephen Hawking vor Außerirdischen gewarnt. Die würden die Menschheit platt machen. Jetzt, wo man in den USA die UFO-Frage debattiert, das Thema plötzlich den Mainstream gestürmt hat, schlägt auch Lesch gegenüber der Augsburger Allgemeinen zu:

"Wenn wir entdeckt werden sollten, würden wir wahrscheinlich an den Entdeckern zugrunde gehen." Aliens würden sich mit Erdenmenschen verschmelzen oder Rohstoffe plündern. Natürlich ist diese Gefahr schon bald zu erwarten:

"Ich erwarte, daß wir in den kommenden zehn Jahren einen Planeten entdecken werden, der ähnliche atmosphärische Bedingungen wie die Erde hat", Ob man dort Aliens trifft, das weiß Lesch leider nicht. Wie bescheiden. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11 August 2023: >>**Corona-Testwahn: Betrüger zockten 16 Millionen Euro ab**

Drei Betrüger sollen auf dem Höhepunkt des Corona-Testwahns den Betrieb von Teststationen vorgetäuscht und so einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe ergaunert haben - nun müssen sie sich vor dem Kölner Landgericht verantworten.

Schwerer Betrug lautet der Anklagevorwurf gegen zwei von ihnen, einem dritten Angeklagten wirft die Staatsanwaltschaft Beihilfe vor. Zwischen Februar und Mai 2022 sollen die Beschuldigten den Betrieb von zehn Corona-Teststationen im Rheinland vorgegaukelt und so unrechtmäßig insgesamt 16 Millionen Euro mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein abgerechnet haben. Dies für angeblich 1,8 Millionen Tests. Tatsächlich wurde nicht ein einziger Test durchgeführt.

Den Angeklagten war es laut Staatsanwaltschaft mit gefälschten Dokumenten und Stroh Männern gelungen, den Behörden vorzugaukeln, daß sie in Köln und Langenfeld bei Düsseldorf Testzentren betreiben. Eine Meldung beim zuständigen Gesundheitsamt, das die für die Abrechnung notwendigen Teststellen-Nummern vergab, sollen die Männer raffiniert umgangen haben. Statt dessen sollen sie Registrierungsnummern anderer, tatsächlich existenter Teststellen genutzt haben. Wie die Betrüger in den Besitz dieser Nummern gelangten, ist der Anklage zufolge bislang unklar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. August 2023: >>**Klartext zu Antifa-Gewaltaufruf gegen Hessen-AfD**

Von *Sven Reuth*

Für die Mainstream-Medien scheint der Gewaltaufruf der Antifa-Frankfurt gegen AfD-Kandidaten zur hessischen Landtagswahl größtenteils kein Thema zu sein.

Wenigstens Hendrik Hansen, Professor für politischen Extremismus und politische Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Berlin äußerte sich nun deutlich in der Welt:

"Im aktuellen Fall wurde neben der Karte mit den Wohnadressen auch dazu aufgerufen, den AfD-Politiker 'das Leben zur Hölle zu machen' - also ein ganz klarer Aufruf zu massiver Gewalt gegen die AfD-Politiker. Dabei geht es um sogenannte 'Interventionen', damit meint die linksextremistische Szene Aktionen, die auch gewaltorientiert bis hin zum Terrorismus sein können."

Und weiter äußert Hansen:

"Wenn es um Antifa beziehungsweise Antifaschismus geht, gibt es oft eine gewisse Beißhemmung. Da meinen viele, das sind doch die, die eigentlich das Gute wollen, aber leider manchmal in ihren Mitteln über das Ziel hinausschießen. Deswegen ist es schon wichtig, sich klarzumachen, daß bei linksextremistischer Antifa nicht nur die Mittel das Problem sind, sondern das Ziel es ist, nämlich eine andere Republik."

Das ist keine blaue Welle mehr - das ist ein Tsunami! Der Königsweg zu einer Wende in Deutschland wäre natürlich eine AfD-Alleinregierung. In Thüringen wird im Herbst kommenden Jahres gewählt. Der erste blaue Ministerpräsident ist möglich. Das wäre der halbe Weg zum Kanzleramt... Die blaue Welle rollt! ...<<

<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/08/11/der-weltklimarat-dirigent-der-klimatauschungen/more-12582>

Der Internet-Blog " Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 11. August 2023 (x1.322/...): >>Der "Weltklimarat" - Dirigent der Klimtäuschungen

Von *H. W. Ludwig*

Der "Intergovernmental Panel on Climate Change" (IPCC), deutsch: "Zwischenstaatlicher Ausschuß für Klimaänderungen", auch als "Weltklimarat" bezeichnet, hat als UN-Gebilde die Aufgabe,

"Regierungen auf allen Ebenen mit wissenschaftlichen Informationen zu versorgen, welche sie für die Entwicklung von klimapolitischen Maßnahmen benötigen." Seine "Weltklimaberichte" gelten als "Goldstandard" der Klimaforschung. Der IPCC ist selbst aber keine unabhängige Forschungs-Einrichtung, sondern primär eine politische Organisation, die bereits von einer feststehenden menschengemachten Klimaerwärmung ausgeht und zu den Folgen und Maßnahmen "wissenschaftliche" Ergebnisse einholt. Ein dringend notwendiger Blick hinter die Fassade.

Welt-Klima-Autorität (bundesgesundheitsamt.de)

Entstehung

Der sogenannte "Weltklimarat" wurde im November 1988 vom "Umweltprogramm der Vereinten Nationen" (UNEP) in Zusammenarbeit mit der "UN-Weltorganisation für Meteorologie" (WMO) ins Leben gerufen. Das UNEP war schon 1972 auf Betreiben u.a. des Kanadiers und ersten Direktors Maurice Strong in Stockholm gegründet worden und versteht sich als "die globale Autorität, die die Umweltagenda vorgibt, die kohärente Umsetzung der Umweltdimension der nachhaltigen Entwicklung ... vorantreibt und als autoritativer Verfechter der globalen Umwelt dient." Man beachte die anmaßende autoritäre Sprache.

Der IPCC betreibt selbst keine Forschung, sondern Experten, die er selbst aussucht, tragen die Ergebnisse der Forschungen aus verschiedenen Disziplinen zusammen, darunter der Klimatologie, der Sozialwissenschaften und der Technologie (s. Wikipedia).

Das offiziell ausgegebene Ziel des IPCC ist es:

"Regierungen auf allen Ebenen mit wissenschaftlichen Informationen zu versorgen, welche sie für die Entwicklung von klimapolitischen Maßnahmen benötigen. Die IPCC-Berichte sind auch ein zentraler Beitrag zu den internationalen Klimaverhandlungen." 2

195 Regierungen sind Mitglieder des IPCC. Erstaunlich offen berichtet dazu Wikipedia bei aller sonstigen Verklärung:

"Die US-Umweltschutzbehörde und das US-Außenministerium wollten eine internationale

Konvention zur Einigung auf Beschränkungen von Treibhausgasen, und die Reagan-Administration war besorgt über die uneingeschränkte Einflußnahme unabhängiger Wissenschaftler oder von Gremien der Vereinten Nationen wie UNEP und WMO. Die US-Regierung war die wichtigste Kraft bei der Bildung des IPCC als autonomes zwischenstaatliches Gremium, an dem Wissenschaftler sowohl als Experten für die Wissenschaft als auch als offizielle Vertreter ihrer Regierungen teilnahmen, um Berichte zu erstellen, die (angeblich, hl) die feste Unterstützung aller führenden Wissenschaftler weltweit hatten.

Diesen Berichten mußte dann von allen beteiligten Regierungen im Konsens zugestimmt werden. Auf diese Weise wurde der IPCC als Mischung eines wissenschaftlichen Gremiums und einer zwischenstaatlichen politischen Organisation gebildet."

Wenn die Regierungen einem Bericht des IPCC zustimmen müssen, haben sie großen Einfluß auf die Formulierung der Endfassung. Von unabhängigen wissenschaftlichen Ergebnissen kann also keine Rede sein. So äußerten sich auch früher beteiligte Wissenschaftler sehr kritisch. Hier drei Stimmen:

Dr. Robert Balling: "Der IPCC stellt fest, daß 'keine signifikante Beschleunigung des Meeresspiegelanstiegs im 20. Jahrhundert festgestellt wurde'. Dies erschien nicht in der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger."

Dr. Andrew Lacis: "Die Zusammenfassung des IPCC-Berichts hat keinen wissenschaftlichen Wert. Sie klingt, als sei sie von Greenpeace-Aktivisten und ihrer Rechtsabteilung zusammengeschustert worden."

Dr. Richard Lindzen: "Der IPCC-Prozeß wird eher von der Politik als von der Wissenschaft vorangetrieben. Sie verwendet Zusammenfassungen, um das, was Wissenschaftler sagen, falsch darzustellen, und nutzt die Unwissenheit der Öffentlichkeit aus."

Die Vorgeschichte

Die Theorie einer menschengemachte Klimaerwärmung, die heute für den IPCC als feststehende Voraussetzung für seine Aktivitäten gilt, ist erst allmählich in die Gremien der UN und in die Politik eingeschleust worden. Der Administrator des privaten EIKE-Klimainstituts, Hans Jankowiak, hat sich in einem Artikel vom 4.11.2021 mit der Entstehung der globalen "Klimaerwärmungs-Welle" befaßt. Er weist darauf hin:

"Der Anfang lag nicht in der wissenschaftlicher Erkenntnis einer aufziehenden "drohenden" für die Menschheit gefährlichen Erderwärmung durch von Menschen in die Atmosphäre eingetragenes Kohlenstoffdioxid CO₂, sondern mit welchem Hebel können die Güter dieser Welt nach anderen - nach den in den handelnden Personen innewohnenden - Maßstäben für Gerechtigkeit umverteilt werden.

Es mußte einen Grund geben, der den (wenigen) Besitzenden gewissermaßen eine moralische Schuld zuschrieb, daß sie den (vielen) Habenichtsen einen größeren Anteil an den Gütern der Welt zukommen lassen müssen. Kurzum, es waren sozialpolitische, z.T. religiöse Gesichtspunkte über Gerechtigkeit, über die gerechte Verteilung der Güter dieser Welt.

Wir schreiben die Zeit so um/vor 1970. Bis dahin war die Welt "erderwärmungsmäßig" im Großen und Ganzen noch in Ordnung. Kein Mensch dachte an eine "hausgemachte" Erderwärmung; im Gegenteil, Stimmen von Forschern und Wissenschaftlern sahen eine "Eiszeit" auf die Erde zukommen."

Doch mit dem rapiden Wachstum der Weltbevölkerung habe die Intensivnutzung der Erde begonnen, so daß sich der "Club of Rome" bemüht gesehen habe, 1972 mit seinen schwarzerseherischen "Grenzen des Wachstums" und düsteren Vorhersagen über die Verknappung der Rohstoffe die Weltbühne zu betreten.

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme sei schon 1969 mit den gleichen Sorgen auf der Bühne erschienen und habe den bereits durch Schweden 1968 in die UN eingebrachten Vorschlag einer "Konferenz über die menschliche Umwelt" vorangetrieben, die dann auch

vom 5. bis 16. Juni 1972 in Stockholm unter Leitung von Maurice Strong stattgefunden habe. Doch in keiner der 26 Prinzipien der dort verabschiedeten "Stockholmer Deklaration" sei es um eine Bedrohung der Menschheit durch eine vom Menschen verursachte Erderwärmung gegangen, jedoch hätten die Prinzipien 9 bis 12 bereits das Thema "Hilfe für die zu entwickelnden Länder durch die entwickelten Länder durch Geld" betroffen.

Im Anschluß an diese Stockholmer Konferenz sei dann das "Umweltprogramm der Vereinten Nationen" (UNEP) mit Maurice Strong als erstem Chairman gegründet worden.

Durch das Ölebargo der erdölbesitzenden Länder des Nahen Ostens von 1973 habe Olof Palme den schwedischen Wohlfahrtsstaat bedroht gesehen, der wesentlich auf dem billigen Öl für die Industrie beruhe. Als ein Freund der Kernkraftenergie habe er diese daher beschleunigt ausbauen wollen. Bei der Frage, wie er dazu die benötigte Akzeptanz der schwedischen Bevölkerung gewinnen könne, sei ihm ein früherer Jugend- und Sportsfreund, der schwedische Professor für Meteorologie Bert Bolin zu Hilfe gekommen.

Dieser habe Olof Palme in mehreren Treffen erklärt, daß der Einsatz von Erdöl (und Erdgas und Kohle) als Energieträger etwas mit dem Ausstoß vom Abgas Kohlenstoffdioxid CO₂ zu tun habe, und die wunderbaren Eigenschaften dieses Gases könnten für den politischen Zweck der Akzeptanz der Kernenergie eingesetzt werden (sinngemäß und vereinfacht):

"Es ist langlebiger Bestandteil der Atmosphäre, wird von Menschen dort hinzugefügt und kann aufgrund seiner thermischen physikalischen Eigenschaften Strahlungsenergie absorbieren und wieder emittieren. Es kann somit durch Vermehrung in der Atmosphäre den Wärmehaushalt und somit langfristig das Erdklima steuern.

Und weil die allermeisten Menschen nichts von Physik, Thermodynamik, Meteorologie und Klima verstehen (und weil die ... allermeisten Politiker noch weniger davon verstehen), daß die Wirkung des Kohlenstoffdioxid CO₂ für das Klimageschehen - wenn überhaupt - äußerst gering und marginal ist, entwickeln wir daraus eine mögliche für die Menschen und Natur bedrohliche Erderwärmung, wenn nichts dagegen unternommen wird."

Diese Theorie habe dann 1975 ihren Niederschlag in der schwedischen Regierungserklärung gefunden und sei von Olof Palme umgesetzt worden.

Weil eine Nation alleine nicht das Weltklima retten könne, habe er als rühriger Mann auch international diese "Botschaft" neben oder als Bestandteil seines Einsatzes für eine gerechtere Verteilung der Güter und den Frieden dieser Welt vertreten.

1979 sei die Welt erneut durch die zweite "Ölkrise", die Aufteilung in die erste, zweite und dritte Welt und zunehmende Krisenspannungen aufgeschreckt worden. Der UN sei 1980 der Brandt-Report "North-South: A Programme for Survival (Nord-Süd: Ein Programm zum Überleben) vorgelegt worden (Mitglied in dieser Commission: Olof Palme) und 1982 der Palme-Report "Policies for Common Security" ("Politiken für gemeinsame Sicherheit) (Mitglied in dieser Commission auch die zeitweilige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland)

1982 sei Olof Palme erneut Premierminister geworden und habe 1983 die UN zur Resolution 38/161 "geschubst". Diese habe die "Worldcommission on Environment and Development" (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung) ins Leben gerufen und Gro Harlem Brundtland zur "Chairwoman" (zu der Zeit "Premierministerin a.D.") ernannt. Unter den Mitgliedern der Kommission sei u. a. auch wieder der Name Maurice Strong aufgetaucht.

Nach vier Jahren sei 1987 das Ergebnis dieser Worldcommission (Gro Harlem Brundtland wieder "Premierministerin im Amt") mit dem Titel "Our Common Future" (Unsere gemeinsame Zukunft), genannt Brundtland-Report. Hierin sei der Begriff "Sustainable Development" (Nachhaltige Entwicklung) geprägt und definiert worden.

Neben dem Hauptanliegen "Nachhaltige Entwicklung" tauche allerdings im Vorwort der Vorsitzenden Brundtland zum ersten Male als Bedrohung der Welt auf:

"Wissenschaftler machen uns auf dringende, aber komplexe Probleme aufmerksam, die unser Überleben betreffen: eine sich erwärmende Erde, Schäden in der Ozonschicht der Erde, Wüsten, die landwirtschaftliche Flächen verschlingen."

Im Kapitel I "The Global Challenge, 1. Successes and failures" (Die Globale Herausforderung, 1. Erfolge und Mißerfolge) werde dann unter Punkt 7 detailliert aufgeführt:

"Durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe gelangt Kohlendioxid in die Atmosphäre, das eine allmähliche globale Erwärmung verursacht. Dieser ...Effekt könnte Anfang des nächsten Jahrhunderts die globalen Durchschnittstemperaturen soweit erhöht haben, daß sich die landwirtschaftlichen Anbaugelände verschieben, der Meeresspiegel steigt und die Küstenstädte überflutet werden und die Volkswirtschaften zusammenbrechen."

Weiter unten tauche unter Punkt 87 der Vorschlag auf: "... Konventionen und Vereinbarungen über Klimaänderungen".

1988 - also ein gutes Jahr nach dem Brundtland-Report sei die UN soweit "vorbereitet" gewesen, mit der Resolution 43/53 den sog. Weltklimarat IPCC ins Leben zu rufen. Die Resolution habe 13 Punkte umfaßt und dem IPCC die Handlungsweise vorgegeben, die menschengemachte globale Erwärmung zu dokumentieren.

Das IPCC sollte von Anfang an nicht eine offene Klima-Forschung betreiben, sondern zielgerichtet der Politik zuarbeiten. Der erste Chairman (1988-1997) war Prof. Bert Bolin!

Die wahren Ziele

Die politische "Inbetriebnahme" und Instrumentalisierung der Theorie von der angeblich feststehenden menschengemachten Klimaerwärmung fand auf der "Earth Summit-Konferenz" der UNO 1992 in Rio de Janeiro statt. Unter dem Chairman Maurice Strong wurde in den 27 Prinzipien der Deklaration sozusagen als Arbeitsanweisung die Verpflichtung formuliert:

"Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau, das eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert."

Eine "anthropogene", menschengemachte, Störung des Klimasystems wurde also vorausgesetzt. Es ging nicht um eine offene Klimaforschung, sondern der Weltklimarat IPCC hatte für das Ziel der "Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration" zu arbeiten. Das bedeutet natürlich nicht Wissenschaft, sondern Auftragsforschung zur Bestätigung der vorausgesetzten angeblichen menschengemachten Klimaerwärmung und zur Erreichung der damit verbundenen Ziele. Wissenschaft wird gegen hohe Bezahlung prostituiert, politischen Zielen dienstbar gemacht.

So formulierte auch Prof. Stefan Homburg auf Twitter:

"Da der IPCC laut Auftrag nur menschengemachten Klimawandel untersuchen darf, handelt es sich nicht um Wissenschaft, sondern um Auftragsforschung. Nur die These, der Klimawandel sei "menschengemacht", hält die korrupte Maschine des Weltklimarats mit Professuren, Drittmitteln, Konferenzen an exotischen Orten sowie immer neuen Steuern, Abgaben und Verboten am Laufen."

Prof. Homburg weist über die oben genannten drei Wissenschaftler hinaus auf weitere 43 hin, die beim IPCC mitgearbeitet und sich von dessen Thesen distanziert hätten. Hier einige Aussagen:

Dr. John Christy: "Der Öffentlichkeit ist wenig bekannt, daß die meisten Wissenschaftler, die mit dem IPCC zu tun haben, nicht damit einverstanden sind, daß die globale Erwärmung stattfindet. Seine Ergebnisse wurden mit jedem nachfolgenden Bericht konsequent falsch dargestellt und/oder politisiert."

Dr. Lucka Bogataj: "Steigende Kohlendioxidwerte in der Luft führen nicht zu einem Anstieg der globalen Temperaturen. ... Zuerst änderte sich die Temperatur, und etwa 700 Jahre später folgte eine Veränderung des Kohlendioxidgehalts in der Luft."

Dr. Rosa Compagnucci: "Der Mensch hat nur wenige Zehntel Grad zur Erwärmung der Erde

beigetragen. Die Sonnenaktivität ist ein wichtiger Treiber des Klimas."

Dr. Robert Davis: "Die globalen Temperaturen haben sich nicht so verändert, wie es die neuesten Klimamodelle vorhergesagt haben. In der IPCC-Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger taucht keine einzige Erwähnung von Satelliten-Temperaturbeobachtungen auf."

Dr. Chris de Freitas: "Die Entscheidungsträger der Regierung sollten inzwischen gehört haben, daß die Grundlage für die langjährige Behauptung, daß Kohlendioxid ein wichtiger Treiber des globalen Klimas ist, in Frage gestellt wird. Damit einher ging die bisher angenommene Notwendigkeit kostspieliger Maßnahmen zur Begrenzung des Kohlendioxidausstoßes. Wenn sie es nicht gehört haben, dann wegen des Lärms der globalen Erwärmungshysterie, die sich auf den logischen Trugschluß des 'Arguments aus Unwissenheit' und Vorhersagen von Computermodellen stützt."

Dr. Vincent Gray: "Die Erklärung (des IPCC) zum Klimawandel ist eine orchestrierte Litanei von Lügen."

Dr. Mike Hulme: "Behauptungen wie '2.500 der weltweit führenden Wissenschaftler haben einen Konsens darüber erreicht, daß menschliche Aktivitäten einen erheblichen Einfluß auf das Klima haben' sind unaufrichtig ... Die tatsächliche Zahl der Wissenschaftler, die diese Behauptung unterstützten, betrug nur wenige Dutzend."

Dr. Kiminori Itoh: "Es gibt viele Faktoren, die den Klimawandel verursachen. Nur an Treibhausgasen zu denken, ist Unsinn und schädlich."

Dr. Eigil Friis-Christensen: "Der Weltklimarat IPCC hat sich geweigert, die Auswirkungen der Sonne auf das Erdklima als ein Thema zu betrachten, das es wert ist, untersucht zu werden. Der Weltklimarat IPCC sah seine Aufgabe nur darin, mögliche menschliche Ursachen des Klimawandels zu untersuchen."

Dr. Yuri Izrael: "Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen menschlicher Aktivität und globaler Erwärmung. Ich halte die Panik vor der globalen Erwärmung für völlig ungerechtfertigt. Es besteht keine ernsthafte Gefahr für das Klima."

Gerade um die Panik vor der globalen Erwärmung geht es aber offensichtlich, denn sie lähmt - wie schon in der Corona-Krise - das selbständige Denken der Menschen, die Behauptungen kritisch zu hinterfragen. Sie werden ihnen durch ständige Wiederholung eingebläut, so daß sie sie fraglos übernehmen und die "notwendigen" einschneidenden Maßnahmen akzeptieren, die aber ganz anderen Zielen dienen.

So sagte die Tochter des Gründers des Weltwirtschaftsforums (WEF) Klaus Schwab, Nicole Schwab, in einem aufgetauchten Video von 2020, Covid sei eine "großartige Gelegenheit" gewesen, um zu testen, wie die Öffentlichkeit auf autoritäre Maßnahmen reagieren würde, die genutzt werden könnten, um die "Great Reset-Agenda" des WEF in Gang zu setzen.

Die vom WEF geförderte Darstellung der "Klimakrise" zielt darauf ab, "einen Wandel herbeizuführen, der nicht graduell ist, ... um die Natur ins Zentrum der Wirtschaft zu stellen".

"Regenerative Landwirtschaft" z.B. sei ein neues landwirtschaftliches System, das von den Befürwortern der "grünen Agenda" propagiert werde und bestimmte traditionelle Elemente aus der Nahrungsmittelversorgung eliminiere, wie z.B. Fleisch und Milchprodukte, die vom WEF und den Klima-Alarmisten verteufelt werden.

Es sei viel einfacher, jüngere Menschen einer Gehirnwäsche zu unterziehen, indem man ihnen die "Klimakrise" einrede.

Das Hockeyschläger-Diagramm

Man scheute auch vor noch gravierenderen Täuschungen nicht zurück, wie sie z.B. 2009 von einer unbekanntem Hackergruppe (auf einem russischen Server) aufgedeckt und von Wikileaks dauerhaft zur Verfügung gestellt wurde. Diesen "Climategate" hat der britische Journalist Christopher Booker als "größten Wissenschaftsskandal unserer Generation" bezeichnet. Es

handelte sich um eine Fülle von geleakten E-Mails insbesondere von Professor Dr. Phil Jones, dem damaligen Leiter der Klimaforschungsabteilung (CRU) der Universität von East Anglia (im Osten Englands), die laut eigener Website als Hauptdatenlieferant des IPCC gilt.

Nach Christopher Booker ist Professor Philip Jones, der Direktor der CRU, für die beiden wichtigsten Datensätze verantwortlich, die der IPCC für die Erstellung seiner Berichte verwendet. Er sei auch ein wichtiger Teil der eng verbundenen Gruppe amerikanischer und britischer Wissenschaftler, "die für die Förderung des Bildes der Welttemperaturen verantwortlich sind", das durch Prof. Michael (Mike) Manns "Hockeyschläger-Diagramm" vermittelt werde, das 1999 "die Klimageschichte auf den Kopf stellte, indem es zeigte, daß die globalen Temperaturen nach 1.000 Jahren des Rückgangs kürzlich auf den höchsten Stand in der aufgezeichneten Geschichte gestiegen sind.

Das Diagramm, das vom IPCC in den Vordergrund gerückt wurde, nicht zuletzt, weil es den Anschein erweckte, daß es die seit langem akzeptierte mittelalterliche Warmzeit, in der die Temperaturen höher waren als heute, ausschließt, wurde zum zentralen Symbol der gesamten Bewegung für die vom Menschen verursachte globale Erwärmung.

2003 jedoch seien die statistischen Methoden, die zur Erstellung des "Hockeysticks" verwendet wurden, von dem kanadischen Statistikexperten Steve McIntyre als grundlegend fehlerhaft entlarvt worden. Die durchgesickerten Dokumente zeigten,

"daß die Wissenschaftler versuchten, die Daten durch ihre verschlungenen Computerprogramme zu manipulieren, und zwar immer so, daß sie nur in eine gewünschte Richtung zeigen - nämlich die vergangenen Temperaturen zu senken und die jüngsten Temperaturen nach oben zu "korrigieren", um den Eindruck einer beschleunigten Erwärmung zu vermitteln."

Dies komme so oft vor, daß es zum beunruhigendsten Einzelelement der ganzen Geschichte werde.

In Australien und Neuseeland sei es den Wissenschaftlern vor Ort möglich gewesen, die offiziellen Temperaturaufzeichnungen des IPCC mit den Originaldaten zu vergleichen, auf denen sie angeblich beruhen. In jedem Fall sei klar, daß derselbe Trick angewandt worden sei - ein im Wesentlichen flaches Temperaturdiagramm in ein Diagramm zu verwandeln, das einen stetigen Temperaturanstieg zeige. Und in jedem Fall sei diese Manipulation unter dem Einfluß der CRU durchgeführt.

Wie genau Prof. Phil Jones über die wahren Temperaturverhältnisse Bescheid wußte und wie wichtig es ihm war, dies zu verbergen, geht aus der folgenden E-Mail von ihm hervor:

"Die wissenschaftliche Fachwelt würde mich mit Sicherheit fertig machen, wenn ich zugeben würde, daß sich die Welt seit 1998 abgekühlt hätte. Nun gut, das hat sie."

Oder:

"Ich habe soeben Mikes Naturtrick vollendet, indem ich die richtigen Temperaturen zu jeder Serie - für die letzten 20 Jahre (d.h. ab 1981) und ab 1961 für die von Keith - hinzugefügt habe, um den Rückgang zu verbergen".

Und Christopher Booker faßt zusammen:

"Die Absender und Empfänger der durchgesickerten CRU-E-Mails stellen eine Besetzungliste der wissenschaftlichen Elite des IPCC dar, darunter nicht nur das 'Hockey-Team', wie Dr. Mann selbst, Dr. Jones und sein CRU-Kollege Keith Briffa, sondern auch Ben Santer, der für eine höchst umstrittene Neuformulierung von Schlüsselpassagen im IPCC-Bericht von 1995 verantwortlich ist; Kevin Trenberth, der den IPCC auf ähnlich umstrittene Weise dazu gebracht hat, Panikmache in Bezug auf die Hurrikanaktivität zu betreiben, und Gavin Schmidt, die rechte Hand von Al Gores Verbündetem Dr. James Hansen, dessen eigene GISS-Aufzeichnung der Oberflächentemperaturdaten nur noch von der CRU selbst übertroffen wird."

Fazit

Die UN-Organisation IPCC, der "Weltklimarat", in dem nicht Wissenschaftler, sondern Politiker das letzte Wort haben, spielt sich als Welt-Autorität auf, die verbindlich die Wahrheit über den Zustand des Klimas festzustellen habe. Von ihr geht die Schreckensbotschaft aus, daß der anthropogene, menschengemachte CO₂-Ausstoß die Ursache einer ansteigenden Klimaerwärmung sei, welche die Menschheit bedrohe. Die politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten in mindestens 195 Ländern verbreiten dies angsterzeugend in ihren Völkern und beschließen tief in die Wirtschaft und das Leben der Menschen eingreifende Maßnahmen, um den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Doch diese Schreckensbotschaft ist keine wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, sondern eine Behauptung, die sich auf relativ wenige ausgesuchte und gut dotierte Wissenschaftler stützt, von sehr vielen Wissenschaftlern aber bestritten und widerlegt wird, und sich durch bekanntgewordene Fälschungen auch als bewußte Täuschung und Lüge erwiesen hat. Deren tägliche Wiederholung in den großen Medien erreicht es, daß sie von der großen Autoritätsgewohnten Masse geglaubt wird.

Es ist eine gigantische suggestive Manipulation des Bewußtseins der Menschen, welche die der weltweiten "Corona-Pandemie" noch übertrifft.

Doch sie birgt auch die Chance, für die totalitären Machenschaften der weltweit vernetzten "Eliten" aufzuwachen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 11. August 2023 (x1.328/...):

>>**Dortmund: Imam singt bei Einschulungs-Feier**

Im Netz zirkuliert ein Video, das einen muslimischen Vorbeter bei einer Einschulungsfeier zeigt. Apollo News hat den Vorgang rekonstruiert.

Es klingt nach Kairo, Fallujah oder Istanbul - ist aber NRW. Im Internet verbreitet sich aktuell ein Video, das eine Einschulung an einer Gesamtschule in Dortmund zeigt. Bei der Zeremonie in der Aula singt ein Imam ein islamisches Gebet. Es soll ein "erstmaliger interreligiöser Einschulungsgottesdienst" sein, heißt es.

Apollo News konnte die Quelle des Videos und den Zeitpunkt der Aufnahme recherchieren. Der Clip zeigt tatsächlich eine Einschulungsfeier in Dortmund am 7. August. Gegenüber Apollo News wird die Authentizität des Videos bestätigt. "Das Video spiegelt den Verlauf der Veranstaltung nicht vollständig wieder", erklärt ein Sprecher der Bezirksregierung Arnsberg auf Anfrage. Die Schule habe zur Einschulungsfeier Vertreter beider großen christlichen Konfessionen und einen Imam eingeladen. "60 Prozent der Schüler" seien Muslime, wird dazu erklärt. Auch sei das Gebet für alle Anwesenden noch auf Deutsch übersetzt worden, was im Video allerdings nicht zu sehen ist.

Auf ihrer Website beschreibt sich die Schule als einen Ort, an dem "Kinder und Jugendliche verschiedener kultureller Zugehörigkeit, unterschiedlicher Begabung und Leistungsfähigkeit erfolgreich mit- und voneinander lernen, ihr Leben selbständig in einer demokratischen Gesellschaft zu gestalten." Die Schule engagiere "sich bereits seit Jahrzehnten in den Bereichen Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung, interkulturelles Lernen, Umwelterziehung und globales Lernen". In der regionalen Berichterstattung wird die Schule mit Begriffen wie "bunte Vielfalt" in Verbindung gebracht.

Ein Rabbi ist in der "interkulturellen" Zeremonie aber nicht zu sehen. Dafür ein Imam - mit fragwürdigem Hintergrund.

Der Imam im Video ist Kopf einer Moschee des staatlichen türkischen Moscheeverbandes Ditib in der Nordrhein-Westfälischen Kleinstadt Altena. In der Lokalpresse wird er als ein Deutscher vorgestellt, der auch Deutsch spreche. Der gebürtige Krefelder studierte in Ankara islamische Theologie. Die Ditib steht seit Jahren in der Kritik, weil die Grenzen zu radikalem Islam in der Organisation immer wieder verschwimmen. In der Vergangenheit beteten Ditib-Imame unter anderem für den Sieg türkischer Truppen und islamistischer Milizen bei deren

Einmarsch in Syrien. Über Moscheen des Verbandes wurden auch Gegner des Erdogan-Regimes ausspioniert.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. August 2023: >>**Rheinwiesenlager: Das Rote Kreuz durfte nicht helfen**

Mit ihren sogenannten Concentration Areas am Rhein schufen die USA ein Lagersystem, in dem die Menschenrechte außer Kraft gesetzt waren. Zwischen Soldaten, Zivilisten und vormaligen Stützen des NS-Regimes wurde dabei nicht unterschieden. Es folgt ein exklusiver Auszug aus unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an den Deutschen auf den Rheinwiesen".

_ von *Hans-Jürgen Wünschel*

Anfang 1945 befanden sich laut der 1957 vom damaligen Bundesministerium für Vertriebene gegründeten Wissenschaftlichen Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg unter dem Historiker Erich Maschke (Maschke-Kommission) elf bis zwölf Millionen Deutsche in Gefangenschaft. Etwa 3,8 Millionen wurden von den Amerikanern in Gewahrsam genommen, davon 1,67 Millionen in den Rheinwiesenslagern.

Im eroberten Frankreich hatte US Army bereits seit Sommer 1944 insgesamt 36 sogenannte Zentrallager (Continental Central Prisoners of War Enclosures) mit etwa 1,9 Millionen Inhaftierten errichtet. Zu den ersten Vorhaben der Amerikaner in ihrer Besatzungszone zählte die Internierung jeder Person, die laut Counterintelligence Directive vom 16. September 1944 als "Gefahr für die Alliierten" bezeichnet wurde. ...

Völkerrechtsfreie Zone

Nachdem die westalliierten Truppen Anfang März 1945 den Rhein überschritten hatten, bestimmten die USA, daß entlang des linken Rheinuferes sogenannte Prisoner of War Temporary Enclosures (PWTE; Durchgangslager) aufgebaut werden sollten. Diese PWTEs sind die sogenannten Rheinwiesenlager. Das ist allerdings eine euphemistische Bezeichnung. Wer denkt da nicht an den schönen Vater Rhein, an Wiesen und Weinberge.

Besser sollte man von Death Camps (Todeslagern) oder gleich von Konzentrationslagern sprechen, denn schließlich nannten die Amerikaner ihren Gulag auf deutschem Boden selbst "Concentration Areas". In diese Lager wurden meist sogenannte Kapitulationsgefangene eingeliefert, also Wehrmachtssoldaten, die nach dem 8. Mai 1945 von den westlichen Alliierten in Gewahrsam genommen wurden.

Die USA unterteilten auf Initiative des Oberkommandierenden der Alliierten, General Dwight D. Eisenhower, die Inhaftierten in zwei Klassen: die eigentlichen Kriegsgefangenen (Prisoners of War) und die sogenannten Displaced Enemy Forces, entwaffnete Feindkräfte. Mit letzterem Status wollte man - was Verpflegung, Unterbringung und Kontrolle durch das Internationale Rote Kreuz (IRK) betrifft - die Vorschriften der Genfer Konvention umgehen und den Betroffenen die ihnen nach internationalem Recht zustehende Behandlung vorenthalten. Der perfide Gedanke dahinter: Wenn der Krieg vorbei ist, kann es ja auch keine Kriegsgefangenen mehr geben. ...

Das Rote Kreuz protestiert

Kaum jemand erfuhr damals etwas von dem Skandal, der sich Ende Mai 1945 zugetragen hatte. Um die Hungersnot der Gefangenen zu lindern, hatte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zwei Güterzüge mit Lebensmitteln aus seinen Lagerbeständen in der Schweiz auf die Reise über Mannheim in die von amerikanischen Truppen besetzten Gebiete geschickt.

Offenbar auf höhere Weisung entschieden Offiziere der US-Armee, daß die Züge wieder zurückfahren mußten. Der Präsident des IKRK, Carl Jacob Burckhardt, wehrte sich und schrieb an das US-Außenministerium einen harschen Brief: "Nach Einstellung der Feindseligkeiten in

Europa hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz alles unternommen, um die Situation der Gefangenen zu verbessern, die nach der 'Befreiung' durch die alliierten Armeen den Status von 'Ex-Kriegsgefangenen' erhielten".

Eisenhowers Antwort:

"Die Verwendung von Lebensmitteln für Feindpersonal ist verboten."

Burckhardt resignierte schließlich und klagte: "Infolge der Beschränkung auf die Befolgung von Befehlen muß eine Organisation zur Ohnmacht verurteilt sein." Ein Hilfsprogramm des IKRK für die unter britischer Kontrolle lebenden Deutschen gestaltete sich hingegen problemlos.

Diese Episode ist ein weiteres Indiz für den exterminatorischen Charakter der US-Besatzungspolitik in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende. Auch anderen Organisationen wie dem YMCA oder den Quäkern wurde strikt untersagt, den Inhaftierten unter US-Kontrolle zu helfen. In anderen Fällen hieß es, man könne keine Lastwagen auftreiben, kein Benzin oder keine Reifen. ... Ende der Textauszüge.<<

[Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 11. August 2023 \(x1.329/...\): >>Wer steht hinter der Energiewende?](#)

Die Agora Energiewende hat die Durchführung der Energiewende in der Hand. Wer finanziert ihre Aktivitäten? Hauptgeldgeber sind amerikanische Stiftungen mit zurzeit 15 Millionen Euro im Jahr.

von *Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel*

Es ist inzwischen bekannt, daß die Denkfabrik und Lobbyorganisation Agora Energiewende (Wikipedia) die Energiepolitik der Bundesrepublik maßgeblich gestaltet. Ihr langjähriger Direktor, der Politologe und Volkswirtschaftler Dr. Patrik Graichen, wurde von Robert Habeck zum beamteten Staatssekretär für Energiepolitik berufen. Damit konnte die Lobbyorganisation, die keine ausgewiesenen Experten der Energieversorgung hat, direkt ihre "grünen" Vorstellungen in Gesetze fassen. Diese Situation ändert sich auch nicht durch die Entlassung von Patrik Graichen wegen Begünstigung seines Trauzeugen. Sein Schwager, Michael Kellner, hält die Verbindungen als Parlamentarischer Staatssekretär im Habeck-Ministerium.

Die Forderungen des Heizungsgesetzes sind nicht finanzierbar

Der Entwurf des Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, ist bei der Agora Energiewende entstanden und wurde von Graichen in eine Gesetzesvorlage von 168 Seiten umgesetzt. Dieses Gesetz sollte noch vor der Sommerpause vom Bundestag verabschiedet werden. Wegen zahlreicher offener Fragen ohne Antwort hat das Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren das Durchpeitschen dieses Gesetzes untersagt.

Die Umstellung der Heizungen auf 65 % "grüne" Energie fordert hohe Investitionen, die viele Haus- und Wohnungseigentümer nicht stemmen können. Sie würden insolvent oder müßten ihr Eigentum verkaufen. Bei dem dann riesigen Angebot werden die Immobilienpreise ins Bodenlose fallen. Die Hausbesitzer, die jahrelang sich für ihr Eigentum krumm gelegt haben, werden zu Sozialfällen. Sollen die Immobilienbesitzer so enteignet werden?

Das will angeblich der Gesetzgeber vermeiden. So sollen je nach Einkommen staatliche Zuschüsse die Umstellung "sozial abfedern". Doch die Regierung hat keine Vorstellungen über die Kosten. Sicher sind es viele Milliarden Euro. Es könnte aber auch mehr als eine Billion werden. Das Geld für die Zuschüsse müßte vom Steuerzahler kommen, denn der Staat hat keine anderen Einnahmen. Das heißt: Höhere Steuern für Heizungszuschüsse, die von den Empfängern gezahlt werden müssen. Davon bleiben bei der Umverteilung nach Schätzungen bis zu 30 % in der Verwaltung hängen.

USA-Stiftungen finanzieren die Agora Energiewende

Wer finanziert die Agora Energiewende, den Lobbyverein für dieses unsoziale Heizungsgesetz? Die Homepage von Agora Energiewende gibt darüber Auskunft. Hauptgeldgeber sind

amerikanische Stiftungen mit zurzeit 15 Millionen Euro im Jahr. Dazu kommen noch 3 Millionen von verschiedenen Bundesministerien. Koordinator ist Rainer Baake, der Gründer von Agora Energiewende und langjähriger Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Heute ist er Direktor der Stiftung Klimaneutralität, die von der US-amerikanischen Climate Imperative Foundation finanziert wird. Hier stellt sich die Frage, warum finanzieren amerikanischer Stiftungen massiv deutsche Lobbyorganisationen für die Energiewende?

Die Anhänger des Club of Rome haben großen Einfluß auf die Verwendung der Stiftungsausschüttungen. Sie wollen die Welt retten durch Schonung der Ressourcen. Dazu finanzieren sie Befürworter der Energiewende, um die endlichen Vorräte an fossilen Brennstoffen zu strecken. Die Weltklimarettung durch Beendigung der CO2-Emissionen aus fossilen Brennstoffen ist für sie eine stützenswerte Aktion.

Die Finanzwelt will darüber hinaus mehr Macht und Einfluß. Sie setzt auf hohe Gewinne durch die Energiewende. Da Finanzkonzerne wie BlackRock (der größte Vermögensverwalter der Welt) direkten Einfluß auf die großen Stiftungen haben, stützen sie über die Stiftungen Lobbyorganisationen und "Umweltaktivisten". Die Straßenkleber haben inzwischen über eine Million Euro für ihre kriminellen Aktionen erhalten.

Viele der großen Finanzkonzerne und Banken geben darüber hinaus keine Kredite mehr für Anlagen zur Nutzung fossiler Brennstoffe, um die Energiewende zu erzwingen. Wenn das Heizungsgesetz in Kraft treten sollte, können die Finanzkonzerne ihren Immobilienbesitz zu Ramschpreisen vergrößern und anschließend an hohen Mieten klotzig verdienen.

Nach dieser Darstellung wird die deutsche Energiepolitik von der US-amerikanischen Großfinanz gesteuert. Akteur ist auch der CDU-Vorsitzende, Friedrich Merz. Als Aufsichtsratsvorsitzender und Lobbyist für BlackRock in Deutschland hat er für die Energiewende geworben. Den Vorsitz der CDU hat er dann genutzt, im Parteiprogramm die Fortsetzung der Energiewende zur "Klimarettung" zu fordern. Merz bleibt damit Lobbyist für BlackRock.

Die einzige Bundestagspartei, die das Heizungsgesetz und die Fortführung der Energiewende konsequent ablehnt, ist die AfD. Inzwischen erkennen immer mehr Wähler, daß die übrigen Parteien die Energiewende weiter befürworten. Das Heizungsgesetz hat dies deutlich gemacht. Wenn es nach der Sommerpause doch verabschiedet wird, werden sich noch viel mehr Wähler von den Blockparteien verabschieden und sich der AfD zuwenden. Die AfD braucht nur in ihr Wahlprogramm die Aussage aufzunehmen: Wenn wir Regierungsverantwortung übernehmen, wird das Heizungsgesetz sofort abgeschafft.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. August 2023: >>**Michael Wendler: "Wo sind wir eigentlich gelandet?"**

Von Karel Meissner

Im nächsten Jahr sollte Michael Wendler beim "Schlager unter Palmen-Festival" sein Comeback feiern. Aber: feige Kollegen distanzieren sich und das Festival wurde abgesagt. Jetzt antwortet Wendler den Mainstreamern.

Nicht nur Elefanten, auch Kriecher haben ein Langzeitgedächtnis. Wer sich während der Lockdown-Diktatur gegen Lauterbach, Drost und deren Mitläufer gestellt hat, wird weiterhin gejagt, obwohl deren Narrative längst eingestürzt sind. Es scheint eher ums Prinzip zu gehen: Regierungskritik, ob berechtigt oder nicht, soll grundsätzlich unterbleiben.

Aktuelles Beispiel: Michael Wendler. Dessen Kritik an der Lockdown-Diktatur - von Propaganda-Medien als "Verschwörungstheorien" gebrandmarkt - hatte den Schlager-Star ins Abseits getrieben. Er zog sich von der Mainstream-Bühne zurück.

2024, beim "Schlager unter Palmen-Festival" in Griechenland, sollte er sein Comeback feiern. Das brachte woke Kollegen auf die Palme. Obwohl sie sich eigentlich für ihr Schweigen (oder gar ihren Support) entschuldigen müßten, sagten Sänger wie Ross Antony ihre Teilnahme ab. Auf keinen Fall wolle man mit Wendler in Verbindung gebracht werden. Auf Instagram versi-

chert Ross Antony seinen Fans:

"Meine Schnuckies, Danke für Eure vielen Nachrichten in Bezug auf meinen Auftritt bei 'Schlager unter Palmen 2024'. Ich kann Euch versichern: Als ich den Auftritt zusagte, war keine Rede von einem Auftritt von Michael Wendler."

Da hat jemand aber gewaltig Angst vor dem "Schnuckie-Furor". Am Ende werfen die ihm noch "Kontaktschuld" vor. Hilfe! Diese Angst befiel wohl auch Veranstalter René Ulbrich. Denn der beteuerte ebenfalls seine Unschuld:

"Wir haben alle Künstler ausschließlich nach ihrem musikalischen Werk und Schaffen und keinesfalls nach ihren politischen Ansichten ausgewählt, denn 'Schlager unter Palmen' ist eine musikalische Unterhaltungsshow und keine politische Veranstaltung."

Ulbrichs Konsequenz: Das Festival wird gecancelt. Wahrscheinlich haben die Mainstream-Medien erwartet, daß Wendler das soziale Todesurteil reuig entgegennimmt und die Inquisitoren um Vergebung anwinkt. Statt dessen publizierte auf Facebook eine Erwiderung, die mit der Wokeness-Sklaverei radikal abrechnet:

"Liebe Fans und Freunde, es gibt neue Informationen zum leider abgesagten Konzertauftritt in Griechenland. Wir haben heute mit René gesprochen und ehrlich gesagt verstehe ich ihn auch ein wenig, warum er die Fanreise nun komplett abgesagt hat. Meiner Meinung ist er ein richtig guter Mensch, Künstler und Veranstalter. Er hat es einfach nicht nötig, sich von hirnlösen Internetpfeifen zu Unrecht beleidigen zu lassen.

Dazu noch die lächerlichen Distanzierungen von Ross Antony oder Julian David oder Zeitflug (letztere mir übrigens völlig unbekannt), welche sich gebürstet Mainstream und ewig grinsend gegen Diskriminierung positionieren, aber durch ihr Verhalten genau dieses machen. Es klingt schon ein bißchen nach Kindergarten-Niveau, so nach dem Motto 'Mit dem Michael spiele ich nicht', in der Hoffnung auf 'Fishing for compliments' - EKELHAFT FINDE ICH DAS.

Für mich sind jedenfalls solche Künstler wie oben erwähnt bemitleidenswerte und charakterlose Künstler, die noch immer glauben, daß ihr Schweigen in der menschenverachtenden Coronazeit gut war. Ein guter Künstler setzt sich für seine Fans ein, warnt und beschützt. Ich habe es gemacht und würde es immer wieder tun.

ICH LIEBE MEINE FANS und bin ein MENSCHENFREUND. Niemand hat das Recht Grundrechte zu beschneiden. Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht und dieses sollte ohne Schaden ausgeübt werden dürfen ... Wo sind wir eigentlich gelandet?"

Das ist für manche Mainstreamer natürlich zu viel Klartext. Die News-Plattform männersache jammert:

"Michael Wendler zerstört prominenten Berufskollegen!"

Fehlt noch, daß Roos Anthony & Co. für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen werden: Für ihren Mut gegen das absolute Böse ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26774" berichtet am 11. August 2023 (x1.319/...): >>Skandal um Kinderimpfprogramm - Experte Ted Kuntz sagt aus

In Kanada werden jedem Kind bis zu seinem 18. Lebensjahr 72 Impfungen verabreicht. "Die Zahl der Eltern in diesem Land, die tatsächlich eine informierte Zustimmung zu einer der Kinderimpfungen gegeben haben, ist wahrscheinlich sehr gering oder nicht vorhanden." Eine Aussage von Ted Kuntz nach 40 Jahren Aktivität und Forschung, um die Schwächsten in der Gesellschaft, die Kinder, zu schützen.

Ted Kuntz ist Präsident einer Organisation für medizinische Freiheit namens "Vaccine Choice Canada" (Vaccine Choice Canada = Impf-Entscheidung Kanada) - und hat kürzlich vor der National Citizens Inquiry (National Citizens Inquiry = Aktuelle öffentliche Anhörung von Experten in Kanada) in Kanada Stellung genommen und unter Eid Aussagen gemacht. Sein hohes Engagement in der Aufklärung von Mißständen betreffs Impfaufklärung ist nicht zuletzt seinem impfgeschädigten Kind geschuldet.

Ted Kuntz zeigte vor Experten eine ganze Reihe von ernsthaftem Fehlverhalten auf, die er bei der Durchsetzung der Kinderimpfungen durch die Impfstoffhersteller, Regierungsbehörden und Medien erfahren hat. ...

Ausschnitte seiner Rede

Ted Kuntz:

Dieses Schaubild zeigt die Ergebnisse einer Studie, in der geimpfte mit ungeimpften 12- bis 17-Jährigen in den Vereinigten Staaten verglichen wurden. Sie wurde vom Children's Medical Safety Research Institute durchgeführt, und die Größe der Zahlen gibt die Wahrscheinlichkeit an, daß sie chronische Krankheiten haben. Die kleinste Person auf der linken Seite ist also eine ungeimpfte Bevölkerung. Die nächste Person ist chronisch krank.

Die Wahrscheinlichkeit einer chronischen Krankheit ist also 2,4-mal so hoch. Wenn man geimpft ist, sind Ekzeme 2,9-mal so wahrscheinlich, neurologische Störungen 3,7-mal so wahrscheinlich, Autismus 4,2-mal so wahrscheinlich, und ich würde vermuten, daß es jetzt viel höher ist. ADHS 4,2-mal, Lernbehinderungen 5,2-mal und allergischer Schnupfen, den wir oft Heuschnupfen nennen, 30-mal. Dies gibt Ihnen einen Eindruck von der erhöhten Wahrscheinlichkeit einer chronischen Erkrankung, wenn man geimpft ist. ...

Das nächste Diagramm stammt aus den Sicherheitsstudien, die von Dr. Paul Thomas, einem Kinderarzt in Oregon in den Vereinigten Staaten, durchgeführt wurden. Dr. Thomas berichtet, daß er ein typischer Hausarzt und Kinderarzt war, der praktisch allen seinen Patienten Impfungen verabreichte. Bis er feststellte, daß einige seiner Patienten durch die Impfstoffe geschädigt wurden, insbesondere mit Autismus. Und so begann er, seine Hausaufgaben zu machen. Er sagte, das hätte er schon früher tun sollen, und er begann zu erkennen, daß Impfstoffe nicht so sicher sind, wie man ihm weismachen wollte. Und er fing an, die Einwilligung nach Aufklärung bei seinen Patienten ernst zu nehmen.

Infolgedessen hatte er schließlich die größte ungeimpfte und teilweise geimpfte Kinderpopulation in Amerika. Die Gesundheitsbehörde von Oregon bekam Wind von der Tatsache, daß er die meisten seiner Patienten nicht vollständig geimpft hatte, und sie fragten ihn: "Wie kommen Sie darauf, daß Ihre Empfehlungen für Ihre Patienten besser sind als die der CDC?" Und er sagte: "Nun, zunächst einmal sind es nicht meine Empfehlungen. Ich gebe den Eltern lediglich Informationen, und viele entscheiden sich dafür, einige oder alle dieser Maßnahmen nicht in Anspruch zu nehmen."

Aber er sagte: "Ich bin bereit, die Herausforderung anzunehmen". Also beauftragte er einen Statistiker damit, seine Patientenakten durchzugehen und sie mit dem amerikanischen Standard zu vergleichen. Und so sieht die Tabelle aus. Dies ist nur eine Auswahl der chronischen Erkrankungen. Die blaue Linie ist die ungeimpfte Bevölkerung und die rote Linie die geimpfte Bevölkerung. Und dies ist die Anzahl der Arztbesuche für die verschiedenen Erkrankungen über einen bestimmten Zeitraum.

Die untere Achse ist also die Zeitspanne und die vertikale Achse die Anzahl der Arztbesuche. Sie werden sehen, daß die geimpfte Bevölkerung deutlich mehr medizinische Leistungen benötigt als die ungeimpfte Bevölkerung. Und ich möchte mit der Geschichte von Dr. Thomas fortfahren, als er die Daten vorlegte, die zeigten, daß eine ungeimpfte Bevölkerung deutlich gesünder ist als eine geimpfte. Die Gesundheitsbehörde von Oregon hielt zwei Tage nach der Veröffentlichung seiner Daten eine außerordentliche Sitzung ab und entzog ihm die ärztliche Zulassung. ...

NCI-Moderator: Ich spreche wahrscheinlich für die meisten Kanadier, wenn ich sage, vor der Covid-Erfahrung wäre ich davon ausgegangen, daß buchstäblich 100 % der Kanadier aufgrund des Wortes Impfstoff glauben würden, daß ein Impfstoff etwas ist, das Immunität gegen eine Krankheit verleiht oder eine Krankheit verhindert. Sie weisen uns jedoch darauf hin, daß fünf Impfstoffe oder so genannte Impfstoffe keine Immunität verleihen, sondern lediglich die

Symptome lindern? ...

Ted Kuntz: Das ist richtig. Und lassen Sie mich ein Beispiel dafür nennen, als die DPT-Impfung (Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten) beworben wurde, also die Keuchhustenimpfung. Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht an die Fernsehwerbung, in der eine Großmutter und ein Großvater ein neugeborenes Enkelkind begrüßten. Und dann verwandelte sich der Kopf eines Großelternteils in einen Wolf. Und es wurde gesagt, daß sie den Keuchhusten an ihr Enkelkind weitergeben könnten: "Lassen Sie sich impfen!" Das war also die Werbung.

Die Wahrheit ist, daß der Keuchhustenimpfstoff die Infektion oder Übertragung nicht verhindert. Er lindert lediglich die Symptome. Für den Großelternteil würde es also die Infektion oder Übertragung nicht verhindern. Aber durch die Impfung könnten Ihre Symptome so weit reduziert werden, daß Sie nicht einmal wissen, daß Sie Keuchhusten haben. Sie könnten also möglicherweise Ihr Enkelkind besuchen und Keuchhusten haben, ohne es zu wissen, weil der Impfstoff die Symptome verhindert. Ich behaupte also, daß das Gegenteil der Fall ist, nämlich daß der Impfstoff Sie in Ihren Bemühungen, Ihr Enkelkind zu schützen, behindern könnte.

Auf der Folie, die ich hier oben habe, ist die Rede von den Sterblichkeitsraten, die im letzten Jahrhundert erheblich zurückgegangen sind. Und die Impfstoffindustrie würde das gerne für sich in Anspruch nehmen. Diese Folie zeigt, daß die Pfeile anzeigen, wo Impfstoffe eingeführt wurden. Sie zeigt auch zwei Krankheiten, Scharlach und Typhus, die ohne Impfstoffe zur gleichen Zeit zurückgingen. Sie sehen, daß die Sterblichkeitsrate im letzten Jahrhundert erheblich zurückgegangen ist, und das ist nicht auf Impfungen zurückzuführen.

Es ist auf Hygienemaßnahmen wie sauberes Trinkwasser, gute Abwassersysteme, bessere Ernährung, Kühlung, diese Art von Bedingungen, und bessere Wohnverhältnisse zurückzuführen. Es gibt Studien, die darauf hindeuten, daß der Nutzen von Impfungen zur Verringerung der Sterblichkeitsrate zwischen einem und drei Prozent liegt. Aber das entspricht nicht dem, was man der Öffentlichkeit weismachen will.

Ich möchte hier ein wenig über den Mangel an Verantwortlichkeit sprechen. Impfstoffe sind das einzige medizinische Produkt, bei dem ein Hersteller rechtlich nicht für Verletzungen oder Todesfälle verantwortlich ist, die durch seine Produkte verursacht werden. Das bedeutet, daß niemand für Impfschäden verantwortlich gemacht werden kann. Es gibt also keinen rechtlichen oder finanziellen Anreiz für einen Impfstoffhersteller, seine Produkte sicherer zu machen, selbst wenn es eindeutige Beweise dafür gibt, daß Impfstoffe sicherer gemacht werden können. Ich halte es für sehr gefährlich, daß eine Industrie nicht zur Rechenschaft gezogen wird, wenn ihre Produkte Schädigungen verursachen.

NCI-Moderator: Ich möchte also nur sicherstellen, daß wir uns im Klaren sind: Soweit Sie wissen, sind Impfstoffe die einzigen Medikamente, für die es keine umfangreichen klinischen Doppelblindstudien gibt, geschweige denn klinische Doppelblindstudien, die nicht umfangreich sind. Und dennoch sind dies die einzigen "Medikamente", die von der Haftung für Schäden ausgenommen sind ...

Ted Kuntz: ... die durch die Impfungen verursacht werden. Dies wurde 1986 in den Vereinigten Staaten mit dem National Childhood Vaccine Act eingeführt. Der Grund dafür war, daß die Impfstoffhersteller in den Vereinigten Staaten 1985 Schwierigkeiten hatten, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, weil es so viele Klagen gegen die Impfstoffindustrie wegen Schäden gab.<<

12.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. August 2023: >>Asyl und Illegale: Neue Horrorzahlen

Von *Daniell Pföhringer*

Etablierte Politiker betonen immer wieder: 2015 darf sich nicht wiederholen. Doch die Realität sieht anders aus: Der Asyl-Tsunami wiederholt sich gerade.

Asyl und Illegale: Neue Horrorzahlen

Etablierte Politiker betonen immer wieder: 2015 darf sich nicht wiederholen. Doch die Realität sieht anders aus: Der Asyl-Tsunami wiederholt sich gerade - und könnte in diesem Jahr sogar noch drastischer ausfallen!!

Neuer Asyl-Rekord: Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im ersten Halbjahr 2023 rund 175.000 Personen einen Erstantrag gestellt. Das ist ein Anstieg um 78 % gegenüber dem Vorjahr !! Es kamen 51.000 Syrer (2022 waren es 29.000, also ein Anstieg um 80 %), 31.000 Afghanen (plus 83 %), 23.000 Türken (plus 200 %!). Ein Ende ist nicht abzusehen.

Illegale Einreisen: Heute vermeldet die Bild-Zeitung, daß in den ersten Monaten dieses Jahres durch die Bundespolizei 43.815 illegale Einreisen festgestellt wurden. Das ist ein Anstieg von 51 % gegenüber dem Vorjahr! Besonders dramatisch ist es an der Grenze zu Polen: Dort gab es 14.303 illegale Grenzübertritte - ein Anstieg von 143,7 % !! im Vergleich zu 2022. Abgeschoben wird hingegen kaum. ...<<

13.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. August 2023:

>>Die Berliner Mauer: Verschwiegene Fakten

Von *Valentina Schacht*

62 Jahre nach dem Bau der von den DDR-Machthabern zum "antifaschistischen Schutzwall" deklarierten Berliner Mauer herrscht über viele Fakten immer noch Unklarheit. Der Historiker Prof. Dr. Siegfried Prokop bringt Licht ins Dunkel und enthüllt anhand geheimer Dokumente auch den Anteil des Westens an dem Schandwerk.

Am Sonntag, den 13. August 1961, also vor nunmehr genau 62 Jahren, riegelten Grenzpolizisten, Volkspolizisten, Mitglieder der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse und Soldaten der Nationalen Volksarmee die Sektorengrenze nach West-Berlin und den Berliner Außenring ab.

Überall wurden Straßen aufgerissen, Panzersperren und Stacheldrahtverhaue errichtet. Und nun war klar: SED-Chef Walter Ulbricht hatte die Öffentlichkeit belogen, als er wenige Wochen zuvor auf einer Pressekonferenz verkündete: "Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten." Genau das geschah nun.

Gerade im Hinblick auf die innere deutsche Einheit, die wegen der fortgesetzten Pflege von Mentalitäten aus der Zeit des Kalten Krieges nicht so recht vorankommt, ist das Bemühen um eine Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Geschichte, wie sie wirklich verlaufen ist, überaus sinnvoll. Spricht man von "Mauerbau" und "Maueröffnung", so begegnen einem in Ost und West unterschiedliche Emotionen und Wertungen. Noch ist der Blick auf die Geschichte bei Weitem nicht von Sachlichkeit, Augenmaß und Differenzierungsvermögen geprägt.

Fakt ist: Am Mauerbau hatten beide Seiten ihren Anteil. Das DDR-Regime und die hinter ihr stehende Sowjetunion wollten die Massenflucht in die Bundesrepublik eindämmen - und die Westmächte, allen voran die USA, schauten zu, weil sie fürchteten, daß der Kalte Krieg sonst zu einem heißen ausarten würde. Die Leidtragenden waren die Deutschen, die einmal mehr zum Spielball der Großmächte gerieten. Das ist die bittere Wahrheit.

Auswertung brisanter Dokumente

Viel ist seither über den Mauerbau geschrieben worden, doch Prof. Dr. Siegfried Prokops Verdienst ist es, mit seinem brisanten Enthüllungswerk "Die Berliner Mauer (1961-1989). Fakten, Hintergründe, Probleme" eine echte Lücke in der Historiographie zu schließen und unangenehme Wahrheiten zur Sprache zu bringen. Der Historiker ist ein profunder Ulbricht-Kenner und konnte Einsicht in Akten nehmen, die anderen verschlossen bleiben. Daher fördert Prokop in seinem Buch neue Erkenntnisse zutage, die jene bedrückende Periode der deutschen Geschichte in einem ganz neuen Licht erscheinen lassen.

Mit akribischer Genauigkeit und beeindruckender Detailtreue beschreibt Prokop in "Die Berliner Mauer" die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umstände, die in den Jahren vor dem Mauerbau in der DDR, aber auch in der BRD herrschten. Der Autor rekonstruiert die komplexen Beziehungen zwischen den Großmächten des Kalten Krieges und ihren Auswirkungen auf das geteilte Deutschland. Dabei zeigt er auf beeindruckende Weise, wie die geopolitische Spannung und die Angst vor einem möglichen Konflikt die Entscheidungsprozesse auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs beeinflussten.

Was Prokops profundes Werk von anderen Veröffentlichungen über die Berliner Mauer abhebt, ist die Fähigkeit des Autors, bisher unbekannte Informationen und Dokumente zu präsentieren, die einen neuen Blickwinkel auf das Geschehen eröffnen. Durch umfangreiche Recherchen und den Zugang zu bisher unveröffentlichten Quellen enthüllt Prokop Hintergrundgeschichten von Personen, die direkt am Bau der Mauer beteiligt waren - seien es politische Entscheidungsträger, Grenzbeamte oder einfache Bürger, die plötzlich durch eine Mauer von ihren Angehörigen und Freunden getrennt wurden.

Menschliche Schicksale

Besonders bemerkenswert ist Prokops Analyse der psychologischen Auswirkungen des Mauerbaus auf die Menschen in Ost und West. Er geht über die trockenen Fakten hinaus und porträtiert die emotionalen Herausforderungen, mit denen die Menschen konfrontiert waren - sei es die Angst vor der Trennung von geliebten Menschen oder die Bewältigung des Alltags im Schatten des von den SED-Machthabern zum "antifaschistischen Schutzwall" verbrämten Schandwerks. Diese einfühlsame Darstellung verleiht dem Buch eine menschliche Dimension, die den Leser tief berührt und die Tragweite des Mauerbaus in all seinen Facetten verständlich macht.

Eine weitere Besonderheit von "Die Berliner Mauer" ist Prokops Analyse der politischen Dynamiken innerhalb der DDR und der Sowjetunion. Der Historiker zeigt, wie innerhalb dieser Regime unterschiedliche Meinungen und Interessen aufeinandertrafen und wie diese Faktoren letztendlich zur Entscheidung führten, die Mauer zu errichten. Dieser Blick hinter die politischen Kulissen sorgt für ein tieferes Verständnis für die komplizierten Kräfte, die den Mauerbau beeinflussten.

Prokops Schreibstil ist fesselnd und flüssig, was es dem Leser leicht macht, in die Geschichte einzutauchen. Seine Fähigkeit, komplexe politische Zusammenhänge verständlich zu erklären, ohne dabei an Tiefe zu verlieren, ist bewundernswert. Darüber hinaus nutzt er eine ausgewogene Mischung aus narrativem Erzählen und analytischem Denken, um die Leser sowohl intellektuell als auch emotional einzubeziehen.

Prokops Werk "Die Berliner Mauer (1961-1989). Fakten, Hintergründe, Probleme" (120 Seiten, broschiert, nur 7,50 Euro) ist zweifellos eine historische Enthüllung, die unser Verständnis jener dunklen Ära der deutschen Geschichte vertieft und den Blick darauf erweitert. Der Historiker und DDR-Fachmann gibt dem Leser damit ein wertvolles Werkzeug in die Hand, um die Vergangenheit besser zu begreifen und aus ihr zu lernen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. August 2023: >>"Titan" und "Titanic": Die Wahrheit in der Tiefe

Eine gute Woche lang hielt die Tragödie um das Unterseeboot "Titan" die Welt in Atem. Die fünf Passagiere auf dem Tauchgang zur "Titanic" fanden den Tod. In beiden Havarie-Fällen muß man die Frage stellen: War es wirklich ein Unfall? ...

_ von Johann Leonhard

Sich selbst mal wie ein richtiger Abenteurer fühlen und bei einer waghalsigen Expedition dabei sein? Das US-Unternehmen OceanGate Inc. erfüllte zahlungskräftigen Kunden diesen Traum. Seit 2021 bot die Firma Erkundungen des sagenumwobenen "Titanic-Wracks" vor der Küste Neufundlands an.

Im April 1912 gesunken, übt der stählerne Koloß nach wie vor eine große Faszination aus - auch weil sich bis heute zahlreiche Mythen und Legenden um die Katastrophe ranken. Im Tiefsee-Tourismus witterte der Unternehmensgründer Stockton Rush das große Geschäft. ...

Am 18. Juni stiegen Rush und vier weitere Passagiere - der pakistanische Milliardär und "Young Global Leader" des World Economic Forum Shahzada Dawood und sein 19-jähriger Sohn, der britische Geschäftsmann und Abenteurer Hamish Harding sowie der französische Tiefseetaucher und führende "Titanic-Experte" Paul-Henri Nargeolet - in die knapp sechs Meter lange und drei Meter breite Kapsel des Unterseebootes "Titan".

Nachdem die Crew die Luke von außen mit 16 Bolzen fest verschraubt hatte, saßen die fünf Waghalsigen in der Falle.

Zehn Tage später, am 28. Juni, konnten die eingesetzten Suchteams nur noch Trümmer aus den Fluten bergen. Die Kapsel - nicht etwa aus Titan, sondern nur aus kohlefaserverstärktem Kunststoff gefertigt - war durch den enormen Wasserdruck implodiert, so die einhellige Meinung der Experten.

Bei der Unfallanalyse ganz vorne: James Cameron. Als Regisseur des Hollywood-Epos Titanic (1997) und begeisterter Untersee-Abenteurer ist er selbst schon 33 Mal zum Wrack des Dampfers getaucht und über die zahlreichen Konstruktionsmängel des OceanGate-Gefährts bestens im Bilde. ...

Seiner Einschätzung nach dürfte sich die Implosion bereits gegen 11:15 Uhr ereignet haben, als das Mutterschiff "Polar Prince" den Funkkontakt zur "Titan" verlor: Genau eine Stunde und 45 Minuten nach dem Abtauchen des Unterseebootes herrschte plötzlich Funkstille. Merkwürdig: Die Crew ließ sich nach Abriß des Funkkontakts geschlagene acht Stunden Zeit, bevor sie um 19:10 Uhr die US-Küstenwache alarmierte.

Was sich später herausstellte, hatte schon kurz nach dem Beginn der Mission die US-Navy mittels ihrer Unterseemikrofone eine "akustische Signatur" aufgezeichnet, die zu einer "Implosion" paßte. Dennoch folgte in den nächsten Tagen eine nervenaufreibende (und weltweit begleitete) Suchaktion, bei der rund 26.000 Quadratkilometer Ozean abgesucht wurden, nur damit dann am 22. Juni bekanntgegeben werden konnte, daß ein "Trümmerfeld" wenige hundert Meter neben dem "Titanic-Wrack" entdeckt worden sei. ...

Die Geheimnisse des Wracks

Man "hoffe" mit den neuen Untersuchungen, "neues Licht zu werfen" darauf, "was genau mit dem Kreuzfahrtschiff passiert ist", so die britische BBC Mitte Mai 2023 - also einen Monat vor der "Titan-Implosion"! Heikel!

Und tatsächlich: Der 3-D-Scan zeigt, was Skeptiker der offiziellen Erzählung längst vermutet haben: Es befindet sich tatsächlich ein großes Loch in der Mitte der rechten Rumpfseite, das ganz eindeutig nach außen gewölbt ist. Wäre die Seitenwand des stählernen Weltwunders von einem Eisberg aufgeschlitzt worden, hätte die Beschädigung zumindest erkennbar ins Innere des Rumpfes ragen müssen - oder nicht? Kann es also sein, daß die weiteren Untersuchungen an den Trümmern jemandem ein Dorn im Auge waren? ... Ende der Textauszüge.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26794" berichtet am 13. August 2023 (x1.319/...): >>Waldbrände - das mediale Sommer-Ritual im Klimakampf

In Griechenland auf Rhodos brennen die Wälder

Waldbrand auf La Palma: Mehr als 4.000 Menschen evakuiert

Waldbrände in Europa: Wo Urlauber besonders aufpassen müssen

Alle Jahre wieder, man kann fast die Uhr danach stellen, folgen die gleichen Meldungen in den Medien. Eine davon betrifft Waldbrände. Wenn es lange Zeit nicht geregnet hat, dann begünstigt diese Tatsache Waldbrände, heißt es in den Medien. Reflexartig wird der Klimawandel aus der Kiste geholt. Das ist aber nur bedingt richtig.

Waldbrände entstehen fast immer durch Menschen, entweder absichtlich oder fahrlässig. Das

bestätigt Prof. Michael Müller von der Fakultät für Umweltwissenschaften, der sich in Lehre und Forschung mit dem Entstehen von Waldbränden beschäftigt. Er sagt, Waldbrände werden fast immer durch Menschen verursacht.

Auch Jörg Kachelmann wehrt sich beim "Spiegel" gegen einen wiederkehrenden Mythos: "Nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß Hitze keine Waldbrände erzeugt. Es braucht 250 bis 300 Grad, damit Vegetation brennt. Alle Waldbrände, die in diesen Tagen entstehen, kommen durch fahrlässige oder intentionale Brandstiftung (intentional = absichtlich).

Das Problem der verheerenden Waldbrände bei Jüterbog in Brandenburg oder Lübtheen in Mecklenburg war die Tatsache, daß sie jahrzehntelang militärische Übungsplätze waren. Der Boden ist verseucht mit Munition, Löscharbeiten sind lebensgefährlich. Die Feuerwehr kann dort nur aus geräumten Gassen heraus das Feuer bekämpfen, was aber nicht erfolgreich sein kann. Man läßt das Feuer dort walten, solange keine Menschen gefährdet sind.

Prof. Michael Müller bestätigte, daß bereits 2018/19 alle größeren Waldbrände auf munitionsbelasteten Flächen entstanden waren und deshalb nicht unmittelbar bekämpft werden durften. So war also nicht der Klimawandel schuld, sondern die Verseuchung des Bodens mit Munition. Erschwerend für die Brandlöschung kommt hinzu, daß in Brandenburg, Mecklenburg, Thüringen und im Harz viele Monokulturen aus Nadelbäumen die Wälder prägen. Ihre Nadeln brennen bei Feuer besonders gut und tragen es weiter.

Katastrophale Folgen hat auch das ideologisch gesteuerte Totholzräumungsverbot. Das nicht entfernte Totholz brennt in der Trockenheit wie Zunder und ist unter anderem für die verheerenden Schäden u.a. im Nationalpark Sächsische Schweiz und im Nationalpark Harz rings um den Brocken verantwortlich. Die Nationalparkverwaltung hat, grüner Ideologie folgend, die Maxime "Natur, Natur sein lassen" ausgegeben und verhindert damit fast alle Waldpflegearbeiten im Nationalpark.

Auch in Colorado/USA konnten andere Ursachen für die verheerenden Brände ausgemacht werden. Dort wurden Baugrundstücke neben brennbarem Land bewilligt und Häuser aus brennbarem Material gebaut.

Anstatt die wahren Ursachen also gründlich aufzudecken und zu beseitigen, werden Waldbrände dazu benutzt das "Klimakatastrophenlied" - im wahrsten Sinne des Wortes - weiter zu befeuern.<<

14.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. August 2023:

>>Remake: Lauterbach warnt vor neuer Covid-Variante

Von Karel Meissner

Eine neue Corona-Variante läßt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach wieder voll aufdrehen. Sein Pech: Selbst Mainstream-Experten haben keine Lust mehr auf weitere Panikrunden.

Er hat einfach eine Pechsträhne. Nachdem sich die Lockdown-Diktatur nicht mehr verlängern ließ, ist Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) auf ständiger Suche nach neuen Katastrophen. Bevorzugt natürlich solche, die nach "Maßnahmen" schreien. Gerne auch in fachfremden Bereichen.

So versuchte er das Klima zur Installierung eines Hitze-Lockdowns auszuschlachten. Selbst in seinem Italien-Urlaub verkündete er die Grill-Apokalypse und sprach seinem Gastland jegliche Zukunft als Tourismus-Hochburg ab. Italienische Politiker und Promis legten ihm daraufhin Heimreise und Rücktritt nah. Aber jetzt erhielt Karl der Große endlich wieder belebende News - und dazu noch aus einem Lieblings-Themenkreis: Corona! Seit Frühjahr neue Variante ist da! Die EG.5.

Eric Feigl-Ding, Leiter der COVID Task Force am New England Complex Systems Institute, hatte die aktuelle Corona-Lage im US-Bundesstaat New York als "sehr besorgniserregend"

bezeichnet. Die Hospitalisierungsquote der von Corona-Patienten habe sich verdoppelt. Empfehlung: Ein Comeback der Maske (Hashtag MaskUp). Lauterbach biß sofort an und kommentierte auf Twitter:

"Das muß man im Auge behalten. Unser Frühwarnsystem steht."

Wie beruhigend: Der Panik-Profi ist immer wachsam! Sein Bundesgesundheitsministerium warnte ebenfalls: Die Sieben-Tage-Inzidenz liege hierzulande bei drei Erkrankten pro 100.000 Einwohnern. Dies sei, so die Lauterbach-Behörde, ein Anstieg um 29 Prozent zur Vorwoche, als es bloß zwei waren.

(Zum Abgleich: Auf dem Höhepunkt der Omikron Welle (24. März 2022) lag der Wert bei 1961. Der bislang tiefste Wert lag im Juli 2023 bei einer Inzidenz von eins.

Leider muß Lauterbach feststellen: Selbst Mainstream-Experten haben an einer Reanimierung der Corona-Panik kein Interesse mehr. So winkte Richard Neher vom Biozentrum der Universität Basel gelangweilt ab:

"Meiner Einschätzung nach geht von EG.5 keine besondere Gefahr aus"

Laut WHO stieg die Ausbreitung der neuen Variante global seit Mitte Juni von 7,6 Prozent der gemeldeten Coronafälle auf 17,4 Prozent gestiegen. Deren Fazit: Nach derzeitigem Wissen sei das Risiko für die öffentliche Gesundheit eher gering. Armer Karl ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26798" berichtet am 14. August 2023 (x1.319/...): >>Ein Blackout fällt nicht einfach so vom Himmel!

Hallo miteinander, ich bin die Judith. Wie geht es dir, wenn du ans Thema Blackout denkst? Hast du dann Angst oder ein schlechtes Gewissen, weil du dich noch nicht damit auseinandergesetzt hast, beziehungsweise weil du dich noch nicht absichern kannst im Falle eines Blackouts?

Aus gegebenem Anlaß habe ich mich mit dem Thema Blackout auseinandersetzen müssen, denn ich bin Landwirtin, ich bin Bäuerin - und alle Bauern in Niederösterreich haben von der Bezirkshauptmannschaft ein Schreiben bekommen mit dem Inhalt, daß es in Zukunft vermehrt zu Blackouts kommen kann und daß wir Bauern uns Gedanken machen sollen, wie wir im Falle eines Blackouts unsere Betriebe trotzdem weiter bewirtschaften können.

Und im Anhang war dann noch so eine Übersicht dabei, was alles im Falle eines Blackouts bedacht werden muß, was alles stromabhängig ist. Wenn man da mal schaut, wo überall was alles elektrisch betrieben wird und was im Falle eines Blackouts nicht funktioniert, kann das ganz schön runterziehen. Und ich war durch dieses Schreiben echt am Boden. Ich dachte, ich bin schon Bäuerin, ich habe nicht Zeit, mich um Elektrosachen zu kümmern - das ist nicht mein Fachgebiet. Ich hab' schon einen Beruf.

Also habe ich mich mit dem Thema Blackout ein bißchen ganzheitlich auseinandergesetzt. Nicht nur, wie kann ich mich absichern, daß ich Stromversorgung habe, sondern woher kommt ein Blackout? Gibt es Verantwortliche für einen Blackout? Wie ist so ein Blackout? Und da bin ich auf ganz interessante Sachen gekommen. Ich habe mir Vorträge angehört von Experten, denn es liegt doch ein Blackout immer so ein bißchen namenlos im Raum, wie so eine Naturkatastrophe. Da kann niemand was dafür. Das ist unvorhersehbar und Verantwortliche gibt es sowieso nicht. Aber ist das wirklich so?

Es gibt so viele Experten, die sagen genau das Gegenteil. Die sagen, ein Blackout ist sehr wohl eine aktuelle Gefahr, aber nicht deshalb, weil der einfach so kommt, weil niemand was dafür kann, sondern weil klare Fehlentscheidungen seitens der Politik getroffen werden. Die müßten geändert werden und dann würde es auch nicht zu einem Blackout kommen. Aber die warnen schon seit Jahren.

Ich versuche euch jetzt so ein Beispiel zusammenzufassen. Ich bin nicht vom Fach und ich versuche es einfach trotzdem. Ich hoffe, ihr kommt mit und ich hoffe, ich mache es richtig. Aber schaut euch auch gerne diese Vorträge an.

Dazu muß man sagen, das Stromnetz in Europa ist komplett vernetzt. Also ich nehme jetzt Beispiele aus Deutschland, die uns in Österreich anders betreffen. Aber wenn in Deutschland ein Blackout wäre, dann wäre in Österreich genauso ein Blackout. Also die hängen total zusammen und das kann man gar nicht trennen.

Also, in Deutschland werden zurzeit Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke abgeschaltet. Durch die Energiewende 2011 war ja das Ziel, den Strom von erneuerbare Energien herzustellen. Jetzt wird zurzeit sehr stark auf Wind und Sonne gesetzt.

Kernkraftwerke haben eine sehr hohe Sicherheit, was die Stromproduktion betrifft. Also von der Seite mit einer großen Garantie, daß der Strom auch dann zur Verfügung steht und zwar regelmäßig.

Wind und Sonne haben eine ganz geringe Sicherheit. Wind hat z.B. eine einprozentige Sicherheit und Sonne hat eine Sicherheit von null - das bedeutet, jeden Augenblick kann eine Wolke kommen und die Sonne, die Solaranlage produziert nichts mehr, die Photovoltaikanlage produziert nichts mehr. Oder der Wind hört auf zu wehen und dann stehen die Windräder still. Also dieser Sicherheitsfaktor ist bei Wind und Sonne sehr gering. Jetzt war das von Anfang an klar, daß Sonne und Wind nicht so verlässlich sind wie Kern- und Kohlekraftwerke.

Darum war geplant, daß man parallel auf der einen Seite die erneuerbaren Energien und auf der anderen Seite ein Schattenkraftwerk, einen Schattenpark baut. Das heißt, die erneuerbaren Energien werden ausgeglichen mit einem Schattenpark, der aus Gaskraftwerken besteht, damit das ausgeglichen werden kann und trotzdem jederzeit Strom zur Verfügung steht. So war der Plan.

Jetzt war aber die Energiekrise, wo Gas ganz stark betroffen war. Und zurzeit traut sich keiner, ein Gaskraftwerk zu bauen, weil man nicht weiß, wie das mit dem Gas weitergeht. Ein Gaskraftwerk dauert sieben Jahre, bis es fertig gebaut ist. Und bis jetzt wurden die Gaskraftwerke noch nicht gebaut. Kernkraftwerke und Kohlekraftwerke werden abgeschaltet.

Zurzeit wird auf Wind und Sonne gesetzt, was aber sehr unsicher ist. Und da entsteht ein Loch. Und dieses Loch ist die große Blackout-Gefahr. Also das sind ganz klar vorhersehbare Probleme, die nicht einfach so und namenlos im Raum stehen. Es gibt verantwortliche Personen dafür.

Als ich diesen Vortrag gehört habe, habe ich mich entschieden, die Verantwortlichen für diesen Brief anzurufen und über genau diese Fakten zu informieren. Denn es hat mich irgendwie doch gewurmt, daß die Verantwortung von der Politik plötzlich auf uns, auf die Bevölkerung, abgewälzt wird durch genau so einen Brief. Denn wenn morgen ein Blackout wäre und alle bekommen so einen Brief - vielleicht bekommen andere Betriebe das genauso, das weiß ich jetzt nicht, ich als Landwirtin habe ihn bekommen. Aber man weiß ja selber, auf vielen Gemeindeämtern, wo ich war, steht ein Zettel: Wie verhalte ich mich im Falle eines Blackouts? Ich glaube, das ist doch allgemein bekannt, daß über Blackout aufgeklärt wird.

Aber, wenn morgen ein Blackout wäre, dann würden die einen sich denken: Oje, oje, ich habe mich selber damit gar nicht auseinandergesetzt, ich habe jetzt keinen eigenen Strom, jetzt bin ich selber schuld. Und die anderen denken: Ja, ich bin abgesichert, mir kann nichts passieren.

Aber keiner fragt: Wer ist verantwortlich? Wer muß jetzt zur Rechenschaft gezogen werden? Und werden sie auch zur Rechenschaft gezogen? Das fragt keiner, weil jeder mit sich selber beschäftigt ist und weil ganz elegant durch genau solche Briefe die Verantwortung von der Politik schön auf die Bevölkerung rollt.

Aber ist es unsere Verantwortung? Nein, ganz sicher nicht. Der Staat bekommt Steuern, um die Infrastruktur zu stellen. Und Strom gehört ganz klar zur Infrastruktur, dafür bekommt er das Geld. Das wäre, wie wenn jeder von uns plötzlich seine eigene Straße bauen muß, weil der Staat damit nicht zurechtkommt - das ist nicht unsere Aufgabe. So wie ich Bäuerin bin, sind diese Politiker. Politiker, die haben ihren Beruf, ich habe meinen. Ich muß mich eigent-

lich nicht um den Strom kümmern, das ist nicht meine Aufgabe.

Also habe ich mit diesem Wissen ein bißchen telefoniert. Ich habe die verantwortliche Person von diesem Brief angerufen, bin weitergeleitet worden, habe mit dem Innenministerium gesprochen. Ich habe mit acht Leuten geredet und habe allen dieselbe Frage gestellt: Wer ist Ihrer Meinung nach verantwortlich für einen Blackout? Und alle haben mir gesagt: Oh nein, da gibt es keine Verantwortlichen! Das war so ein ganz fremder Gedanke für alle. Das war so fern, also damit haben sie sich noch nie auseinandergesetzt, daß es auch verantwortliche Personen für einen Blackout gibt. Alle waren gerüstet, mir zu sagen, was ich alles machen muß, wie ich mich selber darum kümmern muß. Aber wer verantwortlich ist, da hat sich niemand noch jemals Gedanken gemacht.

Ich habe dann sogar mit der Dame aus dem Innenministerium gesprochen - Krisenvorsorgeabteilung Blackout - also wirklich die, die mir eigentlich Auskunft geben müßte. Ich habe sie dann gefragt: Was macht die Politik, damit es nicht zu einem Blackout kommt? Was ist ihr Teil? Das eine ist, daß die Bevölkerung sich absichert. Okay, kann ich so stehen lassen. Aber was ist der Teil der Politik? Was machen Sie? Ich erkenne nicht, daß die Politik sich wirklich auch um die Vorsorge von einem Blackout kümmert. Und dann war die Antwort der Dame: Na nein, die Politik macht sehr wohl was. Das sieht man doch daran, daß auf allen Plattformen informiert wird, wie sich die Bevölkerung im Falle eines Blackouts verhalten soll.

Also das heißt, das, was die Politik bezüglich Blackout-Vorsorge macht, ist, daß sie der Bevölkerung sagt: Ihr müßt euch selber darum kümmern. Also da hat sie dann auch nicht wirklich was gewußt, als ich ihr das vor Augen geführt habe.

Aber ich kann irgendwie nur Euch ermutigen: Verbreitet dieses Bewußtsein, daß wir als Volk nicht dafür verantwortlich sind, uns selber den Strom zu stellen. Es ist einfach nicht unsere Aufgabe - das ist die Verantwortung vom Staat! Ich würde mich allerdings trotzdem krisensicher vorbereiten auf einen Blackout. Aber nicht deshalb, weil ich mich einfach aus Angst absichere, sondern ich sehe eine zweite Gefahr.

Denn im Falle eines Blackouts wird vermutlich Chaos herrschen. Und was ist, wenn die gleichen, die jetzt diesen Blackout nicht rechtzeitig stoppen, was ist, wenn genau die dieses Chaos dann ausnutzen, um uns in eine weitere digitale Abhängigkeit zu treiben? Denn das wissen wir: Es besteht gerade die Bestrebung, uns in eine digitale Abhängigkeit zu treiben. Und wenn Chaos herrscht, kann es sehr gut sein, daß wir plötzlich Dingen zustimmen, zu denen wir sonst nie zugestimmt hätten.

Was ist, wenn zum Beispiel der Strom nur für die wieder angeschaltet wird, die diesem gläsernen Menschen total zustimmen, die ihre letzte Privatsphäre aufgeben? Oder ich weiß nicht, was da alles kommen könnte. Aber was ist, wenn man in diesem Fall plötzlich zustimmt zu Dingen, die man gar nicht will? Aus diesem Grund würde ich mich sehr wohl absichern, um einen kühlen Kopf zu bewahren und nur dem zustimmen, was ich auch wirklich will.

Bei Corona war es doch auch so: Da war Krise. Wie viele wollten sich nicht impfen lassen, haben es doch gemacht, weil Krise war und weil dann einfach die Entscheidungsmöglichkeit sehr eingeschränkt gewirkt hat, weil man denkt, man muß halt.

Genau aus diesem Grund, glaube ich, ist es gut und wichtig, daß wir uns mit dem Thema Blackout auseinandersetzen, um einen kühlen Kopf zu bewahren, keine Angst zu haben. Und wenn wir uns damit auseinandersetzen und uns irgendwie absichern, dann machen wir das erhobenen Hauptes und zwar gleichen wir aus, wo die Politik versagt. Wir machen es, aber nicht unterwürfig und aus Angst. Und wir harren und pochen trotzdem darauf, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir bringen das ins Bewußtsein, daß es Verantwortliche gibt, daß das nicht so anonym und namenlos ist, wie es immer hingestellt wird.

Helft mit, dieses Wissen zu verbreiten und schaut euch auch gerne selber die ganzen Vorträge

zu diesem Thema auf Kla.TV/Blackout an. Alles Gute. Ciao.<<

15.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. August 2023:

>>Scholz: **Die Nord-Stream-Lüge von Potsdam**

Von *Sven Reuth*

Kanzler Olaf Scholz kündigt Aufklärung im Kriminalitätsfall Nord Stream an. Zugleich schließt er gleich den durch eine Vielzahl an Indizien belasteten mutmaßlichen Täter aus dem Kreis der Verdächtigen aus. ...

Es war ein durchaus bemerkenswerter Moment am Montagabend beim von Kanzler Olaf Scholz angesetzten Bürgerdialog in Potsdam. Der SPD-Mann nahm nun nämlich plötzlich zu einem Thema Stellung, dem er sonst konsequent ausgewichen war, nämlich den Anschlägen auf die Nord Stream-Pipelines. Offenbar spürt man also auch im Kanzleramt den Druck, der von einigen alternativen Medien - und hier insbesondere von COMPACT - in dieser Frage ausgeübt wird und hat daraus nun den Schluß gezogen, daß man das Thema zumindest nicht mehr länger nur noch ausschließlich beschweigen kann.

"Keiner kann auf Rücksicht hoffen"

Mit markigen Worten kündigt der frühere Regierende Bürgermeister von Hamburg in Potsdam deshalb nun Aufklärung an und äußert:

"Wir werden herausfinden, wer es war, soweit wir das können. Und wir werden nicht, weil uns Ergebnis nicht gefällt, das nicht zur Anklage bringen. Da kann keiner auf Rücksicht hoffen. Wir wollen das unbedingt aufklären."

Gut gebrüllt, Löwe, denkt man im ersten Moment. Doch tatsächlich handelt es sich wieder einmal nur um eine von den aalglatten Null-Aussagen des Kanzlers.

Denn Olaf Scholz schiebt gleich nach, daß es keinerlei Indizien für eine Beteiligung der USA oder von Großbritannien an dem Anschlag gebe. Das ist natürlich eine faustdicke Lüge.

"Ein Segen für die deutsche Wirtschaft"

In der COMPACT-Edition "Nord-Stream-Krimi: Wie die US-Regierung die Pipelines sprengen ließ" führt der weltbekannte investigative Journalist Seymour Hersh genau aus, wie die USA die Nord-Stream-Pipelines ausschalteten. Zur Haltung Washingtons zu den Nord-Stream-Pipelines führt Hersh hier unter anderem aus:

"Der Präsident und seine führenden Leute für Außenpolitik - der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan, Außenminister Tony Blinken und Victoria Nuland, Staatssekretärin für Politik - hatten sich klar und deutlich gegen die beiden Pipelines ausgesprochen, die von zwei verschiedenen Häfen in Rußland nahe der estnischen Grenze über eine Länge von rund 1.200 Kilometern parallel am Grund der Ostsee verlaufen und die dänische Insel Bornholm passieren, bevor sie in Nordostdeutschland enden.

Die direkte Route unter Umgehung der Ukraine war ein Segen für die deutsche Wirtschaft, die in den Genuß eines Überflusses an billigem russischem Erdgas kam - genug, um Fabriken zu betreiben und Häuser zu beheizen. Zugleich konnten deutsche Versorgungsunternehmen überschüssiges Gas mit Gewinn in ganz Westeuropa verkaufen."

Doch diese deutsch-russische Wirtschaftsallianz, die eine klare Win-Win-Situation für beide Länder darstellte, stößt in Washington schon seit zwei Jahrzehnten auf größtes Unbehagen. Offensichtlich wartete man nur auf den geeigneten Moment, um eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte im Ostseeraum zur Not auch mit Hilfe eines Terrorakts beseitigen zu können.

Norwegen: Der perfekte Ort für die Mission

Hierzu führt Hersh aus:

"Norwegen war der perfekte Ort zur Ausführung der Mission. In den letzten Jahren der Ost-West-Krise hat das US-Militär seine Präsenz in Norwegen beträchtlich ausgebaut. Das Pentagon hat durch Investitionen in Höhe von hunderten Millionen Dollar in die Modernisierung

und den Ausbau von Einrichtungen der amerikanischen Marine und der Luftwaffe in Norwegen hochbezahlte Arbeitsplätze geschaffen, die vor Ort nicht unumstritten waren. Dazu gehört vor allem ein modernes Radar mit synthetischer Blende hoch im Norden, das in der Lage ist, weit nach Rußland vorzudringen, und das zu einem Zeitpunkt in Betrieb genommen wurde, als die amerikanischen Geheimdienste den Zugang zu einer Reihe weitreichender Abhörstationen in China verloren hatten."

Die Zusammenarbeit der beiden NATO-Staaten hatte weitreichende Folgen. Dazu führt Hersh in COMPACT-Edition "Nord-Stream-Krimi: Wie die US-Regierung die Pipelines sprengen ließ" aus:

"Am 26. September 2022 warf ein P-8-Überwachungsflugzeug der norwegischen Marine bei einem scheinbaren Routineflug eine Sonarboje ab. Das Signal breitete sich unter Wasser aus, zunächst zu Nord Stream 2 und dann zu Nord Stream 1. Wenige Stunden später wurde der hochexplosive C4-Sprengstoff gezündet, und drei der vier Pipelines wurden zerstört. Innerhalb weniger Minuten konnte man sehen, wie sich Methangas, das in den stillgelegten Pipelines verblieben war, an der Wasseroberfläche ausbreitete, und die Welt erfuhr, daß etwas Unumkehrbares geschehen war."

Wird genauso "unerbittlich" aufgeklärt wie bei der Warburg-Bank?

Der Bericht von Seymour Hersh, seit der Aufklärung des Watergate-Skandals in den 70er-Jahren die lebende Legende des US-Journalismus, läßt jedenfalls keine Fragen offen.

Offen bleibt höchstens die eine große Frage, wieso die Bundesregierung diese überragend wichtige Quelle nicht zur Kenntnis nehmen will und Olaf Scholz bei seinem Auftritt in Potsdam dann sogar noch behauptet, es gebe keinerlei Indizien für eine US-Beteiligung an den Terrorakten.

Eine rückhaltlose Aufklärung des Falls würde wohl auch die LNG-Lieferungen aus den USA gefährden. Wenn laut den Worten des Kanzlers "keiner auf Rücksicht hoffen" darf, dann kann er nicht im nächsten Moment die USA und Großbritannien aus dem Kreis der Verdächtigen ausschließen.

Auch die Dankes-Tweets des früheren polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski an die Adresse der USA kurt nach den Attentaten sprechen hier eine deutliche Sprache. Es bleibt also zu befürchten, daß die Aufklärung der Bundesregierung in Sachen Nord-Stream-Attentate genauso "unerbittlich" und "knallhart" erfolgen wird wie die Aufklärung der Rolle, die Olaf Scholz als Regierender Bürgermeister von Hamburg im Warburg-Skandal spielte. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26801" berichtet am 15. August 2023 (x1.319/...): >>Fachkräftemangel - Teil 5: Fachkräftestrategie als Teil des Great Reset

Herzlich willkommen zum letzten Teil unserer Sendereihe zum Fachkräftemangel, heute mit der abschließenden Frage: Was will die Bundesregierung tatsächlich mit ihrer Fachkräftestrategie bewirken?

Wie wir in den vergangenen Sendungen sehen konnten, ist der Fachkräftemangel nicht einfach zufällig entstanden, sondern zumindest teilweise das Produkt gezielter politischer Weichenstellungen, die durch aktuelle Entscheidungen der Ampelregierung weiter verschärft werden.

Als Ausweg wird uns nun vor allem die Zuwanderung präsentiert. Dies erinnert an die sogenannte Hegel'sche Dialektik, einer Methode, die von elitären Kreisen gerne zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen angewendet wird.

Wie funktioniert die Hegelsche Dialektik?

Auf ein gezielt selbstverursachtes Problem folgt eine zu erwartende Reaktion. Diese Reaktion kann dann dem von Anfang an gewünschten politischen Programm begegnet werden. In unserem konkreten Fall wäre das selbstverursachte Problem der Fachkräftemangel. Die zu erwartende Reaktion: Der Ruf nach mehr Fachkräften und das ursprünglich gewünschte politische

Programm, die massive Anwerbung von ausländischen Arbeitern.

Doch welches Ziel verfolgt die Regierung mit der massiven Ausweitung der Arbeitsmigration?

Hierbei ist interessant, daß Innenministerin Nancy Faeser von der SPD stets betont hat, daß zeitnah mit dem Gesetz zur Fachkräfteeinwanderung auch eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts einher gehen soll. Ausländer sollen nicht mehr erst nach acht, sondern bereits nach fünf Jahren eingebürgert werden können. Bei besonderen Integrationsleistungen sollen sogar nur drei Jahre Aufenthalt in Deutschland genügen, um den deutschen Paß erhalten zu können.

Dies dient vor allem auch dem eigenen Machterhalt der aktuellen Regierungsparteien. Denn die eingebürgerten Ausländer werden an der Wahlurne vor allem den Parteien die Stimme geben, die ihre Interessen bedienen bzw. sich für weitere Migration aus ihrem Herkunftsland einsetzen. Dies sind traditionell die linken Parteien, wie die Grünen oder die SPD, die auf diese Weise ihre Wählerschaft ausweiten und damit die Wahrscheinlichkeit erhöhen, auch künftig an der Regierung zu bleiben.

Dies dürfte jedoch nicht der einzige Grund sein, daß die Regierung die Migration ausweiten möchte. Denn sieht man sich die Vernetzungen der Regierung und führender Politiker ihrer Parteien an, stellt sich die Frage, ob diese wirklich die Interessen des Volkes - oder eher die Interessen reicher Männer im Hintergrund vertreten.

Einer dieser reichen Männer ist der US-Multimilliardär George Soros. Dieser ist dafür bekannt, daß er mit Hilfe seiner Open Society Stiftung Destabilisierungskampagnen in zahlreichen Ländern durchführte, um danach die lukrativsten Ressourcen zu Ramschpreisen zu übernehmen.

Es gibt konkrete Hinweise darauf, daß Soros an sämtlichen "Farbrevolutionen" - sprich Regierungsumstürzen der vergangenen 15 Jahre - beteiligt war. Diese reichen von Georgien und die Ukraine über Venezuela bis hin zum "Arabischen Frühling". Seinen Einfluß übt er nebst seiner Open Society Stiftung zu einem großen Teil über sogenannte NGO's und Denkfabriken, wie z.B. dem European Council on Foreign Relations - kurz ECFR - aus.

Hier eine Auswahl von Politikern mit großem Einfluß auf die Entscheidungen der aktuellen Bundesregierung - welche allesamt Mitglied in dieser von George Soros initiierten, finanzierten und von ihm kontrollierten Denkfabrik ECFR sind:

- Lars Klingbeil - Co-Vorsitzender der SPD
- Omid Nouripour - Co.-Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen
- Alexander Graf Lambsdorff - Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP
- Niels Annen (SPD)- Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Franziska Brantner (Die Grünen)- Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Cem Özdemir (Die Grünen) - Bundeslandwirtschaftsminister
- Annalena Baerbock - (Die Grünen) - Bundesaußenministerin

Özdemir und Baerbock sind auch anderweitig gut vernetzt. Sie wurden im Young Global Leaders Program des Weltwirtschaftsforums - WEF - ausgebildet.

Auch Wolfgang Kubicki, stellvertretender Parteivorsitzender der FDP, genoß 1993 die Ausbildung beim WEF. Baerbocks Staatssekretärin, die ehemalige Greenpeace-Leiterin Jennifer Morgan, wird vom WEF als "Agenda Contributor", zu Deutsch Agenda-Mitwirkende geführt - ebenso wie Bundeskanzler Olaf Scholz. Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck ist auf der Seite des WEF gelistet. Das WEF ist eine Vereinigung milliardenschwerer, weltweit agierender Großkonzerne.

Mit dem Young Global Leaders Program ziehen sie sich ihren eigenen Politikernachwuchs

heran, der dann mittels ihrer enormen Finanzmacht und ihrem großen Einfluß in die höchsten politischen Ämter gehievt wird. Der WEF-Gründer Klaus Schwab sitzt auch im Steuerungskomitee der Bilderberger, einer weiteren, hinter verschlossenen Türen operierenden Vereinigung, die Wirtschaftsbosse, Politiker, Adel und Medienschaffende zusammenbringt, um die Welt in die von ihnen gewünschte Richtung zu lenken.

Auf solchen Konferenzen waren mit Finanzminister und FDP-Parteichef Christian Lindner, Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schmidt, ebenfalls gewichtige Vertreter der Bundesregierung zugegen.

Somit sind Parteichefs sämtlicher Regierungsparteien, der Bundeskanzler und weiteres Spitzenpersonal der aktuellen Regierung vernetzt mit den Lobbyorganisationen von Klaus Schwab und George Soros. Schwab und Soros verfolgen sehr ähnliche Ziele und die Open Society Foundations von Soros sind auch offizieller Partner des WEF.

In diesem Lichte betrachtet ist es dann auch nicht mehr erstaunlich, daß die Bundesregierung die Zuwanderung als die große Trumpfkarte sieht. Denn gerade George Soros spricht sich seit vielen Jahren für eine Ausweitung der Migration aus und hat viele Milliarden in sein Netzwerk aus NGOs, Hochschulen, Medien und Thinktanks investiert, um unter anderem dieses Narrativ durchzusetzen. 2015 forderte Soros in seinem Soros-Plan für die Flüchtlingskrise, daß die EU jährlich mindestens 1 Mio. Asylsuchende aufnehmen solle.

Warum ist die Migration für diese reichen Leute so wichtig?

Es könnte mit dem von Klaus Schwab propagierten "Great Reset" zusammenhängen, der aktuell mittels der Energiewende massiv vorangetrieben wird. Unter dem Slogan: "Du wirst nichts mehr besitzen und glücklich sein", beinhaltet dieser "Great Reset", das Privateigentum bis 2030 abzuschaffen, sowie eine digitale Zentralbankwährung einzuführen - dem Ziel der totalen Kontrolle der Menschheit. Diese Agenda steht unseren westlichen Bürger- und Freiheitsrechten diametral entgegen. Es ist daher mit massivem Widerstand zu rechnen, wenn die Menschen mittels einer herbeigeführten Krise ihr ganzes Hab und Gut verlieren.

Hierbei ist es für die Mächtigen von großem Vorteil, wenn sie nicht eine homogene Gesellschaft gegen sich haben, die im Krisenfall schnell zueinander findet und sich gegen sie verbünden könnte. Das alte Motto "Teile und Herrsche" ist daher noch hochaktuell und wird insbesondere durch die von Soros maßgeblich beeinflussten Massenmedien massiv vorangetrieben.

Man versucht, die Gesellschaft auf alle Arten und Weisen aufzuspalten, z.B. Linke gegen Rechte, Arbeiter gegen mittelständische Unternehmer, Impfgegner gegen Impfbefürworter und über Fridays for Future auch vermehrt Junge gegen Alte. Die Zuwanderung ist ein weiteres Gebiet, das sich perfekt dazu eignet, weitere Bruchlinien zu erzeugen. Sprachbarrieren und kulturelle Verschiedenheiten führen automatisch dazu, daß viele kleine, sich voneinander abgrenzende Splittergruppen im Land bilden.

Wenn sich die Not und Arbeitslosigkeit infolge des Zusammenbruchs der mittelständischen Wirtschaft durch die Energiekrise weiter verschärfen, kann man über die Boulevardpresse die Unzufriedenheit dann auf die Ausländer umlenken. Die einen sehen die Zuwanderer als Bedrohung, die anderen verteidigen sie vehement.

Je mehr sich die einfache Bevölkerung in diese Konflikte verstrickt und sich diese Spannungen womöglich noch gewaltsam entladen, desto einfacher haben es die Strippenzieher im Hintergrund, ungestört ihren Plan voranzutreiben und uns ihren "Great Reset" mitsamt Totalüberwachung als Ausweg aus dem Chaos zu präsentieren.

Wichtig ist daher, diese Spaltungsmuster zu durchschauen und uns nicht gegen eine andere Gruppe aufhetzen zu lassen, wie dies gerade während der Corona-Krise häufig der Fall war. Besser ist es, einander zuzuhören und gemeinsam den Menschenfeinden im Hintergrund entgegen zu treten, die uns zum eigenen Vorteil gegeneinander ausspielen wollen.<<

16.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. August 2023:

>>Operation Greenwashing

Sogenannter Klimaschutz gefährdet Natur und Tierwelt. Doch die Folgeschäden der Energiewende werden seit Jahren unter den Teppich gekehrt - dabei sind sie enorm. ...

_ von *Johann Leonhard*

Von Windrädern geschredderte Vögel und Insekten, für Stromtrassen abgeholzte Wälder, durch Offshore-Windparks zerfurchte Meeresböden, schier endlose Friedhöfe für nicht recycelbare E-Roller und Lithium-Batterien - die ökologischen Verheerungen infolge der Energiewende spotten jeder Beschreibung. Doch dieses gigantische Zerstörungswerk wird nahezu totgeschwiegen.

Dabei hatte doch alles einmal so herrlich naturschwärmerisch geklungen. Noch 2017 erklärte die damalige Chefin der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, scheinbar empathisch: "Wir wollen, daß in den nächsten vier Jahren jede Biene und jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land weiß: Wir werden uns weiter für sie einsetzen!"

Das große Insektensterben

Vielen Tieren ging es kurz darauf massenweise an den Kragen. Ab 2017 begannen Forscher des Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit Windparks Auswirkungen auf Fluginsekten haben. Franz Trieb und seine Kollegen erkannten schnell die Brisanz des Themas, weil ihnen im Zuge der Bewertung deutscher Energieszenarien auffiel, "daß Überreste von Fluginsekten an Rotorblättern zu hohen Verlusten beim Wirkungsgrad der Windkraftanlagen führen können".

Das Massensterben der für unser Ökosystem notwendigen Kleinstlebewesen an den scharfkantigen Rotorblättern war so massiv, daß es sogar "den weltweiten Aufbau einer Reinigungsindustrie für Rotorblätter motiviert" habe, so Trieb Anfang 2019 in einem Interview.

Laut den DLR-Forschern liegen die riesigen Flügel der Windkraftanlagen genau in jener Höhe, in der sich brütende Insekten bewegen. ...

Klickt man sich ein wenig durch, erfährt man, daß im Rahmen der Ende August 2019 gestarteten Kampagne "Wir schützen Insekten" diverse Fragen und Antworten zum Insektenschutz gestellt und beantwortet wurden. Zur Frage "Welches sind die Hauptursachen für den Insektenrückgang?" lesen wir von einer "qualitativen Verschlechterung von Insektenlebensräumen", vom "Verlust der Strukturvielfalt mit einer Vielzahl an Wildpflanzen", aber auch von den Folgen der "Anwendung von Pestiziden" sowie von "Lichtverschmutzung". Wovon nicht die Rede ist: Windkraftanlagen.

Über die Größenordnung des Problems ist man sich im Ministerium durchaus im Klaren: "Das Ausmaß des Insektenrückgangs ist dramatisch und hinreichend wissenschaftlich belegt", schreibt die Behörde. ...

Doch nicht nur in der Luft sind die Schäden verheerend. Auch im Meer wird es langsam ungemütlich. Prominentes Opfer des Baubooms vor den deutschen Küsten ist der Schweinswal - die einzige Walart, die in Deutschland (noch) heimisch ist. Schon im Sommer 2012 wurden während der Rammarbeiten für den Windpark Riffgat vor Borkum über 130 tote Tiere an die Westküste Schleswig-Holsteins getrieben. Ende 2019 ein weiteres Massaker:

In kurzer Zeit spülte das Meer über 24 Kadaver des anmutigen Meeressäugers an Land. Wissenschaftler rätseln über die Ursache, darunter auch Ursula Siebert, Leiterin des Instituts für Terrestrische und Aquatische Wildtierforschung der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover. Die 24 verendeten Wale landeten auf ihrem Seziertisch. Ihr Obduktionsbericht sorgte für Schlagzeilen:

Sie fand bei zehn Tieren Verletzungen an den akustischen Organen, darunter "krankhafte Auskugelungen und Frakturen der Mittelohrknochen, Blutungen im akustischen Fett des Un-

terkiefers und des Gehörapparates". Sind die hochsensiblen Organe geschädigt, fällt es den Schweinswalen schwer, sich zu orientieren ...

Vermutete Ursache: Die Sprengung von 42 britischen Fliegerbomben nahe dem Schutzgebiet Fehmarn. Seitdem die Politik das Meer zur Spielwiese der Energiewende erklärt hat, müssen die alten Weltkriegsüberreste immer häufiger hochgejagt werden, um Platz zu schaffen - etwa für den Bau von Offshore-Windparks. Auch die Arbeiten selbst produzieren Lärm, der Schallschutz kommt wegen straffer Zeitpläne meist zu kurz. ...

Dieser Artikel erschien vollständig in unserer Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt". Die ultimative Abrechnung mit der Klima-Ideologie und ihren Sturmtruppen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. August 2023: >>**Hippie-Staat Deutschland: Kabinett billigt Lauterbachs Kiffer-Gesetz**

Das Bundeskabinett hat die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach für eine weitgehende Legalisierung von Cannabis gebilligt. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise in Deutschland ein konsequenter Schritt: "Ampel-Land" wird endgültig zum Hippie-Staat, das linksgrüne Milieu kann sich alle Probleme ganz legal schönrauchen!

Lauterbachs Kiffer-Gesetz soll zum Jahresende in Kraft treten. Kernpunkte der jetzt von der Anti-Deutschland-Ampel auf den Weg gebrachten "Legalisierung":

- Cannabis wird im Betäubungsmittelgesetz von der Liste der verbotenen Substanzen gestrichen;
- Ab 18 Jahren soll künftig der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis erlaubt sein;
- Privat sollen maximal drei Cannabis-Pflanzen angebaut werden dürfen;
- In speziellen Vereinen, sogenannten Cannabis-Clubs, sollen Mitglieder die Droge gemeinschaftlich anbauen und gegenseitig abgeben dürfen.

Polizei in Sorge um Verkehrssicherheit

Heftige Kritik an Lauterbachs Plänen kommt nicht nur aus der Opposition, sondern auch aus Lauterbachs eigener Partei, der SPD. Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) sagte dem NDR: "Wenn wir irgend etwas jetzt nicht brauchen, dann ist es dieses Gesetz. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, daß mit der Legalisierung der Konsum deutlich zunimmt - mit allen Risiken und Nebenwirkungen."

Grote glaubt auch nicht, daß das Gesetz werde den Schwarzmarkt austrocknen wird. Er warnt: "Es ist zu befürchten, daß illegales Cannabis aufgrund höherer Wirkungsgrade und günstiger Preise stark nachgefragt wird und sich Schwarz- und Legalmarkt hier vermischen." Auf die Polizei werde ein erheblicher neuer Kontrollaufwand zukommen, fürchtet der SPD-Politiker.

Diese Einschätzung teilt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jochen Kopelke. Der Polizei werde die Legalisierung große Probleme bereiten, sagte er laut dpa. Polizei und Justiz würden nicht entlastet, sondern vielmehr belastet. Laut GdP dürfte der Schwarzmarkt zudem eher wachsen und die Verkehrssicherheit leiden.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, warnte bereits vor Wochen im Deutschen Bundestag vor einem "Schritt in die völlig falsche Richtung". Er unterstrich: Die AfD befürworte die medizinische Anwendung und Förderung von Cannabis unter ärztlicher Aufsicht. Doch der Ampel gehe es nur um "den Spaß" ihrer linksgrünen Klientel.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. August 2023: >>**Chemnitz: Linke hacken Patrioten drei Finger ab**

Von *Sven Reuth*

Im Chemnitzer Stadtpark werden einem rechten Aktivisten mit einer Machete drei Finger abgehackt. Die Täter sind vermutlich in Antifa-Kreisen zu suchen. ...

Es ist eine Tat wie aus einem Horrorfilm. Am gestrigen Dienstag wurde der 28jährige rechte

Aktivist Alexander W. gegen 15 Uhr im Stadtpark von Chemnitz von einer aus vier verummten Personen bestehenden Gruppe überfallen. Die Täter beließen es nicht dabei, auf ihr Opfer einzuprügeln, sondern es kam noch zu einer unfafbar grausamen Tat: Dem jungen Mann wurden mit einer Machete drei Finger abgehackt.

War eine Jacke der Auslöser der Horror-Tat?

Perfiderweise haben die Täter die abgetrennten Gliedmaßen wohl auch noch entwendet. Nach Informationen der Freien Sachsen sucht derzeit ein Großaufgebot der Polizei in dem Park nach den abgetrennten Gliedmaßen wie auch nach weiteren Hinweisen auf die Hintergründe der Tat.

Alexander W. trug am Tag des Überfalls eine Jacke der rechten Marke Kampf der Nibelungen. War dies das Signal für die Täter, ihre unfafbar brutale Tat zu begehen? Vom Ablaufmuster her fühlt man sich an eine Tat erinnert, die die linksterroristische Hammerbande im Januar 2019 in der Bornaischen Straße in Leipzig-Connewitz beging.

Damals wurde ein an sich unpolitischer Bauarbeiter mit einem regelrechten Hagel von Tritten gegen den Kopf lebensgefährlich verletzt, weil er die Mütze des rechten Modelabels Greifvogel Wear trug. Der Mann leidet bis heute unter Schmerzen, Nervenschäden und einer Angststörung. Ihm mußten Metallplatten in den Schädel eingesetzt werden, so schlimm waren seine Verletzungen.

Speiübel kann einem auch angesichts der Berichterstattung über den aktuellen Fall in der Bild-Zeitung werden. Im Herzen der Stadt Chemnitz ereignet sich am helllichten Tag eine derartige, mit an Sicherheit grenzende politisch motivierte Horror-Tat und die Bild-Zeitung spricht mit Blick auf das Opfer von einem "polizeibekanntem Neonazi". Das ist einfach unfafbar angesichts der Dichte und Qualität des linksextremistischen Terrors, der derzeit das Land erschütterte.

Der neue Totalitarismus

Man erinnere sich auch an die regelrechten Lobgesänge, die den Prozeß gegen die verurteilte Linksterroristin Lina Engel begleiteten. Selbst der Vorsitzende Richter Hans Schlüter-Staats fand nichts dabei, während der Urteilsverkündung auf die "ehrenwerten Motive" hinzuweisen, die seiner Auffassung nach dem Kampf gegen Rechtsextremismus zugrunde liegen.

Tatsächlich wird Deutschland im Zuge des seit Jahrzehnten propagierten "Kampf gegen Rechts" zu einem Land mit totalitären Tendenzen, in dem jeder, der für eine patriotische oder nationale Partei kandidiert, mit schwersten Angriffen auf sein Eigentum und seine körperliche Unversehrtheit rechnen muß.

Überflüssig zu erwähnen, daß auch der sogenannte Verfassungsschutz sich in den letzten Jahren von allen Restbeständen einer noch halbwegs objektiven Sicht der Dinge entfernt hat und mittlerweile nurmehr den "Kampf gegen Rechts" propagiert.

Patriotische und rechte Aktivisten und Kandidaten werden derweil vollends zum Freiwild linksextremistischer Gewalttäter. Wer bei Wahlen für eine patriotische Partei antritt, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, muß nicht nur mit öffentlicher Ächtung, sondern auch mit schwersten körperlichen Attacken rechnen. Eine "Demokratie" ist Deutschland jedenfalls schon lange nicht mehr. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. August 2023: >>**Jurca kämpft gegen Verleumdung durch "Junge Freiheit"**

Von *S. Hofer*

Ganz im Stil der Mainstream-Medien suggerierte die Wochenzeitung Junge Freiheit: Andreas Jurcas Darstellung des Überfalls gegen ihn sei fehlerhaft. Außerdem wolle er sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Der Augsburger AfD-Stadtrat widerspricht beidem. ...

Seit Jahren fördert die ehemalige Oppositionszeitung Junge Freiheit die Spaltung der AfD durch publizistische Attacken gegen den Höcke-Flügel (oder alle, die das Blatt dazurechnet).

Jetzt führt diese Teilungswut sogar zur Entsolidarisierung mit dem Überfallopfer Andreas Jurca, dem AfD-Stadtrat von Augsburg. Er war in der Nacht zum vergangenen Samstag von mehreren Personen übel zugerichtet worden.

Eigentlich fordert eine solche Attacke die grabenübergreifende Solidarität aller Oppositionellen. Statt dessen suggerierte die Junge Freiheit gestern (15.08.), daß Jurcas Darstellung womöglich falsch sei.

Schlagzeile: "Die Merkwürdigkeiten im Fall Andreas Jurca"

Darin werden angeblich "offene Fragen" aufgestellt, ganz im Stil der Mainstream-Medien, die das politische Verbrechen zur Kneipenschlägerei verkleinern wollten. Mehr noch, das Blatt suggerierte am gleichen Tag sogar den "Rückzug" des Politikers Jurca - als ob er irgendwie abtauchen wolle, weil er nicht mehr zu seinen Aussagen stehe. Der Bezahl-Artikel trägt die Überschrift: "Angegriffener AfD-Stadtrat Jurca zieht sich aus Öffentlichkeit zurück"

Wenn da mal nicht der Wunsch der Vater des Gedankens war. Denn das Gegenteil ist der Fall, wie der AfD-Stadtrat jetzt in seiner Antwort erklärt:

"Ich wollte mit meiner letzten schriftlichen Stellungnahme an ein Blatt, das ich früher mal geschätzt habe, einige der sehr 'kritischen' Fragen aufklären. Zum Beispiel: 'Warum wurde Jurca nur von vorne angegriffen?' - Weil, wenn man ohnmächtig auf dem Boden liegt, es die Täter schwer haben, aus der Richtung des Asphalt zu schlagen."

- Warum war Jurca am Rumpf unverletzt? - Antwort: 'Beim nächsten Mal bitte ich darum, mir auch die Rippen einzutreten und nicht nur den Kopf und mein Bein zu Brei zu schlagen.' Leider wurden diese (und einige andere auch) Antworten nicht publiziert.

Ich möchte nicht gehässig sein, aber wenn das das Niveau der Kritik an mir ist ...

Das eigentlich Schlimme ist, daß mein abschließendes ‚Statement‘ nicht klar wiedergegeben wurde: ich wollte keineswegs vom Wahlkampf pausieren, sondern alle weiteren Presseanfragen zu dieser konkreten Sache (Angriff auf mich) ablehnen, genesen und mich wieder voll in die praktische und politisch-inhaltliche Arbeit stürzen. Laßt euch also nicht verwirren: Wahlkampf jetzt erst Recht!" ...<<

17.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. August 2023:

>>Interview: Wurde Rudolf Heß ermordet?

Von *Sophia Fuchs*

Rudolf Heß war Hitlers engster Vertrauter und Stellvertreter. Am 17. August 1987 wurde er tot im Gefängnis aufgefunden. Sein Krankenpfleger ist sich sicher: Es war Mord. COMPACT hat ihn interviewt. In seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" enthüllt der Augenzeuge weitere Unfaßbarkeiten.

_ Abdallah Melaouhi im Gespräch mit Sophia Fuchs

Herr Melaouhi, Sie pflegten den Kriegsgefangenen Rudolf Heß von 1982 bis zu seinem Tod 1987. Ursprünglich stammen Sie aber aus Tunesien. Hatten Sie vorher schon etwas von ihm gehört?

Ich hatte wirklich keine Ahnung, wer der Mann war und was er früher gemacht hat. An Politischem hatte ich kein Interesse. Warum auch? Ich habe humanitär gearbeitet. Ich erfuhr erst später mehr.

Hatte er Angst, umgebracht zu werden?

Die hatte er. Ich mußte jeden Tag zuerst die Speisen probieren. Herr Heß befürchtete, vergiftet zu werden. Man wollte ihn auch operieren. Aber er weigerte sich. Er sagte zu mir: "Die wollen mich einschläfern. Sie wollen mich töten. Das ist ihr Ziel. Sie sind Mörder." Im Mai 1986 erzählte mir ein russischer Wächter, daß die Sowjets Heß an Weihnachten aus humanitären Gründen entlassen wollten. Ich war völlig außer mir vor Freude und rannte zu seiner Zelle. Aber als ich ihm sagte, daß Gorbatschow ihn entlassen wolle, stand er auf und rief entsetzt:

"Das ist mein Todesurteil!" Und genauso kam es.

Sophia Fuchs: Das klingt so, als hätten Sie ein vertrautes Verhältnis miteinander gehabt.

Ja, ich bemühte mich stets um sein Vertrauen, vor allem, um ihn besser pflegen zu können. Wir verstanden uns sehr gut. An einem Tag deutete er an, daß er auch Arabisch spreche. Ab dem Zeitpunkt unterhielten wir uns viel in meiner Muttersprache. Während all der Jahre setzte ich mich für Herrn Heß ein. Ich hätte ihn gerne in Freiheit gesehen.

Sophia Fuchs: Wie haben Sie sich eingesetzt?

Herr Heß trug immer einen zerrissenen Pyjama und alte Hemden. Obwohl er genug Geld pro Monat zur Verfügung hatte, wurden ihm keine neuen Sachen bewilligt. Ich konnte auch niemals danach fragen, da es mir als Kumpanei hätte ausgelegt werden können. Ich schlug ihm also vor, die abgetragenen Hemden einfach zu zerreißen, und half ihm dabei.

Das gab natürlich Ärger, aber ich nahm Heß in Schutz und sagte, er hätte einen Anfall gehabt. Ich durfte ihm dann endlich richtige Kleidung besorgen. Es gelang mir ebenfalls, für eine neue Dusche zu sorgen. Zu den Wärtern habe ich gesagt: "Paßt auf, wenn er sich sein Knie bricht, dann sind Sie arbeitslos und bekommen kein Geld mehr. Ich bin auch arm und brauche das Gehalt." Das sahen sie ein. Der russische Direktor war ein bißchen skeptisch, aber dennoch hat er den Antrag genehmigt. Als die Techniker die Dusche erneuerten, kamen also zum ersten Mal Deutsche ins Gefängnis. Die haben eine super Kabine aufgebaut.

Sophia Fuchs: Wurden an Heß' Geburtstagen besondere Sicherheitsvorkehrungen getroffen?

Auf jeden Fall. Jedes Jahr am 26. April versammelten sich zahlreiche Menschen vor dem Gefängnis, um für seine Freilassung zu demonstrieren. An diesem Tag wurde das komplette Straßensystem überwacht. Heß wußte davon. Er sagte immer zu mir: "Das sind meine Landsleute. Sie wollen mich abholen."

Sophia Fuchs: Er glaubte, daß seine Landsleute ihn befreien wollen?

Ja, genau. Das hat mich immer sehr traurig gemacht. Heß bekam jedes Jahr zum Geburtstag Pflaumenkuchen, den liebte er. Allerdings durften wir nie rote Kerzen in den Kuchen stecken. Denn Rot war die Farbe des Kommunismus.

Sophia Fuchs: Wie wirkte Heß auf Sie?

Er hatte auf alle Fälle einen ungebrochenen Nationalstolz. Ich erinnere mich noch gut an den Tag, als Boris Becker im Jahr 1985 in Wimbledon gewonnen hat. Heß verfolgte seinen Sieg im Fernsehen, und als die Nationalhymne erklang, sang er im Stehen voll Inbrunst mit. Am Ende drehte er sich zu mir und sagte stolz: "Sehen Sie, das ist ein Deutscher."

Sophia Fuchs: In Ihrem Buch schreiben Sie, daß Sie heimlich Briefe von Heß aus dem Gefängnis geschmuggelt haben. ...

Ja, das stimmt. Aber das geschah erst später. Zunächst war ich dafür verantwortlich, die Zeitung für meinen Patienten zu zensieren. Alles Politische mußte ich rausschneiden. Aber ich ließ Heß unbemerkt die Originale zukommen. Pastor Gabel war es, der heimlich Briefe von Heß verschickte. Aber er wurde erwischt und sofort entlassen. Gabel war übrigens ebenfalls überzeugt davon, daß Rudolf Heß ermordet worden ist. Ich nahm das Risiko auf mich und sandte die Briefe an seiner Stelle ab.

Sophia Fuchs: Bekam Heß im Gefängnis Besuch?

Ja, von seiner Frau. 1985 bat er mich, mit ihr zu sprechen. Ich sollte ihr sagen, daß es ihrem Mann gesundheitlich gut ginge. Und ich bekam sogar die Erlaubnis, sie für etwa zwei Minuten zu sprechen - natürlich nur zu gesundheitlichen Themen. Kaum wollte ich Frau Heß begrüßen, sprang aus einer Ecke der russische Direktor mit großem Geschrei heraus: "Stopp, stopp, Herr Melaouhi, keinen Schritt weiter!" Ohne ein Wort mit Ilse Heß gewechselt zu haben, wurde ich zurück ins Gefängnis geschickt.

Sophia Fuchs: Kommen wir zu Heß' berühmtem Flug nach England 1941. Es wird viel darüber spekuliert, ob Hitler von seinem Vorhaben wußte oder nicht. Haben Sie ihm jemals diese

Frage gestellt?

Oh ja. Ich habe gewartet, bis ich einen Tag erwischte, an dem er in der Nacht zuvor gut geschlafen hatte. Als ich ihn fragte, schaute er mich kurz an, schaute dann wieder nach vorn und beantwortete meine Frage mit einem Vergleich: "Herr Melaouhi, Sie sind von Beruf Krankenpfleger. Wenn Sie einen Patienten auf eine Operation vorbereiten, fangen Sie dann einfach sofort an - oder warten Sie, bis Sie vom Operateur instruiert werden und dieser die Operation beginnt? Verstehen Sie?"

Sophia Fuchs: Am 17. August 1987 starb Rudolf Heß. Warum gehen Sie davon aus, daß er ermordet wurde?

Es fing damit an, daß mich an jenem schrecklichen Tag der französische Tageswächter in meiner Pause panisch anrief und sagte, Heß sei ermordet worden. Ich rannte sofort los und klingelte am Gefängnistor Sturm. Aber nichts passierte. Erst nach etwa 20 Minuten öffnete der britische Wärter Miller das Tor mit den Worten: "Herr Melaouhi, es ist alles vorbei. Sie können nach Hause gehen." Und machte die Klappe vor meiner Nase wieder zu.

Ich hämmerte weiter gegen die Tür, und irgendwann wurde ich reingelassen. Weit kam ich nicht, ein amerikanischer Soldat baute sich vor mir auf und hielt mir ein Gewehr vor die Nase. Erst als ein mir bekannter Offizier auftauchte, senkte er es. Ich durfte zwar ins Gebäude, aber nicht in den Gefängnistrakt. Also lief ich einen großen Umweg und gelangte zum Gartenhäuschen. Dort fand ich Herrn Heß leblos auf dem Boden liegen.

Sophia Fuchs: War er allein?

Nein, an seinem Kopfende standen zwei uniformierte Männer. Der eine war farbig, und seine Uniform drohte, aus allen Nähten zu platzen. Beide waren mir völlig unbekannt. Am Fußende des Toten stand der ebenfalls afroamerikanische Wächter Anthony Jordan. Entsetzt fragte ich ihn, was sie mit ihm gemacht hatten. Da antwortete er mir mit trotziger Erleichterung in schlechtem Deutsch:

"Der Schwein ist erledigt! Gehen Sie nach Hause, Sie brauchen keine Nacharbeit mehr zu machen."

Aufgewühlt bat ich Jordan, sofort den Notfallkoffer aus der Ambulanz im Gefängnistrakt zu holen. Mir war klar, daß Herr Heß tot war, ich versuchte damit nur, die Amerikaner abzulenken. Ich unternahm mehrere Mund-zu-Mund-Beatmungen und forderte den Farbigen auf, eine Herzmassage vorzunehmen. Später stellte man fest, daß er dabei mehrere Rippen des Toten gebrochen hatte. Ich wartete verzweifelt auf Hilfe, und plötzlich stand Jordan mit dem Notfallkoffer neben mir. Mir entging nicht, daß der Wärter sich umgezogen hatte. Das Siegel des Koffers war aufgebrochen und die Sauerstoffflasche komplett leer. Dabei hatte ich alles noch am Morgen kontrolliert.

Sophia Fuchs: Es heißt, Rudolf Heß habe sich mit einem Kabel selbst stranguliert. Konnten Sie eines am Tatort entdecken?

Ja. Es herrschte reinstes Chaos im Raum, alle Möbel lagen auf dem Boden verstreut, auch eine Stehlampe. Mit deren Kabel soll sich Heß erhängt haben - als ich dort eintraf, steckte es allerdings in der Steckdose. Er hat es sicherlich nicht wieder eingesteckt. Am Fenster hing komischerweise ein weiteres Kabel.

Sophia Fuchs: Gab es weitere Merkwürdigkeiten?

Ja, viele. Als endlich ein Krankenwagen kam, brachte der Arzt eine Herz-Lungen-Maschine mit, die nicht funktionierte. Im Foyer des Krankenhauses begegnete ich drei westlichen Direktoren des Spandauer Militärgefängnisses - mit heiterer Miene und Sektgläsern in den Händen.

Sophia Fuchs: Hätten Sie Herrn Heß einen Selbstmord zugetraut?

Nein. Er hatte eine sehr klare und präzise psychische Verfassung. Und auch körperlich wäre das unmöglich gewesen. Mein Patient war am Ende seines Lebens so schwach, daß er einen Spezialstuhl benötigte, um überhaupt aufstehen zu können. Beim Gehen mußte er ständig ge-

stützt werden, und seine Hände waren durch Arthritis verkrüppelt. Er konnte nicht einmal einen Löffel aufheben.

Sophia Fuchs: Wurden Sie nach dem Vorfall bedroht?

Ja. Am 2. Januar 1988 fuhr auf meinem Nachhauseweg ein roter Corsa neben mir her. Das Nummernschild und das Lenkrad auf der rechten Seite verrieten, daß er nicht aus Deutschland kam. Kurz vor einer Kreuzung setzte er den rechten Blinker und drosselte das Tempo. Ich wollte ihn vorsichtig überholen, aber plötzlich gab der Corsa wieder Gas, und ich geriet in den Gegenverkehr. Der Aufprall mit einem entgegenkommenden Auto war so heftig, daß ich das Bewußtsein verlor und schwer verletzt wurde. Der Fahrer des Wagens wurde nie ermittelt.

*_ Abdallah Melaouhi (*1942) wurde bekannt durch sein Buch "Ich sah seinen Mörder in die Augen! Die letzten Jahre und der Tod von Rudolf Heß". Nach Erscheinen 2008 schloß das Spandauer Bezirksamt den gebürtigen Tunesier vom Migrations- und Integrationsbeirat aus, weil er aus seinem Werk auch bei rechten Veranstaltungen vorgelesen hatte.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. August 2023: >>**GEZ-TV: Triggerwarnung vor Otto Waalkes-Show**

Von *Karel Meissner*

75. Geburtstag von Deutschlands Kult-Komiker Otto Waalkes. 50 Jahre Otto-Show. Gleich zwei Jubiläen. Der Zwangsgebühren-Sender WDR stellt frühe Folgen der TV-Shows in die Mediathek - allerdings mit Triggerwarnung. ...

Nach aktuellem Wokeness-Maßstab sind alle westlichen Kulturpraktiken, die älter als zehn Jahre sind, heutigen Safe-Space-Bewohnern nicht mehr zumutbar. Da sich die Vergangenheit aber nicht vollständig canceln läßt, muß man Schutzbedürftigen zumindest die Chance geben, sich seelisch darauf vorzubereiten und ihr Herz mit Eisen zu wappnen.

Im Klassiker-Regal einer Bibliothek dürfte man kein Buch mehr finden, das den Wokeness-Test (Stand 2023) bestehen könnte. Schließlich warnt Amazon Prime bereits bei Filmen ab 12 vor Szenen mit rauchenden Personen. Was für ein Schocker: Die Hauptdarstellerin mit Kippe! Das reicht für lebenslange Traumata.

Als jetzt der 75. Geburtstag der Komik-Legende Otto Waalkes vor der Tür stand, mußten sich Redakteure des Zwangsgebührensenders WDR in Gewissensqual gewunden haben: Kann man die alten Filme von ihm wiederholen? Einst galt Otto als harmloser und unpolitischer Komiker, sein Spielfilmdebüt "Otto - Der Film" (1985) lockte in der unwoken BRD ganze 15 Millionen Zuschauer.

Aber 2020 hat ein alter, weißer, aber ultrawoker Kritiker des Berliner Stadtmagazins Tip den Film mit seinem 10-jährigen Sohn gesehen. Daraus wurde wider Erwarten ein "verstörendes Erlebnis". Sein Kommentar:

"Vermutlich könnte man auch über den nicht immer unterschwelligen Sexismus in Ottos Werk eine ganze Abhandlung verfassen, aber ich widme mich an dieser Stelle den rassistischen Klischees. An mehreren Stellen im Film werden schwarze Menschen diffamiert.

Das N-Wort fällt und es gibt eine ganze Szene, in der Otto gemeinsam mit einem dunkelhäutigen US-Soldaten (gespielt von Günther Kaufmann) einen Trickbetrug durchzieht und den afroamerikanischen GI, den er auch noch 'Herrn Bimbo' nennt, einer älteren Dame als Sklaven verkauft."

Daß diese Szene jedoch eindeutig weißen Rassismus parodiert, scheint dem Autor zwar zu dümmern, dennoch: Eine solche Plumpheit sei nicht mehr zeitgemäß "und daher besteht Redebedarf". So ein "Redebedarf" gilt drei Jahre später bereits als zu liberal. Nein, "Otto - Der Film" kann man 2023 auf keinen Fall ausstrahlen. Aber wie steht es um die früheren Otto-TV-Shows ab 1973?

Da riskierte der WDR das schier Unglaubliche: Er präsentiere neun Folgen der Show - "ungekürzt und friesisch-derb" in seiner Mediathek: "Otto Waalkes pur, ganz alleine, unverwech-

selbar." Nur - wer auf Start drückt, kriegt erst einmal eine Triggerwarnung zu lesen:
"Das folgende Programm wird, als Bestandteil der Fernsehgeschichte, in seiner ursprünglichen Form gezeigt. Es enthält Passagen, die heute als diskriminierend bezeichnet werden."
Supersensible Wokies sollten also gleich abschalten, während Ewiggestrige für ihr Lachen zumindest schämen sollten. Am Schlimmsten sind natürlich jene Zuschauer, die überhaupt nichts "Schlimmes" in diesen Shows finden können.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/26816](https://www.klagemauer.tv/26816)" berichtet am 17. August 2023 (x1.319/...): >>**Polizeipräsident a.D. schlägt Alarm - steigende Übersterblichkeit seit 2020**

Der Polizeipräsident a.D. Uwe Kranz spricht in einem Interview vom Februar 2023 über die Auswirkungen der Corona-Pandemie und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes von Januar 2023 hat ergeben, daß seit 2020 mit Beginn der Corona-Impfkampagne die Übersterblichkeit stetig ansteigt. In den letzten Wochen des Jahres 2022 wuchs diese auf über 37 % an, d.h. auf 7.240 Tote pro Woche über dem normalen Durchschnitt in allen Altersschichten. Bestattungsunternehmer sprechen von einer Auslastung zwischen 50-100 % mehr als die Jahre zuvor.

Eine dramatische Entwicklung, auf die ohne Verzug mit einem sofortigen Abbruch der Impfungen und aller sinnlosen Maßnahmen zu reagieren sei, so der Weckruf des Polizeipräsidenten a.D. Uwe Kranz. Ärztevereinigungen wie MWGFD (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.) warnten bereits im Vorfeld öffentlich, daß wichtige Studien gänzlich fehlten, um den Einsatz der hoch-umstrittenen mRNA-Impfung überhaupt zu rechtfertigen.

Prof. Stefan Hockertz (Stefan W. Hockertz, Wissenschaftler, 2003 und 2004 Direktor des Instituts für Experimentelle und Klinische Toxikologie am Universitätskrankenhaus Eppendorf) wies im September 2020 darauf hin, daß 5 % Impfschäden zu erwarten wären (= 4 Millionen Menschen), 1 % davon mit tödlichem Ausgang, d.h. 1 Mensch von 100 sei durch die Impfung in Lebensgefahr. Das bedeutet so viel wie die Einwohnerzahl der Stadt Bamberg!

Diese Warnungen wurden völlig ignoriert, und kritische Ärzte wurden mit dem Stigma der Verschwörungstheorie durch den Mainstream öffentlich diffamiert. Die Regierung stellt sich bis dato taub und blind für diese Bilanz. Dabei wäre es ihre Aufgabe und Pflicht, auf der Stelle den Zusammenhang zu erforschen und sämtliche tödlichen Fehleinschätzungen, Falschmaßnahmen und Verhetzungen offenzulegen und Wiedergutmachungen einzuleiten.

"Es ging zu keinem Moment um Gesundheit, ... in jeder Sekunde des ganzen Geschehens ging es darum, die Leute zu unterdrücken und gefügig zu machen", schlußfolgert Uwe Kranz geradeheraus. Völlig außer Acht gelassen wird auch die volkswirtschaftliche Dimension durch das dramatisch zunehmende Wegsterben von jungen Menschen. Infolgedessen sieht Kranz einen "gigantischen" Niedergang der Volkswirtschaft auf Deutschland zukommen. Die Politik ist nach seiner Ansicht krachend gescheitert. ...<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "[compact-online](https://www.compact-online.com)" berichtet am 17. August 2023: >>**Jetzt diskutiert die NATO die Ukraine-Teilung**

In den letzten Tagen kam aus den NATO der Vorschlag, die Ukraine solle im Tausch für eine mögliche NATO-Mitgliedschaft Gebiete an Rußland abtreten. ...

_ von *Thomas Röper*

Bevor wir auf die kuriosen Entwicklungen der letzten Tage kommen, will ich daher noch einmal kurz auf das Treffen in Saudi-Arabien eingehen.

Das Treffen in Saudi-Arabien

Daß die Ukraine-Gespräche in Dschidda zu einem Ergebnis führen würden, hat niemand erwartet, denn die offiziell verkündeten Ziele des US-geführten Westens bei den Gesprächen waren unrealistisch. Offiziell wollte der Westen dort mit den Ländern des globalen Südens

über den "Friedensplan" von Selenskyj reden und für ihn werben. Da der Plan aber faktisch eine Kapitulation Rußlands fordert, inklusive Rückgabe der Krim, der Zahlung von Reparationen und der Auslieferung angeblicher russischer Verbrecher bis hin zum russischen Präsidenten, war zu erwarten, daß der Globale Süden darüber nicht einmal reden wollte.

Die Positionen des kollektiven Westens und des Globalen Südens zur Ukraine sind zu unterschiedlich. Der kollektive Westen steht als faktische Kriegspartei an der Seite der Ukraine, während der Globale Süden Verständnis für Rußlands Sicherheitsbedenken hat, die eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine mit sich bringen würden. Viele Länder des Globalen Südens geben dem Westen sogar mindestens eine Mitschuld, weil die Eskalation in der Ukraine eine direkte Folge der vom Westen forcierten NATO-Mitgliedschaft der Ukraine war, die Rußland immer als rote Linie bezeichnet hat.

So kam es, daß der Westen weder Länder des globalen Südens auf seine Seite ziehen, noch über Selenskyjs "Friedensplan" auch nur reden konnte. Statt dessen haben - für den Westen offenbar überraschend - weitere Länder zusammen mit Saudi-Arabien einen eigenen Friedensplan aus dem Hut gezaubert.

Die Stille danach

Nach dem Treffen in Saudi-Arabien ist es in der Öffentlichkeit verdächtig still um die Frage weiterer Verhandlungen geworden. Offenbar wurde aber hinter den Kulissen eifrig geredet, so wurde gemeldet, daß Saudi-Arabien Rußland, das nicht eingeladen war, zeitnah und ausführlich über die Gespräche informiert hat. Gleiches dürften Länder wie China, Indien oder Südafrika auch getan haben.

Die Zeit arbeitet für Rußland, weshalb der US-geführte Westen zunehmend unter Druck gerät. Die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine ist für den Westen mittlerweile unbezahlbar geworden, während sie gleichzeitig keinerlei Erfolge gegen Rußland bringt, und in den USA steht 2024 der Wahlkampf an. Da das Ukraine-Thema in den USA immer unpopulärer wird, weil die Probleme in den USA wachsen und die Mehrheit der US-Bürger kein Verständnis dafür hat, daß für die Ukraine immer mehr Geld da sein soll, während für die Menschen in den USA kein Geld da ist, muß die US-Regierung einen Weg finden, das Thema Ukraine bis Anfang 2024 abzuschließen, wenn sie eine Chance auf Wiederwahl haben möchte.

Man dürfte sich im Westen nach dem Treffen in Saudi-Arabien also Gedanken gemacht haben, was nun zu tun ist. Hinter den Kulissen dürfte man Kiew bereits klargemacht haben, daß es irgendwann im Herbst Verhandlungen mit Rußland wollen muß, ob es will oder nicht.

"Auf die Ukraine wartet ein schwieriger Herbst"

Ich vermute schon lange, daß die USA im Herbst von Kiew verlangen werden, daß es Verhandlungen wollen muß und das hat der ukrainische Außenminister Kuleba am 12. August, also knapp eine Woche nach dem Treffen in Saudi-Arabien, bestätigt, als er in einem Interview mit dem ukrainischen Portal Strana erklärte:

"Auf die Ukraine wartet ein schwieriger Herbst. Es wird eine sehr schwierige politische Saison, ich warne alle ... , es wird ein schwieriger Herbst, in verschiedenen Ländern der Welt mehrten sich die Stimmen ... , daß Verhandlungen notwendig sind."

Laut Kuleba "kommt das nicht von offizieller Seite", aber diese Stimmen würden lauter. Er erklärte, daß die Ukraine alles tun werde, "um diese Stimmen zum Verstummen zu bringen", denn es werde im Herbst "eine Menge wichtiger Gipfeltreffen geben".

Der Globale Süden

Von diesen Gipfeltreffen darf die Ukraine sich jedoch nicht allzu viel erwarten, denn eines der wichtigsten anstehenden Gipfeltreffen ist der G20-Gipfel. Nachdem Indien, das in diesem Jahr den Vorsitz der G20 innehat und daher das Programm und die Themen des Gipfels maßgeblich bestimmt, schon vor einiger Zeit erklärt hat, für das Thema Ukraine werde es beim G20-

Gipfel keinen Raum geben, hat der indische Außenminister am 16. August nachgelegt und mitgeteilt, daß Kiew erstens nicht zu dem Treffen eingeladen wird und daß die Ukraine zweitens dort auch nicht Thema sein, denn:

"Die G20 befaßt sich mit dem globalen Wachstum, der Entwicklung (der Wirtschaft). Der Gipfel wird sich mit Energie, Düngemitteln und Nahrungsmitteln befassen."

Wer nun aber glaubt, diese Aussage müsse man als Kritik an Rußland für seinen Ausstieg aus dem Getreideabkommen werten, der dürfte enttäuscht werden. Der Globale Süden kennt die Geschichte des Getreideabkommens, dort weiß man, daß der Westen seinen Teil des Abkommens nie eingehalten hat, und daß das ukrainische Getreide im Rahmen des Getreideabkommens in die reichen Länder gegangen ist, anstatt an die notleidenden Länder des Südens.

Borrells Fehler

Während die Kornspeicher der EU so voll mit ukrainischem Getreide sind, daß demnächst ein Streit in der EU um die Grenzöffnung für ukrainisches Getreide ansteht, hat die EU jedoch keinerlei Getreide an die notleidenden Länder geliefert. Rußland hingegen hat den notleidenden Ländern nicht nur große Rabatte auf russisches Getreide gegeben, sondern sogar kostenlose Getreidelieferungen angekündigt.

Daß EU-Chefdiplomat Borrell daraufhin einen Brief an die notleidenden Länder geschickt und Rußland dafür verurteilt hat, war sicher nicht klug. De facto hat Borrell von diesen Ländern gefordert, sie sollten lieber hungern als russisches Getreide anzunehmen. Hilfe in Form von Getreidelieferungen aus der EU hat er hingegen nicht angeboten.

Daher dürfte klar sein, wen bei dem G20-Gipfel die Kritik des Globalen Südens erwartet. Und es wird auch verständlich, warum man dort nicht einmal über die Ukraine reden will. Für Kulebas Idee, die internationalen Stimmen, die von der Ukraine im Herbst Verhandlungen verlangen, auf den anstehenden Gipfeltreffen "zum Verstummen zu bringen", stehen die Chancen also denkbar schlecht.

Der Druck auf Kiew wächst

Am 13. August berichtete das Wall Street Journal unter Berufung auf westliche Diplomaten, daß das Ausbleiben von Erfolgen bei der ukrainischen Gegenoffensive die Wahrscheinlichkeit verringere, daß es in diesem Winter zu den vom Westen erhofften Verhandlungen mit Rußland kommt. Die Versuche des ukrainischen Militärs, "die befestigten russischen Verteidigungslinien mit Hilfe westlicher Ausrüstung zu durchbrechen", seien "ins Stocken geraten", während westliche Militärs und Politiker "fragen, was in den kommenden Monaten erreicht werden kann" und man mache sich bereits Gedanken um 2024.

Da die westlichen Arsenale leer sind, kann der Westen 2024 nicht noch einmal so viele Waffen an Kiew liefern, wie vor der aktuellen (und kläglich gescheiterten) ukrainischen Offensive. Man steckt im Westen also in einer Zwickmühle, denn mit weniger Waffen als 2023 wird Kiew erst recht nichts erreichen können. Im Westen wird man daher begriffen haben, daß man bei den Verhandlungen mit Rußland große Abstriche von den eigenen (und erst recht den ukrainischen) Forderungen machen muß.

Am 15. August waren auch aus Selenskyjs Umfeld ganz neue Töne zu hören. Sein bisher als kompromißloser Kriegstreiber bekannter Chef der ukrainischen Präsidialverwaltung Michail Podoljak räumte in einem Interview mit der Zeitschrift Le Point plötzlich auch ein, daß es zu Verhandlungen kommen werde:

"Der französische Präsident steht voll hinter uns. Seine Unterstützung ist vollständig. Paradoxe Weise gibt er Rußland ein Druckmittel in die Hand, das es gegen uns einsetzt, wenn er von Verhandlungen spricht. Aber im Grunde genommen sind wir mit Emmanuel Macron einverstanden. Am Ende wird es Verhandlungen geben."

Gebietsabtretungen an Rußland für einen NATO-Beitritt?

Das sind wirklich neue Töne aus Kiew, denn bisher hat man dort nicht nur den "Friedensplan"

von Selenskyj, also eine russische Kapitulation, gefordert, sondern Selenskyj hat Verhandlungen mit einem von Putin regierten Rußland Ende September 2022 sogar unter Strafandrohung verboten.

Am 11. August hat der stellvertretende russische Außenminister Michail Galusin in einem Interview mit der TASS die russische Sicht auf mögliche Friedensverhandlungen dargelegt, darunter die Abtretung der von Rußland als seine neuen Gebiete anerkannten ehemaligen ukrainischen Gebiete, was aus Kiew natürlich sofort als inakzeptabel zurückgewiesen wurde. Das hinderte Stian Jenssen, den Stabschef des NATO-Generalsekretärs, jedoch nicht davon ab, nur wenige Tage genau das vorzuschlagen, als er sagte:

"Ich denke, die Lösung könnte darin bestehen, daß die Ukraine Gebiete abgibt und im Gegenzug eine NATO-Mitgliedschaft erhält. Es ist wichtig, daß wir darüber diskutieren, wie wir das durchsetzen können."

Jenssen wiederholte auch, was NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zuvor gesagt hatte:

"Die Ukraine muß selbst entscheiden, wann und zu welchen Bedingungen sie verhandeln will."

Das Dementi, das keins war

Seine wohl wichtigste Aussage machte er auf die Frage, ob die NATO glaubt, daß die Ukraine Gebiete abtreten sollte, um Frieden mit Rußland und eine zukünftige NATO-Mitgliedschaft zu erreichen, denn darauf sagte er, Diskussionen über einen möglichen Status nach dem Krieg seien bereits im Gange und Fragen über die Abtretung von Gebieten an Rußland würden "von anderen aufgeworfen".

Einschränkend fügte er hinzu:

"Ich sage nicht, daß es so sein muß. Aber es könnte eine mögliche Lösung sein."

Kiew war natürlich außer sich und einen Tag später ruderte die NATO zurück. Entscheidend dabei waren jedoch die Formulierungen, denn Stian Jenssen sagte, er hätte nicht über die territorialen Zugeständnisse der Ukraine an Rußland im Austausch für die NATO-Mitgliedschaft sprechen sollen:

"Meine Aussage dazu war Teil einer breiteren Diskussion über mögliche Zukunftsszenarien in der Ukraine, und ich hätte das nicht sagen sollen. Das war falsch."

Das Wichtigste an seinem "Dementi" war, daß es kein Dementi war, denn er hat nicht die Aussage selbst, die Ukraine solle Gebiete an Rußland abtreten, zurückgenommen, sondern nur erklärt, es wäre falsch gewesen, das laut zu sagen.

Sind Gebietsabtretungen für einen NATO-Beitritt eine Option für Rußland?

Außerdem bestätigte er, daß das Thema bei der NATO bereits auf der Tagesordnung ist, indem er das als "Teil einer breiteren Diskussion über mögliche Zukunftsszenarien in der Ukraine" bezeichnet hat.

Mit seinem "Dementi" wollte er offenbar nur die Presse und Kiew ein wenig beruhigen, aber in der Sache hat er seine These der Gebietsabtretungen nicht zurückgenommen, sondern sich nur dafür entschuldigt, öffentlich darüber gesprochen zu haben.

Es steht jedoch zu vermuten, daß die Diskussion sowieso sinnlos ist, denn der Hauptgrund für Rußlands Intervention in der Ukraine der geplante NATO-Beitritt des Landes war, der für Rußland eine inakzeptable Bedrohung seiner Sicherheitsinteressen ist. Der ehemalige russische Präsident und heutige stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat daher auf Telegram auch sehr ironisch darauf reagiert:

"Eine neue Idee für die Ukraine aus dem Büro des Nordatlantischen Bündnisses: Die Ukraine könnte der NATO beitreten, wenn sie auf umstrittene Gebiete verzichtet. Ja, was denn? Die Idee ist interessant. Die einzige Problem ist, daß alle ihre angeblichen Territorien höchst umstritten sind. Und um dem Block beitreten zu können, müßte die Kiewer Regierung sogar Kiew, die Hauptstadt der alten Rus, aufgeben. Und die Hauptstadt werden sie nach Lwow ver-

legen müssen. Natürlich nur, wenn die Polen zustimmen, Lemberg den Koks-Liebhabern zu überlassen."

Die rote Linie bleibt

Für Rußland bleibt ein NATO-Beitritt der Ukraine eine rote Linie, das sollte die russische Intervention vom Februar 2022 eigentlich jedem klar gemacht haben. Daran ändern auch angebotene Gebietsabtretungen nichts.

Ich schreibe es seit Monaten, wenn ich über die Umsetzung des RAND-Papiers berichte: Die große Frage ist, was Rußland bei den anstehenden Friedensgesprächen tatsächlich fordern wird. Es ist schon fraglich, daß Rußland überhaupt ernsthaft mit Kiew reden würde, wahrscheinlicher ist, daß Rußland eine Abmachung mit denen treffen will, die für Kiew die Entscheidungen treffen - also mit den Herrschaften in Washington.

Was Rußland von denen fordern würde, das weiß man derzeit wahrscheinlich nur im Kreml. Und ob die USA bereit sein werden, darauf einzugehen, das steht nochmal auf einem anderen Blatt.

Dieser Text wurde von anti-spiegel.ru übernommen. Überschrift und Illustrationen sowie Teile der Einleitung wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

18.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. August 2023: >>Droht Neuauflage der Corona-Diktatur?

Von Karel Meissner

Eine neue Corona-Variante sorgt für Panikmache und Wiederkehr von Masken. Auch das Geschäft mit der mRNA-Brühe kommt wieder in Gang. Eine Chronik der letzten Tage.

Westeuropäische Bürger sind zu abgestumpft: Narrative, die früher jahrelang in Atem gehalten hätten, werden jetzt im Rekordtempo verschlissen: Klima, Inflation, wirtschaftlicher Absturz, unbezahlbare Wohnungen, Krieg - all das zieht nur wenige Wochen. Also besinnen Panik-Propagandisten sich, ganz wie Hollywood, auf Remakes ihrer Klassiker. Zu denen zweifellos die "Corona-Pandemie" zählt.

Schon Lauterbach geriet vergangene Woche in Erregung: Eine neue Corona-Variante war aufgetaucht: EG.5, auch "Eris-Variante" genannt. Eric Feigl-Ding, Leiter der COVID Task Force am New England Complex Systems Institute, bezeichnete die aktuelle Corona-Lage im US-Bundesstaat New York als "sehr besorgniserregend". Die Hospitalisierungsquote der von Corona-Patienten habe sich verdoppelt. Empfehlung: Ein Comeback der Maske. Lauterbach biß sofort an und kommentierte auf Twitter:

"Das muß man im Auge behalten. Unser Frühwarnsystem steht."

Nur wenige Tage später sprang die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) auf den anfahrens Zug. Deren Verbandschef Thomas Preis riet in der Rheinischen Post: Im Herbst sollen Risikopatienten sich die neue mRNA-Brühe gegen die aktuellen Variante reinjagen lassen. Dann werde die passende Gen-Jauche frisch aus dem Labor geliefert.

Inzwischen fordern laut BBC auch britische "Experten" ein Revival der Maske: So suggeriert die Oxford-Professorin Trisha Greenhalgh, "angesichts der Verbreitung neuer Varianten" über Maulkörbe in Hochrisikosituationen "nachzudenken".

Auch WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus wittert anscheinend Morgenluft. Anscheinend setzt er wenig Vertrauen in die neue Variante, aber wie heißt es so schön: Man darf die Hoffnung nie aufgeben:

"Es besteht weiterhin das Risiko, daß eine gefährlichere Variante auftritt, die zu einem plötzlichen Anstieg der Fälle und Todesfälle führen könnte."

Wo manche bloß labern, schaffen Tatmenschen erste Fakten: So die Verantwortlichen des Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (Kiel). Da in der Notaufnahme und in der Aufnahmestation insgesamt 13 Coronafälle aufgetaucht seien, habe man eine Maskenpflicht verhängt.

Pressesprecher Oliver Grieve beruhigt laut Ärzteblatt: Dies sei eine wahrscheinlich zeitlich begrenzte Vorsorgemaßnahme.

Bei soviel Aufbruchstimmung darf das Propagandablatt Spiegel nicht fehlen: Man brauche gar nicht - wie der EMA-Verbandschef noch erklärte - auf die Entwicklung einer "Anti-Eris-Brühe" zu warten. Denn der US-Pharmakonzern Moderna habe am Donnerstag bereits mitgeteilt, daß "sein Serum einer ersten Studie zufolge wirksam gegen Eris sei." Das ging aber schnell. Welch freudige Meldung für alle mRNA-Junkies!

Jetzt warten wir noch sehnsüchtig auf neue Statements von hiesigen "Experten" wie dem Wirrologen Dr. Christian Drosten oder Frank Ulrich Montgomery. Der hatte Omikron als "zweites Ebola" bezeichnet. Ob er in "Eris" gar ein drittes Ebola erkennen wird? Wie lange wird es dann noch bis zur Wiedereinführung von Zwangsmaßnahmen dauern? ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. August 2023 (x1.326/...): >>Alice Weidel: Scholz muß LNG-Geschäfte vollumfänglich aufklären

Medienberichten nach wurde die Auftragsvergabe zum Betrieb von LNG-Terminals in der Ostsee von Bundeskanzler Scholz persönlich gesteuert und von der Koalition abgesegnet, ohne daß eine Prüfung der beteiligten Gesellschafter oder des eigens zu diesem Zwecke gegründeten Unternehmens stattgefunden hätte. Unter anderem steht der Verdacht im Raum, daß die Gelder zur Finanzierung, die von den Geschäftsführern in Aussicht gestellt wurden, gar nicht bereitstanden. Dazu Alice Weidel, AfD-Bundessprecherin:

"Erst zerstört Scholz, gemeinsam mit der Ampel, die Energieversorgung Deutschlands mutwillig, dann beauftragt er ein dubioses Unternehmen mit deren Rettung. Die Auswahl einer neugegründeten Gesellschaft zum Betrieb von LNG-Terminals in der Ostsee wirft entsprechend viele Fragen auf.

Unter anderem die, warum es für ein solch hohes Auftragsvolumen keine Ausschreibung der Bundesregierung gab, wieso Scholz persönlich mindestens ein heimliches Treffen veranstaltete, warum das Unternehmen trotz fehlender Prüfung von der Ampelkoalition beauftragt wurde, und wieso ausgerechnet die Warburg-Bank genutzt wird, um Geschäfte im Rahmen des LNG-Vertrages abzuwickeln.

Insbesondere im Hinblick auf weiterhin ungeklärte Fragen bezüglich seiner Rolle im Cum-Ex-Skandal täte Olaf Scholz gut daran, die jetzt aufgetretenen Ungereimtheiten schnellstmöglich und vor allem transparent aufzuklären."<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. August 2023 (x1.322/...): >>Die Lüge vom "wissenschaftlichen Klima-Konsens" und die betrügerischen Computer-Simulationen des IPCC

Von *H. W. Ludwig*

Die globale wissenschaftliche Autorität, die der "Weltklimarat" IPCC für sich beansprucht, ist im vorigen Artikel zum Thema demontiert worden. Er ist keine unabhängige wissenschaftliche, sondern eine primär politische Institution der UNO, in der Politiker das letzte Wort darüber haben, was als wissenschaftliche Ergebnisse veröffentlicht werden soll. Zahllose Fälschungen und Unterschlagungen von Daten sind durch Aussagen beteiligter Wissenschaftler nachgewiesen worden. Die Tricks, Täuschungen und Lügen, mit denen der IPCC und ein kleiner Teil ihm zuarbeitender "Wissenschaftler" vorgehen, sind jedoch so vielfältig, daß nachfolgend noch weitere aufgedeckt werden sollen.

Die "Autorität" des "Weltklimarates" wird immer wieder durch die Behauptung zu unterstützen versucht, 97 % der Wissenschaftler stünden hinter seiner These, die Hauptursache der Klimaerwärmung sei der von Menschen bewirkte Ausstoß von CO₂. Abgesehen davon, daß ein "Konsens" kein wissenschaftliches Argument, kein Beweis für die Wahrheit ist, über die keine Mehrheit, sondern allein die individuelle Erkenntnis entscheidet, ist diese Behauptung

falsch, wie vielfach nachgewiesen worden ist.

Sie geht auf eine Studie des Wissenschaftlers John Cook zurück, der 11.944 klimarelevante Artikel von insgesamt 29.286 Autoren, die in 1.980 wissenschaftlichen Journalen aus den 21 Jahrgängen 1991-2011 erschienen waren, einbezog. Mit diesem außergewöhnlich großen Untersuchungsumfang sollte gleichsam die Gesamtheit der Klimaforscher erfaßt werden. Und 97 % von ihnen würden der These von der menschengemachten Klimaerwärmung zustimmen.

Doch wie Friedrich Homann auf telepolis.de aufzeigt, habe Cook nur solche Beiträge untersucht, die in ihren Zusammenfassungen die Selektionsbegriffe "globaler Klimawandel" oder "globale Erwärmung" als Auswahlkriterium aufwiesen. Jedoch 7.930 Zusammenfassungen = 66,4 % aller Zusammenfassungen, verfaßt von 18.930 nominellen Autoren, hätten sich einer Stellungnahme zur These der anthropogen verursachten Klimaerwärmung völlig enthalten. Ex- oder implizite Zustimmung erfahre die These nur in einem Drittel aller Zusammenfassungen (32,6 %).

Auf den weltweit referierten 97 %-Konsens komme Cook nur dadurch, daß er die 7.930 Beiträge der 18.930 Autoren ohne Position zur anthropogenen Klimaerwärmung einfach wegfällen läßt und nur die Beiträge bewertet, die eine explizite Aussage zur anthropogenen Klimaerwärmung enthielten. Da von den übrig gebliebenen 4.014 Beiträgen in 3.896 Artikeln der These zugestimmt worden sei, habe sich der 97 %-Konsens in den Beiträgen und damit auch der Konsens der dahinterstehenden 10.188 Wissenschaftler (von den nach Selektion übrig gebliebenen 11.286 Wissenschaftlern) ergeben.

Cook schließe daraus, die These vom anthropogen verursachten Klimawandel werde von der herrschenden Meinung in den Klimawissenschaften absolut dominant vertreten.

Dieser Schwindel wird dadurch noch größer, daß neben anderen Ungereimtheiten, zu denen auf den verlinkten Artikel verwiesen sei, die wissenschaftlichen Arbeiten nur auf veröffentlichte "Artikel" beschränkt waren, nicht aber Bücher, Diskussionen, Verfahrensunterlagen und andere Dokumententypen berücksichtigt worden seien. Auch deswegen könne nicht von einem repräsentativen Ergebnis über den Diskussionsstand in den Klimawissenschaften gesprochen werden.

Kritisch zu sehen sei ebenso die von Cook deklarierte nominelle Anzahl von 29.286 Autoren. Der Zahl sei nicht zu entnehmen, ob Artikel in den berücksichtigten 21 Jahren von 1991 bis 2011, was nahe liege, zum Teil auch von denselben Autoren verfaßt worden seien. Gegenüber der nominellen Autorenzahl von 29.286 werde daher mit hoher Wahrscheinlichkeit die effektive Gesamtzahl der Autoren deutlich darunter liegen.

Das Problem der Klimamodelle

Im Juni 2022 veröffentlichte ein globales Netzwerk (CLINTEL) von 1.100 Wissenschaftlern und Fachleuten, deren Zahl sich inzwischen auf über 1.500 erhöht hat, eine von ihnen unterzeichnete "Weltklimaerklärung", in der sie dem angeblich anthropogen verursachten Klimanotstand, wie er vom IPCC panikmachend verbreitet wird, entschieden widersprechen. Ihr Protest dokumentiert zugleich ebenfalls, daß von einem wissenschaftlichen Konsens keine Rede sein kann. -

Dies wird für mich noch durch die Aussagen eines mir persönlich bekannten Meeresbiologen und Klimaforschers verstärkt, der mir versicherte, daß er auch mit einem großen Netz von Kollegen verbunden sei, von denen kein einziger der Theorie des IPCC zustimme.

Es scheint sich im IPCC eher um eine radikale Minderheit von korrumpierten Wissenschaftlern zu handeln, die wohl dotiert unter dem Dach der UN-Möchtegern-Weltregierung dieser und den Noch-Regierungen scheinwissenschaftliche Klima-Daten für deren politische Ziele liefert, um die in Angst versetzten Menschen für die angeblich notwendigen einschneidenden Maßnahmen gefügig zu machen.

Die CLINTEL-Wissenschaftler halten dem "Weltklimarat" vor, daß seine als "wissenschaft-

lich" bezeichneten Ergebnisse letztlich auf Simulationen durch Computer-Modelle beruhen, die ausrechnen, wie die Klimaentwicklung aufgrund eingegebener Daten verlaufen werde. Was am Ende herauskomme, hänge also vollständig davon ab, "was Theoretiker und Programmierer hineingegeben haben: Hypothesen, Annahmen, Beziehungen, Parametrisierungen, Stabilitätsbeschränkungen usw. Leider werden in der Mainstream-Klimawissenschaft die meisten dieser Eingaben nicht deklariert."

Wenn man den Ergebnissen eines Klimamodells Glauben schenken wolle, müsse man glauben, was die Modellmacher eingegeben haben.

Genau das sei das Problem der heutigen Klimadiskussion, in der Klimamodelle eine zentrale Rolle spielen. Die Klimawissenschaft sei zu einer Diskussion verkommen, die auf Überzeugungen und nicht auf solider, selbstkritischer Wissenschaft beruhe. Die Klimaforschung müsse in Zukunft deutlich mehr Gewicht auf die empirische Wissenschaft legen.

"Die Welt hat sich deutlich weniger erwärmt, als vom IPCC auf der Grundlage der modellierten anthropogenen Einflüsse vorhergesagt wurde. Die Kluft zwischen der realen Welt und der modellierten Welt zeigt uns, daß wir weit davon entfernt sind, den Klimawandel zu verstehen."

Aus dem "geologischen Archiv" gehe hervor, daß das Klima der Erde seit ihrem Bestehen Schwankungen unterworfen sei, mit natürlichen Kalt- und Warmzeiten. Die "kleine Eiszeit" habe erst im Jahr 1850 geendet. Daher sei es nicht verwunderlich, daß wir jetzt eine Erwärmungsphase erleben.

Klimamodelle hätten viele Mängel und seien in Wirklichkeit globale politische Instrumente. Sie blähten die Wirkung von Treibhausgasen wie CO₂ künstlich auf und ignorierten die Tatsache, daß die Anreicherung der Atmosphäre mit CO₂ nützlich ist.

CO₂ sei kein Schadstoff, sondern für alles Leben auf der Erde unerlässlich. Zusätzliches CO₂ in der Luft habe das Wachstum der weltweiten Pflanzenbiomasse gefördert. Es sei auch gut für die Landwirtschaft, denn es erhöhe die Ernteerträge weltweit. Es gebe auch keine statistischen Beweise dafür, daß die globale Erwärmung Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und ähnliche Naturkatastrophen verstärke oder häufiger auftreten lasse.

"Es gibt keinen Klimanotstand. Deshalb gibt es auch keinen Grund für Panik und Alarm. Wir lehnen die für 2050 vorgeschlagene schädliche und unrealistische Netto-Null-CO₂-Politik entschieden ab."

Der österreichische Alternativ-Sender AUF1 nimmt in einem Beitrag vom 9.11.2022 (ab Min. 4:43) Bezug auf eine 40-minütige RTL-Dokumentation aus dem Jahr 2007 mit dem Titel "Der Klimaschwindel". Darin kämen viele kritische Wissenschaftler und vor allem auch echte Klimaforscher zu Wort.

Hier weise z.B. der NASA-Klimaforscher Dr. Roy Spencer auf die Fehleranfälligkeit der Klimamodelle hin. Denn diese seien nur so gut wie ihre Grundannahmen. Sei nur eine einzige Annahme falsch, könne die Vorhersage völlig danebengehen. Und es seien hunderte solcher Annahmen, die in die Modelle einfließen. Allen diesen Modellen liege die Annahme zugrunde, daß CO₂ die Hauptursache für den Klimawandel sei, nicht die Sonne, nicht die Wolken, so Dr. Spencer.

Der israelisch-amerikanische Physiker Prof. Nir Shaviv an der Universität Jerusalem mache klar, daß es in der Erdgeschichte Zeiten gegeben habe, mit dreimal, ja mit zehnmal so viel CO₂ wie heute. Hätte CO₂ also einen so großen Einfluß auf das Klima, hätte sich Erde damals massiv erwärmen müssen.

Der Gründungsdirektor des internationalen Arktis-Forschungszentrums der Universität von Alaska Fairbanks, Prof. Akasofu, mache (zur behaupteten Eisschmelze) klar: "Polkappen sind immer in Bewegung. Sie dehnen sich aus und ziehen sich wieder zusammen. Eisklumpen, die sich aus der Antarktis lösen, hat es zu allen Zeiten gegeben. Nur heutzutage fangen Satelliten

diese Bilder ein. Eis fließt immer. Abbrechende Eisschollen sind nichts Neues. Abstürzende Eisplatten gibt es jedes Jahr - der sogenannte Frühjahrsbruch. Die Klimakatastrophe existiert nicht."

Der Sprecher des Senders weiter: Man könne hier noch endlos weitere Wissenschaftler anführen, die offensichtlich nicht der Ansicht seien, wir stünden am Klima-Abgrund.

Wie bei der Inszenierung des Corona-Schwindels werde auch beim Klima-Schwindel systematisch mit Panikmache und Manipulation der Fakten gearbeitet. Ein eindrückliches Beispiel für diese typischen Methoden der System-Medien sei die Entwicklung des "Great Barrier" vor Australien. Die ARD habe im November 2021 eine Doku gebracht mit dem Titel "Die Kinder der Klima-Krise". Darin werde wörtlich gesagt: "In Australien wird die elfjährige Sabbia Zeugin des abrupten Zusammenbruchs eines ganzen Ökosystems. Das größte Korallen-Riff der Erde, das Great Barrier hat bereits mehr als die Hälfte seiner Korallen vielleicht für immer verloren."

Die Wahrheit sei jedoch, daß das Great Barrier wachse wie noch nie.

AUF1 gibt leider keine Quelle dafür an. Vermutlich bezieht er sich auf eine auch von anderen Medien gebrachte Meldung des ZDF vom 9.8.2022:

"Große Teile des australischen Great Barrier Reef weisen den stärksten Korallenbewuchs seit 36 Jahren auf. Die Zunahme wurde mittels eines Langzeit-Überwachungsprogramms in den nördlichen und zentralen Gebieten des größten Riffs der Erde verzeichnet."

Rußland schert aus

In einem Artikel vom 30. Mai 2023 meldet der österreichische Blog tkp.at, die Russische Akademie der Wissenschaft sei aufgrund neuerer Forschungen zu der Erkenntnis gekommen, daß der Mensch nicht die Erderwärmung verursache. In der Frage, ob der Klimawandel tatsächlich menschengemacht ist, sei Rußland bisher auch auf UN-Linie gewesen. So habe die Russische Föderation das Montreal-Protokoll, das Kyoto-Protokoll und den Pariser Vertrag zum Klimaschutz aus dem Jahr 2015 unterzeichnet und ratifiziert.

Der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften, Sergej Glazjev, habe den Beschluß auf Telegram zusammenfassend mitgeteilt:

"Wir veröffentlichen den Beschluß unseres Wissenschaftlichen Rates der Russischen Akademie der Wissenschaften, der nach der Diskussion zweier wissenschaftlicher Entdeckungen gefaßt wurde, durch die sich unsere Vorstellungen über die Ursachen und Mechanismen der globalen Erwärmung grundlegend ändern.

Sie zeigen insbesondere, daß die Hauptursache für die Erwärmung der Ozeane und die Erwärmung der Erde der Zerfall eines Kaliumisotops aus dem Erdinneren ist. Die Leistung dieses Wärmestroms beträgt 1 Watt pro Quadratmeter oder ein Viertel des Wärmestroms der Sonnenstrahlung. Dies ist um Größenordnungen größer als der Treibhauseffekt, den die Menschheit mit großem Aufwand und ohne wirklichen Erfolg zu bekämpfen versucht.

Die Hauptursache für lokale Klimakatastrophen wiederum ist die zunehmende Emission von natürlichem Wasserstoff aufgrund der wechselnden Gravitationskräfte von Mond und Sonne, die Ozonlöcher verursachen. Der daraus resultierende Temperaturanstieg und die Vermischung von Ozon und Wasserstoff sind die Hauptursache für Wald- und Wiesenbrände. Dies ist einer der jüngsten Fälle. Diese Erkenntnis widerlegt das Konzept des Montrealer Protokolls, durch dessen Umsetzung ganze Teilindustrien der chemischen Industrie vernichtet wurden, ohne daß dies Auswirkungen auf die Größe der Ozonlöcher hatte, die sich lediglich vergrößert haben. Wir veröffentlichen den Ratsbeschluß und die Präsentationen der Berichte."

Auf Telegram findet man den ganzen Bericht auf Russisch.

Man muß vermuten, daß Rußland aus dem globalen Bemühen der "Netto-Null" CO₂-Emissionsziele aussteigen wird.

Fazit

Die Behauptung einer menschengemachten Klimaerwärmung wird nicht von der überwältigenden Mehrheit der Wissenschaftler vertreten, sondern von einer gut bezahlten Minderheit. Diese stützt sich auf Computer-Modelle des "Weltklimarates" (IPCC), die für die Zukunft eine besorgniserregende Erwärmung des globalen Klimas simulieren.

Im Computer errechnete Voraussagen sind aber keine wissenschaftlichen Ergebnisse, sondern Spekulationen, die von der Qualität der eingegebenen Daten abhängig sind. Dabei wird die These von den menschengemachten (CO₂-) Ursachen als feststehende Tatsache eingegeben, die aber nicht das Ergebnis eines offenen wissenschaftlichen Prozesses ist und von den meisten Wissenschaftlern auch bestritten wird.

Diese, noch dazu betrügerischen Spekulationen haben aber in der Öffentlichkeit den Status von wissenschaftlichen Erkenntnissen angenommen, an die man glaubt, und mit denen tief in das gesellschaftliche Leben eingreifende staatliche Maßnahmen begründet werden.

Die Vielfalt möglicher Ursachen - vom Erdinneren über den Umkreis bis zu den solaren und planetarischen Wirkungen auf die Erde, - die für die schon immer stattfindenden Klimaveränderungen zu berücksichtigen sind, zeigt auch, daß das Klimageschehen nicht mit einem einfachen monokausalen Ursache-Wirkungs-Gesetz, wie es in der anorganischen Natur gültig ist, erklärt werden kann.

Neuere Wissenschaftler wie die Mikrobiologin Lynn Margulis und der Chemiker, Biophysiker und Mediziner James Lovelock haben Mitte der 1970er-Jahre mit der "Gaia-Hypothese" Ideen entwickelt, nach denen die Erde und ihre Biosphäre wie ein Lebewesen, wie ein lebendiger Organismus mit einer Selbstregulation betrachtet werden müsse. (Wikipedia)

Dies trifft sich von der naturwissenschaftlichen Seite her mit dem, was Rudolf Steiner aus seiner geisteswissenschaftlichen Forschung dargestellt hat, daß die Erde ein lebendiger und beseelter großer Organismus sei, der nur aus seinen ihn gestaltenden und organisierenden Kräften verstanden werden könne, die in den physischen Erscheinungen ihren Ausdruck finden. Es sei ein grundsätzlicher wissenschafts-methodischer Fehler, die monokausalen Gesetze der anorganischen Natur einfach auf einen lebendigen Organismus zu übertragen.

Hinweise: Immer mehr angesehene Wissenschaftler melden sich bei der Klimadebatte zu Wort - und widersprechen dem aktuellen Narrativ und entsprechenden Regelungen. So meldet die EpochTimes am 14. August 2023, daß jetzt auch William Happer, emeritierter Physikprofessor an der Princeton University, und Richard Lindzen, emeritierter Professor für Atmosphärenforschung am Massachusetts Institute of Technology (MIT), die politischen Bestrebungen zur Senkung der CO-Emissionen bei der Stromerzeugung kritisieren. Die Forscher argumentierten:

"Alle Modelle, die eine katastrophale globale Erwärmung vorhersagen, bestehen den wichtigsten Test der wissenschaftlichen Methode nicht. Sie sagen die Erwärmung im Vergleich zu den tatsächlichen Daten stark überschätzt voraus. Die wissenschaftliche Methode beweist, daß fossile Brennstoffe und Kohlendioxid (CO) keine katastrophale Erwärmung und extreme Wetterverhältnisse verursachen werden." <https://www.epochtimes.de/etplus/basiert-auf-schwindel-wissenschaftler-kritisieren-neue-klimavorschriften-a4372537.html>

Der Physik-Nobelpreisträger von 2022, Dr. John Clauser, der schon Anfang Juli klar eine Klimakrise bestritten und erklärt hatte, das Narrativ des "Klimanotstandes" sei eine "gefährliche Korruption der Wissenschaft, die die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden von Menschen bedroht" (s. hier), hat nun nachgelegt und auch die oben geschilderte Weltklimaerklärung des Wissenschaftler-Netzwerkes CLINTEL unterschrieben:

<https://uncutnews.ch/nobelpreistraeger-legt-nach-unterschreibt-erklaerung-es-gibt-keinen-klimanotstand/><<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. August 2023: >>**Gorbatschow: Er wollte Rudolf Heß freilassen**

Von *Daniell Pföhringer*

Hat Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 17. August 1987 wirklich Selbstmord begangen? Sein Krankenpfleger Abdallah Melaouhi machte am Todestag Beobachtungen, die einen anderen Schluß zulassen. In seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" schildert Melaouhi geradezu Ungeheuerliches.

Nachdem 1966 Baldur von Schirach und Albert Speer aus dem Spandauer Gefängnis entlassen worden waren, war Rudolf Heß bis zu seinem Tod der einzige Gefangene in dem 134 Zellen umfassenden Bau, bewacht von jeweils etwa 40 Soldaten sowie 15 zivilen Mitarbeitern und Wärtern der Siegermächte, die sich abwechselten.

Immer wieder setzten sich in den folgenden Jahren bedeutende Persönlichkeiten für die Freilassung des nach heutigen Maßstäben unter Isolationsfolter gehaltenen Rudolf Heß ein: 1967 ehemalige Richter des Nürnberger Militärtribunals, 1968 der britische Kriegspropagandist Sefton Delmer und der von den Nationalsozialisten ins KZ gesteckte Pastor Martin Niemöller. Zu den weiteren Fürsprechern zählten auch verschiedene deutsche Bundeskanzler.

Doch alles half nichts. Stets hieß es, die Sowjets würden sich einer Entlassung verweigern, doch am 13. April 1987 berichtete der Spiegel:

"Gorbatschow soll nun aber zu der Überzeugung gelangt sein, ein Gnadenakt im Fall Heß werde weltweit als Geste der Menschlichkeit akzeptiert und sei auch der sowjetischen Bevölkerung gegenüber zu erklären."

Gut vier Monate später wurde der offenbar kurz vor seiner Begnadigung stehende Greis in der Gartenlaube im Hof des Spandauer Gefängnisses tot aufgefunden. ...

"Komm schnell, Heß wurde ermordet!"

Das im ersten Teil dieses Beitrags geschilderte Verhalten der drei Männer dort ist nicht die einzige Auffälligkeit, die Pfleger Abdallah Melaouhi an Heß' Todestag registriert. Noch am Morgen habe er seinen Patienten wie gewohnt versorgt, schreibt er in seinem Enthüllungswerk "Ich sah seinen Mördern in die Augen". Gegen Mittag habe er sich dann auf den Weg nach Hause gemacht, um sich für den späteren Dienst auszuruhen.

Den weiteren Verlauf schildert Melaouhi in seinem Buch so:

"Gegen 14:00 Uhr klingelte das Telefon. Ich nahm den Hörer ab und hörte am anderen Ende den französischen Tageschefwächter Jean-Pierre Audoin mit sich vor Aufregung überschlagender Stimme rufen: 'Komm, komm, verdammt nochmal schnell. Heß wurde ermordet, nein, nicht ermordet!' Er hatte sich zwar korrigiert, aber in der ersten Erregung hatte er eindeutig gesagt, daß Heß ermordet worden sei."

Der Tunesier eilte zum Gefängnis, doch als wolle man verhindern, daß rechtzeitig medizinische Hilfe geleistet werden kann, habe man ihn trotz mehrfachen Klingelns etwa 20 Minuten vor dem verschlossenen Tor stehen lassen und es ihm auch danach schwer gemacht, zu Heß vorzudringen.

Der manipulierte Notfallkoffer

Als man dem Pfleger dann nach Auffinden der Leiche den Notfallkoffer brachte, bemerkte dieser eine weitere Unstimmigkeit: Die Plombe war aufgebrochen, die Sauerstoffflasche leer, der Intubationsausrüstung fehlte die Batterie und das Rohr war perforiert.

Wenige Stunden zuvor hatte Melaouhi den Koffer nach eigener Aussage noch kontrolliert und keine Fehler feststellen können. Der herbeigerufene Arzt, ein Engländer, traf dann ungewöhnlich spät ein, und auch im Krankenwagen seien Geräte defekt gewesen, so Melaouhi in seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen".

Heß' Leichnam wurde in die Gerichtsmedizin verbracht, wo er bald darauf obduziert wurde. In seinem Gutachten kam der britische Forensiker James Cameron allerdings zu einem Schluß, wie er kaum zu den zuvor geschilderten Begebenheiten paßt.

Mit seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" trägt Abdallah Melaouhi zur Aufklä-

rung über die Umstände von Rudolf Heß' Tod bei. Räumt er vielleicht sogar mit einer der größten Geschichtslüge auf, die uns seit Jahrzehnten aufgetischt wird?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. August 2023: >>**Polizei: Öffentliche Kollaboration mit Klima-Chaoten**

Auf der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster traten Vertreter der radikalen Klima-Gruppe Letzte Generation im Juni ungeniert auf.

Freundliches Einvernehmen zwischen Chaoten und Polizei

Dagegen regt sich wenigstens noch vereinzelter Widerstand. Die Opposition in Nordrhein-Westfalen ist empört.

"Sind radikale Klimagruppen mit den Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen vernetzt?", wollte die FDP-Fraktion im Düsseldorfer Landtag jetzt vom NRW-Innenministerium wissen, wie der Focus berichtete. Der Auftritt der Klima-Chaoten erfolgte im Rahmen eines sogenannten "Wahlpflichtmoduls" während einer Polizei-Lehrveranstaltung des Masterstudiengangs "Öffentliche Verwaltung - Polizeimanagement".

Auch wird - aus der Sicht der Polizei - auf den gesellschaftlichen Nutzen der Teilnahme der Klima-Kriminellen verwiesen: Deren Teilnahme hätte nämlich "der Diskussion aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen unter Einbeziehung wechselnder gesellschaftlicher Gruppen" gedient. Für deren freundliche Unterstützung revanchierte sich dann die Polizei: Indem ehrenamtlich unter anderem "eine Polizeivollzugsbeamtin der nordrhein-westfälischen Polizei" referierte, so das Ministerium.

Scharfe Kritik der Opposition

Marc Lürbke, stellvertretender Vorsitzender und innenpolitischer Sprecher der FDP Landtagsfraktion, äußerte zu den Vorgängen in Münster:

"Klimakleben ist keine Meinung - und vermeintliche Moral darf im Rechtsstaat niemals Straftaten heiligen."

Die gegenseitige Unterstützung sei "geradezu grotesk" und werfe "viele Fragen über das Verhältnis von Schwarz-Grün zu den Klima-Chaoten" auf. Innenminister Herbert Reul (CDU) wurde zu einer Stellungnahme aufgefordert.

Denn bisher hatte Reul behauptet: Sein Ministerium stehe mit der "Letzten Generation in keinem Austausch oder Kontaktverhältnis." Denn außer der Veranstaltung in Münster lägen keine weiteren Erkenntnisse zu einer "Mitgliedschaft oder Teilnahme an Aktionen" der Klimaaktivisten "durch Polizeivollzugsbeamte aus Nordrhein-Westfalen" vor.

168 "Klima-Straftaten" allein 2023

Das Ministerium lieferte eine geradezu groteske Entschuldigung nach: Stehe doch die nordrhein-westfälische Polizei "für einen bürgernahen und offenen Diskurs." Obwohl man sich zwar dessen bewußt wäre, daß Beamte bei ihrer Pflichterfüllung "mit einem Engagement für die Letzte Generation in Konflikt geraten" könnten - was immer aber "einer konkreten Einzelfallbetrachtung" bedürfe.

Die Einzelfälle umfassen mittlerweile Hunderte: Allein Für das Jahr 2023 sind allein in Nordrhein-Westfalen 168 "Klima-Straftaten" erfaßt worden, vor allem Sachbeschädigungen (53 Fälle), Körperverletzungen (35) sowie Bedrohung oder Nötigung (23).

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26822" berichtet am 18. August 2023 (x1.319/...): >>**Smart Cities: Konzept der Neuen Weltordnung**

Im öffentlichen Bewußtsein hat sich das Narrativ verfestigt, daß die Zukunft der Menschheit durch Klimaerwärmung, Umweltzerstörung und Überbevölkerung bedroht ist. Es wird angenommen, daß wir selbst an all dem schuld sind. Wir sollen daher bereitwillig drastische Maßnahmen akzeptieren, um die totale Katastrophe zu verhindern. Oberstes Ziel ist dabei die Ver-

hinderung von CO₂-Ausstoß, dessen angeblicher Anstieg der Auslöser der Klimaerwärmung sein soll.

Dabei beträgt der Anteil von CO₂ an der Atmosphäre nachweislich konstante 0,04 Prozent, d.h. nur 4 Teile von 10.000. Der menschengemachte Anteil wiederum nur einen kleinen Bruchteil davon. Allein dieser Fakt sollte deutlich machen: Das Klima wird nicht vom CO₂ beeinflusst. Es sind unabhängige Prozesse der Natur, die seit jeher so ablaufen. Doch das wird von Politik und Medien entweder ausgeblendet oder heruntergespielt.

Ein kleiner Rückblick:

Im Jahr 1992 haben 178 Staaten auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (kurz Rio-Konferenz) die sogenannte Agenda 21 für das 21. Jahrhundert unterschrieben. Sie legt die Nachhaltigkeit als oberstes Prinzip für das öffentliche wie private Handeln fest, damit die globalen Ressourcen langfristig erhalten bleiben. Es soll keinen CO₂-Abdruck geben, möglichst wenig Ressourcen verbraucht und globale Gleichheit hergestellt werden, was weltweit zu überwachen ist.

Das Ausmaß der gesellschaftlichen Umwälzungen, die damit in Gang gesetzt worden sind, ist enorm. Seither werden die Ziele der Agenda systematisch verfolgt und bis hinein in die Kommunen fortgeschrieben. Daran beteiligt sind nicht nur die UNO, die Gesetzgeber und staatliche Bürokratie, sondern auch eine rasch wachsende Zahl von NGOs, Thinktanks und Massenbewegungen wie zum Beispiel Fridays for Future.

Eine besondere Rolle spielt das Weltwirtschaftsforum (WEF), welches die Interessen der globalen Finanz- und Wirtschaftseliten repräsentiert und sich für eine neue Weltordnung einsetzt. Um die Ziele des WEF zu verwirklichen, soll die Menschheit weitestgehend überwacht und gesteuert werden. Nicht nur das: Wir werden massiv zur Kasse gebeten, wie etwa durch die CO₂-Steuer.

Zu den medienwirksam präsentierten Konzepten, mit denen Klaus Schwab, der Gründer des WEF, die geplante Neue Weltordnung bewirbt, zählen die sogenannten Smart Cities. Es sind die Strukturen vor Ort, durch die diese Neue Weltordnung eingerichtet und durchgesetzt werden soll. Es ist gezielt der breiten Öffentlichkeit vorenthalten worden, daß in der EU faktisch bereits vor fast 2 Jahrzehnten die Smart City zur Leitidee der Städteentwicklung geworden ist. Nur die wenigsten wissen etwas darüber. Was soll man sich unter einer Smart City, einer sogenannten "intelligenten Stadt" vorstellen?

Der Begriff "smart" bedeutet, daß der öffentliche Raum mit Kameras, Sende- und Empfangstechnik ausgestattet ist, wie etwa unser Handy. Eine Smart City ist eine über 5G oder Folge-Technik vernetzte Stadt, in der fast nichts ohne elektronische Datenerfassung und Übertragung geschieht. Und diese Vernetzung erfolgt nicht nur lokal, sondern ist eingebunden in ein globales Netzwerk, das die Welt immer mehr unter die Kontrolle im Gefüge der Neuen Weltordnung bringt. Smart Cities bedeuten nicht nur den vermeintlich verheißungsvollen Fortschritt, der angepriesen wird. Ein Beispiel, das vor kurzem Schlagzeilen machte, ist die Stadt Apeldoorn in den Niederlanden.

Die Stadt ist ganz einfach von einem multinationalen Unternehmen namens RadioLED in eine "Smart City" umgewandelt worden. Freilich ohne eine Aufklärung der Bürger und ohne einen öffentlichen Diskurs.

Tausende Sensoren verfolgen und überwachen nun die Bewohner dieser Stadt. 24 Stunden am Tag. Wirtschaft und Finanzen, Gesundheit und Soziales, Bildung und Wissenschaft, Verkehr, Energie, Klima, Umwelt – nichts bleibt von der Überwachung ausgenommen. Doch auch in Deutschland werden bereits ganze 73 Städte zu Smart Cities umstrukturiert und mit hohen Summen vom Bund – sprich vom Steuerzahler – finanziert. Hat man Sie je dazu befragt? Wie kommt es, daß diese höchst bedenklichen Entwicklungen so wenig von der Bevölkerung wahrgenommen werden?

Ein Hauptgrund dafür ist, daß Politik und Medien beständig den Nutzen und die Vorzüge der Digitalisierung anpreisen. Sämtliche Probleme der Menschheit wie etwa der Umwelt- und Klimaschutz, die vermeintliche Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen, die Beseitigung sozialer Ungleichheit usw. sollen auf diesem Weg gelöst werden können. Bei näherer Überprüfung kann man jedoch erkennen, daß es sich bei allen Versprechen lediglich um Worthülsen handelt.

Denn die Menschen selbst werden dadurch weder gesehen noch die realen Probleme, die sie auch wirklich beschäftigen, gelöst. Es genügt, an die mageren Renten zu denken, an die Wohnungsnot, die Steuerlast, das Gesundheitssystem oder die überbordende Bürokratie. Wer genau hinschaut, wer sich mit dem Thema Smart Cities auseinandersetzt, erkennt:

Das Konzept der Smart Cities entmündigt die Bürger weitgehend. Wir werden zu gläsernen Untertanen, fast ohne Schutz der Privatsphäre. Die Obrigkeit ist an den Schalthebeln und kann für jeden Lebensbereich beliebige Vorgaben festlegen.

Über Apps kann mit einem Punktesystem kontrolliert werden, wie weit dem Einzelnen bestimmte Rechte, Privilegien aber auch Selbstverständlichkeiten wie Bewegungsfreiheit oder der Zugang zum eigenen Geld gewährt werden. Das kann dann davon abhängen, ob jemand einen positiven PCR-Test hat, ob er geimpft ist, wie hoch sein CO₂-Abdruck ist, usw. Wer sich nicht konform verhält oder gar widersetzt, könnte problemlos sanktioniert werden.

Offenbar geht es bei den Smart Cities um eine Außer-Kraft-Setzung der Menschenrechte mittels der Technik. Die Begründung, dies sei notwendig im Namen des Klimas, der Umwelt, der Nachhaltigkeit oder welcher hehren Ziele auch immer, führt uns nur hinters Licht. Dabei wird eines völlig außer Acht gelassen: Der Mensch zuerst! Denn ohne Respekt vor der Würde des Menschen und ohne Wahrung seines grundlegenden Rechts auf Selbstbestimmung gibt es keine menschenwürdige Zukunft.

Diesbezüglich kann es augenöffnend sein, sich genauer darüber zu informieren, wie viele Falschinformationen hinter den ständig verbreiteten Ängsten stehen, die uns in die Neue Weltordnung führen sollen. Dazu gehören, wie schon erwähnt, u.a. die drohende Klimakatastrophe, Überbevölkerung, Ressourcenknappheit, aber auch gefährliche Pandemien. ...<<

19.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. August 2023:

>>Pfizer: Spezial-Impfstoff für eigene Mitarbeiter

Umstritten: Der Impfstoff von Biontech-Pfizer.

Dies war also das Ergebnis einer hitzigen Anhörung, bei der australische Senatoren Mitarbeiter von Pfizer in die Mangel nahmen. Schließlich mußte Pfizer dann zugeben, daß sie eine spezielle Charge des Impfstoffs genommen hatten, die für die übrige Öffentlichkeit nicht bereitgestellt wurde.

Ein Sprecher von Pfizer hat damit zugegeben, daß Mitarbeiter des Unternehmens eine spezielle Charge des Impfstoffs Covid-19 erhalten hatten, die sich wesentlich von dem Impfstoff unterscheidet, der an die übrige Bevölkerung verteilt wurde und wird.

Pfizer-Mitarbeiter erhielten Spezial-Impfstoff

Diese schockierende Enthüllung kam während einer Senatsanhörung in Australien, als der Pfizer-Sprecher enthüllte, daß der Pharmariese eine spezielle Charge von COVID-19-Impfstoffen ausschließlich für sein Impfprogramm an deren Mitarbeitern importiert hatte.

Der australische Senator Malcolm Roberts leitete die Befragung des medizinischen Direktors von Pfizer Australien, Dr. Krishan Thiru, und des Leiters der Abteilung für Zulassungswissenschaften, Dr. Brian Hewitt, wobei seine eindringlichen Fragen schließlich dazu führten, daß Dr. Thiru zugab, daß die Mitarbeiter von Pfizer nicht den normalen Impfstoff erhielten.

In dem Bericht wird weiter ausgeführt, daß die Enthüllung, daß Pfizer-Mitarbeiter einen anderen Covid-Impfstoff erhielten als die Allgemeinheit, vielleicht doch nicht so überraschend ist.

War es doch Dr. Ugur Sahin, der CEO von BioNTech, dem Kooperationspartner von Pfizer für den Impfstoff, der selbst vor laufender Kamera offen zugab, daß er sich gegen den Covid-Impfstoff entschieden hatte.

Australien als WHO-Labor

Senator Roberts brachte weiters noch einen interessanten Punkt zur Sprache, die Pharmaindustrie profitierte in erheblichem Maße von der Impfung der australischen Bevölkerung, was größtenteils auf das strenge Pandemiemanagement der Regierung zurückzuführen war, das eng mit dem Weltwirtschaftsforum abgestimmt war. Welchen Impfstoff haben dann die WEF-Beamten genommen?

Senator Roberts wollte überdies wissen, welche Rolle Pfizer bei den Entscheidungen der Regierung spielte, Impfstoffe für die Berufsausübung verbindlich vorzuschreiben, und welche Rolle das Unternehmen bei möglichen staatlichen Verboten alternativer Behandlungsmethoden wie Ivermectin spielte.

Dr. Thiru äußerte

"Pfizer ist und war nicht an der Einführung von Impfstoffen beteiligt ... Pfizer war nicht an Ivermectin beteiligt."

Verträge bleiben geheim

Die Befragung nahm jedoch eine umstrittene Wendung, als Roberts die vertraulichen Entschädigungsvereinbarungen zwischen Pfizer und der australischen Regierung untersuchte und darauf hinwies, daß die Steuerzahler, die den Impfstoff finanziert haben, ein Recht darauf haben, die Einzelheiten dessen, was sie gekauft haben, zu erfahren.

Roberts fragte:

"Erstreckt sich die Entschädigung, die Sie mit der Regierung vereinbart haben auch auf den Fall, daß ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber gezwungen wird sich impfen zu lassen, und dann einen Schaden erleidet? Und wenn Sie eine Entschädigung haben, möchte ich den Beweis dafür haben."

Dr. Thiru erklärte, daß die Einzelheiten dieser Vereinbarungen vertraulich bleiben, wie es bei vertraglichen Vereinbarungen zwischen der Regierung und privaten Organisationen üblich ist. Auch in der EU hat sich eine solche Vereinbarung als sehr hilfreich in Bezug auf die Offenlegung des Vertrages zwischen Kommissionspräsidentin Von der Leyen und Pfizer, erwiesen.

Thiru äußerte weiter:

"Senator, alle Entschädigungsvereinbarungen zwischen Pfizer und der australischen Regierung sind vertraulich, und wir sind nicht in der Lage, dies in diesem Forum zu diskutieren."

Was bekamen die Promis?

Zweifellos hat damit Big Pharma in weiser Voraussicht und Kenntnis der Qualität ihrer Impfstoffe, mit diesen vertraulichen Vereinbarungen und Prozeßschutzschilden den sprichwörtlichen Jackpot geknackt. Man könnte sich hierzu nun wohl die Frage stellen, wer alles in den Genuß einer solchen Spezialcharge gekommen sein könnte.

Schließlich war es ja propagandawirksam allorts zu bestaunen, wie Prominente und Politiker ihre Ärmel für die Kameras hochgekrempt und sich den kleinen Pieks verpassen ließen. Ein Schelm, wer hierbei denken möchte, es habe sich abermals eine Verschwörungstheorie in Wahrheit gewandelt.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. August 2023: >>Gerichtsmediziner: Rudolf Heß wurde erwürgt!

Von Daniell Pföhringer

Beging Rudolf Heß vor 36 Jahren im Spandauer Gefängnis Selbstmord? Ein Autopsiebericht spricht gegen diese These: Demnach hat sich der vormalige Reichsminister nicht erhängt,

sondern wurde erdrosselt. In seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" schildert Melaouhi, wie er Heß als Gefangenen erlebte und was er an dessen Todestag beobachtete. Nach dem Auffinden von Heß' Leichnam, wird dieser schleunigst in die Gerichtsmedizin verbracht. Die Autopsie führt der britische Forensiker James Cameron durch. In seinem Erstgutachten vom 19. August 1987 kommt Cameron zu dem Schluß, daß Heß Suizid begangen habe, indem er sich mit einem am Fenstergriff befestigten Verlängerungskabel erhängte.

Die Angehörigen, aber auch der frühere amerikanische Direktor des Kriegsverbrechergefängnisses Spandau, Eugene K. Bird, bezweifelten sofort, daß der frühere Reichsminister, der kaum mehr ohne Hilfe laufen konnte, auf diese Art Selbstmord begangen haben könnte. Eine zweite Obduktion am 21. August 1987, die im Auftrag von Heß' Witwe Ilse und seinem einzigen Sohn Wolf Rüdiger von dem renommierten Münchner Gerichtsmediziner Professor Wolfgang Spann durchgeführt wurde, erhärtete den Verdacht eines gewaltsamen Todes.

Als Todesursache wird in beiden Berichten übereinstimmend "Erstickten durch Kompression des Halses" angegeben. Bei der Ursache für das Zusammendrücken kommt Spann aber zu einem anderen Ergebnis als Cameron. Laut dem deutschen Forensiker ist die Ausrichtung der Strangulationsmale am Hals ungewöhnlich gewesen und weist auf einen Tod durch Erwürgen, nicht durch Erhängen, hin. Das deckt sich mit den Aussagen, die der ehemalige Heß-Krankenpfleger und Augenzeuge Abdallah Melaouhi seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" niedergeschrieben hat.

Verräterische Spuren

Ein gerader, waagerechter Verlauf der Male, wie ihn Spann am Hals des toten Rudolf Heß feststellen konnte, gilt als charakteristisches Anzeichen des Erdrosselns, während die Male beim Erhängen nach oben in Richtung des Fixpunktes, an dem die Stranguliertvorrichtung angebracht wurde, verlaufen.

Im Autopsiebericht des damaligen Direktors am Münchner Institut für Rechtsmedizin heißt es dazu:

"Der mit Aufnahmen dokumentierte Befund im Bereich des Halses zeigt sowohl im Nacken als auch auf der Halsvorderseite eine in etwa waagrecht verlaufende Spur eines Abdruckes, wie sie in der Regel in Fällen von Gewaltausübung gegen den Hals mittels eines Strangulierwerkzeuges festzustellen ist."

Noch deutlicher wird Spann in Punkt 14 seiner Eidesstattlichen Erklärung vom 25. Januar 1995 zu der von ihm vorgenommenen Obduktion. Demnach sei auf den von ihm aufgenommenen Fotos zu ersehen, "daß es sich eindeutig um keinen Fall von typischem Erhängen handelte".

Der Gerichtsmediziner weiter:

"Am Nacken verläuft eine horizontale Zeichnung ohne jede Tendenz nach oben. Vor allem aber ist die Linie überhaupt nicht unterbrochen. Dies beweist, daß eine Strangulationsvorrichtung verwendet worden sein muß, und zwar nicht nur flüchtig, sondern lange genug, um diese Zeichnung zu verursachen."

Dann folgt ein entscheidender Punkt:

"Es ist die Ausnahme, daß jemand sich selbst stranguliert, denn wenn er bewußtlos wird, läßt seine Kraft nach und er läßt wieder los. Bei einem an der Oberfläche glatten Elektrokabel, welches Rudolf Heß angeblich benutzte, ist zu erwarten, daß dieses beim Nachlassen des Zuges auseinander gleitet."

In seiner Autobiographie Kalte Chirurgie (1995) schildert Spann, der unter anderem auch an der Ermittlung der Todesursache von Vera Brühne, Franz Josef Strauß und Karl Heinz Bekurts beteiligt war und den Suizid durch Erhängen der RAF-Terroristin Ingrid Schubert 1977 bestätigt hatte, wie ihm die Arbeit im Fall von Heß nicht gerade erleichtert wurde.

Man habe sich geweigert, ihm "einen ausführlichen Bericht über die Auffindungssituation

zukommen zu lassen". Die Darstellung aus einem weniger detaillierten Erstbericht habe sich "mit unseren Befunden nicht vereinbaren" lassen.

Spann schreibt:

"Gerade der Fall Heß zeigt, wie sehr der Kriminalist darauf angewiesen ist, einen guten Tatortbefund zu haben. So konnten wir im Falle Heß nach unserem Ergebnis sagen, daß es so, wie es zunächst von der englischen Militärbehörde geschildert wurde, nicht abgelaufen sein konnte."

Es wäre nun, so der Gerichtsmediziner weiter, an den Engländern gewesen, dieser "schwerwiegenden, mit hoher Verantwortung belasteten Aussage" entgegenzutreten. Doch das sei nicht geschehen. Man konnte den Ergebnissen des Münchner Rechtsmediziners also von britischer Seite nicht widersprechen.

Der gefälschte Abschiedsbrief

Neue Zweifel an der Selbstmord-Version sind aufgekommen, als vor wenigen Jahren der bis dahin der Geheimhaltung unterliegende offizielle Untersuchungsbericht zum Fall Heß öffentlich wurde. Wie die Londoner Tageszeitung Daily Mail am 17. März 2012 meldete, haben insbesondere die in dem seinerzeit von der britischen Militärpolizei verfaßten Bericht enthaltenen Fotografien und ein ihm beiliegender angeblicher Abschiedsbrief die Skepsis noch einmal vergrößert.

Auf den Fotos ist die geringe Höhe des Fenstergriffes erkennbar, an dem sich der Gefangene erhängt haben soll. Den Brief bezeichnete der renommierte britische Historiker Peter Padfield, ein Spezialist für die Geschichte des Dritten Reiches, rundweg als Fälschung: "It was forged." Er glaubt, so Daily Mail, "daß das Schreiben an Heß' Leiche plazierte wurde".

"Das ist mein Todesurteil"

Doch warum sollte man Interesse daran gehabt haben, Heß im Alter von 93 Jahren zu ermorden? Heß' ehemaliger Krankenpfleger Abdallah Melaouhi berichtet in seinem Enthüllungswerk "Ich sah seinen Mörder in die Augen", daß ihm sein Patient nach der Meldung über die möglicherweise bevorstehende Begnadigung durch Gorbatschow gesagt habe: "Das ist mein Todesurteil."

Während seiner Gefangenschaft durfte Heß noch nicht einmal bei Besuchen seiner Familie über das sprechen, was sich während des Krieges ereignet hatte. Schon gar nicht durfte er öffentliche Stellungnahmen abgeben. Im Falle seiner Entlassung hätte ihn niemand mehr daran hindern können, Auskunft zu geben. Insbesondere zu seinem England-Flug sind noch viele Fragen offen, zu deren Klärung er hätte beitragen können.

Das hätte für die Briten allerdings unangenehm werden können, da das von Heß übermittelte Friedensangebot auch zahlreiche Zugeständnisse an England enthielt. Unter diesen Bedingungen, so meinen einige Historiker wie Martin Allen, hätte Großbritannien seine Kriegsführung gegen das Deutsche Reich nicht länger legitimieren können. Churchill jedoch habe keinen Frieden gewollt.

In seinem Buch Rudolf Heß: "Ich bereue nichts" schrieb der 2001 verstorbene Sohn Wolf Rüdiger Heß:

"Dieselbe britische Regierung, die versuchte, ihn zum Sündenbock für ihre eigenen Verbrechen zu stempeln, und die mehr als ein halbes Jahrhundert lang bemüht war, die Wahrheit über den Fall Heß zu unterdrücken, schreckte schließlich nicht vor einem Mord zurück, um meinen Vater zum Schweigen zu bringen. Seine Ermordung war nicht nur ein Verbrechen an einem gebrechlichen alten Mann, sondern ein Verbrechen gegen die historische Wahrheit."

Ob Hess umgebracht wurde - und wenn ja, warum -, muß endlich in einem ordentlichen Gerichtsverfahren unter Einbeziehung des rechtsmedizinischen Gutachtens von Professor Spann und von Zeugenaussagen wie jenen des Krankenpflegers Melaouhi geklärt werden. Dazu ist es auch jetzt noch nicht zu spät, denn: Mord verjährt nicht!

Mit seinem Buch "Ich sah seinen Mördern in die Augen" trägt Abdallah Melaouhi zur Aufklärung über die Umstände von Rudolf Heß' Tod bei. Räumt er vielleicht sogar mit einer der größten Geschichtslüge auf, die uns seit Jahrzehnten aufgetischt wird?<<

20.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. August 2023: >>Thüringen: Mega-Klatsche für den Verfassungsschutz

Von *Sven Reuth*

Das Verwaltungsgericht Gera fällt mit Blick auf die Einstufung des Thüringer AfD-Landesverbandes eine vorläufige Entscheidung, die den VS-Behörden bei ihrer skandalösen Einstufungspraxis erstmals Grenzen setzt. ...

Wer die Jahresberichte der Verfassungsschutzbehörden liest, dem fällt schnell auf, daß hier Parteien, Organisationen und Einzelpersonen bloß aufgrund von aus dem Kontext gerissenen Einzelaussagen sehr schnell als extremistisch eingestuft werden. Ein zutiefst fragwürdiges Vorgehen, das sich selbst gegen den Wesenskern der Demokratie richtet, denn diese bleibt nur dann lebendig, wenn in ihr das Austragen mitunter auch polemisch geführter Debatten möglich ist.

"Keine Erkenntnisgewißheit"

Nun hat das Verwaltungsgericht Gera in einer sensationellen und richtungsweisenden Entscheidung diese skandalöse staatliche Diffamierungspraxis, die es außerhalb Deutschlands in keinem anderen westlichen Land gibt, erstmals gründlich hinterfragt.

Vordergründig geht es in der Entscheidung "nur" um die Frage, ob das Vorgehen des Landratsamtes des Saale-Orla-Kreises, das einem Sportschützen wegen seiner AfD-Mitgliedschaft die Waffenerlaubnis entzogen hatte, rechtmäßig war. In einem Eilverfahren entschied das Verwaltungsgericht Gera, daß dies nicht der Fall gewesen war. Die Begründung der vorläufigen Entscheidung ist eine Sensation: Die Richter stoßen sich nämlich an der aus ihrer Sicht leichtfertig vorgenommenen Einstufung des AfD-Landesverbandes als "gesichert rechtsextremistisch" durch das Thüringer Verfassungsschutzamt.

Weder aus dem Jahresbericht 2021 noch aus einem weiteren, 23-seitigen Vermerk der Behörde vom 23. Mai 2022 folge "mit der erforderlichen Sicherheit" der Nachweis der "Verfassungsfeindlichkeit des gesamten Landesverbands der AfD in Thüringen". Es fehle der "erforderliche Grad an Erkenntnisgewißheit".

Fauler Zitate-Zauber statt echter Beweise

So konzentrierte sich das Amt schwerpunktmäßig auf die "Wiedergabe und verfassungsrechtliche Bewertung von Äußerungen des einen Landessprechers des AfD-LVTh", also von Björn Höcke, sowie auf wenige programmatische Aussagen aus dem 2019 beschlossenen Landtagswahlprogramm der AfD. Dies reiche angesichts eines 1.200 Mitglieder umfassenden Landesverbandes aber nicht aus.

Weiter bemängeln die Richter, daß gerade diese programmatischen Aussagen von den Schlapphüten "in einer ihrem Aussagegehalt nach nicht zwingenden politischen Richtung interpretiert werden". So könne man beispielsweise aus der Forderung nach einem abgesenkten Versorgungsstandard für Asylbewerber nicht gleich einen Verstoß gegen die im Grundgesetz verankerte Garantie der Menschenwürde ableiten.

Gerade diese Passage der Geraer Entscheidung hat es in sich. Endlich hinterfragt ein deutsches Gericht die behördliche Diffamierungspraxis der hiesigen VS-Ämter, die ja ausschließlich auf mehr oder weniger willkürlichen und selektiven Zitate-Zusammenstellungen beruht, aufgrund derer eine Partei oder Organisation dann mit dem Extremismus-Stempel versehen wird. Auch die beiden Verbotsverfahren gegen die NPD beruhten auf einem Zitate-Salat, der dann den Karlsruher Richtern vor die Füße geknallt wurde.

Blamage für Kramer

Da das Landratsamt Rechtsmittel gegen den Beschluß des Verwaltungsgerichts Gera eingelegt hat, dürfte es nun zum Schwur kommen. Das Erfurter VS-Amt muß nun jedenfalls nachvollziehbar belegen, wieso der gesamte AfD-Landesverband als "gesichert rechtsextremistisch" anzusehen ist. Für den Sonneberger AfD-Landrat Robert Sesselmann kann dies jedenfalls schon einmal nicht gelten, hat dieser doch den "Demokratie-Check" des Innenministeriums bestanden.

Die Entscheidung ist auch eine Ohrfeige für den Thüringer VS-Präsidenten Stephan J. Kramer. Dieser läßt sich selbst immer auf eine bedenkliche Art und Weise gehen, so wenn er beispielsweise - wie zuletzt - die AfD-Wähler in Thüringen pauschal als "20 Prozent brauner Bodensatz" verunglimpft. Schon diese Aussage wirft ja ein grelles Schlaglicht darauf, wie es wirklich um die Objektivität des von Kramer geführten Hauses steht. Es bleibt zu hoffen, daß die Entscheidung Schule machen wird und noch mehr deutsche Gerichte den absurden Begriffs- und Zitate-Hokuspokus der sogenannten Verfassungsschutzämter hinterfragen, der ja selbst zu den größten Bedrohungen zählt, denen die deutsche Demokratie ausgesetzt ist. ...<< [Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. August 2023 \(x1.329/...\): >>Angst als Herrschaftsinstrument](#)

Eine Bevölkerung, die in Angst gehalten wird, ist beliebig steuerbar. Die Angstmacher präsentieren sich derweil als "Erlöser" und machen, was sie wollen. Das Phänomen hat religiöse Züge und funktioniert seit Urzeiten.

von Prof. Eberhard Hamer

Mehrere Stichprobenumfragen des Mittelstandsinstituts Niedersachsen ergaben vor allem bei Unternehmern, daß diese heute Hoffnung und Optimismus verloren haben, daß die Menschen zu mehr als 80 Prozent Zukunftsängste haben.

Empirisch läßt sich feststellen, daß optimistische, hoffnungsvolle Gesellschaften in der Regel auch eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zeigen. Im Gegensatz dazu geraten Angstgesellschaften in eine Abwärtsspirale. Am Ende steht Wirtschaftsrezession. Das führt zu der Frage nach den Urhebern der Angst und ob diese die Angst unter den Menschen erzeugen, weil sie diese Angst als Herrschaftsinstrument mißbrauchen wollen.

In Deutschland ist die Angst vor dem grünen Untergang besonders verbreitet (schon bei 20 Prozent) und dadurch regierungsfähig geworden.

So soll Deutschland wiederum von Endzeitpropheten zum Musterfall für die Welt umgebaut werden ("Am deutschen Wesen soll die Welt genesen"). Obwohl Deutschland nicht einmal zwei Prozent des CO₂-Ausstoßes ausmacht, wurde so große Angst vor einem durch uns verursachten Klimawandel erzeugt, daß die deutschen Wähler und Steuerzahler die Selbstzerstörung ihrer Wirtschaft und Gesellschaft dafür hinnehmen: Kündigung der russischen Billiggasimporte, Sprengung der Nord-Stream-Leitungen, Zwangsende der Verbrennermotoren, Zwangsumbau der Heizsysteme (je 30.000 bis 60.000 Euro), Zwangsdämmung der Häuser (60.000 bis 100.000 Euro) u.a.

Der von der Davos-Clique propagierte "Great Reset" soll durch Angst zum Schaden der Bevölkerung und Wirtschaft durchgezogen werden. Ökonomische Warnungen vor dem Verlust unserer Exportfähigkeit, vor Sterben und Auswanderung unserer Betriebe und vor zwangsläufiger Verarmung unserer Bevölkerung werden ignoriert und als Störung der ideologischen Begeisterung diffamiert. Die Angst treibt die Politiker vorsätzlich zur Schädigung ihrer eigenen Wähler und Steuerzahler.

Schon für private Leute gilt, daß Menschen mit Angst nicht auf-, sondern absteigen. Für Völker gilt, daß Angstpsychosen keine Blütezeit, kein Wachstum, sondern gesellschaftliche Auflösung, Zentralisierung, Bürokratisierung und Rezession bringen.

Wenn schon streitig ist, ob der Klimawandel überhaupt durch menschliche Einflüsse oder aus natürlichen biologischen Gründen entsteht, ist jedenfalls ein Weltanteil von weniger als zwei

Prozent CO₂-Ausstoß ökonomisch nicht tragfähig, wenn man damit die eigene Volkswirtschaft abwürgt, Menschen mit Zusatzkosten belastet, sie zur Verarmung zwingt, aber andere Länder wie China, Indien und die USA ein Mehrfaches dieses Anteils jährlich zusätzlich an CO₂ ausstoßen. Schon einmal war der Versuch vergeblich, "am deutschen Wesen die Welt genesen" zu lassen. Der Mißerfolg zeigt sich schon jetzt und wird mit Zeitablauf immer offensichtlicher.

Sollte bei einer verarmenden Bevölkerung die grüne Angst nicht mehr wirken, die Grünen ihre politische Macht verlieren und wieder "Ökonomie statt Ökologie" vorherrschen, wird die jetzt geängstigte Bevölkerung wie in den 1950er und 1960er Jahren in Deutschland eine neue Hoffnungs-Optimismus-Periode brauchen, um sich von den wirtschaftlichen Folgen der Angstperiode zu erholen.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26842" berichtet am 20. August 2023 (x1.319/...): >>5G aus dem All: Kein Flecken Erde bleibt unberührt

Diese Medienmitteilung veröffentlichte der Verein Schutz vor Strahlung am 17. Juli 2023. Kla.TV veröffentlicht eine gekürzte Version.

Ein Marketing-Coup sondergleichen: Salt kündigt an, mit Elon Musks SpaceX zusammenzuspannen, um die Bevölkerung auch im hintersten Zipfel der Schweiz mit 5G zu versorgen. Was die einen als Triumph der Technologie feiern, ist eine Entwicklung, die Schutz vor Strahlung mit Besorgnis verfolgt - insbesondere wegen des Risikos erhöhter Strahlung, der Menschen und Tiere im Freien durch die "Bestrahlung von oben" ausgesetzt werden. ... Bei Salt ist man also stolz auf die neue Partnerschaft mit dem amerikanischen Konzern.

Doch wozu das Ganze? Bereits heute verfügt Salt über eine Handynetze-Abdeckung von 99,9 % - was offenbar noch nicht ausreicht. Salt will eine restlose Abdeckung erreichen. Doch wie sinnvoll ist das in einem Land, das bereits heute über eines der besten Handynetze der Welt verfügt? ...

Kritische Stimmen

Schon heute warnen Forscherinnen und Forscher weltweit vor der Verschmutzung des Nachthimmels durch die unzähligen Satelliten im All. Im renommierten Wissenschaftsmagazin Nature erschien ein offener Brief, worin Forscher besorgt darauf hinweisen, daß Flugkörper bereits heute wichtige Aufnahmen des Weltraumteleskops Hubble stören. ... Neben der Lichtverschmutzung bahnt sich im Weltraum eine weitere Umweltkatastrophe an:

Die Lebensdauer der Starlink-Satelliten beträgt rund fünf Jahre, danach verglühen sie in der obersten Erdatmosphäre. Aus den Augen aus dem Sinn? Mitnichten. Was bleibt, sind die verwendeten Materialien, allen voran Aluminium. Bei den Zigtausenden Satelliten von unterschiedlichen Herstellern droht die Aluminium-Konzentration bedrohlich anzusteigen, was letztlich auch die vor UV-Strahlung schützende Ozonschicht schädigt. ...

Bestrahlung von oben

Und mit welcher zusätzlichen Strahlenbelastung ist durch solche Satelliten zu rechnen? "Das ist im Moment noch schwer abschätzbar", sagt Rebekka Meier, Präsidentin von Schutz vor Strahlung, "aber sie ist deutlich meßbar." Die Hersteller behaupten zwar, die Strahlung sei extrem stark gebündelt. Tatsächlich wird aber ein weiter Umkreis des Empfängers bestrahlt, weil sich das Signal über die 550 Kilometer lange Distanz vom Orbit des Satelliten bis zur Erde streut. Bereits heute gibt es deutliche Hinweise, daß insbesondere Insektenpopulationen durch die ständig steigende Strahlenbelastung in der Schweiz gefährdet sind. Auch wenn der Bundesrat das nicht anerkennt, wie wir im letzten Beitrag aufgezeigt haben. Außerdem gibt Rebekka Meier zu bedenken:

"Es ist mit einer Zunahme von strahlengeschädigten Menschen zu rechnen. Bereits heute geben zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung an, daß ihre Gesundheit oder ihr Wohlbefinden durch Strahlung beeinträchtigt wird - Tendenz leider steigend."

Außerdem besteht die Gefahr, daß sich der Kopf beim Telefonieren mit dem normalen Smartphone über eine Satellitenverbindung zu stark erwärmt. Es gibt zwar Richtwerte, doch das Smartphone braucht eine gewisse Leistung, um eine Datenverbindung aufbauen zu können. Mit Überschreitungen der erlaubten Sendeleistung ist somit zu rechnen.

Bis die von Salt angekündigte Innovation Realität wird, dauert es noch geraume Zeit. Dennoch ist Elon Musks Fahrplan bekannt: überall Internet, überall und zu jeder Zeit Empfang. Die Strahlenbelastung soll für die Tech-Visionäre auch von oben zunehmen - zum Leidwesen der Bevölkerung, der Tiere und Pflanzen, die dadurch alle erhöhter Strahlenbelastung ausgesetzt sind.

Wir fordern deshalb den Bundesrat auf, Vorschriften auch für Datenverbindungen ins All zu formulieren, die dem Vorsorgeprinzip Rechnung tragen. Und wir ermutigen Sie, sich weiterhin konsequent gegen geplante 5G-Sendeanlagen in Ihrem Wohngebiet zur Wehr zu setzen. Mit der Taktik, Einsprachen gegen möglichst jeden Ausbau zu erheben, haben wir alle gemeinsam das 5G-Netz ausgebremst. Es lohnt sich! Das letzte Wort haben Sie!<<

Ukraine: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. August 2023:

>>F-16-Jets: Ukraine bekommt neuen Kriegswunsch erfüllt

Von *Sven Reuth*

Laut einer US-Schätzung sind im Ukraine-Krieg schon 500.000 Soldaten getötet oder verwundet worden. Dennoch setzt der Westen weiter stur auf Eskalation. ...

Wie nun bekannt wurde, liefern die Niederlande und Dänemark der Ukraine F-16-Kampffjets. Dies teilten sowohl der niederländische Premier Mark Rutte wie auch das dänische Verteidigungsministerium mit. Nach seinem Besuch in den Niederlanden ist der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nun zu einem Staatsbesuch nach Kopenhagen weitergereist.

Lawrow warnt

Bei den Kampffjet-Lieferungen geht es um durchaus erhebliche Stückzahlen. So verfügen die Niederlande über eine Flotte von 42 F-16-Kampffjets, die dort jetzt durch die moderneren F-35-Kampffjets ersetzt werden sollen. Eine konkrete Zahl für die Lieferung an die Ukraine wurde allerdings noch nicht genannt.

In Rußland wird man diesen Schritt genau zur Kenntnis nehmen. Außenminister Sergej Lawrow hatte schon davor gewarnt, daß sein Land die Lieferung der Jets als "nukleare" Bedrohung auffassen werde, da diese auch Atomwaffen transportieren können.

Atomkrieg weiter denkbar

Die Kampffjet-Lieferung wird von Moskau also als weitere schwere Provokation betrachtet. Rußland hat wiederholt seine Ablehnung gegenüber jeglichen westlichen Militäraktionen in seiner Einflußsphäre zum Ausdruck gebracht. Die Bereitstellung von atomwaffenfähigen Kampffjets für die Ukraine stellt also eine direkte Herausforderung an Moskau dar, die drastischer kaum ausfallen könnte.

Auch wenn in den westlichen Ländern die Gefahr eines möglichen Atomkriegs fast durchgängig kleingeredet wird, kann die Situation tatsächlich jederzeit zu einer neuen Kuba-Krise oder sogar einem Atomkrieg eskalieren. Davor warnte vor kurzem auch der Politologe Tobias Fella vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Wenn die erste Atombombe erst einmal gefallen sei, dann werde dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in einem großen Atomkrieg münden, der sich kaum mehr werde einhegen lassen, so der Wissenschaftler. ...<<

21.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. August 2023:

>>Nord-Stream-Krimi: US-Hubschrauber am Tatort

Von *Jürgen Elsässer*

Seymour Hersh hat mit seinem "Nord-Stream-Krimi" brisante Insiderinformationen eines

CIA-Whistleblowers zusammengetragen und aufgezeigt, "wie die US-Regierung die Pipelines sprengen ließ" (so der Untertitel des von COMPACT erstmals auf Deutsch veröffentlichten Hersh-Werkes).

Nun haben Hersh Recherchen an einem wichtigen Punkt eine Präzisierung erfahren. Die brisanten Informationen wurden uns von einem ehemaligen NATO-Luftwaffenoffizier übermittelt: eine Analyse des Luftverkehrs im Anschlagszeitraum. Demnach hat Flightradar24 keine Flugbewegungen einer norwegischen Boeing P-8 in der Nacht vom 25. zum 26. September 2022 Richtung Bornholm aufgezeichnet - eine solche Maschine soll nach Hershs Recherchen die zuvor platzierten Bomben mittels Sonarboje gezündet haben.

Es ist zwar möglich, daß es diese P-8 dennoch gegeben hat - sie hätte aber mit ausgeschaltetem Transponder fliegen müssen, was bei Nacht die Gefahr von Zusammenstößen bergen würde. Verdächtig ist vielmehr der Bornholm-Flug einer US-amerikanischen P-8, die allerdings erst eine Stunde nach der ersten Explosion am Tatort eintrifft (wir berichteten hierzu) und vor allem eines US-amerikanischen Hubschraubers Sikorsky MH-60R Seahawk mit der Kennung VVHG725. Das Flugzeug-Lexikon informiert:

"Dieser Hubschrauber ist neben den 25 seitlich ausstoßbaren Sonarbojen mit dem neuen AN/AQS-22-Tauchsonar ausgestattet ..."

Diese Maschine war exakt zum Zeitpunkt der ersten Sprengung am 26.9.2022 um 2:03 Uhr nordwestlich der Danziger Bucht und damit unweit vom Tatort und taucht bei der zweiten Sprengung um 19:03 Uhr ebenfalls wieder dort auf. Kurz und gut: Der VVHG725 ist der bisher heißeste Kandidat für den sprichwörtlichen "rauchenden Colt". Darüber hinaus müssen die P-8 und ein damit kommunizierendes U-Boot näher beleuchtet werden. ...<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 21. August 2023 (x1.326/...): >>**Einheitsbrei im öffentlich-rechtlichen Fernsehen muß ein Ende haben**

Berlin, 21. August 2023. Das höchste Kontrollgremium der ARD, die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) kritisiert die Konzeption der politischen Talkshows der Sender, die sich hinsichtlich debattierter Themen und eingeladenen Gäste zu sehr ähnelten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, dessen Partei für eine Abschaffung des zwangsfinanzierten öffentlichen Rundfunks und eine vollständige Neuaufstellung dessen plädiert, kann die Kritik sehr gut nachvollziehen:

"Mehrere Stühle - eine Meinung, das scheint in aller Regel das Konzept der abgedroschenen Sendeformate zu sein. Immer wieder wiederholt wird die gleiche politisch gewünschte Meinung von den immer gleichen Eingeladenen. Alternative Konzepte, Lösungen und Meinungen werden nur in Ausnahmefällen gehört und dann direkt von allen Seiten niedergemacht. Die Themen gehen außerdem weit an den Interessen, Sorgen und Nöten der Bürger in Deutschland vorbei.

Sämtliche Politikquatschrunden sind zu austauschbaren Erziehungsveranstaltungen verkommen, die - außer den Moderatoren - keinen Unterschied aufweisen und in denen nicht etwa unterschiedliche Ansichten besprochen, sondern der Bürger zu einer politisch korrekten Sichtweise erzogen werden soll. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. Daß dies nun auch die Gremienvorsitzenden erkannt haben und kritisieren ist schön, aber nicht ausreichend und zu spät."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. August 2023: >>**Feindbild Deutsche - Von den Germanen bis Rammstein**

Von *Daniell Pföhringer*

Unsere Geschichte soll zu einem Verbrecheralbum umgeschrieben werden. Das beginnt schon bei den Germanen - und findet derzeit seinen vorläufigen Höhepunkt in der Kampagne gegen Rammstein. ...

Die gute Nachricht zuerst: Wir Deutsche sind das beliebteste Volk auf der Welt! Jedenfalls, wenn man die ganz normalen Menschen befragt. Egal ob Schwarzer, Weißer, Roter oder Gelber - alle schwärmen von Germany. Bei den jährlichen Umfragen der BBC lag unser Volk immer wieder auf dem ersten Platz, zum Beispiel von 2008 bis 2011.

Ganz anders sieht es aus, wenn man sich die Haltung der globalen Eliten zu Deutschland anschaut. Taktgeber sind hier die Briten, deren Upper Class gerne bei Partys mit Hakenkreuz-Kostümen aufläuft - etwa Formel-1-Boß Bernie Ecclestone oder Prinz Harry.

Aus Großbritannien stammte auch einer der widerlichsten antideutschen Propagandisten: Sir Robert Vansittart (1881-1957), Unterstaatssekretär im Foreign Office und vor allem in den 1930er Jahren eine Art graue Eminenz der britischen Außenpolitik.

Er war Ende des Ersten Weltkriegs 1919 Mitglied der englischen Delegation bei den sogenannten Friedensverhandlungen in Versailles und trat dort als Verfechter drakonischer Vertragsbedingungen zur Demütigung der Besiegten auf.

Scharfmacher Vansittart wütete in seinen Schriften nicht nur gegen die zeitgenössischen Deutschen, sondern zog auch eine Verbindung zu ihren germanischen Vorfahren:

"Der erste deutsche Nationalheld, der seinen Namen selbst zu einem Symbol für Treulosigkeit gemacht hat, war Hermann im Jahre 9. Die Jahrhunderte vergingen und brachten uns Hermann Göring. Der erste Hermann war ebenso ein Betrüger wie der spätere."

Oder: "Wo immer die Deutschen auftauchen, rotten sie die Kultur aus." Er verglich unser Land mit einem Würgevogel: "Diese Gier nach Weltherrschaft wirkt in den Deutschen seit Generationen."

Denn: "Der Deutsche war immer der Barbar, ... der Bewunderer des Krieges, der Feind - heimlich oder offen - der Menschenfreundlichkeit, des Liberalismus und der christlichen Zivilisation; und das Hitler-Regime ist kein zufälliges Phänomen, sondern die logische Konsequenz der deutschen Geschichte."

Der ewige Deutschenhaß

... Wir gehen der Sache auf den Grund und zeigen, wie wir Deutschen nicht erst seit Hitler, sondern schon seit über 100 Jahren von bestimmten Kreisen dämonisiert und diffamiert werden.

Was steckt hinter dem Antigermanismus der Deutschenhasser diesseits und jenseits des Atlantiks, warum wurde unser Volk schon vor dem Ersten Weltkrieg als Störfaktor angesehen, den es auszulöschen gilt?

Welche Ausprägungen hatte das "Feindbild Deutsche" in den vergangenen Jahrzehnten - auch und gerade in Hollywood -, und wer sind die Deutschen, die fröhlich in den Haß auf ihr eigenes Volk einstimmen.

Wir reißen den Antideutschen die Maske vom Gesicht und zeigen, wer es nicht gut mit unserem Land und unserem Volk meint. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. August 2023 (x1.328/...):
>>CDU und Grüne kassieren Mindestabstand: Windräder in NRW direkt an Wohnsiedlungen

Die CDU in Nordrhein-Westfalen setzt ein weiteres grünes Wahlversprechen um. Windräder sollen im größten Bundesland künftig direkt an Wohnsiedlungen gebaut werden.

Christopher Martens

Die schwarz-grüne Landesregierung um Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) prescht beim Windkraftausbau vor und kassiert den Mindestabstand von 1.000 Meter zur nächsten Siedlung. Die Sorgen der Anwohner bezüglich Lärmbelästigung, Landschaftsveränderung und Gesundheitsrisiken scheinen nebensächlich zu sein.

Die Regierungsfractionen von CDU und Grünen haben den entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Am Donnerstag will der Landtag dem Gesetz zustimmen. Der beschleunigte Aus-

bau der erneuerbaren Energien soll die "Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts NRW sichern und einen wichtigen Beitrag zu einem sinkenden Preisniveau, zur Versorgungssicherheit sowie zum Klimaschutz leisten", heißt es im Gesetzentwurf der beiden Parteien. Der Ausbau könne jedoch nur erfolgreich sein, "wenn die Akzeptanz für diesen bei den Menschen im gesamten Land erhalten bleibt und weiter steigt".

Windräder mit erheblichen Folgen für Siedlungen

Ob das passieren wird, ist jedoch fraglich. Fakt ist: Windkraftanlagen sorgen für Lärmbelästigung, gefährden Fledermäuse und Vögel und beeinträchtigen das Landschaftsbild. Und allein die bloße Existenz der Anlagen kann für gravierende Vermögensverluste bei den unmittelbaren Anwohnern sorgen. Deren Grundstücke und Immobilien verlieren mit der Errichtung von Windkraftanlagen in ihrer Nähe erheblich an Wert.

Bereits die Jahre zuvor wurden in Nordrhein-Westfalen Naturschutzregelungen für die Windkraft immer wieder gelockert; der Mindestabstand zu seltenen Vogelarten, Brut- und Raststätten über Jahre hinweg konsequent mißachtet. Seit Hendrik Wüst Ministerpräsident ist, dürfen Windräder sogar in Wäldern gebaut werden. Mit Schwarz-Grün hat sich die CDU ganz der grünen Energiewende verschrieben.

Der Ausbau der Windkraft war ein zentrales Wahlversprechen der Grünen - bisher verlief der Ausbau jedoch schleppend. Nicht einmal 100 Windräder wurden seit Amtsantritt der Regierung gebaut. Laut Koalition soll das Land 2030 die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. August 2023: >>**General Patton: Ein Held unter Schurken**

Von *Daniell Pföhringer*

Er widersetzte sich dem Befehl seines Oberkommandierenden Eisenhower und ließ deutsche Kriegsgefangene frei. Nur wenige Monate später war der unbequeme General tot. ...

Anfang Mai 1945 entließ General George S. Patton eigenmächtig die deutschen Kriegsgefangenen in seinem Einflußbereich und bewahrte sie so vor dem Verhungern. Umgehend reagierte das alliierte Hauptquartier und verbot ab dem 15. Mai 1945 weitere Freilassungen. Wie in der offiziellen Geschichte der 15. Armee nachzulesen ist, intervenierte Eisenhower höchstpersönlich und untersagte in einem am 16. Mai geführten Telefonat General Omar N. Bradley, seine Kriegsgefangenen ähnlich wie Patton zu entlassen. Doch wer war der Mann, der in zwei Kriegen gegen die Deutschen kämpfte - und ihnen dennoch höchste Wertschätzung entgegenbrachte?

Seine ersten Meriten als Militär erwarb sich der 1885 in San Gabriel, Kalifornien, geborene George S. Patton bereits im Ersten Weltkrieg, genauer gesagt in der Maas-Argonnen-Offensive im Herbst 1918, als die Amerikaner knapp 200 leichte Panzer in die Schlacht schickten. Die US-Streitkräfte hatten die Tanks erst wenige Monate zuvor übernommen. Erfahrung mit dem Gerät hatte niemand.

Das war die Stunde von Oberstleutnant Patton: Der 32-jährige Kavallerieoffizier empfahl sich bei seinen Vorgesetzten für diese neue Aufgabe und übernahm nach seiner Ankunft in Frankreich die Ausbildung der Panzerfahrer. Patton, der bereits beim Kampf gegen mexikanische Aufständische erste Fronterfahrung gesammelt hatte, sah in dieser neuen Waffengattung seine Chance zum Aufstieg. Wenige Monate später, im Sturm der letzten Schlacht des Großen Krieges, nutzte er sie.

An vorderster Front

Nachdem die Artillerie die feindlichen Stellungen mürbe geschossen hatte, rollten Pattons Panzer nach vorn. Das Gelände war zerfurcht von Granattrichtern, Schützengräben und Stacheldraht, ein schnelles Vorgehen unmöglich. Doch noch mehr als das Gelände, waren die frühen Tanks selbst nicht für einen Blitzangriff geeignet. Quälend langsam, mit schlechter

Sicht und handgeführten Geschützen, hielten sie zwar dem deutschen MG-Feuer stand - überraschende Zangenbewegungen oder ein Vorstoß in den rückwärtigen Raum aber waren undenkbar.

Pattons erste Panzer hatten noch nicht viel mit ihren Nachfolgern zu tun. Sie erreichten eine Höchstgeschwindigkeit von acht Kilometer in der Stunde - auf glatter Straße. Zudem war der Einsatz eines Führungsfahrzeugs noch gänzlich unbekannt. Patton versuchte, mit Sicht- und Rufzeichen aus einem Gefechtsstand heraus zu führen. Bereits nach hundert Metern hatte er jedoch weitestgehend den Kontakt zu seinen Männern verloren.

Jetzt zeigte sich der stürmische Charakter des Oberleutnants, der ihn ein Vierteljahrhundert später zur Legende werden ließ: Als einige seiner Panzer stecken blieben, sprang Patton aus seinem Gefechtsstand und stürzte sich selbst ins Chaos der Schlacht. Nur mit seinem Revolver in der Hand lenkte er seine Panzer von vorderster Linie. Er rannte, schrie und trieb an.

Als Patton eine Gruppe Infanteristen übernahm, die in einem Granattrichter kauerte, traf ihn ein deutsches MG-Geschoß am Bein. Trotzdem führte und kämpfte er an diesem Tag weiter. Aus dem Lazarett schrieb er an seine Frau: "Der Frieden ist greifbar nah. Aber ich hoffe, noch ein paar Gefechte erleben zu dürfen." Acht Wochen später, an seinem dreiunddreißigsten Geburtstag, war der Erste Weltkrieg zu Ende.

Operation Cobra

26 Jahre später sollte Patton nach Frankreich zurückkehren. Vier Wochen zuvor hatte die Landung der Alliierten in der Normandie ohne ihn stattgefunden. Die Erstürmung der Strände und die Einnahme der deutschen Wehranlagen waren auch im Zweiten Weltkrieg vorrangig Handarbeit der Infanterie geblieben. Ein erfahrener Panzergeneral, zu dem sich Patton durch die siegreichen Feldzüge in Nordafrika und Sizilien entwickelt hatte, war nicht gefragt.

Zudem hatte ihn sein aufbrausender Charakter eine Zeit lang ins militärische Aus befördert: Beim Besuch eines Feldlazaretts auf Sizilien hatte Patton einen Gefreiten geohrfeigt und als Feigling beschimpft. Der Mann hatte einen psychischen Zusammenbruch erlitten und war kampfunfähig. Als der Zwischenfall öffentlich wurde, sah sich sein Vorgesetzter, General Eisenhower, gezwungen, den rauflustigen Kameraden aus der Schußlinie zu nehmen.

In der Folge gab Eisenhower Patton das Kommando über die Erste US-Heeresgruppe, einen Verband, der nur auf dem Papier existierte. Damit wurde der Kalifornier Teil eines gigantischen Täuschungsmanövers, um der Wehrmacht die Landung am Pas-de-Calais vorzugaukeln - zweifelsfrei eine wichtige strategische Aufgabe, aber kein Posten für einen Mann auf der Suche nach Ruhm und Ehre. Der Kampf in Frankreich ließ die Ohrfeigen-Affäre allerdings schnell in Vergessenheit geraten. Patton bekam das Kommando über die 3. US-Armee, einen panzerstarken Verband, den er bis zum Ende des Krieges führen sollte.

Vier Wochen nach der Invasion hatten die Alliierten ihren Brückenkopf in der Normandie ausgebaut und gesichert. Am 25. Juli 1944 begann mit der Operation Cobra der Angriff auf die deutschen Linien. Die Hecken und Zäune der Normandie erschwerten den alliierten Vormarsch. Anders als 1918 war die Panzerwaffe im Zweiten Weltkrieg zum Hauptträger der Landkriegführung geworden. In einer Pressekonferenz 1944 faßte Patton sein Motto zusammen: "Wann immer man etwas verlangsamt, verschwendet man Menschenleben."

Die Briten "zurückjagen"

Nach den Bombardements der deutschen Verteidigungsstellungen am Morgen des 25. Juli 1944 stieß Pattons Armee am südlichen Ende des alliierten Brückenkopfes vor. Bei Avranches trafen die Truppen auf bereits zerschlagene Verbände von Wehrmacht und Waffen-SS. Das Gelände der Normandie bot den Verteidigern sehr gute Bedingungen: kleine Felder, durchzogen von Entwässerungsgräben und Gehölzhecken.

Doch die Luftschläge hatten den Deutschen schwer zugesetzt. So konnten Pattons Panzer bereits am ersten Tag acht Kilometer Geländegewinn machen. Das taktische Vorgehen des Ge-

nerals war dabei ebenso robust wie effektiv:

Starke, gepanzerte Speerspitzen suchten Feindkontakt und schlugen mit Hilfe von fahrbarer Artillerie Breschen in die Verteidigungslinien der Wehrmacht. Andere Panzerverbände setzten sofort in diese Breschen nach und verfolgten die zurückweichenden Deutschen bis weit über ihre Auffangstellungen. Auf diese Weise verhinderte Patton, daß sich die ausweichenden Verbände sammeln und neu formieren konnten.

In knapp zwei Wochen rückten seine Panzerspitzen fast 100 Kilometer vor. Am Ende der Operation Cobra riegelte die 3. Armee den Kessel von Falaise von Süden her ab und schloß damit über 100.000 deutsche Soldaten ein. Als General Patton die Stadt Argentan erreicht hatte, bekam er den Befehl zum Halt, um auf die britischen Verbände von Norden zu warten. Nachdem sich diese aber über mehrere Tage verzögerten, rief er seinen Vorgesetzten an und bat diesen: "Lassen Sie mich nach Falaise weitermarschieren, und wir werden die Briten zu einem zweiten Dünkirchen in die See zurückjagen." Dieser Mann suchte Ruhm, keine Sympathien.

Entscheidung in den Ardennen

Nach der Eroberung Westfrankreichs konnte sich die "Dritte" vier Wochen erholen und die Verluste auffüllen. In dieser Zeit verlegte der Verband nach Norden. Dort hatten sich Wehrmachtseinheiten in alten französischen Festungen zur Verteidigung eingerichtet. Pattons Soldaten nahmen in den Monaten Oktober und November an der Eroberung des Gebiets teil. In dieser Zeit zog die Wehrmacht starke Verbände in den Ardennen zusammen, um den alliierten Vorstoß doch noch zu stoppen.

Die letzte große Offensive der deutschen Wehrmacht sollte dem 59-Jährigen schließlich noch einmal die Chance geben, seine Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Die Ardennenoffensive erwischte die Amerikaner im kalten Winter unvorbereitet - kaum jemand hatte mehr mit einem derart derartig erbitterten deutschen Gegenschlag gerechnet. Auf dem Höhepunkt des Unternehmens Wacht am Rhein wurden amerikanische Fallschirmjäger der 101. Luftlandedivision bei der belgischen Stadt Bastogne durch die Wehrmacht und Waffen-SS eingekesselt. Um eine drohende Katastrophe abzuwenden, bekam Patton den Befehl, mit seiner Armee den Entlastungsangriff durchzuführen.

Auf Eisenhowers Frage, wie lange er brauche, um seine Armee abmarschbereit zu machen, antwortete Patton: "Abmarschbereit, wenn Sie mit mir hier fertig sind." Und er lieferte. Nach der Ardennen-Schlacht führte der mittlerweile berühmt-berüchtigte General seine Armee durch den Süden des Deutschen Reiches. Er eroberte Teile Thüringens, Bayerns und der Tschechoslowakei. Bei Kriegsende hatte seine Division 281 Kampftage durchlebt.

Pattons mysteriöser Tod

Anders als der Oberkommandierende der alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower, war Patton kein Deutschenhasser, sondern brachte seinem Gegner in zwei Weltkriegen höchste Wertschätzung entgegen. Der General hatte während und nach der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 1944 wiederholt und energisch die deutschfeindliche Einstellung seines Vorgesetzten kritisiert. So beklagte Patton noch im Sommer

1945: "Wir sind im Begriff, den einzigen halbmodernen Staat Europas von Grund auf zu zerstören, damit Rußland ihn verschlingen kann."

Mit Eisenhower geriet er deswegen immer wieder aneinander. Sobald der Krieg vorbei war, ließ Patton seine Gefangenen frei, damit sie für sich selbst sorgen und den Weg nach Hause antreten konnten. Eisenhower war darüber außer sich vor Wut und erteilte seinem General den Befehl, diese Männer wieder einzufangen und internieren zu lassen. Doch Patton ignorierte diese Anweisung einfach. Für seinen Hauptgegner fand er Worte des Respekts und der Wertschätzung:

"Ich habe große Achtung vor den deutschen Soldaten. In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk."

Daß der hoch geachtete Panzergeneral seinem Oberkommandierenden nicht noch mehr Ärger bereiten konnte, liegt an seinem bald darauf folgenden Tod, dessen Umstände bis heute ungeklärt sind. Am 9. Dezember 1945, einen Tag vor seiner geplanten Rückkehr in die USA, begab sich der General gemeinsam mit seinem Chef des Stabes, Generalmajor Hobart R. Gay, auf Fasanenjagd.

Gegen 11:45 Uhr stieß ihr Wagen, ein Cadillac Model 75, gefahren von PFC Horace Woodring, auf einem Bahnübergang in Mannheim-Käfertal mit einem amerikanischen Lkw frontal zusammen. Während General Gay und der Fahrer unverletzt blieben, erlitt Patton einen Halswirbelbruch mit einer Querschnittlähmung. Am 21. Dezember 1945 erlag er seinen schweren Verletzungen. Der Tod des unbequemen Generals kam Eisenhower sehr gelegen. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 21. August 2023 (x1.328/...):

>>**Die Ampel zerzankt sich an der Kindergrundsicherung.**

Dabei gibt es gar keine steigende Kinderarmut - es gibt nur mehr seit 2015 nach Deutschland eingewanderte Migranten aus Armutsregionen. Eine Verdrehung.

Pauline Schwarz

"Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben" - mit diesen Worten kündigte die Ampel in ihrem Koalitionsvertrag die Kindergrundsicherung an, die von unserer Familienministerin Lisa Paus seit Monaten aggressiv vorangetrieben wird. Für Paus, die ihr Amt 2022 mit einem neuen "Rekordwert" bei der Kinderarmut in Deutschland antrat, ist das ganze Thema "sehr emotional" - weil es eine Schande sei, daß in Deutschland jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen würde. Was unsere Familienministerin jedoch verschweigt: Die Armuts-Quote bei Kindern, deren Eltern in Deutschland geboren sind, ist tatsächlich rückläufig - die Zahlen sind vor allem wegen der Massenmigration so hoch.

Sieht man sich aktuelle Statistiken an, zeichnet sich in Bezug auf Kinderarmut ein deutliches Bild: Laut dem Statistikamt Eurostat waren im Jahr 2020 noch 10,5 Prozent der Kinder mit in Deutschland geborenen Eltern von Armut bedroht, 2022 waren es dann nur noch 8,3 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl deutscher Kinder in Bürgergeldbezug laut der Bundesagentur für Arbeit seit 2015 um mehr als ein Drittel zurück - um 550.000 auf insgesamt eine Millionen Kinder im Sozialhilfebezug. Im gleichen Zeitraum kamen allerdings etwa genauso viele Flüchtlings-Kinder neu in das System. Laut Berichten der NZZ etwa 270.000 aus der Ukraine, 180.000 aus Syrien, 70.000 aus Afghanistan und 30.000 aus dem Irak.

Wer die Kinderarmut bekämpfen will, bekämpft in Wirklichkeit also vor allem die Folgen der **Massenmigration**

Ein Zusammenhang zwischen der Zuwanderung, die seit 2015 kontinuierlich ansteigt, und der hohen Armutsquote, ist also nicht von der Hand zu weisen. Es ist kein Zufall, daß die Zahl der Armutsbetroffenen grade in den Bundesländern am höchsten ist, die gemessen an der Gesamtbevölkerung auch den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben - das zeigt nicht zuletzt Bremen. Der Stadtstaat führte laut Paritätischen Gesamtverband die Armutsstatistik Stand 2020 mit 28,2 Prozent an, gleichzeitig ist es laut statistischem Bundesamt das Bundesland mit dem höchsten Migrationsanteil (41,7 Prozent).

Wer die Kinderarmut bekämpfen will, bekämpft in Wirklichkeit also vor allem die Folgen der Massenmigration. Und in diesem Zusammenhang ist die Frage, die Bundesfinanzminister Christian Lindner kürzlich stellte, durchaus berechtigt: Ist es das richtige Mittel den Eltern solcher Kinder mehr Geld zu überweisen oder sollte man statt dessen lieber in Integrationsmaßnahmen investieren?

Fakt ist jedenfalls, daß es für Familien im Sozialhilfebezug schon seit Jahren umfangreiche Mehr- und Sonderzahlungen gibt, die dafür Sorge tragen sollen, daß es nicht zu der von Frau

Paus viel befürchteten "sozialen Ausgrenzung" von Kindern aus einkommensschwachen Familien kommt. Neben Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, Unterhaltsvorschußleistungen und Mehrbedarf für Schwangere, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder Menschen, die eine kostenaufwendige Ernährung brauchen, gibt es zahlreiche Leistungen zur Teilhabe, die sich explizit auf Kinder beziehen.

Kommt das Geld wirklich an?

So übernimmt das Jobcenter zum Beispiel die Kosten von Klassenfahrten, Ausflügen, der Mittagsverpflegung und der Schulbeförderung. Man kann außerdem die Kostenübernahme für Nachhilfe und Lernförderung beantragen, bekommt automatisch und regelmäßig Gelder für die Schulausstattung überwiesen und kann auch für die Teilnahme an Musik- oder Sportvereinen monatliche Zuschüsse bekommen - ganz abgesehen von den umfangreichen Vergünstigungen, die Kindern im Sozialhilfebezug in Bezug auf Sport-, Bildungs-, Kultur- und Freizeitangebote sowie bei der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zustehen.

Ein zentrales Problem bei Familien im Sozialhilfebezug, daß ich während der acht Jahre Arbeit in einem Berliner Betreuungsbüro häufig erlebte, ist jedoch genau die Verwendung der Gelder, die der deutsche Staat neben dem Sozialhilfe-Grundbedarf (der Wohn- und Lebenskosten abdeckt) für Kinder zur Verfügung stellt. Ich habe es weit mehr als einmal erlebt, daß Kindergeld und Zuschläge, die teilweise - je nach Anzahl der Kinder - bis über tausend Euro im Monat betragen, nicht für die Verpflegung der Kleinen, sondern für einen neuen Plasma-Fernseher, teure Handy-Verträge oder sonstige Spielereien der Eltern ausgegeben wurden. Das Geld kommt längst nicht immer bei den Kindern an.

Eine Familienministerin, die sich ernsthaft und ohne ideologische Verblendung gegen Kinderarmut einsetzen wollen würde, sollte sich also mit den Folgen unkontrollierter Massenmigration, fehlender Integration und der Tatsache auseinandersetzen, daß man sich - anders als Frau Paus annimmt - leider nicht zu "nahezu hundert Prozent" darauf verlassen kann, das Eltern das zusätzliche Geld wirklich für ihre Kinder einsetzen. Die Realität zeigt häufig das genaue Gegenteil.<<

22.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 22. August 2023: >>Haß auf Deutsche: 10 entlarvende Zitate

Von *Daniell Pföhringer*

Die Deutschen: Kaum ein Volk auf der Welt wird so bewundert, aber auch so verdammt. Die Hetze gegen unser Volk dauert nun schon seit über 100 Jahren an, wie nachfolgende Aussagen belegen. ...

1. Deutsche Mörder

"Die wahnsinnigen Deutschen mit ihrer Menschenmord-Manie müssen geschlagen werden, oder sie drücken der Menschheit die Dornenkrone auf." (New York World, 10.2.1918)

2. Deutsche Hunnen

"Der Kampf gegen die Hunnen ist ein Heiliger Krieg." (New York Times, 24.3.1918)

3. Deutsche Monster

"Der Deutsche ist ein hydraköpfiges Ungeheuer und sollte in der ganzen Welt vernichtet werden." (New York Times, 23.6.1918)

4. Deutsche Barbaren

"Wo immer die Deutschen auftauchten, rotteten sie die Kultur aus. Diese Gier nach Weltherrschaft wirkt in den Deutschen seit Generationen. Der Deutsche war immer der Barbar." (Churchill-Berater Robert Vansittart, September 1940)

5. Deutsche töten

"Die Deutschen sind keine Menschen. Von nun an ist das Wort 'Deutscher' für uns wie ein entsetzlicher Fluch. ... Wenn du nicht pro Tag wenigstens einen Deutschen getötet hast, war es

ein verlorener Tag. ... Wenn du einen Deutschen getötet hast, töte einen zweiten - nichts stimmt uns froher als deutsche Leichen." (Der sowjetische Schriftsteller und Propagandist Ilja Ehrenburg, Krasnaja Swesda, 24.7.1942)

6. Deutsche Tote

"Möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für die Juden. ... Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot." (Theodor W. Adorno in einem Brief an seine Eltern, 1.5.1945)

7. Tollwütige Hunde

"Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiagen." (Joschka Fischer, Pflasterstrand Nr. 133, 1982)

8. Deutschland muß sterben

"Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte, auf 'deutschem Boden', von dem gesprochen wird, als sei er heilig und gebenedeit, zu leben wie irgendein Deutscher - wenn nicht sogar noch mehr." (Autor Wiglaf Droste, Titanic Nr. 11/1991)

9. Kultur des Todes

"Der Deutsche ist im Allgemeinen brutal und mörderisch gegenüber Angehörigen anderer Völker und gehört einer politischen Kultur des Todes an." (US-Politologe Daniel Goldhagen in seinem Buch Hitlers willige Vollstrecker, 1996)

10. Zum Kotzen

"Patriotismus, Vaterlandsliebe also, fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht." (Robert Habeck in seinem Buch Patriotismus. Ein linkes Plädoyer, 2010) ...<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 22. August 2023 (x1.322/...): >>>Die armen afrikanischen Staaten wie Niger sind nicht "unterentwickelt", sondern "überausgebeutet"

Von *H. W. Ludwig*

Der jüngste Militärputsch in Niger ist von der westlichen "Staatengemeinschaft" einhellig verurteilt und die Militärregierung aufgefordert worden, die "demokratisch gewählte Regierung" wieder einzusetzen. Die westlichen Medien schildern die äußeren Ereignisse und die Nachteile, die dem Westen für ihre Handelsbeziehungen drohen und weisen auch auf die große Unterentwicklung und Armut des Landes hin. Aber von den Ursachen, die auch zu den Ursachen des Militärputsches gehören, ist wohlweislich nicht die Rede. Denn die "Unterentwicklung" Nigers und anderer afrikanischer Länder ist das Ergebnis der "Überausbeutung" durch den kapitalistischen Westen mittels der einheimischen korrupten Regierungen.

Postkolonialismus Frankreichs

In einem Artikel "Frankreich und der globale Süden" geht der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn genauer auf das Wirken des "(ehemals) verbrecherischen Kolonialstaates" Frankreich in seinen ehemaligen Kolonien Niger, Mali und Burkina Faso z.B. ein. Frankreich habe im Zuge der "Dekolonisierung" der 1960er Jahre seine vormaligen Kolonien zwar in die formale Unabhängigkeit entlassen, ihnen allerdings Staats- und Rechtsordnungen hinterlassen, die - wie in der Kolonialzeit - darauf ausgelegt waren, die Bevölkerung einerseits mit möglichst geringem Aufwand zu kontrollieren und andererseits so viele Rohstoffe zu exportieren als irgend möglich.

"Nicht genug, daß Frankreich sich über den sogenannten Kolonialpakt in Françafrique weiterhin das Vorkaufsrecht auf alle natürlichen Ressourcen und den privilegierten Zugriff auf Staatsaufträge gesichert hat, es zwingt den Staaten seither ebenso seine irrwitzige Kolonialwährung CFA-Franc auf, die jede autonome Geld-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik der (formal

souveränen) Staaten nachhaltig verunmöglicht.

Die vierzehn CFA-Staaten sind nicht nur durch einen festen Wechselkurs, der allein von den Nachfahren französischer Kolonialmessieurs bestimmt wird, an den Euro gekettet, (was ihnen 1994 eine 50 %-ige Abwertung einbrachte,) sondern haben auch jeden Zugriff auf 85 % ihrer Währungsreserven verloren, die sie gezwungenermaßen bei der Agence France Trésor hinterlegen müssen."

Und die Post-Kolonialmacht sichert sich auch den Zugriff auf die reichen Bodenschätze, die alle CFA-Staaten in hohem Maße besitzen, von deren Erlös ihnen aber nach den Verträgen Frankreichs mit der korrupten eigenen Regierung nur wenig bleibt, das dann noch in deren Taschen verschwindet. Bei der Bevölkerung kommt nichts davon an. Niger, Mali und Burkina Faso gehören trotz ihrer immensen Bodenschätze zu den ärmsten Ländern der Welt.

Aus Niger stammten, so Martin Sonneborn, etwa ein Viertel der europäischen und ein Drittel (nach Wikipedia sogar 40 %, hl) der Uranimporte Frankreichs, das mit 56 Kernkraftwerken einen (ausbaufähigen) Spitzenplatz unter den Atomstromexporteuren der Welt belege.

Beschafft werde der Brennstoff für Frankreich "in geheimen Geheimverträgen" durch den staatlichen Nukleargiganten Orano (ehemals Areva), der sich in Niger drei gewaltige Uranminen unter den Nagel gerissen habe. Nur noch zum geringen Teil sei Nigers Staatsunternehmen für Uranaufbereitung (Somair) an den Minen beteiligt, an dem aber Frankreichs Orano noch die Mehrheitsanteile besitze. Von deren geringem Erlös schöpft also Frankreich auch noch das meiste ab.

Die (ehemals) französische Kolonie Niger verfüge über die hochwertigsten Uranerze Afrikas und sei der siebtgrößte Uranproduzent der Welt (nach Wikipedia der fünftgrößte, hl), aber der Weltbank zufolge seien 81,4 % seiner Bürger noch nicht einmal ans Stromnetz angeschlossen. 40 % lebten unterhalb der Armutsgrenze, ein Drittel der Kinder sei untergewichtig, die Analphabeten-Quote liege bei 63 Prozent. Nur die Hälfte der Einwohner habe Zugang zu sauberem Trinkwasser, nur 16 Prozent seien an eine angemessene Sanitärversorgung angeschlossen.

Das gesamte Staatsbudget Nigers, eines Landes mit der dreifachen Fläche der Bundesrepublik, sei mit rund 4,5 Mrd. Euro nicht größer als der jährliche Umsatz des französischen Atomkonzerns. Trotz seiner Uran- und Goldvorkommen liege der Niger im Entwicklungs-Index zuletzt auf Platz 189 von 191 erfaßten Staaten.

Mali und Burkina Faso sind besonders reich an Goldminen, die teils noch gar nicht erschlossen sind.

"In Frankreich gibt es keine einzige aktive Goldmine. Dennoch besitzt dieser (ehemals) verbrecherische Kolonialstaat mit 2.436 Tonnen die viertgrößten Goldreserven der Welt. Die (ehemals) französische Kolonie Mali besitzt genau 0,0 Tonnen Gold, obwohl es mehrere Dutzend Minen (darunter 14 offizielle) im Land hat, in denen pro Jahr ganze 70 Tonnen davon abgebaut werden.

Von den Einnahmen aus knapp 60 Tonnen Gold, die von (schätzungsweise) 600.000 Kindern in der (ehemals) französischen Kolonie Burkina Faso geschürft werden, gehen nur 10 % an das Land (sprich in die Taschen der Regierenden, hl), aber 90 % an multinationale Goldgräberkonzerne." (Martin Sonneborn)

"Meine Generation versteht das nicht", habe der 35-jährige Staatschef Burkina Fasos, Ibrahim Traoré gesagt, der auch noch nicht lange per Militärputsch an die Macht gekommen ist und die neue Militärregierung in Niger unterstützt. "Wie kann Afrika, das über so viel Reichtum verfügt, zum ärmsten Kontinent der Welt geworden sein?"

Martin Sonneborn: "Ganz einfach, sagt der US-amerikanische Politikwissenschaftler Michael Parenti. Arme Länder sind nicht 'unterentwickelt', sondern überausgebeutet".

Ibrahim Traoré sei nicht nur Staatschef von Burkina Faso, sondern als Absolvent der Universität Ouagadougou und der örtlichen Militärakademie auch Geologe und Offizier. Als jüngstes

und smartestes Staatsoberhaupt der Welt drohe der 35-jährige daher völlig zu Recht zum Hoffnungsträger der (west)afrikanischen Erhebung gegen Neokolonialismus und westliche Dominanz zu werden. Auch Traoré habe die französischen Truppen vor die Tür gesetzt und den Export von Gold und Uran nach Frankreich und in die USA untersagt, während er eine regionale Allianz mit Niger, Guinea, Mali und Algerien schmiede.

Natürlich mischen dort auch die USA kräftig mit. Doch auf die Ankündigung der USA, jegliche Hilfgeldzahlung an den Niger einzustellen, habe das Regime - afrikanischen Quellen zufolge - ausrichten lassen, der demokratische Weltmarktführer möchte seine Hilfe behalten und sie für die Millionen Obdachloser in den Vereinigten Staaten verwenden: "Nächstenliebe beginnt zu Hause."

Und natürlich bastelt der Westen an einem militärischen Eingreifen, um die "demokratische Ordnung" wieder herzustellen.

Das Öl im Tschad

Die im Westen an Niger angrenzende ehemalige französische Kolonie Tschad, etwa 3,5 mal so groß wie Deutschland, gehört auch zu den ärmsten Ländern der Welt. Rund 90 % der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, hauptsächlich für den Eigenverbrauch. Trotzdem ist das Land noch auf internationale Unterstützung mit Lebensmitteln angewiesen. 80 % leben in absoluter Armut, über 50 % sind Analphabeten. Staatliche Einrichtungen wie Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen sind wenig entwickelt, dafür ist die Korruption ungeheuer verbreitet.

Wie 2016 hier in einem Artikel (<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2016/11/07/oelreichtum-im-tschad-verarmung-der-bevoelkerung/>) bereits dargestellt, wurden Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Ölvorkommen im Doba-Becken im Süden des Tschad entdeckt. Und seit 2003 betreiben die großen Ölfirmen Exxon-Mobil, Petronas und Chevron-Texaco betreiben die Ölförderung sowie den Export des Öls durch eine Pipeline, die bis zum Atlantikhafen Kribi in Kamerun führt.

Sie haben sich zu einem Konsortium zusammengeschlossen, das sich die externe Mitfinanzierung durch die Weltbank sicherte. Dabei wollen sich die Ölgesellschaften den Ruf der Weltbank, nur ethisch integre Projekte zu fördern, zunutze machen. Das Projekt im Tschad sollte erklärtermaßen ein Beispiel für die Vereinbarkeit von neuer Wirtschaftlichkeit und Landesentwicklung werden.

Daher sollte nach einem ausgeklügelten Plan der Boden im Erdölgebiet eigentlich weiterhin für die bäuerliche Landwirtschaft genutzt werden. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Da schon die nächste Ölquelle unter jedem Feld, Haus oder Garten der Region gefunden werden könnte, wußten sich die Ölgesellschaften Zugang zu einem Gebiet zu verschaffen, das viel größer ist, als es für die ausgebauten Ölquellen benötigt wird.

Dazu wurde das Land der kleinen Bauern quasi verstaatlicht. Schon bis Ende 2010 waren 725 Bohrlöcher mit ihren Plattformen entstanden, mehr als doppelt so viel wie ursprünglich geplant. Vielen Familien ging der notwendige landwirtschaftliche Boden verloren. Näher siehe Artikel.

Auf Druck eines Teiles der Bevölkerung war auf Betreiben der Weltbank ein umfangreiches Regelwerk vereinbart worden, das dafür sorgen sollte, daß die Öl-Einnahmen zur Armutsreduzierung und Entwicklung genutzt werden. Ein Gesetz legte fest, wie die Gelder verteilt werden sollten. Danach sollten 10 % in einen Fonds für künftige Generationen eingezahlt werden. Vom Rest sollten 80 % in Gesundheit, Bildung, ländliche Entwicklung und Infrastruktur fließen. 5 % sollte die Bevölkerung in der Erdölregion erhalten, 15 Prozent der Staat. Doch das Geld wurde nicht für die Bereiche verwendet, für die es bestimmt war.

Immerhin hatten die USA und Deutschland, die größten bzw. zweitgrößten Anteilseigner der Weltbank, eine Untersuchung und Begutachtung des Ölprojekts im Tschad beantragt, die auch

die institutseigene Independent Evaluation Group (IEG) vornahm und ihre Ergebnisse im November 2009 veröffentlichte. Ihr Bericht bestätigte, "daß das erste Ziel des Vorhabens - das der Armutsreduzierung - nicht erreicht wurde. Schlimmer noch, die Evaluation ergab, daß das Projekt mit gewaltsamen Konflikten verbunden ist und schlechte Regierungsführung und Korruption weiter verschlimmert hat. Der Bericht schlußfolgert, daß die Ölförderung zum Rückgang anderer grundlegender Wirtschaftsbereiche geführt hat."

Doch die korrupte Regierung des Tschad verfügt noch nicht einmal über eigene unabhängige Kapazitäten, die Ölindustrie zu kontrollieren. Offenbar weiß sie selbst nicht genau darüber Bescheid, wieviel Erdöl die Firmen tatsächlich täglich aus dem Land pumpen. "Das ESSO-Konsortium berichtet halbjährlich über den Projektfortschritt. Die angegebenen Fördermengen von 122.500 Barrel/Tag in 2010 ... können nicht von unabhängiger Seite überprüft werden."

Das Versickern der Entwicklungshilfe

In einem Artikel vom 2.12.2019 (<https://fassadenkratzer.wordpress.com/2019/12/02/der-reichtum-afrikas-die-verfehlte-entwicklungshilfe-und-der-reichtum-der-machteliten/>) wurde hier auch darauf hingewiesen, daß die Kollaboration der korrupten afrikanischen Regierungen der kapitalistischen Ausbeutung des Westens nicht nur das Gros der (relativ geringen) Einnahmen aus dem Verkauf der Bodenschätze, sondern auch die Entwicklungshilfe des Westens weitgehend verschlingt.

"Die (derzeitige) Entwicklungshilfe ist in vielen Ländern nicht die Lösung, sondern das Problem", sagen einsichtige Afrikaner, die die Entwicklung ihrer Länder voranbringen wollen. Seit Jahrzehnten werden mit großen humanen Gesten Milliarden in dieselben alten Kanäle gepumpt, die in korrupte Taschen münden und keine Entwicklung der armen Länder bewirken. Ein Umdenken, wie es der ehemalige Botschafter in Afrika, Volker Seitz, eindringlich fordert, findet merkwürdigerweise auch in der deutschen Politik nicht statt. Man schaut zu, wie Afrika weiterhin "armregiert" wird und die Ursachen der Massenmigration nicht beseitigt werden.

Volker Seitz, der insgesamt 17 Jahre deutscher Botschafter in afrikanischen Ländern war, weist darauf hin, daß Afrika im Grunde ein reicher Kontinent ist. 60 % des Kaffees weltweit, 70 % des Kakaos, mehr als die Hälfte des Goldes, 90 % des Kobalts, 50 % der Phosphate, 40 % des Platins kommen aus Afrika. Das seltene und kostbare Erz Coltan, unverzichtbar für Handys, Laptops und Lenksysteme von Raketen, finde sich weltweit nur im Kivu, dem Grenzgebiet von Kongo, Burundi und Ruanda/Uganda. Hinzu kommen reiche Vorkommen an Diamanten, Saphiren, in einigen Gegenden fruchtbare Böden und ein gewaltiges Potential für Tourismus. Doch die Regierungen machten daraus nichts für die Entwicklung des Landes.

"Viele Regierungen ruhen sich heute wie in der Vergangenheit auf den leicht verdienten Rohstofflösungen aus, zumal wenn sie - ohne etwas dafür tun zu müssen - diese in die eigenen Taschen fließen lassen können. In diesen Ländern ist das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen erschreckend gering, der Rechtsstaat oft eine Farce, die soziale Ungerechtigkeit skandalös." <<

Italien: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. August 2023: >> Italien: Salvini will Vergewaltiger kastrieren lassen!

Als Reaktion auf eine brutale Gruppenvergewaltigung auf Sizilien hat die national-konservative "Lega-Partei" von Ex-Innenminister Matteo Salvini (jetzt Infrastruktur-Minister und stellvertretender Ministerpräsident) eine Unterschriftensammlung für ein neues Gesetzesvorhaben gestartet. Darin soll festgelegt werden, daß bei verurteilten Sexualstraftätern neben Freiheitsstrafen auch die chemische Kastration zur Anwendung kommen kann. Dabei wird ein Medikament verwendet, das das Sexualhormon Testosteron für die Dauer der Verabreichung unterdrückt.

Letzter Anlaß: In Palermo wurde Anfang Juli eine 19-jährige Frau von sieben "jungen Män-

nern" vergewaltigt, das Verbrechen wühlte ganz Italien auf. Chats und Handyvideos der Angeklagten lassen laut Staatsanwaltschaft darauf schließen, daß die Männer die Gruppenvergewaltigung als eine Art Zeitvertreib angesehen hätten. Sie seien nach der Tat gemeinsam in ein Restaurant gegangen, als wäre nichts geschehen. Salvini unterstützt die Initiative und sagte, daß Gefängnisstrafen in solchen Fällen oft nicht ausreichen würden.<<

23.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. August 2023:

>>Transgender-Wahn: Eine Journalistin rechnet ab

Von *Daniell Pföhringer*

Mit ihrem Buch "Irreversibler Schaden" hat Abigail Shrier in ein Wespennest gestochen. Sie belegt: Die im Westen grassierende Geschlechterverwirrung folgt einem perfiden Plan - und zerstört unsere Jugend.

Als die US-Journalistin Abigail Shrier im Sommer 2021 ihr Buch "Irreversible Damage" in Übersee veröffentlichte, gab es einen Aufschrei in der woken Blase. Ist Shrier "die gefährlichste Frau Amerikas?", fragte etwa das Springer-Blatt Die Welt, und die Londoner Times stellte fest:

"Irreversible Damage ... hat einen Sturm entfacht. Abigail Shrier ... tut etwas sehr Simples, aber Verheerendes: Sie hält sich streng an die Fakten."

How dare you! Wie konnte sie das nur wagen! An Fakten halten! Geht gar nicht! Doch was genau hatte die Autorin des renommierten Wall Street Journal eigentlich verbochen?

Shrier hatte untersucht, warum der Transgender-Wahn unter jungen Mädchen in den USA geradezu grassiert. Konkret versuchte sie zu ergründen, warum sich die Diagnose "Geschlechtsdysphorie" (Nichtübereinstimmung zwischen dem biologischen Geschlecht eines Menschen und dem von ihm psychisch "gefühlten") im vergangenen Jahrzehnt von einem verschwindend seltenen Leiden, das fast ausschließlich Jungen und Männer betraf, zu einer regelrechten Epidemie unter Mädchen im Teenageralter gewandelt hat. Die Antworten, die die Journalistin fand, schmeckten der Regenbogen-Fraktion überhaupt nicht.

Die induzierte Geschlechterverwirrung

Kein deutscher Verlag hatte den Mut, eine Übersetzung von Shriers aufsehenerregendem Werk auf den Markt zu bringen. Bisher! Denn nun hat der Kopp-Verlag die verdienstvolle Aufgabe übernommen, diese Generalabrechnung mit der Zerstörung der Geschlechtsidentitäten im woken Wertewesten der hiesigen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit "Irreversibler Schaden" (Untertitel "Wie der Transgenderwahn unsere Töchter verführt" erfährt nun auch der deutsche Leser, wo die Ursachen für dieses gesellschaftszersetzende Phänomen liegen.

Selbstredend hetzt die Autorin in ihrem Buch nicht gegen Transsexuelle, wie ihr manche unterstellen, und sie stellt auch nicht in Abrede, daß es Transsexualität gibt, daß also Geschlechtsumwandlungen für manche Menschen ein Problem lösen können.

Sie weist allerdings auf ein ganz spezielles Phänomen hin: Pubertierende Mädchen, die sich von interessierter Seite einreden lassen, daß ihr weiblicher Körper etwas sei, das es abzuschüteln gilt. Diese Teenagerinnen gehen der Propaganda einer lautstarken Lobby auf den Leim. Und genau diese Regenbogen-Lobby hat auf "Irreversibler Schaden" denn auch besonders empört reagiert und die Autorin mit einer Hetzkampagne überzogen.

Hannes Stein schreibt dazu in der Welt:

"Womöglich ist der eigentliche Affront, daß Abigail Shrier ... einen kitschigen Mythos in die Luft sprengt. Fortschrittliche Leute reden im heutigen Amerika von der LGBTQIA-Gemeinschaft, als handle es sich bei diesem Buchstabensalat um eine bunte, fröhliche Gemeinschaft von Menschen, die einander alle in brüderlich-schwesterlicher Verbundenheit zugetan seien und dieselben Interessen hätten."

Genau dies sei aber ein Trugschluß. "Lesbische Frauen empfinden zumindest Teile der trans-

sexuellen Bewegung als ihre natürlichen Freßfeinde, dürfen dies aber nicht zugeben", so Stein.

Die Verstümmelungs-Industrie

Shirer versteht darunter eine Form des Einflusses, die insbesondere von der sogenannten Peer-group - also die Gruppe von Gleichaltrigen, die als soziale Bezugsgruppe neben das Elternhaus tritt - ausgeübt wird und die eine Person dazu ermutigt, ein bestimmtes Verhalten nachzuahmen. Die Autorin schreibt:

"Im Fall der Geschlechtsdysphorie spielen die Influencer im Internet eine große Rolle bei der Verbreitung des Mißbehagens gegenüber dem eigenen Körper."

Aber auch dem eigenen Freundeskreis kommt eine bedeutende Rolle zu bei der Weiterverbreitung und Förderung des "Hangs, sich als Transgender zu identifizieren" und die oftmals darauf folgende "Aufforderung, sich Hormonbehandlungen oder Operationen zu einer geschlechtlichen Angleichung zu unterwerfen".

Shirer geht damit dem Phänomen der "sozialen Ansteckung" auf den Grund - und stellt klar: Jungen Mädchen wird bewußt eingeredet, daß sie im vermeintlich falschen Körper steckten. Und daraus resultiert dann nicht selten jener "irreversible Schaden", den der Buchtitel meint.

Die Autorin hat sich bei den Recherchen für ihr Buch gründlich mit der Transgender-Epidemie beschäftigt. Dazu hat sie mit Mädchen gesprochen, mit deren leidgeplagten Eltern sowie mit Beratern und Ärzten, die eine Geschlechtsumwandlung ermöglichen. Auch mit "Detransitioners" hat sie sich ausgetauscht - also jungen Frauen, die zutiefst bedauern, was sie sich selbst angetan haben.

Doch Shirer prangert in "Irreversibler Schaden" aber auch die Industrie an, die von der Geschlechterverwirrung profitiert: Lobbygruppen, aber auch Ärzte, die den Mädchen mitten in der Pubertät männliche Hormone verschreiben, obwohl das überaus gefährlich ist. Chirurgen schneiden ihnen dann die Brüste weg; Eine Ärztin behauptete im Gespräch mit der Autorin allen Ernstes, dies lasse sich später wieder rückgängig machen. "Dieses furchtlose Buch zeigt, wie die Körper von Mädchen zu Kollateralschäden in den Kulturkriegen der Erwachsenen geworden sind", notierte Janice Turner in der Times.

Viel Feind, viel Ehr

Die sogenannte American Civil Liberties Union, ein als Bürgerrechtsgruppe getarnter Lobbyverband der Woke-Ideologen, findet "Irreversibler Schaden" ganz schrecklich. Chase Strangio, ein Direktor des Vereins, verstieg sich sogar zu der Aussage:

"Abigail Shriers Buch ist eine gefährliche Polemik. ... Die Verbreitung dieses Buches und dieser Ideen zu stoppen ist zu 100 Prozent eine Sache, für die ich mein Leben hingeben würde."

Grace Lavery, eine Englischprofessorin in Berkeley, rief gar zu inquisitorischen Maßnahmen auf:

"Ich möchte dazu ermutigen, dieses Buch zu stehlen und es auf einem Scheiterhaufen zu verbrennen."

Es kam wie es kommen mußte: In den USA wurde das Buch von Medien, Händlern und Werbeträgern weitgehend boykottiert. Dabei legt Abigail Shrier in "Irreversibler Schaden" einfach nur die Fakten auf den Tisch - und zeigt die zerstörerische Dimension und die furchtbaren Folgen der Trans-Propaganda auf.

Das Werk, das der britische Economist als "eines der besten Bücher des Jahres" bezeichnete, ist vor wenigen Wochen in deutscher Übersetzung erschienen. "Irreversibler Schaden" ist ein überaus wichtiges Buch und eignet sich ganz besonders als Handreichung für Jugendliche oder besorgte Eltern, da die Gefahren des Transgenderwahns deutlich benannt wird - und die Propaganda dahinter enttarnt wird. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 23. August 2023 (x1.326/...): >>Selbstbestimmungsgesetz entmündigt Eltern

- AfD prüft verfassungsrechtliche Schritte

Die Bundesregierung hat sich auf das "Selbstbestimmungsgesetz" geeinigt, das vermeintliche Diskriminierung bekämpfen und es nicht nur Erwachsenen, sondern auch Kindern ab dem 14. Lebensjahr ermöglichen soll, einmal jährlich ihr amtliches Geschlecht sowie den Vornamen zu wechseln. Dazu die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:

"Mahnende Stimmen beispielsweise dahingehend ignorierend, daß ein solches Gesetz krimineller Identitätsverschleierung Vorschub leiste, erhebt sich die Bundesregierung zum wiederholten Male nicht nur über wissenschaftliche Fakten, sondern stellt sich erneut gegen das Grundgesetz. 'Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht', so lautet es in Artikel 6, den das Selbstbestimmungsgesetz ad absurdum führt. Denn widersprechen Eltern dem Wunsch ihres Kindes nach einem Geschlechtswechsel, können zukünftig Familiengerichte gegenteilig entscheiden und einen Wechsel des Geschlechtes anordnen.

Schlimmer noch ist die Tatsache, daß sich die Bundesregierung einen Präzedenzfall schafft, der es zukünftig an den unterschiedlichsten Stellen möglich machen wird, staatliche Institutionen zu Erziehungsberechtigten zu erklären, wenn es den ideologischen Zwecken der Ampel dient.

Die AfD prüft verfassungsrechtliche Schritte, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Kinder sind unser höchstes Gut, die Erziehungsrechte von Eltern haben unantastbar zu bleiben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. August 2023: >>**Illegale: Der eingeräumte Kontrollverlust**

Von *Sven Eggerts*

Erneut hat Brandenburgs CDU-Innenminister Michael Stübgen mit Blick auf die Entwicklung illegaler Einwanderung von einem "Kontrollverlust" gesprochen. Maximilian Kraus, AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, rüttelt auf und fordert eine "Politik von rechts". Wie sähe eine solche aus?

In gut einem Jahr finden in Brandenburg Landtagswahlen statt. CDU-Innenminister Michael Stübgen hat offensichtlich vor, mit klaren Worten im anlaufenden Wahlkampf Boden gutzumachen. Gemäß neuester Meinungsumfrage kommt die CDU in Brandenburg derzeit nur auf 15 Prozent, die AfD auf satte 30.

Grenzkontrollen? Keine Notwendigkeit!

Also läßt sich Stübgen von der Bild mit einer klaren Einschätzung der Lage zitieren: "Keine Schleuserroute wird so stark genutzt wie die über die deutsch-polnische Grenze. Mehr als 15.000 Menschen sind seit Januar auf diesem Weg illegal eingereist. Das ist eine komplette Kleinstadt."

Nun sitzt CDU-Stübgen als Innenminister in einer großen Koalition ja durchaus an den Hebeln der Macht. Jetzt versucht er, den Schwarzen Peter an die Bundesregierung loszuwerden. Denn die Ampel, also SPD-Innenministerin Nancy Faeser, müßte bei der EU entsprechende Grenzkontrollen beantragen. Sie will dafür aber keine Notwendigkeit erkennen. Stübgen: "Faeser überläßt es den Schlepperbanden, wer nach Deutschland kommt. Das ist ein Kontrollverlust, der nicht weiter hingenommen werden kann."

Stübgen hatte erst kürzlich für Aufsehen gesorgt. Genervt, weil es in Brandenburg keinen Platz mehr für immer neue Migranten gibt und geschockt, weil die AfD höchst erfolgreich Unterschriften gegen mehr und mehr Asylheime sammelt, stieß er aus:

"Die Menschen spüren, daß wir die Kontrolle über die illegale Migration verloren haben."

Welch ein Eingeständnis, welch ein Armutzeugnis! Statt gegenzusteuern, hatte Stübgen sich zuletzt darin aufgerieben, die Jugendorganisation der AfD als "extremistisch" einzustufen: "Die Positionen der AfD-Jugendorganisation sind eindeutig nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar. Der Verfassungsschutz Brandenburg hat wiederholt Verstöße gegen die freiheitli-

che demokratische Grundordnung festgestellt."

Klartext? AfD macht's vor...

Unterdessen explodieren die Migrationszahlen geradezu. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

"Stetig zunehmende illegale Grenzübertritte wie auch ein Anstieg des Familiennachzugs zu anerkannten Asylbewerbern belegen, daß die Krise immer weitere Kreise zieht. Während es anderen Staaten wie Österreich und Schweden gelingt, die illegale Migration gezielt zu reduzieren, unterläßt die Bundesregierung nicht nur nötige Gegenmaßnahmen, sondern forciert die Migration auch noch, etwa indem sie als Seenotthelfer fungierende Schleuser finanziert und immer weitere Aufnahmeprogramme auflegt."

Die AfD-Bundestagsfraktion fordere "als sofort greifende Maßnahmen zur Reduzierung des Migrationsdrucks den Stopp der freiwilligen Aufnahmeprogramme, die Aufhebung des Familiennachzugs zu lediglich subsidiär Schutzberechtigten, die Einführung stationärer Grenzkontrollen auch an der Ostgrenze sowie eine Rückführungsoffensive, die diesen Namen auch tatsächlich verdient".

Solche Ansätze skizziert auch Maximilian Krahl in seiner Schrift "Politik von rechts". Er belegt, daß die AfD sehr wohl zu allen wesentlichen Politikfeldern Position beziehen und eine Alternative bieten kann. Krahl unterstreicht mit diesem Manifest seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein. Seine Ansage: Der Meinungskorridor ist zu eng. Es ist an der Zeit, ihn zu erweitern!

Unterdessen drängt Polizeigewerkschafter Rainer Wendt auf konsequente Abschiebungen. Von 280.000 Ausreisepflichtigen würden jährlich nur etwa 13.000 abgeschoben, rechnet er vor. Demnach bräuchte es "fast ein Vierteljahrhundert, um alle Menschen außer Landes zu bringen - vorausgesetzt, niemand würde mehr einreisen."

"Politik von rechts" sollte Pflichtlektüre für alle Menschen sein, die sich eine Abwehr von den herrschenden Parteien wünschen. SPD, CDU, CSU, FDP, Grüne und Linke haben sich eine solche Abkehr wirklich verdient.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26853" berichtet am 23. August 2023 (x1.319/...): >>**Kollektiver Exorzismus**

"Wehe euch, Erde und Meer! Denn der Teufel ist zu euch hinabgestiegen. Er schnaubt vor Wut, weil er weiß, daß ihm nicht mehr viel Zeit bleibt." Die gebeutelte Menschheit bleibt dem absolut Bösen nicht schutz- und wehrlos ausgeliefert - sie wird zur kollektiven Macht ...

Von Kla.TV-Gründer *Ivo Sasek*

Wie kommt es, daß die Justiz in aller Welt plötzlich alle frechen Mörder deckt und statt dessen skrupellos deren Opfer ahndet? www.kla.tv/24922

Wie kommt es, daß Big Pharma unaufhaltsam ganze Völker zerstört, sie vor aller Augen in den Ruin treibt und daraus dann auch noch Billionen Profite generiert? www.kla.tv/22999, www.kla.tv/24596 Ich frage:

Wie kommt es, daß unkorrigierbare Kriegstreiber uns gerade stur in einen dritten Weltkrieg hineinmanövrieren? Und sich dadurch eine Weltherrschaftsstellung erzwingen? www.kla.tv/-25274, www.kla.tv/25662

Wie kommt es, daß eine Hochfinanz rücksichtslos die ganze Welt in ihre Schuldenfalle treibt und sich dabei alles Hab und Gut unter den Nagel reißt? www.kla.tv/18355, www.kla.tv/228

Wie kommt es, daß Drogen-Mafias ungestraft ganze Völker anfixen können und sie zur absoluten Widerstandslosigkeit verdammen können - desgleichen auch die Porno-, die Alkohol-, die Aufputsch-Mafia und dergleichen? www.kla.tv/7797, www.kla.tv/16564, www.kla.tv/-25939

Wie kommt es auch, daß eine Bildungs-Mafia widerspruchslos uns jeder wahren Herkunft berauben kann, aber auch jedem Wissen um das wahre Weltbild und um unser wahres Sein im

Leben? www.kla.tv/10401, www.kla.tv/16043, www.kla.tv/21931

Wie kommt es, daß ein zunehmend allgegenwärtiger Satanismus all unsere Naturtriebe mißbrauchen kann, uns jeder wahren Freiheit berauben und die Menschheit um jeden gesunden Menschenverstand bringen kann, um jede schützende Ethik und Moral? www.kla.tv/18163, www.kla.tv/4233, www.kla.tv/24341

Wie kommt es, daß die Kirchen und Religionen selber eisern daran arbeiten, um jede wirklich wahre geistliche Erkenntnis und jede echte Beziehung zu Gott zu zerstören? www.kla.tv/23033, www.kla.tv/16121

Wie kommt es auch, daß die Massenmedien alle Welt plötzlich gegen wirklich Aufrichtige und Gerechte verhetzen, die übelsten Kinderschänder aber usw. decken und die Menschen unter ständiger Panikmache in die Fänge von zuvor benannten Schergen peitschen? Fragt ihr das euch auch? www.kla.tv/26810, www.kla.tv/26114, www.kla.tv/25557

Wie kommt es, daß die Politik gerade sämtliche Ethnien entwurzelt, sie ihrer althergebrachten Bräuche, Zusammengehörigkeit und kulturellen Reichtümer berauben? www.kla.tv/13538

Wie kommt es auch, daß die Wissenschaft, entgegen aller Proteste, zielstrebig alle Menschen unter ihre totalitären Kontroll-Technologien versklavt? www.kla.tv/17862, www.kla.tv/25612

Wie kommt es, daß ausgerechnet Philanthropen ganze Völker von ihren Staatsbediensteten und Schutzeinrichtungen abspalten? www.kla.tv/25055, www.kla.tv/24562, www.kla.tv/25566

Wie kommt es, daß immer mehr sogenannte Kinderschutzorganisationen gutherzigen Eltern jede Erziehungsgewalt und deren Kinder entreißen? www.kla.tv/13379, www.kla.tv/2365, www.kla.tv/18594

Wie kommt es, daß Technologiekonzerne uns zunehmend jeder eigenen Intelligenz und jedem natürlichen Wahrnehmungsvermögen berauben? www.kla.tv/13036, www.kla.tv/13480

Wie kommt es, daß die Filmindustrie uns täglich mehr unserer Objektivität und eigenen Kreativität beraubt? www.kla.tv/1518, www.kla.tv/15595

Wie kommt es, daß Pädagogen jeder Art jede traditionelle und gesunde Erziehung und die Familie als Grundzelle zerstören können - ungestraft? www.kla.tv/14688, www.kla.tv/16159

Wie kommt es, daß allerlei NGOs und immer mehr hinterhältige Lobbyisten alle Regierungen der Welt unterwandern, deren Verfassungen aushebeln und alle nationalen Souveränitäten zerstören können? www.kla.tv/9437, www.kla.tv/6047

Wie kommt es, daß uns tausende Bücher schon vor Jahrzehnten vor genau diesen Entwicklungen gewarnt und all solche Verschwörungspläne ans Licht gebracht haben - aber ohne jeden weltweiten Aufschrei, sprich ohne Erfolg? www.kla.tv/23990, www.kla.tv/10117

Wie kommt es, daß Geheimorden und Illuminaten systematisch und ohne Aufschrei der Justiz unsere Zivilisationen zerstören können, um ihre eigene Weltherrschaft vor aller Augen aufzurichten? www.kla.tv/14680, www.kla.tv/14496

Ich frage weiter:

Wie kommt es, daß immer mehr auswärtige Pädagogen unsere traditionellen Schulsysteme unterwandern und zerstören? www.kla.tv/9000, www.kla.tv/12400

Wie kommt es auch, daß uns externe sogenannte "Experten" ohne allgegenwärtiges Entsetzen der Gesellschaft, vom Kleinstkind bis zum Erwachsenen hin, jede natürliche Geschlechtlichkeit absprechen konnten, ja, daß das Transvestitentum über die heterosexuelle Partnerschaft hochjubeln konnten? www.kla.tv/7710, www.kla.tv/3636, www.kla.tv/26844

Ich sage: Es gibt einzige eine schlüssige und daher zulässige Erklärung für all dieses Unfaßbare und noch mehr. Ich sag: Es gibt einen Teufel, und dieser ist auf diese Welt hinabgestiegen, versteht ihr? Genau wie es in Offenbarung 12, 12 seit 2.000 Jahren geschrieben steht. Ich zitiere: "Wehe der Erde und dem Meer! Denn der Teufel ist zu euch hinabgestiegen und hat eine große Wut."

Vielleicht sagst du dir jetzt: "Fuck, hör auf mit diesem Scheiß, das ist doch nur Religion. Das waren doch die Kirchenfürsten, die den Teufel und die Dämonen erfunden haben, damit sie Herrschaft über die Kirchgänger und dann über die ganze Menschheit ausüben konnten. Also geh weg mit deiner Religion, ich mag davon nichts hören." Das ist natürlich dein gutes Recht, so zu reden. Ich sag: Sei dir dabei allerdings bewußt, daß du dann dieser gebeutelten Welt noch eine schlüssige Antwort schuldig bist und zwar für all das, was hier zunehmend Grausames geschieht.

Bis hin über Themen, die digitale Währungen usw., laufende Inflation, die uns zerstört. Die nicht nur unsere goldgedeckte Währung, sondern uns auch enteignet und alle getäuschten Völker bis zum Great Reset hin abbaut, nach dem Motto: Du wirst nichts mehr besitzen und glücklich sein. Woher kommt all das? www.kla.tv/26752, www.kla.tv/26416, www.kla.tv/17031

Erkläre du dann der Welt: wie sonst saufreche Spekulanten z.B. unzählige Summen Volksvermögen rauben konnten und uns um unsere hart erkämpften Ersparnisse, die Altersvorsorge usw. bringen konnten - viele Teile davon. www.kla.tv/17276, www.kla.tv/25578, www.kla.tv/23393

Erkläre dann der Welt: wie sonst Weltgesundheitsorganisationen unsere Gesundheit ruinieren und unsere Krankenkassenkosten in den Himmel hochtreiben konnten. <http://www.kla.tv/16483>, www.kla.tv/25674, www.kla.tv/26532

Erkläre du uns dann: wie entgegen jeder Vorwarnung vor dem tödlichen Covid-Völker-Experiment dennoch völlig ungestraft jetzt Millionen von Menschen unfruchtbar gespritzt, Abermillionen permanent krank gemacht und unzählige getötet werden konnten! www.kla.tv/21162, www.kla.tv/21438, www.kla.tv/25809

Erkläre du uns: wie uns auch Geschichtsfälscher entgegen aller Proteste unserer Wurzeln berauben konnten. www.kla.tv/8578, www.kla.tv/14383, www.kla.tv/9131

Erkläre uns auch: wie das Patentwesen lückenlos jede autark machende Technik aufs Eis legen und so jede Selbstständigkeit kastrierten konnte in unserer Mitte. www.kla.tv/24465, www.kla.tv/13397

Erkläre uns auch: wie eigenmächtige Zensoren unser aller Zugang zu den tieferen Geheimnissen des Lebens beschneiden und uns des wahren Seins und der wahren Gestalt der Erde usw. berauben konnten. www.kla.tv/11705, www.kla.tv/17237Es gäbe noch vieles ...

Erkläre du uns auch: auf welchem Weg z.B. irgendwelche Umweltministerien mit ihren frei erfundenen Energiekrisen uns die endlosen Ressourcen und Entwicklungsmöglichkeiten verdunkeln konnten, um jetzt erpresserisch immer mehr Volksvermögen durch Zwangsabgaben abzusaugen. www.kla.tv/23750, www.kla.tv/21792

Erkläre du dann auch aller Welt: wie sonst es gelingen konnte, sie mittels Scheindemokratien diktatorisch anzuführen, über allerlei dubiose Marionetten und Strohmänner. www.kla.tv/6058, www.kla.tv/8822

Erkläre du uns: wie es kam, daß das gesamte Polizeiwesen plötzlich zunehmend alle Kriminellen und auch hochgefährlichen Drahtzieher schützt, während sie den Kleinen nachjagt und jeden sinnvollen Volksaufstand brutal niederschlägt. www.kla.tv/25055, www.kla.tv/19764

Erkläre uns auch: wie sonst es kam, daß Umweltverbände z.B. und Ministerien die Völker diktieren und deren einst teuer erwirtschafteten Energiesysteme vernichten konnten, während sie im Ausgleich uns jetzt Blackouts liefern, alles und jedes besteuern, was sie gerade wider jede unabhängige Wissenschaft als klimaschädlich propagieren. www.kla.tv/25705, www.kla.tv/24162

Du muß uns auch erklären und der Welt: auf welchem Weg sonst humanitäre Organisationen gezielt alle Nationalitäten zerstören, indem sie diese mit Flüchtlingen überziehen und schwemmen und widersinnigste Rassenvermischungen erzwingen. www.kla.tv/15322, www.kla.tv/15322

kla.tv/13430, www.kla.tv/10711

Und zu guter Letzt wärst du der Weltgemeinschaft auch noch einen Lösungsansatz schuldig, wie man diese zahllosen Bosheiten praktisch angehen und bezwingen kann. Weil mittlerweile ja jeder sehen kann, daß wir alle als Sklaven grausamster Despoten enden werden, wenn das so weitergeht - als mittellose, völlig rechtlose und ohnmächtige Sklaven.

Die meisten von uns wird es schon gar nicht mehr geben, wenn deren Plan aufgeht, weil der laufende Genozid, sprich Völkermord von den Eugenikern unwiderlegbar betrieben wird - und zwar eisern. Es wird von den siebeneinhalb Milliarden Menschen sieben Milliarden bald nicht mehr geben, so sieht die Wahrheit aus, wenn diese Gesellen nicht bezwungen werden!

Also, was ist dein praktischer Lösungsansatz, um diesen Allfrontenkrieg, sag ich mal, mit den Superreichen, den Geheimbünden, den Satanisten und Weltverschwörern zu gewinnen, die Oberhand zu kriegen?

Und vergiß bitte vor deiner Antwort nicht, daß diese, die es zu überwinden gilt, sämtliche Waffen besitzen und auch sämtliches Waffenrecht auf ihrer Seite haben, während du schon hinter Gittern sitzt, wenn du nur schon ein etwas zu breites, ein handbreites Messer mit dir herumträgst. Und die bezwingen völlig Wehrlose, Mittellose, ja, absolut Unterbemittelte, diejenigen, die selber über Strahlenwaffen verfügen, mit denen sie uns über Nacht niedergaren und allerlei mehr können. Ich sage:

Es ist der Teufel, der die Völker längst durch allerlei Spiel-, Sport- und Vergnügungssucht ihrer Aufmerksamkeit beraubt hat. Es ist der Teufel, der sie blind vertrauend macht, sie ablenkt von der politischen Entwicklung, von seiner satanischen Weltherrschaft, die er anbahnt - er macht uns völlig gleichgültig, nachlässig und nur noch nachschwätzerisch. www.kla.tv/-3751, www.kla.tv/13074

Es ist der Teufel, sage ich, der längst unsere Hochschulen auch unterwandert hat, um jede Zusammenballung intellektueller Kräfte, die nicht seiner Doktrin angehören, im Keim schon zu ersticken. www.kla.tv/13223, www.kla.tv/19404, www.kla.tv/26558

Es ist der Teufel, der ausgerechnet durch Menschenrechts- und Kinderschutzorganisationen, jährlich hunderttausende Kinder ihren teils wunderbaren Eltern entzieht! www.kla.tv/16305, www.kla.tv/8897

Es ist der bare Teufel, der diese Welt laufend in Demokratisierungskriege verwickelt, sie einstürzt und sich ihre Regierungen einverleibt und seine satanische neue Weltordnung aufrichtet. www.kla.tv/7046, www.kla.tv/14418, www.kla.tv/25274

Es ist der Teufel, der auch all diese Terroranschläge unter falscher Flagge inszeniert, damit unkontrollierbare Kriegseinsätze in aller Welt gerechtfertigt sind und Verhaftungen ohne alle nötigen Beweise und Rechenschaftspflicht durchgedrückt werden können. www.kla.tv/10254, www.kla.tv/25720, www.kla.tv/11079

Es ist auch der Teufel, der viele Millionen schuldlose Menschen einsperrt und sie als Sklaven gratis für sich arbeiten läßt. www.kla.tv/12568

Es ist auch der Teufel, der die von ihm gezeugten Splittergruppen heimlich mit Waffen beliefert, um die zuvor von ihm verhetzten gegeneinander loszulassen - und zwar egal auf welcher Ebene, ob jetzt politisch, wirtschaftlich, religiös, wissenschaftlich, sozial oder was auch immer. Und zwar bis alle Länder unregierbar geworden sind - das ist sein Ziel - und von seiner neuen Weltordnung übernommen werden können. www.kla.tv/3359, www.kla.tv/8767, www.kla.tv/20044

Es ist der Teufel, der mittels seiner eigenen superreichen Anbeter die rechtlosen Arbeiterklassen verhetzt und so systematisch den Mittelstand zerstört, also die eigentlichen Brotgeber aller Völker - um letztlich allesamt als seine Sklaven vereinnahmen will - und zwar ohne Konkurrenz. Das beabsichtigt er. www.kla.tv/26479, www.kla.tv/24894

Es ist auch der Teufel, der alle Völker der Erde mit seinen Freiheitsparolen bestückt und sie in

einen Kampf mit Naturgesetzen verwickelt, verstrickt, aber auch in einen Kampf gegen Gott selber und gegen jede herrschende Gewalt und gegen jedes herrschende Gesetz. www.kla.tv/26760, www.kla.tv/26810

Es ist der Teufel, der mit rationalen Lehrsätzen und Proklamationen das allseitige Recht auf Befriedigung jeglicher Begierde jeden Gottesglauben und jede Heiligung zerstört. www.kla.tv/6324, www.kla.tv/7686, www.kla.tv/9306

Es ist auch der Teufel, der durch seine Presse und seine Medien die gewünschten Leidenschaften des Volkes aufpeitscht und diese zu seinen satanischen Zwecken instrumentalisiert. www.kla.tv/10360, www.kla.tv/9822, www.kla.tv/9788

Ich sage: Es braucht einen weltweiten Stopp durch die Völker - eine allseitige Kriegsdienstverweigerung und einen Untersuch all dieser Verschwörung, die hier unten läuft.

Und ob es uns paßt oder nicht: Der Teufel existiert, er existiert leider leibhaftig, er ist kein Mythos, er ist keine Erfindung der Kirchen - nein, es ist noch viel schlimmer: Er existiert ganz real und wütet zusammen mit unzähligen satanischen Geistern hier unten herum. Daß wir ihm allerdings nicht einfach schutz- und wehrlos ausgeliefert sind, möchte ich dir mit dieser Rede nahebringen.

Aber schau: Zehntausende Sendungen freier Aufklärer belegen unwiderlegbar, daß eine weltweite Verschwörung im Gange ist. Das liegt dann dahinter. Diese Verschwörung wird seit Jahrhunderten allen voran durch freimaurerische Satansverehrer vorangetrieben. Und diese wirken über gut ausgebaute, international durchorganisierte Geheimbundstrukturen oder -netzwerke. Und ich frag: Wie konnte sich denn überhaupt so viel Verlogenheit, so viel Bosheit und gnadenlose Brutalität in diese verschwörerischen Feinde der Menschheit einfressen? Was ich jetzt im Weiteren ohne Rücksicht auf Verluste sage, muß einfach einmal gesagt sein - ich hoffe, Ihr habt Verständnis dafür.

Wir kommen nicht mehr darum herum, denn die immer grausamer werdenden Zeitereignisse, sie zwingen uns dazu, so zu reden, so zu handeln. Haben doch immer höllischere Zustände uns alle schon längst in eine Erklärungsnot gestürzt. Das sieht man bei jedem Gespräch da draußen. Und ich weiß, niemand von uns mag zwar nachfolgende Bezeugungen wirklich hören. Aber andererseits - falsche und eigenwillige Diagnosen, die entschärfen die Katastrophe wirklich auch nicht. Ich sage es, wie es in Wahrheit ist:

Ich erzähle dir jetzt, was in der Bibel steht - und jeder Mensch unter diesem Himmel kann selber entscheiden, ob er diese Bezeugungen weiter ignorieren, mißachten oder gar verachten will; oder eben befolgen. Seht einmal, es ist so: Als Jesus Christus über diese staubigen Straßen von Jerusalem ging und zu predigen begann, haben sich hunderte, ja tausende ähnliche Fälle überall ereignet: Überall begannen aus den Menschen heraus unsichtbare Mächte zu wirken. Lest es in der Bibel nach im Neuen Testament, den Evangelien.

Die Bibel nennt sie Dämonen, unreine Geister, böse Geister. Während Jesus also zehntausende Menschen mit einem bloßen Wort verändert hat, geheilt hat, hat er gleichzeitig Unmengen von Dämonen und Teufeln aus den Menschen ausgetrieben. Das war fast immer der Schlüssel für die Veränderung. Diese haben dann geschrien, laut geschrien, wurden herumgezerrt. Die Dämonen ließen sie wie tot auf den Boden fallen, warfen sie ins Wasser, gelegentlich sogar ins Feuer und so weiter. Es gab keinen zweiten Grund, warum Jesus innert nur gerade zwei Jahren Weltberühmtheit erlangt hatte, wißt ihr.

Es war, weil alle Welt erleben konnte, daß unsichtbare Mächte in die Menschen eingegangen waren und diese komplett beherrschten. Die Bibel redet von der ersten bis zur letzten Seite klar und unmißverständlich von diesem Problem, oder auch von der Herkunft, woher die boshaften, unreinen oder verlogenen Auswüchse des Menschen kommen. In der geistlichen Fachsprache reden wir von dämonischen Belastungen, bis hin zur dämonischen Besessenheit. In irgendeiner Weise dämonisch belastet, ist buchstäblich jeder Mensch, muß man sagen, der

irgendwie in diese Welt geboren wird.

Weil schon jede böse Nachricht im Radio, im Fernsehen oder in der Presse bringt doch diese diabolischen Bedrückungen auf uns. Überall wirken Mächte der Einschüchterung, Mächte der Panik, der Angst. Boshafte Menschen, die es verstehen, die das Ganze verstehen, sie schüren dann ganz bewußt Panik unter den Völkern, weil sie damit die Menschen mittels dieser Geistesmächte kleinkriegen können. Sie können sie manipulieren und eigensüchtig ausnutzen. Um das geht es ja ständig.

Aber die Frage ist: Ab wann ist ein Mensch besessen, nicht nur einfach dämonisch belastet? Es ist ganz einfach: Es ist genau ab dann, wenn man mit diesem Menschen auf keinem Weg irgendwie noch menschlich reden, oder verhandeln oder konstruktiv zusammenleben könnte, oder arbeiten könnte.

Ein Beispiel für Besessenheit

Werkzeug zu sein, um einem kleinen Mädchen das Leben nehmen zu müssen und es dann am Ende auch noch essen zu müssen. Das war bis heute, das war das Schlimmste!

Dieses Wesen hatte dann Zugang zu mir und ich dann das kleine Mädchen töten mußte. Was ich noch dazu sagen kann, ist, daß als es in mir drinnen war, weil sie können tatsächlich von selber keine Hand anlegen, sie brauchen immer eine Art Werkzeug, ein Exoskelette, was sie bewohnen können, daß ich tatsächlich anders herum einen gewissen Einblick hatte in die Gedankenweise, in das Wesen dieses Wesens, und das war so abgrundtief widerlich.

Ich beschreibe das immer, als wenn eine Milliarde Violinen schräg spielen würden und dazu ein Gefühl des Hasses und der Abscheu von allem, wo wir sagen "das ist schön". Wenn man durch den Wald geht und man sieht ein Eichhörnchen laufen oder man sieht seine Kinder lachen und spielen und für diese Dinge ist eine komplette Abscheu dafür, es zerstören zu wollen, es zerlegen zu wollen.

Absolut widerlich und abartig. Das ist das, was ich währenddessen gefühlt habe. Kriege z.B. waren noch nie etwas anderes als die Durchbrüche, die letzten, dieser diabolischen Welt in die Menschen hinein. Es begann mit harmlosem Streit, dann Schlägereien, Mord, Totschlag. Und dann plötzlich brechen diese blindwütigen gegenseitigen Zerstörungen aus, manchmal auch Selbstzerstörungen. In der Bibel werden Besessene beschrieben, die in Gräbern, Totengräbern wohnten, sich mit Steinen selber schlugen, Tag und Nacht die Menschen gefährdeten, angriffen. Man konnte diese Menschen mit keinen Ketten binden, wird dort bezeugt, weil sie diese Ketten einfach zerreiben konnten und sich wieder frei schüttelten konnten. Seht ihr, das geht natürlich nicht.

Als ein Mensch, der seit über 45 Jahren im Seelsorgedienst steht, kann ich dir aus erster Hand bezeugen, aus eigener Erfahrung, daß es Besessenheit gibt. Tut mir leid, ist so. Mit Besessenen kannst du kein vernünftiges Wort mehr reden, die können von einem Moment auf den anderen komplett andere Menschen sein. Da gibt es keine menschliche Logik, kein Druckmittel - einfach gar nichts, was natürlicherweise funktioniert ... außer ... Und hier komme ich jetzt zu einer eigentlichen tiefen Grundwahrheit. Was ist es?

Jesus hat die bösen Geister mit seinem bloßen Wort gebunden und ausgetrieben! Also keine physischen Mittel. Es ist das Wort. Das Wort ist das Schwert im Mund. Und jetzt sagst du: "Was hat das alles mit mir zu tun? Ich bin weder ein Christ noch bin ich religiös ..." Ja, genau, du bist auch kein Priester, kein Exorzist - zumindest denkst du so und überläßt dann all diese diabolisch belasteten und diese vielfach besessenen Menschen einfach ihrem grausigen Schicksal. Bitte erschrick jetzt nicht. Ich sage dir einfach mit dieser Rede, daß jeder Mensch unter diesem Himmel ein potentieller Exorzist ist und in Extremsituationen wie gerade der gegenwärtigen auch sein muß!

Wenn er nicht untergehen will, wenn wir nicht untergehen wollen, müssen wir da etwas lernen, dringend! Und wenn wir das nicht endlich verstehen, werden genau diese unsichtbaren

Mächte noch endgültig aufkommen und dann werden wir sie kennenlernen und werden am eigenen Leib erleben, wie diese gleichsam dann uns austreiben werden. Wo austreiben? Weg aus diesem Leben, weg von diesem Planeten! So wird es sein, wenn wir hier nicht die Oberhand haben.

Seht, unser Nationenapostel Paulus hat uns schon vor fast 2.000 Jahren mit folgenden Worten über diese Dinge aufgeklärt. Ich zitiere ihn einmal: "Unser Kampf", sagt er, schreibt er, "ist nicht gegen Fleisch und Blut", sprich nicht gegen Menschen direkt, "sondern wider die Mächte der Bosheit in den himmlischen Bereichen, wider die Kosmokratores ..." wie die Mächte der Bosheit und so weiter. (Epheser 6,12) Und das bedeutet jetzt aber allerdings nicht, daß wir nicht aktiv gegen Verbrecher aus Fleisch und Blut vorgehen sollen, sonst würden wir ja auch als KLa.TV, AZK, oder insgesamt als freie Aufklärer ja gar nichts mehr tun. Versteht ihr.

Jesus lehrte aber seine Nachfolger, ich zitiere ihn: "Alles was ihr auf Erden binden werdet, das wird auch im Himmel gebunden sein." Du fragst: Wovon redet er da? Genau von diesen Geistesmächten, die hier unten in die Menschen einfahren! Jesus hat an hunderten verschiedensten Stellen in seinen Predigten übrigens die biblischen Bezeugungen beglaubigt, also die Bibel selber beglaubigt, an hunderten Stellen. Als wahrhaftig, rechtsgültig hat er es quasi unterschrieben, dargestellt.

Im letzten Buch der Bibel, in der Offenbarung steht geschrieben, daß dann, wenn es hier unten auf der Erde besonders grausam wird, daß eine weltweite Bewegung entstehen wird, die den Teufel packt, in Ketten legt, ihn bindet und in den Abgrund stößt, hinunterwirft!

Das ist alles in symbolischen Bildern dargestellt. Im Symbol ist es ein mächtiger Engel, der vom Himmel kommt - wird dort beschrieben - wie er herabsteigt usw. Aber Engel bedeutet ja wörtlich auch Bote. Also es meint nichts anderes, als daß eine himmlische Mitteilung kommen wird. Ein Moment, ein prophetisches Wort, das an uns ergeht, das daraufhin diese Ereignisse auslöst, daß Menschen beginnen, den Teufel in Ketten zu legen.

Und das, was ich dir jetzt sage, ist so ein Wort, das, ich sag mal, vom Himmel her an uns ergeht, ergangen ist. Um was geht es? Du und ich, wir alle zusammen haben diesen Auftrag. Also wir können nicht auf den Engel warten vom Himmel. Das sind nur Symbole. Wir haben den Auftrag, unsichtbare Mächte, die radikal Besitz ergriffen haben und sich in unsere Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Religion und Kultur und, und, und, eingenistet haben, sie auszutreiben, zu binden gemeinsam als Volk, versteht ihr, zu binden und in den Abgrund zu stoßen, zu versiegeln. Das ist jetzt bildliche Rede.

Und ich rufe hiermit jeden, aber wirklich jeden, der mich hier hört und sehen kann dazu auf, sich an diesem, ich nenne ihn einmal, universalen Exorzismus zu beteiligen, versteht ihr! Natürlich fragen wir: Wie geht denn das praktisch? Laßt uns alle tagtäglich unsere Herzen und Sinne fest darauf ausrichten, willensstark und absolut einen Stopp in die unsichtbare Welt auszurufen! So geht das. Das hat jetzt rein gar nichts Religiöses an sich, versteht ihr.

Sondern es ist die Geisteskraft, die natürliche Veranlagung in uns, die in jedem einzelnen von uns steckt. Und diese können wir freilösen und über diesen Teufel stehen mit dieser Geisteskraft, die in uns wohnt. Über diese Teufel, die alles unter sich in Beschlag genommen haben. Darum rufe ich schon längst jeden Tag zwischen morgens 06.00 Uhr bis 06.15 Uhr diesen Stopp zusammen mit tausenden geistlichen Widerstandskämpfern aus!

Jeden Tag. Morgen für Morgen um dieselbe Zeit. Darüber hinaus kannst du es natürlich auch in jeder Minute des Tages ausrufen, für dich ganz allein, wo immer du bist, wann immer du willst. Diese synergische Willensbekundung, dieser innere gemeinsame Widerstand wirkt sich in der unsichtbaren Welt wie ein Feuer aus, wie eine Feuersflut, wie eine Art Kugelhagel oder gewaltige Explosion, gegen diese Geister in der unsichtbaren Welt. Das sind jetzt tiefe Erfahrungen, die wir hier teilen. Nehmt sie bitte ernst.

Es ist die geistliche Kampfführung. Wann immer du einem Dämon harten Widerstand entgegen

genbringst und sagst: "Du gehst jetzt weg von hier oder von diesem Menschen, du läßt jetzt diesen Menschen los", du sagst es mit ungeteilter Entschlossenheit, dann brennt das diesen Geist wie Feuer. Aber wir dürfen nicht weiter erlauben, daß die Dämonen, die einen Menschen verlassen, dann einfach in einen anderen Menschen überwechseln und diesen dann belegen. Darum sagte Jesus immer wieder: "Fahre aus aus diesem Menschen und fahre nicht mehr in ihn hinein."

Die Bibel sagt uns, daß wir in dieser Zeit die Teufel in den Abgrund binden müssen, stoßen müssen. Man könnte sagen: Es gleicht einer Art Verhaftung. Wir sagen in dieser gemeinsamen Aktion, diesen unsichtbaren Mächten, die unsere Politiker, unsere Wissenschaftler usw. dominieren, wir sagen ihnen gewissermaßen: "Ihr seid verhaftet! Wir binden euch jetzt und werfen euch in den Kerker!" Das sind Geisteswesen, das kann man so tun. "Und dann bleibt ihr und kommt nicht wieder heraus!"

Und seht ihr, durch solche Aktionen wurden schon ganze Städte innert kürzester Zeit von ihrem Leid befreit. Wo zuvor unzugängliche Unmenschen herrschten, ob nun in Drogen, Sexgeschäfte verwickelt oder was auch immer - innert Wochen waren die Gefängnisse dieser Städte leer. In verschiedensten Städten hat das stattgefunden, nachdem dann eben freie Aufklärer und geistliche Widerstandskämpfer sich entschlossen hatten, diesem teuflischen Treibenden Ende zu bereiten. Zuvor waren alle Gespräche und Bemühungen nutzlos, vorab ging gar nichts. Warum?

Weil den Übeltätern eine solche Macht der Verhärtung zustand, in ihnen drin wirkte durch diese Geistwesen. Aber der gemeinsame Widerstand im Geist hat den Teufel in Ketten gelegt, diese Menschen gleichsam entwaffnet. Und das vereinigte "Stopp, bis hierher, und kein Schritt weiter!" hat gewirkt - ich sage es wieder mit einem anderen Bild - wie wenn man einem laufenden Motor den Sprit abdreht oder einem Generator die Stromzufuhr abdreht. Man kann die Macht der bösen Geister binden über Menschen.

Ich habe über diese Zusammenhänge und die geistliche Kampfführung übrigens ausführlich in meinem eben hinter uns liegenden Freundestreffen 2023 berichtet. Hört euch bitte diese drei Predigten, allem voran die zweite und dritte, wieder einmal an. Ich habe mich jetzt einfach entschlossen, alle Menschen an diesen Predigten teilhaben zu lassen, aufs Risiko hin, daß ihr mich zerreißt und mich einen Sektierer schimpft, wie es der Teufel schon seit Jahrzehnten durch seine Medienbediensteten tut. Ist mir aber völlig egal, wißt ihr.

Denn wir werden in diesen unseren Tagen noch alle und zwar mit Sicherheit den leibhaftigen Teufel kennenlernen. Ich garantiere es euch. Denn er ist buchstäblich auf diese Welt hinabgestiegen und wird seine ganze Fratze zunehmend unverhüllt zeigen. Er hat schon begonnen damit. Wir werden alle so lange die Hölle hier unten erleben, bis jeder einzelne Mensch unter diesem Himmel zutiefst weiß, daß es den Teufel und seine Dämonen gibt - glaubt es - und daß das der Hauptgrund für alles Leid unter diesem Himmel ist.

Also, ich schließe jetzt mit der nochmaligen Aufforderung: Bindet diese Lügengeister, die hier unten wirken, diese bösen Geister, diese unreinen Geister, auch diese Mordgeister, die hier wirken, die hier von der Politik bis zur Wissenschaft, von der Kunst bis zur höchsten Justiz die Kontrolle übernommen haben. Bindet sie! Laßt uns jeden Morgen zwischen 6:00 Uhr bis 6:15 Uhr gemeinsam gebieten, daß alle diese teuflischen Geister diese Menschen verlassen müssen. Macht ihr da mit?

Und ich sag: Jeder für sich spricht in seinem Schlafzimmer, Wohnzimmer oder wo auch immer klar und deutlich aus, daß es jetzt geschieht, und zwar auf seinen Befehl hin. Unsere mit Überzeugung ausgesprochenen Worte sind die wirksamsten Waffen des Geistes, die wir haben. Glaubts bitte. Wir kennen uns hier aus und sind auf diesem Weg von klein auf im Geist gegen jeden Widerstand der Massenmedien, von Big-Pharma, der Hochfinanz usw. einfach immer durchgebrochen. Seit Jahrzehnten ist das so.

Es ist nun einmal die direkte Lehre, die aus dem Mund von Jesus Christus gekommen ist. Er hat uns auch zu keinem Zeitpunkt einer ausbeuterischen Big-Pharma überlassen, sondern befohlen - ich zitiere ihn aus Matthäus 10, 8: "Heilt die Kranken, weckt die Toten auf, reinigt die Aussätzigen, treibt die Dämonen aus!" Das ist so die Zusammenfassung. Das "Treibt die Dämonen aus" ist gleichsam als Grundübel allen Krank- oder Aussätzig-Seins oder Sterbens zu verstehen.

Und wir lassen nicht mehr locker, bis unsere synergischen Befehle durchschlagen und diese Menschen von diesen Mächten befreit werden. Wißt ihr, anders können sie nicht ernüchtern und zur Besinnung kommen. Das geht gar nicht. Wenn sie zur Besinnung kommen, dann geschieht aber oft Schönes. Dann weinen sie oft wie kleine Kinder, haben tiefste Reue über das, was sie gemacht haben; sie realisieren, was mit ihnen gespielt wurde. Laßt uns genau das erwarten, daß das geschieht. Bist du ein Christ, dann kannst du das Ganze durchbeten, anstelle von Jesus Christus in seinem Namen. Du kannst es befehlen. Wenn du ein Moslem bist, dann gebiete im Namen Allahs.

Welchem Gott auch immer du im Glauben von Herzen dienst, gehe an seiner Stelle hin und entrichte diese Befehle, damit dieses Übel, diese Zange des Todes, ja dieser Panzer des Wahnsinns von der Menschheit abgesprengt wird und wir alle wieder klar denken, miteinander wieder sprechen und verhandeln können. Ich sage nochmals: Schaffen wir dies nicht, dann wird der Teufel uns alle austreiben. So wird es sein. Ich habe mich mit dieser Rede jetzt ziemlich aus dem Fenster gelehnt und - wie gesagt - ich laufe das Risiko, daß ich dafür gehaßt und verachtet werde.

Für manchen mag es eine Bestätigung dessen sein, was er im Mainstream über mich gehört hat. Aber ich habe es getan, weil ich genau weiß, daß in nicht mehr langer Zeit jeder Einzelne mich verstehen wird und wissen wird, daß ich hier die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesprochen habe, ja die Wirklichkeit, wie es hier unten wirklich abläuft.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht.<<

24.08.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26861" berichtet am 24. August 2023 (x1.319/...): >>>Internationale Anwaltskonferenz: Wir müssen die Diktatur der WHO stoppen

Laut dem geplanten Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation WHO sollen Länder verpflichtet werden, alle von der WHO angeordneten Maßnahmen umzusetzen. Dies betreffe nicht nur weltweit angeordnete Lockdowns, Quarantänemaßnahmen, Reisebeschränkungen, Impfwänge, die Durchsetzung digitaler Impfausweise, Versammlungsverbote und andere Maßnahmen, sondern auch die internationale Vereinheitlichung von Zensurmaßnahmen bei abweichenden Meinungen. Damit werde der WHO eine Entscheidungsmacht ohne jegliche demokratische Kontrolle übertragen.

Juristen aus elf Ländern, das heißt aus den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Portugal, Spanien, Griechenland, Israel, Frankreich, Tschechien, Liechtenstein und Deutschland, entwickeln Strategien, um diese WHO-Diktatur zu stoppen. Diese Vorherrschaft sei mit dem internationalen Völkerrecht laut UN-Charta nicht zu vereinbaren.

Etliche namhafte internationale Kapazitäten unterstützen die Juristen bei ihrem Vorhaben. So stellte Dr. Werner Bergholz anhand offizieller Statistiken neueste Erkenntnisse über Sterberaten dar, daß sich während der Coronazeit erst nach Beginn der Impfung für die Jahre 2021 und 2022 eine Übersterblichkeit nachweisen ließ. Mittlerweile könne man anhand offizieller Zahlen bei geimpften Menschen ein höheres Sterberisiko nachweisen.

Dr. Sucharit Bhakdi, Prof. für Mikrobiologie, alarmierte, daß durch mRNA-Impfungen Chromosomen von den bei der Impfstoffproduktion verwendeten Bakterien in die menschlichen Zellen gelangen und in die DNA des Menschen einschreiben, mit langfristig unabsehbaren

Folgen. All dies mache überstaatlich aufgezwungene Maßnahmen mehr als fraglich. Individuelle Gesundheitsvorsorge müsse Menschenrecht und internationales Recht gemäß dem Nürnberger Codex bleiben, so die Juristen. ...<<

25.08.2023

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26864" berichtet am 25. August 2023 (x1.319/...): >>Staat zahlt Herstellern Impf-Prozesse - Geschädigte sehen in die Röhre

Wir erinnern uns alle noch gut an den Druck, den Staat, Arbeitgeber und Medien auf Menschen ausgeübt haben, die sich keine Covid-Spritze geben lassen wollten. Nun zeigt sich, daß diese Impfungen häufig schwere Schäden verursacht haben und immer noch verursachen. Anwalt Tobias Ulbrich vertritt einen großen Teil der Opfer, die auf Schadensersatz klagen wollen. ...

Die freie Journalistin Milena Preradovic berichtete am 13. Juli 2023 auf Reitschuster.de in einem Gastbeitrag Folgendes:

"Wir erinnern uns alle noch gut an den Druck, den Staat, Arbeitgeber und Medien auf Menschen ausgeübt haben, die sich keine Covid-Spritze geben lassen wollten. Ausgrenzung, Beschimpfung - die Ungeimpften waren quasi Rechtlose.

Nun zeigt sich, daß diese Impfung nicht nur selten, sondern durchaus häufig schwere Schäden verursacht hat und immer noch verursacht. Anwalt Tobias Ulbrich vertritt einen großen Teil der Opfer, die auf Schadensersatz klagen wollen. Die Finanzierung der Prozesse ist nicht leicht.

Wenn die Rechtsschutzversicherung zahlt, dann geht's, aber ohne sind die Geschädigten meist auf Prozeßkostenhilfe angewiesen. "Und die reicht bei schweren Fällen meist nicht", so der Anwalt Tobias Ulbrich.

Aber nun der ganz große Skandal. Im Gegensatz zu den Opfern können sich die Hersteller wie BioNTech gemächlich zurücklehnen. Ihnen erstattet der Staat sämtliche Kosten. Anwälte, Gerichtskosten, Sachverständige und sogar eventuelle Schadensersatzzahlungen bei Verurteilung - übernommen vom Steuerzahler. So sehen es die Verträge vor, die die EU-Staaten mit Pfizer und Co. abgeschlossen haben. Verträge gegen die eigenen Bürger..."

Das Interview von Milena Preradovic mit Anwalt Tobias Ulbrich und wie er die Erfolgsaussichten der Impfgeschädigten einschätzt, sehen Sie unter diesem Link in voller Länge. https://odysee.com/@Punkt.PRERADOVIC:f/230706_Ulbrich:6?src=embed

Im Anschluß folgen nun einige Ausschnitte.

Milena Preradovic: Jetzt vertreten Sie Opfer der sogenannten Corona-Impfung vor Gericht. Wie viele Menschen haben sich mit Schäden in Ihrer Kanzlei gemeldet?

Tobias Ulbrich: Derzeit haben sich etwa 5.500 Geschädigte an uns gewandt, die auch alle von uns eine kostenlose Erstberatung erhalten haben. Und daraus sind derzeit 1.700 Mandate geworden. ...

Milena Preradovic: Sie haben ja auch einen doch recht prominent gewordenen Fall, den Fall der 18-jährigen Selin, die Sie ja auch vertreten. Da hat das Land NRW den Impfschaden anerkannt.

Tobias Ulbrich: Selin, die hat 100 Prozent anerkannten Impfschaden, 100 Prozent Schwerbehinderung. Schlimmer geht es also nicht.

Milena Preradovic: Können Sie den Fall kurz schildern? Weil das ist ja wirklich ein ganz besonders schlimmer Fall. Eine 18-Jährige, die jetzt im Rollstuhl sitzt, oder?

Tobias Ulbrich: Ja, der Fall ist besonders tragisch, vor allem deshalb, weil sie eben ja vorher Hochleistungssportlerin gewesen ist. Man kennt ihre Bilder vom Turnen her. Und es haben sich eben überall im Körper Entzündungen gebildet, die eben zu Blood Clots (Blutgerinnseln) geführt haben. Also zu entsprechenden Gerinnselbildungen im gesamten Körper. Sie muß täg-

lich eine Dialyse über sich ergehen lassen. Der Körper ist sozusagen gesamtheitlich so geschwächt, daß sie auch keine Kraft mehr hat zu laufen, zu gehen. Sie sitzt nicht umsonst deshalb im Rollstuhl und bedarf bei allem entsprechender Unterstützung durch ihre Eltern. Und es ist wirklich ein ganz dramatischer Fall. Aufgrund dessen, daß sie natürlich auch in der Ausbildung gewesen ist, hat sie auch nicht die finanziellen Mittel, um hier eine Klage einreichen zu können.

Wir sind also mit ihr dabei, eben die Prozeßkostenhilfe beim Landgericht Wuppertal zu beantragen. Die Prozeßkostenhilfe in Deutschland ist beschränkt auf einen Maximalbetrag von 50.000 Euro. Sie können sich vorstellen, die Dame hat 400.000 Euro mindestens Schmerzensgeldansprüche, mit entsprechenden Schmerzensgeld-Rentenansprüchen für den Rest ihres Lebens. Und darüber hinaus gehen alle materiellen Ansprüche. Das heißt, man kommt mit Prozeßkostenhilfe in diesem Land nicht weiter. Und das Tragische an der Situation ist, die Gegenseite bekommt vollständig eben ihre Prozeßkosten und Anwaltskosten durch den Staat gezahlt, während Selin auf eigene Kosten versuchen muß, da klarzukommen. Und die Prozeßkostenhilfe in Deutschland ist absolut unzulänglich, wie dieses Verfahren zeigt.

Milena Preradovic: Das heißt wirklich, während die Impfpflichter im Grunde auf Prozeßkostenbeihilfe, vielleicht Rechtsschutz, angewiesen sind und die Hersteller, die so viele Milliarden verdient haben, die werden quasi durch Steuergelder finanziert in ihren Prozessen.

Tobias Ulbrich: Genau, vertraglich ist geschuldet, daß der Staat die Anwälte aussucht, die bezahlt, die wiederum geben die Informationen an die entsprechende Stelle wieder. Soweit ich das jetzt mitbekommen habe, ist das organisiert und angegliedert an das Bundesministerium der Gesundheit. Dort wird koordiniert, welche Prozesse tatsächlich laufen, mit welchem Status die sind, was da vorgetragen ist.

Ich weiß nicht, welcher Inhalt weitergegeben wird, vermutlich alles. Denn es ist auch vertraglich geregelt, daß der Staat nicht nur mit Geld unterstützt, sondern auch mit Experten dafür Sorge tragen soll, daß die Klagen abgewiesen werden. Also der ganze Geist des Vertrages beruht darauf, jedweden Schaden von der Pharmaindustrie fernzuhalten.

Und es ist letztendlich auch die Bundesrepublik Deutschland, die allein darüber entscheidet, ob ein Vergleich geschlossen wird. Denn was interessiert es den Hersteller, ob letztendlich der Bund irgend etwas zahlt oder nicht zahlt. Das heißt also, die Verweigerungshaltung im Fall von Selin, sich bei 100-prozentiger Anerkennung des Impfschadens nicht in eine vergleichsweise Regelung zu begeben, ist eine Entscheidung, die die Bundesrepublik Deutschland und vermutlich persönlich Herr Lauterbach getroffen hat.

Milena Preradovic: Das ist eigentlich unglaublich, wenn man das so hört. Hat sich denn der Hersteller... - war das BioNTech übrigens bei Selin? Das war BioNTech, ja. Hat sich BioNTech geäußert zu dem Fall?

Tobias Ulbrich: Ja, sie haben sich geäußert. Sie haben erst gesagt, daß sie Vergleichsverhandlungen führen wollen. Dann wurde es hinausgezögert, hinausgezögert, hinausgezögert. Und dann wurde, kurz bevor dann eben Termine mal stattfinden sollten für Gespräche, die Tür zugeschlagen und wurde mitgeteilt, daß keine Vergleichsgespräche in Betracht kommen. Aus ihrer Sicht seien an der Angelegenheit, trotz der Feststellung des Versorgungsamtes, keine Ansprüche erkennbar. ...

Milena Preradovic: Na ja, aber die Regierung hat ja Rechtsverordnungen erlassen, die eine Haftung der Hersteller ausschließen. Da frage ich mich natürlich, gibt es überhaupt eine Chance, so einen Prozeß zu gewinnen?

Tobias Ulbrich: Also diesen Ausschluß, den gibt es tatsächlich nicht. ...

Die Gefährdungshaftung wird unseres Erachtens dadurch eben im Arzneimittelgesetz überhaupt nicht abgeändert, sondern diese Ausschlüsse beziehen sich ausschließlich auf das, was eben diese sogenannte MedBVS abgeändert hat. ...

Milena Preradovic: Aber wenn zum Beispiel BioNTech Fahrlässigkeit in der Herstellung nachgewiesen würde, dann müßte BioNTech trotz Haftungsausschluß zahlen? Also zum Beispiel, wenn es keine einheitlichen, sondern verschieden wirkende Impfstoffe gäbe, wie es ja eine dänische Studie nahelegt?

Tobias Ulbrich: Wir müssen unterscheiden die jeweiligen Verhältnisse zueinander. Also, der Geschädigte macht seine Ansprüche beim Hersteller geltend und der Hersteller kann sich anschließend, wenn er zum Schadensersatz und Schmerzensgeld verurteilt wird, das Geld wieder von der Bundesrepublik Deutschland zurückholen. Das ist anders als bei den Anwaltskosten und Gerichtskosten. Da wird erst im Anschluß dann kompensiert.

Und das darf BioNTech nach dem Vertrag auch, wenn sie grob fahrlässig und vorsätzlich gehandelt haben. Also nicht nur grob fahrlässig, sondern auch vorsätzlich. Also wer mit Wissen und Wollen den Schaden herbeigeführt hat, kann sich anschließend trotzdem vom Steuerzahler das Geld zurückholen. Das ist ein Umstand, der dürfte sowohl eben, was internationale Haftungsregeln angeht, gegen Nordrepublik verstoßen, als auch eben gegenüber gesetzliche Regelungen. ...

Milena Preradovic: Ist das eigentlich der Vertrag, den EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen für die ganze EU abgeschlossen hat? Oder hat Deutschland da nochmal separat mit BioNTech oder Pfizer verhandelt?

Tobias Ulbrich: Also ich weiß nicht, wer da konkret wie verhandelt hat. Das ist ja alles intransparent. Es geht daraus hervor, daß die Gesundheitskommissarin den Vertrag unterschrieben hat. Also sie wird auf jeden Fall dabei gewesen sein. ...

Es ist bekannt, daß damals Herr Gröhe vier Personen zu dem Beraterstab 2017 geholt hat. Dabei handelt es sich um Jeremy Farrar vom Wellcome Trust, der jetzt eben auch entsprechend bei der WHO in herausragender Position eingesetzt wird. Man kennt die Bilder mit Lauterbach und Farrar von dem WHO-Meeting. Dann Christopher Elias, und er ist von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung.

Und dann haben wir eben Ilona Kickbusch und Herrn Drost, gesetzt den Fall, diese vier wären eben das Team gewesen, das tatsächlich bei den Verhandlungen dabei gewesen wäre. Dann wäre das fast wie eine Art In-sich-Geschäft, denn die Vertreter der Lobbyisten aus der Pharmaindustrie verhandeln quasi mit sich selbst. So ähnlich sieht auch der Vertrag tatsächlich aus. Denn wer tatsächlich Interessen der potentiellen Geschädigten und auch der Bevölkerung im Auge hat, der schließt natürlich solche Verträge mit der Pharmaindustrie nicht.

Milena Preradovic: Kommen wir nochmal ganz kurz zu den Geschädigten selber. Was erzählen Ihnen Ihre Mandanten eigentlich? Wie werden Menschen mit Impfschäden in Krankenhäusern, bei Ärzten, von Versicherungen, wie werden die dort behandelt?

Tobias Ulbrich: Also die meisten unserer Mandanten haben wirklich ein Martyrium hinter sich, was die Ärzte angeht sondergleichen. Sie berichten darüber, daß die meisten Ärzte in keiner Weise belesen sind, was die Auswirkungen der Impfung anbetrifft, wie sie tatsächlich funktioniert, ob es überhaupt einen Zusammenhang gibt. Sie haben meistens das große Bedürfnis, jeden Zusammenhang zur Impfung von Anfang an zu verweigern. Behandlung gibt es in der Regel nur, wenn man überhaupt nicht offenbart, daß ein Zusammenhang zur Impfung besteht, oder im Rahmen eben von Falschetikettierung, indem man sagt: "Ich bin halt ein Long-Covid-Fall." ...

Milena Preradovic: Ein wichtiger Punkt für die Gerichte ist ja auch, daß eine Medikation, also um eine Verurteilung zu erreichen, daß eine Medikation mehr Schaden als Nutzen angerichtet haben muß. Das stelle ich mir auch schwer zu beweisen vor.

Tobias Ulbrich: Also das sind Ausschlußtatbestände. Ausschlußtatbestände hat grundsätzlich der Hersteller darzulegen und zu beweisen. Hier geht es eben um die Frage, ob die medizinische Wissenschaft tatsächlich eben einen Nutzen darlegt, der aus meiner Sicht eben empirisch

bewiesen sein muß im Verhältnis zu den Risiken, die bestehen. ...

Millionen Tote können jedenfalls auf keinen Fall gerettet worden sein, die empirischen Daten sprechen schlicht dagegen. Dann haben wir den Bereich der medizinischen Wissenschaft, das sind die Peer-Reviewed-Aufsätze. Da sind mittlerweile über 3.600 veröffentlicht worden, die geben auch Aufschluß darüber, daß erhebliche Risiken erkennbar sind, die - wie wir jedenfalls meinen - liegen in dem Bereich sogar bedenklicher Arzneimittel, im Sinne von §5 Arzneimittelgesetz. ...

Die Risiken, die die Wissenschaft erkannt hat, sind dafür maßgeblich, diese Beurteilung dann zu treffen. Dann wird erstmal das weitere Verspritzen der entsprechenden Getherapeutika ausgesetzt, bis eben diese Risiken abgeklärt sind. Das hat hier nicht stattgefunden. Es wurde, egal wie viele Tote, wie viele Verletzte es gegeben hat, einfach weitergemacht. Und das ist auch ein Vorwurf, der an alle zu richten ist. ...

Milena Preradovic: Aber Sie sind trotzdem zuversichtlich in Deutschland?

Tobias Ulbrich: Ja, wenn man die Tatbestandsmerkmale sauber runterprüft, gelangt man ja zu dem Ergebnis, daß der Anspruch besteht. Das gucken wir uns ja als Anwälte sehr sorgfältig an. Wir würden die Prozesse natürlich auch nicht betreiben, wenn wir nicht der Auffassung wären, daß die Ansprüche bestehen dürften. ...

Milena Preradovic: Ja, und natürlich viel Glück und Erfolg bei all diesen Prozessen. Ich bin der ganz große Daumendrucker.

Tja, Leute, da steht ein Elefant im Raum und niemand will ihn beachten. Kann man von einer Regierung nicht eigentlich erwarten, daß sie schleunigst Ursachenforschung betreibt, wenn in ihrem Land mehr Menschen sterben, als zu erwarten war, und das auch nicht abreißt? Der Versuch, die Übersterblichkeit auf die Hitze zu schieben, das ist schon eher lächerlich. Denn schließlich hat auch Island eine hohe Übersterblichkeit, allerdings wenig Hitze. Und daß die sogenannte Impfung als Grund von vornherein ausgeschlossen wird, das macht mich auch eher mißtrauisch. Ich wünsche mir ergebnisoffene Überprüfungen. In diesem Sinne, ich wünsche euch eine gute Zeit. Bis bald.

Gastbeitrag von Milena Preradovic<<

26.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. August 2023:

>>Antisemitismus? Jetzt erwischt es Aiwanger

Von Sven Eggers

Erledigen sich etablierte Kräfte ganz von selbst? Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger soll früher ein antisemitisches Flugblatt verfaßt haben. ...

Die Süddeutsche Zeitung suhlt sich im Schmuddelbereich: Söders Stellvertreter Aiwanger, Gesicht der Freien Wähler in Bayern, soll als Schüler eine "antisemitische Hetzschrift" verfaßt haben. Er bestreitet das. Für die Qualitätsjournalisten aber ist dies Anlaß genug, kurz vor der Landtagswahl am 8. Oktober eine Kampagne gegen ihn loszutreten. Das Mitleid hält sich allerdings in Grenzen. Gerade Aiwanger hatte zuletzt die Wähler immer wieder getäuscht.

Tatort Schulklo ...

Auch der Bayerische Rundfunk ist schon groß in die Geschichte eingestiegen. Die Story geht so: 1987 oder 1988 soll im Burkhart-Gymnasium Mallersdorf-Pfaffenberg im niederbayerischen Landkreis Straubing-Bogen ein Zettel "auf dem Schulklo" (!) die Runde gemacht haben, der geschmacklose Auschwitz-Witze beinhalte.

COMPACT hat die angebliche Hetzschrift einsehen können. Da wird in Dummejungenstreich-Manier der "größte Vaterlandsverräter" gesucht. Zu gewinnen gebe es einen "lebenslangen Aufenthalt in einem Massengrab", einen "kostenlosen Genickschuß" oder eben eine "Fahrkarte in die ewigen Jagdgründe", einzulösen im "Vergnügungsviertel Auschwitz".

Aiwanger besuchte damals die 11. Klasse der Schule. Angeblich soll er zu den Verfassern

zählen und dafür damals auch vom Disziplinarausschuß der Schule zur Verantwortung gezogen worden sein.

CSU-Gene

Geboren wurde Hubert Aiwanger am 26. Januar 1971 in Ergoldsbach im niederbayerischen Landkreis Landshut. Er wuchs auf dem elterlichen Bauernhof auf, mußte dort auch anpacken. CSU-Nähe wurde ihm quasi in die Wiege gelegt. Nach Abitur und Grundwehrdienst absolvierte er ein Studium an der Fachhochschule Weihenstephan, das er 1995 als Diplom-Ingenieur (FH) der Landwirtschaft abschloß. Dies war ihm als Stipendiat der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung ermöglicht worden.

Im aktuellen COMPACT-Magazin heißt es:

"Aiwanger beherrscht das Fach 'kontrollierte Opposition' in Vollendung und agiert dabei schamlos wie kaum ein zweiter Politiker. Trauriges Beispiel war die große Protestkundgebung in Erding bei München am 9. Juni, organisiert von der Kabarettistin Monika Gruber. Mehr als 10.000 teils verzweifelte Menschen wollten ehrlichen Herzens gegen Habecks Heizdiktatur protestieren. Die Veranstalterin bekam angesichts des medialen Drucks kurz vorher kalte Füße und ließ sich von der hohen Politik helfen beziehungsweise vorführen. Die Veranstaltung wurde gekapert. Als Redner traten plötzlich Herren der Staatsregierung auf, darunter das Gespann Södwanger."

Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Bayern verweist die AfD-Landesvorsitzende Katrin Ebner-Steiner auf das Klimaschutzgesetz im Freistaat: "Das wurde ja auch verabschiedet mit den Stimmen der Freien Wähler, und da sind die Maßnahmen noch restriktiver als im Bundesgesetz." In der Tat setzen CSU und FW auf eine weitreichende Pflicht zur Errichtung von Solardächern und -anlagen. Darüber hinaus wird beschworen: "Bei allem staatlichen Handeln ist der Klimaschutz zu berücksichtigen."

Aiwanger setzt immer wieder auf die Masche, zunächst Bürgern nach dem Mund zu reden, sie dann aber zu übergehen. Im Februar 2019 wettete er gegen das Volksbegehren "Rettet die Bienen", sprach von "eiskalter Enteignung" der Landwirte, spielte sich zum Fürsprecher von Bauern, Jägern oder auch Handwerkern auf - um dann im April an der Seite des Ministerpräsidenten zu verkünden, daß das Projekt in Bayern vollumfänglich als Gesetz angenommen und umgesetzt werde. Die absurden Corona-Maßnahmen in Bayern, von Aiwanger bisweilen kritisiert, dann aber doch ganz und gar mitgetragen, haben der Wirtschaft irreparable Schäden zugefügt.

Wendungen wie bei Söder

Im April sprach sich der Niederbayer laut für einen Weiterbetrieb des Kernkraftwerkes Isar 2 aus, im März 2011 hingegen klang das bei ihm noch ganz anders: "Die Risiken der Atomkraft sind nicht zu beherrschen, deswegen darf die Politik nicht an der Atomenergie festhalten." Heute wird im Freistaat Energie mit der CO₂-Steuer derart verteuert, daß nicht mehr wirtschaftlich produziert werden kann. Minister Aiwanger ist dafür verantwortlich.

Auch die vielen Corona-Impfskeptiker wurden von dem FW-Chef getäuscht. Als Gegenpart zum Spritzen-Hooligan Söder gab er sich 2021 über einige Wochen im Rahmen einer Schmierkomödie als Querdenker aus. Nein, er lasse sich nicht impfen. Am Ende war alles nur eine Freak-Show. Der vermeintliche Querdenker lief schließlich doch in die Nadel, und zwar "um die Krankenhäuser zu entlasten". Söder klopfte ihm anschließend auf die Schulter und lobte dieses "sehr gute Signal in ernsten Zeiten".

Bislang hat Aiwanger alles umgesetzt, was Söder vorgab. Zu "Dank" kommt nun also die Süddeutsche Zeitung mit der Totschlagkeule Antisemitismus um die Ecke. Aiwanger beteuert, er habe "so etwas nicht produziert" und werde "gegen diese Schmutzkampagne im Falle einer Veröffentlichung juristische Schritte inklusive Schadenersatzforderungen" ergreifen. Na, dann mal los ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. August 2023: >>US-Todeslager: Das Grauen von Remagen

Das Lager im heutigen Landkreis Ahrweiler steht stellvertretend für den KZ-Terror der US-Besatzer. Besonders schlimm traf es die internierten Frauen. Es folgt ein exklusiver Auszug aus unserer neuen Geschichtsausgabe "Die Todeslager der Amerikaner - Massenmord an Deutschen auf den Rheinwiesen".

_ von *Gero Bernhardt*

Beim Kriegsverbrecherprozeß von Nürnberg 1945/46 saßen über Deutsche die Vertreter von Mächten zu Gericht, die sich selbst entsetzlicher KZ-Verbrechen schuldig gemacht hatten. So hatte zum Beispiel der sowjetische Chefankläger Roman Andrejewitsch Rudenko als führender Mitarbeiter der stalinistischen Generalstaatsanwaltschaft ab 1929 entscheidende Verantwortung für die Vernichtungslager des Archipel Gulag.

Bis 1953 wirkte er als Stalins Chefankläger in der Ukraine und ließ Hunderttausende in Lager verfrachten. Dann stieg er zum Generalstaatsanwalt der Sowjetunion auf und wirkte im Sommer 1953 an der blutigen Niederschlagung des Häftlingsaufstands im Lager Workuta mit.

Zu den US-Richtern beim Alliierten Militärtribunal in Nürnberg zählte Francis Biddle. Der hatte Anfang 1942 als Generalstaatsanwalt in den USA fungiert und dafür gesorgt, daß Amerikaner japanischer Abstammung als "gefährliche Elemente" in Konzentrationslager gepfercht wurden. Diese Lager unterstanden der Aufsicht des Direktors der sogenannten War Relocation Authority.

Bei diesem Direktor handelte es sich um Milton S. Eisenhower, den Bruder des westalliierten Oberbefehlshabers im Zweiten Weltkrieg und späteren US-Präsidenten, Dwight D. Eisenhower, der für den Terror in den Rheinwiesenlagern 1945/46 Verantwortung trug und sich damit eines der entsetzlichsten Menschheitsverbrechen der Geschichte schuldig gemacht hat. ...

Hunger, Regen und Kälte

Der Historiker Andreas Hillgruber (1925-1989) - Koryphäe auf dem Gebiet der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, der 1983 als einer der Ersten die angeblichen Hitler-Tagebücher des \$Stern\$ als Fälschung entlarvt hat, gehörte zu den prominentesten Insassen des US-Lagers Remagen. Er schrieb 1987 an den damaligen Bürgermeister der Stadt, Hans Peter Kürten:

"Sie planen, im Sommer ein Mahnmal für die Opfer des berüchtigten Hungerlagers Remagen-Kripp zu errichten. Ich möchte Sie aus vollem Herzen dabei unterstützen. Ich selbst war von April 1945 bis Mitte September 1945 zunächst im Lager Kripp, dann in Sinzig und schließlich in Andernach, dem dritten Hungerlager. Als ich 1972 den Ruf zur Universität Köln erhielt, ging meine erste Ausflugsunternehmung an den Ort des Grauens in Kripp und Sinzig.

Man fand, abgesehen von einem bescheidenen Hinweis auf den Soldatenfriedhof in Bodendorf, wo Opfer begraben liegen, keinerlei Erinnerung an das damalige Geschehen. Daß dies nun anders wird, ist Ihrer Initiative zu verdanken. Ich meine, daß man es den Opfern schuldig ist, sie nicht zu vergessen."

Bei der Einweihung einer Erinnerungs-Kapelle bei Remagen im Juni 1985 sagte Johannes Stöber, Diözesanreferent im Erzbistum Köln, der ebenfalls im Lager Kripp eingesperrt war:

"Zu mehr als 250.000 Männern und auch Frauen sind wir hier wie eine große Herde Vieh auf einem riesigen Ackerfeld zusammengetrieben und -gehalten worden, ohne jede Unterkunft, darauf angewiesen, mit Eßlöffeln und Taschenmessern, soweit noch vorhanden, Erdlöcher zu graben und diese dann mit hier und da in die Gefangenschaft geretteten Zeltplanen, Decken oder Mänteln zu schließen." ...

Frauen hinter Stacheldraht

Das im März 1945 von der US-Armee eingerichtete riesige Freiluft-KZ zog sich auf der sogenannten Goldenen Meile von Remagen bis Bad Breisig hin. Bis zu 300.000 kriegsgefangene Deutsche waren in verschiedenen Camps, von den Amerikanern "Cages" (Käfige) genannt,

zusammengepfercht.

Sie wurden durch Stacheldraht-Barrieren voneinander getrennt. In jedem der Camps vegetierten zwischen 5.000 und 7.000 Insassen. Das gesamte Lager war umgeben von einem hohen Stacheldrahtzaun und zahlreichen Wachtürmen. Die Lagergrenzen waren nachts durch Scheinwerfer taghell erleuchtet, auf Flüchtende wurde sofort geschossen.

Es gab auch ein Frauen-Camp auf der Goldenen Meile. Eine der Insassinnen berichtet:

"Ich war dort vom 20. April bis Mitte Juni 1945. Mit hungrigen Augen mußten wir zusehen, wie alles von uns genommen wurde. Die 'Sanitäreanlagen' waren so peinlich für uns, eine Grube, öffentlich dem Ami lachend zur Schau gestellt. Wo waren unsere Kriegsgefangenenrechte, die der Amerikaner in seinen Flugblättern angab, die zu Tausenden abgeworfen wurden? ... Die Leidenden, die damals eingezäunten Menschen, die in Not und Elend dahinvegetierten, was hatten sie verbrochen? Sie waren Deutsche, nur Deutsche. So wie Amerikaner und Engländer waren sie alle Menschen, die an ihr Vaterland glaubten."

Der schweizerische Generalkonsul Franz Rudolf von Weiss hat ein Tagebuch hinterlassen, das die Verhältnisse jener Tage beschreibt. ...<<

27.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. August 2023: >>US-Todeslager: Wichtige COMPACT-Arbeit

Von *Sven Eggers*

Das neue COMPACT-Geschichtsheft "Die Todeslager der Amerikaner" bewegt die Gemüter. Unsere Redaktion erhält eine Reihe von Stellungnahmen, Schilderungen, Wertungen zu dieser aufrüttelnden Thematik. ...

"Die Todeslager der Amerikaner" bietet einen tiefen Einblick in ein düsteres und auch ungehütetes Kapitel, das von der offiziellen Geschichtsschreibung verdrängt beziehungsweise ignoriert wird. Es paßt nicht ins Bild einseitiger Betrachtungen, daß hier Deutsche leiden mußten; millionenfach. Die Todeslager der Amerikaner entpuppten sich als wahre Schandmale blutiger alliierter Nachkriegsgeschichte.

Das wahrhaftige Bild

Das neue COMPACT-Geschichtsheft greift eine Fülle an Quellen auf, darunter Augenzeugenberichte, offizielle Dokumente und Forschungsarbeiten, um ein wahrhaftiges Bild von den Bedingungen und auch den individuellen Geschichten der Geschundenen zu zeichnen.

Welche mörderischen Zustände in den Rheinwiesenlagern herrschten, haben Betroffene und Augenzeugen in erschütternden Berichten geschildert. So schreibt etwa der damals Internierte Willi Griesheimer in seinem Buch "Die Hölle der amerikanischen Kriegsgefangenschaft":

"Die Leichen der Verhungerten wurden täglich auf Karren weit außerhalb der Lager in vorbereitete lange Gruben gekippt und in fünf Lagen und langen Reihen aufgeschichtet. Nach Verfüllung mit dem zuvor ausgebaggerten Erdreich erfolgte die Planierung der Massengräber."

Zahlreiche Gefangene verstarben infolge von Krankheiten. Im Stadtarchiv von Bad Kreuznach findet sich diese Aussage: "Ein ungarischer Arzt bemühte sich meist vergebens um die Kranken. In den frühen Morgenstunden lagen im Concentration Camp um die Latrine die Toten der Nacht, über die man steigen mußte. Es waren meistens Fälle von Typhus."

Eine Augenzeugin bestätigte diese Beobachtung: "Die Toten waren im Gesicht grau und pelzig wie ein Mausfell. Man sagte uns, daß sich der Typhus im Lager verbreitet habe. Sie wurden einfach weggeräumt. Diese Transporte des Todes werden vorwiegend im Schutze der Dunkelheit durchgeführt und können dennoch kaum verheimlicht werden."

Anfang 1945 befanden sich laut der 1957 vom damaligen Bundesministerium für Vertriebene gegründeten Wissenschaftlichen Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg unter dem Historiker Erich Maschke (Maschke-Kommission) elf bis zwölf Millionen Deutsche in Gefangenschaft. Etwa 3,8 Millionen

wurden von den Amerikanern in Gewahrsam genommen, davon 1,67 Millionen in den Rheinwiesenslagern.

Bruch des Völkerrechts

In solchen von Stacheldraht umzäunten US-KZs mußten die Internierten, darunter auch Jugendliche (Flakhelfer), Alte und Gebrechliche (Volkssturm) sowie Frauen (Wehrmachtshelferinnen, Sekretärinnen) über Monate - durch einen neu geschaffenen Status (Disarmed Enemy Forces) vollkommen entrechtet - ohne Baracken oder sonstigen Schutz unter freiem Himmel und unterversorgt dahinvegetieren. Das Völkerrecht war in diesen grauenhaften Massenlagern faktisch außer Kraft gesetzt. Grundlegende Bestimmungen der auch von den USA unterzeichneten Genfer Konvention zum Umgang mit Kriegsgefangenen wurden mißachtet.

Das Leid und die Verzweiflung der Inhaftierten beklemmt, die unvorstellbaren Bedingungen schockieren bis heute. Die Einbeziehung persönlicher Berichte läßt das Grauen greifbar werden. Kein Menschenschinder der US-Besatzer wurde jemals zur Rechenschaft gezogen. Akten über die barbarischen Verbrechen, die in regierungsamtlichen deutschen Archiven in großer Zahl vorhanden sind, werden unter strengstem Verschluß gehalten.

Es ist von großer Bedeutung, jetzt der Wahrheit und damit der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 27. August 2023:

>>Ted Nugent: Selenskyj ist ein "homosexueller Spinner"

Von *Daniell Pföhringer*

Er verteidigt das Recht auf freien Waffenbesitz und wettet gegen die Corona-Impfungen. Nun griff Rockstar Ted Nugent bei der ersten Wahlkampfveranstaltung von Donald Trump den ukrainischen Präsidenten scharf an und sagte "Ich will mein Geld zurück!" Nugent ist Teil der wachsenden rechten Kulturszene in den USA ...

Ted Nugent gilt als einer der herausragendsten Hardrock-Gitarristen der Welt, seine Platten erreichten in den 1970er- und 1980er-Jahren mehrfach Doppelplatin- und einmal sogar Dreifachplatin-Status. Dich im etablierten Kulturbetrieb Amerikas ist er inzwischen unten durch.

Denn: Er gilt als strikter Drogengegner, tritt für liberalere Waffengesetze ein und ist sogar Vorstandsmitglied der Lobbyorganisation National Rifle Association (NRA). Nugent selbst soll über 350 Schußwaffen besitzen.

Was die woke Blase noch mehr erzürnt: Schon seit Jahren ist die Rocklegende Unterstützer von Donald Trump. Zusammen mit der konservativen Republikanerin und früheren Gouverneurin von Alaska, Sarah Palin, besuchte er Trump 2017, der damals als US-Präsident amtierte, im Weißen Haus. Seitdem besteht zwischen dem früheren Immobilien-Tycoon und dem Musiker eine unverbrüchliche Männerfreundschaft. Während der Corona-Zeit wettete Nugent gegen die Covid-Impfungen und verglich Impflinge in einem Interview mit Schafen.

"Ich will mein Geld zurück!"

Schon 2020 unterstützte Nugent Trump mit Auftritten bei seinen Kundgebungen. Und auch bei der aktuellen Kampagne des Republikaners ist der Rockmusiker wieder dabei: Dieser Tage hielt Trump in Texas die erste Veranstaltung seines Wahlkampfs für die Präsidentschaftswahlen 2024 ab - und Nugent spielte auf. Für Aufregung sorgte dabei vor allem eine Bemerkung des 74-Jährigen über den ukrainischen Präsidenten. Unter dem Jubel von Trumps Anhängern sagte Nugent in Waco:

"Ich will mein Geld zurück! Ich habe kein Geld genehmigt für die Ukraine und einen homosexuellen, woken Spinner."

Das kam nicht nur bei den Trump-Fans gut an, sondern auch beim rechten US-Sender Real America's Voice, der den Auftakt der Kundgebung live übertrug. "Seine Aussagen über Selenskyj waren großartig. Er gibt das wieder, was viele Amerikaner denken", so einer der Kommentatoren des Senders.

Rechter Kulturkampf

Ted Nugent hatte erst kürzlich mit einem Auftritt bei Fox News für Verärgerung der woken Blase gesorgt, als er den Country-Star Jason Aldean gegen Rassismus-Vorwürfe verteidigte und dessen Song "Try That In A Small Town" verteidigte.

Über Aldean und sein Stück schreibt unser Autor Michael Kumpmann in seinem Artikel "Vorboten einer Revolution" in der September-Ausgabe von COMPACT:

"Es mag Zufall sein, doch beinahe zeitgleich mit dem Erfolg des Films 'Sound of Freedom' stürmte Anfang August ein Black-Lives-Matter kritischer Countryrock-Song die US-amerikanischen Billboard-Charts. Interpret: Jason Aldean, der mit fast allen seinen Alben in Amerika zumindest Gold-, oft sogar auch Platin-Status erreicht hat. Titel: 'Try That In A Small Town'. Der Liedtext befaßt sich mit US-Großstädten, die in Gewalt versinken. 'Jemanden auf der Straße schlagen, / einer alten Dame das Auto an der roten Ampel stehlen, / einem Kioskbesitzer eine Waffe ins Gesicht halten. / Du glaubst wohl, das ist cool', singt Aldean.

Dann folgt eine klare Ansage im Refrain: 'Try that in a small town, see how far ya make it down the road' (Versuch das in einer Kleinstadt - mal sehen, wie weit du kommst). Im Video zu dem Song (bislang 28 Millionen Aufrufe bis Mitte August) sind Aufnahmen von Überwachungskameras eingeschnitten, die Überfälle und Prügeleien zeigen, dazu zerstörte Autos, brennende amerikanische Flaggen, eine Frau, die einen Polizisten anspuckt."

Die US-Linke sieht in dem Song einen Aufruf zur Gewalt, manche meinen sogar, er rufe zum Lynchmord auf. Das ist natürlich totaler Schwachsinn, wie auch Nugent im Interview mit Jimmy Failla bei Fox News klarstellte: "Ich weiß, daß es da draußen eine Menge Idioten gibt, aber man muß lernen, die Idioten zu verarschen. Die Idioten hassen dieses Lied von Jason Aldean, weil sie es hassen, wenn wir uns gegen Gewalt wehren. Sie verstehen es immer um 180 Grad falsch. Dieses Lied ist gegen Gewalt. In dem Lied geht es um Selbstverteidigung."

Auf die Frage von Failla, wie er dazu stehe, daß ihn manche als Extremisten bezeichnen, antwortete die Rocklegende süffisant: "Ich habe mich immer radikal - wirklich extremistisch - für Gott, die Familie, das Land, die Verfassung, die Bill of Rights, die Zehn Gebote, die Arbeitsethik, Recht und Ordnung und all diese wirklich radikalen Dinge eingesetzt. Ganz schlimm, oder?"

Ted Nugent, Jason Aldean und die Macher des Erfolgsfilms Sound of Freedom sind Teil der wachsenden rechten Kulturszene in den USA, die Trump neuen Rückenwind verschaffen. ...<<
28.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. August 2023: >>Stasi-Methoden gegen Markus Krall: Das ist der Grund

Von *Sven Reuth*

Die Hexenjagd auf den Bestsellerautor Markus Krall sowie dessen Anwalt Hans-Georg Maaßen erschüttert derzeit die Republik. Der Politik- und Geld-Aufklärer Krall soll offensichtlich um jeden Preis zur Strecke gebracht werden. Warum der unangepaßte Ökonom für die Herrschenden ein rotes Tuch ist, verstehen Sie nach der Lektüre seines Buches "Die Bürgerliche Revolution" ...

Terroristen, Nazis, Staatsfeinde, Umstürzler - das ist derzeit das Framing von Artikeln, in denen über den libertären Bestseller-Autor und Wirtschaftsexperten Markus Krall berichtet wird. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Der skurrile Reichsbürger-Putsch

Werfen wir einen Blick zurück in den Dezember 2022. Nicht weniger als 3.000 Polizisten durchsuchen im Zuge von einer der größten Razzien, die jemals in der Geschichte der Bundesrepublik durchgeführt wurden, die Objekte von 50 Personen.

Die Beschuldigten, die aus der Reichsbürgerszene stammen, hätten einen Staatsstreich geplant - so lautete der Vorwurf.

Dennoch war es damals möglich, zahlreiche Medien vorab von dieser riesigen Staatsaktion zu informieren, so daß ein Heer von Kameralen, Photographen und Reportern in aller Herrgottsfrüh bei den Durchsuchungen und Verhaftungen zugegen war. Heinrich XIII. Prinz Reuß, angeblich der Kopf der Verschwörer, wurde beispielsweise in einem Frankfurter Mehrfamilienhaus in Anwesenheit einer ganzen Medienmeute verhaftet.

Bei vielen Bürgern löste die Razzia Entsetzen oder doch zumindest Verwunderung aus. Sie fragten sich: Dreht der Staat in seinem "Kampf gegen Rechts" jetzt vollends ab? Auch die Wohnung von Markus Krall in Frankfurt wird damals von 20 Polizisten durchsucht, obwohl er bloß als Zeuge und nicht als Beschuldigter gilt. Markus Krall sucht damals um Rat bei seinem Anwalt Hans-Georg Maaßen nach. Das Telefongespräch, das die beiden Männer führen, wird vom Landeskriminalamt abgehört und aufgezeichnet.

Stasi-Methoden gegen Maaßen und Krall

Im Januar dieses Jahres dann der nächste Schlag. Polizisten fangen Krall am Frankfurter Flughafen ab und nehmen ihm Handy und Laptop ab. Auf den Geräten befinden sich auch Chat-Protokolle zwischen Krall und seinem Anwalt Maaßen. Diese werden später von einer undichten Stelle im hessischen Landeskriminalamt an die Presse durchgestochen und vom Spiegel veröffentlicht. Spätestens jetzt muß man von lupenreinen Stasi-Methoden sprechen, die gegen Krall und Maaßen angewendet werden.

In einer bei X (vormals Twitter) veröffentlichten Stellungnahme betont Krall:

"Ich hatte ihn nach der Durchsuchung meiner Wohnung als ZEUGE (!) im Fall Reuß angerufen, um juristischen Rat einzuholen. Deutschland ist übrigens das einzige Land, welches sich Demokratie nennt, in dem Zeugen behandelt werden dürfen wie Verbrecher, ermöglicht durch den § 103 StPO. Als Zeuge hat man sogar noch weniger Rechte als ein Beschuldigter beim Thema Akteneinsicht etc. Man hat meine Wohnung mit 20 schwerst-bewaffneten Polizisten und Sprengstoffhunden verwüstet, mich am Flughafen Frankfurt durchsucht, über Stunden am Flughafen festgehalten, bis auf die Unterwäsche ausgezogen, alles, was ich bei mir hatte fotografiert, auch die Bücher, die ich lese. ...

Zu diesem Zeitpunkt ergab sich aus der staatsanwaltlichen Aktenlage bereits, daß ich mit dem Vorgang einer angeblichen Reuß-Verschwörung nichts zu tun haben konnte. Das hinderte die Behörden nicht an der kompletten Abschaffung meiner Privatsphäre, dem Abhören meiner Telefonate, der Auswertung meiner elektronischen Kommunikation von Chat bis E-Mail und es hinderte bisher unbekannt Mitarbeiter der Behörde nicht, all diese privaten Daten selektiv und zielgerichtet zusammengestellt an die Presse durchzustechen, um den Eindruck einer Schuld, die man bei aller Durchleuchtung meiner Person nicht feststellen konnte, wenigstens durch Verdachtsberichterstattung zu erwecken."

"Einige Male abendessen"

Auch gegenüber der Welt erhebt Krall schwere Vorwürfe wegen der fehlenden Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Vorgehens gegen ihn. Zu seinem Verhältnis zu Heinrich XIII. Prinz Reuß äußerte Krall gegenüber der Welt:

"Wir waren einige Male abendessen. Von zwei Treffen wußten die Ermittler. Ich habe ihnen meine Kalender zur Verfügung gestellt."

Mit Reuß habe es "Schnittmengen" beim "kritischen Blick auf die aktuellen Entwicklungen in unserem Gemeinwesen" gegeben. Im Herbst vergangenen Jahres kam es dann zu einem weiteren Treffen, zu dem Reuß zwei weitere Männer mitbrachte, die von Krall aber als "verschroben" empfunden wurden. Die ihm damals gestellt Frage, was er als Wirtschaftsminister machen würde, um das Land aus der Krise zu führen. Offensichtlich wollen die Behörden Krall also unbedingt etwas anhängen.

Nun befinden wir uns derzeit mitten in der wohl schwersten Vertrauenskrise der Bundesrepublik. Das sagen nicht nur diverse Umfragen, das zeigt auch das Rekordhoch für die AfD. Und

da ist es bestimmten Leuten natürlich unangenehm, wenn jemand wie Krall erneut den Finger in die Wunde legt. Genau das hat der Ökonom auch mit seinem aktuellen Werk "Die Bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten" getan.

Kralls Analyse ist schonungslos: Die Freiheitsrechte und die Wirtschaft erodieren, das Geld- und das Finanzsystem stehen vor dem Kollaps, die politischen Verantwortungsträger versagen. Durch Umverteilung und Verschuldung sowie Euro-Bonds gleiten wir immer weiter in einen planwirtschaftlichen Staatsmonopolkapitalismus ab.

Krall ruft daher in "Die Bürgerliche Revolution" zum friedlichen Aufstand der arbeitenden Bevölkerung, der Sparer, der Normalbürger und des Mittelstandes gegen die Politik der EU und der Bundesregierung auf. Man solle, so sein Appell, die momentane Krise als Chance begreifen, um wieder zum traditionellen Wertefundament zurückzukehren, das sich auf die Säulen Familie, Eigentum, Individualität, Religion und Kultur stützt.

So viel Traditionalismus geht im Diversity- und Gender-Vorzeigeland natürlich gar nicht. Deswegen hatte man Krall schon lange auf dem Kieker. Auch wegen des freiheitlichen 100-Tage-Sofortprogramms inklusive einer offenen und ehrlichen Verfassungsdebatte, die der Autor in seinem Werk "Die Bürgerliche Revolution" entwirft.

Jede Wette: Würde man das Programm von Krall umsetzen, dann gäbe es einen Gewinner und einen Verlierer - der Gewinner wäre das deutsche Volk, der Verlierer die abgehobene Berliner Polit-Kaste, die bei einer Umsetzung der in "Die Bürgerliche Revolution" vorgestellten Reform-Agenda vollkommen entmachtete wäre. Und das konnten die Politschranzen und ihre willfährigen Befehlsempfänger Markus Krall natürlich nicht durchgehen lassen ...

Dieses Buch zeigt, wie der Berliner Polit-Apparat endlich entmachtete werden kann: In seinem hochbrisanten Werk "Die Bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten" stellt der Ökonom Markus Krall die Woke-Mafia an den Pranger und ruft zum Aufstand der Bürger gegen das Establishment auf. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 28. August 2023 (x1.326/...): >>**Windenergieanlagen gefährden unsere Gesundheit**

Laut jüngsten Aussagen der Präsidentin des Bundesverbandes Windenergie, Bärbel Heidebroek, verursachen nicht Windindustrieanlagen gesundheitliche Schäden an Menschen, sondern vielmehr eine kritische Haltung zu diesen.

Hierzu erklärt Dr. Christina Baum, Mitglied im AfD-Bundesvorstand und Mitglied des Gesundheitsausschusses im Bundestag:

"Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, daß es besser ist, sich in Gesundheitsfragen nicht von Lobbyisten beraten zu lassen. Frau Heidebroek legt für ihre gewagten Thesen keine Belege vor. Dabei wäre es ihre Aufgabe, den Beweis zu erbringen, daß die von Ihr vertretene Technologie unschädlich ist. Nicht glauben, sondern wissen sollte sie das.

In der Realität ist es umgekehrt. Da wird den Bürgern abverlangt, völlig offensichtliche Auswirkungen zu beweisen. Die Windkraftpolitik ist schädlich für Mensch, Wald und die Tierwelt. Die AfD verlangt deshalb dringend, sofort diesbezüglich Forschungen in die Wege zu leiten.

Wie bei der 'Impfung', der Insektennahrung oder 5G werden hier Experimente auf den Rücken der Bürger durchgeführt, ohne zuvor eine zwingend notwendige Forschung zu den gesundheitlichen Gefahren durchzuführen. Das ist unverantwortlich."<<

29.08.2023

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. August 2023 (x1.326/...): >>**Falsche Energie- und Steuerpolitik führen zu deutscher Deindustrialisierung**

Die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland hat deutlich zugenommen. Die Summe der Gläu-

bigerverluste von 36 Milliarden Euro im Jahr 2022 dürfte nach Aussage des Inkassodienstleisters Creditreform 2023 deutlich überschritten werden.

Peter Boehringer, stellvertretender Bundessprecher der AfD, kommentiert:

"Die Insolvenzwelle, die aktuell durch Deutschland rollt, fällt nicht vom Himmel und sie ist kein reines Marktgeschehen, sondern das Ergebnis einer völlig verfehlten Politik. Es grenzt daher an Schönfärberei, wenn einige Wirtschaftsexperten nun von einer 'überfälligen Marktberreinigung' angesichts der 'mangelnden Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Unternehmen' sprechen.

Denn: Diese Wettbewerbsfähigkeit wurde von der Politik systematisch zerstört; durch eine irrwitzige Energie- und Steuerpolitik, durch verrückte Coronamaßnahmen, durch Überregulierung und planwirtschaftliche Subventionen. Wer soll glauben, daß sich aktuell in Deutschland im selben Maße neue Unternehmen gründen, die die untergegangenen Firmen ersetzen?

Fakt ist, daß wir in Deutschland alles daran setzen müssen, die fortschreitende Deindustrialisierung zu stoppen, denn die wirtschaftliche Substanz gerade des Mittelstands wird nicht wiederkehren, wenn sie einmal verschwunden ist. Die hierfür notwendige politische Substanz findet sich allerdings nur bei der AfD, denn allein die AfD ist in der Lage, die politische Kehrtwende einzuleiten, die zur Wiederbelebung des Wirtschaftsstandorts Deutschland erforderlich ist.

Die Lösung liegt nicht in Stützungs- und Stabilisierungsmaßnahmen und auch nicht in der kostspieligen Ansiedlung von Chipfabriken aus Steuermitteln, sondern in einer tiefgreifenden Veränderung der Rahmenbedingungen. Nur unter dieser Voraussetzung wird künftig überhaupt wieder nennenswert in Deutschland investiert werden."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 29. August 2023 (x1.328/...):

>>**Während andere Länder Zahlungen verweigern - Ziele übererfüllt: Deutschland zahlt Milliarden an "Klimahilfen"**

Noch unter Merkel versprach Deutschland, jährlich sechs Milliarden Euro an sogenannten "Klimahilfen" international zu verteilen. Die Ampel zahlt jetzt sogar noch deutlich mehr - und will aus dieser Position heraus andere Länder belehren, dem deutschen Weg zu folgen.

alt

Max Roland

Mit sogenannten "Klimahilfen" in Höhe von rund 6,3 Milliarden Euro hat Deutschland ein für 2025 zugesagtes Ziel übererfüllt. Das zeigen Zahlen des Entwicklungsministeriums, über die die ARD berichtet. Mit den Hilfen sollen ärmere Länder sowohl bei der CO2-Minderung als auch bei Anpassungsmaßnahmen gegen höhere Meeresspiegel, lange Dürreperioden oder heftige Stürme unterstützt werden.

Noch unter Kanzlerin Merkel hatte die Bundesrepublik international zugesagt, die Zahlungen bis 2025 auf 6 Milliarden Euro zu erhöhen. Die neue Ampel-Regierung hat dieses Ziel nun bereits erfüllt und zahlt noch mehr. Es ist damit zu rechnen, daß das so bleibt und Deutschland weiterhin mehr Geld als Versprochen als eine Art Klima-Entwicklungshilfe an andere Länder zahlt.

Die Bundesregierung möchte diese Position nutzen, um auch andere Länder zu mehr Zahlungen zu bewegen. Bei kommenden Klimakonferenzen, etwa diesen Herbst bei einem Gipfel zur Auffüllung des internationalen "Klimafonds" in Bonn, will Deutschland nun aus einer vermeintlich erhabenen Position heraus andere Länder auffordern, den deutschen Weg mitzugehen.

Ab jetzt müßten Länder wie China oder die wohlhabenden Golfstaaten in die Verantwortung genommen werden, sagte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD). Die Volksrepublik China, die mit einem Anteil von gut 30 Prozent weltweit am meisten Treibhausgase ausstößt, weigert sich jedoch. Die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Welt definiert sich

selbst als Entwicklungsland und lehnt finanzielle Verpflichtungen ab.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. August 2023 (x1.322/...): >>**Erneut dramatische Schäden bei Kindern durch Corona-Maßnahmen und "Impfungen" nachgewiesen**

Von *H. W. Ludwig*

Eine kleine Anfrage zweier AfD-Landtagsabgeordneter in Niedersachsen im Juli 2023 brachte es an den Tag. Die dortige Landesregierung bekannte in ihrer schriftlichen Antwort, daß seit 2021 fast 10.000 Kinder und Jugendliche wegen Impfnebenwirkungen ärztlich behandelt werden mußten. Hochgerechnet auf ganz Deutschland - in Niedersachsen lebt etwa ein Zehntel der Kinder - ist mit etwa 100.000 Impfschäden bei Personen unter 18 Jahren zu rechnen. Und Ärzte diagnostizierten 2022 in Niedersachsen bei Heranwachsenden fast 60 Prozent mehr Depressionen und 30 Prozent mehr Eßstörungen als 2019.

Der Atmung-behindernde, angsterfüllte Kontakt hinter Masken - Die tiefgreifende Verletzung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit

Obwohl von Anfang an bekannt war, daß Kinder kaum schwer an Corona erkranken, wurden sie in den Schulen den strengen Masken-, Abstands-, Test- und 2G-Regeln unterworfen, die eine Impf-Nötigung einschlossen. Und die STIKO hatte am 24.5.2022, offenbar im Interesse der Pharmaindustrie, "nun auch gesunden Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren zunächst eine mRNA-Impfstoffdosis gegen COVID-19" empfohlen.

Corona und "Impf-Nebenwirkungen"

Aus der Antwort geht hervor, daß in Niedersachsen von 2021 bis April 2023 insgesamt 505.569 Kinder von 5 bis 18 Jahren mindestens einmal mit dem mRNA-Stoff gespritzt wurden, davon 464.574 zweimal und 181.434 dreimal.

Dennoch wurden 2021 bis Mitte 2023 von diesen Kindern 40.357 an Corona erkrankt gemeldet.

620.213 leicht an Corona-erkrankte Kinder gab es insgesamt (sicher durch den untauglichen Drosten-Test "festgestellt"), davon nur 305 schwere Fälle.

Wegen Impfnebenwirkungen mußte sich die - gegenüber 305 schweren Corona-Erkrankungen - hohe Zahl von 9.320 Kindern und Jugendlichen im Alter 5 bis 18 Jahren in einer kassenärztlichen Praxis in Niedersachsen behandeln lassen. Ihnen allen hatte ein Mediziner mit dem Diagnose-Code U12.9 bescheinigt, daß ihre Leiden wohl durch die "Corona-Impfung" verursacht wurden. Wie schon gesagt, ergibt diese Zahl von ca. 10.000 Fällen von Impfnebenwirkungen bei 5 - 18 Jährigen in Niedersachsen auf ganz Deutschland hochgerechnet etwa 100.000 zu erwartende Impfschadensfälle in dieser Altersgruppe. Wie hoch noch die Dunkelziffer ist, kann nur spekuliert werden.

Depressionen

Die AfD-Abgeordneten stellten die weitere Frage:

"Wie haben sich im Zeitraum 2020 bis April 2023 die Zahlen der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre im Zusammenhang mit Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus entwickelt, die eine psychiatrische Behandlung benötigen?"

Die Landesregierung listete in ihrer Antwort Daten der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Niedersachsen über die ärztliche Behandlung von Depressionen bei 5 - 18 Jährigen von Januar 2018 bis März 2023 auf.

2018 waren es insgesamt 20.352 junge Patienten, 2019 waren 20.862 betroffen. Im ersten Coronajahr erfaßte die KV einen noch moderaten Anstieg auf insgesamt 21.822 Kinder, die behandelt werden mußten. Zu Beginn des zweiten Corona-Jahres schnellten die Fallzahlen dann rapide in die Höhe: 2021 auf 29.394, im vorigen Jahr sogar auf 32.700 in Niedersachsen.

Gegenüber 2019 ist dies ein Anstieg um rund 57 Prozent.

Im ersten Vierteljahr 2023 betrug die Fallzahlen bereits 8.700 Betroffene, so daß es im lau-

fenden Jahr allein in Niedersachsen bis zu 35.000 Behandlungsfälle werden können, wenn der Trend anhält.

Das ist eine dramatische Steigerung, deren Ursache in der Panikmache von Politik und Medien sowie in den einschneidenden Isolationsmaßnahmen zu suchen ist.

Eßstörungen

Eßstörungen (Magersucht) sind oft die erste Reaktion auf eine abnorme psychische Belastung bei den seelisch noch nicht gefestigten Kindern und Jugendlichen.

2018 habe die Kassenärztliche Vereinigung 9.056 Behandlungsfälle in Niedersachsen registriert, 2019 = 8.797 und im ersten Corona-Jahr habe es mit 8.720 Fällen auch noch keine Steigerung gegeben. Dann ging es jedoch steil aufwärts: 2021 mußten sich bereits 11.161 Minderjährige wegen schwerer Eßstörungen ärztlich behandeln lassen und 2022 sogar 11.405. Dies ist gegenüber 2020 ein Anstieg um 30 Prozent.

Rechnet man die fast 3.000 Fälle im ersten Quartal 2023 hoch, könnte ihre Anzahl bis Jahresende auf bis zu 12.000 ansteigen.

Depressionen und Eßstörungen sind schwerwiegende und hartnäckige psychische Erkrankungen, die tödlich enden können. Junge Menschen, die am Anfang ihres Lebens stehen und normalerweise erwartungs- und hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, werden in ihrem Urvertrauen in eine gute Welt enttäuscht und zurückgeschreckt, so daß sie sich vor der lebensgefährlich und böse erscheinenden Realität in sich selbst zurückziehen.

Die allgemeine Situation der Kinder und Jugendlichen

Die obigen nüchternen Zahlen bestätigen nur partiell, was der erfahrene Notfall- und Traumapädagoge Bernd Ruf dem "Fassadenkratzer" am 2. Juni 2023 im Blick auf die Gesamtlage der Kinder und Jugendlichen in Deutschland mit fundierten Zahlen u.a. geschildert hat:

"Besonders unter den "social-distancing"- Schutzmaßnahmen haben die Kinder offenbar gelitten. Kinder und Jugendliche wiesen während der Schulschließungen 75 Prozent häufiger Depressions-Symptome auf als vor der Coronakrise.

Eltern, Lehr- und Betreuungskräfte, Kinderärzte und Psychologen vermelden teilweise massive Verhaltensauffälligkeiten: erhöhte Konzentrations-Probleme bei fast 70 % der Befragten, größere Zappeligkeit bei etwa 45 %. und eine besorgniserregende Zunahme von Angstzuständen und Zwängen.

Spanische Eltern berichten laut einer Studie, daß ihre Kinder heute nervöser (44 Prozent), streitlustiger (40 Prozent), unselbständiger (36 Prozent) - und sorgenvoller (27 Prozent) seien. Bei etwa einem Viertel der Kinder kam es zu häufigerem Weinen sowie zu Schlaf- und Eßstörungen. Im Kontrast dazu wirkt die Aussage von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, die Kinder hätten in der Pandemie die größten Opfer erbracht, wie eine zynische Untertreibung.

Es sind erschreckende Ergebnisse: Laut Abschlußbericht der Bundesregierung zur Situation von Kindern und Jugendlichen nach der Pandemie vom Februar 2023 sind 73 Prozent der Minderjährigen noch immer durch die Corona-Krise psychisch belastet.

Einsamkeit, schulischer Druck, finanzielle Sorgen, gestreßte Eltern, Leben auf engem Raum: die Pandemie hat Probleme verschärft, die in vielen Familien bereits vorher vorhanden waren. Dies hinterläßt bei vielen Kindern und Jugendlichen nachhaltige psychische Spuren.

Mehr als 70 Prozent der in der sogenannten "COPSY-Studie" des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf befragten Kinder und Jugendlichen fühlten sich durch die Pandemie psychisch belastet. Während früher zwei von zehn Kindern Entwicklungs-Auffälligkeiten zeigten, hat sich dieses Phänomen heute auf sechs von zehn Kindern gesteigert. Die Kinder seien gereizter, litten unter Schlafproblemen, und klagten häufiger über Kopf- und Bauchschmerzen. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten habe sich verdoppelt. Laut einer Studie verdoppelte sich während der Corona-Krise die Zahl der jugendlichen Raucher binnen eines Jahres." ...

Der Hamburger Gymnasiallehrer Bernd Schoepe bezeichnete die Corona-Methoden in den

Schulen als "schwarze Pädagogik", zu der alle Handlungen gehörten, "mit denen ein Kind unter Einsatz körperlicher oder seelischer Mittel zu bestimmten Handlungen bzw. zu einem bestimmten Verhalten gebracht werden soll, wie ... Manipulation, Ängstigung, Liebesentzug, Isolierung, Mißtrauen, Demütigung, Verachtung, Spott, Beschämung, Gewaltanwendung bis hin zur Folter."

Und er läßt eine Ärztin über den infamen Druck zu Wort kommen, der auf Kinder ausgeübt wurde, um sie zum Impfen zu nötigen:

Die Kinderärztin Dr. Andrea Knipp-Selke, Mitautorin der interdisziplinären Thesenpapiergruppe zum Themenkreis Covid-19 Schrappe, habe über Fälle von Kindern berichtet, die sich aufgrund großer psychischer Belastung durch schulischen Impfdruck hilfeschend und verzweifelt an ihre Praxis gewandt hätten:

"Der Druck auf die Jugendlichen, sich impfen zu lassen, ist sehr groß. Das geht so weit, daß die Lehrer die Tafel aufklappen, und auf der einen Seite stehen die ungeimpften Kinder und auf der anderen Seite die geimpften Kinder, und die ungeimpften Kinder müssen sich dann täglich testen lassen. Ein anderes Kind erzählte uns, daß die Lehrerin jeden Morgen alle Schüler aufruft und sie fragt, ob sie geimpft oder nicht-geimpft sind, und die, die geimpft sind, bekommen einen Applaus und die nicht geimpften einen bösen Blick der Lehrerin oder werden aufgefordert, sich dafür zu rechtfertigen.

Ein Schüler berichtete, dass, als er über den Schulflur lief, eine Lehrerin ihn anherrschte, ob er sich denn jetzt endlich habe impfen lassen, schließlich wolle man nicht wegen ihm sterben. Zu den Masken erinnere ich mich an ein Mädchen, das wegen der FFP2-Maske im Sportunterricht zusammengebrochen ist. Dann kam die Lehrerin und riß ihr nicht etwa die Maske vom Gesicht, sondern wies sie an, mal flacher zu atmen.

Oder: der Impf-Bus fährt vor der Schule vor, und die Mittelstufenschüler gehen zur Impfung, und der Impffaß wird am Eingang zum Impf-Bus durch die Oberstufenschüler kontrolliert, - so etwas wie ein Arztgeheimnis gibt es da nicht mehr. ... Das ist sicherlich nicht an allen Schulen so. Aber es sind beileibe auch keine Ausnahmefälle. ...

Was die Impfung betrifft, so hat keiner der Jugendlichen Angst vor der Infektion, sie wollen einfach nur ihr Leben zurück."

Und Bernd Schoepe berichtet weiter:

"Ein befreundeter Kollege erzählt mir von der Situation in seinen Klassen. Ein Drittel der Schüler seien in ärztlicher oder therapeutischer Behandlung. Massiv treten auf: Schlafstörungen, Depressionen, Lethargie, Antriebslosigkeit, völlige Hilf- und Orientierungslosigkeit in praktischen Dingen. Arrhythmie bestimme immer noch das Leben eines signifikanten Teils der Schülerschaft. Die Lernrückstände seien besonders in den naturwissenschaftlichen Fächern so groß, daß sich die Lücken kaum schließen lassen.

Insbesondere Kinder aus armen Haushalten, die von der ganzen Situation besonders überfordert waren, hätten keine Chance, ihre Lernrückstände aufzuholen. Wieder einmal sind es die sozial Benachteiligten und Schwächsten, die zum größten Opfer einer gedanken- und rücksichtslosen Politik geworden sind.

Am schlimmsten findet der Kollege, daß den Kindern so viel Angst gemacht wurde und sie mit dem Vorwurf leben mußten, vielleicht ihre Familienmitglieder umzubringen, wenn sie sich nicht an die Regeln hielten. Damit erklärt er sich auch, daß noch immer Jüngere die Maske trügen, obwohl sie meist wenig oder gar keine Angst hätten, sich selbst mit dem Virus anzustecken." ...

Diese totalitären, Menschen-verachtenden Maßnahmen der Politiker und die servile Ausführung der Beamten und "Pädagogen" dürfen nicht vergessen werden.<<

USA: [Das britische Online-Nachrichtenportal "EXTREMNEWS" berichtet am 29. August 2023 \(x1.330/...\): >>Foreign Relations - Das Gehirn des US-Kapitalismus - Teil 1](#)

Herzlich willkommen zu einer neuen Folge von HiStory!

Mein Name ist Hermann Ploppa, und heute befassen wir uns mit den ersten Jahrzehnten der wohl wichtigsten Denkfabrik der Vereinigten Staaten von Amerika. Es geht um den Council on Foreign Relations, also dem Rat für Auswärtige Beziehungen. Klingt akademisch und harmlos zugleich. Doch der Council on Foreign Relations ist vielmehr als nur eine außeruniversitäre Bildungseinrichtung. Wir werden bald verstehen warum.

Die USA ist von der Konzeption her eine offene Gesellschaft. Das heißt: Jeder Tellerwäscher kann zum Millionär aufsteigen. Keine Reglementierung hindert ihn daran. Damit dieser Fall aber tunlichst nicht eintritt, haben die Leute, die schon oben sind, allerlei trickreiche Vorrichtungen ersonnen, um unter sich zu bleiben und sich nicht von Emporkömmlingen an die Seite drücken zu lassen. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts hatte sich eine Elite durchgesetzt, die an der nördlichen Ostküste der USA mit Schwerpunkt in New York und Boston zuhause ist.

Diese Elite ist weiß, protestantisch und sieht die Kultur Englands als ihre geistige Heimat an. Sie hat ihre eigenen Schulen und Universitäten gegründet, wo nur der eigene Nachwuchs gefördert wird. Exklusive studentische Verbindungen garantieren, daß die Absolventen der Eliteausbildung von ehemaligen Absolventen gleich in die richtigen Karrieregleise geschubst werden.

Jene Seilschaften treffen für die Gesellschaft wichtige Entscheidungen. Am liebsten in Herrenklubs, am Rande von Jagd oder Golfspiel. Was nun dieser informellen Seilschaft ihre besondere Macht verleiht, ist der so genannte "Drehtüreffekt".

Das heißt: ein Elitemensch wechselt ohne größere Probleme aus einer Leitungsfunktion in der Industrie in eine solche beim Militär, der Politik, den Medien, dem Geheimdienst, der Wissenschaft, oder sogar der Kirche. Mit Hilfe dieser Rotation ist es möglich, mit extrem wenig Elite-Personal schnell und geräuschlos eine bestimmte Richtungsentscheidung für die gesamte Gesellschaft durchzusetzen.

Diese Drehtür setzt natürlich eine unbekümmerte Verwischung der Grenzen zwischen Privatwirtschaft und Regierung voraus. Das, was sich in Deutschland gerade als "Öffentlich-Private Partnerschaft" durchsetzt, ist in den USA spätestens nach der Etablierung von Trusts und Kartellen, also etwa seit dem Jahre 1900, eine Selbstverständlichkeit. De facto herrschte jene kleine Ostküstenelite. Ihr Selbstverständnis kann man als "paternalistisch" bezeichnen:

Das Volk ist dumm und weiß nicht, was ihm gut tut. Eine auserlesene Elite muß für den Pöbel das Denken übernehmen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurde von oben nach unten die ganze Gesellschaft geordnet nach den Vorstellungen jener "chosen few", der wenigen Erwählten, aus den großen Banken und Industriekartellen.

Der wichtigste Denker des Council on Foreign Relations, Walter Lippmann, hat das Credo der Bevormundung in dankenswerter Offenheit dargelegt. Das Volk sei desinteressiert und zu ungebildet, um die Feinheiten der Außenpolitik zu verstehen. Die Parlamentarier wiederum seien nur daran interessiert, ihre Wählerklientel zu befriedigen. Deswegen müsse eine kleine Elite die Datenfülle verarbeiten, verdauen, und das Verdaute dann dem gemeinen Volk und den Volksvertretern so vereinfacht zur Entscheidung vorlegen, daß diese nur noch mit "ja" oder "nein" zu antworten hätten:

"... das allgemeine Interesse ... kann nur durch eine spezialisierte Klasse verwaltet werden, deren persönliche Interessen über lokale Themen hinausreichen. Diese Klasse ist befreit von Verantwortung, denn sie agiert aufgrund von Informationen, die nicht Eigentum der Gemeinschaft sind; in Situationen, die das breite Publikum gar nicht begreift ... die Männer, die aktuell gerade die Macht ausüben, versagen nicht etwa dabei, den Willen des Volkes widerzuspiegeln, denn in den meisten Sachfragen existiert ein solcher Wille gar nicht, sondern sie üben Macht aus aufgrund von Auffassungen, die vor der Wählerschaft verborgen sind."

In diesem Umfeld entfaltet der Council on Foreign Relations als private Organisation der Finanzkreise und Kartelle eine Macht, die nachhaltiger und raffinierter ist als jede Geheimloge es je hätte sein können. Die zeitweise mächtiger wird als je eine Regierung sein konnte. Die organisatorische Arbeit des Council wird von wenigen Leuten betrieben. Der CFR ersinnt Forschungsthemen und Paradigmen. Diese werden zusammen mit assoziierten Stiftungen wie Brookings, Carnegie, RAND oder dem renommierten Massachusetts Institute of Technology ausgearbeitet und Politikern sowie der interessierten Öffentlichkeit vorgelegt.

Der Council on Foreign Relations ist ein halboffenes System, das in seinem Kreis Pluralität der Meinungen zuläßt - allerdings immer auf dem Fundament des paternalistischen Paradigmas. Der Council unterzieht seine eigene Politik und Governance einer ständigen Diskussion und kritischen Überprüfung. Prophylaktisch forschen die CFR-Leute nach künftigen Erstarungspotentialen der eigenen Strategie.

Sie sind in der Lage, rasch pragmatische Kurskorrekturen vorzunehmen, ohne daß es zu größeren Reibungsverlusten in der CFR-Hierarchie kommt. Das macht den Council wesentlich manövrierfähiger als eine demokratische Regierung. Den starren Vorgaben einer Diktatur ist der Council on Foreign Relations haushoch überlegen.

Die Regierung der USA verstand es im Ersten Weltkrieg, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler in das Kriegsgeschehen fest einzubinden. Wie zuvor schon die Privatwirtschaft, so wurde nun auch das Management des Krieges methodisch-wissenschaftlich organisiert und systematisiert. Hier regiert nicht mehr länger ein US-Präsident durch Eingebungen und Launen. Die neuen Technokraten der Macht wollen ihre Arbeit auch nach dem Krieg weiterführen. Aus diesem Gedanken heraus entsteht 1921 der private Council on Foreign Relations.

Der CFR bekommt ein eigenes Büro in New York. Bald erscheint die Zweimonatszeitschrift Foreign Affairs, durch welche die nicht aktiven Mitglieder sowie interessierte Außenstehende an den Verein angebunden werden. Aktiv sind in diesem Verein vornehmlich Wissenschaftler, Medienleute und Juristen.

Die Geld spendierenden Bankiers und Industriellen hören sich gerne die Vorträge an. So richtig aktiv werden sie immer erst, wenn bei einem Thema ihre persönlichen Geschäftsbereiche berührt werden. Zu den aktiven Geschäftsleuten gehört Thomas Lamont aus dem Vorstand des damals weltgrößten Bankhauses Morgan. Oder sein Kollege Otto Kahn vom Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. In dem selben Bankhaus arbeitet auch Paul Warburg, der die Zentralbank der USA mitgegründet hatte. Schließlich bringt sich die Rockefeller-Sippe immer stärker ein.

Die CFR-Leute bekennen sich zum Internationalismus und wollen die Nationalstaaten schrittweise abschaffen. Bereits 1908 schwebt dem CFR-Vordenker Archibald Coolidge eine Weltordnung vor, die ohne Grenzen und Zölle den ganzen Globus zu einem einzigen Marktplatz umwandelt.

Diese Auffassung von Internationalismus stellt jedoch nur eine Chiffre für eine hierarchische Weltordnung dar: USA und Großbritannien sollen gemeinsam die Weltmeere kontrollieren. Japan wird als Juniorpartner aufgebaut. Das wichtigste Ziel ist allerdings zunächst, Deutschland vor dem Kollaps der Reparationszahlungen zu retten. Die CFR-Strategen liefern das theoretische Fundament für die wirtschaftliche Übernahme Deutschlands durch die Wall Street-Banken, die im Dawes- und später im Young-Plan festgeschrieben wurde.

Ein weiteres Zentralthema des Council ist die möglichst rasche Wiedereingliederung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft. Soll heißen: US-amerikanische Firmen möchten ihre verlorenen Anteile in der Sowjetunion zurück haben. Die Regierung der USA soll sofort mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufnehmen. Denn der Bericht der Soviet Study Group urteilt am 23. März 1923, Lenins Neue Ökonomische Politik bedeute eine "Rückkehr zu Gesundheit und zu soliden Geschäftspraktiken". Die diplomatische Anerkennung läßt noch bis 1933 auf sich warten. Aber die Rockefellers schließen einen lukrativen Vertrag mit dem

sowjetischen Ölkonzern Azneft ab. Und CFR-Unternehmer Averell Harriman errichtet Manganzbergwerke im Südkaukasus.

Die Council-Männer sind gewiß weder Nazis noch Faschisten. Wie mehrere Untersuchungsausschüsse im Kongress der USA nachweisen, finanzieren und bestücken die Geschäftsleute jedoch alle potentiellen Kontrahenten eines kommenden Krieges gleichermaßen mit Know How, Kapital und Investitionsgütern, also auch die Nazis und Faschisten aller Couleur. Dann bedrängen sie die Regierung der USA, gegen die aufgeblähte Bedrohung vorzugehen. Franklin Delano Roosevelt hatte es verstanden, eine eigene Denkfabrik aufzubauen und sich die Berater des CFR vom Hals zu halten.

Jedoch wird die braune Bedrohung derart heftig, daß im Herbst 1939 das US-Außenministerium für die Berater des CFR geöffnet wird. Führungsstäbe des Ministeriums treffen sich unter konspirativen Umständen mit den Herren Armstrong und Mallory vom Council on Foreign Relations. Nicht einmal die einfachen Mitglieder des Council erfahren etwas von der feindlichen Übernahme des Ministeriums durch Privatleute.

Kaum sind die USA 1941 in den Zweiten Weltkrieg aktiv eingetreten, da entbrennt bereits die Debatte über die neue Weltordnung, die nach dem Ende der Kampfhandlungen - quasi am Reißbrett - entstehen soll. Allen Beteiligten innerhalb und außerhalb des CFR ist klar, daß es dann nur noch zwei Großmächte geben wird, nämlich die USA und die Sowjetunion. Damit aber nicht nach dem Zweiten Weltkrieg Gewinner und Verlierer gleichermaßen in den Strudel einer Rezession geraten - wie nach dem Ersten Weltkrieg -, sollen diesmal weltumspannende Organisationen für Krisenprävention, Wirtschaftsbelebung und Währungsstabilität errichtet werden. Die CFR-Planer sehen vor, daß private Unternehmen, insbesondere Banken und deren Denkfabriken, diese neue Weltordnung aufbauen.

Dem stellt sich US-Präsident Franklin Roosevelt energisch entgegen. Roosevelts Politik des New Deal unternahm beträchtliche Anstrengungen, staatliche, kommunale, genossenschaftliche und gewerkschaftliche Strukturen nachhaltig zu stärken. Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau sowie dessen Staatssekretär Harry Dexter White entwerfen nun eine weltumspannende Nachkriegsordnung, die von demokratisch legitimierten staatlichen Organen kontrolliert werden soll.

Nach Whites Plänen vereinbaren 1944 in Bretton Woods Delegierte aus 44 Staaten eine Weltordnung, gestützt auf vier Säulen. Mit UNO, Weltbank, Internationalem Währungsfonds sowie einer Welthandelsorganisation sollten, so Morgenthau "Instrumente souveräner Regierungen und nicht privater finanzieller Interessen" entstehen. Ganz selbstverständlich sollte zu diesem System auch die Sowjetunion gehören, die in den IWF-Topf mit 1.2 Milliarden Dollar den drittgrößten Beitrag einzahlen wollte.

Doch nach dem Tod von Roosevelt wurden seine Mitstreiter allesamt aus dem inneren Zirkel der Macht in Washington verbannt. Die Konzeption des CFR, daß die Neue Weltordnung vornehmlich von Privatbanken gemanagt werden sollte, hatte nun freie Fahrt. Doch war man sich im Jahre 1945 im Council nicht klar darüber, wie mit der Sowjetunion zu verfahren sei. Zu verlockend ist für die Geschäftsmänner die Aussicht auf den gigantischen Markt in der Sowjetunion. Raymond Buell formuliert die "Thermidor-Theorie":

Im Grunde sei doch die SU auf dem Weg zur Marktwirtschaft und müsse sich nur noch von ein paar radikalen Überresten befreien, wie dereinst die französischen Revolutionäre Robespierre auf der Guillotine entsorgt haben.

Die Sowjetunion ist solchen Avancen gar nicht abgeneigt. Stalin bittet die Wall Street-Banken um einen Kredit in Höhe von 6 Milliarden Dollar zum Wiederaufbau der Sowjetunion. Von den mit diesem Kredit verbundenen Aufträgen hätten allerdings vornehmlich mittelständische US-Unternehmen im Zivilbereich profitiert. Im US-Außenministerium und im CFR, die ja eine große gemeinsame Teilmenge bilden, setzen sich jene Kräfte durch, die in einer erneuten

Aufrüstungsrunde gegen einen aufgebauten Feind größere Ertragsmöglichkeiten für die im Krieg aufgeblähten Kartelle sehen. CFR-Bankier Frank Altschul gibt zudem zu bedenken, die Sowjetunion sei gefährlich nahe an den Ölquellen im Mittleren Osten.

Da die Mehrheit der Bevölkerung der USA 1945 die Sowjetunion positiv einschätzt, malt der CFR von nun an ein immer dunkleres Bild des Kriegsverbündeten. In Foreign Affairs erscheint 1946 der Artikel eines "Mister X". Hinter diesem nicht eben originellen Pseudonym verbirgt sich der Rußlandexperte und Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft in Moskau, George Kennan. CFR-Mitglied Kennan enthüllt seinen Landsleuten, "die Russen" hätten keineswegs von ihren Weltrevolutionsplänen Abstand genommen.

"Die Russen" seien von Natur aus mißtrauisch und würden langfristig nur auf den Zusammenbruch des Kapitalismus lauern. Da "die Russen" mit ihrer starren Diktatur wenig wandlungsfähig seien, sei der Westen gut beraten, "Rußland" ganz einfach zu isolieren und einzudämmen (Containment). Unter dieser Isolierschicht werde der Kommunismus von selber implodieren.

Weiter jedoch will Kennan nicht gehen. Man versetzt ihn nach Südamerika. Ein Bericht des US-Geheimdienstes OSS, der besagt, die Sowjets seien viel zu erschöpft, um einen neuen Krieg zu wagen, wird diskret entsorgt. Präsident Truman hat keine politische Hausmacht. Also bestimmen Außenminister Dean Acheson und seine CFR-Freunde die Richtlinien der Politik. Begründet durch die vermeintliche sowjetische Bedrohung bauen die CFR-Leute - ganz dem undemokratischen Credo Walter Lippmanns verbunden - das politische System der USA zu einem Präsidialregime um. Der neue Nationale Sicherheitsrat ist nur dem Präsidenten rechenschaftspflichtig. Ab jetzt kann der Präsident - unter einem Notstandserlaß von 1950 - ganz alleine einen atomaren Erstschlag veranlassen.

Der Kongress in Washington nimmt seine Entmachtung ohne Murren hin. Mit Hilfe dieser Aushebelung der Gewaltenteilung kann die nächste Eskalationsstufe gezündet werden. So schreibt CFR-Mann Paul Nitze aus dem Policy Planning Staff im Außenministerium 1950 ein Memorandum, das NSC-68.

Dieses Papier des Nationalen Sicherheitsrates gibt zwar zu, daß die UdSSR sowohl in puncto Militärpotential als auch an Wirtschaftskraft dem Westen weit unterlegen ist. Aber - die Sowjets könnten ja in den nächsten vier Jahren im Bereich Nuklearwaffen mit den USA gleichziehen. Aufgrund dieser holprigen Beweislage steigt im September 1950, unter dem Eindruck des Korea-Krieges, aus dem Stand der Militärhaushalt um dreihundertfünfzig Prozent an.

Das ist der Grundstein des Militär-Industriellen Komplexes und der "massive retaliation" - der "massiven Vergeltung" des CFR-Außenministers John Foster Dulles. ...<<

30.08.2023

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2023 (x1.328/...): >>Leichtathletik-WM 2023: Deutschland schreibt Sportgeschichte - im Verlieren

Die deutschen Sportler sind erstmals ohne Medaillen von der Leichtathletik-WM nach Hause gekommen. Überraschend ist das nicht. Die Deutschen suchen den Ehrgeiz und wollen gleichzeitig den Wettbewerb abschaffen.

Elena Klagges

Vergangene Woche fand vom 19. bis zum 27. August 2023 in Budapest die 19. Leichtathletik-Weltmeisterschaft statt, bei der Deutschland historische Sportgeschichte geschrieben hat. Über 70 deutsche Athleten räumten das Feld von hinten auf und holten zum ersten Mal in der Geschichte - La Ola und Getrommel - keine einzige Medaille nach Hause.

Im Wettkampf mit den Besten der Welt sind unsere Sportler abgehängt worden und zeigten im Vergleich zur internationalen Konkurrenz eine schwache Leistung. Und diese Enttäuschung wiederholt sich bei anderen Disziplinen. Noch ist es gar nicht so lange her, daß die Fußballna-

tionalmannschaft bei der WM in Katar nicht einmal die Vorrunde souverän bestritten hat - auch die Hoffnungen bei der letzten Hockey-EM sind nicht mal annähernd erfüllt worden. Deutschland verliert immer mehr den Anschluß zu anderen Ländern auf den oberen Plätzen der Siegerlisten und Tabellen. Wie kann das sein?

Das Drama paßt zur Diskussion um die Bundesjugendspiele

Diesen Sommer kochte die Diskussion hoch, ob die Bundesjugendspiele abgeschafft gehören oder nicht. Dieser non-kompetitive Trend fängt bei der sprachlichen Degradierung an: Zukünftig soll nicht mehr von einem "sportlichen Wettkampf" die Rede sein, bei dem Teilnehmer-, Ehren- und Siegerurkunden verteilt werden, sondern nur noch von einem "bewegungsorientierten Wettbewerb" oder "Sportfest". Außerdem sollen die Leistungspunkte nicht mehr am Maßstab von bundesweiten Normgrößen gemessen werden und nicht zuletzt sollen breitere Sportarten angeboten werden (was auch immer das ist).

Die Argumentation hinter diesen Vorschlägen: Da die Bundesjugendspiele verpflichtend sind, wären diese Zwangsveranstaltungen für viele Kinder, die sich einfach nicht so gut bewegen können, eine Demütigung und Diskriminierung. Deshalb sei es wünschenswert, daß neben den klassischen Disziplinen wie Speerwerfen, Laufen oder Schwimmen auch Randsportarten wie Sackhüpfen oder Gummistiefelweitwurf angeboten werden.

Selbst der Sportlernachwuchs wird verhätschelt

Ins gleiche Horn blies der Deutsche Fußball Bund (DFB) schon Anfang des Jahres, als er verkündete, ab 2024 beim Kinderfußball in der G- und F-Jugend keine Meisterschaftsrunden mehr austragen zu wollen, um den Leistungsdruck zu minimieren und statt dessen Spiel und den Spaß wieder in den Vordergrund zu rücken. Bei dieser Entwicklung und in einer deutschen Elf, bei der Haarfrisuren und politische Armbandagen wichtiger zu sein scheinen als Kampfwille, sind die Aussichten auf künftige Weltmeisterschaften nicht gerade rosig.

In der Ex-Sportnation Deutschland sucht man vergeblich nach Konzepten, die den Ehrgeiz und Erfolgswillen antreiben - gleichzeitig will man den Wettbewerb abschaffen. Daß das nicht gelingen kann, liegt eigentlich auf der Hand. Ich kann aus persönlicher Erfahrung sagen, daß ein gewisser Druck, Streß und Wettkampf mit Siegeswillen die Produktivität und eben die eigene Leistung nur steigert und beflügelt.

In guten Situationen, gerade bei Siegen und Erfolgen, zahlt sich der Fleiß positiv aus; bei Niederlagen muß man weiter trainieren und nicht den Kopf in Sand stecken, beziehungsweise sich vormachen, es sei doch eine gute Leistung gewesen. Die Qualität, Schnelligkeit oder Höhe der Leistung war offensichtlich schlechter als die anderer, kann beim nächsten Turnier aber auch wieder die Beste sein - vorausgesetzt, man übt ein bißchen mehr und strengt sich etwas mehr an.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. August 2023 (x1.328/...):

>>Ausschluß nach Hautfarbe: Dortmunder Museum läßt keine Weißen mehr rein

Ein Museum in Dortmund läßt Samstag zu bestimmten Zeiten keine Weißen mehr in ihre Kolonialismus-Ausstellung. Im Namen des Anti-Rassismus werden Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe ausgeschlossen - und das auf Kosten des Steuerzahlers.

Jerome Wnuk

In einer Ausstellungswerkstatt des westfälischen Museum Zeche Zollern in Dortmund, will sich die Museumsführung mit "der Kolonialgeschichte bis heute" auseinandersetzen. Ein wichtiger Teil des Konzeptes: Weiße Menschen dürfen zu bestimmten Zeiten nicht in das Museum.

"Safe Space" gegen Rassismus

Besucher des Museums werden durch ein Schild vor dem Eingang sowie durch einen Hinweis auf der Website des Museums darauf hingewiesen, daß weiße Menschen Samstags von 10 bis 14 Uhr keinen Zutritt zur Ausstellung "Das ist kolonial." haben. Man wolle so einen "Safer

Space", also einen geschützten Raum, "in dem sich Menschen, die von Rassismus betroffen sind, vor weiteren (auch unbewußten) Diskriminierungen schützen können", schaffen. Der Ausschluß von bestimmten Menschen, der einen unweigerlich an die Apartheid erinnert, wird also als anti-rassistisches Konzept für die Sicherheit von "People of Color" präsentiert.

Rassismus im Namen des Anti-Rassismus

Die Museumsleitung scheint also überzeugt zu sein, daß weiße Menschen "People of Color" grundsätzlich im Alltag diskriminieren - wie es auf der Website heißt anscheinend schon durch "die morgendliche Tasse Kaffee, ein(en) Straßename(n) oder bestimmte Vorurteile". Man geht davon aus, daß die Kolonialgeschichte "bis heute in unserem Alltag präsent" ist. Deshalb hat man die Ausstellung geschaffen, die nicht fertig ist, sondern "sich im Werden und Wandel" befindet - das heißt: Besucher sollen die "Spuren und Folgen des Kolonialismus" durch "künstlerische Aktionen, Workshops und interaktive Performances" selbst entdecken und die Ausstellung bereichern.

Auf der Website des Museums heißt es weiter: "Was hat Kolonialismus mit mir zu tun? Da (Post)Kolonialismus jeden Einzelnen trifft, geht es alle etwas an. Deshalb ist jede Perspektive wichtig". Es soll sich also jeder mit Kolonialismus und Alltagsrassismus auseinandersetzen, außer Samstags von 10-14 Uhr - da wendet das Museum den Rassismus, den es so scharf verurteilt, gegen weiße Menschen an.

Ein aktuell in den sozialen Medien kursierendes Video des Radiosenders Antenne-Frei.de zeigt, wie zwei weiße Männer die Museums-Mitarbeiter mit der Frage konfrontieren, ob ihr Vorgehen, Menschen wegen der falschen Hautfarbe nicht in die Ausstellung zu lassen, nicht selbst rassistisch sei. Doch die Mitarbeitern wollen sich nicht äußern, es heißt nur "das kann ich nicht erklären", "ich kann nichts dazu sagen" oder "wir haben unsere Anweisungen".<<

31.08.2023

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. August 2023: >>"Scheiße ist scheiße!": Klartext zu Sport-Pleiten

Von *Sven Eggers*

Nach dem BRD-Desaster bei der Leichtathletik-Weltmeisterschaft in Budapest ist derzeit Ursachenforschung gefragt. ...

147 Medaillen waren in Budapest zu vergeben gewesen, und Buntland erreicht genau Null. Tiefer kann man nicht mehr sinken. Nie zuvor seit Austragung der Weltmeisterschaften war eine solche Pleite zu verzeichnen. Im Medaillenspiegel bedeutet dies natürlich den allerletzten Platz, selbst die Britischen Jungferninseln schnitten besser ab die frühere Leichtathletik-Macht Deutschland.

Im Ewigen Medaillenspiegel belegen die Bundesdeutschen aufgrund früherer Erfolge noch immer Platz 2, in Ungarn aber kam kein einziger Podestplatz dazu. Das symbolisiert den Absturz unseres Landes, dem gerade auch im Bereich Leichtathletik nach der Wiedervereinigung goldene Zeiten prognostiziert worden waren. Schließlich triumphierten DDR-Sportler seinerzeit in ungezählten Wettbewerben.

Die Leichtathletik-Pleite reiht sich nahtlos ein in einen dramatischen sportlichen Niedergang, darunter die Vorrunden-Blamagen der Fußballer bei der WM in Katar, der Nachwuchs-Kicker bei der U21-EM in Georgien und der Damen bei der WM in Australien und Neuseeland; jeweils außer Regenbogen nichts gewesen. Peinlich war das, wie die Zustände in unserem Land. Unangenehm sind auch die zufriedenen Stimmen, die jetzt einige sportliche Bestleistungen der Athleten oder gute fünfte Plätze herausheben. Bereits hier liegt eine der Ursachen. Eine Weichei-Philosophie will den Wettkampfcharakter torpedieren.

Beispielsweise spielen Kinder in ihren Vereinen mittlerweile Fußball ohne Tabellen, aus den Bundesjugendspielen sind in einigen Bundesländern bereits dürftige Events geworden, die betont Rücksicht auf unsportliche Kinder nehmen sollen, der Bespaßung dienen und eben

nicht in erster Linie dem Weitwurf, dem Weitsprung oder dem Schnellauf.

Einer der wenigen, die jetzt Tacheles reden ist der frühere Zehnkämpfer Frank Busemann, der 1996 bei den Olympischen Spielen in Atlanta Silber gewann und der jetzt als Leichtathletik-Experte unterwegs ist.

Das Prädikat "Made in Germany" habe nicht nur in der Leichtathletik "seinen Glanz sehr verloren", legt der 48-Jährige den Finger in die Wunde. Mangelhafte Sportförderung sei zu beklagen, aber mehr noch der entsorgte Leistungsgedanke. Kinder und Jugendliche würden nicht an Wettkämpfe gewöhnt.

Busemann: "Wie soll man lernen, daß sich Leistung lohnt, wenn Leistung nicht anerkannt wird? Es ist nicht schlimm, wenn jeder versteht, daß außergewöhnliche Leistungen auch außergewöhnlich honoriert werden." Es sei auch "nicht schlimm, wenn ein Kind mal weint, weil es nicht bei den Besten ist". So "schafft man keine Siegertypen."

Busemann treffend: "Wenn du in Mathe alles falsch gerechnet hast, wirst du auch nicht gestreichelt und dir gesagt, du hast aber ganz toll Zahlen reingeschrieben, das war wirklich großartig. Nein, falsch ist falsch - und scheiße ist scheiße. In der Mathematik genauso wie im Sport"

In elf Monaten finden in Paris die Olympischen Sommerspiele statt. Es wird kaum möglich sein, bis dahin das Ruder wieder heranzureißen. Es fehlt ja auch der Wille. Haltung und Buntgedöns stehen über dem Gedanken, für Deutschland zu rennen, zu laufen und zu kämpfen.

Derweil entrückt die Weltspitze weiter und weiter. Daß auch das gesellschaftlich völlig zerfaserte Frankreich leer ausging und sich mit der BRD den letzten Platz teilt, läßt tief blicken.<< Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. August 2023 (x1.326/...): >>**Digitalisiertes Gesundheitswesen öffnet Mißbrauch von Patientendaten Tür und Tor**

Berlin, 31. August 2023. Mit dem "Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG)" und dem "Digital-Gesetz (DigiG)" möchte nun die Bundesregierung weitere schon lange angekündigte digitale Anwendungen im Gesundheitswesen starten. Die elektronische Patientenakte (ePA) und das elektronische Rezept stehen dabei im Mittelpunkt.

Dazu erklärt Dr. Christina Baum, Mitglied im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland:

"Bisher konnten Patienten nicht vom Mehrwert einer elektronischen Patientenakte überzeugt werden. Nur etwa ein Prozent von 74 Millionen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung nutzen eine ePa. Das größte Risiko stellt für viele Bürger dabei die Sicherheit der eigenen Daten dar. Die geplante Vorgehensweise, dem Einrichten dieser elektronischen Akte widersprechen zu müssen (Opt-Out-Verfahren), muß deshalb unbedingt verhindert werden. Umgekehrt muß es sein. Der Patient sollte eine Einverständniserklärung abgeben, wenn die elektronische Speicherung seiner Gesundheitsdaten von ihm gewünscht wird.

Daß der 'Datenspender' nach Zustimmung keine Kontrolle über seine sensiblen Daten mehr hat, erklärt sich allein daraus, daß die eAkte auch zu Forschungszwecken nutzbar gemacht werden soll. Mißbrauch ist Tür und Tor geöffnet. Die AfD befürwortet die Speicherung eines Notfalldatensatzes einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung, direkt auf der Krankenversicherungskarte. Die Erwartungen an ein digitalisiertes Gesundheitswesen sind viel zu hoch, im Gegensatz zu seinem erwartbaren Nutzen in der Praxis."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2023 (x1.328/...): >>**DIW-Top-Ökonomin sieht Privateigentum und Profit als "Fetisch"**

Claudia Kemfert ist eine der führenden Ökonomen am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). In einem Beitrag fordert sie die Abkehr vom Wirtschaftswachstum und bezeichnet Privateigentum und Gewinnstreben als "Fetisch".

Jonas Aston

"Ungezügelter Wirtschaftswachstum" - davor warnte Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), in einem Beitrag im Tagesspiegel. Die Ökonomin will die gesamte soziale Marktwirtschaft umkrepeln - und sieht Privateigentum als "Fetisch" an.

Im Zentrum der Überlegungen der Ökonomin aus dem größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut, steht dabei "die Frage, wie gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen ermöglicht werden kann." Hierfür schlägt sie die "vorsorgeorientierte Postwachstums-Ökonomie" vor - eine Kreislaufwirtschaft, welche die Umwelt mit einbezieht und soziale Gerechtigkeit schaffen soll.

Völlige Umgestaltung der Energieversorgung statt "ungezügelter" Wachstum

Kemfert wünscht sich außerdem die Umkrepelung von Produktionsprozessen und fordert die Abkehr vom Wirtschaftswachstum - "ungezügelter Wirtschaftswachstum, das den Planeten zerstört, statt ihn zu beleben" sei hoch problematisch. Deswegen brauche es laut Kemfert zunächst eine völlige Umgestaltung der Energieversorgung. Der Ausbau von Solar- und Windenergie sei notwendig. Die Energieerzeugung durch Kohle solle am besten schon 2030 (statt 2038 wie es bisher vorgesehen ist) beendet werden.

Wirtschaftszweige, die ausgebaut werden müßten, seien "erneuerbaren Energien, klimaschonende Mobilität, steigende Gesundheitsvorsorge und Techniken zur Herstellung von sauberem Trinkwasser." Nur "dann wäre Wirtschaftswachstum nicht die Ursache eines globalen Klimawandels, sondern dessen Lösung". Es gehe darum, eine Balance zu finden zwischen dem Wachsen "in wohlfahrtsstiftenden und Schrumpfen in schädlichen Bereichen".

Kemfert will mit der sozialen Marktwirtschaft brechen

Laut Kemfert müßten "partizipative Suchprozesse, Experimentierräume und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung entdeckt, entwickelt und erprobt werden." Dabei denkt Kemfert an eine grundlegende Umstellung der Wirtschaftsordnung. "An die Stelle des Gewinnstrebens Einzelner auf Kosten aller anderen" solle eine "Gemeinwohl-Ökonomie" entstehen. "Privateigentum und individueller Profit darf nicht zum Fetisch werden", meint Kemfert.

Damit will Kemfert mit dem grundlegenden Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, dem Profitstreben des Einzelnen brechen. Dabei kommt genau dieses Prinzip auch der Gesamtgesellschaft zugute. Ohne Leistungsprinzip und der Möglichkeit des privaten wirtschaftlichen Erfolgs könnten wir uns in Deutschland keinen so stark ausgeweiteten Wohlfahrtsstaat leisten.

Gesellschaften ohne Privateigentumsordnung verfügen hingegen über instabile und schwache Volkswirtschaften - soziale Sicherungsnetze wie in Deutschland gibt es dort nicht einmal im Ansatz. Kemfert müßte das als Ökonomin eigentlich wissen, trotzdem erteilt sie der Regierung mit ihren weitgehenden Forderungen - bewußt oder unbewußt - eine moralische Grundlage für ihre fatale Wirtschaftspolitik. Die Rezession, in der Deutschland sich befindet, sei aus Klimaschutzgründen gutzuheißen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. August 2023 (x1.328/...):

>>**Linke NGOs bezahlen gezielt Berichterstattung führender US-Nachrichtenagentur**

Ihre Berichterstattung zu einigen der kontroversesten Themen im US-Politbetrieb läßt sich die führende amerikanische Nachrichtenagentur AP u.a. von linksgerichteten NGOs finanzieren. Bei diesen "Partnerschaften" geht es um Themen wie "Klimawandel, Rassismus und Demokratie".

Christopher Martens

... Die Associated Press, die führende US-Nachrichtenagentur, verkündete im letzten Jahr stolz neue "Partnerschaften", die die Berichterstattung über Themen wie "Klimawandel, Rassismus und Demokratie" unterstützen sollen. Bei genauerem Blick wird deutlich, daß die mei-

sten Spender eine politische Agenda verfolgen.

Da gibt es zum einen die Ida B. Wells Society. Sie hat sich mit der Hearthland Foundation des Hollywood-Regisseurs Steven Spielberg zusammengetan, um die Berichterstattung bei der AP in eine "inklusive Richtung" zu lenken. Interessant dabei: Der leitende AP-Redakteur für globale Recherchen, Ron Nixon, sitzt im Vorstand der Ida B. Wells Society. Deren umstrittene Gründerin Nikole Hannah-Jones wurde für ihre links-revisionistische Darstellung der US-Geschichte von Historikern scharf kritisiert.

Associated Press nicht mehr neutral

Die AllSides-Gruppe, die die politische Ausrichtung von Medien beobachtet, änderte kürzlich ihre Einschätzung der AP von "neutral" zu "neigt links". Als Gründe wurden Tendenzen in der "Wortwahl" und "Auslassen von bestimmten Ansichten" in der Berichterstattung genannt.

Die "Demokratie-Journalismus-Initiative" der AP, die sich "mit den Schnittstellen von Rasse und Wahlrecht" befaßt, wird von der Jonathan Logan Family Foundation finanziert, die verschiedene linksgerichtete Projekte und Aktivistengruppen unterstützt - darunter auch "Take Back the Court", das die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs angreift und das aktuell eher konservative Gericht radikal politisch umbauen will. Die Gruppe attackierte etwa den dienstältesten Richter Clarence Thomas persönlich als "Crooked Clarence" ("unehrlicher Clarence"). Auch die Charles Stewart Mott Foundation steuerte 2022 der "Demokratie-Journalismus-Initiative" 500.000 US-Dollar bei.

Millionen-Regen für Klima-Agenda

Die William and Flora Hewlett Foundation investierte satte 2,5 Millionen US-Dollar in die Klima- und Bildungsberichterstattung der AP. Sie setzt sich für die Pro-Abtreibungsgruppe Planned Parenthood und Organisationen ein, die u.a. Kindern im Kindergartenalter schon Transgender-Themen vermitteln wollen.

Zudem erhält die Associated Press Millionen von der Rockefeller Foundation, um über den Klimawandel zu berichten. Auch die Outrider Foundation setzt sich dafür ein, die Berichterstattung der AP über Klimawandel und Atomwaffen zu intensivieren.

Die Public Welfare Foundation finanzierte die AP in diesem Jahr mit 200.000 US-Dollar für investigative Berichterstattung über Kriminalität. Interessanterweise fördert diese Stiftung Organisationen, die etwa in Washington, D.C., für drastische Strafreduzierungen eintreten.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26904" berichtet am 31. August 2023 (x1.319/...): >>Eugenik unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes

Im Zusammenhang mit den Corona- Impfungen, sind zahllose Nebenwirkungen und auch Todesfälle aufgetreten. Dabei gibt es klare Hinweise auf eine Bevölkerungsreduktion, die umgesetzt wird. Man könnte es auch Eugenik nennen.

Ist diese drastische Zunahme von Impf-Opfern einfach schicksalhaft oder wird hier ganz gezielt eine knallharte Agenda zur Bevölkerungsreduktion umgesetzt?

Eugenik unter dem Deckmantel des Gesundheitsschutzes

Trotz erheblicher Sicherheitsbedenken und Skandale haben fast 160 Länder den günstigen und leicht zu handhabenden Impfstoff von AstraZeneca/Oxford gekauft. Der Impfstoff wird inzwischen auf Hochtouren verabreicht.

Doch nun kam durch den Bericht der Autorin und Forscherin Whitney Webb und des investigativen Reporters Jeremy Loffredo Erschreckendes ans Licht: Leitende Forscher und Entwickler dieses Impfstoffs sind mit Organisationen wie dem "Galton Institute" (ehemals "British Eugenics Society") verbunden, die sich eine Verbesserung der Rassenhygiene zum Ziel gemacht haben. Eugenik unter dem Deckmantel der Philanthropie (menschensfreundliches Denken und Verhalten)?

Webb und Loffredo schreiben zu den Verbindungen zwischen AstraZeneca und der britischen Eugenik-Gesellschaft: "Man sollte meinen, die Weltgesellschaft sei für solcherlei Irrlehren

mittlerweile nicht mehr anfällig. Noch immer aber werden die eugenischen Ziele der damaligen "British Eugenics Society" (seit 1989 umbenannt in "Galton Institute") umgesetzt. Ihr Ziel ist nach wie vor, die "Biologische Verbesserung der Nation" und die "Abmilderung der Belastungen, die der Gesellschaft durch die genetisch 'Untauglichen' auferlegt werden."

Schon der große Feldherr Napoleon betrieb ein Ausleseverfahren, mit dem es ihm gelang, die für ihn "Untauglichen" von den "Tauglichen" zu trennen. Er wandte die Idee des englischen Arztes Edward Jenner an, indem er aus Pockenbläschen von Menschen einen Impfstoff herstellen und damit alle Soldaten impfen ließ. Wer die Pockenimpfung unbeschadet überstand, wurde für Napoleons Eroberungsfeldzüge eingesetzt. Wer nicht stark genug war, starb oder blieb blind, taub oder gelähmt zurück.

Gibt es auch heute wieder zum Größenwahn tendierende "Möchtegern-Napoleons", die - versteckter als damals Napoleon - aber mit genau demselben eiskalten Kalkül die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen formen und die in ihren Augen "Unnützen und Untauglichen" kurzerhand wegreduzieren wollen?

Betrachtet man die engen Verflechtungen zwischen den leitenden Forschern und Entwicklern des Pharmaunternehmens Astra Zeneca mit der aus einer Eugenikgesellschaft hervorgegangenen "Society for the Study of Social Biology" ("Gesellschaft für das Studium der Sozialbiologie" - ursprünglicher Name: "American Eugenics Society") und zieht man außerdem die eindeutigen Äußerungen von Bill Gates ("Wenn wir richtig gute Arbeit leisten mit Impfungen, im Gesundheitswesen, in der Fortpflanzungsmedizin, können wir dies (= die Weltbevölkerung) um 10-15 Prozent reduzieren") zur aktiven Bevölkerungsreduktion in Betracht, muß man unweigerlich zu folgendem Schluß kommen:

Offenbar sind die vielen Impftoten und die durch die Corona-Impfungen zahlreichen getöteten heranwachsenden Babys im Mutterleib eben doch nicht die Opfer eines schicksalhaften, tragischen Geschehens. Sie sind in Tat und Wahrheit Opfer einer Agenda, deren Verfechter ganz gezielt und skrupellos die Menschheit reduzieren.

Sehr empfehlenswert dazu ist die im Anschluß ausgestrahlte Sendung "Die Georgia Guidestones". www.kla.tv/5872

Es lohnt sich auf jeden Fall, die Langversion dieser Sendung anzuschauen: Gezielte Bevölkerungsreduktion durch Corona-Impfung und Lockdowns? www.kla.tv/19211 vom 10.07.2021<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.11.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder</u> . Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Tiefer Staat</u> . Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x852	Haager Landkriegsordnung: http://www.geschichtsthemen.de/haager_landkriegsordnung.htm - März 2015
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.318	https://www.epochtimes.de/feuilleton/sound-of-freedom-film-ueber-kinderhandel-mit-jim-caviezel-schlaegt-hollywoodproduktionen-a4329963.html - Oktober 2023
x1.319	https://www.kla.tv - Oktober 2023
x1.320	https://www.kath.net/news/82091 - Oktober 2023
x1.321	https://www.kath.net/news/82090 - Oktober 2023
x1.322	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Oktober 2023
x1.323	https://multipolar-magazin.de/artikel/faktencheck-gasdrosselung - Oktober 2023
x1.324	https://multipolar-magazin.de/artikel/geburtenrueckgang-und-impfung - Oktober 2023
x1.325	https://multipolar-magazin.de/ - Oktober 2023
x1.326	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2023
x1.328	https://apollo-news.net/ - Oktober 2023
x1.329	https://www.mmnews.de/ - Oktober 2023
x1.330	https://www.extremnews.com/berichte/zeitgeschichte/3b00193b33265bd - Oktober 2023
x1.331	https://www.nius.de/ - Oktober 2023

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014